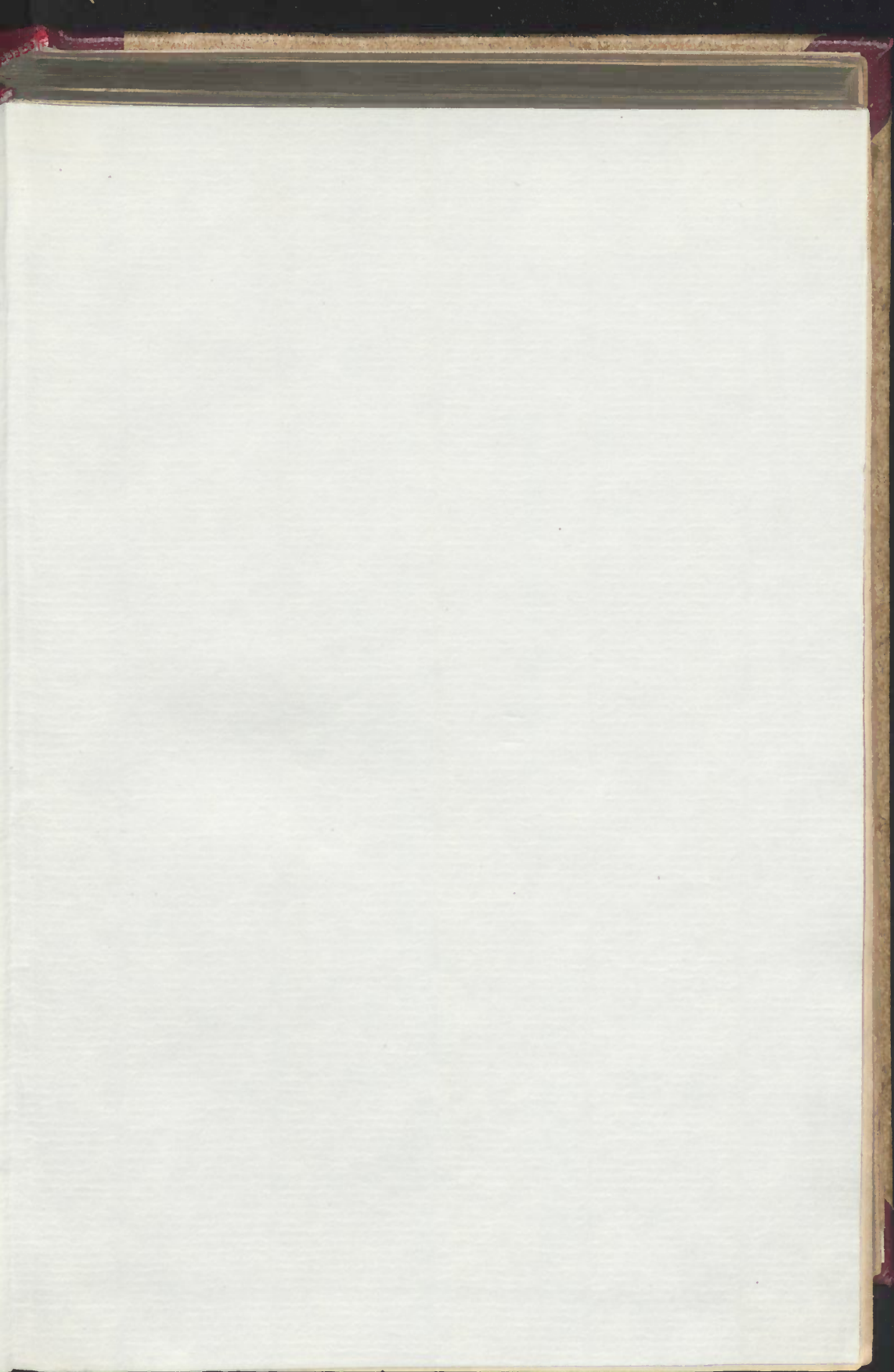


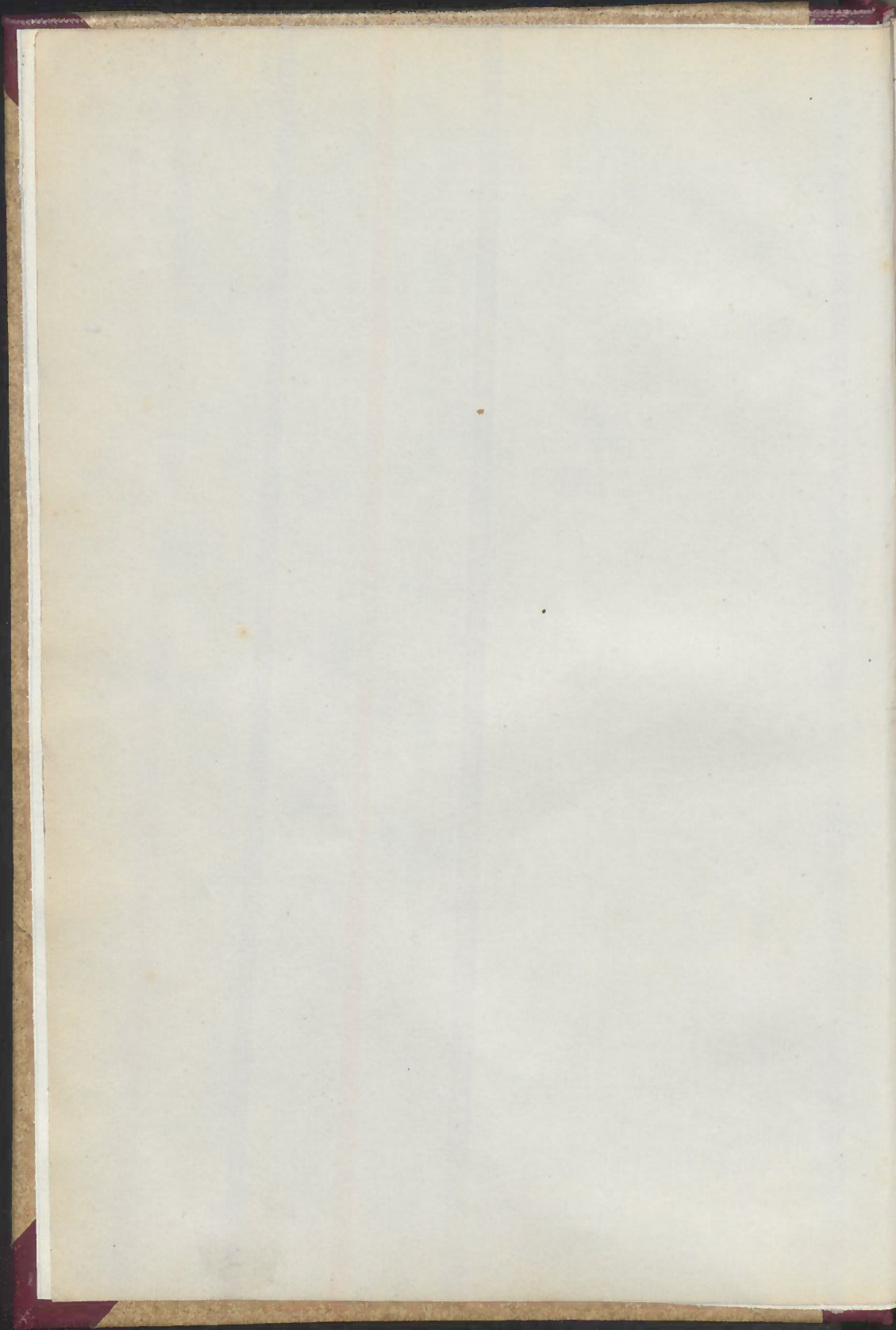
EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL

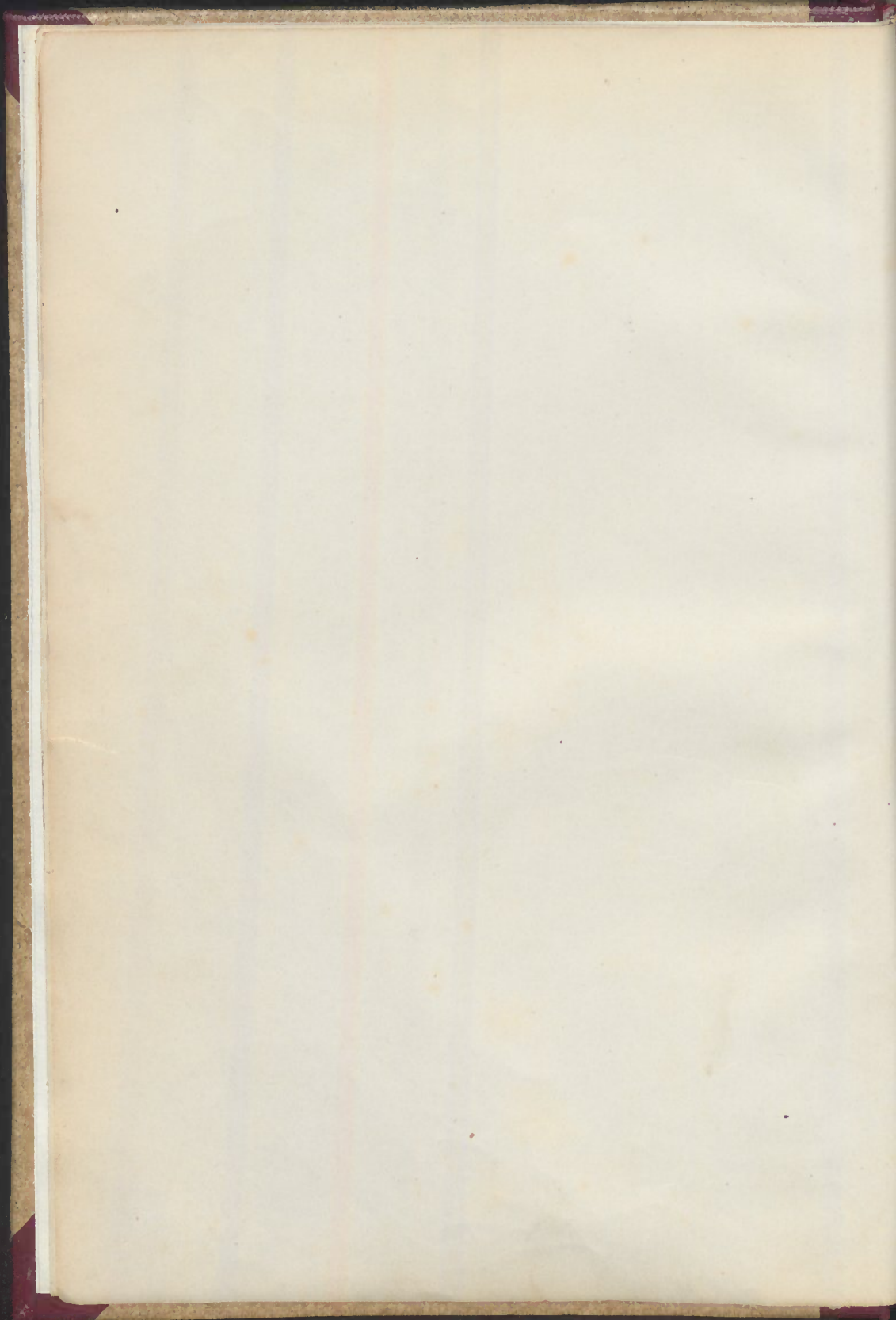
BIBLIOTHEK

1922 I 608



of G. H. H. H.





Die

Capitalanlage in Werthpapieren

der

Staaten, Creditvereine und Actiengesellschaften

des In- und Auslandes.

Sammlung des historischen, statistischen und gesetzlichen Materials zur Beurtheilung der factischen und rechtlichen Verhältnisse der hauptsächlich im deutschen Börsenverkehr vorkommenden Staatspapiere, Grundentlastungsobligationen, Pfandbriefe, Actien und Prioritätsobligationen.

Mit

einer kurzen Einleitung über den Verkehr mit Werthpapieren überhaupt.

Von

A. Moser,

Verwalter des Intercalarfonds in Stuttgart.

Stuttgart.

Verlag von Wilhelm Nitzschke.

1862.

Capitalanlage in Wertpapieren

Staat, Creditanstalt und Aktiengesellschaften

des In- und Auslandes



Schnellpresendruck der J. G. Sprandel'schen Buchdruckerei in Stuttgart.

H. G. Sprandel

Vorwort.

Ich bin vor Jahren in die Lage versetzt worden, ein grosses öffentliches Capitalvermögen verwalten und mich, wenn gleich nur in beschränkteren Verhältnissen, mit der Erwerbung und Administration von Werthpapieren befassen zu müssen. Bemüht, mich auf diesem Gebiete mit möglichster Sicherheit zu bewegen und in das wahre Wesen des Papierverkehrs einzudringen, sah ich mich in unserer volkswirtschaftlichen und geschäftlichen Literatur nach Werken um, welche nicht nur im Allgemeinen über die Natur des Verkehrs mit öffentlichen Fonds, sondern insbesondere auch über die innere Qualität derselben, sowie über die factischen und rechtlichen Grundlagen, worauf ihre Sicherheit beruht, Aufschluss zu geben geeignet wären. Diese Nachforschungen befriedigten mich keineswegs. Ich fand allerdings eine Reihe von „Börsen- und Comptoir-Büchern“, „Fonds- und Actien-Börsen“, „Courszetteln“ etc.; sie alle blieben aber mehr oder weniger am Aeusserlichen hängen und waren lediglich für den Speculanten und Geschäftsmann berechnet, der, unbekümmert um den wirklichen Werth, nur nach den Coursen fragt. Für den Capitalisten, mit dem ich es vorzugsweise zu thun hatte, lieferten sie so gut wie keine Ausbeute. Diess traf namentlich bei den Staatspapieren, für welche der Capitalist mit Recht oder Unrecht immer noch grössere Vorliebe hat, zu.¹⁾ Grössere statistische Werke aber, mit denen unsere Literatur seit einem Decennium bereichert worden ist, verfolgen selbstredend einen weiteren Zweck. Sie enthalten eine Masse des Materials, welches mit den Finanzzuständen nicht in unmittelbarer Beziehung steht und erfordern ein förmliches Studium, sowie eine zeitraubende Ausscheidung dessen, was speciell für unseren Gegenstand Werth hat. Damit kann dem Capitalisten abermals wenig gedient sein.

¹⁾ Nachdem von vorliegendem Buche zwei Lieferungen ausgegeben waren, erschien Noback's Börsen- und Comptoirbuch (Leipzig, 1861). So sehr ich dessen Vorzüge in einzelnen Theilen anerkenne, so kann ich bezüglich der Behandlung der Staatspapiere, Grundentlastungs-Obligationen und Pfandbriefe, also gerade derjenigen Papiere, auf welche der Capitalist das grösste Gewicht legt, auch ihm gegenüber obiges Urtheil nicht zurücknehmen, während ich gerne einräume, dass darin die Papiere der Actiengesellschaften mit mehr Ausführlichkeit behandelt sind, als es mir die räumliche Einschränkung gestattete.

Ausserdem vermisst man in beiderlei Werken das eine Wichtige, dass sie sich mit den Rechtsinstitutionen, worauf die ungeheure Masse der geschaffenen Mobiliarwerthe basirt, wenig oder gar nicht befassen. Und doch ist, wie mich dünkt, diese Seite der Sache für den Besitzer öffentlicher Fonds von ganz entscheidender Bedeutung.

Wollte ich sonach in meinem Sinne zum Ziele gelangen, so blieb mir nichts übrig, als selbst Hand anzulegen, und mich zur Sammlung desjenigen Stoffes zu entschliessen, den ich für wesentlich und ausreichend hielt. Ich habe hierauf seit Jahren meine — mir freilich nur in sehr beschränktem Maasse zugemessene freie Zeit verwendet, jedoch zunächst lediglich im Hinblick auf mein eigenes amtliches Bedürfniss, ohne an eine Veröffentlichung der Sammlung zu denken. Erst die Aufmunterung meiner Freunde, sowie der Verlagshandlung, und die Erwägung, dass vielleicht doch manch' Anderer das gleiche Bedürfniss fühle und dass daher die Veröffentlichung meiner Notizen in angemessener Form und Vervollständigung einigen Nutzen verbreiten möchte, veranlasste die Bearbeitung des Gesammelten zu einem grösseren Ganzen und meinen Entschluss, damit vor das Publikum zu treten.

Ich will nicht verschweigen, dass ich diess mit grosser Schüchternheit thue. Vorzugsweise in der Schule des praktischen Lebens gebildet, und von einem beschwerlichen Berufe in Anspruch genommen, verhehle ich mir nicht im mindesten, dass viele Andere befähigter und besser in der Lage gewesen wären, das hier in Frage stehende Bedürfniss des Publikums zu befriedigen. Schon die Ruhe und Zeit, welche ich meiner Arbeit gerne gewidmet hätte, gingen mir häufig ab. Aber der Stoff, dessen Bearbeitung ich unternahm, ist so trocken, die Arbeit an und für sich so wenig ansprechend und lohnend, dass ich mir sagen zu müssen glaubte, es werden bessere Kräfte sich ihr nicht unterziehen und nur Praktiker, welche das Bedürfniss eines Sammelwerks, wie das vorliegende, lebhaft fühlen, sich ihm widmen. Diese Annahme schien bestätigt durch den bereits angedeuteten Mangel einer derartigen brauchbaren Bearbeitung und so glaubte ich wenigstens den Impuls zu einer andern, den Bedürfnissen des Capitalisten mehr Rechnung tragenden Behandlung des Gegenstandes geben zu sollen.

Dass ein wirkliches Bedürfniss einer Sammlung des historischen, statistischen und rechtlichen Materials über die Werthpapiere vorliege, möchte unschwer nachzuweisen sein. Keine Zeit hat je einen Verkehr in solchen gesehen, wie die Gegenwart. Das ganze frühere Creditsystem hat einen radikalen Umschwung erlitten. Das Capital wird mehr und mehr vom Grund und Boden abgeschält und mobilisirt. Mobiliarwerthe beherrschen die Geschäftswelt und das Inhaberpapier zumal gewinnt täglich an Terrain. Die Staaten vermehren ihre Schulden ins Kolossale, Associationen erstehen täglich und füllen den Markt mit mobilen Werthen. Auch die alten Realrechte und Naturalbezüge sind in circulirende Geldwerthe verwandelt und der Realcredit selbst greift mehr und mehr nach den Formen des modernen Verkehrselements. Anderer-

seits hat eine Reihe ausgezeichneter Ertragsjahre, verbunden mit den Wirkungen einer früher nicht geahnten Verkehrserleichterung, dem Grundbesitz die Mittel an die Hand gegeben, sich vielfach von seinen Hypothekarkasten zu befreien; auch haben alle diese Verhältnisse in ihrer Wechselwirkung einen Reichthum an flüssigem Capital geschaffen, wie ihn keine Zeit vor uns gekannt hat. So sieht sich der ruhige Capitalist, der gerne der Speculation sich enthält, seine gewohnten Geldplacements entzogen oder doch wesentlich geschmälert. In derselben Situation sind die öffentlichen Stiftungen, die Sparcassen, Pflgeschäften und selbst der Arbeiter weiss seine sauren Ersparnisse kaum anders, als in Mobiliarwerthen anzulegen. Alle sehen sich mit Widerstreben hineingezogen in den allgemeinen Strom und in der ungewohnten Lage suchen sie oft genug da eine Stütze, wo sie ihnen nicht geboten wird.

Ob dieses moderne Creditsystem zum Wohle der Menschheit gereichen und die Hoffnungen rechtfertigen wird, die seine Apostel verheissen, das zu untersuchen ist hier nicht der Ort. Gewiss ist, dass seine Gefahren mindestens eben so gross sind, als seine Vortheile, und noch hat es seine Feuerprobe nicht bestanden. Wehe der Zeit, in welcher es sich falsch und trügerisch erweisen sollte. In keinem Falle aber kann ein Mahnruf zur Vorsicht am unrechten Platze, und das, was zur Darstellung der wahren Lage dient, überflüssig sein. Je grösser die Verbreitung der Mobiliarwerthe ist, je zahlreicher eine schwindelhafte Speculation sie vermehrt und anpreist und je ungewohnter diese Art der Capitalanlage noch ist: desto nothwendiger dürfte es vielmehr sein, grössere Kreise darüber möglichst aufzuklären.

Ich habe bereits angedeutet, dass ich mir keineswegs mit der Hoffnung schmeichle, diesen Zweck vollständig erreichen zu können. Bei der Bearbeitung des vorliegenden Buchs hat mich nicht einmal die Absicht geleitet, den Geschäftsmann und Capitalisten direct berathen zu wollen, vielmehr ging mein Bestreben nur dahin, ihnen das erforderliche Material so vollständig als möglich an die Hand zu geben, um ihnen die Bildung eines selbstständigen Urtheils in ihren geschäftlichen Unternehmungen zu ermöglichen.

Was wesentlich zu diesem Material gehört, kann verschieden beurtheilt werden. Der Geschäftsmann liebt Kürze und Gedrängtheit und will Alles auf einen Blick haben. Er befasst sich aber mit Werthpapieren vorzugsweise nur als Handelsartikel, unbekümmert um ihren wahren inneren Werth. Wenn nur die Waare augenblickliche Abnahme findet, so sind seine Zwecke mit ihr erreicht. Zu solchem Behufe mögen allerdings ihm die bisherigen literarischen Hilfsmittel genügt haben und er mag wohl das vorliegende Buch für zu gedehnt halten. Doch kommt auch er ohne Zweifel oft genug in die Lage, Andern nähere Auskunft geben zu sollen und dabei wird er das von mir gesammelte Material mit Nutzen verwerthen können. Dem Geschäftsmanne gegenüber habe ich lediglich nur diesen Zweck im Auge gehabt. Ganz anders ist aber die Lage des Capitalisten. Dieser soll sein Vermögen für die ihm angebotenen Werthe hingeben; er will

daraus eine Rente ziehen, möglichst hoch, aber jedenfalls sicherer als hoch, denn die Rente soll ihm seinen Lebensunterhalt gewähren oder ergänzen. Er verfolgt nicht nur augenblickliche und vorübergehende Zwecke, sondern will sich für länger eine Einnahme schaffen, ohne das Capital selbst zu riskiren. Er wird sich daher, dünkt mich, die Zeit nicht reuen lassen, etwas genauer nachzuforschen, wenn er im Begriffe steht, das hinzugeben, zu dessen Ansammlung er oder seine Voreltern Jahre und Jahrzehnte nöthig gehabt haben und worauf seine öconomische Existenz beruht. Verwalter öffentlichen Vermögens, Pfleger von Wittwen und Waisen, werden es ohnediess als ihre Pflicht ansehen, eine solche Prüfung stets eintreten zu lassen, wo sie ihnen nur möglich ist. Für sie und für den eigentlichen Capitalisten habe ich nun in erster Linie geschrieben, und dabei hielt ich es für meine Aufgabe, alle diejenigen Momente nicht ausser Acht zu lassen, welche den bleibenden inneren Werth der einzelnen Werthpapiere bestimmen können. Es schien mir durchaus nöthig, von der bisherigen Behandlung des Gegenstandes abzuweichen und diesen nach den drei Hauptgrundlagen alles Credits zu fassen, so nämlich, dass zunächst die Vergangenheit des Schuldners, dann seine dormaligen finanziellen Hilfsquellen und endlich die Gesetzgebung, nach welcher er sich verpflichtet hat und gerichtet wird, zum Gegenstand der Erörterung zu machen war. Keines dieser drei Hauptmomente schien mir minder wichtig als das andere; denn der Credit einer physischen wie juristischen Person wird sich in gleicher Weise bestimmen durch ihre Handlungsweise, welche wir nur aus der Vergangenheit mit Sicherheit kennen lernen, durch das Maass der Mittel, welche ihr zur Erfüllung aller übernommenen Verbindlichkeiten in der Gegenwart zu Gebot stehen und durch die Rechtsinstitutionen, welche dem Gläubiger Schutz gewähren sollen. Wenn diess im gewöhnlichen Leben und Geschäftsverkehr wahr ist, so trifft es in erhöhterem Grade bei Staaten und Instituten zu, die öffentliche Fonds zu creiren pflegen. Bei den auf Gewinn berechneten Unternehmungen gibt es allerdings einen einfachen und sicheren Gradmesser ihrer Prosperität für die Vergangenheit und Gegenwart: die Dividende. Hier ist es wahr, dass Zahlen sprechen und es war ihnen gegenüber weniger nöthig, eine historische Beleuchtung vorausgehen zu lassen, um so weniger, als sie ohnediess neueren Datums sind. Nicht so bei den Staaten. Ihre früheren Finanz- und Rechtszustände zu kennen ist für ihre Gläubiger ohne Zweifel von hoher Wichtigkeit. Wenn ich also bei der Behandlung der Staatspapiere umständlicher zu Werke ging und wenn die Darstellung derselben den grösseren Theil meines Buches räumlich einnimmt, so war diess zumeist in den Verhältnissen selbst begründet. Die staatlichen Zustände und Einrichtungen sind unter sich so verschieden, dass sie sich nicht nach Schablonen darstellen lassen; bei den Creditinstituten und Associationen dagegen finden solche grosse Verschiedenheiten weniger statt, und eine kürzere, nach Umständen tabellarische Form der Erörterung ihrer Verhältnisse ist nicht nur zulässig, sondern vermehrt die Uebersichtlichkeit

und Klarheit. Dazu bedarf es auch weniger Raum. Man wird daher, wie ich hoffe, in der zweiten, dritten und vierten Abtheilung des Buches, obgleich sie im Verhältniss zu der grossen Zahl der darin behandelten Gegenstände auf engen Raum zusammengedrängt ist, nichts Wesentliches vermissen. Uebrigens hat mich auch der Umstand veranlasst, den Staatspapieren eine ausgedehntere Behandlung angedeihen zu lassen, weil gerade ihre Darstellung in den bisherigen literarischen Hülfsmitteln am meisten zu wünschen übrig lässt, während die Verhältnisse der Actiengesellschaften sowohl in diesen als in der periodischen Presse einer eingehenderen Erörterung unterzogen zu werden pflegen, und weil der eigentliche Capitalist nun einmal für die stabileren Staatspapiere mehr eingenommen ist, als für die schwankenderen Werthe industrieller Gesellschaften etc., auch die Gesetze selbst diesen Unterschied sanctioniren, indem sie nur den ersteren pupillarische und depositalmässige Sicherheit zuerkennen. Im Ganzen möge bei der Beurtheilung der Arbeit ausserdem berücksichtigt werden, dass die Masse des Stoffes eine sehr bedeutende war, dass aber das Werk, wenn es Verbreitung gerade in denjenigen Kreisen finden sollte, für welche es vorzugsweise bestimmt ist, sowohl hinsichtlich seines räumlichen Umfanges als seines Preises gewisse Schranken nicht überschreiten durfte. Es musste also gesichtet und ausgeschieden werden und darin lag nicht die geringste Schwierigkeit der Arbeit. Ob die Auswahl glücklich getroffen ist, muss ich Sachkennern zur Beurtheilung anheimgeben. Für mich war die räumliche Verbreitung der einzelnen Effecten und das Bedürfniss des deutschen Capitalisten im engern Sinne massgebend.

Den allgemeinen Theil habe ich lediglich aus Rücksichtnahme für diejenigen Leser, welche das Gebiet des Werthpapierverkehrs neu betreten, vorangeschickt. Sie konnten mit Recht erwarten, wenigstens die wesentlichsten Vorbegriffe gegeben zu finden. Indessen durfte darauf nach dem festgestellten Plane nur wenig Raum verwendet werden und es lag mir durchaus ferne, die darin berührten schwierigen Materien irgendwie erschöpfend behandeln zu wollen. Wenn ausserdem dieser allgemeine Theil zu dem Schlusse berechtigen sollte, dass sein Verfasser den gewiegten Börsenmännern nicht zugezählt werden könne, so stände ich selbst nicht an, ein solches Urtheil völlig gerecht zu finden.

Die ersten Lieferungen haben in der Presse fast ausnahmslos eine sehr wohlwollende Beurtheilung erfahren. Ich darf daher hoffen, dass das Unternehmen seinen Fortgang haben wird. Bei der Veränderlichkeit der hier in Frage stehenden Verhältnisse wird es alsdann erforderlich sein, von Zeit zu Zeit Nachträge und Ergänzungen erscheinen zu lassen, welche ich mit Vergnügen dazu benützen werde, die der ersten Bearbeitung anhaftenden Mängel, die ich selbst am wenigsten erkenne, möglichst zu verbessern, Irrungen zu berichtigen und alle wohlmeinenden Reclamationen und Wünsche von Aussen zu berücksichtigen. Da es mir nur um absolute Richtigkeit zu thun ist, werde ich jede begründete Ausstellung dankbar entgegennehmen. Auch sollen die

künftigen Nachträge noch manche Vervollständigung einzelner Materien enthalten. Mit Rücksicht auf diese Nachträge habe ich die Veränderungen, welche während der Bearbeitung und des Drucks eingetreten sind, im vorliegenden Buche unerwähnt gelassen.

Schliesslich einige Worte über die Quellen, aus welchen ich geschöpft habe. Man wird gewahr werden, dass ich mir in dieser Hinsicht die Sache nicht leicht gemacht, sondern überall da, wo authentische und amtliche Quellen zu Gebote standen, auf diese zurückgegangen bin. Ich habe mit grösstem Danke anzuerkennen, dass mir die ganze Arbeit auf solche Weise nur durch das freundliche und liberale Entgegenkommen der Beamten an der hiesigen K. Bibliothek möglich gemacht worden ist. Meistens habe ich die benützten Quellen im Buche selbst angeführt. Wo es aus Rücksicht für Raumersparniss nicht geschehen ist, wie namentlich bei der Behandlung der ausserdeutschen Staatspapiere, will ich nicht versäumen, die zu Rathe gezogenen Autoren hier namhaft zu machen. Es sind namentlich: v. Reden (Deutschland und das übrige Europa; Wiesbaden 1854); Kolb (Handbuch der vergl. Statistik, 2. Aufl., Leipzig 1860); v. Hock (die Finanzverwaltung Frankreichs, Stuttgart und Augsburg 1857); Horn (statistisches Gemälde des Königreichs Belgien, Dessau 1853); auch dem Gothaer Hofkalender für 1861 sind manche Notizen entnommen; ebenso dem „Actionär“, der „Austria“ und andern Fachblättern. Doch ist dies immer nur dann geschehen, wenn unmittelbare Quellen nicht aufzufinden waren. Die Statuten der Actiengesellschaften habe ich, insoweit Hockers noch unvollendetes Werk (Sammlung der Statuten aller Actien- und Commanditgesellschaften Deutschlands; erschienen ist 1858 zu Köln der erste Band, die Banken enthaltend) keinen Aufschluss gab, in den Gesetzblättern der einzelnen Staaten aufgesucht, wo sie freilich nicht sämmtlich zu finden waren. Sie mit ihren massenhaften Ergänzungen, Nachträgen und Abänderungen einzeln anzuführen, liess der Raum nicht zu. Es wird aber diese summarische Citation genügen, um den Nachweis zu liefern, dass ich auch hier bestrebt war, auf die authentischen Quellen zurückzugehen.

Stuttgart, im November 1861.

Der Verfasser.

Inhalts-Uebersicht.

Allgemeiner Theil.

Einleitende Worte über den Verkehr mit Werthpapieren überhaupt.

	Seite
§. 1. Begriff und Wesen der Werthpapiere	3
§. 2. Ursprung und Entwicklung des Verkehrs mit solchen	4
§. 3. Anlehenssysteme	6
§. 4. Tilgungssysteme. Tilgungsfonds	8
§. 5. Hauptarten der Staats- und Gesellschafts-Schulden	10
§. 6. Hauptarten der Werthpapiere	12
§. 7. Form der Schuldverschreibungen. Papiere auf Namen und Inhaber. Zinnscheine und Zinsleihen	14
§. 8. Verjährung, Amortisation (Mortification) und Vindication der Werth- papiere (im Allgemeinen)	16
§. 9. Nominalwerth und Tagespreis. Courszettel. Börsen	18
§. 10. Hauptformen der Geschäfte in Werthpapieren	21
§. 11. Münzsysteme und Münzwährungen	24
(Werthtabelle der Münzeinheiten aller europäischen Länder und der nordamerikanischen Union)	32
§. 12. Einige Vorsichtsregeln für Besitzer von Werthpapieren	33

Spezieller Theil.

Sammlung des historischen, statistischen und rechtlichen Materials zur
Beurtheilung einzelner Papiere.

Erste Abtheilung: Staatspapiere im engern Sinne.

I. Deutsche Staatspapiere: Schuldverschreibungen der österreichi- schen und preussischen Gesamtmonarchien und der übrigen deutschen Bundesstaaten.

a) historische Rückblicke; b) neuester Schuldenbestand; c) Staatsgarantien;
d) Staatsverfassung und Verwaltung der öffentlichen Schuld; e) Tilgungs-
fonds und Tilgungs-Modus; f) Sicherheitsobjecte — Staatsgrundkräfte;
g) Finanzlage; h) Gesetzgebung über Verjährung, Mortification, Vindication,
Festmachung etc. der Inhaberpapiere; i) Zinsfuß, Ort und Art der Zins-
zahlung, Besteuerung des Zinsertrags; k) einzelne Handelspapiere mit den
Verloosungsplänen; l) Course während einer Reihe von Jahren; m) ver-
gleichende Recapitulation vom

§. 13—24.	1) Kaiserstaat Oesterreich	39
§. 25—36.	2) Königreich Preussen	119
§. 37—48.	3) Bayern	163
§. 49—60.	4) Königreich Sachsen	202
§. 61—72.	5) Württemberg	238
§. 73—83.	6) Hannover	263
§. 84—93.	7) Grossherzogthum Baden	297
§. 94—103.	8) Hessen	323
§. 104—113.	9) Churfürstenthum Hessen	344
§. 114—123.	10) Herzogthum Nassau	363
§. 124—133.	11) Braunschweig	379
§. 134.	12) Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach	392
§. 135.	13) Oldenburg	396
§. 136.	14) Meklenburg-Schwerin	401
§. 137.	15) Meklenburg-Strelitz	406

		Seite
§. 138.	16) „ Luxemburg und Limburg	407
§. 139.	17) Herzogthümer Holstein und Lauenburg	408
§. 140.	18) Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.	410
§. 141.	19) „ Sachsen-Meiningen-Hildburghausen	416
§. 142.	20) „ Sachsen-Altenburg	419
§. 143.	21) „ Anhalt-Dessau-Cöthen	421
§. 144.	22) „ Anhalt Bernburg	423
§. 145.	23) Fürstenthum Lippe-Detmold	423
§. 146.	24) „ Schaumburg-Lippe	424
§. 147.	25) „ Waldeck-Pyrmont	424
§. 148.	26) „ Schwarzburg-Sondershausen	425
§. 149.	27) „ Schwarzburg-Rudolstadt	425
§. 150.	28) „ Reuss ältere Linie	426
§. 151.	29) „ Reuss jüngere Linie	426
§. 152.	30) „ Liechtenstein	426
§. 153.	31) Landgrafschaft Hessen-Homburg	427
§. 154.	32) Freie Stadt Hamburg	427
§. 155.	33) „ „ Bremen	432
§. 156.	34) „ „ Lübeck	434
§. 157.	35) „ „ Frankfurt a. M.	437

II. Ausländische Staats-Papiere.

§. 158.	1) Grossbritannien und Irland	442
§. 159.	2) Frankreich	450
§. 160.	3) Russland	459
§. 161.	4) Spanien	465
§. 162.	5) Portugal	468
§. 163.	6) Italien	469
§. 164.	7) Holland	472
§. 165.	8) Belgien	473
§. 166.	9) Dänemark	475
§. 167.	10) Schweden und Norwegen	476
§. 168.	11) Schweizerische Eidgenossenschaft	478
§. 169.	12) Türkei	479
§. 170.	13) Vereinigte Staaten von Nordamerika	480
§. 171.	Schlussresultate	484

Zweite Abtheilung: Grundentlastungsobligationen.

§. 172.	Einleitung (Entstehungsgeschichte)	485
§. 173.	Oesterreichische Grundentlastungsobligationen	487
§. 174.	Preussische Rentenbriefe	489
§. 175.	Bayerische Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe	490
§. 176.	Sächsische Landrentenbriefe	492
§. 177.	Württembergische Gefäll- und Zehnt-Obligationen	492

Dritte Abtheilung: Pfandbriefe u. sog. standesh. Schuldverschreibungen.

§. 178.	Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte	495
§. 179.	Grundlage und Einrichtung der Pfandbrief-Institute	497
§. 180.	Rechtsverhältniss zwischen dem Schuldner, Papierinhaber und dem Institut	498
§. 181.	Einzelne Papiere:	
	I. Preussische Pfandbriefe	500
	II. Sächsische dto.	503
	III. Meklenburgische dto.	504
	IV. Hannöversche dto.	504
	V. Obligationen des Württembergischen Creditvereins	504
	VI. Oesterreichische Pfandbriefe	505
	VII. Partialobligationen süddeutscher u. österreichischer Grundherren	506

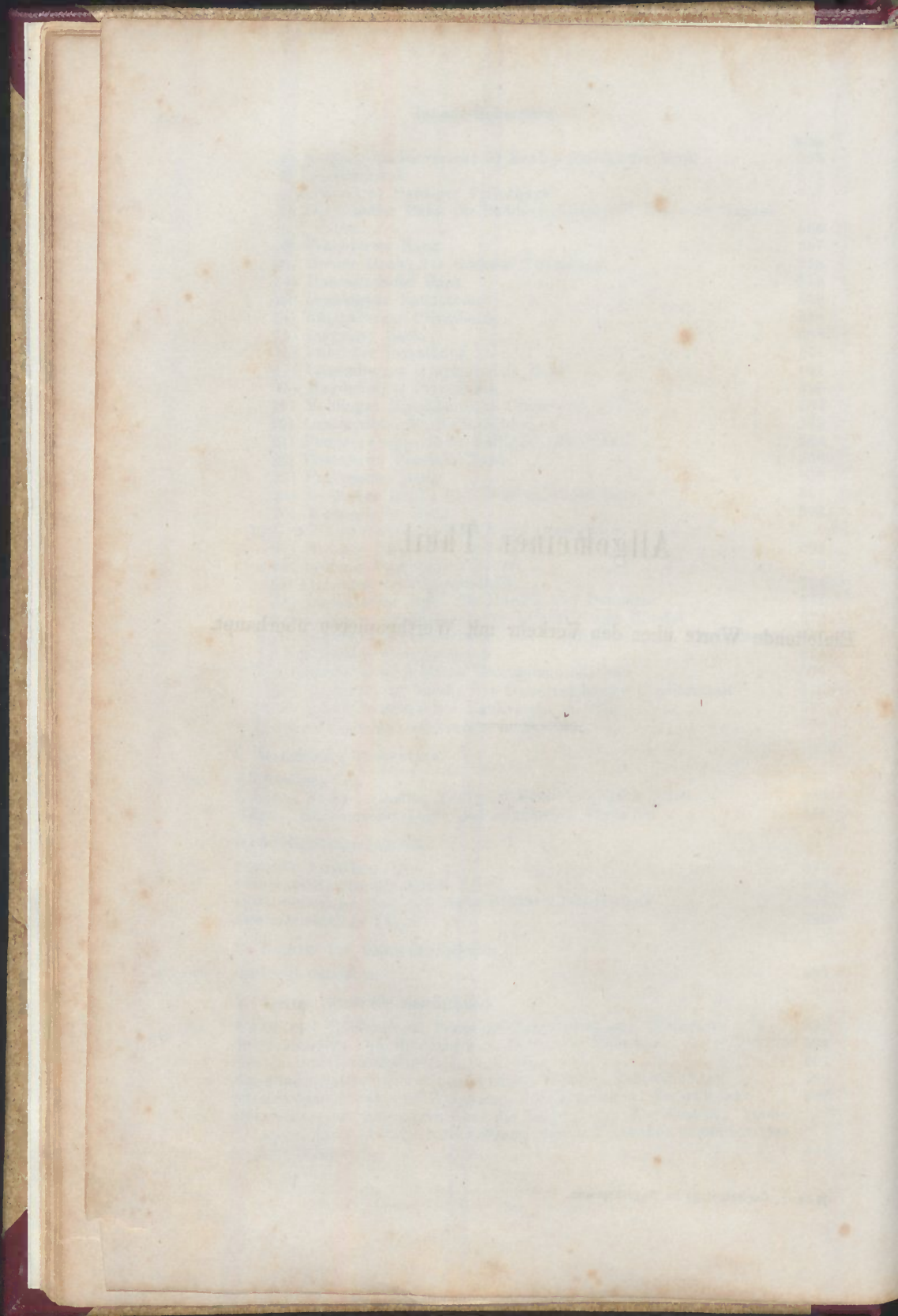
Vierte Abtheilung: Actien und Obligationen der grossen Gesellschaften.

§. 182.	Einleitende Bemerkungen	509
§. 183.	Deutsche Gesetzgebung über Actiengesellschaften überhaupt	512
§. 184.	Das Institut der Genussscheine	519
A. Eisenbahngesellschaften.		
§. 185.	Erste Gruppe: Preussische Privatbahnen	520
	I. Preussische Eisenbahn-Gesetzgebung	521
	II. Einzelne Bahnen (vergl. auch statistische Tafel zu S. 523):	
	a) unter Staatsverwaltung:	
	1) Aachen-Düsseldorf; 2) Ruhrort-Crefeld-Kreis-Gladbach	523
	3) Bergisch-Märkische Bahnen	524
	4) Prinz Wilhelmsbahn (Steele-Vohwinkel; 5) Oberschlesische Bahnen	525
	6) Rhein-Nahebahn; 7) Stargard-Posen; 8) Wilhelmsbahn (Cosel-Oderberg)	526
	b) in Verwaltung der Gesellschaften:	
	9) Aachen-Mastricht	527
	10) Berlin-Anhalt; 11) Berlin-Hamburg	528
	12) Berlin-Potsdam-Magdeburg; 13) Berlin-Stettin	529
	14) Breslau-Schweidnitz-Freiburg; 15) Cöln-Minden	530
	16) Magdeburg-Halberstadt	531
	17) Magdeburg-Leipzig; 18) Magdeburg-Wittenberge	532
	19) Neisse-Brieg; 20) Niederschlesische Zweigbahn	532
	21) Oppeln-Tarnowitz; 22) Rheinische Bahnen	532
	23) Thüringische Bahn	534
§. 186.	Zweite Gruppe: Oesterreichische Privatbahnen.	
	I. Eisenbahngesetzgebung	534
	II. Einzelne Bahnen (Statistik derselben s. in der Tabelle zu S. 537.)	
	1) Aussig-Teplitz; 2) Böhmisches Westbahn	537
	3) Brünn-Rossitz; 4) Buschtährader Bahn	538
	5) Elisabeth-Westbahn	538
	6) Ferdinand-Nordbahn; 7) Galizische Karl-Ludwigs-Bahn	539
	8) Oesterreichische Staatseisenbahn-Gesellschaft	539
	9) Südliche Staats-, Lombardisch-Venetianische und Centralitalienische Bahn	541
	10) Süd-Norddeutsche Verbindungsbahn (Pardubitz-Reichenberg)	542
	11) Theiss-Bahn	543
§. 187.	Dritte Gruppe: Sonstige Deutsche Privatbahnen. (Statistik in der Tabelle zu S. 544.)	
	1) Bayerische Ostbahnen; 2) Nürnberg-Fürth	544
	3) Pfälzische Ludwigsbahn (Ludwigshafen-Bexbach)	544
	4) Pfälzische Maxbahn (Neustadt-Weissenburg)	544
	5) Dresden Tharand	545
	6) Chemnitz-Würschnitz; 7) Leipzig-Dresden	546
	8) Löbau-Zittau; 9) Zittau-Reichenberg	546
	10) Hessische Ludwigsbahn; 11) Churfürst Friedr.-Wilh.-Nordbahn	547
	12) Werra-Bahn; 13) Meklenburgische Bahn	548
	14—16) Holsteinische Bahnen (Altona-Kiel, Glückstadt-Elmshorn, Rendsburg-Neumünster)	549
	17) Frankfurt-Hanau; 18) Frankfurt-Homburg; 19) Taunusbahn	549
	20) Hamburg-Bergedorf; 21) Lübeck-Büchen	550
§. 188.	Fremde (Französische und Schweizerische Haupt-) Bahnen (Statistik derselben in der Tabelle zu S. 550.)	550
B. Banken und Creditanstalten.		
§. 189.	I. Allgemeines	551
	II. Einzelne Institute. (Statistik in der Tabelle zu S. 552.)	
	a) Zettelbanken:	
	1) Bayerische Hypotheken- und Wechselbank	552

	Seite
2) Berliner Cassenverein; 3) Braunschweigische Bank	553
4) Bremer Bank	554
5) Cölner; 6) Danziger Privatbank	555
7) Darmstädter Bank für Süddeutschland; 8) Dessauer Landesbank	556
9) Frankfurter Bank	557
10) Geraer Bank; 11) Gothaer Privatbank	558
12) Hannoverische Bank	559
13) Homburger Landesbank	560
14) Königsberger Privatbank	555
15) Leipziger Bank	560
16) Lübecker Privatbank	561
17) Luxemburger internationale Bank	562
18) Magdeburger Privatbank	556
19) Meiningen Mitteldutsche Creditbank	562
20) Oesterreichische Nationalbank	563
21) Pommern'sche ritterschaftliche Privatbank	564
22) Posen'sche Provinzialbank	556
23) Preussische Bank	565
24) Rostocker Bank; 25) Thüringen'sche Bank	567
26) Weimarische Bank	578
b) Creditanstalten ohne Notenausgabe:	
27) Berliner Disconto-Gesellschaft	569
28) Berliner Handelsgesellschaft	570
29) Coburger Creditgesellschaft	571
30) Darmstädter Bank für Handel und Industrie	571
31) Dessauer Creditanstalt für Industrie und Handel	572
32) Hamburger Vereinsbank; 33) Leipziger allgem. Creditanstalt	573
34) Lübecker Commerzbank	574
35) Niederösterreichische Escompte-gesellschaft	575
36) Norddeutsche Bank; 37) Oesterreichische Creditanstalt	576
38) Schaaffhausen'scher Bankverein in Cöln	577
39) Schlesischer Bankverein in Breslau	578
C. Versicherungs-Gesellschaften.	
§. 190. Allgemeines	578
Lebens-, Feuer-, Credit-, Transport-Versicherungsanstalten	580
Hagel-, Rückversicherungs- und allgemeine Anstalten	581
D. Schifffahrts-Gesellschaften.	
§. 191. Statistik derselben	582
Insbesondere Norddeutscher Lloyd	583
Oesterreichische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft	583
Oesterreichischer Lloyd	583
E. Bergbau- und Hütten-Gesellschaften.	
§. 192. Statistik derselben	585
F. Sonstige industrielle Gesellschaften.	
§. 193. Bäder und Spielbanken, Baumwoll-Spinnereien und Webereien	590
Bierbrauereien und Brodfabriken, chemische Fabriken	591
Flachs- und Hanf-Spinnereien und Webereien	591
Gasgesellschaften, Maschinenfabriken, Mühlen, Papierfabriken	592
Wollen-Spinnereien und Webereien, Zuckerfabriken, Verschiedene	593
§. 194. Statutarische Bestimmungen über die Verjährung, Mortification, Vindication, In- und Aussercourssetzung der auf Inhaber gestellten Gesellschaftspapiere	594

Allgemeiner Theil.

Einleitende Worte über den Verkehr mit Werthpapieren überhaupt.



§. 1.

Begriff und Wesen der Werthpapiere. *)

Unter dem generellen Ausdrucke „Werthpapiere“ begreifen wir Urkunden, welche zugleich Beweisdocumente und Repräsentanten von Geldansprüchen und in Folge des Umstandes, dass sie dem Verpflichteten gegenüber nicht nach Belieben ihres Besitzers realisirt werden können, sowie kraft der ihnen beigelegten leichten Uebertragbarkeit Gegenstand des Verkehrs sind, ohne jedoch die Stelle des Geldes zu vertreten.

In diesem Sinne umfasst der Begriff nicht nur alle Staatspapiere, Obligationen der Corporationen, Gesellschaften und Privaten mit besonderer Verkehrsnatur, sondern auch die Actien, Antheilsscheine einer auf Geldgewinn berechneten Unternehmung, schliesst aber andere Schuldurkunden, welchen die hier stets vorausgesetzte Verkehrsnatur abgeht und diejenigen Werthpapiere, welche die Stelle des baaren Geldes vertreten, also Staatspapiergeld und Banknoten, sowie Wechsel, aus.

Statt Werthpapiere gebraucht man im Geschäftsleben, namentlich im Hinblick auf Staatspapiere auch die Ausdrücke: öffentliche Fonds, öffentliche Effecten, oder auch Fonds und Effecten schlechthin. Mit dem Worte Fonds bezeichnet man indessen gewöhnlich nur Schuldverschreibungen, Obligationen, nicht auch Actien, welch' letztere den ersteren vielmehr unter ihrem eigenen Namen gegenübergestellt werden. Auch versteht man häufig unter dem Ausdrucke „Effecten“ nur Staatspapiere, oft aber auch dasselbe, was wir unter Werthpapieren begreifen. Man unterscheidet daher „Fondsmarkt“, „Fondsbörse“ und „Actienmarkt“, „Actienbörse“ und sagt, wenn man sämtliche Werthpapiere nach unserem Begriffe zusammenfassen will: „Fonds und Actien“, oder aber „Effecten“ schlechtweg.

Der Gebrauch des Wortes „Werthpapiere“ wird einer Rechtfertigung so wenig bedürfen, als der Gebrauch des längst eingebürgerten Wortes „Staatspapiere“. Jedermann weiss, was er sich unter dem einen wie dem andern Ausdrucke zu denken hat. Wir werden übrigens die einzelnen Arten der Werthpapiere, welche wir unter unsern Begriff subsumiren, in Folgendem specificiren, wodurch ohnediess alle Zweifel gehoben werden müssen (vergl. §. 6).

*) Um des Raumes wegen im Laufe der Darstellung vielfache Wiederholungen in der Allegation benützter Werke zu vermeiden, führen wir hier solche, in so weit sie sich auf den allgemeinen Theil beziehen, ein für alle mal an. Es sind u. A.: Bender, Verkehr mit Staatspapieren, 2. Ausg., Göttingen, 1830. Fort, kl. Hülfsbibliothek für die Geschäftspraxis des Kaufmanns etc., 5. und 6. Bändchen, Leipzig, 1857. Dessen Courszettelbuch, Leipzig, 1855. Feller, Archiv der Staatspapiere, Leipzig, 1843. Dessen Staatspapier- und Actienbörse, Leipzig, 1846. Schmidt, das Frankfurter, Wiener und Pariser Börsencoursblatt, 3 abges. Broch., Stuttgart, 1860. Scheerer, Fonds- und Actienbörse, Anhang zu Flügels Courszettel, Frankfurt, 1859.

§. 2.

Ursprung und Entwicklung des Verkehrs mit Werthpapieren.

Die Anfänge eines öffentlichen Verkehrs mit Werthpapieren reichen nach den zuverlässigsten Nachrichten nicht weiter zurück, als bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Jene Epoche eines lebhaften überseeischen Handels, den damals namentlich die Holländer betrieben, brachte zunächst das Bedürfniss der Vereinigung grosser Capitalien zur Geltung. Gleichzeitig brach sich aber die Einsicht Bahn, dass Handelsunternehmungen, welche so bedeutender Mittel bedurften, jeden Augenblick gefährdet wären, wenn derjenige, der die Mittel gegeben, solche zu jeder Zeit zurückziehen berechtigt bliebe. Diese Einsicht führte zuerst auf die Gründung von Actiengesellschaften auf der Basis derselben Grundsätze, wie sie heute noch in Anwendung stehen. Handelscompagnien, d. h. Vereinigungen von Handelshäusern zu gemeinschaftlichen commerziellen Unternehmungen, gab es schon vorher; sie hatten aber nicht die Natur der nachmaligen Actiengesellschaften, da namentlich keine Verpflichtung ihrer Theilhaber, die von ihnen beigeschossene Einlage unter keinen Umständen zu schmälern oder zurückziehen, bestand. Sie waren aber die Gründer der Actiengesellschaften.

Man setzte nämlich Vertrauen in solche Compagnien, weil in ihnen ein Fonds von Intelligenz und Vermögen bereits gegeben war, den eine einzelne Privatperson nicht bieten konnte, und weil sie unter Autorität und Schutz der Regierungen standen. Dazu kam, dass ihre Unternehmungen, thatsächlich monopolisirt, wie sie waren, grossen Gewinn versprochen und auch gewährten, so lange sie sich in soliden Bahnen hielten. Es theilten sich daher Capitalisten mit Vorliebe an diesen Unternehmungen selbst unter der lästigen Bedingung, dass sie ihre Einlage niemals zurückziehen könnten. Den Compagnien andererseits war aber eine möglichst zahlreiche Theilnahme des Capitals um so erwünschter, als sich desto lohnendere Geschäfte ausführen liessen, je grösser die gegebenen Mittel waren. Der auf solche Weise zusammengebrachte Fonds einer Gesellschaft hiess Stock. Dem Einleger oder Theilhaber wurde als Beweis der Theilnahme und der Zahlung seines Beitrags eine auf seinen Namen lautende Bescheinigung ausgestellt, welche Actie hiess und welche er an jeden beliebigen Dritten abtreten konnte. Solche Cessionen fanden denn auch alsbald statt und waren um so häufiger, als der Preis der Theilnahme (Cours der Actien) mit dem grösseren oder kleineren Gewinne der Handelsunternehmung stieg oder fiel, der Eine also sich in der Furcht vor Verlusten seiner Actien entledigte, der Andere aber in der Erwartung grösseren Gewinns Actien erwarb, mit andern Worten: als die Speculation, welcher sie auf die leichteste Weise Nahrung gaben, sich ihrer bemächtigte. So entstand der erste Handel in Werthpapieren, welcher den letzteren frühzeitig den Charakter einer Handelswaare verlieh.

Zunächst waren es die Actien der 1602 gegründeten grossen holländisch-ostindischen Compagnie, die diesen Handel belebten. Ihre Ertragnisse stiegen bis zu 50%. Aber dieser Erfolg in Verbindung mit dem Reichthum und Luxus, den überhaupt der überseeische Handel in Holland verbreitete, führte zum Schwindel. Es zeigte sich zum erstenmal die Gefährlichkeit des Actienhandels. Bis zu welchem Grade von Unverstand sich die Speculation versteigen konnte, zeigt uns der berühmte Tulpenzwiebelhandel, der mit einer wahren Wuth 1634–37 betrieben wurde. Es kamen Fälle vor, dass für eine solche Zwiebel bis zu 2000 holländische Gulden bezahlt; dass ein

Speculant eine und dieselbe Zwiebel zwanzig bis dreissig mal verkaufte, ohne sie je besessen zu haben, dass Leute ihre Häuser verkauften, um mit Zwiebeln zu handeln, und dass die letztern einen wirklichen Börsencours hatten. Selbstverständlich musste dieser Schwindel, wie uns ein Augenzeuge belehrt, bald „mit grosser Schande und Spott“ ein Ende nehmen.

Noch grössere Dimensionen nahm der Actienverkehr am Anfang des 18. Jahrhunderts in England und Frankreich an; in ersterem Lande namentlich durch die Unternehmungen der Südsee-Compagnie und der Banken, in letzterem durch die Thätigkeit des Schottländers Law, eines Mannes, der in der Finanzgeschichte ebenso merkwürdig als berüchtigt dasteht. In beiden Ländern griff aber derselbe Schwindel um sich, wie früher in Holland. Die herben Lehren der holländischen Crisis waren völlig vergessen und verloren. Im Jahr 1720 entstanden in England in kurzer Zeit 168 Actiengesellschaften, grösstentheils zu den abentheuerlichsten Zwecken.*) Man kaufte Actien mit wahrer Wuth und trieb damit die grössten Prellereien. Gleichzeitig steigerte Law in Frankreich den Schwindel wo möglich noch höher und es ging dabei so toll zu, dass erzählt wird, es seien damals eine halbe Million Menschen mehr in Paris gewesen als sonst; man habe 1200 neue Kutschen bemerkt, Lebensmittel und Wohnungen seien enorm gestiegen und das Haus Law's sei stets von einer Schaar aus aller Herren Länder belagert gewesen, welche seine Mississippi-Actien mit Heissunger um 1000% gekauft habe. Mit Naturnothwendigkeit musste auch hier eine verheerende Reaction eintreten, welche das verhängnissvolle Jahr 1720 zum Ruin von Tausenden brachte.

Auch Deutschland, insbesondere die Hansestädte, wurden von dem Actienfieber angesteckt, grösseres Unheil verhüteten aber hier obrigkeitliche Verbote.

Wir sehen, wie sich der Verkehr mit Werthpapieren aus dem Capitalbedürfniss des grossen Handels naturgemäss herausgebildet hat; wir erkennen aber gleichzeitig seine grosse Gefährlichkeit, welche sich wohl auch unsere Zeit zur Warnung dienen lassen darf.

Ein Verkehr in Staatspapieren kam erst später auf. Zwar fehlte es schon im 17. und 18. Jahrhundert nicht an Staatsschulden; die Staaten lichen aber entweder in der gewöhnlichen Anlehensform, wobei beiden Theilen die Kündigung zustand, oder gegen Ueberlassung bestimmter Staatseinkünfte auf eine gewisse Zeit (sogenannte Anticipationen), wie insbesondere in England unter Wilhelm III. und in Frankreich seit Ludwig XII. Die Cession der Forderungen an den Staat war dabei nicht ausgeschlossen, aber die Behandlung der Schuldtitel als Handelswaare kannte man nicht. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden namentlich in England die Grundbedingungen des Staatscredits Gegenstand der staatsmännischen und wissenschaftlichen Erörterung, welche zugleich Grundbedingungen des Verkehrs mit Staatspapieren werden mussten. Die ungeheuren Summen, die die Kriege vom Beginne der französischen Revolution (1789 bis 1815) verschlangen und die nur mit Hülfe des Credits aufgebracht werden konnten, verursachten nun eine colossale Vermehrung der Schulden aller europäischen Staaten, so zwar, dass von jetzt an der Verkehr mit Staatspapieren in den Vordergrund trat. Da nach wiederhergestellter Ordnung die Staatsmänner von ganz Europa sich bemühten, das öffentliche Schuldenwesen auf soliden Grundlagen aufzubauen und sich sowohl in der Wissenschaft als im Leben gesündere nationalöconomische Grundsätze

*) Z. B. die Millionenbank, Strickergesellschaft, Degenklingengesellschaft, eine Assecuranzgesellschaft gegen Verluste durch Bediente, ein Verein zur Einführung von Eselshengsten, zum Handel mit Menschenhaaren, zum Mästen der Schweine u. s. w.

Bahn brachen, boten die Staatspapiere in der That grössere Sicherheit und Stabilität, wenn auch nach und nach geringere Erträge als die Handelspapiere, und es beherrschten daher die ersteren bis in die neuere Zeit die Börsen. Eine Veränderung in diesem Verhältnisse trat indessen ein, seitdem die Eisenbahnbauten in allen Welttheilen in Gang kamen und Handel und Industrie neuen Aufschwung gleichzeitig mit dem neuen Associationsgeiste erhielten. Namentlich seit 1856 sind auf dem Gebiete der grossen Industrie wieder Actienunternehmungen aller Art wie Pilze aufgeschossen und wir fürchten, dass ein Stück des oben berührten Schwindels früherer Jahrhunderte mit untergelaufen sei. Wir warnen daher den Privateapitalisten und weisen ihn auf die trostlosen Zustände der grossen nordamerikanischen Actiengesellschaften seit der Crisis von 1857 und auf manche Symptome hin, welche auch bei uns in Deutschland ähnliche Zustände befürchten lassen.

§. 3.

Anlehenssysteme.

Wie die ursprünglichen Träger des Verkehrs mit Werthpapieren, die Actiengesellschaften früherer Zeit, ihre Mittel aufgebracht haben, ist im vorigen §. erzählt worden. Ebenso wurde daselbst angedeutet, dass auch die Staaten bis zum Schlusse des vorigen Jahrhunderts kein nach festbestimmten Principien und nach Systemen geordnetes Anlehenswesen kannten. Erst die Noth machte erfinderisch. Das Mutterland eines wahren Staatscredits und eines bewährten Anlehens- und Tilgungssystems ist England, welchem die übrigen europäischen Staaten mehr oder weniger nachahmten. Es würde uns zu weit führen, wenn wir des Nähern auf die Entwicklung und Begründung der jetzt herrschenden Systeme eingehen wollten. Wir müssen uns daher begnügen, dieselben in ihren Hauptarten als Thatfachen anzuführen.

I. Was zunächst die Staatsanlehenssysteme anbelangt, so haben wir hauptsächlich zu unterscheiden zwischen immerwährenden Renten- und Annuitätenanlehen, da die gewöhnliche Darlehensform des gemeinen Rechts mit der Befugniß des Gläubigers, zu kündigen, fast überall abgekommen ist.

Das Eigenthümliche des ersteren Systems, der Anlehen gegen immerwährende (ewige, perpetuirliche) Renten, besteht darin, dass der Gläubiger dem Staate eine gewisse Summe Geldes völlig überlässt, wogegen dieser die jährliche oder (gewöhnlich) halbjährige Zahlung einer Rente von bestimmtem Betrag für immer verspricht. Der Einzahlter macht genau genommen kein Darlehen, sondern er kauft sich und seinen Rechtsnachfolgern eine fortdauernde Rente. Er kann daher auch vom Schuldner niemals seine Einlage zurückverlangen und hat gegen denselben kein anderes Klagrecht, als auf Zahlung der Rente. Consequent durchgeführt wäre es somit keineswegs nöthig, bei einem solchen Rentenkauf irgend eine Capitalsumme zu benennen, für welche sich der Staat als Schuldner bekemmt. Letzteres geschieht aber doch durchgängig, und zwar wird die zu zahlende Rente stets in einer Anzahl von Procenten des vom Staat als Schuld anerkannten Capitals ausgedrückt. In der Regel wird ein niedriger Procentsatz angewendet, dem Einzahlter daher ein höheres Capital, als er eingezahlt hat, gutgeschrieben, z. B. für eine Einzahlung von 60 ein Capital von 100 und eine Rente à 3% aus letzterer Summe. Diese von 1710 an in England angenommene Manipulation kann wohl einen andern Zweck nicht haben, als den Reiz für die Speculation zu wecken, somit die Aufbringung der Anlehen zu erleichtern. Denn da der Einzahlter niemals das

Recht hat, das ihm gutgeschriebene Capital zurückzuverlangen, auch in allen Staaten, welche diese Anlehensform angenommen haben, eine Capitalzurückzahlung im Nominalbetrag nicht stattfindet (es wäre denn, dass der Cours der Rente al pari stände), vielmehr die Tilgungsmittel zum Rückkauf von Renten auf der Börse verwendet werden; so kann er sich nur sehr schwache Hoffnung darauf machen, das ihm gutgeschriebene Capital je effectiv zu erhalten. Dagegen mag es wahr sein, dass die Staatsgläubiger gerne reicher erscheinen, als sie in Wahrheit sind, und dass die Börsenmakler ihre bessere Rechnung bei dieser Methode finden, weil sie vom Capitalwerth bezahlt werden, dass also Eitelkeit und Habsucht die Anlehensoperationen dieser Art fördern helfen.

Es leuchtet von selbst ein, wie nur ein Staat, dessen Credit fest begründet ist, sich dieses Anlehenssystems mit Vortheil bedienen kann. Eingebürgert hat sich dasselbe insbesondere in England und Frankreich; auch in Russland, Belgien, Neapel etc. ist es theilweise in Anwendung gebracht worden.

Die zweite Art der Anlehen, die Annuitätendarlehen, sind wirkliche Darlehen. Der Gläubiger leiht dem Staat eine gewisse Summe auf eine bestimmte Zeit, nach deren Ablauf dem ersteren eine ebenfalls bestimmte Summe wieder zurückzuzahlen ist. Der Staat dagegen verspricht neben der Verzinsung dieser Summe auch die Heimzahlung des Capitals, jedoch nicht nach dem Verlangen des Gläubigers, sondern binnen einer zum Voraus bestimmten Zeit mittelst einer jährlichen (oder halbjährigen) Tilgungsrente, welche zur Zinsrente gerechnet wird. Der Gläubiger kann also während dieser Zeit nicht kündigen. Sobald aber sein Capital durch die vertragsmässige Verwendung der vom Staate versprochenen Tilgungsrente, die in der Regel im Gefolge einer Verloosung geschieht, zur Heimzahlung bestimmt, oder die ganze Dauer der Anlehenszeit abgelaufen ist, steht ihm das Recht zu, sein Capital zurückzuverlangen.

Auch bei dieser Anlehensform, die sich hauptsächlich in Deutschland eingebürgert hat und welcher das Prädicat wahrer Solidität nicht abzusprechen sein wird, kommt es häufig, sogar in der Regel vor, dass dem Gläubiger mehr gutgeschrieben wird, als er an den Staat eingezahlt hat; je nach dem Zinsfusse des Anlehens oder dem Stande des Credits im Zeitpunkte der Aufnahme des Darlehens. Der Staat ist aber schuldig, diejenige Summe wirklich abzu zahlen, zu welcher er sich als Schuldner bekannt hat. Doch gibt es auch in dieser Beziehung wieder Abweichungen, namentlich in der Richtung, dass der Staat sich nur in dem Falle, wenn der Börsencours seiner Schuldverschreibungen auf oder über pari steht, zur Heimzahlung des Nominalcapitals verpflichtet, während er sich im andern Falle Rückkauf auf der Börse vorbehält. Wir werden das Nähere hierüber im speciellen Theil unseres Werkes finden.

Zu den Annuitätenanlehen gehören in der Regel auch die Staatslotterielehen, auch Prämienanlehen genannt. Sie sind offenbar zu dem Zwecke erfunden worden, um mittelst der dargebotenen Spielgelegenheit und Aussicht auf Gewinn eine leichte oder wohlfeile Unterbringung von Anlehen zu ermöglichen. Ihre Eigenthümlichkeit besteht darin, dass der schuldenrische Staat entweder keine oder nur niedrige Zinsen abgesondert bezahlt, vielmehr Capital und Zinsen in eine gewisse grössere Anzahl von Theilbeträgen (Loose) zerlegt, welche nach einem zum Voraus festgestellten Plane (Ziehungsplan) durch das Loos zur Heimzahlung bestimmt werden; dass sodann aus den ersparten Zwischenzinsen und aus dem Mehrbetrag der in Rechnung genommenen Jahreszinsen gegenüber den wirklich bezahlten gewisse grössere und kleinere Gewinnste (Prämien) gebildet und wiederum durch das Loos auf die Theilschuldscheine vertheilt werden. So wenig Lotterielehen vom Standpunkte der Nationalöconomie zu empfehlen sein mögen, so kommen sie doch immer

wieder zum Vorschein und finden wegen des in ihnen gelegenen Spielreizes stets willigere Abnahme, als andere Anlehen.

Eine weitere Form, in welcher sich die Staaten mangelnde Geldmittel verschaffen, übrigens die gefährlichste von allen, ist die Ausgabe von Staatspapiergeld und von Cassenanweisungen (Cassa-Tratten), theils verzinslich, theils unverzinslich. Auch die sogenannten Anticipationsscheine gehören in diese Categorie. Es sind diess Anweisungen auf erst später fällige Landeseinkünfte. Diese Art der Creditbenützung gehört jedoch nicht in den Kreis unserer Erörterungen, da wir es nur mit der Capitalanlage in Werthpapieren zu thun haben.

II. Anbelangend die Anlehenssysteme der Actiengesellschaften, so sind solche den Staatsanlehensformen nachgebildet. Auf immerwährende Renten können jedoch selbstverständlich Gesellschaften, deren Dauer in der Regel von staatlichen Concessionen und anderen zufälligen Umständen abhängt, nicht leihen. Es bleiben daher für sie nur entweder die Formen der Annuitäten- oder Lotterie- oder der gewöhnlichen gegenseitig kündbaren Anlehen. Da jedoch das Kündigungsrecht des Gläubigers bei grossen Darlehen die schulnerische Gesellschaft jeden Augenblick in Verlegenheiten bringen könnte, so kommt die letztere Darlehensform fast nirgends vor; vielmehr sind die Annuitätenanlehen die Regel, Lotterieranlehen selten.

Bei Anwendung der ersteren Form haben sich die Gesellschaften, insbesondere in England und Frankreich, derselben Mittel bedient, wie die Staaten, um möglichst leicht und wohlfeil Geld aufzutreiben und die Speculation zu animiren. Sie geben daher gewöhnlich niederzinsende (3 oder $3\frac{1}{2}$ procentige) Obligationen weit unter pari aus, deren Tilgung aber im Nominalwerthe versprochen wird. Ob dieses System, das neuester Zeit von Frankreich aus auch nach Oesterreich und in die Schweiz verpflanzt wurde, das Prädicat der Solidität verdiene, wollen wir nicht untersuchen, können jedoch nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, dass Actiengesellschaften Anlehen nur zur wahren Förderung ihrer Zwecke aufnehmen können und sollen, dass die Anlehensbeträge selbst, indem sie im Interesse des Unternehmens verwendet werden, die Sicherheit der Schuld vermehren und begründen sollen, dass aber nach dem hier in Frage stehenden Systeme das Unternehmen mit einer oft doppelt höheren Schuld belastet wird, als das Erträgniss des Anlehens einbringt, dass somit die Sicherheit des letztern desto geringer sein muss, je weniger ein Anlehen gegenüber seinem Nominalbetrag abwirft. Der niedere Zinsfuss kann nur den Actionären zu gut kommen; die Mittel zur Tilgung einer grossen Schuld sind aber auf die Prosperität des Unternehmens in ferner Zukunft angewiesen, welche höchst ungewiss ist.

§. 4.

Tilgungssysteme. Tilgungsfonds.

Der Credit eines Staats oder einer Gesellschaft wird hauptsächlich begründet durch die Grösse und Nachhaltigkeit der ihnen zu Gebot stehenden Revenüen und durch das Vertrauen auf die Rechtlichkeit und Fähigkeit ihrer Leiter, sowie auf die Haltbarkeit der öffentlichen Zustände. Was den Glauben an die wahren und ungekünstelten Hülfquellen eines Staats, an die naturgemässe Prosperität einer Unternehmung und an treues, unverbrüchliches Worthalten nährt und stärkt, verleiht allein Credit. Alle sonstigen Kunstgriffe, alle Macht und Gewaltthat bringt stets das Gegentheil von dem hervor, was beab-

sichtigt war. Die Geschichte lehrt, wie namentlich Wortbrüchigkeit der Regierungen den Credit der mächtigsten Staaten bis zur Vernichtung erschüttert hat.

Gegenüber von Staaten, deren Dauer an keine Zeitgrenze geknüpft ist, kommt daher die Tilgung der contrahirten Schulden keineswegs als der wichtigste Hebel des Credits in Betracht. Dennoch ist man gewöhnt, mit dem Begriffe der Staatsschulden stets auch die Voraussetzung einer Tilgung derselben zu gewisser Zeit zu verbinden und vom Standpunkte einer gesunden Volkswirtschaft würde es sich sicherlich nicht rechtfertigen lassen, wenn immer die eine Generation die Lasten der Gegenwart auf die nachfolgende vererben wollte. Man hat daher auch in denjenigen Staaten, in welchen das System der immerwährenden Renten angenommen wurde, in denen man also rechtlich nicht verpflichtet ist, alljährlich eine bestimmte Summe der Schuld zu tilgen, stets an eine Schuldentilgung gedacht. Fast überall hat man freilich auf der einen Seite an den alten Schulden abbezahlt, auf der andern Seite aber neue zu neuen Zwecken aufgenommen, so dass die Totalsumme trotz fortwährender Tilgung zugenommen hat.

Ueber die Frage, wann und auf welchem Wege Staatsschulden zu tilgen und wie die Mittel dazu aufzubringen seien, ist viel gestritten worden und auch in der Praxis ging man von einem System zum andern über und oft wieder auf das verlassene zurück. Es kann nicht in unserer Aufgabe liegen, diesem Streit ins Einzelne zu folgen, vielmehr müssen wir uns auch hier darauf beschränken, das thatsächlich in Anwendung Gebliebene in der Hauptsache zu geben.

I. Für Staatsschulden bestehen, entsprechend den beiden im vorigen §. geschilderten Hauptanlehensformen zwei gesonderte Tilgungssysteme. Nach dem ersten verwendet der Staat die ausgesetzten Tilgungsmittel zu beliebiger Zeit und in beliebigen Summen zum Rückkauf seiner eigenen Schuldtitle auf der Börse, in so lange es für ihn vortheilhaft ist. Er bindet sich an keine Zeit und an keine jährliche Summe. Gestalten sich die Verhältnisse in einem Jahre so, dass eine Verwendung der Tilgungsmittel mit Vortheil nicht thunlich ist, so werden letztere für die Zukunft angesammelt, oder auch zu andern Zwecken verwendet. Dieses System ist namentlich in Staaten mit Rentenlehen in Anwendung. Nach dem andern verwendet der Staat die einmal ausgesetzten Tilgungsmittel in jedem Jahre, gewöhnlich zu bestimmten Zeitfristen, selbst dann, wenn der Gläubiger die Tilgung seiner Forderung nicht wünscht. Diese Tilgungsart ergibt sich von selbst aus den Annuitäten- und Lotterielehen; denn wenn der Staat einmal ein bestimmtes Versprechen gegeben hat, so muss er es unter allen Umständen, selbst zu seinem Schaden, halten.

Nach dem zweiten Systeme ist es gewöhnlich, dass so viele einzelne Schuldtitle durch das Loos bezeichnet werden, als die Summe der Tilgungsmittel entziffert. Die ausgelosten Titel werden öffentlich bekannt gemacht und auf einen bestimmten Termin gekündigt. Indessen haben mehrere Staaten, obgleich sie sich zu dem zweiten System bekennen, gleichwohl die Vortheile des Rückkaufs auf der Börse sich reservirt, in der Art, dass letzterer so lange geschieht, als die zu tilgenden Schuldgattungen noch unter *pari* zu haben sind. Erreichen sie aber den *Paricours* oder gehen sie darüber, so wird verloost. Wir werden im speciellen Theile das Nähere hierüber erfahren.

Die Actiengesellschaften können sich aus bereits angeführten Gründen nur des zweiten Systems bedienen.

II. Zur Befestigung des Staatscredits hat man nach vielfachen Erfahrungen, wonach trotz gesetzlicher Bestimmungen und feierlicher Versprechungen die zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden verwilligten Mittel in Zeiten der Finanznoth immer wieder zu andern Zwecken verwendet wurden, so lange

sie der Disposition der Regierungen ganz anheimgestellt blieben, verschiedene sichernde Einrichtungen zu treffen versucht, worunter die hauptsächlichste darin besteht, dass abgesonderte Tilgungscassen (Staatsschuldenzahlungs-Amortisations-Cassen etc.) organisirt wurden, deren Verwaltung mehr oder weniger unabhängig von der Regierung gestellt worden ist. In constitutionellen Staaten sind hierüber grundgesetzliche Bestimmungen getroffen und es übernehmen die Stände (Land-, Reichsstände) die Garantie der Schulden, wogegen ihnen eine grössere oder geringere Bethheiligung bei der Verwaltung derselben zugestanden ist. Selbst in absolut-monarchischen Staaten hat man die Nothwendigkeit anerkennen müssen, die Schuldentilgungsanstalten möglichst unabhängig von der Regierung zu stellen.

Die Dotation dieser Cassen und die Feststellung und Sicherung angemessener Tilgungsfonds ist natürlich die Hauptsache. Man kann die Casse entweder mit förmlichem Eigenthum, mit Liegenschaften, Realrechten, Gefällen und Forderungen ausstatten, oder man kann ihr bestimmte, mit voller Sicherheit eingehende Staatsrevenüen ein für allemal abtreten, so zwar, dass die Erheber dieser Revenüen verfassungsgemäss verpflichtet sind, nur an die Tilgungscasse abzuliefern und selbst entgegengesetzte Befehle der Regierung nicht zu befolgen. Die letztere Art der Dotation ist die gewöhnliche. Die Grösse der Tilgungsfonds wird sodann in der Regel nach Procenten der Staatsschuld in ihrem ursprünglichen Betrage berechnet. Da die Tilgungscassen fast überall auch die Verzinsung der Schulden besorgen, so muss sich die Dotation auch auf den Betrag der Zinsen erstrecken. Gewöhnlich wird nun für ein Anlehen schon zum Anfang der Verzinsungs- und Tilgungsfonds so berechnet, dass die Zinssumme der ganzen Schuld und der Prozentsatz der Tilgungsrente zusammen genommen und alljährlich gleich an die Tilgungsanstalt abgeführt wird, ungeachtet sich die Schuld durch die fortdauernde Tilgung allmählig vermindert. Die durch die letztere ersparten Zinsen wachsen sonach der Tilgungsquote zu, was ganz einer Tilgung durch Annuitäten entspricht. *)

Bei den Actiengesellschaften ist zwar wohl die Bildung eines Reservefonds, nicht aber die Organisation einer besonderen Tilgungscasse üblich, vielmehr werden die Mittel zur Tilgung und Verzinsung der Schulden aus den Reinerträgen des Unternehmens unmittelbar entnommen. Princip einer soliden Verwaltung muss es aber immer sein, die Ansprüche der contrahirten Darlehen allen andern Anforderungen, insbesondere allen Forderungen der Actionäre, Directoren, Verwaltungsräthe etc. voranzustellen.

§. 5.

Hauptarten der Staats- und Actiengesellschaftsschulden.

In früheren Zeiten verpfändete man bei der Aufnahme eines Staatsanlehens bestimmte Staatsgüter, Rechte, Regalien oder Revenüen. Die so durch Unterpfand sicher gestellte Schuld hiess man die fundirte im Gegensatz zu den-

*) Die Tilgungsquote ist gewöhnlich 1 oder $\frac{1}{2}$ % der ursprünglichen Schuld, in einzelnen Staaten auch $\frac{3}{4}$, $1\frac{1}{2}$ und 2 %. Bei einem Tilgungsfonds von 1 % und Verwendung der Zwischenzinsen tilgt sich ein 3 % Capital in 46—47, ein 4 % in 42, ein 5 % in 36—37 Jahren. In einzelnen Staaten, wie z. B. in Preussen, ist indessen das Anwachsen der Tilgungsquote durch Zwischenzinse beschränkt, so dass es nach einer gewissen Zeitperiode (in Preussen nach 10 Jahren) aufhört und von da an der Schuldrest wieder als ursprüngliches Capital behandelt wird.

jenigen Geldverbindlichkeiten, welche nicht durch Hypothek gesichert waren, deren Betrag man unter dem Begriffe der schwebenden Schuld zusammenfasste.

Seit der Begründung eines festeren Staatscredits ist man aber von der Bestellung specieller Hypotheken für Staatsschulden abgekommen, gleichwohl hat man jene Eintheilung derselben und jene Benennungen beibehalten.

Unter der fundirten Staatsschuld versteht man jetzt die auf die Gesamtkräfte des Staats durch die gesetzlich zuständigen Factoren aufgenommene und in das Staatsschuldbuch eingetragene Schuld, für deren Verzinsung und Tilgung, oder doch wenigstens für Verzinsung allein, bestimmte Mittel sicher gestellt sind.

Als schwebende Staatsschulden sind sodann alle anderen Geldverbindlichkeiten der Staaten zu betrachten. Dahin gehören namentlich die in verschiedenen Ländern ausgegebenen Cassenscheine (Cassenbillets, in England exchequer bills, in Frankreich bons royaux) und in der Regel auch das Staatspapiergeld.

Man kann die Staatsschulden ferner eintheilen in kündbare und unkündbare. Dass das Kündigungsrecht auf Seite der Gläubiger in der Regel entweder ganz beseitigt oder sehr beschränkt ist, haben wir oben gesehen. Die Staaten dagegen haben sich fast überall das Recht der Kündigung reservirt, sei es nach einer bestimmten Zeit, oder unbeschränkt. Eine weitere übliche Eintheilung der Staatsschulden besteht darin, dass man sogenannte offene und geschlossene Anlehen unter sich trennt. Geschlossene Darlehen sind die auf eine bestimmte Summe begrenzten, nach deren Erschöpfung eine weitere Capitaleinzahlung nicht mehr angenommen werden kann. Ihnen gegenüber stehen die — übrigens bei Staaten selten vorkommenden offenen Anlehen, deren Begriff sich aus dem Gegensatz zu den ersteren von selbst ergibt.

Auch die Actiengesellschaften unterscheiden zwischen fundirten und schwebenden Schulden in analogem Sinne. Bei ihnen kommt indessen häufig der alte Begriff noch zur Anwendung, indem sie vielfach ihre Anlehen mit einer wirklichen Hypothek sicher zu stellen gezwungen sind. Die Anlehen der Actiengesellschaften sind gemeinlich unter dem Namen „Prioritätsanlehen“ bekannt. In wiefern diese Bezeichnung richtig ist und wirklich einen Vorzug der Schuldtitel darthut, muss im einzelnen Falle beurtheilt werden. Im Allgemeinen scheint uns der wohlklingende Name mehr zum Zwecke der Anlockung, als zur Bezeichnung der innern Güte der Titel erfunden worden zu sein. Bei der grossen Mehrzahl der Actiengesellschaften hat nämlich jene Bezeichnung keinen andern Sinn, als dass die verschiedenen Anlehen den Actien in der Verzinsung und Tilgung vorgehen sollen. Hierin liegt aber doch offenbar keine Priorität; denn die Gesamtheit der Actionäre stellt sich einfach als Eigenthümerin des Objects, auf welchem das Darlehen ruht, als Principalschuldnerin dar. Die Actionäre sind nicht Gläubiger der Gesellschaft, sondern Theilhaber, Miteigenthümer, und daher im Falle der Aufnahme einer Schuld wirkliche Schuldner. Man kann daher nicht von einer Priorität eines Darlehens sprechen, so lange dieses nur den Actionären vorgeht. Selbst da, wo neben den Stammactien sogenannte Prioritätsactien emittirt worden sind, verändert sich das rechtliche Verhältniss nicht. Völlig illusorisch ist es aber, wenn ein fester Zinsfuss der Actien zum Voraus angenommen wird, wie es häufig geschieht, es wäre denn, dass ein Dritter zur Gewährleistung einer Rente verpflichtet sei, welche unter allen Umständen den Reinertrag des Unternehmens bis zum Belaufe jenes Zinsfusses completirt. Aber auch hier kann man von einem Prioritätsanlehen noch keineswegs sprechen, denn der Dritte kommt nur als Bürge für den Principalschuldner in Betracht. Einen wahren Sinn hat die Bezeichnung nur da, wo wirklich ein Darlehen dem andern, z. B. das ältere dem neueren,

völlig vorgeht, so dass Verzinsung und Tilgung des letzteren nicht eher beginnen kann, als nach vollständiger Befriedigung des ersteren.

In dieser Beziehung glauben wir unsere Leser insbesondere vor den offenen Anlehen der Actiengesellschaften warnen zu müssen, welche von französischem auf deutschen und schweizerischen Boden verpflanzt worden sind. Das Wesen derselben besteht darin, dass eine Gesellschaft, mit einem gewissen Actien-capital constituirt, dessen Grösse entfernt nicht zur Vollendung des Unternehmens hinreicht, nach Verbrauch des Actiencapital's zunächst den nächsten Bedarf durch Ausgabe von Prioritäts-Obligationen in geringerem Betrage deckt, auf diesem Wege aber ohne irgend eine Vermehrung des Actiencapital's fortführt, immer neue Obligationen nach Bedarf auszugeben, alle mit gleichem Recht, bis endlich die Schuld das Actiencapital weit übersteigt, ja sogar ein Mehrfaches desselben beträgt. Es wirkt diese Manipulation um so schlimmer, je mehr man sich dabei der sogenannten Prämienanlehen bedient, indem man niederzinsende Obligationen weit unter pari ausgibt, so dass die Gesellschaft mit einer Schuld belastet wird, welche den Betrag dessen, was die Obligationen eingebracht haben und was also auf das Unternehmen verwendet wurde, meistens um das Doppelte übersteigt. Bei maassloser Anwendung dieses Systems kann möglicherweise die Schuld den Werth des ganzen Unternehmens, das Actiencapital mit eingerechnet, übersteigen und von irgend einer Sicherheit ist keine Rede mehr. Dass aber hier von einem Prioritätsanlehen nicht gesprochen werden kann, leuchtet von selbst ein. In der Regel ist der Capitalist, welcher sich bei der ersten Obligationenausgabe, bei der sich noch ein günstiges Verhältniss zwischen dem Vermögen und den Schulden der Gesellschaft ergab, betheiligt hat, in seinen Berechnungen und Hoffnungen getäuscht, in so ferne der Werth seiner Papiere in demselben Maasse sich vermindert, als die Gesellschaft gleichberechtigte Obligationen auf den Markt bringt. Ausserdem geschieht es sehr leicht, dass der Cours solcher Obligationen sich auch dann nach dem ersten Emissionscours richtet, wenn sich die Sicherheit längst vermindert hat, da die Menge gewöhnt ist, sich ohne eigene Prüfung nach gewissen Vorbildern zu richten.

§. 6.

Hauptarten der Werthpapiere.

Nach dem Vorausgegangenen wird die Unterscheidung der hauptsächlich im Verkehr befindlichen Werthpapiere sich von selbst ergeben. Wir haben zu nennen:

I. Staatspapiere, Schuldverschreibungen der Staaten, welche wieder unter sich zerfallen:

- 1) in Rentenverschreibungen, Renteninscriptionen, welche bei Rentenanlehen üblich sind;
- 2) in Staatsschuldscheine, Staatsobligationen im engeren Sinne, Beweisdocumente für die Betheiligung an einem wahren Staatsanlehen, gewöhnlich Annuitätenanlehen;
- 3) in Staatslotterieloose, Prämienscheine, Theilscheine eines Staatslotterieanlehens.

II. Industripapiere, worunter wir alle Werthpapiere industrieller Gesellschaften im weitesten Sinne, also der Privateisenbahnen, Banken, Creditanstalten anderer Art, Berg- und Hüttenwerke, Dampfschiffahrt und Rhederei, Versicherungsanstalten etc. begreifen. Diese zerfallen wiederum:

- 1) in Actien, Antheilscheine, Urkunden über die directe Betheiligung an einem Unternehmen mit einer gewissen Summe;
- 2) in Schuldverschreibungen, sogenannte Prioritätsobligationen, über welche wir das Erforderliche im vorigen §. angedeutet haben;
- 3) auch Lotterielose werden von den Actiengesellschaften zuweilen, jedoch seltener, ausgegeben.

Unter den Actien wird zum Oefftern zwischen Stamm- und Prioritätsactien unterschieden, welche Unterscheidung übrigens nur da stattfinden kann, wo im Verfolge einer Actienunternehmung eine zweite oder dritte Actienemission beliebt wird, welcher gegenüber der ersten (Emission des Stammcapitals, der Stammactien) gewisse Vorrechte und Vorzüge eingeräumt werden. Die Begriffe werden sich hieraus von selbst ergeben.

Ausser den vorgenannten Werthpapieren kommen im Börsenverkehr noch ferner vor:

III. sogenannte standesherrliche Schuldverschreibungen, Partialobligationen fürstlicher und anderer adelicher Personen, auch sonstiger grösserer Gutsbesitzer, welche entweder gewöhnliche Schuldverschreibungen, oder zuweilen auch Lotterielose sind. Der Unternehmer eines grösseren Darlehens an einen grossen Gutsbesitzer reservirt sich nämlich in der Regel das Recht, das Anlehen in eine gewisse Anzahl von Theilbeträgen zu zerlegen und gibt über letztere besondere Theilschuldscheine, Partialobligationen, aus, welche sämmtlich gleiches Recht geniessen und gewöhnlich den ganzen Inhalt der in den Händen des Unternehmers verbleibenden Hauptschuldverschreibung in sich aufnehmen. Diese Anlehen sind fast immer hypothekarisch sicher gestellt, im Einzelnen aber so verschiedener Qualität, dass sich darüber Allgemeines nicht sagen lässt. Wir müssen daher unseren Lesern, falls ihnen Werthpapiere dieser Art angeboten werden, überlassen, sich aus dem Inhalte der Obligationen selbst zu unterrichten, wo sie das Nähere und Eigenthümliche immer finden werden.

IV. Werthpapiere einzelner Städte und anderer Corporationen. Diese ahmen häufig bei der Aufnahme grösserer Anlehen die Manipulationen des Staats nach und legen, um nicht auf einen Zeitpunkt zu sehr überlastet zu werden, insbesondere Werth auf die Unkündbarkeit ihrer Schulden von Seite des Gläubigers. Da sie unter Controle der Regierungen stehen und nach den Gesetzen nicht berechtigt sind, Lasten der Gegenwart auf eine spätere Generation zu überwälzen, wird ihnen von Regierungsaufsichts wegen in der Regel die Pflicht auferlegt, contrahierte Schulden nach einem bestimmten Plane wieder abzulösen. Es entsprechen daher für sie insbesondere die Annuitätenanlehen, indessen kommen auch Lotterieanlehen vor.

Die Darlehen an Corporationen sind zuweilen mit Hypothek sicher gestellt, häufiger aber auf den allgemeinen Credit der Corporation, auf deren Revenüen und Steuerkräfte, aufgenommen. Sie kommen in der Masse der Börsenwerthe wenig in Betracht, auch sind die Verhältnisse meistens sehr verschieden. Wir müssen uns daher bezüglich ihrer auf vorstehende Andeutungen beschränken.

V. Die Gesetzgebung der Jahre 1848 und 1849, sofern sie auf die Entlastung des Bodens gerichtet war, hat in mehreren deutschen Staaten eine besondere Art von Werthpapieren geschaffen, welche gewöhnlich unter den Namen Grundentlastungsobligationen (in Oesterreich), Rentenbriefen (in Preussen), Grundrentenobligationen (in Bayern), Gefäll- und Zehntablösungsobligationen (in Württemberg) etc. vorkommen. Um nämlich den vormaligen Grundholden (Gefäll- und Zehentpflichtigen) die Ablösung ihrer Reichtnisse möglichst zu erleichtern, hat man ihre in Capital berechneten Schuldigkeiten in eine grössere oder geringere Anzahl von Annuitäten (Zeitrenten) verwandelt, welche gewöhnlich dem Jahresbetrag der bisherigen Leistung, in Geld berechnet, entweder

gleichkommen, oder einen Bruchtheil desselben ausmachen, und welche die Pflichtigen eine bestimmte Anzahl von Jahren an eine — von der Regierung organisirte und beaufsichtigte Anstalt (Ablösungscasse, Rentenbank, Rentenfondscasse) zu entrichten haben, um sodann nach Abtragung dieser Annuitäten völlig frei zu sein. Die Anstalten dieser Art dagegen haben den vormaligen Gefällberechtigten Obligationen, meistens zu 4 % verzinslich, an Zahlungsstatt für ihre Forderungen ausgefolgt, welche auf jene Annuitäten fundirt und in derselben Zeit, binnen welcher die letztern bezahlt werden, aus den durch diese gebotenen Mitteln zu tilgen sind. Meistens geniessen die Obligationen auch noch die Garantie des Staats. Wir werden das Nähere über die hauptsächlichsten Sorten dieser Papiere im speciellen Theil ausführen.

VI. Endlich haben wir noch der sogenannten Hypotheken- oder Pfandbriefe zu gedenken. Es sind diess Werthpapiere, welche entweder von Vereinen mehrerer Gutsbesitzer oder von Creditanstalten ausgegeben werden und auf bestimmte — als Hypothek verschriebene Liegenschaften, oder auf Hypothekarverschreibungen fundirt sind. Derartige Güterbesitzervereine zählt namentlich Preussen und Schweden, und Pfandbriefe letzterer Art geben verschiedene Creditanstalten, z. B. die österr. Nationalbank, aus.

§. 7.

Form der Schuldverschreibungen. Papiere auf Namen und auf den Inhaber (au porteur). Zinsscheine (Coupons) und Zinsleisten (Talons).

Bei der Ausstellung der Beweisdocumente für die Gläubiger der Staaten sind zweierlei Methoden in Anwendung. Nach der einen wird die Forderung lediglich in das Staatsschuldbuch eingetragen und der Gläubiger erhält aus diesem nur einen Auszug: Inscription genannt. Nach der andern wird zwar ebenfalls ein Staatsschuldbuch geführt, gleichwohl empfängt aber jeder Gläubiger für den Betrag seiner Forderung noch eine förmliche Schuldverschreibung, welche von den gesetzlich zuständigen Behörden unterzeichnet, und in der Regel durch geheime Zeichen vor Nachahmung und Fälschung geschützt wird. Das erstere Verfahren ist namentlich in England und Frankreich üblich, das letztere hat sich insbesondere in Deutschland eingebürgert.

Die Actiengesellschaften behändigen ihren Gläubigern immer förmliche Schuldurkunden.

Sowohl bei diesen als bei den Staaten werden die Schuldverschreibungen theils auf den Namen des Gläubigers, theils auf den Inhaber, Vorzeiger, Ueberbringer, Träger (au porteur) ausgestellt. Das Institut der Inhaberscheine ist unstreitig zur Förderung und Erleichterung des Verkehrs von grosser Bedeutung, birgt aber für den Gläubiger mancherlei Gefahren und fordert ihn zu grösster Sorgfalt und Wachsamkeit auf. Nach demselben gilt nämlich der Inhaber einer au porteur-Obligation in der Regel als der wahre Gläubiger hinsichtlich der — durch die Schuldverschreibung documentirten Forderung; es spricht die rechtliche Vermuthung für seine Eigenschaft als rechtmässiger Besitzer und Eigenthümer der Forderung. Allerdings verliert er mit dem Schuldschein noch nicht auch sein Forderungsrecht, er kann vielmehr das Amortisationsverfahren beanspruchen, und empfängt, wenn der alte Schein nicht zum Vorschein kommt, einen neuen. Indessen ist schon dieses Verfahren mit vielen Förmlichkeiten und Kosten verknüpft. Wird aber der abhanden gekommene Schein von anderer Seite producirt, so kann ihn der rechtmässige, ursprüngliche Eigenthümer kraft der meisten Landesgesetze nur gegen den

Besitzer in bösem Glauben vindiciren, während der Besitzer in gutem Glauben gegen alle Ansprüche geschützt bleibt. Es ist also leicht möglich, dass eine leichtsinnig verloren gegangene Schuldurkunde sammt dem durch sie bewiesenen Forderungsrecht verloren bleibt.

Das Institut der Inhaberscheine hat naturgemäss eine andere Eigenthümlichkeit des Werthpapierverkehrs zur Folge gehabt, nämlich die Ausstellung abgesonderter Zinsscheine (Coupons) und Zinsleisten (Talons). Um nämlich die Verbreitung der Werthpapiere und den Verkehr darin noch mehr zu erleichtern, hat man den Schuldverschreibungen auf ein Reihe künftiger Jahre Anweisungen zur Erhebung der Interessen besonders beigegeben, welche auf die Verfallzeit der letzteren abgeschnitten und bei der Einlösungscasse vorgezeigt werden können, worauf dem Vorzeiger die Interessen ausbezahlt werden. Der Zinsschein gilt also nicht nur als Legitimation zur Zinserhebung, sondern auch als Quittung für die zahlende Casse, sobald er an diese abgegeben ist. Der Zweck desselben ist, einmal die Ausstellung von Quittungen überflüssig zu machen, sodann aber hauptsächlich, dem häufig entfernt und im Auslande wohnenden Gläubiger die jedesmalige Vorzeigung der Obligation zur Zinserhebung zu ersparen. Der Coupon trägt immer die Serie, Litera und Nummer der Schuldverschreibung, zu welcher er gehört, zeigt den Zinstermin an, auf und den Betrag, für welchen er giltig ist. Es ist im Allgemeinen üblich, nur den Schuldverschreibungen auf den Inhaber Zinsscheine beizugeben; doch kommen sie auch bei Obligationen auf den Namen vor. Auch den Actien, lauten sie auf Namen oder Inhaber, werden Interessen-Coupons beigegeben. Da aber das reine Erträgniss einer Actienunternehmung, in so weit es auf die Theilnehmer (Actionäre) vertheilt wird, Dividende genannt wird, so heissen auch die Anweisungen zur Erhebung dieser Dividende Dividendencoupons. Es leuchtet für sich ein, dass in den letzteren der Betrag, für welchen sie gelten, nicht zum Voraus angegeben werden kann, weil das künftige Erträgniss der Unternehmung unbekannt ist. Die Dividendencoupons sprechen daher nur aus, dass der Inhaber diejenige Dividende, welche seiner Zeit von den zuständigen Organen festgesetzt und öffentlich bekannt gemacht werden werde, erheben könne. Actien mit einem fixen Zinsfuss haben neben den Dividendencoupons auch noch Zinscoupons.

Die Interessencoupons lauten fast ohne Ausnahme auf den Inhaber, Ueberbringer (au porteur). Obgleich sie ursprünglich zu der Schuldverschreibung, deren Nummer sie tragen, als Zubehör wesentlich gehören, nehmen sie doch nach ihrer Trennung von der Hauptobligation den Charakter der Selbständigkeit an und repräsentiren selbständige Forderungsrechte.*) Sie werden daher für sich in den Verkehr gebracht und oft genug als Zahlungsmittel gleich dem Papiergeld benützt. Die Landesgesetzgebungen bestätigen diese Natur der Interessenscheine. Der Besitzer von Schuldverschreibungen mit Interessencoupons ist aber eben hiedurch zu grosser Vorsicht und Sorgfalt aufgefordert. Denn wenn ihm die Coupons von seiner Obligation abhanden kommen, so verliert er die Legitimation zur Interessenerhebung und der Werth seiner Obligation kann um so mehr auf ein Minimum herabsinken, als Interessencoupons in der Regel nicht amortisirbar sind und im Falle der Einlösung der Haupt-

*) Vergl. Bender, Verkehr mit Staatspapieren, zweite Ausgabe, §. 38, Göttingen, bei Vanderhoek und Ruprecht, 1830, wo die Natur der Zinsscheine so festgestellt wird: „Zinsscheine sind in Beziehung auf das Rechtsverhältniss des Hauptgläubigers zum Staat (Schuldner) als Zubehör der Obligation, dagegen im Rechtsverhältniss der Privaten unter sich als selbständig zu betrachten.“

obligation nicht nur die bereits fälligen, aber noch nicht vorgezeigten, sondern auch die unverfallenen Coupons, so viel ihrer sein mögen, vom Capital abgezogen werden. *) Der Inhaber der Obligation hat daher ohne Coupons nach Umständen nicht einmal mehr eine unverzinsliche Forderung in Händen.

Betreffend die sogenannten Zinsleisten, Talons, so sind dieselben Anweisungen auf neue Zinsscheine, falls die Hauptobligation beim Ablauf der letztern noch nicht zur Einlösung gebracht worden oder fällig sein sollte, und zu dem Zwecke erfunden, um dem Gläubiger die Kosten und Gefahren der Vorzeigung der Obligationen bei der jedesmaligen Erhebung neuer Coupons zu ersparen. Da nämlich die Tilgungsfrist bei den meisten Staats- und Actiengesellschaftsanlehen eine längere ist, so ist es nicht üblich, Zinscoupons auf die ganze Dauer derselben auszugeben; vielmehr wird nur eine gewisse Anzahl derselben der Obligation beigelegt. Sind nun diese sämmtlich fällig und eingelöst, die Obligation ist aber noch nicht gekündigt oder getilgt, so muss eine neue Serie Zinsscheine ausgefolgt werden. Einzelne Staaten, z. B. Preussen für seine älteren Schuldtitel, verlangen hiebei jedesmalige Vorzeigung der Hauptobligation, andere, sowie die meisten Actiengesellschaften, hängen dem Couponsbogen eine Anweisung zur Erhebung neuer Zinsscheine an, nach deren Production letztere ohne Weiteres ausgefolgt werden.

Wir ersuchen hieraus, dass die Talons kein Forderungsrecht repräsentiren und mit dem Bestehen der Hauptobligation stehen und fallen. Dennoch sind sie insofern wichtig, als sie die einzige Legitimation zur Erlangung neuer Zinsscheine gewähren.

§. 8.

Verjährung, Amortisation und Vindication der Werthpapiere.

Für den Besitzer von Werthpapieren ist die Kenntniss der gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Verjährung, Amortisation und Vindication derselben von wesentlichstem Interesse. Es ist zwar hier nicht der Ort, diese Gesetzesbestimmungen, welche namhafte Verschiedenheiten zeigen, speciell aufzuzählen, noch weniger liegt es in unserem Plane, eine rechtliche Beleuchtung dieser schwierigen Materie versuchen zu wollen. Aber die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die grosse Bedeutung der gedachten Rechtsverhältnisse zu lenken, erachten wir schon jetzt für gerechtfertigt. Soviel möglich wird der specielle Theil unseres Buchs das hieher bezügliche positive Recht zu sammeln und zu geben bemüht sein, auf welchen wir daher im Einzelnen verweisen müssen, indem wir hier zur Orientirung nur allgemeine Bemerkungen folgen lassen.

Behufs Erhaltung der Ordnung in der Verwaltung der Staatsschulden und behufs Vereinfachung des Geschäftsgangs hat man fast überall für Staatspapiere gewisse Fristen festgesetzt, innerhalb derer die Papiere, wenn sie einmal zur Tilgung bestimmt sind, bei Gefahr des Verlusts der Forderung, zur Einlösung vorgezeigt werden müssen. In der Regel sind diese Verjäh-

*) Es können daher Fälle vorkommen, in welchen der Couponsbogen einen grösseren Werth repräsentirt, als die Hauptobligation; wenn z. B. eine 5 % Obligation à 100 fl., welcher 20 Jahrescoupons beigegeben sind, im zweiten Jahre zur Heimzahlung gelangt, empfängt der Gläubiger, welchem die Coupons abhanden gekommen, nur $100 - 19 \times 5 = 95$ fl., somit nur 5 fl. für sein ganzes Forderungsrecht zunächst ausbezahlt.

rungsfristen für Staatspapiere kürzer, als die Verjährungsfristen des gemeinen Rechts für sonstige Capitalforderungen. Unterschieden wird sodann in den meisten Landesgesetzgebungen zwischen der Verjährung der Zinsecoupons und der Hauptschuldverschreibung, und zwar in der Richtung, dass die Verjährungsfrist für die ersteren wiederum kürzer (3, 4, 5 Jahre) ist, als für die letztern (5—30 Jahre). Die Ausnahmsbestimmungen derart gelten indessen gemeiniglich nur für Papiere auf den Inhaber (au porteur), während die auf den Namen eingetragenen Schuldverschreibungen den allgemeinen gesetzlichen Normen unterliegen. Die Kündigung der Inhaberscheine kann nun ihrer Natur nach nicht anders geschehen, als durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern, welche in der Regel in den Gesetzen näher benannt sind. Uebersieht der Gläubiger aber diese Kündigung, oder ist ihm die Verjährungsfrist für Coupons und Obligationen nicht bekannt, und lässt er sie nutzlos verstreichen, so trifft ihn mehr oder weniger empfindlicher Verlust, gegen welchen er sich mit keinem Rechtsmittel, in der Regel nicht einmal mit dem der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, schützen kann.

In dem so eben unterstellten Falle trägt der Papierbesitzer die Schuld seines Schadens lediglich selbst. Er kann aber auch ohne seine Schuld in Nachtheile versetzt werden, wenn ihm Werthpapiere abhanden kommen. Auch für diesen Fall haben die Gesetze besondere Bestimmungen getroffen, welche vom gemeinen Recht gewöhnlich darin abweichen, dass im Interesse des Verkehrs die Wiedererlangung abhanden gekommener Werthpapiere gegenüber der Wiedererlangung anderer Gegenstände bedeutend erschwert ist. Es sind drei Fälle in's Auge zu fassen. Entweder kennt der Beschädigte den neuen Besitzer der abhanden gekommenen Papiere, oder er ist darüber völlig im Ungewissen, wo diese hingekommen sind, oder es besteht kein Zweifel, dass die Papiere unwiederbringlich zu Grunde gegangen sind, dass sie also nicht in dritten Händen sein können. Im letzteren Falle geben einzelne Landesgesetzgebungen dem Beschädigten das Recht, sofort an die Stelle, der zu Grunde gegangenen neue Papiere gleicher Sorte zu verlangen. Er muss aber im Stande sein, der Behörde die volle Ueberzeugung von der unwiederbringlichen Zerstörung der Papiere beizubringen, was ihm fast niemals gelingen wird. Kann er diesen Beweis nicht führen oder handelt es sich um die zwei ersten Fälle, so stehen ihm zwei Rechtsmittel zu Gebote, um seinen Schaden möglichst abzuwenden; er kann nämlich gegen den neuen Besitzer der Papiere, wenn er diesen kennt, auf Herausgabe derselben klagen, d. h. sie vindiciren, oder er kann gerichtliche Kraftloserklärung, Amortisation, der Papiere nachsuchen. Die Vindicationsklage ist in der Regel nur gegen den Besitzer in bösem Glauben, hie und da aber auch gegen denjenigen, der die Papiere nicht oneros (unentgeltlich, ohne Gegenleistung) erworben hat und sich daher mit dem Schaden des früheren Besitzers bereichern würde, zulässig. Der dritte redliche Besitzer dagegen ist gegen den Vindicanten geschützt. Hieraus ersieht man, in wie wenigen Fällen dieses Rechtsmittel wirksam ist. Namentlich im Falle des Diebstahls wird es selten von Erfolg sein, denn der Dieb wird sich immer beeilen, die gestohlenen Papiere an Dritte zu veräußern. Das Amortisationsverfahren ist nur bei Papieren auf den Inhaber (au porteur) ein besonderes; hier aber mit grossen Förmlichkeiten und langen Fristen verbunden, was sich aus der Natur dieser Papiere und der Rücksicht auf den Schutz der schuldnerischen Cassen vor doppelter Zahlung vollkommen rechtfertigt. Von Erfolg kann dasselbe begreiflich nur dann sein, wenn die vermissten Papiere innerhalb der gestellten Fristen nicht zum Vorschein kommen, in welchem Falle sie für kraftlos erklärt und an ihrer Stelle neue Papiere aus-

gefertigt werden. Werden sie aber rechtzeitig vorgezeigt, so muss der Beschädigte gegen den Vorzeiger wiederum mit der Vindicationsklage auftreten.

In Betreff der Verjährung, Amortisation und Vindication der Werthpapiere der Actiengesellschaften, Corporationen und Privaten mangeln gewöhnlich positive gesetzliche Vorschriften, da in den meisten Staaten nur das Verhältniss der Staatspapiere Gegenstand gesetzlicher Regelung geworden ist. Da, wo die Aufnahme von Anlehen der Gesellschaften etc. Staatsgenehmigung erfordert, sind indessen die gedachten Verhältnisse oft durch die Genehmigungsrescripte geordnet, wie z. B. in Preussen durch sogenannte königl. Privilegien. Liegen solche Specialverordnungen nicht vor, so wird das allgemeine Civilrecht des betreffenden Staats mit analoger Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über Staatspapiere Platz greifen.

§. 9.

Nominalwerth und Tagespreis (Cours) der Werthpapiere. Courszettel. Börsen.

Wir haben im Vorangegangenen gesehen, dass die Werthpapiere immer eine gewisse Summe ausdrücken, für welche sie Repräsentanten sind und welche der Schuldner als seine Schuld, oder eine Actiengesellschaft als geleistete Einlage anerkennt, wie auch darin entweder die Heimzahlung der benannten Summe oder deren Verzinsung (Verinteressirung) oder die Zahlung der auf sie entfallenden Rente, Dividende, versprochen wird.

Wir haben aber ferner bemerkt, dass die Realisirung jener Summen dem unmittelbar Verpflichteten (dem Schuldner oder der Actiengesellschaft) gegenüber nicht nach Belieben des Papierbesitzers möglich, sondern entweder an bestimmte Zeitfristen oder Zufälle (Verloosungen) geknüpft oder ganz in das Belieben des Schuldners gestellt ist. Aus diesem Grunde sind Werthpapiere Gegenstand des öffentlichen Verkehrs, zugleich aber auch Object einer verwerflichen Speculation geworden. Will nämlich der Besitzer von Werthpapieren das darin angelegte Capital realisiren und anderweitig verwenden, so kann er diess dem Schuldner gegenüber nur dann, wenn zufällig gerade seine Papiere zur Heimzahlung bestimmt sind, oder wenn es der Schuldner freiwillig eingeht; in allen anderen Fällen bleibt nichts übrig, als die Papiere einem Dritten um denjenigen Preis abzutreten, welchen dieser dafür zahlt. Bei der immensen Zahl von Werthpapieren kann es aber nicht fehlen, dass immer eine grosse Menge Besitzer vorhanden ist, welche in der Nothwendigkeit und in der Lage sind, sie zu realisiren, und so hat sich ein förmlicher und lebhafter Handel in Werthpapieren gebildet, bei welchem die letzteren ohne Weiteres als Waare behandelt und betrachtet wurden. Es hat dieser Handel um so grössere Dimensionen angenommen, je mehr sich seiner diejenigen bemächtigt haben, welche nicht die Absicht leiteten, ihre Capitalien in Werthpapieren nutzbringend anzulegen, sondern sich ein Geschäft daraus machten, diese lediglich zum Zwecke des augenblicklichen Gewinns zu erwerben und wieder zu veräussern. Wir werden über die Auswüchse dieser Speculation weiter unten Andeutungen geben.

Man nennt die Summe, deren Repräsentant ein Werthpapier ist, den Nominalwerth desselben, den veränderlichen Preis aber, der sich im Verkehr, im Handel, bildet, den Marktpreis, Tagespreis, Cours, Courswerth, Börsenwerth eines Papiers.

Der letztere gestaltet sich nach denselben Gesetzen, wie alle Waarenpreise und die Preise der Arbeit, nämlich nach dem Angebot und der Nachfrage.

Die Gründe des einen wie der andern sind aber hier sehr verschiedenartig und oft höchst complicirter Natur. Für den Capitalisten, d. h. für den soliden Erwerber von Werthpapieren in der Absicht, darin sein Vermögen möglichst sicher und nutzbringend anzulegen, mit welchem wir es allein zu thun haben, wird die innere Qualität den Ausschlag geben; er wird sich über die Grundlagen des Credits desjenigen, der in dem betreffenden Papier als der Schuldner (Verpflichteter) erscheint, über die Solidität und Nachhaltigkeit der diesem zu Gebot stehenden Revenüen und insbesondere über den Grad der ihm eignenden Rechtlichkeit und Moralität Kenntniss zu verschaffen suchen und sich in der Hauptsache von diesen Factoren bestimmen lassen. Die Machinationen der Speculanten und manche äussere Verhältnisse dürfen den soliden Capitalisten nicht bestimmen, der — wenn er nach jenen Kriterien gewählt hat, — auch beim Eintritt politischer Verwicklungen, von Handels- und Geldcrisen und dergl. weniger ängstlich zu sein braucht und von den täglichen Courschwankungen der Speculationspapiere kaum berührt wird.

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich der Verkehr mit Werthpapieren, wie jeder andere Handel, gewisse Vereinigungspunkte, Märkte, ausgewählt hat, an welchen sich eine grössere Anzahl solcher, die Werthpapiere anbieten und solcher, die sie zu erwerben suchen, vorfind. Diese Plätze sind naturgemäss die Mittelpunkte des Verkehrs mit Werthpapieren geworden und heissen Effectenbörsen, oder auch Börsen schlechtweg. Bei der commerciellen Wichtigkeit, die sie alsbald erlangten, hat sich die Gesetzgebung überall bemüssigt gesehen, einerseits die Gründung der Börsen von staatlicher Genehmigung abhängig zu machen, andererseits ihre Thätigkeit unter Staatsaufsicht zu stellen und durch besondere Reglements zu ordnen und zu begrenzen. Wir haben daher in Europa verhältnissmässig wenige Effectenbörsen, von welchen wir als Hauptbörsen anführen: London, Paris, Amsterdam, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Hamburg, Leipzig, Augsburg, Mailand etc.

Dass ein zuverlässiger Preis (Cours) der Werthpapiere sich nur durch eine Summe gleichzeitiger und gleichartiger Geschäfte darin, also nur an den Börsen, bilden kann, leuchtet von selbst ein. Diese sind daher die Regulatoren des Werthpapiercourses. Um aber unlautere Absichten möglichst ferne zu halten, sind an jeder Börse beeidigte Makler oder Sensalen bestellt, durch deren Hände die Geschäfte gehen müssen, woneben noch Regierungscommissaire die Aufsicht zu führen pflegen. Die maassgebenden Course werden sodann unter Mitwirkung dieser beeidigten Personen festgestellt und sind das Product einer Durchschnittsberechnung der vorgekommenen Geschäfte des Tages. Die so normirten Course sind die officiellen Notirungen, welche in das Börsenbuch eingetragen werden, juristische Beweiskraft geniessen und durch besondere Publicationen, Courszettel, veröffentlicht werden.

Neben den officiellen Courszetteln pflegen grosse Bankhäuser eigene drucken zu lassen und an ihre Geschäftsfreunde zu versenden, die im Einzelnen wohl auch von der officiellen Notirung abweichen und Notizen anderer Art enthalten, welche speciell für die betreffenden Geschäftsleute Bedeutung haben.

Ueber die Einrichtung der officiellen Courszettel, die uns allein beschäftigen, und über die Art der Notirungen können wir, da uns das Eingehen in Einzelnes zu weit führen würde, nur kurze allgemeine Bemerkungen anfügen:

1) Die officiellen Courszettel notiren nur die Preise derjenigen Werthpapiere, welche entweder kraft besonderer gesetzlicher Bestimmungen, oder vermöge zuständiger Verfügungen des Börsenaufsichtspersonals an der betreffenden Börse gehandelt werden dürfen.

2) Der Cours der Werthpapiere wird in der Regel in Procenten des Nominalwerthes ausgedrückt. Bei Obligationen ist diese Notirungsmethode allgemein. Actien und Lotterieloose werden aber theils in Procenten, theils nach dem Stück notirt. Einzelne, namentlich neu eingerichtete, Courszettel geben die Art der Notirung, ob in Procenten oder pr. Stück, ausdrücklich an, andere bezeichnen nur die Notirungen nach dem Stück besonders, wobei sich dann alle übrigen Course in Procenten verstehen, andere endlich bezeichnen die Art der Notirung gar nicht, bezüglich welcher sich daher nach den Gebräuchen (Usancen) des Platzes erkundigt werden muss.*)

3) Die Notirungen verstehen sich, wenn in Procenten ausgedrückt, in der Währung desjenigen Landes, welchem die Papiere angehören. Das Verhältniss dieser Währung zur Währung des Börsenplatzes ist auf einzelnen Courszetteln angegeben. Es wird also der Cours-Procentsatz in der fremden Währung berechnet und sofort erst der Preis des Papiers in der eigenen Währung durch Umrechnen nach der gegebenen Verhältnisszahl festgestellt.***) Wird aber nach Stücken notirt, so drückt der Courszettel meistens direct aus, wie viel für ein gewisses Papier mit einem bestimmten Nominalwerthe der fremden Währung, z. B. für eine Actie der österreichischen Nationalbank à 1000 fl. Conv.-Münze, in der Währung des Börsenplatzes bezahlt oder geboten wurde, oder zu wie viel es in der eigenen Währung angeboten war.

4) Die laufenden Zinsen der Schuldverschreibungen sind in der Regel unter dem Börsencourse nicht begriffen, sondern werden abgesondert nach der Währung des Papiers berechnet und entweder nach der fest bestehenden Verhältnisszahl beiderlei Währungen oder nach dem Wechselcourse umgerechnet und besonders vergütet. Bei Renteninscriptionen und Actien sind jedoch die Interessen dem Course eingerechnet.

5) Den Coursnotizen auf den meisten Courszetteln sind gewisse abgekürzte Beisätze angefügt, welche die Hauptmomente des wirklichen Verkehrs bezeichnen. Sie bestehen gewöhnlich in den Worten: „Geld“, „Gesucht“, oder „Argent“, und „Papier“, „Brief“, „Angeboten“, „Ausgeboten“ oder „Lettres“, welche Worte aber nur mit den Anfangsbuchstaben angedeutet sind. Auch der weitere Beisatz: „bezahlt“, „gemacht“, „begeben“ (bez., gem., beg.) findet sich auf den Courszetteln. Die Ausdrücke: „Geld“, „Gesucht“, „Argent“, entsprechen der Nachfrage und besagen, dass ein Papier zu dem betreffenden Preise gesucht wurde, dass zu letzterem Kaufsliebhaber vorhanden waren, dass aber sich wenige Abgeber zu diesem Course fanden.

*) So notirt man z. B. an der Frankfurter Börse Alles in Procenten mit Ausnahme der österreichischen, bayerischen, darmstädtischen Bank-, resp. Creditactien und der Anlehensloose, ausgenommen die österreichischen Staatsloose. Die Börsen von Wien, Paris und Zürich notiren Fonds in Procenten, Actien nach dem Stück. Die Courszettel der Berliner Börse geben die Art der Notirung nur bei den nach dem Stück notirten Papieren an.

**) Der Frankfurter Courszettel z. B. notirt österreichische Fonds im 20 fl.-Fusse mit dem Beisatze $\frac{5}{6}$, in neuer österreichischer Währung mit dem Beisatze $\frac{5}{7}$, Fonds im 14 oder 30-Thalerfuss mit dem Zusatz „à 105“, d. h. das Verhältniss zwischen der in Oesterreich geltenden Währung und dem in Frankfurt maassgebenden Münzfuss ist 5 : 6, oder jetzt in Folge des Wiener Münzvertrags von 1857 — 6 : 7, während 1 Thlr. im 14 oder 30-Thalerfuss = 105. kr. Frankfurter, oder überhaupt süddeutscher Währung ausmacht, oder das Verhältniss zwischen süddeutscher und Thalerwährung sich wie 105 : 60 gestaltet. Lautet daher die Coursnotiz für 1000 fl. österreichischer Nationalanleihe $\frac{5}{6}$ 60 G., so drückt sie aus, dass für 100 fl. dieses Papiers, welches auf Conventionsmünze (20 fl.-Fuss) lautet, 60 fl. Conventionsmünze, oder nach dem Verhältniss von 5 : 6 —: 72 fl. in süddeutscher Währung geboten wurden.

Die Ausdrücke: „Papier“, „Brief“, „Angeboten“, „Ausgeboten“, „Lettres“, bezeichnen das Gegentheil, die Thatsache des Angebots zu dem betreffenden Course und den Mangel an Käufern zu demselben. Die Beisätze: „Bezahlt“, „gemacht“, „begeben“ endlich stellen den wahren effectiven Tagespreis dar, wie er sich durch wirkliche Geschäfte gestaltet hat.

Man unterscheidet daher zwischen „Geldcours“, „Papiercours“ und „effectivem Cours“. Nur der letztere ist der maassgebende. Der Geldcours wird immer um Einiges niedriger, der Papiercours dagegen etwas höher stehen.

§. 10.

Hauptformen der Geschäfte in Werthpapieren.

Wir haben früher schon angedeutet, dass der Verkehr in Werthpapieren in seiner mannigfachen Entwicklung sich nicht begnügt hat, Wege zur soliden und nutzbringenden Verwendung von Capitalien aufzusuchen, sondern auf das Gebiet der Speculation geleitet worden ist, welche dabei eine wahre Erfindungsgabe in der Anwendung verlockender Geschäftsformen an den Tag gelegt hat. Selbstverständlich haben wir es mit dieser Speculation nicht zu thun und können uns daher in Absicht auf ihre Operationen sehr kurz fassen.

Die Hauptformen des Werthpapierhandels sind folgende:

- I. Das Kaufgeschäft, welches wiederum zerfällt:
 - 1) in den Tageskauf, Kauf gegen baare Zahlung, pr. Cassa, Zug um Zug, Comptantkauf, effectiver Kauf etc. und
 - 2) in den Zeitkauf, Kauf auf Lieferung, auf Ziel, Frist, der entweder
 - a) ein fester Zeitkauf, oder
 - b) ein bedingter ist, welcher letzterer insbesondere die Formen des Schwindelgeschäfts umfasst;
 - 3) in den sogenannten Rückkauf und
 - 4) in den Hoffnungskauf.
 - II. Das Versatzgeschäft, Depot, Belehnung der Papiere;
 - III. Das Commissionsgeschäft, Erwerbung und Veräusserung für Rechnung Dritter;
 - IV. Das Versicherungsgeschäft, Versicherung verlosbarer und über pari stehender Papiere gegen die Folgen der Verloosung.
- Das Kaufgeschäft ist für uns das wichtigste und zwar sind es die Formen des Tageskaufs und des festen Zeitkaufs, die uns insbesondere beschäftigen.

Die Erfordernisse jedes Kaufvertrags sind nach gemeinem Recht:

- a) Einwilligung der zur Disposition über ihr Vermögen rechtlich befähigten Contrahenten;
- b) eine — dem freien Verkehr und der Verfügung des Verkäufers anheimgestellte, dem Käufer zu übergebende Sache;
- c) ein bestimmter, oder doch bestimmbarer, ernstlich gemeinter und gesetzmässiger (nicht übermässig hoher) Preis.

Tageskauf heisst nun dasjenige Geschäft, bei dem sich der eine Contrahent verbindlich macht, dem andern ein gewisses näher bezeichnetes Werthpapier oder eine Anzahl solcher, sofort nach dem Abschluss (Schluss) um einen vereinbarten Preis zu liefern, wogegen der andere Contrahent sich verbindlich erklärt, die bezeichneten Papiere zu Eigenthum zu übernehmen und jenen Preis nach der Lieferung alsogleich zu bezahlen.

Ob das Geschäft zwischen den Contrahenten direct, mündlich oder schrift-

lich, oder durch einen Mittelsmann, gewöhnlich Sensalen, abgeschlossen wurde, ändert überall da nichts, wo nicht durch besondere Gesetze die Vermittlung eines Sensalen etc. vorgeschrieben ist, was in einzelnen Staaten, z. B. in Frankreich, wo nur auf der Börse, während der gesetzlichen Börsenzeit und durch die Börsenagenten Geschäfte in Werthpapieren gemacht werden dürfen, der Fall ist. Wesentlich sind aber jene drei Erfordernisse und insbesondere wird sich der Käufer zu überzeugen haben, dass er nicht mit Jemanden contrahirt, der rechtlich keine Dispositionsbefugniß über sein Vermögen hat, also beispielsweise nicht mit einem Minderjährigen, einem gerichtlich erklärten Verschwen-der etc. Perfect und daher klagbar ist das Geschäft, sobald die Einwilligung beider Contrahenten constatirt ist und die etwa gesetzlich vorgeschriebenen Formen beobachtet sind. Dasselbe behält die Natur eines Tageskaufs, wenn auch die Lieferung und Zahlung nicht sofort nach dem Schluss geschehen sollte, wie auch die Zahlung ohne Anstand angeborgt werden kann, ohne dass das Geschäft zu einem Zeitkauf umgewandelt würde, sofern nur der Schluss in der oben bemerkten Weise geschah.

Der feste Zeitkauf ist derjenige Vertrag, wodurch sich ein befähigter Contrahent verpflichtet, einem andern ein oder mehrere Werthpapiere, welche genau bezeichnet sind, an einem bestimmten späteren Tage um einen sogleich festgestellten Preis zu liefern, während der andere Contrahent sich gleichzeitig verbindlich macht, die bezeichneten Papiere um diesen Preis an dem verabredeten Tage zu Eigenthum anzunehmen und zu bezahlen.

Man sieht, dass sich dieses Geschäft vom Tageskauf nur hinsichtlich der Zeit der Erfüllung unterscheidet. Die allgemeinen Erfordernisse sind bei beiden vollkommen dieselben. Auf den Börsen ist übrigens diese Schlussart die gewöhnliche (abgesehen von dem daselbst betriebenen Schein- und Windhandel) und man stellt dort in der Regel die Erfüllung auf die Mitte (medio) oder das Ende (ultimo) eines Monats; daher die Ausdrücke: „Medio“- oder „Ultimo“-Liquidation.

Der bedingte Zeitkauf kommt in verschiedenen Formen vor und ist der eigentliche Tummelplatz der Speculanten ohne Geld und Credit. Wir wollen, indem wir diese Geschäftsarten unsern Lesern keineswegs empfehlen wollen, die Begriffe kurz geben.

1) Das Stellgeschäft, Stelage, Schluss auf Geben und Nehmen, ist eine Verabredung zwischen zwei Contrahenten, wodurch sich der eine verbindlich macht, dem andern nach dessen Wahl, welche an einem bestimmten Tage zu treffen ist, entweder eine sogleich festgestellte Zahl von Werthpapieren zu einem bestimmten Preise am Tage der Wahl zu liefern, oder aber dieselbe Menge von ihm zu beziehen, letzteres zu einem etwas niedrigeren Preise. Derjenige Contrahent, welchem die Wahl zusteht, heisst der Wähler, der andere der Steller.

2) Schluss auf fest und offen, ein Kauf, bei welchem dem Käufer (Wähler) anheim gestellt wird, nur einen Theil oder das Ganze der Kaufsobjecte nach einer bestimmten Zeit um den festgesetzten Preis zu übernehmen und zu bezahlen, wobei er — wenn er nur einen Theil bezieht — diesen in der Regel etwas höher bezahlen muss.

3) Das Nochengeschäft, Schluss auf Noch oder mit Noch. Bei diesem Geschäft bedingt sich entweder der Wähler das Recht, zu den ihm zu bestimmten Coursen verkauften Werthpapieren am Lieferungstage noch eine weitere Summe derselben zum gleichen oder höherem Cours zu verlangen; oder der Steller behält sich vor, dem Käufer über die verhandelten Papiere noch eine gewisse Anzahl weiter liefern zu können.

4) Das Differenzgeschäft, Schluss auf Lieferung oder Differenz;

in der Regel das verderblichste Hazardspiel. Der Käufer behält sich vor, entweder die gehandelten Papiere nach einer gewissen Zeit zu übernehmen und zu einem bestimmten Preise zu bezahlen, oder die Differenz zwischen diesem Preise und dem Cours am Lieferungstage zu vergüten; ebenso hat der Verkäufer die Wahl, die Papiere entweder zu liefern oder die Coursdifferenz zu ersetzen. Diese Schlussart geschieht indessen meistens nur zum Schein, da, wo die reinen Differenzgeschäfte gesetzlich verboten sind. Wo dieses nicht der Fall, schliesst man direct auf Zahlung der Coursdifferenz. Man bedarf zu solchen Geschäften keines reellen Besitzes; man besitzt in der Regel die betreffenden Papiere eben so wenig, als man sie zu erwerben gedenkt; vielmehr speculirt man auf völlig unberechenbare Zufälle und treibt daher ein höchst gewagtes Spiel.

5) Das Prämiegeschäft, Schluss auf Prämie, mit Vorbehalt des Rücktritts. Das Geschäft besteht darin, dass A. von B. eine gewisse Anzahl von Papieren, lieferbar nach bestimmter Frist, um einen festen Preis, kauft, sich aber vorbehält, gegen Vergütung eines Reugeldes, Prämie genannt, vom Kauf wieder zurückzutreten.

Auch dieses Geschäft erfordert keinerlei Mittel und ist daher ebenso verführerisch, als das Differenzgeschäft.

Der Rückkauf, auch Prolongationsgeschäft genannt, begreift eine weitere Gattung des Windhandels in sich. A. verkauft dem B. bestimmte Papiere um einen gewissen Preis, kauft sie aber gleichzeitig um einen andern höhern Preis und nach einer festgestellten Frist lieferbar wieder zurück. Der Preisunterschied wird Prämie oder Report genannt. Der Sinn des Geschäfts ist, dass A. mit den Geldmitteln des B. inzwischen speculiren kann, letzterer aber neben dem Zins aus den Papieren noch den Report bezieht, also an dem Nutzen der Speculation Antheil nimmt, ohne deren Gefahren zu theilen, in so ferne er durch den Besitz der Papiere immer gesichert ist.

Das verwerflichste der Börsenspiele ist der Hoffnungskauf, das Heuergeschäft, in dessen Gefolge das Promessenspiel entstanden ist. Reell abgeschlossen, besteht das Geschäft darin, dass der Besitzer von Lotterielosen solche für die bevorstehende Loosziehung einem Andern gegen Zahlung einer namhaften Prämie überlässt, um damit den etwa auf die Loose fallenden Gewinn auf diesen (Käufer, Heuerer) zu übertragen, wogegen die Loose, falls sie nicht gezogen werden, dem Verkäufer verbleiben. Der Verheuerer verkauft daher nur die ungewisse, auf reinem Zufall beruhende Hoffnung auf Gewinn an den Heuerer, vermietet demselben gewissermassen die Loose nur, bezieht aber unter allen Umständen die Prämie; auch ist es Usus, dass der Heuerer, wenn die Loose gezogen werden, dem Verheuerer andere derselben Gattung und von gleichem Betrage an deren Stelle anzuschaffen hat. In der Regel behält der Verheuerer die Loose in seinem eigenen Besitz und stellt dem Heuerer nur eine Promesse, einen Heuerbrief, aus, in welchem die Loose, oder auch nur Antheile solcher, bezeichnet sind, in welch' letzterem Falle sich das Geschäft überhaupt nur auf diese Antheile bezieht. In seiner Ausartung hat nun dieses Geschäft dahin geführt, dass die Verheuerer Promessen in Masse auf Loose ausstellen, welche sie weder besitzen, noch erwerben können oder wollen, lediglich im Vertrauen darauf, dass das Loos nicht herauskommen und dass ihnen daher die Prämie ohne alle Gegenleistung in die Tasche fallen werde. Da dieses Spiel von Leuten getrieben wird, welche oft ganz oder fast vermögenslos sind, so ist der Erwerber solcher Promessen gewöhnlich um sein Geld betrogen; denn wird das Loos nicht gezogen, so hat er ohnediess keinerlei Anspruch; fällt darauf aber in der Ziehung ein namhafter Gewinn, so vermag der Verheuerer, da er das Loos nicht besitzt, den

Gewinn also nicht erheben kann, diesen in der Regel nicht auszuzahlen. Diese Spiele sind daher in manchen Staaten gesetzlich verboten.

Das Versatzgeschäft, Depotgeschäft, Deckungs-, auch Versicherungsvertrag, begreift ein Uebereinkommen in sich, wonach der Besitzer von Werthpapieren solche einem Capitalisten gegen Ausfolge eines Darlehens zur Sicherheit deponirt, oder zu Faustpfand gibt. Gewöhnlich werden die Papiere nur zu einem geringeren Werthe, $\frac{2}{3}$ bis $\frac{9}{10}$ ihres Handelswerthes, als Pfand angenommen, und wird dem Schuldner die Auflage gemacht, Nachschuss für den Fall zu leisten, wenn die verpfändeten Papiere sinken sollten, widrigenfalls der Gläubiger berechtigt wäre, die Pfänder zu veräussern und sich aus dem Erlöse bezahlt zu machen.

Das Commissionsgeschäft hat für uns in so ferne Wichtigkeit, als der gewöhnliche Capitalist häufig in die Lage kommt, Werthpapiere durch Dritte erwerben und veräussern zu lassen. Der Begriff dieses Geschäfts wird sich hieraus von selbst ergeben. Wir können auf das Nähere nicht eingehen und bemerken nur, dass der Commissionär, wenn er den Auftrag, sei es Papiere für einen Andern zu erwerben, oder zu veräussern, angenommen hat, gesetzlich verpflichtet ist, das Interesse seines Committenten nach bestem Wissen zu wahren und dabei den höchsten Fleiss anzuwenden.

Was endlich das Versicherungsgeschäft anbelangt, so ist dasselbe für den Capitalisten unter Umständen ebenfalls von Bedeutung. Besitzt dieser nämlich Papiere, welche über pari stehen (deren Preis höher als ihr Nennwerth ist) und zugleich einer Kündigung durch Verloosung unterliegen und werden dieselben in Folge einer Verloosung al pari (zum Nennwerthe) heimbezahlt, so verliert der Besitzer die Coursdifferenz, das Agio, oder er erhält für seine Papiere weniger, als sie Börsenwerth hatten, so dass er sich um den ihm bezahlten Betrag nicht wieder andere Papiere gleicher Sorte und Summe anschaffen kann. Um nun diesen Nachtheil zu verhüten, bezahlt er einem Banquier, oder einem anderen Versicherer eine Prämie, gegen welche dieser die Verbindlichkeit übernimmt, dem Versicherten für den Fall, dass dessen Papiere in der bevorstehenden Verloosung gezogen und um geringeren, als den Börsenpreis getilgt würden, entweder andere Papiere von gleicher Sorte und von gleichem Nominalwerth anzuschaffen, oder auch die Coursdifferenz baar zu vergüten. Dieses Assecuranzgeschäft wurde ursprünglich für Lotterieloose, welche häufig weit über ihren wahren Werth gesteigert werden, erfunden; es findet aber auch auf andere verloosbare Papiere, deren Cours den Paristand überschritten haben, Anwendung.

§. 11.

Münzsysteme. Münzwährungen. Münzfüsse.

Für den Besitzer und Erwerber von Werthpapieren ist die Kenntniss des Münzwesens oft von grossem Interesse. Wir wollen daher nicht unterlassen, das Nothwendigste darüber anzuführen.

Das Geld ist der allgemeine Werthsmesser für alle materiellen Bedürfnisse des Menschen, das Universaltauschmittel des Verkehrs. Je grösser daher die Entwicklung des letztern unter den Völkern war, je mehr die Civilisation Fortschritte machte und die Bedürfnisse des Menschen steigerte, desto grössere Wichtigkeit erlangte von selbst das Geld und das Münzwesen. Von den Kaufleuten, welche im grauen Alterthume zuerst anfangen, Münzen als Tauschmittel auf eigene Rechnung herzustellen, ging daher alsbald das Recht, Münzen zu

prägen und diesen einen bestimmten unveränderlichen Werth beizulegen, auf die Staatsgewalt über, welche es mit völliger Ausschliesslichkeit ausübte, wie wir schon bei den Völkern des Alterthums sehen.

Allgemein empfahlen sich die edlen Metalle, theils wegen ihrer Dauerhaftigkeit und Schönheit, theils wegen ihrer verhältnissmässigen Seltenheit und ihres dadurch herbeigeführten hohen Werths, am meisten zur Anfertigung von Münzen. Man kannte daher bis in die neuere Zeit anderes als Metallgeld nicht. Die neuere Geschichte gibt dagegen Zeugniß von der Erfindung und Einführung des Papiergelds, zugleich aber auch von den grossen Calamitäten dieser Erfindung.

Das Metallgeld stellt einen wirklichen materiellen Werth dar, nämlich den Handelswerth des in der Münze enthaltenen Metalls, das zu andern Lebensbedürfnissen verwendet und verarbeitet werden kann. Dieser Werth ist aber, wie der Werth jeder Handelswaare, ein veränderlicher und richtet sich nach dem Angebot und der Nachfrage. Würde man daher den Münzen nur diesen Handelswerth beilegen, so würden sie das nicht erfüllen, wozu sie bestimmt sind, nämlich die Herbeiführung voller Sicherheit im Verkehr. Man muss daher den in den Münzen enthaltenen Metallen einen bestimmten, allgemein maassgebenden Werth beilegen, welchen sie für den Einen wie für den Andern haben, was durch Gesetze geschieht. Da nun Gold und Silber diejenigen Metalle sind, welche fast ohne Ausnahme zur Herstellung von Münzen verwendet werden, so muss dem einen oder dem andern dieser Metalle jener unveränderliche Werth beigelegt, oder es muss das Werthverhältniss zwischen beiden gesetzlich fixirt werden, in welchem Falle beide Metalle gleich als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.

Je nachdem das Eine oder das Andere in einem Staat geschieht, besteht in demselben entweder Silberwährung, oder Goldwährung, oder gemischte (doppelte) Währung. Der Begriff der Münzwährung ergibt sich hieraus von selbst. In Europa hat nur das Königreich Grossbritannien und die freie Stadt Bremen Goldwährung angenommen und beibehalten; in allen übrigen Staaten herrscht die Silberwährung, oder auch die gemischte Währung, wie z. B. in Frankreich. Da, wo reine Silberwährung besteht, haben die Goldmünzen selbstverständlich nur einen veränderlichen Handelswerth; ebenso umgekehrt, wo reine Goldwährung eingeführt ist. Die gemischte Währung muss, so lange sie nicht in einem grossen Complex nebeneinander liegender oder in allen Staaten Geltung gewinnt, den Nachtheil herbeiführen, dass die eine oder andere Münze ins Ausland geht, je nachdem sich deren Werthverhältniss dort gestaltet.

Das Papiergeld, das entweder von den Staaten unmittelbar ausgegeben wird und dann Staatspapiergeld, auch schlechtweg Papiergeld, heisst, oder von den Banken in Umlauf kommt, in welchem Fall es Banknoten, Bankozettel, benannt wird, ist in Wahrheit nur ein Geldzeichen, nur Repräsentant des anderwärts zu seiner Einlösung parat gehaltenen Metallgelds. Es erleichtert den Verkehr unstreitig, kann aber nur in dem Falle und Maasse gerechtfertigt erscheinen, wenn seine Einlösung durch Metallgeld jederzeit sicher gestellt ist. Es wird entweder mit Zwangscours, d. h. mit der gesetzlichen Verpflichtung, von Jedermann an Zahlung genommen werden zu müssen, ausgegeben, welche Verpflichtung natürlich nur in dem Staate Geltung haben kann, der das Papier emittirt hat, oder es läuft lediglich im freien Verkehr um. Welche ungeheure Verluste die ungemessene und verführerische Ausgabe von Papiergeld im Laufe des vorigen und dieses Jahrhunderts herbeigeführt hat, werden wir im speciellen Theil erfahren. Hier sei nur noch bemerkt, dass auch in unserer Gegenwart die Nachtheile einer allzu grossen Papier-

geldsemission, die alles Metallgeld verdrängt und den Werth aller Lebensbedürfnisse unnatürlich steigert, da und dort, z. B. im österreichischen Kaiserstaate, anschaulich werden, wo das anomale Verhältniss stattfindet, dass die Noten der Wiener Nationalbank die Grundmünze des Staates darstellen.

Alle Münzen werden nach einem bestimmten Münzfusse geprägt, d. h. es wird gesetzlich festgestellt, wie viel Stücke der Münzeinheit auf eine angenommene Gewichtseinheit gehen sollen und wie viel an feinem edlen Metall in dieser Münzeinheit enthalten sein muss, oder mit andern Worten: es wird der Werth einer gewissen Quantität edlen Metalls durch Gesetz regulirt. Ganz rein werden die edlen Metalle höchst selten verarbeitet und auch zu den Münzen wird das Gold und Silber mit einem Zusatz andern Metalls, jetzt fast durchgängig Kupfer, gemischt, welcher Zusatz Legirung genannt wird. Das Verhältniss zwischen dem reinen Metall und der Legirung ist wiederum gesetzlich fixirt. Der Inhalt einer Münze an reinem edlen Metall heisst deren Feingehalt. Das Verhältniss zwischen dem Gewicht der legirten Metalle und dem Gewicht des darin enthaltenen reinen Metalls wird ebenso mit den Ausdrücken Feingewicht und Rau- oder Bruttogewicht bezeichnet, bei Münzen mit den technischen Ausdrücken: Schrot und Korn. Die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen hierüber gelten indessen in der Regel nur für Courantmünzen und sogenanntes grobes Geld, während in jedem einzelnen Lande Scheidemünzen, welche nur zur Ausgleichung im grössern und sonst nur zum kleinen Verkehr im Innern bestimmt sind und nur die kleinsten Münztheile darstellen, mit viel geringerem Feingehalte geprägt werden. Es ist daher gewöhnlich gesetzlich weiter bestimmt, dass Niemand gezwungen ist, eine grössere Menge an Scheidemünze anzunehmen, als der Werth der kleinsten Courantmünze beträgt. Die kleinsten Scheidemünzen werden oft auch aus Kupfer und Billon geprägt. Unter Billon versteht man Silber oder Gold, welches mehr als die Hälfte seines Gewichts Kupfer enthält.

Was nun die hauptsächlichsten europäischen Münzfüsse betrifft, so führen wir in Kürze Folgendes an:

I. In Deutschland prägte sich das anererbte Sonderwesen insbesondere auch auf dem Felde der Münzverfassung aus und verursachte namentlich zu Kriegszeiten fortwährend grosse Calamitäten, insofern einzelne Reichsstände die Münzprägung als lucratives Geschäft betrieben, die Münzen daher immer leichter machten und dadurch auch die übrigen Stände zwangen, auf diesem Wege zu folgen. Einig wurde man 1524 hinsichtlich des Münzgewichts, als welches die Hälfte des kölnischen Pfundes, oder die kölnische Mark erklärt wurde. 1559 stellte sodann der Reichstag in Augsburg einen Reichsmünzfuss fest, nach welchem die feine Mark Silber zu 10 fl. 13 $\frac{1}{2}$ kr. ausgebracht werden sollte. Er wurde aber nicht eingehalten. 1596 wurde bestimmt, dass der Reichsspeciethaler 84 Kreuzer werth sein solle, allein während des 30jährigen Kriegs verschlechterten sich die Münzen derart, dass 1622 in Chursachsen der Thaler Silber 14—15 Thaler in Scheidemünze galt. 1623 wurde daher der 13 $\frac{1}{2}$ fl.-Fuss eingeführt, nach welchem der Thaler 90 Kreuzer werth sein sollte. Auch dieser Münzfuss wurde nicht allgemein eingehalten, vielmehr in der Verschlechterung der Münzen, namentlich Scheidemünzen, fortgefahren. 1667 schlossen daher Sachsen und Brandenburg in dem Städtchen Zinna eine Uebereinkunft ab, wonach die Mark zu 10 $\frac{1}{2}$ Thaler oder 15 $\frac{3}{4}$ fl. ausgeprägt werden sollte. Aber auch dieser sogenannte Zinnaische Münzfuss fand keinen Eingang. Es wurde dadurch nichts erreicht, als die Anbahnung der Trennung des Nordens vom Süden auch auf dem Gebiete des Münzwesens. Durch einen neuen Münzrecess zwischen Sachsen, Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg vom 16. Januar 1690, wonach aus der feinen Mark Silber 12 Thlr. oder 18 fl.

geprägt werden sollten, wurde jene Trennung befestigt, obgleich dieser 18-Guldenfuss in der Hoffnung, dadurch Uebereinstimmung in das deutsche Münzwesen zu bringen, auf dem Regensburger Reichstage den 10. Sept. 1738 zum Reichsmünzfuss erhoben wurde. Den Schlussstein erhielt sie aber durch die einseitige Einführung eines 20-Guldenfusses in Oesterreich 1748, nachdem vorher, während des österreichischen Erbfolgekriegs, der 18-Guldenfuss wieder allgemein ausser Wirksamkeit gekommen war. Diesem 20-Guldenfuss traten 1750 Sachsen und Polen und 1753 Bayern, letzteres mittelst einer besondern Münzconvention vom 21. Sept. 1753, bei, woher er den Namen des Conventionsmünzfusses erhielt. In der Folge nahm auch Churpfalz und Salzburg den 20-Guldenfuss an, ebenso andere Stände. Aber schon ein Jahr später erklärte der Churfürst von Bayern, dass die Einführung dieses Münzfusses in so lange, als nicht alle umliegenden Kreise denselben angenommen, seinem Lande zu grossen Schaden verursachen würde und legte den nach jenem Fusse zwar nach wie vor nach Schrot und Korn geprägten Münzen einen um $\frac{1}{6}$ höheren Werth bei, so dass aus einer Mark feinen Silbers 24 fl. ausgebracht wurden. Diesen 24-Guldenfuss nahmen nach und nach alle süddeutschen kleineren Staaten an. Gleichzeitig führte der König von Preussen, um der Ausfuhr seiner nach dem 18-Guldenfuss geschlagenen Münzen zu steuern, den 21-Gulden- oder 14-Thalerfuss ein, welchen sich später die meisten übrigen norddeutschen Staaten aneigneten. Der 24-Guldenfuss verwandelte sich endlich zu Ende des vorigen Jahrhunderts durch das Eindringen der französischen Laubthaler und der Brabanter (Kronen-) Thaler, welche im Verkehr zu einem höheren als ihrem wahren Silberwerthe angenommen wurden, in einen Kronenthaler- oder 24 $\frac{1}{2}$ -Guldenfuss.

In Folge der Gründung des Zollvereins gerieth das deutsche Münzwesen endlich auf bessere Bahnen. Schon unterm 25. August 1837 schlossen Bayern, Württemberg, Baden, Nassau und das Grossherzogthum Hessen die Münchener Münzconvention, durch welche der 24 $\frac{1}{2}$ -Guldenfuss, der vorher nur factisch bestand, in den contrahirenden Staaten gesetzlich eingeführt und nähere Bestimmungen bezüglich des Feingehalts, des Gewichts und der Grösse der zu prägenden Münzen getroffen wurden. Darauf folgte die Dresdener allgemeine deutsche Münzconvention vom 30. Juli 1838 zwischen allen zum Zoll- und Handelsverein gehörigen Staaten, wodurch die im Art. 14. des Zollvereinsvertrags zugesagte Uebereinstimmung der Münzfüsse der südlichen und nördlichen Staaten in Erfüllung gebracht wurde. Dabei wurde als Grundlage des Münzwesens eine Vereinsmark von 233,855... Grammen angenommen, der 14-Thalerfuss für die nördlichen, der 24 $\frac{1}{2}$ -Guldenfuss für die südlichen Staaten gesetzlich eingeführt, sofort verabredet, dass keine anderen, als diesen Münzfüssen entsprechende Courantmünzen geprägt, die Münzfüsse genau eingehalten, eine allgemein gültige Vereinsmünze von 2 Thlr. oder 3 $\frac{1}{2}$ fl. eingeführt, die Legirung nicht mehr als $\frac{1}{10}$ betragen, die neu auszugebenden Vereinsmünzen gegenseitig in Bezug auf Feingehalt und Gewicht geprüft werden sollen u. s. w. Die Dauer der Convention war bis zum Schlusse des Jahres 1856 festgesetzt. Noch vorher trat aber in Wien die Münzconferenz von 1856 zusammen, welche eine weitere Annäherung der deutschen Münzwährungen, namentlich auch Oesterreich gegenüber, zu Stande brachten und mit der Wiener Münzconvention vom 24. Januar 1857 schlossen.

Diese, indem sie abweichend von den vorhergegangenen Conventionen, nicht nur die Silber-, sondern auch die Goldmünzen und das Papiergeld zum Gegenstand des Vertrags macht, und alle deutschen Staaten mit alleiniger Ausnahme der beiden Mecklenburg, Hamburgs, Bremens, Lübecks und

Holsteins, aber mit Einschluss des ganzen österreichischen Kaiserstaats, umfasst, setzt in der Hauptsache Folgendes fest:

- 1) Als allgemeines Münzgewicht soll das Zollpfund von 500 Grammen, eingetheilt in Tausendtheile mit weiterer decimaler Abstufung, allein Anwendung finden (Art. 1 des Vertrags).
- 2) Mit Festhaltung der reinen Silberwährung soll in den norddeutschen Ländern: Preussen, Königreich Sachsen, Hannover, Churfürstenthum Hessen, Grossherzogthum Sachsen, Herzogthümern Sachsen-Altenburg, Gotha, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt-Desau-Cöthen und Anhalt-Bernburg, Fürstenthümern Schwarzburg-Sondershausen, Rudolstadt (Unterherrschaft), Waldeck und Pyrmont, Reuss ä. L. und Reuss j. L., Schaumburg-Lippe und Lippe ein 30-Thalerfuss zu 30 Thalern aus dem Pfund feinen Silbers; sodann im Kaiserstaate Oesterreich, sowie im Fürstenthume Liechtenstein ein 45-Guldenfuss zu 45 fl. aus dem Pfunde feinen Silbers, und in den übrigen südlichen Staaten: Bayern, Württemberg, Baden, Grossh. Hessen, Herzogthum Sachsen-Meiningen, Fürstenthum Sachsen-Coburg, den Hohenzollernschen Landen Preussens, Nassau, Hessen-Homburg, Frankfurt und in der Oberherrschaft des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt ein 52 $\frac{1}{2}$ -Guldenfuss zu 52 $\frac{1}{2}$ fl. aus dem Pfunde feinen Silbers mit den Benennungen: Thalerwährung, österreichische Währung und süd-deutsche Währung eingeführt werden (Art. 2 und 3).
- 3) Die bisherigen Münzstücke des 14-Thaler- und des 24 $\frac{1}{2}$ -Guldenfusses sollen völlig gleiche Geltung mit den neuen im 30-Thaler- und 52 $\frac{1}{2}$ -Guldenfusse geprägten behalten. Ebenso bleiben die nach der Münzconvention von 1838 geprägten Vereinsmünzen (2-Thlr.- oder 3 $\frac{1}{2}$ -Guldenstücke) nach wie vor Vereinsmünzen, und die nach derselben Convention sowie vorher nach dem 14-Thalerfusse geprägten 1-Thalerstücke werden zu neuen Vereinsmünzen erhoben. Ausserdem werden zwei neue Vereinsmünzen zur Vermittlung und Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs unter der Benennung Vereinsthaler ausgeprägt, nämlich: ein 1-Thalerstück zu $\frac{1}{30}$ des Pfundes feinen Silbers mit dem Werth von 1 Thlr. in der Thalerwährung, 1 $\frac{1}{2}$ fl. in österr. Währung und 1 $\frac{3}{4}$ fl. in süddeutscher Währung, und ein 2-Thalerstück zu $\frac{1}{15}$ des Pfundes feinen Silbers mit doppeltem Werth. Die Ausmünzung der letztern Münzsorte ist den einzelnen Staaten überlassen, wogegen an Vereinsthalerstücken von 1857 bis 1862 in jedem Staat wenigstens 24 Stücke und von 1863 an je binnen 4 Jahren wenigstens 16 Stücke auf je 100 Seelen geprägt werden sollen.

Alle diese Vereinsmünzen haben im ganzen Umfange der vertragenden Staaten, bei allen Staats-, Gemeinde-, Stiftungs- und andern öffentlichen Cassen, sowie im Privatverkehr, namentlich auch bei Wechselzahlungen, unbeschränkte Gültigkeit gleich den eigenen Landesmünzen, und selbst in dem Falle, wenn die Zahlung ausdrücklich in einer bestimmten Münzsorte der Landeswährung bedungen ist, soll die Annahme von Vereinsmünzen nicht verweigert werden können (Art. 4, 8, 9 und 11).

- 4) Neben den Vereinsmünzen können in jedem Staat Landesmünzen, jedoch nur in solchen Stücken, welche der — dem vereinbarten Münzfusse entsprechenden Rechnungsweise gemäss sind, und unter Beschränkung auf das nothwendige Bedürfniss, geprägt werden. Als Landesmünzen sind anerkannt: nach der Thalerwährung: $\frac{1}{16}$ -Thalerstücke, für

das Königreich Sachsen auch $\frac{1}{3}$ Thlr.; in österr. Währung: 2-Gulden-, 1-Gulden- und $\frac{1}{4}$ -Guldenstücke; und in süddeutscher Währung: 2-Gulden-, 1-Gulden-, $\frac{1}{2}$ -Gulden- und $\frac{1}{4}$ -Guldenstücke (Art. 5 und Art. III. des Separatvertrags).

- 5) Der Feingehalt der Silbermünzen wird in Tausendtheilen ausgedrückt. Das Mischungsverhältniss der Vereinsmünzen ist auf $\frac{900}{1000}$ Silber und $\frac{100}{1000}$ Kupfer (Legirung) festgesetzt. Es kommt sonach $\frac{1}{10}$ Pfund Kupfer auf 1 Pfund Silber und aus diesen $\frac{10}{1000}$ Pfund Legirung werden 30 Ein- oder 15 Zweithalerstücke geprägt, so dass 27 einfache oder $13\frac{1}{2}$ doppelte Vereinsthaler ein Zollpfund wiegen. Die Abweichung im Mehr oder Weniger darf im Feingehalte nicht mehr als $\frac{3}{1000}$ und im Gewicht nicht mehr als $\frac{4}{1000}$ bei den Ein- und $\frac{3}{1000}$ bei den Zweithalerstücken betragen. Feingehalt und Gewicht werden von den contrahirenden Staaten gegenseitig controlirt. Nicht nur bezüglich der Vereins-, sondern auch in Absicht auf Landesmünzen (überhaupt bezüglich aller Courantmünzen) verpflichten sich dieselben, ihren Landesmünzfuss genau einzuhalten und nicht unter dem Vorwande eines sogen. Remediums an dem Feingehalte oder dem Gewicht der Münzen etwas zu kürzen (Art. 6, 7, 10 und 12).
- 6) Sämmtliche contrahirende Staaten verpflichten sich ferner, ihre eigenen Münzen, seien es grobe oder Scheidemünzen, niemals gegen den ihnen beigelegten Werth herabzusetzen und auch eine Aussercourssetzung derselben anders nicht eintreten zu lassen, als nachdem eine Einlösungsfrist von mindestens 4 Wochen festgesetzt und wenigstens 3 Monate vor ihrem Ablaufe öffentlich bekannt gemacht worden ist, auch abgenutzte und undeutlich gewordene Courant- und Scheidemünzen voll zur Einschmelzung zurückzunehmen und ihre Scheidemünzen zu jeder Zeit in besonders zu bezeichnenden Cassen, wenn ihr Gesamtbetrag bei Silberscheidemünzen 20 Thlr. oder 40 fl., bei Kupferscheidemünzen aber 5 Thlr. oder 10 fl. erreicht, gegen grobe coursfähige Münzen umzuwechseln (Art. 13 und 15).
- 7) Die Ausprägung von Scheidemünzen, beschränkt auf das Bedürfniss des eigenen Landes und beim Silber auf Stücke von höchstens der Hälfte des kleinsten Couranttheilstücks, beim Kupfer auf Stücke von höchstens 6 oder 5 Pfennige oder von $\frac{4}{100}$ fl. (in Oesterreich) oder 2 Kreuzer (in Süddeutschland) ist vorbehalten, und zwar zu einem leichteren als dem Landesmünzfusse; jedoch darf hiebei die Silberscheidemünze in keinem leichteren Fusse als $34\frac{1}{2}$ Thlr. in Thalerwährung, $51\frac{3}{4}$ fl. in österreichischer und $60\frac{3}{8}$ fl. in süddeutscher Währung, und Kupferscheidemünze nicht anders ausgeprägt werden, als zum Maximum von 112 Thlr. in der Thaler-, 168 fl. in österreichischer und 196 fl. in süddeutscher Währung auf den Zolcentner Kupfer. Niemand ist verpflichtet, eine Zahlung, welche den Werth der kleinsten groben Münze erreicht, in Scheidemünze anzunehmen (Art. 14).
- 8) Auch Goldmünzen, jedoch nur ganze und halbe Kronen, zu $\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{100}$ des Pfundes feinen Goldes und mit einem Feingehalte von $\frac{900}{1000}$ und einer Kupferlegirung von $\frac{100}{1000}$, so dass 45 Kronen und 90 halbe Kronen ein Zollpfund wiegen, werden die contrahirenden Staaten als Vereinsgoldmünze prägen lassen, welche jedoch lediglich als Handelsmünzen gelten und die reine Silberwährung nicht alteriren dürfen. Ihr Silberwerth wird daher lediglich durch das Verhältniss des Angebots zur Nachfrage bestimmt; doch können die einzelnen Staaten den Vereinsgoldmünzen auf Grundlage des amtlichen Börsencours-Durchschnitts der

vorangegangenen 6 Monate einen festen Cassencours auf höchstens 6 Monate, der übrigens stets widerruflich ist, beilegen (Art. 18—21).

- 9) Endlich ist bezüglich des Papiergelds bestimmt, dass keiner der contrahirenden Staaten berechtigt sein soll, Papiergeld mit Zwangscours auszugeben oder ausgeben zu lassen, falls nicht Einrichtung getroffen wäre, dass solches jederzeit gegen vollwerthige Silbermünzen auf Verlangen der Inhaber umgewechselt werden könne.

Die Dauer des Vertrags wurde zunächst bis zum Schlusse des Jahres 1878 festgesetzt, wird aber stillschweigend von 5 zu 5 Jahren verlängert, wenn keine Kündigung erfolgt.

Hienach bestehen in Deutschlands Hauptländermasse drei verschiedene Münzfüsse fort, welche aber dadurch, dass ein gemeinschaftliches Münzgewicht und der Thaler als Vereinsmünz-Einheit eingeführt worden ist, sowie dass hinsichtlich des Feingehalts gleichmässige Grundsätze in Anwendung kommen, einander wesentlich näher gebracht worden sind.

Von denjenigen deutschen Staaten, welche die Wiener Convention nicht mit abgeschlossen haben, haben Hamburg und die beiden Mecklenburg den 14-Thaler-, resp. 30-Thalerfuss ebenfalls eingeführt und in Hamburg wurden seit länger gleich Lübeck überhaupt keine Münzen mehr geprägt, weshalb dort hauptsächlich preussisches Courantgeld circulirt. Das frühere Lübbische oder Hamburger-Courant, welches im Kleinverkehr noch in Anwendung blieb, theilt den Thaler in 3 Mark und 16 Schillinge. Ein Thaler preuss. Courant wird jetzt allgemein zu $2\frac{1}{2}$ Mark angenommen, somit gilt die Mark $\frac{2}{5}$ Thlr. im 14- oder 30-Thalerfuss = 12 Sgr. In Hamburg besteht aber für den Handel ein ideales Geld, die Hamburger Banco-Mark. Dasselbst werden nämlich alle Handelsgeschäfte von nur einiger Erheblichkeit nicht in Baarem, sondern durch Zu- und Abschreiben auf den Conten der 1619 errichteten Girobank ausgeglichen. Für eine feine Mark Silber wird dabei dem Einleger $27\frac{3}{4}$ Mark Banco gutgeschrieben. Die Bank besitzt kein gemünztes Geld, ihre Mark ist daher kein wirkliches Geldstück, sondern ein Theil der in ihren Kellern liegenden Silberbarren von $\frac{1}{111}$ Mark feinen Silbers. Im Verkehr nach Aussen wird die Mark Hamburger Courant zu 12 und die Mark Hamburger Banco zu 15 Sgr. gerechnet. In Bremen, welches in Deutschland allein Goldwährung beibehalten hat, rechnet man den Louisd'or oder die deutsche Pistole zu 5 Thlr. Gold, à 72 Grot à 5 Schwaren. Der Bremische Thaler Gold wird im Verkehr nach Aussen in der Regel zu 1 Thlr. 3 Sgr. preussisch Courant (oder im 30-Thalerfuss) angenommen, dessen Werth lässt sich aber wegen der Veränderlichkeit des Goldcours nicht genau angeben. Das Schleswig-Holstein'sche Courant endlich ist durch die Dänische Währung verdrängt.

II. In Frankreich besteht gemischte Währung in Silber und Gold. Die Münzeinheit ist der Frank, dessen Raughgewicht auf 5 Grammen festgesetzt ist. Der Feingehalt sämmtlicher französischer Münzen in Gold und Silber ist $\frac{900}{1000}$, gleich den deutschen Vereinsmünzen nach der Wiener Convention. Der Frank in Silber enthält somit $4\frac{1}{2}$ Grammen fein Silber und $\frac{1}{2}$ Gramm Kupfer, von den 20-Frankenstücken in Gold aber sollen 155 Stück aus dem legirten Kilogramme geprägt werden, weshalb das Stück $6\frac{1}{4}$ Grammen wiegen und $5\frac{25}{31}$ Grammen feines Gold enthalten soll. Die Untereintheilung des Franks geschieht im decadischen System zu 100 Centimen. Der Silberwerth ist im Verhältniss zum Goldwerth wie 1 : $15\frac{1}{2}$ gesetzlich angenommen. Geprägt werden: in Silber: 5, 2, 1, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{5}$ -Frankstücke; in Gold: 100, 50, 40, 20, 10 und 5-Frankstücke. Letztere sind jedoch in neuester Zeit ausser Cours gesetzt worden.

III. Im Wesentlichen das gleiche Münzsystem, wie in Frankreich, besteht in Belgien, Sardinien, der Schweiz, in Parma und Modena, obgleich hier die Münzen theilweise andere Namen, auch andere Eintheilung haben.

IV. England hat Goldwährung und seine Silbermünzen laufen nur als Scheidemünzen um. Das Münzgewicht ist das sogen. Troypfund, à 12 Unzen à 20 Pfenninggewicht, oder à 24 Karat à 4 Gran. Das Gold und Silber, das die gleiche Legirung hat, wie das zu den Münzen bestimmte, wird Standard genannt. Das Standardgold enthält $\frac{22}{24}$ feines Gold und das Standardsilber $\frac{11}{120}$ feines Silber. Die Münzeinheit ist das Pfund Sterling, à 20 Schillinge à 12 Pence, wird aber durch eine Goldmünze, den Sovereign, repräsentirt. Wegen der hier herrschenden Goldwährung lässt sich der Werth des Sovereign's nicht genau bestimmen; gewöhnlich nimmt man ihn zu $6\frac{3}{4}$ Thlr. im 30-Thalerfuss an. Geprägt werden: in Gold: Stücke zu 5, 2, 1 und $\frac{1}{2}$ Sovereign; in Silber: ganze und halbe Kronen, à 5 und $2\frac{1}{2}$ Schillinge, ganze, halbe, Drittel-, Viertel- und Sechstel-Schillinge und Pence.

V. Im Königreich der Niederlande ist der Gulden die Münzeinheit, eingetheilt nach dem decadischen System zu 100 Cents. Gesetzlich sollen 24,747 Gulden auf die Mark Silber gehen, man muss aber 25 fl. annehmen, da die Münzen durchgängig etwas zu leicht geprägt sind, wonach sich ein 25-Guldenfuss thatsächlich ergibt. Das Münzgewicht ist das französische Kilogramm, hier Pond genannt. Im Umlaufe sind: Goldmünzen: Stücke zu 20, 10 und 5 fl.; Silbermünzen: Reichsthaler zu $2\frac{1}{2}$ fl., ganze und halbe Gulden.

VI. In Russland besteht neben der Silber- und Goldwährung auch eine Papierwährung, sofern im Innern auch nach Bankassnationen, welche auf $\frac{2}{7}$ ihres Nominalwerths herabgesetzt wurden, gerechnet wird. Man unterscheidet daher zwischen Silber- und Papierrubel. Der Rubel, à 100 Kopeken, ist die Münzeinheit, das gewöhnliche Handelsgewicht, 1 Pud à 96 Solotnik à 96 Doli, das Münzgewicht. Der Feingehalt der Goldmünzen ist $\frac{88}{100}$, der Silbermünzen $\frac{125}{144}$. Das Verhältniss zwischen Gold und Silber stellt sich mit dem gesetzlichen Agio von 3% wie 1:15 $\frac{9}{20}$. Geprägt werden: in Gold: halbe Imperials zu 5 Rubel 15 Kopeken; in Silber: Stücke zu 1, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{20}$ Rubel. Die von 1828 ab geschlagenen Platinamünzen sind wieder eingezogen worden.

VII. Dänemark. Die Münzeinheit ist der Reichsthaler à 6 Mark, à 16 Schillinge = 96 Schillinge. Der doppelte Reichsthaler heisst Speciesthaler. Das Münzgewicht ist die Mark. Der Feingehalt des Reichsthalers ist $\frac{14}{16}$ = 14 Loth. Die kleineren Stücke haben weit geringeren Feingehalt. Geprägt sind: in Gold: doppelte und einfache Pistolen, 21 Karat 6 Gran fein; in Silber: Species à 2 Rthlr., einfache Rthlr., Drittels-, Sechstels- und Zwölftels-Thlr., 4- und 3-Schillingstücke.

VIII. Schweden. Auch hier besteht thatsächlich Papierwährung, da die Bancozettel das Hauptcirculationsmittel bilden. Münzeinheit ist der Reichsthr. à 48 Schillinge, à 4 Stüber. Künftig soll jedoch die decadische Eintheilung zu 100 Oere angewendet werden. Der Reichsthaler Silber ist der vierte Theil des früheren Speciesthalers, der $2\frac{2}{3}$ Thlr. in Bancozetteln galt. 1 Thlr. Bancozettel ist daher gleich $1\frac{1}{2}$ Thlr. Silber. Das Münzgewicht ist die Mark. Der Feingehalt der Goldmünzen beträgt 23 Kar. 4,9 Gr., der der Silbermünzen 12 Loth. In Umlauf sind: Goldmünzen: einfache, doppelte und vierfache Ducaten; Silbermünzen neuen Geprägs: 4, 2, 1, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{16}$ Thlr. Reichsmünze.

IX. Spanien. Die Münzeinheit ist der Real, indessen wird gewöhnlich der Duro oder Peso (Piaster) à 20 Realen dafür angenommen. Gesetzlich gehen auf die Mark fein Silber 9,8811 Duros oder 197,622 Realen. In früheren Zeiten gab es in Spanien fast ebenso viele Geldwährungen, als Provinzen,

von welchen die castilianische die wichtigste war. Umlaufende Münzen sind: in Gold: Doblonen de Isabel à 21 Kar. $7\frac{1}{5}$ Gr. fein, ganze und halbe Pistolen à 4 und 2 Silberpiaster; doppelte dergleichen und vierfache, 21 Kar. fein; in Silber: ganze und halbe Duros, ganze und halbe Posetas zu 4 Realen und Realen à 14 Loth $7\frac{1}{5}$ Gr. fein.

X. Portugal. Rechnungseinheit ist der Reí oder Rea, der nicht geprägt ist, und von dem 8616 Stück auf die Mark fein Silber gerechnet werden. Man rechnet gewöhnlich nach Milreís von 1000 Reís. Es sind im Verkehr: Goldmünzen: Kronen zu 5000 Reís u. dergl. halbe, 22 Kar. fein; Silbermünzen: Kronen oder Coronas zu 1000 Reís, halbe desgleichen und Stücke zu 200 und 100 Reís à 14 Lth. 12 Gr. fein.

XI. Neapel. Münzeinheit ist der Ducato = 100 Grani à 10 Cavalli (oder 10 Carlini à 10 Grani). Gesetzlich sollen 12,2314 Ducati auf die Mark feinen Silbers gehen. Feingehalt der (neueren) Goldmünzen: 23 Kar. 10,8 Gr., der Silbermünzen: 13 Lth. 6 Gr. Münzstücke: in Gold: einfache, doppelte, fünf- und zehnfache Oncette, die ersteren zu 3 Ducati; in Silber: Ducati, Scudi zu 12 Carlini und Stücke zu 6, 2 und 1 Carlini.

XII. Kirchenstaat. Münzeinheit: 1 Scudo = 100 Bajocchi à 5 Quattrimi, wovon $9\frac{3}{4}$ Scudi auf die Mark fein Silber gehen. Feingehalt: der Goldmünzen: 21 Kar. $7\frac{1}{5}$ Gr.; der Silbermünzen: 14 Lth. $7\frac{1}{5}$ Gr. Münzstücke: in Gold: 10, 5 und $2\frac{1}{2}$ Scudi; in Silber: ganze, halbe, $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{20}$ Scudi und Testani zu 30 Bajocchi.

XIII. Türkei. Auch hier ist das Silbergeld grösstentheils durch Papiergeld von sehr schwankendem Werth verdrängt. Münzeinheit ist der Piaster à 40 Para à 3 Asper. 234,3 Piaster sollen auf 1 Mark fein Silber gehen. Feingehalt nach dem neuen Münzregulativ von 1845: für Goldmünzen: 21 Kar. $11\frac{1}{2}$ Gr.; für Silbermünzen: 13 Loth. 5 Gr. Stücke in Gold: 100 und 50 Piaster; in Silber: 20, 10, 5, 2 und 1 Piaster.

Wir geben in Nachstehendem zur Uebersicht die Werthe der Münzeinheiten aller europäischen Staaten und der nordamerikanischen Freistaaten in den 3 deutschen Hauptmünzfüssen.

Werths-Tabelle

über die

Münzeinheiten der europäischen Länder und der nordamerikanischen Freistaaten in den drei deutschen Hauptmünzfüssen, nach gewöhnlicher Rechnung.

Staaten.	Münzeinheit und deren Einteilung.	Werth in der					
		Thalerwährung (30-Thalerfuss)		süddeut- schen Wbg. (52 $\frac{1}{2}$ -fl.-F.)		österr. Währung (45-fl.-F.)	
		Thlr.	Sgr.	Pf.	fl. kr.	Pf.	fl. Neukr.
Altenburg(Sachsen-)Herzogthum	1 Thlr. à 30 Ngr. à 4 Pfennige	1	—	—	1 45	—	1 50
Anhalt'sche Herzogth.	1 Thlr. à 30 Sgr. à 12 Pfennige	1	—	—	1 45	—	1 50
Baden, Grossherzogth.	1 fl. à 60 kr. à 4 Pfennige	—	17	2	1	—	85 $\frac{5}{7}$
Bayern, Königreich	Ebenso	—	17	2	1	—	85 $\frac{5}{7}$
Belgien, Königreich	1 Franc à 100 Centimen	—	8	—	—	28	—
Braunschweig, Herzogth.	1 Thlr. à 24 Ggr. à 12 Pf.	1	—	—	1 45	—	1 50
Bremen, freie Stadt	1 Thlr. G. à 72 Grot à 5 Schwaren	1	3	—	1 55	—	1 65
Dänemark, Königreich	1 Reichsthaler à 96 Schillinge	—	22	8 $\frac{2}{5}$	1 19	1 $\frac{4}{5}$	1 14
Frankfurt a. M., freie St.	1 fl. à 60 kr. à 4 Pfennige	—	17	2	1	—	85 $\frac{5}{7}$
Frankreich, Kaiserthum	1 Franc à 100 Centimen	—	8	—	—	28	—
Gotha(Sachsen-)Herzogth.	1 Thlr. à 30 Ngr. à 10 Pf.	1	—	—	1 45	—	1 50

Staaten.	Münzeinheit und deren Eintheilung.	Werth in der					
		Thalerwährung (30-Thalerfuss)		süddent- schen Whg. (52 1/2-fl.-F.)		österr. Währung (45-fl.-F.)	
		Thlr.	Sgr.	Pf.	fl. kr.	Pf.	fl. Neukr.
Griechenland, Königreich	1 Drachme à 100 Lepta . . .	—	7	2 1/5	—	25	2 — 36 1/2
Grossbritannien, Königr.	1 Pf. Sterl. à 20 Schill. à 12 Pence	6	23	3	11	42	3 10 4
Hamburg, freie Stadt	1 Mark Banco à 16 Sch. à 4 Pf.	—	15	1 1/2	—	53	— 75 1/2
Hannover, Königreich	1 Thlr. à 30 Ngr. à 10 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Hessen, Churfürstenthum	1 Thlr. à 30 Sgr. à 12 Heller	1	—	—	1	45	— 1 50
" Grossherzogthum	1 fl. à 60 kr. à 4 Pf.	—	17	2	1	—	— 85 5/7
" Landgrafschaft	Ebenso	—	17	2	1	—	— 85 5/7
Hohenzollern'sche Lande							
Preussens	Desgleichen	—	17	2	1	—	— 85 5/7
Kirchenstaat	1 Scudo à 100 Bajacchi à 5 Quat- trimi	1	13	1	2	30	3 2 15 1/2
Koburg (Sachsen-) Hzgth.	1 fl. à 60 kr. à 4 Pf.	—	17	2	1	—	— 85 5/7
Liechtenstein, Fürstenth.	1 fl. à 100 Neukreuzer . . .	—	20	—	1	10	— 1 —
Lippe-Deimold, Frstnth.	1 Thlr. à 30 Sgr. à 12 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Lippe-Schaumburg, Fth.	Desgleichen	1	—	—	1	45	— 1 50
Lübeck, freie Stadt	1 Mark à 16 Schill. à 4 Pf.	—	12	—	—	42	— 60
Mecklenburg'sche Hzgth.	1 Thlr. à 48 Schill. à 12 Pf.	1	—	7 10	1	45	1 1 50 3/10
Meiningen (S.-) Herzogth.	1 fl. à 60 kr. à 4 Pf.	—	17	2	1	—	— 85 5/7
Nassau, Herzogthum	Desgleichen	—	17	2	1	—	— 85 5/7
Neapel, Königreich	1 Ducato à 100 Grani à 10 Cavalli	1	4	5	2	—	— 1 72
Niederlande, Königr. der	1 fl. à 100 Cents	—	17	1 1/8	—	59	2 — 85 1/10
Nordamerik. Freistaaten	1 Dollar à 100 Cents . . .	1	11	3	2	24	1 2 6 1/4
Norwegen, Königreich	1 Speciesthr. à 120 Schillinge	1	15	5	2	38	3 2 27
Oesterreich, Kaiserthum	1 fl. à 100 Neukreuzer . . .	—	20	—	1	10	— 1 —
Oldenburg, Grosshzgth.	1 Thlr. à 72 Grot à 5 Schwarzen	1	—	—	1	45	— 1 50
Portugal, Königreich	1 Milreis à 100 Reis . . .	1	14	10 2/5	2	37	— 2 24 3/10
Preussen, Königreich	1 Thlr. à 30 Sgr. à 12 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Reuss'sche Fürstenth.	Ebenso	1	—	—	1	45	— 1 50
Russland, Kaiserthum	1 Rubel à 100 Kopeken . . .	1	2	4	1	53	— 1 61 2/3
Sachsen, Königreich	1 Thlr. à 30 Ngr. à 10 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Sardinien, Königreich	1 Lira à 100 Centesimi . . .	—	8	—	—	28	— 40
Schwarzb.-Rudolstadt:							
1) Oberherrschaft	1 fl. à 60 kr. à 4 Pf.	—	17	2	1	—	— 85 5/7
2) Unterherrschaft	1 Thlr. à 30 Sgr. à 12 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Schwarzb.-Sondershaus.	Ebenso	1	—	—	1	45	— 1 50
Schweden, Königreich	1 Rthlr. à 48 Schill. à 4 Stüber	—	11	5 2/5	—	40 3/10	— 57 9/10
Schweiz. Eidgenossensch.	1 Franc à 10 Batzen à 10 Rappen	—	8	—	—	28	— 40
Spanien, Königreich	1 Peso (Piaster) à 20 Realen	1	12	6	2	30	— 2 12 1/2
Türkei, Kaiserthum	1 Piaster à 40 Para	—	1	9	—	7	— 9
Waldeck, Fürstenthum	1 Thlr. à 30 Sgr. à 12 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Weimar, Grossherzogth.	1 Thlr. à 30 Mariengr. à 12 Pf.	1	—	—	1	45	— 1 50
Württemberg, Königreich	1 fl. à 60 kr. à 4 Pf. (od. 6 Heller)	—	17	2	1	—	— 85 5/7

§. 12.

Einige Vorsichtsregeln für Besitzer von Werthpapieren.

Wir haben schon in der bisherigen Ausführung Gelegenheit gehabt, mehrfach anzudeuten, wie die Erwerbung und der Besitz von Werthpapieren, namentlich der auf den Inhaber (au porteur) lautenden, grössere Gefahren mit sich bringt, und einen höhern Grad von Sorgfalt und Wachsamkeit erfordert, als die Capitalanlage auf Hypotheken oder persönlichen Credit und der Besitz

gewöhnlicher Schuldscheine. Allerdings können diese Gefahren zum grössten Theil beseitigt werden, wenn die Werthpapiere auf den Namen des Eigenthümers oder Inhabers eingeschrieben werden. Diese Inscription ist aber einerseits oft mit Umständen und Kosten verknüpft, andererseits vielfach unthunlich, weil zuweilen nur Papiere auf den Inhaber ausgegeben werden; ausserdem lässt sich aber Mancher mit Recht davon abhalten, weil die Veräusserung von Papieren auf Namen eben wegen der im Gefolge der Cession und Umschreibung, sowie der Zinserhebung entstehenden Umständlichkeiten erschwert wird. Für die Verwalter öffentlichen Vermögens, von Stiftungen und von Pflögenschaften, ist die Inscription auf Namen in der Regel gesetzlich vorgeschrieben. In einzelnen Staaten besteht auch die Einrichtung, dass Werthpapiere, welche für Pupillen oder öffentliche Cassen erworben, oder als Caution etc. hinterlegt wurden, mittelst eines Stempels oder einer besondern Vormerkung ausser Cours, d. h. ausser Verkehr, gesetzt werden. Umstände dieser Art, sowie überhaupt die innere Natur der Werthpapiere sind wohl zu beachten. Ausserdem möchten folgende Regeln zur Beherzigung zu empfehlen sein:

1) Man erwerbe Werthpapiere nicht von unbekannten Personen, weil man sonst Gefahr läuft, in Fällen von Fälschungen, Diebstählen etc. keinen Rückhalt zu haben, wie auch letzterer fehlt, wenn man etwa ein bereits verloostes, gekündigtes, ausser Verzinsung gesetztes oder gar verjährtes Papier erworben hätte.

2) Man lasse sich stets eine Note (Verkaufsnota, Rechnung) über die erworbenen Papiere ausstellen, worauf die Unterschrift und Quittung des Verkäufers deutlich gegeben ist und die Serie, Litera, Nummer und Summe der verkauften Papiere ausdrücklich bemerkt sind. Diese Note bewahre man sorgfältig auf, und zwar besser an einem andern Orte, als dem Verwahrungsort der Papiere selbst, weil im Fall des Abhandenkommens der letztern die Note wesentliche Dienste für ein Amortisations- oder Vindicationsverfahren oder für die Geltendmachung von Regressansprüchen gegen den Verkäufer leisten wird.

3) Man prüfe die angebotenen Papiere vor deren Uebnahme genau in der Richtung, ob die dazu gehörigen Coupons vollständig vorhanden sind, ob Serie, Nummer und Litera des Couponbogens mit der Bezeichnung der Obligation, zu welcher er gehört, harmonire; ob die Papiere überhaupt die gehaltenen und nicht ausser Cours gesetzt, verloost oder gar verjährt sind.

4) In letzterer Beziehung dürften Privatecapitalisten sehr wohl daran thun, sich entweder einzeln oder im Verein mit Andern diejenigen Blätter zu halten, aus welchen sie ersehen können, welche Papiere verloost oder zur Heimzahlung gekündigt sind. Es erscheinen an mehreren Orten sogenannte Ziehungslisten,*) die alle Loosziehungen, Kündigungen, sonstige Anzeigen und Veröffentlichungen bezüglich der auf deutschen und ausländischen Börsen umlaufenden Werthpapiere möglichst vollständig in sich aufnehmen. Der Besitzer von solchen wird die geringe Ausgabe, welche ihm die Haltung eines derartigen Hilfsmittels verursacht, vielfach ersetzt finden durch die Abwendung von Schaden. Auch kleinere Capitalisten können sich auf diese Art vor Verlusten sichern, ohne nennenswerthe Opfer zu bringen, wenn sie sich zu einem gemeinschaftlichen Abonnement vereinigen.

*) Empfehlenswerth für den deutschen Capitalisten ist der „Frankfurter allgemeine Verloosungsanzeiger“, welcher als Beilage des „Actionärs“ erscheint, aber auch abgesondert zum Preise von 1 fl. 48 kr. (in Frankfurt) per Semester abgegeben wird. Auch das Frankfurter Börsen-Coursblatt gibt in einer periodisch erscheinenden Beilage die Verloosungen etc., wie alle Börsenzeitungen, auch Handelszeitungen, ihren Abonnenten in dieser Hinsicht Aufschluss zu geben bemüht sind.

5) Erwirbt man Papiere auf den Namen, so übersehe man nicht, für die richtige Cession und Umschreibung in den Büchern der schuldnerischen Casse oder Anstalt zu sorgen.

6) Es ist nicht klug, grosse Vermögenstheile in Werthpapieren einer Sorte anzulegen, vielmehr empfiehlt sich die Erwerbung mehrerer Sorten; denn wenn auch manche Vorgänge und Verhältnisse auf den Cours und die innere Güte aller Papiere einwirken, so wird diese Einwirkung doch immer eine verschiedene sein, so dass die eine Sorte noch Sicherheit und Rente darbietet, während eine andere im Werth auf ein Minimum gesunken sein kann.

7) Bei der Erwerbung von Werthpapieren lasse man die Geldverhältnisse des Staats, dem sie angehören (die Valuta) nicht ausser Acht; insbesondere beachte man, ob im betreffenden Lande Papiergeld mit Zwangscours ausgegeben ist, dessen Werth oft in kurzer Zeit auf ein Minimum zurückgeht. Statt Zahlung in Silber hat man in diesem Falle Zahlung in Papier zu gewärtigen und zwar in einem Papier, das möglicher Weise zum Theil oder ganz werthlos sein kann. In Staaten, wo das Papiergeld die herrschende Grundmünze ist, werden übrigens oft sogenannte Silberanlehen emittirt, d. h. es wird ausdrücklich Zahlung in klingender Münze versprochen, wie z. B. Oesterreich zweierlei Staatsschulden, in Silber und in Papier zahlbare, hat. Hier ist Vorsicht und genaue Untersuchung doppelt empfehlenswerth.

8) Auch darauf ist bei der Erwerbung von Werthpapieren zu achten, ob nicht von der Rente Steuern oder andere Abgaben gekürzt werden. In Ab- sicht auf Staatspapiere kommen dergleichen Abzüge selten vor, häufiger da- gegen bei Papieren von Privaten, Corporationen und Gesellschaften. Insbe- sondere sind in Ländern, in welchen noch die Stempelabgabe besteht, die Zinsquittungen und Zinscoupons oft mit Stempel belegt.

9) Man führe über seine Werthpapiere genaue Verzeichnisse, in welchen Serie, Litera, Nummer, Nominalbetrag, Ort und Tag der Ausstellung der Papiere, sowie die Behörde oder Person, die die Papiere ausgestellt hat, ge- nau angegeben sind, und verwahre diese Verzeichnisse von den Papieren ab- gesondert. Der Zweck und Nutzen solcher Verzeichnisse leuchtet in Fällen des Abhandenkommens von Werthpapieren von selbst ein.

10) Ebenso ist es rathsam, die Zinscoupons und Talons von Papieren, welche damit versehen sind, zu trennen und abgesondert zu verwahren, damit mit dem Einen Beweisdocument, beziehungsweise Forderungsrepräsentant, nicht auch das andere zu Grunde gehe.

11) Leihlt man Geld auf Werthpapiere, in der Weise, dass die letzteren dem Darleiher faustpfandweise hinterlegt werden, so übersehe man nicht, sich mit den Hauptverschreibungen auch die dazu gehörigen Zinsen- und Dividen- dencoupons und Talons ausfolgen zu lassen und das Faustpfandrecht auf diese auszudehnen. Denn die Coupons repräsentiren, wie wir oben gezeigt haben, selbstständige Forderungsrechte und es erstreckt sich, wenn sie einmal von der Hauptverschreibung getrennt sind, das Faustpfandrecht nicht von selbst auf sie. Da sie aber unter Umständen einen höheren Werth darstellen, als die Hauptobligation (vergl. §. 7), so begreift sich leicht, dass der Darleiher ohne sie nur ein höchst ungenügendes Pfand in Händen hätte.

12) Endlich lasse man sich durch marktschreierische Empfehlungen in öffent- lichen Blättern nicht irreleiten. Es sind namentlich sogenannte Bank- und Wechselgeschäfte, kleine und unbedeutende Speculanten, welche in der scham- losesten Weise auf die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit des Publicums spec- uliren und insbesondere Lotterieanlehensloose zum Gegenstand ihrer Anpreisungen machen. Dass sie ihre Rechnung dabei finden, beweist die un- unterbrochene Fortsetzung ihres Geschäfts, trotz der namhaften Kosten, welche

ihnen Inserate und Anzeigen verursachen. Solide Bankhäuser finden derartige Charlatanerien unter ihrer Würde und man kann mit grosser Sicherheit darauf rechnen, dass man durch Leute dieser Classe übel genug berathen und bedient ist.

Zweck des gegenwärtigen Buches ist es nun, dem soliden Erwerber von Werthpapieren so weit möglich Materialien zur eigenen Prüfung an die Hand zu geben, welche er in dem nun folgenden speciellen Theil finden wird.

Erste Abtheilung
Staatspapiere im europäischen Kriege
I. Deutsche Staatspapiere
Specieller Theil.

Sammlung des historischen, statistischen und gesetzlichen Materials
zur Beurtheilung der Qualität einzelner Werthpapiere.

Die Geschichte der Wissenschaften ist eine der wichtigsten
Theile der Geschichte. Sie zeigt uns die Entwicklung der
Menschheit und die Fortschritte der Wissenschaften.
Die Geschichte der Wissenschaften ist eine der wichtigsten
Theile der Geschichte. Sie zeigt uns die Entwicklung der
Menschheit und die Fortschritte der Wissenschaften.

Spezieller Theil

Sammlung der historischen, statistischen und geographischen
Materialien zur Geschichte der Stadt Leipzig.

Erste Abtheilung.

Staatspapiere im engern Sinne.

I. Deutsche Staatspapiere.

Schuldverschreibungen der österreichischen und preussischen Gesamtmonarchie und der übrigen deutschen Bundesstaaten.

1) Des Kaiserstaats Oesterreich. ¹⁾

§. 13.

Historische Rückblicke.

Die österreichische Monarchie erreichte erst im Laufe der Jahrhunderte die Ausdehnung und Bedeutung, welche sie gegenwärtig einnimmt. Das Stamm-land ist das Land unter der Enns, schon im alten Frankenreiche unter Karl dem Grossen ein Theil der Ostmark. Nach der Theilung des Frankenreichs durch den Vertrag von Verdun (843) bildete es die Ostmark des deutsch-fränkischen Reichs. Als Kaiser Arnulph (892) die vom Nordosten her eingewanderten Ungarn gegen Grossmähren zu Hülfe rief, entsprachen diese zwar dem Rufe, verheerten und besetzten aber die deutsche Ostmark und von nun an dauerten die wilden Kämpfe der Ungarn gegen Deutschland geraume Zeit fort. Nach dem Sturze der Karolinger bezwang sie Kaiser Otto I. in der denkwürdigen Schlacht am Lechfelde und stellte die Ostmark wieder her, welche fortan die Bestimmung erhielt, als Vormauer deutscher Civilisation gegen den Osten zu dienen. Kaiser Otto III. verlieh sie Leopold I. aus dem Hause Babenberg (984) als erbliche Markgrafschaft. Unter den Babenbergern wurde das Land während der Kämpfe mit den Ungarn, in welchen die Ostmark den deutschen Kaisern die wichtigsten Dienste leistete, ansehnlich vergrössert und

¹⁾ Literatur: v. Hauer, Beiträge zur Geschichte der österr. Finanzen, Wien, 1848. Dessen Abhandlung über Oesterreichs Staatsausgaben und Verwaltung, Wien, 1849. Dessen Uebersichten der Veränderungen in der Verfassung, Verwaltung und dem Haushalte der österr. Monarchie, Wien, 1851, 52 und 53. Hübner, Oesterreichs Finanzlage und seine Hilfsquellen, Wien, 1849. Hain, Handbuch der Statistik des österr. Kaiserstaats, Wien, 1852—53. v. Reden, allgem. vergleichende Finanzstatistik, II. Band, 1. Abth., Darmstadt, 1853. Brachelli, deutsche Staatenkunde, Wien, 1856, Bd. I., S. 139 ff.

zum Herzogthum erhoben; es starb aber das Haus Babenberg 1246 mit Friedrich II., dem Streitbaren, aus.

Während des Interregnums gelangte Ottokar II. von Böhmen durch Wahl der Stände in den Besitz der österreichischen Länder, welche er durch die Grafschaft Pitten und das Herzogthum Kärnthen vergrösserte. Da er jedoch den inzwischen gewählten Kaiser Rudolph I. von Habsburg nicht anerkannte, ward er in die Reichsacht erklärt und verlor alle seine Länder mit seinem Leben (1278). Seine Besitzungen wurden als Reichslehen eingezogen und Kaiser Rudolph I. belehnte damit unter Zustimmung der Reichsstände seine Söhne Albrecht und Rudolph.

Hiedurch ward die Herrschaft und Grösse des Hauses Habsburg begründet. Was dasselbe für Deutschland, überhaupt für die europäische Civilisation geleistet hat, indem es wiederholt die Greuel einer zweiten Völkerwanderung verhinderte und den einzigen Hort gegen den Fanatismus der Türken Jahrhunderte lang bildete, kann nicht hoch genug angeschlagen werden.¹⁾

Albrecht I. fand sich (1283) mit seinem Bruder Rudolph ab, wurde dadurch Alleinherrscher in den österr. Staaten, vereinigte mit diesen nach dem Tode seiner Brüder die Habsburg'schen Stammländer in der Schweiz, im Elsass und in Schwaben und theilte diese Länder, nachdem er die deutsche Kaiserkrone erlangt hatte, unter seine drei Söhne Rudolph III., Friedrich III. und Leopold, wovon die ersteren beiden mit den österreichischen und letzterer mit den sogen. Vorlanden belehnt wurden.

In der Folge gingen bis Maximilian I. unter verschiedenen Ländertheilungen die schweizerischen Besitzungen verloren, dagegen wurden durch Kauf, Erbschaft und Heirath viel ansehnlichere erworben, wie Tyrol, Feldkirch, Breisgau, Bludenz, die Landvogtei Schwaben, die Grafschaft Hohenberg und Laufenburg, die Städte Freiburg und Triest, Istrien, Bregenz, Hohenegg, Nellenburg und Sonnenberg, und vor Allem die Kronen von Böhmen und Ungarn (1436 und 1437), jedoch jetzt nur vorübergehend.

Unter Maximilian I. wurden wieder sämtliche Habsburg'sche Länder (1496) vereinigt, solche durch seine Heirath mit Maria von Burgund mit dem Herzogthum Brabant, den Grafschaften Flandern, Hennegau, Namur, Luxemburg, Artois, Holland, Limburg, Seeland, der Franche-Comte, der Herrschaft Friesland und Mecheln; sodann in Folge älterer Erbverträge durch die Grafschaft Görz mit Gradisca u. s. w. vergrössert und er hinterliess seinen beiden Enkeln ein Reich von 3,600 Quadratmeilen.

Der ältere derselben, Karl V., deutscher Kaiser von 1519—1556, war inzwischen nach dem Tode seines Vaters, Philipp I., in den Besitz von Spanien mit den amerikanischen und afrikanischen Ländern gelangt, und nun hatte die Macht des Hauses Habsburg eine Höhe erreicht, wie sie vor und nach ihm kein anderes Geschlecht besass. Es war ein Reich, in dem buchstäblich die Sonne nie unterging.

Schon im dritten Jahre der Regierung Karls trat er indessen die deutschen Länder seinem Bruder Ferdinand I. ab, welcher sich mit der einzigen Schwester und Erbin des Königs Ludwig II. von Ungarn und Böhmen vermählte, wodurch, sowie durch Wahl der Stände zu Pressburg und Ofen (1527), Ungarn, Croatien und Slavonien, Böhmen, Mähren, Schlesien und die Lausitz an die österreichischen Erblande kamen.

Nach dem Tode Ferdinand I. fand abermals eine Theilung des Reichs statt, ein Ereigniss, das heute noch die Kräfte Oesterreichs lähmt. Erst

¹⁾ v. Reden, a. a. O. S. 3.

Ferdinand II. vereinigte (1519) wieder das Ganze unter seinem Scepter. Aber auch er trat (1623) seinem Bruder Leopold Obertyrol und Vorderösterreich, und die Lausitz an Sachsen ab.

Wie schon vorher fortwährende Kämpfe gegen die Türken die Kräfte des Reichs um so mehr in Anspruch genommen hatten, als die deutschen Reichsstände den Kaiser nur höchst lässig unterstützten, so entstand nun der verheerende dreissigjährige Krieg. Zum ersten Mal begingen einzelne Stände die Treulosigkeit, das Ausland zum Schiedsrichter in Deutschland anzurufen. Der deutsche Reformationsstreit ist dadurch zugleich das Grab deutscher Einheit und Grösse und die Brücke zur Machtstellung Frankreichs geworden.

Ferdinand II., Kaiser Deutschlands von 1619—1636, und sein Sohn, Ferdinand III., von 1636—1656, regierten unter fortwährenden Kämpfen, welchen der westphälische Friede (1648) endlich ein Ziel setzte, in dem aber der Sundgau, Breisach und das platte Land des Elsasses an Frankreich abgetreten werden mussten.

Dagegen trat unter Kaiser Leopold I. (1658—1705) wieder eine bedeutende Vergrößerung in Folge der siegreichen Kämpfe gegen die Türkei unter den grössten Feldherrn Oesterreichs (Montecuccoli, Prinz Karl von Lothringen, Prinz Eugen von Savoyen) ein und es verwandelte sich unter ihm das ganze Reich zu einem Erbreich. Aber schon begann ein neuer Kampf, der spanische Erbfolgekrieg (1701), dessen Ende weder Leopold I., noch sein Nachfolger Joseph I. erlebte. Durch den Rastatter Frieden (1714) erwarb indessen Karl VI. von den spanischen Besitzungen das Herzogthum Mailand, das Königreich Neapel, Sardinien und die Niederlande, und durch den Frieden von Passarowitz (1718) das Banat, die kleine Walachei und einen Theil von Serbien und Bosnien, auch wurde (1720) Sardinien gegen Sicilien umgetauscht. Wieder war nun Oesterreich der mächtigste Staat Europa's. Von jetzt an war ihm aber das Glück seiner Waffen untreu. Schon 1735 gingen Neapel und Sicilien und die Gebiete von Tortona und Novara verloren, wofür Oesterreich nur die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla erhielt. Die glücklichen Kriege gegen Frankreich hatten ein Ende und selbst der neue Krieg mit der Türkei (1737—1739) endete unglücklich mit dem Frieden von Belgrad, der Oesterreich seine Erwerbungen in Folge des Passarowitzer Friedens kostete — ein Verlust, der für ganz Deutschland die nachtheiligsten Folgen hatte, in sofern es dadurch von den Donaumündungen zurückgedrängt wurde. Diese Opfer wurden hauptsächlich gebracht, um die Garantie der Grossmächte für die sogenannte pragmatische Sanction, das neue österr. Hausgesetz von 1713 und 1724, zu erlangen. Denn Karl VI. war der Letzte des Habsburger Mannsstammes und es lag ihm Alles daran, seiner Tochter, der grossen Maria Theresia, die Nachfolge in die ungetheilten Erbländer nach Erstgeburtsrecht zu verschaffen.

Trotz der wirklich erlangten Garantie jenes Hausgesetzes wurde Maria Theresia von allen Seiten angegriffen und es entspann sich dennoch der österr. Erbfolgekrieg, sowie der siebenjährige Krieg. Preussen, Bayern, Spanien, Frankreich, die Pfalz, Köln und Sachsen erhoben Ansprüche auf die österreichischen Länder und es ging Ober- und Niederschlesien an Preussen durch den Hubertsburger Frieden verloren (1763); wie auch im Frieden von Aachen (1748) Parma, Piacenza und Guastalla abgetreten werden mussten. Dagegen vergrösserte sich Oesterreich durch die unglückliche erste Theilung Polens.

Unter den Söhnen Maria Theresia's, Joseph II. und Leopold II., ward der Territorialbestand der Monarchie nicht wesentlich verändert. Es dauerten aber während der Regierung des ersteren (1780—1790) vielfache Kämpfe fort.

und die übereilten Reformen des begabten Monarchen schadeten mehr, als sie nützten.¹⁾

Unter Franz II. (1792—1835) war der Verzweiflungskampf gegen die französische Weltmacht zu kämpfen, der, lange Zeit unglücklich geführt, das Reich an den Abgrund des Verderbens führte, schliesslich aber glorreich beendet wurde. Diese, sowie die Revolutionskämpfe des Jahres 1848, sind in Jedermanns Gedächtniss.

Man sieht aus dieser historischen Skizze, dass Oesterreich dem allgemeinen Loos mächtiger Staaten, ihr Dasein in fortwährenden Kämpfen zu behaupten, nicht entgangen ist. Wiederholt stand es am Rand des Verderbens, wiederholt auf der höchsten Stufe der Macht, stets aber seiner weltgeschichtlichen Mission treu. Ob es nun seine Mission erfüllt hat und den neuen Stürmen unserer Tage erliegen wird: wir wollen es nicht untersuchen. Viele sind geneigt, an seiner Macht, an seiner Entwicklungsfähigkeit, ja selbst an seinem Bestande zu verzweifeln, und die zahllosen Gläubiger des Kaiserstaats im In- und Auslande sehen mit banger Sorge auf die Entwicklung der Dinge. Wir wollen nicht leugnen, dass die Lage desselben, insbesondere die finanzielle, in hohem Grade kritisch ist; immerhin ist sie aber noch keineswegs so, dass Grund zur Befürchtung des Aeussersten gegeben wäre. Wir halten die Ueberzeugung fest, dass die weltgeschichtliche Rolle des österreichischen Staats noch nicht zu Ende gespielt ist und dass er aus der jetzigen Krise ebenso, wie aus früheren gleich bedrohlichen, kräftiger hervorgehen wird. Unstreitig besitzt er noch in höherem Grade als die meisten europäischen Staaten Elemente autonomer Gestaltung und unerschöpfliche Hilfsquellen der Natur, und es wird nur darauf ankommen, ob seine Lenker es verstehen werden, jene Elemente zu lebensfähigen und thatkräftigen Gebilden zu gestalten und diese Hilfsquellen aufzuschliessen — eine Aufgabe, die allerdings bei der Zusammensetzung des Staats aus den heterogensten Theilen doppelt schwierig, ja wahrhaft riesenhaft ist. Gelingt sie aber — und wir hoffen, dass die Macht der Ereignisse auf den richtigen Weg drängen wird — so mag das verjüngte Oesterreich noch manch' anderen Staat überleben, der sich im Augenblicke in stolzer Sicherheit wiegt.

Wir gehen nun zur Geschichte der österreichischen Finanzen über. Man wird sich nicht verwundern, wenn ein Staat, der von seinem Beginn an bis auf den heutigen Tag mit geringen Unterbrechungen in schwere Kriege verwickelt war, gleichzeitig mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Dennoch war der österreichische Staatshaushalt bis gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts geordnet und der Staatscredit war bis oben dahin fest begründet. Die Verwaltung genoss den Ruf grosser Rechtlichkeit²⁾ und die Staatseinrichtungen, wie sie namentlich durch Kaiser Maximilian und Maria Theresia ins Leben gerufen wurden, galten dem Ausland vielfach als Muster.³⁾ Im Vergleiche zu den colossalen Anstrengungen der Staatskräfte war bis Mitte des vorigen Jahrhunderts die Masse der contrahirten Schulden sehr gering und Oesterreich zeichnete sich darin vor seinen Rivalen Frankreich und Eng-

¹⁾ Die ganze hier gegebene Skizze ist nach Hain a. a. O. S. 139 ff. und v. Reden a. a. O. S. 1 ff. entworfen. Sie schien uns zur Beurtheilung der nun folgenden Ausführung über den Staatshaushalt erforderlich.

²⁾ Hübner a. a. O. S. 40. Das Urtheil dieses — den österreichischen Staatsmännern älterer und neuerer Zeit keineswegs günstigen Publicisten dürfte hier als zweifellos unparteiisch gelten.

³⁾ v. Reden a. a. O. S. 3 und 6.

land vortheilhaft aus.¹⁾ Von da an wuchs freilich die Schuld namhaft an, was den fortdauernden Kriegen zuzuschreiben ist. Nachstehende Uebersicht²⁾ gibt ein Bild des Finanzzustandes von 1740 bis 1797:

Es betragen: die Staatseinnahmen:

die Schulden:

		fundirt:	Papiergeld:
	12 Mill. Gulden	—	Mill. Gulden
1740 . . .	45 Mill. Gulden	118	—
1755 . . .	— " "	272	12
1763 . . .	75 " "	252	5
1768 . . .	— " "	293	8
1771 . . .	80 " "	253	—
1777 . . .	96 " "	292	20
1784 . . .	106 " "	336	30
1788 . . .	112 " "	377	—
1792 . . .	— " "	410	49
1796 . . .	— " "	466	74
1797 . . .	— " "		

Von den letzteren Jahren datirt die erste Erschütterung des österreichischen Staatscredits. Die Kriege mit Frankreich forderten ungeheure Geldopfer, die nirgends aufzutreiben waren. In ganz Europa war die Rechtsordnung in Frage gestellt und daher der öffentliche Credit untergraben. Oesterreich war es damals nicht allein, dessen Credit wankend wurde, vielmehr standen mit ihm auf gleicher Linie alle europäischen Staaten, mit etwaiger Ausnahme von England. Oesterreich hatte aber die grössten Anstrengungen zu machen und daher auch die grössten Opfer zu bringen. Verlassen, ja verrathen von den Ständen des deutschen Reichs, kämpfte es fast allein den Vernichtungskampf; es handelte sich um seine Existenz und um die Abwendung einer französischen Welt-herrschaft.

In solcher Lage war es keineswegs zu verwundern, dass man zu den Mitteln griff, die allein noch möglich waren. Man hatte in Oesterreich schon 1703 eine Giro-Bank in Staatsverwaltung, sodann 1705 die Wiener Stadtbank und 1714 die sogenannte freie Universal-Bankalität nach dem Vorgange anderer Länder eingesetzt,³⁾ wodurch Papierwerthzeichen als Zahlungsmittel in Umlauf kamen. In welchen Grenzen sich dieselben bis 1796 hielten, ist aus vorstehender Uebersicht ersichtlich. Jetzt aber ging man über die Schranke hinaus, innerhalb welcher die Bankinstitute wohlthätig wirken können; man

¹⁾ Vergl. v. Hauer, Beiträge etc. S. 133 und 155. Der Credit Oesterreichs stand denn auch unter Maria Theresia so, dass der Zinsfuss auf 4% reducirt werden konnte, während in Frankreich 1779 noch zu 10% und in England zu 7½% Staatsanlehen negociert wurden.

²⁾ Hübner a. a. O. S. 40. v. Hauer, Beiträge zur Geschichte der österreich. Finanzen, S. 163.

³⁾ Sehr interessante Aufschlüsse hierüber gibt v. Hauer in seinen Beiträgen etc. S. 103 ff. Man sieht daraus, welche Anstrengungen schon damals gemacht wurden, um den Staatshaushalt möglichst einfach zu führen, den Zinsfuss zu ermässigen, dem Wucher zu steuern und Gewerbe und Handel zu fördern. Nur übersah man den Unterschied, der zwischen den Banken, die man zum Vorbild nahm, und den neu errichteten bestand. Die letzteren, in so weit sie Staatsbanken sein sollten, konnten sich deshalb auch nicht halten und nur die Wiener Stadtbank fristete unerachtet ihrer sonderbaren Stellung gegen den Staat ein längeres Dasein. Die sogenannte Universal-Bankalität sollte eine Staatsbank für das ganze Reich sein und die Geschäfte der gesamten Staatsfinanzverwaltung besorgen. Man scheint hier die Bank von England im Auge gehabt zu haben.

musste diese Schranke überschreiten, weil kein anderes Mittel mehr gegeben war und weil zur Erhaltung des Staats, selbst im Interesse der Staatsgläubiger, das Aeusserste aufgeboten werden musste. Man gab daher Papiergeld in demselben Umfange aus, als es unmöglich war, die enormen Staatsbedürfnisse durch erhöhte Steuern und Benützung des ordentlichen Staatscredits, selbst zu hohen Zinsen, zu decken. Wie die Summe der fundirten Schuld, in viel höherem Grade aber der Zinssatz daraus anwuchs, woraus zugleich hervorgeht, dass die Regierung bei der Aufbringung der Mittel auf dem Wege des ordentlichen Credits keine Opfer scheute, wie aber trotzdem die Summe des ausgegebenen Papiergelds sich riesenhaft steigerte, wird durch folgende Zahlen anschaulich werden.¹⁾

Es betrug:	die fundirte Schuld:	die Interessenlast daraus:	somit der Zinssatz:	das ausgegebene Papiergeld:
1797	466,101,194 fl.	16,919,295 fl.	3 ³ / ₅ %	74,228,960 fl.
1798	515,529,556 "	25,006,015 "	4 ⁴ / ₅ %	91,861,965 "
1799	605,360,998 "	25,349,624 "	4 ⁰ / ₀	141,018,640 "
1800	689,867,545 "	27,868,628 "	4 ⁰ / ₀	200,948,588 "
1801	772,344,132 "	25,254,209 "	3 ³ / ₁₀ %	262,030,092 "
1802	787,988,528 "	23,705,635 "	3 ⁰ / ₀	337,172,339 "
1803	792,750,835 "	23,494,427 "	3 ⁰ / ₀	339,167,676 "
1807	630,915,968 "	30,577,488 "	4 ⁴ / ₅ %	487,560,915 "
1808	627,813,900 "	36,454,171 "	5 ⁵ / ₁₀ %	524,239,979 "
1809	624,318,361 "	37,609,149 "	6 ⁰ / ₀	650,922,945 "
1810	658,224,038 "	39,755,568 "	6 ⁰ / ₀	994,986,170 "

Die Vermehrung der fundirten Staatsschuld rührte hauptsächlich von Zwangsanlehen, welche 1794, 1795, 1796, 1797, 1798 und 1799 in Form einer ausserordentlichen Steuer erhoben wurden²⁾ und von einigen späteren Lotterieleihen (1802, 1805, 1806), her.

Während nun das österr. Papiergeld vorher über pari bezahlt worden war, sank es von 1797 an im Werth allmählig, und es verschlechterte sich der Curs desselben derart, dass 1811 für 100 Gulden Münze, welche ohnedies fast ganz verschwand, bis zu 1800 Gulden Papier bezahlt wurden.³⁾ Die Folge davon war die enorme Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse und eine grenzenlose Verwirrung im Geldwesen. Auch eine grosse Masse Kupfermünzen mit geringstem Gehalte wurde während der Zeit der Kriege geprägt und in Umlauf gesetzt, die fast das einzige Metallgeld bildete. Durch die vorausgegangenen Friedenstractate (von Campoformio 1797, Luneville 1801, Pressburg 1805 und Wien 1809) hatte aber der Staat seine reichsten Provinzen verloren und der verbleibende Rest war bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen. Es mussten daher ausserordentliche Massregeln getroffen werden.

Diese brachte das Finanzpatent vom 20. Februar 1811,⁴⁾ welches

- 1) das auf eine Summe von 1,060,798,753 fl. angewachsene Papiergeld auf $\frac{1}{5}$ seines Nominalwerths herabsetzte;

¹⁾ v. Hauer, Beiträge etc. S. 164 und 210.

²⁾ Patente vom 10. Jan. 1794, 24. Aug. 1795, 1. Aug. 1796, 2. Sept. 1797 und 25. Octbr. 1798.

³⁾ Hübner a. a. O. S. 41. v. Hauer, Beiträge etc. S. 210.

⁴⁾ Sammlung der politischen und Justizgesetze, von Jos. Kropatschek, fortgesetzt von Goutta, 29. Bd. S. 70. Wir bemerken, dass im Folgenden sich alle Allegationen der österr. Gesetzsammlung bis zum Erscheinen des Reichsgesetzblattes (1849) auf diese Ausgabe und ihre Fortsetzung beziehen.

- 2) den Werth der umlaufenden Kupfermünze, deren Betrag zu 330 Millionen angegeben wird,¹⁾ ebenso auf $\frac{1}{5}$ reducirt;
- 3) den Zinsfuss der gesamten Staatsschuld, mit wenigen geringen Ausnahmen, auf die Hälfte ermässigte, wogegen eine Ermässigung des Capitals nicht eintrat;
- 4) an die Stelle des früheren Papiergelds ein neues unter dem Namen „Einlösungsscheine“ setzte, mit einer eigenen Währung, der sogenannten Wiener Währung, welches künftig als gesetzliches Zahlungsmittel dienen, aber den Betrag des fünften Theils der ausser Cours gesetzten Bankozettel, also 212,159,750 fl. niemals übersteigen, auch durch einen besondern Tilgungsfonds nach und nach eingelöst werden sollte.

Durch diese, für den österreichischen Staatscredit lange Zeit verhängnissvollen Verfügungen erlitten die Inhaber des Papiergelds und die Staatsgläubiger Verluste, welche Hübner auf die ungeheure Summe von 2,066,268,595 fl. berechnet.²⁾ Es war in der That ein Staatsbankerott, der nur in Frankreich überboten wurde. Allein die Maassnahmen konnten in Oesterreich mit dem Kriegsunglück und mit der beispiellosen Noth des Staats entschuldigt werden.

Die wichtigste Bestimmung des Patents vom 20. Febr. 1811, dass nämlich das Papiergeld nicht mehr vermehrt werden solle, konnte in der Folge nicht einmal eingehalten werden. Dass es damit voller Ernst war, beweist nicht nur der feierliche Ton und Wortlaut des kaiserlichen Gesetzes, sondern namentlich auch der Umstand, dass eine besondere Versammlung von Abgeordneten aller Provinzen berufen wurde, welcher unter eidlicher Gelobung die Leitung der Papiergeldfabrikation und die allmähliche Einziehung der Bankozettel anvertraut wurde,³⁾ die zugleich darüber zu wachen hatte, dass nicht mehr Papiergeld ausgegeben würde, als zur Einlösung des herabgesetzten erforderlich wäre. Allein die Ereignisse waren mächtiger, denn der Wille der Regierung. Schon 1812 musste Oesterreich auf Gebot Napoleons mit 30,000 Mann an dem Kriege gegen Russland Theil nehmen und diesem folgten die Befreiungskämpfe von 1813—1815, bei welchen der Entschluss Kaiser Franz II. den Ausschlag gab. Jetzt war es noch viel unmöglicher, die ungeheuren Opfer dieser Kriege im Wege des ordentlichen Credits zu beschaffen. Es wurde daher, da die oben genannte Versammlung (Einlösungs-Deputation) die Vermehrung der Einlösungsscheine gegen ihren Eid fand, ein neues Papiergeld unter dem Namen „Anticipationsscheine“ geschaffen,⁴⁾ welches mittelst einer festen Dotation von jährl. 3,750,000 fl. binnen 12 Jahren wieder eingelöst werden sollte. Wie auch dieses Zahlungsmittel in wenigen Jahren vermehrt wurde, zeigen nachfolgende Zahlen.⁵⁾ Es betrugen nämlich die Einlösungs- und Anticipationsscheine:

1811 und 1812 ($\frac{1}{5}$ der ausser Cours gesetzten Bankozettel)	212,159,750 fl.
1813	295,588,020 „

¹⁾ Hübner a. a. O. S. 41.

²⁾ Ebendasselbst S. 42. Ganz anderer Ansicht ist v. Hauer a. a. O. S. 199 ff., indem er besonders hervorhebt, dass das Papiergeld vorher sogar weit mehr, als um $\frac{1}{5}$ seines Nominalbetrags im Werth gesunken gewesen sei und daher Niemand verloren habe. Ohne diesem Argument beizutreten, halten wir die Hübner'sche Berechnung deshalb für unrichtig und viel zu hoch gegriffen, weil dabei die später erfolgte allmähliche Wiedereinsetzung der fundirten Schuld auf ihren ursprünglichen Zinsfuss unberücksichtigt geblieben ist.

³⁾ Patent vom 18. März 1810, Gesetzsammlung Bd. 27. S. 483.

⁴⁾ Patente vom 16. April und 7. Mai 1813, Gesetzsamml. Bd. 33. S. 151 und 167.

⁵⁾ Aus v. Hauer, Beiträge etc. S. 211.

1814	457,612,790 fl.
1815	610,065,930 "
1816	638,715,920 "
1817	528,714,320 "

Dass das neue Papiergeld bei einer solchen Vermehrung im Werthe sinken musste, war für sich klar. Es erreichte denn auch 1815 den Cours von 351, d. h. man zahlte damals für 100 fl. Münze 351 fl. in Papiergeld.

Inzwischen war auch die fundirte Staatsschuld im Jahre 1814 bis auf 716,341,410 fl. angewachsen,¹⁾ welche Summe aus folgenden Bestandtheilen zusammengesetzt war:

Ständische Schulden ²⁾	178,491,961 fl.	42 ³ / ₄ kr.
Universal-Staatsschulden-Cassa	163,302,118 "	5 ³ / ₄ "
Filial-Staatsschulden-Cassa ³⁾	39,698,614 "	48 "
Ausländische Schulden	77,989,451 "	56 "
Banko-Capitalien	227,353,077 "	7 ¹ / ₂ "
Staatslotterien ⁴⁾	26,008,081 "	15 "
Wiener Oberkammeramts-Aerarialobligationen	3,142,425 "	30 "
Verlooste (aber nicht eingelöste) Capitalien .	355,680 "	1 "
	716,341,410 fl.	26 kr.

Diese ganze Schuld war, wie schon bemerkt, zum grössten Theil in Folge des Patents vom 20. Febr. 1811 in Papiergeld zur Wiener Währung verzinslich und es war der Zinsfuss auf die Hälfte herabgesetzt. Später wurde das Verhältniss der Wiener Währung zur Conventionsmünze wie 250:100 festgestellt. In Wahrheit war also der Zinsbezug der Staatsgläubiger auf ¹/₅ ihrer ursprünglichen Ansprüche reducirt.

Wenn wir bis hierher die nachtheiligen Verfügungen der österreichischen Regierung gegenüber den Staatsgläubigern durch die höchste Noth wenigstens einigermaßen entschuldigt fanden, so müssen wir von jetzt an unser Urtheil wesentlich moderiren. Die Friedenstractate von Paris und die Negotiationen des Wiener Congresses hatten die österreichische Monarchie wieder in ihrem alten Glanze und Umfange hergestellt und es wäre nun an der Zeit gewesen, die im Drange der Noth begangenen Ungerechtigkeiten auszugleichen. Allerdings war dies dem erschöpften Lande und dem zerrütteten Geldwesen gegenüber nicht sogleich und im ganzen Umfange möglich; auch konnten die Besitzer der früheren Bankozettel nicht mehr rehabilitirt werden: aber den eigentlichen Staatsgläubigern konnte man gerecht werden, indem man einen ordentlichen Zinsfuss wieder herstellte und die Wiener Währung abschaffte, d. h. die Zinsen in Conventionsmünze zahlen liess.

Indessen beschäftigte sich die Finanzverwaltung zunächst nur mit der Papiergeldseinslösung und Herstellung einer Ordnung im Geldwesen, welche Aufgabe allerdings die dringendste war. Durch kaiserliche Patente vom 1. Juni 1816⁵⁾ und 25. Juli 1817 wurden zwei Wege zu diesem Ziele eröffnet, nämlich:

¹⁾ v. Hauer, Beiträge etc. S. 162.

²⁾ Darunter unverzinsliche Kriegsdarlehenscoupons 373,515 fl. 36 kr., welche in 25 Jahresraten zu tilgen waren.

³⁾ Hievon fielen in der Folge die Niederländer Obligationen im Betrage von 25,764,857 fl. auf das Königreich der Niederlande.

⁴⁾ Daran 22,255,755 fl. in Conv.-Münze und 3,752,306 fl. 15 kr. in Scheinen.

⁵⁾ Gesetzessammlung Bd. 36. S. 427, 436, 451 und 453. Es sind 4 kaiserl. Patente

- 1) die Umwechslung des Papiergelds in der Art, dass für 140 fl. in Scheinen eine 1proc. Staatsobligation in Conventionsmünze à 100 fl. und 40 fl. baar vergütet wurden;
- 2) die Errichtung einer Nationalbank mittelst Actien, für welche 1000 fl. in Papiergeld und 100 fl. in Silber zu erlegen waren, wogegen der Bank vom Staat für das ihr zugeflossene Papiergeld $2\frac{1}{2}$ proc. Staatsobligationen ausgestellt wurden. Das alte Papiergeld musste vernichtet werden, die Bank erhielt aber das Privilegium der Ausgabe von Noten, welche der Conventionsmünze völlig gleichgestellt waren, keinen Zwangscours hatten und jeder Zeit gegen baar eingelöst werden sollten. Dabei wurde feierlich gelobt, kein Papiergeld mehr mit Zwangscours auszugeben. Das Capital der Bank sollte aus 100,000 Actien zusammengesetzt werden, wovon damals jedoch nur 50,621 Stücke ausgegeben wurden. Die Bank erhielt dafür 5,062,100 fl. Baarschaft, die zu ihren Operationen bestimmt blieben und gegen Auslieferung der bei ihr eingegangenen 50,621,000 fl. Papiergeld eben so viel in $2\frac{1}{2}$ proc. Staatsobligationen. Auch wurden ihr manche Geschäfte der Regierung und später die Einlösung des gesammten Papiergelds übertragen. Ferner wurde zur Tilgung jener $2\frac{1}{2}$ proc. Staatsobligationen eine eigene Dotation geschöpft, aus welcher die Rückzahlung derart geschehen sollte, dass für 1000 fl. baar 2000 fl. Obligationen an die Staatsverwaltung ausgefolgt werden mussten.

Auf die ad 1 angegebene Weise wurden an Papiergeld übrigens nur 49 Mill. Gulden eingelöst; die Einlösung durch die Bankactien betrug 50,621,000 fl.; die Summe des Papiergelds belief sich aber 1815 auf 610,095,930 fl.¹⁾ Der Rest wurde in der Folge bis auf einige Millionen eingezogen.

Nun wandte die Regierung auch der fundirten Staatsschuld ihr Augenmerk zu. Im Jahre 1817²⁾ wurde der „allgemeine Tilgungsfonds der verzinslichen Staatsschuld“ errichtet, welcher unter eine besondere, ziemlich unabhängige Verwaltung gestellt und mit 50,135,627 fl. Grundcapital (früher eingelöste Staatsobligationen) und einem jährlichen Zuflusse von $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden Conventionsmünze aus der Staatscasse dotirt wurde, wozu noch die Kaufschillinge aus veräußerten Staatsgütern, die Zinsen aus dem Grundcapital des Tilgungsfonds und die fortlaufenden Zinsen aus den einzulösenden Obligationen kommen sollten.³⁾ Die Bestimmung dieser Anstalt war zunächst die allmähliche Tilgung der neueren in Conventionsmünze verzinslichen Staatsschuld mittelst Einkaufs auf der Börse.⁴⁾ Ueber die Operationen des Tilgungsfonds war halbjährlich Rechnung zu legen und die Resultate waren öffentlich bekannt zu machen.

Die Verhältnisse der älteren, bis 1815 bestandenen Staatsschuld, deren Zinsen auf die Hälfte reducirt und in Wiener Währung zahlbar waren, er-

vom 1. Juni 1816, wovon das erste (das Hauptpatent) die Papiergeldseinlösung im Princip anordnet, das zweite die Nationalbank ins Leben ruft, das dritte die in Conv.-Münze oder Banknoten zu entrichtenden Abgaben bestimmt, und das vierte den Werth der Kupferscheidemünze gegenüber der Conv.-Münze fixirt.

¹⁾ v. Hauer a. a. O. S. 212.

²⁾ Patent vom 22. Jan. 1817, Gesetzsammlung Bd. 38. S. 34 ff.

³⁾ Vergl. das angef. Patent vom 22. Jan. 1817 §. 2 und 3, wonach der Zinsenzufluss gleich anfangs circa 2,400,000 fl. theils in Conv.-Münze, theils in W. W. betrug.

⁴⁾ Ebendasselbst §. 3.

hielten im Jahre 1818¹⁾ eine Art von Regelung. Um nämlich, wie sich das kaiserliche Gesetz ausdrückt, die älteren Staatsgläubiger in den Genuss der Interessenzahlung in Conventionsmünze zu demselben Zeitpunkte, in welchem der Zweck der Zurückführung einer Geldcirculation auf die Grundlage der Metallmünze erreicht sein würde, wieder einzusetzen, wurde angeordnet:

- 1) dass vom Jahre 1818 angefangen jährlich ein solcher Betrag in Obligationen, wovon die dermal herabgesetzten Interessen 125,000 fl. ausmachen, also wenigstens ein Capital von 5 Mill. Gulden in den Genuss der ursprünglichen Zinsen wieder eingesetzt werden solle, zu welchem Zweck die ältere Staatsschuld in Serien von je einer Million Gulden eingetheilt werden solle, wovon jedjährlich 5, je in der ersten Woche der Monate Januar, März, Juni, August und November durch das Loos zu bezeichnen seien;²⁾
- 2) dass ein gleicher Betrag jährlich von dem Tilgungsfonds auf der Börse zurückzukaufen sei, wozu eine neue Dotation von 1½ Mill. Gulden geschöpft und der Tilgungsanstalt zugewiesen wurde.³⁾

Auf diese Weise sollte spätestens binnen 50 Jahren die alte Staatsschuld in ihre früheren Rechte eingesetzt, d. h. das durch ihre Reduction begangene Unrecht wieder gut gemacht werden. Da jedoch die Schuld im Jahre 1818 bereits auf 488 Mill. Gulden herabgebracht war,⁴⁾ so konnte bei pünktlicher Erfüllung des Gesetzes dessen Zweck binnen 49 Jahren erreicht werden und wirklich soll auch die Zurückführung der alten Schuld auf die ursprüngliche Verzinsung nach einer neuesten Verfügung⁵⁾ im Jahre 1867 vollendet sein. Indessen war selbst diese Periode viel zu lange, um den ausgesprochenen Zweck des Gesetzes, nämlich den Staatsgläubigern von dem Zeitpunkte an gerecht zu werden, zu dem die Silbervaluta wieder hergestellt sein würde, zu erreichen; denn jener Zeitpunkt war längst erreicht und es ist inzwischen eine zweite Verlegenheitsperiode für Oesterreich eingetreten, in der abermals von der Silber- zur Papierwährung übergegangen werden musste. Die ungenügende Rehabilitation der österreichischen älteren Staatsgläubiger bleibt daher immerhin ein dunkler Fleck in der Finanzgeschichte des Kaiserstaats und hat diesem durch Entfremdung des Vertrauens und Schmälern seines Credits ungleich mehr geschadet, als die Ausgabe auf die volle Verzinsung der Schuld erfordert hätte. Beleg hiezu der Umstand, dass in den langen folgenden Friedensjahren der Zinsfuss der österreichischen öffentlichen Schuld fast auf derselben Höhe erhalten blieb, während in allen andern Staaten eine namhafte Ermässigung eintreten konnte.

Der Tilgungsfonds blieb bis 1829 im Genuss der ihm zugewiesenen Dotationen und hatte bis dahin durch Rückkauf auf der Börse ein Vermögen angesammelt von 209,963,266 fl. 49 kr. mit einem jährl. Zinsenertrag in Conventionsmünze von 7,285,560 fl. 8 kr.⁶⁾ In diesem Jahre wurde aber verfügt,⁷⁾ dass die Zuflüsse aus der Staatskasse

¹⁾ Durch Patent vom 21. März 1818, Gesetzessammlung Bd. 40, S. 63, Hofkammerdecret vom 30. April 1818, daselbst S. 180 und Hofkammerdecret vom 27. Juli 1818, das. S. 301.

²⁾ §. 1, 2 und 3 des angef. Patents.

³⁾ §. 6 und 7 desselben Patents. v. Hauer a. a. O. S. 236 gibt die Dotation auf 2 Mill. an; in dem Gesetze sind aber ausdrücklich nur 1½ Mill. genannt.

⁴⁾ Vergl. Hofkammerdecret vom 27. Juli 1818, Gesetzssamml. Bd. 40. S. 301, §. 2, wonach die ganze Schuld in 488 Serien eingetheilt wurde.

⁵⁾ Patent vom 23. Decbr. 1859, R.-Ges.-Bl. S. 615.

⁶⁾ Beilage zum Patent vom 1. Octbr. 1829, Gesetzssamml. Bd. 55. S. 738.

⁷⁾ Patent vom 1. Octbr. 1829, Gesetzssamml. Bd. 55. S. 733.

auf die Zinsen aus den eingelösten Obligationen beschränkt sein sollen, wegen der Erlös aus Staatsgütern dem Tilgungsfonds nebst einigen andern Einnahmen nach wie vor zufallen sollten; auch blieb er verpflichtet, die Operationen bezüglich der älteren Staatsschuld fortzusetzen.

In Absicht auf die lombardisch-venetianische Schuld, welche stets von der allgemeinen Reichsschuld abgesondert behandelt wurde, fand in den Jahren 1820 und 1822¹⁾ nach langen Verhandlungen eine entsprechende Regulirung statt. An die Stelle des Monte Napoleone des vormaligen Königreichs Italien trat eine besondere österreichische Tilgungsanstalt unter dem Namen „Monte del Regno Lombardo-Veneto,“ welcher als Dotation zugewiesen wurden:

- a) die im lombardisch-venetianischen Königreiche befindlichen Besitzungen und Einkünfte des vormaligen Monte Napoleone;
- b) die Besitzungen und Einkünfte der vormaligen italienischen Krone innerhalb des Umfangs des neuen Königreichs mit Ausnahme der Paläste, Gärten etc.;
- c) die vom Tilgungsfonds eingelösten Renten.

Der neue Monte wurde einer eigenen Praefectur in Mailand unterstellt und es sollten die dem Tilgungsfonds gewidmeten Güter verkauft, die Erlöse, sowie seine übrigen Zuflüsse zur Einlösung von Renten verwendet und so oft 400,000 fl. eingelöst wären, berathen werden, ob solche ganz oder zum Theil zu vertilgen seien.

Hiermit schliesst eine wichtige Epoche des österreichischen Staatsschuldenwesens ab. Es blieb bei den vorgenannten Einrichtungen und Anordnungen im Wesentlichen durch die ganze nun folgende Friedensperiode bis 1848.

In dieser war es nun das Hauptbestreben der Verwaltung, zunächst die Geldverhältnisse mittelst Einlösung des Papiergelds auf einen normalen Zustand zurückzubringen. Daher denn die bedeutende Vermehrung der fundirten Schuld in den nächsten Jahren. Ausser den bereits oben angeführten Operationen zu dem angedeuteten Zwecke (Errichtung der Nationalbank und Einlösung von 49 Mill. Papiergeld gegen 1% Metalliques) wurde 1816²⁾ ein freiwilliges Anlehen eröffnet, zu welchem die Einlagen theils in Papiergeld, theils in älteren Staatsobligationen zu geschehen hatten. Es gingen dabei ein:³⁾

in Wiener Währung Papiergeld 129,379,000 fl.

in älteren Staatsobligationen à 2½% 120,000,000 fl.

wogegen neue, zu 5% in Metallmünze verzinsliche

Staatsobligationen im Betrage von 128,778,300 fl.⁴⁾

ausgegeben wurden. Für diese Schuld wurde ein Verzinsungs- und Tilgungsfonds, letzterer zu 1% der Schuld nebst den durch allmähliche Tilgung ersparten Zinsen, geschöpft, welcher von der Finanzverwaltung in sicheren Silbereinnahmen ausgeschieden und unangreifbar bleiben sollte. Im Weiteren wollen wir über die Veränderungen der Schuld in dieser Periode Zahlen sprechen lassen.

¹⁾ Patente vom 27. Aug. 1820, Gesetzsaml. Bd. 43. S. 545 und vom 24. Mai 1822, Gesetzsaml. Bd. 46, S. 502. Das letztere Gesetz enthält die eigentliche Einsetzung des Monte und die näheren Vorschriften über die Tilgungsart der lombardisch-venetianischen Schuld. Vergl. auch v. Hauer a. a. O. S. 150 ff.

²⁾ Patent vom 29. Octbr. 1816, Gesetzsaml. Bd. 37, S. 226 und Hofkammerdecret vom 30. Octbr. 1816, das. S. 229.

³⁾ v. Hauer a. a. O. S. 230.

⁴⁾ Hübner a. a. O. S. 48. v. Hauer a. a. O. S. 230 gibt nur 120 Mill. Gulden an.

Mooser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Es betrug die fundirte Staatsschuld:

	in Wiener Währung (ältere Schuld).	in Conv.-Münze (neue Schuld).
1818 . .	537,632,870 fl.	168,874,180 fl.
1819 . .	500,942,070 "	271,119,270 "
1820 . .	491,250,150 "	288,061,270 "
1821 . .	479,273,510 "	309,256,490 "
1822 . .	458,010,760 "	335,574,800 "
1823 . .	444,395,800 "	327,249,190 " ¹⁾
1829 . .	354,086,823 "	699,182,571 "
1839 . .	256,170,985 "	853,781,793 "
1847 . .	172,921,355 "	915,710,945 " ²⁾

Man sieht hieraus, wie in dieser Periode die ältere Schuld mit anerkennenswerthem Eifer ermässigt wurde, wie aber gleichzeitig die neuere Schuld in viel grösserer Progression anwuchs. Im Anfang der Periode war die Steigerung der letzteren in Folge der Papiergeldseinslösung erklärlich, die durch die Nationalbank bis auf einige Millionen stattfand, wobei freilich der Staat gegen die Nationalbank heute noch mit einem namhaften Betrag im Rückstande ist;³⁾ die Vermehrung der Schuld in den späteren Jahren ist aber um so unbegreiflicher, als fast nichts zu gemeinnützigen Zwecken geschah⁴⁾ und in allen andern Ländern mit geordneter Finanzverwaltung diese Zeit der Ruhe benützt wurde, um die Lasten der Staatsschulden zu ermässigen. Unstreitig trifft diese Periode der österr. Finanzverwaltung der begründetste und härteste Tadel. Die rechtswidrigen Schritte der vorigen Epoche konnten mit der Noth des Staats und mit dessen erschöpfenden Anstrengungen entschuldigt werden. Jetzt aber gab es keine Rechtfertigung für eine Finanzgeballung, die inmitten des tiefsten Friedens (die vorübergehenden Unterbrechungen 1823, 1830, 1840 etc., welche keine Folgen hatten, kommen doch wohl kaum in Betracht) einen grossen Theil ihrer ordentlichen Staatsausgaben mit neuen Anlehen deckte. Mit Ausnahme Frankreichs vermag Oesterreich kein Beispiel gleicher Schuldvermehrung während der hier in Frage stehenden Periode für sich anzuführen. Und da wie dort waren es die Folgen der unseligen Interventionspolitik, welche das Mark des Staatskörpers verzehrten.

Um ein Bild der riesenhaften Finanzoperationen innerhalb der jetzigen Periode zu geben, führen wir solche einzeln an. Es wurden von 1816 bis 1847 an neuen Staatsanlehen contrahirt:

1816 gegen Papiergeld umgetauscht	34,882,700 fl. zu 1 % ⁵⁾
" dessgleichen	128,778,300 fl. " 5 % ⁶⁾
" dessgleichen an die Bank ausgefolgt	50,621,000 fl. " 2 1/2 % ⁷⁾
1818 Silberanlehen zum Cours von 66 %	50,000,000 fl. " 5 % ⁸⁾

¹⁾ Bis hierher nach Notizen bei v. Hauer a. a. O. S. 232.

²⁾ Von den 3 letzten Jahren nach v. Reden a. a. O. S. 891, 892 und 894.

³⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 831 und 895, und unten S. 71.

⁴⁾ Erst am Schlusse der Periode (1846—47) wurden 24,200,008 fl. zur Erwerbung von Privateisenbahnen verwendet, welche aber später wieder um viel geringere Summen veräussert wurden. Vergl. v. Hauer über österr. Staatsausgaben etc. S. 351 und Hübner a. a. O. S. 75 ff.

⁵⁾ Patent vom 1. Juni 1816, Gesetzssaml. Bd. 34, S. 427.

⁶⁾ Patent vom 29. Octbr. 1816, Gesetzssaml. Bd. 37, S. 226.

⁷⁾ Patent vom 1. Juni 1816, Gesetzssaml. Bd. 34, S. 427.

⁸⁾ Ueber dieses Anlehen findet sich in der Gesetzssammlung keine Publication; ebenso theilweise in Bezug auf die folgenden Anlehensoperationen. Das ganze Ver-

Capitalisirung der rückständigen Zinsen bei Bethmann und Goll					20,000,000 fl.	zu 5%.
1820 Erstes Lotterieanlehen					20,800,000 fl.	" 6 1/2%.
" Zweites "					37,500,000 fl.	" 7%.
Convertirung der Anlehen bei Bethmann und Goll, 45 Mill. 2 1/2% W. W. in Conv.-Münze à 5% und von 27 Mill. W. W. auf 54 Mill. Conv.-M. erhöht					43,200,000 fl.	" 5%.
Ueberrahme des österr. Antheils an den Schulden des Monte Napoleone circa					80,000,000 fl.	" —
Anlehen von . . . 1823	zum Cours von	75%	30,000,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1823	" " "	82%	36,000,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1826	" " "	87%	15,000,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1829	" " "	86%	23,256,000 fl.	" 4%.		
" " . . . 1830	" " "	97%	20,000,000 fl.	" 4%.		
" " . . . 1831	" " "	80%	37,500,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1832	" " "	84%	58,000,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1833	" " "	89 3/4%	40,000,000 fl.	" 5%.		
Lotterieanlehen von 1834	" " "	—	25,000,000 fl.	" 4%.		
Anlehen von . . . 1835	" " "	75%	40,000,000 fl.	" 3%.		
Lotterieanlehen von 1839	" " "	—	30,000,000 fl.	" 4%.		
Anlehen von . . . 1841	" " "	102%	40,000,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1843	" " "	106%	43,600,000 fl.	" 5%.		
" " . . . 1847 (Theilzahlung)	" " "	—	11,312,000 fl.	" 5%.		

Zu verschiedenen Zeiten gegeben:

Obligationen	7,460,228 fl.	" 5%.
Centralcassenanweisungen	140,000,000 fl.	" —

Dagegen verwendete der Tilgungsfonds vom Eintritt seiner Wirksamkeit (1. März 1817) bis Ende 1846: 1)

zur Einlösung von Staatsobligationen	305,727,672 fl.
" Rückzahlung von Lotterieanlehen	19,314,870 fl.
zu sonstigen Capital- und Zinszahlungen	5,667,393 fl.
	<u>330,709,935 fl.</u>

wozu er erhielt:

Dotationen aus den Staatskassen	114,564,684 fl.
Zinsen aus seinem Vermögen und andere Zuflüsse	216,216,419 fl.
	<u>330,781,103 fl.</u>

Von den durch ihn eingelösten Schuldtiteln wurden bis ebendahin öffentlich verbrannt: ein Capitalbetrag von 264,000,162 fl. und blieben im Tilgungsfonds vorrätig 182,686,042 fl. zusammen an der Staatsschuld abgetragen 446,686,204 fl.

Im Ganzen fanden auf die Staatsschuld Verwendungen statt, wie sie kein anderer europäischer Staat gleichzeitig gemacht hat. Um dies vor Augen zu führen, wollen wir von der Periode 1830—1847 einzelne Angaben 2) in Zahlen folgen lassen. Es betrug die Ausgabe an Zinsen und Tilgungsquoten:

zeichniss ist jedoch dem der Reichsversammlung durch den Finanzminister 1848 vorgelegten Finanzbericht entnommen, also officiell. Vergl. Hübner a. a. O. S. 48 und v. Reden a. a. O. S. 870 ff.

1) Brachelli, deutsche Staatenkunde, Bd. I. S. 415—416.

2) v. Reden a. a. O. S. 422.

	von 1830—1840	von 1840—1847
im ordentlichen Etat (Zinsen)	284,826,948 fl.	221,980,804 fl.
„ ausserordentlichen Etat . .	245,129,897 fl.	95,076,267 fl.
durch den Tilgungsfonds . .	107,551,708 fl.	74,931,295 fl.
	<u>637,508,553 fl.</u>	<u>391,988,366 fl.</u>
zusammen in 17 Jahren	1,029,496,919 fl.	
also im Jahresdurchschnitt	60,558,642 fl.	

Aber diese Verwendungen wurden zum Theile eben durch die oben behrhten Creditoperationen beschafft, so dass auf der einen Seite getilgt und auf der andern neue Schulden contrahirt wurden. Auch der Zinsfuss blieb fortwährend auf derselben Höhe, obgleich er in andern Staaten, selbst Frankreich nicht ausgenommen, eine Ermässigung von wohl $\frac{1}{3}$ erhielt. Nur im Jahre 1830 wurde ein Anlauf zur Umwandlung der 5procent. Schuld in eine 4procent. genommen, ¹⁾ in so ferne damals 4 Aufkündigungen von je 10 Mill. Gulden Capital in der Art statt hatten, dass den Gläubigern entweder baare Zahlung oder neue 4proc. Obligationen mit einem Aufgeld von 4 fl. per 100 angeboten wurde. Hiebei blieb es.

Ziehen wir das Resultat aller Creditoperationen innerhalb der Friedensperiode von 1816—1847, so ergibt sich

a) beim Beginn derselben fundirte Schuld . .	716,341,410 fl. 26 kr.
Papiergeld in W. W. 638,715,920 fl., zurückgeführt auf Conv.-Münze zum Cours von 250	255,406,368 fl. — kr.
	<u>971,747,778 fl. 26 kr.</u>

davon ab die auf die Niederlande gefallene Schuld mit 25,764,857 fl., sodann der Betrag, welcher bei der Einlösung der ältern auf die hälftige Verzinsung in W. W. herabgesetzten Schuld gegen den oben in Rechnung genommenen Nominalwerth derselben gewonnen wurde, nämlich bei einer eingelösten Summe von ungefähr 150 Mill. Gulden zum Durchschnittscours von 45 %: Gewinn ²⁾

	82,500,000 fl.	108,264,857 fl. — kr.
Rest effective Schuld		863,482,921 fl. 26 kr. ³⁾

b) am Schlusse der Periode: ^{4a)}	
fundirte Schuld	1,088,632,300 fl.
schwebende Schuld	98,621,200 fl.
	<u>1,187,253,500 fl.</u>

davon im Besitze des Tilgungsfonds 187,387,091 fl.

999,866,409 fl. — kr.

¹⁾ Circular der niederösterreich. Regierung vom 31. März 1830. Vergl. v. Hauer, Beiträge etc. S. 231.

²⁾ Nach Hübner a. a. O. S. 73 wurden bis 1844 117,540,196 fl. à 44 $\frac{1}{10}$ % eingelöst. Da jährlich 5 Mill. einzulösen waren, so entziffert sich von 1817—1847 in 30 Jahren eine Summe von 150 Mill. Gulden.

³⁾ Hübner a. a. O. S. 49 berechnet die österr. Staatsschuld 1818 nur auf einen auf 5 % Effecten zurückgeführten Betrag von circa 496 $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden. Die Berechnung ist aber offenbar unrichtig; namentlich ist dabei übersehen, dass ein grosser Theil der alten Schuld (mehr als die Hälfte) nach und nach in ihren alten Zinsfuss wieder

Es ergibt sich also eine effective Schuldvermehrung in den 30 Friedensjahren von 136,383,487 fl. 34 kr., wobei die Summen, welche an Kriegscontributionen, Relutionsgeldern und Subsidien an Oesterreich vergütet wurden, mit circa 150 Millionen,¹⁾ sodann die Erlöse aus veräusserten Staatsgütern mit circa 36 Millionen, und für verkaufte Güter der politischen Fonds mit etwa 19 Millionen,²⁾ ebenso die abgesonderten Schulden des lomb.-venetianischen Königreichs unberücksichtigt geblieben sind.³⁾

Wir gehen nun zur neuesten Periode der österr. Finanzgeschichte, 1847 bis 1860, über. Schon 1846 entstanden Unruhen in Galizien, 1847 in Italien. 1848 schlugen die Ereignisse, welche den Westen des europäischen Festlandes erschütterten, mit doppelter Wucht in Oesterreich ein. Es galt jetzt, den Kampf um die Existenz der Monarchie gegen innere Feinde zu kämpfen. Italien und Ungarn mit seinen Nebenländern rissen sich los und auch in Wien schlug die Revolution in hellen Flammen auf. In der Eile wurde eine Verfassung ertheilt und ein Reichstag berufen, aber politische Unreife, Leidenschaft und Eifersucht der Nationalitäten vereitelten eine lebensfähige Schöpfung.

Wie zu jener Zeit der Credit selbst derjenigen Staaten, welche vorher als Muster in der Finanzwirtschaft gegolten hatten, tief erschüttert wurde, konnte es nicht fehlen, dass der österr. Staatscredit — durch die Vorgänge am Anfange des Jahrhunderts immer noch alterirt — doppelt empfindlich litt. Finanzielle Verlegenheiten aller Art stellten sich denn auch alsbald ein. Der Kampf in Italien und in Ungarn verschlang ungeheure Summen, ebenso forderte die begonnene Neubildung des Reichs grosse Baarmittel; aber im umgekehrten Verhältnisse verminderten sich die Staatseinkünfte, weil aus den aufständischen Provinzen nichts mehr einfluss und alle Gewerthätigkeit, Handel und Verkehr darniederlag. So blieb wiederum nur dasselbe Mittel offen, dessen man sich in der Finanznoth der französischen Kriege bedient hatte. Da ein Silberausfuhrverbot vom 20. April 1848 die beabsichtigte Wirkung nicht hatte, erhielten im Mai desselben Jahres⁴⁾ die Noten der Nationalbank Zwangscours, auch wurde die Einwechslung derselben auf Beträge von 25 fl. beschränkt, später sogar ganz aufgehoben, und der Bank die Ermächtigung ertheilt, Noten von 1 und 2 fl. auszugeben. Nebenbei gab die Regierung verzinsliche Hypothekar- und Centralcassenanweisungen aus, benützte den Credit der Bank auf jede mögliche Art und schuf — da selbst die Scheidemünze aus dem Verkehr schwand — ein eigenes Staatspapiergeld, sogenannte Münzscheine à 6 und 10 kr. Es kam so weit, dass das Publikum diese Scheine in Theile zerriss und mit den Theilen bezahlte.

Sobald indessen die Ordnung nur einigermaßen wieder hergestellt war, beeilte sich die Regierung, die eingetretenen Uebelstände im Geldwesen durch Benützung des ordentlichen Staatscredits hinwegzuräumen. Man muss es anerkennen, dass die Staatsmänner dieser Periode von einem andern Geiste beseelt waren, als ihre Vorgänger am Anfange des Jahrhunderts. Von 1849

eingesetzt werden musste, die damals herabgesetzten Zinsen daher nicht als Grundlage der Berechnung brauchbar waren.

^{4a)} Vergl. v. Reden a. a. O. S. 894—896.

¹⁾ Vergl. v. Hauer, Beiträge etc. S. 161. Hübner a. a. O. S. 49. v. Reden a. a. O. S. 872.

²⁾ v. Reden a. a. O. S. 872.

³⁾ Die lomb.-venet. Schuld scheint übrigens ermässigt worden zu sein und erst von 1850 an eine Vermehrung erfahren zu haben.

⁴⁾ Durch Patent vom 22. Mai 1848.

an bis Ende 1858 wurden die grössten Anstrengungen gemacht, um normale Finanzzustände herbeizuführen, den Staatscredit zu heben und allen Staatsgläubigern gerecht zu bleiben. Gleiche Anstrengungen galten der Hebung der Steuerkraft und der Entwicklung der inneren Hilfsquellen. Wenn auf dem Gebiete der Volkswirtschaft vorher nirgends weniger geschah, als in Oesterreich, so kann nicht bestritten werden, dass seit 1849 dort mehr geschehen ist, als irgendwo anders. Wir erinnern nur an das Riesengeschäft der Grundentlastung und der Herstellung eines Grundsteuercatasters, an die erfolgreichen Schritte zur Erstellung eines möglichst vollkommenen Eisenbahnnetzes und an das Geschäft der Theissregulirung etc. Aber die Zeit war wenig geeignet, diese Bestrebungen zu unterstützen. Schon der orientalische Krieg verursachte eine Unterbrechung und verschlang, obgleich Oesterreich eine zuwartende und beobachtende Stellung einnahm, grosse Summen, welche der Consolidirung der innern Zustände entgingen. Ausserdem erforderten alle Unternehmungen bei dem immer noch schwankenden Staatscredite doppelte Opfer, und als endlich das grosse Ziel Ende 1858 erreicht schien, warf der berüchtigte Neujahrsgruss des französischen Imperators das ganze Gebäude wieder über den Haufen. Verlassen von seinen ältesten Verbündeten, stand Oesterreich im italienischen Kriege von 1859 der Revolution und der französischen Kriegsmacht allein gegenüber und verlor in Folge der unverantwortlichsten Kriegführung seine Stellung in Italien und eine seiner reichsten Provinzen nicht nur, sondern es ist von dort aus nunmehr permanent bedroht.

Dass alle Vorgänge dieser Periode die Staatsschuld fortwährend steigern mussten, ist nicht zu verwundern. Abgesehen von den Summen, welche der Staat in verschiedenen Formen von der Nationalbank lieh, fanden denn auch folgende Creditoperationen statt:

- 1) Anlehen von 1849 im Wege der Subscription ¹⁾ 71,000,000 fl. zu 4 1/2 %.
- 2) Lombardisch-venetianisches Anlehen von 1850 zur Einlösung der ausgegebenen Tresorscheine und zur Fortführung des Eisenbahnbaues im Betrage von 140,825,900 Lire ²⁾ à 1/3 fl. C.-M. = 46,941,966 fl. zu 5 %.
- 3) Umwandlung der — durch dieses Anlehen nicht zur Einlösung gebrachten italienischen Tresorscheine in 5proc. Renturkunden des Monte del Regno Lomb.-Veneto, deren Betrag wir jedoch nirgends angegeben finden.
- 4) Umwandlung der unbezahlt gebliebenen Zinsen und Lotterieranlehensloose in Silbermetalliques ³⁾ 30,000,000 fl. zu 5 %.
- 5) Subscriptionsanlehen von 1851 zur Herstellung der Regelmässigkeit des Geldumlaufs ⁴⁾ . . . 85,000,000 fl. zu 5 %.
- 6) Englisch-österreichisches Anlehen von 1852 zu gleichem Zweck und zur Herstellung des Gleichgewichts der Finanzen ⁵⁾ . . . 35,000,000 fl. zu 5 %.

¹⁾ Patent vom 28. Juni 1849, R.-Ges.-Bl. S. 469. Finanzminist.-Erl. vom 14. Sept. 1849, R.-Ges.-Bl. S. 708.

²⁾ Wiener Zeitung von 1850, S. 3622, wo der Anlehensbetrag nur auf 128 Mill. Lire angegeben ist. In den Obligationen ist aber die Summe von 140,825,900 Lire genannt.

³⁾ Minist.-Decret vom 25. Juni 1849, Ergänzungsband zum R.-Ges.-Bl. Nr. 316, vergl. mit Minist.-Erlass vom 1. Sept. 1851, R.-Ges.-Bl. Nr. 203, und Minist.-Bekanntmachung vom 18. Aug. 1852, Nr. 199 der Wiener Zeitung.

⁴⁾ Finanzminist.-Erlass vom 1. Sept. 1851, R.-Ges.-Bl. Nr. 202.

⁵⁾ v. Reden a. a. O. S. 875. Im R.-Ges.-Bl. finden wir über dieses Anlehen keine Publication.

- 7) Subscriptionsanlehen von 1852 zur Verminderung der Schuld an die Nationalbank (15 Mill.), zum Einzug von Papiergeld (25 Mill.), zu Eisenbahnbauten (20 Mill.) und zur Deckung des Deficits (20 Mill.)¹⁾ 80,000,000 fl. zu 5%.
- 8) Lotterieranlehen von 1854²⁾ 50,000,000 fl. zu 4%.
- 9) Nationalanlehen von 1854 zum Behufe der Zurückführung der Landeswährung auf Metallwährung und der Herbeischaffung der Mittel zur Bedeckung der ausserordentlichen Staatsbedürfnisse³⁾ 500,000,000 fl. zu 5%.
- In Wirklichkeit wurden aber 611,571,300 fl. ausgegeben, also mehr⁴⁾ 111,571,300 fl. zu 5%.
- 10) Venetianisches Anlehen von 1859 zur Deckung der Kosten des italienischen Kriegs in österr. Währung⁵⁾ 30,000,000 fl. zu 5%.
- 11) Englisches Anlehen von 1859 in Pfund Sterling zu gleichem Zwecke: 6,000,000 Pfd. Sterl. à 100 fl. österr. W. = 10 Pfd. Sterl.⁶⁾ . . . 60,000,000 fl. zu 5%.
- 12) Lotterieranlehen von 1860 zu gleichem Zwecke⁷⁾ 200,000,000 fl. zu 5%.

Das Anlehen wurde zur Subscription aufgelegt, es fanden aber nur circa 76 Mill. Absatz. Der Rest ist der Nationalbank à conto ihrer Vorschüsse zugewiesen.

Dieser Schuldvermehrung gegenüber wurde die planmässige Tilgung in soweit fortgesetzt, als die vertragsmässigen Anlehensbedingungen eine Tilgung erheischten. Es betrug daher die gesammte Staatsschuld im Nominalwerthe: ⁸⁾ }

¹⁾ Finanzminist.-Erlass vom 4. Sept. 1852, R.-Ges.-Bl. S. 797.

²⁾ Finanzminist.-Erlass vom 4. März 1854, R.-Ges.-Bl. S. 245.

³⁾ Patent vom 26. Juni 1854, R.-Ges.-Bl. S. 635. Vergl. auch Finanzminist.-Erlass vom 31. Aug. 1854, R.-Ges.-Bl. S. 925, wodurch der Nationalbank 134 1/2 Mill. Gulden dieses Anlehens à conto ihrer Forderung überwiesen wurden.

⁴⁾ Bekanntmachung des Fin.-Minist. in der Wiener Zeitung vom 11. Oct. 1859. Von der ganzen Summe besass übrigens damals der Tilgungsfonds 26,492,100 fl.

⁵⁾ Erlass der Statthalterei von Venetien und Mantua vom 14. Mai 1859. Von diesem Anlehen, welches anfänglich auf das lombardisch-venetianische Königreich im Betrag von 75 Mill. ausgeschrieben, nach dem Verlust der Lombardei aber auf 30 Mill. ermässigt wurde, war bis 1. Januar 1860 nur die Summe von 15,016,781 fl. emittirt. Vergl. unten §. 14.

⁶⁾ Auch über dieses Anlehen findet sich keine Publication im R.-Ges.-Bl. Nach der Austria, Jahrgang 1859, Bd. I. S. 251 und Bd. III. S. 175, 227 und 332 wurde den Subscribenten die hälftige Einzahlung erlassen. In London soll ursprünglich nur 1 Mill. Pfd. Sterl. gezeichnet worden sein; später nahm aber die Subscription grösseren Fortgang. Bis 1. Januar 1860 waren nach dem Bericht der Staatsschulden-Commission vom 4. Juni 1860 (unten §. 14) ausgegeben 17,500,000 fl.

⁷⁾ Finanzminist.-Erlass vom 22. März 1860, R.-Ges.-Bl. S. 127. Vergl. Wiener Zeitung von 1860, Nr. 98.

⁸⁾ v. Reden a. a. O. S. 894—897. Von den folgenden Jahren 1854/59 lässt sich eine actenmässige Darstellung der Schuld nicht geben, auch ist eine Berechnung desselb kaum möglich, weil auf das grosse Nationalanlehen bis 1859 Einzahlungen statt hatten, deren Grösse im einzelnen Jahre nicht bekannt gemacht wurde.

I. Fundirte Schuld.	1849. fl.	1850. fl.	1851. fl.	1852. fl.	1853. fl.
A. In Conv.-Münze verzinslich:					
1) allgemeine Schuld	804,519,358	822,271,155	891,805,932	947,218,477	935,344,792
2) Staatslotterie-Anlehen	42,237,862	40,840,513	39,830,000	37,230,000	36,000,000
3) Schuld an die Nationalbank wegen des Papiergelds-Einlösungs - Geschäfts von 1820 ff.	80,353,797	78,848,649	75,534,572	72,950,932	69,896,627
4) Passiven bei den Kameralzahlämt.	5,890	5,890	—	—	—
5) für angekaufte Eisenbahnen- und sonstige Schulden	—	—	—	10,059,285	192,701,048
6) für hypothecirte Kassenanweisgn.	—	—	—	—	40,000,000
Summe zu A. . .	927,116,907	941,966,207	1067,170,540	1067,458,694	1273,942,467
B. In Papiergeld (W.-Whg.) verzinslich:					
7) verloosbare ältere Schuld	167,536,467	161,564,301	153,270,588	140,152,836	140,152,836
8) nicht verloosbare ältere Schuld . .	1,881,911	1,881,467	10,336,498	10,050,676	3,785,563
Summe zu B. . .	169,418,378	163,445,768	163,607,086	150,203,512	143,938,399
zusammen I. Fundirte Schuld . .	1096,535,285	1105,411,975	1170,777,590	1217,662,206	1417,880,866
II. Schwebende Schuld.					
9) in Conv.-Münze verzinslich	141,527,110	322,183,245	237,989,008	209,700,000	74,742,380
10) unverzinsliches Papiergeld:					
a) auf Conv.-M. lautend	?	?	?	130,485,069	143,331,443
b) auf W.-Whg. lautend	?	?	?	?	6,152,915
zusammen II. Schwebende Schuld . .	141,527,110	322,183,245	237,989,008	340,185,069	224,226,738
Haupt-Summe der Staatsschuld . .	1238,062,395	1427,595,220	1408,766,598	1557,847,275	1642,107,604
Hievon besass der Tilgungsfonds . .	174,504,294	174,557,058	174,848,626	176,036,129	188,637,161
Verbleibt Rest der Schuld	1063,558,101	1253,038,142	1233,917,972	1381,811,146	1453,470,443

Hiebei ist die lombardisch-venetianische Schuld, welche am 1. Nov. 1847 59,935,088 fl. betrug und seitdem um mehr als 40 Mill. erhöht wurde, nicht berücksichtigt.

Der Tilgungsfonds hat bis 1853 im Ganzen eine Summe von 549,346,955 fl. Capitalnennwerth ausser Umlauf gebracht und dafür 350,245,554 fl. verausgabt.¹⁾

¹⁾ v. Reden a. a. O. S. 904.

Bis eben dahin waren von der älteren Staatsschuld in Gemässheit des Patents vom 21. März 1818

- a) zurückgekauft (unter obigen 549,346,955 fl. inbegriffen) und vertilgt 192,448,616 fl.
 b) in die ursprüngliche Verzinsung wieder eingesetzt . . . 188,718,697 fl.
 wovon der Tilgungsfonds 24,322,797 fl. besass. ¹⁾

Von nun an wurden die grössten Anstrengungen gemacht, um wieder zu normalen Zuständen im Geldwesen zu gelangen. Wir führen von den zu diesem Zwecke ergangenen amtlichen Verfügungen ausser den bereits namhaft gemachten Anlehensoperationen folgende an:

- 1) Einberufung der ausgegebenen Reichsschatzscheine, à 10 fl., und der 3proc. Centralcassenanweisungen von 1850 und 1851 im Jahre 1852 ²⁾, und Aufhebung des Zwangscourses der letzteren im gleichen Jahre. ³⁾
- 2) Einberufung der deutschen Münzscheine zu 6 kr. im Jahre 1853 ⁴⁾ und Ersetzung der verzinslichen Reichsschatzscheine à 1000, 500 und 100 fl. durch unverzinsliche à 100 und 1000 fl. ⁵⁾ Indessen konnte der Zwangscours dieser letztern noch nicht aufgehoben werden, vielmehr geschah die Ausgabe noch mit der Verpflichtung der allgemeinen Annahme an Zahlungsstatt, jedoch innerhalb der Grenze, welche durch die Ausgabe der verzinslichen Schatzscheine gesteckt war.
- 3) Abkommen mit der Nationalbank vom 23. Febr. 1854, wonach dieser der Einzug des gesammten mit Zwangscours umlaufenden Papiergelds übertragen und ihr eine jährliche Zahlung von mindestens 10 Mill. Gulden aus den Zolleinkünften versichert wurde. ⁶⁾
- 4) Zuweisung von 134 ¹/₂ Mill. Gulden an die Bank aus dem Ertragnisse des Nationalanlehens von 1854 behufs Herabminderung der Schuld des Staats an die Bank auf 80 Mill. und Anbahnung der Wiederaufnahme der Baarzahlen der letztern. ⁷⁾
- 5) Kaiserliche Verordnung vom 7. Febr. 1856 ⁸⁾, womit angeordnet wurde, dass Darlehen in klingender Münze, wenn sich der Gläubiger die Verzinsung und Tilgung in der gegebenen Münzsorte oder in klingender Münze vorbehalten hat, auf die bedungene Weise zu verzinsen und zurückzahlen seien.
- 6) Abschluss des Wiener Münzvertrags vom 24. Januar 1857 ⁹⁾ mit der Verpflichtung, kein Papiergeld mehr mit Zwangscours auszugeben, ohne dass Einrichtungen zu dessen jederzeitigen baaren Einlösung getroffen wären.
- 7) Einberufung der ungarischen Münzscheine à 10 kr. ¹⁰⁾ und des alten noch umlaufenden Wiener-Währung-Papiergelds ¹¹⁾, womit alles Staatspapiergeld ausser Umlauf gesetzt war. Endlich
- 8) Die Durchführung des Wiener Münzvertrags auch mit Beziehung auf die Nationalbank in der Art, dass die letztere ihre älteren Noten in Conv-

¹⁾ Bekanntmachung des Fin.-Minist. vom 25. Aug. 1853 in der Wiener Zeitung.

²⁾ Erlasse des Fin.-Minist. vom 22. März, 2. April und 11. Mai 1852, R.-Ges.-Bl. S. 341, 359, 467.

³⁾ Erlass des Fin.-Minist. vom 3. Aug. 1852, R.-Ges.-Bl. S. 733.

⁴⁾ Fin.-Minist.-Erlass vom 6. Juni 1853, R.-Ges.-Bl. S. 568.

⁵⁾ Fin.-Minist.-Erlass vom 11. Oct. 1853, R.-Ges.-Bl. S. 1139.

⁶⁾ Erlass des Fin.-Minist. vom 23. Febr. 1854, R.-Ges.-Bl. S. 223.

⁷⁾ Fin.-Minist.-Erlass vom 31. Aug. 1854, R.-Ges.-Bl. S. 925.

⁸⁾ R.-Ges.-Bl. S. 111.

⁹⁾ R.-Ges.-Bl. S. 373.

¹⁰⁾ Fin.-Minist.-Erlass vom 8. Oct. 1857, R.-Ges.-Bl. S. 526.

¹¹⁾ Kaiserl. Verordnung vom 27. April 1858, R.-Ges.-Bl. S. 299.

Münze vollständig einzuziehen hatte, wogegen sie Noten à 10, 100 und 1000 fl. in österr. (neuer) Währung ausgeben konnte, welche aber auf Verlangen des Inhabers jeder Zeit gegen Silber einzulösen und wenigstens zu einem Dritttheil in Silbermünze oder Silberbarren oder auch Goldbarren, zum Rest aber mit statutenmässig escomptirten oder beliebigen Creditseffekten bedeckt sein sollten. Daneben blieb die Bank allerdings befugt, bis zum Betrage von 100 Mill. Gulden neue Noten à 1 fl. zu emittiren, welche die eben gedachte Bedeckung nicht haben mussten, dagegen durch die der Bank abgetretenen Staatsgüter im Werthe von 155 Mill. Gulden gesichert wurden, deren Ertrag und Erlös zum allmäligen Einzug jener 1 fl.-Noten verwendet werden sollte.¹⁾

Durch diese Anordnungen war die grosse Aufgabe der Wiederherstellung der Silbervaluta erfolgreich angebahnt. In der That kehrte das Vertrauen rasch zurück und das Silberagio war Ende 1858 ganz oder nahezu verschwunden. Eine kurze Zeit der Ruhe hätte hingereicht, um vollkommen normale Geldverhältnisse zurückzuführen und auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Finanzhaushalte, an welcher mit Ernst gearbeitet wurde, wäre in naher Zukunft in Aussicht gestanden. Aber der französische Imperator fand es nicht in seinem Interesse, das schwergeprüfte Oesterreich zur Ruhe und zum Wohlstande kommen zu lassen, und es entstanden sofort neue Verlegenheiten durch den italienischen Krieg. Die Vorgänge seit dem Beginne desselben, das österreichische Kriegsunglück, der Verlust der Lombardei, die Friedenspräliminarien von Villafranka, der definitive Friede von Zürich, dessen Bestimmungen weder von Sardinien noch von Frankreich eingehalten wurden, sind noch in zu frischem Gedächtnisse, als dass es erforderlich wäre, darüber Etwas zu sagen. Nach den Züricher Vereinbarungen fallen $\frac{2}{3}$ der Schuld des lombardisch-venetianischen Königreichs auf Sardinien, und es hat Frankreich Namens dieses Staats als Antheil der Lombardei an der allgemeinen Reichsschuld eine Summe von 40 Mill. Gulden C.-M. an Oesterreich zu zahlen. Die Liquidation und Vertheilung der lombardisch-venetianischen Schuld ist gegenwärtig (1860) noch Gegenstand der Verhandlung.

An eingreifenden amtlichen Verfügungen seit dem Beginne des italienischen Kriegs führen wir schliesslich an:

- 1) Im April 1859: die zeitweilige Enthebung der Nationalbank von der Verpflichtung zur Baareinlösung ihrer Noten aller Art²⁾ und die Ermächtigung derselben, auch Noten zu 5 fl. auszugeben.³⁾ Durch die erstere Verfügung ist die Herstellung der Silbervaluta wieder in unbestimmte Ferne gerückt und es dauern die Schwankungen im Course der Banknoten, welche bis auf $\frac{2}{3}$ ihres Nominalwerths zurückgingen, abermals fort.
- 2) Im Mai 1859: die Aufhebung der Silberzahlung für Zinsen des Nationalanlehens auf die Dauer der Kriegereignisse, jedoch mit Zusicherung eines dem Cours der Banknoten entsprechenden Aufgelds. Hiebei wurde übrigens den Gläubigern freigestellt, ihre Zinsforderungen in 5proc. Staatsobligationen, zahlbar in Silber binnen 5 Jahren, verwandeln zu lassen.⁴⁾

¹⁾ Kaiserl. Verordnungen vom 30. Aug. 1858 und vom 26. Dec. 1858, R.-Ges.-Bl. S. 461 und 721.

²⁾ Fin.-Minist.-Erlass vom 29. April 1859, R.-Ges.-Bl. S. 183.

³⁾ Kaiserl. Verordnung vom 28. April 1859, R.-Ges.-Bl. S. 182.

⁴⁾ Kaiserl. Verordnung vom 11. Juni 1859, R.-Ges.-Bl. S. 255. Das Aufgeld wurde durch Finanzminist.-Erlass vom 15. Juni 1859 auf 25% festgesetzt, bei welchem Satze

Durch Fin.-Ministerial-Erlass vom 12. Dec. 1859¹⁾ wurde aber diese Unterbrechung der Silberzahlung wieder aufgehoben und verfügt, dass vom 1. Jan. 1860 an die Zinsen des Nationalanlehens in klingender Münze zu berichtigen seien.

3) Im Dec. 1859: die Aufhebung des allgemeinen Tilgungsfonds, Vernichtung der in dessen Besitz gewesenen Staatsschuldverschreibungen und Ueberweisung seines sonstigen Effectenbesitzes an die Nationalbank à conto ihrer Forderungen, sodann Einsetzung einer besondern Staatsschulden-Commission.²⁾ Wir werden auf diese wichtige Veränderung in der Behandlung des österr. Staatsschuldenwesens im weiteren Verlaufe unserer Darstellung zurückkommen. Endlich

4) Im März 1860: die Verstärkung des Reichsraths durch Vertrauensmänner aus allen Theilen der Monarchie und Ueberweisung der Feststellung des Staatsvoranschlags, der Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Vorlagen der Staatsschulden-Commission an diese verstärkte Behörde.³⁾

Nach dem ausgesprochenen Willen des Staatsoberhauptes soll das Gleichgewicht im Staatshaushalt ehemöglichst hergestellt, sollen Vereinfachungen im Organismus eingeführt, Ersparungen erzielt, landständische Verfassungen auf Grundlage möglicher Autonomie der Provinzen und Gemeinden gegeben werden, überhaupt die Principien der Selbstverwaltung an die Stelle des bureaukratischen Systems treten, alles jedoch unbeschadet der Kraft und Einheit des Reichs. Es ist unbestreitbar, dass der österr. Staatskörper im Augenblicke einen Entwicklungsprocess besteht, von dessen Ausgang die Geschieke nicht nur seiner Angehörigen, sondern auch die künftige Gestaltung des europäischen Staatensystems schliesslich bestimmt werden werden. Die Gläubiger des Kaiserstaats und in gewissem Grade selbst die Besitzer anderer Effecten haben ein hohes Interesse an jenem Entwicklungsgange. Möge er daher auf Bahnen geleitet werden, welche endlich zur Consolidirung der Zustände und zur Kräftigung des Kaiserstaats nach Innen und Aussen zu führen geeignet sind.

§. 14.

Neuester Bestand der österr. Staatsschuld.

Die ziffermässige Darstellung der österr. Staatsschuld in allen ihren einzelnen Bestandtheilen war bis jetzt nur denjenigen möglich, welchen Einsicht in die öffentlichen Bücher und Acten, namentlich in die Staatsvoranschläge und Zinsberechnungen des Finanzministeriums, gestattet war; denn die österreichische Regierung hat bislang weder Uebersichten über den Bestand der öffentlichen Schuld, noch ihre Staatsvoranschläge von selbst der Oeffentlichkeit übergeben. Die Daten und Zahlen, die wir betreffs der Schuld in Vorstehendem gesammelt haben, kommen desshalb auch, abgesehen von denjenigen, welche den Vorlagen des Finanzministers Kraus an den Reichstag des Jahres 1848 und 1849 entnommen sind, grösstentheils von eingeweihten Privaten. Durch das bereits angeführte Patent vom 23. Decbr. 1859 ist nun aber ein anderer Weg angebahnt, sofern darin der niedergesetzten Staatsschuldencom-

es bis Ende Sept. 1859 blieb. Wegen der Hinausgabe von Staatsobligationen für Nationalanlehenszinsen siehe Finanzminist.-Erlass vom 22. Juni 1859, R.-Ges.-Bl. S. 262.

¹⁾ R.-Ges.-Bl. S. 609.

²⁾ Kaiserl. Patent vom 23. Dec. 1859, R.-Ges.-Bl. S. 615.

³⁾ Patent vom 5. März 1860, R.-Ges.-Bl. S. 97.

mission zur Pflicht gemacht ist, je nach Ablauf eines halben Jahres einen umfassenden Bericht an den Kaiser zu erstatten, welcher der vollen Oeffentlichkeit zu übergeben ist.

Die Commission hat ihren ersten Bericht, ohne den Ablauf des etatsmässigen Semesters abzuwarten, dem Monarchen am 4. Juni 1860 vorgelegt und es ist derselbe mit einem Vortrag des Finanzministers vom 6. Juli desselben Jahres in dem amtlichen Pressorgan vom 11. Juli 1860¹⁾ erschienen.

Der Bericht sowohl als der ministerielle Vortrag verbreiten sich mit der rückhaltlosesten Offenheit über die Verhältnisse der öffentlichen Schuld des Kaiserstaats, ohne irgendwie das Bestreben zu zeigen, etwas zu beschönigen oder geheime Schäden zuzudecken. Ersterer geht zugleich in das kleinste Detail ein und zählt alle einzelnen Schuld Kategorien mit minutiöser Pünktlichkeit auf. Bei der Wichtigkeit dieser Publication lassen wir den Bericht der Staatsschuldencommission um so mehr wörtlich folgen, als damit gleichzeitig die ganze Eintheilung der vielgliederten österr. Staatsschuld und die sicherste Einsicht in die Verhältnisse derselben, namentlich auch in Absicht auf Verzinsung und Rückzahlung, gegeben ist. Er lautet wie folgt:

„In pflichtschuldiger Vollziehung der Anordnungen des Allerhöchsten Patenten vom 23. Decbr. 1859 hat die treuehormsamste Staatsschuldencommission die genauesten Erhebungen über die unmittelbar vor Beginn ihrer Wirksamkeit mit 31. Decbr. 1859 bestandene gesammte Staatsschuld gepflogen.“

„Zu diesem Ende hat dieselbe nicht nur von der k. k. Direction der Staatsschuld, sondern auch von der k. k. Staatscredits- und Central-Hofbuchhaltung, von der k. k. Cameral-Hauptbuchhaltung, von den k. k. Staatsbuchhaltungen in Krain und im Küstenlande, dann von den ständischen Buchhaltungen und von der Stadt Wiener Magistratsbuchhaltung die erforderlichen Nachweisungen über den mit 31. December 1859 gewesenen Stand der Staatsschuld beziehungsweise jener Schuldgattungen abverlangt, worüber der besagten k. k. Direction die Evidenzhaltung, diesen Buchhaltungen aber die Rechnungscontrole obliegt; endlich auch die Direction der priv. österr. Nationalbank um einen Ausweis über deren mit Ende December 1859 bestandene Forderungen an den Staat ersucht.“

„Diese mit anerkennenswerther Beschleunigung gelieferten Nachweisungen wurden hierauf von der treuehormsamsten Staatsschuldencommission bezüglich jeder einzelnen Schuldgattung nicht nur mit aller Sorgfalt geprüft, sondern sie hat überdies in den betreffenden Departements der k. k. Staatscredits- und Central-Hofbuchhaltung, welche über den grössten Theil der Staatsschuld die Rechnungscontrole vollzieht, persönlich Einsicht in jene Rechnungsabschlüsse und Bücher genommen, auf welche sich deren Nachweisungen gründen.“

„Die treuehormsamste Staatsschuldencommission erlaubt sich Er. Majestät die nach dem Ergebnisse ihrer Erhebungen verfasste Zusammenstellung der mit Ende December 1859 bestandenen gesammten Staatsschuld im Anschlusse ehrerbietigst zu unterbreiten und zugleich den dabei beobachteten Vorgang im Nachstehenden zu erwähnen.“

„In besonderen Rubriken dieser detaillirten Nachweisung erscheinen jene Capitalsummen ersichtlich gemacht, und abgerechnet, um welche sich der, mit 31. Decbr. 1859 erhobene Stand der Staatsschuld durch die, zu jener Zeit im Besitze des aufgelösten Staatsschulden-Tilgungsfondes vorhanden gewesenen Staatsobligationen und andere Werthpapiere vermindert hat, die bereits theils getilgt, theils der priv. österr. Nationalbank als Abschlagszahlung auf ihre Forderungen an den Staat erfolgt worden sind.“

¹⁾ Wiener Zeitung vom 11. Juli 1860, Nr. 162.

„Die Gesamtschuld des lomb.-venet. Monte und sonach die hievon auf den Monte veneto entfallende $\frac{2}{5}$ -Quote konnte dermal noch nicht ganz bestimmt nachgewiesen werden, weil die Rechnungen über diese Gesamtschuld theilweise bis Ende December 1859 nicht mehr an die k. k. Staats-, Credits- und Central-Hofbuchhaltung gelangten. Die Feststellung dieser Quote wird erst durch die gemäss der Züricher Friedensverträge zur Liquidirung des lomb.-venet. Monte zusammengesetzte internationale Commission stattfinden.“

„Es wurden daher auch die von der obgenannten Hofbuchhaltung bis Ende März 1859 nachgewiesenen, im Besitze des lomb.-venet. Amortisationsfondes vorhanden gewesenen Activcapitalien, welche in verschiedenen Creditseffekten bestehen, sowie die hievon zu Gunsten des Monte veneto entfallenden Antheile vom betreffenden Passivstande nicht abgerechnet, weil auch über deren Verwendung die weiteren Bestimmungen erst getroffen werden.“

„Die von der Staatsverwaltung durch Concessionen einzelnen inländischen Actiengesellschaften gewährten Zinsengarantien bilden für den genauen Nachweis des Standes der Staatsschuld deshalb kein Object, weil die hiefür nur eventuell zu leistenden Beiträge an die Actiengesellschaften nur vorschussweise erfolgt werden.“

„Die unverloosbaren Domesticalschulden der Stände in Niederösterreich und in Steiermark, welche von deren Buchhaltungen in den der treuehorsamsten Staatsschuldencommission vorgelegten Nachweisungen — als dermal schon zur Staatsschuld gehörig — aufgenommen worden sind, wurden von dieser jedoch nicht in die Staatsschuld miteingerechnet, weil die von den genannten Ständen behufs der angesuchten Uebernahme dieser Domesticalschulden in die Staatsschuld seit Jahren eingeleiteten Verhandlungen noch schwebend sind.“

„Auch die Görzer ständische Domesticalschuld wurde in die Staatsschuld aus dem Grunde nicht einbezogen, weil dieselbe von der Staatsverwaltung noch nicht übernommen ist und die Zahlung der Zinsen hiefür aus dem vom Staatsschatze nicht dotirten Görzer Provincialfonde geleistet wird.“

„Die Grundentlastungsschuld wird zwar nach strenger Auslegung nur als eine Schuld der betreffenden Kronländer angesehen. Da dieselbe jedoch durch die Umlagen auf die sämtlichen Steuerpflichtigen getragen wird, vom Gesamtreiche verbürgt ist, und deren Obligationen alle Rechte und Vorzüge der Staatsschuldverschreibungen geniessen, so wurde auch der Stand dieser Schuld mit Ende December 1859 bei der k. k. Staatscredits- und Central-Hofbuchhaltung genau erhoben und in einem besonderen Ausweise an die Zusammenstellung über die allgemeine Staatsschuld angereicht.“

„In diesem Ausweise wurden noch insbesondere die Summen (29,548,540 fl. 58 kr. österr. W.) jener Grundentlastungs-Obligationen in Evidenz gebracht, welche für die vom Staate aufgehobenen Laudemien (Veränderungsgebühren) ausgestellt worden sind, und wofür der Staatsschatz die Zinsen und die Capitalzahlung an die Grundentlastungsfonde zu leisten hat.“

„Da jedoch die Rückzahlung dieser Capitalien erst nach Ablauf der diesfalls festgesetzten späteren Termine stattzufinden hat, so wurden dieselben dermal noch nicht in die Staatsschuld mit eingerechnet.“

„Nach dieser Einleitung erlaubt sich die treuehorsamste Staatsschuldencommission Er. Majestät zur Allernädigsten Kenntniss zu bringen, dass nach der Hauptübersicht ihrer Zusammenstellung die gesammte Staatsschuld mit Anfang des Jahres 1860 ihrem Nennwerthe nach in folgenden Summen bestanden hat:

- I. In der älteren Staatsschuld mit Inbegriff der Wiener Währungscameral-Passivcapitalien mit 105,214,991 fl. 22 $\frac{1}{2}$ kr.
- II. In den neueren fundirten Schulden, und zwar:

a) jene in Conv.-Münze mit Inbegriff der Cameral-Passivcapitalien und der Aversualquote für den Monte veneto zusammen mit	1,818,223,207 fl. 58 ^{1/8} kr.
b) jene in österr. Währung sammt der lomb.-venet. Schuld mit	73,302,958 fl. 77 kr.
III. In der schwebenden allgemeinen Staatsschuld mit Inbegriff der auf Oesterreich entfallenden Quote von der schwebenden lomb.-venet. Schuld in österr. Währung.“	345,214,156 fl. 45 kr.

„Um den Betrag der Gesamtsumme der Staatsschuld in österr. Währung übersichtlich darzustellen, wurde die verloosbare ältere, dann die neuere in Conv.-Münze verzinsliche Schuld auf ein 5proc. Capital, die unverzinslichen und die rückzahlbaren Schulden aber nach ihrem Nennwerthe gemäss der Münzverhältnisse von 100 W. W. : 42 öst. W. und 100 C.-M. : 105 öst. W. umgerechnet, wonach sich die Gesamtsumme der unter I & II bezeichneten consolidirten Schuld mit 1,922,857,375 fl. 74^{1/10} kr. ergibt und nach Einrechnung der schwebenden Schuld mit 345,214,156 fl. 45 kr. die gesammte Staatsschuld in österr. Währung . 2,268,071,532 fl. 19^{1/10} kr. mit einem jährlichen Zinsenerforderniss von . . 99,465,947 fl. 59 kr. österr. Währung zu Anfang des Jahres 1860 bestanden hat.“

„Die treuehorsaamste Staatsschuldencommission hat, um eine genaue Controle bezüglich der Staatsschuld wirksam vollziehen und den nach §. 11 des Allerhöchsten Patenten vom 23. Decbr. 1859 ihr ferner obliegenden Verpflichtungen mit aller Verlässlichkeit nachkommen zu können, beschlossen, auf Grundlage des von ihr erhobenen Standes der Staatsschuld eine Hauptaufschreibung über dieselbe zu führen und dadurch alle Veränderungen, welche sich nach vollzogener Prüfung der ihr von der k. k. Direction der Staatsschuld mit Schluss jeden Semesters zu übergebenden gehörig belegten Berichte ergeben, selbstständig in Evidenz zu halten.“

„Wie Er. Majestät aus der ehrerbietigst unterbreiteten Zusammenstellung zu entnehmen allergnädigst geruhen wollen, bestehen für die Staatsschuld 101 Gattungen von — in dreierlei Währungen — nach 16 verschiedenen Percentualsätzen nämlich:

zu 1—1^{1/2}—1^{3/4}—2—2^{1/4}—2^{1/2}—3—3^{1/5}—3^{1/3}—3^{2/5}—3^{1/2}—3^{3/5}—4—4^{1/2}—5 und 6% verzinslichen und überdies noch in 197 Unterabtheilungen ausgestellten Obligationen.“

„Vieljährige Erfahrung lehrt, dass eine solche Verschiedenheit in den Währungen, nach welchen die Interessen zu berechnen sind, und die grosse Mannigfaltigkeit der Obligations-Kategorien, gegenüber der in anderen Staaten darin herrschenden Einfachheit nicht geeignet ist, den in- und ausländischen Verkehr von österr. Staatsobligationen zu erleichtern, sondern demselben hemmend entgegenwirke.“

„Eine so namhafte Mannigfaltigkeit der Staatsschuldverschreibungen erheischt aber auch einen sehr bedeutenden Aufwand an Geld, Zeit und Arbeitskräften, sowohl in Betreff der Ausfertigung der Obligationen und beziehungsweise der Coupons, als auch in Betreff der Cassegebarung, Rechnungslegung und der Controle, so dass schon aus staatsöconomischen Rücksichten eine allmähliche Umwandlung der gesammten so vielfältig gegliederten Staatsschuld auf einen einheitlichen Zinsfuss und zwar vorerst zu 5% und in Eine Währung höchst dringend und nützlich erscheint.“

„In Würdigung dieser Verhältnisse haben Er. Majestät zur Vereinfachung des Staatsschuldenwesens bereits mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. Sept. 1858 eine freiwillige Convertirung aller nicht mit einer Verloosung oder mit einer bestimmten Rückzahlung verbundenen unter 5% verzinlichen Staatsschuldverschreibungen in die einzige Obligations-Kategorie zu 5% in österr. Währung nicht nur allergnädigst genehmigt, sondern Allerhöchst sich auch nach Inhalt des §. 6 des Allerhöchsten Patenten vom 23. Dec. 1859 vorbehalten, Maassregeln zur allmäligen Umwandlung aller nicht in Verloosungen begriffenen Staatsschuldverschreibungen in solche, auf österr. Währung lautende und zu 5% verzinliche, anzuordnen.“

„Durch die freiwillige Convertirung sind vom 15. Nov. 1858 bis 31. Decbr. 1859 5proc. Obligationen in österr. Währung nur im Gesamtbetrage von 38,327,530 fl. — mithin nur für einen geringen Theil der zur Convertirung geeignet gewesenen Staatsschuldverschreibungen zur Ausfertigung gelangt, weil die vom k. k. Finanzministerium unterm 26. Oct. 1858, Z. 4393/FM., dann unterm 4. Mai 1859, Z. 2399/FM. erlassenen Bestimmungen sowohl über die bei der Convertirung baar zu leistenden Aufzahlungen zur Erlangung von 5proc. Obligationen und Theilschuldverschreibungen in österr. Währung, als auch über das ungleichartige Einhebungsprocent der Einkommensteuer (welches von den Interessen der Conv.-Münze-Obligationen nur $4\frac{76}{100}$ Proc., dagegen von jenen in österr. Währung aber mit vollen 5% in Abzug gebracht wird) die Convertirung zu fördern nicht geeignet waren.“

„Nachdem jedoch die bisherigen Hemmnisse der Convertirung im Hinblick auf die wichtigen nachhaltigen Folgen einer zwangsweise durchzuführenden Convertirung im gleichzeitigen Interesse des Staates und seiner Gläubiger sich beseitigen lassen, so erlaubt sich die treuehorsaamste Staatsschuldencommission den allerunterthänigsten Antrag: Er. Majestät mögen allergnädigst geruhen, zu verordnen:

dass die allmälige Umwandlung aller nicht in Verloosung begriffenen Conventionsmünze-Staatsschuldverschreibungen in zu 5% verzinliche Obligationen in österr. Währung binnen einer Allerhöchst festzusetzenden Frist in Ausföhrung gebracht und dabei der Grundsatz aufrecht erhalten werde, dass die Staatsgläubiger weder im bisherigen Zinsengenuisse noch an ihren Capitalien verletzt werden dürfen.“

„Da für den Fall, als von Er. Majestät dieser allerunterthänigste Antrag die Allerhöchste Genehmigung erhalten sollte, bei gleichzeitiger entsprechender Verminderung der in Conv.-Münze verzinlichen Schuld die Staatsschuld in österr. Währung in einem kurzen Zeitraume eine beträchtliche Höhe erreichen und dadurch die hiefür im §. 6 des Allerhöchsten Patenten vom 23. Dec. 1859 festgesetzte jährliche Tilgungsquote eine sehr empfindliche Last für die Finanzverwaltung werden dürfte, so erlaubt sich die treuehorsaamste Staatsschuldencommission weiters den allerunterthänigsten Antrag: Er. Majestät mögen allergnädigst anordnen: dass derzeit die Tilgung der Staatsschuld einzig und allein nur auf jene im §. 5 des vorbesagten Allerhöchsten Patenten bezeichneten Staatsschuldverschreibungen beschränkt bleibe, welche vermöge der in den bezüglichen Anlehensbestimmungen enthaltenen ausdrücklichen Zusicherung theils durch Verloosungen, theils durch börsenmässige Einlösung getilgt werden müssen; dass jedoch mit einer weiteren Tilgung der in österr. Währung ausgestellten Obligationen in so lange innegehalten werde, bis nicht Ueberschüsse aus den Staatseinnahmen die genügenden Mittel bieten, nicht nur die Tilgung der auf österr. Währung lautenden, sondern auch jene der übrigen Obligationen theilweise bewirken zu können, weil sonst nur mit Hülfe neu zu contrahirender Schulden die Tilgung älterer Schulden stets mit Opfern verbunden sein würde.“

Stand der gesamten österreichischen Staatsschuld

mit 31. December 1859 und zu Anfang des Jahres 1860.

Post-Nr.	A. In Wiener Währung verzinslich.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende December 1859		Derselbe hat sich durch die Auflösung des Staats-Schulden-Tilgungs-Fonds vermindert um		Wirklicher Stand mit Anfang des Jahres 1860.	
			fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1	a) In der Verloosung begriffene Obligationen.	2	7,215,709	24 ³ / ₈	140,672	54	23,365,911	11 ⁶ / ₈
2	Stadt Wiener Bancoschuld	2 ¹ / ₄	135,359	—	—	—	—	—
3	Banco-Lottoanlehen vom Jahre 1797	2 ¹ / ₂	16,691,178	30 ¹ / ₈	535,662	49	594,250	—
4	Ordinäre Hofkammerschuld	2	606,000	—	11,750	—	—	—
5	Allenhöchste Schuldverschreibungen	1 ³ / ₄	930,706	2 ⁵ / ₈	8,357	23	—	—
6	Freiwilliges Darlehen in Silbermaterial von Kirchen und Klöstern im Jahre 1809	2	10,784,302	55 ¹ / ₈	1,181,984	10 ¹ / ₈	13,358,829	44 ⁵ / ₈
7	Aeltere lombardische Schuld	2 ¹ / ₄	43,965	3 ⁵ / ₈	1,440	—	—	—
8	Anlehen durch Durazzo in Genua	2 ¹ / ₂	2,852,780	16 ⁷ / ₈	106,023	—	—	—
9	Anlehen durch Fenzi in Florenz	3	53,035	—	8,155	—	—	—
10	Aerarialschuld der Stände von Oesterreich u. d. Enns	2	61,075	—	8,750	—	202,325	—
11	Steiermark	2 ¹ / ₂	150,000	—	—	—	—	—
12	Kärnthen	2	14,500	—	—	—	14,500	—
13	Krain	2 ¹ / ₄	152,244	26 ¹ / ₈	—	—	883,239	47 ⁶ / ₈
14	Böhmen	2 ¹ / ₂	555,844	44	—	—	980,462	28 ⁴ / ₈
15	Mähren	2 ¹ / ₄	175,150	37 ⁷ / ₈	276	28	34,741	47 ² / ₈
16	Schlesien	2	776,729	4 ¹ / ₈	—	—	2,969,553	48
17	Ober-Oesterreich	2 ¹ / ₂	93,850	42	—	—	—	—
18	Unter-Oesterreich	2 ¹ / ₄	110,159	10	—	—	—	—
19	Salzburg	2	34,741	47 ² / ₈	—	—	—	—
20	Steiermark	2 ¹ / ₂	1,975,276	33 ¹ / ₈	96,005	23	—	—
21	Kärnthen	2 ¹ / ₄	1,125,412	53 ¹ / ₈	35,130	16	—	—
22	Krain	2 ¹ / ₂	2,026,611	—	30,830	—	—	—
23	Böhmen	2	—	—	88,430	—	—	—
24	Mähren	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
25	Schlesien	2	—	—	—	—	—	—
26	Ober-Oesterreich	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
27	Unter-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
28	Salzburg	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
29	Steiermark	2	—	—	—	—	—	—
30	Kärnthen	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
31	Krain	2	—	—	—	—	—	—
32	Böhmen	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
33	Mähren	2	—	—	—	—	—	—
34	Schlesien	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
35	Ober-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
36	Unter-Oesterreich	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
37	Salzburg	2	—	—	—	—	—	—
38	Steiermark	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
39	Kärnthen	2	—	—	—	—	—	—
40	Krain	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
41	Böhmen	2	—	—	—	—	—	—
42	Mähren	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
43	Schlesien	2	—	—	—	—	—	—
44	Ober-Oesterreich	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
45	Unter-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
46	Salzburg	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
47	Steiermark	2	—	—	—	—	—	—
48	Kärnthen	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
49	Krain	2	—	—	—	—	—	—
50	Böhmen	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
51	Mähren	2	—	—	—	—	—	—
52	Schlesien	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
53	Ober-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
54	Unter-Oesterreich	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
55	Salzburg	2	—	—	—	—	—	—
56	Steiermark	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
57	Kärnthen	2	—	—	—	—	—	—
58	Krain	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
59	Böhmen	2	—	—	—	—	—	—
60	Mähren	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
61	Schlesien	2	—	—	—	—	—	—
62	Ober-Oesterreich	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
63	Unter-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
64	Salzburg	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
65	Steiermark	2	—	—	—	—	—	—
66	Kärnthen	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
67	Krain	2	—	—	—	—	—	—
68	Böhmen	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
69	Mähren	2	—	—	—	—	—	—
70	Schlesien	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
71	Ober-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
72	Unter-Oesterreich	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
73	Salzburg	2	—	—	—	—	—	—
74	Steiermark	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
75	Kärnthen	2	—	—	—	—	—	—
76	Krain	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
77	Böhmen	2	—	—	—	—	—	—
78	Mähren	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
79	Schlesien	2	—	—	—	—	—	—
80	Ober-Oesterreich	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
81	Unter-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
82	Salzburg	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
83	Steiermark	2	—	—	—	—	—	—
84	Kärnthen	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
85	Krain	2	—	—	—	—	—	—
86	Böhmen	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
87	Mähren	2	—	—	—	—	—	—
88	Schlesien	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
89	Ober-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
90	Unter-Oesterreich	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
91	Salzburg	2	—	—	—	—	—	—
92	Steiermark	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
93	Kärnthen	2	—	—	—	—	—	—
94	Krain	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
95	Böhmen	2	—	—	—	—	—	—
96	Mähren	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—
97	Schlesien	2	—	—	—	—	—	—
98	Ober-Oesterreich	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	—
99	Unter-Oesterreich	2	—	—	—	—	—	—
100	Salzburg	2 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	—

11	" " " " " Steiermark	2 ¹ / ₂	1,423,208	4	4,301	31 ¹ / ₈	1,784,754	39 ⁶ / ₈
12	" " " " " Kärnthen	1 ³ / ₄	378,878	53 ⁶ / ₈	13,030	46 ¹ / ₈	966,331	25
13	" " " " " Krain	2	340,589	26	39,329	—	1,148,952	3 ² / ₈
14	" " " " " Böhmen	2 ¹ / ₂	255,770	5	14,633	—	8,711,055	36
15	" " " " " Mähren	1 ³ / ₄	450,222	54	26,289	—	5,587,315	19 ³ / ₈
16	Aerrialschuld der Stände in Schlesien	2	126,567	40	—	—	469,903	3 ⁷ / ₈
17	des Stadt Wiener Oberkammerantes	2 ¹ / ₂	590,816	21	4,019	27	503,226	1 ⁶ / ₈
18	Ungarische Hofkammerschuld	1 ³ / ₄	439,012	29 ³ / ₈	3,425	—	3,221,190	2 ² / ₈
19	Freiwilliges Gold- und Silberanlehen v. J. 1809 und 1810	2	1,089,153	55 ⁶ / ₈	6,018	43 ⁶ / ₈	14,525	5 ⁴ / ₈
20	Schuld an die königl. ungarischen Freistädte	2 ¹ / ₂	5,811,125	52 ¹ / ₈	86,180	42	57,750	—
21	Ostgalizische Kriegsdarlehens-Obligationen	2	1,941,568	43	38,593	29 ¹ / ₈	610,053	22
22	Naturallieferungs-Obligationen	1 ³ / ₄	247,870	18 ¹ / ₈	4,929	5 ⁴ / ₈	1,948,709	4 ⁹ / ₈
23	Domesticalschuld d. Stände v. Oesterreich ob d. Enns	2	3,874,787	49 ¹ / ₈	34,942	10	602,748	35
24	" " " v. Kärnthen m. Einschluss des Villacher Kreises	2 ¹ / ₂	13,316	3	745	12 ² / ₈	826,821	25 ⁴ / ₈
25	An vom Tilgungsfonde gegen dessen Bestätigungen von verschiedenen Fonden leihweise zur Tilgung übernommenen zu verschiedenen Procenten verzinssichen Obligationen mit dem auf 2 ¹ / ₂ % Capital umgerechneten Betrag pr	2 ¹ / ₄	1,586,210	30 ⁴ / ₈	94,252	53 ⁵ / ₈	8,842,907	—

Post.-Nr.	Verzins- lich zu %	Stand mit Ende December 1859 nach den Erhebungen der Staats-Schulden-Commiss.		Derselbe hat sich durch die Auflösung des Staats- Schulden-Tilgungs-Fon- des vermindert um		Wirklicher Stand mit Anfang des Jahres 1860.	
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
45	Verloosungsschuld in Folge Allerhöchsten Paten- tes vom 21. März 1818	80,050	—	—	—	—	—
	darunter sind auch die bis Ende Decbr. 1859 zu 3 % fl. 50 — noch nicht zur Ausfer- tigung gekommenen, „ 3 1/2 % „ 943,272 28 jedoch hierzu geeigne- ten Obligationen ent- halten, und zwar: Anleihen vom 1. Dec. 1829, 1. April 1830 und durch Convertirung der 5 und 6proc. Schuld Anleihen vom 1. Dec. 1835	21,484,800	—	593,003	43 5/8	192,176,186	50 5/8
	Convertirungs-Anleihen vom 1. Juli 1849 für capi- talisirte Zinsen und Staats-Lotto-Anlehens-Ge- winnte in Silber	104,016,713	41	4,077,187	8	—	—
	Anleihen vom 15. Oct. 1849	8,880,469	18	335,555	22 2/6	—	—
	„ Jahre 1851, Serie B.	67,113,825	26 2/8	4,420,628	20 5/8	—	—
	National-Anleihen vom 26. Juni 1854, von den durch das k. k. Finanzministerium kundgemach- ten 611,571,300 fl. waren bis Ende Dec. 1859 emittirt	29,303	—	2,500	—	—	—
46	Silber-Anleihen in Frankfurt und Amsterdam vom 1. Juli 1854	69,778,114	3	15,975,326	14	53,802,787	49
47	Hofkammer-Obligationen für die Landesschuld von Vorarlberg	28,433,100	—	14,901,000	—	13,532,100	—
48	Hofkammer-Obligationen für die Landesschuld von Salzburg	29,344,800	—	446,300	—	28,898,500	—
49	„ „ Tyrol	64,766,100	—	6,631,700	—	58,134,400	—
50	„ „ „	17,026,900	—	232,700	—	16,774,200	—
51	„ „ „	—	—	—	—	—	—
52	„ „ „	602,950,140	41 1/8	28,498,238	39	574,451,902	2 1/8
53	„ „ „	33,607,400	—	419,600	—	33,187,800	—
54	„ „ „	3,166	40	—	805	176,219	47 1/8
55	„ „ „	173,858	7 1/8	—	—	—	—
	„ „ „	15,228	10 1/8	—	—	—	—
	„ „ „	326,995	28 2/8	8,033	50	—	—
	„ „ „	4,400	—	—	—	—	—
	„ „ „	7,333	20	—	—	—	—
	„ „ „	1,010,491	22	16,938	57 3/8	1,339,475	33 3/8

56	Hofkammer-Obligationen für die Schulden der Kammer und des Domcapitals in Passau . . .	321,266	40	—	—	4,611	20
57	Hofkammer-Obligationen für eingezogene Con- sumtions-Gefälle	2,666	14	—	—	—	—
58	Capitalien der wohlthätigen Institute in Ragusa Landesschuld von Salzburg	4,704,700	—	177,424	—	4,527,276	—
	„ „ „	31,857	41 6/8	—	—	31,857	41 6/8
	„ „ „	2,499	10	—	—	—	—
	„ „ „	336,483	20	—	—	—	—
	„ „ „	833	20	—	—	—	—
	„ „ „	200	—	—	—	—	—
	„ „ „	13,138	53	—	—	—	—
	„ „ „	1,290,231	56 6/8	—	—	1,655,604	59 6/8
	„ „ „	12,218	20	—	—	—	—
	„ „ „	2,750	—	—	—	—	—
	„ „ „	120	—	—	—	—	—
	„ „ „	747,620	—	—	—	8,805,910	—
	„ „ „	7,449,940	—	—	—	—	—
	„ „ „	605,480	—	—	—	—	—
60	„ „ Tyrol	582,771	54 2/8	582,771	54 2/8	—	—
61	Durch den Staatsschulden-Tilgungsfond eingelöste Schuld an die Nationalbank für die W. W. Papiergeld-Einlösung	45,750	—	—	—	—	—
62	Domesticalschuld von Krain	1,579,975	19	—	—	2,793,808	17 2/8
63	Domesticalschuld des Villacher Kreises	1,193,972	20 2/8	29,299	22	—	—
64	Interimsscheine für capitalisirte Zinsen und Staats- Lotto-Anlehens-Gewinne	3,410	—	—	—	640,234	32
65	Für verlooste, mit n. ö. ständ. Obligationen noch nicht bedeckte n. ö. Kriegs-Darlehens-Amts- recognitionen	621,378	11	35	—	339	14
	„ „ „	18,891	21	—	—	—	—
	„ „ „	339	14	—	—	—	—
	„ „ „	—	—	—	—	—	—
	„ „ „	26,528	36 5/8	—	—	26,528	36 5/8
	Summe	1713,867,204	13	94,965,795	44 1/8	1618,901,408	28 7/8

Post.-Nr.	Durch Verloosung zurückzahlende Schulden.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende December 1859 nach den Erhebungen der Staats-Schulden-Commiss.		Derselbe hat sich durch die Auflösung des Staats-Fonds vermindert um		Wirklicher Stand mit Anfang des Jahres 1860.	
			fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
66	Verloosbare Staats-Anleihen: Vom Jahre 1834	—	1,500,000	—	—	—	1,500,000	—
67	Rückzahlbar im Jahre 1860 mit einer Gewinnsumme von 3,655,320 fl. Vom Jahre 1839	—	22,790,000	—	—	—	22,790,000	—
68	Die im Jahre 1860 zur Verloosung kommen- den Gewinne betragen 1,433,500 fl. Vom Jahre 1854	4	48,575,000	—	—	—	48,575,000	—
69	Die im Jahre 1860 zur Verloosung kommen- den Gewinne betragen 780,800 fl. Staatschuldverschreibungen an die Nationalbank für das aus ihren eigenen Mitteln eingelöste Papiergeld	4	21,534,093	1 ⁴ / ₈	—	—	21,534,093	1 ⁴ / ₈
70	Englisches Anl. v. J. 1852 pr. 3,500,000 Pfd. Sterl. à 10 fl. C.-M. im Reste	5 in Silber	32,724,000	—	—	—	32,724,000	—
71	Schulden, entstanden durch Einlösung von Privat-Eisenbahnen: Mailand-Venediger Eisenbahn	4	1,000,000	—	—	—	1,000,000	—
72	Mailand-Monza-Como	4	304,000	—	—	—	304,000	—
73	Como-Rentenscheine	unverz.	1,411,200	—	—	—	1,411,200	—
74	Die im Jahre 1860 verloosten Gewinne be- tragen 84,000 fl. Wien-Gloggnitzer Eisenbahn-Prioritätsschuld von den Jahren 1845 und 1849	5	2,675,000	—	—	—	2,675,000	—
75	Wiener-Neustadt-Oedenburger Eisenbahn	5	300,000	—	—	—	300,000	—
76	Die unter den Posten 71, 72 und 75 bezeich- neten Obligationen gelangen im Jahre 1860 zur Zahlung. Krakau-Oberschlesische Eisenb.-Prioritäts-Actien 342,100 Thlr.							

Durch den Verkauf dieser Eisenbahn an die a. priv. Kaiser Ferdinands Nordbahn sind von derselben die vorstehenden Passiva zur Zahlung übernommen worden und bilden sonach nicht mehr ein Object der allgemeinen Staatsschuld.

78	Cameral-Passiv-Capitalien bei den Landes-Haupt- cassen in Böhmen	5	4,452	11 ⁴ / ₈	—	4,452	11 ⁴ / ₈
79	Cameral-Passiv-Capitalien bei den Landes-Haupt- cassen in Ungarn	5	17,000	—	—	17,000	—
80	Cameral-Passiv-Capitalien bei den Landes-Haupt- cassen in Croatien	5	15,000	—	—	15,000	—
81	Cameral-Passiv-Capitalien bei den Landes-Haupt- cassen in Siebenbürgen	4	300	—	—	2,300	—
		5	2,000	—	—	—	—
82	Schuld an die Nationalbank für die Wiener- Währungs-Papiergeld-Einlösung	unverz.	25,229,464	29 ² / ₈	—	25,229,464	29 ² / ₈
83	Verlooste zur baaren Rückzahlung aufgekündete Capitalien der älteren Staatsschuld im Reste mit Zur Rückzahlung verlooste, jedoch noch unbe- hobene Capitalien, und zwar:	unverz.	125,840	24	—	125,840	24
84							
	vom Lottoanl. d. J. 1820 im Reste v.	fl.	kr.				
	" 1821 " "	8,100	—				
	" 1834 " "	11,230	—				
	" 1834 " "	412,100	—				
	" 1839 " "	263,000	—				
	" 1854 " "	62,750	—				
	" Como-Rentenscheinen	18,270	—				
	vom englischen Anlehen d. J. 1852	121,000	—				
	von d. Mail.-Vened. Eisenb.-Schuld	18,966	40				
	" Mail.-Monza-Como "	52,000	—				
	" Wien-Gloggnitzer "	2,400	—				
	" Wr.-Neust.-Oedenb. "	3,974	17 ⁴ / ₈				
	" ungarisch. Central- "	1,250	—				
	" dem Wien-Gloggnitzer Eisen- bahnanlehen	25,225	—				
	Zusammen	1,000,265	57 ⁴ / ₈			1,000,265	57 ⁴ / ₈

Post.-Nr.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende December 1859 nach den Erhebungen der Staats-Schulden-Commiss.		Derselbe hat sich durch die Auflösung des Staats-Schulden-Tilgungs-Fonds vermindert um		Wirklicher Stand mit Anfang des Jahres 1860.	
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
85	unverz.	3,510	—	—	—	3,510	—
86	—	40,110,673	25 ¹ / _s	—	—	40,110,673	25 ¹ / _s
		1913,189,003	42 ² / _s	94,965,795	44 ¹ / _s	1818,223,207	58 ¹ / _s
		1861,014,906	⁹ / _s	94,965,795	44 ¹ / _s	1766,049,110	16 ³ / _s
		52,174,097	41 ⁷ / _s	—	—	52,174,097	41 ⁷ / _s

Cameral-Passiv-Capital bei der Landes-Hauptkasse in Ungarn	
Von der Gesamtschuld des lomb.-venet. Monte pr. fl. 100,277,683.33 ^s die auf den Monte Veneto entfallende ² / ₅ -Quote laut der besonderen hier angefügten Nachweisung	
Summe der auf C.-M. lautenden Schuld und zwar } der verzinslichen . . .	

Specielle Nachweisung der lombardisch-venetianischen Schuld.

In Silber verzins- lich zu %	Stand der gesamten lomb- venet. Monte - Schuld nach den Erhebungen der Staatsschulden- Commission.		Hievon entfallen $\frac{2}{5}$ auf den Monte-Veneto.		Post-Nr.	Neuere Schuld. Mit Obligationen bedeckt:	In Silber verzins- lich zu %	Stand der gesamten lomb- venet. Monte - Schuld nach den Erhebungen der Staatsschulden- Commission.		Hievon entfallen $\frac{2}{5}$ auf den Monte-Veneto.	
	fl.	kr.	fl.	kr.				fl.	kr.	fl.	kr.
Ältere Schuld.											
Mit Cartellen bedeckt:											
1 Für die aus der Li- quidation der alten auf den vormaligen Monte inscribirt gewesenen Schuld, dann aus den Ad- ministrationsrück- ständen d. vorigen ital. Regierung ent- standenen Schuld.											
Neuere Schuld.											
Mit Obligationen bedeckt:											
14 Anlehen vom Jahre 1830 mit Inbegriff der Convertingirung .											
15 Anl. von den Jahren 1831 u. 1841 . . .											
16 Anlehen vom Jahre 1850 (mittelst Ver- loosungen rück- zahlbar) . . .											
17 Anl. vom Jahre 1851											

	Verschöden theils bedeckte, theils unbedeckte Stücken:				Summe der Tresor- scheine . . .	5	9,237,800	—	3,695,120	—
2	Obligationen d. ält. Schuld (Mensa ves- covile di Carpi) . .	5	68,965 35	27,586 14	Mit Cartellen bedeckt: 18 Anl. von den Jahren 1830 u. 1831 . .	5	10,946,200	—	4,378,480	—
3	Ausgefertigte in- scrib. Certificate . .	5	112,452 45 ¹ / ₄	44,981 6 ¹ / ₁₀	1851 durch Con- vertirung der Tre- sorscheine mit In- begriff der Expro- priations-Entschä- digungen . . .	5	2,935,156 39 ³ / ₄	1,174,062 39 ⁹ / ₁₀		
4	Mit Cart. bedeckte Notari-Depositen . .	5	37,913 6	15,165 14 ⁴ / ₁₀	Mit Certificaten bedeckt: 20 Anl. v. Jahre 1830	—	9,752 34	3,901 1 ⁶ / ₁₀		
5	Zu consolidirende oder baar zu zah- lende Rückstände der inscribirt. Ren- tenschuld . . .	5	186,502 12 ³ / ₄	74,600 53 ¹ / ₁₀	21 „ „ 1850	—	19,997 41 ³ / ₄	7,999 47 ¹ / ₁₀		
6	Zu consolidir. oder baar zu zahlende Pensions- u. Gra- tifications - Rück- stände . . .	5	9,859 21 ¹ / ₄	3,943 44 ⁵ / ₁₀	22 „ „ 1851 durch Convertirg. der Tressorscheine	—	6,634 46 ¹ / ₄	2,653 54 ⁷ / ₁₀		
7	Ausgefertigte inser. Certificate . . .	—	2,112 4 ¹ / ₄	844 49 ⁷ / ₁₀	Unbedeckt: Baar zu zahlende Expropriationsent- schädigungen . .	—	547 3 ³ / ₄	218 49 ⁴ / ₁₀		
8	Unbed. Gerichts- Depositen . . .	—	1,327 —	530 48	Capitals - Arrondi- rungs-Abfälle . .	—	92 2 ¹ / ₄	36 48 ² / ₁₀		
9	Ausgefert. Vaglien	—	110,137 9 ¹ / ₄	44,054 51 ⁷ / ₁₀	Summe der lomb.- venet. Schuld . .	—	100,277,683 33 ² / ₄	40,110,673 25 ⁵ / ₁₀		
10	Militär-Prästati- ons-Forderungen . .	—	33,852 19 ¹ / ₄	13,540 55 ⁷ / ₁₀	u. zw. { der verzinsl.	—	100,059,311 3	40,023,724 25 ² / ₁₀		
11	Capitals - Arrondi- rungs-Abfälle . .	—	10,538 17 ¹ / ₄	4,215 18 ⁹ / ₁₀	„ unverz.	—	217,372 30 ² / ₄	86,949 3 ¹ / ₁₀		
12	Französische Dota- tionsrückstände . .	—	112 30	45 —						
13	Sonstige Passiv-Ca- pitalien . . .	—	22,269 4 ¹ / ₄	8,907 37 ¹ / ₁₀						

Post.-Nr.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende December 1859 nach den Erhebungen der Staats-Schulden-Commiss.		Derselbe hat sich durch die Auflösung des Staats-Schulden-Tilgungs-Fonds vermindert um		Wirklicher Stand mit Anfang des Jahres 1860.	
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
87		B. Neue Schuld in österr. Währung.					
		Aus der Convertirung (in Folge Allerh. Patenten vom 3. Sept. 1859) der unter 5% in Conv.-Münze verzinslich gewesen Obligationen .					
88	5	38,327,530	—	—	—	38,327,530	—
	5	2,145,813	9 ⁵ / ₁₀	121,241	16 ⁵ / ₁₀	2,824,571	93
	5	266,474	—	—	—	266,474	—
89	5 in Silber	15,016,781	—	—	—	15,016,781	—
		55,756,598	9 ⁵ / ₁₀	121,241	16 ⁵ / ₁₀	55,635,356	93
91		Summe					
		Gegen Rückzahlung.					
		Englisches Anlehen vom Jahre 1859 im Betrage pr. 6,000,000 Pfd. Sterl. à 10 fl. österr. Whg., hievon waren bis Ende December 1859 emittirt					
92	5 in Silber unverz.	17,500,000	—	—	—	17,500,000	—
		167,601	84	—	—	167,601	84
		17,667,601	84	—	—	17,667,601	84
		73,424,199	93 ⁵ / ₁₀	121,241	16 ⁵ / ₁₀	73,302,958	77
		73,256,598	9 ⁵ / ₁₀	121,241	16 ⁵ / ₁₀	73,135,356	93
		167,601	84	—	—	167,601	84
		Summe					
		Summe der Schuld in österr. Währung und zwar { der verzinslichen . . . und { „ unverzinslichen . . .					
		Die Ausfertigung der sub Post.-Nr. 88, 89 und 92 aufgeführten Obligationen in österr. Währung gründet sich auf das Allerh. Patent vom 27. April 1858 und auf die Verordnung des k. k. Finanz-Ministeriums vom 31. Oct. 1858, Z. 5206-F.M.					

III. Schwelende Schuld

in österr. Währung.

93 An die Nationalbank: Vorschuss auf das mit Allerh. Entschliessung vom 19. April 1859 bewilligte Anlehen.

III. Schwebende Schuld

in österr. Währung.

93. An die Nationalbank: Vorschuss auf das mit Allerh. Entschliessung vom 18. Sept. 1859 bewilligte Anlehen.

94. à conto des mit Allerh. Entschliessung v. 8. Nov. 1859 bewilligten Credits von 20,000,000 fl. welche am 20. Jan. 1860 an die Nationalbank zurückbezahlt wurden.

95. An der unterm 18. Octbr. 1853 contrahirten, durch Staatsgüter bedeckten Schuld . . .

96. Vorschuss auf das im Jahre 1859 in England aufgelegte Silber-Anlehen . . .

97. An den Staatsschulden-Tilgungsfond: gegen auf die n. ö. Landeshauptcasse gezogene Centralcasse-Anweisungen . . .

98. An die Staats-Depositencasse: gegen auf die nieder-österr. Landeshauptcasse gezogene Centralcasse-Anweisungen . . .

99. An übernommenen gerichtlichen Depositen . . .

100. Vaglien (für Venezien) . . .

101. An im Umlaufe befindlichen Partial-Hypothekar-Anweisungen . . .

102. „ Votivkirchenbau-Geldern . . .

103. „ aus d. Grundentlastungs-fonden übernommenen Geldern . . .

104. Hievon ab die, einzelnen Grundentlastungs-Fonden ertheilten Vorschüsse per fl. 52,806,535 34

105. Von den Anweisungen der Mailänder Centralcasse f. d. lomb.-venet. Depositencasse pr. 1,746,000 fl. entfallen auf Venezien ²/₅ Antheil . . .

Summe der schwebenden Schuld und zwar { der verzinslichen . . . und zwar { „ unverzinslichen . . .

Post.-Nr.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende December 1859 nach den Erhebungen der Staats-Schulden-Commiss.		Derselbe hat sich durch die Auflösung des Staats-Schulden-Tilgungs-Fonds vermindert um		Winklicher Stand mit Anfang des Jahres 1860.	
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
93	5	6,000,000	—	—	—	6,000,000	—
94	unverz.	97,000,000	—	—	—	97,000,000	—
95	„	20,000,000	—	—	—	20,000,000	—
96	2 ¹ / ₂	252,000	—	252,000	—	—	—
97	4	41,685,000	—	41,685,000	—	—	—
98	4	7,619,000	—	—	—	7,619,000	—
99	3	3,091,684	42 ⁵ / ₁₀	—	—	3,091,684	42 ⁵ / ₁₀
100	unverz.	863,500	—	—	—	863,500	—
101	„	5,000,000	—	—	—	5,000,000	—
102	5	71,358,775	—	—	—	71,358,775	—
103	4	721,970	—	—	—	721,970	—
104	5	33,860,827	2 ⁵ / ₁₀	—	—	33,860,827	2 ⁵ / ₁₀
105	4	698,400	—	—	—	698,400	—
		421,151,156	45	75,937,000	—	345,214,156	45
		298,287,656	45	75,937,000	—	222,350,656	45
		122,863,500	—	—	—	122,863,500	—
Summe der schwebenden Schuld und zwar { der verzinslichen . . . und zwar { „ unverzinslichen . . .							

Post-Nr.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende Dec. 1859 nach den Erhebungen der Staatsschulden-Commission.		Darunter für Landemial-Entschädigungen Capitalien, welche aus dem Staatsschatz zu vergüten sind.		Post-Nr.	Verzinslich zu %	Stand mit Ende Dec. 1859 nach den Erhebungen der Staatsschulden-Commission.		Darunter für Landemial-Entschädigungen Capitalien, welche aus dem Staatsschatz zu vergüten sind.	
		Conv.-Münze. fl.	kr.	Oesterr. Währ. fl.	kr.			Conv.-Münze. fl.	kr.	Oesterr. Währ. fl.	kr.
IV. Grundentlastungs-Schuld.											
1	5	40,424,160	—	13,718,347	5 ⁵ / ₁₀	14	5	Im Verwaltungsgebiet	48,492,630	—	—
2	"	17,062,120	—	5,131,348	30	15	"	Lemberg	3,123,520	—	—
3	"	2,697,290	—	633,801	—	16	"	Im Grossherzogthum	29,094,320	—	—
4	"	21,550,560	—	7,429,671	11	17	"	Krakau	4,275,400	—	—
5	"	6,581,040	—	1,140,846	—	18	"	Im Verwaltungsgebiet	21,060,230	—	—
6	"	9,027,970	—	910,969	6 ⁵ / ₁₀	19	"	Pest-Ofen	27,787,470	—	—
7	"	6,448,530	—	487,494	78	20	"	Im Pressburg	39,658,360	—	—
8	"	44,172,210	—	—	—	21	"	Oedenburg	19,423,240	—	—
9	"	27,512,950	—	—	—	22	"	Kaschau	24,079,290	—	—
10	"	3,309,200	—	—	—	23	"	Grosswarden	14,548,420	—	—
11	"	879,630	—	91,378	17	24	"	Croatien	38,297,580	—	—
12	"	92,270	—	—	—	25	"	Serbien	24,463,520	—	—
13	"	1,134,730	—	4,685	10	25	"	Siebenbürgen	475,196,640	29,548,540	58
						Summe					

S u m m a r i u m.

I. Aeltere Staatsschuld.	In der Verloosung begriffen:	Procent	Capitals-Nennwerth.				Reducirt auf ein 5proc. Capital in österreichischer Währung.		Die laufenden jährlichen Interessen betragen in österr. Währung							
			Einzeln.		Zusammen.	fl.	kr.	fl.	kr.							
			fl.	kr.												
In Wiener Währung verzinslich .	{	1 ¹ / ₂	18,200	—	—	—	—	—	—	—						
		1 ³ / ₄	3,714,839	21 ⁶ / ₈												
		2	38,926,477	57												
		2 ¹ / ₄	867,897	22 ² / ₈												
		2 ¹ / ₂	37,910,285	19 ⁶ / ₈												
In Conv.-Münze verzinslich	{	4	8,999,300	—	18,253,300	—	16,613,952	—	830,697	60						
		4 ¹ / ₂	4,414,400	—												
		5	4,839,600	—												
		2	169,450	55												
		2 ¹ / ₂	427	16												
Derzeit unverzinslich	{	3	15,948	—	185,826	11	81,441	44	—	—						
		2	255,958	50												
		2 ¹ / ₂	429,576	—												
		3	2,351,358	10 ⁴ / ₈												
		5	388,676	20												
In der Verloosung nicht begriffen:	{	2	255,958	50	3,425,569	20 ⁴ / ₈	888,998	36	44,449	92						
		2 ¹ / ₂	429,576	—												
		3	2,351,358	10 ⁴ / ₈												
		5	388,676	20												
		4	6,399	—												
Zurückzahlende Camera-Passiv-Capitalien:	{	4	6,399	—	110,283	17 ⁴ / ₈	46,318	86	2,289	7						
		5	103,884	17 ⁴ / ₈												
		—	—	—							1,757,632	33	738,205	67	1,680	—
		85,018,232	38 ⁶ / ₈	—							105,214,991	22 ⁶ / ₈	56,220,134	74 ² / ₁₀	1,636,140	96
		18,253,300	—	—												
Unverzinslich	{	der in W. W. verz. Schuld	1,943,458	44	—	—	—	—	—	—						
		" C.-M.	—	—												
		" unverzinslichen	—	—												
		Summe	85,018,232	38 ⁶ / ₈							—	—	—	—	—	—
		Summe	18,253,300	—							—	—	—	—	—	—
II. Neuere Staatsschuld.	{	1	10,161,400	—	105,214,991	22 ⁶ / ₈	56,220,134	74 ² / ₁₀	1,636,140	96						
		1 ³ / ₄	45,750	—												
		2	2,201,318	30												
		2 ¹ / ₂	98,430,591	39 ⁶ / ₈												
		3	14,274,076	24 ² / ₈												
		3 ¹ / ₅	120	—												
		3 ¹ / ₃	3,166	40												
		3 ² / ₅	833	20												
		3 ¹ / ₂	21,646,682	56 ³ / ₈												
		3 ³ / ₅	20,472	13												
		4	163,682,572	46 ⁵ / ₈												

	Procent	Capitals-Nennwerth.				Reducirt auf ein 5proc. Capital in österreichischer Währung.	Die laufenden jährlichen Interessen betragen in österr. Währung	
		Einzeln.		Zusammen.			fl.	kr.
		fl.	kr.	fl.	kr.			
Verzinsliche	4 1/2	66,679,213	55 5/8					
	5	1241,701,539	12 3/8					
	6	26,803	—					
Derzeit unverzinsliche		—	—	1618,874,540	38 1/8	1584,196,925	15	79,209,846
Mit festgesetzter Capitals-Rückzahlung:				26,867	50 5/8	28,211	23 7/10	25 7/10
Verzinsliche	4	71,413,393	1 4/8					
	5	35,737,452	11 4/8					
Unverzinsliche		—	—	107,150,845	13	112,508,387	47 6/10	4,875,578
				52,060,280	50 5/8	54,663,294	87 2/10	74 7/10
Lomb.-venet. Schuld in C.-M.	4	851,160	—					
Verzinsliche	5	39,172,564	25 2/10					
Unverzinsliche		—	—	40,023,724	25 3/10	41,846,167	4	2,092,508
				86,949	3 1/10	91,296	45 1/10	35
Summe { der in C.-M. verz. Schuld		1766,049,110	16 2/8	1818,223,207	58 1/8	1793,334,282	22 9/10	86,177,733
„ „ unverz. Schuld		52,174,097	41 7/8					35 9/10
B. Schuld in österr. Währung.								
Verzinsliche	5	—	—	40,618,575	93	40,618,575	93	2,030,928
Mit festgesetzter Capitals-Rückzahlung:								
Verzinsliche		—	—	17,500,000	—	17,500,000	—	875,000
Unverzinsliche	5	—	—	167,601	84	167,601	84	—
Lomb.-venet. Schuld	5	—	—	15,016,784	—	15,016,781	—	750,839
Summe { der in öst. W. verz. Schuld		73,135,356	93	73,302,958	77	73,302,958	77	3,656,767
„ „ unverz. Schuld		167,601	84					84 5/10

III. Schwebende Schuld.

In österr. Währung verzinsliche	2	—	—	—	—	—	—	—
	3	—	—	—	—	—	—	—
	4	—	—	—	—	—	—	—
	5	—	—	—	—	—	—	—
Unverzinsliche		—	—	—	—	—	—	—
Lomb.-venet. Schuld von Mailänder		—	—	—	—	—	—	—
Casse-Anweisungen die 2/8-Quote		—	—	—	—	—	—	—
Summe { der schwéb. verzinsl. Schuld	4	—	—	—	—	—	—	—
" " unverz. Schuld		—	—	—	—	—	—	—

Hauptübersicht der gesamten Staatsschuld.

	Ohne Capitals-Rückzahlung.		Mit festgesetzter Capitals-Rückzahlung.				Zusammen	Die laufenden jährlichen Interessen betragen					
	Verzinslich		Unverzinslich		Verzinslich				Unverzinslich				
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.			fl.	kr.			
in ö s t e r r e i c h i s c h e r W ä h r u n g .													
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	kr.				
I. Aellere Staatsschuld mit Inbegriff der Cameral-Passiv-Capitalien	888,998	36	—	—	54,592,930	71 ² / ₁₀	738,205	67	56,220,134 ⁷⁴ / ₁₀	1,636,140	96		
II. Neuere Staatsschuld:													
a) in C.-M. m. Inbegriff d. Cameral-Passivcapitalien u. der Aversual-Quote für den Monte Veneto	1626,043,092	19	119,507	69 ¹ / ₁₀	112,508,387	47 ¹ / ₁₀	54,663,294	87 ² / ₁₀	1793,334,282	22 ² / ₁₀	86,177,733 ³⁵ / ₁₀		
b) in öst. W. sammt der lomb.-venet. Schuld	55,635,356	—	—	—	17,500,000	—	167,601	84	73,302,958	77	3,656,767 ⁸⁴ / ₁₀		
III. Schwebende Schuld	—	—	—	—	222,350,656	45	122,863,500	—	345,214,156	45	7,995,305	43	
Summe	1682,567,447	55	119,507	69 ¹ / ₁₀	406,951,974	63 ³ / ₁₀	178,432,602	38 ² / ₁₀	2208,071,532	19 ¹ / ₁₀	99,465,947	59	
											davon in Silberm. zahlbar	40,501,270	20

Wien, den 4. Juni 1860.

Die Staatsschulden-Commission.

Aus dem Vortrag des Finanzministers ist hervorzuheben, dass derselbe constatirt, es stimmen einzelne Ansätze der Staatsschuldencommission mit den dem Finanzminister zu Gebot stehenden Daten nicht völlig überein und es stelle vorstehender Ausweis den Passiv-Capitalienstand gegen die dem gedruckten Voranschlage für das Verwaltungsjahr 1861 zu Grunde liegenden Nachweisungen um einen Betrag von mehr als 63 Millionen geringer dar. Auch spricht sich der Finanzminister gegen den Antrag der Schuldencommission, wonach die ganze öffentliche Schuld binnen einer bestimmten Frist auf den Zinsfuss von 5% und auf österr. Währung convertirt werden solle, insbesondere aber gegen eine Zwangsconvertirung aus. Es bleibt abzuwarten, welche Ansicht der Reichsrath, an den beide Vorlagen gelangten, adoptiren und welche Endentschliessung die Regierung fassen wird.

Der Finanzminist.-Erlass vom 26. Oct. 1858,¹⁾ auf welchen die Staatsschuldencommission in ihrem Berichte Bezug nimmt, lautet im Wesentlichen wie folgt:

„Um das Staatsschuldenwesen zu vereinfachen und zugleich den Besitzern österr. Staatspapiere Gelegenheit zur Umgestaltung des Capitals auf österr. Währung zu geben, wird eine freiwillige Convertirung aller Staatsobligationen, welche nicht in klingender Münze mit weniger als 5% verzinslich und nicht verloosbar sind, in Staatsobligationen auf österr. Währung mit 5% Verzinsung eröffnet.

Zu dieser Convertirung werden vorläufig folgende Kategorien der öffentlichen Schuld für geeignet erklärt:

die Metalliques-Obligationen zu 1, 2 $\frac{1}{2}$, 3, 4 und 4 $\frac{1}{2}$ % (mit Ausschluss der 4proc. Obligationen mit Rückzahlung);

die verloosten Obligationen der alten Staatsschuld zu 3, 3 $\frac{1}{2}$, 4 und 4 $\frac{1}{2}$ %;

die Hofkammer-Obligationen für die Landesschuld von Vorarlberg zu 3 $\frac{1}{3}$ und 4%;

die Hofkammer-Obligationen für die Salzburger Landesschuld zu 2 $\frac{1}{2}$, 3, 3 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{3}{5}$ und 4%;

die Hofkammer-Obligationen für die Schulden der Kammer und des Domkapitels zu Passau zu 3, 3 $\frac{1}{2}$ und 4%;

die Obligationen der Landesschuld von Tyrol zu 3, 3 $\frac{1}{6}$, 3 $\frac{1}{2}$ u. 4%;

die Obligationen der Landesschuld von Krain und des Villacher Kreises zu 1 $\frac{3}{4}$, 2, 2 $\frac{1}{2}$ und 3%.

Der Umstellungsmaassstab ist folgender:

Für 100 fl. in alten Oblig., verzinslich zu:	werden neue 5proc. Oblig. ausgefolgt im Nominalbetrag von:			
1 %	21 fl. —	Nkr. österr. W.		
1 $\frac{3}{4}$ „	36 „ 75	„ „ „		
2 „	42 „ —	„ „ „		
2 $\frac{1}{2}$ „	52 „ 50	„ „ „		
3 „	63 „ —	„ „ „		
3 $\frac{1}{6}$ „	67 „ 20	„ „ „		
3 $\frac{1}{3}$ „	70 „ —	„ „ „		
3 $\frac{2}{5}$ „	71 „ 40	„ „ „		
3 $\frac{1}{2}$ „	73 „ 50	„ „ „		
3 $\frac{3}{6}$ „	75 „ 60	„ „ „		
4 „	84 „ —	„ „ „		
4 $\frac{1}{2}$ „	94 „ 50	„ „ „		

¹⁾ Reichsges.-Bl. von 1858 S. 596.

Die neuen Obligationen werden in Beträgen von 1000, 500 und 100 fl. ausgestellt. Lauteten die alten Schuldtitel auf den Ueberbringer oder auf freien Namen (s. unten §. 20), so empfängt der Gläubiger neue Obligationen mit Coupons, gleichviel, ob ihm früher die Zinsen gegen stempelfreie oder gegen stempelpflichtige Quittungen ausbezahlt worden sind.

Endlich verweisen wir in Absicht auf denjenigen Inhalt des Patentbeschlusses vom 23. Decbr. 1859, welcher sich mit der gleichen Frage und mit der Tilgung der in österr. Währung umgewandelten Schuld beschäftigt, und auf welchen die Staatsschuldencommission ebenfalls Bezug nimmt, indem sie damit den Antrag verbindet, die Tilgung aller Schulden, welche nicht vertragsmässig abzuzahlen sind, vorerst zu sistiren — auf die folgende Darstellung in §. 16.

§. 15.

Gewährschaften des österr. Staats für fremde Verbindlichkeiten.

Um die Gesamtmasse der von dem österreichischen Staat eingegangenen Verpflichtungen darzustellen, müssen wir auch der sogenannten Staatsgarantien erwähnen.

Es sind solche hauptsächlich mit Bezug auf zwei, das öffentliche Wohl tief berührende Maassregeln übernommen worden, nämlich

- 1) für die Verbindlichkeiten der Grundentlastungsfonds sämtlicher Kronländer;
- 2) für verschiedene Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen.

Wir werden bei der Darstellung der Verhältnisse einerseits der Grundentlastungsobligationen, andererseits der Eisenbahn- und Schiffahrtsactien und Prioritätsobligationen Gelegenheit finden, das Nähere bezüglich der hier in Frage kommenden Garantien auszuführen und bemerken daher hier in Kürze nur Folgendes:

Das grosse Werk der Grundentlastung wurde in Oesterreich bis 1848 verschoben, von da an aber mit aller Energie durchgeführt. Die Entschädigung der vormals Bezugsberechtigten ist aber, wie anderwärts, nicht baar angewiesen, sondern in jedem Kronland eine besondere Casse constituirt worden, welcher die Einhebung der Entschädigungsmittel obliegt. Diese Cassen heissen in Oesterreich Grundentlastungsfonds und berichtigen ihre Schuldenigkeiten an die vormals Gefällberechtigten mittelst 5% Grundentlastungsobligationen. Letztere sind zunächst auf das betreffende Kronland fundirt, es hat aber der Gesamtstaat sich für alle jene Obligationen ausdrücklich verbürgt.¹⁾

Die Summe der ausgegebenen Obligationen betrug am 1. Januar 1860 475,196,640 fl.²⁾

¹⁾ Diese Bürgschaft ist in allen hieher bezüglichen Gesetzen ausgesprochen. Wir werden in der zweiten Abtheilung bei Behandlung der Grundentlastungspapiere die specielle Anführung dieser Gesetze nachholen.

²⁾ Vergl. oben S. 76. Die Grundentlastungssummen der deutsch-slavischen Kronländer betrugen ursprünglich: Oesterreich unter der Enns: 45,045,000 fl.; Oesterreich ob der Enns: 19,300,000 fl.; Salzburg: 2,800,000 fl.; Steiermark: 23,520,000 fl.; Kärnthen: 7,070,000 fl.; Krain: 9,955,000 fl.; Triest: 111,000 fl.; Görz und Gradisca: 1,620,000 fl.; Istrien: 1,308,000 fl.; Tyrol und Vorarlberg: 8,220,000 fl.; Böhmen: 52,208,000 fl.;

Da jedoch die Mittel zu ihrer Verzinsung und Tilgung derart sicher gestellt sind, dass sie auf den belasteten Gütern mit Realrecht und Priorität vor allen andern Forderungen gleich den landesfürstlichen Steuern ruhen; so wird die Staatsgarantie für diese Verbindlichkeiten dem Ganzen wenig Lasten auferlegen.

Anders verhält es sich mit den für Eisenbahnunternehmungen geleisteten Gewährschaften. Die österreichische Verwaltung hat bis 1847 das Princip festgehalten, dass der Eisenbahnbau den Privaten zu überlassen sei und daher aus Staatsmitteln keine Bahnen gebaut. Es geschah aber auch von Privaten bis dahin wenig für dieses wichtige, für den Productenreichthum Oesterreichs doppelt werthvolle, Verkehrsmittel. Von 1847 an befolgte daher die Regierung ein anderes Princip, wozu sie übrigens zunächst durch die Rücksicht auf den Cours der öffentlichen Papiere, den sie durch die Vorgänge in Galizien und Krakau zu erschüttern befürchtete, veranlasst worden zu sein scheint. Sie erwarb nun nach und nach mehrere Privatbahnen und übernahm deren Fortsetzung und den Bau anderer aus Staatsmitteln. Bei der Bedrängnis der Staatsfinanzen durch die folgenden Jahre war indessen die Durchführung des Staatseisenbahnbaues um so schwieriger, als die theuer erworbenen und wegen der ungünstigen Terrainverhältnisse ebenso kostspielig gebauten Bahnen eine äusserst geringe Rente abwarfen. Man verliess daher 1854 das System des Staatsbaues wieder und theilte fortan nicht nur Concessionen zum Bau neuer Bahnen, sondern man veräusserte auch allmählig die ins Eigenthum des Staats übergegangenen Linien an verschiedene Gesellschaften. Es war jedoch schwer, Unternehmer für Bauten zu finden, welche kein sicheres Erträgniss in Aussicht stellten, zumal in einem Lande, das für sich Mangel an disponiblen Capital litt. Daher mussten von Seite des Staats, welcher die Ausführung eines umfassenden Eisenbahnnetzes als wirkliche Lebensaufgabe erkannt hatte, Vortheile geboten werden, die geeignet waren, die Speculation zu animiren. Da die 5proc. Staatspapiere den Cours von 80 kaum erreichten, Anlehen zu Eisenbahnzwecken von Seite des Staats daher im günstigen Fall zu diesem Course zu erzielen, somit zu mehr als 6% verzinslich gewesen wären: so gewann er immer noch erheblich, indem er Garantie für ein Erträgniss von 5% übernahm, wodurch er gewissermaassen Darlehen à 5% al pari realisirte und sich etwaigen weiteren Verlustschancen entzog, andererseits freilich auch die Aussichten auf Gewinn und — was wichtiger ist — die unmittelbare Einwirkung auf das wichtigste Verkehrsmittel der Neuzeit verlor.

Nachdem ein Eisenbahnnetz in grossen Zügen von der Regierung festgestellt war, das an Zweckmässigkeit und Vollständigkeit keinem andern nachsteht,¹⁾ wurde das Concessionsgesetz von 1854 erlassen,²⁾ dessen Bestimmungen bei der Beurtheilung der eingegangenen Garantien zu berücksichtigen sind. Insbesondere gehören hieher die §§. 7 und 8:

Mähren: 31,093,000 fl.; Schlesien: 3,802,000 fl.; zusammen 206,052,000 fl., wovon aber jetzt bedeutende Beträge heimbezahlt sind. Die ungarischen, siebenbürgischen, galizischen, slayonischen etc. Grundentlastungsobligationen sind erst 1856 und 57 festgestellt worden. Ihre Summe betrug nach Schmidt, Wiener Coursblatt, Stuttgart 1860: für Krakau: 3,600,000 fl.; für Galizien: 92,500,000 fl.; für die Bukowina: 5,500,000 fl.; für Ungarn: 149,750,000 fl.; für die Woiewodschaft und Banat: 40,055,000 fl.; für Croatien und Slavonien: 14,950,000 fl.; zus. 306,855,000 fl. Im Ganzen betrug also die Grundentlastungsschuld ursprünglich 512,407,000 fl.

¹⁾ Vergl. Hübner, Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, IV. Jahrg. S. 239 ff.

²⁾ Verordnung des Minist. für Handel, Gewerbe und öffentl. Bauten vom 14. Sept. 1854, R.-Ges.-Bl. S. 949.

Die Concession zur Anlage einer Eisenbahn wird nur auf eine bestimmte Zeit ertheilt. Diese kann die Dauer von 90 Jahren nicht überschreiten, wohl aber nach Maassgabe der obwaltenden Umstände auf eine geringere Anzahl Jahre sich erstrecken etc.

Nach Ablauf der Dauer des Privilegiums geht das Eigenthum an der Eisenbahn selbst, an dem Grund und Boden und den Bauwerken, welche dazu gehören, sogleich durch das Gesetz und ohne Entgelt und unmittelbar an den Staat über etc.,⁴

woraus hervorgeht, dass den möglichen Opfern des Staats seiner Zeit eine namhafte Gegenleistung gegenübersteht.

Die übernommenen Staatsgarantien für Eisenbahnen, bestehend in der Gewährleistung von 5proc. Interessen aus dem Baucapital und nebenbei von $\frac{1}{6}\%$ Amortisation, sind folgende:

- 1) Für die Galizische Bahn, concessionirt im März 1857 auf 90 Jahre.¹⁾ Die Garantie erstreckt sich auf ein Baucapital von 55 Mill. Gulden für die drei Linien Lemberg-Przemysl, Lemberg-Brody und Lemberg-Czernewitz. Für die Linie von Przemysl auf das rechte Dniestrufert soll das Baucapital, auf welches sich die Garantie erstreckt, erst festgestellt werden.
- 2) Für die österr. Süd-, lombardisch-venetianische- und central-italienische, sowie für die mit dieser fusionirte Franz-Joseph-Orientbahn mit einem Actiencapital von 150 Mill. Gulden österreich. Währung, welches durch neue Stammactien oder durch Emission von Obligationen vermehrt werden kann, falls es zum Ausbau der ausgedehnten Linien nicht zureichen sollte. Das Actiencapital der Franz-Joseph-Orientbahn betrug 60 Mill. Gulden. Die lombardisch-venetianischen Bahnen wurden 1856 vom Staat an die jetzige Gesellschaft verkauft, die südliche Staatsbahn 1858. Für die central-italienische Bahn ist die Garantie von den mittelitalienischen Staaten mitgeleistet. Concessionsdauer 90 Jahre.²⁾
- 3) Für die österreichische Staatsbahn-Gesellschaft, welche 1855 die ungarischen und böhmischen Linien nebst anscheinlichen Complexen von Staatsgütern und Bergwerken angekauft hat. Die Garantie ist auf 200 Mill. Francs beschränkt und involvirt also zu $5\frac{1}{6}\%$ die Gewährleistung einer Rente von 10,400,000 Fres., welche die Gesellschaft auf die emittirten Obligationen übertragen konnte, wovon sie Gebrauch gemacht hat. Concession 90 Jahre.³⁾
- 4) Für die Elisabeth-Westbahngesellschaft mit einem Actiencapital von 65 Millionen, reducirt auf 30 Mill. Gulden, wogegen die weiteren 35 Millionen durch Anlehen aufgebracht werden sollen. Die Staatsgarantie umfasst die ganze Summe von 65 Millionen.⁴⁾ Concession 90 Jahre.

¹⁾ Auffallender Weise sucht man die den Eisenbahngesellschaften ertheilten Concessionen umsonst im österr. Reichsgesetzblatt und hat also die Wiener Zeitung zu Hülfe zu nehmen. Der wesentliche Inhalt der Concession der Galizischen Bahn ist bei Hübner, Jahrbuch etc., V. Jahrg. S. 117 angeführt.

²⁾ Diese Concession ist amtlich bis jetzt weder in der Wiener Zeitung, noch im Reichsges.-Bl. veröffentlicht worden? Siehe daher Scheerer im Anhang zu Flügels Courszettel, 10. Aufl., Frankfurt 1860 S. 77. und 86.

³⁾ Den wesentlichen Inhalt der Concession und Statuten siehe bei Hübner, Jahrbuch etc., IV. Jahrg. S. 221 ff.

⁴⁾ Scheerer a. a. O. S. 77 und 87.

- 5) Für die Pardubitz-Reichenberger Bahn mit einem Actiencapital von 15 Mill. Thalern. Concession 90 Jahre.¹⁾
- 6) Für die Theissbahn, Actiencapital 40 Mill. Gulden. Concessionsdauer 90 Jahre.²⁾
- 7) Für die Zittau-Reichenberger Bahn mit 2,500,000 Thlr. Actiencapital. Bei dieser Bahn beschränkt sich die Garantie auf 4% Zinsen, welche von der österreichischen und sächsischen Regierung gemeinschaftlich gewährleistet worden sind.³⁾

Ausserdem gab der Pariser Friede von 1856, in welchem die Freiheit der Donau proclamirt wurde, Anlass zur Uebnahme einer Staatsgarantie. Um nämlich die privilegierte Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft zum Verzicht auf ihr Privilegium, welches mit jenem Friedenstractat nicht mehr vereinbar war, zu vermögen, musste die Regierung der Gesellschaft bis zum Ablauf der Concessionsdauer (1880) einen jährlichen Reinertrag von 1,920,000 fl. gewährleisten, wobei die sämtlichen Verwaltungs- und Betriebskosten, Abschreibungen, Assecuranzfonds, Zinsen der Anlehen etc. zum Voraus an dem Bruttoerträgniss abzuschreiben sind. Etwaige Vorschüsse der Regierung müssen dieser jedoch mit 4% Zinsen zurückerstattet werden, falls die Reinerträge die Summe von 1,920,000 fl. übersteigen, in so weit ein solcher Ueberschuss ausreicht.⁴⁾

Endlich mag noch zu erwähnen sein, dass die Seeschiffahrtsgesellschaft des österreichischen Lloyd in Triest eine Subvention aus Staatsmitteln erhält, welche indessen unter dem ordentlichen Staatsaufwand in Ausgabe erscheint und 1859 nicht weniger als 1,636,014 fl. betragen hat,⁵⁾ wogegen die Gesellschaft die Postsendungen der Regierung unentgeltlich besorgt.

§. 16.

Staatsverfassung. Verwaltung der öffentlichen Schuld Oesterreichs.

Wie wir in den historischen Rückblicken gesehen haben, hat sich der österreichische Staatskörper im Laufe von Jahrhunderten aus Bestandtheilen zusammengesetzt, welche vorher niemals in politischer Verbindung standen. Kein Staat hat nun neue, ihm incorporirte Länder in Betreff ihrer politischen Einrichtungen toleranter behandelt, als das frühere Oesterreich. Jedes erworbene Land behielt im Wesentlichen seine Verfassung, seine Sprache, seine territoriale Eintheilung und seine Selbstständigkeit gegenüber den übrigen Theilen der Monarchie. Der Verband des Ganzen war daher ein loser und lief blos in der Person des Monarchen zusammen. Jedes Kronland hatte aber eine ständische Verfassung mit mehr oder weniger politischen Gerechtsamen, überall mit aristokratischem Uebergewichte. Eine ganz besondere Stellung zur Gesamtmönarchie nahm zumal das Königreich Ungarn mit seinen Nebenländern ein, das nicht einmal in der Finanzverwaltung dem Ganzen unterstand,

¹⁾ Scheerer a. a. O. S. 77 und 88.

²⁾ Dasselbst S. 77 und 89.

³⁾ Ebendasselbst.

⁴⁾ Vergl. Hübner, Jahrbuch. V. Jahrg. S. 283.

⁵⁾ Vergl. den Geschäftsbericht der Gesellschaft im Actionär von 1860 Nr. 339, S. 443. Die Regierung hat diesem Unternehmen auch mit einem Vorschuss von 3 Mill. Gulden unter die Arme gegriffen.

so dass inmitten des Reichs, fast vor den Thoren Wiens, Zolllinien die einzelnen Kronländer schieden.

In diesem Zustande blieb die Monarchie bis zum Jahre 1848, als die Nachwirkungen der Pariser Februarrevolution auch in Oesterreich erschütternd eindringen. Kaiser Ferdinand gab eine Verfassung¹⁾ und berief einen Reichstag nach Wien,²⁾ der jedoch, nachdem die ungarischen und italienischen Länder in Aufstand gerathen waren, nur die Abgeordneten der deutsch-slavischen Provinzen vereinigte. Er berieth fast ein ganzes Jahr ohne irgend ein nennenswerthes Resultat, mit Ausnahme der Grundentlastungsgesetze. Seine Hauptaufgabe: die Feststellung der Reichsverfassung, war bei seiner Auflösung am 4.—7. März 1849 kaum in Angriff genommen. Nach der Abdankung Kaiser Ferdinands am 2. Decbr. 1848 hatte Kaiser Franz Joseph die Regierung übernommen und gab nun unterm 4. März 1849 eine octroyirte Verfassung für das ganze Reich, am gleichen Tage ein besonderes Gesetz über die politischen Rechte der Staatsbürger und am 30. Decbr. 1849 die leitenden Grundsätze für die Landesverfassungen, welche theils am gleichen Tage, theils anfangs 1850 erlassen wurden. Obgleich in unmittelbarer Folge fast alle in der octroyirten Verfassung vorgeschriebenen Reformen der Verwaltung mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wurden, so wurden doch weder der allgemeine Reichstag, noch die Provinziallandtage berufen und unterm 31. Decbr. 1851 erfolgte, nachdem schon unterm 20. Aug. 1851³⁾ eine Commission zur Untersuchung der Frage, ob die Durchführung der selbstgegebenen Verfassung möglich sei, eingesetzt worden war, die Aufhebung aller Verfassungsgesetze von 1849.⁴⁾

Oesterreich war sonach wieder eine unumschränkte Monarchie, absoluter als je früher, weil auch die alten Landesverfassungen gefallen waren. Es wurden zwar durch die kaiserlichen Patente und Cabinetsschreiben vom 31. Decbr. 1851 die wichtigsten Errungenschaften: Gleichheit vor dem Gesetze, Aufhebung jedes bürgerlichen Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverbandes, freie Religionsübung der anerkannten Kirchengesellschaften etc., aufrecht erhalten, auch organische Gesetze für das Ganze und für die einzelnen Kronländer in Aussicht gestellt; aber seit 10 Jahren harret die Bevölkerung und jeder wahre Freund des Kaiserstaats umsonst der umfangreichen Erfüllung jenes Versprechens. Erst in neuester Zeit, in Folge der Bedrängnisse des italienischen Kriegs, regt sich wieder einiges Leben und es ist nach der Beendigung des Kriegs durch kaiserliches Manifest neuerdings die politische Entwicklung des Reichs auf Grundlage möglichstster Selbstständigkeit der Gemeinden und Provinzen verheissen worden. Als einleitende Schritte hiezu führen wir die im März 1860⁵⁾ erfolgte Verstärkung des Reichsraths durch die Erzherzoge des kaiserlichen Hauses, einige höhere kirchliche Würdenträger, verdiente Civil und Militärs und 38 gewählte Mitglieder der Landesvertretungen an, welchem zugewiesen wurden;

- 1) die Feststellung des Staatsvoranschlags, Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und die Vorlagen der Staatsschuldencommission;
- 2) alle wichtigeren Entwürfe in Sachen der allgemeinen Gesetzgebung;
- 3) die Vorlagen der Landesvertretungen.

¹⁾ Patent vom 25. April 1848.

²⁾ Patent vom 9. Mai 1848. Kundmachung vom 1. Juni 1848.

³⁾ Cabinetsschreiben vom 20. Aug. 1851, Wiener Zeitung Nr. 203.

⁴⁾ Patente vom 31. Decbr. 1851, Wiener Zeitung von 1852 Nr. 1.

⁵⁾ Patent vom 5. März 1860, R.-Ges.-Bl. S. 97.

Dieser Staatskörper ist dermalen in Thätigkeit und es berechtigen seine bisherigen Verhandlungen zu der Hoffnung, dass er seine Aufgabe mit mehr Selbstständigkeit und Freimuth lösen werde, als nach seiner Zusammensetzung erwartet wurde.

Der Anfang zur Erweiterung der Selbstständigkeit der einzelnen Kronländer ist ferner durch Concessionen an Ungarn und durch die kaiserliche Verordnung vom 31. Mai 1860,¹⁾ betreffend die selbstständige Stellung und Wirksamkeit der lombardisch-venetianischen Central-Congregation gemacht.

Dies sind allerdings nur sehr beschränkte Einleitungen zum Bessern, und es ist in hohem Grade zu bedauern, dass die österr. Regierung sich nicht zu einem entscheidenden Schritte entschliessen kann. Es dürfen aber die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, nicht übersehen werden. Ob es möglich sein wird, in Oesterreich Staatseinrichtungen nach der Chablone des modernen Liberalismus ins Leben zu rufen, haben wir nicht zu untersuchen. Unmöglich kann es aber nicht sein, Einrichtungen zu treffen, welche die wahren Bedürfnisse der Völker des Kaiserstaats befriedigen. Mit der Erfüllung dieser Riesenaufgabe wird die alte Loyalität der einzelnen Länder wiederkehren und an der Kraft und Lebensdauer des Ganzen dann nicht mehr zu zweifeln sein. Die zwölfte Stunde hat aber geschlagen. Möge man sie nicht unbenützt ablaufen lassen.

In Betreff der Verwaltung der Staatsschuld haben wir in den geschichtlichen Rückblicken die früher bestandenen Einrichtungen, namentlich die Errichtung des allgemeinen Tilgungsfonds und dessen Bestimmung, sowie die Constituirung einer besondern Tilgungsanstalt für das lombardisch-venetianische Königreich unter dem Namen „Monte del Regno Lomb.-Veneto“ berührt. Neben diesen Tilgungscassen bestand aber noch eine „Universal-, Staats- und Banko-Schuldencasse“ zur Verzinsung, Abschreibung, Umschreibung und Vinculirung der Staatsobligationen, sowie überhaupt zur Evidenzhaltung aller bei der Staatsschuld vorkommenden Veränderungen, mit Creditsabtheilungen in den einzelnen Kronländern.²⁾ Abweichend von den Einrichtungen anderer Länder war nämlich in Oesterreich die Tilgung und die Verzinsung der Staatsschuld getrennt. Die erstere besorgten die beiden Tilgungsanstalten, die letztere, sowie die sonstigen, auf die öffentliche Schuld sich beziehenden Geschäfte hatte aber die Universal-Staatsschuldencasse zu besorgen. Ausser diesen Centralcassen bestanden da, wo die ehemaligen Landstände zu Gunsten des Staats besondere Schulden contrahirt hatten (sog. Aerarialschulden, vergl. oben §. 14) noch besondere Provinzial-Schuldentilgungscassen unter Leitung der Statthaltereien. Sowohl der allgemeine Tilgungsfonds, als die Universal-, Staats- und Banko-Schuldencasse wurden von der „Direction des allgemeinen Tilgungsfonds und der verzinslichen Staatsschuld“ geleitet, neben welcher eine Commission zur Beaufsichtigung stand. Der Monte des lomb.-venet. Königreichs stand unter einer besondern Präfectur in Mailand.

Die Stellung des allgemeinen Tilgungsfonds zur Regierung wurde durch Patent vom 1. Octbr. 1829³⁾ folgendermaassen normirt:

„Der Tilgungsfonds hat fernerhin eine selbstständige, unter besondern kaiserlichen Schutz gestellte Anstalt zu bilden, deren Gebahren einer eigenen Direction anvertraut wird.“

¹⁾ Reichsges.-Bl. Nr. 143. Hieher gehört auch die Verordnung des Ministeriums des Innern über den erweiterten Wirkungskreis der Provinzial-Congregationen vom 9. Juni 1860, R.-Ges.-Bl. Nr. 148.

²⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 97 und 102.

³⁾ Gesetzessammlung Bd. 55, S. 733.

Im Uebrigen waren alle vorgenannten Behörden dem Finanzministerium und, was das Rechnungs- und Cassenwesen betrifft, der „obersten Rechnungs-controls-Behörde“ untergeordnet. Die Stellung der letzteren Behörde ist durch kaiserl. Verordnung vom 27. März 1854¹⁾ dahin normirt, dass sie

„dem Kaiser unmittelbar untergeordnet, gleiche Stelle mit den Ministerien einnehme, dass ihr Vorstand in allen Fällen, wo in den Minister-Conferenzen Angelegenheiten verhandelt werden, welche seine Amtswirksamkeit betreffen, zu diesen Conferenzen beizuziehen sei, wie er auch an den Reichsrathsverhandlungen auf Einladung Theil zu nehmen habe.“

Dies der Zustand bis zum Ende des Jahres 1859.

Nach dem Verluste der Lombardei durch den Züricher Frieden vom 10. Nov. 1859²⁾ haben die Verhältnisse des vormaligen lomb.-venet. Monte eine factische Aenderung erlitten. Es soll an dessen Stelle für den österreichischen Antheil seiner Schuld ein neuer „venetianischer Monte“ errichtet werden, sobald die Verhandlungen mit Frankreich und Sardinien wegen der Liquidirung und Vertheilung der Schuld geschlossen sein werden.³⁾ Inzwischen besorgt die Monte-Section in Verona die Geschäfte.

Die wichtigste Veränderung in der Verwaltung der Staatsschuld ist aber durch das kaiserl. Patent vom 23. Decbr. 1859⁴⁾ eingetreten. Dasselbe lautet in seinem hieher gehörigen Inhalt, wie folgt:

„Die mit dem Jahre 1848 eingetretenen Ereignisse und die Erschütterungen, welche in Folge derselben die finanziellen Zustände Unseres Reichs erlitten, gestatteten nicht, die Bestimmungen der Patente vom 22. Januar 1817 und 1. Octbr. 1829, über die Tilgung der Staatsschuld, in deren vollem Umfange zu erfüllen.“

„Während die Staatsverwaltung genöthigt war, in der Aufnahme von Anleihen die Mittel zur Bestreitung eines namhaften Theils der gesteigerten Staaterfordernisse zu suchen, wäre die Fortsetzung der Einlösung von Obligationen der allgemeinen Staatsschuld aus den Einnahmen des Tilgungsfonds nur durch eine Vermehrung der Anleihen möglich gewesen und hätte weder dem Staate, noch den Staatsgläubigern Nutzen gewährt. Die Zuflüsse des Tilgungsfonds wurden daher zur Bedeckung eines Theils der allgemeinen Staatsausgaben verwendet.“

„Mit der Verloosung der älteren Staatsschuld in Gemässheit des Patents vom 21. März 1818 wurde jedoch fortgefahren und die zur Tilgung derjenigen Anleihen, für welche bestimmte Tilgungspläne ausdrücklich verabredet waren, erforderlichen Summen wurden durch die Finanzverwaltung abgesondert bestritten.“

„In Erwägung dieser Verhältnisse und im Einklange mit den von Uns angeordneten Arbeiten zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, haben Wir beschlossen, die Angelegenheiten des Tilgungsfonds in zeitgemässer Weise zu regeln, der bisherigen Direction des Tilgungsfonds und der verzinslichen Staatsschuld einen erweiterten Wirkungskreis in Beziehung auf die gesammte Staatsschuld einzuräumen, das ihr zur Seite stehende Centralorgan neu zu gestalten, sowie die Zurückführung der älteren Staatsschuld auf den ursprünglichen Zinsengenuss, bis zum Ablauf des patentmässig festgesetzten Zeitraumes, sicher zu stellen.“

¹⁾ Reichsges.-Bl. S. 283.

²⁾ Promulgirt im R.-Ges.-Bl. von 1859 S. 569.

³⁾ Vergl. Fin.-Minist.-Erlass vom 30. Nov. 1859, R.-Ges.-Bl. Nr. 218 u. vom 29. Mai 1860, R.-Ges.-Bl. Nr. 136.

⁴⁾ Reichsges.-Bl. S. 615.

„Nach Vernehmung Unserer Minister und Anhörung unseres Reichsraths finden wir daher anzuordnen, wie folgt:

- 1) die Direction des allgemeinen Tilgungsfonds und der verzinslichen Staatsschuld soll vom 1. Januar 1860 an den, ihrem erweiterten Wirkungskreise entsprechenden Namen „Direction der Staatsschuld“ führen;
- 2) die Obliegenheiten dieser Direction bestehen:
 - a) in der Evidenzstellung des dermaligen Bestands der Staatsschuld;
 - b) in der Evidenzhaltung der, auf Grund der bestehenden oder noch zu erlassenden Gesetze erfolgenden Verminderung oder Vermehrung der Staatsschuld;
 - c) in der Evidenzhaltung der, zu den vorgeschriebenen Einlösungen und Rückzahlungen, sowie zur Zinsenzahlung der Staatsschuld erforderlichen Geldmittel;
 - d) in der Besorgung der Verloosungen der Obligationen der älteren Staatsschuld und aller jener Staatsschuldverschreibungen, welche im Wege der Verloosung zur Rückzahlung gelangen;
 - e) in der öffentlichen Vertilgung der eingelösten Staatsschuldverschreibungen;
 - f) in der Leitung der Erzeugung und Ausfertigung aller Staatsschuldverschreibungen.
- 3) Die Depositenkasse des Tilgungsfonds führt vom 1. Januar 1860 an den Namen „Staatsdepositenkasse“ und die Staatsschulden-Direction hat die Evidenzhaltung aller bei derselben erliegenden Cautionen und Depositen, sowie die Verwaltung derselben nach den dafür bestehenden Vorschriften zu besorgen.
- 4) Weiters behalten wir Uns vor, der Staatsschulden-Direction eine selbstständigere Wirksamkeit in der Richtung einzuräumen, um den Geschäftsgang bei der Umschreibung und Devinculirung der Obligationen zu vereinfachen.
- 5) Anstatt der auf Grund des Patents vom 22. Januar 1817 bestehenden Commission, welche in die Geschäftsführung und Operationen bei dem Tilgungsfonds Einsicht zu nehmen hatte, befehlen Wir die Bildung einer Uns unmittelbar unterstehenden Staatsschulden-Commission, die aus 7 Mitgliedern zu bestehen hat, von welchen Wir Uns die Ernennung des Präsidenten derselben und zweier Mitglieder aus dem Kreise der Grundbesitzer und Capitalisten vorbehalten. Von den übrigen 4 Mitgliedern hat die privil. österr. Nationalbank zwei, die niederösterr. Handels- und Gewerbekammer und die Wiener Börsenkammer je Einen Abgeordneten aus ihrer Mitte zu wählen.
- 6) Diese Commission soll sofort eingesetzt werden und ihre erste Aufgabe wird sein, den dermaligen Stand des Tilgungsfonds zu erheben, Uns darüber Bericht zu erstatten, das in Staatsschuldverschreibungen bestehende Vermögen des Tilgungsfonds in den Büchern der Universal-Staatsschuldencasse löschen und die Obligationen öffentlich vertilgen zu lassen.

Dieselbe hat sodann von dem dermaligen Stande der Staatsschuld nach den darüber geführten Büchern und Vormerkungen Einsicht zu nehmen.

Wenn eine Vermehrung der Staatsschuld eintritt, ist die Commission berufen, die Eintragung derselben in das Hauptbuch der Staatsschuld, sowie die Erzeugung und Ausfertigung der Obligationen zu überwachen.

- 7) Die Staatsschulden-Direction wird der Commission, mit Schluss eines jeden Semesters, einen umständlichen und gehörig belegten Bericht über die Angelegenheiten des Staatsschuldenwesens zustellen, nach dessen eindringlicher Prüfung die Commission Uns unmittelbar einen Vortrag darüber abstaten wird, welcher zur allgemeinen Kenntniss zu bringen ist.“

Die in Punkt 4 dieses Gesetzes in Aussicht gestellte Erweiterung der Competenz der Staatsschulden-Direction ist durch Finanzministerial-Erlass vom 26. Febr. 1860,¹⁾ wonach ihr überwiesen wurden:

„alle Verfügungen, welche auf Einschreiten der Parteien wegen Entwendungen von Staatseffecten veranlasst werden; alle durch gerichtliche Verbote, Pfändungen oder executive Einantwortung von Staatseffecten und deren Zinsen nothwendig gewordenen Verfügungen; Aufträge wegen Ausfertigung neuer Schultscheine an die Stelle der amortisirten und wegen des Umtausches von beschädigten, aber noch kenntlichen Scheinen; Ertheilung von Auskünften aller Art und Bekanntmachung der Verloosungsergebnisse u. s. w.“

und durch Finanzminist.-Erlass vom 15. Febr. 1860,²⁾ wodurch eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Umschreibung und Devinculirung von Staatsschuldverschreibungen erstrebt wird, erfolgt.

Man sieht, dass die neuen Anordnungen der Regierung bis zu einem gewissen Grade den Zweck verfolgen, die Staatsschulden-Verwaltungsbehörden unabhängig zu stellen. Mehr als dies wird indessen die zugesagte Veröffentlichung der Berichte der Staatsschulden-Direction und Commission, wenn sie fortan mit der nöthigen Vollständigkeit und Offenheit geschieht, von Wirkung sein.

Ein sehr wichtiger Schritt auf der Bahn der inneren Entwicklung ist durch die neueste kaiserl. Botschaft an den Reichsrath vom 17. Juli 1860 geschehen, welche lautet, wie folgt:

„Ich habe beschlossen, künftig die Einführung neuer Steuern und Auflagen, dann die Erhöhung der bestehenden Steuer- und Gebührensätze bei den directen Steuern, bei der Verzehrungssteuer und bei den Gebühren von Rechtsgeschäften u. s. w.; endlich die Aufnahme neuer Anleihen nur mit Zustimmung Meines verstärkten Reichsraths anzuordnen.“

Hiedurch ist dem erweiterten Reichsrath die wichtigste Befugnis einer constitutionellen Körperschaft eingeräumt. Er hat aufgehört, eine blos berathende Versammlung zu sein und ist in finanziellen Dingen zu einer beschliessenden Vertretung des ganzen Reichs umgewandelt. Die Consequenzen dieses Schrittes können nur zur weiteren Fortentwicklung der Verfassungszustände führen und das öffentliche Vertrauen stärken.

§. 17.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Ueber die Grösse der alljährlich an der öffentlichen Schuld abzutragenden Summen und über die Art der Tilgung enthalten die älteren Gesetze Folgendes:

- 1) Patent vom 29. Oct. 1816 (Eröffnung eines Anlehens zur Papiergelds-Einlösung betr.) §. 7:³⁾

¹⁾ Reichsges.-Bl. S. 94.

²⁾ Ebendasselbst S. 78.

³⁾ Gesetzessammlung Bd. 37, S. 228.

„Neben diesen Fonds zur Sicherstellung der Zinsen wird ein Tilgungsfonds gebildet, welchem gleich dermal eine Einnahme von Einem Procent der in Folge dieses Anlehens erwachsenden Staatsschuld versichert wird und dessen Einnahmen jährlich durch die Zinsen der eingelösten Obligationen einen Zuwachs erhalten werden.“

2) Patent vom 22. Januar 1817 (Gründung des allgemeinen Tilgungsfonds betr.) §. 2:¹⁾

„Dem Tilgungsfonds der verzinslichen Staatsschuld werden sogleich folgende Einnahmequellen zugewiesen:

- a) die bei Gelegenheit früherer Anlehen zur Abtragung derselben aus-
geschiedenen Tilgungsbeträge;
- b) eine Summe von 500,000 fl. C.-M., welche in dem Verhältnisse erhöht
wird, als der durch das neu eröffnete Anlehen aufgebrauchte Capitals-
betrag nach dem durch Patent vom 29. Oct. festgesetzte Maassstab
von Einem vom Hundert eine höhere Tilgungsquote erheischt;
- c) die Zinsen der durch frühere Tilgungs-Maassregeln eingelösten ver-
zinslichen Staatsobligationen;
- d) die Kaufschillinge aus Staatsgütern;
- e) die Zinsen der mittelst dieser vereinigten Zuflüsse einzulösenden Ob-
ligationen.“

3) Patent vom 1 Oct. 1829:²⁾

„§. 6. Für jedes neue Anlehen wird dem Tilgungsfonds eine neue Dotation zugewiesen, welche nicht weniger als 1% der Schuld sein darf.“

§. 7. Alles Einkommen des Tilgungsfonds ist zur Einlösung der Zinsen-
schuld auf der öffentlichen Börse bestimmt.“

Diese Normen wurden aber durch das im vorigen Paragraphen angeführte Patent vom 23. Decbr. 1859,³⁾ welches für die Zukunft ein neues System aufstellt, theils ganz aufgehoben, theils wesentlich moderirt. Dasselbe bestimmt:

- „§. 5. Die Tilgung der Staatsschuld bleibt, so lange der Staatshaushalt die Verwendung eines grösseren Theils der Einkünfte zu diesem Zwecke nicht gestattet, auf die Tilgung aller jener Staatsschuldverschreibungen beschränkt, welche vermöge der in den bezüglichen Anlehensbestimmungen enthaltenen ausdrücklichen Zusicherung, theils durch Verloosung, theils durch börsenmässige Einlösung getilgt werden müssen.
- §. 6. Auch bestimmen Wir, dass von den 5proc., auf österr. Währung lautenden Staatsschuldverschreibungen alljährlich wenigstens $\frac{1}{2}\%$ ihrer Gesamtsumme börsenmässig eingelöst und vertilgt werde. Wir behalten uns vor, Maassregeln zur allmäligen Umwandlung aller nicht in Verloosungen begriffenen Staatsschuldverschreibungen in solche, die auf österr. Währung lauten und zu 5% verzinslich sind, anzuordnen.
- §. 7. Die Finanzverwaltung ist verpflichtet, das von der Staatsschulden-Direction ausgewiesene Erforderniss alljährlich in den Staatsvoranschlag aufzunehmen und für dessen Bedeckung zu sorgen.
- §. 8. In Beziehung auf die Verloosung der älteren Staatsschuld ist sich nach den Bestimmungen des kaiserl. Patents vom 21. März 1818 zu benehmen, und es hat, diesen Bestimmungen gemäss, die Zurückführung der gedachten Schuld auf den ursprünglichen vollen Zinsengenuß bis zum Schlusse des Jahres 1867 vollständig zu erfolgen. In

¹⁾ Gesetzessammlung Bd. 38, S. 36.

²⁾ Ebendasselbst Bd. 55, S. 733.

³⁾ Reichsges.-Bl. S. 615 ff.

den Jahren, in denen es nicht möglich wäre, die erforderliche Summe in unverloosten Obligationen der gedachten Schuld zum Behufe der vorgeschriebenen Vertheilung aufzubringen, ermächtigen Wir Unsern Finanzminister, die Verloosung derselben jährlich bis zum Betrage von 10 Mill. Gulden auszudehnen. Sollten bis Ende December 1867 noch Obligationen der in dem Patente vom 21. März 1818 begriffenen älteren Schuld bestehen, welche noch nicht in die Verloosung eingetreten wären, so sind dieselben mit dem 1. Jan. 1868 in den vollen ursprünglichen Zinsengenuss zu setzen und in Verloosungsobligationen umzuwechseln.⁴

Hieraus ist ersichtlich, dass die österr. Staatsschuld künftig in Absicht auf ihre Tilgbarkeit, abgesehen von der älteren Schuld, welche längstens bis 1. Jan. 1868 zu verschwinden hat, in zwei Kategorien zerfällt, nämlich in die rückzahlbare und in die vorerst untildbare Schuld; sodann, dass die Tilgungsquote ebenfalls eine zweifache ist, und zwar für die früher (vor 1860) emittirten rückzahlbaren Anlehen 1⁰/₁₀, für die neuere, auf österr. Währung lautende Schuld, in so ferne nicht ein anderer Tilgungsmaassstab vertragsmässig festgestellt wurde, 1¹/₂⁰/₁₀ des ursprünglichen Schuldbetrags; endlich, dass eine doppelte Art der Tilgung, theils durch Verloosung, theils aber durch Rückkauf auf der Börse, beibehalten bleibt. Dass schon durch Finanzminist.-Erlass vom 26. Oct. 1858 denjenigen Gläubigern, welche österr. Staatsschuldverschreibungen besitzen, die nicht in klingender Münze und mit weniger als 5% verzinslich, auch nicht verlosbar sind, Gelegenheit geboten ist, ihre Obligationen auf österr. Währung und 5proc. Verzinsung umschreiben zu lassen, haben wir in §. 14 gezeigt. Nun soll aber die ganze, bis jetzt nicht verlosbare Schuld nach und nach in eine auf österr. Währung lautende umgewandelt werden, welcher sodann die Tilgung mit 1¹/₂⁰/₁₀ ihres Capitalbetrags im Wege des börsenmässigen Rückkaufs zu gut käme. Welche Kategorien der Gesamtschuld gegenwärtig der rückzahlbaren, und welche der zeitlich untildbaren Schuld angehören, werden wir im Folgenden, so weit möglich, darlegen. (Vergl. §. 22.)

§. 18.

Sicherheitsobjecte für die österr. Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

Als Sicherheitsobjecte für die Staatsschuld kommen in Betracht:

- 1) das Staatsvermögen im engern Sinne;
- 2) die Steuerkräfte der Staatsangehörigen.

Was das Staatsvermögen, nämlich das private Eigenthum des Staats betrifft, so ist solches in Oesterreich relativ geringer, als in andern Staaten Deutschlands. Allerdings war noch am Anfange dieses Jahrhunderts ein Staatsgrundbesitz vorhanden, dessen Umfang manches damals geschaffene Königreich übertraf.¹⁾ Seitdem sind aber grosse Complexe theils verkauft worden, theils

¹⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 247 und Hübner, Oesterr. Finanzlage S. 149. Nach den in Folge kaiserl. Anordnung vom 4. April 1802 gemachten Erhebungen betrug damals der Staatsgrundbesitz 442⁶⁷/₁₀₀ Quadratmeilen, worauf 111 Städte, 51 Schlösser, 5471 Märkte und Dörfer und 736 Höfe sich befanden und 1,855,065 Menschen wohnten. An nutzbaren Gründen gehörten dazu 699,648 Joch landwirthschaftlich benütztes Land und 3,530,452 Joch Waldungen; 32 Eisen-, 11 Steinkohlenwerke u. s. w.

durch Aufhebung des Lehen- und Unterthänigkeitsverbands in das Eigenthum der Grundholden übergegangen. Dass auch die seit 1847 erworbenen und erbauten Eisenbahnen wiederum zur Veräusserung gelangten, haben wir schon oben ebenso erwähnt, wie des Umstandes, dass das Staatseigenthum in Oesterreich nicht, wie in anderen Ländern, als unveräusserliches Gut erklärt, vielmehr ausdrücklich bestimmt worden ist, wie solches nach und nach verkauft und der Erlös zur Abtragung der Staatsschulden verwendet werden solle.¹⁾ Wir haben dem noch anzufügen, dass weitere namhafte Gütercomplexe und Bergwerke 1855/56 theils an die Gesellschaft der österr. Staatsbahnen mit den betreffenden Eisenbahnkörpern käuflich überlassen, theils der Nationalbank als Sicherheit für Vorschüsse, beziehungsweise zur Deckung der ausgegebenen 1 fl.-Noten²⁾ pfandweise verliehen worden sind.³⁾ Letztere, der Nationalbank übergebene Güter müssen übrigens noch, in so weit sie von dieser nicht veräussert sind, als Eigenthum des Staats betrachtet werden und kommen hier um so mehr in Rechnung, als sie einem Theil der Staatsschuld ausdrücklich zur Deckung dienen. Sie bilden den grösseren Theil des noch im Besitze des Staats befindlichen Grundeigenthums.

Ausser dem bisher besprochenen Liegenschaftsvermögen besitzt der österr. Staat noch ansehnliche Bergwerke und 4 als Musteranstalten geltende Staatsfabriken (Porzellanfabrik in Wien, Spiegelfabrik zu Neuhaus, Teppichfabrik in Linz und Staatsdruckerei); ferner die Post- und Telegraphenanstalt, die Münze und bedeutende politische Fonds.

Die Rente aus dem Staatseigenthum ist bisher durchaus gering gewesen und es rechtfertigt sich aus diesem Gesichtspunkte die Veräusserung, wenn der Erlös zur Verminderung der Staatsschuld verwendet wird.

Nach dem letzten Finanzausweis⁴⁾ berechnet sich der Ertrag des gesammten Staatseigenthums, einschliesslich der Salzbergwerke, deren Reineinnahme im amtlichen Ausweis unter den indirecten Abgaben aufgeführt ist, und das durch Capitalisirung dieser Rente gefundene Vermögen, wie folgt:

	Rente: fl.	Capital: fl.
1) von Staatsgütern im engeren Sinne . . .	4,876,701	
Mit Rücksicht darauf, dass diese Objecte nach bisherigen Erfahrungen eine äusserst geringe Rente abwerfen, kann höchstens zu 3% capitalisirt werden und es ergibt sich daher Capitalwerth		162,556,700 ⁵⁾
2) Ertrag der Salzbergwerke (Salzgefall) . .	28,647,121	
3) Ertrag der Postanstalt (Postgefall) . . .	2,234,208	
4) Ertrag der Telegraphenanstalt	145,747	
zusammen 2—4	31,027,076	

¹⁾ Patent vom 22. Januar 1817, Gesetzsaml. Bd. 38, S. 36.

²⁾ Vergl. kaiserl. Verordnung vom 26. Decbr. 1858, §. 3, R.-Ges.Bl. S. 721.

³⁾ Diese der Bank verpfändeten Güter wurden zu 155 Mill. Gulden angeschlagen und umfassten 279,068 Joch Acker und 646,997 Joch Wald. Die Bank sollte ihr Erträgniss à conto ihrer Forderungen an den Staat beziehen und die Güter selbst nach und nach für Rechnung ihres Guthabens beim Staat verkaufen. Bis jetzt sind nur geringe Verkäufe gelungen. Das Reinerträgniss der Güter war 1858: 3,196,697 fl.

⁴⁾ Abgedruckt in der Austria von 1859, Bd. IV, S. 90 ff.

⁵⁾ Diese Schätzung ist in der That sehr niedrig, was sich schon aus dem Umstande ergibt, dass die der Nationalbank verpfändeten Staatsgüter allein, welche nur eine Rente von 3,196,697 fl. abgeworfen haben, zu 155 Millionen angeschlagen wurden.

	Rente: fl.	Capital: fl.
--	---------------	-----------------

capitalisirt zu 5%, da diese Objecte eine höhere Rente abwarfen, resultirt ein Capital von		620,541,520
5) Ertrag der Montanwerke	973,695	
6) Ertrag der Staatsfabriken circa	500,000 ¹⁾	
zusammen 5 und 6	1,473,695	
Diese beiderlei Objecte rentiren sehr gering. Um daher annähernd das in ihnen angelegte Capital zu ermitteln, kann höchstens zu 2% capitalisirt werden, wonach sich ergeben		73,684,750
Summe des Staatseigenthums	37,377,472	856,782,970
Hiezu müssen jedoch gerechnet werden:		
7) die baaren Cassenbestände und Materialvorräthe und die Ausstände bei sämmtlichen Cassen und Anstalten, welche um so bedeutender sind, als die österr. Regierung sowohl das Salzregal, als das Tabaksmonopol in eigener Regie ausbeutet, auch die Militär- und Marineverwaltung noch besondere, unter den Staatsgütern nicht aufgeführte Liegenschaften und Ertragsobjecte besitzt, die Steuerausstände alljährlich erheblich sind (1858: 11,050,000 fl.) und endlich dormalen noch bedeutende Summen für verkaufte Eisenbahnen (Südbahn) und in Folge des Züricher Friedensschlusses ausstehen. Diese sämmtlichen Vermögenstheile können mindestens zu		150,000,000
angenommen werden. ²⁾ Endlich können hieher mit Recht gerechnet werden:		
8) die Vermögensmassen der vom Staate verwalteten und dotirten sog. politischen Fonds mit ungefähr		100,000,000 ³⁾
Summe des ertragbaren, resp. disponiblen Staatsvermögens		1,106,782,970

Es ergibt sich aus dem Bisherigen, dass die österr. Staatsschuld durch das Staatsvermögen nur etwa zur Hälfte gedeckt erscheint, dass somit die Steuerkraft der Staatsangehörigen namhaft in Mitleidenschaft zu ziehen ist.

Was nun die letztere betrifft, so war Oesterreich vor dem Beginn des letztjährigen italienischen Krieges ein Staat, der hinsichtlich der Volkszahl den zweiten und hinsichtlich der Arealgrösse den dritten Platz unter allen

¹⁾ Die Staatsfabriken haben 1858 mit einem Abgang von 918,937 fl. abgeschlossen, dagegen 1857 einen Ueberschuss von 1,327,971 fl. geliefert. Beide Resultate können nicht maassgebend sein, da sie nicht auf richtiger Verrechnung beruhen. Wir haben desshalb Schätzung angewendet.

²⁾ Nach einem amtlichen Ausweis betrugen solche schon 1844 nach Abzug aller Passiven: 143,024,646 fl. Vergl. v. Reden a. a. O. S. 685. Hübner, Oesterreichs Finanzlage S. 211 berechnet für 1849: 250,000,000 fl., wobei er allerdings die Inventur der Militärverwaltung mit 100,000,000 fl. mit in Rechnung nimmt, was wir nicht nachahmen können, da diese ebensowenig ein disponibles Vermögen darstellt, als die zu öffentl. Zwecken benützten Staatsgebäude etc.

³⁾ Der Vermögensstand dieser, in Wahrheit Staatszwecke, wie Strassenbau, Wasserbau, Criminaljustiz etc. verfolgenden Fonds betrug 1846: 98,556,246 fl., wozu noch 5,195,117 fl. für den Militärfonds kamen. Darunter sind diejenigen öffentlichen Fonds nicht begriffen, welche vom Staate, obgleich beaufsichtigt, keine regelmässigen Dotationen erhalten, sog. nicht dotirte Fonds, deren Vermögen 1846: 556,719,839 fl. betrug. Vergl. v. Reden a. a. O. S. 257—258.

europäischen Staaten einnahm. Der Flächeninhalt des ganzen Kaiserreichs betrug damals 12,120⁸⁶ geographische Quadratmeilen, die Bevölkerung einschliesslich des Militärs nahezu 38 Mill. Seelen.¹⁾ Ihm überlegen an Areal und Bevölkerung, nicht aber an moralischer und physischer Kraft, war nur Russland; an räumlicher Ausdehnung übertraf es ferner das vereinigte Königreich Schweden-Norwegen, welches jedoch kaum $\frac{1}{7}$ seiner Bevölkerung hatte. Durch den Züricher Friedenstractat von 1859 wurde indessen die Lombardei fast ganz von Oesterreich abgerissen und damit verlor es ein Areal von ungefähr 370 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von gegen 3 Mill. Seelen. Hiedurch hat sich zwar das alte Rangverhältniss zwischen den europäischen Grossmächten nicht in Absicht auf die Arealgrösse, wohl aber hinsichtlich der Volkszahl verändert. Frankreich, das mit seiner, alle Individualität absorbirenden Centralisation ohnedies an politischer und militärischer Macht alle Gemeinwesen überragt, hat durch die neuesten Ereignisse sich auch räumlich vergrössert und nimmt nun mit einer Bevölkerung von etwa 37 Mill. Seelen den zweiten Rang in der europäischen Staatenfamilie ein. Der habsburgischen Monarchie verbleibt ein Flächenraum von rund 11,750 Quadratmeilen und eine Einwohnerzahl von rund 35 Mill. Individuen.²⁾ Immerhin ist sie aber noch eines der wichtigsten Glieder jener Familie. Dass sie in ihrer politischen und volkswirtschaftlichen Entwicklung im Laufe der letzten Decennien zurückgeblieben ist und dass ihre Zusammensetzung aus heterogenen Theilen eine solche Entwicklung auch jetzt noch hemmt und stets erschwert, ist nicht zu bestreiten: was ihr aber in dieser Hinsicht abgeht, das ersetzt andererseits ihr natürlicher Reichthum.

Denn Oesterreich gehört in seiner Gesamtheit zu den gesegnetsten Ländern der Welt. Aus allen Naturreichen sind ihm Schätze im Ueberfluss beschieden, dergestalt, dass es rücksichtlich der wesentlichsten Erhaltungsmittel vom Auslande nicht nur vollkommen unabhängig ist, sondern auch grosse Ueberschüsse zur Ausfuhr producirt. Von den 115,930,200 österr. Joch Flächengehalt der Monarchie waren 1851 98,912,309 Joch in Production. Der Geldwerth der landwirthschaftlichen Naturprodukte allein wurde auf 2467 Mill., jener der productiven Bodenfläche auf mindestens 20,000 Mill. Gulden berechnet.³⁾ Die Waldungen ertrugen 35,363,000 Klafter Holz,⁴⁾ die Berg- und Hüttenwerke förderten einen Werth von 26,976,743 fl. zu Tage,⁵⁾ die Salinen über 6 Mill. Ctr. Salz⁶⁾ u. s. w. Daneben fand ein ausgedehnter Handels- und Schifffahrtsverkehr und in einzelnen Theilen der Monarchie eine namhafte Gewerbsthätigkeit statt. Die Summe der Ausfuhr betrug 1858 über 293 Mill. Gulden; das gesammte Nationalvermögen wird zu 50—60 Milliarden Gulden geschätzt.⁷⁾

¹⁾ Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, Leipzig 1860, S. 117 und 429. Die amtliche Zählung von 1857 ergab 37,939,012 Seelen, wurde aber neuester Zeit rectificirt, wobei sie sich als ungenau erwies. Früher wurde die Volkszahl des Kaiserstaats namhaft höher berechnet. Vergl. Brachelli, deutsche Staatenkunde Bd. I. S. 49 ff., welcher schon 1854 ohne Militär 39,411,309 Individuen zählte.

²⁾ Nach den neuesten Veröffentlichungen des k. k. Ministeriums des Innern beläuft sich auf Grund der berichtigten Bevölkerungslisten vom 31. Oct. 1857 die Volkszahl mit Ausscheidung der Lombardei auf 34,437,964 Seelen.

³⁾ Kolb a. a. O. S. 136 und 140.

⁴⁾ Brachelli a. a. O. S. 225.

⁵⁾ Dasselbst S. 234.

⁶⁾ Dasselbst S. 239.

⁷⁾ Kolb a. a. O. S. 138 und 140.

Ein so produktenreiches Land bedarf, um eine grosse und nachhaltige Steuerkraft zu entwickeln, nur ausgedehnter und billiger Verkehrsmittel und freie Bewegung in der Arbeit. Dass diesfalls in Oesterreich während des letzten Decenniums Grosses geleistet wurde, dass ein umfangreiches Eisenbahnnetz theils hergestellt ist, theils in Arbeit sich befindet, dass die Riesenaufgabe der Grundentlastung nahezu erfüllt ist, haben wir bereits angeführt. Ein weiterer grosser Schritt vorwärts ist in neuester Zeit durch Ertheilung einer Gewerbeordnung,¹⁾ welche an Liberalität die meisten deutschen Gesetzgebungen dieser Art übertrifft, geschehen. Im Wesentlichen sind sonach jetzt schon, trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse, alle Bedingungen erfüllt, von welchen ein materieller und finanzieller Aufschwung des Kaiserstaats abhängig ist. Wie wir im folgenden Paragraphen sehen werden, haben sich die Wirkungen der getroffenen Maassregeln durch eine fortdauernde Steigerung der Staatseinnahmen in der That bereits fühlbar gemacht. Von ihrer ferneren ungestörten Fortentwicklung wäre unstreitig die Erreichung des grossen Ziels, das sich die Regierung nunmehr mit Ernst vorgesetzt hat, die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, zu erwarten. Wir werden aus den folgenden Zahlenangaben ferner entnehmen, in wie weit die Steuerkraft des österr. Volkes bisher angespannt worden ist. Bei der Beurtheilung und Vergleichung mit andern Staaten wird sich aber ein Unterschied in der Richtung ergeben, dass dort alle möglichen Steuerquellen längst aufgeschlossen und benützt sind, während in Oesterreich viele erst zu erschliessen und auszubeuten sein werden — ein Unterschied, der den österreichischen Staatsgläubigern einige Beruhigung gewähren wird.

Auch hier kommt Alles darauf an, ob dem Kaiserstaate die erforderliche Ruhe gegönnt sein wird, um das begonnene Werk zu befestigen und fortzuentwickeln. Wäre hiezu Hoffnung gegeben, so würden ohne Zweifel die Resultate in kurzer Frist alle Erwartungen übertreffen und die Bevölkerungen der habsburgischen Monarchie insgesamt eine Productions- und Steuerkraft bethätigen, welche anderwärts alsdann nicht mehr vorhanden sein wird.

§. 19.

Finanzlage des österr. Staats.

Ueber den allgemeinen Gang des österr. Staatshaushalts haben wir bei unsern geschichtlichen Rückblicken Andeutungen gegeben. Es bleibt daher hier nur noch übrig, dieselben durch Zahlen zu belegen, welche zugleich geeignet sein werden, das Bild in allen seinen Theilen zu vervollständigen.

Vorauszuschicken ist, dass das österreichische Verwaltungs- und Rechnungsjahr vom 1. November bis 31. October läuft, dass aber die Bezeichnung nach dem Kalenderjahr üblich ist. Unter dem Rechnungsjahr 1845 ist daher der Zeitraum vom 1. Nov. 1844 bis 31. Oct. 1845 zu verstehen u. s. f. Ferner ist zu bemerken, dass sämmtliche nachfolgende Zahlenangaben den amtlichen Bekanntmachungen über das wirkliche Rechnungsergebniss entnommen, also durchaus officiell, obgleich theilweise anders gruppirt sind. Der letzte Finanzausweis, welcher bekannt gemacht wurde, ist der vom Jahre 1858. Weiter machen wir darauf aufmerksam, dass sich die österr. Gruppierung der Einnahmen von der in manchen andern Staaten üblichen dadurch unterscheidet, dass

¹⁾ Vom 20. Decbr. 1859, R.-Ges.-Bl. S. 619.

der Ertrag der Salinen und der Postanstalt in Oesterreich unter den „indirecten Abgaben“ aufgeführt sich finden, woher die verhältnissmässig hohe Summe der letzteren Einnahmerubrik rührt. Endlich berühren wir eine weitere Eigenthümlichkeit der österr. Verrechnungsweise, darin bestehend, dass die Einnahmen des Tilgungsfonds einerseits unter dem Aufwand auf die Staatsschuld in Ausgabe, andererseits aber unter der Rubrik „Staatseigenthumsertrag“ wieder in Einnahme erscheint. Es ist dies lediglich ein durchlaufender Posten, welchen die Staatsfinanzverwaltung sich selbst zahlt, und in Wahrheit ist der Aufwand auf die Staatsschuld je um den Betrag der Einnahmen des Tilgungsfonds geringer gewesen.

Um die Finanzlage auch vor ihrer Erschütterung durch die Ereignisse der Jahre 1848 ff. vor Augen zu führen, gehen wir in der Darstellung der Rechnungsergebnisse bis 1845 zurück.

Die in der beigefügten Tafel gesammelten Zahlen sprechen für sich. Wir fügen daher nur noch einige zum Verständnisse nöthigen Bemerkungen hinzu.

Die bedeutenden Ausfälle der Einnahme im Jahre 1848 sind eine Folge der Losreissung Ungarns und Italiens vom Reich. Die italienischen Provinzen trugen von 1849, Ungarn mit seinen Nebenländern aber erst von 1850 an wieder zu den Staatseinnahmen bei. Die in der Tafel eingebrachte Einnahme von Steuern, sodann von Staatsgütern und industriellen Unternehmungen (worunter auch Eisenbahnen und Telegraphen gerechnet sind) ist Reineinnahme. Die Verminderung der letzteren Einnahme von 1857 an hat ihren Grund in der Veräusserung von Eisenbahnen und Staatsgütern, deren wir schon früher gedacht haben. Die Erlöse dafür haben wir abweichend von der amtlichen Publication unter der Rubrik „Erlös aus Staatseigenthum“ eingebracht. In den folgenden Jahren 1859 und 1860 wird die laufende Einnahme aus Staatseigenthum eine weitere Abminderung zeigen, weil die südlichen und die Tyroler Bahnen erst Ende 1858 veräussert worden sind. Die Einnahmerubrik des Tilgungsfonds wird künftig ganz wegfallen, nachdem dieses Institut aufgelöst und sein Vermögen theils der Nationalbank übermittle, theils durch Vernichtung der in seinem Besitze gewesenen Staatsobligationen an der Staatsschuld abgeschrieben ist. Um den gleichen Betrag wird sodann die Zinsenschuld des Staats verhältnissmässig geringer erscheinen.

Nicht ausser Acht darf gelassen werden, dass die österr. Staatsrechnung weder die gesammte Staatseinnahme, noch die ganze Staatsausgabe nachweist, weil die Rechnungen der sogenannten „politischen Fonds“ völlig abgesondert gehalten werden. Nur was der Staat denselben zuschiesst, erscheint in der Staatsrechnung; ihre eigenen namhaften Einnahmen dagegen werden unmittelbar zu Staatszwecken verwendet. Die bedeutendsten der „dotirten Fonds“ sind: der Religionsfonds mit (1846) 66 Mill. Gulden Vermögen und $3\frac{1}{2}$ Mill. Gulden Einkommen; der Studienfonds mit 14 Mill. Vermögen und 1 Mill. Einkommen; der Normalschulfonds mit $4\frac{1}{2}$ Mill. Vermögen und $\frac{1}{2}$ Mill. Einnahme u. s. w. Auch die sog. „nicht dotirten“ Fonds gehören hierher. Die dotirten Fonds hatten 1846 (neuere Ausweise sind uns nicht bekannt) eine Einnahme von 6,121,727 fl., die nicht dotirten nach Abzug des Staatszuschusses und der Beiträge von Ständen, Städten und Gemeinden von 37,059,302 fl.¹⁾ Unter letzterer Summe waren für Cultuszwecke allein 20 Mill., für Unterrichtszwecke über 6 Mill., für Wohlthätigkeitsanstalten über 7 Mill. inbegriffen. Man darf diese Umstände bei Beurtheilung des österr. Budgets

¹⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 257 und 258.

Staatseinnahmen Oesterreichs in den Jahren 1845 bis 1858 incl. und vergleichende Darstellung des Einnahmeüberschusses und Deficits.

Jahr.	Ordentliche Einnahmen.								Ausserordentliche Einnahmen.				Vergleichende Zusammenstellung der ganzen Einnahme und Ausgabe.				
	Steuern:		Staatseigenthumsertrag.		Verschiedenes.	Summe.	Summe der ordentlichen Ausgaben.	Ueberschuss	Deficit	Erlös aus Staatseigenthum.	Schuldvermehrung.	Verschiedenes.	Summe.	Summe sämmtlicher Staatseinnahmen.	Summe sämmtlicher Staatsausgaben.	Ueberschuss	Deficit
	directe.	indirecte.	Staatsgüter und industrielle Unternehmungen.	Einnahmen des Tilgungsfonds.				im ordentlichen Etat.	im Ganzen.								
	G u l d e n C o n v e n t i o n s - M ü n z e.																
1845	46,751,127	94,347,667	4,370,220	9,723,647	5,023,154	160,185,815	152,924,867	7,230,948	—	380,508	15,175,560	—	15,556,068	175,741,883	173,675,692	2,066,191	—
1846	47,750,385	95,513,426	5,104,496	10,158,573	5,355,245	163,882,125	163,106,265	775,860	—	354,633	9,216,480	—	9,571,113	173,453,238	180,927,498	—	7,474,260
1847	47,972,934	94,015,393	3,802,328	10,192,590	5,413,258	161,396,503	168,798,485	—	7,401,982	341,648	40,319,000	—	40,660,648	202,057,151	210,365,312	—	8,308,161
1848	33,179,345	69,427,386	4,644,413	10,046,242	4,331,036	121,628,422	167,238,000	—	45,609,578	498,932	52,891,718	—	53,390,650	175,019,072	187,693,554	—	12,674,482
1849	59,894,791	71,692,036	2,474,203	10,657,296	4,593,754	149,312,080	271,851,568	—	122,539,488	29,860	169,143,625	4,427,598	173,601,083	322,913,163	311,977,226	10,935,937	—
1850	65,440,489	95,581,267	5,055,678	10,624,497	5,437,597	182,139,528	250,704,020	—	68,564,492	105,701	164,529,333	14,007,991	178,643,025	360,782,553	343,378,494	17,404,059	—
1851	70,498,830	109,153,516	6,423,956	11,305,138	4,491,349	201,872,789	260,866,670	—	58,993,881	140,897	162,163,045	17,491,454	179,795,396	381,668,185	369,479,579	12,188,606	—
1852	79,537,902	122,367,910	4,802,734	11,959,317	5,929,351	224,597,214	274,587,121	—	49,989,907	209,054	191,860,896	1,558,840	193,628,790	418,226,004	395,726,185	22,499,819	—
1853	84,722,657	130,288,412	2,211,025	11,285,991	6,923,310	235,431,395	286,313,580	—	50,882,185	498,707	84,542,672	1,206,891	86,248,270	321,679,665	348,286,349	—	26,606,684
1854	85,554,815	133,255,802	7,053,727	10,589,790	8,773,989	245,228,123	294,529,681	—	49,301,558	105,601	212,187,034	—	212,292,635	457,520,758	438,091,754	19,429,004	—
1855	87,965,257	139,190,769	9,392,698	10,257,980	11,557,596	258,364,300	300,875,669	—	42,511,369	27,911,805	340,536,954	—	368,448,759	626,813,059	612,677,659	14,135,400	—
1856	92,131,812	148,885,459	9,431,098	10,088,692	7,896,674	268,433,735	321,377,664	—	52,943,929	23,686,524	128,238,624	—	151,915,148	420,358,883	423,832,541	—	3,473,658
1857	94,770,656	152,399,274	7,069,570	12,939,046	8,722,314	275,900,860	324,686,875	—	48,786,815	31,021,041	80,082,718	30,263,451	141,367,210	417,268,070	416,321,409	946,661	—
1858	94,489,483	158,792,548	4,469,807	9,981,251	6,769,088	274,502,177	315,037,101	—	40,534,924	19,402,744	72,652,139	4,110,743	96,165,626	370,667,803	358,528,218	12,139,585	—
	990,660,483	1614,910,865	76,275,953	149,810,050	91,217,715	2922,875,066	3552,927,566	8,006,808	638,059,308	104,687,655	1723,539,798	73,066,968	1901,294,421	4824,169,487	4770,961,470	111,745,262	58,537,245
	Effectives Deficit 630,052,500 fl.												Effectiver Ueberschuss 53,208,017 fl., als Betriebscapital dienend.				

Staatsausgaben Oesterreichs in den Jahren 1845 bis 1858 nach den veröffentlichten amtlichen Finanzausweisen.

Jahr.	Ordentliche Ausgaben.												Ausserordentliche Ausgaben.					Summe des ganzen Staats- aufwands.
	Staatsschuld- zinsen und Do- tation des Tilgungsfonds.	Hof.	Cabinet, Reichsrath, Minister- Conferenz.	Aeusseres.	Inneres, Polizei und Landescultur.	Krieg und Marine.	Justiz.	Finanzen und Bergwerke.	Cultus und Unterricht.	Handel und Bauten.	Control- Behörden.	Summe.	Schulden- tilgung.	Krieg.	Productive Anlagen.	Vorschüsse und Verschiedenes.	Summe.	
	G u l d e n C o n v e n t i o n s - M ü n z e.																	
1845	44,107,311	4,487,447	391,639	1,808,238	16,313,113	52,350,944	5,208,058	12,667,577	2,222,591	10,249,306	2,818,643	152,954,867	7,963,396	—	12,341,138	416,291	20,720,825	173,675,692
1846	45,136,153	4,979,810	399,800	1,870,622	17,794,183	59,215,949	4,693,021	13,025,199	2,360,620	10,824,254	2,806,654	163,106,265	7,640,291	—	9,367,329	813,613	17,821,233	180,927,498
1847	45,377,209	5,166,398	393,033	1,830,984	19,012,540	62,968,096	4,916,828	12,396,294	2,490,734	11,355,287	2,891,082	168,798,485	6,531,891	—	34,161,125	873,811	41,566,827	210,365,312
1848	43,369,312	4,562,217	97,809	1,943,785	12,656,346	72,290,459	4,497,570	13,663,315	1,964,233	9,592,275	2,600,679	167,238,000	6,965,471	—	13,168,744	321,339	20,455,554	187,693,554
1849	49,797,940	4,796,389	93,926	1,565,235	14,478,835	165,081,884	4,985,259	14,704,585	2,630,791	11,357,924	2,358,800	271,851,568	22,728,822	—	13,538,605	3,858,231	40,125,658	311,977,226
1850	49,612,562	6,338,149	124,819	1,741,181	20,856,409	126,162,936	10,985,547	16,581,517	3,573,333	11,935,644	2,791,923	250,704,020	70,549,241	—	17,261,242	4,763,991	92,674,474	343,378,494
1851	60,481,031	6,109,848	177,441	2,196,658	26,453,486	107,299,292	17,525,652	20,881,711	3,781,871	12,891,903	3,067,777	260,866,670	63,267,819	15,179,000	19,067,249	11,098,841	108,612,909	369,479,579
1852	62,608,375	5,950,491	258,542	1,724,581	26,846,530	110,843,321	18,477,260	25,152,083	4,336,800	15,109,099	3,280,039	274,587,121	91,504,413	5,028,126	18,633,492	5,973,033	121,139,064	395,726,185
1853	66,819,173	6,760,292	276,683	1,863,512	30,934,037	111,967,916	18,088,545	26,332,895	4,502,916	15,284,992	3,482,619	286,313,580	26,338,989	7,336,098	21,419,020	6,878,662	61,972,769	348,286,349
1854	72,148,316	7,551,579	258,555	1,937,591	29,644,137	117,401,192	17,319,184	25,077,798	4,058,810	15,475,373	3,640,146	294,529,681	14,699,691	91,294,664	27,099,021	10,468,697	143,562,073	438,091,754
1855	77,407,532	6,743,813	251,907	2,214,942	31,778,902	114,320,715	15,366,146	25,751,205	5,306,880	17,937,429	3,796,198	300,875,669	168,177,342	101,721,117	34,268,641	7,634,890	311,801,990	612,677,659
1856	88,032,650	6,420,623	246,760	2,497,202	29,233,926	109,695,558	15,425,421	28,197,555	5,276,025	22,336,541	4,015,403	321,377,664	44,208,034	14,138,279	36,733,351	7,375,213	102,454,877	423,832,541
1857	91,786,986	9,104,024	268,527	2,078,151	38,507,824	106,890,019	15,882,099	30,190,632	5,842,418	21,822,844	3,673,351	324,686,875	41,806,096	16,142,480	30,718,784	2,966,814	91,634,534	416,321,409
1858	95,963,279	6,689,047	307,169	2,150,581	36,169,630	101,817,061	15,630,024	28,589,452	5,684,484	18,439,743	3,596,651	315,037,101	15,868,204	3,985,483	20,243,184	3,394,246	43,491,117	358,528,218
													588,349,700	254,825,607	308,020,925			

Der Staatshaushalt Österreichs in den Jahren 1845 bis 1895

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen nach Art									
				Grundbesitz	Industrie	Handel	Verkehr	Finanzen	Landwirtschaft	Forstwirtschaft	Fischerei	Mineralien	Andere
1845	10.000.000	12.000.000	-2.000.000	5.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
1846	10.500.000	12.500.000	-2.000.000	5.250.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000
1847	11.000.000	13.000.000	-2.000.000	5.500.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
1848	11.500.000	13.500.000	-2.000.000	5.750.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000
1849	12.000.000	14.000.000	-2.000.000	6.000.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
1850	12.500.000	14.500.000	-2.000.000	6.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000
1851	13.000.000	15.000.000	-2.000.000	6.500.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000
1852	13.500.000	15.500.000	-2.000.000	6.750.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
1853	14.000.000	16.000.000	-2.000.000	7.000.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000	1.400.000
1854	14.500.000	16.500.000	-2.000.000	7.250.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000
1855	15.000.000	17.000.000	-2.000.000	7.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
1856	15.500.000	17.500.000	-2.000.000	7.750.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000
1857	16.000.000	18.000.000	-2.000.000	8.000.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000
1858	16.500.000	18.500.000	-2.000.000	8.250.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000	1.650.000
1859	17.000.000	19.000.000	-2.000.000	8.500.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000
1860	17.500.000	19.500.000	-2.000.000	8.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000
1861	18.000.000	20.000.000	-2.000.000	9.000.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000
1862	18.500.000	20.500.000	-2.000.000	9.250.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000	1.850.000
1863	19.000.000	21.000.000	-2.000.000	9.500.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000
1864	19.500.000	21.500.000	-2.000.000	9.750.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000	1.950.000
1865	20.000.000	22.000.000	-2.000.000	10.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
1866	20.500.000	22.500.000	-2.000.000	10.250.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000	2.050.000
1867	21.000.000	23.000.000	-2.000.000	10.500.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000
1868	21.500.000	23.500.000	-2.000.000	10.750.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000	2.150.000
1869	22.000.000	24.000.000	-2.000.000	11.000.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000
1870	22.500.000	24.500.000	-2.000.000	11.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000
1871	23.000.000	25.000.000	-2.000.000	11.500.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000	2.300.000
1872	23.500.000	25.500.000	-2.000.000	11.750.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000
1873	24.000.000	26.000.000	-2.000.000	12.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
1874	24.500.000	26.500.000	-2.000.000	12.250.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000
1875	25.000.000	27.000.000	-2.000.000	12.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000
1876	25.500.000	27.500.000	-2.000.000	12.750.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000	2.550.000
1877	26.000.000	28.000.000	-2.000.000	13.000.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000
1878	26.500.000	28.500.000	-2.000.000	13.250.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000	2.650.000
1879	27.000.000	29.000.000	-2.000.000	13.500.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000
1880	27.500.000	29.500.000	-2.000.000	13.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000	2.750.000
1881	28.000.000	30.000.000	-2.000.000	14.000.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000	2.800.000
1882	28.500.000	30.500.000	-2.000.000	14.250.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000	2.850.000
1883	29.000.000	31.000.000	-2.000.000	14.500.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000	2.900.000
1884	29.500.000	31.500.000	-2.000.000	14.750.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000	2.950.000
1885	30.000.000	32.000.000	-2.000.000	15.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
1886	30.500.000	32.500.000	-2.000.000	15.250.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000	3.050.000
1887	31.000.000	33.000.000	-2.000.000	15.500.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000
1888	31.500.000	33.500.000	-2.000.000	15.750.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000	3.150.000
1889	32.000.000	34.000.000	-2.000.000	16.000.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000	3.200.000
1890	32.500.000	34.500.000	-2.000.000	16.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000	3.250.000
1891	33.000.000	35.000.000	-2.000.000	16.500.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000	3.300.000
1892	33.500.000	35.500.000	-2.000.000	16.750.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000	3.350.000
1893	34.000.000	36.000.000	-2.000.000	17.000.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000
1894	34.500.000	36.500.000	-2.000.000	17.250.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000	3.450.000
1895	35.000.000	37.000.000	-2.000.000	17.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000

Der Staatshaushalt Österreichs in den Jahren 1896 bis 1900

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen nach Art									
				Grundbesitz	Industrie	Handel	Verkehr	Finanzen	Landwirtschaft	Forstwirtschaft	Fischerei	Mineralien	Andere
1896	35.500.000	37.500.000	-2.000.000	17.750.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000	3.550.000
1897	36.000.000	38.000.000	-2.000.000	18.000.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000	3.600.000
1898	36.500.000	38.500.000	-2.000.000	18.250.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000	3.650.000
1899	37.000.000	39.000.000	-2.000.000	18.500.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000	3.700.000
1900	37.500.000	39.500.000	-2.000.000	18.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000

nicht übersehen, insbesondere gegenüber dem geringen Etatssatz des Cultus- und Unterrichtsministeriums.

Bei den Ausgaben fällt zunächst die grosse Steigerung des Aufwands auf die Staatsschuld in die Augen, welcher sich von 1845 bis 1858 mehr als verdoppelt hat. Theils die Zurückführung der älteren Staatsschuld auf ihre ursprüngliche Verzinsung, mehr aber die colossale Vermehrung der neueren Schuld erklärt diese Erscheinung. Die grossen Schuldentilgungen in den Jahren 1850, 1851, 1852, 1855, 1856 und 1857 haben ihren Grund in ausserordentlichen Abzahlungen an die Nationalbank behufs Wiederherstellung der Silbervaluta und in der Einziehung des ausgegebenen Staatspapiergelds. Die Steigerung des Aufwands der Ministerien des Innern und der Justiz ist grossentheils Folge der Organisationsarbeiten, der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Beseitigung der ungarischen Sonderstellung etc., wie überhaupt ein sehr grosser Theil der Mehreinnahmen und Mehrausgaben seit 1850 auf Rechnung des Umstandes zu schreiben ist, dass die besondere Verwaltung Ungarns mit seinen Nebenländern aufgehört hat.

Im Ganzen liefert unsere Zusammenstellung ein wenig erfreuliches Bild. Die Ausgaben sind seit 1845 um mehr als 100% gestiegen; die Jahre 1847 bis 1858 weisen im ordentlichen Etat ein Deficit von nicht weniger als 638 Mill. Gulden nach und vom gesammten ordentlichen und ausserordentlichen Staatsaufwande sind während der letzten 14 Jahre 1723 Millionen durch Vermehrung der Staatsschuld gedeckt worden, welcher Vermehrung nur eine Tilgung von 588 Millionen gegenübersteht. In Wahrheit ist aber die Steigerung der Staatsschuld weit grösser gewesen, weil in der Staatsrechnung nur die Summen in Einnahme erscheinen, welche die verschiedenen Anlehen eingebracht haben, diese aber fast durchweg unter pari emittirt wurden. Auf productive Anlagen sind allerdings 308 Millionen verwendet worden. Die hauptsächlichsten Ertragsobjecte, welche mit dieser Summe erstellt wurden, nämlich die Eisenbahnen, sind jedoch, wie wir gesehen haben, wieder veräussert und von der allgemeinen Finanznoth mitverschlungen.

Es unterliegt keiner Frage, dass eine Finanzverwaltung, welche auf dem bisherigen Wege weiter schreiten wollte, endlich den Staatsbankerott mit Naturnothwendigkeit herbeiführen müsste. Dem gegenüber kann auch nur einerseits die bedeutende Zunahme der Staatseinkünfte, welche sich von 1845 bis 1858 von 160 Mill. auf 274½ Mill. gehoben haben und einer weiteren progressiven Steigerung fähig sind,¹⁾ und andererseits die unverkennbare feste Absicht der Regierung, mit dem bisherigen System zu brechen, alle möglichen Ersparnisse einzuführen und das Gleichgewicht herzustellen, Beruhigung geben. Wir sind der Ueberzeugung, dass sich, abgesehen von politischen Störungen, dieses Ziel in Oesterreich bei festem Willen und Zusammenwirken wohl erreichen lässt, nachdem der Grund zu einem finanziellen Aufschwung durch die Grundentlastung, die Herstellung grossartiger Verkehrsmittel und Freigebung der Erwerbsthätigkeit gelegt ist. Es ist aber unabwiesbare Nothwendigkeit, eine wahre Lebensaufgabe der österr. Monarchie, die bisherigen Bahnen zu verlassen und endlich dem Anwachsen der Staatsschuld ein Ziel zu setzen. Dass das österr. Volk mit Steuern im Vergleich zu andern Ländern noch nicht überlastet ist, werden wir später sehen. Gerade ihm kann aber am

¹⁾ Diese Ansicht wird durch den neuesten Staatsvoranschlag bestätigt, welcher die Steuereinnahmen für 1861 zu 284 Mill. berechnet, obgleich in demselben die Lombardei nicht mehr figurirt.

wenigsten damit gedient sein, wenn es heute mit Lasten verschont wird, welche es später doppelt leisten muss. Die Creditoperationen des österr. Staats waren in Wahrheit seit langer Zeit nichts anderes, als eine solche doppelte Belastung und es ist daher die höchste Zeit, ein anderes System anzunehmen. Um indessen den Staatscredit wieder herzustellen, ist noch ein anderes unabweisliches Bedürfniss zu befriedigen: die Ordnung der inneren Verfassungsverhältnisse ohne Gefährdung des Staatseinheitsprincips.

Für 1859 ist der Finanzausweis noch nicht erschienen. Dass derselbe in Folge des italienischen Krieges nur ein sehr ungünstiges Resultat liefern kann, ist mit Gewissheit vorauszusehen. Aus gleichen Ursachen wird auch das Jahr 1860 nicht befriedigend abschliessen.

Für das Jahr 1861 sollte nach einem kaiserlichen Befehl das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt werden. Die Regierung hat dem verstärkten Reichsrath, der nunmehr das Staatsbudget festzustellen hat, einen Voranschlag zugestellt, welcher nach Zeitungsnachrichten (in amtlicher Bekanntmachung ist derselbe nicht erschienen) mit einem Gesamtdeficit von 40,065,600 fl.¹⁾ abschliesst, somit den kaiserlichen Intentionen keineswegs entspricht. Es bleibt abzuwarten, welche Aenderungen der Reichsrath erwirken und welche Mittel und Wege er zur Deckung jenes Deficits finden wird. Nach seinen bisherigen Verhandlungen ist man zu der Hoffnung berechtigt, dass er das Uebel bei der Wurzel angreifen und die bisherigen Auskunftsmittel verwerfen werde.

§. 20.

Gesetzliche Bestimmungen über Verjährung, Amortisation (Mortification), Aussercourssetzung und Vindication österr. Staatspapiere.

Diese Rechtsverhältnisse sind in den österr. Gesetzen mit ziemlicher Vollständigkeit geregelt. Wir lassen den Wortlaut derselben für sich sprechen.

- 1) Bürgerliches Gesetzbuch §. 1480: „Forderungen von rückständigen jährlichen Abgaben, Zinsen, Renten und Dienstleistungen erlöschen in drei Jahren; das Recht selbst wird durch einen Nichtgebrauch von dreissig Jahren verjährt.“
- 2) Hofkammerdecret vom 25. März 1812:²⁾ „Se. Majestät haben aus besonderer Rücksicht für die Staatsgläubiger anzuordnen geruht: dass auf die vom 1. Januar 1812 an verfallenen und künftig verfallenden Interessen öffentlicher Schuldverschreibungen der §. 1480 des bürgerlichen Gesetzbuchs keine Anwendung haben solle; sondern dass in Hinsicht der Interessen von verzinslichen Staatspapieren, sowie in Hinsicht des Stammcapitals selbst, erst nach Verstreichung eines Zeitraumes von 30 Jahren die Verjährung einzutreten habe.“
- 3) Dieses Decret wurde durch Hofkanzleidecret vom 30. April 1815³⁾ dahin präcisirt, „dass nur in Hinsicht der einzelnen verfallenen Interessen-Renten zu Gunsten der Staatsgläubiger die in dem §. 1480 des bürger-

¹⁾ Vergl. Allgem. Zeitung vom 11. Juli 1860, Nr. 193. Hiernach sind die Staatseinnahmen veranschlagt zu 299,554,300 fl., worunter directe Steuern 105,542,500 fl., indirecte Abgaben 178,387,900 fl., Staatseigenthumsertrag 8,036,300 fl., Erlös aus Staatsgütern 457,700 fl., verschiedene Einnahmen 7,129,900 fl. Das Gesamt-Staatsverforderniss ist zu 339,619,900 fl. präliminirt.

²⁾ Gesetzsammlung Bd. 31, S. 210.

³⁾ Ebendasselbst Bd. 35, S. 248.

lichen Gesetzbuchs festgesetzte 3jährige Verjährungsfrist auf den Zeitraum von 30 Jahren erweitert worden, dass aber alle übrigen Rechtsverhältnisse der Staatsgläubiger nach den bestehenden Gesetzen zu beurtheilen seien.“

- 4) Finanzminist.-Erlass vom 16. Januar 1860:¹⁾ „Se. k. k. apost. Majestät haben mit Allerh. Entschliessung vom 4. Januar 1860 zu bestimmen geruht, dass die Verjährung der Zinsen von allen öffentlichen Schuldverschreibungen, welche erst nach dem Tage der Kundmachung dieser Verordnung fällig werden, nach Verstreichung eines Zeitraumes von 6 Jahren, vom Zeitpunkte der Fälligkeit an gerechnet, einzutreten hat.“

„Auch diejenigen Zinsen von öffentlichen Schuldverschreibungen, deren Verjährung vor dem Zeitpunkte, an welchem die gegenwärtige Vorschrift verbindliche Kraft erlangt, bereits begonnen hat, und nach den bisherigen Gesetzen nicht schon vor Ablauf von 6 Jahren vollendet ist, verjähren, von diesem Zeitpunkte angefangen, binnen 6 Jahren.“

„Hiedurch tritt die Bestimmung der Allerh. Entschliessung vom 1. Jan. 1812 ausser Kraft.“

In Absicht auf Verjährung ist sonach jetzt in Oesterreich positives Recht, dass die Obligationen binnen 30 Jahren, die Zinsenforderungen aber binnen 6 Jahren nach Verfall ausser Kraft treten.

- 5) Patent vom 28. März 1803:²⁾ „Um die Umstände zu heben, welche sich wegen Amortisirung solcher Staatspapiere ergeben können, die auf den Ueberbringer lauten, wollen Wir zur Richtschnur der Gerichtsbehörden und Nachachtung der Parteien folgende Vorschriften festsetzen:

1) „Ueber alle inländische Staatspapiere, welche nicht auf einen bestimmten Namen ausgestellt sind, sondern nur auf den Ueberbringer mit einer bestimmten Zahlungsfrist lauten, sollen bei den öffentlichen Staatssassen keine, die Zahlung zur Verfallzeit hemmende Amortisationen oder gerichtliche Verbote Wirkung haben, weil es die Eigenschaft dieser Staatspapiere mit sich bringt, dass jeder Ueberbringer derselben als der wahre Eigenthümer angesehen werde.“

2) „Damit jedoch in Fällen, wo ein solches Staatspapier durch irgend einen Zufall bei der Verfallzeit nicht dargebracht werden könnte, dem Eigenthümer ein Mittel verbleibe, zu der ihm gebührenden Zahlung zu gelangen; so erlauben Wir in dieser Hinsicht, dass über solche auf den Ueberbringer lautende öffentliche Staatspapiere noch ferner Amortisationsedictes, jedoch nur dergestalt ausgefertigt werden, dass die gesetzliche Amortisation erst nach 1 Jahre, 6 Wochen, 3 Tagen von dem wirklichen Zahlungstage der Obligation, des Looses oder des Coupons an, oder wenn diese Edictausfertigung erst nach solchem Zahlungstage angesucht worden wäre, vom Tage dieser Ausfertigung an gerechnet, ihre Wirkung haben könne. Wo hingegen

3) nach dem in dem ersten Absatz enthaltenen Grundsatz, des ausgefertigten Amortisations-Edictes ungeachtet, solche für verloren geachtete Staatspapiere, wenn dieselben vor Ausgang der im zweiten Absatz bestimmten Frist beigebracht werden sollten, bei den Cassen an den Ueberbringer unaufgehalten werden ausgezahlt werden.“

¹⁾ Reichsges.-Bl. von 1860 S. 50.

²⁾ Gesetzsammlung Bd. 17, S. 123.

Diese Bestimmungen sind

- 6) durch Patent vom 26. April 1803 ¹⁾ auch auf die in fremden Staaten gemachten Anlehen ausgedehnt worden.

Sodann wurden dieselben „in Ansehung jener auf Ueberbringer lautenden Staatsobligationen, welche entweder keine Termine der Capitals-Rückzahlung haben, oder deren Zahlungstermine auf unbestimmte Zeit verschoben worden sind,“

- 7) durch Patent vom 16. Aug. 1817 ²⁾ dahin erweitert, „dass die gesetzliche Wirkung der Amortisationsedikte in diesen Fällen erst nach drei Jahren von dem Tage an, an welchem der letzte der auf die Obligation hinausgegebenen Interessencoupons zur Zahlung fällig wird, und somit die Hinausgabe neuer Coupons statt zu finden hat, oder wenn die Edictsausfertigung erst nach diesem Verfalltage angesucht und die Obligation zur Erhebung neuer Coupons noch nicht zur Casse gebracht worden wäre, nach 3 Jahren vom Tage der Ausfertigung an, eintrete.“ Auch auf Ueberbringer lautende Interimsscheine über Einlagen zu Staatsanlehen wurden durch dieses Gesetz unter gleichen Bestimmungen, wie für die Staatsobligationen, als amortisirbar erklärt. Dagegen bezieht sich dasselbe auf die Amortisation der Zinscoupons nicht.

Bezüglich der Amortisation der auf bestimmte Namen lautenden öffentlichen Creditspapiere ist

- 8) durch Patent vom 23. Juli 1819 ³⁾ verordnet worden: „dass die Amortisationserkenntnisse über die von den Ständen der Provinzen oder Provinzialbehörden ausgefertigten, auf besonderen Provinzen oder Provinzialtheilen haftenden Obligationen, wenn solche auf bestimmte Namen lauten, ohne Unterschied dem Landrechte der Provinz zustehen, wo solche Obligationen ausgefertigt wurden und verzinst werden, oder in dessen Ermangelung dem in dem Hauptorte der Provinz befindlichen landesfürstlichen Gerichte erster Instanz, in Ansehung aller übrigen Gattungen von Staatsobligationen auf Namen aber dem niederöstr. Landrechte.“ Letzterem war durch die oben angezogenen Gesetze auch die Amortisation der Inhaberoobligationen vorbehalten, mit Ausnahme der im Auslande aufgenommenen Anlehen, für welche sogar das ausländische Gericht des betreffenden Bankhauses für zuständig erklärt ward.
- 9) Wegen der Amortisation der Talons (Zinsleisten) bestimmen die Hofkammerdecrete vom 7. Jan. 1824 ⁴⁾ und 4. Mai 1827, ⁵⁾ dass solche nur bei dem niederöstr. Landrechte angesucht werden könne, die Amortisationsfrist, wenn der Amortisationswerber die Obligation selbst besitze und dem Gerichte vorzeige, oder die Einwilligung des Besitzers gehörig nachweise, auf 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tage, ausser diesem Falle aber auf 3 Jahre festgesetzt sei, beides von dem Verfalltage des letzten mit dem in Verlust gerathenen Talon zugleich ausgegebenen Zinscoupons, oder wenn die Amortisation erst nach diesem Verfalltage nachgesucht wird, vom Tage der Edictsausfertigung an gerechnet.
- 10) Für die Amortisation der Obligationen des lombardisch-venetianischen Anlehens vom Jahre 1850 sind durch Verordnung der Ministerien der Justiz und der Finanzen vom 28. Sept. 1854 ⁶⁾ die Be-

¹⁾ Gesetzsammlung Bd. 17, S. 159.

²⁾ Gesetzsammlung Bd. 39, S. 17.

³⁾ Gesetzsammlung Bd. 42, S. 60.

⁴⁾ Gesetzsammlung Bd. 49, S. 8.

⁵⁾ Gesetzsammlung Bd. 53, S. 182.

⁶⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1854, S. 962.

stimmungen des Patents vom 28. März 1803 mit der Abweichung wiederholt worden, dass zum Amortisationsverfahren ausschliesslich das Provinzial-Tribunal zu Mailand zuständig sei, an dessen Stelle nun das zu Venedig trat.¹⁾

- 11) Ebenso sind besondere Vorschriften bezüglich der „zur Realisirung des Nationalanlehens (von 1854) ausgefertigten Certificate, Anlehensscheine, Obligationsanweisungen und Staatsschuldverschreibungen, dann der hierzu gehörigen Coupons und Talons“ durch Verordnung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen vom 26. Jan. 1855²⁾ gegeben worden. Da das genannte Anlehen nunmehr voll eingezahlt ist, die ausgegebenen Certificate und Anlehensscheine daher nach erfolgter Ausfolge der wirklichen Schuldverschreibungen nicht mehr im Verkehr sein werden; so führen wir nur den die Amortisation der letzteren betreffenden §. 4 dieser Verordnung an, welcher bestimmt:

„In Ansehung der Amortisirung der Staatsschuldverschreibungen des Nationalanlehens und der hierzu gehörigen Coupons und Talons, dann der Anweisungen auf Obligationen zu 20 fl., welche die Stelle der Obligationen zu 20 fl. vertreten, ist ausschliessend das Landesgericht in Wien zuständig, und es haben hierbei die über die Amortisirung der Staatspapiere bestehenden Vorschriften zur Anwendung zu kommen.“

„Eine Amortisirung der Coupons zu den Staatsschuldverschreibungen über 20 fl. findet jedoch nicht statt.“

- 12) Auch wegen Amortisirung der Obligationen der ungarischen Hofkammer, der ungarischen Kirchensilberlieferungsobligationen, der ungarischen Früchtenlieferungsscheine und der Obligationen der ungarischen Cameralschuld erging unterm 9. Nov. 1855 eine besondere Verordnung der Ministerien der Justiz und Finanzen,³⁾ worin das Landesgericht in Ofen allein competent erklärt ist und angeordnet wird, dass von jedem Bescheide, womit die Ausfertigung des Amortisationsdictes bewilligt oder eines jener Papiere für amortisirt erklärt wird, ein Duplicat der betreffenden Casse zuzustellen sei.
- 13) Endlich erging unterm 10. Jan. 1856 ein Finanzministerialerlass,⁴⁾ welcher mit Bezugnahme auf die mittelst kaiserl. Patente kundgemachte Vorschrift über den Wirkungskreis und Zuständigkeit der Gerichte, welche in §. 32 die Bestimmung enthält, dass zur Amortisirung der Staatsobligationen und der denselben gleich geachteten Creditspapiere jene Landesgerichte berufen sind, an deren Amtssitze die bezüglichlichen Creditsbücher geführt werden, zur Kenntniss bringt, dass die Creditbücher
- a) für sämmtliche seit dem Jahre 1850 ausgegebenen Staatsobligationen, mit Ausnahme der in Folge der Einlösung der Krakau-ober-schlesischen Eisenbahn entstandenen 4proc. Obligationen, dann für die 5proc. Prioritätsobligationen der Wien-Gloggnitzer Eisenbahn in Wien;
 - b) für die Cartelle, Obligationen und Certificate der aus der Convertirung der (italienischen) Tresorscheine entstandenen Schuld und

¹⁾ Minist.-Erlass vom 30. Juli 1860.

²⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1855, S. 222.

³⁾ Reichsgesetz-Bl. S. 655.

⁴⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1856, S. 37.

- für die 4proc. Mailänder-Monza-Como-Eisenbahn-Obligationen in Mailand (jetzt in Venedig);
- c) für die galizischen Kriegsdarlehens- und Naturallieferungsobligationen in Lemberg;
- d) für die 4proc. Prioritätsactien der Krakau-oberschlesischen Eisenbahn in Krakau geführt werden.

In Summa ergibt sich aus diesen Gesetzesbestimmungen, dass in Oesterreich nicht nur Staatsobligationen, sondern auch Coupons (mit alleiniger Ausnahme derjenigen zu den Schuldverschreibungen des Nationalanlehens über 20 fl.) und Talons, mögen die ersteren auf Namen oder Inhaber lauten, amortisirbar sind, dass die Amortisation aber selbstverständlich keine Wirkung äussert, wenn das betreffende Werthpapier innerhalb der Amortisationsfrist zum Vorschein kommt, und dass sie bei demjenigen Gerichte nachzusuchen ist, an dessen Amtssitz die bezüglichlichen Creditsbücher geführt werden.

In Absicht auf Vindication österr. Staatspapiere enthält das bürgerliche Gesetzbuch (§. 371) die Bestimmung, dass Geld und auf den Ueberbringer lautende Schuldbriefe dem redlichen Erwerber nicht durch die Eigenthumsklage abgefordert werden können. Namenscheine können demnach von jedem Besitzer vindicirt werden. Letzteres wird in einem einzelnen Falle durch Hofkammerdecret vom 28. Jan. 1818¹⁾ bestätigt, wonach der Finder von auf bestimmte Namen lautenden öffentlichen Obligationen, selbst wenn der Name ein fingirter sein sollte, verpflichtet ist, diese dem Eigenthümer zurückzugeben oder bei Gericht zu deponiren. Für die Inhaberscheine ist dagegen die Vindicabilität beschränkt, was auch aus den oben angeführten Patenten von 1803 erhellt, welche den Grundsatz aufstellen, „es bringe die Eigenschaft dieser Papiere es mit sich, dass der Ueberbringer derselben als wahrer Eigenthümer angesehen werde.“ Sie können daher nur von dem erweislich unredlichen Besitzer abgefordert werden, z. B. vom Dieb; nicht aber auch, wie in anderen Staaten, von demjenigen, welcher sie ohne lucrativen Titel (unentgeltlich) erwarb, z. B. vom Finder.

Ueber das Institut der amtlichen Aussereourssetzung von Inhaber-Obligationen endlich haben wir in der österr. Gesetzgebung keine positiven Bestimmungen gefunden. Dasselbe kommt anderwärts in der Form vor, dass Inhaberpapiere durch einen von einer Behörde auf der Obligation selbst und nur auf dieser gemachten Beisatz oder Vermerk zeitweilig ausser Umlauf gesetzt werden. In dieser Weise scheint das Institut dem österr. Rechte fremd zu sein. Dagegen bestehen Vorschriften, wonach in Oesterreich Körperschaften, Gemeinden, Stiftungen, Pflugschaften und unter öffentlicher Aufsicht stehende Anstalten die von ihnen erworbenen Staatspapiere auf ihren Namen einschreiben lassen müssen; auch kennt das österr. Recht die sogenannte Vinculirung und Arrestirung von Staatsobligationen. Ein Fin.-Minist.-Erlass vom 15. Febr. 1860,²⁾ welcher den Geschäftsgang bei der Umschreibung und Devinculirung von Staatsschuldverschreibungen zu vereinfachen strebt, unterscheidet zwischen Obligationen, welche auf freien, und solchen, welche nicht auf einen freien Namen lauten. Zu den letzteren werden die Obligationen der eben genannten Corporationen und Anstalten unter öffentlicher Aufsicht, sodann aber auch vinculirte und arrestirte Schuldverschreibungen gerechnet. Diese werden nur gegen urkundlichen Nachweis des erworbenen Eigenthums umgeschrieben. Die auf freien Namen lautenden Obligationen

¹⁾ Gesetzsammlung Bd. 40, S. 21.

²⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1860, S. 78.

dagegen werden auf andere Namen übertragen, wenn der Name dessen unterschrieben ist, auf welchen sie lauten. Eine Prüfung der Aechtheit der Unterschrift oder der Legitimation tritt nicht ein. Dabei ist aber durch Finanz-Minist.-Erlaß vom 18. Juni 1854¹⁾ strikte ausgesprochen, dass die Staatsverwaltung für die Aechtheit der Unterschriften auf den Cessionen und Zinsquittungen keinerlei Haftung übernehme. Die Staatsgläubiger können aber bei der Creditcasse, bei welcher sie die Zinsen erheben, das wirksame Verlangen stellen, dass nur gegen legalisirte Cessionen Umschreibungen vorgenommen werden.

§. 21.

Zinsfuss der österr. Staatsschuld. Ort und Art der Zinszahlung. Besteuerung des Zinsertrags.

Hinsichtlich des Zinsfusses gibt es keine Staatsschuld, welche grössere Verschiedenheiten zeigte, als die österreichische. Wir haben bereits erwähnt, dass die Finanzverwaltung aus Ursachen, die theils in der Vergangenheit, theils in den inneren Verhältnissen, theils aber auch in dem drückenden Einflusse einer gewissen Coterie von Geschäftsleuten, der sog. hohen Finanz, ihren Grund haben mochten, die lange Friedenszeit nicht dazu benützt hat, den Zinsfuss der öffentlichen Schuld zu ermässigen und diese selbst auf eine geringere Anzahl von Kategorien zurückzuführen. So kommt es, dass die Schuld jetzt noch aus nicht weniger als 101 Unterabtheilungen zusammengesetzt ist, nach 16 verschiedenen Zinsfüssen von 1% bis 6%, verzinst wird und auf dreierlei Währung, die alte Wiener-, die Conventions- und die neue österr. Währung, lautet. Die Staatsschuldencommission hat in ihrem Berichte vom 4. Juni 1860, welchen wir in §. 14 vollständig gegeben haben, nicht nur alle einzelnen Kategorien der Schuld auseinandergehalten, sondern auch den Zinsfuss und die Art der Zinszahlung speciell angegeben. Um daher Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir auf jenen Vortrag zurück.

Ueber die Art der Zinszahlung haben wir indessen noch einige Bemerkungen anzufragen. Die österr. Geldverhältnisse, d. h. der Umstand, dass seit 1848 an die Stelle der Silberwährung in der That Papierwährung getreten ist, in so ferne die Noten der österr. Nationalbank Zwangscours geniessen, bedingen, abgesehen von der älteren, in Wiener Währung Papiergeld verzinslichen Schuld, eine weitere Abscheidung der österr. Staatsschuld in zwei grosse Gruppen, nämlich in die mit klingender Münze und in die in Bankvaluta zahlbare Schuld. Jedes Anlehen, bei dessen Emission nicht ausdrücklich Silberzahlung zugesagt wurde, ist in Bankvaluta verzinslich und rückzahlbar. Auch in dieser Beziehung gibt der mehrfach erwähnte Bericht der Staatsschuldencommission die erforderlichen Aufschlüsse, auf welche wir daher Bezug nehmen können. Unsere Leser müssen wir aber auf diesen Unterschied aufmerksam machen, welcher, in so lange die zwischen der österr. Papier- und Silberwährung bestehende grosse Differenz, die bisweilen auf mehr als 30% stieg, nicht gehoben ist, auf den Werth der verschiedenen österr. Papiere den wesentlichsten Einfluss übt. Auch des Umstandes mag noch Erwähnung geschehen, dass die Zahlung der Zinsen aus dem Nationalanlehen von 1854, obgleich bei dessen Emission ausdrücklich und feierlich

¹⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1854, S. 607.

Silberzahlung zugesagt worden war, „für die Dauer der durch die Kriegergebnisse (von 1859) herbeigeführten Verhältnisse in Banknoten mit einem entsprechenden Aufgelde“ (vom 1. Juli bis 31. Dec. 1859) geleistet wurde.¹⁾

Uebrigens werden seit 1. Nov. 1858 in Oesterreich alle Zahlungen in der neuen österr. Währung geleistet, selbst wenn die Forderung noch auf eine ältere Valuta lautet. Da der neue Münzfuss um $\frac{1}{20}$ leichter ist, als der alte Conventionsmünzfuss, so geschieht die Umrechnung dadurch, dass der neuen Währung 5% zugeschlagen werden. Im Einzelnen werden nach §. 5 des Patents vom 27. April 1858²⁾ in österr. Währung bezahlt:

für 100 fl. in Conventionsmünze	105 fl.
„ 100 fl. „ Wiener Währung	42 „
„ 100 Lire Austriache . . .	35 „

In Absicht auf den Ort der Zinszahlung verbietet uns der Raum, die grosse Zahl der Schuldgattungen einzeln durchzugehen. Es lassen sich folgende allgemeine Regeln aufstellen:

- 1) die sogenannten Provinzialschulden, Aerarial- und Domesticalobligationen verschiedener Provinzialstände, sind bei den Provinzialcassen verzinslich;
- 2) die Zinsen aus der lombardisch-venetianischen Schuld fielen bis 1859 beim Monte in Mailand und werden künftig, in soweit jene Schuld bei Oesterreich verbleibt, bei dem neu zu errichtenden venetianischen Monte zu erheben sein. Inzwischen werden sie von der Montesection in Verona bezahlt. Das lomb.-venet. Anlehen von 1850 und ebenso das von 1859 sind übrigens auch an auswärtigen Plätzen domiciliert, ersteres in Amsterdam, Augsburg, Frankfurt a. M. und Paris, letzteres in Frankfurt a. M.,³⁾ jedoch nur diejenigen Stücke, welche rechtzeitig angemeldet und daher auf jene Plätze abgestempelt wurden;
- 3) alle von der Universalstaatsschuldencasse und auf den allgemeinen Landescredit aufgenommenen Anlehen haben ihr gewöhnliches Domicil zunächst in Wien bei genannter Casse, sowie bei deren Filialcassen in den Provinzen. Manche derselben sind aber auch an auswärtigen Plätzen, insbesondere in Amsterdam (sogen. holländische Stücke), in Frankfurt a. M., in London (englische Anlehen) und in Paris zahlbar. Wir führen von den auf auswärtige Plätze domicilierten allgemeinen Anlehen an:
 - A. von der älteren Staatsschuld:
 - a) die in den Jahren 1802 und 1803 bei Bethmann in Frankfurt, bei Goll in Amsterdam und Osy in Rotterdam aufgenommenen Anlehen, welche bei diesen Häusern verzinst werden;
 - B. von der neuen Schuld:
 - b) Anlehen von 1823 à 25,000,000 fl. bei Rothschild, Gebrüder Baring & Comp. und Reid Irving & Comp. in London, zahlbar in London;

¹⁾ Kaiserl. Verordnung vom 11. Juni 1859, Reichsges.-Bl. S. 255. Durch Finanz-Minist.-Erlass vom 15. Juni 1859, das. S. 260, wurde das Aufgeld bis Ende September auf 25% und durch Finanz-Minist.-Erlass vom 15. Sept. 1859, das. S. 513, bis Ende December 1859 auf 15% festgesetzt. Durch Finanz-Minist.-Erlass vom 12. Dec. 1859, das. S. 609, wurde vom 1. Jan. 1860 an wieder Silberzahlung verfügt.

²⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1858, S. 295.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung des Bankhauses M. A. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt vom 1. Dec. 1859, Actionär Nr. 311.

- e) Convertirungsanlehen von 1849 (für rückständige Zinsen und Lotterieloose), zahlbar in Amsterdam und Frankfurt;¹⁾
 - d) Serie B des freiwilligen Anlehens von 1851, ebendasselbst domiciliert, ferner in Brüssel und Paris;²⁾
 - e) Silberanlehen (englisch-österr.) von 1852 à 3,500,000 Pfd. Sterl., zahlbar in London, Frankfurt und Paris;
 - f) Bankvaluta-Anlehen von 1852 à 80,000,000 fl., an den gleichen Plätzen verzinslich,³⁾ jedoch nach dem Tagescours.
 - g) Englisches Anlehen von 1859, zahlbar in London und Frankfurt.⁴⁾
- 4) Für die Zinsenbehebung aus den Obligationen des Nationalanlehens von 1854 sind besondere Begünstigungen eingeräumt worden, bestehend in Folgendem:
- a) die nicht länger als 1 Jahr fälligen Coupons von auf Ueberbringer lautenden Obligationen werden bei allen Landeshaupt- und Filialcassen, dann bei den beiden Centralcassen zu Mailand und Venedig auf blosses Anmelden bezahlt und von allen landesfürstlichen Cassen und Aemtern als Steuerzahlung angenommen.⁵⁾ Diese Vergünstigung war jedoch nur bis 1. Juli 1859 in Kraft. Von da an werden die gedachten Coupons also- gleich nur noch bei der Universal-Staatsschuldencasse in Wien, oder bei den Creditsabtheilungen derjenigen Landeshaupt- oder Filialcassen berichtet, auf welche sie zur Zahlung förmlich überwiesen sind, gegen Anmeldung 30 Tage vor Verfall aber bei den Landeshaupt- und Filialcassen in Prag, Brünn, Troppau, Linz, Salzburg, Innsbruck, Gratz, Klagenfurt, Laibach, Triest, Zara, Lemberg, Czernowitz, Ofen, Agram, Temesvár, Herrmannstadt, Krakau, Pressburg, Oedenburg, Kaschau und Grosswardein und bei der Filialcreditscasse in Görz;⁶⁾
 - b) die gegen Quittung zahlbaren Zinsen aus dem Nationalanlehen werden bei der Staatsschuldencasse in Wien und bei allen Creditsabtheilungen derselben bezahlt.⁷⁾

Anbelangend endlich die Besteuerung des Zinsertrags österr. Staatseffecten, so erschien unterm 28. April 1859 folgende Verordnung:⁸⁾

„Ich finde Mich nach Vernehmung Meiner Minister und nach Anhörung Meines Reichsraths veranlasst . . . zu bestimmen, dass fortan nach dem 30. April 1859 von den fällig werdenden Zinsen von Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen, mit Ausnahme derjenigen, die aus Anlehen herrühren, bei deren Aufnahme die Steuerbefreiung zugesichert wurde, die Einkommensteuer . . . gleich unmittelbar durch die zur Auszahlung dieser Zinsen berufenen landesfürstlichen Cassen, mit dem für die dritte Classe des Einkommens festgesetzten Procente, ohne Rücksicht auf die Eigenschaft des Besitzers und die

¹⁾ Vgl. Minist.-Decret vom 25. Juli 1849, Ergänz.-Band zum Reichsges.-Bl. Nr. 316.

²⁾ Finanz-Minist.-Erlass vom 1. Sept. 1851, Reichsges.-Bl. Nr. 202.

³⁾ Finanz-Minist.-Erlass vom 4. Sept. 1852, Reichsges.-Bl. S. 797.

⁴⁾ Vergl. Bekanntmachung des Bankhauses von Rothschild in Frankfurt vom 2. Aug. 1859 im Actionär Nr. 293.

⁵⁾ Kundmachung des Finanzministeriums vom 13. Juli 1854, Reichsges.-Bl. S. 757.

⁶⁾ Finanz-Minist.-Erlass vom 25. April 1859, Reichsges.-Bl. S. 181.

⁷⁾ Kundmachung des Finanzministeriums vom 13. Juli 1854, Reichsges.-Bl. S. 757.

⁸⁾ Reichsgesetz-Bl. von 1859, S. 181 (183).

Höhe des Zinsbetrags zu bemessen und in Abzug zu bringen ist. Ein Landes- oder Comunalzuschlag zu dieser . . . Steuer hat jedoch nicht einzutreten.“

Die Vollziehungsverfügung des Finanzministeriums vom 4. Mai 1859¹⁾ besagt des Näheren:

- 1) „Dem fünfprocentigen Abzuge an den Zinsen unterliegen alle, wie immer Namen habende Staats- und öffentliche Fondsobligationen, sie mögen in Papiergeld oder in klingender Münze verzinst werden. Hievon sind nur die Wiener-Banko-, dann die Banko-Lotto-, endlich die Mailänder- und ungarischen Hofkammer-Obligationen ausgenommen, da ihnen die Steuerbefreiung schon ursprünglich zugesichert wurde.“
- 2) „Der fünfprocentige Abzug an den Zinsen geschieht bei den auf österr. Währung lautenden Obligationen mit dem 20. Theile; bei den ursprünglich oder durch Umrechnung der Wiener Währung in Conv.-Münze zu bezahlenden Zinsen in der Art, dass der Betrag, welcher mit einem 5proc. Zuschlage in österr. Währung zu entrichten gewesen wäre, nunmehr ohne diesen Zuschlag in österr. Währung entrichtet wird.“

Diese Gesetzesbestimmungen scheinen indessen nur auf diejenigen Effecten angewendet zu werden, deren Zinsen im Inlande bezahlt werden; denn es ist Thatsache, dass bis jetzt von den im Auslande zahlbaren Coupons, wie z. B. von denen des englischen Anlehens de 1852, ein Steuerabzug nicht stattfand.

Ausser dieser Einkommenssteuer besteht noch eine andere Besteuerung einzelner österr. Staatspapiere. Da nämlich die Stempelabgabe in Oesterreich eine eigene indirecte Steuergattung bildet, welcher der gesammte schriftliche Verkehr mit den Behörden unterworfen ist, so müssen auch die Zinsquittungen derjenigen Staatsobligationen, die auf Namen lauten, mit dem amtlichen Stempel versehen sein. Coupons von Staatspapieren auf den Inhaber unterliegen dagegen dieser Besteuerung nicht. Der Steueransatz beträgt nach Scala II von einem Zinsbetrag unter 20 fl.: 3 kr. über 20 fl.: 6 kr. Conv.-Münze.

§. 22.

Hauptsächlich im Verkehr vorkommende österr. Staatspapiere.

Das Wiener Börsencoursblatt, welches die österr. Staatspapiere am vollständigsten notirt, enthält in seiner ersten Abtheilung unter der Aufschrift „öffentliche Schuld“ folgende Abtheilungen:

A. Schuld des Staats:

- 1) Obligationen in österr. Währung zu 5⁰/₀;
- 2) „ des Nationalanlehens zu 5⁰/₀;
- 3) „ vom Jahre 1851, Serie B, zu 5⁰/₀;
- 4) „ von der Couponconvertirung zu 5⁰/₀;
- 5) Metalliques zu 5, 4¹/₂, 4, 3, 2¹/₂ und 1⁰/₀;
- 6) Loose von 1834, 1839, 1854 und 1860;
- 7) Como-Rentenscheine zu 42 Lire austr.;
- 8) Verlooste Obligationen der alten Staatsschuld zu 5, 4¹/₂, 4 und 3⁰/₀;
- 9) Verloosbare desgl. im Inlande verzinslich zu 3, 2¹/₂, 2¹/₄, 2 und 1³/₄⁰/₀;

¹⁾ Reichgesetz-Bl. von 1859, S. 191.



- 10) Verloosbare desgl. im Auslande verzinslich zu 5, $4\frac{1}{2}$ und $4\frac{1}{4}\%$;
 B. der Kronländer (ausser den Grundentlastungs-Obligationen):
 11) Lombardisch-venet. Anlehen vom Jahr 1850 zu $5\frac{1}{2}\%$;
 12) Venetianisches Anlehen vom Jahr 1859 zu $5\frac{1}{2}\%$;

- 13) Tyroler Landesschuld
 14) Salzburger " } zu 5, 4, $3\frac{1}{2}$, 3, $2\frac{1}{2}$, 2, $1\frac{3}{4}\%$.
 15) Krainer "

Darauf folgen sodann die sogenannten „ständischen Domesticobligationen“ als Schuldtheile der einzelnen Kronländer und Provinzen, auch Städte.

Im Auslande sind insbesondere die in Silber verzinslichen Titel der österr. neueren Schuld mit Einschluss der lombardisch-venetianischen, sodann die sogenannten Metalliques (oben Nr. 5), wenn sie auch nicht in klingender Münze verzinslich sind, endlich die Loose aller Gattungen, verbreitet. Der Hauptmarkt für diese Effecten ist ausser Wien in Amsterdam und Frankfurt; für die in England aufgenommenen Anlehen auch in London; ausserdem sind österr. Effecten fast auf allen europäischen Börsen im Handel. Metalliques heissen alle Obligationen der neueren, seit 1815 entstandenen allgemeinen Staatsschuld, weil sie auf Conventions-Münze lauten und in diesem Münzfusse verzinslich sind, im Gegensatz zu der sogen. älteren Schuld, deren Verzinsung auf die Hälfte ermässigt wurde und in Wiener Währung Papiergeld geschah (vergl. oben S. 47—48). In Wahrheit ist bei dem grösseren Theil dieser Papiere die bis jetzt immer noch beibehaltene Bezeichnung als Metalliques eine unrichtige, da seit 1848 nur noch diejenigen Anlehen in klingender Münze verzinst und getilgt werden, bei deren Emission solches ausdrücklich stipulirt wurde, die übrigen aber in Bankvaluta, d. h. in Noten der privileg. österr. Nationalbank (siehe S. 21).

Indem wir über die verbreitetsten österr. Staatseffecten nach der oben angedeuteten Ordnung des Wiener Coursblattes einige Details folgen lassen, verweisen wir unsere Leser auch hier im Weiteren auf den in §. 14 gegebenen Bericht der Staatsschulden-Commission vom 14. Juni 1860, aus welchem insbesondere die Grösse der einzelnen Schuldgattungen nach dem Stande vom Anfange des Jahres 1860 ersichtlich ist.

- 1) Obligationen in österr. Währung zu 5% . Hierunter sind hauptsächlich die in Folge des Finanzministerial-Erlasses vom 26. Oct. 1858 (siehe S. 80) umgewandelten älteren Schuldtitel verstanden. Sie lauten auf 1000 fl., 500 fl. und 100 fl. österr. Währung, sind in Bankvaluta verzinslich und zahlbar, und soll $\frac{1}{2}\%$ ihres Betrags jährlich zur Rückzahlung im Wege der börsenmässigen Einlösung gelangen.¹⁾ Von den 1859 und 1860 emittirten Anlehen kann ferner hieher gerechnet werden: das englische Anlehen von 1859 in Obligationen von 100 Pfd. Sterl. mit festem Cours à 10 fl. österr. Währung für 1 Pfd. Sterl. Tilgung jährlich 1% der Schuld durch Pariverloosung; Zinszahlung in Silber zu London in Pfd. Sterl. und zu Frankfurt a. M. à $116\frac{2}{3}$ fl. = 10 Pfd. Sterl.; tro. 1. Januar und 1. Juli. Die jedes Jahr am 2. Januar zu verloosenden Obligationen sind am darauffolgenden 1. Juli fällig.
- 2) Obligationen des Nationalanlehens von 1854.²⁾ Diese bilden

¹⁾ Patent vom 23. Dec. 1859, oben §. 17. Vergl. auch den diesfälligen Antrag der Schuldencommission, oben §. 14.

²⁾ Vergl. Patent vom 26. Juni 1854, R.-Ges.-Bl. S. 635; Finanzminist.-Erlass vom 5. Juli 1854, das. S. 637; Erlass der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 25. Sept. 1854, das. S. 939.

das Hauptspeculations-Staatspapier auf den meisten deutschen Börsen. Sie lauten auf Beträge von 10,000 fl., 5000 fl., 1000 fl., 500 fl., 50 fl. und 20 fl., auf die Zinstermine 1. Januar und 1. Juli, und 1. April und 1. October, auf Namen und auf Inhaber. Zinsenzahlung in klingender Münze. (Gold nicht über den 15 $\frac{1}{2}$ -fachen Werth des Silbers) ist zugesagt (siehe jedoch S. 103). Ein Tilgungsfonds ist nicht ausgeworfen; dennoch hat bisher eine Einlösung auf der Börse stattgefunden, welche aber jetzt wohl aufhören wird. Hinsichtlich des Orts der Zinsenzahlung verweisen wir auf §. 21, S. 105.

- 3) Obligationen des Anlehens von 1851.¹⁾ Sie zerfallen in zwei Serien, A und B. Serie B ist zu 5% verzinslich in Amsterdam, Brüssel, Frankfurt a. M. und Paris in klingender Münze. Tilgungsquote 1% der Schuld nebst zuwachsenden Zinsen. Einlösung mittelst Rückkaufs auf der Börse, wenn der Cours nicht über pari steht. Stücke von 1000, 500 und 100 fl.; Zinstermin von Serie B 1. Mai und 1. November; Serie A verschieden.
- 4) Obligationen von der Couponseconvertirung der Jahre 1849—1851,²⁾ hervorgegangen aus der Umwandlung der verfallenen Zinsen und gezogenen Staatslotterieloose in 5% fundirte Staatseffecten tro. 1. Januar und 1. Juli, in Abschnitten auf den Inhaber von 1000, 500 und 100 fl. Die Zinsen fallen zu Amsterdam und Frankfurt a. M. in klingender Münze. Tilgungsquote jährlich 1% der Schuld nebst zuwachsenden Zinsen. Einlösung auf der Börse nicht über pari.
- 5) Metalliques zu 5, 4 $\frac{1}{2}$, 4, 3, 2 $\frac{1}{2}$ und 1%. Hierunter sind alle, seit 1815 entstandenen, auf Conventions-Münze lautenden und nicht unter den vorstehend und nachfolgend besonders aufgeführten Schuldkategorien begriffenen Staatsobligationen verstanden, welche sämmtlich in der Landeswährung, d. h. in Bankvaluta (Banknoten) verzinslich und zahlbar sind. Hinsichtlich der Tilgung besteht unter dieser Schuldgattung Verschiedenheit, sofern einzelne Anlehen mittelst börsenmässiger Einlösung eines Betrags von 1% der ursprünglichen Schuld amortisirt werden, für andere dagegen keinerlei Rückzahlung vorgesehen ist. Wir haben oben S. 51, 54 und 55 die von 1815—1860 aufgenommenen Anlehen aufgeführt, wohin wir daher verweisen. Was an den einzelnen Schuldbeträgen noch ungetilgt ist, zeigt der oft genannte Bericht der Staatsschulden-Commission (oben S. 67—71). Wir halten im Einzelnen, der Zeitfolge gemäss, die umgekehrte Ordnung gegenüber dem Wiener Coursblatt ein.
 - a) 1proc. Metalliques, entstanden in Folge des Einzugs der Anticipationsscheine auf Grund des Patents vom 1. Juni 1816. Das Nähere siehe oben S. 46, 47 und 67. Diesem Schuldtheil kam die ursprüngliche Dotation des Tilgungsfonds (S. 47) zu gut; er ist daher grossentheils mittelst Einkaufs auf der Börse eingelöst. Der Rest kann in Obligationen auf österr. Währung convertirt werden (vergl. oben S. 80).
 - b) 2 $\frac{1}{2}$ proc. Metalliques, älteste Gattung derselben, herrührend aus den Anlehen von 1815, 1847, 1851 (Lit. A) und 1852. Zinsen auf verschiedene Termine in Bankvaluta. Auch diese Papiere können auf Grund des Minist.-Erlasses vom 26. Oct. 1858 auf österr. Währung convertirt werden (oben S. 80).

¹⁾ Vergl. Finanzminist.-Erlass vom 1. Sept. 1851, R.-Ges.-Bl. Nr. 202.

²⁾ Ministerial-Decret vom 25. Juli 1849, Erg.-Bd. zum R.-Ges.-Bl. Nr. 316. Finanzminist.-Erlass vom 1. Sept. 1851, R.-Ges.-Bl. Nr. 203.

- c) 3proc. Metalliques, aus dem Anlehen von 1835 à 40 Mill. Gulden. Stücke zu 1000, 500 und 100 fl. tro. 1. Juni und 1. Dec. mit Coupons; in Obligationen auf österr. Währung convertabel. Zinsen in Bankvaluta. Tilgung durch Rückkauf mit einem Tilgungsfonds von 1%.
- d) 4proc. Metalliques, herrührend von den Anlehen der Jahre 1829 und 1830 und von der im letzteren Jahre erfolgten Umwandlung höher verzinslicher in 4proc. Obligationen. Stücke von 1000, 500 und 100 fl. mit Coupons tro. 1. Januar und 1. Juli, 1. Februar und 1. Aug. und 1. Juni und 1. Dec. Convertabel wie die vorigen; ebenso tilgbar. Zinsen in Bankvaluta.
- e) 4 $\frac{1}{2}$ proc. Metalliques. Es bestehen solche nur von dem Anlehen des Jahres 1849, in Abschnitten von 1000, 500 und 100 fl. mit verschiedenen Zinstermen. Auch diese Metalliques können in Oblig. auf österr. Währung umgewandelt werden. Tilgung und Verzinsung wie bei den 3- und 4proc. Metalliques.
- f) 5proc. Metalliques, die zahlreichste Sorte dieser Papiergattung, herrührend aus den Anlehen von 1816, 1818, 1823, 1826, 1831, 1832, 1833, 1841, 1843, 1847 und 1852; auch gehört die Serie A des Anlehens von 1851 (oben Nr. 3) theilweise hierher. Für die Anlehen von 1816, 1818, 1823 und 1852, deren Obligationen auf 10,000, 5000, 1000, 500 und 100 fl. lauten, ist ein Tilgungsfonds von 1% ausgesetzt, welcher zum Rückkauf von Obligationen auf der Börse zu verwenden ist. Vom Anlehen de 1852 können die Zinsen auch in Frankfurt a. M., London und Paris zum Tagescours erhoben werden. Die verschiedenen Titel aller genannten Anlehen haben verschiedene Zinstermine, theils 1. Januar und 1. Juli, theils 1. Mai und 1. Nov.; auch 1. Juni und 1. Dec. Zinsenzahlung in der Regel bei der Hauptcasse zu Wien und den Filialeassen in den Provinzen.
- 6) Im Wiener Coursblatt nicht, dagegen im Londoner und Frankfurter ist das englische Silberanlehen von 1852 notirt. Dessen Theilschuldenscheine lauten auf 100 und 50 Pfd. Sterl. au porteur. Zinsenzahlung in London in Pfd. Sterl., in Frankfurt zum festen Cours von 121 fl. südd. Währung für 10 Pfd. Sterl. und in Paris zum Cours von 25 $\frac{1}{2}$ Fr. = 1 Pfd. Sterl. Rückzahlung durch Verloosung al pari auf Grundlage eines Tilgungsfonds von 1% an den gleichen Plätzen und nach denselben Valuten. Der Tilgungsfonds kann übrigens nach 1862 auf 5% erhöht werden. Zinstermine: 1. Januar und 1. Juli. (Das neue englische Silberanlehen von 1859 siehe oben unter Nr. 1.)
- 7) Lotterieanlehen von 1834, 1839, 1854 und 1860. Das erste dieser Anlehen wird im laufenden Jahre 1860 vollständig getilgt, weshalb wir uns nur mit den 3 weiteren zu beschäftigen haben, von welchen wir statt aller Beschreibung die Ziehungspläne, in so weit sie der Zukunft angehören, beifügen. Die beiden letzten Lotterieanlehen (von 1854 und 1860) haben festen Zinsfuß, das erstere 4%, das letztere 5%. Die Partialscheine sind daher mit Coupons und Talons versehen. Sowohl Zinsen als die Capitalbeträge (Gewinne) sind nach Bankvaluta im Inland zahlbar.

Ziehungsplan

des österr. Staatslotterieanlehens à 30 Mill. Gulden von 1839, eingetheilt in 6000 Serien à 20 Loose à 250 fl. Conventions-Münze, rückzahlbar binnen 39 Jahren bis 1878. Drei Monate nach der Serienziehung erfolgt die Nummerverloosung und 3 Monate nach letzterer die Zahlung. Die Loose

sind in $\frac{1}{5}$ à 50 fl. theilbar. (Die ersten 23 Ziehungen gehören der Vergangenheit an und bleiben daher hier weg.)

24. und 25. Ziehung am 3. Dec. 1860 u. 1. Juni 1862, je 106 Serien.			26. und 27. Ziehung am 1. Dec. 1863 u. 1. Juni 1865, je 110 Serien.			28. und 29. Ziehung am 1. Dec. 1866 u. 1. Juni 1868, je 114 Serien.		
Loose.	fl.	fl.	Loose.	fl.	fl.	Loose.	fl.	fl.
1 . . .	200,000		1 . . .	210,000		1 . . .	220,000	
1 . . .	40,000		1 . . .	40,000		1 . . .	40,000	
1 . . .	10,000		1 . . .	10,000		1 . . .	12,000	
1 . . .	8,000		1 . . .	9,000		1 . . .	9,000	
1 . . .	7,000		1 . . .	8,000		1 . . .	8,000	
1 . . .	6,000		1 . . .	7,000		1 . . .	7,000	
3 à 5,000	15,000		1 . . .	6,000		1 . . .	6,000	
3 à 3,000	9,000		3 à 5,000	15,000		3 à 5,000	15,000	
4 à 2,500	10,000		3 à 3,000	9,000		3 à 3,000	9,000	
4 à 2,000	8,000		4 à 2,500	10,000		4 à 2,500	10,000	
8 à 1,500	12,000		4 à 2,000	8,000		4 à 2,000	8,000	
8 à 1,200	9,600		8 à 1,500	12,000		8 à 1,500	12,000	
10 à 1,100	11,000		8 à 1,200	9,600		8 à 1,200	9,600	
11 à 1,000	11,000		10 à 1,100	11,000		10 à 1,100	11,000	
25 à 900	22,500		11 à 1,000	11,000		11 à 1,000	11,000	
35 à 800	28,000		28 à 900	25,200		39 à 900	35,100	
65 à 700	45,500		38 à 800	30,400		49 à 800	39,200	
119 à 600	71,400		68 à 700	47,600		79 à 700	55,300	
1,819 à 500	909,500		122 à 600	73,200		133 à 600	79,800	
2,120	1,433,500		1,886 à 500	943,000		1,922 à 500	961,000	
			2,200	1,495,000		2,280	1,558,000	
30. und 31. Ziehung am 1. Dec. 1869 u. 1. Juni 1871, je 228 Serien.			32. und 33. Ziehung am 1. Dec. 1872 u. 1. Juni 1874, je 474 Serien.			34. und 35. Ziehung am 1. Dec. 1875 u. 1. Juni 1877, je 830 Serien.		
Loose.	fl.	fl.	Loose.	fl.	fl.	Loose.	fl.	fl.
1 . . .	220,000		1 . . .	220,000		1 . . .	280,000	
1 . . .	50,000		1 . . .	50,000		1 . . .	60,000	
1 . . .	25,000		1 . . .	25,000		1 . . .	30,000	
1 . . .	15,000		1 . . .	15,000		1 . . .	20,000	
1 . . .	10,000		1 . . .	10,000		1 . . .	15,000	
1 . . .	8,000		1 . . .	8,000		1 . . .	10,000	
1 . . .	6,000		1 . . .	6,000		1 . . .	8,000	
3 à 5,000	15,000		3 à 5,000	15,000		1 . . .	6,000	
3 à 3,000	9,000		3 à 3,000	9,000		2 à 5,000	10,000	
4 à 2,500	10,000		4 à 2,500	10,000		3 à 3,000	9,000	
4 à 2,000	8,000		4 à 2,000	8,000		4 à 2,500	10,000	
8 à 1,500	12,000		8 à 1,500	12,000		4 à 2,000	8,000	
8 à 1,200	9,600		8 à 1,200	9,600		8 à 1,500	12,000	
10 à 1,100	11,000		10 à 1,100	11,000		8 à 1,200	9,600	
11 à 1,000	11,000		11 à 1,000	11,000		10 à 1,100	11,000	
42 à 900	37,800		46 à 900	41,400		11 à 1,000	11,000	
52 à 800	41,600		56 à 800	44,800		56 à 900	50,400	
84 à 700	58,800		88 à 700	61,600		66 à 800	52,800	
138 à 600	82,800		143 à 600	85,800		98 à 700	68,600	
4,186 à 500	2,093,000		9,089 à 500	4,544,500		161 à 600	96,600	
4,560	2,733,600		9,480	5,197,700		16,161 à 500	8,080,500	
						16,600	8,558,500	

36. und letzte Ziehung am 1. Dec. 1878, 834 Serien.

Loose.	fl.	fl.	Loose.	fl.	fl.
1		300,000	4 à 2,000		8,000
1		75,000	8 à 1,500		12,000
1		30,000	8 à 1,200		9,600
1		20,000	10 à 1,100		11,000
1		15,000	12 à 1,000		12,000
1		10,000	54 à 900		48,600
1		8,000	67 à 800		53,600
1		6,000	98 à 700		68,600
2 à 5,000		10,000	161 à 600		96,600
3 à 3,000		9,000	16,241 à 500		8,120,500
4 à 2,500		10,000	16,680		8,933,500

Verloosungsplan

des österr. Staatslotterielehens von 1854 à 50 Mill. Gulden, eingetheilt in 4000 Serien à 50 Loosnummern à 250 fl., rückzahlbar binnen 50 Jahren vom 30. Juni 1855 bis 31. Dec. 1904. Die Loose sind zu 4% tro. 1. April verzinslich. Mit der Gewinnziehung hört die Verzinsung der verloosten Theilscheine auf. Jedes Jahr erfolgen 2 Serienziehungen am 2. Januar und 1. Juli, und 2 Gewinnziehungen am 1. April und 1. Oct. Zahlung der Gewinne $\frac{1}{4}$ Jahr nach der Gewinnziehung.¹⁾

Jahr.	Januarziehung.	Juliziehung.	Jahr.	Januarziehung.	Juliziehung.
	Loose. Gewinne.	Loose. Gewinne.		Loose. Gewinne.	Loose. Gewinne.
1860	1 170,000 fl.	1 70,000 fl.	1864	1 170,000 fl.	1 70,000 fl.
	1 20,000 "	1 40,000 "		1 20,000 "	1 40,000 "
	748 à 300 "	5 à 5,000 "		898 à 300 "	5 à 5,000 "
		5 à 1,000 "			5 à 1,000 "
		50 à 400 "			50 à 400 "
		688 à 300 "			838 à 300 "
	750	750		900	900
1861	1 170,000 fl.	1 70,000 fl.	1865 und 1866	1 140,000 fl.	1 60,000 fl.
	1 20,000 "	1 40,000 "		1 20,000 "	1 30,000 "
	798 à 300 "	5 à 5,000 "		998 à 300 "	5 à 5,000 "
		5 à 1,000 "			5 à 1,000 "
		50 à 400 "			50 à 400 "
		738 à 300 "		1,000	938 à 300 "
	800	800			1,000
1862 und 1863	1 170,000 fl.	1 70,000 fl.	1867 und 1868	1 140,000 fl.	1 60,000 fl.
	1 20,000 "	1 40,000 "		1 20,000 "	1 30,000 "
	848 à 300 "	5 à 5,000 "		1,098 à 300 "	5 à 5,000 "
		5 à 1,000 "			5 à 1,000 "
		50 à 400 "			50 à 400 "
		788 à 300 "		1,100	1,038 à 300 "
	850	850			1,100

¹⁾ Vergl. Finanzminist.-Erlass vom 4. März 1854, R.-Ges.-Bl. S. 245. Der Verloosungsplan ist ebendasselbst S. 250 abgedruckt.

Jahr.	Januarziehung.		Juliziehung.		Jahr.	Januarziehung.		Juliziehung.	
	Loose.	Gewinne.	Loose.	Gewinne.		Loose.	Gewinne.	Loose.	Gewinne.
1869	1	140,000 fl.	1	60,000 fl.	1877 und 1878	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.
	1	20,000 "	1	30,000 "		1	20,000 "	1	5,000 "
	1,198 à	300 "	5 à	5,000 "		1,698 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			1,138 à	300 "				1,638 à	300 "
	<u>1,200</u>		<u>1,200</u>			<u>1,700</u>		<u>1,700</u>	
1870 und 1871	1	110,000 fl.	1	50,000 fl.	1879	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.
	1	20,000 "	1	20,000 "		1	20,000 "	1	5,000 "
	1,298 à	300 "	5 à	5,000 "		1,798 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			1,238 à	300 "				1,738 à	300 "
	<u>1,300</u>		<u>1,300</u>			<u>1,800</u>		<u>1,800</u>	
1872 und 1873	1	110,000 fl.	1	50,000 fl.	1880 und 1881	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.
	1	20,000 "	1	20,000 "		1	20,000 "	1	5,000 "
	1,398 à	300 "	5 à	5,000 "		1,898 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			1,338 à	300 "				1,838 à	300 "
	<u>1,400</u>		<u>1,400</u>			<u>1,900</u>		<u>1,900</u>	
1874	1	110,000 fl.	1	50,000 fl.	1882	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.
	1	20,000 "	1	20,000 "		1	20,000 "	1	5,000 "
	1,498 à	300 "	5 à	5,000 "		1,998 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			1,438 à	300 "				1,938 à	300 "
	<u>1,500</u>		<u>1,500</u>			<u>2,000</u>		<u>2,000</u>	
1875	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.	1883 und 1884	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.
	1	20,000 "	1	5,000 "		1	20,000 "	1	5,000 "
	1,498 à	300 "	5 à	2,000 "		2,098 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			1,438 à	300 "				2,038 à	300 "
	<u>1,500</u>		<u>1,500</u>			<u>2,100</u>		<u>2,100</u>	
1876	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.	1885 und 1886	1	100,000 fl.	1	40,000 fl.
	1	20,000 "	1	5,000 "		1	20,000 "	1	5,000 "
	1,598 à	300 "	5 à	2,000 "		2,198 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			1,538 à	300 "				2,138 à	300 "
	<u>1,600</u>		<u>1,600</u>			<u>2,200</u>		<u>2,200</u>	

Jahr.	Januarziehung.		Juliziehung.		Jahr.	Januarziehung.		Juliziehung.	
	Loose.	Gewinne.	Loose.	Gewinne.		Loose.	Gewinne.	Loose.	Gewinne.
1887	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.	1896 und 1897	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.
	1	10,000 "	1	5,000 "		1	50,000 "	1	5,000 "
	2,348 à	300 "	5 à	2,000 "		3,248 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			2,288 à	300 "				3,188 à	300 "
	2,350		2,350			3,250		3,250	
1888 und 1889	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.	1898 und 1899	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.
	1	10,000 "	1	5,000 "		1	10,000 "	1	5,000 "
	2,498 à	300 "	5 à	2,000 "		3,448 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			2,438 à	300 "				3,388 à	300 "
	2,500		2,500			3,450		3,450	
1890	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.	1900 und 1901	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.
	1	10,000 "	1	5,000 "		1	10,000 "	1	5,000 "
	2,648 à	300 "	5 à	2,000 "		3,648 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			2,588 à	300 "				3,858 à	300 "
	2,650		2,650			3,650		3,650	
1891 und 1892	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.	1902	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.
	1	50,000 "	1	5,000 "		1	10,000 "	1	5,000 "
	2,798 à	300 "	5 à	2,000 "		3,848 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			2,738 à	300 "				3,788 à	300 "
	2,800		2,800			3,850		3,850	
1893	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.	1903	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.
	1	10,000 "	1	5,000 "		1	10,000 "	1	5,000 "
	2,948 à	300 "	5 à	2,000 "		4,048 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			2,888 à	300 "				3,988 à	300 "
	2,950		2,950			4,050		4,050	
1894 und 1895	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.	1904	1	100,000 fl.	1	30,000 fl.
	1	10,000 "	1	5,000 "		1	10,000 "	1	5,000 "
	3,098 à	300 "	5 à	2,000 "		4,298 à	300 "	5 à	2,000 "
			5 à	1,000 "				5 à	1,000 "
			50 à	400 "				50 à	400 "
			3,038 à	300 "				4,238 à	300 "
	3,100		3,100			4,300		4,300	

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Ziehungsplan

des österr. Staatslotterieleihens à 200 Mill. Gulden vom Jahre 1860, eingetheilt in 400,000 zu 5% verzinsliche Obligationen à 500 fl. österr. Whg., welche wiederum in $\frac{1}{5}$ à 100 fl. getheilt werden können, — dann in 20,000 Serien à 10,000 fl. Jährlich 2 Serienziehungen am 1. Febr. und 1. August; 3 Monate nachher Gewinnziehung, 3 Monate darauf Zahlung der gezogenen Gewinne in Wien und bei den Filialcassen der Universalschuldencasse in den Kronländern. Ebendasselbst werden die halbjährig tro. 1. Mai und 1. Nov. fälligen Zinsen bezahlt.¹⁾

Bei jeder Ziehung werden folgende grössere Treffer gezogen:

1 zu . . .	300,000 fl.	2 zu . . .	10,000 fl.
1 " . . .	50,000 "	15 " . . .	5,000 "
1 " . . .	25,000 "	30 " . . .	1,000 "

Alle übrigen Loose werden mit 600 fl. eingelöst.

Nr.	Ziehung am	Zahl der zu verloosen- den Staats- schuldver- schreibgn.	Gewinne. fl.	Nr.	Ziehung am	Zahl der zu verloosen- den Staats- schuldver- schreibgn.	Gewinne. fl.
1	2. Nov. 1860	800	950,000	31	2. Nov. 1875	1,600	1,430,000
2	1. Mai 1861	800	950,000	32	1. Mai 1876	1,600	1,430,000
3	2. Nov. "	900	1,010,000	33	2. Nov. "	1,700	1,490,000
4	1. Mai 1862	900	1,010,000	34	1. Mai 1877	1,700	1,490,000
5	2. Nov. "	1,000	1,070,000	35	2. Nov. "	1,800	1,550,000
6	1. Mai 1863	1,000	1,070,000	36	1. Mai 1878	1,800	1,550,000
7	2. Nov. "	1,000	1,070,000	37	2. Nov. "	1,900	1,610,000
8	1. Mai 1864	1,000	1,070,000	38	1. Mai 1879	1,900	1,610,000
9	2. Nov. "	1,100	1,130,000	39	2. Nov. "	2,000	1,670,000
10	1. Mai 1865	1,100	1,130,000	40	1. Mai 1880	2,000	1,670,000
11	2. Nov. "	1,100	1,130,000	41	2. Nov. "	2,000	1,670,000
12	1. Mai 1866	1,100	1,130,000	42	1. Mai 1881	2,000	1,670,000
13	2. Nov. "	1,100	1,130,000	43	2. Nov. "	2,100	1,730,000
14	1. Mai 1867	1,100	1,130,000	44	1. Mai 1882	2,100	1,730,000
15	2. Nov. "	1,200	1,190,000	45	2. Nov. "	2,200	1,790,000
16	1. Mai 1868	1,200	1,190,000	46	1. Mai 1883	2,200	1,790,000
17	2. Nov. "	1,200	1,190,000	47	2. Nov. "	2,300	1,850,000
18	1. Mai 1869	1,200	1,190,000	48	1. Mai 1884	2,300	1,850,000
19	2. Nov. "	1,300	1,250,000	49	2. Nov. "	2,400	1,910,000
20	1. Mai 1870	1,300	1,250,000	50	1. Mai 1885	2,400	1,910,000
21	2. Nov. "	1,300	1,250,000	51	2. Nov. "	2,500	1,970,000
22	1. Mai 1871	1,300	1,250,000	52	1. Mai 1886	2,500	1,970,000
23	2. Nov. "	1,400	1,310,000	53	2. Nov. "	2,600	2,030,000
24	1. Mai 1872	1,400	1,310,000	54	1. Mai 1887	2,600	2,030,000
25	2. Nov. "	1,500	1,370,000	55	2. Nov. "	2,700	2,090,000
26	1. Mai 1873	1,500	1,370,000	56	1. Mai 1888	2,700	2,090,000
27	2. Nov. "	1,500	1,370,000	57	2. Nov. "	2,800	2,150,000
28	1. Mai 1874	1,500	1,370,000	58	1. Mai 1889	2,800	2,150,000
29	2. Nov. "	1,600	1,430,000	59	2. Nov. "	2,900	2,210,000
30	1. Mai 1875	1,600	1,430,000	60	1. Mai 1890	2,900	2,210,000

¹⁾ Finanzminist.-Erlass vom 22. März 1860, R.-Ges.Bl. S. 127. Ziehungsplan siehe ebendasselbst S. 132.

Nr.	Ziehung am	Zahl der zu verloosen- den Staats- schuldver- schreibgn.	Gewinne. fl.	Nr.	Ziehung am	Zahl der zu verloosen- den Staats- schuldver- schreibgn.	Gewinne. fl.
61	2. Nov. 1890	3,000	2,270,000	88	1. Mai 1904	5,200	3,590,000
62	1. Mai 1891	3,000	2,270,000	89	2. Nov. "	5,400	3,710,000
63	2. Nov. "	3,100	2,330,000	90	1. Mai 1905	5,400	3,710,000
64	1. Mai 1892	3,100	2,330,000	91	2. Nov. "	5,600	3,830,000
65	2. Nov. "	3,200	2,390,000	92	1. Mai 1906	5,600	3,830,000
66	1. Mai 1893	3,200	2,390,000	93	2. Nov. "	5,800	3,950,000
67	2. Nov. "	3,400	2,510,000	94	1. Mai 1907	5,800	3,950,000
68	1. Mai 1894	3,400	2,510,000	95	2. Nov. "	6,000	4,070,000
69	2. Nov. "	3,500	2,570,000	96	1. Mai 1908	6,000	4,070,000
70	1. Mai 1895	3,500	2,570,000	97	2. Nov. "	6,300	4,250,000
71	2. Nov. "	3,700	2,690,000	98	1. Mai 1909	6,300	4,250,000
72	1. Mai 1896	3,700	2,690,000	99	2. Nov. "	6,500	4,370,000
73	2. Nov. "	3,800	2,750,000	100	1. Mai 1910	6,500	4,370,000
74	1. Mai 1897	3,800	2,750,000	101	2. Nov. "	6,800	4,550,000
75	2. Nov. "	4,000	2,870,000	102	1. Mai 1911	6,800	4,550,000
76	1. Mai 1898	4,000	2,870,000	103	2. Nov. "	7,100	4,730,000
77	2. Nov. "	4,200	2,990,000	104	1. Mai 1912	7,100	4,730,000
78	1. Mai 1899	4,200	2,990,000	105	2. Nov. "	7,400	4,910,000
79	2. Nov. "	4,400	3,110,000	106	1. Mai 1913	7,400	4,910,000
80	1. Mai 1900	4,400	3,110,000	107	2. Nov. "	7,800	5,150,000
81	2. Nov. "	4,600	3,230,000	108	1. Mai 1914	7,800	5,150,000
82	1. Mai 1901	4,600	3,230,000	109	2. Nov. "	8,400	5,510,000
83	2. Nov. "	4,800	3,350,000	110	1. Mai 1915	8,400	5,510,000
84	1. Mai 1902	4,800	3,350,000	111	2. Nov. "	9,100	5,930,000
85	2. Nov. "	5,000	3,470,000	112	1. Mai 1916	9,100	5,930,000
86	1. Mai 1903	5,000	3,470,000	113	2. Nov. "	10,400	6,710,000
87	2. Nov. "	5,200	3,590,000	114	1. Mai 1917	10,400	6,710,000
							400,000 293,580,000

8) Como-Rentenscheine zu 42 Lire austr. Diese sogen. Renten-scheine rühren von einem von der Mailand-Monza-Como-Eisenbahngesellschaft bei Arnstein und Esceles aufgenommenen Anlehen her, welches der Staat, da er diese Bahn 1851 erwarb, übernahm. Dasselbe ist ein Prämienanlehen mit 144,000 Loosen à 42 Lire = 14 fl. C.-M., eingetheilt in 40 Serien à 3600 Rentenscheine, wovon jedes Jahr am 2. Jan. eine Serie gezogen wird und am darauf folgenden 1. Febr. die Zahlung der Gewinne stattfindet. Der niederste Treffer ist 42 Lire, der höchste 60,000 Lire. 13 Serien sind bereits verloost. Die letzte Ziehung fällt auf 2. Jan. 1889.

9) Verlooste Obligationen der alten Staatsschuld zu 5, 4 $\frac{1}{2}$, 4 u. 3%. Es sind dies die mittelst jährlicher Verloosung in den alten Zinsengenuß wieder eingesetzten Titel der vor 1815 entstandenen und im Jahre 1811 auf die Hälfte ihres Zinsfusses und auf Wiener Währung reducirten Schuld. Wir haben wiederholt die Verhältnisse dieser Schuldgattung besprochen (oben S. 44, 45, 47—48 ff.). Die einzelnen Arten derselben siehe in §. 14.

- 10) Verloosbare Obligationen der alten Staatsschuld, im Inland verzinslich. Rest der noch nicht wieder in den früheren Zinsgenuss eingesetzten alten Schuld, mit Ausnahme der in nächster Nummer genannten Anlehen. Dass die Zurückführung dieses Schuldrests auf ihren vollen Zinsenbezug bis Ende 1867 zu geschehen habe, haben wir bereits bemerkt (oben S. 90). Hinsichtlich ihrer Bestandtheile verweisen wir auf §. 14 (oben S. 64—66).
- 11) Dergleichen im Auslande verzinslich. Anlehen bei Bethmann in Frankfurt a. M., Goll in Amsterdam und Osy in Rotterdam von 1802 und 1803. Die Obligationen dieser Anlehen sind längst in ihren vollen Zinsengenuss eingesetzt und in Silber zahlbar (vergl. oben S. 62). Anders verhält es sich mit den übrigen vor 1811 im Ausland (Florenz, Genua etc., siehe S. 64 oben) aufgenommenen Anlehen, welche von den Verordnungen des Jahres 1811 bleibend betroffen wurden und daher, in so weit sie noch nicht verloost sind, unter Nr. 10 gehören.
- 12) Lombardisch-venetianisches Anlehen von 1850. Diese zur Einlösung der ausgegebenen Tresorscheine und zum Eisenbahnbau aufgenommene Schuld haftete auf dem lomb.-venet. Königreiche, in specie auf dem Monte in Mailand (siehe oben S. 49). Die Obligationen lauten auf 100, 300, 900, 1500 und 3000 Lire (à 20 kr. C.-M. = 24 kr. rhein.), auf den Inhaber und auf Namen, auf Silber und auf die Zinstermine 1. Juni und 1. December. Hinsichtlich des Orts der Zinszahlung siehe §. 21. Das ganze Anlehen ist in 25 Serien eingetheilt, wovon jedes Jahr am 1. Juni eine durch's Loos zur Tilgung bezeichnet wird. Bis 1. Juni 1860 sind 8 Serien verloost worden. Zahlung der gezogenen Obligationen $\frac{1}{2}$ Jahr nach der Verloosung.
In Folge des Züricher Friedensvertrags von 1859 fallen $\frac{3}{5}$ dieser Schuld auf Sardinien, wogegen $\frac{2}{5}$ bei Oesterreich verbleiben. Die Ausscheidung der einzelnen Obligationen ist noch nicht geschehen. Oesterreich hat unterm 30. Nov. 1859 ¹⁾ einen Aufruf an seine eigenen Unterthanen zur Anmeldung behufs Uebertragung ihrer Forderungen auf den neuen venetianischen Monte erlassen; ebenso hat die sardinische Regierung für ihre Unterthanen eine Anneldungsfrist (von nur 3 Tagen!) anberaumt. Für die auswärtigen Gläubiger geschah bis jetzt unseres Wissens nichts. Doch hat Oesterreich die Zinsen, sowie die 1859 verloosten Obligationen, in so weit sie nicht in Mailand zu zahlen waren, ohne Rücksicht darauf, ob die Obligationen auf den neuen venetianischen Monte angemeldet wurden, ausbezahlen lassen. ²⁾ Sardinien dagegen ist den ausländischen Gläubigern bislang in keiner Weise gerecht geworden. Die Verhandlungen sind übrigens noch im Gang und es bleibt zu erwarten, dass nach deren Schluss den auswärtigen Gläubigern Gelegenheit gegeben werden wird, ihre Rechte zu wahren.
- 13) Venetianisches Anlehen vom Jahre 1859, zu 5% in Silber verzinslich, pro 1. Januar und 1. Juli, auch in Frankfurt a. M., wenn diess von den Besitzern der Obligationen auf den Inhaber bis Juni 1860 verlangt wurde, zahlbar; binnen 25 Jahren im Wege der Verloosung zu tilgen. Die Obligationen lauten auf österr. Währung und es ruht die Schuld auf der Provinz Venetien.

¹⁾ Finanzminist.-Erlass vom 30. Nov. 1859, R.-Ges.-Bl. S. 606.

²⁾ Vergl. Finanzminist.-Erlass vom 29. Mai 1860, R.-Ges.-Bl. Nr. 136; Bekanntmachung des Bankhauses M. A. v. Rothschild in Frankfurt a. M. vom 19. April und 21. Mai 1860, Actionär Nr. 331 und 335.

- 14) Tyroler, Salzburger und Krainer Landesschuld, in sehr verschiedenen Zinsfüssen, Beträgen und Unterarten. Wir müssen diesfalls auf den in §. 14 gegebenen Bericht der Staatsschuldencommission verweisen.

Hinsichtlich der sogenannten „Domesticalobligationen“ verschiedener Stände wollen wir schliesslich noch darauf aufmerksam machen, dass dieselben Theile von Provinzialschulden sind (so lange sie vom Staat nicht förmlich übernommen werden); dass sie an der Verloosung behufs Wiedereinsetzung in den früheren Zinsgenuss nicht Theil nehmen; somit weit weniger werth sind, als die sogen. ständischen „Aerarialobligationen“, welche wirkliche Staatspapiere sind, und dass sie sich von den letztern nur dadurch unterscheiden, dass die Worte: „Aerarial“, oder „zum Bedürfnisse des Aerars“ in den ersteren fehlen.

§. 23.

Coursbewegung österreichischer Staatspapiere von 1847 bis 1860.

Obleich wir dem Börsencourszettel nicht jene allein maassgebende Bedeutung zuerkennen, wie es in unsern Tagen häufig geschieht, so erachten wir denselben dennoch als einen wichtigen Gradmesser für den öffentlichen Credit. Wir wollen daher nicht ermangeln, die Coursbewegung der wichtigsten österr. Handels-Staatspapiere vor und nach den Ereignissen des Jahres 1848 anschaulich zu machen.

Zeit der Börsennotiz.	5proc. Metalliques in Wien.	Zeit der Börsennotiz.	5proc. Metalliques in Wien.	5proc. Metal- liques in Frankf. a. M.	5proc. National in Frankfurt a. M.
	0/0		0/0	0/0	0/0
1847. Juni 30.	106 ⁹ / ₁₆	1853. April 15.	94 ³ / ₈	—	—
Sept. 15.	104 ⁹ / ₁₆	Dec. 30.	93 ⁵ / ₈	—	—
Oct. 15.	104 ¹³ / ₁₆	1854. Janr. 2.	93 ¹ / ₂	79 ⁵ / ₈	—
Dec. 31.	104 ¹ / ₈	April 1.	82	57 ¹ / ₂	—
1848. Janr. 15.	103 ³ / ₈	Juli 1.	86	67 ³ / ₈	—
Febr. 15.	101 ¹ / ₄	Oct. 2.	85 ¹ / ₂	73 ¹ / ₂	—
März 28.	70	1855. Janr. 2.	82 ⁵ / ₈	64 ¹ / ₄	67
April 15.	55 ⁹ / ₈	April 2.	82 ³ / ₄	65 ⁵ / ₈	70 ³ / ₄
Juni 30.	69 ³ / ₄	Juli 2.	78	62 ³ / ₄	67 ³ / ₈
Sept. 26.	78 ⁷ / ₈	Oct. 1.	74 ¹ / ₂	65 ¹ / ₈	69 ¹ / ₄
Dec. 15.	78 ¹ / ₂	1856. Janr. 2.	73 ³ / ₄	67	70 ¹ / ₄
1849. Janr. 15.	84 ⁹ / ₁₆	April 1.	86 ³ / ₄	84 ¹ / ₄	85 ⁵ / ₈
April 15.	87 ¹⁵ / ₁₆	Juli 1.	83 ¹ / ₂	82 ¹ / ₈	83 ³ / ₈
Juli 15.	93 ¹ / ₈	Oct. 1.	81 ⁶ / ₈	78 ¹ / ₂	77 ⁸ / ₈
Oct. 15.	95 ⁷ / ₁₆	1857. Janr. 2.	81 ¹ / ₂	76 ³ / ₈	78 ¹ / ₄
1850. Janr. 15.	95 ¹³ / ₁₆	April 1.	83 ³ / ₈	79 ¹ / ₄	81 ¹ / ₂
April 15.	93	Juli 1.	83 ¹ / ₂	79 ³ / ₄	81
Juli 15.	96 ¹³ / ₁₆	Oct. 1.	81 ³ / ₈	76 ³ / ₄	78 ¹ / ₂
Oct. 15.	95	1858. Janr. 2.	81 ³ / ₄	76 ¹ / ₂	79 ¹ / ₈
1851. Janr. 15.	95	April 1.	81 ¹ / ₈	76 ³ / ₈	79 ³ / ₈
April 15.	96 ¹ / ₂	Juli 1.	82 ¹ / ₂	77 ⁷ / ₈	78 ³ / ₄
Juli 15.	96 ¹⁵ / ₁₆	Oct. 1.	82 ¹ / ₄	80 ³ / ₄	81 ³ / ₈
Oct. 15.	92 ³ / ₄	1859. Janr. 3.	84	80 ³ / ₄	81 ⁶ / ₈
1852. Janr. 15.	94 ³ / ₄	April 1.	74	65 ⁷ / ₈	68 ¹ / ₂
April 15.	95 ¹ / ₂	Juli 1.	61 ¹ / ₄	42	46
Juli 15.	97 ¹ / ₈	Oct. 1.	73 ¹ / ₂	59 ¹ / ₄	63 ¹ / ₈
Oct. 15.	95	1860. Janr. 2.	72 ⁴ / ₆	55 ¹ / ₄	61 ¹ / ₂
1853. Janr. 15.	95 ⁵ / ₈	April 2.	68 ¹ / ₄	49 ¹ / ₂	56 ³ / ₄
		Juli 2.	70 ¹ / ₁₀	53 ¹ / ₂	60

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, dass die österr. Papiere vor 1848 und selbst noch unter dem Drucke der Ereignisse von 1847 weit über pari standen, dass sie aber von den Vorgängen des Jahres 1848 auf die Hälfte ihres vormaligen Courses zurückgeworfen wurden und sich seitdem nicht wieder erholt haben. Bei Beurtheilung der Wiener Coursnotiz ist übrigens nicht ausser Acht zu lassen, dass vom Mai 1848 an die Veränderung im Geldwesen, d. h. die Umwandlung der Silberwährung in Papierwährung, Einfluss auf die Höhe des Courses in Wien erlangte. Die Notiz versteht sich nämlich von da an nicht mehr für Silber, sondern für Papier, welches selbst weit unter pari stand. Mitte Juni 1848 z. B. stand das Silber-Agio auf 17%, welche in Wahrheit von der Wiener Coursnotiz noch in Abzug zu bringen sind. Um den wahren Werth der österr. Staatspapiere darzustellen, haben wir daher von 1854 an der Wiener Papiernotiz die Frankfurter Silbernotiz gegenübergestellt. Dadurch wird zugleich die Bewegung des Silber-Agio's anschaulich, und wir sehen, was wir schon früher angedeutet haben, dass schon Mitte 1856 und wiederum Ende 1858 der Unterschied zwischen Papier und Silber bis auf ein Minimum verschwunden war.

Sehr deutlich spiegeln sich die Weltereignisse in unserer Tafel ab: 1848 die Revolution, 1854—55 der orientalische, 1859 der italienische Krieg und von da an die allgemeine Unsicherheit der Lage.

§. 24.

Vergleichende Recapitulation.

Am Schlusse unserer Erhebungen über österr. Staatspapiere stellen wir das Resultat derselben zusammen, um einen Gesamtüberblick zu ermöglichen. Eine auf einen einzigen Münzfuss zurückgeführte Hauptübersicht von den bedeutendsten europäischen Staaten werden wir der gegenwärtigen Abtheilung folgen lassen, wodurch sodann eine Vergleichung der einzelnen Länder und Ländergruppen unter sich erleichtert sein wird. Wir legen unserer Berechnung den Stand vom Anfange des Jahres 1860 in runden Zahlen zu Grunde.

Bevölkerung	35,000,000 Seelen.
Flächeninhalt des Staatsgebiets	11,750 □Meilen.
Nennwerth der gesammten Staatsschuld	2,400,000,000 fl. öst. W., ¹⁾
welche ganz als unproductive Schuld angesehen werden muss, da die durch Schuldvermehrung erstellten Objecte (Eisenbahnen) wieder veräussert sind.	
Auf 5procent. Verzinsung zurückgeführte Staatsschuld	2,330,000,000 fl. „ „ ²⁾

¹⁾ Die Staatsschulden-Commission berechnet den Nennwerth der Schuld, wie folgt:

a) ältere Schuld in Wiener Währung verzinslich (oben S. 66)	86,961,691 fl.
b) „ „ „ Conv.-Münze verzinslich (S. 67)	18,253,900 „
c) neuere Schuld auf Conv.-Münze lautend (S. 72)	1818,223,208 „
d) „ „ „ österr. Währung lautend (S. 74)	73,302,958 „
e) schwebende Schuld in österr. Währung (S. 75)	345,214,156 „
zusammen zu	2341,955,313 fl.

Nach dem Berichte des Finanzministers ist diese Summe aber um etwa 63 Mill. Gulden zu nieder gegriffen, wodurch sich unsere Annahme rechtfertigt.

²⁾ Auch hier haben wir die eben erwähnten 63 Mill. der von der Staatsschulden-Commission festgestellten Summe (oben S. 79) zugerechnet.

Gesamtstaatseinnahme (nach dem neuesten Voranschlag) netto 300,000,000 fl. öst. W.

Darunter:

directe Steuer (netto) 105,500,000 fl.

indirecte Steuer (netto) 178,500,000 fl.

ganze Steuersumme 284,000,000 fl. " "

Rechnet man übrigens die unter den indirecten Abgaben aufgeführten Erträgnisse der Salinen und der Postanstalt ab, wie es in andern Staaten geschieht, so vermindert sich die indirecte Steuerlast um circa 32 Mill. Gulden auf 146 $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden und die Gesamtsteuerlast auf 252 Mill. Gulden.¹⁾

Gesamt-Staatsausgabe nach dem neuesten Voranschlag 339,500,000 fl. " "

Capitalwerth des unmittelbaren Staatsvermögens (oben S. 93) 1,107,000,000 fl. " "

Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:

a) am Nennwerth der Gesamtstaatsschuld 68,57 fl. " "

b) an der auf 5% reducirten Schuld 66,57 fl. " "

c) Jahresbeitrag zur Verzinsung der Schuld 3,33 fl. " "

d) directe Steuer 3,01 fl. " "

e) indirecte Steuer mit Einrechnung des Salz- und Postgefälls 5,10 fl. " "

f) ohne Einrechnung dieser Gefälle 4,17 fl. " "

g) ganze Steuerlast mit Einrechnung des Salz- und Postgefälls 8,11 fl. " "

h) ohne Einrechnung der letzteren Gefälle 7,20 fl. " "

i) Antheil an der Gesamtstaatsausgabe 9,70 fl. " "

Die gesammte Staatsschuld in ihrem Nennwerth verhält sich zum unmittelbaren Staatsvermögen wie 2,17 : 1; zu einer Jahres-Staatseinnahme wie 8 : 1.

2) Königreich Preussen.²⁾

§. 25.

Historische Rückblicke.

Die Entstehungs- und Bildungsgeschichte der hohenzollern-preussischen Monarchie ist eine verhältnissmässig kurze und knüpft sich hauptsächlich an die Thatkraft und Fähigkeiten zweier grossen Regenten.

¹⁾ Um bezüglich des Salzertrags ein richtiges Resultat zu erzielen, wäre freilich eine Ausscheidung dessen, was der Salinenbetrieb als solcher, und was das Regal abwirft, nöthig. Zu dieser fehlen aber alle Anhaltspunkte.

²⁾ Literatur: Krachrügge, die preuss. Finanzwirthschaft, Erfurt, 1850. Schubert, Handbuch der allgem. Staatskunde des pr. Staats, Königsberg, 1846 ff. Mittheilungen des k. statistischen Bureau in Berlin und dessen Tafeln zur preuss. Statistik. v. Reden, allgem. vergleichende Finanzstatistik, II. Bd., 2. Abthlg., Darmstadt, 1856. Hübner, Jahrbuch für Volkswirthschaft und Statistik, I. Jahrgang, S. 68—69, und V. Jahrgang, 2. Abthlg., S. 42 ff.

Friedrich von Hohenzollern, Burggraf zu Nürnberg, hatte 1411 die Mark Brandenburg von Kaiser Siegmund in pfandweisen Besitz erhalten. Nachdem durch fernere Vorschüsse seine Darlehen auf 400,000 ungarische Goldgulden angewachsen waren, überliess der Kaiser die Mark nebst der Churwürde dem Burggrafen, jedoch unter Vorbehalt des Wiedereinlösungsrechts. 1417 erfolgte aber eine Belehnung ohne diesen Vorbehalt und seitdem herrschen die Hohenzollern im Norden Deutschlands.

Schon im ersten Jahrhundert ihrer Herrschaft erweiterten sie ihr Gebiet und ihre Macht durch Eroberung und Verträge. Die kriegerischen Churfürsten Friedrich I. (1414—1440), Friedrich II. (1440—1470) und Albrecht Achilles (1470—1486) brachten Alles, was vorher von der Mark getrennt worden war, und noch ein Mehreres, durch Gewalt der Waffen unter ihre Herrschaft zurück. Ihre Nachfolger Johann Cicero (1486—1499) und Joachim I. (1499—1535) schlugen den Weg der Verträge zu gleichem Ziele ein und so besass die Dynastie schon nach einer 100jährigen Thätigkeit ausser der ganzen Mark Brandenburg Theile von Schlesien und der Lausitz und war mit dem Herzogthum Preussen durch Polen belehnt (1525), welches Ereigniss dem heutigen Staate seinen Namen gab. Die alten fränkischen Stammlande (Bayreuth und Ansbach) waren zwar nach Friedrich I. Tode von den Marken getrennt worden, wurden aber unter Churfürst Johann Georg (1571—1598) wieder mit dem Ganzen vereinigt und letzteres durch weitere Erwerbungen vergrössert. Die Regierung Joachim Friedrichs (1598—1608) ist denkwürdig durch den Hausvertrag von Gera (29. April 1599), wodurch die Unzertrennlichkeit des Staatsgebiets, mit Ausnahme der fränkischen Fürstenthümer, welche in zwei Theilen, übrigens unter Vorbehalt des Rückfalls, zur Abfindung der Nachgeborenen dienen könnten, ausgesprochen wurde. Unter Johann Siegmund (1608—1619), Georg Wilhelm (1619 bis 1640) und Friedrich Wilhelm (1640—1688) wurde Preussen als souveränes Herzogthum und die rheinische Erbschaft (die Herzogthümer Jülich, Berg und Cleve, die Grafschaften Mark und Ravensberg und die Herrschaft Ravenstein) erworben. Friedrich Wilhelm, der grosse Churfürst, war es jedoch erst, der durch rastlose Thätigkeit, überragende geistige Befähigung, schrankenlose Ausdehnung der Fürstengewalt, und Gründung eines stehenden Heeres die lose zusammenhängenden Theile zu einem Ganzen zusammenfügte und so den Grund zur fernerer Grösse legte. Er hinterliess einen Staat von 1930 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 1½ Mill. Köpfen, ein Heer von 24,000 Mann und 600,000 Thlr. im Schatze. So war der neu gegründete Churstaat nach dritthalb Jahrhunderten seines Bestehens mächtiger als alle andern und damit war auch die verhängnissvolle Spaltung Deutschlands in zwei rivalisirende Hälften angebahnt.

Der Sohn des grossen Churfürsten, Friedrich III. (1688—1713) nahm für Preussen 1701 den Königstitel an und nannte sich dann Friedrich I. Er wandelte die Bahnen seines Vaters und hatte bei seinem Tode den Staat von 1930 auf 2064 Quadratmeilen vergrössert. Auch unter Friedrich Wilhelm I. (1713—1740) dauerte die Vergrösserung des hohenzollern'schen Besitzthums fort. Er gewann durch den Utrechter Frieden Ober-Geldern und durch Vergleich von 1732 die Fürstenthümer Mörs und Lingen, auch vorher schon im Stockholmer Frieden (1720) schwedisch Vorpommern mit Wollin und Usedom.

Friedrich II., der Grosse, ein Fürst, dessen Begabung seine Zeit überglänzte, trat das Vermächtniss des grossen Churfürsten nach allen Richtungen an und erweiterte dasselbe in all seinen Plänen und Absichten. Durch Kriege und Acte, deren Gerechtigkeit wir nicht zu untersuchen haben, verdoppelte

er seinen Länderbestand und widerstand der Macht von fast ganz Europa. Er nahm Schlesien mit 685 und einen Theil Polens mit 651 Quadratmeilen (in der ersten Theilung 1772) und hinterliess ein Reich von 3568 Quadratmeilen und 6 Mill. Einwohnern.

Unter seinem Nachfolger, Friedrich Wilhelm II. (1786—1797), kam bei der zweiten und dritten Theilung Polens eine weitere grosse Landerwerbung mit 1787 Quadratmeilen hinzu, welche Preussen zur Grossmacht erhob. Allein die Kraft des Ganzen wurde dadurch mehr gelähmt als gehoben und nach dem unglücklichen Kriege gegen die französische Republik schloss Preussen den ruhmlosen Separatfrieden von Basel (5. April 1795) und darauf den unseligen geheimen Vertrag vom 5. April 1796, wodurch es seine volle Zustimmung zur Ueberlassung des ganzen linken Rheinufers an Frankreich aussprach, dagegen für seine geringeren Verluste am Rhein (Obergeldern, Mörs und ein Theil von Cleve) reichlichen Ersatz auf Kosten seiner deutschen Mitstände nahm.

Auch unter Friedrich Wilhelm III. (1797—1840) wurde anfänglich die gleiche undeutsche Politik befolgt. Er schloss sich eng an Frankreich, auch an Russland (nordische Convention vom 3. April 1801) an; gewann durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803, indem er getreulich mithalf, das deutsche Reich zu Grabe zu tragen, eine ganze Reihe säcularisirter Stifte und Klöster (224 Q.-M.); nahm ohne allen Rechtstitel das Churfürstenthum Hannover (1805), und brachte so den Länderbestand Preussens auf den höchsten Gipfel (6120 Q.-M.). Die damals befolgte Politik der Vermittlung und Zweideutigkeit führte aber von der schwindelnden Höhe zum tiefsten Fall, zur Niederlage bei Jena (1806) und zum Tilsiter Frieden (1807), wodurch Preussen mehr als die Hälfte seines Länderbestands verlor. Jetzt — mit diesem unerhörten Missgeschick — beginnt der Segen der Regierung Friedrich Wilhelm III. Mit Hülfe ausgezeichneten Männer (Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau) wurde die ganze Staatsverwaltung auf der Basis des Rechts neu aufgebaut und alle Kraft des Staates und Volkes geweckt und gehoben. Darauf folgte die grossartige Erhebung gegen den französischen Weltoberer 1813 und die Wiederherstellung des preussischen Staats fast in seiner vorigen Grösse, wenn gleich in theilweise veränderter Gestalt, so wie es im Wesentlichen heute besteht. Die Stammlande gingen verloren, dagegen wurde halb Sachsen gewonnen. 1850 kamen die hohenzollern'schen Fürstenthümer, der Urbesitz des hohenzollern'schen Hauses, durch Cession der beiden Fürsten von Sigmaringen und Hechingen an die preussische Linie, dagegen ging 1857 die Oberherrschaft über Neuenburg verloren.

Während des italienischen Krieges von 1859 nahm Preussen die verhängnissvolle Politik von 1805, die Politik der Vermittlung und der freien Hand, wieder auf. Ob sie sich dieses Mal besser bewähren wird; ob die in Berlin fast mit Genugthuung betrachtete Schwächung Oesterreichs in Italien für Preussen und Deutschland Vortheile bringen, oder ob dem Jahre 1805 wieder ein Jahr 1806 folgen wird: die nächste Zukunft mag es lehren.

Wir gehen zur preussischen Finanzgeschichte über.

Unerachtet des bedeutenden Aufwands und der Verlegenheiten während des siebenjährigen Kriegs hat Preussen doch erst seit dem Jahre 1806 eine grössere Staatsschuld, welche Gegenstand des öffentlichen Verkehrs geworden. Es bestanden bei dem Regierungsantritte des Königs Friedrich Wilhelm III. am 16. Nov. 1797 nach den genauesten Erhebungen Geldverbindlichkeiten im Betrage von 46,054,903 Thlr., wovon bis 1806 durch Gebietsabtretungen 1,320,434 Thlr. wegfielen und 21,422,434 Thlr. getilgt wurden (nach einem Tilgungsplane, durch dessen Fortsetzung die sämmtlichen

Schulden bis 1817 getilgt gewesen wären), so dass von der alten Schuld nur noch 23,312,035 Thlr. übrig blieben. Im Jahre 1806 begannen aber die Kriegsrüstungen gegen Frankreich und von da an trat auch in Preussen eine bedeutende Vermehrung der Staatsschuld ein, welche um so rascher folgen musste, als dieses Land, wie kaum ein anderes, vom Kriegsglück verlassen war, und der französische Eroberer dasselbe schonungslos brandschatzte.

Für Ende des Jahres 1806 wurde eine genauere Zusammenstellung der preuss. Staatsschuld gefertigt, welche schon eine namhafte Zunahme ergab.

Es betrug: die verzinsliche Schuld im Inlande . 40,656,745 Thlr.

"	"	"	"	Auslande	3,430,600	"
"	provinzielle Schuld	.	.	.	4,407,569	"
"	unverzinsliche (Tresorscheine)	.	.	.	5,000,000	"

53,494,914 Thlr.¹⁾

Von da an können im preussischen Staatsschuldenwesen drei in ihrem Charakter gänzlich verschiedene Epochen gemacht werden: die erste von 1806 bis 1820, die Epoche der gezwungenen Schuldenvermehrung; die zweite von 1820 bis 1847, die Epoche der Verminderung und die dritte noch offene von 1848 an, welche uns wiederum eine Vermehrung der Schulden, jedoch zum Theil zu productiven Unternehmungen, zeigt.

Welche enorme Lasten der tiefgebeugte preussische Staat in der ersten Epoche getragen, entnehmen wir am sichersten dem amtlichen Berichte der Hauptverwaltung der Staatsschulden, den dieselbe an den König erstattete:

"Von 1806 ab hob die Erschütterung, welcher auch der preuss. Staat im Kampfe gegen eine dem ganzen Europa feindselig gegenüberstehende Gewalt unterlag, für eine geraume Zeit jede Möglichkeit auf, den Gläubigern des Staats durch Zinsen- und Capitalzahlung gerecht zu werden. Nicht allein verweigerte die Uebermacht die Uebernahme eines verhältnissmässigen Theils der Gesamtschuld auf die von der Monarchie getrennten zwei Fünftel ihres Länderbestandes und ihrer Einnahmequellen, sondern trieb selbst das so geschmälerte Staatseinkommen fast zwei Jahre lang mit der schonungslosesten Strenge für eigene Rechnung ein; brandschatzte einzelne Provinzen mit unerschwinglichen Summen; belegte Alles, was auch nur den Anschein von Staatseigenthum hatte, ja selbst Forderungen der Privatpersonen und vom Staate ganz unabhängiger Institute mit Confiscation und organisirte zugleich, den Handel vernichtend und die Gewerthätigkeit lähmend, ein von der rücksichtslosesten Militärdespotie unterstütztes, die Gesamtheit wie den Einzelnen durch die drückendsten Requisitionen gleich entkräftigendes Aussaugungssystem."

"Dabei ward dem durch den übermässigsten Druck erschöpften, in seinen Grenzen beschränkten und in seinen theuersten Interessen so tief verwundeten Lande abermals eine exorbitante Kriegscontribution auferlegt, und überdiess die von deren Zahlung abhängig gemachte Räumung des Landes durch Hintertreibung von Anleiheversuchen im Auslande hingehalten. Nur nach lange vergeblich geführten Unterhandlungen ward diese Contribution endlich auf die Summe von 120 Mill. Franken ermässigt, dagegen aber behielt der Feind die drei Hauptfestungen des Landes fortwährend besetzt. Der neu eintretende Zustand konnte bei der unablässig drohenden Stellung eines misstrauischen und unversöhnlichen Eroberers nur als eine precäre Waffenruhe betrachtet werden, und erst die glücklichen Erfolge der Jahre 1813 und 1814 setzten diesen unnatürlichen Verhältnissen, diesem abermals siebenjährigen Kampfe mit der Uebermacht um die Existenz, ein glorreiches Ziel."

¹⁾ Hübner, Jahrbuch, I. Jahrgang, S. 68.

Die Verwaltung berechnet nun die ausserordentlichen Leistungen des Staats, abgesehen von den Leistungen der Einwohner an Brandschatzungen, Einquartierungen, Naturlieferungen, Requisitionen etc., welche sie ebenfalls auf circa 230 Mill. Thlr. veranschlagt, folgendermassen:

Ausrüstungsaufwand, Revenüenverluste und baare Zahlungen	
an Kriegscontributionen	86,647,280 Thlr.
Unterhaltung der französischen Besatzung	5,845,046 "
Leistungen an die französische Armee 1812	51,981,310 "
Feldzüge von 1813 und 1814	46,305,135 "
Feldzug von 1815 über den gewöhnlichen Etat	15,300,000 "
Nachvergütungen von 1815—1819	50,065,617 "
Voranschlag bis dahin noch nicht festgestellter Verpflichtungen	31,500,000 "
Zusammen	287,644,388 Thlr.

Daran wurden ersetzt:

von verbündeten Staaten	50,269,528 Thlr.
von feindlichen Ländern	65,500,000 "
	115,769,528 Thlr.
Rest auf Preussen liegen bleibend	171,874,860 Thlr.
wovon durch ausserordentliche Steuern	23,541,786 Thlr.
und durch Verkauf von Staatsgütern	25,318,324 "
Zusammen gedeckt wurden	48,860,110 Thlr.
Der Rest von	123,014,750 Thlr.

aber der öffentlichen Schuld zuwuchs.

Bei der Feststellung eines definitiven Staatsschuldenetats im Jahre 1820 (17. Jan.) betrug dieselbe:

- a) verzinsliche Posten:
- | | |
|------------------------------------|-------------------|
| allgemeine Staatsschulden | 180,091,720 Thlr. |
| provinzielle Staatsschulden | 25,914,694 " |
| b) unverzinsliche Schuld | 11,242,347 " |

Zusammen 217,248,761 Thlr.¹⁾

woraus hervorgeht, dass sie nicht nur um die oben dargestellten 123,014,750 Thlr. sich vergrössert hatte, sondern ihr noch ein namhafter weiterer Betrag zuwuchs, was die Staatsschuldenverwaltung selbst anführt, wie sie auch bei mehreren der oben wiedergegebenen Positionen ausdrücklich bemerkt, dass sie nur die Hauptverwendungen umfassen und keineswegs erschöpfend seien.²⁾

Die zweite Epoche von 1820—1847 zeichnet sich durch glänzende Erfolge vortheilhaft aus. Schon 1818 wurde ein jährlicher Tilgungsstock von 1 Mill. Thaler für die consolidirte Schuld ausgeworfen. Durch Verordnung vom 17. Jan. 1820 ist aber das ganze Staatsschuldenwesen geregelt, die Staatsschuld festgestellt, eine möglichst unabhängige Hauptverwaltung der Staatsschulden eingesetzt und der Tilgungsfonds ausreichend dotirt worden. Wir geben den näheren Inhalt dieses Gesetzes, das heute noch die Grundlage der preussischen Staatsschuldenverwaltung bildet, in Nachstehendem am geeigneten Orte.

¹⁾ Vergl. Staatsschulden-Etat vom 17. Janr. 1820, Ges.-Samml. S. 17. Durch spätere Festsetzungen erhöhten sich die provinziellen Schulden auf 26,579,837 Thlr. und es betrug daher die ganze Schuld 217,845,558 Thlr. S. Hübner, Jahrb., I. Jahrgang, S. 68.

²⁾ Nach Gervinus erlaubte man sich den Handstreich, die Schuld 1820 um circa 60 Mill. Thlr. höher anzugeben, als sie in Wahrheit betrug.

Von 1820 bis Anfangs 1848 sind dem Tilgungsfonds zum Zwecke der Schuldverminderung zugewiesen worden:

an Domänen-, Forstveräußerungs- und Ablösungsgeldern	39,561,384 Thlr.
an Zuschüssen aus dem Salzdebit	33,154,839 „
Zusammen	72,716,223 Thlr.

Die verzinsliche Schuld betrug daher Ende 1847 nur noch 128,642,234 Thlr.¹⁾, eine Summe, wie sie in keinem Grossstaat Europa's so günstig sich darstellte.

Die unverzinsliche Schuld bestand 1820 in Tresorscheinen, welche durch Verordnung vom 4. Februar 1806 in Umlauf gesetzt, 1809 vermehrt wurden²⁾ und 1813 Zwangscours erhielten,³⁾ der indessen nur wenige Monate aufrecht erhalten worden ist⁴⁾ und in den mit dem Herzogthum Sachsen auf Preussen übergegangenen 1,750,000 Thlr. Cassenbills.⁵⁾ Im Jahre 1824 wurden beide Arten von Umlaufsmitteln in „Cassenanweisungen“ verwandelt.⁶⁾ 1827 erhielten diese eine Vermehrung von 6 Mill. Thlr.,⁷⁾ 1847 eine dergleichen um 3 Mill. Thlr. und 1836 wurden $\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. pommer'sche, ritterschaftliche Privatbankscheine, 2 Mill. Seehandlungsscheine und 3 Mill. Hauptbankcassenscheine ebenfalls in Cassenanweisungen verwandelt,⁸⁾ so dass 1847 die Totalsumme des Staatspapiergelds betrug . . . 25,742,347 Thlr.⁹⁾ Hievon gehen jedoch die von der Bank bis Ende 1847 eingelösten 4,900,000 Thlr. und blieben im Umlauf . . . 20,842,347 Thlr., wovon 9,600,000 Thlr. durch deponirte Staatsschuldscheine gedeckt waren.

Die Gesamtsumme der öffentlichen Schuld betrug daher Ende 1847:

verzinsliche Posten	128,642,234 Thlr.
unverzinsliches Papiergeld	20,842,347
weniger (gedeckt)	9,600,000

11,242,347 Thlr.

Zusammen 139,884,581 Thlr.¹⁰⁾

Man sieht hieraus, dass das Versprechen, welches im Gesetze vom 17. Jan. 1820 gegeben wurde, nämlich die damals fixirte Staatsschuld ohne Zustimmung der künftigen Reichsstände nicht zu vermehren, bezüglich des Staatspapiergeldes fast ängstlich eingehalten wurde, insofern nur der 1820 vorhandene Betrag ohne Deckung gelassen blieb, obgleich das Bedürfniss des Verkehrs eine Vermehrung des Papiergelds erforderte.

Die neueste Epoche des preussischen Staatsschuldenwesens beginnt wieder mit einer sturmreichen Zeit, welche eine neue Vermehrung der öffentlichen Schuld herbeiführte. Deren Vergrösserung rührt indessen theilweise auch daher, dass in Folge einer Aenderung der Geschäftsordnung manche Posten auf die Staatsschuldenrechnung übertragen wurden, welche vorher in einzelnen Verwaltungen ihre Verrechnung fanden. Weit grössere

¹⁾ Hübner, Jahrb., Jahrg. I. S. 68. v. Reden a. a. O. S. 622.

²⁾ Verordnungen vom 4. Februar 1806 und vom 4. Dec. 1809, Ges.-Samml. S. 615.

³⁾ Edict vom 19. Januar 1813, Ges.-Samml. S. 6. Auch dieses Papiergeld fiel bis auf $\frac{1}{4}$ seines Nennwerths.

⁴⁾ Verordnung vom 5. März 1813, Ges.-Samml. S. 23.

⁵⁾ Convention vom 18. Mai 1815, Art. 9 und 11, Ges.-Samml. S. 62 und 66.

⁶⁾ Cabinetsordre vom 21. Dec. 1824, Ges.-Samml. S. 238.

⁷⁾ Cabinetsordre vom 22. April 1827, Ges.-Samml. S. 33.

⁸⁾ Cabinetsordre vom 5. Dec. 1836, Ges.-Samml. S. 318.

⁹⁾ Vergl. Hübner a. a. O. S. 73.

¹⁰⁾ Ebendasselbst. v. Reden a. a. O. S. 623—626 berechnet die Schuld 1847 unter Einrechnung des Rests der Seehandlungsprämienanleihe und anderer Verbindlichkeiten auf 166,423,493 Thlr.

Summen erforderten aber die Kriege in Holstein und Baden 1848 und 1849, die Mobilmachungen in Folge des orientalischen Kriegs 1854 und der Differenzen mit der Schweiz 1856, sowie die Mobilmachung in Folge des italienischen Krieges 1859. Auch hat die preuss. Regierung, während sie früher mit Rücksicht auf die Verordnung von 1820, welche jede Schuldvermehrung ohne Zustimmung der künftigen Reichsstände untersagte, sich bei Eisenbahnunternehmungen nur durch Ankauf geringerer Beträge von Actien theiligte, in neuerer Zeit grössere Anlehen zum Aus- und Neubau von Eisenbahnen contrahirt.

Alle diese Umstände hatten folgende Schuldvermehrung zur Folge:

a) verzinsliche Schuld:

1) freiwillige Anleihe von 1848 ¹⁾	15,000,000	Thlr.
2) Militäranleihe von 1850 ²⁾	18,000,000	"
3) Eisenbahnanleihe von 1852 ³⁾	16,000,000	"
4) " " " 1853 ⁴⁾	5,000,000	"
5) Militäranleihe von 1854 ⁵⁾	30,000,000	"
6) Prämienanleihe von 1855 ⁶⁾	15,000,000	"
7) Eisenbahnanleihe von 1855 ⁷⁾	7,800,000	"
8) Anleihe v. 1856 zur Einlösung von Cassenanweis. ⁸⁾	16,598,000	"
9) Eisenbahnanleihe von 1857 ⁹⁾	7,680,000	"
	<u>131,078,000</u>	Thlr.

b) unverzinsliche Schuld:

10) durch Veräusserung des früheren Deckungsfonds	9,600,000	Thlr.
11) durch Emission und Uebertrag der sog. Darlehenscassenscheine, welche ursprünglich zur Unterstützung von Gewerbe und Handel ausgegeben wurden . . .	<u>10,000,000</u>	Thlr.

19,600,000 Thlr.

Zusammen Schuldvermehrung 150,678,000 Thlr.

Andererseits wurde die planmässige Tilgung fortgesetzt und es betrug daher die gesammte Staatsschuld nach dem Etat für 1857:

verzinslich: allgemeine Staatsschulden	202,492,222	Thlr.
provinzielle "	5,454,900	"
besondere Eisenbahnschuld	20,051,962	"
	<u>227,999,284</u>	Thlr.

¹⁾ Kgl. Erlass vom 25. April 1848, Ges.-Samml. S. 117. Vergl. Gesetz vom 7. Mai 1851, Ges.-Samml. S. 237.

²⁾ Gesetz vom 7. März und kgl. Erlass vom 7. Mai 1850, Ges.-Samml. S. 173 u. 322.

³⁾ Gesetz vom 7. Dec. 1849, Ges.-Samml. S. 434 und kgl. Erlass vom 28. Nov. 1851, Ges.-Samml. S. 758.

⁴⁾ Gesetz vom 7. Dec. 1849, Ges.-Samml. S. 437 und kgl. Erlass vom 14. März 1853, Ges.-Samml. S. 88.

⁵⁾ Gesetz vom 20. Mai und kgl. Erlass vom 17. Juni 1854, Ges.-Samml. S. 313 u. 316.

⁶⁾ Gesetz vom 20. Mai und kgl. Erlass vom 24. Nov. 1854, Ges.-Samml. S. 313 u. 585.

⁷⁾ Gesetz vom 21. Mai und kgl. Erlass vom 22. Oct. 1855, Ges.-Samml. S. 310 u. 684.

⁸⁾ Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 334, und Vertrag mit der Bank vom 28. Febr. 1856.

⁹⁾ Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 402, und kgl. Erlass vom 23. März 1857, Ges.-Samml. S. 753.

unverzinslich: Cassenanweisungen über Abzug der von der Bank eingelösten $5\frac{1}{4}$ Mill. Thlr.	25,592,347 Thlr.
Schuld an die Rentenbanken für die von den Pri- vatablösungspflichtigen baar einge- zahlten, von den Berechtigten aber nicht angenommenen Beträgen . . .	7,056,596 „
Im Ganzen also	260,648,227 Thlr. ¹⁾
Ende 1847 hatte sie betragen	139,884,581 „
sonit binnen 9 Jahren effectiv zugenommen um . .	120,763,646 Thlr.
Auch in den 3 letztverflossenen Jahren (1858—60) dauerte die Schuldver- mehrung fort. Es wurden weiter aufgenommen:	
die Eisenbahnanleihe von 1858 (resp. 1859 ²⁾) mit	7,500,000 Thlr.
„ Kriegsanleihe von 1859 ³⁾) mit	30,000,000 „
„ Eisenbahnanleihe von 1859 ⁴⁾)	10,900,000 „
	48,400,000 Thlr.

Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, dass die preussische Staatsschuld sich von 1848 bis 1860 mehr als verdoppelt hat. Allerdings sind unter den hinzugekommenen Posten namhafte productive Schuld aufnehmen. Dennoch droht die glänzende Ausnahmislstellung des preussischen Staats in Absicht auf seine Finanz- und Schuldverhältnisse verloren zu gehen, wenn eine gleichmässige Steigerung der Schuld fort dauern sollte. Indessen wird sich im Folgenden zeigen, dass die Grösse der Schuld gegenüber den paraten Deckungsmitteln bis jetzt noch nichts Beunruhigendes hat. Eine Vergleichung mit allen andern europäischen Grossstaaten fällt ohnedies entschieden zu Gunsten Preussens aus. Auch muss zur Ehre der preussischen Schuldenverwaltung angeführt werden, dass sie trotz Revolutionen im Innern (1848), trotz allgemeiner Creditlosigkeit und inmitten eines fort dauernden Waffengetöses keinen Augenblick aufgehört hat, den ihr durch Recht und Gesetz vorgeschriebenen Weg fortzuschreiten und ihre Verbindlichkeiten gegen die Staatsgläubiger ungeschmälert zu erfüllen. Wenn gleichwohl in neuerer Zeit die frühere Festigkeit und Blüthe des preussischen Staatscredits, welcher vor 1848 den aller deutschen Staaten überragte, beeinträchtigt worden ist,⁵⁾ so kann diese Erscheinung ihren tieferen Grund wohl nur in der geschräubten Grossmachtlstellung und in der nahe liegenden Gefahr des preussischen Staats von Westen

¹⁾ Vergl. Hübner, Jahrbuch, V. Jahrgang, 2. Abthlg., S. 46.

²⁾ Gesetz vom 10. Mai 1858, Ges.-Samml. S. 270, und kgl. Erlass vom 21. Aug. 1860, Ges.-Samml. S. 419.

³⁾ Gesetz vom 21. Mai 1859 und kgl. Erlass vom 28. ej. d., Ges.-Samml. S. 242 u. 278.

⁴⁾ Gesetz vom 2. Juli und kgl. Erlass vom 21. Aug. 1859, Ges.-Samml. S. 365 u. 419. Diese Anleihe soll mit der 1858er Eisenbahnanleihe nur nach Bedürfniss ausgegeben werden und ist noch nicht vollständig emittirt.

⁵⁾ Wie fest der preuss. Staatscredit früher stand, beweist die Thatsache, dass — nachdem schon vorher der Zinsfuss der gesammten Schuld ohne Erschütterung auf 4% ermässigt worden war — die Finanzverwaltung es 1842 (Cabinetsordre vom 27. März 1842) wagen konnte, fast 99 Mill. Thlr. Staatsschuldscheine zur baaren Rückzahlung nach 6 Monaten oder Herabsetzung des Zinsfusses auf $3\frac{1}{2}$ % mit nur geringen vorübergehenden Vortheilen, zu kündigen, und dass in Folge dieser Maassregel nur 6,825 Thlr. zurückverlangt wurden, dieselbe zudem fast gar keinen Einfluss auf den Cours äusserte. Dagegen hat die preuss. Regierung seit 1848 den Zinsfuss auf $4\frac{1}{2}$ und 5% für ihre neuen Anlehen erhöhen und z. B. noch die 1859 aufgelegte Anleihe zu 95% (mit Einrechnung der dargebotenen Vortheile thatsächlich zu $94\frac{1}{2}$ %) emittiren müssen, wobei freilich zu berücksichtigen ist, dass diese Anleihe mitten in den italienischen Krieg fiel.

her haben. Diese beiderlei Momente zwingen zu unverhältnissmässiger Anstrengung der Staatskräfte und es hat die Regierung auf dem jüngsten Landtage (1860) sich zu einer Erhöhung des Militäretats um 9 Millionen veranlasst gesehen, welche nur vorübergehend gedeckt erscheint.

§. 26.

Neuester Bestand der preuss. Staatsschuld.

Nach dem Etat der Staatsschuldenverwaltung für das Jahr 1859¹⁾ betrug die gesammte Staatsschuld am 1. Jan. 1859 . . . 247,641,481 Thlr. und war aus folgenden Bestandtheilen zusammengesetzt:

1) verzinsliche allgemeine Schuld:

a) Staatsschuldscheine von 1842 (ältere Schuld) à $3\frac{1}{2}\%$
verzinslich 90,545,800 "

b) Rückstände der neueren, zu Kriegs- und allgemeinen Staatszwecken aufgenommenen Anleihen von 1848, 1850, 1854 und 1856, verzinslich zu $4\frac{1}{2}\%$
53,109,140 Thlr.

Rest der Prämienanleihe v. 1855,
verzinslich zu $3\frac{1}{2}\%$ (jedoch mit
Gewinnen) 14,380,000 "

67,489,140 "

c) Rückstände der Eisenbahnanleihen von 1852, 1853, 1855, 1857, 1858 und 1859:

verzinslich zu $4\frac{1}{2}\%$ 35,932,400 Thlr.

" " 4% 4,710,700 "

40,643,100 "

d) Cautionen der Beamten und Zeitungsredactionen,
verzinslich zu 4% 7,510,000 "

e) Forderung der Militärwitwencasse, verzinsl. zu 4% 890,400 "

2) Provinzielle Staatsschulden, grösstentheils zu $3\frac{1}{2}\%$
verzinslich, theilweise aber auch unverzinslich 4,931,294 "

3) besondere Eisenbahnschulden (Actien und Obligationen von, vom Staat erworbenen Privateisenbahnen) verzinslich zu 4 und $4\frac{1}{2}\%$ 19,789,400 "

Summe der verzinslichen Staatsschuld 231,799,134 Thlr.

4) unverzinsliche Schuld, bestehend in den nach den Gesetzen vom 19. Mai 1851 und 7. Mai 1856 ausgegebenen Cassenanweisungen 15,842,347 "

Ergibt wieder die oben angeführte Summe von . . . 247,641,481 Thlr.

Hiezu müssen aber auch diejenigen Beträge gerechnet werden, welche von den Privat-Ablösungspflichtigen an die Staatsschuldenzahlungscasse zur Saldirung ihrer Ablöschung eingezahlt wurden und welche der Staat mittelst einer 5proc. Annuität zu verzinsen und zu tilgen hat, mit

7,400,259 "

Hauptsumme der ganzen Schuld 1859 255,041,740 Thlr.

¹⁾ Anlagen zum Staatshaushaltetat für 1859, Bd. II. S. 1 ff.; Berlin, Staatsdruckerei.

²⁾ Im amtlichen Staatsschuldenetat ist diese Summe zwar innerhalb der Linie nachgewiesen, aber nicht zum Passivstand zugerechnet. Da jedoch der Staat dieselbe zur Tilgung seiner Schulden (der freiwilligen Anleihe von 1848) verwendet hat und sie in Annuitäten zurückzahlen muss, so ist sie offenbar ein Bestandtheil der Staatsschuld.

Für das Jahr 1860 ist uns der amtliche Etat der Staatsschuldenverwaltung noch nicht zugänglich gewesen. Es lässt sich jedoch der Schuldenstand mit ziemlicher Sicherheit berechnen.

Der Zugang durch neue Anlehen im Jahre 1859 beträgt nämlich:

a) durch Ausgabe des Rests der $4\frac{1}{2}$ proc. Eisenbahnleihe von 1858 (resp. 1859) à 7,500,000 Thlr., von welcher Summe im Etat für 1859 nur 6 Millionen aufgenommen waren	1,500,000 Thlr.
b) durch die 5proc. Kriegsanleihe von 1859	30,000,000 " ¹⁾
c) durch die $4\frac{1}{2}$ proc. Eisenbahnleihe von 1859	10,900,000 " ²⁾
	<u>42,400,000 Thlr.</u>

Dagegen ab: die im Etat für 1859 ausgeworfenen Tilgungsmittel, welche inzwischen ihre Verwendung gefunden haben werden, mit

3,930,087 "

Verbleibt effectiver Schuldenzuwachs

36,469,913 Thlr.

Diese Summe zu dem nachgewiesenen Schuldenstand anfangs

1859 hinzugerechnet, ergibt für 1860 einen Gesamt-

schuldenstand von 293,511,653 "

zusammengesetzt aus folgenden Bestandtheilen:

1) $3\frac{1}{2}$ % ältere Schuld	88,418,264 "
2) neuere allgemeine Schuld:	
zu $4\frac{1}{2}$ % verzinslich	52,334,983 Thlr.
" 5% "	30,000,000 "
Prämienanleihe von 1855	<u>14,050,000 "</u>
	96,384,983 "
3) Cautionen und Schuld an die Militärwittwencasse (nach dem Betrag von 1859), verzinslich zu 4%	8,400,400 "
4) Eisenbahnschulden (productive):	
allgemeine zu 4 und $4\frac{1}{2}$ %	52,670,398 $\frac{1}{2}$ Thlr.
besondere " " " "	<u>19,650,230 $\frac{1}{2}$ "</u>
	72,320,629 "
5) Provinzielle Staatsschulden	4,744,771 "
6) Schuld an die Rentenbanken (nach dem Stand v. 1859)	7,400,259 "
7) Unverzinsliche Cassenanweisungen	<u>15,842,347 "</u>
	293,511,653 Thlr.

Wenn gleich die Steigerung der preuss. Staatsschuld im letzten Jahrzehend eine bedeutende war, so zeigt sie dennoch im Vergleich mit allen Grossmächten den entschieden günstigsten Stand, so zwar, dass die Schulden der andern Staaten die preussische vergleichsweise (nicht nur absolut) um das Mehrfache übersteigen. Berücksichtigt man dabei noch, dass unter der preuss. Schuld 72 Mill. Thaler begriffen sind, welche zu productiven Anlagen verwendet wurden, so fällt der Vergleich selbstverständlich noch günstiger für Preussen aus.

¹⁾ Nach der dem Landtag von 1860 mitgetheilten vorläufigen Abrechnung ertrug diese Anleihe 28,415,443 Thlr. Auf die Mobilmachung wurden verwendet 28,453,977 Thlr. Dasselbe ist sonach verbraucht.

²⁾ Ob diese Anleihe bereits ganz emittirt ist, wurde nicht bekannt. Sie sollte nach Maassgabe des Bedürfnisses zum Eisenbahnbau ausgegeben werden.

§. 27.

Gewährschaften des preuss. Staats für fremde Verbindlichkeiten.

Ausser den bisher dargestellten unmittelbaren Geldverbindlichkeiten des preuss. Staats hat derselbe noch weiter folgende „Staatsgarantien“ übernommen, welche zum Theil schon bisher Opfer aus der Staatseasse zur Folge gehabt haben. Wir entnehmen die erforderlichen Daten und Zahlen der unter Lit. E angeschlossenen Beilage zum Staatsschuldenetat für 1859,¹⁾ welche übrigens nur bis Ende 1857 geht, wesshalb wir das Verzeichniss aus den neueren Gesetzssammlungen ergänzen, auch eine Abscheidung der geleisteten Garantien nach verwandten Materien vornehmen. Die übernommenen Gewährschaften beziehen sich:

I. auf Wittwen-Versorgungsanstalten:

- 1) Für die Officiers-Wittwencasse und zwar unbedingte Garantie für die Erfüllung aller von der Anstalt übernommenen Verbindlichkeiten.²⁾ Dieselbe erfordert alljährlich einen namhaften Zuschuss aus Staatsmitteln (1858: 115,122 Thlr.).

II. auf Creditinstitute:

- 2) Für die Seehandlungs-Societät: unbedingte Garantie für deren sämtliche Geschäftsverpflichtungen.³⁾ Das Institut hat bis jetzt dem Staate, indem es dessen Geldgeschäfte namentlich im Auslande vermittelte, nur Nutzen gebracht.
- 3) Für die preussische Bank: Garantie für alle von den Gerichts- und Vormundschaftsbehörden und den Verwaltern von Kirchen, Schulen, Hospitälern und Stiftungen etc. bei der Bank zu belegenden Gelder.⁴⁾ Der Staat hatte diesem Institute bis jetzt nicht nur keine Opfer zu bringen, sondern er empfängt aus den Reinerträgen desselben einen namhaften Antheil. Dafür genießt die Bank freilich das bedeutende Privilegium der unbeschränkten Ausgabe von Noten, welche bei allen öffentlichen Cassen zum vollen Nennwerthe in Zahlung anzunehmen sind, wodurch thatsächlich die Staatsgewährschaft auch auf den Betrag dieser Noten ausgedehnt wird.
- 4) Für das königl. Creditinstitut für Schlesien: Garantie für die ausgegebenen Pfandbriefe Lit. B im ursprünglichen Betrage von 8,439,525 Thlr., verzinslich zu $3\frac{1}{2}$ resp. 4% und rückzahlbar mittelst eines Tilgungsfonds von $1\frac{1}{2}$ resp. $\frac{3}{4}$ %.⁵⁾ Das Institut hatte bis Ende 1857 getilgt 2,608,950 Thlr., und es standen noch aus: 5,830,575 Thlr. Angesammelt war noch ein unverwendeter Amortisationsfonds von 899,501 Thlr.
- 5) Für die Paderborner Tilgungseasse zur Erleichterung der Ablösungen in den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg und Höxter:

¹⁾ Anlagen zum Staatshaushaltsetat für 1859, II. Bd. S. 59—73.

²⁾ Reglement vom 3. März 1792, §. 25. N. E. S. 9, S. 859.

³⁾ Cabinetsordre vom 17. Janr. 1820, §. 5, Ges.-Samml. S. 25.

⁴⁾ Bankordnung vom 5. Oct. 1846, §. 21 und 33, Ges.-Samml. S. 433; Cabinetsordre vom 9. Juni 1847, Ges.-Samml. S. 238.

⁵⁾ Verordnung vom 8. Juni 1835, §. 3, 4 und 86, Ges.-Samml. S. 101. Cabinetsordre vom 31. März 1843, Ges.-Samml. S. 185. Cabinetsordre vom 11. Juli 1845, Ges.-Samml. S. 487.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

- Garantie für deren Schuldverschreibungen im Betrage von 2,005,125 Thlr., verzinslich zu 4% und rückzahlbar mit 1% mit zuwachsenden Zinsensparnissen,¹⁾ woran Ende 1857 noch ausstanden . . 1,353,800 Thlr.
- 6) Für die Eichsfeld'sche Tilgungscasse zu gleichem Zwecke: dieselbe Gewährschaft für die ausgestellten 1,145,915 Thlr. 3½ und 4% Obligationen, tilgbar durch einen Amortisationsfonds von 1 resp. ½%,²⁾ woran Ende 1857 noch ungetilgt waren 1,051,250 Thlr.
- 7) Für die Wittgenstein'sche Tilgungscasse: Gewährleistung für deren 4proc. Obligationen à 406,000 Thlr., wie ad 5.³⁾ Am 31. December 1857 waren noch zu tilgen (mit 1% Tilgungsfonds) . . 285,100 Thlr.
- 8) Für sämtliche Rentenbanken: Unbedingte Garantie für alle von denselben ausgegebene 4proc. Rentenbriefe.⁴⁾ Bis Ende 1857 waren ausgegeben: 72,402,885 Thlr., getilgt mit einem Tilgungsfonds von ½ und resp. 1%: 2,364,700 Thlr. und noch zu tilgen . 70,038,185 Thlr. Bis 1. April 1859 erreichte die emittirte Summe der Rentenbriefe 78,568,380 Thlr.

III. auf Eisenbahnunternehmungen:

- 9) Für die obereschlesische Bahn: Garantie von 3½% Zinsen aus den Stammactien Lit. B à 2,400,000 Thlr.⁵⁾ und aus den Prioritäts-Obligationen Lit. E à 8,000,000 Thlr.⁶⁾ und Lit. F à 4,044,900 Thlr.⁷⁾ Von den Stammactien Lit. B hat der Staat selbst 343,000 Thlr. übernommen, deren Zinsen zur Tilgung der sämtlichen Actien Lit. B verwendet werden. Ende 1857 waren noch ungetilgt:

Actien Lit. B 1,899,400 Thlr.

Obligationen Lit. E u. F. . . 12,044,900 „

13,944,300 Thlr.

Hinsichtlich der Prioritäts-Obligationen ist übrigens die Garantie nur in soweit geleistet, als der dem Staate statutenmässig zustehende dritte Theil des Reinertrags über 5% und die über 3½% aufkommende Dividende des Staatsantheils ausreichen.

- 10) Für die rheinischen Bahnen: Garantie von 3½% Zinsen aus den Prioritäts-Obligationen II. Emission à 1,250,000 Thlr.,⁸⁾ woran Ende 1857 noch ungetilgt waren 1,141,800 Thlr.
- 11) Für die Köln-Mindener Eisenbahn: Gewährschaft für 3½% Zinsen aus den Stammactien à 13,000,000 Thlr.;⁹⁾ aus den Prioritäts-Obligationen III. Emission Lit. A à 6,500,000 Thlr.¹⁰⁾ und aus den Prioritäts-Obligationen IV. Emission Lit. A à 20,000,000 Thlr.¹¹⁾ Am Schlusse des Jahres 1857 waren noch zu tilgen:

¹⁾ Reglement vom 8. Aug. 1836, §. 9, Ges.-Samml. S. 235.

²⁾ Reglement vom 9. April 1845, §. 10, Ges.-Samml. S. 410.

³⁾ Gesetz vom 22. Dec. 1839, §. 6, Ges.-Samml. von 1840, S. 6.

⁴⁾ Gesetz vom 2. März 1850, §. 3, Ges.-Samml. S. 112.

⁵⁾ Cabinetsordre vom 11. Aug. 1843, Ges.-Samml. S. 310.

⁶⁾ Gesetz vom 20. Febr. 1854, Ges.-Samml. S. 94.

⁷⁾ Gesetz vom 13. Mai 1857, Ges.-Samml. S. 437.

⁸⁾ Privilegium vom 8. Sept. 1843, Ges.-Samml. S. 326.

⁹⁾ Cabinetsordre vom 18. Dec. 1843, Ges.-Samml. von 1844, S. 21.

¹⁰⁾ Privilegium vom 1. Sept. 1853, Ges.-Samml. S. 808. Gesetz vom 24. März 1853, Ges.-Samml. S. 254.

¹¹⁾ Gesetz vom 18. April 1855, Ges.-Samml. S. 235. Privilegium vom 26. Juli 1855, Ges.-Samml. S. 569.

Actien nach Abzug der vom
Staate selbst übernommenen

1,860,000 Thlr. 10,471,000 Thlr.

Obligationen 22,961,500 „

33,432,500 Thlr.

- 12) Für die Stargard-Posener Bahn: Gewährleistung von $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus dem Actiencapital von 5,000,000 Thlr., wovon der Staat 714,300 Thlr. angekauft hat, aus deren Erträgniss er die übrigen Actien nach und nach tilgt und dadurch die ganze Bahn erwirbt.¹⁾ Bis Ende 1857 hatte der Staat 854,471 Thlr. Zinsenzuschuss zu leisten, dennoch aber an den Actien 259,100 Thlr. getilgt und es standen daher noch aus 4,026,600 Thlr.
- 13) Für die Aachen-Düsseldorfer Bahn: Garantie für $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus dem Stammactiencapital à 4,000,000 Thlr.²⁾ Auch für diese Bahn hatte der Staat bis Ende 1857 Zinsenzuschüsse im Betrage von 532,496 Thlr. zu leisten. Von dem garantirten Actiencapital standen noch aus, vom Staate selbst zu tilgen 4,000,000 Thlr.
- 14) Für die Ruhrort-Crefeld-Kreis-Gladbacher Bahn: Ganz ebenso für 1,500,000 Thlr. Stammcapital,³⁾ wovon nichts getilgt ist und daher für den Staat zu tilgen bleiben 1,500,000 Thlr. Die Zinsenzuschüsse des Staats bezifferten sich bis Ende des Jahres 1857 auf 165,773 Thlr.
- 15) für die Ruhr-Sieg-Bahn, integrireder Theil der Bergisch-Märkischen Eisenbahn: Garantie für $3\frac{1}{4}$ resp. $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus den Prioritäts-Obligationen III. Serie à 12,250,000 Thlr.,⁴⁾ deren Tilgung erst am 1. Juli 1857 beginnt, daher 1857 Rest 12,250,000 Thlr.
- 16) Für die Stargard-Cöslin-Colberger Bahn, integrireder Theil der Berlin-Stettiner Eisenbahn: Gewährleistung von $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus den Prioritäts-Obligationen II. Emission à 7,500,000 Thlr. und den III. (1858) à 4,000,000 „⁵⁾
- 17) Für die Rhein-Nahe-Bahn: Gewähr für $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus den Prioritäts-Obligationen à 6,000,000 Thlr.⁶⁾
- 18) Für die Ehrenbreitstein-Horchheimer Bahn: Garantie für 4% Zinsen aus 750,000 Thlr. Anlagecapital und von $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus dem Baucapital für die feste Rheinbrücke zwischen Ehrenbreitstein und Coblenz à 3,500,000 Thlr., zusammen 4,250,000 Thlr.⁷⁾

IV. auf sonstige Institute:

- 19) Für die Altensteiner Kreiscorporation für Meliorationen: unbedingte Garantie für die ausgegebenen $3\frac{1}{2}\%$ proc. Obligationen im Be-

¹⁾ Cabinetsordre vom 4. März 1846, Ges.-Samml. S. 69, und vom 8. März 1847, Ges.-Samml. S. 177.

²⁾ Cabinetsordre vom 21. Aug. 1846, Ges.-Samml. S. 404. Vertrag vom 29. Sept. 1849, Ges.-Samml. von 1850, S. 151.

³⁾ Cabinetsordre vom 8. Janr. 1847, Ges.-Samml. S. 46. Vertrag vom 26. Sept. 1849, Ges.-Samml. von 1850, S. 151. Cabinetsordre vom 16. Nov. 1850, Ges.-Samml. S. 508.

⁴⁾ Gesetz vom 30. April 1856, Ges.-Samml. S. 329. Privil. vom 20. Oct. 1856, Ges.-Samml. S. 874.

⁵⁾ Gesetz vom 15. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 346; Privil. vom 18. Aug. 1856, Ges.-Samml. S. 756; Privil. vom 6. Sept. 1858, Ges.-Samml. S. 350.

⁶⁾ Gesetz vom 16. April 1860, Ges.-Samml. S. 172.

⁷⁾ Gesetz vom 2. Juni 1860, Ges.-Samml. S. 281.

- trage von 200,000 Thlr.,¹⁾ wovon jedoch Ende 1857 1240 Thlr. vom Institute getilgt waren und daher noch ausstanden . . . 198,760 Thlr.
- 20) Für die Deichbaugesellschaft zur Melioration des Niederoderbruchs: Gewährschaft für $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus den ausgegebenen Obligationen à 1,400,000 Thlr.²⁾
Der Zinsenzuschuss des Staats betrug 182,252 Thlr. bis Ende des Jahres 1857. Die Mittel zur Tilgung haben nach beendigtem Meliorationswerk diejenigen Güterbesitzer aufzubringen, welchen dasselbe zu gute kommt.
- 21) Für die Elbinger Kriegsschuld von 1808, insoweit sie im Jahre 1839 noch bestand, mit 402,950 Thlr.³⁾ Am 31. Dec. 1857 blieben noch ungetilgt 334,310 Thlr.

Die Summe dieser Staatsgarantien, insoferne sie sich in Capitalbeträgen ausdrücken lassen, berechnet sich nach dem Restbestand vom 31. Dec. 1857 unter Hinzurechnung der neueren Garantien auf . . . 172,537,180 Thlr. Indessen ist die Gewährschaft des Staats schon bisher nur in den wenigsten Fällen praktisch geworden und wird auch in Zukunft die Staatskräfte nicht in zu grossem Maasse in Anspruch nehmen. Am meisten möchte eine solche Eventualität gegenüber den Eisenbahnunternehmungen eintreten und zwar gerade in Zeiten, wo die Staatskräfte auch anderwärts ausserordentlich anzustringen sind. Doch hat bis jetzt die Verbindung des preussischen Staats mit seinen Privateisenbahngesellschaften, wobei er sich eventuell stets gewisse Rechte und Bezüge vorbehielt, mehr materiellen Nutzen gebracht, als Opfer gekostet.

§. 28.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschulden.

Nach der Befreiung der preussischen Staaten vom französischen Joeh versprach König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1815 feierlich „eine Repräsentation des Volks durch Reichsstände und die Ausarbeitung einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preussischen Reichs.“⁴⁾ Im Jahre 1817 wurde sodann eine Verfassungsarbeitscommission aus der Mitte des neu errichteten Staatsraths angeordnet,⁵⁾ und auch im Jahre 1820 scheint die Erfüllung jenes feierlichen Versprechens noch in der Absicht der Regierung gelegen zu haben, insoferne bei der definitiven Regulirung des Staatsschuldenwesens verheissen wurde, dass künftige neue Anlehen nur unter Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen Reichsstände contrahirt werden sollten.⁶⁾

Allein das Versprechen wurde nicht erfüllt, obgleich beim Regierungsantritte Friedrich Wilhelm IV. (7. Juni 1840) von den Provinzialständen und Corporationen daran erinnert wurde. Der König glaubte den Zeitpunkt für Einführung allgemeiner Reichsstände noch nicht gekommen. Im Jahre 1847 wurde zwar der sogenannte vereinigte Landtag berufen,⁷⁾ befriedigte aber

¹⁾ Statut vom 15. Mai 1843, §. 11, Ges.-Samml. S. 273, und Nachtrag vom 30. Mai 1853, §. 18, Ges.-Samml. S. 325.

²⁾ Verordnung vom 22. Aug. 1848, Ges.-Samml. S. 281; Privil. vom 5. Nov. 1849, Ges.-Samml. S. 408, und Privil. vom 26. Juli 1854, Ges.-Samml. S. 416.

³⁾ Ordre vom 30. Mai 1839, Ges.-Samml. S. 217.

⁴⁾ Patent vom 22. Mai 1815, Ges.-Samml. S. 103.

⁵⁾ Königl. Rescript vom 30. März 1817.

⁶⁾ Verordnung vom 17. Janr. 1820, Ges.-Samml. S. 9 ff.

⁷⁾ Patent vom 3. Febr. 1847, Ges.-Samml. S. 33.

weder den einen noch den andern Theil. Seine zweite Berufung geschah im Jahre 1848 unter den ersten Einwirkungen der Pariser Februarrevolution und zu dem Zwecke, die Grundlagen der künftigen preussischen Verfassung und ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung zu berathen. Was also die friedlichen Wünsche der 30jährigen Ruhe nicht vermocht hatten, gab der Sturm von Westen her im ersten Augenblick. Das Wahlgesetz wurde nach wenigen Tagen verkündigt und es trat die „Versammlung zur Verfassungsvereinbarung“ schon am 22. Mai 1848 zusammen. Dieselbe wurde jedoch am 5. Dec. desselben Jahres erfolglos aufgelöst,¹⁾ gleichzeitig aber eine Staatsverfassung unter Vorbehalt der Revision octroyirt, auch eine neue aus zwei Kammern bestehende Versammlung mittelst eines octroyirten Wahlgesetzes auf 26. Febr. 1849 berufen.²⁾ Wie die erste, so entsprach auch diese verfassungsberathende Versammlung den von ihr gehegten Erwartungen nicht. Die zweite Kammer wurde am 27. April 1849 aufgelöst und mittelst eines abermals octroyirten Wahlgesetzes³⁾ neu zusammengesetzt.

Nun kam endlich die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat vom 31. Janr. 1850, hervorgegangen aus der octroyirten Verfassung vom 5. Dec. 1848, zu Stande, welche von jetzt an die Grundlage des preussischen Staatsrechts bildet.

Dass auch an dieser Verfassung in den letzten zehn Jahren vielfach gerüttelt worden ist,⁴⁾ und dass bis zur Uebernahme der Regierung durch den Prinzregenten das constitutionelle Leben in Preussen wenig Wurzel zu fassen schien, ist noch in frischem Andenken. Noch ist die Verfassung in wichtigen Punkten unausgeführt und die Versuche, diese Lücken auszufüllen, scheiterten bis jetzt meist an der principiell völlig verschiedenen Stellung beider Häuser des Landtags.

Hinsichtlich der Verwaltung der Staatsschulden setzt die Verfassung⁵⁾ in Art. 103 fest:

„Die Aufnahme von Anleihen für die Staatscasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staats;“

und fügt in Art. 104 bei:

„die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres, einschliesslich einer Uebersicht der Staatsschulden, wird mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt.“

Diese Grundzüge erhielten durch Gesetz vom 24. Febr. 1850⁶⁾ ihre specielle Entwicklung, wie folgt:

- 1) Die Hauptverwaltung der Staatsschulden steht an der Spitze der Geschäfte. Sie ist eine von der allgemeinen Finanzverwaltung abgesonderte selbstständige Behörde, welche der oberen Leitung des Finanzministers nur in so weit unterliegt, als dies mit der ihr nach §. 6 dieses

¹⁾ Verordnung vom 5. Dec. 1848, Ges.-Samml. S. 371.

²⁾ Patent vom 5. Dec. 1848, Ges.-Samml. S. 392. Die Verfassungsurkunde s. das S. 375.

³⁾ Vom 30. Mai 1849, Ges.-Samml. S. 205.

⁴⁾ Sie erhielt Modificationen vom 30. April 1851, 21. Mai und 5. Juni 1852, 7. und 24. Mai 1853, 10. Juni 1854, 30. Mai 1855 und 15. Mai 1857.

⁵⁾ Abgedruckt in der Ges.-Samml. von 1850, S. 17–35.

⁶⁾ „Betreffend die Verwaltung des Staatsschuldenwesens und Bildung einer Staatsschuldencommission,“ Ges.-Samml. von 1850, S. 57.

Gesetzes beigelegten Unabhängigkeit vereinbar ist (unten Nr. 3). Ihr untergeordnet sind: die Staatsschuldentilgungscasse und die Controle der Staatspapiere (Ges. §. 1 und 4).

- 2) Der Hauptverwaltung der Staatsschulden liegt nicht nur die Evidenzhaltung der verzinslichen Schuld, die Administration der Verzinsungs- und Tilgungsfonds, die Ausfertigung der Schulddocumente und die Einlösung derselben, sondern auch die An- und Ausfertigung, Wiedereinziehung der Cassenanweisungen, Einregistrirung der Staatsgarantien und die Ermittlung und Verfolgung der Fälschung oder Nachahmung aller als Geldzeichen umlaufender Papiere ob (Ges. §. 5).
- 3) Völlig unabhängig vom Ministerium und unbedingt verantwortlich ist sie in Bezug auf die An- und Ausfertigung und Ausreichung der verzinslichen und unverzinslichen Schulddocumente, für die Feststellung noch nicht anerkannter oder noch illiquider Provinzialstaatsschulden, für regelmässige Verzinsung der Schulden, für richtige Verwendung der Tilgungsfonds, für unverkürzte Verwendung der Domänen-, Veräusserungs- und Ablösungsgelder zur Schuldentilgung, und endlich für die Löschung, Cassation und Aufbewahrung der eingelösten Schulddocumente. In ihrem Dienstesid verpflichten sich die Mitglieder der Hauptverwaltung, dass sie weder einen Staatsschuldschein, noch irgend ein anderes Staatsschulddocument über den in den bestehenden oder künftigen Gesetzen bestimmten Betrag hinaus ausstellen oder ausstellen lassen, auch mit Fleiss und allem Nachdruck darauf halten wollen, dass die ihrer Verwaltung anvertraute Staatsschuld prompt und regelmässig verzinst, das Capital aber in der durch die Gesetze vorgeschriebenen Art getilgt werde und dass sie sich von Erfüllung dieser Pflichten und der übrigen, ihnen mit eigener Verantwortlichkeit übertragenen Obliegenheiten durch keine Anweisungen oder Verordnungen irgend einer Art abhalten lassen wollen (Ges. §. 6 und 9).
- 4) Die fortlaufende Controle über die Hauptverwaltung der Staatsschulden übt eine aus je drei gewählten Mitgliedern beider Landtagshäuser und dem Präsidenten der Oberrechnungskammer bestehende Staatsschuldencommission, welcher die Monats- und Jahresabschlüsse der Tilgungscasse und der Controle der Staatspapiere zuzustellen sind. Sie ist berechtigt, jeder Zeit über die Cassengebahrung und Verwaltung Auskunft zu verlangen und hat dem Landtag bei seinem jährlichen Zusammentritte Bericht über ihre Thätigkeit und über die Ergebnisse der Verwaltung des Staatsschuldenwesens zu erstatten, auch die von der Oberrechnungskammer revidirten und festgestellten Rechnungen der Tilgungscasse vorzulegen (§. 10—15 des Ges.).
- 5) Beide Behörden (die Hauptverwaltung und die Commission) vereinigen sich jährlich nach erfolgtem Rechnungsschlusse zur gemeinschaftlichen Verschlussnahme der eingelösten Schulddocumente. Nach erfolgter Dechargirung der Rechnungen von Seite der Kammern ordnen beide Behörden Commissarien zur Vernichtung derselben ab. Sowohl die eingelösten als die vernichteten Schuldtitel werden öffentlich angezeigt (§. 16 bis 17 des Ges.).

Auffallender Weise vermisst man in der preussischen Verfassung den anderwärts vorkommenden Satz, dass die Staatsschulden Lasten des ganzen Staatskörpers und von den Ständen garantirt seien. Die Verordnung vom 17. Janr. 1820,¹⁾

¹⁾ Ges.-Samml. von 1820, S. 9.

welche in diesem Punkte offenbar noch in Kraft steht, lässt jedoch hinsichtlich der älteren Schuld hierüber keine Zweifel aufkommen, indem sie in §. I. feststellt:

„Diese Schulden (die damals auf 180,091,720 Thlr. fixirten verzinslichen Staatsschulden) sollen nicht nur von Uns, sondern auch von Unsern Nachfolgern in der Krone bis zu ihrer endlichen Tilgung unausgesetzt als Lasten des Staats und aller im Staatsverbande befindlichen Glieder betrachtet werden.“

Auch bezüglich der seit 1848 durch besondere Gesetze neu contrahirten Schulden kann ein diesfälliger Zweifel nicht bestehen, weil diese Schulden von den gesetzlichen Vertretern des ganzen Staats genehmigt und von sämmtlichen Factoren der Gesetzgebung beschlossen worden sind. Die verfassungsmässige Garantie der Schulden liegt in den Worten der Constitution, wonach Staatsschulden nur durch ein Gesetz, welches den ganzen Staat verpflichtet, contrahirt werden können.

Im Uebrigen räumt die preussische Verfassung den Landständen eine geringere Einwirkung auf die Verwaltung der Staatsschuld ein, als andere Constitutionen. Die „Hauptverwaltung“ ist als eine, wenn gleich möglichst unabhängige Regierungsbehörde anzusehen und den Kammern steht nur ein mittelbares Beaufsichtigungsrecht derselben mittelst der Staatsschuldencommission zu, welche nicht einmal ganz aus Vertretern der Kammern zusammengesetzt ist. Auch ist die sichernde Bestimmung der Verordnung vom 17. Janr. 1820,¹⁾ wonach die zur Schuldentilgung und Verzinsung ausgesetzten Mittel von den Provinzialcassen bei eigener Verantwortlichkeit unmittelbar an die Staatsschuldentilgungscasse einzuliefern waren, schon durch Ordre vom 31. März 1827 aufgehoben worden, was durch das Gesetz vom 24. Febr. 1850²⁾ bestätigt wurde. Bei der musterhaften Ordnung, die von jeher im preussischen Staatsrechnungswesen geherrscht hat, kann indessen hierin eine Beunruhigung für den Staatsgläubiger in keiner Weise liegen und zwar um so weniger, als die Rechnungen der Tilgungscasse den Kammern zur Dechargirung vorzulegen sind, wobei die ganze Verwaltung zur Erörterung und zur Oeffentlichkeit gelangt.

§. 29.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Die Mittel zur Tilgung der preussischen Staatsschulden werden alljährlich exigirt und von der Generalstaatscasse an die Schuldentilgungscasse in monatlichen Raten abgeführt.³⁾ Als jährlich zu tilgende Quote ist — abgesehen von einzelnen Anlehen, welchen vertragsmässig eine andere Einlösung zugesichert ist — sowohl für die allgemeinen, als für die provinziellen Staatsschulden 1% der ursprünglichen Schuld festgesetzt, welchem Procent noch die durch die Tilgung ersparten,⁴⁾ sowie die durch 4jährige Nichterhebung erloschenen⁵⁾ Zinsforderungen aus Staatsschuldscheinen zuwachsen. Von der älteren Schuld ist jedoch der Zinsenzuwachs aus den getilgten Obligationen auf Zeitabschnitte von 10 zu 10 Jahren beschränkt, d. h. die Zinsen aus den

¹⁾ §. VII, Ges.-Samml. von 1820, S. 12.

²⁾ §. 8, Ges.-Samml. von 1850, S. 59.

³⁾ Gesetz vom 24. Febr. 1850, Ges.-Samml. S. 59.

⁴⁾ Verordnung vom 17. Janr. 1820, §. V, Ges.-Samml. S. 11.

⁵⁾ Daselbst §. XVII, Ges.-Samml. S. 14.

eingelösten Obligationen werden nur je 10 Jahre lang der Tilgungsquote zugerechnet. Anders verhält es sich mit den abgesondert aufgeführten sogenannten Eisenbahnschulden, welche daher rühren, dass der Staat das Eigenthum früherer Privateisenbahngesellschaften (Niederschlesisch-Märkische und Münster-Hammer-) mit den darauf haftenden Verbindlichkeiten an Actien und Prioritätsobligationen an sich gezogen hat. Für diese ist nur eine Tilgungsquote von $\frac{1}{2}\%$ per Jahr und den durch die Tilgung ersparten Zinsen festgesetzt. Besondere Tilgungsquoten bestehen sodann für die sogenannte Prämienanleihe (Lotterieanleihe) von 1855, deren jährliche Tilgung durch den zum Voraus festgestellten Ziehungsplan regulirt wird, für die 3proc. Creditcassenscheine und für die Danziger Freistaatsschulden. Auch die Anleihe von 1856 macht eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, in soferne ihr Tilgungsfonds auf jährlich 100,000 Thlr. nebst den durch die Tilgung ersparten Zinsen normirt ist.¹⁾ Bei den meisten neueren Anleihen hat sich übrigens der Staat vorbehalten, den Tilgungsfonds zu verstärken.

Der nach diesen Grundsätzen zu berechnende Bedarf der Staatsschuldentilgungscasse, sowie der Bedarf zur Verzinsung der Staatsschulden ist sofort aus den sichersten Staatseinnahmequellen an die Tilgungscasse abzuführen. Als solche sind gesetzlich besonders genannt:

- 1) der gesammte Reinertrag der Domänen- und Forst-Revenüen, ausschliesslich derer, welche dem Kronfideicommissfonds zufließen;²⁾
- 2) der gesammte Erlös aus veräusserten Domänen- und Forst-Grundstücken, Renten, Diensten und Gerechtsamen;³⁾
- 3) der Ueberschuss aus dem Salzmonopole, soweit derselbe zur Ergänzung des Bedarfs erforderlich ist;⁴⁾
- 4) zur Verzinsung und Tilgung der besondern Eisenbahnschuld, sowie der Eisenbahnanleihen von 1855, 1857 und 1859 der Ertrag der betreffenden Eisenbahnen, und in soweit dieser nicht zureicht, der eigens dotirte Eisenbahnfonds;⁵⁾
- 5) zur Tilgung und Verzinsung der Anleihe von 1856 derjenige Beitrag von 621,910 Thlr., welchen die preussische Bank gemäss Vertrags vom 28. Janr. 1856 an die Staatseasse jährlich zu zahlen hat.⁶⁾
- 6) Endlich sollen diejenigen Rentenablösungscapitalien, welche von andern als Domänen-Prästantiarien durch Baarzahlung des achtzehnfachen Betrags der Rente entrichtet, von den Berechtigten aber nicht angenommen worden sind, zunächst zur Tilgung der freiwilligen Anleihe von 1848, überhaupt aber zur Tilgung hochzinsender Staatsschulden verwendet werden.⁷⁾
- 7) Würden alle diese Einnahmen den etatsmässigen Bedarf der Staatsschuldentilgungscasse nicht decken, so hat die Generalstaatseasse den erforderlichen Zuschuss zu leisten.⁸⁾

¹⁾ Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 334.

²⁾ Verordnung vom 17. Janr. 1820, §. VII, Nr. 1, Ges.-Samml. S. 12. Vergl. auch Verfassungsurkunde vom 31. Janr. 1850, Art. 59.

³⁾ Verordnung vom 17. Janr. 1820, §. VII, Nr. 2.

⁴⁾ Ebendasselbst, Nr. 3.

⁵⁾ Gesetz vom 31. März 1852, Ges.-Samml. S. 90. Gesetz vom 30. April 1855, Ges.-Samml. S. 251. Gesetz vom 21. Mai 1855, das. S. 310. Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 402. Gesetz vom 10. Mai 1858, Ges.-Samml. S. 270.

⁶⁾ Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 334.

⁷⁾ Gesetz vom 7. Mai 1851, Ges.-Samml. S. 237. Gesetz vom 2. März 1850, §. 9 und 62, Ges.-Samml. S. 113 und 127.

⁸⁾ Gesetz vom 24. Febr. 1850, §. 7, Ges.-Samml. S. 59.

Als Tilgungsmodus ist in so lange, als der Cours der Staatspapiere unter pari steht, der Rückkauf an der Börse angeordnet. Erreichen oder übersteigen sie aber den Pari-Cours, so findet Verloosung statt.¹⁾ Eine Ausnahme macht selbstverständlich auch hier die Prämienanleihe von 1855, welche ihrer Natur nach nur im Wege der Verloosung getilgt werden kann. Ausserdem besteht für die Anleihe von 1856 gemäss Vertrags mit der preuss. Bank die Bestimmung, dass letztere berechtigt ist, den ausgesetzten Tilgungsfonds von 100,000 Thlr. nebst Zinsersparnissen zum Rückkauf von Obligationen jener Anleihe zu verwenden und diese al pari an die Staatsverwaltung abzuliefern. Sie muss jedoch von diesem Rechte für die eine Jahreshälfte bis 1. Juni, für die andere bis 1. Dec. jeden Jahres Gebrauch gemacht haben, widrigenfalls Verloosung eintritt.²⁾ Endlich unterliegen die vom Staat übernommenen Eisenbahn-Actien und Obligationen denjenigen Tilgungsbestimmungen, wie sie von den früheren Gesellschaften eingegangen wurden.

§. 30.

Sicherheitsobjecte für die preuss. Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

Die mehrfach angezogene Verordnung vom 17. Januar 1820 bezeichnet in §. III als Garantie für die sämmtlichen damals fixirten Staatsschulden „das gesammte Vermögen und Eigenthum des Staats im ganzen Umfange der Monarchie, mit Ausschluss derjenigen Domänen und Forsten, welche zur Aufbringung des jährlichen Bedarfs von 2,500,000 Thlr. (wovon ein grösserer Theil in Gold, daher 2,573,099 Thlr. Courant) für den Unterhalt der kgl. Familie erforderlich sind.“

Neben diesem unmittelbaren Staatsvermögen haftet aber, wie wir gesehen haben, der Staat als Corporation für die gesammte Staatsschuld. Es kommt also als weiteres Sicherheitsobject die Steuerkraft seiner Angehörigen in Betracht.

Was zunächst das Staatsvermögen im engeren Sinne anbelangt, so stellen wir dessen Werth mittelst Erhebung und Capitalisirung seines Reinertrags fest, wozu wir die erforderlichen Daten den amtlichen Specialnachweisungen zum Staatshaushaltsetat für 1859 entnehmen.³⁾ Bei der Capitalisirung werden wir mit Rücksicht darauf, dass Domänen und Forsten überhaupt und zumal in Staats-Regie nur eine geringe Reinertragsrente abwerfen, diese Objecte unter Zugrundlegung eines Zinsfusses von $3\frac{1}{2}\%$, gutsherrliche Leistungen, welche in Preussen zum 18fachen Maassstabe ablösbar sind, unter Beachtung dieses Umstandes nach einem Zinsfusse von 5% , und industrielle Unternehmungen aller Art auf Grundlage des gleichen Zinsfusses berechnen. Es war:

Bestand im Jahre 1859.	Reinertrag.	Capitalwerth	
	Thlr.	zu $\frac{5}{100}$	Thlr.
I. Domänen und Forsten:			
1) Gutsherrl. Hebungen u. Hebungen v. veräusserten Domänenobjecten 2,764,716 Thlr. ab Kosten aus dem gutsherrl. Verhältniss 100,850 „	2,663,866	5	53,277,320

¹⁾ Verordnung vom 17. Janr. 1820, §. VI, Ges.-Samml. S. 11.

²⁾ Vertrag vom 28. Janr. 1856 und Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 334.

³⁾ Anlagen zum Staatshaushaltsetat für 1859, Bd. I. S. 17—25, 28—52, 167—190, 191—197, 200—203, 206—209, 212—296, 302—364d.

Bestand im Jahre 1859.	Reinertrag.		Capitalwerth	
	Thlr.	zu 0/0	Thlr.	
2) Domänengrundstücke: 1,164,296 Morgen; Nutzung des Bernsteinregals; Zinsen von Activecapitalien (16,833 Thlr.); Festungsrevenüen und Verschiedenes, mit einem Rohertrag von 2,174,293 Thlr.				
3) Forsten: 8,065,984 Morgen, wovon 840,528 Morgen nicht nutzbar und 83,449 zur Veräusserung und Servitutenablösung vorbehalten, mit einem Rohertrag incl. Nebennutzungen von 6,325,000 Thlr. zus. Domänen und Forsten 8,499,293 Thlr. Ab: Betriebs- u. Erhebungskosten:				
a) von Domänen 713,460 Thlr. u. extraordinär 56,000 "				
b) von Forsten 3,065,000 " u. extraord. 177,000 "				
c) Centralverwaltungg. abzügl. 1,884 Thlr. Einnahmen 78,056 "				
	4,089,516 Thlr.			
II. Industrielle Unternehmungen:	4,409,777	3 1/2	125,993,630	
1) Post-, Gesetzsamlungs- und Zeitungsverwaltung: Roheinnahme 11,376,000 Thlr. Betriebs- und Verw.-Kosten 9,782,455 "	1,593,545	5	31,870,900	
2) Telegraphenverwaltung: Roheinnahme 788,600 Thlr. Betriebs- und Verw.-Kosten 531,675 "	256,925	5	5,138,500	
3) Porzellan-Manufactur in Berlin: Roheinnahme 157,500 Thlr. Betriebskosten 137,500 "	20,000	5	400,000	
4) Gesundheitsgeschirr-Manufactur dasselbst: Rohertrag 84,500 Thlr. Betriebskosten 74,900 "	9,600	5	192,000	
5) Berg-, Hüttenwerke und Salinen: ¹⁾				
¹⁾ Es waren im Betrieb:	Gruben:	Hüttenwerke:	Salinen:	
im Brandenburg-Preussischen District:	1	7	1	
" Schlesischen "	6	6	—	
" Sächsisch-Thüringen'schen "	10	—	8	
" Westphälischen "	2	—	3	
" Rheinischen "	19	1	2	
	38	14	14	

Bestand im Jahre 1859.	Reinertrag.	Capitalwerth	
	Thlr.	zu %	Thlr.
Roheinnahme 13,926,386 Thlr.			
Betriebs- und Verwaltungskosten incl. 144,350 Thlr.			
Extraordinarium 10,855,209 "			
	3,071,177	5	61,423,540
6) Eisenbahnen: ¹⁾ Roheinnahme, einschliesslich der Zinsen und Dividenden aus den vom Staate erworbenen Actien von Privateisenbahnen (187,410 Thlr.) . . . 9,413,210 Thlr.			
Verwaltungs- und Betriebskosten excl. der im Laufenden verrechneten Bau- und Anlagekosten à 875,464 Thlr. und der zum Ankauf von Actien bestimmten und dem Eisenbahnertragnisse entnommenen 887,035 Thlr. . . 5,844,835 "			
	3,568,375	5	71,367,500
Summe des Staatsvermögens	15,593,265	—	349,663,390
Hievon ab: die auf die Domänen und Forsten radicirte Krondotation à 2,573,099 Thlr., welche im Jahre 1859 um 500,000 Thlr. erhöht wurde, mit	3,073,099	4	76,827,475
Verbleibt rentables Staatsvermögen	12,520,166	—	272,835,915

Rechnet man hiezu noch die disponiblen Betriebsfonds der verschiedenen Cassen, die Ausstände und Materialvorräthe etc., so ergibt sich mit Sicherheit, dass die preussische Staatsschuld bis jetzt durch das unmittelbare Staatsvermögen vollständig gedeckt erscheint, selbst wenn die darauf ruhenden Lasten, wie geschehen, in Abzug gebracht werden. Die reine Rente aus dem Staatsvermögen mit circa 12½ Mill. Thlr. reicht denn auch nicht nur zur Verzinsung der gesammten, zu einem grossen Theil niederzinsenden Schuld hin, sondern gewährt nahezu auch die Mittel zur planmässigen Tilgung derselben. Der Bedarf für die Staatsschuld ist nämlich im Etat für 1859 festgestellt, wie folgt:

1) zur Verzinsung	9,057,721 Thlr.
2) " Tilgung	3,930,087 "
zusammen	12,987,808 "

Würde die Tilgungsquote in Preussen, wie in den meisten kleineren Staaten, nur ½% der Schuld ausmachen, so würden die Revenüen des Staatsvermögens gegenüber dem ganzen Erforderniss der Schuld noch einen Ueberschuss gewähren.

¹⁾ Der Staat besass 1859: die niederschlesisch-märkische, die Berliner Verbindungs-, die Ost- (Kreuz-Danzig-Königsberg- und Kreuz-Küstrin-Frankfurt), die westphälische (Hamm-Warburg, Münster-Hamm, Münster-Rheine und Rheine-Osnabrück) und die Saurbrücker Bahn im Betrieb, mit 180 Meilen. Von Privatbahnen hatte er durch den besonders gebildeten Eisenbahnbaufonds 2,012,000 Thlr. Actien an sich gekauft. Ausserdem besass er an Actien: 1 Mill. Thlr. Bergisch-Märkische, 4,207,800 Thlr. Köln-Mindener, 2,052,800 Thlr. Oberschlesische und 1,007,500 Thlr. Stargard-Posener.

Dagegen ist nicht zu übersehen, dass das preussische Gesetz die Veräusserung des Staatsvermögens gestattet und auch die Verfassung in dieser Hinsicht kein Hinderniss in den Weg legt. Die Regierung hat von dem ihr zustehenden Veräusserungsrecht ausgedehnten Gebrauch gemacht. Die Erlöse aus dem Staatsvermögen sind zwar, wie wir gesehen haben (§. 29) zur Schuldentilgung bestimmt, werden aber im laufenden Etat unter den gewöhnlichen Einnahmen eingebracht.¹⁾ Dadurch vermindert sich in Wahrheit die Schuldentilgung, oder genauer die durch die Tilgung beabsichtigte Vermehrung und Erleichterung des reinen Activvermögens, je um den Betrag der Erlöse aus Staatseigenthum, welche andererseits vom rohen Activvermögen abgehen. Doch ist die Ertragsrente des Staatsvermögens trotz der stattgehabten Veräusserungen stets gestiegen und es wird namentlich auch durch das System der allmählichen Erwerbung von Eisenbahnactien eine Vermehrung des Staatsvermögens durch den einstigen Heimfall der fraglichen Bahnen bewirkt.

Noch ist hier des sogenannten Staatsschatzes Erwähnung zu thun. Schon die früheren Herrscher Preussens richteten fortwährend ihr Augenmerk auf Ansammlung eines baaren Staatsfonds, welcher jeden Augenblick die Mittel zur Schlagfertighaltung des preussischen Heeres gewähren sollte. Als Friedrich der Grosse starb, hinterliess er trotz seiner Kriege einen Schatz von 70 Mill. Thaler. Nach vielfachen Veränderungen im vorigen Jahrhunderte wurde derselbe indessen durch die französischen Kriege am Anfang dieses Jahrhunderts völlig aufgezehrt. Durch Cabinetsordre vom 17. Janr. 1820²⁾ bestimmte jedoch König Friedrich Wilhelm III. wiederum, dass Ersparnisse, welche im Laufe der Verwaltung ermittelt würden, sowie die Resteinnahmen bis 1819 nebst allen dem Staate zugehörigen Beständen der Hauptcassen in Baar oder Effecten, ferner die für den Staatshaushalt entbehrlichen Mehreinnahmen der laufenden Verwaltung und alle zufälligen Einnahmen gesammelt und zu Bildung eines Staatsschatzes abgeliefert werden sollen. Bestimmung des Schatzes sollte lediglich sein: „die Streiffähigkeit der preussischen Monarchie gegen Angriffe von Aussen, ihre politische Macht inmitten von Staaten, die ihr an Grösse und Bevölkerung weit überlegen, zu erhöhen, und die Mittel stets zur Hand zu haben, um mit ihren Heeren womöglich überall zuerst auf dem Kampfplatz zu erscheinen, ohne das Volk alsogleich mit den Kriegslasten beschweren zu müssen.“ Der Staatsschatz sollte daher immer baar in gemünztem Gelde vorhanden sein.

Demgemäss wurde wirklich ein Staatsschatz gesammelt, welcher Ende 1847 noch 19,433,968 Thlr. betrug. Schon vorher sind aber aus demselben fremdartige Ausgaben geleistet worden und die Finanzbedrängnisse von 1848 bis 1852 hatten den Rest desselben vollends aufgezehrt. Neuester Zeit wurden aber von den Erübrigungen der nicht vollständig erforderlich gewesenenen Kriegsanleihen wiederum Theile derselben an den Staatsschatz abgeführt. Die Bestände desselben betrugen daher 1859 13,574,064 Thlr., in welchem Betrage sie zu den Rüstungen bestimmt wurden. Da aber das Erträgniss der Militär-anleihe von 1859 die Kosten der Mobilmachung deckte, so wurden daraus wieder 12 Mill. Thlr. an den Staatsschatz abgegeben.

Bezüglich der Steuerkraft des preussischen Staats lässt sich sagen, dass dieselbe möglichst entwickelt und ergiebig gemacht ist. Die Monarchie umfasst 5,103⁸² Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von nahe an 18 Mill. Seelen.³⁾

¹⁾ Es wurden exigirt: 1851: 1 Mill., 1852: 1,6 Mill., 1853 und 1854 je 2 Mill., 1855 und 1856 je 1½ Mill., 1857: 1,3 Mill., 1858 und 1859 je 1 Mill. Thlr.

²⁾ Ges.-Samml. S. 23.

³⁾ Vergl. Hübner, Jahrb. 5. Jahrg., II. Abth., S. 43; Kolb a. a. O. S. 141 ff. Die

Das in landwirthschaftlicher Benützung stehende Gelände beträgt 57,544,711 Morgen. Den Rohertrag desselben schätzt das Landesöconomiocollegium (1851) auf 332,550,000 Thlr. Geldwerth. Der Versicherungswerth der Gebäude betrug 1852: 1162,610,117 Thlr.¹⁾ Die Berg- und Hüttenwerke förderten 1858 einen Werth von 117,746,527 Thlr. zu Tage.²⁾ Das ganze Land war gleichzeitig mit 650,72 Meilen Eisenbahnen, 794 Meilen Telegraphen und 1299 Handelschiffen versehen. Das Nationaleinkommen wird zu 978,800,000 Thlr. geschätzt.³⁾ In den westlichen und südlichen Provinzen blühen Handel und Gewerbe in schönem Flor und es ist sowohl die Regierung als der grösste Theil der Einwohner seit lange beflissen gewesen, die Quellen des Wohlstandes zu öffnen und nachhaltig flüssig zu erhalten. Ebendesshalb hat Preussen von jeher eine bedeutende Steuerkraft bethätigt, ohne welche es nicht möglich gewesen wäre, die Stellung zu erwerben und zu erhalten, die es einnimmt. Diese Stellung als europäische Grossmacht, obgleich Umfang und Bevölkerung des Staats den übrigen Grossmächten weit nicht gleichkommen, nicht minder die Lage zwischen den grössten Militärmonarchien des Continents und die centralisirte und vielseitige Regierungsmaschinerie — stellen aber auch grosse Anforderungen an die Steuerkraft des preussischen Volkes. „Das preussische Heer ist das preussische Volk in Waffen;“ es verschlingt aber ebendesshalb bei aller Sparsamkeit grosse Summen, welche neuerdings um nicht weniger als 9 Mill. Thlr. jährlich erhöht werden mussten.⁴⁾ Daneben belastet es die Provinzen, Kreise, Gemeinden und die Familien auf indirecte Weise mehr, als die Heere anderer Staaten.⁵⁾ Die Folge der Grossmachtsstellung Preussens war daher stets eine verhältnissmässig hohe Besteuerung. Dass gleichwohl der Staatshaushalt in musterhafter Ordnung erhalten blieb, gereicht der Regierung ebenso zur Ehre, wie es als Beweis einer zähen Lebens- und einer ergiebigen Steuerkraft des preuss. Volkes gelten kann. Dennoch müsste eine fortdauernde Steigerung der Ausgaben im Verhältniss der letzten 10 Jahre am Ende zur Erschöpfung und zu denselben Finanzzuständen führen, wie sie leider in andern Grossstaaten längst bestehen, d. h. zur Deckung des Staatsaufwands durch fortwährende Hülfe des Credits. Eine Steigerung der Steuerkraft dürfte in Preussen nur durch endliche Aufhebung der — im Widerspruch mit der Verfassung immer noch bestehenden Steuerbefreiungen möglich sein.

§. 31.

Finanzlage des preuss. Staats.

Wir haben bei unsern historischen Rückblicken zu bemerken Gelegenheit gehabt, dass die preussische Regierung im Jahre 1820 mit allem Ernste an die Ordnung des damals in Folge der vorausgegangenen Kriege und Zerstückelung des Landes zerrüttet gewesenen Staatshaushalts ging. Es wurde

Zählungen ergaben: 1845: 15,904,737, 1849: 16,331,187, 1852: 16,935,420, 1855: 17,202,831 und 1858: 17,739,915 Seelen, worunter 15,428,551 Deutsche.

¹⁾ Hübner, Jahrb., 5. Jahrg., I. Abthlg., S. 80—81.

²⁾ Kolb, a. a. O. S. 160.

³⁾ Daselbst S. 166. Andere Schätzungen greifen mit Recht viel höher.

⁴⁾ Gesetz vom 27. Juni 1860, Ges.-Samml. S. 245.

⁵⁾ Vergl. z. B. Gesetz vom 27. Febr. 1850, betreffend die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Reserve- und Landwehrmannschaften, Ges.-Samml. S. 70.

nicht nur die Staatsschuld, wie wir gesehen haben, unabänderlich fixirt, sondern auch ein fixer Staatshaushaltsetat mit genau 50 Mill. Thlr. Reineinnahme und Ausgabe aufgestellt. Der König sprach dabei aus:

„Die vorstehend von Mir als Bedarf bei der laufenden Verwaltung angenommene Summe darf unter keiner Bedingung erhöht werden. Die Chefs der einzelnen Verwaltungen sind Mir dafür persönlich und das gesammte Staatsministerium insbesondere um so mehr verantwortlich, als die von Mir verwilligte Summe im Ganzen zu den in den bisherigen Etatsnachweisungen angegebenen Zwecken ausreichen wird.“¹⁾

An der festgesetzten Bedarfsumme sollten indessen durch Vereinfachung des Haushalts weitere Ersparnisse erzielt und neben den überschüssigen Resteinnahmen bis 1819, sowie sämmtlichen Beständen der Hauptcassen und allen künftigen Mehreinnahmen zu einem Staatsschatze gesammelt werden. (Vergl. S. 30). Ferner verordnete der König:

„Damit Jedermann von dem wahren Zustande der Finanzen des Staats vollständig unterrichtet werde, und sich überzeuge, dass nicht mehr an Abgaben gefordert werde, als das dringende Bedürfniss für die innere und äussere Sicherheit, sowie zur Erfüllung der zum wahren Vortheile und zur Erhaltung des Staats eingegangenen Verpflichtungen unumgänglich nöthig macht, so soll der bereits erwähnte Hauptfinanz-Etat nach erfolgter Prüfung und Feststellung ebenfalls zur öffentlichen Kenntniss kommen, und auch mit dieser Kundmachung von 3 zu 3 Jahren fortgeführt werden.“²⁾

Wie aber so manche unter dem Eindrücke der grossartigen Volkserhebung von 1813 und den folgenden Jahren gefasste edle Entschliessung unausgeführt blieb, so kamen auch diese Verordnungen nur sehr unvollständig zur Durchführung. Schon die Veröffentlichungen der Etats geschah mit laconischer Kürze und obgleich durch Cabinetsordre vom 21. Febr. 1829 dem Staatsministerium anheim gegeben wurde, die erforderlichen Erläuterungen zum Etat durch die Amtsblätter bekannt machen zu lassen, „damit der Zweck vollständig erreicht und Jedermann die Einnahmen und Ausgaben näher verständlich werden:“ so liessen doch diese Erläuterungen bis zum Jahre 1844 auf sich warten. Eine Folge der berührten Fixirung des Ausgabeetats und der angeordneten Sammlung eines Staatsschatzes war aber die Theilung des Staatshaushaltsetats in einen öffentlichen und einen geheimen. Anstatt die Einnahmen, beziehungsweise die Steuern nach Maassgabe des wirklichen Staatsbedarfs zu bemessen und solche zu ermässigen, nachdem sie einen Ueberschuss gewährten, wie es anderwärts geschah, behielt man die einmal normirten Einnahmequellen bei. Um aber nicht in Widerspruch mit jenem feierlich gegebenen Versprechen zu gerathen, wonach der Etat nicht erhöht werden sollte, schied man von der Einnahme und Ausgabe einen gewissen Theil aus, welcher der festgestellten Etatssumme entsprach, und dieser gelangte an das Licht der Oeffentlichkeit. Der andere Theil blieb der Disposition der Regierung anheimgestellt. Dass auf diese Weise die oben dargelegten Absichten des Königs nicht erfüllt werden konnten, ist für sich klar. Uebrigens wurde selbst in den veröffentlichten Etats, welche in Einnahme und Ausgabe stets gleich abschlossen, die 1820 als unüberschreitbar festgestellte Summe nicht eingehalten, und die daneben geführten geheimen

¹⁾ Cabinetsordre vom 17. Janr. 1820, Pct. I, Ges.-Samml. S. 22.

²⁾ Ebendasselbst, Pct. II, Ges.-Samml. S. 23.

Etats zifferten sogar noch grössere Summen, als jene (wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass die Restbestände darunter inbegriffen waren). Nach den Erhebungen v. Reden's¹⁾ betrug:

	Die Endsumme des veröffentlichten Etats.	Die Endsumme des geheimen Etats.	Die wirkliche reine etatsmässige Einnahme.
1821	50,000,000 Thlr.	Nicht bekannt geworden.	Nicht veröffentlicht.
1829	50,796,000 "	dto.	dto.
1832	51,287,000 "	dto.	dto.
1835	51,740,000 "	dto.	dto.
1838	52,681,000 "	dto.	dto.
1841	55,867,000 "	62,925,990 Thlr.	70,040,942 Thlr.
1844	57,677,194 "	65,239,135 "	73,731,546 "
1847	64,033,697 "	—	70,972,105 "

Nach diesen Ziffern hätte der Staatsschatz, der aus den Einnahmen der geheimen Gebahrung zu bilden war, eine bedeutende Summe erreichen sollen; wie wir aber gesehen haben, betrug derselbe 1847 nicht mehr als 19,433,968 Thlr.,²⁾ weil er theilweise zweckgemäss zu Kriegsrüstungen (18^{30/31}), theils aber auch zu fremdartigen Zwecken, wie z. B. zum Ankauf von Eisenbahnactien, zu Strassenbauten, Landesverbesserungen und dergl. verwendet wurde. Immerhin bezeichnet aber die Ziffer des Staatsschatzes am Ende des Jahres 1847 das Endergebniss der Finanzgebahrung während der Friedensperiode von 1820—1847 und die Finanzlage am Schlusse derselben. Sie konnte mit Recht im Vergleich mit den übrigen Grossmächten glänzend genannt werden, denn neben der Bestreitung aller ordentlichen und ausserordentlichen Staatsbedürfnisse war die Tilgung der Staatsschuld rüstig fortgeschritten und eine baare Ersparniss von über 19 Mill. Thlr. vorhanden.

Anders gestaltete sich freilich die Lage seit 1848 auch in Preussen. Von da an schloss jedes Jahr mit einem Deficit ab, und es dauerte dieser Zustand bis in die neueste Zeit herein. Erst die Staatsrechnung für 1856 ergab einen geringfügigen Ueberschuss von 264,834 Thlr., die Rechnung für 1857 aber einen namhafteren von 2,103,915 Thlr. Im „Vorbericht zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1859“ bemerkt der Finanzminister diesfalls Folgendes:

„Die Lage unseres Staatshaushalts hat sich seit dem Jahre 1857 wesentlich günstiger gestaltet. Während bis dahin eine Reihe von Jahren hindurch die Staatsbedürfnisse nicht mit den gewöhnlichen Staatseinnahmen gedeckt werden konnten, sondern hierzu ausserordentliche Hilfsmittel erforderlich waren, haben im Jahr 1857, wie die dem vorliegenden Staatshaushaltsetat beigefügte Uebersicht der gesammten Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1857 das Nähere ergibt, die ordentlichen Staatseinnahmen die Mittel zur Deckung der sämmtlichen Staatsausgaben des genannten Jahres, einschliesslich der verbliebenen Ausgabe-Rückstände, geboten und ausserdem einen Ueberschuss von 2,103,915 Thlr. gewährt. Die Rechnungsergebnisse des Jahres 1858 sind zwar noch nicht vollständig zu übersehen, indess ist mit Grund zu hoffen, dass dieselben eine weitere Steigerung der Einnahmen ergeben und im Ganzen ein nicht weniger günstiges Resultat liefern werden, als das Jahr 1857.“

¹⁾ A. a. O. S. 95.

²⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 99 und 360. In der Periode von 1820—1848 flossen dem Schatze 34,246,828 Thlr. zu, wogegen aus seinen Mitteln 14,812,860 Thlr. grösstentheils 1830/31 zu Kriegsrüstungen entnommen wurden.

Im Budget für 1859 hat die Regierung, die eingetretene Besserung der Finanzlage benützend, namhafte Ausgabesteigerungen, wie die Besoldungsbesserung der Staatsbeamten, Erhöhung der Krondotation etc. eingebracht und da dasselbe noch vor den Kriegsereignissen aufgestellt wurde, die Folgen der letzteren noch nicht berücksichtigt. Es ist daher vorauszusehen, dass das Jahr 1859 ein günstiges Resultat nicht liefern wird, obgleich neben der budgetmässigen Einnahme ein ausserordentlicher Steuerzuschlag von 25% zur Einkommens-, Classen-, Mahl- und Schlachtabgabe und ein Anlehen von 30 Mill. Thlr. zur Deckung der Kosten der Kriegsbereitschaft verfügt wurden.¹⁾ Ebenso wenig kann das Jahr 1860, in welches die kostspielige Armee-Reform fällt, zu deren Durchführung ein besonderer Credit von 9 Mill. Thlr. gewährt wurde,²⁾ befriedigend abschliessen.

Wenn daher die Finanzlage des preussischen Staats seit dem Jahre 1848 eine bedrängte war, und es in neuester Zeit in Folge der ausserordentlichen Anstrengung zur Aufrechthaltung seiner Grossmachtsstellung noch mehr ist; so theilt er nur das Schicksal sämtlicher Grossmächte Europa's. Wohin freilich dieser Zustand schliesslich führen, wie lange die enorme Steigerung der Staats- und namentlich Armeebedürfnisse möglich und bis zu welchem Grade die unnatürliche Spannung der Kräfte auszudehnen sein wird, wollen wir nicht entscheiden. Preussen hat in seiner finanziellen Vergangenheit übrigens einen wichtigen Hebel des Credits in Bewegung zu setzen, welcher die sonst obwaltende Ungleichheit der Kräfte zu paralyisiren geeignet sein mag.

Zum Belege des Gesagten und zur Vervollständigung des Gesamtbildes geben wir in der abgebogenen Tafel eine Zusammenstellung der Staatseinnahmen und Ausgaben von den Jahren 1850 bis 1860 auf Grundlage der aufgestellten Etats, welcher wir Folgendes beifügen:

- 1) Von 1852 an ist die Krondotation in dem amtlichen Budget nicht mehr in Ausgabe gestellt, sondern in Einnahme vom Ertrag der Domänen und Forsten in Abzug gebracht. Wir haben dieselbe als unzweifelhafte Staatsausgabe überall der Ausgabe zugerechnet und es erscheint daher die Endsumme unserer Zusammenstellung von 1852—1860 sowohl in Einnahme als in Ausgabe um 2,573,899 Thlr. höher, als die amtliche Budget-Ziffer.
- 2) Unter den einmaligen und ausserordentlichen Ausgaben des preussischen Budgets sind nicht diejenigen ausserordentlichen Leistungen begriffen, welche anderwärts in den ausserordentlichen Etat eingestellt werden, wie z. B. besondere Kriegskosten etc. Diese erscheinen im preussischen Budget überhaupt nicht, sondern werden durch besondere Gesetze verwilligt und dem Landtag extra nachgewiesen. Bei Vergleichen mit andern Staaten können sonach jene „einmaligen und ausserordentlichen“ Ausgabsposten, welche jedes Jahr in steigender Summe wiederkehren, unbedenklich dem gewöhnlichen Staatsaufwande beigechnet werden.
- 3) Die Einnahme-Steigerung in den Jahren 1855 und 1856 ist bei den directen und indirecten Steuern Folge besonderer Steuerzuschläge zur classificirten Einkommens-, Classen-, Mahl- und Schlachtsteuer.
- 4) Die wirklichen Rechnungsergebnisse weichen begreiflich von den in unserer Tafel enthaltenen Voranschlägen ab. In so weit es uns möglich

¹⁾ Gesetz vom 21. Mai 1859, Ges.-Samml. S. 242 und 244. Kgl. Erl. vom 28. ejed., Ges.-Samml. S. 277.

²⁾ Gesetz vom 27. Juni 1860, Ges.-Samml. S. 278.

Finanzhaushalt Preussens in den Jahren 1850—1860 (mit Ausschluss der Hohenzollern'schen Lande) nach den gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats.

Einnahmen, brutto, in Thalern Courant.

Nr.	Bezeichnung der Einnahme-Titel.	1850. (Ges.-S. S. 179.)	1851. (Ges.-S. S. 241.)	1852. (Ges.-S. S. 265.)	1853. (Ges.-S. S. 297.)	1854. (Ges.-S. S. 221.)	1855. (Ges.-S. S. 271.)	1856. (Ges.-S. S. 299.)	1857. (Ges.-S. S. 371.)	1858. (Ges.-S. S. 191.)	1859. (Ges.-S. S. 247.)	1860. (Ges.-S. S. 247.)
1	Domänen (incl. Staatsgefälle, Festungsrevenüen etc.)	5,778,751	5,791,864	5,569,240	5,035,270	4,992,810	4,980,730	4,920,910	4,868,000	4,894,970	4,939,010	4,965,030
2	Forsten (einschliesslich der Einnahmen von Forstlehranstalten)	4,921,985	5,048,498	5,227,000	5,323,000	5,373,700	5,484,700	5,602,300	5,835,000	6,070,000	6,325,000	6,468,500
3	Aus Ablösungen von Gefällen und Verkauf von Domänen und Forstgrundstücken	1,000,000	1,000,000	1,600,000	2,000,000	2,000,000	1,500,000	1,500,000	1,300,000	1,000,000	1,000,000	815,000
4	der Centralverwaltung der Domänen und Forsten	1,819	1,832	1,809	1,811	1,798	1,770	1,766	1,869	1,870	1,884	1,883
5	Directe Steuern (Grund-, Einkommens-, Classen-, Gewerbe-, Eisenbahnsteuer)	20,339,180	20,361,750	22,846,636	22,518,697	23,157,094	26,219,122	26,814,197	24,794,363	25,423,658	26,029,958	26,046,892
6	Indirecte Steuern (Zoll, Rübenzucker-, Getränke-, Mahl-, Schlacht-, Stempelsteuer etc.)	29,171,924	30,066,300	27,925,099	28,073,922	28,306,540	30,531,587	31,085,167	31,266,333	32,314,260	34,372,816	35,383,146
7	Salzmonopol	8,400,343	8,289,684	8,237,879	8,087,559	8,218,729	8,310,570	8,564,720	8,749,300	9,037,500	8,924,740	8,907,820
8	Lotterie	960,200	1,068,303	1,068,383	1,131,863	1,201,519	1,201,300	1,236,000	1,271,200	1,314,100	1,311,800	1,343,600
9	Seehandlungsinstitut und Darlehenscassenverwaltung	224,300	153,700	119,970	100,000	100,000	100,000	100,000	100,000	200,000	200,000	300,000
10	Lieferungen der preussischen Bank zum Staat	122,000	110,000	118,000	131,500	155,300	191,500	225,600	987,400	1,086,000	1,124,000	1,168,000
11	Münze	—	77,960	77,960	77,960	77,960	77,960	77,960	77,960	77,960	85,128	83,568
12	Allgemeine Cassenverwaltung (worunter ausserordentliche Zuschüsse)	505,828	379,784	256,923	339,916	338,742	320,508	272,535	451,434	425,808	1,743,018	565,192
13	Post-, Gesetzsammlungs- und Zeitungsverwaltung	6,730,884	6,918,105	7,551,928	7,887,164	8,213,622	8,438,608	9,387,724	10,477,692	11,373,800	11,376,000	11,370,000
14	Telegraphenverwaltung	61,340	80,058	91,878	121,794	241,646	312,376	473,652	620,940	705,010	788,600	788,950
15	Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauten	268,423	201,967	241,866	228,995	245,874	260,199	267,278	274,794	273,068	297,230	298,917
16	„ „ Berg-, Hütten- und Salinenwesen	6,073,809	6,120,951	6,267,379	6,208,262	7,317,711	8,052,632	11,239,520	13,762,850	13,846,796	13,926,386	11,978,017
17	der Eisenbahnangelegenheiten	—	—	—	3,173,576	4,137,013	4,470,626	5,758,964	6,591,418	8,418,596	9,213,410	9,945,864
18	Justizministerium: Gerichtskosten, Gebühren, Strafen (gerichtliche) etc.	5,494,965	5,496,662	7,563,402	7,588,456	8,501,935	8,849,675	8,851,323	8,848,286	9,633,896	9,832,804	9,939,020
19	Ministerium des Innern: Polizeiverwaltung, Strafanstalten etc.	29,474	601,573	589,862	600,496	592,745	715,882	751,345	725,756	785,148	787,676	709,028
20	Landwirthschaftliche Verwaltung	964,569	967,469	935,803	936,055	903,411	888,512	962,275	963,293	1,050,194	1,050,194	992,033
21	Gestütsverwaltung	—	250,053	242,851	242,851	250,344	250,344	250,344	250,344	436,288	436,288	417,660
22	Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten	70,323	77,403	78,772	77,864	82,485	87,385	87,020	88,348	91,578	91,614	92,622
23	Kriegsministerium	218,331	224,433	231,149	238,146	245,975	250,542	264,560	291,048	304,836	323,626	335,906
24	Marine (insbesondere vom Jahde-Gebiet)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,696	20,296
25	Ministerium des Auswärtigen (Consulats- und Passgebühren)	—	6,610	6,610	6,610	6,630	7,840	8,530	8,640	8,970	10,080	11,410
	Summe der Einnahmen	91,338,448	93,294,959	96,850,399	100,131,767	104,663,583	111,504,368	118,703,690	122,606,268	128,774,306	134,210,958	132,948,354

Ausgaben, brutto, in Thalern Courant.

Nr.	Bezeichnung der Ausgabe-Titel.	1850.	1851.	1852.	1853.	1854.	1855.	1856.	1857.	1858.	1859.	1860.
1—15	I. Fortdauernde Ausgaben.											
16	Betriebs-, Erhebungs-, Verwaltungskosten und Lasten	23,178,998	23,224,220	23,518,305	27,532,153	29,902,257	31,086,490	34,742,958	38,138,128	40,321,837	41,582,837	40,381,078
17	Krondotation	2,573,099	2,573,099	2,573,099	2,573,099	2,573,099	2,573,099	2,573,099	2,573,099	2,573,099	3,073,099	3,073,099
18—19	Oeffentliche Schuld (Verzinsung, Tilgung und Verwaltung)	7,501,531	9,560,900	9,658,500	10,678,800	10,838,950	11,715,310	12,944,750	13,285,700	13,199,850	13,447,250	15,274,500
20—29	Für beide Häuser des Landtags	222,500	223,907	236,627	236,777	236,777	237,789	239,769	239,769	241,669	241,724	241,724
30	Staatsministerium	206,848	205,660	210,065	222,485	220,115	248,490	246,575	245,835	247,685	270,825	270,040
31—36	Ministerium des Auswärtigen	924,135	929,245	980,155	745,280	761,480	754,570	809,705	838,440	847,280	878,990	886,970
37	Finanzministerium (worunter auch Zuschüsse zu Provinzialschulden)	6,864,377	6,005,367	5,995,577	6,188,681	6,166,568	6,138,821	6,055,197	6,005,417	6,381,177	6,355,798	6,471,304
38	Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten	6,636,058	6,685,889	6,701,518	5,168,832	5,211,695	5,237,254	5,262,022	5,283,052	5,322,124	5,474,429	5,515,977
39	Justizministerium	9,041,326	9,021,196	9,797,637	9,827,052	10,421,138	10,768,878	10,767,292	10,787,782	11,324,916	11,660,604	11,417,270
40—41	Ministerium des Innern	3,506,142	4,013,798	4,064,054	4,129,119	4,301,511	4,653,971	4,812,272	5,048,292	5,424,825	5,569,869	5,582,145
42	„ für landwirthschaftliche Angelegenheiten	1,450,829	1,798,639	1,772,846	1,805,923	1,824,348	1,836,468	1,934,265	1,972,246	2,247,531	2,261,666	2,053,121
43	„ der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten	3,373,675	3,387,294	3,394,602	3,457,113	3,491,596	3,503,522	3,522,059	3,560,703	3,597,647	3,663,749	3,703,184
44	Kriegsministerium	25,212,927	25,077,691	26,886,659	27,176,476	27,503,042	28,338,604	28,700,672	28,951,587	30,237,467	30,695,877	31,447,247
	Marine	282,448	334,034	411,716	529,977	531,000	552,292	554,531	593,690	614,396	819,510	906,732
	Summe der fortdauernden Ausgaben	90,974,393	93,040,939	96,201,360	100,271,767	103,983,576	107,645,558	113,165,157	117,523,740	122,581,503	125,996,227	127,224,391
	II. Einmalige und ausserordentliche Ausgaben	4,925,213	3,326,593	3,282,752	3,460,895	4,921,647	4,562,030	5,538,533	5,082,528	6,192,803	8,214,731	5,723,963
	Hauptsumme der Ausgaben	95,899,606	96,367,532	99,484,112	103,732,662	108,905,223	112,207,588	118,703,690	122,606,268	128,774,306	134,210,958	132,948,354
	Diesen die ordentlichen Einnahmen gegenübergestellt mit	91,338,448	93,294,959	96,850,399	100,131,767	104,663,583	111,504,368	118,703,690	122,606,268	128,774,306	134,210,958	132,948,354
	erscheint Deficit	4,561,158	3,072,573	2,633,713	3,600,895	4,241,640	703,220	—	—	—	—	—
	Setzt man die Erlöse aus Staatseigenthum mit	1,000,000	1,000,000	1,600,000	2,000,000	2,000,000	1,500,000	1,500,000	1,300,000	1,000,000	1,000,000	815,000
	von den ordentlichen Einnahmen ab, so erhöht sich das Deficit auf	5,561,158	4,072,573	4,233,713	5,600,895	6,241,640	2,203,220	1,500,000	1,300,000	1,000,000	1,000,000	815,000

war, uns die Abrechnungen zu verschaffen, lassen wir die Hauptsummen derselben folgen. Es betrug

i. Jahr	der gesammte Staats- aufwand:	Die ordentliche Einnahme:	Das Deficit:	Der Ueberschuss:
1850:	130,013,270 Thlr.	95,395,884 Thlr.	34,617,386 Thlr.	—
1851:	110,928,924 "	100,490,697 "	10,438,227 "	—
1852:	116,869,205 "	102,892,710 "	13,976,495 "	—
1853:	113,532,230 "	107,455,110 "	6,077,120 "	—
1854:	123,098,529 "	111,704,564 "	11,393,965 "	—
1856:	138,300,788 "	129,866,275 "	8,434,513 "	—
1857:	129,141,220 "	131,430,527 "	—	2,289,307 Thlr.

Diess sind die Resultate, welche sich nach Ausscheidung der Restbestände von früheren Jahren und der Einnahmen aus Anlehen und sonstiger Schuldvermehrung, also durch die laufende Verwaltung allein, dagegen mit Einrechnung aller ausserordentlichen Ausgaben ergeben. Der amtliche Rechnungsabschluss zeigt andere Endziffern, weil er die Bestände der Vorjahre unter den Einnahmen auführt, wie er auch die Zahlungsrückstände früherer Perioden den Ausgaben zurechnet. (Daher weichen die oben gegebenen Daten des Finanzministers von unseren Ziffern ab.) Die Erlöse aus Staats-Gütern und Gefällen, und zwar 1850: 1,600,374; 1851: 2,222,545; 1852: 2,444,422; 1853: 1,943,899; 1854: 1,682,556; 1856: 1,119,776 und 1857: 1,057,545 Thlr. haben wir indessen unter den ordentlichen Einnahmen, gleich der amtlichen Aufstellung, belassen. Rechnet man sie ab, so erhöht sich das wahre Deficit um die ebenangeführten Summen. Dem gegenüber ist jedoch zu bemerken, dass das preussische Budget unter den ordentlichen Ausgaben auch eine stehende Eisenbahn-Dotation auführt, welche dem Erlös aus Staatseigenthum nahezu die Waage hält, und anderwärts durch Eisenbahnanlehen aufgebracht wird.

§. 32.

Gesetzliche Bestimmungen über Verjährung, Amortisation (Mortification), Aussercourssetzung und Vindication preuss. Staatspapiere.

Preussen war neben dem Churfürstenthum Sachsen derjenige deutsche Staat, in welchem das Institut der Inhaberpapiere zuerst aufkam und daher für die Gesetzgebung Veranlassung vorlag, die Eigenthümlichkeiten desselben besonders zu regeln. Wir lassen über die hier in Frage kommenden Rechtsverhältnisse lediglich den Wortlaut der betreffenden Gesetze für sich sprechen.

I. Verjährung betreffend.

- 1) Verordnung vom 17. Janr. 1820 §. XVII. ¹⁾ „Um der Staatsschuldenverwaltungsbehörde zur Unterhaltung einer ordnungsmässigen und übersichtlichen Buchführung alle nur möglichen Mittel zu gewähren, bei fortdauerndem vieljährigen Unterbleiben des Einziehens fälliger Zinsen von Seiten der Inhaber der Schulddocumente aber die Erreichung dieses Zweckes mit mannigfaltigen Schwierigkeiten verbunden ist; so finden Wir es unumgänglich nöthig, den Verjährungstermin bei Zinsrückständen von Staatsschulddocumenten, vom Tage der

¹⁾ Ges.-Samml. von 1820, S. 14—15.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Vollziehung dieser Verordnung ab, auf **vier Jahre** von der Verfallzeit an gerechnet, hierdurch festzusetzen.“

Diese Bestimmung galt und gilt unbedingt für die alte Schuld. Für die seit 1848 neu creirten Anleihen ist sie aber in besonderen Gesetzen ebenfalls als anwendbar erklärt worden.¹⁾

- 2) Gesetz vom 7. Juni 1821, §. 2: ²⁾ „Die in der Verordnung vom 17. Janr. v. J. wegen der Behandlung des gesammten Staatsschuldenwesens §. 17. festgesetzte 4jährige Verjährungsfrist der verfallenen und ungehoben gebliebenen Zinsen, findet auch auf die Zinscoupons der Sächsischen Kammer-Credit-Cassen-Scheine und Steuer-Credit-Cassen-Obligationen (welche von Preussen mit der Erwerbung der Provinz Sachsen übernommen wurden) Anwendung.“
- 3) Cabinetsordre vom 18. Septbr. 1822: ³⁾ „Auf den Antrag der Hauptverwaltung der Staatsschulden bestimme Ich hiermit, dass alle von derselben zu Staatsschuldverschreibungen auszufertigende Zinscoupons mit einem Vermerke zu versehen sind, in welchem die Inhaber derselben von der in Meiner Verordnung vom 17. Janr. 1820 vorgeschriebenen vierjährigen Verjährungsfrist unterrichtet werden, und der Tag, mit welchem die rechtlichen Folgen derselben eintreten, angegeben wird.“
- 4) Allgemeine Gerichtsordnung, Tit. 51, §. 140: „Sollte endlich auch Jemand wegen der mit einem solchen Aufgebote (zur Amortisation) verbundenen Kosten darauf anzutragen Bedenken finden; so steht ihm frei, von dem Zeitpunkte an, wo die §. 125 beschriebene erste Bekanntmachung ergangen ist, den zur Verjährung eines Schuldinstruments überhaupt nach den Gesetzen erforderlichen Zeitraum abzuwarten.“

Hinsichtlich der Verjährung von Staatsschuldforderungen ist schon in Preussen positives Recht: dass die Zinscoupons binnen 4 Jahren, die Obligationen aber nach Ablauf der gewöhnlichen Verjährungsfrist von 30 Jahren erlöschen;⁴⁾ dass aber die kürzere Verjährungsfrist der Zinscoupons auf denselben bemerkt werden muss.

II. Amortisation (Mortification) betreffend.

- 1) Das allgemeine Landrecht, Theil I, Titel 16, §. 730 spricht im Allgemeinen dem Aussteller eines Inhaberpapiers das Recht zu, öffentliches Aufgebot und Mortificirung zu verlangen.⁵⁾ Das Nähere hierüber ist in mehreren Specialgesetzen, wie folgt, normirt:
- 2) Verordnung vom 16. Juni 1819: ⁶⁾ „§. 1. Jeder, welchem durch Zufall ein Staatsschuldschein gänzlich vernichtet worden, oder verloren gegangen, muss diesen Verlust nach dessen Entdeckung vor allen Dingen der unter dem Schatzministerium stehenden Controle der Staatspapiere (über die jetzige Organisation der Behörden siehe §. 28) anzeigen, wenn er

¹⁾ Siehe Gesetz vom 7. Mai 1851, Ges.-Samml. S. 237; Gesetz vom 23. März 1852, Ges.-Samml. S. 75; Gesetz vom 20. Mai 1854, Ges.-Samml. S. 313; Gesetz vom 7. Mai 1855, Ges.-Samml. S. 269; Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 334; Gesetz vom 21. Mai 1855, Ges.-Samml. S. 310; Gesetz vom 10. Mai 1858, Ges.-Samml. S. 270 und Gesetz vom 2. Juli 1859, Ges.-Samml. S. 365.

²⁾ Ges.-Samml. S. 96.

³⁾ Ges.-Samml. S. 213.

⁴⁾ Vergl. Kuntze, die Lehre von den Inhaberpapieren, §. 142, S. 646.

⁵⁾ Dasselbst, §. 158, S. 724—725.

⁶⁾ Ges.-Samml. S. 157.

das verlorene oder ein anderes Papier an dessen Stelle wieder zu erhalten wünscht.“

„§. 2. Kann derselbe die gänzliche Vernichtung des Staatsschuldscheins dergestalt darthun, dass darüber bei dem Schatzministerium kein Zweifel mehr übrig bleibt, so muss ihm ein anderer Schuldschein von gleichem Werthe ausgehändigt werden.“

„§. 3. Ob der Nachweis in dieser Art geführt worden, hängt lediglich von der Beurtheilung des Schatzministeriums ab. Hat dasselbe daher noch Zweifel über die gänzliche Vernichtung des verloren gegangenen Staatsschuldscheins, oder ist von dem letzten Inhaber desselben überhaupt nicht eine solche Art des Verlustes behauptet worden, welche es unmöglich macht, dass das angeblich verlorene Papier wieder zum Vorschein kommen kann, so eignet sich die Sache zum öffentlichen Aufgebote und gerichtlichen Amortisationsverfahren.“

„§. 4. Dabei sind die Vorschriften des §. 388 des Anhangs zur allgemeinen Gerichtsordnung zu beobachten, jedoch was die Staatsschuldscheine betrifft, nur mit folgenden näheren Bestimmungen und Abänderungen:“

„§. 5. a) Das Aufgebot selbst muss allemal von dem Kammergericht in Berlin geschehen, bei welchem daher auch der Antrag von dem letzten Inhaber gemacht werden muss.“

„§. 6. b) Dem Aufgebot durch Erlassung der Edictalladung soll jedesmal eine Bekanntmachung sowohl durch die Berliner Intelligenzblätter, als auch durch die derjenigen Provinz, wo der Verlust sich ereignet hat, oder wenn für diese Provinz keine Intelligenzblätter ausgegeben werden, durch die Amtsblätter derselben, vorangehen, mittelst welcher das Publicum von dem Vorfall, unter genauer Bezeichnung des Staatsschuldscheins mit Benennung des sich angebenden Eigenthümers benachrichtigt wird. Diese Bekanntmachung muss jedesmal von der §. 1 genannten Behörde ausgehen.“

„§. 7. c) Nach erfolgter Bekanntmachung wird sechs Zinszahlungs-termine hindurch gewartet, ob sich Jemand mit dem angeblich verlorenen oder vernichteten Staatsschuldschein meldet.“

„§. 8. d) Ist bis nach verstrichenem sechsten Zinstermine der in §. 1 gedachten Behörde nicht bekannt geworden, dass der Staatsschuldschein bisher zum Vorschein gekommen sei, so muss sie darüber dem Betheiligten, auf sein Ansuchen, ein schriftliches Zeugniß ertheilen. Sobald derselbe solches beibringt, und zugleich durch Ueberreichung der Intelligenz- oder Amtsblätter nachweist, dass die in §. 6 vorgeschriebene Bekanntmachung gehörig geschehen sei, ist von dem Kammergericht die förmliche Edictalladung zu erlassen, und darin der etwaige Inhaber des genau zu bezeichnenden Staatsschuldscheins aufzufordern, sich spätestens im achten Zinszahlungstermine zu melden oder die gänzliche Amortisation seines Schuldscheins zu gewärtigen.“

„§. 9. e) Die Ladung muss viermal in den Intelligenz- oder beziehungsweise Amtsblättern der Provinz, wo sich der Verlust ereignet hat, sowie eben so oft in den Berliner Intelligenzblättern, und einmal in einer auswärtigen Zeitung dergestalt bekannt gemacht werden, dass von dem Zeitpunkte der letzten Bekanntmachung an, bis zum achten Zinstermine, ein Zwischenraum von wenigstens drei Monaten bleibt.“

„§. 10. f) Meldet sich auf diese Ladung ein Inhaber des aufgebotenen Staatsschuldscheins, oder gibt sich auch schon früher auf die in §. 6 angeordnete Bekanntmachung ein Inhaber an, oder kommt überhaupt

dieses Papier bei der im §. 1 genannten Behörde, es sei auf welche Art es wolle, zum Vorschein, ohne schon realisirt zu sein; so muss die Sache zwischen dem angeblichen Eigenthümer und demjenigen, der sich gedachtermassen gemeldet hat, oder von dem das Papier sonst zu irgend einem andern Zweck vorgelegt worden, nach den Gesetzen erörtert und entschieden werden.“

„§. 11 g). Ist aber der Staatsschuldschein überall nicht zum Vorschein gekommen, so kann sodann das Amortisationserkenntniss erfolgen, welches statt der Verkündung an öffentlicher Gerichtsstelle angeschlagen werden muss. Es muss jedoch jedesm 1

1) zwischen der oben im §. 6 vorgeschriebenen Bekanntmachung und der Abfassung dieses Erkenntnisses derjenige Termin eingetreten sein, in welchem der Staatsschuldschein selbst zur Empfangnahme neuer Zinscoupons hätte vorgezeigt werden müssen, und

2) ein Zeugniss der im §. 8 gedachten Art auch jetzt wiederum vor Abfassung des Erkenntnisses beigebracht werden.“

„§. 12 h) Sobald das Erkenntniss rechtskräftig geworden ist, welches angenommen werden muss, wenn sich binnen 4 Wochen nach geschehener Anschlagung an der Gerichtsstelle Niemand dagegen gemeldet hat, wird der Inhalt desselben von Seiten des Gerichts durch die betreffenden Provinzial- und Berliner Intelligenz- oder beziehungsweise Amtsblätter bekannt gemacht, auch dem Eigenthümer ein anderer Staatsschuldschein, auf den Grund des vorliegenden Erkenntnisses, überliefert, und zwar mit den zu dem amortisirten Documente gehörenden, bis dahin noch nicht ausgehändigten, Zinscoupons.“

„§. 13. Wegen der verlorenen oder vernichteten Zinscoupons von Staatsschuldscheinen ist ein öffentliches Aufgebot und gerichtliches Amortisationsverfahren überall nicht zulässig und ebensowenig eine Klage auf Zustellung anderer Coupons an die Stelle der verlorenen oder vernichteten. Wenn jedoch das Schatzministerium aus dem von dem letzten Inhaber nach §. 2 geführten Beweise sich überzeugt findet, dass der Verlust der Zinscoupons auf solche Weise erfolgt sei, dass sie nicht wieder zum Vorschein kommen können; so werden an deren Stelle von der §. 1 gedachten Behörde andere Coupons dem Betheiligten ausgehändigt werden. Es hängt dieses aber lediglich von der Beurtheilung des genannten Ministeriums ab.“

„§. 14. In Betreff der sächsischen Central-Steuerobligationen und deren Zinscoupons soll alles dasjenige gleichfalls gelten, was in den vorstehenden §. 1—13 einschliesslich verordnet ist, jedoch mit Beobachtung der in den drei nächstfolgenden §§. enthaltenen Vorschriften.“

„§. 15. Das in §. 5 gedachte Aufgebot erfolgt nicht bei den Kammergerichten, sondern bei dem Oberlandesgerichte in Naumburg.“

„§. 16. Statt der in §. 6, 9 und 12 angeordneten Bekanntmachung in den Berliner Intelligenzblättern soll diese Bekanntmachung in den Merseburgern Amtsblättern geschehen und zu der in §. 9 gedachten auswärtigen Zeitung jedesmal die Leipziger Zeitung benutzt werden.“

„§. 17. Das in §. 11 unter Nr. 1 vorgeschriebene Erforderniss wegen des erfolgten Eintritts eines neuen Termins zur Austheilung von Zinscoupons findet hier ebenfalls Anwendung, es genügt jedoch dabei zum Zwecke der Empfangnahme derselben die Vorzeigung der zur Obligation gehörigen Zinsleiste (Talon) und wird derjenige, der eine solche Zinsleiste vorlegt, in Bezug auf die nach §. 10 eintretenden Maassregeln dem Inhaber der Obligation selbst gleich geachtet.“

„§. 22. Zu noch grösserer Sicherung des gesetzlichen Verkehrs mit den Staatsschuld-Papieren endlich sind künftig von Seiten der im §. 1 gedachten Behörde von Jahr zu Jahr amtliche Listen der aufgegebenen und mortificirten Staatspapiere zur öffentlichen Kenntniss zu bringen und diese Listen sodann zu Jedermanns Einsicht auf allen Börsen öffentlich auszuhängen.“

- 3) Gesetz vom 7. Juni 1821:¹⁾ „§. 1. Dasjenige, was die Verordnung vom 16. Juni 1819 wegen des Aufgebots und der Amortisation verlornen oder vernichteter Staatspapiere in den §§. 14—17 einschliesslich in Beziehung auf die sächsischen Centralsteuer-Obligationen und deren Zinscoupons, ingleichen §. 22 im Allgemeinen enthält, soll auch von den sächsischen Kammer-Credit-Cassenscheinen, Steuer-Credit-Cassen-Obligationen und beider Zinscoupons gelten.“

„§. 3. Kann die Vernichtung des Zinsleistens (Talons) von einem Kammer-Cr.-C.-Schein oder einer Steuer-Cr.-C.-Obligation auf diejenige Art dargethan werden, welche im §. 13 der Verordnung vom 16. Juni 1819 vorgeschrieben ist, so soll der neue Zinsleiste auf den Grund dieses Beweises sofort gefertigt werden. Im Fall der Beweis aber nicht vollständig geführt worden, oder wenn der letzte Inhaber den Verlust eines solchen Zinsleistens bloss behauptet, hat derselbe, ehe er die Ausfertigung des neuen Zinsleistens verlangen kann, zuvor die Capitalschuldverschreibung im Original bei der Staatsschulden-Tilgungscasse vorzulegen und überdem noch den Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist von der Zeit ab, als der letzte zum verlorenen oder vernichteten Zinsleiste gehörige Coupon hätte gezahlt werden sollen, abzuwarten.“

„§. 4. Ein Gleiches gilt auch in Beziehung auf verlorene oder vernichtete Zinsleisten von sächsischen Central-Steuer-Obligationen.“

- 4) Cabinetsordre vom 18. Sept. 1822:²⁾ „Die Vorschrift des Gesetzes vom 16. Juni 1819, wonach ein öffentliches Aufgebot und gerichtliches Amortisationsverfahren wegen verlornen oder vernichteter Zinscoupons ebenso unzulässig ist, als eine Klage auf Zustellung anderer Coupons an die Stelle der verlorenen oder vernichteten, erstreckt sich nicht bloss auf die darin und in dem Gesetze vom 7. Juni 1821 bezeichneten Staatspapiere, sondern auch überhaupt auf alle solche, zu welchen von der Hauptverwaltung der Staatsschulden Zinscoupons bereits ausgegeben sind, oder noch künftig ausgefertigt werden.“

- 5) Cabinetsordre vom 22. Oct. 1825:³⁾ „§. 1. Es ist hinreichend, wenn die in den §§. 6 und 16 der Verordnung vom 16. Juni 1819 vorgeschriebene Bekanntmachung des Verlustes

- a) der Staatsschuldscheine durch die Berliner Intelligenzblätter, und der ehemals sächsischen Staatspapiere durch die Merseburger Amtsblätter;
- b) durch die Amtsblätter der Regierung, oder durch die Intelligenzblätter im Bezirk des Oberlandesgerichts, in welchem der Verlust sich ereignet hat, erfolgt. Ist ein vormals sächsisches Staatspapier im Bezirk der Merseburgischen Regierung verloren gegangen, so genügt die Einrückung der Bekanntmachung in deren Amtsblätter.“

„§. 2. Wenn Staatspapiere ausserhalb Landes verloren werden, so erfolgt

¹⁾ Ges.-Samml. S. 96.

²⁾ Ges.-Samml. S. 213.

³⁾ Ges.-Samml. S. 229.

- a) die vorläufige Bekanntmachung des Verlustes der Staatsschuldscheine durch die Berliner Intelligenzblätter und ein auswärtiges Blatt, sowie der ehemals sächsischen Staatspapiere durch die Merseburger Amtsblätter und ein auswärtiges Blatt;
- b) das gerichtliche Aufgebot der Staatsschuldscheine und der ehemals sächsischen Staatspapiere geschieht mittelst viermaliger Einrückung der ersten in die Berliner Intelligenzblätter, der andern in die Merseburger Amtsblätter und beider in ein ausländisches Blatt.“

Alle diese Gesetzesbestimmungen beziehen sich indessen nur auf die „Staatschuldscheine“ und auf die vormals sächsischen, von Preussen übernommenen Staatspapiere. Die ersteren sind nämlich diejenigen preussischen Staatsschuldverschreibungen, welche 1810 durch Zusammenzug und gleichförmige Verbriefung der damals bestandenen inländischen Schuld, mit Ausnahme der Bankobligationen, sowie durch gleichmässige Verbriefung späterer Anlehen entstanden sind. Neben diesen Staatspapieren gab es aber noch andere, z. B. von ausländischen Anlehen, Bankobligationen und Provinzialstaatsschuldscheine. Gegenwärtig besteht neben den Staatsschuldscheinen nur noch die letztere Gattung der älteren Schuld. Bezüglich dieser Staatspapiere, welche weder zu den „Staatschuldscheinen“, noch zu den sächsischen gehören, bestimmt nun

6) die Verordnung vom 3. Mai 1828 ¹⁾ Folgendes: „§. 1. Beim Aufgebot der in §. 18 der Verordnung vom 16. Juni 1819 erwähnten Staatspapiere, wohin auch die Papiere über Provinzialstaatsschulden gehören, insofern ihrer Natur und Beschaffenheit nach bisher überhaupt ein Aufgebots- und Amortisationsverfahren ihrerwegen zulässig gewesen ist, bedarf es der in §. 6 dieser Verordnung vorgeschriebenen vorläufigen Bekanntmachungen in dem Falle nicht, wenn zu dem aufzubietenden Papiere entweder niemals Zinscoupons auszugeben waren, oder dasselbe zu einem Theile der Staatsschuld gehört, welcher bereits abgelegt, oder bei welchem die Ausfertigung neuer Coupons eingestellt ist. Ein solches Papier kann vielmehr ohne Abwartung eines Zeitraumes gerichtlich aufgeboten werden, sobald die betreffende Schuldenverwaltungsbehörde ein Zeugniß dahin ausstellt: dass die mit dem verloren gegangenen Papiere verbriefte Schuld in den Büchern oder Etats noch offen stehe.

Ein gleiches Zeugniß, und dass auch das aufgebotene Papier bis dahin nicht zum Vorschein gekommen, muss, nachdem der in Gemässheit des §. 20 der gedachten Verordnung mit 12monatlicher Frist anzuberaumende Edictaltermin eingetreten ist, vor Abfassung des Amortisationserkenntnisses beigebracht werden.“

„§. 2. Das gerichtliche Aufgebot erfolgt bei demjenigen Obergericht (im Grossherzogthum Posen und in den Rheinprovinzen bei demjenigen Landgericht), in dessen Gerichtsbezirk die Schuldenverwaltungsbehörde ihren Sitz hat, auf deren Etat die mit dem aufzubietenden Papiere verbriefte Schuld sich befindet.“

„§. 3. Die Edictalladung, und in den dazu geeigneten Fällen die vorläufige Bekanntmachung, muss sowohl auf die in der allgemeinen Gerichtsordnung und deren Anhang vorgeschriebene Weise, als auch durch die in der Cabinetsordre vom 22. Oct. 1825 bezeichneten Blätter des Inlandes und Auslandes, wo der Verlust sich ereignet hat, zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden. Beim Aufgebot verloren gegangener Verbriefungen über Provinzial-Staatsschulden treten jedoch die

¹⁾ Ges.-Samml. S. 61.

Amtsblätter des Regierungsbezirks, in welchem die betreffende Schuldenverwaltung ihren Sitz hat, an die Stelle der Berliner Intelligenzblätter.“

Fassen wir diese Gesetzesstellen sämmtlich kurz zusammen, so ergibt sich als positives preussisches Recht über die Amortisation von Staatspapieren: dass erstens ein Aufgebot und ein Amortisationsverfahren ganz erlassen ist, wenn die unwiederbringliche Vernichtung der abhanden gekommenen Papiere überzeugend dargethan werden kann, was sowohl von Obligationen, als auch von Zinscoupons und Talons gilt; dass zweitens eine Amortisation überhaupt nur in Absicht auf die Hauptobligation zulässig ist; dass dagegen drittens Zinscoupons und Talons unter keinen Umständen amortisirbar, die ersteren daher einfach verloren sind, falls ihre gänzliche Vernichtung nicht erwiesen werden kann, die letzteren aber im gleichen Fall erst nach Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist unter Vorlage der Hauptobligation erneuert werden.

Hiezu ist übrigens zu bemerken, dass zu den preussischen Staatsschuldscheinen je nur auf 4 Jahre Zinscoupons und keine Talons ausgegeben wurden, dass somit zur Erlangung neuer Coupons die Obligation selbst je nach Ablauf von 4 Jahren wieder vorgelegt werden musste, wobei sodann die Ausfolge der neuen Couponserie durch einen Stempel auf der Obligation bemerkt wurde; dass demnach die gesetzliche Verweigerung der Amortisation von Coupons in Preussen geringere Nachtheile zur Folge hatte, als in anderen Staaten, wo Coupons auf eine grössere Reihe von Jahren mit Talons ausgegeben wurden; dass ferner die obigen Bestimmungen hinsichtlich der Talons sich nur auf vormals sächsische Staatspapiere, welche damit versehen waren, beziehen konnten, dass aber in neuester Zeit auch bei den eigentlich preussischen Staatsobligationen (von den Anleihen de 1859) das Institut der Zinstalons eingeführt worden ist, hinsichtlich welcher es sich nun fragen wird, ob die früher für die ehemals sächsischen Papiere gegebenen gesetzlichen Normen auf sie analoge Anwendung finden.

III. Vindication betreffend.

Das allgemeine preuss. Landrecht, Theil I., Titel 15, §. 45—47 sagt:

„§. 45. Baares coursirendes Geld kann gegen einen redlichen Besitzer nicht zurückgefordert werden, wenn selbiges auch noch unvermischt und unversehrt in dem Beutel oder anderen Behältnisse, in welchem es vorhin gewesen ist, gefunden werden sollte.“

„§. 46. Hat jedoch der gegenwärtige Besitzer des Geldes, welches unter obigen Umständen noch von allem andern Gelde mit Gewissheit unterschieden werden kann, dasselbe unentgeltlich überkommen, so muss er es dem Eigenthümer herausgeben.“

„§. 47. Obige Vorschriften (§. 45, 46) gelten auch von den auf jeden Inhaber lautenden Papieren und Urkunden, so lange dieselben nicht ausser Cours gesetzt werden.“

Das preussische Recht behandelt hienach die Inhaberpapiere in Absicht auf Vindicabilität gleich dem Gelde. Es schützt denjenigen, welcher Papiere au porteur unter redlichem und onerosom Titel erwarb, wogegen dieselben einem unredlichen oder demjenigen Besitzer, welcher sie unentgeltlich erwarb, mittelst der Vindicationsklage unbedingt abgefordert werden können. Als unredlicher Besitzer wird aber auch in Bezug auf Vindication derjenige angesehen, welcher ausser Cours gesetzte Papiere erwirbt. Betreffend

IV. diese Aussercourssetzung, so bestimmt das allgem. Landrecht, Theil I., Titel 15, §. 48 ff. Nachstehendes:

„§. 48. Ausser Cours sind solche Papiere gesetzt, wenn der Eigen-

thümer sein Recht daran auf eine in die Augen fallende Art auf dem Instrument selbst vermerkt hat.“

„§. 49. Imgleichen alsdann, wenn auf den unter öffentlicher Autorität ausgefertigten Papieren dieser Art durch einen den Regeln des Instituts gemässen Vermerk erklärt ist, dass sie nicht mehr an jeden Inhaber zahlbar sein sollen.“

„§. 50. Privatvermerke (§. 48) können nicht anders, als nach vorhergegangener gerichtlicher Untersuchung, durch ein auf das Instrument gesetztes gerichtliches Attest aufgehoben, und das Papier wieder in Cours gesetzt werden.“

„§. 51. Die §. 49 beschriebenen Vermerke hingegen kann nur dasjenige Institut, welches sie gemacht hat, wieder aufheben.“

Ein Gesetz vom 16. Juni 1835,¹⁾ betreffend die Ausser- und Wiederincourssetzung der auf jeden Inhaber lautenden Papiere, beschränkt jedoch die Wirksamkeit der Privatvermerke, indem es bestimmt:

„§. 1. Vermerke, wodurch auf jeden Inhaber lautende unter öffentlicher Autorität ausgefertigte Papiere von Privatpersonen bisher ausser Cours gesetzt worden sind, oder künftig ausser Cours gesetzt werden, sollen für das Institut, welchem die Zinsenzahlung oder planmässige Tilgung obliegt, keine bindende Kraft haben. In Ansehung der Wirkung derselben gegen andere Besitzer verbleibt es bei den Vorschriften des allgemeinen Landrechts.“

Im Weiteren lässt dieses Gesetz die Aussercourssetzungen der Institute und öffentlichen Behörden ausdrücklich bestehen (§. 5), und dehnt solche noch dahin aus, dass als amtliche Aussercourssetzungsvermerke alle von öffentlichen Behörden und den Vorständen der emittirenden Institute vollzogenen Vermerke gelten sollen, vorausgesetzt, dass den besiegelten Ausfertigungen jener Behörden eine öffentliche Glaubwürdigkeit gebühre.

§. 33.

Zinsfuss der preuss. Staatsschuld. Ort und Art der Zins- und Capitalzahlung. Abzüge bei der Zinserhebung.

Bis zum Jahre 1810 bestand die preussische Staatsschuld aus verschiedenartigen Schuldtiteln, mit ebenso verschiedenen Zinsfüssen. Das Finanzedict vom 27. Octbr. 1810²⁾ verordnete aber, dass alle Theile der Staatsschuld, mit Ausnahme der ausländischen Anleihen und der Bankschulden durch eine einzige Gattung von Documenten, „Staatsschuldscheine“ genannt, verbriefet werden sollten; auch wurde der Zinsfuss derselben auf 4% normirt und festgestellt, dass künftighin gegen den Staat kein Kündigungsrecht bestehen solle. Im Jahre 1842 erfolgte eine weitere Herabsetzung des Zinsfusses der „Staatsschuldscheine“ auf 3½% durch eine allgemeine Kündigung derselben im damaligen Betrage von über 98 Mill. Thlr. derart, dass den Gläubigern freistand, das Capital anzunehmen, oder die alten 4%otigen Scheine gegen neue 3½%otige umzuwechseln, wobei ihnen, wenn sie die gestellte Erklärungsfrist einhielten, eine Prämie von resp. 2, 1½ und 1% gewährt, auch zugesagt wurde, dass

¹⁾ Ges.-Samml. S. 133.

²⁾ Ges.-Samml. für 1811, S. 25.

4 Jahre lang eine Verloosung der neuen Obligationen nicht stattfinden solle.¹⁾ Diese Operation, welche dem Seehandlungsinstitut übertragen wurde, gelang vollständig und ohne alle Erschütterung der Course, dergestalt, dass nur 6825 Thlr. baar zurückgefordert wurden. Die Reduction des Zinsfusses der sogenannten Provinzialstaatsschulden auf $3\frac{1}{2}\%$, in so weit sie höhere Zinsen zahlten, war schon 1838 und 1839 erfolgt, und auch die ausländischen höher zinsenden Anleihen wurden theils getilgt, theils geschah die Umwandlung der Obligationen derselben in $3\frac{1}{2}\%$ Staatsschuldscheine.²⁾ Von 1844 bis 1847 war daher die ganze Staatsschuld auf den Zinsfuss von $3\frac{1}{2}\%$ ermässigt. Die seit 1848 contrahirten Anleihen konnten aber zu diesem Zinsfusse nicht untergebracht werden. Wir haben gesehen, dass die meisten derselben zu $4\frac{1}{2}\%$, die Anleihen von 1848 und 1859 sogar zu 5% , negociert werden mussten.

Die Zahlung der Zinsen aus den preuss. Staatspapieren und der Capitalien selbst geschah bis vor Kurzem nur im Inlande, hinsichtlich der allgemeinen Staatsschulden bei der Staatsschuldenzahlungscasse in Berlin, hinsichtlich der Provinzialstaatsschulden aber bei den betreffenden Provinzialcassen. Die Coupons konnten übrigens auch bei den Regierungshauptcassen in den Provinzen und anderen Staatscassen eingelöst werden. In neuester Zeit ist auf die auswärtigen, namentlich süddeutschen Staatsgläubiger Rücksicht dahin genommen worden, dass die $4\frac{1}{2}\%$ otigen seit 1848 aufgenommenen Anleihen auch in Frankfurt a/M. domicilirt wurden, wo sowohl die Zinscoupons als die fälligen Obligationen zum Course von 7 fl. für 4 Thlr. in süddeutscher Währung bei dem Bankhause M. A. v. Rothschild & Söhne eingelöst werden.³⁾

Im Inlande geschieht die Zahlung in der Landeswährung, welche seit 1858 der 30 Thalerfuss ist, dem der ältere 14 Thalerfuss (preussisch Courant) gleichgestellt wurde. Die Währung ist Silberwährung. Abzüge bei der Zins- oder Capitalerhebung finden nicht statt und es hat der auswärtige Staatsgläubiger keine Einkommenssteuer, Stempelabgabe etc. in Preussen zu entrichten.

§. 34.

Hauptsächlichste Handels-Staatspapiere Preussens.

Der Berliner Courszettel notirt unter der Rubrik: „preussische Fonds,“ folgende Schuldgattungen:

- 1) freiwillige Anleihe à $4\frac{1}{2}\%$,
- 2) Staatsanleihe von 1859 à 5% ,
- 3) „ „ „ „ à $4\frac{1}{2}\%$,
- 4) „ „ 1856 à $4\frac{1}{2}\%$,
- 5) „ „ 1853 à 4% ,
- 6) Prämienstaats-Anleihe von 1855 à $3\frac{1}{2}\%$,
- 7) Staatsschuldscheine à $3\frac{1}{2}\%$,
- 8) Kur- und neumärk'sche Schuldverschreibungen à $3\frac{1}{2}\%$.

Auswärtige Börsen unterscheiden nur zwischen „Staatsschuldscheinen,“ „Obligationen,“ welche sie nach dem Zinsfuss gruppiren und „Prämienscheinen,“

¹⁾ Cabinettsordre vom 27. März 1842, Ges.-Samml. S. 105.

²⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 2. Janr. 1844.

³⁾ Bekanntmachung des Bankhauses M. A. v. Rothschild & Söhne vom 12. Janr. 1860, Actionär Nr. 317.

womit in der That die wesentlichen Bestandtheile der allgemeinen preussischen Staatsschuld bezeichnet sind. Die „Staatsschuldscheine“ sind, wie wir bereits gesehen haben (§. 33), die Titel der älteren, vor 1848 entstandenen consolidirten Schuld, welche ihrer ganzen Masse nach gleich behandelt werden und zu gleichem Zinsfuss ($3\frac{1}{2}\%$) verzinslich sind. Unter „Obligationen“ begreift man die Verbriefungen sämtlicher Anleihen seit 1848, mit Ausnahme der Lotterieleihe von 1855, welche unter dem officiellen Namen: „Prämienanleihe“ aufgeführt wird. Diese gibt neben gewissen Gewinnchancen einen festen Zins von $3\frac{1}{2}\%$; die „Staatsobligationen“ sind aber zu verschiedenen Zinssätzen, 4, $4\frac{1}{2}$ und 5% , verzinslich. Die Form der Schuldtitel ist überall gleich und überhaupt im ganzen Schuldenwesen eine einheitliche Ordnung hergestellt. Die Schuldverschreibungen der einzelnen Anleihen, beziehungsweise Schuldgattungen, sind durchgängig mit Buchstaben und Nummern bezeichnet. Die Verschreibungen Lit. A. lauten auf 1000 Thlr., Lit. B. auf 500 Thlr. Diess gilt allgemein. Bei den kleineren Abschnitten enthalten die „Staatsschuldscheine“ Lit. C. 400, D. 300, E. 200, F. 100, G. 50 und H. 25 Thlr.; die Obligationen der „freiwilligen Anleihe von 1848“ Lit. C. 200, D. 100, E. 20, F. 10 Thlr.; wogegen die Obligationen der neueren Subscriptionsanleihen (von 1848 bis 1859) nur in Abschnitten von 1000, 500, 200, 100 und 50 Thlr., bezeichnet mit Lit. A, B, C, D und E, ausgestellt sind. Dass sämtlichen älteren Schuldverschreibungen (vor 1859) nur je 8 halbjährige Zinscoupons ohne Talons beigegeben werden, somit behufs Einholung neuer Coupons die Obligationen selbst von 4 zu 4 Jahren vorgelegt werden müssen, und dass hievon nur die vormaligen sächsischen und die im Jahre 1859 neu creirten Obligationen eine Ausnahme machen, in so ferne diese zwar ebenfalls nur mit 8 Halbjahres-Coupons, aber mit Talons versehen sind, haben wir vorübergehend schon oben bemerkt (§. 32). Im Einzelnen fügen wir Folgendes bei:

- 1) Freiwillige Anleihe von 1848 à 15 Mill. Thlr., im Wege der Subscription im Inlande aufgenommen als „freiwillige Beiträge zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse“. ¹⁾ Die Obligationen tragen das Datum 11. Sept. 1848 und waren ursprünglich zu 5% tro. 1. April und 1. Oct. verzinslich. Seit 1851 ist aber der Zinsfuss auf $4\frac{1}{2}\%$ ermässigt. ²⁾ Neben einer ordentlichen Tilgungsquote von 1% der ganzen Schuld nebst zuwachsenden Zinsen werden zur Tilgung dieser Anleihe auch diejenigen Rentenablöschungscapitalien verwendet, welche von andern als Domänen-Prästantiarien entrichtet, von den Berechtigten aber nicht angenommen worden sind, ³⁾ wesshalb der grösste Theil der Schuld bereits getilgt ist. Der Rest beträgt gegenwärtig noch circa 6 Mill. Thlr.
- 2) Staatsanleihe von 1859 à 5% . Zu Kriegszwecken (Mobilmachung) aufgenommen im Betrage von 30 Mill. Thlr. Das Eigenthümliche dieser Anleihe besteht darin, dass vor dem 1. Janr. 1863 keine Tilgung und vor dem Jahre 1870 keine Zinsermässigung stattfinden kann, auch die Obligationen mit Talons zur Erhebung neuer Coupons versehen sind. Die Zinsen fallen auf 2. Janr. und 1. Juli. Tilgung von 1863 an jährlich 1% des Nominalbetrags der Anleihe nebst den durch die Tilgung ersparten Zinsen in ununterbrochener Zeitfolge. ⁴⁾

¹⁾ Kgl. Erlass vom 25. April 1848, Ges.-Samml. S. 117.

²⁾ Kgl. Erlass vom 10. Sept. 1851, Ges.-Samml. S. 606.

³⁾ Gesetz vom 7. Mai 1851, Ges.-Samml. S. 237, und Rentenbankgesetz vom 2. März 1850, §. 9 und 62, Ges.-Samml. S. 113 und 127.

⁴⁾ Kgl. Erlass vom 28. Mai 1859, Ges.-Samml. S. 277. Verordnung vom gleichen Tage, das. S. 278.

- 3) Staatsanleihe von 1859 à $4\frac{1}{2}\%$ („zweite Staatsanleihe von 1859“). Hierunter sind die durch Gesetze vom 10. Mai 1858 und vom 2. Juli 1859 zum Eisenbahnbau verwilligten Anleihen von 7,500,000 Thlr. und 10,900,000 Thlr. verstanden, welche zusammen im Jahre 1859 zur Emission gelangten.¹⁾ Die Obligationen datiren vom 2. Sept. 1859, sind mit Talons versehen und auf 1. April und 1. Oct. verzinslich. Tilgung jährlich 1% , von 1862 an, mit ununterbrochenem Zuwachs der Zinsen aus den getilgten Obligationen.²⁾
- 4) Staatsanleihe von 1856 à $4\frac{1}{2}\%$, behufs Verminderung der unverzinslichen Staatsschuld (Cassenanweisungen) im Betrage von 16,598,000 Thlr. der preussischen Bank überlassen, welche die Obligationen veräußern konnte, dagegen einen gleichen Betrag an Cassenanweisungen einziehen und abliefen musste. Die Schuldverschreibungen datiren vom 15. Juni 1856 und sind auf 2. Janr. und 1. Juli verzinslich. Die Bank hat für die ihr eingeräumte Erweiterung ihres Notenprivilegiums diese Anleihe zu verzinsen und zu tilgen. Der Tilgungsfonds beträgt 100,000 Thlr. jährlich, welcher Summe die Zinsen der getilgten Obligationen so lange zuwachsen, bis die Schuld auf 10 Mill. herabgebracht ist. Von da an beginnt der Zinsenzuwachs auf gleiche Weise von Neuem. Von 1860 an kann der Tilgungsfonds erhöht, nie aber vermindert werden.³⁾
- 5) Anleihe von 1853 à 4% , mit Schuldverschreibungen vom 24. März 1853, zum Eisenbahnbau im Betrage von 5 Mill. Thlr. negociirt, verzinslich auf 1. April und 1. Oct. Jährliche Tilgungsquote 1% nebst Zinsersparnissen durch die fortschreitende Tilgung in ununterbrochener Zeitfolge. Der Tilgungsfonds kann erhöht, niemals aber verringert werden.⁴⁾
- 6) Prämienanleihe von 1855. Diese, ursprünglich 15 Mill. Thlr. betragend, wird mit $3\frac{1}{2}\%$ jährlich tro. 1. April verzinst. Die Zahlung der Zinsen erfolgt durch die kgl. Staatsschulden-Tilgungscasse postnumerando gegen Aushändigung der Coupons. Die Prämien Scheine, dd. 2. Janr. 1855, je auf 100 Thlr. lautend, werden durch Ausloosung nach Maassgabe des nachstehenden Ziehungsplans binnen 40 Jahren eingelöst. Die Ziehung der Serien findet am 15. Sept. jeden Jahres statt. Sind die zur Verloosung kommenden Prämien unter sich verschieden, so werden die zu den gezogenen Serien gehörigen Nummern am 15. Janr. des nächsten Jahres ausgeloozt. Die gezogenen Prämien werden am nächstfolgenden 1. April von der kgl. Staatsschulden-Tilgungscasse ausbezahlt. Die Verzinsung derselben hört schon ein Jahr früher auf, da die Prämie auch den Zins des letzten Jahres enthält.⁵⁾

¹⁾ Kgl. Erlass vom 21. Aug. 1859, Ges.-Samml. S. 419.

²⁾ Gesetz vom 2. Juli 1859, §. 3 und 5, Ges.-Samml. S. 366.

³⁾ Vertrag mit der Bank vom 28. Janr. 1856. Gesetz vom 7. Mai 1856, §. 5, Ges.-Samml. S. 334.

⁴⁾ Gesetz vom 23. März 1852, Ges.-Samml. S. 75; kgl. Erlass vom 14. März 1853, Ges.-Samml. S. 88.

⁵⁾ Kgl. Erlass vom 24. Nov. 1854, Ges.-Samml. S. 585. Ziehungsplan daselbst S. 586—591. Gesetz vom 7. Mai 1855, Ges.-Samml. S. 269.

Ziehungsplan,
mit Hinweglassung der bereits erfolgten 1.—5. Ziehung.

6te Verloosung im Jahre 1861.				1 à 2,000	"	—	2,000	Thlr.
3200 Stück à 110 Thlr. — 352,000 Thlr.				3 à 1,000	"	—	3,000	"
				4 à 500	"	—	2,000	"
				4 à 400	"	—	1,600	"
				4 à 200	"	—	800	"
				80 à 150	"	—	12,000	"
				100 à 120	"	—	12,000	"
				100 à 115	"	—	11,500	"
				1900 à 109	"	—	207,100	"
				2200 Stück.			382,000	Thlr.
7te Verloosung im Jahre 1862.								
1 à 100,000	Thlr.	—	100,000	Thlr.				
1 à 25,000	"	—	25,000	"				
1 à 10,000	"	—	10,000	"				
1 à 2,000	"	—	2,000	"				
4 à 1,000	"	—	4,000	"				
4 à 500	"	—	2,000	"				
4 à 300	"	—	1,200	"				
4 à 225	"	—	900	"				
80 à 150	"	—	12,000	"				
100 à 120	"	—	12,000	"				
100 à 110	"	—	11,000	"				
1700 à 107	"	—	181,900	"				
2000 Stück.			362,000	Thlr.				
8te Verloosung im Jahre 1863.								
3300 Stück à 112 Thlr. — 369,600 Thlr.								
9te Verloosung im Jahre 1864.								
1 à 100,000	Thlr.	—	100,000	Thlr.				
1 à 25,000	"	—	25,000	"				
1 à 10,000	"	—	10,000	"				
1 à 2,000	"	—	2,000	"				
4 à 1,000	"	—	4,000	"				
4 à 500	"	—	2,000	"				
4 à 400	"	—	1,600	"				
4 à 200	"	—	800	"				
80 à 150	"	—	12,000	"				
100 à 120	"	—	12,000	"				
100 à 110	"	—	11,000	"				
1700 à 108	"	—	183,600	"				
2000 Stück.			364,000	Thlr.				
10te Verloosung im Jahre 1865.								
3500 Stück à 112 Thlr. — 392,000 Thlr.								
11te Verloosung im Jahre 1866.								
1 à 90,000	Thlr.	—	90,000	Thlr.				
1 à 25,000	"	—	25,000	"				
1 à 10,000	"	—	10,000	"				
1 à 5,000	"	—	5,000	"				
12te Verloosung im Jahre 1867.								
3700 Stück à 113 Thlr. — 418,100 Thlr.								
13te Verloosung im Jahre 1868.								
1 à 90,000	Thlr.	—	90,000	Thlr.				
1 à 25,000	"	—	25,000	"				
1 à 10,000	"	—	10,000	"				
1 à 5,000	"	—	5,000	"				
1 à 2,000	"	—	2,000	"				
3 à 1,000	"	—	3,000	"				
4 à 500	"	—	2,000	"				
4 à 400	"	—	1,600	"				
4 à 225	"	—	900	"				
80 à 150	"	—	12,000	"				
100 à 120	"	—	12,000	"				
100 à 115	"	—	11,500	"				
1900 à 110	"	—	209,000	"				
2200 Stück.			384,000	Thlr.				
14te Verloosung im Jahre 1869.								
3700 Stück à 113 Thlr. — 418,100 Thlr.								
15te Verloosung im Jahre 1870.								
1 à 90,000	Thlr.	—	90,000	Thlr.				
1 à 25,000	"	—	25,000	"				
1 à 10,000	"	—	10,000	"				
1 à 2,000	"	—	2,000	"				
3 à 1,000	"	—	3,000	"				
4 à 500	"	—	2,000	"				
4 à 350	"	—	1,400	"				
5 à 200	"	—	1,000	"				
80 à 150	"	—	12,000	"				
100 à 120	"	—	12,000	"				

12te Verloosung im Jahre 1867.
3700 Stück à 113 Thlr. — 418,100 Thlr.

13te Verloosung im Jahre 1868.

1 à 90,000	Thlr.	— 90,000	Thlr.
1 à 25,000	"	— 25,000	"
1 à 10,000	"	— 10,000	"
1 à 5,000	"	— 5,000	"
1 à 2,000	"	— 2,000	"
3 à 1,000	"	— 3,000	"
4 à 500	"	— 2,000	"
4 à 400	"	— 1,600	"
4 à 225	"	— 900	"
80 à 150	"	— 12,000	"
100 à 120	"	— 12,000	"
100 à 115	"	— 11,500	"
1900 à 110	"	— 209,000	"
2200 Stück.		384,000	Thlr.

14te Verloosung im Jahre 1869.
3700 Stück à 113 Thlr. — 418,100 Thlr.

15te Verloosung im Jahre 1870.

1 à 90,000	Thlr.	— 90,000	Thlr.
1 à 25,000	"	— 25,000	"
1 à 10,000	"	— 10,000	"
1 à 2,000	"	— 2,000	"
3 à 1,000	"	— 3,000	"
4 à 500	"	— 2,000	"
4 à 350	"	— 1,400	"
5 à 200	"	— 1,000	"
80 à 150	"	— 12,000	"
100 à 120	"	— 12,000	"

100 à	115	"	—	11,500	Thlr.
2100 à	111	"	—	233,100	"
2400 Stück.				403,000	Thlr.

16te Verloosung im Jahre 1871.

4000 Stück à 114 Thlr. — 456,000 Thlr.

17te Verloosung im Jahre 1872.

1 à	90,000	Thlr.	—	90,000	Thlr.
1 à	25,000	"	—	25,000	"
1 à	10,000	"	—	10,000	"
1 à	2,000	"	—	2,000	"
3 à	1,000	"	—	3,000	"
4 à	500	"	—	2,000	"
4 à	325	"	—	1,300	"
5 à	200	"	—	1,000	"
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	120	"	—	12,000	"
100 à	115	"	—	11,500	"
2100 à	112	"	—	235,200	"
2400 Stück.				405,000	Thlr.

18te Verloosung im Jahre 1873.

4300 Stück à 114 Thlr. — 490,200 Thlr.

19te Verloosung im Jahre 1874.

1 à	80,000	Thlr.	—	80,000	Thlr.
1 à	25,000	"	—	25,000	"
1 à	10,000	"	—	10,000	"
1 à	2,000	"	—	2,000	"
4 à	1,000	"	—	4,000	"
4 à	500	"	—	2,000	"
4 à	275	"	—	1,100	"
4 à	200	"	—	800	"
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	120	"	—	12,000	"
100 à	115	"	—	11,500	"
2200 à	113	"	—	248,600	"
2500 Stück.				409,000	Thlr.

20ste Verloosung im Jahre 1875.

4800 Stück à 115 Thlr. — 552,000 Thlr.

21ste Verloosung im Jahre 1876.

1 à	80,000	Thlr.	—	80,000	Thlr.
1 à	25,000	"	—	25,000	"
1 à	10,000	"	—	10,000	"

1 à	2,000	"	—	2,000	Thlr.
3 à	1,000	"	—	3,000	"
4 à	400	"	—	1,600	"
4 à	275	"	—	1,100	"
5 à	200	"	—	1,000	"
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	125	"	—	12,500	"
100 à	120	"	—	12,000	"
2200 à	114	"	—	250,800	"
2500 Stück.				411,000	Thlr.

22ste Verloosung im Jahre 1877.

4800 Stück à 115 Thlr. — 552,000 Thlr.

23ste Verloosung im Jahre 1878.

1 à	75,000	Thlr.	—	75,000	Thlr.
1 à	20,000	"	—	20,000	"
1 à	10,000	"	—	10,000	"
1 à	2,000	"	—	2,000	"
2 à	1,000	"	—	2,000	"
4 à	400	"	—	1,600	"
4 à	300	"	—	1,200	"
6 à	200	"	—	1,200	"
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	125	"	—	12,500	"
100 à	120	"	—	12,000	"
2700 à	115	"	—	310,500	"
3000 Stück.				460,000	Thlr.

24ste Verloosung im Jahre 1879.

4800 Stück à 116 Thlr. — 556,800 Thlr.

25ste Verloosung im Jahre 1880.

1 à	75,000	Thlr.	—	75,000	Thlr.
1 à	20,000	"	—	20,000	"
1 à	10,000	"	—	10,000	"
1 à	2,000	"	—	2,000	"
2 à	1,000	"	—	2,000	"
4 à	400	"	—	1,600	"
4 à	300	"	—	1,200	"
6 à	250	"	—	1,500	"
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	125	"	—	12,500	"
100 à	120	"	—	12,000	"
2700 à	116	"	—	313,200	"
3000 Stück.				463,000	Thlr.

26ste Verloosung im Jahre 1881.

5000 Stück à 117 Thlr. — 585,000 Thlr.

27ste Verloosung im Jahre 1882.

1 à 60,000	Thlr. —	60,000	Thlr.
1 à 25,000	" —	25,000	"
1 à 10,000	" —	10,000	"
1 à 2,000	" —	2,000	"
2 à 1,000	" —	2,000	"
4 à 500	" —	2,000	"
4 à 400	" —	1,600	"
6 à 250	" —	1,500	"
80 à 150	" —	12,000	"
100 à 125	" —	12,500	"
100 à 120	" —	12,000	"
3200 à 117	" —	374,400	"
3500 Stück.		515,000	Thlr.

28ste Verloosung im Jahre 1883.

5200 Stück à 118 Thlr. — 613,600 Thlr.

29ste Verloosung im Jahre 1884.

1 à 60,000	Thlr. —	60,000	Thlr.
1 à 20,000	" —	20,000	"
1 à 5,000	" —	5,000	"
1 à 2,000	" —	2,000	"
2 à 1,000	" —	2,000	"
2 à 500	" —	1,000	"
6 à 400	" —	2,400	"
6 à 250	" —	1,500	"
80 à 150	" —	12,000	"
100 à 125	" —	12,500	"
100 à 120	" —	12,000	"
3200 à 118	" —	377,600	"
3500 Stück.		508,000	Thlr.

30ste Verloosung im Jahre 1885.

5500 Stück à 119 Thlr. — 654,500 Thlr.

31ste Verloosung im Jahre 1886.

1 à 50,000	Thlr. —	50,000	Thlr.
1 à 20,000	" —	20,000	"
1 à 5,000	" —	5,000	"
1 à 2,000	" —	2,000	"
1 à 1,000	" —	1,000	"
2 à 500	" —	1,000	"
3 à 400	" —	1,200	"
10 à 200	" —	2,000	"
80 à 150	" —	12,000	"
100 à 130	" —	13,000	"
100 à 125	" —	12,500	"
3700 à 119	" —	440,300	"
4000 Stück.		560,000	Thlr.

32ste Verloosung im Jahre 1887.

5500 Stück à 120 Thlr. — 660,000 Thlr.

33ste Verloosung im Jahre 1888.

1 à 50,000	Thlr. —	50,000	Thlr.
1 à 20,000	" —	20,000	"
1 à 5,000	" —	5,000	"
1 à 2,000	" —	2,000	"
1 à 1,000	" —	1,000	"
2 à 500	" —	1,000	"
3 à 400	" —	1,200	"
3 à 300	" —	900	"
7 à 200	" —	1,400	"
80 à 150	" —	12,000	"
100 à 130	" —	13,000	"
100 à 125	" —	12,500	"
4000 à 120	" —	480,000	"
4300 Stück.		600,000	Thlr.

34ste Verloosung im Jahre 1889.

5500 Stück à 121 Thlr. — 665,500 Thlr.

35ste Verloosung im Jahre 1890.

1 à 50,000	Thlr. —	50,000	Thlr.
1 à 20,000	" —	20,000	"
1 à 5,000	" —	5,000	"
1 à 2,000	" —	2,000	"
1 à 1,000	" —	1,000	"
2 à 500	" —	1,000	"
2 à 400	" —	800	"
3 à 300	" —	900	"
8 à 200	" —	1,600	"
80 à 150	" —	12,000	"
100 à 130	" —	13,000	"
100 à 125	" —	12,500	"
4200 à 121	" —	508,200	"
4500 Stück.		628,000	Thlr.

36ste Verloosung im Jahre 1891.

5800 Stück à 122 Thlr. — 707,600 Thlr.

37ste Verloosung im Jahre 1892.

1 à 60,000	Thlr. —	60,000	Thlr.
1 à 20,000	" —	20,000	"
1 à 5,000	" —	5,000	"
1 à 2,000	" —	2,000	"
1 à 1,000	" —	1,000	"
2 à 500	" —	1,000	"
3 à 400	" —	1,200	"
3 à 300	" —	900	"

7 à	200	"	—	1,400	Thlr.
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	130	"	—	13,000	"
100 à	125	"	—	12,500	"
4500 à	122	"	—	549,000	"
4800 Stück.				679,000	Thlr.

38ste Verloosung im Jahre 1893.

6000 Stück à 123 Thlr. — 738,000 Thlr.

39ste Verloosung im Jahre 1894.

1 à	80,000	Thlr.	—	80,000	Thlr.
1 à	10,000	"	—	10,000	"
1 à	5,000	"	—	5,000	"

1 à	2,000	"	—	2,000	Thlr.
1 à	1,000	"	—	1,000	"
2 à	500	"	—	1,000	"
2 à	400	"	—	800	"
4 à	300	Thlr.	—	1,200	"
7 à	200	"	—	1,400	"
80 à	150	"	—	12,000	"
100 à	130	"	—	13,000	"
100 à	125	"	—	12,500	"
4700 à	123	"	—	578,100	"
5000 Stück.				718,000	Thlr.

40ste Verloosung im Jahre 1895.

6400 Stück à 125 Thlr. — 800,000 Thlr.

- 7) Staatsschuldscheine à $3\frac{1}{2}\%$, vom 2. Mai 1842. Die Gesamtsumme der ausgestellten Staatsschuldscheine betrug 167,326,439 $\frac{2}{3}$ Thlr., welche Summe nunmehr auf circa 88 Mill. Thlr. durch Tilgung reducirt ist. Die Zinsen fallen auf 2. Januar und 1. Juli. Die Tilgungsquote beträgt 1% der ursprünglichen Schuld, welcher die Zinsersparnisse durch die fortschreitende Tilgung in Zeitabschnitten von je 10 Jahren zuwachsen. ¹⁾
- 8) Staatsanleihen von 1850, 1852, 1854, 1855 A. und 1857 à 18,000,000, 16,000,000, 15,000,000, 7,800,000 und 7,680,000 Thlr. zu $4\frac{1}{2}\%$. Diese sämtlich auf 1. April und 1. Octbr. verzinslichen Anleihen führt der Berliner Courszettel nicht abgesondert auf, sondern behandelt sie den $4\frac{1}{2}\%$ proc. Obligationen von 1859 gleich. In der That sind sie qualitativ keineswegs verschieden, in so ferne sie vollkommen gleiche Rechte geniessen und nach gleichen Grundsätzen behandelt werden. Die Schuldverschreibungen sind vom 1. Juli 1850, 2. Januar 1852, 6. Juli 1854, 22. Novbr. 1855, und 30. Juli 1857. Der Tilgungsfond beträgt durchweg 1% der ursprünglichen Nominalschuld mit zuwachsenden Zinsersparnissen in ununterbrochener Zeitfolge. Von gewissen Zeitpunkten an kann er erhöht, niemals aber vermindert werden. ²⁾
- 9) Chur- und Neumärkische Schuldverschreibungen à $3\frac{1}{2}\%$, entstanden durch die 1839 geschehene Convertirung der vormaligen auf den Staat übernommenen Provinzialschulden der Chur- und Neumark auf den Zinsfuss von $3\frac{1}{2}\%$. Die Summe des Staatsanteils an der Churmärkischen Kriegsschuld, welcher jetzt mit Obligationen vom 1. Novbr. 1839 von 25 bis 1000 Thlr. tro. 1. Mai und 1. Novbr. verbrieft ist, betrug 3,335,725 Thlr., wovon nur noch etwas über $1\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. ungetilgt sind. Von der Neumärkischen Kriegsschuld hatte der Staat 619,993 Thlr. übernommen, welche mit Obligationen vom 1. Juli 1839 tro. 2. Januar und 1. Juli bedeckt sind und woran etwa die Hälfte getilgt ist. Der Tilgungsfond ist für beiderlei Schuldtheile 1% des

¹⁾ Cabinettsordre vom 27. März 1842, Ges.-Samml. S. 105. Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 10. April 1842.

²⁾ Vergl. Gesetz vom 7. März und kgl. Erlass vom 7. Mai 1850, Ges.-Samml. S. 173 und 322; Gesetz vom 7. Mai 1851, Ges.-Samml. S. 237; kgl. Erlass vom 28. Nov. 1851, Ges.-Samml. S. 758; Gesetz vom 23. März 1852, Ges.-Samml. S. 75; Gesetz v. 20. Mai und kgl. Erlass vom 17. Juni 1854, Ges.-Samml. S. 313 und 316; Gesetz vom 21. Mai und kgl. Erlass vom 22. Nov. 1855, Ges.-Samml. S. 310 und 684; Gesetz vom 7. Mai 1856, Ges.-Samml. S. 402, und kgl. Erlass vom 23. März 1857, Ges.-Samml. S. 753.

ursprünglichen Capitalbetrags mit zuwachsenden Zinsen, gleich den Staatsschuldscheinen, welchen überhaupt diese Effecten in der Behandlung gleichgestellt sind.¹⁾ Ausser den Chur- und Neumärkischen Provinzialstaatsschuldscheinen circuliren noch

- 10) sächsische Kammer- und Steuerereditcassenscheine, deren der Berliner Courszettel nicht erwähnt, da sie mehr an der Leipziger Börse gehandelt werden. Die Kammerereditcassen-Scheine sind bis auf einen geringen Rest (von circa 9000 Thlr.) getilgt und unverzinslich. An Steuerereditcassenscheinen, welche zu 3% tro. 1. April und 1. Octbr. verzinslich sind und Talons haben, existirt noch ein Betrag von circa 2 1/2 Mill. Thlr. Die Tilgung derselben geschieht mittelst einer nicht nach Procenten der ursprünglichen Schuld berechneten Capitalquote (1859: 135,200 Thlr.).²⁾ Endlich mag, um die preussische Staatsschuld ganz zu erschöpfen, noch
- 11) der besonderen Eisenbahnschuld gedacht werden, bestehend in den Actien und Prioritätsobligationen der vom Staate übernommenen Niederschlesisch-Märkischen und Münster-Hammer-Eisenbahn, welche nun Schulden des Staats sind und von diesem mit einem festen Zinssatze verinteressirt und mit einem Tilgungsfonds von 1/2% nebst Zinsersparnissen amortisirt werden. Am 1. Januar 1860 existirten noch
 - a) von der Niederschlesisch-Märkischen Bahn:

an den ercirten 10,000,000 Thlr. 4% Stammactien . . .	7,832,500 Thlr.
" " 4,175,000 " 4% Prioritätsactien . . .	3,924,400 "
" " 3,500,000 " 4% Prioritätsobligationen I. u. II. Serie . . .	3,251,400 "
" " 2,300,000 " 4% dito III. Serie . . .	2,300,000 "
" " 1,000,000 " 4% dito IV. Serie . . .	959,300 "
 - b) von der Münster-Hammer Bahn:

die ausgegebenen 4% Stammactien ganz mit . . .	1,189,300 "
an den emittirten 200,000 Thlr. 4 1/2% Prioritätsobligationen noch circa . . .	193,500 "

Die Zinsen aus allen diesen Actien und Obligationen fallen am 2. Januar und 1. Juli.³⁾

§. 35.

Coursbewegung preussischer Staatseffecten zu verschiedenen Zeitperioden.

Dass der preussische Staatscredit vor 1848 fest begründet war und dass sich das Vertrauen auf die glänzenden Finanzzustände Preussens in den hohen Coursen seiner Papiere ausdrückte, haben wir bereits zu bemerken Gelegenheit gehabt. Vor der Reduction des Zinsfusses sämtlicher Staatsschuldscheine von 4 auf 3 1/2% im Jahre 1842 standen diese über pari und selbst die im Zins herabgesetzten Papiere behielten die gleiche Courshöhe noch einige Zeit bei. Als jedoch von 1844 an eine gesteigerte Bewegung des Verkehrs eintrat, industrielle Unternehmungen aller Art auftauchten und das Capital sich dieser,

¹⁾ Vergl. Staatsschuldenetat für 1859 in den Anlagen zum Staatshaushaltsetat, Bd. II. S. 8, 10, 16 und 18.

²⁾ Ebendasselbst. Die hier genannten Schuldtheile sind die Reste der durch Preussen von Sachsen gemäss einer Convention vom 28. August 1819 übernommenen Schulden.

³⁾ Ebendasselbst S. 9, 10, 18 und 19. In den Coursblättern werden diese Actien und Obligationen unter den Eisenbahneffecten aufgeführt.

zumal auch der Eisenbahnspeculation, mit überstürzender Hast zuwandte, entstand in Preussen fast plötzlich eine Geldklemme, welche sich 1846 und 1847 bis zur völligen Gelddürre steigerte und die Course der Staatspapiere naturgemäß drückte. Dass sodann die Stürme des Jahres 1848, die Preussen nicht am wenigsten berührten, den Staatscredit tief erschüttern mussten, leuchtet von selbst ein. Vollständig hat sich derselbe seitdem nicht wieder von den Einflüssen jener Vorgänge erholt, was der im Allgemeinen hohe Zinsfuss sowohl der Staats- als der Corporations- und Privatanleihen und der Coursstand der preussischen „Staatsschuldsscheine“ am überzeugendsten darzuthun vermag. Dennoch wird nachstehende Courstafel die Ueberzeugung gewähren, dass das öffentliche Vertrauen sich den preussischen Effecten alsbald nach wiedergekehrter Ruhe wiederum zugewendet hat. Bei Vergleichung des Courses der $3\frac{1}{2}\%$ Staatsschuldsscheine mit dem Tagespreis gleichzinsiger Papiere anderer deutscher Staaten ist insbesondere nicht ausser Acht zu lassen, dass jene nicht verloost, sondern auf der Börse zurückgekauft werden, der Besitzer sonach auf keinen Gewinn bei der Heimzahlung rechnen kann, während eine solche Gewinnchance bei diesen überall gegeben ist und in ihrem Courssatze Ausdruck findet.

Course preussischer Staatspapiere in Frankfurt a. M. ¹⁾

Zeit.	$3\frac{1}{2}\%$ proc. Staatsch.- Scheine.	$4\frac{1}{2}\%$ proc. Obligatio- nen.	Zeit.	$3\frac{1}{2}\%$ proc. Staatsch.- Scheine.	$4\frac{1}{2}\%$ proc. Obligatio- nen.	5% proc. Anleihe von 1859.
1847. Janr. 2.	93 $\frac{1}{4}$	—	1854. Janr. 2.	92 $\frac{1}{2}$	102	—
April 1.	93 $\frac{1}{4}$	—	April 1.	83 $\frac{1}{2}$	95	—
Juli 3.	93 $\frac{7}{8}$	—	Juli 1.	86 $\frac{1}{2}$	98	—
Oct. 1.	92 $\frac{3}{4}$	—	Oct. 2.	86 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{8}$	—
1848. Janr. 1.	91 $\frac{1}{2}$	—	1855. Janr. 2.	84 $\frac{1}{2}$	97 $\frac{3}{8}$	—
April 1.	—	—	April 2.	85	100 $\frac{1}{2}$	—
Juli 1.	67 $\frac{3}{4}$	—	Juli 2.	87 $\frac{3}{4}$	102 $\frac{3}{8}$	—
Oct. 1.	74 $\frac{1}{4}$	—	Oct. 1.	86 $\frac{1}{2}$	102	—
1849. Janr. 1.	79 $\frac{1}{2}$	—	1856. Janr. 2.	86 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{5}{8}$	—
April 1.	80 $\frac{1}{2}$	—	April 1.	88	101 $\frac{1}{2}$	—
Juli 1.	82 $\frac{1}{2}$	—	Juli 1.	87	101 $\frac{3}{4}$	—
Oct. 1.	89	—	Oct. 1.	84	100	—
1850. Janr. 1.	88 $\frac{3}{4}$	—	1857. Janr. 2.	82 $\frac{3}{4}$	98 $\frac{5}{8}$	—
April 1.	86 $\frac{3}{4}$	—	April 1.	84 $\frac{3}{4}$	100	—
Juli 2.	86 $\frac{3}{4}$	—	Juli 1.	84 $\frac{7}{8}$	99 $\frac{7}{8}$	—
Oct. 1.	86 $\frac{1}{4}$	100 $\frac{1}{8}$	Oct. 1.	83	99 $\frac{1}{2}$	—
1851. Janr. 2.	84 $\frac{3}{4}$	99 $\frac{5}{8}$	1858. Janr. 2.	83 $\frac{1}{4}$	99 $\frac{1}{4}$	—
April 1.	86 $\frac{1}{4}$	102	April 1.	84 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{1}{4}$	—
Juli 1.	88 $\frac{1}{2}$	104 $\frac{1}{2}$	Juli 1.	84 $\frac{3}{4}$	101 $\frac{3}{8}$	—
Oct. 1.	88 $\frac{3}{4}$	103	Oct. 1.	84 $\frac{3}{4}$	100 $\frac{3}{4}$	—
1852. Janr. 1.	89 $\frac{1}{2}$	103 $\frac{1}{4}$	1859. Janr. 3.	85 $\frac{3}{4}$	101 $\frac{1}{4}$	—
April 1.	90 $\frac{3}{4}$	102 $\frac{3}{4}$	April 1.	84 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{3}{8}$	—
Juli 1.	92 $\frac{1}{2}$	104	Juli 1.	75 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{5}{8}$	—
Oct. 1.	95 $\frac{3}{4}$	104 $\frac{1}{2}$	Oct. 1.	83 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{8}$	103 $\frac{7}{8}$
1853. Janr. 3.	94 $\frac{3}{8}$	103	1860. Janr. 2.	84 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{5}{8}$	104 $\frac{7}{8}$
April 1.	93 $\frac{1}{2}$	103 $\frac{1}{2}$	April 2.	83 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{1}{4}$	103 $\frac{1}{2}$
Juli 1.	93	103	Juli 2.	85 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{5}{8}$	105
Oct. 1.	92	101	Oct. 1.	87 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{1}{4}$	104 $\frac{3}{4}$

¹⁾ Wir wählen absichtlich die Frankfurter Notiz, um zu zeigen, welchen Credits sich die preuss. Effecten im Auslande erfreuten. Wo die Geldnotiz angegeben war, haben wir diese gewählt, sonst Papiernotiz.

§. 36.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in abgerundeten Summen:

1) Bevölkerung	18,000,000	Sln.
2) Staatsgebiet	5,104	□M.
3) Staatsschuld	293,500,000	Thlr.
Davon unproductiv	221,200,000	Thlr.
productiv (Eisenbahnschuld)	72,300,000	"
4) Unmittelbares Staatsvermögen	272,500,000	Thlr.
5) Die Passiven übersteigen somit die Activen um	20,500,000	"
	brutto:	netto:
6) Gesamtstaatseinnahme	133,000,000	Thlr. 93,000,000
7) Gesamtstaatsausgabe mit Einrechnung des im Etat noch nicht erscheinenden, aber ohne Zweifel bleibenden Mehraufwands für die Armee à 9 Mill.	142,000,000	Thlr. 102,000,000
8) Directe Steuern (ohne den ausserordentlichen Zuschlag)	26,000,000	" 25,000,000
9) Indirecte Steuern	35,000,000	" 31,000,000
Dazu Salzgefall (Monopol)	9,000,000	" 6,000,000
" Lotteriegefall	1,300,000	" 1,200,000
" Gerichtssporteln	9,000,000	" 9,000,000
Zusammen indirecte Steuern	54,300,000	Thlr. 47,200,000
10) Gesamtsteuerlast (ohne Zuschläge)	80,300,000	" 72,200,000
Hiernach trifft es auf den Kopf der Bevölkerung:		
a) an der gesammten Staatsschuld	16,306	Thlr.
b) " " unproductiven Staatsschuld	12,290	"
c) " " Eisenbahnschuld	4,000	"
d) am unmittelbaren Staatsvermögen	15,140	"
	brutto:	netto:
e) an der Gesamtstaatseinnahme	7,390	Thlr. 5,017
f) " " Gesamtstaatsausgabe	7,888	" 5,666
g) Directe Steuern	1,444	" 1,388
h) Indirecte Steuern	3,017	" 2,622
i) Gesamtsteuerlast	4,461	" 4,011

Rechnet man die Vermehrung des Militäraufwands mit der Summe von circa 9 Mill. Thlr., welche künftig nicht anders als durch Steuererhöhung aufzubringen sein werden, hinzu, so erhöht sich die Gesamtsteuerlast um 0,5 Thlr. auf 4,961 Thlr. und 4,511 Thlr.

Die Staatsschuld verhält sich zu einer reinen Jahreseinnahme wie 3,156 : 1; zum Staatsvermögen wie 1,08 : 1.

3) Königreich Bayern.)

§. 37.

Historische Rückblicke.

Volk und Fürsten der Bayern haben schon in der älteren deutschen Geschichte eine hervorragende Stelle eingenommen und solche unter wechselnden Geschieken bis zu einem gewissen Grade durch alle Jahrhunderte bewahrt. Die Bedeutung des Landes trat bereits unter dem grossen Frankenreiche hervor. Ein Enkel Carls des Grossen, Ludwig von Bayern, später Ludwig der Deutsche genannt, beherrschte sein Zeitalter und trug die Krone des deutschrömischen Kaiserreichs. Nicht minder ward die hervorragende Stellung des Herzogthums in den folgenden Jahrhunderten unter dem Geschlechte der Welfen, den mächtigen Rivalen des hohenstaufischen Kaiserhauses, gewahrt. Aber im Kampfe mit dem letzteren unterlagen die Welfen und Heinrich der Löwe ward aus seinem Lande vertrieben, um nie wieder in dasselbe zurückzukehren.

Nun ging das Herzogthum unter Otto I. auf das Haus der Wittelsbacher über (1180), jedoch nur in geringerem Umfang. Otto II. verband mit demselben (1227) die Rheinpfalz als Erbe seiner Gemahlin Agnes. Unter dessen Söhnen, Ludwig II. und Heinrich XIII. wurde die Hausmacht durch Dotirung einer jüngeren niederbayerischen Linie geschwächt und die Söhne Ludwigs II., Rudolph und Ludwig schritten zur gänzlichen Theilung des Landes, indem sie die Pfalz von Oberbayern trennten. Ludwig bestieg den deutschen Kaiserthron und besiegelte (1329) jene Theilung vertragsmässig, doch wurde wechselseitiges Erbrecht vorbehalten. Er selbst vereinigte übrigens Ober- und Niederbayern wieder, verlied Brandenburg an seinen ältesten Sohn (1324), verschaffte diesem überdiess die Hand der Gräfin von Tyrol (1342) und erwarb Holland, Seeland, Friesland und Hennegau (1345). Ludwigs Tod (1347) und der Uebergang der Kaiserwürde an das Haus Luxemburg endete aber rasch die vorübergehende Grösse der Wittelsbacher; Brandenburg wurde von Karl IV. beerbt (1373); Tyrol ging an Oesterreich (1363) und die niederländischen Besitzungen an Neuburgund über. Selbst Bayern, dem die goldene Bulle das Churrecht absprach, indem sie es der pfälzischen Linie zuerkannte, wurde (1392) unter drei Herzoge (München, Landshut und Ingolstadt) getheilt. Unter Albrecht IV. (1503) fand zwar die Wiedervereinigung dieser Theile jedoch nicht ohne Opfer statt. 1508 wurde endlich die Primogenitur zum Hausgesetz erhoben und Bayern erhielt von Kaiser Ferdinand II. unter Maximilian I. wieder eine Churstimme (1623) und die Oberpfalz (1628). Während diese Vortheile nur mit Hülfe der Habsburger errungen wurden,

*) Literatur: Rudhart, Zustand des Königr. Bayern, Erlangen, 1825—27. Maier, Darstellung des Bayern'schen Staatsschuldenwesens, Erlangen, 1839. v. Herrman, Beiträge zur Statistik des Königr. Bayern, München, 1850 ff. v. Reden, allgem. vergl. Finanzstatistik, I. Bd., 1. Abth., S. 1—161; Darmstadt, 1851. Brachelli, deutsche Staatenkunde, Bd. I., S. 443—533; Wien, 1856. Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, S. 190—202; Leipzig, 1860. v. Neuforn, die Staatsschulden des Königr. Bayern, Bamberg, 1858.

trat jetzt Bayern in ein Rivalitätsverhältniss zu denselben und auf die Seite des Reichsfeindes (Frankreich), welcher Politik indessen die Strafe auf dem Fusse folgte. Nach der Schlacht bei Hochstätt (1704) musste Maximilian II. flüchten und es besetzten die Oesterreicher den Churstaat Bayern, welcher erst durch den Rastatter Frieden (1714) den Wittelsbachern, jedoch nur mit der 8. Wahlstimme (statt der innegehabten 5.) wieder zu Theil wurde. Dennoch verband sich Karl (VII.) Albrecht nach dem Tode des letzten Habsburgers (Karl VI.) abermals mit Frankreich, liess sich durch fremden Einfluss zum deutschen Kaiser erheben (1742) und machte Ansprüche auf Böhmen, Tyrol und das Land ob der Enns. Aber auch diese Anstrengungen waren fruchtlos und Maximilian (III.) Joseph erkaufte im Frieden von Füssen (1745) den Wiederbesitz Bayerns gerne mit Aufgebung aller weiter gehenden Ansprüche.

Nach dem kinderlosen Tode Maximilians III. (1777) kam Bayern wieder an die Pfalz unter Carl Theodor und Churfürst Maximilian (IV.) Joseph aus der Seitenlinie von Zweibrücken vereinigte endlich 1799 wieder alle wittelsbach'schen Gebiete unter seinem Scepter.

Der abermalige Anschluss Bayerns an Frankreich unter Napoleon I. (1801) bahnte eine völlige Neugestaltung seiner Territorien an. Die linksrheinischen Besitzungen mussten an Frankreich, die ostrheinischen an Baden abgetragen werden. Dafür erhielt aber Bayern reichliche Entschädigung auf Kosten geistlicher Mitstände und mediatisirter Reichsstädte. Der Pressburger Friede (1803) gab dem Churfürsten die Souverainetät mit der Königswürde, sodann ganz Tyrol und Vorarlberg, Theile von Passau, das Fürstenthum Eichstätt, die Markgrafschaft Burgau, die Grafschaften Hohenembs und Königsegg, die Herrschaften Tettnang und Argen, das Gebiet von Lindau und die Reichsstadt Augsburg. Die Rheinbundsacte endlich (1806), welche Bayern völlig vom deutschen Reiche trennte, incorporirte ihm noch Nürnberg und mediatisirte zu seinen Gunsten eine Reihe vormals unmittelbarer mächtiger Reichsfürsten und Grafen.

Jetzt stand Bayern auf dem Höhepunkt seiner Macht. Aber die Willkühr dessen, der ihm dazu geholfen, schaltete und waltete nach Belieben mit den verliehenen Besitzungen. Wiederholt mussten Länder-Vertauschungen und Abtretungen, theils unter drückenden Bedingungen, eingegangen werden und nach dem Sturze der napoleonischen Macht fand es der König gerathen, sich durch den Rieder Tractat (8. Octbr. 1813) zuerst vom Rheinbund loszusagen und sich die Integrität seines Königreichs garantiren zu lassen. Unerachtet dieser Garantie mussten jedoch Tyrol und Vorarlberg, Vils und Salzburg, sowie die erworbenen Theile von Oesterreich ob der Enns an Oesterreich zurückgegeben werden (Convention vom 3. Juni 1814 und Vertrag zu München vom 14. April 1816), wogegen Bayern das Grossherzogthum Würzburg, das Fürstenthum Aschaffenburg und den Rheinkreis erwarb.

Seit den Wiener Verträgen hat sich die Grösse und Gestalt des Landes nicht mehr verändert, auch haben seine Fürsten eine ächt deutsche Gesinnung bethätigt.

Uebergehend auf die Finanzgeschichte des bayerischen Staats, machen wir dieselbe Wahrnehmung, wie in fast allen europäischen Ländern. Während in früheren Zeiten die Verhältnisse einfach, die Bedürfnisse gering waren, während daher damals selbst Kriege nicht den riesenmässigen Geldaufwand der neueren Zeit erforderten, und während die Anhäufung von Staatsschulden durch die Verfassung ebenso erschwert, wie von den alten Ständen gefürchtet war: kehrten die napoleonischen Kriege am Anfange unseres Jahrhunderts diese Verhältnisse geradezu um. Ob Freund oder Feind: die deutschen Staa-

ten wurden von der „grossen Nation“ in allen Formen und unter allen Vorwänden geplündert, ausgesaugt und gebrandschatzt.

Diesem Schicksal entging Bayern unerachtet seines Anschlusses an Frankreich nicht. Es hatte vor dem Ausbruche der französischen Revolution die Landesschulden, welche aus früher Zeit (1543) herdatirten, durch den dreissigjährigen Krieg, den spanischen und österreichischen Erbfolgekrieg bedeutend gesteigert wurden und daher 1726 auf 26, 1749 auf 34 Millionen angegeben werden,¹⁾ bis auf etwa 20 Millionen ermässigt. Die Staatseinkünfte wurden damals auf 10 Millionen Gulden angenommen. Sie flossen grösstentheils aus dem unmittelbaren Vermögen und aus Regalien etc. Die Steuern waren nicht nur freiwillige Leistungen der Landschaft, sondern die Steuereassen standen auch unter der Leitung von Landschaftsbeamten. Alles dieses änderte sich aber mit dem Eintritte der französischen Bündnisse und Kriege. Die Abgaben wurden vervielfältigt und erhöht, gleichzeitig aber musste dennoch der Credit in ausgedehntem Maasse in Anspruch genommen werden. Hievon zeugen folgende Finanzoperationen:

- 1801: Aufnahme zweier Anlehen von 3,000,000 fl. zu 6% und 500,000 fl. zu 4¹/₂%
- 1802: „ eines Anlehens zu 5% à 1,000,000 fl.
- 1804: „ zweier Anlehen „ „ 1,500,000 „
- 1806: „ eines weiterendto „ „ 450,000 „
- 1808: „ „ „ 6% „ 4,000,000 „²⁾
- 1809: Zwangsanlehen à 5% 8,760,900 „
- 1809: Ausgabe von tourn. Cassenbons mit 1,600,000 Livres.

Im Jahre 1810 mussten 25 Mill. Franken an die französische Regierung und Donatäre für die Domänen des Fürstenthums Bayreuth und 1 Mill. Franken, sowie 1,300,000 fl. aus Anlass der Erwerbung des Fürstenthums Regensburg gezahlt werden. Ausserdem gingen mit den anderweitigen neuen Land-erwerbungen Schulden und Lasten auf die Krone über, welche häufig den Capitalwerth der gewonnenen Rente um das Doppelte überstiegen. Nur der Betrag der übernommenen Pensionen entzifferte sich nahe an 4 Mill. Gulden jährlich und die Summe der überwiesenen Schulden belief sich einschliesslich der Zinsrückstände auf ungefähr 50 Mill. Gulden.³⁾

Dass so die Staatsschuld mächtig anschwellen musste, ergibt sich von selbst. Aber selbst ihre rasche Vermehrung hielt nicht gleichen Schritt mit der Steigerung der Staatsbedürfnisse. Es entstand daher eine solche Finanzverwirrung, dass auch nicht mehr das Dringendste und Nothwendigste geleistet werden konnte. Die Zahlung der Staatsschuldzinsen wurde, wie in Oesterreich und Preussen, theils eingestellt, theils unregelmässig und verspätet geleistet. Im Jahre 1811 waren mehrere Millionen Zinsrückstände vorhanden und eine vier- bis fünffach höhere Summe stand im laufenden Dienst aus. Die Regierung griff nun zu demselben letzten Nothbehelfe, welcher in jener Zeit überall die verzweifelte Lage der Finanzen verhüllen sollte, überall aber das Gegen- theil bewirkte: sie zahlte mit Staats-Cassentratten, also mit Papiergelde. Das- selbe war jedoch, obgleich 6% Zinsen tragend, schon bei der ersten Ausgabe nur mit 20% Verlust verkäuflich; so sehr war der Staatscredit erschüttert.

Jetzt drängte Alles auf irgend eine Abhülfe. Die neue Königliche Regierung, welche 1808 die vormals landschaftlichen Steuereassen aufgehoben, überhaupt der alten landschaftlichen Verfassung ein Ende gemacht hatte und

¹⁾ v. Neuforn, die Staatsschulden des Königr. Bayern, S. 20.

²⁾ Vergl. Regierungsbl. von 1809, S. 1145 und 1377.

³⁾ v. Reden a. a. O. S. 133.

die ihr verliehene Souverainetät im ausschliesslichsten Sinne des Worts verstand; welche ferner Gleichheit der Abgaben, eine Steuerrectification verheissen und eine Central-Schulden-Etats-Commission und Schuldentilgungscommission in jeder Provinz eingesetzt hatte, — sah das Ungenügende der bisherigen Maassregeln ein und suchte durch die Verordnung vom 20. August 1811¹⁾ eine völlig neue Ordnung zu schaffen. Dieses Gesetz verfügte:

- 1) die Errichtung einer allgemeinen Staatsschuldentilgungscommission mit möglichst verantwortlicher Stellung;
- 2) die Einsetzung einer völlig getrennten Schuldentilgungscasse;
- 3) die Dotation derselben mit den Activcapitalien aller Schuldentilgungs- und Kreis-Cassen, sowie der Central-Staats-Casse, dem Erlöse aus den in Gemässheit der Verordnung vom 18. Septbr. 1810 (vergl. spätere Verordnung vom 16. Octbr. 1818) veräusserten Domänen, dem Reinertrage des Malzaufschlags einschliesslich des neu eingeführten vierten Bierpfennigs und dem Ertrage einer neu errichteten Tabaksregie, sowie eines besonderen Consumtionsaufschlags; endlich
- 4) die Tilgung sämmtlicher Schulden binnen 30 Jahren.

Eine ergänzende Verordnung vom 17. Novbr. desselben Jahres²⁾ setzte ausserdem eine besondere Staatsschulden-Liquidationscommission ein und enthielt die wichtige Massregel der Umwandlung aller älteren Schuldurkunden in sogenannte Mobilisirungs-Obligationen, von welcher später die Rede sein wird.

Hiemit war die Gegenwart von der Vergangenheit, der laufende Dienst von den Zahlungsrückständen und von den Staatsschulden getrennt. Der Staatshaushaltsetat wurde zudem so festgesetzt, dass das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben hergestellt schien. Die Dotation der Tilgungscasse war in Ziffern zu 4,600,000 fl. angenommen, wovon 3,050,000 fl. zur Verzinsung und 1,550,000 fl. zur Amortisation der Schuld nach einer bestimmten Reihenfolge verwendet werden sollten.³⁾ Diese Mittel wären auch unstreitig ausreichend und durch die nachhaltigen Hilfsquellen des Staats gesichert gewesen, wenn die Zeitverhältnisse einen ruhig fortschreitenden Gang der Entwicklung zugelassen hätten. Diese Hoffnung ward aber nicht verwirklicht. Der fortdauernde Kriegszustand forderte immer neue ausserordentliche Opfer; ausserdem war ein sehr grosser Theil der Schulden so dringender Natur, dass die Tilgungscommission zum öftern in die peinlichsten Verlegenheiten gerieth. Man musste daher abermals an den Staatseredit appelliren. Dieser war aber neuerdings derart erschüttert, dass die Staatspapiere auf 50, ja auf 40% ihres Nennwerthes gesunken waren. Der Versuch eines grossen Lotterieleihens von 18 Mill. Gulden, wovon 12 Mill. zu 4% verzinslich und 6 Mill. unverzinslich ausgegeben werden sollten, misslang daher 1812 und man musste 1813⁴⁾ zu einem abermaligen Zwangsanlehen schreiten, indem man die nicht emittirten

¹⁾ Regierungsbl. S. 1063.

²⁾ Regierungsbl. S. 1697.

³⁾ Verordnung vom 17. Nov. 1811, §. XIII, Regierungsbl. S. 1703. Voran standen die vertragsmässig an Frankreich zu leistenden Zahlungen, darauf folgten die beiden Lotterieleihen, sodann die Darlehen an die Casse selbst zum Behufe ihrer Geschäftsführung, die Rückstände an Besoldungen und Staatsarbeiten, die auf bestimmte Zeit rückzahlbar lautenden Anlehen von 1801 und 1808 (Lit. A und B), die Anlehen von 1802, 1804 bis 1806, hierauf die Forderungen aller übrigen Staatsgläubiger. Vom Cassenbestand sollte die Hälfte auf die 6proc., $\frac{1}{4}$ auf die 5proc. und $\frac{1}{4}$ auf die übrige Schuld verwendet werden.

⁴⁾ Verordnung vom 14. Febr. 1813, Regierungsbl. S. 209.

Loose der eben erwähnten Lotterieleihen nach Maassgabe des Vermögens auf die Unterthanen vertheilte. Zu all dem kam dann 1816 noch Misswachs und Theuerung, in Folge deren der Staat zur Aufnahme eines weiteren Anlehens von 3 Mill. Gulden zu 5% behufs der Beschaffung von Getreide gezwungen wurde (1817).¹⁾ Die von Frankreich empfangene Kriegscontribution (Antheil Bayerns 40,527,799 Frs. = 18,751,965 fl.) verschwand in der allgemeinen Finanznoth ohne wesentlich günstige Wirkung auf die allgemeine Lage um so mehr, als Bayern zur Zeit des Wiener Congresses (1815), gleichsam als Grossmacht auftretend, grossen Aufwand machte.²⁾ So fand das im Jahre 1817 eintretende Ministerium das gesammte Finanz- und Rechnungswesen abermals in vollkommener Verwirrung.

Nun schritt man aber zur gründlichen und nachhaltigen Ordnung des Finanzhaushalts, begünstigt durch die endlich eingetretene Friedensperiode. Gleichzeitig trat Bayern durch Verleihung einer Verfassung³⁾ in die Reihe der constitutionellen Staaten ein, und es wurden dadurch Garantien für einen geordneten öffentlichen Haushalt und für die gesammte Staatsschuld geboten, welche den Credit wieder zu heben geeignet waren, wenn sie auch weniger als in andern Verfassungsstaaten eine einseitige und willkürliche Einwirkung der Regierung ausschlossen. Die IV. Verfassungsbeilage⁴⁾ stellte insbesondere Grundsätze hinsichtlich der Uebernahme von Schulden vormaliger Reichsstände auf. Darauf folgten die Gesetze vom 22. Juli 1819⁵⁾ und 1. Juni 1822,⁶⁾ welche die Formen des Uebergangs, die Art der Schuldenverwaltung, den Gerichtsstand der Tilgungsanstalten, die Vorlage der Schuldenliquidationsergebnisse an den Landtag, die Ueberweisung ferner Fonds zum Schuldenabtrag u. s. w. bestimmten. Eine Verordnung vom 12. März 1817⁷⁾ ergänzte die früheren gesetzlichen Vorschriften vom 10. Oct. 1810⁸⁾ und 17. Aug. 1813⁹⁾ in Betreff der Amortisation der Staatspapiere. Wir werden geeigneten Orts auf den Inhalt dieser Gesetze zurückkommen. Nachdem sodann im Jahre 1819 die eingesetzte Staatsschuldenliquidations-Commission ihre Geschäfte beendet hatte, erfolgte das wichtige Gesetz vom 11. Sept. 1825,¹⁰⁾ welches den Schlussstein der zur Ordnung des Schuldenwesens vorgenommenen Arbeiten bildete. Dasselbe enthält im Wesentlichen Folgendes:

- 1) der durch die Liquidation und die Rechnungen der Tilgungsanstalten hergestellte Bestand der Staatsschulden wurde gleich den bisherigen Verwendungen auf dieselben nachträglich genehmigt.
- 2) Die Tilgungsanstalt erhielt ferner zur Deckung ihrer Bedürfnisse: den Mehrbetrag der aus einer gleichzeitig erlassenen Stempelordnung erwarteten Stempelgefälle, einen Beitrag von jährlichen 150,000 fl. aus den Lottogefällen, den Antheil des Staats an dem Ertragnisse der Bank in

¹⁾ Bekanntmachung vom 7. Febr. 1817, Regierungsbl. S. 57.

²⁾ Nach einer Erklärung des Abgeordneten Rudhart (Protocoll der Kammer der Abgeordneten vom 4. Oct. 1831) soll König Max I. u. A. von den französischen Entschädigungsgeldern 2,400,000 fl. seiner Gemahlin und seinen Töchtern schenkungsweise überlassen haben. Ein Nachweis über deren Verwendung wurde, wie überhaupt jede Rechnungslegung aus der vorconstitutionellen Zeit, beharrlich abgelehnt.

³⁾ Vom 26. Mai 1818, Gesetzbl. S. 101.

⁴⁾ Edict vom 26. Mai 1818, Gesetzbl. S. 189.

⁵⁾ Gesetzbl. S. 243.

⁶⁾ Gesetzbl. S. 141.

⁷⁾ Regierungsbl. S. 177.

⁸⁾ Regierungsbl. S. 954.

⁹⁾ Regierungsbl. S. 1082.

¹⁰⁾ Gesetzbl. S. 202.

Nürnberg und einen Zuschuss von 708,000 fl. jährlich aus der Central-Staatscasse.

- 3) Neben der Hauptschuldentilgungscasse ward eine Pensionsamortisationscasse errichtet, welche gleich der Staatsschuld unter die Garantie der Stände gestellt wurde, von der Schuldencommission zu verwalten war und welcher ausser den schon vorher von der Tilgungsanstalt bestrittenen Pensionen sämtliche Civil- und Militärpensionen im Betrage von 3,422,000 fl. überwiesen wurden.

- 4) Die Verjährungsfrist aller Forderungen an die Staatsschuldentilgungscassen wurde auf 3 Jahre, vom Tage der Fälligkeit an, herabgesetzt.

Dieses Gesetz bildet heute noch die Grundlage der Staatsschuldenverwaltung Bayerns.

Im Jahre 1826 erhielt die Staatsschuld noch einen namhaften Zuwachs durch die auf Bayern übergegangenen $\frac{3}{4}$ der rheinpfälzischen Staatsanlehen Lit. D und b; einen geringeren im Jahre 1829 durch Uebernahme der Salzburger Passivcapitalien. Damit hörte aber die Schuldvermehrung im Grossen auf und man schritt jetzt zur planmässigen Abminderung der Lasten, welche die öffentliche Schuld den Finanzen auferlegt hatte.

Zunächst war das Augenmerk auf eine Ermässigung des Zinsfusses gerichtet. Die diessfalls unternommenen Schritte hatten in der That überraschenden Erfolg; denn schon im Jahre 1822¹⁾ konnte die Tilgungscommission bekannt machen, dass mit Hülfe der gemachten Privatanlehen sämtliche 5proc. Capitalien zurückbezahlt seien und dass von jetzt an nur mehr Anlehen gegen 4 $\frac{1}{2}$ % angenommen werden würden. Nur ein kleinerer bevorzugter Rest höher zinsender Schulden blieb bestehen. Auch dieser wurde jedoch 1830²⁾ in der Art gekündigt, dass die Obligationeninhaber baar befriedigt werden sollten, falls sie ihre Schuldtitel nicht in 4proc. Mobilisirungsobligationen verwandeln lassen wollten. Ein Gesetz vom 28. Dec. 1831³⁾ setzte neben ausreichender Dotation der Zins- und Amortisationscasse (für erstere 4,522,669 fl.; für letztere 2,700,000 fl.) eine jährliche Staatsschuldentilgungsquote von $\frac{2}{3}$ % der gesammten Schuld mit einer Aversalsumme von 878,000 fl. fest, in Folge dessen nun auch eine umfangreichere Abtragung an der Schuld selbst stattfand. Ausserdem regelte dieses Gesetz die schon durch Verordnung vom 17. Nov. 1811 vorgeschriebene Mobilisirung der älteren Schuldurkunden näher und verfügte einen allgemeinen Zinsfuss von 4 $\frac{1}{2}$ % und 2% (letzterer zur Ausgleichung) mit alleiniger Ausnahme der auf besonderen Verträgen beruhenden Dotations- und Donations-Capitalien und bereits belegten Cautionen. Im Jahre 1835⁴⁾ war der Erfolg der auf Abminderung des Zinsfusses gerichteten Operationen ein vollständiger und es schritt nun die Tilgungscommission zur weiteren Zinsenreduction auf 3 $\frac{1}{2}$ %, indem sie mit der Verloosung der mobilisirten 4proc. Obligationen begann, sofern die Gläubiger nicht vorziehen sollten, dafür 3 $\frac{1}{2}$ proc. mobilisirte, also von ihrer Seite unaufkündbare und verloosbare Schuldverschreibungen anzunehmen. Diese Verloosungen folgten sich in bedeutenden Summen jetzt so rasch,⁵⁾ dass Ende 1840 die ganze, ungefähr 70 Mill. Gulden

¹⁾ Bekanntmachung vom 30. Juni 1822, Regierungsbl. S. 684.

²⁾ Bekanntmachung vom 14. Janr. 1830, Regierungsbl. S. 17.

³⁾ Gesetzbl. S. 217.

⁴⁾ Bekanntmachung der Tilgungscommission vom 3. April 1835, Regierungsbl. S. 441.

⁵⁾ Es wurden verloost: am 10. Dec. 1835: 3 Mill., am 15. Juni 1836: 3 Mill., am 4. Janr. und 13. Juni 1838: 3 und 4 Mill., am 27. Oct. 1838: 4 Mill., am 16. Janr. und 27. März 1839 je 5 Mill., am 13. Juni, 7. Sept. 1839, 15. Janr., 30. März und 12. Juni 1840 je 6 Mill. Gulden und am 22. Oct. 1840 der Rest der mobil. 4proc. Schuld.

betragende 4proc. mobilisirte Staatsschuld beseitigt und in eine 3½proc. verwandelt war. Auch die seit 1830 ohne Zinsabschnitte ausgestellten 4proc. Obligationen, welche in jene Verloosungen nicht gefallen waren, wurden nun auf Einmal entweder zur Umwandlung in 3½proc. Staatsschuldscheine oder Rückzahlung aufgekündigt.¹⁾

Auf diesem Wege war sonach der grösste Theil der bayrischen Staatsschuld auf 3½% Zins reducirt, was den besten Beweis für den in hohem Grade wieder hergestellten Staatscredit abgibt. Alsbald darauf begann die Tilgung der 3½proc. Obligationen, nach einem unterm 8. Aug. 1842 bekannt gemachten Plane.²⁾

In Ziffern ausgedrückt stellt sich die Bewegung der bayrischen Gesamtstaatsschuld folgendermassen dar:³⁾

Bei der Errichtung der Hauptstaatsschuldentilgungscasse, 1. Oct. 1811, betrug die Summe der ihr überwiesenen Verbindlichkeiten einschliesslich aller Zahlungsrückstände 118,230,605 fl.

Am 1. Oct. 1818 war diese Summe trotz der dazwischen liegenden Kriege und Theurung ermässigt auf 97,566,004 „

In der Folgezeit steigerte sich die Schuld durch neue Uebernahmen von einverleibten Gebieten etc. wie folgt:

1820 (in runder Summe) auf 110,000,000 „

1825 (desgleichen) auf 111,500,000 „

1828 auf 117,830,513 „

1830 (in runder Summe) auf 128,000,000 „

1831 (desgleichen) auf 132,000,000 „

womit sie den höchsten Stand erreichte. Durch die nun folgenden Rückzahlungen trat Ermässigung auf nachstehende Beträge ein:

1834 131,000,000 „

1838 126,044,611 „

1839 125,500,000 „

1840 (wieder Steigerung) 128,000,000 „

1842 (desgleichen) 131,298,395 „

1843 127,701,089 „

1844 126,365,807 „

1845 125,542,627 „

1846 126,186,743 „

1847 126,138,338 „

Vorerst abschliessend mit diesem Jahre, welches auch in Bayern den Schluss einer besondern Periode der Staatsschuldenverwaltung bildet, werfen wir noch einen Blick zurück auf den Gang des allgemeinen Staatshaushalts während des gleichen Zeitabschnitts.

Es mag auffallen, dass trotz der ausreichenden Dotation des Tilgungsfonds und unerachtet der nachhaltigen Hilfsquellen des Landes die öffentliche Schuld sich in ihrem Totalbetrage unter dem Segen der langen Friedenszeit wenig vermindert, in den letzten Jahren sogar wieder vermehrt hat. Doch würde man einen falschen Schluss ziehen, wenn man diese Thatsache aus einer bedrängten Finanzlage ableiten wollte. Allerdings hatte der bayerische Staat nach wiederhergestelltem Frieden eine Reihe von Jahren genug damit zu

¹⁾ Bekanntmachung vom 31. Oct. 1840, Regierungsbl. S. 939.

²⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 8. Aug. 1842, Regierungsbl. S. 893.

³⁾ v. Reden a. a. O. S. 135, 139, 154. Kolb a. a. O. S. 196.

thun, die zerrütteten Finanzen wiederum in Ordnung zu bringen. Ein ganzes Jahrzehent hindurch steigerte sich die Staatsschuld auch ohne neue Anlehensoperationen durch fortwährende Uebernahmen von Passiven der incorporirten Gebiete, vormalis reichsunmittelbarer Stände, Städte etc. Von Ueberschüssen der laufenden Verwaltung konnte daher damals nicht die Rede sein. In der späteren Zeit, insbesondere von der III. und IV. Finanzperiode (18^{31/37} und 18^{37/43} an, ergab aber der Staatshaushalt sehr bedeutende „Erübrigungen“, welche zumal dann grösser erscheinen, als in den meisten andern Staaten, wenn man die Summen in Anschlag bringt, die für ausserordentliche Zwecke in das Budget eingestellt worden sind, so z. B. von 1843 an eine jährliche Eisenbahnbaudotation von 1,200,000 fl., von 1834 an eine Dotation für den Festungsbau in Ingolstadt u. s. w. Diese „Erübrigungen“ sind lange Zeit ein Zankapfel zwischen Regierung und Ständen gewesen, da die erstere sich auf Grund der unklaren Verfassungsbestimmungen für befugt erachtete, darüber ohne ständische Cognition zu verfügen. In der That sind auch jene Ueberschüsse zum Theil zu Zwecken verwendet worden, welche die ständische Zustimmung schwerlich erhalten hätten, wenn sie eingeholt worden wäre. Der für die Kunst begeisterte König stellte theils aus Staats-, theils aber auch aus Privatmitteln eine Reihe von Kunstwerken her, welche Bayern zum Rang eines deutschen Athen erhoben. Auch das sogen. „griechische Anlehen“ floss aus der Quelle der „Erübrigungen.“¹⁾ Aber dieser für das Land unproductive Aufwand verschlang keineswegs die grossen Summen, welche die Fama ihm zugeschrieben hatte; vielmehr fanden die Ueberschüsse zum grössten Theile eine nutzbringende Anlage in Eisenbahnen, Schifffahrtsunternehmungen etc. Während in andern Staaten der Eisenbahnbau, wenn er überhaupt auf Staatsrechnung unternommen wurde, von Anbeginn an mit Hülfe des Credits ermöglicht werden musste, konnte Bayern von 1843 bis 1848 denselben fast ganz aus den laufenden Staatseinnahmen und Erparnissen bestreiten. In einem Vortrage des Ministerialraths Wanner im Hause der Abgeordneten, weist derselbe nach, dass aus den Erübrigungen bis zum Schlusse der IV. Finanzperiode 10,273,991 fl., aus laufenden Mitteln der Jahre 18^{43/46} 3,600,000 fl. zu Eisenbahnbauten bereits angewiesen; dass von den Erübrigungen der V. Finanzperiode ausser der verfügbaren Eisenbahndotation von 3,600,000 fl. weitere 15 Millionen Ersparnisse zu gleichem Zwecke verfügbar seien und dass bis dahin nur 7,223,174 fl. durch Anlehen zu decken waren, wovon die Staatsschuldentilgungsanstalt selbst 5,023,174 fl. vorzuschüssen in der Lage und nur 2,200,000 fl. zu Lasten der Staatsschuld aufzubringen gewesen seien. Er konnte daher am Schlusse seines Vortrags mit Recht die stolze Aeusserung anfügen:

„Und nun blicken Sie um sich her, ob irgend ein Staat, der sich mit der Frage des Eisenbahnbaues beschäftigt, oder mit der Frage, ob solche auf Staatskosten zu bauen sind, sich zu beschäftigen im Begriffe steht, diese Angelegenheit der Eisenbahnbauten auf Staatskosten in solchem Zustande seines Finanzhaushalts aufzunehmen im Stande ist, als es die Finanzlage erlaubt, welcher wir uns durch die Sorgfalt Sr. Majestät des Königs erfreuen.“

Ein Bericht des Abgeordneten von Herrmann vom 12. April 1850²⁾ gibt

¹⁾ Nach den Verhandlungen der Abgeordneten-Kammer von 1859, Beil.-Band I. S. 205 ff., wies die Finanzcommission eine Forderung des Staats gegen König Ludwig nach von 1,529,333 fl., welche dieser Fürst der Staatscasse in der Folge aus seinen Privatmitteln ersetzte. Vergl. Kolb a. a. O. S. 196.

²⁾ Beil.-Band zum Protocoll der Abgeordneten-Kammer III, Beil. 117, S. 403 ff.

weitere Aufschlüsse über die Quellen, aus welchen die Kosten der Schienenwege damals geflossen sind. Es heisst darin:

„Fasst man den ganzen Bedarf der Südnordbahn von 51,500,000 fl. mit dem überhohen Anschlag der Ludwigs-Westbahn von 29,052,409 fl. zusammen, so wäre, wenn der letztere nicht Ermässigungen gestattete, der Gesamtbedarf 80,552,409 fl. Dazu die München-Augsburgerbahn mit 6,400,000 fl., gibt im Ganzen die Summe von 86,952,409 fl. Von dieser Summe sind aus den laufenden Staatseinnahmen nahezu drei Achtel bereits bestritten. Nur drei Sechszehntel wurden durch Anlehen gedeckt.“

Auch die Donaudampfschiffahrts-Unternehmung mit einem Gesamtaufwande von circa $2\frac{1}{4}$ Mill. Gulden, ebenso der Donau-Maincanal mit einer Kostensumme von 17,433,760 fl. und endlich der Festungsbau in Ingolstadt mit circa 18 Mill. und Gernersheim mit 13 Mill. Gulden Aufwand wurden theils ganz, theils in namhaftem Betrag aus laufenden Staatseinnahmen und „Erübrigungen“ bestritten.

Diese im Verhältniss des Staatsumfangs sehr günstigen Ergebnisse der Finanzgebarung sind nicht nur Zeugen einer glänzenden Finanzlage, sondern auch der grossen Hilfsquellen des Staats, welcher jene Erfolge ohne alle Steuererhöhung und ohne Bedrückung der Steuerpflichtigen oder Schmälerung ihres fortschreitenden Wohlstands erzielen konnte. Wenn daher in andern Staaten während der Friedensperiode die alte Staatsschuld verhältnissmässig mehr ermässigt wurde, als in Bayern, so wurden dort Unternehmungen der angeführten Art entweder unterlassen oder mit Hülfe einer neuen Schuld ermöglicht.¹⁾ Ausserdem erklärt sich die geringere Schuldentilgung in Bayern auch dadurch, dass die Tilgungsanstalt eigene Vermögensbestände ansammelte und damit theils dem Eisenbahnbau unter die Arme griff, theils der Pensions-Amortisationscasse Vorschüsse machte. So hatte sie am 1. Octbr. 1847 ein Activvermögen von 22,630,465 fl., wovon der Eisenbahnbau-Dotationscasse 10,135,127 fl. und der Pensionsamortisationscasse 11,916,646 fl. angeliehen waren.²⁾

Die einzelnen Arten der Staatsschuld, welche bis hierher ein abgesondertes Ganzes bildet und die ältere Schuld genannt wird, sowie deren Zinsfuss, ergeben sich aus folgender Uebersicht:

Es standen am 1. Octbr. 1847

bei der Centralstaatscasse	4,405,368 fl.
„ dem Militär-Aerarial-Fonds	2,290,400 „
„ den Militär-Stiftungs-Fonds	4,971,855 „
(der Staat war sich daher selbst schuldig) . . .	11,667,623 fl.

¹⁾ Bei einer Vergleichung mit Preussen z. B. ist nicht ausser Acht zu lassen, dass dessen Staatsschuld zu einem sehr ansehnlichen Theile mit Erlösen aus Staatsgütern etc., also mit gleichzeitiger Verminderung des Activvermögens, getilgt und auf Eisenbahnbauten vor 1848 wenig verwendet wurde, während in Bayern das Staatsgut verfassungsmässig unveräusserlich ist.

²⁾ Diese Verwendung der Tilgungsmittel war allerdings nicht legal, wie auch die 1842 zugesagte Verloosung und Tilgung der $3\frac{1}{2}$ proc. Schuld dadurch eine Reihe von Jahren unterbrochen wurde. Für den Staat hatte sie aber den Vortheil, dass die erforderlichen Mittel zum Eisenbahnbau etc. leicht und wohlfeil beschafft wurden. Durch Gesetz vom 30. Nov. 1847, Art. V, wurde indessen bestimmt, dass die Eisenbahnbau-Dotationscasse ebenso, wie die Pensionsamortisationscasse, die ihnen geleisteten Vorschüsse nach und nach wieder an die allgemeine Schuldentilgungscasse zurückzuzahlen haben, und den älteren Staatsgläubigern die durch die Gesetze vom 11. Nov. 1825 und 18. Dec. 1831 zugewiesenen Dotationen ausschliesslich zuzuwenden seien.

bei Stiftungen und Gemeinden	34,882,800 fl.
bei Privaten (auf den Namen)	45,825,515 "
" " (auf den Inhaber)	33,762,400 "
Ganze Schuld	126,138,338 fl.

Hievon waren zu verzinsen:

zu 5 ⁰ / ₁₀₀ (Dotations- und Donationseapitalien)	1,745,375 fl.
" 4 ⁰ / ₁₀₀ (worunter ein Theil der Cautionen)	40,800,274 "
" 3 ¹ / ₂ ⁰ / ₁₀₀	75,836,983 "
" 3 ¹ / ₈ ⁰ / ₁₀₀	2,250 "
" 3 ⁰ / ₁₀₀	304,134 "
" 2 ¹ / ₂ ⁰ / ₁₀₀	245,265 "
" 2 ⁰ / ₁₀₀ (worunter 3,796,068 fl. Depositen)	6,244,153 "
unverzinslich standen	959,904 "

Gewiss ein sehr befriedigender Stand der Verzinsungsverhältnisse.

Aber mit dem Jahre 1847 hatten diese günstigen Finanz- und Creditzustände auch in Bayern ihr Ende erreicht und wir treten nun in eine neue, wesentlich veränderte Epoche ein. Schon im Herbst 1847 war es nicht mehr möglich, den gesteigerten Bedarf für den Eisenbahnbau zum Zinsfuss von 3¹/₂⁰/₁₀₀ aufzubringen. Es wurde daher die Staatsschuldentilgungs-Commission mittelst Gesetzes vom 30. Novbr. 1847 ¹⁾ ermächtigt, ein 4proc. Eisenbahnanlehen von 10¹/₂ Mill. Gulden selbst unter dem Nominalwerthe aufzunehmen; ebenso erhielt durch dasselbe Gesetz das Finanzministerium die Ermächtigung, nicht nur die durch Ablösung von Grundlasten dem Staate zufallenden Beträge dem Eisenbahnbaue zuzuwenden, sondern auch bis zum Belaufe von 6 Mill. Gulden verzinsliche Cassenanweisungen im Minimalbetrage von 35 fl. zu emittiren, deren Aufwand jedoch einschliesslich der Verzinsung 3¹/₂⁰/₁₀₀ nicht übersteigen durfte und zu deren Annahme Niemand verpflichtet war, während sie bei allen Staatseassen an Zahlung zu nehmen und bei mehreren zu bezeichnenden Anstalten oder Personen stets gegen baar Geld umzuwechseln waren. Das Anlehen selbst wurde in der Art emittirt, dass dem Darleiher nicht nur für den baar bezahlten Betrag 4proc. Staatsschuldscheine ausgestellt, sondern ihm auch gleiche Beträge an älteren 3¹/₂proc. Obligationen auf den Zinsfuss von 4⁰/₁₀₀ erhöht wurden (sogen. „Arrosirungsanlehen“). In Wahrheit hatte also der Staat gegen bisher für die eingezahlten Beträge 1⁰/₁₀₀ Zinsen mehr, also 4¹/₂⁰/₁₀₀ zu entrichten. Nach dem Ausbruche der Revolution von 1848 waren indessen auch zur Bestreitung der laufenden Staatsbedürfnisse ausserordentliche Hilfsmittel erforderlich. Gleichzeitig verminderten sich die Einnahmen, während sich die Ausgaben, namentlich durch vermehrten Militäraufwand, steigerten. Durch Gesetz vom 12. Mai 1848 ²⁾ ward daher ein Anlehen von 7 Mill. Gulden behufs Bestreitung des ausserordentlichen Militäraufwands, Unterstützung der Industrie und Fortsetzung der öffentlichen Arbeiten verwilligt, welches im Wege der Subscription zu 5⁰/₁₀₀ aufgebracht wurde („erstes Subscriptionsanlehen“). Diesem folgte aber schon 1849³⁾ ein zweites und 1850⁴⁾ ein drittes 5proc. Unterzeichnungsanlehen von je 7 Mill. Gulden zu ähnlichen Zwecken. Die ausserordentlichen Armee- und Staatsbedürfnisse verschlangen also in 3 Jahren 21 Millionen. ⁵⁾ Neben dieser Benützung des Credits fanden wiederholt Steuerzuschläge

¹⁾ Gesetzblatt von 1847, S. 9.

²⁾ Gesetzblatt von 1848, S. 29.

³⁾ Gesetz vom 23. Dec. 1849, Gesetzbl. von 1849, S. 33.

⁴⁾ Gesetz vom 22. Mai 1850, Gesetzbl. von 1849, S. 153.

⁵⁾ Die churhessische Expedition kostete Bayern allein 3,546,471 fl. Ein auf Ersatz dieser Kosten gerichteter Anspruch wurde von dem „geretteten“ Staat nicht anerkannt.

statt, wie auch eine neue Einkommenssteuer eingeführt wurde. Und dennoch konnte das laufende Budget nicht ohne Deficit abgeschlossen werden. Es musste daher 18^{50/52} 1) ein weiteres Anlehen von 5 Mill. Gulden zur Deckung der gesteigerten Staatsbedürfnisse negociert werden, welchem 1855 2) ein besonderes „Militärlehen“ von 6 1/2 Mill. Gulden folgte, veranlasst durch die Mobilmachung wegen des orientalischen Kriegs. Auch der Krieg von 1859, in welchem sich Bayern anschickte, seine Bundespflichten nöthigenfalls im ausgedehntesten Maasse zu erfüllen, forderte wiederum grosse Inanspruchnahme des Staatscredits. Durch Gesetz vom 26. März 1859 3) wurde ein Credit von 7 Mill. und eventuell von 12 1/2 Mill. Gulden für die ausserordentlichen Bedürfnisse des Heeres eröffnet, welcher durch Gesetz vom 16. Aug. 1859 4) um weitere 12 Mill. Gulden ausgedehnt wurde. Den ersteren Credit benützte die Regierung mittelst Ausgabe eines Anlehens von 4 Mill. Gulden im Wege der Subscription; 5) der weitere Bedarf wurde auf die Ueberschüsse angewiesen. Von dem zweiten Credit wurden 3 1/2 Mill. Gulden zur öffentlichen Subscription zum Course von 98 1/2 % aufgelegt 6) und sollen 8 Mill. durch Vermittlung von Bankiers aufgebracht worden sein. Inzwischen waren allerdings die 3 Subscriptionsanlehen von 1848, 1849 und 1850 wieder vollständig getilgt worden; diess geschah aber zum Theil nicht aus Mitteln der Tilgungscasse, sondern mittelst Umwandlung in neue 4 1/2 proc. Staatsobligationen. Es entstanden daher aus dieser Convertirung neue Schuldtheile, 7) wie auch in Folge Gesetzes vom 15. Januar 1854 8) behufs Aufbringung der Mittel zur Bewilligung momentaner Unterstützungen für gering besoldete Bedienstete der Staatscredit in Anspruch genommen wurde.

Diese sämmtlichen Anlehen zu allgemeinen Staatszwecken seit 1847 be- greifen nach der officiellen Bezeichnungsweise die „neue Schuld“ in sich. Dieselbe betrug am 1. Octr. 1858 23,131,377 fl. 9) und wird seitdem um etwa 15 Mill. Gulden gewachsen sein. Beide Summen zusammen bilden das schliessliche Facit der Einbusse, die der bayerische Staat in den Jahren 1848 bis 1860 erlitten hat, welche Einbusse indessen um Vieles grösser sich darstellte, wenn nicht in den letzteren Jahren wieder bedeutende Mehreinnahmen erzielt worden wären, womit ein Theil der ausserordentlichen Bedürfnisse gedeckt wurde. So ergaben nach den den Kammern 1859 vorgelegten Rechnungsaus- weisen die Jahre 18^{53/54} folgende Mehreinnahmen gegen den Etat:

18 ^{53/54}	3,100,750 fl.
18 ^{54/55}	4,973,232 „
18 ^{55/56}	4,471,118 „

und folgende reine Ueberschüsse:

18 ^{53/54}	936,742 „
-------------------------------	-----------

1) Finanzgesetz vom 25. Juli 1850, §. 16 f., Gesetzbl. S. 438. Gesetz vom 31. März 1852, Gesetzbl. S. 169.

2) Gesetz vom 22. Febr. 1855, Gesetzbl. S. 33. Bekanntmachung vom 6. März 1855, Regierungsblatt S. 193.

3) Gesetzblatt von 1859, I. Abth., S. 17.

4) Ebendasselbst, II. Abth., S. 1.

5) Bekanntmachungen vom 7. Mai, 9. Juni, 1. und 28. Juli 1859, Regierungsblatt S. 465, 606, 677, 753.

6) Bekanntmachung vom 1. Sept. 1859, Regierungsbl. S. 851.

7) Vergl. Gesetz vom 16. März 1855, Gesetzbl. S. 73. Gesetz vom 31. März 1852, Gesetzbl. S. 169. Bekanntmachung vom 23. Janr. 1857, Regierungsbl. S. 126.

8) Gesetzblatt S. 9.

9) Beil.-Band I. zu den Verh. der Kammer d. A. 1859, S. 138.

10) Dasselbst S. 20, 28, 63, 71, 103 und 111.

18⁵⁴/₅₅ 39,650 fl.

18⁵⁵/₅₆ 4,131,215 „

und in dem Gesetze vom 26. März 1859 konnten 7 Mill. Gulden aus den bereits vorhandenen und in Aussicht genommenen Erübrigungen zur Deckung des ausserordentlichen Militäraufwands angewiesen werden. Diese Andeutung dürfte genügen, um den Beweis zu liefern, in welchem Maasse sich die Finanzlage erholt hatte. Nimmt man übrigens die namhaften, auch während der creditlosen Zeit von 1848 ff. nicht unterbrochenen Tilgungen an der alten Schuld in Rechnung; so ist das Endergebniss ein sehr befriedigendes. Am 1. Octbr. 1858 betrug nämlich die alte (allgemeine) Staatsschuld nur noch

99,708,118 fl. ¹⁾

Sie hatte am 1. Octbr. 1847 betragen (oben S. 172) . . . 126,138,338 „

und war somit binnen 11 Jahren ermässigt um . . . 26,430,220 fl.

Dagegen war während dieser Zeit eine neue Schuld entstanden, welche am 1. Octbr. 1858 noch betrug . . . 23,131,377 „

Die allgemeine Staatsschuld Bayerns hat sich sonach in dieser Periode der Finanzverlegenheiten nicht nur nicht vermehrt, sondern um . . . 3,298,843 fl. vermindert — eine Thatsache, welche sicherlich durch wenige Staatsschuldenrechnungen nachgewiesen wird.

Anders verhält es sich freilich mit der Eisenbahnschuld, welche von der allgemeinen Staatsschuld völlig getrennt behandelt und durch die „Eisenbahnbau-Dotationseasse“ vertreten wird. Dass im Königreich Bayern die erste Locomotivbahn Deutschlands hergestellt wurde, ist bekannt. Im Jahre 1843 nahm man sodann das Princip des Staatseisenbahnbaues an, ²⁾ indem man beschloss, zunächst eine Hauptbahn von Süden nach Norden (von Hof nach Lindau) auf Staatskosten herzustellen. Hierauf folgten im Jahre 1846 die Gesetze wegen Herstellung von Staatsbahnen von Lichtenfels an die Reichsgrenze bei Coburg, ³⁾ von Bamberg über Würzburg und Aschaffenburg an die Landesgrenze ⁴⁾ und wegen des Ankaufs und Ausbaues der München-Augsburger Bahn; ⁵⁾ ferner 1851 das Gesetz vom 4. Mai, ⁶⁾ den Bau einer Staatsbahn von Augsburg nach Ulm; 1852 das Gesetz vom 7. Mai, ⁷⁾ den Bau einer Staatsbahn von München über Rosenheim bis an die Landesgrenze bei Salzburg und Kuffstein betreffend. Die weiter beschlossenen Linien von Nürnberg über Amberg nach Regensburg, von München über Landshut an die Donau, von der Amberg-Regensburger Bahn an die Landesgrenze gegen Pilsen und von Regensburg an die Landesgrenze bei Passau (bayer. Ostbahnen); ⁸⁾ in gleicher Weise die Pfälzische Maxbahn (Neustadt-Weissenburg) ⁹⁾ wurde Privatgesellschaften überlassen, während die Pfälzische Ludwigsbahn (Ludwigshafen-Bexbach) schon 1843 ebenfalls von einer Gesellschaft ausgeführt worden war. Die gleichwohl

¹⁾ Beil.-Band I zu den Verh. der Kammer d. A. von 1859, S. 135.

²⁾ Gesetz vom 25. Aug. 1843, Gesetzbl. S. 89. Ausschliesslich wurde indessen dieses Princip nicht angewendet; denn durch Gesetz vom gleichen Tage übernahm der Staat eine Zinsengarantie für die einer Privatgesellschaft überlassene Ludwigshafen-Bexbacher Bahn.

³⁾ Gesetz vom 23. Mai 1846, Gesetzblatt S. 61.

⁴⁾ Gesetz von demselben Tage, Gesetzblatt S. 65.

⁵⁾ Gesetz vom gleichen Tage, Gesetzblatt S. 73.

⁶⁾ Gesetzblatt von 1851—52, S. 1.

⁷⁾ Dasselbst S. 181.

⁸⁾ Gesetz vom 19. März 1856, das. S. 29.

⁹⁾ Gesetz vom 7. Mai 1852, Gesetzbl. von 1851—52, S. 173.

sehr ausgedehnten Staatsbahnen (1858 waren 134,4 Meilen im Betrieb) erforderten aber begreiflicher Weise grosse Summen. Wir haben schon oben erwähnt, dass bis zum Jahre 1847 die nöthigen Mittel grösstentheils aus den „Erübrigungen“ der laufenden Verwaltung aufgebracht wurden. Es wurde daher damals von den durch die allegirten Gesetze vom 25. Aug. 1843 und 23. Mai 1846 eröffneten bedeutenden Crediten (durch das erstere Gesetz 15 Mill., durch die letzteren 10,000,000, 18,840,000 und 4,347,000 fl.), welche sämmtlich an die Voraussetzung geknüpft waren, dass kein höherer als ein $3\frac{1}{2}\%$ Zinsfuss in Anwendung komme, nur sehr bescheidener Gebrauch gemacht, wie überhaupt der Eisenbahnbau zu jener günstigen Zeit zum Nachtheil des Landes mit wenig Energie betrieben wurde.¹⁾ Von dem Ende 1847 aufgenommenen Eisenbahnlehen à 10 $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden ist ferner bereits die Rede gewesen. Während der Wirrnisse des Jahres 1848 stockte der Eisenbahnbau überhaupt, wurde dagegen seit 1850 mit desto grösserem Eifer wieder aufgenommen, so, dass Bayern sein ausgedehntes Hauptnetz demnächst vollständig erstellt haben wird. An neueren Anlehens-Crediten zum Zwecke des Eisenbahnbaues haben wir anzuführen:

5proc. Anlehen von 1850, theils durch baaren Abschluss, theils durch Arrosirung negociirt ²⁾	10,000,000 fl.
4 $\frac{1}{2}$ proc. Anlehen von 1852—54 ³⁾	38,027,000 „
dto. „ zum Bau der München-Augsburger Bahn ⁴⁾	10,000,000 „
dto. „ zu gleichem Zwecke (1856) ⁵⁾	9,700,000 „
dto. allgemeiner Credit ⁶⁾ (1856)	12,200,000 „
dto. Anlehen zum Bau der Lichtenfels-Coburger Bahn	3,000,000 „

Ob alle diese Credite erschöpft worden sind, ist aus den Publicationen der Tilgungscommission nicht zu entnehmen, da das Finanzministerium den Weg des allmäligen Verkaufs der Obligationen durch die Specialtilgungscassen einschlug und ausserdem fortwährende Capitalanlagen mit Arrosirung annahm.⁷⁾ Im Ganzen betrug die Eisenbahnschuld am 1. Octbr. 1858: 88,643,834 fl.⁸⁾ Der gesammte Aufwand auf den Eisenbahnbau einschliesslich der Verzinsung und Tilgung der Bauschuld belief sich aber schon am 1. Octbr. 1856 auf 116,495,051 fl. und wurde folgendermassen beschafft:⁹⁾

a) durch budgetmässige Zuschüsse	7,441,474 fl.
b) durch die Ueberschüsse der V. Finanzperiode et retro	19,201,216 „
c) durch Verwendung der heimgefallenen Festungsbaudotation	4,614,837 „
also aus eigenen Mitteln	31,257,527 fl.
d) durch Anlehen à $3\frac{1}{2}\%$	10,135,126 „
à 4%	15,263,400 „
à $4\frac{1}{2}\%$	47,067,500 „
à 5%	11,119,400 „
	114,842,953 fl.

Der Rest durch die Bahnrente und andere Einnahmen.

¹⁾ Das Ministerium hatte wegen dieser Lässigkeit von der Landesvertretung später wiederholte bittere Vorwürfe zu erfahren.

²⁾ Gesetz vom 30. Juni 1850, Gesetzblatt von 1849, S. 193.

³⁾ Gesetz vom 26. Dec. 1851, Gesetzblatt von 1851—52, S. 51.

⁴⁾ Gesetz vom 7. Mai 1852, das. S. 183.

⁵⁾ Gesetz vom 1. Juli 1856, Gesetzblatt von 1855—56, S. 375.

⁶⁾ Gesetz vom 19. März 1856, das. S. 25.

⁷⁾ Bis 1. Oct. 1858 blieb noch ein unrealisirter Credit von 5,614,500 fl.

⁸⁾ Beil.-Band I zu den Verh. der Kammer d. A. von 1859, S. 139.

⁹⁾ Dasselbst S. 126.

Seitdem hat er einen weit höheren Stand erreicht, so dass die verbliebene Schuld entfernt nicht der ganzen Verwendung gleichkam und durch den Werth der erstellten Objecte mehr als gedeckt erscheint.

Als dritte abgesonderte Abtheilung der bayerischen Staatsschuld wird die durch das Gesetz vom 4. Juni 1848¹⁾ geschaffene Ablösungsschuld aufgeführt. Um nämlich die Ablösung der Grundlasten möglichst zu erleichtern, bestimmt jenes Gesetz, dass dem vormaligen Gefällberechtigten das Recht zustehe, die Entschädigung für seine Bezüge zum 20fachen Betrage in 4proc. Ablösungsobligationen von der Staatscasse zu verlangen, während der Gefällpflichtige nur im 18fachen Betrage abzulösen schuldig sei. Stellt der Berechtigte jenes Verlangen, so tritt die Staatscasse in den Bezug der in fixe Geldreichtnisse verwandelten Gefälle ein, hat aber den zweifachen Betrag zuzuschliessen. Den milden und frommen Stiftungen gewährt der Staat diese zweifache Entschädigungsaufbesserung selbst dann, wenn sie die Vermittlung der Ablösungscasse nicht in Anspruch nehmen. Letztere bildet eine Abtheilung der Staatsschuldentilgungsanstalt und steht unter Leitung der Tilgungscommission.

Die Ablösungsschuld, an welcher seit ihrem Bestehen fortwährend bedeutende Tilgungen statthatten, betrug am 1. Octbr. 1858 noch 103,128,775 fl. Nach dem letzten Finanzgesetze²⁾ ist für die Ueberweisung der Grundrenten an die Ablösungscasse ein äusserster Termin bis 30. Septbr. 1861 gegeben. Wie aus diesen Andeutungen hervorgeht, ist die bayerische Ablösungsschuld zwar als eine Verbindlichkeit des Staats zu betrachten; es hat aber derselbe mit ihrer Uebernahme $\frac{1}{10}$ ihres Betrags in vollkommen sicheren (mit erstem Rechte auf den befreiten Gütern radicirten) Gegenforderungen erworben und nur $\frac{1}{10}$ aus eigenen Mitteln zuzuschliessen, zu welchem Zwecke im Budget eine besondere Exigenz eingebracht wird. Bei Vergleichen mit andern Staaten kann jedenfalls diese Schuld nicht in Rechnung genommen werden, da sie dort, wenn gleich ebenso bestehend, entweder überhaupt nicht in Staatsverwaltung genommen, oder vom Staat nur garantirt ist, überall aber nicht zur Staatsschuld gerechnet wird.

Im Ganzen dürfte unsere Darstellung die Ueberzeugung gewähren, dass, wenn auch die öffentliche Schuld Bayerns im Verhältniss zu seinem Umfange beträchtlich erscheinen mag, doch die Vergangenheit den Beweis liefert, wie die Kräfte des Staates vollkommen ausreichend sind, die Last derselben zu tragen und dass daher Bayern das Vertrauen, das ihm insbesondere seit neuerer Zeit das Capital schenkt, wohl verdient. Wir werden im Folgenden noch specielle Belege für diese Ansicht finden und fügen daher hier nur noch bei, dass die Regierung Bayerns den wiederholt ausgesprochenen Wünschen der Volksvertretung nachkommend, sich neuerdings alle Mühe gibt, Einfachheit und Klarheit in das Staatsschuldenwesen zu bringen, den Verkehr mit bayerischen Staatseffecten zu erleichtern und den Wünschen der Staatsgläubiger auch in formeller Beziehung gerecht zu werden.

¹⁾ Gesetzblatt S. 97.

²⁾ Vom 1. Juli 1856, Gesetzblatt von 1855—56, S. 411. Vergl. Bekanntmachung vom 21. Janr. 1857, Regierungsblatt S. 125.

§. 38.

Neuester Bestand der bayerischen Staatsschuld.

Die Ergebnisse der bayerischen Staatsschuldenrechnung gelangen nur mittelbar zur Oeffentlichkeit, nämlich durch ihre verfassungsgemässe Nachweisung in den Vorlagen an den ordentlichen Landtag. Dem jüngsten Landtage von 1859 sind nun die Rechnungsergebnisse von den Jahren 18^{53/54}, 18^{54/55} und 18^{55/56} mitgetheilt worden;¹⁾ für die spätere Periode waren die Rechnungen noch nicht abgeschlossen. Der Staatsschuldencommissär der Kammer der Abgeordneten, Graf von Hegenberg-Dux, nahm indessen in seinem an diese Kammer unterm 28. Januar 1859 erstatteten Bericht²⁾ noch die Ergebnisse der Jahre 18^{56/57} und 18^{57/58} nach vorläufiger Abrechnung auf. Wir haben somit officiële Daten bis 1. Octbr. 1858. In den Hauptsummen haben wir solche im vorigen Paragraphen bereits gegeben. Es erübrigt daher hier nur eine Zusammenstellung der einzelnen Theile und Ergänzung bis auf die neueste Zeit.

Am 1. Octbr. 1858 bestand die gesammte Staatsschuld aus folgenden Posten:

- 1) alte Schuld, grösstentheils mit $3\frac{1}{2}$ proc. Mobilisirungsobligationen verbrieft, wovon circa 19,600,000 fl. auf 4%^o arrosirt 99,708,118 fl.

2) Neue Schuld:

- a) Neues Anlehen von 1852 3,098,800 fl.
 b) Depot-Anlehen bei der Bank 2,410,503 „
 c) Neues Anlehen von 1855 5,334,100 „
 d) Neues allgemeines Anlehen von 1857 5,917,974 „
 e) Militäranlehen von 1855 6,370,000 „

23,131,377 fl.

- 3) Eisenbahnschuld zu 4, $4\frac{1}{2}$ und 5% 88,643,834 „

Summe der gesammten unmittelbaren Staatsschuld . . . 211,483,329 fl.

Die Grundrentenablösungsschuld betrug 103,128,775 fl.

Seit dem 1. Octbr. 1858 lassen sich folgende Aenderungen nachweisen:

- 1) alte Schuld. Eine Vermehrung derselben dürfte wohl kaum stattgefunden haben, da die Einweisungen aus alten Titeln ziemlich aufgehört haben. Dagegen ist eine Abminderung erfolgt

- a) durch die Verloosung vom 15. April 1859³⁾ mit . . . 1,860,000 fl.

- b) „ „ „ 15. April 1860⁴⁾ „ . . . 2,100,000 „

- c) durch die gesetzlich vorgeschriebene Rückzahlung von Sparcassencapitalien auf 2 Jahre circa 1,000,000 „

zusammen Abminderung ungefähr 4,960,000 fl.

Es wird sohin die alte Schuld Mitte 1860 noch betragen circa 94,748,118 fl.

- 2) Neue Schuld. Vermehrung durch das erste Militäranlehen von 1859⁵⁾ mit 4,000,000 fl.

desgleichen durch das zweite Militäranlehen von 1859⁶⁾ mit 12,000,000 „

somit Zuwachs im Ganzen 16,000,000 fl.

¹⁾ Beil. IV, V und VI zum Prot. d. Kammer d. A. v. 1859, I. Beil.-Bd., S. 11—134.

²⁾ Ebendasselbst (Beil. VII) S. 134—142.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 2. April 1859, Regierungsbl. S. 335.

⁴⁾ Siehe Bekanntmachung vom 2. April 1860, Regierungsbl. S. 369.

⁵⁾ Vergl. Gesetz vom 26. März 1859, Gesetzbl. S. 17, und Bekanntmachung vom 7. Mai 1859, Regierungsblatt S. 465.

⁶⁾ Vergl. Gesetz vom 16. Aug. 1859, Gesetzblatt II. Abth., S. 1.

Verminderung durch die Verloosung vom
15. Juni 1860¹⁾ 807,000 fl.
durch Kündigung des ganzen Rests des neuen Anle-
hens von 1852²⁾ 3,098,800 fl.
durch Bezahlung der vertragsmässigen Annuität von
dem Depotanlehen bei der Bank etwa . . . 30,000 fl.

3,935,800 fl.

verbleibt effectiver Zuwachs 12,064,200 fl.

wonach die neue Schuld Mitte 1860 etwa
betragen wird 35,195,577 fl.

3) Eisenbahnschuld. Am 1. Octbr. 1858 waren an
Eisenbahnbaucrediten noch unrealisirt 5,614,500 fl.

welche nun ohne Zweifel flüssig gemacht sind und
worin also die Vermehrung der Schuld bestände. Eine
Verminderung hat dagegen dieselbe erfahren:

durch die Verloosung vom 27. October
1859³⁾ um 600,000 fl.

durch die Verloosung vom 12. September
1860⁴⁾ um 810,000 fl.

1,410,000 fl.

Es verbleibt hienach effective Zunahme 4,204,500 fl.

und wird gegenwärtig die Eisenbahnschuld
ungefähr betragen 92,848,334 fl.

Zieht man diese Summen zusammen, so ergibt sich für Ende des Etats-
jahres 18⁵⁹/₆₀ (1. Octbr. 1860), abgesehen von der hieher nicht gehörigen Grund-
rentenschuld, folgender Gesamtschuldenstand:

1) alte Schuld 94,748,118 fl.

2) neue Schuld 35,195,577 "

3) Eisenbahnschuld 92,848,334 "

Gesamtsumme Ende 18⁵⁹/₆₀ circa 222,792,029 fl.

Hievon sind die Activen der Schuldentilgungsanstalt abzurechnen, welche
am 1. Octbr. 1856 11,468,721 fl.⁵⁾ betragen. Da dieselben zum überwiegend
grössten Theil in einer Forderung der alten Schuld an die Eisenbahnschuld
und im Betriebscapital der Casse bestanden und da die erstere Forderung nur
mit einem Tilgungsfonds von $\frac{2}{3}$ % zurückbezahlt wird, während die Cassen-
bestände sich ziemlich gleich bleiben werden; so wird eine wesentliche Ver-
änderung im Activvermögensstand nicht eingetreten sein. Man kann daher
mit Sicherheit eine Summe von 10,792,029 fl.

in Abrechnung bringen, worüber die Schuld noch 212,000,000 fl.
beträgt. Die Activen der Tilgungscasse kommen fast ganz der alten Schuld zu gut.

¹⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 3. Juni 1860, Regierungsbl. S. 523.

²⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 27. Janr. 1860, Regierungsbl. S. 181. Die Tilgung
dieses Anlehensrests geschah freilich zum Theil durch Umwandlung in eine neue Schuld.
Dieser Theil kann jedoch nicht angegeben werden.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 13. Oct. 1859, Regierungsbl. S. 977.

⁴⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 3. Sept. 1860, Regierungsbl. S. 765.

⁵⁾ Beil.-Band I zu den Verhandl. der Kammer d. A. von 1859, S. 130.

§. 39.

Gewährschaften des bayerischen Staats für fremde Verbindlichkeiten.

Sogenannte „Staatsgarantien“ hat Bayern unseres Wissens nur gegenüber den nachstehend bezeichneten Eisenbahngesellschaften übernommen,¹⁾ und zwar:

- 1) für die Pfälzische Ludwigsbahngesellschaft (Ludwigshafen-Bexbacher Eisenbahn): Gewähr für 4% Zinsen aus dem gesammten Bau- und Einrichtungscapital auf 25 Jahre nach erfolgter Eröffnung der Bahn. Das Actiencapital beträgt 11,659,000 fl., wozu die Gesellschaft 1848: 2,000,000 fl., 1852: 500,000 fl., 1856: 700,000 fl. und 1858: 800,000 fl. Prioritätsobligationen emittirte. Die Concession ist auf 99 Jahre ertheilt, nach deren Ablauf die Bahn unentgeltlich an den Staat heimfällt. Letzterer kann nach Ablauf der Garantiezeit ausserdem die Bahn durch Erlag des Anlagecapitals jeder Zeit an sich lösen.²⁾
- 2) Für die Pfälzische Maxbahn-Gesellschaft (Neustadt-Weissenburgerbahn): Garantie von 4½% Zinsertrag aus dem Bau- und Einrichtungscapital auf 25 Jahre, vom Tage der Vollendung und Eröffnung der Bahn an gerechnet. Die Gesellschaft hat 8,800 Stück Actien à 500 fl. ausgegeben; ihr Stammcapital beträgt somit 4,400,000 fl. Hinsichtlich der Concessionsdauer, des Heimfalls der Bahn und des Einlösungsrechts von Seite des Staats gelten ganz die mit der Ludwigsbahngesellschaft vereinbarten Bestimmungen³⁾.
- 3) Für die bayerische Ostbahngesellschaft (Bahn von Nürnberg über Amberg nach Regensburg; von München über Freising, Landshut nach Straubing; von Schwandorf an die böhmische Grenze und von Regensburg über Straubing nach Passau): Gewähr für 4½% Reinertrag aus dem Bau- und Einrichtungscapital auf 35 Jahre, vom Tage der Eröffnung sämtlicher concessionirter Linien, beziehungsweise auf 42 Jahre vom Tage der Concessionsertheilung an gerechnet (mit Einrechnung von 7 Jahren Bauzeit). Das Stammcapital der Gesellschaft beträgt (300,000 Actien à 200 fl.) 60 Mill. Gulden. Die Concession ist auf 99 Jahre ertheilt, nach deren Ablauf alle Rechte aus derselben erlöschen, der Gesellschaft jedoch ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen verbleibt. Nach Umlauf der Garantiezeit kann übrigens der Staat die Bahn durch Erlag des Werths aller Actien nach dem Frankfurter Durchschnittscours der letzten 10 Jahre jederzeit an sich kaufen; auch hat er sich für den Fall, dass der Reinertrag der Bahn 4½% des Anlagecapitals übersteigt, Ersatz seiner etwaigen Zuschüsse nebst 2½% Zinsen, wenn aber die reine Bahnrente über 5% erreicht, einen Theil des Mehrertrags reservirt.⁴⁾

¹⁾ Nach der Verordnung vom 4. Oct. 1850, Regierungsbl. S. 785 ff. hat der Staat für die kgl. Bank in Nürnberg allerdings ebenfalls „vollkommene Garantie“ übernommen; da jedoch diese eine reine Staatsanstalt ist, so versteht sich eine solche Garantie von selbst und ist jedenfalls keine Gewährschaft für fremde Verbindlichkeiten.

²⁾ Vergl. Statut vom 10. Juli 1843 und Gesetz vom 25. Aug. 1843, Gesetzbl. S. 85. Gesetz vom 7. Mai 1852, Gesetzbl. von 1851—52, S. 175; und Gesetz vom 19. März 1856, Gesetzbl. von 1855—56, S. 37.

³⁾ Statut vom 3. Nov. 1852. Gesetz vom 7. Mai 1852, Gesetzbl. von 1851—52, S. 173.

⁴⁾ Gesetz vom 19. März 1856, Gesetzblatt von 1855—56, S. 29. Concession vom 12. April 1856, Regierungsbl. S. 313.

Diese Staatsgarantien dürften, insoferne die garantirten Bahnen im Allgemeinen gut situirt sind, der Staatscasse grosse Lasten nicht auflegen. Doch lässt sich diessfalls nur von der pfälzischen Ludwigsbahn, welche hohe Erträge liefert, Sicheres sagen. Die dortige Maxbahn hat sich von der Staatsunterstützung bis jetzt noch nicht emancipiren können und die Ostbahnen sind theils noch zu kurze Zeit im Betrieb, um einen sicheren Schluss auf ihre Rentabilität zuzulassen, theils sind sie noch im Bau begriffen.

Unterm 20. Juni 1855 ist eine allgemeine königl. Verordnung, den Bau von Eisenbahnen (durch Privaten, Gesellschaften oder Corporationen) betreffend, erschienen,¹⁾ welche mit dem österr. Eisenbahn-Concessionsgesetze von 1854 Manches gemein hat. Wir heben aus derselben die §§. 7 und 10, Zfr. 8 u. 9 hervor, um die Gegenleistungen ersichtlich zu machen, welche der bayerische Staat überhaupt von seinen Privatbahnen zu erwarten hat. Sie lauten:

§. 7. „Die Bewilligung zum Bau und Betrieb einer zur öffentlichen Benützung bestimmten Eisenbahn wird nur auf eine bestimmte Zeit und zwar höchstens auf 99 Jahre ertheilt.“

„Der Termin beginnt mit dem Tage, an welchem die Bahn ganz oder zum Theile der Benützung des Publicums überlassen wird.“

„Nach Ablauf der in der Concessionsurkunde festgesetzten Zeit geht das Eigenthum der Eisenbahn sammt ihren Zubehörenden ohne Entgelt und unmittelbar an den Staat über. Den Unternehmern verbleiben jedoch das Mobiliarvermögen, sowie die zum Bahnbetrieb erforderlichen Inventarstücke, namentlich Locomotiven, Transportwagen etc., wofür der Staat, wenn er solche ablösen will, eine besondere, nöthigenfalls schiedsrichterlich festzusetzende Vergütung zu leisten hat.“

„Eine Ablösung des Eigenthums der Bahn und ihrer Zubehörenden gegen Vergütung von Seite des K. Staats-Aerars kann auch vor Erlöschung der Eisenbahnconcession eintreten, jedoch nur auf dem Grunde eines freien Uebereinkommens, es sei denn, dass bei Ertheilung der Bewilligung zum Baue und zum Betriebe der Bahn anderweitige Bestimmungen hierüber getroffen worden sind, in welchem Falle die Ablösung nach diesen Bestimmungen stattzufinden hat.“

§. 10. Zfr. 8. „Die Benützung der Eisenbahn von Seiten der Post bleibt bei allen Fahrten vorbehalten; die Brief- und Zeitungspakete, die officiellen Fahrpostsendungen, sowie die begleitenden Beamten, Conducteure u. dergl. finden unentgeltliche Beförderung.“

Zfr. 9. „Der Unternehmer ist verpflichtet, nach dem Verlangen der Militärverwaltung zu jeder Zeit Truppenabtheilungen in jeder Stärke, Pferde, Kriegsmaterial und Militäreffecten, sowie einzelne marschirende, namentlich die vom Urlaub einrückenden und in Urlaub abgehenden Unterofficiere und Soldaten, wenn sie sich durch Urlaubspässe oder sonst legal ausweisen, zu jenen Tarifsätzen zu befördern, welche für diese Transporte auf den Staatsbahnen bezahlt werden. Nöthigenfalls sind für solche Transporte ausserordentliche Fahrten einzurichten.“

„Die Uebernahme des Transportes der Truppen- oder Militärbedürfnisse anderer Staaten setzt jedoch die Bewilligung der bayerischen Regierung voraus.“

„Die bei solchen Transporten einem auswärtigen Staate etwa eingeräumte Tarifiermässigung oder sonstige Begünstigung kommt von selbst auch dem bayerischen Staat zu Gut.“

¹⁾ Regierungsblatt von 1855, S. 653.

§. 40.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld.

Die Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern datirt vom 26. Mai 1818¹⁾. Derselben sind mehrere königl. Edicte als integrierende Theile (sogenannte Verfassungsbeilagen) beigegeben; auch gelten als Grundgesetze noch das Familienstatut vom 5. Aug. 1819, der Vertrag zu Pavia von 1319, die „Einigung“ von 1507, kraft welcher nur eine Regierung bestehen soll und das Gesetz von 1573, welches das Recht der Erstgeburt festsetzt.

Nach diesen Grundgesetzen zählt Bayern zu den beschränkt monarchischen Staaten und bildet ein unzertrennliches, unveräusserliches Ganzes. Als Organ und Vertretung des Volks besteht die Ständeversammlung, welche zwei Kammern, jene der Reichsräthe und jene der Abgeordneten, umfasst.

Ohne Beirath und Zustimmung der Ständeversammlung kann kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Person oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betrifft, erlassen, noch ein schon bestehendes abgeändert, authentisch erklärt oder aufgehoben werden.

Von den Finanzen handelt Titel VII der Verfassungsurkunde, und speciell von der Verwaltung und Behandlung der Staatsschuld die §§. 11 bis 16 dieses Titels, wie folgt:

§. 11. „Die gesammte Staatsschuld wird unter die Gewährleistung der Stände gestellt.“

„Zu jeder neuen Staatsschuld, wodurch die zur Zeit bestehende Schuldenmasse im Capitalbetrage oder der jährlichen Verzinsung vergrössert wird, ist die Zustimmung der Stände des Reichs erforderlich.“

§. 12. „Eine solche Vermehrung der Staatsschulden hat nur für jene dringenden und ausserordentlichen Staatsbedürfnisse statt, welche weder durch die ordentlichen, noch durch die ausserordentlichen Beiträge der Unterthanen, ohne deren zu grosse Belastung, bestritten werden können, und die zum wahren Nutzen des Landes gereichen.“

§. 13. „Den Ständen wird der Schuldentilgungsplan vorgelegt, und ohne ihre Zustimmung kann an dem von ihnen angenommenen Plane keine Abänderung getroffen, noch ein zur Schuldentilgung bestimmtes Gefäll zu irgend einem andern Zwecke verwendet werden.“

§. 14. „Jede der beiden Kammern hat aus ihrer Mitte einen Commissär zu ernennen, welche gemeinschaftlich bei der Schuldentilgungscommission von allen ihren Verhandlungen genaue Kenntniss zu nehmen und auf die Einhaltung der festgesetzten Normen zu wachen haben.“

§. 15. „In ausserordentlichen Fällen, wo drohende äussere Gefahren die Aufnahme von Capitalien dringend erfordern, und die Einberufung der Stände durch äussere Verhältnisse unmöglich gemacht wird, soll diesen Commissären die Befugniss zustehen, zu diesem Anlehen im Namen der Stände vorläufig ihre Zustimmung zu ertheilen.“

„Sobald die Einberufung der Stände möglich wird, ist ihnen die ganze Verhandlung über diese Capitalaufnahme vorzulegen, um in das Staatsschuldenverzeichniss eingetragen zu werden.“

§. 16. „Den Ständen wird bei jeder Versammlung die genaue Nachweisung des Standes der Staatsschuldentilgungscasse vorgelegt werden.“

¹⁾ Promulgirt im Gesetzbl. vom 6. Juni 1818, S. 101 ff.

Die zehnte Verfassungsbeilage, ¹⁾ Abschnitt III, ergänzt diese Bestimmungen dahin:

§. 25. „Jede der beiden Kammern erwählt gleich nach ihrer Constituirung aus ihrer Mitte fünf besondere Ausschüsse, und zwar

- 1) für Gegenstände der Gesetzgebung;
- 2) für die Steuern;
- 3) für die übrigen an die Kammer gelangenden Gegenstände der inneren Reichsverwaltung;
- 4) für die Staatsschuldentilgung; ²⁾
- 5) für die Untersuchung der vorkommenden Beschwerden über die Verletzung der Staatsverfassung.“

§. 38. „Der für die Staatsschuldentilgung angeordnete Ausschuss hat den Tilgungsplan, welcher den Kammern vorgelegt werden wird, zu prüfen, sowie bei jeder nächstfolgenden Versammlung die seitherige Ausführung und Befolgung desselben zu untersuchen, und das Resultat den Kammern vorzulegen.“

§. 39. „Damit der in der ständischen Versammlung genehmigte Tilgungsplan genau eingehalten werde, ist derselben Titel VII §. 14 das Recht eingeräumt, zwei Mitglieder zu ernennen, welche auch nach Beendigung ihrer Sitzungen fortwährend von allen Verhandlungen der angeordneten Schuldentilgungs-Commission genaue Kenntniss zu nehmen und für die Befolgung der in der letzten Versammlung getroffenen Bestimmungen zu wachen haben. Diesen Mitgliedern sollen daher alle 10 Tage die sämmtlichen Verhandlungen der Commission, die Journale und Hauptbücher zur Einsicht vorgelegt werden, und sie sind befugt, im Falle die Commission ihren gegründeten Bemerkungen gegen allenfallsige Ueberschreitungen der Befugnisse oder Nichtbefolgung des genehmigten Tilgungsplans unbeachtet lassen würde, dem Könige die gebührende Vorstellung zu übergeben, und bei der künftigen ständischen Versammlung ihre pflichtmässige Anzeige zu machen.

Das Gesetz vom 25. Juli 1850 ³⁾, den Geschäftsgang des Landtags betreffend, bestätigt im Allgemeinen alle diese Einrichtungen und fügt in formeller Beziehung noch bei, dass die Kammern sogleich nach ihrer Constituirung die Wahl der Commissäre und ihrer Stellvertreter vorzunehmen haben und dass diese Commissäre auch nach Abfluss der Wahlperiode und selbst im Falle der Auflösung der Kammern bis zur Ernennung von Nachfolgern ihre Functionen fortzusetzen haben.

Man entnimmt aus diesen Grundbestimmungen, dass die Verwaltung der bayerischen Staatsschuld wesentlich in den Händen der Regierung sich befindet. Die eigentliche Verwaltungsbehörde, die Staatsschuldentilgungscommission, ist eine reine Regierungsbehörde, deren Mitglieder vom Könige, selbst ohne Vorschlagsrecht der Stände, ernannt werden. Der Ständeversammlung steht nur ein mittelbares Einwirkungsrecht durch ihre Commissäre, beziehungsweise den zweiten Ausschuss zu; auch können sie nur Einsprache gegen etwaige Nichteinhaltung des Tilgungsplanes und gegen solche Veränderungen erheben, welche die Last der Staatsschuld vermehren. Hierin liegt übrigens genügende Sicherheit gegen eine einseitige Steigerung der Schuld und geheime Manipu-

¹⁾ Edict über die Ständeversammlung vom 26. Mai 1818, Gesetzbl. S. 349.

²⁾ Nach der neuen Geschäftsordnung des Landtags sind die Ausschüsse anders constituirte und es sind nun dem zweiten Ausschusse die Gegenstände der Finanzen und Staatsschulden zugetheilt.

³⁾ Gesetzblatt von 1850, S. 313.

lationen zum Nachtheile des Staatscredits sind durch die permanente Aufsicht der ständischen Commissäre und durch die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen unmöglich gemacht.

Was die innere Organisation der Schuldenverwaltungsbehörden betrifft, so führt das Staatsministerium der Finanzen nicht nur die Oberaufsicht, sondern leitet auch den Gang der Geschäfte im grossen Ganzen. Diesem unterstehen: die Staatsschuldentilgungscommission, eingesetzt mit umfassenden Befugnissen durch Verordnung vom 20. Aug. 1811¹⁾ seit Einführung der Verfassung aber in die Stellung einer geschäftsführenden Central-Vollzugsbehörde zurückgetreten und der oberste Rechnungshof, welcher über die richtige Einlieferung der zur Schuldentilgung und Verzinsung bestimmten Gefälle zu wachen hat. Der Tilgungscommission sind untergeordnet: die Schuldentilgungshauptcasse, das Zahlamt der Pensionsamortisationscasse,²⁾ die Eisenbahnbaudotationscasse,³⁾ die Grundrentenablösungscasse,⁴⁾ sämmtlich zu München, die Universal-Staatsschuldentilgungs-Anstalt bildend und sechs Staatsschulden-Specialcassen in den Kreisen dieses des Rheins (zu München, Bamberg, Augsburg, Regensburg, Nürnberg und Würzburg). Die Rechnungscontrole wird von den gewöhnlichen Controlbehörden geübt.

§. 41.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Die Grösse der jährlich an der bayerischen Staatsschuld abzutragenden Quote ist im Allgemeinen auf $\frac{2}{3}\%$ der ursprünglichen Schuldsumme festgesetzt. Diess geschah für die „alte Schuld“ durch das mehrfach allegirte Gesetz vom 28. Dec. 1831,⁵⁾ wobei der damals bestandene höchste Schuldbetrag zu Grunde gelegt und der jährliche Tilgungsfonds in einer runden Summe von 878,000 fl. ausgedrückt wurde, was zu $\frac{2}{3}\%$ einer Schuldsumme von 131,700,000 fl. entsprach. Da die alte Schuld sich später noch um Einiges steigerte, ist die Jahrestilgungsquote in den neueren Finanzgesetzen auf die Summe von 880,000 fl. erhöht worden, entsprechend einem Capitalbetrag von 132,000,000 fl. (höchster Stand seit 1831).

Diese Festsetzungen gelten ohne Ausnahme für die ganze rückzahlbare alte Schuld.⁶⁾ Die neue allgemeine Staatsschuld wird abgesondert behandelt. Als Regel gilt auch bei ihr ein Tilgungsfonds von jährlich $\frac{2}{3}\%$, jedoch machen diejenigen Anlehen eine Ausnahme, welche seit 1848 zur Deckung allgemeiner Staatsbedürfnisse aufgenommen, beziehungsweise an die Stelle der 3 Subscriptionsanlehen getreten und auf die Staatsgefälle versichert worden sind, in so ferne dieselben aus den eingehenden Ablösungsschillingen

¹⁾ Regierungsbl. von 1811, S. 1063 ff.

²⁾ Errichtet durch Gesetz vom 11. Sept. 1825, Gesetzbl. S. 202.

³⁾ Eingesetzt in Folge Gesetzes vom 25. Aug. 1843, Gesetzbl. S. 89.

⁴⁾ Constituit gemäss Gesetzes vom 4. Juni 1848, Gesetzbl. S. 97. Vergl. Bekanntmachung vom 7. April 1849, Regierungsbl. S. 300.

⁵⁾ §. 3, lit. b; Gesetzbl. S. 226.

⁶⁾ In der Wirklichkeit beträgt die Tilgung an der alten Schuld weit mehr als $\frac{2}{3}\%$; so z. B. 18^{65/66}: 2,104,526; 18^{66/67}: 2,238,732 fl.; 18^{67/68}: 2,082,515 fl. Da ihr nämlich der ganze Malzaufschlag zugewiesen ist und alle Ersparnisse an Zinsen dem Tilgungsfonds zuwachsen; da ferner der Ertrag des Malzaufschlags im steten Steigen begriffen ist, so erübrigen zur Tilgung immer mehr als die etatsmässigen 880,000 fl.

der grund-, zins- und zehentherrlichen Gefälle des Staats und nach Maassgabe der hiedurch zur Verfügung stehenden Mittel abgelöst werden sollen. Der grössere Theil derselben ist bereits getilgt und es besteht von dieser Schuld-kategorie nur noch das „neue allgemeine Anlehen von 1857“. Die ebenfalls zur neuen Schuld gehörigen „Militäranlehen“ von 1855 und 1859 unterliegen dagegen den für die alte Schuld bestehenden Tilgungsnormen.

Auch für die dritte Abtheilung der Staatspassiven, die Eisenbahnschuld, ist durch Gesetz vom 23. Mai 1846 ein jährlicher Tilgungsfonds von $\frac{2}{3}\%$ der jeweiligen Anlehensgrösse ausgesetzt worden, welchen alle späteren Eisenbahn-creditgesetze ausdrücklich bestätigt haben. Sämmtliche Eisenbahnanlehen werden hienach ohne Ausnahme behandelt.

Die als vierte Abtheilung aufgeführte Ablösungsschuld schöpft ihre Tilgungsmittel aus den an den Staat übergegangenen Grundrenten der vormaligen Gefällberechtigten und richtet sich deren Tilgungsquote nach der jeweiligen Einnahmsgrösse aus diesem Titel, welche desshalb sehr verschieden sein kann, weil die Zahlungspflichtigen das Recht haben, ihre ganze Schuldigkeit auf Ein Mal abzutragen, oder aber nur eine Annuität, oder nur den Zins aus den constituirten „Bodenzinscapitalien“ zu entrichten.

Was die Mittel zur Tilgung und die Quellen, aus welchen dieselben fliessen, betrifft, so lassen wir hierüber das neueste Finanzgesetz ¹⁾ am besten für sich sprechen. Dasselbe lautet:

§. 5. „Zur Deckung des Bedarfs der Staatsschuldentilgungsanstalt werden bestimmt, und zwar:

„1) für die alte Schuld: a) Zinscasse: aa) der schon von jeher dieser Anstalt überlassene Malzaufschlag mit der auf 5,700,000 fl. veranschlagten Reineinnahme;“

„bb) eine Dotationsmehrung wegen Entschädigungsleistung für die eingelösten Gerichtsbarkeiten durch einen nach Art. 15 des Gesetzes vom 28. Dec. 1831 aus den Taxgefällen zu schöpfenden und auf jährliche 100,000 fl. veranschlagten Zuschuss der Staatcasse.“

„b) Tilgungscasse: der für die alte Schuld, ausschliesslich der Sparcasse-Capitalien bestimmte Tilgungsfonds von $\frac{2}{3}\%$ in der bisherigen Aversalsumme von jährlichen 880,000 fl., welcher, in so weit er nicht aus dem Ueberschusse der Zinscasse gedeckt ist, durch Zuschüsse der Centralstaatscasse aus den schon in den Gesetzen vom 11. Sept. 1825 und 28. Dec. 1831 bestimmten Gefällen (Stempel-, Lotto-Gefällen etc.) ergänzt werden soll.“

„2) Für die neue Schuld: Wegen der Verzinsung des durch das Gesetz vom 22. Mai 1850 für ausserordentliche Bedürfnisse der Armee bewilligten III. Subscriptionsanlehens, dann des durch das Finanzgesetz vom 25. Juli 1850, §. 16, lit. f. genehmigten Credites, resp. der aus dessen Realisirung und der Umwandlung des I. Subscriptionsanlehens-Restes in Gemässheit des Vollzugsgesetzes vom 31. März 1852 hervorgegangenen, sowie der in Folge des Gesetzes vom 16. März 1855, den Vollzug der Schlussbestimmung in Art. 1 des Gesetzes über die Aufnahme des II. freiwilligen Subscriptionsanlehens vom 23. Dec. 1849 u. a. betreffend, und auf Grund der Gesetze vom 15. Janr. 1854 über die Aufbringung der Mittel zur Bewilligung momentaner Unterstützungen für gering besoldete Bedienstete, und vom 22. Febr. 1855 über die Deckung der bei der Kriegscasse bestehenden Zahlungs-

¹⁾ Finanzgesetz für die VII. Finanzperiode 1856/57, Gesetzbl. von 1855—56, S. 411.

rückstände und über einen Credit für ausserordentliche Bedürfnisse der Armee noch weiter entstandenen neuen Anlehen ein Zuschuss von der Centralstaatscasse in dem veranschlagten jährlichen Bedarf von 1,239,000 fl.

Unter der vorstehenden Bedarfs- und resp. Zuschusssumme mit 1,239,000 fl. ist auch das Erforderniss zur Tilgung nach $\frac{2}{3}\%$ des Capitalienbetrags für das aus dem Gesetze vom 22. Febr. 1855 entstandene neue Militäranlehen schon begriffen; die Tilgung und resp. Heimzahlung der Anlehen aus den weiter allegirten Gesetzen vom 25. Juli 1850 und 31. März 1852, vom 15. Janr. 1854, dann 16. März 1855 geschieht fortan in Gemässheit der Art. 3 und 4 des eben gedachten Gesetzes vom 31. März 1852 aus den anfallenden Ablösungsschillingen der grund-, zins- und zehentherlichen Gefälle des Staats.“

„3) Für die Pensions-Amortisationscasse: Vom 1. Oct. 1855 an die Jahressumme von 1,029,000 fl., welche nach den Bestimmungen der Gesetze vom 11. Sept. 1825 und 28. Dec. 1831 aus den daselbst genannten (Zoll- etc.) Gefällen erhoben und nöthigenfalls aus der Centralstaatscasse ergänzt werden etc.“¹⁾

„4) Für die Eisenbahnbau-Dotationscasse: a) der dieser Casse bereits durch frühere Gesetze, zumal das Finanzgesetz vom 28. Mai 1852, §. 5, Ziff. 4 zugewiesene Nettoertrag der Bahnrente im voranschlägigen Jahresbetrag von 3 Mill. Gulden, aus welchem vorerst die Verzinsung und gesetzliche Tilgung aller (nach dem Gesetze vom 25. Aug. 1843, 23. Mai 1846, 4. Mai 1851, 26. Dec. 1851 und 19. März 1856) für den Eisenbahnbau aufgenommenen und noch aufzunehmenden Anlehen, mit Ausnahme des nach den Gesetzen vom 7. Mai 1852 und 19. März 1856 für die im Bau begriffene Bahnstrecke von München über Rosenheim nach Kuffstein realisirten Credits von 10,630,000 fl. zu bestreiten sind.“

„b) Für den durch obige Bahnrente nicht gedeckten Mehrbedarf ein Zuschuss von der kgl. Centralstaatscasse mit dem veranschlagten Jahresbetrage von 633,500 fl.“

„c) Die bis zur Vollendung und Eröffnung der Eisenbahn von München nach Kuffstein zur Verzinsung des Baucapitals für diese Bahn ad 10,630,000 fl. erforderlichen Mittel ist das kgl. Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, durch eine entsprechende Erhöhung des in dem Dotationsgesetze vom 19. März 1856 gewährten Credits zu beschaffen.“

„5) Für die Grundrenten-Ablösungscasse: Dieselbe erhält die in den nachbemerkten Beträgen veranschlagten Zuschüsse, als:

¹⁾ Die von Bayern auf den erworbenen Landestheilen mit übernommene Pensionslast, für welche insbesondere die Pensionsamortisationscasse gegründet wurde, war eine ganz enorme. Die Gesetze vom 11. Sept. 1825 und 28. Dec. 1831 allein überwiesen letzterer eine Summe von 5,584,862 fl. Spätere Gesetze fügten noch weitere Beträge hinzu; so auch das hier in Frage stehende neueste Finanzgesetz 22,963 fl. von der Steuercataster-Commission, 400,000 fl. ältere Militärpensionen und 4,296 fl. von der Universität Würzburg. Von jenen 5,584,862 fl. bestanden am 1. Oct. 1855 noch 670,000 fl. und waren daher erloschen 4,914,862 fl. Die ganze Einrichtung einer Pensionsamortisationscasse als Abtheilung der Staatsschuldentilgungsanstalt ist eine eigenthümliche und hat die Folge, dass einerseits die Budgetziffer für die Staatsschuld viel höher, die Etats der Ministerien aber niedriger erscheinen, als sie in Wahrheit sind. Bei Vergleichen mit andern Staaten, welche diese Einrichtung nicht haben, muss auf jenen Umstand Rücksicht genommen werden.

a) für die Zinsleistung zum Vollzuge des Gesetzes vom 4. Juni 1848	901,800 fl.
b) für Verwaltungs- und Erhebungskosten	116,000 „
zusammen mit jährlichen	1,017,000 fl.
aus der kgl. Centralstaatscasse. ⁴	

Anlangend ferner den Tilgungsmodus, so schreibt schon die Verordnung vom 17. Nov. 1811, §. XIII,¹⁾ den Weg der Verloosung vor, welcher seitdem unverändert beibehalten worden ist. Die Zahlung der durch das Loos bezeichneten Obligationen geschieht durchweg al pari und findet ein Rückkauf auf der Börse niemals statt. Dagegen ist durch die Gesetze mehrfach die Einräumung gemacht, dass Staatsobligationen an Zahlungsstatt gegeben werden können. So dürfen die Ablösungscapitalien für Staatsgefälle, wenn der Ablösungsbetrag 400 fl. erreicht, zum vierten Theil mit $3\frac{1}{2}$ proc. oder arrosirt 4proc. älteren Staatsschuldscheinen; ebenso die Abfindungscapitalien für Lehenbodenzinse zur Hälfte mit Obligationen der alten Schuld, einschliesslich der 2proc., berichtet, ferner bei Ablösungen von Staatsgrundrenten die Obligationen des „neuen Anlehens von 1855“ und des „neuen allgemeinen Anlehens von 1857“ im Betrag von 100 fl. und darüber unbedingt und endlich bei Abzahlungen von Ablösungscapitalien an die Grundrentencasse Obligationen der letzteren ebenso unbedingt statt baaren Geldes erlegt werden.²⁾ Die Art der Bezeichnung der bayerischen Staatsschuldverschreibungen und ebenso die Verloosungsweise ist aber eine eigenthümliche und schwer verständliche. Die älteren Obligationen (bis 1855) tragen nämlich zwei Nummern, eine schwarz geschriebene Cassen-Catasternummer und eine roth geschriebene Commissions-Catasternummer. Sie lauten auf Beträge von 100, 500 und 1000 fl.; je 1000 fl. bilden eine Serie mit der gleichen Commissions-Catasternummer. Es kommt daher vor, dass 2 Obligationen à 500 fl. oder 10 Obligationen à 100 fl. dieselbe Commissions-Catasternummer tragen. Bei der Verloosung kommt nur die rothgeschriebene Nummer in Betracht, und es werden sogenannte Endnummern gezogen. In das Verloosungsrädel werden nämlich die arabischen Zahlen 1 bis 100 eingelegt und zwar in folgender Form: 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 09, 10, 11 u. s. f. bis 100. Die Ziehung einer dieser Zahlen gilt für alle Obligationen, deren Commissions-Catasternummer (roth geschrieben) mit der gezogenen Zahl endet; z. B. wenn 05 gezogen wird, so sind die Obligationen 5, 105, 205, 305, 405 u. s. w. verloost. Ist die betreffende Endnummer schon früher herausgekommen, so treten die nächstfolgenden Nummern an deren Stelle.³⁾ Die Verloosungsergebnisse werden stets im Regierungsblatte, dann in den Kreisamtsblättern, der Augsburger allgemeinen, der neuen Münchener Zeitung und im Nürnberger Correspondenten bekannt gemacht.

Seit 1855 ist man von diesem complicirten, leicht zu allerlei Irrungen Veranlassung gebenden Nummerirungssysteme abgegangen und bezeichnet nun die Titel der neueren Anlehen wie in anderen Staaten mit Buchstaben und fortlaufenden Nummern. Die Obligationen Lit. A. lauten auf 1000, Lit. B. auf 500 u. Lit. C. auf 100 fl.⁴⁾ Die Verloosung geschieht aber gleichwohl

¹⁾ Regierungsbl. von 1811, S. 1705.

²⁾ Gesetz vom 12. Mai 1848, Gesetzbl. S. 31; Lehenedict vom 7. Juli 1808, Regierungsbl. S. 1897; Gesetz vom 16. März 1855, Gesetzbl. S. 76.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 8. Aug. 1842, Regierungsbl. S. 893, für die alte mobilisirte Schuld. Für die neueren Anlehen sind je ähnliche Bestimmungen veröffentlicht worden.

⁴⁾ Vergl. z. B. Bekanntmachung vom 6. März 1855, Regierungsbl. S. 193 ff., das Militäranlehen von 1855 betreffend.

noch in der früheren Weise durch Ziehung sogen. Endnummern; nur machen dabei die neueren Eisenbahnanlehen zu 4, 4½ und 5%, ebenso das „neue Anlehen von 1852“ und die Grundrentenablösungsobligationen insofern eine Ausnahme, als bei diesen nicht nur einfache Endnummern, sondern auch Seriennummern gezogen werden. Je 1000 Commissionseataster-Nummern bilden hier eine Serie. Die erste Serie enthält also die Nummern 1—1000, die zweite 1001—2000, die dritte 2001—3000 u. s. f. Es wird nun die Seriennummer (I, II, III u. s. w.) und von jeder Serie nur Eine Endnummer gleichzeitig gezogen. Alle Obligationen, welche in der betreffenden Serie die gezogene Endnummer tragen, sind nun verloost; z. B. es wird Serie II. und die Endnummer 46 gezogen, so sind verloost die Nummern 1046, 1146, 1246, 1346 u. s. w. bis 1946.¹⁾

In Absicht auf die Verloosung und Tilgung der alten Schuld verordnet das Finanzgesetz vom 1. Juli 1856 (§. 5, lit. B., Abs. 2.)²⁾ dass aus den disponiblen Beständen der Tilgungscasse alljährlich wenigstens eine, wenn möglich aber zwei, durch das Loos zu ziehende Endziffern auf Inhaber und Namen heimbezahlt werden und diese Verloosung und Heimzahlung an einem bestimmten Tage stattfinden solle. Durch Bekanntmachung vom 8. April 1857³⁾ ist nun der Verloosungstermin auf 15. April und der Heimzahlungstermin auf 1. Juli jeden Jahres festgestellt worden. Am 15. April 1860⁴⁾ hat die XI. Verloosung der auf Inhaber und die IX. Verloosung der auf Namen ausgestellten 3½proc. und arrosirt 4proc. Schuldverschreibungen stattgefunden.

§. 42.

Sicherheitsobjecte für die bayerische Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

Im Königreiche Bayern besteht der naturgemässe Grundsatz zu Recht, dass die Staatsbedürfnisse vor Allem aus dem Ertrage des Staatseigenthums zu befriedigen und nur in so weit Steuern umzulegen seien, als jener Ertrag die nothwendigen Ausgaben nicht zu decken vermöge. Nicht minder sind die aus der Staatsschuld entspringenden Verbindlichkeiten als erstes Staatsbedürfniss anerkannt und das Budget führt das Erforderniss der Staatsschuld in erster Reihe, sogar vor dem Etat des Königl. Hauses und Hofes, auf. Daraus folgt, dass die Staatsschuld zunächst durch das unmittelbare Staatsvermögen ihre Deckung findet, obgleich zu ihrer Verzinsung und Tilgung andere Mittel angewiesen werden, was seinen Grund in dem ganz gerechtfertigten Umstande hat, dass für die Schuldentilgungsanstalt solche Einnahmequellen die empfehlenswerthesten sind, welche sicher und leicht flüssig gemacht werden können.

Sofern das Staatsgut nicht ausreichend wäre, käme als weiteres Sicherheitsobject der Staatsschuld die Steuerkraft des Landes in Betracht, da die Staatsschuld ausdrücklich als Last des ganzen Landes erklärt ist und unter Gewährleistung der Stände steht.⁵⁾

¹⁾ Vergl. die in den Beil. 7, 9 und 11 zum Frankfurter Börsencoursblatte von 1858 bekannt gemachten „instructiven Bemerkungen über die Verloosung der bayerischen Staatsschuld.“

²⁾ Gesetzbl. von 1855—56, S. 417.

³⁾ Regierungsbl. von 1857, S. 301.

⁴⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 16. April 1860, Regierungsbl. S. 404.

⁵⁾ Verf.-Urk. Titel VII, §. 11. Gesetz vom 22. Juli 1819, Gesetzbl. S. 243.

Anlangend zunächst das unmittelbare Staatsvermögen, so ist dasselbe in Bayern sehr bedeutend, und es ist zumal durch die Verfassung Titel III ¹⁾ im Wesentlichen für alle Zeiten als unveräußerliches Gut erklärt. In Folge der Ablösungsgesetzgebung von 1848 ist der Ertrag der umfangreichen Staats-Grund- und Zehentgefälle indessen namhaft geschmälert worden, da dieselben der Ablösung im 18fachen Betrage unterliegen. Auch gewähren viele Theile des Staatsguts eine höchst geringe, einige gar keine Reinertragsrente. ²⁾

Indem wir den Capitalwerth des Staatsvermögens auf Grundlage des neuesten Finanzhaushaltsetats annähernd vor Augen zu stellen suchen, haben wir diese Rentabilitätsverhältnisse mit in Rücksicht zu nehmen. Es betrug nach Beil. B. zum Finanzgesetze vom 1. Juli 1856: ³⁾

Aus dem Ertragsobjecte:	Der Reinertrag:	Der Capitalwerth berechnet sich daher	
	fl.	zu %	auf fl.
1) Staatsforsten, Jagden und Triften . .	3,500,000	3 1/2	100,000,000
2) Oeconomien und Gewerbe	291,815	2 1/2 ⁴⁾	11,672,600
3) Lehen-, grund-, gerichts-, zins- und zehentherrliche Gefälle	4,284,353	18fach	77,118,354
4) Zinsen aus Staats-Activecapitalien . .	61,244	4	1,531,100
5) Salinen	2,525,000	5 ⁵⁾	50,500,000
6) Bergwerke	180,000	2 ⁶⁾	9,000,000
7) Eisenbahnen	3,000,000	4 ⁷⁾	75,000,000
8) Post	300,000	4	7,500,000
9) Donaudampfschiffahrtsanstalt	100,000	5 ⁸⁾	2,000,000
10) Ludwigs-Donau-Maincanal	50,000	2 ⁹⁾	2,500,000
11) Telegraphenanstalt	30,000	5	600,000
12) Sonstige Staatsregalien	14,007	5	280,140
Summe	14,336,419	—	337,702,194
Davon ab die ausdrücklich auf die Staatsdomänen radicirte ¹⁰⁾ Civilliste des Königs mit verbleibt unbelastetes Staatsvermögen . .	2,350,580	4	58,764,500
	11,985,839	—	278,937,694

¹⁾ Gesetzbl. von 1818, S. 111 ff., §. 3. „Sämmtliche Bestandtheile des Staatsguts sind auf ewig unveräußerlich, vorbehaltlich der unten folgenden Modificationen.“

²⁾ So liefern z. B. die rechtsrheinischen Bergwerke lediglich kein Reineinkommen; ebenso wenig das Institut der Fohlenhöfe, obgleich dasselbe im Genusse von 19,369 Tagwerk Areal sich befindet. Der Donau-Main-Canal wirft ferner eine höchst geringe Rente ab.

³⁾ Gesetzbl. von 1855—56, S. 436 ff.

⁴⁾ Unter den Oeconomien sind die eben erwähnten ertragslosen Fohlenhöfe begriffen.

⁵⁾ Bei den Salinen wäre freilich, um ein richtiges Resultat zu erzielen, dasjenige auszuscheiden, was als Ertrag des Salzregals anzusehen ist. Hiezu fehlen aber die Anhaltspunkte.

⁶⁾ Wie bereits bemerkt, ertragen die rechtsrheinischen Bergwerke lediglich nichts. Dadurch wird sich der niedrige Zinssatz zur Capitalisirung rechtfertigen.

⁷⁾ Das in den Eisenbahnen angelegte Capital ist allerdings viel grösser. Es verzinst sich aber 18^{40/50} noch nicht zu 1, 18^{50/51} nicht zu 2, 18^{51/52} zu 2 1/2, 18^{54/55} zu 2,62, 18^{55/56} zu 3,63 %/o. Für 18^{56/57} soll die reine Rente 4,44, nach anderer Berechnung 4 %/o betragen. 18^{57/58} betrug übrigens der Reinertrag 4,001,695 fl.

⁸⁾ Der Aufwand für diese Anstalt betrug circa 2 1/4 Mill.

⁹⁾ Dieses finanziell ganz verunglückte Unternehmen kostete den Staat über 17 Mill. und ausserdem verloren die früheren Actionäre grosse Summen.

¹⁰⁾ Gesetz vom 1. Juli 1834, Gesetzbl. S. 25.

Dazu wären noch zu rechnen: das sogenannte Verlags- (Betriebs-) Capital der Staatsscasse mit 6,940,668 fl., die Ausstände und Materialvorräthe und namhafte Specialfonds, welche abgesonderte Rechnungen führen. (Am 1. Octbr. 1856 betrug der Fonds der Staatsgüter-Kaufschillinge 2,648,033 fl.; der Staatsgefällablösungsfonds 974,463 fl.; der Getreidemagazinsfonds 1,481,920 fl.; der Unterstützungsfonds für Staatsdiener 964,491 fl.; der Wittwen- und Waisenfonds für Staatsdiener 214,060 fl.; der Staats-Activecapitalienfonds 10,047,632 fl. etc.) Es erhellt aber schon aus vorstehender Berechnung, dass der Bestand des bayerischen Staatsguts den jetzigen Stand der Staatsschuld, abgesehen von der Ablösungsschuld, welcher besondere Deckungsmittel zur Verfügung stehen, mehr als hinlänglich sicher stellt. Auch die reine Rente des Staatseigenthums ist mehr als hinreichend, sowohl die Verzinsung als die gesetzliche Tilgung der allgemeinen und der Eisenbahnschuld zu bestreiten. Es erfordert nämlich nach dem neuesten Etat:

die alte Schuld zur Tilgung und Verzinsung	5,700,000 fl.
die Schuld für eingelöste Gerichtsbarkeiten	100,000 „
die neue Schuld zur Verzinsung und Tilgung	1,239,000 „
die Eisenbahnschuld dto. dto.	3,633,590 „
die Ablösungsschuld (Zuschuss zur Verzinsung und Verwaltung)	1,017,800 „
zusammen die Gesamtschuld	11,690,300 fl.
wogegen der Revenüenüberschuss des Staatsguts	11,985,839 „
beträgt.	

Uebrigens bleibt zu beachten, dass die bayerischen Gesetze den einzelnen Theilen der Schuld specielle Sicherheitsobjecte zuweisen; so der Eisenbahnschuld die Ertragsrente der Staatsbahnen; einen Theil der neueren Schuld die grund- und zehentherrlichen Staatsgefälle und dem anderen Theil derselben Schuldgattung die „allgemeinen Staatsfonds.“

Die subsidiär mithaftende Steuerkraft des Landes ist nicht minder geeignet, dem Staatsgläubiger Beruhigung zu gewähren, da Bayern zu den wohlhabendsten Ländern gehört.

Das Staatsgebiet umfasst 1387 Quadratmeilen und ist von circa 4,600,000 Menschen bewohnt.¹⁾ Es ist im Ganzen ein fruchtbares Land und producirt an gewöhnlichen Lebensbedürfnissen weit mehr, als zum Unterhalt seiner Bewohner nöthig. Die Bodenzerstückelung ist in den meisten rechtsrheinischen Provinzen gleich der relativen Bevölkerungsdichtigkeit eine geringe. Wenn dadurch die absolute Production vermindert werden mag, so ist es andererseits gewiss, dass auf diesem Wege dem Umsichgreifen des Pauperismus am wirksamsten begegnet wurde und nicht zweifelhaft dürfte es sein, dass ein Staat, dessen Bevölkerungskern mit entsprechendem Grundbesitze ausgestattet ist, gerade in Zeiten der Bedrängnisse die nachhaltigste Belastung ohne Gefahr für die Existenz seiner Bewohner zu ertragen vermag. Uebrigens ist die Vertheilung des Bodens selbst in den alten Provinzen nicht so ungleich, dass sie einer rationellen Cultur namhafte Hindernisse bereitete, wie auch erfreuliche Fortschritte in der Bodencultur nachweisbar sind. Von 22,424,185 bayer. Tagwerken des ganzen Staatsgebiets sind nur 1,287,513 Tagw. der Cultur entzogen (durch Gebäude, Strassen, Gewässer und Oedungen). Man rechnet einen Getreideertrag auf das gesammte Ackerland von 10—12 Mill. Scheffel jährlich.

¹⁾ Die Volkszählungen ergaben: 1818: 3,707,966; 1834: 4,246,778; 1846: 4,504,874; 1849: 4,520,751; 1852: 4,559,452; 1855: 4,541,556, und 1858: 4,615,748 (nach andern Angaben 4,621,279) Seelen.

Ebenso reich ist die Production an Futterkräutern, Brennmaterial (Holz), Eisen und Salz.¹⁾ Die bayerische Viehzucht ferner hat einen weit verbreiteten Ruf erlangt.²⁾ Nebendem wird auch auf dem Gebiete des Handels und des Gewerbelebens in manchen Theilen des Landes Erspriessliches geleistet und die alten Industriestädte (Augsburg, Nürnberg etc.) zumal suchen seit neuerer Zeit den verlorenen Rang unter den deutschen Hauptplätzen wieder zu gewinnen.³⁾ Die Handels-Bilanz fällt zum Vortheil des Landes aus, soferne der Werth der Einfuhr auf 35, der der Ausfuhr aber auf mindestens 36 Mill. Gulden veranschlagt wird. Bedeutende Anstrengungen sind zur Herstellung vervollkommener Verkehrsmittel gemacht worden, wie Eisenbahnen, Schifffahrtsanstalten, Telegraphen etc., und auch die früher vernachlässigten Landstrassen sind neuerdings Gegenstand ernstlicher Sorge und Vervollkommnung geworden.

So lässt sich mit Recht sagen, dass im Königreich Bayern die volkswirtschaftlichen Zustände auf gesunder Grundlage ruhen und stetige Fortschritte machen. Bleibt noch Manches zu bessern und zu vervollkommen, so fehlt es weder der jetzigen Regierung, noch dem Volke an gutem Willen und Fähigkeit. Bayerns Hülfquellen sind eben so ausreichend als nachhaltig. Wir werden im Folgenden sehen, in welchem Maasse sie bisher zu den Bedürfnissen des Staats in Anspruch genommen worden sind.

§. 43.

Finanzlage des bayerischen Staats.

Ueber den allgemeinen Gang des Staatshaushalts vom Beginne des gegenwärtigen Jahrhunderts bis in die neuere Zeit haben wir in unsern historischen Rückblicken (§. 37) die erforderlichen Andeutungen gegeben. Hier erübrigt daher nur, näher auf das Einzelne einzugehen und ziffermässige Belege beizubringen, welcher Aufgabe wir uns durch die beigeschlossene Tafel entledigen. Derselben haben wir jedoch einige Erläuterungen beizufügen.

- 1) Das Rechnungsjahr läuft in Bayern vom 1. Octbr. bis zum 30. Septbr. Eine Etatsperiode umfasst aber nach der Verfassung 6 Jahre, auf welche Zeit die Einnahmen und Ausgaben vorausbestimmt und verwilligt werden müssen. Es leuchtet von selbst ein, dass diese Periode viel zu lange ist, um den Staatshaushalt mit Sicherheit zu ordnen. Die Regierung hat daher von jeher den Grundsatz befolgt, die Einnahmen möglichst niedrig in Ansatz zu bringen, dagegen die Ausgaben reichlich zu exigiren. Deshalb ist
- 2) nicht zu übersehen, dass unsere Tabelle nicht die wirkliche jährliche Einnahme und Ausgabe, sondern dem Voranschlag, wie er durch die betreffenden Finanzgesetze festgestellt worden ist, wieder gibt. Dass die wirklichen Rechnungsergebnisse, namentlich in der III., IV. und V., dann auch in der VII. Finanzperiode bedeutende Ueberschüsse nachgewiesen, haben wir bereits erwähnt.
- 3) Ausserdem ist des Umstandes zu gedenken, dass in der Centralstaatsrechnung keineswegs der gesammte Aufwand erscheint, welcher ander-

¹⁾ Vergl. Brachelli, deutsche Staatenkunde, I. Band, S. 462 ff.

²⁾ Man zählte 1854: 347,930 Pferde, 2,635,568 Stück Rindvieh, 1,234,156 Stück Schafe etc.

³⁾ In ganz Bayern zählte man (1847) 31,051 Handlungen, 32,796 Fabriken, 144,244 Handwerksmeister etc.

Staatshaushalt Bayerns nach den aufgestellten Etats von 1819—1861. Einnahmen (netto).

Capitel.	§.	Bezeichnung der Einnahmsrubriken.	I. Finanzperiode 1819/20. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 22. Juli 1819.	II. Finanzperiode 1820/21. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 11. Sept. 1825.	III. Finanzperiode 1831/37. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 28. Dec. 1831.	IV. Finanzperiode 1837/43. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 1837.	V. Finanzperiode 1843/49. Jahreseinnahme nach Beil. XV zum Landtagsabschied vom 25. Aug. 1843.	VI. Finanzperiode, erste Abtheilung 1849/51. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 25. Juli 1850.	VI. Finanzperiode, zweite Abtheilung 1850/51. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 28. Mai 1852.	VII. Finanzperiode 1850/51. Jahreseinnahme nach Beil. B. zum Fin.-Ges. vom 1. Juli 1856.
I.	1—6	A. Einnahmen des laufenden Jahres.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
II.	1—4	Directe Staatsauflagen (Grund-, Haus-, Gefäll-, Gewerbe und Einkommenssteuer)	8,833,230	8,270,000	3,498,395	6,083,464	6,313,758	7,596,496	7,476,005	7,317,421
III.	1—4	Indirecte Staatsauflagen (Taxen, Stempel-, Aufschlaggefälle und Zölle, wozu wir abweichend von der amtlichen Aufstellung auch das Lottogefäll rechnen)	10,016,489	10,800,000	10,498,029	11,921,985	13,602,176	14,585,270	16,064,400	17,210,000
		Staats-Regalien und Anstalten:						ausschl. d. aufgehob. Lotto.		
	1	Salinen und Bergwerke	1,811,000	1,916,000	2,288,021	2,184,026	2,312,335	2,400,000	2,506,850	2,705,000
	2	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	800,000	1,130,000	3,000,000
	3	Post	344,000	352,000	380,000	418,403	450,048	417,482	300,000	300,000
	4—5	Donauschiffahrt und Donau-Maincanal	—	—	—	—	—	1,065	51,453	150,000
	6	Gesetz- und Regierungsblatt	39,000	20,000	25,000	19,823	14,564	16,000	16,000	13,880
	8	Telegraphenanstalt	—	—	—	—	—	—	—	30,000
	—	Münze	8,000	—	—	—	—	—	—	—
	9	Uebrige Staatsregalien	200,000	—	18,076	18,498	16,291	20,373	20,181	14,007
IV.		Staatsdomänen:								
	1	Aus Staatsforsten, Jagden und Triften	2,044,000	2,044,000	1,822,000	2,247,530	3,265,171	2,600,000	2,900,000	3,500,000
	2	Aus Oeconomien und Gewerben	600,301	412,300	320,078	338,039	250,097	227,342	261,559	291,815
	3	Lehen-, grund-, gericht-, zins- und zehentherrliche Gefälle	5,890,290	4,800,000	4,886,442	5,103,955	4,840,799	4,441,744	4,412,165	4,284,353
	4	Einnahmen an Zinsen aus Staats-Activcapitalien	—	311,200	473,567	411,168	420,556	193,798	98,562	61,244
V.	1—7	Besondere Abgaben und sonstige Einnahmen	278,827	186,760	273,658	276,147	250,612	350,229	348,510	419,595
		Summe zu A: laufende Einnahmen	30,065,137	29,112,260	24,483,266	29,023,038	31,736,407	33,649,799	35,585,685	39,297,315
		B. Einnahmen aus dem Bestand der Vorjahre	500,000	—	391,000	300,000	300,000	300,000	400,000	300,000
		C. Ausserordentliche Steuerzuschläge	561,674	—	—	—	—	—	1,605,405	1,799,547
		Gesamt-Staats-Einnahme	31,126,811	29,112,260	24,874,266	29,323,038	32,036,407	33,949,799	37,591,090	41,396,862

Ausgaben (netto).

Cap.	§.	Bezeichnung der Ausgabrubriken.	I. Finanzperiode 1819/20.	II. Finanzper. 1820/31.	III. Finanzper. 1831/37.	IV. Finanzper. 1837/43.	V. Finanzper. 1843/49.	VI. Finanzper. a) 1849/51.	VI. Finanzper. b) 1851/55.	VII. Finanzper. 1855/61.
			Jahresdurchschnitts - Ausgabe nach Beil. A. zu den in der Einnahme allegirten Finanzgesetzen.							
I.		Staatsschuld (einschliesslich der Pensionsamortisationscasse)	7,366,987	8,355,000	8,100,668	8,746,294	8,746,294	9,966,000	9,810,000	12,719,300
II.		Etat des kgl. Hauses und Hofes (Civilliste 2,350,580 fl.)	2,745,000	3,005,000	3,000,000	3,188,000	3,204,957	2,953,408	2,950,408	2,982,272
III.		Etat des Staatsraths	78,400	78,000	60,000	72,000	72,000	93,424	93,246	72,963
IV.		„ des Landtags und des Landtagsarchivs	—	50,000	50,000	46,500	46,500	400,000	60,000	59,000
V.		Ministerium des kgl. Hauses und des Aeussern	642,200	534,000	480,000	480,000	480,000	213,421	435,321	460,000
VI.		Justizministerium (1855/61 für die Gerichtsorganisation 566,772 fl.)	1,794,000	1,708,000	245,925	1,158,944	389,789	1,305,990	1,487,570	2,145,510
VII.		A. Ministerium des Innern	1,320,400	1,240,000	704,900	756,460	888,638	1,031,923	1,021,228	984,195
VII.		B. „ „ für Kirchen und Schulangelegenheiten (Centralkosten)	—	—	—	—	—	43,077	70,809	90,030
VIII.		Gemeinschaftlicher Etat der Ministerien für Justiz und des Innern (Landgerichte)	—	—	96,942	1,269,966	57,902	1,565,992	1,550,554	1,581,036
IX.		Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten (Centralkosten)	—	—	—	—	—	94,777	125,377	225,563
X.		Finanzministerium (Centralkosten)	971,300	961,000	772,000	770,000	755,780	774,678	775,178	815,860
XI.		Etat der Staatsanstalten:								
	1	Erziehung und Bildung	692,000	755,000	311,700	1,070,733	317,455	736,765	792,867	900,653
	2	Cultus	1,195,000	1,251,000	1,346,617	1,355,217	1,407,928	1,542,262	1,561,916	1,570,710
	3	Gesundheit	182,000	152,000	22,086	184,504	29,419	206,202	210,144	234,455
	4	Wohlthätigkeit	125,700	118,850	162,312	209,812	163,809	197,265	204,271	209,440
	5	Sicherheit	223,700	160,000	484,000	484,150	488,452	720,031	797,531	1,407,203
	6	Industrie und Cultur	108,200	66,000	143,591	191,191	129,000	171,434	297,699	324,393
	7	Strassen-, Brücken- und Wasserbau	1,200,000	1,272,000	611,421	1,688,640	614,593	1,743,983	2,223,718	2,563,430
	8	Besondere Leistungen des Staats-Aerars an die Gemeinden	—	115,150	109,000	109,000	114,691	98,003	98,847	99,052
	9	Steuercataster	238,600	238,600	—	600,000	600,000	—	481,250	375,000
	10	Münzanstalt	—	—	—	—	13,600	10,350	10,350	11,242
	11	Telegraphenanstalt	—	—	—	—	—	—	40,000	—
	12	Feuerversicherungsanstalt	—	—	—	—	—	—	—	48,000
	13	Glasmalerei und Porzellanmanufactur in Nymphenburg	—	—	—	—	—	—	4,000	7,500
	14	Zur Disposition für Staatsanstalten (1855/61 Gehaltsaufbesserungen)	—	100,000	—	—	—	—	—	17,717
XII.		Zuschüsse an die Kreisfonds	—	—	801,150	—	3,920,845	345,495	471,941	486,045
XIII.		Militäretat (mit Gensdarmerie und topographischem Bureau)	8,248,209	7,290,000	6,255,976	6,794,976	7,319,976	8,542,000	10,042,000	9,075,900
XIV.		Landbau-Etat	845,000	845,000	495,153	531,440	126,065	350,000	616,665	629,393
XV.		Wittwen- und Waisen-Pensionen (1819/21 Civilpensionen überhaupt)	1,436,500	72,000	170,000	276,000	448,714	571,180	558,200	626,000
XVI.		Reservefonds (und 1819/25 Nachlässe und Passivreichnisse)	1,604,400	—	—	—	500,000	—	700,000	575,000
XVII.		Eisenbahnen (incl. Zinszuschüsse wegen übernommener Staatsgarantien)	—	—	—	—	1,200,000	—	—	100,000
		Gesamtsumme der Ausgaben des ordentlichen Budgets	31,017,596	28,366,600	24,423,441	29,983,827	32,036,407	33,675,960	37,591,090	41,396,862
		Ausserordentliches Budget	—	—	—	—	—	4,975,514	—	—
		Summe sämtlicher Staatsausgaben (Voranschlag)	31,017,596	28,366,600	24,423,441	29,983,827	32,036,407	38,651,474	37,591,090	41,396,862
		Gesamt-Staats-Einnahme	31,126,811	29,112,260	24,874,266	29,323,038	32,036,407	33,949,799	37,591,090	41,396,862
		Ueberschuss	109,215	745,660	450,825	—	—	—	—	—
		Deficit	—	—	—	660,789	—	4,701,675	—	—

würts in das Staats-Budget einbegriffen wird. Es bestehen vielmehr noch abgesonderte Staatsfonds, deren Einnahmen und Leistungen in eigenen Rechnungen Darstellung finden. Ausserdem hat eine Theilung des öffentlichen Aufwands zwischen dem Staatscentral- und den sogenannten Kreisfonds stattgefunden. Das Finanzgesetz vom 28. Decbr. 1831 ¹⁾ überwies den Kreisen vom gesammten Budgetbetrag:

an Ausgaben die Summe von	3,602,260 fl.
„ Einnahmen „ „ „	2,636,869 „
somit eine Mehrausgabe „	965,391 fl.

worin denn auch die Ermässigung der Etatsendziffer in der III. Finanzperiode ihren Grund hat. Spätere Finanzgesetze und insbesondere das Gesetz vom 23. Mai 1846, die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betreffend, ²⁾ haben zwar die Leistungen der Kreise nach Zahl und Summe beträchtlich vermindert, immerhin sind dieselben aber auch jetzt noch von Bedeutung und müssen bei Beurtheilung der Finanzlage und Steuerbelastung in Rücksicht gezogen werden. Nach den bezüglichen Landrathsabschieden ³⁾ betrugen die Kreisumlagen für 18^{50/60}: in Oberbayern 10^{1/4}%, in der Oberpfalz 8^{1/2}%, in der Pfalz 51%, in Oberfranken 10^{5/6}%, in Mittelfranken 10%, in Niederbayern 9^{1/6}%, in Unterfranken und Aschaffenburg 10^{3/4} und in Schwaben und Neuburg 10% der Staatssteuerprincipalsumme. Dagegen sind in Bayern die Gemeindelasten, wenigstens auf dem platten Lande, geringer als z. B. im benachbarten Württemberg.

- 4) Die bayerischen Staats-Einnahmen in specie betreffend, zeigt unsere Zusammenstellung eine namhafte Zunahme der indirecten Auflagen, ein Beweis der fortschreitenden volkswirtschaftlichen Entwicklung, und zwar diess um so mehr, als die Menge der indirecten Steuergattungen nicht vermehrt, sondern vermindert wurde. Nur Eine Einnahmequelle findet sich darunter, welche vor dem Forum gesunder Volkswirtschaft nicht bestehen kann: das genesische Zahlenlotto. Der amtliche Etat führt dasselbe unter den „Staatsanstalten“ auf. Wir haben es unter die indirecten Auflagen übertragen, wo es auch in andern Staaten (Oesterreich, Preussen etc.) figurirt. Im Jahre 1849 wurde es in Bayern gesetzlich aufgehoben, jedoch factisch alsbald wieder eingeführt, um den damals bedrängten Finanzen aufzuhelfen. Nach dem letzten Finanzgesetz soll es mit der VII. Finanzperiode definitiv aufhören; wir bezweifeln indessen, dass dieser löbliche Entschluss verwirklicht werden werde. Die Erträgnisse des Lotto sind sehr namhaft (z. B. 18^{53/54} 2,166,601 fl., ^{54/55} 2,670,045 fl., ^{55/57} 2,050,510 fl.) und so lange die ausserordentlichen Steuerzuschläge nicht entbehrt werden können, wird wohl die Aufhebung des Lotto frommer Wunsch bleiben.

Von den directen Steuern, welche selbst mit Hinzurechnung der ausserordentlichen Zuschläge und nach Einführung neuer Steuergattungen, wie der Einkommenssteuer, den Betrag von 1819 nicht übersteigen, haben wir die „Pensionsbeiträge“ abgesetzt und den „sonstigen Einnahmen“ einverleibt, da diese Beiträge doch wohl nicht als eine Steuer zu betrachten sind.

- 5) Die Staatsausgaben sind in Bayern, wie überall, gestiegen. Das

¹⁾ Gesetzbl. S. 121 ff. Vergl. Beil. D, daselbst S. 187—191.

²⁾ Gesetzbl. S. 45 ff.

³⁾ Siehe Regierungsbl. 1859, S. 1145 ff.

Steigerungsverhältniss wäre noch ein viel grösseres, wenn das Budget die Betriebs- und Gewinnungskosten in sich aufgenommen hätte. Ueberhaupt ist bei Vergleichen zu beachten, dass im bayerischen Etat sowohl in Einnahme als Ausgabe nur die Nettobeträge erscheinen. Um die wirklichen Endsummen zu erhalten, dürfen wenigstens 15 Millionen hinzugerechnet werden.

Die grösste Steigerung zeigt die Position für die Staatsschuld und für die Armee, beide gleich unproductive Sätze. Bezüglich der ersteren darf jedoch nicht ausser Acht bleiben, dass unter dem Etatssatz auch der Aufwand der Pensionsamortisations- und der Ablöschungscasse mit mehr als 2 Mill. inbegriffen ist, welcher anderwärts nicht der Staatsschuld aufgerechnet wird, auch nach einer gewissen Zeit aufhört.

- 6) Vom gesammten Staatsaufwand Bayerns wird ungefähr $\frac{1}{3}$ theil durch den Ertrag des Staatsvermögens gedeckt. Dieses Verhältniss ist ein sehr günstiges und bewahrt die Staatsangehörigen vor einer Steuerüberbürdung.
- 7) Zu weiterer Vergleichung führen wir den Schuldenstand der sämtlichen Gemeinden des Königreichs vom 1. Octbr. 1859 hier an, wie solcher officiell veröffentlicht wurde.¹⁾ Derselbe betrug:

im Regierungsbezirke Oberbayern . . .	4,737,524 fl.
„ „ Niederbayern . . .	382,851 „
„ „ Pfalz . . .	172,873 „
„ „ Oberpfalz . . .	464,853 „
„ „ Oberfranken . . .	1,695,607 „
„ „ Mittelfranken . . .	1,191,786 „
„ „ Unterfranken . . .	4,207,052 „
„ „ Schwaben und Neuburg	1,278,990 „
im ganzen Lande . . .	14,131,538 fl.
mit einem planmässigen Tilgungsfonds von .	1,089,090 „

§. 44.

Gesetzliche Bestimmungen über Verjährung, Amortisation, Vindication und Aussercourssetzung bayerischer Staatspapiere.

I. Verjährung betreffend. Das Gesetz vom 11. Septbr. 1825, §. 13²⁾ verfügt, dass alle Forderungen gegen die Staatsschuldentilgungsanstalt an Capital, Zinsen, Prämien oder Lotteriegewinnen nach Ablauf von drei Jahren seit deren Verfall zum Vortheil der Anstalt, welche jedoch spätestens 6 Monate vor Ablauf dieser 3 Jahre eine drossfallsige Bekanntmachung erlassen müsse, erlöschen, welche Bestimmung durch §. 8 des Gesetzes vom 28. Decbr. 1831³⁾ als für immer anwendbar erklärt wurde.

Hienach verjähren in Bayern Obligationen und Zinscoupons (Lotterieanlehen bestehen nicht mehr) binnen derselben kurzen Frist und zwar bezüglich der Hauptforderung (Obligation) binnen einer Frist, wie sie nirgends so knapp bemessen worden ist. Dieser Umstand hat den bayerischen Staatseffecten mit vollem Recht um so mehr geschadet, als bis in die neuere Zeit nur geringe

¹⁾ Regierungsbl. von 1860, S. 602—614.

²⁾ Gesetzbl. von 1825, S. 202.

³⁾ Gesetzbl. von 1831, S. 217 ff.

Vorsorge getroffen war, den Gläubiger von dem Eintritt des Verjährungslaufes in Kenntniss zu setzen. Allerdings enthalten die Regierungsblätter nicht nur die Verloosungsergebnisse, sondern auch die im Gesetze vom 11. Septbr. 1825 vorgeschriebene Aufforderung in grosser Zahl; aber gleichzeitig wurden die Zinscoupons der verloosten Obligationen durch die Aufschlags- und Rentämter trotzdem noch zum Oeftern ohne Erinnerung eingelöst, und es haben wohl nirgends die Staatsgläubiger aus dem Grunde der Verjährung so viel Verluste erlitten, als in Bayern. Erst im Jahre 1858¹⁾ ist die Anordnung getroffen worden, dass „zur Vermeidung von Verlusten sowohl für die Staatsgläubiger als für die mit der Couponseinelösung beauftragten Cassen und Aemter die Herstellung und Hinausgabe jährlicher Verzeichnisse oder Hauptübersichten der bisherigen Verloosungsergebnisse bei den im allgemeinen Verkehre befindlichen Staatsanlehens-Obligationen“ stattfinden solle. Das erste dieser Verzeichnisse wurde gleichzeitig veröffentlicht und „sämtliche mit der Einlösung von Zinscoupons beauftragten Cassen, Oberaufschlags- und Rentämter angewiesen, zu Vermeidung allenfallsiger Haftung bei Uebergabe von Zinscoupons behufs deren Ausbezahlung mit grösster Sorgfalt darauf zu sehen, ob dieselben nicht von bereits verloosten Obligationen herrühren, und alle Coupons, welche nach den bezüglichlichen Verloosungsbekanntmachungen nicht mehr als zahlbar erscheinen, sogleich zurückzuweisen.“

Hiedurch ist das wirksamste Mittel, den Staatsgläubiger vom Laufe der Verjährungsfrist in Kenntniss zu setzen, in Anwendung gebracht.

II. In Absicht auf Amortisation verfügt die Verordnung vom 10. Octbr. 1810²⁾ Folgendes:

- §. I. „Das Gesuch um Amortisirung einer verlorenen oder vermissten Urkunde, deren gegenwärtiger Inhaber unbekannt ist, soll bei dem Gerichte des Imploranten angebracht werden.“
- §. II. „Der die Amortisation Nachsuchende hat zuvörderst sein Interesse und dass er im Besitze der in Frage stehenden Urkunde gewesen, im Allgemeinen zu bescheinigen.“
- §. III. „Das Gericht erlässt sodann eine Edictal-Citation an den unbekannten Inhaber der Urkunde. Diese Edictal-Citation muss enthalten:
 - 1) den Namen des Imploranten;
 - 2) eine genaue Bezeichnung der Urkunde selbst, dergestalt, dass darin der Name des Ausstellers und desjenigen, dem sie ausgestellt worden, die Beschaffenheit der Forderung sammt dem Orte und Datum ihrer Ausstellung, bei öffentlichen Fondsobligationen hingegen der Nummer, unter welcher die Obligation ausgestellt worden, genau ausgedrückt ist;
 - 3) einen sechsmonatlichen Termin, und endlich
 - 4) die Aufforderung an den unbekannten Inhaber der Urkunde, dass er dieselbe bis zu dem bestimmten Termin vor Gericht vorweise, widrigenfalls dieselbe für kraftlos erklärt werden würde.“
- §. IV. „Diese Edictalcitation ist an dem Orte des Gerichts, von welchem sie erlassen worden, und desjenigen Gerichts, in dessen Bezirk oder Nähe die Urkunde angeblich zu Verlust gegangen, bei öffentlichen Fondsobligationen hingegen zugleich in derjenigen Casse, bei welcher die Zinsen

¹⁾ Instructive Bemerkungen über die Verloosung der bayerischen Staatsschuld, abgedruckt in den Beilagen Nr. 7, 9 und 11 zum öffentlichen Börsencoursblatte des Wechsel-Makler-Syndicats in Frankfurt a. M. von 1858.

²⁾ Regierungsbl. S. 954.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

erhoben werden, anzuschlagen. Auch soll dieselbe 3mal in monatlichen Zwischenräumen in die Zeitung oder das Intelligenzblatt des Kreises, wo sie erlassen worden, sowie auch 1mal in eine Zeitung der Haupt- und Residenzstadt, überdiess bei öffentlichen Landesobligationen 3mal in eine ausländische Zeitung eingerückt, und ein Exemplar dieser Zeitungen oder Intelligenzblätter zu den Acten gelegt werden.“

- §. V. „Wird die ausgeschriebene Urkunde innerhalb der bestimmten Frist vor Gericht vorgewiesen, so ist dieses gehörig zum Protocoll zu bemerken. Erfolgt aber die Vorweisung nicht, und sind die übrigen gesetzlichen Erfordernisse gehörig beobachtet worden, so ist nunmehr von dem Gericht die Präclusion, der ergangenen Warnung gemäss, auszusprechen.“
- §. VI. „Dieses Amortisationserkenntniss ist an dem Orte des Gerichts öffentlich anzuschlagen, und, gleich den Edictalcitationen, in die oben (§. IV.) bestimmten öffentlichen Blätter, jedoch nur 1mal, einzurücken, auch bei öffentlichen Fondsobligationen derjenigen Casse, bei welcher die Zinsen erhoben werden, mitzuthemen.“
- §. VII. „Gegen dieses Amortisationserkenntniss finden nur diejenigen Rechtsmittel statt, welche überhaupt gegen Contumazialerkenntnisse nach den in den verschiedenen Gebietstheilen des Königreichs noch bestehenden Gerichtsordnungen statt haben.“
- §. VIII. „Ein rechtskräftiges Amortisationserkenntniss hat zu Folge, dass aus der für amortisirt erklärten Urkunde selbst keine Rechtsansprüche mehr abgeleitet werden können, mithin dieselbe als Beweismittel für die dadurch beurkundete Verbindlichkeit nicht mehr geltend gemacht werden kann.“

Diese Verordnung erläuternd, verfügt eine weitere Verordnung vom 17. August 1813:¹⁾

„dass der §. IV. der Verordnung vom 10. Octbr. 1810 nur von jenen öffentlichen Fondsobligationen zu verstehen sei, welche auf bestimmte Darleiher ausgestellt sind, dagegen bei verlorrenen, oder dem Eigenthümer entwendeten Staats- oder sonstigen öffentlichen Fondsobligationen, welche auf jeden Inhaber (au porteur) lauten, Amortisationsgesuche nicht stattfinden, die genannte Verordnung mithin hierauf nicht angewendet werden dürfe; ausgenommen, wenn solche Obligationen von der emittirenden Behörde entweder durch eine den Regeln des Instituts gemässe Erklärung, oder auf eine gerichtliche Veranlassung, oder auf Verlangen des Eigenthümers durch ihre Vormerkung auf dem Instrumente selbst auf bestimmte Inhaber überschrieben worden wären, in welchem Falle dieselben die Natur gewöhnlicher Obligationen annehmen.“

„Uebrigens bleiben dem Eigenthümer verlornen oder entwendeter Obligationen dieser Art gegen deren unrechtmässigen Besitzer, der sie erweislich unmittelbar nach Jenem auf eine solche Art an sich gebracht, dass er wissen musste, dass er dieselbe sich zuzuwenden nicht berechtigt sei, die gewöhnlichen Rechtsmittel vorbehalten.“

Nach diesen Gesetzesbestimmungen können also in Bayern Staatsobligationen, welche ursprünglich oder später auf einen bestimmten Namen ausgestellt oder eingetragen wurden, im gewöhnlichen Verfahren amortisirt werden; dagegen ist reinen au porteur-Obligationen jede Amortisation schlechthin versagt. Dieselbe Strenge des Gesetzes finden wir

III. hinsichtlich der Vindication von Inhaberoobligationen, welche schon

¹⁾ Regierungsbl. S. 1082.

durch den Schlussatz der eben angeführten Verordnung nur gegen denjenigen unrechtmässigen Besitzer zugelassen wird, der eine au porteur-Obligation erweislich unmittelbar nach dem Eigenthümer auf eine Art erwarb, welche ihm die Ueberzeugung gewähren musste, dass er zur Erwerbung nicht berechtigt sei. Diese Bestimmung ist durch Verordnung vom 12. März 1817 ¹⁾ neu eingeschränkt und dahin erläutert worden:

„dass gegen redliche dritte Besitzer von dergleichen (au porteur-) Staatspapieren kein gerichtlicher Arrest erkannt, und bei den Schuldentilgungscassen die Zahlung von verfallenen Zinsen, Capitalien oder der damit verbundenen Gewinnste nicht sistirt werden dürfe.“

Dabei wurde der auf die Vindicabilität Bezug habende Schlussatz der angezogenen Verordnung von 1813 in folgender Fassung wiederholt:

„Wobei Wir jedoch, wie in Unserer Verordnung vom 17. August 1813 geschehen ist, den Eigenthümern verlornen oder entwendeter Papiere gegen den unrechtmässigen Besitzer, wenn er sie erweislich unmittelbar nach Jenem (dem wahren Eigenthümer) auf eine solche Art an sich gebracht hat, woraus er wissen musste, dass er dieselbe sich zuzuwenden nicht berechtigt sei, die geeigneten Rechtsmittel bei den competenten Justizstellen vorbehalten.“

Also nur von demjenigen „unrechtmässigen“ Besitzer, welchem evident nachgewiesen werden kann, dass er bayerische Staatspapiere auf den Inhaber unmittelbar nach dem „wahren Eigenthümer“ mit dem Bewusstsein der Unrechtmässigkeit seines Erwerbs an sich gebracht, können solche mit der Eigenthumsklage zurückgefordert werden, nicht aber von einem andern unredlichen Besitzer, selbst nicht einmal von dem Dieb, der sie einem andern Dieb entwendet hat. Papiere auf den Namen dagegen unterliegen denselben Bestimmungen, wie andere Urkunden.

Man entnimmt aus vorstehenden Gesetzesstellen, dass der Besitz bayerischer Staatspapiere au porteur mit grösseren Gefahren verknüpft ist, als der Besitz von Inhaber-Schuldverschreibungen anderer Staaten, welche meistens so überstrenge Vorschriften über Verjährung, Amortisation und Vindication öffentlicher Fondsobligationen nicht aufgestellt haben. Ob der bayerische Gesetzgeber den ausgesprochenen Zweck: die Aufrechthaltung des Staatscredits, durch jene Beschränkungen der Rechtsmittel erreicht hat, erscheint uns mindestens sehr zweifelhaft. ²⁾

IV. das Institut der amtlichen Aussercourssetzung von Inhaberobligationen mittelst einer Vormerkung auf dem Instrumente allein besteht in Bayern nicht, vielmehr ist das in Süddeutschland allgemein herrschende Einschreibsystem in Anwendung. Schon bei der Emission der Staatsanlehen wird in der Regel den Gläubigern anheim gestellt, Obligationen auf den Namen, welche auch im Staatsschuldbuch unter dem Namen des Subscribenten aufgeführt werden, oder auf den Inhaber, zu verlangen. Will also der Gläubiger den Gefahren der Inhaber-Papiere entgehen, so ist ihm die Gelegenheit geboten, diesen Zweck durch das Verlangen von Namenscheinen zu erreichen. ³⁾

¹⁾ Regierungsbl. S. 177.

²⁾ Nach dem Berichte des Abgeordneten v. Hegnenberg-Dux, d. d. 28. Janr. 1859, Verh. der Kammer der Abgeordneten, Beil.-Band I, S. 142 ff., ist die Staatsschuldentilgungscommission mit Vorbereitungen zu einer Aenderung der hieher bezüglichen Gesetzgebung beschäftigt.

³⁾ Neuere Anlehen sind jedoch zum Theil nur mit au porteur-Obligationen verbrieft worden, z. B. das 5proc. Anlehen von 1850; vergl. Bekanntmachung vom 17. Aug. 1850, Regierungsbl. S. 673.

Aber auch an porteur-Obligationen müssen im Staatsschuldbuche auf den Namen eingetragen, ebenso vinculirt werden, wenn es von Seite des Inhabers oder einer Behörde verlangt wird. Eine Bekanntmachung vom 1. Septbr. 1860¹⁾ regelt das Verfahren hiebei, wie folgt:

- 1) Die Namenseinschreibung hat nur auf bestimmte physische Personen, geistliche Pfründen, Stiftungen, Gemeinden, Lehen, gesetzlich constituirte Familienfideicommisses und statutenmässig genehmigte Corporationen oder Vereine stattzufinden, und erstreckt sich, wie die Vinculirung, ausschliessend auf die betreffenden Staatsobligationen, nicht aber auf die Coupons, welche in den Händen des Obligationenbesitzers verbleiben, und nach wie vor die Eigenschaft von an porteur-Papieren behalten.
- 2) Die Namenseinschreibung und Vinculirung kann nur bei der Casse erfolgen, bei welcher die betreffende Obligation incatastrirt ist; auf Verlangen vermitteln aber auch die andern Schuldentilgungscassen, mit Ausnahme der Grundrentencasse, die drossfallsigen Anträge. Wird eine solche Vermittlung angesprochen, so ist der Antrag immer schriftlich mit einem Verzeichnisse der Obligationen, im andern Falle mündlich oder schriftlich zu stellen. Die Obligationen sind ohne Coupons vorzulegen und es wird darauf die vollzogene Einschreibung oder Vinculirung in folgender Weise beurkundet:
„Vorgemerkt als Eigenthum des N. N.“ oder „Vinculirt als Militär-Heirathse caution etc.“
- 3) Die Namenseinschreibung oder Vinculirung wird auf Verlangen wieder gelöscht; auch werden Cessionen und Umschreibungen auf andere Besitzer, letztere jedoch nur nach den für wirkliche (ursprüngliche) Nominalobligationen bestehenden Normen, vorgenommen. Eine Löschung von Eigenthumsvormerkungen in Folge von Privatanträgen erfolgt aber nur auf Grund einer schriftlichen, gerichtlich bestätigten, oder in siegelmässiger Form ausgestellten Erklärung desjenigen, auf dessen Namen die Vormerkung geschah, oder seines legalisirten Rechtsnachfolgers, Mandatars oder Vertreters. Bei geistlichen Pfründen, Stiftungen, Gemeinden, und bei Vinculirungen auf Antrag von Stellen und Behörden oder für besondere Zwecke ist die Löschung durch die Curatelgenehmigung und Zustimmung der veranlassenden Stellen und Behörden bedingt.
- 4) Für Namenseinschreibungen und Vinculirungen, sowie für Löschungen solcher, nicht aber für blosse Umschreibungen, ist eine Gebühr von 15 kr. für jede Obligation zu entrichten.
- 5) Umschreibungen von Nominalobligationen in neue Obligationen an porteur, oder von an porteur-Obligationen in neue Nominalobligationen finden künftig nur bei ganz besonders dringenden Verhältnissen oder aus administrativen Rücksichten mit Genehmigung der Schuldentilgungscommission gegen eine Gebühr von 30 kr. für jedes Stück der neuen Obligationen statt.

Nach dem oben wörtlich gegebenen Inhalte der Verordnung vom 17. Aug. 1813 nehmen die auf Namen inscribirt an porteur-Obligationen die Natur „gewöhnlicher Obligationen“ an und werden sonach in Absicht auf alle Rechtsverhältnisse, namentlich auch auf Amortisation und Vindication, diesen gleichgestellt.

Eine besondere Eigenthümlichkeit bayerischer Staatsobligationen auf Namen besteht darin, dass mit denselben auch Zinscoupons und Talons ausge-

¹⁾ Regierungsbl. S. 769 ff.

geben werden. Für die älteren Anlehen bestehen sogar Zinscoupons auf Namen, von deren Ausstellung man aber seit neuerer Zeit abgekommen ist.

§. 45.

Zinsfuss der bayerischen Staatsschuld. Ort und Art der Zins- und Capitalzahlung. Abzüge bei der Gelderhebung.

Hinsichtlich der Gestaltung des Zinsfusses der bayerischen Staatsschuld können wir auf die historische Darstellung in §. 37 (oben S. 168ff.) zurückverweisen. Durch Verfügung vom 1. Febr. 1852¹⁾ ist für alle neuen Anlehen, ebenso für die fortdauernde Arrosirung, bis auf Weiteres ein allgemeiner Zinsfuss von $4\frac{1}{2}\%$ fixirt worden, welcher seitdem eingehalten wurde.

Es gibt daher $3\frac{1}{2}\%$, 4, $4\frac{1}{2}\%$ und 5procentige bayerische Staatsobligationen. Dazu kommen auch noch 2procentige, welche durch die Ausgleichung der ungeraden Zinsziffern aus Anlass der Umwandlung der alten Schuldurkunden in sogenannte Mobilisirungsobligationen entstanden sind.²⁾

Den Ort der Zins- und Capitalheimzahlung betreffend, kommt zunächst zu bemerken, dass die Zinscoupons im Inlande nicht nur bei allen Staatsschuldenzahlungscassen, sondern auch bei allen Rent- und Aufschlag-ämtern eingelöst werden.³⁾ Zur Heimzahlung bestimmte Obligationen lösen sämtliche Tilgungscassen ein. Seit neuester Zeit⁴⁾ sind als fernere Einlösungscassen für Zinscoupons auf den Inhaber im Inlande bestellt: die kgl. Hauptbank in Nürnberg und deren Filialien in Ansbach, Bayreuth, Bamberg, Hof, Ludwigshafen, Passau, Regensburg, Schweinfurt und Würzburg. Ferner wurde genehmigt, dass die Zinscoupons der Grundrentenablösungs-Obligationen bei denselben Bankanstalten und bei sämtlichen Schuldentilgungscassen und Aufschlag-ämtern (bei den Rent-ämtern waren sie schon vorher zahlbar) eingelöst werden.⁵⁾ Im Auslande waren bis vor Kurzem nur einzelne neuere Anlehen mit Zeitbeschränkung domiciliert. Gemäss Bekanntmachung vom 5. Decbr. 1859⁶⁾ werden nun aber die Zinscoupons sowohl von der alten und neuen allgemeinen, als auch von der Eisenbahn- und Ablösungsschuld, und ebenso die verloosten Obligationen aller dieser Schuldgattungen bei M. A. v. Rothschild in Frankfurt a/M. ohne Zeitbeschränkung honorirt.

Da sodann Bayern dem deutschen Münzvertrage von 1857,⁷⁾ in der süddeutschen Gruppe beigetreten ist; so finden dessen Bestimmungen volle Anwendung. Alle Verbindlichkeiten des Staats werden in süddeutscher Währung ($52\frac{1}{2}$ fl. Fuss) geleistet. Papiergeld mit Zwangscours existirt nicht, es findet daher durchweg Zahlung in effectivem Silber statt.

Abzüge bei der Zins- oder Capitalerhebung sind endlich durchaus ausgeschlossen und selbst die sonst in Bayern noch bestehende Stempelabgabe ist für alle Handlungen bei den Staatsschuldenbehörden erlassen.

¹⁾ Bekannt gemacht am 3. Febr. 1852, Regierungsbl. S. 140.

²⁾ Vergl. Gesetz vom 28. Dec. 1831, §. 9, Gesetzbl. S. 223. Für eine alte $3\frac{1}{2}\%$ proc. Obligation à 100 fl. erhielt man z. B. 75 fl. neue 4proc. und 25 fl. neue 2proc. Scheine etc.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 14. Janr. 1830, Regierungsbl. S. 17—22.

⁴⁾ Bekanntmachung vom 15. Aug. 1860, Regierungsbl. S. 749.

⁵⁾ Ebendaselbst.

⁶⁾ Regierungsbl. S. 1249.

⁷⁾ Promulgirt am 7. Aug. 1858, Regierungsbl. S. 1289.

§. 46.

Hauptsächlich im Verkehr vorkommende bayerische Staatspapiere.

Nach der ausführlichen Behandlung aller einzelnen Schuldtheile im Vorstehenden können wir uns hier kurz fassen. Die Börsencoursblätter notiren insbesondere:

- a) 5procentige Obligationen IV. Emission;
- b) $4\frac{1}{2}$ proc. ganzjährige Obligationen;
- c) $4\frac{1}{2}$ proc. halbjährige dto.;
- d) 4proc. Staatsschuldscheine;
- e) 4proc. Grundrentenobligationen;
- f) $3\frac{1}{2}$ proc. Staatsschuldscheine.

Der Unterschied bei den $4\frac{1}{2}$ proc. Scheinen beruht darauf, dass früher in Bayern alle Obligationen nur in ganzjährigen Terminen verzinst wurden, dass aber die Zinsen der neuesten $4\frac{1}{2}$ proc. Anlehen (seit 1856) in halbjährigen Raten bezahlt werden. Die halbjährlich verzinslichen Effecten stehen begreiflich um Etwas höher im Course, als die ganzjährigen. Im Uebrigen macht aber die Börse keinen Unterschied zwischen bayerischen Staatsobligationen gleichen Zinsfusses, während — wie wir gesehen haben — die Gesetze die einzelnen Schuldgattungen: alte, neue, Eisenbahn- und Ablösungsschuld, nicht ganz gleich behandeln. Wir lassen in Kürze eine Darstellung der einzelnen Schuldcategoryen folgen, wobei wir die Reihenfolge des Coursblattes einhalten.

- 1) 5proc. Staatsschuldscheine IV. Emission. Es sind diess die Verbriefungen des Eisenbalmanklehens von 1850 mit 18 ganzjährigen Coupons tro. 1. August, auf die Eisenbahnbaudotation und insbesondere auf die Bahnrente versichert, mit einem Tilgungsfonds von $\frac{2}{3}\%$. Die Verloosung geschieht nach Serien und Endnummern.¹⁾ Am 12. Septbr. 1860 hat die VIII. Verloosung dieses Anlehens stattgefunden.²⁾ Diese sowie die vorangegangenen sieben Verloosungen haben übrigens einen weit grösseren, als den planmässigen Tilgungsbetrag (von $\frac{2}{3}\%$) umfasst, woraus hervorgeht, dass die Tilgung dieser hochzinsenden Schuld beschleunigt werden will.

Ausser dieser 5proc. Eisenbahnschuld besteht nunmehr, nachdem die drei Subscriptionsanlehen von 1848—50 beseitigt sind, nur noch das „neue Anlehen von 1855“ als 5proc. Schuld. Dasselbe ist au porteur und auf Namen emittirt worden, auf 1. Juli verzinslich und auf die grund-, zins- und zehentherrlichen Gefälle des Staats versichert. Die Tilgung erfolgt nach Aufräumung des „neuen Anlehens von 1852“, welches am 27. Januar 1860 vollständig gekündigt wurde, aus den eingehenden Ablösungsgeldern des Staats, also möglichst rasch.³⁾ Die erste Ziehung hatte am 15. Juni 1860 statt.⁴⁾

- 2) $4\frac{1}{2}$ proc. ganzjährige Obligationen. Hierunter sind begriffen:
 - a) Das Eisenbahnanlehen von 1852, emittirt auf Namen und auf

¹⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 17. Aug. 1850, Regierungsbl. S. 673. Verloosungsplan vom 17. Juli 1851, Regierungsbl. S. 906.

²⁾ Bekanntmachung vom 3. Sept. 1860, Regierungsbl. S. 765.

³⁾ Gesetz vom 16. März 1855, Gesetzbl. S. 73. Bekanntmachung vom 3. Mai 1855, Regierungsbl. S. 447. Verloosungsplan vom 3. Juni 1860, Regierungsbl. S. 524.

⁴⁾ Bekanntmachung vom 15. Juni 1860, Regierungsbl. S. 583.

Inhaber, mit 18 Coupons tro. 1. Mai, rückzahlbar mittelst eines Tilgungsfonds von $\frac{2}{3}\%$ und auf die Eisenbahnen und die Bahnrente versichert.¹⁾ Die Verloosung, nach Serien und Endnummern, hat mit 1. Octbr. 1851 begonnen und hat am 12. Septbr. 1860 die V. Ziehung stattgefunden.²⁾

- b) Das Eisenbahnanlehen von 1854, in allen Stücken dem von 1852 gleich, von welchem es eine Fortsetzung bildet, wie auch die Nummern der Obligationen fortlaufen. Nur der Zinstermin ist hier der 1. Januar.³⁾
 - c) Das „Militäranlehen von 1855,“ zur neuen allgemeinen Schuld gehörig, emittirt zum Course von $94\frac{1}{2}\%$ in Obligationen auf den Inhaber (nicht auf Name) mit 18 Zinscoupons tro. 1. Juni; auf die allgemeinen Staatsfonds versichert und mit $\frac{2}{3}\%$ proc. Tilgungsfonds heimzahlbar. Verloosung nach Serien und Endnummern vom Etatsjahre 1855⁵⁶ an.⁴⁾
 - d) Das „Militäranlehen von 1859,“ emittirt zur Deckung der ausserordentlichen Bedürfnisse des Heeres in Folge Gesetzes vom 26. Mai 1859. Die Obligationen lauten sämmtlich au porteur. Zinstermin 1. Juni. Das im Betrage von 4 Mill. Gulden zum Course von 97% aufgelegte Anlehen ist das erste Militäranlehen von 1859 (das zweite siehe unten unter No. 3, lit. c.), bildet eine Fortsetzung des Militäranlehens von 1855, ist wie dieses auf die allgemeinen Staatsfonds versichert und wird nach Maassgabe der in den künftigen Finanzgesetzen zu treffenden Bestimmungen getilgt.⁵⁾
- 3) 4¹/₂ proc. halbjährige Obligationen. Hierher gehören:
- a) das Eisenbahnanlehen von 1856, emittirt in Obligationen, au porteur und auf Namen, tro. 1. Februar und 1. August. Denselben sind 32 Halbjahrescoupons beigegeben. Tilgungsfonds $\frac{2}{3}\%$, versichert auf die Eisenbahnen und die Bahnrente.⁶⁾ Nach dem Inhalt der Obligationen hätte die Tilgung mit dem Etatsjahre 1857/58 beginnen sollen; dieselbe wurde aber durch den Landtagsabschied vom 26. März 1859, Abschn. III, lit. c.⁷⁾ vorerst noch sistirt.
 - b) Das „neue allgemeine Anlehen von 1857,“ welches durch Umwandlung des III. 5proc. Subscriptionsanlehens, insoweit solches bis 1857 nicht baar abbezahlt war, entstanden ist. Die Verschreibungen lauten auf Namen und auf Inhaber, und haben 32 Halbjahrescoupons tro. 1. Febr. und 1. Aug. Das Anlehen ist auf die grund-, lehen- und zehentherrlichen Staatsgefälle versichert und nach Maassgabe der von diesen Gefällen eingehenden Ablösungsschillinge zu tilgen, jedoch erst nach Aufräumung des neuen „Anlehens von 1855.“⁸⁾
 - c) Das „Militäranlehen von 1859“ — das zweite 1859 für die ausserordentlichen Bedürfnisse des Heeres aufgenommene Anlehen,

¹⁾ Bekanntmachungen vom 28. Febr. und 1. April 1852, Regierungsbl. S. 261 u. 379. Verloosungsplan vom 17. Juli 1851, Regierungsbl. S. 906.

²⁾ Bekanntmachung vom 3. Sept. 1860, Regierungsbl. S. 765.

³⁾ Bekanntmachung vom 30. März 1854, Regierungsbl. S. 216.

⁴⁾ Bekanntmachung vom 6. März 1855, Regierungsbl. S. 153. Verloosungsplan vom 23. Sept. 1856, Regierungsbl. S. 932.

⁵⁾ Bekanntmachung vom 7. Mai 1859, Regierungsbl. S. 465.

⁶⁾ Bekanntmachung vom 9. April 1856, Regierungsbl. S. 263.

⁷⁾ Gesetzblatt für 1859, I. Abth., S. 1 ff.

⁸⁾ Bekanntmachung vom 23. Janr. 1857, Regierungsbl. S. 126.

bildet eine Fortsetzung des ersten (oben No. 2, lit. d.), von welchem es sich nur darin unterscheidet, dass die von ihm herrührenden Obligationen (32) halbjährige Zinscoupons haben und sowohl au porteur als auf Namen lauten.¹⁾

- 4) 4proc. Staatsschuldscheine. Diese gehören theils der alten, theils der Eisenbahnschuld an. In soweit sie der ersteren Kategorie zuzuzählen sind, sind sie sämtlich durch Arrosirung entstanden. Diese Arrosirung dauert gegenwärtig noch fort. Für die älteren $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen werden indessen keine neuen 4proc. ausgestellt, vielmehr geschieht die Zinsfusserhöhung durch einfache Abstempelung der alten Schulddocumente.²⁾ Diese unterliegen daher in allen Beziehungen ganz derselben Behandlung, wie die alten unabgestempelten (nicht arrosirten) $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen; namentlich werden sie mit diesen verloost. Sie lauten auf Namen und Inhaber, haben durchweg ganzjährige Coupons (je 18 Stücke) auf die Termine 1. Febr., 1. Mai, 1. Aug. und 1. Novbr. Die für die alte Schuld ausgesetzte Tilgungsfonds kommen ihnen gleichmässig zu gut. Ihre Verloosung geschieht am 15. April jeden Jahres.

Die der Eisenbahnschuld angehörigen 4proc. Staatsobligationen sind die Verbriefungen des 4proc. Eisenbahn-Anlehens von 1847, resp. 1848.³⁾ Ihre Zinsen fallen ganzjährig auf 1. Januar und auf 1. Mai. Sie sind sämtlich auf die Eisenbahnen und die Bahnrente versichert und werden der $4\frac{1}{2}$ und 5proc. Eisenbahnschuld gleich behandelt.

- 5) 4proc. Grundrenten-Obligationen. Von diesen wird in der zweiten Abtheilung dieses Buches die Rede sein, wohin wir daher verweisen.

- 6) $3\frac{1}{2}$ proc. Staatsschuldscheine. Hierunter sind die sogen. Mobilisirungsobligationen, d. h. diejenigen Schuldtitel, welche durch Umwandlung der alten Schulddocumente zunächst in 4%, und dieser in $3\frac{1}{2}$ proc. Staatsschuldurkunden vom Jahre 1835 bis 1842 (vergl. oben S. 168—169) entstanden sind, zu verstehen. Dass zu denselben auch die arrosirt 4proc. Scheine gehören, haben wir eben bemerkt. Mit diesen bilden sie den Hauptbestandtheil der im Verkehr befindlichen alten Schuld. Die Zinsen fallen auf 1. Februar, 1. Mai, 1. Aug. und 1. Novbr. ganzjährig. Verloosung am 15. April jeden Jahres, Tilgungsfonds $\frac{2}{3}$ %.
Die 2proc. bayrischen Staatsschuldscheine kommen für den Verkehr kaum in Betracht.

Allen vorstehend aufgeführten Staatsschuldverschreibungen gemein ist, dass sie in Apoints von 1000, 500 und 100 fl. ausgestellt sind, welche Unterabtheilungen von den Anlehen vor 1855 nicht, von den Anlehen seit 1855 aber durch die Buchstaben A., B. und C. bezeichnet sind. Eine weitere gemeinschaftliche Eigenschaft aller Obligationen der neuen und der Eisenbahnschuld besteht sodann darin, dass denselben neben den Zinscoupons auch Talons beigegeben sind, wogegen den $3\frac{1}{2}$ und arrosirt 4% Obligationen der alten Schuld diese letzteren abgehen. Nach Ablauf der bis 1871 reichenden dormaligen Coupons-Serie müssen daher die Obligationen dieser Schuldgattung zur Einholung neuer Zinsscheine vorgezeigt werden.⁴⁾ Bei allen bisherigen Cou-

¹⁾ Bekanntmachung vom 1. Sept. 1859, Regierungsbl. S. 851.

²⁾ Siehe die verschiedenen Stempelformen im Regierungsbl. von 1848, S. 51.

³⁾ Bekanntmachung vom 2. Janr. 1848, Regierungsbl. S. 5. Gesetz vom 30. Nov. 1847, Gesetzbl. S. 9.

⁴⁾ Vergl. Bekanntmachungen vom 15. März 1853, Regierungsbl. S. 223, wo auch Form und Inhalt der neuen Coupons (au porteur-Coupons schwarz, Nominalcoupons blau gedruckt) zu sehen sind; vom 24. Juli 1854, Regierungsbl. S. 579; vom 15. Janr.

ponseinholungen ist jedoch auf die Staatsgläubiger Rücksicht dahin genommen worden, dass in allen Landestheilen gewisse Aemter (Oberaufschlag- und Rentämter) mit der Hinausgabe der neuen Coupons beauftragt worden sind.

§. 47.

Coursbewegung bayerischer Staatspapiere von 1847—1860.

Frankfurter Börse.

Zeit.	Staatspapiere à			Zeit.	Staatspapiere à		
	3 1/2 % o.	4 % o.	4 1/2 % o, sanjührige.		3 1/2 % o.	4 % o.	4 1/2 % o, sanjührige.
1847. Janr. 2.	94 1/2	—	—	1854. Janr. 2.	89 3/8	96 1/2	100
April 1.	93 7/8	—	—	April 1.	84 1/2	90 3/4	95 3/8
Juli 3.	92 1/4	—	—	Juli 1.	87	92 1/4	96 7/8
Oct. 1.	93	—	—	Oct. 2.	88	92 1/4	96 1/4
1848. Janr. 1.	—	—	—	1855. Janr. 2.	83 3/4	89	95
April 1.	—	—	—	April 2.	84 1/4	89 1/2	94 3/4
Juli 1.	71 1/4	82 1/2	—	Juli 2.	84 1/2	89 3/4	96
Oct. 1.	76 1/2	—	—	Oct. 1.	87 1/2	93 3/8	99 3/8
1849. Janr. 5.	76	88	—	1856. Janr. 2.	85 3/8	93 3/8	99 5/8
April 2.	79	88	—	April 1.	86	94 3/8	100 1/8
Juli 2.	80	88 1/2	—	Juli 1.	88	94 3/8	100 1/2
Oct. 1.	85 1/4	92 3/4	—	Oct. 1.	89	94	100 1/4
1850. Janr. 1.	83 3/8	—	—	1857. Janr. 2.	89 5/8	94 1/2	100 1/2
April 1.	80	—	—	April 1.	91 1/8	95 3/8	101 3/8
Juli 2.	83 1/4	88 1/2	—	Juli 1.	94 5/8	97 1/4	101 1/4
Oct. 1.	84 1/4	89 1/4	—	Oct. 1.	96	97 3/8	100 1/4
1851. Janr. 2.	83 1/2	88 1/2	—	1858. Janr. 2.	—	96 1/2	100 3/4
April 1.	89 3/4	92 7/8	—	April 1.	—	97 3/4	101 1/8
Juli 1.	93	96 3/4	—	Juli 1.	96 1/2	98 1/4	101 1/2
Oct. 1.	94 3/4	96 1/2	—	Oct. 1.	97	99	101 1/2
1852. Janr. 1.	91 3/8	94 1/2	—	1859. Janr. 3.	97	98 3/4	101 3/8
April 1.	93 5/8	96 1/2	—	April 1.	92 1/2	96 1/4	101 7/8
Juli 1.	95 1/4	96 1/2	100 7/8	Juli 1.	—	—	95
Oct. 1.	93 3/4	97 1/8	100 1/2	Oct. 1.	—	97 1/4	99 3/8
1853. Janr. 3.	92 7/8	96 5/8	101 1/2	1860. Janr. 2.	96	98 3/8	101 1/4
April 1.	93 5/8	97 1/4	101 3/4	April 2.	—	98 1/2	101 3/4
Juli 1.	95 1/4	97 7/8	101 1/4	Juli 2.	—	99	101 3/8
Oct. 1.	95 1/2	97 3/8	101 1/2	Oct. 1.	—	100 1/4	101 1/8

Diese, im Verhältniss zu dem Coursstande anderer süddeutschen Staatseffecten niedrige Coursnotirungen sind durch die inneren Werthverhältnisse nicht begründet, sondern eine Folge der formellen Behandlung und der überstrengen Gesetze über Verjährung etc. In dem oft citirten Berichte des Grafen v. Hegnenberg-Dux vom 28. Janr. 1859 sind die Ursachen des Coursdruckes, den die bayerischen Papiere erleiden, ebenso offen als lichtvoll dargelegt.

1856, Regierungsbl. S. 73; vom 14. Oct. 1856, daselbst S. 977; vom 29. Nov. 1857, Regierungsbl. S. 1649; vom 10. Oct. 1858, Regierungsbl. S. 1219, und 4. Oct. 1859, Regierungsbl. S. 953.

§. 48.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in abgerundeten Ziffern:

1) Bevölkerung	4,600,000 Sln.
2) Staatsgebiet	1,387 □ M.
3) Staatsschuld (nominell)	212,000,000 fl.
Davon unproductiv	120,000,000 fl.
productiv (Eisenbahnschuld)	92,000,000 "
4) Unmittelbares Staatsvermögen	279,000,000 fl.
5) Gesamtstaatseinnahme (netto)	41,400,000 "
6) Gesamtstaatsausgabe (dto.)	41,400,000 "
7) Directe Steuern (incl. ausserordentliche Zuschläge)	9,100,000 "
8) Indirecte Steuern (incl. Lotto)	17,200,000 "
9) Gesamtsteuerlast	26,300,000 "

Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:

a) an der nominellen Staatsschuld	46,087 "
b) " " unproductiven Schuld	26,087 "
c) " " Eisenbahnschuld	20,000 "
d) " dem unmittelbaren Staatsvermögen	60,652 "
e) " der Gesamtstaatsausgabe	9,000 "
f) " directen Steuern	2,000 "
g) " indirecten Steuern (incl. Lotto)	3,739 "
h) " der Gesamtsteuerlast	5,717 "

Die ganze Staatsschuld verhält sich zum Staatsvermögen wie 1:1,316 und zu einer reinen Jahreseinnahme wie 5,17:1.

4) Königreich Sachsen. *)

§. 49.

Historische Rückblicke.

Während der kernige Volksstamm der Sachsen dem alten Frankenreiche und dem Christenthume nur mit Gewalt unterworfen werden konnte, gab derselbe in der Folge dem römisch-deutschen Reiche ein hervorragendes Kaisergeschlecht und nimmt von da an eine wichtige Stellung unter den deutschen Stämmen ein. Das Land indessen, das heute den Namen des Königreichs Sachsen führt, musste im 10. Jahrhundert einer slavischen Bevölkerung erst abgekämpft werden. Selbst die slavische Abkunft des Hauses Wettin, wel-

*) Literatur: Zeitschrift des statistischen Bureau des sächs. Minist. des Innern; Leipzig bei Hübner. Engel, das Königr. Sachsen in statistischer und volkswirtschaftl. Beziehung; Dresden, 1853. v. Reden, allg. vergl. Finanzstatistik, I. Bd., 2. Abth., S. 1177 ff. Brachelli, deutsche Staatenkunde, II. Band, S. 4 ff. Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, S. 202 ff.

ches die sächsische Herzogswürde erlangte und das Stammhaus aller heutigen sächsischen Fürstengeschlechter wurde, wird von einigen für wahrscheinlich gehalten. Dasselbe besass übrigens schon im 11. Jahrhundert Grafschaften in Thüringen, in der sächsischen Ostmark, im Schwaben- und Hessengau, verwaltete seit 1030 die Ostmark (Lausitz), und erlangte 1088 auch die Mark Meissen. Kein heute noch bestehendes deutsches Fürstengeschlecht hat aber seine Macht durch fortwährende Theilungen so sehr zersplittert, als das sächsische.

Schon 1156 fand nach dem Tode Konrad des Grossen eine solche Theilung statt. Heinrich der Erlauchte brachte zwar das wettin'sche Hausgut (1265) wieder auf einen Bestand, welcher innerhalb Deutschlands nur dem Ländercomplexe Oesterreichs nachstand; seine Söhne und Enkel aber lebten in fortwährenden Zerwürfnissen und verloren Landsberg mit den Resten der Pfalz Sachsen und die Niederlausitz (1298 und 1302). Nach einer Vergrösserung unter Friedrich dem Ernsthaften (1344—1353), seinen Söhnen und Enkeln, und nach Erlangung des ascanischen Herzogthums Sachsen (Wittenberg) sammt der mit demselben verbundenen Churwürde unter Friedrich dem Streitbaren (6. Janr. 1453), wodurch Sachsen den zweiten Rang unter den weltlichen Churfürsten erwarb, — geschah die bleibende Trennung des sächsischen Hauses in die Ernestinische und Albertinische Linie (Vertrag zu Leipzig, 26. Aug. 1485). Albert erhielt Meissen mit Dresden, Freiburg, Leipzig etc.; sein Antheil hiess das „Herzogthum Sachsen.“ Das übrige Besitzthum fiel an Ernst, dessen Ländercomplex „Chursachsen“ benannt wurde.

Die Kirchenspaltung führte zum verhängnissvollen Familienbruch; die Albertinische Linie hielt zum Kaiser, während die Ernestinische an die Spitze der bewaffneten Opposition gegen das Reichsoberhaupt trat. Churfürst Johann Friedrich I. verlor aber nach der Schlacht bei Mühlberg und der wittenberger Capitulation (19. Mai 1547) sein Land mit seiner Freiheit. Das erstere wurde sammt der Churwürde auf die Albertinische Linie unter Herzog Moriz übertragen, welcher jedoch den Kindern Johann Friedrichs Eisenach, Gotha, Tenneberg, Waschenburg, Jena, Weimar, Saalfeld, Ziegenbrück und Weida überliess, während der Bruder des gestürzten Churfürsten Coburg und Hildburghausen behielt. Johann Friedrich II. aus der Ernestinischen Linie trat in die Fussstapfen seines Vaters und theilte auch dessen Schicksal. Die Reichsexecution gegen ihn ward seinem Vetter, Churfürst August aus der Albertinischen Linie, übertragen, welcher den Ernestinern bei dieser Gelegenheit auch noch Ziegenbrück und Weida abnahm (1567).

Von jetzt an hielt das Albertinische Geschlecht, aus dem das heutige Königshaus hervorgegangen, seine Macht und seinen Besitz bis zur verhängnissvollen Catastrophe von 1815 zusammen und vergrösserte beides bei verschiedenen Anlässen. Noch unter dem Churfürsten August wurde das Voigtland incorporirt (1569), die Grafschaft Henneberg erworben (1583), die Grafschaft Mansfeld sequestrirt (1570—1579) und die reformirten Bisthümer Merseburg, Naumburg-Zeitz und Meissen einverleibt (1581, 1582). Augusts Enkel, Johann Georg I., erlangte durch die wichtige Stellung seines Landes im 30jährigen Kriege die Abtretung der Ober- und Niederlausitz von Oesterreich (1635) und den Besitz der magdeburgischen Aemter Querfurt, Jüterbock, Dahme und Burg.

Churfürst Friedrich August I. ward am 27. Juni 1697 zum König von Polen erwählt. Die machtlose polnische Wahlkrone, welche nach ihm auch sein Sohn Friedrich August II. (gest. 5. Octbr. 1763) trug, brachte jedoch über Sachsen nur Unglück und Verluste. Sie verursachte den Einfall der

Schweden unter Carl XII. mit allen Schrecknissen eines erbitterten Krieges (1706—1707).

Im siebenjährigen Kriege hielt Sachsen zu Oesterreich und wurde in Folge dessen von Friedrich dem Grossen jahrelang occupirt und bis auf das Mark ausgesaugt. Doch gab letzterer im Hubertsburger Frieden (15. Febr. 1763) alles Eroberte an Sachsen zurück.

Churfürst Friedrich August III. war bestimmt, den grössten Wechsel der Toritorialverhältnisse seines Landes zu erleben. Nachdem ihm der Teschner Friede (13. Mai 1779) die Oberhoheit über die sogen. schönburg'schen Reccessherrschaften eingeräumt und das Erlöschen des Hauses Mansfeld (1780) den Sequesterbesitz der Grafschaft gleichen Namens in volles Eigenthum verwandelt hatte, gab ihm der Friede zu Posen (11. Dec. 1806), durch welchen er die Bundesgenossenschaft des niedergebeugten Preussens verliess und dem Rheinbund beitrug, die Königskrone und der Tilsiter Friede (7—9. Juli 1807) den Cottbuser Kreis und das Herzogthum Warschau mit Schutzhoheit über die Republik Danzig. Zu dem letzteren wurde noch in demselben Jahre der Michelauer Kreis und Neuschlesien geschlagen; der Wiener Friede (14. Octbr. 1809) fügte Westgalizien und den Zamosker Kreis bei, wogegen Sachsen, Gommern, Barby, Treffurt und Mansfeld an das Königreich Westphalen abtreten musste. Jetzt stand das Königreich Sachsen auf seiner höchsten Höhe und war seinem niedergeschmetterten Nachbar Preussen an Macht überlegen. Aber der Umschwung der Verhältnisse nach dem Fall Napoleons brachte es selbst mit zum tiefsten Fall und kein Land hat die französische Bundesgenossenschaft so theuer zu bezahlen gehabt. Beim Annarsch der Russen im Jahre 1813 erklärte zwar der König, sich der von Oesterreich beabsichtigten bewaffneten Vermittlung anschliessen zu wollen; allein er folgte sofort der Aufforderung Napoleons, nach Dresden zurückzukehren, und seine Truppen mit den französischen Heeren zu vereinigen. In Folge dessen ward sein Land als erobertes Gebiet behandelt und durch den Wiener Congress, welcher wiederholt auf dem Punkt stand, den Namen des Königreichs Sachsens von der europäischen Karte zu streichen, vertheilt. Mehr als die Hälfte seines Flächengehalts und fast die Hälfte seiner Bevölkerung verlor der König an Preussen. Mit dem Reste trat er dem deutschen Bunde bei.

Die Finanzgeschichte Sachsens zeigt in mancher Beziehung ein anderes Bild, als die historische Darstellung der wirthschaftlichen Verhältnisse der übrigen deutschen Staaten zweiten Ranges. Eingezwängt zwischen die beiden grossen Rivalen Deutschlands und durchschnitten von den alten Verbindungsstrassen zwischen Ost und West und Süd und Nord, ist es zu jeder Zeit genöthigt gewesen, activen oder passiven Antheil an allen Conflicten zu nehmen, welche sowohl im engern deutschen Vaterland, als auch im übrigen Europa die Ruhe und Wohlfahrt der Völker erschütterten und jedes daraus entspringende Leid in erhöhtem Maasse mitzutragen. Wir sehen desshalb Sachsen vor andern deutschen Staaten in finanziellen Bedrängnissen. Gleichzeitig sehen wir dasselbe zur Initiative in der Ergreifung des modernen Creditsystems behufs erleichterter Aufbringung seines Geldbedarfs gedrängt, in welcher es allen deutschen Staaten vorausging.¹⁾ Wir sehen ferner das Land schon im 16., 17. und 18. Jahrhundert mit Schulden und Leistungen belastet, welche im Verhältnisse zu seinem Umfange und unter Berücksichtigung des damaligen Geldwerths enorm genannt werden müssen; aber immer nehmen

¹⁾ Vergl. die ausführlichere Darstellung bei Kuntze, die Lehre von den Inhaberpapieren, §. 21, S. 79 ff.

wir rasche Erholung nach allen harten Schicksalsschlägen wahr — Dank der zähen Lebenskraft, des Fleisses und des Rechtlichkeitssinnes eines in seiner ganzen Geschichte vielgeprüften Volksstammes.

Unter der Regierung des Churfürsten August schon ward die damals bis über 2 Millionen Gulden angewachsene landesherrliche Schuld von den Landständen übernommen, zur Verwaltung und allmäligen Abtragung derselben ein (anfangs nicht ständiges) Obersteuercollegium errichtet (1570), eine vollständige Trennung der Landes- (Steuer-) Casse von der Kammercasse durchgeführt und so eine vorübergehende Ordnung in das Finanzwesen gebracht. Durch die Steigerung des Hofluxus, die wachsende Beamtenzahl und insbesondere den Ausbruch des dreissigjährigen Krieges entstanden aber neue Schulden der Kammer, welche dann von Zeit zu Zeit, mit immer erneuerter Opposition der Stände, an die „Steuer“ (Steuercasse) übergingen. Im Laufe des dreissigjährigen Krieges war die Finanznoth so gross, dass man selbst zur Verschlechterung der Münzen in unerhörtem Maasse greifen und einen Staatsbankerott befürchten musste. Erst auf dem denkwürdigen Landtage von 1660, der eine weitere Partie unbezahlter Kammeranweisungen auf die Steuer übernahm und zu dem Steuerrecess von 1661, zu einer neuen Steuerinstruction vom gleichen Jahre und zu anderen Maassregeln im Interesse der Staatsgläubiger Veranlassung gab, ward wieder ein geordneter Haushalt hergestellt, und es erholte sich der Churstaat mit überraschender Schnelligkeit von den furchtbaren Verheerungen jenes vernichtenden Krieges.¹⁾

Die Berufung des Churfürsten zum polnischen Throne verursachte aber neue Opfer und abermalige Zerrüttung der Finanzen. Zur Erlangung und Erhaltung der Königswürde wurden unter Friedrich August I. (in Polen August II., von 1697—1733) nicht nur Landestheile und Rechte des Churstaats veräussert,²⁾ sondern es kostete der durch jenes Verhältniss herbeigeführte Einfall des Schwedenkönigs Karl XII. das Land Leistungen, welche auf mehr als 23 Millionen Thaler geschätzt wurden. Die verschwenderische Regierung Friedrich August II. (in Polen August III.) von 1733—1763, welche ausserdem durch fortwährende Kriege bezeichnet ward brachte endlich die Finanznoth auf den höchsten Höhepunkt. Im siebenjährigen Kriege allein erlitt Sachsen einen auf 70 Millionen Thaler geschätzten Verlust, wovon Friedrich II. 50 Millionen erpresste. Die Schulden der „Steuer“ wuchsen zwischen 1740 und 1750 auf 30 Millionen an; die Zinsen konnten nicht mehr entrichtet werden und wurden daher gemäss eines Befehls an das Obersteuercolleg vom 28. März 1750 capitalisirt. Neue Projecte zu künstlichen Finanzoperationen wurden gemacht, wobei holländische Juden eine hervorragende Rolle spielten; selbst die Beamten und die Officiere wurden mit Steuerscheinen bezahlt, welche im Werthe mehr und mehr sanken. Die gesammten Schulden des Churstaats erreichten endlich die damals enorme Summe von 40 Mill. Thlr.³⁾

Jetzt erhielt Sachsen einen Landesfürsten, welcher es vor dem abermals drohenden Bankerotte bewahrte. Friedrich Christian (1763—1768) begann mit der Beschränkung des Hofstaats, führte in allen Zweigen der Verwaltung Ersparungen ein und vereinbarte mit den Ständen die Uebernahme, beziehungsweise Anerkennung der Steuerschulden in einem Betrage von 29,432,328 Thlr. als Landesschuld, Errichtung der sogen. Steuercrediteasse und Abtragung jener Schulden aus den sichersten Staatseinnahmen mittelst einer jährlichen Til-

¹⁾ Vergl. Gretscher (-Bülow), Geschichte des sächs. Volks und Staats, II. Band, S. 71, 72, 353, 354, 489—495.

²⁾ v. Reden a. a. O. S. 1355.

³⁾ Gretscher a. a. O. Bd. III, S. 65, 69, 70, 138.

gungsquote von 1,100,000 Thlr. im Wege der Verloosung.¹⁾ Nach dem Muster der Steuercrediteasse wurde sodann im Jahre 1765 auch eine Kammercrediteasse errichtet, deren Verbindlichkeiten durch Verhandlungen mit den Gläubigern auf 8,698,898 Thlr. festgesetzt und nach einem bestimmten Plane rückzahlbar erklärt wurden. Sowohl die Steuercrediteasse, die ganz unter ständischer Verwaltung stand, als die Kammercrediteasse trafen umfassende Anordnungen wegen der Umwandlung der alten mannigfachen Schuldurkunden in neue verloosbare Obligationen auf runde Summen und Inhaber lautend, versehen mit au porteur lautenden Zinsscheinen.²⁾ So finden wir die jetzt in Deutschland allgemein gewordenen Formen des Staatscredits und Staatsschuldenwesens, insbesondere das Institut der reinen Inhaberpapiere und der Zinsscheine, in Sachsen zuerst eingeführt.

Die eben geschilderten Einrichtungen bewährten sich in der Folge vollständig. Der tief gesunkene Staatscredit hob sich, zwar langsam, aber stetig und nachhaltig dergestalt, dass die sächsischen Staatspapiere, welche vor 1756 ganz ausser Cours waren, und 1769 noch auf 65% standen, schon 1789 über pari stiegen.³⁾ Diesen Erfolg hatte man freilich nicht allein den getroffenen Anordnungen und Einrichtungen, sondern hauptsächlich der strengen Erfüllung des aufgestellten und auf alle späteren Schulden ausgedehnten Verwaltungs- und Tilgungssystems und der gewissenhaften Einhaltung aller gemachten Zusicherungen zu verdanken. Dadurch ward der Grund zu einem Staatscredit gelegt, der selbst die erschütternden Ereignisse der folgenden Zeit überdauerte. Auch gereichte jene Gewissenhaftigkeit dem Lande nicht minder als dem Gläubiger zum Vortheile, denn ohne Ueberbürdung der Steuerpflichtigen und ohne künstliche Creditoperationen und Hülfsmittel war die Schuld der Steuercrediteasse (eigentliche Landesschuld) im Jahre 1806 bis auf 14,932,885 Thlr., also um die Hälfte des Bestandes von 1764, herabgebracht, wie auch die Kammercrediteassenschuld in noch günstigerem Verhältnisse ermässigt worden war.

In diese erste Periode der sächsischen Staatsschuldengeschichte fällt auch die Creirung von Staatspapiergeld, der sogenannten Cassenbillete. Da Sachsen von jeher ein vorherrschend industrielles Land war, bedurfte es frühe schon vermehrter Umlaufsmittel. Es ging daher auch mit der Ausgabe von Staatspapiergeld den übrigen deutschen Staaten voraus. Nachdem die Kammer schon vorher unverzinsliche Creditscheine ausgegeben hatte, erfolgte durch Edict vom 6. Mai 1772⁴⁾ die Creirung der Cassenbillete unter der Bestimmung, dass bei Zahlungen an die Staatscassen nicht mehr als die Hälfte des Betrags in diesem Papiere gegeben und bei den Umwechselungs-Cassen ein Disconto bezahlt werden sollte. Bemerkenswerth und ehrend für die sächsische Verwaltung ist der Umstand, dass dieses so leicht herzustellende Zahlungsmittel nicht, wie anderwärts fast überall, ins Maasslose vermehrt, vielmehr in den Grenzen des wirklichen Verkehrsbedürfnisses gehalten worden ist.

Mit dem Jahre 1806 beginnt eine zweite — bis zur unglücklichen Theilung des Landes dauernde Epoche der sächsischen Finanzgeschichte. Die Unfälle am Schlusse dieses Jahres, sodann die folgende politische Erhöhung des Landes, die Bundesgenossenschaft mit Frankreich, erforderten grosse Opfer und Anstrengungen, welche aus den laufenden Mitteln nicht zu befriedigen waren. Es musste daher wieder zur Schuldvermehrung geschritten werden, was sowohl

¹⁾ Ständische Steuercreditschrift vom 28. Sept. und Declaration vom 10. Oct. 1763, im Cod. Aug., I. Forts., 2. Th., S. 299 ff.

²⁾ Vergl. die eben allegirte ständische Declaration vom 10. Oct. 1763.

³⁾ Gretschele a. a. O. Bd. III, S. 176.

⁴⁾ Cod. Aug., II. Fortsetzung, Th. 2, S. 397.

durch neue verzinsliche Anlehen und zwar 4 Mill. Thlr. 1807 bei Erge in Leipzig und 6 Mill. Thlr. 1811/1812 bei Reichenbach & Cie. daselbst, als durch neue Ausgaben von Cassenbilleten geschah. Enorme Lasten, weniger für die Staatssassen als für das eroberte Land, das zum Kriegsschauplatz geworden war, brachten zumal die Jahre 1812 bis 1814. Die Requisitionen, Lazareth- und Verpflegungskosten der kriegführenden Armeen, Freunde wie Feinde, wurden auf nahe an 67 Mill. Thlr. berechnet. Als dann endlich der Friede hergestellt und das schwerbelastete Land geräumt und zerstückelt war, berechneten sich die zwischen Preussen und Sachsen zur Vertheilung gekommenen fundirten Schulden desselben wie folgt:¹⁾

1) Passiven der Steuercrediteasse	22,857,626 Thlr.
2) " " Kammercrediteasse	3,102,374 "
3) Cassenbillete	5,000,000 "
zusammen	30,960,000 Thlr.

Hievon übernahm Preussen:²⁾

ad 1) an der Steuercrediteassenschuld	6,196,854 Thlr.
" 2) " " Kammercrediteassenschuld	1,622,109 "
" 3) " " Cassenbilletschuld	1,750,000 "
	9,568,963 Thlr.
und blieben auf Sachsen lasten	21,391,037 Thlr.

Ausserdem bestanden noch bedeutende Passiven der Centralsteuercommission, wovon Sachsen die vorhandenen 700,000 Thlr. Landescommissionsscheine allein zu übernehmen hatte, Preussen dagegen sämtliche Centralsteuerobligationen im Betrage von 3,285,000 Thlr. vertrat.³⁾ Auch vielfache sonstige schwebende Schulden waren vorhanden.

Während der Wirrnisse der letzten Kriegsjahre hatte der geordnete Finanzhaushalt, wie nicht zu verwundern, Unterbrechung erlitten; ebenso war die Schuldentilgung und Verzinsung ins Stocken gerathen. Sofort nach erfolgter Abwicklung der schwebenden Verhältnisse und Organisation des verbliebenen Landesrests, wozu noch ein paar Jahre erforderlich waren, schritt aber die Verwaltung wieder zur Ordnung der Schuldverhältnisse. Im Jahre 1819 war die ganze auf Sachsen verbliebene Staatsschuld 25,148,291 Thlr.

Die Bekanntmachungen vom 23. Juni und 19. August 1818⁴⁾ bezeichnen den Anfang der dritten glänzendsten Periode der sächsischen Staatsschuldenverwaltung. Durch dieselben wurde die unterbrochene Tilgung beider Schuldgattungen auf Ostern 1821 wieder zugesichert, obgleich die Abtheilung mit Preussen noch nicht bereinigt war; auch wurde für die neue landschaftliche Schuld von 1811—1812 ein Tilgungsfonds von mindestens 1% nebst zuwachsenden Zinsen festgestellt.⁵⁾ In gleicher Weise ward die schwebende (Cassenbillets-) Schuld, welche inzwischen bis auf 2½ Mill. Thlr. ermässigt worden war, durch Edict vom 1. Octbr. 1818⁶⁾ geregelt, in Folge dessen neue Billete im Betrag von 2½ Mill. Thlr. ausgegeben wurden. Nach dem Eintritte des Oster-Termins von 1821 waren die Finanzlage und der Staatscredit bereits in

¹⁾ Vergl. Friedensvertrag vom 18. Mai 1815 und Hauptconvention zwischen Preussen und Sachsen vom 28. Aug. 1819, Art. IV, VI und X, und die derselben beigegebenen Uebersichten Lit. A und E, Ges.-Samml. von 1819, S. 253, 261, 267, 361 und 386.

²⁾ Daselbst und Convention vom 25. Nov. 1815, Ges.-Samml. von 1819, S. 343.

³⁾ Vergl. Convention vom 23. Juli 1817, §. 29, Ges.-Samml. von 1819, S. 337.

⁴⁾ Ges.-Samml. von 1818, S. 45 und 72.

⁵⁾ Avertissement vom 23. Juni 1818, §. 2, Ges.-Samml. S. 46.

⁶⁾ Ges.-Samml. S. 95.

dem Maasse restaurirt, dass man zur Ermässigung des Zinsfusses der 5proc. Steuerschuld auf 4% schreiten konnte.¹⁾ Die Tilgung der neu ausgestellten 4proc. Schuldscheine wurde demnächst im Jahre 1824 geregelt.²⁾ Von da bis 1830 schritt die Ermässigung sowohl der Steuer- als der Kammerschuld rüstig fort. Der Credit hob sich dadurch dergestalt, dass zur weiteren Zinsermässigung der gesammten Staatsschuld, in so weit sie höher als zu 3% verzinslich war, geschritten werden konnte. Auch in dieser Maassregel ging Sachsen den übrigen deutschen Staaten voraus. Es hatte es dahin gebracht, dass seine Staatspapiere fast ausschliesslich im eigenen Lande placirt und der Speculation vollständig entwachsen waren. Dieser Umstand machte es vom ausländischen Geldmarkte unabhängig und erleichterte seine Finanzoperationen so, dass es einen Zinssatz von 3% für seine Staatsschuld als normalen annehmen konnte, während die übrigen deutschen Staaten ihrer Mehrzahl nach erst später eine Zinsermässigung auf nur 3½% erreichen konnten. Im Jahre 1830 wurde mit der Umwandlung der 4proc. Steuerseheine in 3proc. begonnen³⁾ und letztere (sogenannte landschaftliche Obligationen von 1830) den älteren Schuldpapieren rechtlich gleichgestellt.⁴⁾ Bis Mitte 1833 war die Maassregel soweit gediehen, dass nur noch 4,364,050 Thlr. 4proc. Obligationen vorhanden waren, wovon sofort 1,300,000 Thlr. zur Verloosung gebracht wurden. Gleichzeitig wurde den Gläubigern eröffnet, dass die ferneren Verloosungen derart verstärkt würden, um längstens im Jahre 1836 mit dem ganzen 4proc. Schuldrest aufgeräumt zu haben. Dagegen blieb es ihnen unbenommen, ihre Schuldurkunden gegen neue 3proc. Scheine von 1830 umzutauschen.⁵⁾ Diess geschah denn auch in dem Umfange, dass von dem damals noch vorhandenen Rest der 4proc. Papiere nur 322,400 Thlr. baar zurückverlangt wurden. Der Mitwirkung von Banquiers bedurfte es dabei nicht.

Wie inzwischen die Abminderung der Schuld mittelst Tilgung und wie die Umgestaltung derselben auf ermässigte Zinssätze schon vor der völligen Durchführung der eben erwähnten Zinsreduction Fortschritte gemacht hatten, zeigen folgende Zahlen.

Im Jahre 1830 bestand die gesammte Schuld noch in 18,762,050 Thlr.⁶⁾ Sie hatte also seit 1819 abgenommen um 6,386,241 Thlr.

Ihre einzelnen Bestandtheile waren:

1) Schulden der Steuerereditcasse	14,805,871 Thlr.
2) " " Kammerereditcasse	1,218,379 "
3) " " Hauptstaatscasse	237,800 "
4) Betrag der Cassenbillete	2,500,000 "
	<hr/> 18,762,050 Thlr.

Zu Michaelis 1834 war eine weitere Ermässigung der Schuldtheile ad. 1 und 2 eingetreten, welche sich in ihrem Betrage und Zinsfusse wie folgt darstellten:⁷⁾

A) Steuerereditcassenschuld:

3proc. ältere Scheine	9,165,696 Thlr.
3proc. neue dto.	155,700 "
4proc. dto. von 1821	5,103,600 "
	<hr/> 14,424,996 Thlr.

¹⁾ Bekanntmachung vom 31. März 1821, Ges.-Samml. S. 45.

²⁾ Bekanntmachung vom 27. Juli 1824, Ges.-Samml. S. 174.

³⁾ Bekanntmachung vom 7. Juli 1830 (nicht in die Ges.-Samml. aufgenommen).

⁴⁾ Mandat vom 26. Aug. 1830, Ges.-Samml. S. 156.

⁵⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 29. Juni 1833, Ges.-Samml. S. 72.

⁶⁾ v. Reden a. a. O. S. 1366. Kolb a. a. O. S. 207.

⁷⁾ v. Reden a. a. O. S. 1357 und 1360.

B. Kammerereditcassenschuld:

theils zu 2 und 3% verzinslich, theils unverzinslich	1,165,329 Thlr.
dazu Cassenbilletschuld, unverzinslich	2,500,000 „

Summe der Staatspassiven excl. derjenigen der Hauptstaatscasse 18,090,325 Thlr.

Das wichtigste Ereigniss dieser Zeit ist die Vereinbarung einer neuen Verfassung im Jahre 1831.¹⁾ Während nämlich andere unter französischer Aegide erhobenen neuen Könige die ihnen verliehene Souverainetät dazu gebrauchten, die alten ständischen Verfassungen zu beseitigen, verstand der König von Sachsen seine neuen Prärogative nicht in gleich exclusivem Sinne. Er liess daher die altständische Verfassung fortbestehen und schritt auf dem Wege constitutioneller Entwicklung überhaupt nur sehr langsam und vorsichtig weiter. Daher denn die verspätete Verleihung einer modernen Constitution, welche auch jetzt noch das Maass der Volksrechte nicht allzusehr erweiterte. Wir werden deren Inhalt, in so weit er uns interessirt, im Folgenden geeigneten Orts einschalten. Hier haben wir lediglich die nächsten Folgen ihrer Wirksamkeit vor Augen zu stellen.

Diese bestanden in Absicht auf den Staatshaushalt und das Staatsschuldenwesen hauptsächlich in folgenden Anordnungen und Einrichtungen:

- 1) Vorlegung eines ordnungsmässigen Staats-Budgets und der Staatsrechnungen an die Stände.²⁾
- 2) Aufsicht der Stände über die Erhaltung und Verwaltung des als unveräusserlich erklärten Staatsguts.³⁾
- 3) Vollständiger Uebergang des letzteren in die Nutzniessung des Staats, dagegen Aussetzung einer Civilliste für den König, sowie Fixirung der erforderlichen Mittel zum Unterhalt der Mitglieder des kgl. Hauses.⁴⁾
- 4) Im Gefolge dieser Bestimmung Aufhebung der bis dahin bestandenen Cassentrennung, Uebernahme aller Forderungen und Schulden des „königl. Fiscus“ auf die allgemeinen Staatssassen, daher insbesondere auch Vereinigung der beiden Schulden- (Credit-) Cassen in Eine besondere, ganz unter ständische Verwaltung gestellte „Staatsschuldencasse.“⁵⁾
- 5) Als weitere Folge dieser Einrichtung die Vereinigung des bislang getrennt gehaltenen Schuldenwesens der Oberlausitz mit der neu errichteten Staatsschuldencasse.⁶⁾ Die übernommene Schuld-Summe dieser Provinz betrug 1,101,060 Thlr.

Durch die Vereinigung der fiscalischen und Steuercassen entstand eine Verminderung der Gesamtstaatsschuld um 4,394,700 Thlr., welche Summe sich diese Cassen gegenseitig schuldeten und nun durch Abrechnung und Abschreibung in Wegfall kam.

Jetzt war die vollkommenste Klarheit und Einfachheit in das Staatsschuldenwesen gebracht und ausserdem die Last der Schuld auf ein Maass reducirt, wie es keinem andern Staat gleichen Ranges zu jener Zeit gelungen war.

Am Schlusse des Jahres 1836 betrugen die Passiven der Staatsschuldencasse noch:⁷⁾

¹⁾ Vom 4. Sept. 1831, Ges.-Samml. S. 241 ff.

²⁾ Verfassungsurkunde §. 98—99.

³⁾ Verfassungsurkunde §. 16—20; 108.

⁴⁾ Dasselbst §. 17, 22, 23.

⁵⁾ Dasselbst §. 19 und 107. Gesetz vom 29. Sept. 1834, Ges.- u. Verordn.-Bl. S. 209.

⁶⁾ Uebereinkunft vom 2. Dec. 1834.

⁷⁾ v. Reden a. a. O. S. 1358.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

verzinsliche Steuercassen- resp. landschaftliche Obligationen	10,270,250 Thlr.
unverzinsliche Steuercassen- resp. landschaftliche Obligationen	17,694 "
verzinsliche Kammercreditcassenscheine	858,975 "
unverzinsliche "	39,339 "
	<u>11,186,258 Thlr.</u>
Dazu Cassenbilletschuld	2,500,000 "
resultirt sohin Gesamtschuld	<u>13,686,258 Thlr.</u>

und Ermässigung derselben seit 1830 um 5,075,792 Thlr.

Eine Erhöhung trat bis zum Schlusse dieser Periode, Ende 1842, nur durch eine weitere Ausgabe von 500,000 Thlr. Cassenbillets ein, sofern an die Stelle des in den Jahren 1818 und 1834 im alten Münz- (20 Gulden-) Fusse emittirten Papiergelds von 2 $\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. neue Cassenbillete im Betrage von 3 Mill. Thlr. im 14Thalerfuss ausgegeben wurden.¹⁾ Im Uebrigen schritt die Tilgung der fundirten Schuld fort und es bestand dieselbe daher zu Michaelis 1842 aus folgenden Posten:²⁾

	im 20 fl.-Fuss:	im 14 Thaler-Fuss:
1) Schulden der vormaligen Steuercreditcasse:		
a) früher als verjährt geführte, kraft des Avertissements vom 31. März 1821 aber auf Anmelden zu bezahlende alte Steuerscheine	17,387 Thlr.	—
b) Im Jahre 1830 ausgefertigte 3proc. landschaftliche Obligationen	—	9,661,075, Thlr.
2) Schulden der vormaligen Kammercreditcasse:		
a) im Jahre 1766 ausgefertigte 2proc. Scheine	442,950 Thlr.	—
b) im Jahre 1766 ausgefertigte unzinsbare Scheine unter 50 Thlr. Lit. E.	25,027 "	—
c) zur Verzinsung nicht angemeldete alte Kammer- und Generalaccis-Scheine, welche kraft Avertissements vom 22. März 1837 zu berichtigen sind	9,015 "	—
3) Cassenbilletschuld		3,000,000 Thlr.
Summa im Ganzen	<u>494,379 Thlr.</u>	<u>12,661,075 Thlr.</u>
		<u>13,155,454 Thlr.</u>

Hiemit hatte die sächsische Staatsschuld den günstigsten Stand erreicht, den sie seit 100 Jahren je hatte. Gleichzeitig schliesst aber die Periode der Schuldenabnahme und macht einer neuen Epoche Platz, welche uns wiederum ein rasches Steigen der Schuld, jedoch meist zu anderen, nützlicheren Zwecken als bisher, zeigt.

Als Nachlese zur vorigen Periode haben wir jedoch noch folgende wichtigere Verordnungen zu registriren:

¹⁾ Gesetz vom 16. April 1840, Ges.-Samml. S. 53. Vollzugsverordnung vom 15. Sept. 1842, Ges.- u. Verordn.-Bl. S. 115.

²⁾ Vergl. Feller's Archiv der Staatspapiere, 3. Aufl., S. 318—320. Leipzig, 1843.

- 1) Die Bekanntmachung vom 21. März 1837,¹⁾ durch welche die sämtlichen Theile der vormaligen Steuercreditcassenschuld, mit alleiniger Ausnahme der alten, längst verjährten, jedoch im Jahre 1821 gleichwohl wieder in ihre Rechte eingesetzten Steuerscheine (von nur geringem Betrag) in eine einzige Schuldgattung, und zwar in 3proc. landschaftliche Obligationen von 1830, umgewandelt wurde. Diese Conversion war, nachdem die älteren Schuldtitel von 1764 und die 5proc. Obligationen von 1811 und 1812 schon von 1830 bis 1834 mit 3proc. landschaftlichen Obligationen de 1830 verwechselt waren, nur noch für die Anleihe von 1807, welche bis jetzt von jeder Verloosung ausgeschlossen war, nöthig, und geschah dadurch, dass die Obligationen jener Anleihe gegen 3proc. landschaftl. Scheine von 1830 eingezogen wurden. Für die so auf Eine Categorie zurückgeführte Schuld wurde nun auch Ein Tilgungsfonds und Tilgungsmodus festgestellt, und zwar ersterer zu 1% der ganzen Schuld von 10,270,250 Thlr., letzterer mittelst Anordnung halbjähriger Verloosungen, je an Ostern und Michaelis.
 - 2) Die Bekanntmachung vom 22. März 1837,²⁾ wodurch sämtliche bis dahin zur Verzinsung nicht angemeldeten Kammer- und Generalaccisscheine gekündigt wurden.
 - 3) Bekanntmachung vom 9. März 1840,³⁾ mit welcher der ganze Rest der 3proc. Kammerereditcassenscheine ebenfalls zur Kündigung in der Weise gelangte, dass es deren Inhaber freistand, entweder baares Geld oder 3proc. landschaftliche Scheine von 1830 dafür zu nehmen. Hiedurch war ein weiterer Schritt zur Vereinfachung des Schuldenwesens geschehen und die Passiven der vormaligen Kammerereditcasse bis auf die 2proc. Scheine reducirt.
 - 4) Das Gesetz vom 20. Juli 1840,⁴⁾ die künftige Münzverfassung im Königreich Sachsen betreffend, wodurch an die Stelle des 20 fl.-Fusses der 14 Thlr.-Fuss eingeführt wurde, und die damit in Verbindung stehenden Bekanntmachungen des Ausschusses für die Verwaltung der Staatsschuldencasse vom 14. Mai,⁵⁾ 8. August⁶⁾ und 3. Novbr. 1840,⁷⁾ welche die Anwendung jenes Gesetzes auf die Staatsschuld regelten. Die Inhaber der Obligationen von 1830 wurden darin aufgefordert, sich zu erklären, ob sie das gesetzliche Agio mit 2 $\frac{7}{10}$ % baar, oder die Fortentrichtung ihrer Ansprüche im 20 fl.-Fuss beanspruchen, in welchem letzterem Falle ihnen die Heimzahlung ihrer Capitalien in Aussicht gestellt wurde. Die 2proc. Kammerereditcassenscheine konnten zwar ebenfalls, mussten aber nicht in die neue Währung verwandelt werden.
- Der neueste Abschnitt der Staatsschuldengeschichte Sachsens wird durch das Gesetz vom 27. Juli 1843,⁸⁾ die Creirung neuer 3proc. Staatsobligationen zum Behufe der Entschädigung der bis dahin Steuerfreien für die Aufhebung der Steuerfreiheit betreffend, mit Vollzugsverordnung vom 31. Juli 1843,⁹⁾

¹⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1837, S. 45.

²⁾ Ebendasselbst S. 51.

³⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1840, S. 20.

⁴⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. S. 173. Dazu Gesetz vom 21. Juli 1840, die Feststellung des Verhältnisses zwischen der alten und neuen Landes- und andern Währungen betr., daselbst S. 176.

⁵⁾ Daselbst S. 70.

⁶⁾ Daselbst S. 210.

⁷⁾ Daselbst S. 355.

⁸⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1843, S. 74.

⁹⁾ Daselbst S. 75.

eingeleitet. Die Emission dieser neuen Schuld umfasste den Betrag von 4 Mill. Thlr.¹⁾ Sie wurde der älteren Landesschuld in allen Stücken gleichgestellt; die Obligationenempfänger erhielten aber ausserdem das Recht, binnen der nächsten 4 Monate nach Einführung des neuen Grundsteuersystems die Umwechslung der Obligationen nach dem vollen Nennwerthe gegen baares Geld zu verlangen, von welchem Rechte umfangreicher Gebrauch gemacht wurde. Zur Beschaffung der hiezu erforderlichen Geldmittel mussten daher Handdarlehen aufgenommen werden, so 1 Mill. Thlr. beim Hause Rothschild und $\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. bei der Leipziger Bank.²⁾ Eine effective Vermehrung der Staatsschuld trat jedoch durch letztere Anlehen nicht ein, da die Staatscasse andererseits in den Besitz der eingelösten 3proc. Scheine gelangte. Dagegen erhöhte sich die schwebende Schuld durch Nachereirung von 1 Mill. Thlr. neuer Cassenbilletts im Gefolge des Gesetzes vom 9. Septbr. 1843,³⁾ „um dem ferneren Begehre nach inländischen Geldrepräsentationsmitteln zu entsprechen.“ In demselben Jahre kam endlich zwischen den alten Erblanden und dem Markgraffthum Oberlausitz der Vertrag vom 21. Decbr. 1843, die Gleichstellung beider Theile rücksichtlich der Staatsschuldenbeiträge betreffend,⁴⁾ zu Stande. Ein Jahr darauf wurden sämtliche noch vorhandene 2proc. Kammerereditcassenscheine zur Heimzahlung gekündigt⁵⁾ und damit das gesammte Schuldenwesen der Kammerereditcasse abgewickelt. Es blieben von ihr nur kleine Reste von längst verjährten verzinslichen und von unverzinslichen sogen. Spitzscheinen übrig. Der Name und die Unterscheidung von Steuer- und Kammerscheinen hört daher von jetzt an auf und es gibt nunmehr nur „Staatsschuldencassenscheine“ und „landschaftliche Obligationen von 1830.“ Am Schlusse des Jahres 1845 war der Schuldenstand folgender:⁶⁾

	im 20 fl.-Fuss:	im 14 Thlr.-Fuss:
a) Alte verjährte Steuerscheine	17,387 Thlr.	—
b) Landschaftliche Obligationen von 1830	—	9,284,250 Thlr.
c) Alte 2proc. Kammerscheine de 1766	442,950	—
d) dto. unverzinsliche (Spitzscheine)	18,950	—
e) dto. dto. verjährte	9,015	—
f) Staatsschuldenscheine von 1844	—	3,939,100 Thlr.
g) Cassenbilletts	—	4,000,000 „
	488,302 Thlr.	17,223,350 Thlr.
Summe	17,711,652 Thlr.	

Uebrigens war ein sehr namhafter Theil der ausgegebenen Obligationen im Besitze der Staatscassen und man würde einen irrigen Schluss ziehen, wenn man die Vermehrung der Schuld von 1842 bis 1845 einer bedrängten Finanzlage beimessen wollte. Diese war vielmehr seit langer Zeit eine glänzende und es ergaben alle Etatsperioden erhebliche Ueberschüsse, welche theils zur Ansammlung eines „mobilen Staatsvermögens,“ theils zu andern nützlichen Zwecken verwendet wurden.

Dieselbe Ursache, welche neuerer Zeit in den meisten deutschen Mittel-Staaten die öffentliche Schuld um's Mehrfache steigerte, führte von jetzt an

¹⁾ Bekanntmachung vom 11. März 1844, Gesetz- u. Verordn.-Bl. S. 125.

²⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 1359. Ein Publicandum bezüglich dieser von der Hauptstaatscasse durchgeführten Anlehensoperationen findet sich im Gesetzbl. nicht.

³⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1843, S. 135.

⁴⁾ Dasselbst S. 276.

⁵⁾ Bekanntmachung vom 12. März 1844, Gesetz- u. Verordn.-Bl. S. 126.

⁶⁾ Feller, Staatspapier- und Actienbörse, Leipzig, 1846, S. 221.

auch in Sachsen eine solche Steigerung herbei. Wir meinen den Eisenbahnbau. In einem vertraulichen Decrete vom 18. Septbr. 1845 legte die Regierung den Ständen ihre Ansichten über die Art der Aufbringung des zum Eisenbahnbau erforderlichen Geldbedarfs, welcher damals incl. bereits genehmigter 3,933,229 Thlr. auf 10,150,000 Thlr. angenommen wurde, vor. Die Stände entsprachen in ihrem Antwortschreiben vom 9. Juni 1846 jenen Anträgen dahin, dass

- a) zu den vorhandenen 4 Mill. Thl. Cassenbilleten noch 3 Mill. zu emittiren seien, welche Emission durch Gesetz vom 18. Juni 1846 ¹⁾ vollzogen wurden;
- b) 2 Mill. Thlr. neue Handdarlehen aufgenommen und
- c) die verfügbar werdenden Ueberschüsse der Staatscasse zum Eisenbahnbau verwendet werden sollten.

Die Regierung benützte diese Credite, beantragte aber im Jahre 1847 die Einlösung und den Ausbau der vorher einer Privatgesellschaft concessionirten „sächsisch-bayerischen Eisenbahn“ und zu diesem Zwecke eine 4proc. Staatsanleihe von 10 Mill. Thlr., wovon jedoch nur 5 Millionen zur Verwendung kommen, die andern 5 Mill. aber in älteren 3proc. Staats- und in $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen der Landrentenbank an Zahlungsstatt gegen die neuen 4proc. Schuldscheine eingezogen und der Staatsschuldencasse übergeben werden sollten, so dass nur eine effective Vermehrung der öffentlichen Schuld um 5 Mill. Thlr. eintrat. In dieser Weise wurde denn auch die Operation durch Gesetz vom 27. März 1847, ²⁾ Declaration vom gleichen Tage ³⁾ und Bekanntmachung des ständischen Ausschusses von demselben Datum ⁴⁾ durchgeführt. Sie war eine Maassregel zur Erhaltung des bereits hier wie anderwärts durch die Theurung und Handelscriisis afficirten Staatscredits. Die nun ausgegebenen Obligationen wurden den älteren Schuldpapieren in ihren Rechten völlig gleichgestellt.

Die Erwerbung der sächsisch-bayerischen Eisenbahn (Leipzig-Hof mit einer Zweigbahn von Werdau nach Zwickau) hatte übrigens nicht nur die eben berührte Schuldenvermehrung mit sich gebracht, sondern der Staat übernahm auch vermöge Vertrags vom 1. April 1847 ⁵⁾ und kgl. Decrets vom gleichen Tage, ⁶⁾ wodurch die Actiengesellschaft aufgelöst und die Bahn auf Staatsrechnung übertragen wurde, das gesammte Actien- und Prioritätscapital der Gesellschaft als Staatsschuld. Das Actiencapital bestand in 45,000 Stück Actien à 100 Thlr. Der Staat fand sich zu dieser Aquisition, sowie später zu den gleichen Erwerbungen der „sächsisch-schlesischen (Dresden-Görlitzer) und der Chemnitz-Rieser Eisenbahn veranlasst, weil er sich von Anfang an mit einem Viertheil als Actionär betheiligte, auch sonstige Verpflichtungen übernommen, sich aber das Rückkaufsrecht eventuell vorbehalten hatte und weil die Privatgesellschaften die erforderlichen Geldmittel unter veränderten Verhältnissen vorthellhaft nicht mehr aufzubringen vermochten.

So war die gesammte Staatsschuld Ende 1847 auf folgende Beträge gesteigert: ⁷⁾

¹⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1846, S. 59.

²⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1847, S. 50.

³⁾ Dasselbst S. 52.

⁴⁾ Ebendasselbst S. 53.

⁵⁾ Dasselbst S. 63—66.

⁶⁾ Dasselbst S. 61—63.

⁷⁾ v. Reden a. a. O. S. 1366.

a) Schulden der vormaligen Steuercredit- und jetzigen Staatsschulden-Casse	22,593,925 Thlr.
b) Schulden der Hauptstaatscasse	4,184,075 „
c) Cassenbillettschuld	7,000,000 „
zusammen	33,778,000 Thlr.

Die Bewegungsjahre 1848 und 1849 gingen zwar, was in Sachsen zu verwundern, ohne neue fundirte Anlehen vorüber, verschlechterten aber die Finanzlage derart, dass neue Steuern aufgelegt, die alten voraus erhoben¹⁾ und die bei der Hauptstaatscasse vorhandenen Fonds aufgezehrt, auch die Passivverbindlichkeiten der letztern Casse bedeutend vermehrt werden mussten. Durch Gesetz vom 31. Juli 1848²⁾ erhielt die Regierung die Ermächtigung, die sich im Besitze des Staats befindenden oder in solchen noch gelangenden 3proc. Obligationen von 1844 in 5proc. zu verwandeln und diese für Rechnung der Hauptstaatscasse zur Veräußerung zu bringen, was sofort nach Bekanntmachung von demselben Tage³⁾ geschah. Die Obligationen konnten mit nur geringen Vortheilen für die Abnehmer al pari angebracht werden. Vergleich man die Course der gleichzinsigen Papiere anderer Staaten von jener Zeit, so war dieses Resultat für Sachsen, wo die Bewegung bis zum Aufruhr fortschritt, ein sehr günstiges und bestätigt, was wir bezüglich des sächsischen Staatscredits bereits oben bemerkt haben. Das Finanzministerium suchte durch Bekanntmachung vom 11. Novbr. 1848⁴⁾ auch den im freien Verkehr verbliebenen Rest der Anleihe von 1844 mit circa 780,000 Thlr. an sich zu bringen, indem es den Umtausch der Obligationen derselben gegen 3proc. landschaftliche Obligationen von 1830 mit $\frac{1}{3}\%$ Aufgeld anbot. Auch von diesem Offert wurde umfassender Gebrauch gemacht, und es verschwanden so die 3proc. Obligationen von 1844 bis auf einen geringen Rest, (welcher am 20. März 1852 gekündigt wurde).

Von den Verfassungskämpfen des Jahres 1848 wird später die Rede sein. Die aufrührerischen Ereignisse des folgenden Jahres, welche die Flucht des Königs,⁵⁾ den Belagerungszustand über Dresden und Werdau⁶⁾ und auswärtige Kriegshülfe zur Folge hatten, konnten begreiflicher Weise nur geeignet sein, die Finanzen zu zerrütten. Die Schuld der Hauptstaatscasse wuchs daher in bedenklichster Weise, was aus folgender Zusammenstellung des Gesamtschuldenstandes Ende 1849 ersichtlich wird. Es betrug:⁷⁾

a) die Schuld der Staatsschuldencasse	22,506,637 Thlr.
b) „ „ „ Hauptstaatscasse	11,836,724 „
c) die Cassenbillettschuld	7,000,000 „
die ganze Staatsschuld	41,343,361 Thlr.
Davon befanden sich im Besitze der Staatscassen	4,740,000 „
und waren in Händen von fremden Gläubigern	36,603,361 Thlr.

Nach wieder hergestellter Ordnung im Innern wurde auch die Ordnung im Staatshaushalt wieder befestigt und der Staatseisenbahnbau mit erneuerter Energie aufgenommen. Beiderlei Bestrebungen, sowie die Absicht, die in den

¹⁾ Vergl. Verordnung vom 25. April, 27. ej. d., 12. Aug. und 5. Nov. 1848, Gesetz- u. Verordn.-Bl. S. 97, 99, 166 und 291.

²⁾ Gesetz- u. Verordn.-Bl. von 1848, S. 158.

³⁾ Dasselbst S. 160.

⁴⁾ Dasselbst S. 287.

⁵⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 8. Mai 1849, Gesetz- u. Verordn.-Bl. S. 97.

⁶⁾ Bekanntmachung vom 8. Mai und 25. Juni 1849, das. S. 95 und 132.

⁷⁾ v. Reden a. a. O. S. 1366.

letzten Jahren aufgenommene sogen. Handdarlehensschuld von 9,032,800 Thlr. zu consolidiren und zu fundiren, hatten eine neue $4\frac{1}{2}\%$ Anleihe von 15 Mill. Thlr. zur Folge, welche, durch Gesetz vom 10. und Bekanntmachung vom 18. Janr. 1851 ¹⁾ in's Werk gesetzt, schon am 10. Febr. desselben Jahres beschafft war, obgleich bei dem eben genannten Gesetze nur die alten, restituirten Stände mitgewirkt hatten. Die Eisenbahnunternehmungen von Seite des Staats wurden gleichzeitig auf folgende Objecte ausgedehnt:

- 1) Fortbau der sächsisch-böhmischen Bahn (von Dresden an die böhmische Grenze bei Bodenbach), welche von Anfang an auf Staatskosten ausgeführt worden war;
- 2) Fortbau der sächsisch-bayerischen, 1847 erworbenen Bahn;
- 3) Uebernahme der sächsisch-schlesischen Bahn (Dresden-Görlitz), von einer Privatgesellschaft, bei welcher sich der Staat schon vorher mit 2,178,000 Actien theilhaftig hatte. In den Händen der Actionäre waren 4 Mill. Thlr. Actien, die nun kraft Vertrags vom 31. Januar 1851 ²⁾ und königl. Decrets vom gleichen Tage ³⁾ als in 4proc. Staatsschulddocumente umgewandelt erklärt wurden. Nebenbei übernahm der Staat die schwebende Schuld der Gesellschaft mit 210,000 Thlr.
- 4) Erwerbung und Ausbau der Chemnitz-Riesaer Bahn. Die Erwerbung geschah durch Vertrag vom 30. Decbr. 1850 ⁴⁾ und kgl. Decret vom 28. Janr. 1851 ⁵⁾ in der Weise, dass den Actionären freigestellt wurde, für jede in ihrem Besitze befindliche Actie entweder 30 Thlr. feste Entschädigung anzunehmen, wovon $\frac{1}{3}$ baar und $\frac{2}{3}$ in 4proc. Prioritätsschuldscheinen der Gesellschaft selbst, welche der Staat nun als eigene Schuld übernahm, zu berichtigen waren; oder den 25fachen Betrag des Reinertrags der Bahn während der ersten 10 Betriebsjahre pro rata zu verlangen. Würde im letzteren Falle jener 25fache Betrag die Summe von 25 Thlr. per Actie nicht erreichen, so sollte gleichwohl dieser Betrag an diejenigen Actionäre vergütet werden, welche die zweite Entschädigungsmodalität durch rechtzeitige Anmeldung wählen würden; auch erhielten diese per Abschlag sofort 10 Thlr. baar und 10 Thlr. in 4proc. Prioritätsobligationen auf jede Actie, während ihnen der Rest binnen 6 Monaten nach Ablauf des 10ten Betriebsjahres gegen Zurückgabe der ausgestellten „Anwartsscheine“ zu bezahlen war. Die ursprüngliche Actienausgabe der Gesellschaft hatte sich auf 40,000 Thlr. Antheilsscheine à 100 Thlr. erstreckt, wovon 29,565 Stücke im Privatbesitze. Auch sämtliche schwebende Schulden derselben übernahm der Staat.
- 5) Herstellung einer Verbindungsbahn zwischen den Leipziger Bahnhöfen.

Diese in späterer Zeit noch erweiterte Eisenbahnunternehmungen hatten hauptsächlich die stetige Schuldenvermehrung zur Folge, von welcher nachstehend die Rede sein wird.

Die Finanzen konnten inzwischen, und zwar bis zur neuesten Zeit, nur durch ausserordentliche Steuerzuschläge im Gleichgewicht erhalten werden. ⁶⁾

¹⁾ Gesetz- und Verordn.-Bl. von 1851, S. 6 und 15.

²⁾ Daselbst S. 34 ff.

³⁾ Ebendaselbst S. 31.

⁴⁾ Ebendaselbst S. 26 ff.

⁵⁾ Ebendaselbst S. 24—25.

⁶⁾ Vergl. Finanzgesetze vom 13. Dec. 1850, Ges.- u. V.-Bl. S. 272; 27. Mai 1852, Ges.- u. V.-Bl. S. 88; 16. Aug. 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 312.

Doch fanden an letzteren wiederholt Nachlässe statt¹⁾ und die wirklichen Rechnungsergebnisse übertrafen regelmässig die verabschiedeten Etatsvoranschläge um ein Namhaftes, so dass die ausserordentlichen Staatsbedürfnisse stets auf die „verfügbaren Verwaltungsüberschüsse“ angewiesen werden konnten.²⁾ Die der kgl. sächsischen Hauptstaatscasse zur unmittelbaren Disposition stehenden Mittel waren überhaupt von jeher relativ grösser, als in andern Staaten, und ermöglichten daher eine selbstständigere Bewegung, sowie manche, von der Staatsschuldenverwaltung unabhängige Creditoperationen, wie z. B. die sogen. Handdarlehen gegen Kündigung auf 1 Jahr, die Ausgabe der Reservecassenbilletts gegen Hinterlegung von Staatsschuldscheinen bei der Staatsschuldencasse, welche wiederholt gesetzlich sanctionirt wurde,³⁾ u. s. w.

Die Verwaltung der Staatsschuld schritt ihrerseits sofort wieder zur Abminderung der Lasten dieser, sobald die Crediterschütterungen der Bewegungszeit sich verlaufen hatten. Sie kündigte daher schon unterm 20. März 1852⁴⁾ den ganzen Rest der Anleihe von 1844, deren grösster Theil 1848 auf den Zinsfuss von 5% erhöht worden war, und beseitigte so die 5proc. Schuld. Zu diesem Zwecke, sowie zur Tilgung der von der Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft übernommenen Prioritätsanleihe von 2 Mill. Thlr. gestattete das Gesetz vom 1. Juni 1852⁵⁾ die Eröffnung einer neuen 4proc. Anleihe im Betrage von 5,850,000 Thlr., welche alsbald untergebracht war.

Im Jahre 1855 erfolgte die Umwandlung der von der sächsisch-bayerischen Eisenbahngesellschaft übernommenen Actienschuld von 4½ Mill. Thlr. in 3proc. Staatsschuldscheine,⁶⁾ wie sie durch den oben erwähnten Vertrag von 1847 zugesagt war. Zu gleicher Zeit ward eine neue 4proc. Eisenbahnanleihe von 8,650,000 Thlr. als Fortsetzung der 1852ger 4proc. Anleihe eröffnet,⁷⁾ wovon zunächst die Summe von 5 Mill. Thlr. emittirt wurde;⁸⁾ der Rest kam später zur Ausgabe.

Zu Anfang des Jahres 1858 konnte man die Conversion der ganzen 4½proc. Staatsschuld in neue 4proc. Obligationen, welche wiederum als Fortsetzung der Anleihen von 1852 und 1855 emittirt wurden,⁹⁾ wagen. Die Maassregel gelang so vollständig, dass am 18. Juni desselben Jahres von 14,524,000 Thlr. nur noch 90,200 Thlr. unconvertirt geblieben waren, welche nun gänzlich zur Heimzahlung gekündigt wurden.¹⁰⁾ Damit war auch die 4½proc. Schuld beseitigt.

Eine letzte 4proc. Anleihe von 3½ Mill. Thlr. zur Ausführung einer weiteren Staatseisenbahn von Tharandt nach Freiberg und den fiscalischen Hüttenwerken wurde im Jahre 1859 verwilligt.¹¹⁾ Dagegen war das Königreich

¹⁾ So schon 1851 durch Verordnung vom 13. Sept., Ges.- u. V.-Bl. S. 326; dann 1853 durch Verordnung vom 30. April, Ges.- u. V.-Bl. S. 72; für 1856 durch Verordn. vom 15. Mai, Ges.- u. V.-Bl. S. 77; für 1857 durch Verordn. vom 26. März, Ges.- u. V.-Bl. S. 63.

²⁾ S. die eben (S. 215, Note 6) allegirten Finanzgesetze.

³⁾ Vergl. Gesetz vom 16. Janr. 1851, Ges.- u. V.-Bl. S. 22, und Gesetz vom 6. Sept. 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 527.

⁴⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1852, S. 52.

⁵⁾ Dasselbst S. 86.

⁶⁾ Gesetz vom 31. März 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 51, und Bekanntmachung vom 7. Sept. 1855, das. S. 524.

⁷⁾ Gesetz vom 13. Aug. 1855, ebendas. S. 135.

⁸⁾ Bekanntmachung vom gleichen Tage, das. S. 137.

⁹⁾ Gesetz vom 11. Febr. 1858, Ges.- u. V.-Bl. S. 7.

¹⁰⁾ Bekanntmachung vom 18. Juni 1860, ebendas. S. 121.

¹¹⁾ Gesetz vom 3. Janr. 1859, Ges.- u. V.-Bl. S. 5.

Sachsen einer der wenigen Staaten, welchen es möglich war, den ausserordentlichen Kriegsaufwand dieses Jahres im Betrag von 5,636,724 Thlr. ohne Anleihe, theils durch Wiederaufnahme der vorher erlassenen Steuerzuschläge, theils durch Verwendungen aus den verfügbaren Beständen des mobilen Staatsvermögens aufzubringen.¹⁾

§. 50.

Neuester Bestand der sächsischen Staatsschuld.

Wir kennen den rechnungsmässigen Schuldenstand, wie er vom Jahre 1858 auf das Jahr 1859 übergang. Die Gesamtsumme betrug am 1. Januar 1859

60,729,552 Thlr.

und war aus folgenden Bestandtheilen zusammengesetzt:

a) alte Steuer- und Kammer-Crediteassenscheine	18,177 Thlr.
b) 3proc. landschaftliche Obligationen von 1830	7,199,875 "
c) 4proc. Staatsschuldencassen-Scheine von 1847	9,201,500 "
d) 4 $\frac{1}{2}$ proc. " " " 1851	90,200 "
e) 4proc. " " " 1852—1858	28,936,300 "
f) 3proc. " " " 1855	4,453,300 "
g) sächsisch-schlesische Eisenbahnschuld (4 $\frac{1}{2}$ ° nebst Prämien)	3,830,200 "
h) unverzinsliche Cassenbilletts	7,000,000 "
	<hr/> 60,729,552 Thlr.

Hiezu ist der Capitalwerth der Renten aus unablösbaren

Capitalien mit 52,067 Thlr. zu 4 $\frac{1}{2}$ ° zu rechnen à 1,301,675 Thlr.

und kommt ferner hinzu: die im Jahre 1859 emittirte 4proc.

Eisenbahnanleihe mit 3,500,000 Thlr.

Summe 65,531,227 Thlr.

Setzt man hievon die planmässige Tilgungsquote des Jahres 1859 mit circa 650,000 Thlr. ab, so verbleibt ein Nominalbetrag der ganzen Staatsschuld von rund 65,000,000 Thlr.

Nach einem Ministerialausschreiben vom Juni 1859 wurden damals ausser der gesetzlich verwilligten, oben eingerechneten fundirten Eisenbahnanleihe von der Hauptstaatscasse 4 $\frac{1}{2}$ proc. Handdarlehen angenommen und 4proc. Staatsschuldenscheine mit dem Recht einjähriger Kündigung für den Inhaber ausgegeben, deren Betrag uns nicht bekannt geworden ist. Diese Cassenmanipulationen konnten indessen die eigentliche Staatsschuld nicht vermehren, sondern waren Creditoperationen auf Rechnung des mobilen Staatsvermögens.

Ein Vergleich des neuesten Schuldenstandes mit dem des Jahres 1842 ergibt die enorme Zunahme von 52 Millionen und könnte gerechte Bedenken hervorrufen, wenn nicht in Berücksichtigung käme, dass weit der grösste Theil dieser Schuldenvermehrung eine productive Capitalanlage in Eisenbahnen, Telegraphen etc. gewesen ist, welche wenigstens bis jetzt ein sehr befriedigendes Ertragsergebniss geliefert hat.

Dennoch ist die Gesamtziffer der Staatsschuld des Königreichs Sachsen im Vergleich zu seiner Grösse und seinen Kräften eine namhafte. In Zeiten der Geschäftslosigkeit könnte sie um so drückender werden, als nun nicht nur die Hauptquelle des Volkseinkommens, sondern auch ein sehr bedeutender Theil der Staatseinnahmen aus industriellen Unternehmungen fliesst, deren weniger constanter Character leicht augenblickliche Noth mit sich bringt.

¹⁾ Landtagsabschied vom 11. Juni 1859, das. S. 160.

Indessen hat Sachsen einen in seiner ganzen Vergangenheit begründeten Staatscredit und den wichtigen Umstand voraus, dass es sich seine Schuld fast ganz selbst schuldet.

§. 51.

Gewährschaften des sächsischen Staats für fremde Verbindlichkeiten.

Nachdem der Staat mehrere Privateisenbahnen, für welche er mit gewissen Verpflichtungen eingetreten war, in sein volles Eigenthum übernommen hat (s. oben §. 49), beschränken sich unseres Wissens seine Verbindlichkeiten für fremde Rechnung auf folgende Anstalten:

- 1) die königl. Landrentenbank, errichtet in Folge Gesetzes vom 17. März 1832 zum Behufe der Vermittlung und Erleichterung der Grundlastenablösung. Sie wird von Beamten des Staats verwaltet,¹⁾ bezieht diejenigen Ablösungsrenten, welche die vormaligen Gefällberechtigten nicht selbst erheben, sondern an die Bank verweisen, und gibt 3¹/₂proc. Werthpapiere an Zahlungsstatt, sogen. Landrentenbriefe, aus. Für das ganze Gebahren der Bank und für alle von ihr übernommene Verpflichtungen leistet der Staat unbedingte Gewährschaft. Uebrigens genießen die der Bank überwiesenen Renten, auf welche die Rentenbriefe zunächst fundirt sind, die Vorzüge der landesherrlichen Steuern und sind auf die entlasteten Grundstücke radicirt. Die Staatsgarantie wird daher niemals lästig werden.
- 2) Die königl. Altersrentenbank. Diese einzig dastehende Staats-Lebensversicherungsanstalt wurde durch Gesetz vom 6. Novbr. 1858²⁾ in's Leben gerufen und „soll jedem Staatsangehörigen die Fügigkeit gewähren, sich selbst oder einem andern Aufnahmefähigen durch einmalige oder wiederholte Einzahlungen von Einlagen von einem durch den Einleger im Voraus bestimmten späteren Lebensjahre des Versicherten ab bis zu des letzteren Ableben eine jährliche Rente zu erwerben.“ Der Staat „haftet für Erfüllung aller Verbindlichkeiten, welche die Bank übernimmt.“
- 3) Die Zittau-Reichenberger Eisenbahn: Gewähr für eine Verzinsung des in 2,500,000 Thlr. bestehenden Anlage- (Actien-) Capitals mit jährlich 4% auf die Dauer von 40 Jahren, vom Zeitpunkte der Betriebseröffnung an gerechnet, und zwar in Gemeinschaft mit der österr. Regierung derart, dass die sächsische Regierung, welche den Bau und Betrieb leitet, den Actionären allein verhaftet ist, dagegen mit der österr. Regierung abrechnet. Nach Ablauf der auf 50 Jahre ertheilten Concession fällt die Bahn unentgeltlich an den Staat zurück; doch ist den Actionären der Werth der Betriebsmittel zu vergüten und derjenige Rest des Actien Capitals, welches bis dahin nicht bereits aus Ertragsüberschüssen der Bahn (über 4%) amortisirt sein sollte, aus dem ferneren Bahnertrage ebenso allmählig zu bezahlen, wie ihnen auch ein etwaiger als Amortisationsfonds angesammelter Ertragsüberschuss früherer Jahre zufällt.³⁾

¹⁾ Vergl. Generalverordnung vom 30. Dec. 1833, Ges.- u. V.-Bl. von 1834, S. 1.

²⁾ Ges.- u. V.-Bl. S. 274 ff.

³⁾ Concessionsdecret vom 23. April 1855 mit angehängten Concessionsbedingungen, Ges.- u. V.-Bl. von 1855, S. 64 ff.

Bei andern in Sachsen noch bestehenden Privat-Eisenbahnunternehmungen, wie z. B. der Löbau-Zittauer Actiengesellschaft, ist der Staat nur als Actionär theilhaftig, wieder andere hat er gegen eine fixe Entschädigung für den Betrieb in Administration übernommen. Wir werden des Nähern in der vierten Abtheilung hierauf zurückkommen.

§. 52.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld.

Das Königreich Sachsen zählt unter die constitutionell-monarchischen Staaten des deutschen Bundes, in welchem es die dritte Stelle mit vier Stimmen im Plenum und einer Stimme im engeren Rathe einnimmt. Das Land ist als ein untheilbarer, einheitlicher Staatscomplex erklärt und wird durch die Ständeversammlung, bestehend aus zwei Kammern, vertreten. Kein Bestandtheil desselben und kein Recht der Krone kann veräußert, kein Gesetz erlassen, abgeändert oder authentisch interpretirt werden ohne Zustimmung der Stände. Staatsgrundgesetze sind: die Verfassungsurkunde vom 4. Septbr. 1831,¹⁾ modificirt durch einzelne spätere Gesetze, wovon sofort die Rede sein wird, und das Hausgesetz vom 30. Decbr. 1837.

Die Verfassungsgeschichte Sachsens haben wir in unsern historischen Rückblicken (§. 49) bereits berührt, und dabei erwähnt, dass die altständische Verfassung bis zum Jahre 1831 fortbestanden habe. Die neue Constitution wurde „in Folge der von den alten Ständen wiederholt ausgesprochenen Wünsche“ mit diesen ohne Einberufung einer besonderen constituirenden Versammlung vereinbart.²⁾ Es liess sich daher nicht erwarten, dass sie in übermässig liberalem Geiste abgefasst sein würde; doch räumte sie den neuen Ständen alle wesentlichen Rechte einer wirksamen Volksvertretung ein. Sie war auch in unangefochtener Geltung bis zum Jahre 1848, welches hier wie anderwärts an dem Bestehenden zu rütteln begann. Die grössten Beschwerden waren gegen die ständische Gliederung der Kammern und daher gegen das Wahlgesetz von 1831 gerichtet. Es trat denn auch an die Stelle desselben das provisorische Wahlgesetz vom 15. Novbr. 1848,³⁾ das die Zusammensetzung beider Kammern völlig umänderte und directe Wahlen einfuhrte. Diesem folgte am gleichen Tage das provisorische Gesetz „wegen einiger Abänderungen der Verfassungsurkunde,“⁴⁾ nothwendig geworden durch die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes. Eine weitere Modification erhielt die Verfassung durch Gesetz vom 31. März 1849 und durch das Gesetz vom gleichen Tage „über das Recht der Kammern zu Gesetzesvorschlägen,“⁵⁾ wodurch die Initiative der Gesetzgebung jedem einzelnen Mitgliede beider Kammern eingeräumt wurde. Obgleich so die Krone sich in hohem Maasse nachgiebig gezeigt hatte, konnten die Kammern im Weiteren mit der Regierung doch nicht einig gehen, und wurden daher im April 1849 aufgelöst.⁶⁾ Darauf folgten die aufrührerischen Maassregeln und auf diese Ueberstürzung naturgemäss die Reaction. Wie überall, wo der Weg der legalen Reform verlassen

¹⁾ Promulgirt in der Ges.-Samml. von 1831, S. 241.

²⁾ Vergl. Landtagsabschied vom 4. Sept. 1831, Ges.-Samml. S. 237 ff.

³⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1848, S. 227.

⁴⁾ Dasselbst S. 219.

⁵⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1849, S. 57 und 58.

⁶⁾ Bekanntmachung vom 28. April 1849, Ges.- u. V.-Bl. S. 89.

und zu Gewaltacten geschritten wurde, alles Errungene aufs Spiel gesetzt ward, so auch hier. Nach der Rückkehr des Königs ging man auf die alten Verfassungszustände zurück, hob das radicale Wahlgesetz und die Verfassungsänderungen von 1848 auf und berief die alten Stände auf Grund des Wahlgesetzes von 1831.¹⁾ Mit diesen wurde sodann das Gesetz vom 5. Mai 1851²⁾ vereinbart, welches die Modificationen der Verfassung schloss.

In so weit die jetzt bestehenden grundgesetzlichen Bestimmungen für uns von unmittelbarem Interesse sind, lassen wir sie hienach folgen. Sie lauten:

§. 105.³⁾ „Ohne Zustimmung der Stände kann kein Anlehen gültig gemacht werden.“

„Wenn in ausserordentlichen, dringenden und unvorhergesehenen Fällen schleunige finanzielle Maassregeln erforderlich werden, zu welchen an sich die Zustimmung der Stände nothwendig ist, so ist eine ausserordentliche Ständerversammlung einzuberufen.“

„Sollten jedoch die Verhältnisse eine rechtzeitige Einberufung oder auch den Zusammentritt der Kammern durchaus unmöglich machen, so darf der König, unter Verantwortlichkeit der ihn hiebei berathenden Vorstände der Ministerialdepartements, das zur Deckung des ausserordentlichen Bedürfnisses unumgänglich Nöthige provisorisch verfügen, auch erforderlichen Falles ausnahmsweise ein Anlehen aufnehmen; es sind aber die getroffenen Maassregeln sobald als irgend möglich der Ständerversammlung, und spätestens bei dem nächsten ordentlichen Landtage, vorzulegen, um deren verfassungsmässige Genehmigung zu bewirken; auch ist selbiger über die Verwendung der erforderlich gewesen Summen Nachweisung zu geben.“

§. 107. „Zu Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden-Casse, welche unter die Verwaltung der Stände gestellt ist.“

„Diese Verwaltung wird durch einen ständischen Ausschuss, mit Hülfe der von ihm ernannten und vom Könige bestätigten Beamten, geführt. Er hat auch bei erfolgreicher Auflösung der Kammern seine Geschäfte bis zur Eröffnung der neuen Ständerversammlung und erfolgten Wahl eines neuen Ausschusses fortzusetzen.“

„Der Regierung steht vermöge des Oberaufsichtsrechts frei, von dem Zustande der Casse zu jeder Zeit Einsicht zu nehmen.“

„Die Jahresrechnungen über dieselbe werden von der obersten Rechnungsbehörde geprüft und bei jedem ordentlichen Landtage (§. 115, wonach dieser alle 3 Jahre einzuberufen) den Ständen zur Erinnerung und Justification vorgelegt. Nach erfolgter Justification wird das Resultat der Rechnungen im Namen der Stände durch den Druck bekannt gemacht.“

Zur Ausführung dieser Verfassungsbestimmung (§. 107) erging unterm 29. Septbr. 1834⁴⁾ ein besonderes Gesetz, welches durch Gesetz vom 3. Novbr. 1848⁵⁾ eine Ergänzung erhalten hat, und in welches vorstehende Grundsätze wörtlich übergingen. Im Uebrigen verordnet dasselbe Folgendes:

¹⁾ Bekanntmachung vom 3. Juni 1850, Ges.- u. V.-Bl. S. 135. Gesetz vom 15. Aug. 1850, das. S. 199.

²⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1850, S. 122.

³⁾ Vergl. auch Gesetz vom 3. Mai 1851, §. 8, Ges.- u. V.-Bl. S. 125.

⁴⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1834, S. 209.

⁵⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1848, S. 202.

- 1) Die Staatsschuldencasse hat ihren Sitz in Dresden. Es erhält aber auch in Leipzig eine Steuercasse Auftrag, die fälligen Zinsen und Capitalien der sich daselbst meldenden Gläubiger ganz ebenso zu bezahlen, wie es bei der Staatsschuldencasse zu geschehen hat.
- 2) Der ständische Ausschuss zur Verwaltung der Staatsschuld besteht aus 5 Mitgliedern, welche, nebst eben so vielen Stellvertretern, auf jeder ordentlichen Ständeversammlung dergestalt zu wählen sind, dass abwechselnd die eine Kammer 3, die andere 2 Mitglieder und Stellvertreter durch Stimmenmehrheit dazu aus ihrer Mitte ernennt. Der Ausschuss wählt aus sich zur Leitung der Geschäfte einen, wo möglich in Dresden wohnenden, Vorstand und Stellvertreter. Es kann ihm auch ein Staatsbeamter, jedoch nur mit berathender Stimme, zugeordnet werden.
- 3) Die Wirksamkeit des Ausschusses erstreckt sich zunächst darauf, dass die Verwendung der zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden bestimmten Mittel der Bestimmung gemäss erfolge und überhaupt die Verbindlichkeiten des Staats gegen dessen Gläubiger in ihrem ganzen Umfange erfüllt werden. Hiefür ist er dem Könige und den Ständen verantwortlich. Bei entstehenden Bedenken und Meinungsverschiedenheiten kann er von dem Finanzministerium in so weit Entscheidung einholen, als dessen Oberaufsicht es begründet.
- 4) Die Zinscoupons und Talons sind von einem Mitgliede des Ausschusses, dessen Zusammensetzung periodisch zu veröffentlichen ist, und zwar die Talons eigenhändig, zu vollziehen, beide aber vom Buchhalter zu contrasigniren. Wie es bei neuen Anlehen hinsichtlich der Vollziehung der Obligationen gehalten werden soll, ist eintretenden Falles Gegenstand besonderer Gesetzgebung.

Diese Bestimmungen gelten durchaus für die Verwaltung der fundirten Staatsschuld. In Absicht auf die nicht fundirte, d. h. auf die Cassenbillets-Schuld, welche der Staatsschuldencasse nicht überwiesen ist, verfügt aber §. 3 des Creirungsgesetzes vom 16. April 1840,¹⁾ dass mit der unmittelbaren Leitung und Controle sowohl bei der Creirung der neuen, als auch bei Einziehung und künftiger Verichtung der alten Billets eine vom König ernannte Commission, welcher ein in Dresden wohnendes Mitglied des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschuld beizugeben, beauftragt und dass die nach der Handschrift gefertigte Namensunterschrift dieser Commissarien auf den Billets aufzudrucken sei. Dieser Theil der Staatsschuld steht also nicht in ständischer Verwaltung.

§. 53.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Ueber die alljährlich an der sächsischen Staatsschuld zu tilgende Quote und über die Art, wie diese zu verwenden ist, besteht kein allgemeines Gesetz, vielmehr wird beides bei jedem einzelnen Staatsanlehen besonders be-

¹⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1840, S. 54. Vergl. die späteren Creirungsgesetze vom 9. Sept. 1843, Ges.- u. V.-Bl. S. 135, vom 18. Juni 1846, Ges.- u. V.-Bl. S. 59, und vom 6. Sept. 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 527, welche das 1840er Gesetz durchaus als anwendbar erklären.

stimmt. Gleichwohl ist Einheit in den Grundsätzen hierüber vorhanden und lassen sich folgende Regeln aufstellen:¹⁾

- 1) Der ordnungsmässige Tilgungsfonds für die ganze unmittelbare Staatsschuld (ohne die von Privatgesellschaften übernommenen Eisenbahnschulden, siehe hienach) beträgt jährlich 1% der ursprünglichen Anlehensgrösse. (Das Nähere siehe §. 58.)
 - 2) Bei allen Anlehen hat sich aber der Staat vorbehalten, diesen Tilgungsfonds zu verstärken, oder auch eine vollständige Kündigung des betreffenden Schuldrestes eintreten zu lassen. Eine solche Kündigung hat übrigens ein halbes Jahr vor der Tilgung und an einem Zinstermin zu erfolgen.
 - 3) Der ordnungsmässige Weg zur Abminderung der Schuld ist der der Verloosung, und zwar in halbjährigen Terminen. Betreffs der fortlaufenden 4proc. Anleihe von 1852, 1855, 1858 und 1859 ist aber der Vorbehalt gemacht, dass nicht nur mehrere Halbjahrsquoten einer und derselben Finanzperiode nach Befinden auf Einmal ausgelöst und demgemäss früher zur Abzahlung gebracht werden, sondern auch Ankäufe „aus freier Hand“ stattfinden können.
 - 4) Mit Ausnahme des letzterwähnten Falles geschieht die Einlösung der ausgelooften Obligationen zum vollen Nennwerth nach Umfluss eines halben Jahres.
 - 5) Jede Verloosung erfolgt an einem derjenigen Termine, auf welche die betreffende Schuldcategorie verzinslich ist.
- Eine Ausnahme von diesen Regeln machen die besondern Eisenbahnschulden, d. h. diejenigen Staatspassiven, welche aus Anlass der Erwerbung der sächsisch-bayerischen und der sächsisch-schlesischen Eisenbahn von Actiengesellschaften übernommen worden sind, und zwar:
- a) die sächsisch-schlesische Eisenbahnschuld, deren Verhältnisse wir oben S. 215 dargestellt haben, worauf wir uns beziehen, und
 - b) die sächsisch-bayerische Eisenbahnschuld, von welcher ebenfalls schon oben S. 213 die Rede war. Sie ist mit 3proc. Staatsschuldencassenscheinen verbrieft, wovon auf jeden (halbjährigen) Zinstermin wenigstens eine Summe zur Verloosung zu bringen ist, welche 1/6% der ursprünglichen Schuld (also jährlich 1/3%) nebst zuwachsenden Zinsen aus den getilgten Obligationen gleichkommt. Grössere Verloosungen und ebenso Rückkauf der Titel aus freier Hand sind vorbehalten.²⁾

§. 54.

Sicherheitsobjecte für die sächsische Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

Die Staatsschuld des Königreichs Sachsen ruht, nachdem die früher nachgewiesene Vereinigung des Schuldenwesens der Oberlausitz mit dem der alten Erblande stattgefunden hat (s. oben S. 209), auf dem ganzen Staat. Sie ist von

¹⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 7. Juli 1830 bezüglich der damals neuverbrieften, jetzt noch bestehenden älteren Schuld (3proc. landschaftl. Obligationen). Hinsichtlich der neueren noch bestehenden Schuldtheile siehe Gesetz vom 27. März 1847, Ges.- u. V.-Bl. S. 50; Gesetz vom 1. Juni 1852, Ges.- u. V.-Bl. S. 86; Gesetz vom 13. Aug. 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 135; Gesetz vom 11. Febr. 1858, Ges.- u. V.-Bl. S. 7, und Gesetz vom 3. Janr. 1859, Ges.- u. V.-Bl. S. 5.

²⁾ Gesetz vom 31. März 1855, §. 3, Ges.- u. V.-Bl. S. 51.

den Vertretern des Volks (den Ständen) nicht nur garantirt,¹⁾ sondern wird von diesen selbst, wie wir in §. 52 gesehen haben, verwaltet. Zu ihrer Sicherheit dient das gesammte Einkommen des Staats und zwar in der Weise, dass nach Inhalt aller Anleihegesetze²⁾ die Bedürfnisse der Staatsschuldencasse sowohl zur Verzinsung als zur Tilgung der Schuld „aus den bereitesten Staatseinkünften“ zu gehöriger Zeit anzuweisen, und dass für die pünktliche Einzahlung der planmässigen Zins- und Tilgungsmittel das Finanzministerium, für die planmässige Verwendung derselben der Landtagsausschuss zur Verwaltung der Staatsschulden ausdrücklich verantwortlich erklärt sind. Das Staatseinkommen fliesst aber in erster Linie aus dem Staatsgut, in zweiter Linie aus Steuerbeiträgen der Staatsangehörigen, directen und indirecten. Diese beiden Einnahmequellen kommen also als Sicherheitsobjecte der Staatsschuld in Betracht.

Ueber das Verhältniss des Staatsguts zum Lande enthält die Verfassung Folgendes:

- §. 16. „Das Staatsgut besteht als eine einzige untheilbare Gesamtmasse, aus dem, was die Krone an Territorien, Aemtern, Kammergütern, Domänen, den dazu gehörigen Fluren, Gebäuden und Inventarien, Grundstücken, Forsten und Mühlen, Berg- und Hüttenwerken, Kuxen, Regalien, Amtscapitalien, Einkünften, nutzbaren Rechten, öffentlichen Anstalten, Beständen, Aussenständen und Vorräthen jeder Art und sonst besitzt und erwirbt, und es geht dasselbe in seinem ganzen Umfange auf den jedesmaligen Thronfolger über. Neben demselben besteht das Fideicommiss des kgl. Hauses. Von beiden ist das Privatvermögen des Königs und der kgl. Familie zu unterscheiden.“
- §. 17. „Das Staatsgut wird durch eine den Grundsätzen der Verfassung gemäss constituirte Finanzbehörde verwaltet und lediglich zu Zwecken des Staats benützt. Sein Ertrag bleibt den Staatscassen überlassen.“
„Uebrigens ist dem Könige unbenommen, eine oder die andere Domäne, gegen Abzug einer nach dem Durchschnittsertrage der letzten 10 Jahre bestimmten Summe von der Civilliste (§. 22) auf Lebenszeit zu eigener Verwaltung und Benützung zu übernehmen; auch bleiben die in der Beil. I verzeichneten Schlösser, Paläste, Hofgebäude, Gärten und Räume zu der freien Benutzung des Königs.“
- §. 18. „Das Staatsgut ist stets in seinen wesentlichen Bestandtheilen zu erhalten und kann daher, ohne Einwilligung der Stände, weder durch Veräusserung vermindert, noch mit Schulden oder andern Lasten beschwert werden.“
- §. 19. „Alle Bestände, Forderungen und Ansprüche des kgl. Fiscus gehen auf die allgemeinen Staatscassen über. Dagegen werden die auf ersterem haftenden Schulden und Ansprüche aller Art von letzteren zu alleiniger Vertretung übernommen. Die Rechte der Gläubiger bleiben unverletzt.“
- §. 20. „Der König bezieht jährlich eine mit den Ständen, auf die Dauer seiner Regierung, verabschiedete Summe aus den Staatscassen, als Civilliste, zu seiner freien Disposition, in monatlichen Raten im Voraus zahlbar.“
„Diese Summe ist als Aequivalent für die den Staatscassen auf die jedesmalige Dauer der Regierungszeit des Königs überwiesenen Nutzun-

¹⁾ Das Gesetz vom 29. Sept. 1834, Ges.- u. V.-Bl. S. 209, drückt sich in §. 6 so aus: „Sämmtliche der Staatsschuldencasse überwiesene Schulden sind unter Garantie der Regierung und der Stände gestellt.“

²⁾ Vergl. die oben in Note 1 S. 222 allegirten Gesetze und Gesetz vom 29. Sept. 1834, §. 5 und 11, Ges.- u. V.-Bl. S. 210 und 211.

gen des kgl. Domänenguts zu betrachten und kann, während der Regierungszeit des Königs, weder ohne dessen Zustimmung vermindert, noch ohne die Bewilligung der Stände vermehrt, auch, als wesentliches Bedürfniss zur Erhaltung der Würde der Krone, zu keiner Zeit und auf keine Weise mit Schulden belastet werden.“

„Diese Nutzungen sollen auch den Staatscassen so lange überwiesen bleiben, als eine Civilliste bewilligt wird, welche der jetzt mit 500,000 Thlr. verabschiedeten an Höhe wenigstens gleich kommt.“

§. 108. „Die Stände sind verpflichtet und berechtigt, über die Erhaltung des Staatsguts und des kgl. Hausfideicommisses in dem §. 18 u. 19 angegebenen Maasse zu wachen.“

Hienach ist das kgl. Domänengut dem Staate nicht mit vollem Eigenthume überlassen, sondern es gebührt diesem nur die Nutzung. Da es jedoch für unveräusserlich erklärt ist, und die Stände sogar über die Erhaltung des Hausfideicommisses zu wachen haben; so gewährt die Nutzung dieselbe Sicherheit, wie volles Eigenthum.

Die Grösse dieser Nutzung nach dem jetzigen Bestande des Staatsguts, welchem neuerer Zeit wichtige Ertragsobjecte (Eisenbahnen) zugewachsen sind, entnehmen wir den neuesten Etatsaufstellungen für die Jahre 1858, 1859 und 1860, wonach sie sich folgendermassen berechnen:

a) Domänen, Forsten, Steinkohlenwerke und Porcellanmanufaktur	1,144,010 Thlr.
b) Staatsanstalten (Eisenbahnen, Posten, Telegraphen und Bergwerke) ¹⁾	2,045,655 Thlr.
c) Capitalzinse	482,000 „
Summe	3,671,665 Thlr.

Hievon ist in Abzug zu bringen: die Civilliste des Königs, welche verfassungsmässig ein Aequivalent für die dem Staat überlassene Nutzung des königl. Domänenguts und für den jetzigen Regenten auf 600,000 Thlr. (incl. 30,000 Thlr. Chatullengeld der Königin) festgesetzt worden ist, mit

600,000 Thlr.

Rest Nutzung für die Staatscassen 3,071,665 Thlr.

Erhebt man diese Summe unter Betrachtung des Umstandes, dass davon ein namhafter Theil aus Domänen, Forsten und niederzinsenden (3proc.) Capitalien fliessen, welche sämmtlich eine geringe Reinertragsrente gewähren; dass dagegen die sächsischen Staatseisenbahnen, deren Ertrag einen andern grossen Theil der Einnahme liefert, seit Jahren ein Reinerträgniss abwerfen, welches den Zinsenbedarf des Anlagecapitals weit überstieg, ²⁾ mit Zugrundlegung einer reinen Durchschnittsrente von 4% zu Capital; so ergibt sich ein Ertragswerth des Staatsvermögens von 76,791,625 Thlr. ³⁾

¹⁾ Der amtliche Etat führt diese Staatsanstalten unter der Hauptrubrik „Nutzungen des Staatsvermögens und der Staatsanstalten“ mit dem Salzregal und Chausséegeld in Einer Unterabtheilung: „aus Regalien“, auf. Wir haben behufs Ermöglichung von Vergleichen mit andern Staaten die eigentlichen industriellen Unternehmungen dem wirklichen Staatsgute beigerechnet, die steuerartigen Einnahmen aus dem Salzdebit und von Chaussées aber ausgeschieden.

²⁾ Schon im Jahre 1856, bis zu dessen Schluss 31,728,599 Thlr. auf die Staatsbahnen verwendet waren, zu deren Verzinsung 1,167,704 Thlr. nöthig gewesen sind, überstieg der Reinertrag diesen Zinsenbedarf um 649,563 Thlr. und stellte sich die Ertragsrente auf circa 5,7% (vergl. Landtagsacten 1857/58, I. Abth., 1. Bd., S. 338).

³⁾ Die II. Deputation der II. Kammer berechnet schon für Ende 1854 ein Staats-

Diese Summe übertrifft den Gesamtbestand der öffentlichen Schuld um ein Bedeutendes. Dasselbe Resultat wird durch eine Vergleichung des reinen Ertrags der Staatsgüter und Anstalten mit dem Bedarf der Staatsschuld erzielt. Nach dem neuesten Etat ist nämlich letzterer so berechnet:

zur Verzinsung der Schuld	2,110,000 Thlr.
„ Tilgung „ „	650,766 „
zusammen	2,760,766 Thlr.
Die Ertragsrente des Staatsguts beträgt aber nach unserer Berechnung	3,071,665 Thlr.
und übersteigt sonach den Zinsen- und Tilgungsbedarf der Schuld um	310,899 Thlr.

Dabei ist nicht ausser Acht zu lassen, dass die jährliche Tilgungsquote im Königreich Sachsen höher gegriffen ist, als in andern Staaten.

Dieses günstige Verhältniss ist allerdings eine Folge des niedrigen Zinsfusses der sächsischen Staatsschuld und der gänzlichen Unverzinslichkeit eines grösseren Theiles derselben (der Cassenbillettschuld à 7 Mill. Thlr.).

Auf das zweite Sicherheitsobject, die Steuerkraft des sächsischen Volkes, haben demnach die Staatsgläubiger vorerst kaum zu recurriren. Dass dieselbe aber unerachtet der Armuth eines Theils der Gebirgsbevölkerung und unerachtet vielfacher harter Schicksalsschläge seit Jahrhunderten eine ergiebige war, haben wir in unsern historischen Rückblicken gesehen. Sie verdankt ihr Vorhandensein dem unermüdlichen Fleisse ebensowohl als der Intelligenz der Bevölkerung.

Einige Zahlenangaben mögen übrigens noch Anhaltspunkte zu Vergleichungen geben.

Das Königreich Sachsen, das kleinste, das wohl irgendwo existirt, umfasst nur einen Flächenraum von nicht voll 272 Quadratmeilen, ist aber von mehr als 2,100,000 Seelen bewohnt.¹⁾ Das Land zählt 142 Städte und 3,197 Landgemeinden. Bemerkenswerth ist, dass die grössere Hälfte der Bevölkerung sich mit Gewerben befasst. Dennoch ist der Werth der landwirthschaftlichen Production eines Mitteljahres auf 75,848,840 Thlr. berechnet.²⁾ Das überhaupt cultivirbare Land ist dem auch sehr gut bebaut und benützt, so dass von der Gesamtbodenfläche, welche 2,704,786 sächs. Acker umfasst, trotz der unwegsamen Gebirgsgegenden nur 40,478 Acker uncultivirt sind. Bedeutend ist neben dem Getreidebau die Wiesencultur, der Flachsbau, die Forstcultur, deren Ertrag zu 52,2 Mill. preuss. Cubicfuss Holz angegeben wird und in der sogen. sächsischen Schweiz die Viehzucht.³⁾ Auf dem Gebiete der Industrie leistet Sachsen verhältnissmässig mehr als irgend ein deutsches Land. Schon die Urproduction im Schoosse der Erde ist eine sehr umfassende. 1854 betrug sie auf 81 Steinkohlenwerken mit 7,605 Arbeitern 10,550,189 Scheffel Steinkohlen im Werthe von 1,996,703 Thlr. und 399½ Mill. Ctr. Hüttenproducte im Werth von 3,739,489 Thlr.⁴⁾ Ebenso bedeutend ist die Fabrikindustrie. Man zählte 1856 nicht weniger als 550 stehende Dampfmaschinen;

vermögen von 79,597,414 Thlr., worunter 23,243,883 Thlr. mobiles. (Landtagsacten von 1857/58, III. Abth., 2. und 3. Band, S. 523). Unsere Aufstellung ist daher sehr mässig.

¹⁾ Resultate der Volkszählungen: 1846: 1,836,433; 1849: 1,894,431; 1852: 1,987,612; 1855: 2,039,176; 1858: 2,122,148 Seelen.

²⁾ Vergl. Hübner's Jahrbuch, V. Jahrg., S. 96.

³⁾ Ebendaselbst. Siehe auch des Näheren Brachelli a. a. O. S. 13—16.

⁴⁾ Kolb a. a. O. S. 208.

sodann ein Jahr zuvor 133 Baumwollspinnereien mit 554,646 Feinspindeln und einem Anlagecapital von $5\frac{1}{2}$ Mill. Thlr.¹⁾ Weltberühmt ist ferner die Leipziger Messe mit einem Umsatz von circa 60 Mill. Thlr. und der Leipziger Buchhandel. 1856 bestanden 110 Buchdruckereien und 85 Steindruckereien.²⁾ Die Handelsbilanz fällt zu Gunsten des Landes aus.

Sachsen ist so zu einem Industrie- und Fabrikstaate geworden. Es genießt die Vortheile eines solchen, wenn gleich wegen seiner eingeschlossenen Lage und wegen des Mangels einer unmittelbaren See Verbindung und Seemacht nicht in demselben Maasse, wie andere Industriestaaten, aber auch die Nachtheile dieser, und zwar im vollen Umfange, hat es zu tragen: eine Uebervölkerung, ein industrielles Proletariat und im Gefolge desselben häufige Noth, wie auch physische Verkümmern eines grossen Theils der Bevölkerung; weiter den Nachtheil, dass die Steuerkraft der letzteren gerade dann abnimmt, wenn sie am meisten in Anspruch zu nehmen ist.

§. 55.

Finanzlage des Königreichs Sachsen.

Unsere geschichtlichen Andeutungen über die Finanzgebarung des Königreichs Sachsen im §. 49 ergänzend, lassen wir hier insbesondere Zahlen sprechen.

Schon im Jahre 1770 erreichte der gesammte Staatsbedarf die Summe von 6,414,771 Thlr., welchem eine reine Staatseinnahme von 5,915,222 Thlr. gegenüberstand.³⁾ Also damals namhaftes Deficit. Für 1778 berechnete man 6,634,000 Thlr. Staatsausgaben, wovon 2,017,116 Thlr. für „Armee und Politik“, 679,823 Thlr. für den Hof, 414,016 Thlr. für Apanagen, 1,910,899 Thlr. für die Staatsschuld, 702,729 Thlr. für Besoldungen und 349,749 Thlr. für Pensionen.⁴⁾ Mit Berücksichtigung des höheren Geldwerths und der einfacheren Verhältnisse jener Zeit, namentlich des Umstandes, dass sich damals der Staat mit all den gemeinnützigen und commerziellen Aufgaben, welche jetzt in seinen Bereich gezogen werden, wenig oder gar nicht befasste, sind diese Summen sehr hoch, selbst wenn auch der damalige grössere Landesumfang in Betracht genommen wird. Das sächsische Volk war daher im vorigen Jahrhundert mehr belastet, als in den letzten 4 Decennien.

In den Jahren 1824 bis 1830 ergaben die Staatsrechnungen nach einer Durchschnittsberechnung, auf welche das Ministerium seine erste Etatsvorlage in den Kammern stützte,⁵⁾

Einnahmen	4,316,105 Thlr.
Ausgaben	4,310,735 „
also Durchschnittsüberschuss per Jahr	5,370 Thlr.
Die Finanzperiode 1840 bis 1842 ergab nach dem Rechenschaftsberichte: ⁶⁾	
Etatsmässige Einnahme per Jahr	6,101,802 Thlr.
„ Ausgabe „ „	6,046,550 „
Ueberschuss	55,352 Thlr.

¹⁾ Kolb a. a. O. S. 208—209.

²⁾ Ebendasselbst S. 208.

³⁾ v. Reden a. a. O. S. 1209 Note, und S. 1290.

⁴⁾ Kolb a. a. O. S. 207.

⁵⁾ S. bei v. Reden a. a. O. S. 1209 und 1289.

⁶⁾ Ebendasselbst S. 1225 und 1303.

In dieser kam der neue Münzfuss (14 Thlr.- oder 21 fl.-Fuss an Stelle des Conventions- oder 20 fl.-Fusses) zuerst in Anwendung und die Finanzlage war so günstig, dass man sämtliche Steuern im neuen Münzfusse ohne Erhöhung erheben konnte,¹⁾ obgleich derselbe um 2 $\frac{1}{2}$ % leichter war, als der alte, und daher die Ziffer der Ausgabe sich um diesen Betrag erhöhte.

Von da bis 1847 waren die Ueberschüsse permanent. Dass sich sodann 1848 und 1849 die Lage verschlimmerte, wie überall, wissen wir. Für die neuere Periode beziehen wir uns auf die umstehende Tabelle, aus welcher der Leser die erforderlichen Schlüsse selbst zu ziehen wissen wird. Wir haben die darin aufgestellten Zahlen und Daten sämtlich den Vorlagen entnommen, welche die Regierung auf den beiden letzten ordentlichen Landtagen von 18^{54/55} und 18^{57/58} an die Kammern gelangen liess.²⁾ Hinzuzufügen bleibt uns nur, dass bis jetzt dem Landtag die wirklichen Ergebnisse der Staatsrechnungen nur in so weit mitgetheilt wurden, als wir sie wiedergegeben haben, d. h. bis Schluss des Jahres 1854. Für die folgenden Jahre haben wir uns daher mit der Reproduction des Voranschlags begnügen müssen, wobei wir bemerken, dass wir die Budgetziffern der Regierung beibehalten haben, welche durch die Beschlüsse der Kammern einige Aenderungen erfuhren. Neben dem ordentlichen Staatsbudget auf je 3 Jahre figurirt übrigens stets ein ausserordentliches, welches jedoch wirklich nur ausserordentliche Ausgaben, wie Eisenbahnbauaufwand etc., enthält. Die Ziffern des erstern bleiben in der Einnahme immer hinter der Wirklichkeit zurück. Es haben daher auch die letzten Finanzperioden wieder Ueberschüsse ergeben und der Berichterstatter der II. Kammer konnte daher auf dem Landtage von 18^{57/58} mit Recht sagen, dass die Ergebnisse der Staatsrechnungen „Zeugniß von einer weisen, die Verhältnisse und Bedürfnisse der Zeit richtig beurtheilenden Finanzverwaltung lieferten.“ Für die letzte Finanzperiode 18^{58/59} hat übrigens die Regierung auf dem ausserordentlichen Landtage von 1859 zur Deckung der ausserordentlichen Militärbedürfnisse eine Nachexigenz von 5,636,724 Thlr., oder jährlich 1,878,908 Thlr. eingebracht, welche als ausserordentliche in unserer Tabelle keine Berücksichtigung erhielt.

§. 56.

Gesetzliche Bestimmungen über Verjährung, Amortisation, Vindication und Aussercourssetzung kgl. sächsischer Staatspapiere.

Die ältesten legislatorischen Schritte zur Ordnung der Rechtsverhältnisse seiner Creditpapiere finden sich im Churfürstenthum Sachsen, das solche Papiere au porteur, wie wir früher gesehen haben, zuerst ausgab und den Verkehr darin im Interesse seines Staatscredits zu erleichtern suchte. Jene aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammenden gesetzlichen Vorschriften sind auch in Sachsen bis zur Stunde in Kraft und Anwendung geblieben und haben nur Zusätze und Erläuterungen erfahren. Mit den letztern bestehen folgende positive Vorschriften:

I. die Verjährung betreffend.

1) Staatspapiere au porteur, welche im wirklichen Besitze eines Gläubigers

¹⁾ S. Verordnung vom 24. Juli 1840, Ges.- u. V.-Bl. S. 200.

²⁾ Landtagsacten von 18^{54/55}, I. Abth., S. 13—98 und 141—152, und von 18^{57/58}, I. Abth., 1. Band, S. 17—95 und S. 135—154.

Staatshaushalt des Königreichs Sachsen

Ordentliche Einnahme in Thalern (des 30 Thlr.-Fusses), netto.

Nro.	Titel der Einnahme.	Finanzper. 18 ⁴⁹ / ₅₁ . Wirklicher Ertrag in 3 Jahren.	Finanzper. 18 ⁵² / ₅₄ . Wirklicher Ertrag in 3 Jahren.	Finanzper. 18 ⁵⁵ / ₅₇ . Vor- schlag je für 1 Jahr.	Finanzper. 18 ⁵⁸ / ₆₀ . Vor- schlag je für 1 Jahr.
I.	Nutzungen des Staatsvermögens und der Staatsanstalten.				
	1) Domänen und andere Besitzungen:				
	a) Forst- u. Jagdnutzungen	2,432,801	2,538,042	800,000	900,000
	b) Amtsintraden	440,496	321,684	15,000	17,200
	c) Kammergüter, Weinberge, Kellereien etc. .	292,831	318,505	107,040	118,810
	d) Steinkohlenbergwerke .	91,500	73,900	36,000	44,000
	e) Porzellanmanufactur zu Meissen u. Hofapotheke	4,150	25,180	13,000	14,000
	2) Regalien:				
	a) Berg- und Hüttennutzgn.	515,478	295,117	116,165	133,855
	b) Münznutzungen (v. 1855 an Telegraphennutzgn.)	39,200	—	100	2,000
	c) Postnutzungen	776,791	880,180	256,000	320,000
	d) Eisenbahnnutzungen .	953,494	3,202,823	1,100,000	1,402,000
	e) Zeitungsnutzungen . .	70,885	89,844	20,500	27,800
	f) Salznutzungen	1,211,304	1,184,481	388,000	420,000
	g) Floss- u. Holzhofsnutzgn.	185,800	179,883	60,000	50,000
	h) Chaussée- und Brückengelder	672,004	744,226	240,000	240,000
	3) Zinsen von Capitalien, Lotteriertrag und Sporteln	1,616,591	2,052,804	684,320	855,500
	4) Diversi (Pensionsbeiträge, Beitrag des Hauses Schönburg, verschiedene Einnahmen)	480,629	503,641	45,028	47,028
II.	Steuern und Abgaben.				
	1) Directe Steuern (Grund-, Gewerbe- und Personalsteuern mit Zuschlägen)	7,466,052	7,782,207	2,680,200	2,162,500
	2) Indirecte Steuern (Grenz- u. Elbzoll, Bier-, Schlacht-, Brantwein-, Wein-, Tabaks-, Rübenzucker- und Stempelsteuer einschliesslich der Zuschläge) . .	6,899,533	7,470,775	2,498,000	2,661,000
	Summe der Einnahme . . .	24,149,539	27,663,292	9,059,353	9,415,693

in den Jahren 1849 bis 1860.

Ordentliche Ausgabe, netto.

Nro.	Titel der Ausgabe.	Finanzper. 1849/51. Wirklicher Aufwand in 3 Jahren.	Finanzper. 1852/54. Wirklicher Aufwand in 3 Jahren.	Finanzper. 1855/57. Vor- schlag je für 1 Jahr.	Finanzper. 1858/60. Vor- schlag je für 1 Jahr.
I.	Allgemeine Staatsbedürfnisse:				
	1) Königl. Haus (Civilliste, Chatullgelder, Apanagen, Kron-Sammlungen) . . .	2,188,155	2,352,331	895,323	862,182
	2) Oeffentliche Schuld (Verzinsung und Tilgung) . .	5,095,528	6,585,306	2,585,985	2,760,766
	3) Renten unablösbarer Capitalien	139,890	145,122	51,746	52,067
	4) Ablösung von Lasten der Domänengüter	8,074	21,499	15,000	10,000
	5) Landtagskosten	274,891	153,254	64,400	41,400
	6) Diverse Regierungsausgaben	4,200	877	2,000	2,000
II.	Gesamtministerium . . .	79,966	85,148	27,544	27,800
III.	Departement der Justiz . .	951,648	946,661	316,944	376,854
IV.	„ des Innern	1,764,065	1,995,897	708,472	795,146
V.	„ der Finanzen	1,387,100	1,256,583	448,119	483,229
VI.	„ des Kriegs	6,125,861	6,109,190	2,052,466	2,067,377
VII.	„ des Cultusu. Unterrichts	656,168	754,023	282,271	293,291
VIII.	„ des Auswärtigen	188,788	217,765	89,600	89,745
IX.	Beiträge zu den Bundesausgaben	209,565	136,796	39,000	23,000
X.	Pensionsetat (Civil- und Militärpensionen)	1,861,291	1,883,251	619,979	607,484
XI.	Bauetat (Strassen-, Brücken-, Hoch- und Wasserbaukosten)	2,302,539	2,535,888	810,793	874,160
XII.	Reservefonds	24,149	8,530	49,711	49,192
	Summe der Ausgabe	23,261,878	25,188,121	9,059,353	9,415,693
	Verglichen mit der Einnahme	24,149,539	27,663,292	9,059,353	9,415,693
	erscheint { Deficit	—	—	—	—
	{ Ueberschuss	887,661	2,475,171	—	—

sich befinden, verjähren, und zwar das Capital in 31 Jahren, 6 Wochen und 3 Tagen von Ablauf der Messe oder des Tages, an welchem die Zahlung der $\frac{1}{2}$ Jahr zuvor verloosten Obligation hätte erfolgen sollen, und die Zinsen (Coupons au porteur) in 3 Jahren vom Verfalltermin an gerechnet.¹⁾

- 2) Für abhanden gekommene Staatspapiere ist dagegen durch Verordnung vom 6. Oct. 1824²⁾ die Verjährungsfrist behufs Erlangung des gerichtlichen Aufgebots und eines Amortisationserkenntnisses, welches nach dem alten Rechte erst nach Ablauf der Verjährungszeit erwirkt werden konnte, auf 10 Jahre herabgesetzt worden. Diess gilt jedoch nur von den Capitalverschreibungen, nicht auch von Zinscoupons.

II. Die Amortisation von Inhaberscheinen betreffend, verfügt ein landesherrliches Mandat vom 26. Janr. 1775,³⁾ dass die (verloosbaren) landschaftlichen Obligationen, Kammerereditcassenscheine nebst Zinsleisten und Zinscoupons, dann die etwa noch unverwandelt vorhandenen auf Briefsinhaber lautenden alten Steuer- und andere dergleichen Cassenscheine im Falle dieblicher Entwendung oder anderer Veruntreuung bei der landschaftlichen Steuerereditcassen-Deputation oder der Kammerereditcassen-Commission gehörig angemeldet werden sollen, „damit denen Bestohlenen zu behöriger Satisfaction verholfen werden möge.“

Dieses Mandat wurde durch Befehl vom 29. Nov. 1777⁴⁾ auch auf die bei der Kammerereditcasse angemeldeten nicht verloosbaren Scheine (auch Generalaccisscheine) ausgedehnt.

Damit war aber eine wirkliche Amortisation noch nicht zugelassen; auch hatten die vorgedachten Gesetze nur den Fall der Veruntreuung und des Diebstahls im Auge. Den Fall des Abhandenkommens durch Vernichtung behandelte nun ein Befehl vom 25. Juli 1777,⁵⁾ welcher das Mortificationsverfahren gestattet, wie folgt:

- a) Wenn die vollständige Vernichtung der Papiere (Obligationen, Coupons und Talons) „plene“ bewiesen werden kann, so ist sofort;
- b) kann aber für die behauptete Vernichtung nur ein halber (semi-plene-) Beweis geliefert werden, so ist nach vorgängiger Ableistung des Erfüllungseides Edictalladung mit dem Ausschlusspräjudize zu erlassen und nach Ablauf des Präklusivtermins das Amortisationserkenntnis zu fällen, „demnächst in beiden Fällen sub. a. und b. die verfallenen Zinsen und Capitalien, Zinscoupons und Atteste gewöhnlichermassen zu verabfolgen.“ Könnte endlich
- c) „der Verunglückte die erfolgte Vernichtung der Obligationen nicht einmal semi-plene beweisen; so ist zuvörderst die Präscriptionszeit abzuwarten, und erst sodann mit Erlassung derer Edictalien zu verfahren, hiebei aber die Präscription von der Zeit an, da sich zur Erhebung der Zinsen, ausser dem Interessenten, Niemand gemeldet, zu rechnen.“

Dass durch Verordnung vom 6. Octbr. 1824 die Präscriptionszeit für den Fall ad c auf 10 Jahre herabgesetzt worden ist, wurde so eben (unter I) nachgewiesen. Diese Verordnung erweiterte aber auch das in dem Befehl vom

¹⁾ Declaration vom 10. Oct. 1763, Ankündigung vom 4. Oct. 1765, und Generalverordnungen vom 12. Nov. 1763 und 19. Oct. 1765.

²⁾ Ges.-Samml. von 1824, S. 195.

³⁾ Abgedruckt bei Bender, Verkehr etc., S. 619.

⁴⁾ Cod. Aug. II. Forts., 2. Abth., S. 23.

⁵⁾ Cod. Aug. II. Forts., 2. Abth., S. 901.

25. Juli 1777 eingeräumte Recht der Amortisationsnachsichtung auf den Fall des sonstigen Abhandenkommens, indem sie beifügt:

„Diese Verjährung findet bei allen Verlusten statt, in deren Folge ein neuer Inhaber des Documents nicht bekannt ist, und ist dann für erfüllt zu achten, wenn von dem Verluste des Documents an gerechnet, oder sofern die Zeit des Verlustes nicht zu bescheinigen ist, von der Anmeldung des Verlustes an, 10 Jahre verflossen sind, binnen welcher sich bei bereits zahlbaren Capitalien zur Erhebung des Hauptstammes, bei den zur Zeit des Verlustes noch nicht fälligen Capitalien aber zur Erhebung der Zinsen, ausser dem die Edictalladung suchenden Interessenten Niemand gemeldet hat.“

Ferner dehnte sie die gleiche Vorschrift auf alle „diejenigen Obligationen und Schuldscheine aus, auf welche in der Folge die Vorschriften des Befehls vom 25. Juli 1777 erstreckt worden sind.“

Ein weiteres Rescript vom 28. Juni 1791¹⁾ handelt von der Amortisation der Zinsnoten (Talons) der Kammercrediteassen-Scheine und bestimmt, „dass, wenn eine solche verloren gegangen, ohne dass deren Vernichtung erwiesen werden konnte und binnen 3 Jahren von der Zeit, da sie gegen eine neue Zinsnote und darzu gehörige Coupons auszuwechseln gewesen wäre, an gerechnet, nicht producirt worden, auch ausser dem Inhaber des Scheins (der Hauptobligation) Niemand anders wegen des Verlusts der Zinsnote oder zu Erhebung der Zinsen sich gemeldet,“ auf Ansuchen des Inhabers der Obligation mit Erlassung der Edictalien verfahren und „wenn das hierauf ergangene präclusivische Urtheil seine Rechtskraft erlangt hat, ermeldetem Inhaber gegen Ausstellung einer Mortifications- und Vertretungsurkunde nicht nur die depontirten gewesen, nicht etwa bereits verjährten Zinsen ausgezahlt, sondern auch demselben eine neue Zinsnote nebst den Coupons zum Behuf der ferner zu erhebenden Zinsen verabfolgt werden möge.“

Hienach ist im Königreich Sachsen die Amortisation nicht nur der Hauptobligationen, sondern auch der Coupons und Talons, zulässig. Es hat aber der Erlassung des öffentlichen Aufgebots bei den Obligationen eine 10jährige, bei den Coupons und Talons eine 3jährige Verjährungszeit vorauszugehen.

III. Hinsichtlich der Vindication au porteur lautender Staatspapiere haben wir das früheste Gesetz, das diessfalls erging, nämlich das Mandat vom 26. Januar 1775, bereits angeführt (oben II). Dasselbe betrifft „die Vindication dieblich entwendeter oder veruntreuter landschaftlicher Obligationen, Kammercrediteassen-Scheine und deren beiderlei Zinsleisten und Coupons“ und verordnet,

„zu mehrerer Bestätigung des Eigenthumsrechts und Befestigung des davon mit abhängenden Landes-Credits, dass die Inhaber solcher Obligationen oder anderer dergleichen Crediteassenscheine in obbemerktem Falle zwar gegen alle aus einer rei vindicatio herfliessenden Ansprüche völlig sicher zu stellen, jedoch ohne dem Bestohlenen die Mittel zu entziehen, wegen seines entwendeten Guts sich auf andere Art wiederum zu helfen, und zu der ihm dieserhalb gebührenden Entschädigung zu gelangen; dass daher fñròhin die landschaftlichen Obligationen, ingleichen Unsere Kammercrediteassen-Scheine und deren beiderseitige Zinsleisten und Zinscoupons etc. im Falle dieblicher Entwendung oder anderer Veruntreuung der Vindication a tertio possessore nicht unterworfen, wohl aber derenthalten Condictio furtiva gegen den Dieb und dessen

¹⁾ Cod. Aug. II. Forts., 2. Abth., S. 74.

Erben, und Actio ex dolo oder in factum wider den- oder diejenigen, die an dem Diebstahl oder an der Veruntreuung Theil genommen, und deren allerseits Erben, stattfinden soll.“

Diese Gesetzesbestimmung erhielt in der Folge selbst von dem geheimen Rathe die Auslegung, dass sie die Vindicationsbeschränkung lediglich von dem Eigenthumserwerb verordne und folglich die Vindication gegen denjenigen dritten (redlichen) Besitzer, welcher das Papier unter einem andern Titel, z. B. als Pfand, an sich gebracht habe, zulasse. Einer solchen Auslegung trat aber ein Decret vom 18. August 1819¹⁾ entgegen und verordnet ausdrücklich, dass darauf bei künftigen Entscheidungen keine Rücksicht zu nehmen sei.

Maassgebend ist jetzt das Gesetz vom 8. Juni 1846,²⁾ welches übrigens für die alten sächsischen Staatspapiere das Mandat von 1775 bestätigte, gleichzeitig aber Anordnungen wegen der Vindication aller auf jeden Inhaber lautenden Creditpapiere traf. Dasselbe lautet in seinem hieher gehörigen Inhalte, wie folgt:

- §. 1. „Alle öffentlichen auf den Inhaber (Vorzeiger, oder au porteur) gestellten Creditpapiere können von dem Eigenthümer oder Pfandinhaber, welchem sie abhanden gekommen sind, durch die Vindication oder andere dingliche Klage aus den Händen des dritten redlichen Besitzers nicht zurückgefordert werden, gleich wie dieses wegen der sächsischen land-schäftlichen Obligationen und Kammercrediteassen-Scheine in dem Mandate vom 26. Janr. 1775 bestimmt ist.“
- §. 2. „Öffentliche Creditpapiere sind solche, welche im Inlande oder Auslande
 - a) von den betreffenden Staaten selbst, oder b) von Privaten, Corporationen und Anstalten mit Genehmigung der betreffenden Regierung ausgestellt worden sind; c) alle von den mit Bestätigung der betreffenden Regierung versehenen Actiengesellschaften an den Inhaber ausgestellten Theilnahmscheine; d) die zu diesen Papieren unter a, b und c gehörigen Zinsleisten, Coupons und Dividendenscheine.“
- §. 3. „Die §. 1 enthaltene Bestimmung leidet nur dann eine Ausnahme:
 - a) wenn auf den Papieren selbst bei deren Ausstellung bemerkt worden ist, dass sie der Vindication unterliegen;
 - b) wenn ihnen die Zahlbarkeit an den Inhaber dadurch benommen worden ist, dass sie durch eine nach den bestehenden inländischen oder ausländischen Vorschriften darauf gebrachte Bemerkung einer öffentlichen Behörde oder der sie emittirenden Anstalt ausser Cours gesetzt oder für Eigenthum einer bestimmten Person erklärt worden sind.“
- §. 4. „Alle im Inlande oder Auslande ohne Genehmigung der betreffenden Staatsregierung von Corporationen, Anstalten und Privaten, gleichviel, ob selbige dem Handelsstande angehören oder nicht, auf jeden Inhaber (Vorzeiger, au porteur) ausgestellten (private) Creditpapiere unterliegen der Vindication,³⁾ ausgenommen:
 - a) wenn sie in ihrem Context als Wechsel oder Anweisung benannt sind;

¹⁾ Erst durch Bekanntmachung vom 21. Sept. 1833, Ges. u. V.-Bl. S. 115, veröffentlicht. Vergl. auch Kuntze, die Lehre von den Inhaberpapieren, S. 682.

²⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1846, S. 40.

³⁾ Wir machen bei dieser Gelegenheit die Besitzer sogenannter standesherrlicher Partialobligationen aus den österr. und süddeutschen Staaten insbesondere auf diese Gesetzesstelle aufmerksam. Da dieselben unsers Wissens durchgängig ohne Regierungsgenehmigung emittirt wurden (Baden macht erst seit neuester Zeit eine Ausnahme), so würden sie also in Sachsen vindicabel sein und wer eine solche Obligation dort von einem Diebe erkaufte, wäre seines Besitzes keineswegs sicher.

- b) wenn die im Auslande ausgestellten nach den Gesetzen des Orts der Ausstellung von der Vindication ausgeschlossen sind.

Der zuletzt gedachte Umstand muss von demjenigen, der ihn behauptet, erwiesen werden.“

§. 5. „Die Redlichkeit des Besitzers ist so lange zu vermuthen, als nicht derjenige, welchem Effecten der gedachten Art entwendet, auf betrügliche Weise entzogen, oder sonst abhanden gekommen sind, dem Besitzer nachweist, dass er solche entweder selbst auf unrechtmässige Weise an sich gebracht, oder darum, dass diess von einem seiner Vorbesitzer geschehen, zur Zeit der Erwerbung gewusst habe, und ist die Bestimmung des Decrets vom 18. August 1819 auf alle diese Papiere anzuwenden.“

Nach dem Vorstehenden ist für sächsische Staatspapiere heut zu Tage die Vindication gegenüber jedem redlichen dritten Besitzer absolut ausgeschlossen, gegenüber dem unredlichen Besitzer und selbst dem redlichen unmittelbaren Besitznachfolger des Klägers aber zugelassen.

Alle bisher angeführten Gesetzesbestimmungen, mit Ausnahme des so eben reproducirten späteren Gesetzes von 1846, sind in einem Mandat vom 26. August 1830 ¹⁾ auf die damals ausgegebenen neuen landschaftlichen Obligationen, mit welchen nach und nach bis 1843 die ganze Staatsschuld verbrieft wurde, als anwendbar erklärt worden und in allen späteren Anleihegesetzen wurde wiederum dieses Mandat als maassgebend für die neuen Staatspapiere erklärt. ²⁾ Eine in einem einzigen Punkte abweichende Rechtsstellung nimmt nur die bayer-sächsische Eisenbahnschuld ein, sofern für die Titel derselben die durch die Verordnung vom 6. Octbr. 1824 behufs Erlangung des gerichtlichen Aufgebots und des Mortificationsverfahrens vorgeschriebene Verjährungsfrist von 10 Jahren auf 3 Jahre herabgesetzt ist. ³⁾

IV. Was endlich die Aussercourssetzung sächsischer Staatspapiere betrifft, so spricht sich darüber der vorstehend wörtlich wieder gegebene §. 3 des Gesetzes vom 8. Juni 1846 deutlich aus. Danach wird die von einer öffentlichen Behörde oder der emittirenden Anstalt auf dem betreffenden Papiere gemachte Bemerkung, dass das Papier ausser Cours gesetzt, oder Eigenthum einer bestimmten Person sei, respectirt, vorausgesetzt, dass die bestehenden inländischen oder ausländischen Gesetze eine solche Bemerkung für wirksam erklären und dass letztere diesen Gesetzen gemäss sei. Das in Süddeutschland einheimische Einschreibsystem, wonach die Papiere dadurch festgemacht werden, dass sie im Staatsschuldbuch auf den Namen des Besitzers förmlich eingetragen und ebenso diese Inscriptionen auf dem Schulddocument bemerkt, wodurch also die Inhaberscheine in Namensscheine umgewandelt werden, ist in Sachsen nicht angenommen, wo überhaupt keine Staatspapiere auf Namen ausgegeben werden.

¹⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1830, S. 156.

²⁾ Vergl. die oben S. 222, Note 1 allegirten Gesetze.

³⁾ Vergl. Decret vom 31. Janr. 1851, §. 11, Ges.- u. V.-Bl. S. 33. Auch für die Anwartschaftsscheine der Chemnitz-Riesaer Eisenbahnactionäre war ein besonderes Amortisationsverfahren vorgeschrieben. Da jedoch dieselben, wie es scheint, gar nicht zur Ausgabe kamen, so übergehen wir behufs Raumersparung die Darstellung jenes Verfahrens.

§. 57.

Zinsfuss; Ort und Art der Zins- und Capitalzahlung; Abzüge bei der Zinserhebung.

Zu Vermeidung von Wiederholungen beziehen wir uns auf §. 49 oben, wo wir die allmälige Gestaltung des in Sachsen bestehenden mässigen Zinsfusses der Staatspapiere historisch entwickelt haben. Nach dem jetzigen Bestande der Staatsschuld zerfällt dieselbe in eine 3proc. ältere, eine 4proc. neuere und in die unverzinsliche Cassenbillets-Schuld (vergl. §. 50). Neben diesen Schuldtheilen besteht eine besondere 3proc., resp. 4proc. Eisenbahnschuld.

Den Ort der Zins- und Capitalzahlung betreffend, so weist das Gesetz vom 29. Septbr. 1834 den Gläubiger an die Staatsschuldencasse in Dresden und an eine nicht näher bezeichnete Steuerkasse in Leipzig. Andere Zahlungsstellen des Inlandes finden wir weder in diesem Gesetze, noch in den einzelnen Anleihegesetzen benannt. Eben so wenig hat die sächsische Finanzverwaltung im Auslande Zahlungsstellen errichtet. Sie hatte dazu keine Veranlassung, da ihre Papiere fast ausschliesslich im Inlande placirt sind.

Die Zahlung der Zinsen und Capitalien geschieht ohne allen Abzug in der Landeswährung, welche seit 1858 die des 30 Thaler-Fusses ist. Die früheren Papiere lauten zwar auf den 14 Thaler-Fuss; dieser ist aber, wie bekannt, im Wiener Münzvertrag dem neuen 30 Thaler-Fuss gleichgestellt. Der Gläubiger muss sich indessen auch mit Cassenbillets befriedigen lassen, da diese nach §. 5 des Gesetzes vom 6. Septbr. 1855 ¹⁾ „bei allen und jeden aus Staatseassen zu leistenden Zahlungen, welche den auf den Cassenbillets ausgedrückten Betrag erreichen und nicht ausdrücklich in klingender Münze bedungen sind, anstatt baaren Geldes nach dem vollen Nennwerthe ausgegeben werden sollen.“ Diese Billets können aber nach §. 6 desselben Gesetzes bei der Haupteinwechslungscasse zu Dresden jeder Zeit ohne Aufgeld gegen klingendes Courant umgetauscht werden.

So lange und soferne also normale Verhältnisse bestehen und der sächsische Staatscredit so, wie er ist, gehoben bleibt, wird der Gläubiger in den ihm in Zahlung gegebenen Cassenbillets nur ein leicht zu handhabendes, daher willkommenes Befriedigungsmittel erkennen. Ob dasselbe aber auch in Zeiten der Finanznoth und der Creditlosigkeit Stand halten wird, lässt die Geschichte des Papiergelds zweifelhaft erscheinen.

§. 58.

Einzelne sächsische Handelsstaatspapiere.

Ein nennenswerther öffentlicher Verkehr in kgl. sächsischen Staatspapieren findet nur an der Börse zu Leipzig statt. Diese unterscheidet sodann nur nach dem Zinsfuss und der Grösse der einzelnen Stücke, indem sie grössere Apoints derselben Obligationengattung für sich und etwas niedriger notirt, als kleinere. Zwischen den einzelnen Anlehen von gleichem Zinsfuss kennt sie mit Recht keine Verschiedenheit, weil sie in der That qualitativ alle gleich sind. Im

¹⁾ Ges.- u. V.-Bl. von 1855, S. 528.

Einzelnen zerfällt die gesammte fundirte Staatsschuld in folgende Abtheilungen mit den nachstehenden Eigenthümlichkeiten ihrer Schulddocumente:

- 1) Landschaftliche Obligationen von 1830 à 3%, in Stücken von 1000, 500, 200, 100, 50 und 25 Thlr., halbjährlich auf 1. April und 1. Octbr. verzinslich und mit einem Tilgungsfonds von 1% nebst zuwachsenden Zinsen aus den amortisirten Obligationen im Wege der halbjährigen Verloosung heimzahlbar. Jeder Obligation sind Coupons auf 3 Jahre mit einem Talon zur Erhebung der neuen Couponserie beigegeben.¹⁾ Die Summe der noch uneingelösten Obligationen betrug am 1. Janr. 1859: 7,199,875 Thlr.
- 2) Staatsschuldencassenscheine von 1847 à 4%. Die ganze Anleihe von 1847 im Betrage von 10 Mill. Thlr. wurde mit 20,000 au porteur lautenden Obligationen à 500 Thlr., ded. 1. April 1847, mit fortlaufenden Nummern von 1—20,000, verbrieft. Die Zinsen fallen auf 1. April und 1. Octbr. Tilgung vom 1. Octbr. 1851 an zum Satze von 1% der ursprünglichen Schuld nebst anwachsenden Zinersparnissen. Verstärkung des Tilgungsfonds ist sich vorbehalten. Tilgungsmodus: halbjährige Verloosung. Auch der ganze Rest der Schuldsumme, welche am 1. Janr. 1859 noch 9,201,500 Thlr. betrug, kann von Seite des Staats halbjährig gekündigt werden. Die Obligationen haben Coupons auf 3 Jahre und Talons.²⁾
- 3) Staatsschuldencassenscheine der offenen Anleihe von 1852, 1855, 1858 und 1859 à 4%.³⁾ Sie zerfallen in zwei Serien, I à 500 Thlr. und II à 100 Thlr., und sind sämmtlich unter Einem Zinsen- und Tilgungsplane vereinigt. Ebendesshalb laufen die Nummern der Scheine von allen vier Jahrgängen ununterbrochen fort. Die Zinsen fallen am 2. Januar und 1. Juli. Die Obligationen sind ganz so, wie die älteren Staatsschuldencassenscheine mit Coupons auf 3 Jahre und mit Talons versehen, weichen aber darin von den letzteren ab, dass der zu ihrer allmäligen Tilgung festgestellte geringste Amortisationsfonds, wenn auch wie bei jenen 1% betragend, doch nicht durch den Anwachs der Zinsen aus den verloosten Obligationen verstärkt werden muss; dass ferner die Halbjahres-Tilgungsquoten ein- und derselben Finanzperiode anticipando auf Ein mal zur Verloosung und Heimzahlung gebracht werden und dass neben der planmässigen Tilgung Rückkäufe „aus freier Hand“ stattfinden können.

Im Einzelnen wurden folgende Schuldurkunden emittirt:

a) 1852, unter'm 1. Juli:	3,700 Scheine	I. Serie mit	1,850,000 Thlr.
	40,000	II. " "	4,000,000 "
b) 1855, unter'm 2. Janr.:	15,300	I. " "	7,650,000 "
	10,000	II. " "	1,000,000 "
c) 1858, unter'm 1. Juli:	14,524	I. " "	7,262,000 "
	72,620	II. " "	7,262,000 "
d) 1859, unter'm 3. Janr.:	7,000	I. " "	3,500,000 "
zusammen	163,144	Scheine I. u. II. Serie mit	32,524,000 Thlr.

¹⁾ Bekanntmachung vom 7. Juli 1830 und Bekanntmachung vom 29. Sept. 1833, Ges.- u. V.-Bl. S. 72 ff.

²⁾ Gesetz vom 27. März 1847 und Bekanntmachung vom gleichen Tage, Ges.- u. V.-Bl. S. 50 und 53.

³⁾ Vergl. Gesetz vom 1. Juni 1852, Ges.- u. V.-Bl. S. 86; Gesetz vom 13. Aug. 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 135; Gesetz vom 11. Febr. und Bekanntmachung vom 18. Juni 1858, Ges.- u. V.-Bl. S. 7 und 121; endlich Gesetz vom 3. Janr. 1859, Ges.- u. V.-Bl. Seite 5.

In 5 Jahren nach der Emission hat die Tilgung zu beginnen. Der planmässige, sich gleichbleibende halbjährige Tilgungsbetrag wurde folgendermassen festgesetzt:

für die Anleihe ad a, vom	2. Juli 1857 an auf	. . .	29,200 Thlr.
" " " " b, "	2. Janr. 1860 " "	. . .	44,500 "
" " " " c, "	2. Janr. 1864 " "	. . .	77,700 "
" " " " d, "	2. Janr. 1864 " "	. . .	18,800 "
zusammen halbjährlich		170,200 Thlr.
oder jährlich		340,400 Thlr.

- 4) Staatsschuldencassenscheine von 1855 à 3%, entstanden durch die Auswechslung der vormaligen Actien der sächsisch-bayerischen Eisenbahncompagnie gegen 3proc. Staatspapiere.¹⁾ Wie jene Actien in Apoints von 100 Thlr. ausgestellt waren, so lauten die dafür gegebenen Staatsschuldencassenscheine sämmtlich auf je 100 Thlr. Sie sind mit Coupons und Talons versehen, gleich den übrigen sächsischen Staatsschuldenscheinen. Die Coupons sind auf 31. März und 30. Septbr. fällig. Dass der Tilgungsfonds dieser Schuld nur $\frac{1}{3}\%$ beträgt, haben wir schon oben S. 222 dargelegt. Der ursprüngliche Betrag dieser Papiere war $4\frac{1}{2}$ Mill. Thlr., wovon am 1. Janr. 1859 noch 4,453,300 in Umlauf waren.
- 5) Umgestempelte sächsisch-schlesische Eisenbahnactien à 4%. Sie lauten auf je 100 Thlr. und waren bei der Uebnahme der Bahn durch den Staat, im Jahre 1851, 40,000 Stücke im Nominalwerthe von 4,000,000 Thlr. creirt. Statt der früheren Dividendenscheine und Talons wurden ihnen Zinsecoupons und Zinsleisten, wovon die ersteren auf 30. Juni und 31. Decbr. fällig sind, beigegeben. Neben dem gesammten Vermögen des Staats haftet für diese Schuld als besonderes Unterpfand das ganze unbewegliche Gut der vormaligen sächsisch-schlesischen Eisenbahncompagnie. Die Tilgung der Schuld hat im Jahre 1855 begonnen. Sie betrug daher am 1. Janr. 1859 noch 3,830,200 Thlr. Alljährlich (nicht halbjährlich wie bei der übrigen Staatsschuld) ist im Wege der Verloosung ein Betrag von wenigstens 1% der ursprünglichen Schuld nebst zuwachsenden Zinsersparnissen in Folge der Tilgung je am 1. April zur Heimzahlung zu bezeichnen. Am darauf folgenden Zinstermin werden sodann die verloosten Schulddocumente pari eingelöst. Vom Jahre 1863 an empfängt ausserdem jede verlooste Actie eine Prämie von 1%, welche in jedem folgenden Jahre um $\frac{1}{3}\%$ steigt.²⁾

¹⁾ Vergl. Gesetz vom 31. März 1855, Ges.- u. V.-Bl. S. 51.

²⁾ Decret vom 31. Janr. 1851 und Vertrag vom gleichen Tage, Ges.- u. V.-Bl. S. 31 und 34.

§. 59.

Coursbewegung kgl. sächsischer Staatspapiere in verschiedenen Zeitperioden.

Börse zu Leipzig. Grössere Stücke zu 1000—200 Thlr.

Zeit.	Obligationen à			Zeit.	Obligationen à		
	3 0/0.	4 0/0. de 1847.	5 0/0.		3 0/0.	4 0/0. de 1847.	4 1/2 0/0.
1847. Janr. 4.	90	—	—	1854. Janr. 2.	91 ³ / ₄	100 ¹ / ₄	102 ¹ / ₂
April 6.	94	—	—	April 3.	90	95	97 ¹ / ₄
Juli 9.	91 ¹ / ₂	101 ⁷ / ₈	—	Juli 5.	89 ¹ / ₄	99	100 ¹ / ₂
Oct. 15.	91	101 ⁵ / ₈	—	Oct. 6.	88 ¹ / ₄	99 ³ / ₄	101 ³ / ₄
1848. Janr. 3.	90 ¹ / ₂	101 ¹ / ₂	—	1855. Janr. 5.	86 ¹ / ₂	99 ⁷ / ₈	101 ³ / ₈
April 10.	85	93	—	April 4.	85 ³ / ₄	99 ³ / ₄	101 ⁷ / ₈
Juli 19.	79	91 ¹ / ₂	—	Juli 6.	86	99	101 ⁵ / ₈
Oct. 11.	74 ¹ / ₂	87	98 ³ / ₄	Oct. 10.	85 ¹ / ₂	96 ⁷ / ₈	100 ³ / ₄
1849. Janr. 10.	79 ¹ / ₄	89 ¹ / ₄	102	1856. Janr. 8.	84 ¹ / ₂	96 ⁵ / ₈	101 ³ / ₈
April 5.	79 ¹ / ₄	88	101 ³ / ₄	April 2.	83	97 ¹ / ₄	101
Juli 3.	81	93	103 ³ / ₄	Juli 11.	83 ¹ / ₂	98	101 ³ / ₄
Oct. 10.	85 ¹ / ₂	98	105 ³ / ₄	Oct. 7.	83 ³ / ₄	98 ¹ / ₂	101 ¹ / ₄
1850. Janr. 9.	85 ¹ / ₄	95 ³ / ₄	105 ¹ / ₂	1857. Janr. 8.	83 ¹ / ₂	98 ³ / ₄	101 ¹ / ₄
April 5.	86	96	105	April 6.	84 ³ / ₄	98 ¹ / ₄	101 ¹ / ₈
Juli 1.	—	—	—	Juli 3.	85 ³ / ₄	98 ¹ / ₂	102 ¹ / ₄
Oct. 1.	—	—	—	Oct. 1.	86	98 ³ / ₄	101 ⁷ / ₈
1851. Janr. 10.	83 ¹ / ₂	97 ¹ / ₄	105 ¹ / ₂	1858. Janr. 14.	86	99	102 ¹ / ₂
April 5.	83 ¹ / ₄	94 ³ / ₈	104 ¹ / ₈	April 1.	88 ³ / ₈	99 ¹ / ₈	102 ¹ / ₄
Juli 1.	83 ¹ / ₄	97	104 ³ / ₄	Juli 5.	88 ¹ / ₂	100 ¹ / ₄	—
Oct. 8.	87 ¹ / ₂	99 ⁵ / ₈	104 ¹ / ₄	Oct. 7.	88 ³ / ₄	100 ¹ / ₂	—
1852. Janr. 7.	88	100 ¹ / ₂	103 ³ / ₈	1859. Janr. 13.	89	100 ⁷ / ₈	—
			4 ¹ / ₂ 0/0	April 2.	89	100 ¹ / ₂	—
Juli 16.	91	101 ³ / ₈	104 ¹ / ₈	Juli 8.	—	96 ¹ / ₄	—
Oct. 2.	91	101 ¹ / ₄	103 ³ / ₄	Oct. 8.	87 ³ / ₄	99	—
1853. Janr. 4.	90 ¹ / ₂	101 ¹ / ₄	103 ¹ / ₈	1860. Janr. 7.	89 ¹ / ₄	101 ¹ / ₈	—
April 5.	90 ³ / ₄	101 ⁷ / ₈	103 ¹ / ₂	April 18.	89 ⁷ / ₈	100 ¹ / ₂	—
Juli 6.	92 ¹ / ₄	101	103	Juni 28.	90 ¹ / ₄	101 ⁵ / ₈	—
Oct. 3.	92	100 ¹ / ₈	102 ¹ / ₂	Oct. 8.	91 ¹ / ₂	100 ⁷ / ₈	—

§. 60.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in abgerundeten Summen:

1) Bevölkerung	2,100,000 Sln.
2) Umfang des Staatsgebiets	272 □M.
3) Gesamtsumme der Staatsschuld	65,000,000 Thlr.
Davon unproductiv circa	11,000,000 Thlr.
Eisenbahnschuld circa	47,000,000 „
Papiergeld	7,000,000 „
4) Capitalwerth des unmittelbaren Staatsvermögens	77,000,000 Thlr.
5) Ueberschuss der Activa über die Passiva	12,000,000 „

6) Gesamtstaatseinnahme (netto)	9,500,000 Thlr.
7) Gesamtstaatsausgabe (netto)	9,500,000 "
9) Directe Steuern (incl. Zuschläge)	2,500,000 "
10) Indirecte Steuern, incl. { Lotto und Sporteln { Salzregalu. Chausséegeld }	3,700,000 "
11) Gesamtsteuerlast (netto)	6,200,000 "
Hiernach trifft es auf den Kopf der Bevölkerung:	
a) an der gesammten Staatsschuld	30,952 "
b) " " unproductiven Staatsschuld	5,238 "
c) " " Eisenbahnschuld	22,381 "
d) " " Papiergeldsschuld	3,333 "
e) am unmittelbaren Staatsvermögen	36,666 "
f) an der Gesamtstaatsausgabe	4,524 "
g) directe Steuern	1,190 "
h) indirecte Steuern	1,762 "
i) ganze Steuerlast	2,986 "

Die gesammte Staatsschuld verhält sich zum Capitalwerthe des Staatsvermögens wie 1:1,185; zu einer Jahreseinnahme wie 1:0,146.

5) Königreich Württemberg. *)

§. 61.

Historische Rückblicke.

Als mit dem Untergange der Hohenstaufen die Grafen von Württemberg ihr Besitzthum mit mehreren Gütern jenes Kaiserhauses vergrößerten und auch unter Ulrich I. die Grafschaft Urach erwarben, zählten sie gleichwohl noch nicht zu den Reichsfürsten, sondern lediglich zum rittermässigen Adel. In zahllosen Fehden gegen Standesgenossen und insbesondere gegen die schwäbischen Reichsstädte bekundeten sie aber die Thatkraft und den Muth, der sie selbst vor Kämpfen gegen das Reichsoberhaupt nicht zurückschrecken liess. So namentlich unter Eberhard I. (gest. 1325) und Eberhard II. (1344 bis 1392). Nebenbei waren die Grafen unablässig auf Erweiterung ihres Gebiets bedacht, welche sie durch Eroberung, Käufe und Heirathen bewirkten. (Beilstein, Reichenberg, Neuffen, Asperg, Teck, Aichelberg, Gröningen, Tübingen, Calw, Vaihingen, Laufen, Nagold, Balingen). Eberhard II. führte die Alleinregierung des Erstgebornen ein (1362) und sein Urenkel, Eberhard IV., erwarb durch Heirath die Grafschaft Mömpelgard, jenseits des Rheins. Zwar theilten dessen Söhne, Ludwig I. und Ulrich V. das väterliche Erbe (1441); allein schon die Enkel kehrten durch den wichtigen Münsinger Vertrag (13. Decbr. 1482)

*) Literatur: Herdegen, Württembergs Staatshaushalt, Stuttgart, 1848. R. Mohl, Erörterungen über die württemb. Staatsschuld, in der Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Tübingen, 1846, Heft IV, S. 620. v. Reden, allg. vergl. Finanzstatistik, Darmstadt, 1851, I. Band, 1. Abth. Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, S. 214 ff., Leipzig, 1860. Brachelli, deutsche Staatenkunde, I. Band, S. 540 ff. Württembergische Jahrbücher, herausgegeben vom statistisch-topographischen Bureau.

zur Primogenitur und Untheilbarkeit zurück — ein Werk des besten Fürsten seiner Zeit, Eberhard im Bart.

Unter letzterem ward das Land zum Herzogthum erhoben (21. Juli 1495). Herzog Ulrich nahm mit beträchtlichem Gewinn an dem bayerisch-landshutischen Erbfolgestreit Theil, brachte aber das Land durch Gewaltacte an den Rand des Verderbens und sich selbst in's Exil. Der schwäbische Bund nahm Besitz von Württemberg und trat es für die Kriegskosten an Kaiser Karl V. ab (1520), der seinen Bruder Ferdinand damit belehnte. Erst 1534 erhielt Ulrich sein Land als österreichisches Afterlehen zurück. Herzog Friedrich I. kaufte sich von dieser Afterlehensherrschaft los (1599) und erweiterte sein Besitzthum durch Ankauf mehrerer badischer Orte und anderer Parzellen. Im 30jährigen Kriege kam das Herzogthum abermals an den Rand des Verderbens; Herzog Eberhard III. verliess dasselbe nach der Schlacht von Nördlingen (1634) und wurde erst durch den westphälischen Frieden, welcher ihm selbst die allmählig säcularisirten geistlichen Gebiete garantierte, in dessen vollen Besitz wieder eingesetzt.

Im Gefolge der von Frankreich ausgehenden Erschütterungen und territorialen Veränderungen am Schlusse des 18ten und Anfange des 19ten Jahrhunderts fand Friedrich II., ein Fürst, der für eine so gewaltige Epoche wie geschaffen war, um so günstigere Gelegenheit zur Machterweiterung, als der schwäbische Kreis die grösste Zahl derjenigen Gemeinwesen umfasste, welche den Stürmen jener Zeit zum Opfer fallen mussten. Nach dem Luneviller Frieden schloss sich Württemberg zuerst von allen deutschen Ständen an Frankreich an (Vertrag vom 20. Mai 1802). Es musste Mömpelgard aufgeben, erhielt aber durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 die geistlichen Gebiete von Ellwangen, Zwiefalten, Schöndal, Comburg, Rottenmünster etc. und die Reichsstädte Weil, Reutlingen, Esslingen, Rottweil, Giengen, Hall, Aalen, Gmünd und Heilbronn; nebst dem die Churwürde. Der Pressburger Friede (1805) fügte von den österr. Vorlanden die Grafschaften Hohenberg und Nellenburg; die Herrschaft Triberg, die Landvogtei, sodann die Städte Villingen, Breunlingen, Ehingen, Munderkingen, Riedlingen, Mengen, Saulgau und Waldsee bei und gab dem Churfürsten die Königskrone. Die Occupation der von dem neuen Königreiche umschlossenen Güter der Reichsritterschaft, des deutschen und des Johanniter-Ordens vollendete die territoriale Vergrößerung. Kraft der Rheinbundsacte mussten zwar Bondorf, Triberg, Villingen und Breunlingen an Baden abgetreten werden, dafür erhielt aber Württemberg Biberach, Wiesensteig, Wiblingen, Schelklingen und die Deutschordens-Commenden Kapfenburg und Altshausen. Bei den Mediatisirungen wurde ihm die Souveränität über die Besitzungen einer Reihe von Fürsten und Grafen und bei der Aufhebung des Deutschordens das Hochmeisterstift Mergentheim zu Theil. Endlich trat zu Folge des Wiener Friedens Bayern durch besondern Vertrag (vom 18. Mai 1810) Ulm, Tettnang, Buchhorn, Wangen, Ravensburg, Leutkirch, Söflingen, Geislingen, Alpek und Crailsheim ab, wogegen Württemberg zur Ausgleichung die Aemter Gebsattel, Wülfigen und andere Parzellen an Bayern, auch bald darauf Stockach an Baden überliess. Im Jahre 1813 kaufte König Friedrich noch die Herrschaft Hirschlatt von Hohenzollern und schied mit diesem Gesamtbesitze vom Rheinbunde aus. Die Wiener Verträge bestätigten die Erwerbungen des neuen Königreichs, welches nun dem deutschen Bunde beitrug, in dem es den fünften Rang einnimmt.

Wir wenden uns zu seiner Finanzgeschichte.

In der älteren Zeit war, wie anderwärts, der Haushalt des Landes und Fürsten vielfach vermisch. Doch bestand in Württemberg von Alters her eine ständische Corporation mit verhältnissmässig umfassenden Befugnissen,

insbesondere in Absicht auf die Belastung des Volkes. Manche der württembergischen Landesfürsten liebten aber äusseren Glanz mehr, als mit ihren Einkünften sich füglich vertrug und so entstanden frühzeitig Geldverlegenheiten, in welchen wiederholt die Mitwirkung der Stände in Anspruch genommen wurde. Diese übernahmen von Zeit zu Zeit, wenn gleich mit Widerstreben, und öfters nur gegen Einräumung anderer Gerechtsame politischer Art, Theile der herzoglichen Schulden. Man unterschied daher damals genau zwischen landschaftlichen und Kammerschulden, wozu später sogenannte gemeinschaftliche und Schulden des Kirchenguts kamen. Unter der prachtliebenden Regierung des Herzogs Carl sollen die Gesamtschulden des damals kleinen Landes, unerachtet das Staatseinkommen unter allen möglichen Titeln und Formen gesteigert worden war, bis an 16 Millionen Gulden angewachsen sein, während man das Staatseinkommen zu 2 (nach Andern zu 3) Millionen schätzte, wovon 800,000 fl. Ertrag der Domänen und 1,200,000 fl. Einnahmen der Landschaftscassen. In der Folge wurden jedoch diese Schulden mit Anstrengung aller Kräfte grösstentheils getilgt.

Neue Vermehrung und eine gänzliche Umgestaltung der Dinge brachten auch in Württemberg die französischen Kriege. Wie wir gesehen haben, war dieses deutsche Land das erste, das sich unter die Fittige des französischen Adlers stellte. Dadurch entging es aber den Erpressungen und Opfern jeglicher Art, die von dem Protector Freund und Feind auferlegt wurden, eben so wenig, als alle anderen deutschen Stände; vielmehr musste es im Dienste Frankreichs Anstrengungen machen, welche im Hinblick auf seine Kräfte kaum möglich schienen. Dass dabei die öffentliche Schuld unerachtet der schonungslosesten Ausbeutung aller finanziellen Hilfsquellen, der Auflegung von Kriegssteuern aller Art, von welchen weder fromme Stiftungen noch Kirchen verschont blieben, wieder anwuchs, lag in der Natur der Dinge. Es zeigt sich hier, wie überall, dieselbe Erscheinung: die grosse gallische Nation führte einen 20jährigen Krieg auf Kosten Deutschlands, der die Früchte eines Menschenalters verschlang und auch den Freund nicht verschonte. So kann es nicht überraschen, wenn der Betrag der altwürttembergischen Schulden schon im Jahre 1806 auf 14,134,473 fl.¹⁾ gesteigert war. Als Lohn seiner Anstrengungen hatte übrigens Württemberg grosse Gebietserweiterungen erzielt, deren Passiven jedoch unter der ebengenannten Summe nicht inbegriffen waren.

Der Churfürst hatte nämlich bis hieher mit den Ständen des alten Landes in fortdauernden Differenzen gelebt. Während diese, den überraschenden Gang der Dinge nicht begreifend, an allem Alten unverbrüchlich festhielten und mit unübertroffenem Aufwande von Gelehrsamkeit beriethen, verfügte der Fürst über die Kräfte des Landes, entzog die neu erworbenen Landestheile der ständischen Einwirkung gänzlich und führte für dieselben eine völlig getrennte Regierung ein. Durch Edict vom 30. Decbr. 1805 wurde sodann die alte ständische Verfassung gänzlich aufgehoben und durch Manifest vom 1. Janr. 1806²⁾ Annahme der Königswürde mit voller Souveränität verkündet. Im Gefolge dieser Veränderungen geschah denn jetzt die Vereinigung der neuen Landestheile mit dem alten Herzogthum zu einer unumschränkten Monarchie, sowie die Vereinigung der bis dahin getrennt gewesenen Cassen. Durch kgl. Generalrescript vom 2. Janr. 1806³⁾ wurden die Schulden des vorher incorporirten sogenannten geistlichen Guts (protestantischen Kirchenguts), sowie die Schulden der Kriegsprästationscasse und die bei der Landschafts-

¹⁾ v. Reden a. a. O. S. 274.

²⁾ Regierungsblatt von 1806, S. 1.

³⁾ Dasselbst S. 3.

casse bisher öffentlich verrechneten Donative und Pensionen und endlich die Schulden der neuen Landestheile sämmtlich als Staatsschulden anerkannt, auch feierlich versprochen, dass alle diese Schulden auf dieselben öffentlichen Einkünfte, welche bei ihrer Contrahirung als Hypothek angewiesen, oder zu Abtragung der Capitalien und Zinsen bestimmt worden waren, fundirt bleiben sollten.

Nach vollzogener Vereinigung sämmtlicher Schulden betrugen solche Anfangs 1806:

a) Schulden der vormaligen Landschaft	4,667,982 fl.
b) Schulden der gemeinschaftlichen herr- und landschaftlichen Schuldenzahlungscasse	1,388,228 „
c) Passiva der Kriegsprästationscasse	3,581,418 „
d) „ „ Rentkammercasse	3,288,794 „
e) „ „ kirchenrätlichen Cassen	1,000,601 „
f) „ „ Strassenbaucasse	207,450 „
g) „ „ neuen Lande	1,524,824 „
zusammen	15,659,297 fl. ¹⁾

Davon wurden aber durch Compensation zwischen den genannten Cassen selbst ausgeglichen und bis 1808 getilgt 346,327 fl. und verblieben an Georgi 1808 noch 15,312,970 fl.

Für die Tilgung dieser Schuld bestand damals noch kein fester Plan. Die Staatsgläubiger hatten das Kündigungsrecht gegen den Staat und die sämmtlichen Anlehen wurden in der gewöhnlichen Darlehensform aufgenommen. Doch wurde schon 1807 eine General-Staatsschuldenzahlungscasse errichtet, ²⁾ welcher 1808 bestimmte Einnahmen zugewiesen wurden. ³⁾ Ein geordneter Zustand ist 1811 durch Gründung eines gleichbleibenden Tilgungsfonds von jährlichen 300,000 fl. eingeleitet worden, ⁴⁾ welche Summe nach Maassgabe einer jährlich vorzunehmenden Verloosung abbezahlt werden sollte. 1816 folgte aus Anlass der Reorganisation der Staatsschulden-Amortisationscasse eine neue Dotation derselben mit den französischen Relutionsgeldern (wovon damals bereits 1,300,000 fl. bezahlt waren), den französischen Contributionsgeldern (3,750,000 fl.) und anderen sicheren Staatseinkünften. ⁵⁾ 1817 trat eine weitere Verstärkung des Tilgungsfonds in der Art ein, dass die gesammte Schuld binnen 45 Jahren abbezahlt sein sollte. ⁶⁾

Eine neue Epoche beginnt mit dem Jahre 1820. Am 25. Septbr. 1819 wurde nach harten Kämpfen die Verfassungsurkunde für das Königreich Württemberg vom König und von den Ständen unterzeichnet, ⁷⁾ welche die Staatsschuld unter die Gewährleistung der Stände stellt und ausspricht, dass die Staatsschuldenzahlungscasse nach den Normen eines zu verabschiedenden Statuts, von ständischen — durch die Regierung bestätigten Beamten unter Leitung und Verantwortlichkeit der Stände verwaltet werden solle. ⁸⁾ Dieses

¹⁾ v. Reden a. a. O. S. 274.

²⁾ Decret des Oberfinanzdepartements vom 3. März 1807, Regierungsbl. S. 25.

³⁾ Verordnung vom 26. Nov. 1808, Regierungsbl. S. 649.

⁴⁾ Verordnung vom 2. Aug. 1811, Regierungsbl. S. 389.

⁵⁾ Rescript vom 10. Juni 1816, Regierungsbl. S. 146.

⁶⁾ Erstes Edict vom 18. Nov. 1817, Regierungsbl. S. 541 (Beil. I, S. 3). Vergl. fünftes Edict von demselben Tage, ebendasselbst (Beil. V, S. 28).

⁷⁾ Kgl. Manifest vom 27. Sept. 1819, Regierungsbl. S. 633. Verfassungsurkunde vom 25. Sept. 1819, Regierungsbl. S. 654.

⁸⁾ Verfassungsurkunde §. 119 und 120.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Statut kam 1820 zu Stande¹⁾ und von nun an führen die Stände die Verwaltung der Staatsschuld, deren Resultate nach der Jahresrechnung alljährlich öffentlich bekannt gemacht werden sollen.²⁾ Das Statut von 1820 wurde später, 1837, durch das sogenannte „revidirte Staatsschuldenstatut“ ersetzt,³⁾ dessen Inhalt wir unten im Wesentlichen geben werden, und auch letzteres erhielt 1843, 1845, 1852 und 1853 Nachträge und Abänderungen,⁴⁾ auf die wir ebenfalls zurückkommen werden.

Von 1808 ab nahm die Staatsschuld bis 1816 weniger durch neue Anlehen, als durch Landerwerbungen, Uebernahmen, Ausgleichungen und Entschädigungen, sowie durch die Vereinigung des Dienstcautionsfonds⁵⁾ mit der Staatsschuld um 11,650,494 fl.⁶⁾ zu, in der gleichen Periode aber durch Tilgung um 2,203,330 fl. ab, so dass sie 1816 betrug 24,760,134 fl.⁷⁾ Von 1816 bis 1820 schritt die Tilgung in raschem Gange fort. In letzterem Jahre betrug daher die Schuld, obgleich auch in dieser Zeit neue Uebernahmen zum Belaufe von mehreren Millionen stattfanden, in ihrem der ständischen Verwaltung purificirt übergebenen Betrage nur noch 20,374,559 fl.⁸⁾ Manche Schulden der neuen Landestheile waren aber hierunter noch nicht inbegriffen und es geschah erst von jetzt an die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Landschaftscassen, Reichsstädten etc., welche bis 1833 dauerte. Der Betrag der von 1820 bis 1833 von den neuen Landestheilen auf den Staat übernommenen Schulden entziffert sich auf 8,321,791 fl.⁹⁾ und würde die allgemeine Staatsschuld auf 28,706,350 fl. gesteigert haben, wenn solche nicht durch die fortschreitende Tilgung um 2,487,334 fl. vermindert worden wäre. Im Jahre 1833 betrug sie daher nur noch 26,219,016 fl.¹⁰⁾ Bis 1845 dauerte die successive Ermässigung der Schuld fort, in welchem Jahre sie den niedersten Stand erreichte mit 20,774,033 fl.¹¹⁾

Von da an beginnt wieder rasches Steigen, zunächst veranlasst durch das angenommene Princip des Staatseisenbahnbaues.¹²⁾ Württemberg hat bis jetzt

¹⁾ Statut vom 22. Juni 1820, Regierungsbl. S. 347.

²⁾ Verfassungsurkunde §. 123. Die Veröffentlichung geschah seit 1820.

³⁾ Revidirtes Staatsschuldenstatut vom 22. Febr. 1837, Regierungsbl. S. 105.

⁴⁾ Gesetz vom 22. Juni 1843, Regierungsbl. S. 419. Minist. Bekanntmachung vom 24. ejstd., Regierungsbl. S. 420. Gesetz vom 30. Juni 1845, Regierungsbl. S. 219. Gesetz vom 16. Sept. 1852, Regierungsbl. S. 223. Gesetz vom 4. Sept. 1853, Regierungsbl. S. 359. Verordnung vom 14. Dec. 1853, Regierungsbl. S. 485, zur Vollziehung des Gesetzes vom 16. Sept. 1852.

⁵⁾ Verordnung vom 7. Aug. 1817, Regierungsbl. S. 381. Die Summe der — der Staatsschuldenzahlungscasse überwiesenen Dienstcautionen betrug 1,106,837 fl.

⁶⁾ Die in Folge der Schuldenausgleichungen mit den Mediatisirten allein übernommene Summe betrug 7,867,353 fl.

⁷⁾ v. Reden a. a. O. S. 275, 277.

⁸⁾ Ebendasselbst.

⁹⁾ Es wurden übernommen: durch Gesetz vom 14. März 1821, Regierungsbl. S. 139: 2,332,300 fl.; durch Gesetz vom 29. Juni 1821, Regierungsbl. S. 389: 857,085 fl.; durch Gesetz vom 27. Juli 1824, Regierungsbl. S. 601: 2,250,018 fl.; durch Gesetz vom 11. Juli 1827, Regierungsbl. S. 294: 507,000 fl.; durch Gesetz vom 18. April 1830, Regierungsbl. S. 177: 128,000 fl.; und durch Gesetz vom 14. Nov. 1833, Regierungsbl. S. 350: 97,500 fl. u. s. w. Siehe auch Beil. Nr. 23 bei Herdegen a. a. O.

¹⁰⁾ v. Reden a. a. O. S. 275.

¹¹⁾ Ebendasselbst S. 277.

¹²⁾ Gesetz vom 18. April 1843, Regierungsbl. S. 277. Der Privat-Eisenbahnbau ist zwar durch dieses Gesetz nicht ausgeschlossen, aber sehr erschwert. Inzwischen hat der Staat alle damals und später zum Bau bestimmten Linien auf eigene Kosten hergestellt.

seine sämmtlichen Eisenbahnen auf Staatskosten gebaut. Dieselben hatten bis Ende 1859 eine Länge von 45⁶ Meilen¹⁾ und erforderten ein Anlagecapital von circa 36 Mill. Gulden.²⁾ Lediglich als Folge von Verwendungen auf den Eisenbahnbau, welchem ausserdem Mittel aus den laufenden Ueberschüssen zugewendet wurden,³⁾ hatte die Staatsschuld trotz der fortschreitenden Tilgung 1848 sich erhöht auf 42,239,619 fl.⁴⁾ Die Ereignisse des Jahres 1848, verbunden mit der Theurung von 1847 und manchen Verheerungen durch Naturereignisse verschlimmerte die vorher glänzende Finanzlage auch in Württemberg derart, dass nun selbst zur Deckung der ordentlichen Staatsbedürfnisse Anlehen contrahirt werden mussten, obgleich gleichzeitig eine Steuererhöhung eintrat. Hieher gehört das Anlehen von 1849 à 3 Millionen Gulden zu Deckung der Bedürfnisse des Staatshaushalts für 1849;⁵⁾ die Schaffung von 3,000,000 fl. Staatspapiergeld,⁶⁾ welches zu Deckung des Deficits für 1849;⁵² verwendet wurde⁷⁾ und das Staatsanlehen von 1855 zu Bestreitung ausserordentlicher Militärbedürfnisse (in Folge des orientalischen Kriegs) von 3 Mill. Gulden,⁸⁾ welches jedoch nur zur Hälfte diesem Zwecke zugewendet wurde, während die andere Hälfte dem Eisenbahnbau zu statten kam.⁹⁾ Letzterer schritt mit wenigen Unterbrechungen fort und erforderte fortwährend namhafte Baarmittel.

In Folge dieser Verhältnisse war 1849 die Staatsschuld bereits auf 42,970,719 fl.¹⁰⁾ gestiegen und betrug am 30. Juni 1857 53,235,192 fl.¹¹⁾

Am letzteren Tage waren ihre einzelnen Bestandtheile:

A) Verzinsliche Schuld:

1) zur Zeit unkündbar:

a) verzinslich zu 5%	515,920 fl.
b) 4proc. Pensionsfonds	3,454,500 „
c) 4proc. Militärauctionen	1,072,500 „
d) 2 ¹ / ₂ proc. sogen. Ellwanger Schuld	4,172 „

5,047,092 fl.

¹⁾ Vergl. Staatsanzeiger vom 11. Oct. 1859, Nr. 241.

²⁾ Verwilligt wurden: durch das Finanzgesetz vom 15. Aug. 1845, Regierungsbl. S. 281: 17,600,000 fl., einschliesslich der schon vorher durch Gesetz vom 18. April 1843, Regierungsbl. S. 277, angewiesenen 3,200,000 fl.; durch das Finanzgesetz vom 29. Juli 1849, Regierungsbl. S. 321: 4,940,000 fl.; durch das Finanzgesetz vom 8. März 1852, Regierungsbl. S. 40: 3,438,000 fl.; durch Gesetz vom 6. Mai 1857, Regierungsbl. S. 29: der Rest des im Jahre 1855 aufgenommenen und nur theilweise verwendeten Kriegsanlehens mit circa 1,600,000 fl. und 1,040,797 fl. Vorschuss der Grundstocksverwaltung, sowie ein Anlehen von 3,012,500 fl., welches 1857 aufgenommen wurde. Die Eisenbahn von Bietigheim nach Bruchsal wurde aus Mitteln des Grundstocks gebaut und ebenso gab dieser die Mittel zum Ausbau und zur Ausrüstung der Heilbrunn-Friedrichshafener Bahn, in so weit sie oben nicht bereits aufgeführt sind. Nach der Darstellung im Staatsanzeiger vom 15. Dec. 1859, Nr. 296, betrug das Anlagecapital ohne die Plochingen-Reutlinger Bahn 33,756,820 fl.

³⁾ Z. B. nach dem Finanzgesetz vom 15. Aug. 1845, Regierungsbl. S. 281: 1,600,000 fl.; und nach dem Finanzgesetz vom 5. Nov. 1858, Regierungsbl. S. 215: 1,638,000 fl., letztere zur Herstellung eines zweiten Geleises auf einem Theil der Hauptbahn.

⁴⁾ v. Reden a. a. O. S. 280.

⁵⁾ Gesetz vom 20. Juni 1849, Regierungsbl. S. 215.

⁶⁾ Gesetz vom 1. Juli 1849, Regierungsbl. S. 265.

⁷⁾ Finanzgesetz vom 8. März 1852, Regierungsbl. S. 40.

⁸⁾ Gesetz vom 16. März 1855, Regierungsbl. S. 67.

⁹⁾ Vergl. Gesetz vom 6. Mai 1857, Regierungsbl. S. 29.

¹⁰⁾ v. Reden a. a. O. S. 280.

¹¹⁾ Bekanntmachung v. 17. März 1859, Beil. zum Staatsanzeiger v. 21. April 1859, Nr. 95.

2) kündbar von Seite des Staats:

e) 4 $\frac{1}{2}$ proc. Schuld	26,675,500 fl.
f) 4proc. Schuld	1,099,000 „
g) 3 $\frac{1}{2}$ proc. Schuld	<u>16,913,600 „</u>

44,688,100 fl.

B) Unverzinsliche Schuld:

h) Staatspapiergeld	3,000,000 fl.
i) Vorschuss des Zolldieneralimentirungsfonds zur Sicherstellung der Einlösung des Pa- piergelds	<u>500,000 fl.</u>

3,500,000 fl.

zusammen wieder 53,235,192 fl.

Von 1820 bis 1857 hat sonach die Staatsschuld um nahezu 33 Mill. Gulden zugenommen, obgleich in gleicher Zeit circa 9 Mill. Gulden getilgt wurden. Die Zunahme ist indessen ganz dem Eisenbahnbau zuzuschreiben, während die übrige Staatsschuld um circa 8 Millionen ermässigt und von 1849 bis 1855 um 6 Mill. erhöht wurde. Die Eisenbahnschuld warf im Jahre 1857/58 bereits eine Rente ab, welche nicht nur ihre Verzinsung, sondern auch die gesetzliche Tilgungsquote von $\frac{1}{2}\%$ deckt. Sie wird aber durch die 1858 in sehr ausgedehntem Maasse projectirte Erweiterung des Eisenbahnnetzes eine fernere grosse Steigerung erfahren¹⁾ und es mag dann fraglich erscheinen, ob nach erfolgtem Bau von Nebenlinien die Ertragsresultate eben so befriedigend ausfallen werden.

Auch zu Bestreitung ausserordentlicher Militärbedürfnisse hat im Jahre 1859 ein Anlehen von 5,700,000 fl. aufgenommen werden müssen,²⁾ welches eine Vermehrung der unproductiven Schuld involvirt. Demselben folgte im Jahre 1860 wieder ein Eisenbahnanlehen von 5 Mill. Gulden, welches jedoch die Staatshauptcasse selbst für Rechnung des Grundstocks und der Restverwaltung übernahm. Im Novbr. 1860 wurden davon 2 Mill. an Privaten ausgegeben.

Der Staatscredit Württembergs ist übrigens mit Recht fest begründet. Wir werden im Folgenden sehen, welche Garantien der Staatsschuld gegenüberstehen, woraus die Staatsgläubiger volle Beruhigung schöpfen werden.

§. 62.

Neuester Stand der Staatsschuld.

Die neueste Bekanntmachung über den Stand der Staatsschuld datirt vom 31. Oct. 1860, und umfasst den Zeitraum vom 1. Juli 1858/59. Am 30. Juli 1859 betrug hienach die gesammte Staatsschuld in ihren einzelnen Bestandtheilen:³⁾

¹⁾ Vergl. Gesetz vom 17. Nov. 1858, Regierungsbl. S. 249, betreffend die weitere Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, und Gesetz vom gleichen Tage, Regierungsblatt S. 251, wodurch für die Etatsperiode von 1858/61 ein Credit von 16,800,000 fl. eröffnet wurde.

²⁾ Gesetz vom 13. Mai 1859, Regierungsbl. S. 85. Bekanntmachung vom 13. Juni 1859, Staatsanzeiger Nr. 141.

³⁾ Bekanntmachung vom 31. Oct. 1860, Staatsanzeiger Nr. 276, S. 2329—2342.

A. Verzinsliche Schuld:

a) derzeit gegenseitig nicht kündbar:

1) verzinslich zu 5%	515,920 fl.	
2) verzinslich zu 4%:		
Pensionsfonds	4,097,700 fl.	
Militärcautionen	1,346,200 „	
	<u>5,443,900 fl.</u>	
3) verzinslich zu 2½%	4,172 „	
		5,963,992 fl.

b) von Seite des Staats kündbar:

1) verzinslich zu 4½%	25,954,800 fl.	
2) „ „ 4%	3,549,800 „	
3) „ „ 3½%	<u>16,324,300 „</u>	
		45,828,900 fl.

B. Unverzinsliche Schuld:

Staatspapiergeld	3,000,000 fl.
Summe im Ganzen	<u>54,792,892 fl.</u>

Inzwischen ist das Kriegsanlehen von 1859 im Betrage von 5,700,000 fl. und das Eisenbahnanlehen von 1860 à 5,000,000 fl. zugewachsen, wogegen die planmässige Tilgung der beiden letzten Jahre eine Ermässigung der älteren Schuld herbeigeführt hat.

Am 1. Novbr. 1860 betrugen daher die Gesamtpassiven der Staatsschuldenzahlungscasse 64,802,992 fl.¹⁾, welche Summe zusammengesetzt war, wie folgt:

A. Verzinsliche Schuld: a) unkündbar:

Verzinslich zu 5%	515,920 fl.	
Pensionsfonds à 4%	3,642,700 „	
Militärcautionen à 4%	1,394,700 „	
Papiergeldseinföpfungsfonds à 4%	500,000 „	
Verzinslich zu 2½%	<u>4,172 „</u>	
		6,057,492 fl.

b) verlosbar:

4½proc. Anlehen von 1847/59	31,097,900 fl.	
4proc. „ „ 1846/60	8,668,600 „	
3½proc. „ „ 1842/45	<u>15,979,000 „</u>	
		55,745,500 fl.

B. Unverzinsliche Schuld:

Papiergeld	3,000,000 „
	<u>64,802,992 fl.</u>

Von den Verbriefungen dieser Gesamtsumme besass jedoch die Staatshauptcasse selbst einen sehr namhaften Betrag, welcher sich auf 5—6 Millionen belaufen haben mag.

¹⁾ Aus amtlichen Quellen erhoben.

§. 63.

Gewährschaften des württemb. Staats für fremde Verbindlichkeiten.

Sogenannte „Staatsgarantien“ hat Württemberg bis jetzt nicht eingegangen. Nicht einmal für die Verpflichtungen der Gefäll- und Zehentablösungscasse, welche in Verwaltung des Staats steht, ist Gewährschaft geleistet worden. Ob ein bei den Ständen eingebrachter Regierungsvorschlag, welcher die von dieser Casse emittirten Obligationen unter die Garantie des Staats zu stellen beabsichtigt, Gesetzeskraft erlangen wird, steht noch dahin.

Der in Vorstehendem dargestellte Schuldenstand Württembergs ist daher ein purificirter und wird nicht durch Lasten vermehrt, deren Grösse sich jeder Berechnung entzieht.

§. 64.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld.

Wir haben bereits (§. 61) erwähnt, dass das alte Herzogthum eine ständische Repräsentation besass, welche König Friedrich Ende 1805 einseitig aufhob. Dieser Fürst verstand die ihm von dem Kaiser der Franzosen auf den Trümmern des deutschen Reichs verliehene Souverainetät so wörtlich, dass er jede ständische Mitwirkung als unvereinbar mit derselben ansah. Als daher am Wiener Congresse Preussen und Hannover den Antrag stellten, dass in allen deutschen Staaten landständische Verfassungen einzuführen seien, waren es die Könige von Württemberg und Bayern, welche dagegen protestirten. Sobald jedoch König Friedrich dessen gewiss war, dass die Bundesacte jene Verpflichtung enthalten werde, verliess er Wien und erliess ohne Verzug ein Manifest, worin er versprach, eine Verfassung und ständische Vertretung aus eigener Machtvollkommenheit zu verleihen,¹⁾ zu welchem Zwecke eine Commission von Staatsdienern niedergesetzt werden sollte, um die entworfenen Grundzüge einer solchen Verfassung zu berathen und den hienach „reiflich“ ausgearbeiteten Entwurf dem Könige zur Genehmigung vorzulegen, worauf die „sanctionirte“ Verfassungsurkunde der auf 15. März 1815 zu versammelnden Repräsentation „übergeben“ werden solle.²⁾ Schon am 29. Januar 1815 war die neue Verfassung fertig und es wurden am gleichen Tage die Wahlen zur Ständeversammlung ausgeschrieben.³⁾ Diese, ganz willkürlich zusammengesetzt,⁴⁾ trat am 15. März 1815 zusammen, verwarf aber die ihr als „Gesetz“ übergebene⁵⁾ Verfassung einstimmig, worauf Verhandlungen mit den Ständen, Vertagung derselben, Wiederberufung und commissarische Arbeiten folgten, welche durch den Tod des Königs (30. Octbr. 1816) unterbrochen wurden.

Nun übernahm König Wilhelm I. die Regierung, und es machte sich ein neuer wohlwollender Geist in allen Sphären geltend. Die Stände wurden wieder berufen und endlich nach wiederholten Kämpfen und Verhandlungen⁶⁾

¹⁾ Kgl. Manifest vom 11. Janr. 1815, Regierungsbl. S. 9.

²⁾ Ebendasselbst.

³⁾ Rescript vom 29. Janr. 1815, Regierungsbl. S. 33.

⁴⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 15. März 1815, Regierungsbl. S. 109—110.

⁵⁾ Vergl. kgl. Edict vom gleichen Tage, das. S. 117.

⁶⁾ Kgl. Manifest vom 5. Juni 1817, Regierungsbl. S. 275.

kam am 25. Septbr. 1819 die aus einem Vertrage des Königs mit den Ständen hervorgegangene Verfassungsurkunde zu Stande,¹⁾ nachdem schon vorher eine Reihe von Gesetzen zum Wohle des Staats erlassen und der königl. Verfassungsentwurf von 1817 theilweise als Gesetz verkündet worden war.

Die Verfassung von 1819, überall gerühmt als weise und liberal, erhielt in den folgenden Jahren in den meisten Beziehungen gesetzliche Durchführung und Geltung und war bis 1848 unangefochtenes Grundgesetz. Im Drange des letzten Jahres und namentlich in Folge der Annahme der „Grundrechte des deutschen Volkes“ ward eine Revision der Verfassung gefordert und von der Regierung zugestanden. Drei aus allgemeinem Wahlrechte hervorgegangene Versammlungen zur Berathung der Verfassungsrevision wurden von 1849 bis 1850 erfolglos berufen und wieder aufgelöst.²⁾ Es gehört nicht hieher, die Motive zu beleuchten, welche diese Resultatlosigkeit herbeigeführt haben: nach harten Kämpfen im Ständesaale kehrte man zur alten Ordnung und zur Verfassung von 1819 zurück.

Bezüglich der Staatsschuld bestimmt nun dieselbe wörtlich Folgendes:

§. 119. „Die Staatsschuld . . . ist unter die Gewährleistung der Stände gestellt.“

§. 120. „Die Schuldencassenscasse wird nach den Normen eines zu verabschiedenden Statuts von ständischen, durch die Regierung bestätigten Beamten, unter Leitung und Verantwortlichkeit der Stände, verwaltet.“

§. 121. „Es werden dem ständischen Ausschusse monatliche Cassenberichte gedoppelt ausgefertigt übergeben und jener hat jedesmal ein Exemplar dem Finanzministerium mitzuthemen.“

§. 122. „Der Regierung steht vermöge des Oberaufsichtsrechts frei, von dem Zustande dieser Casse zu jeder Zeit Einsicht nehmen zu lassen.“

§. 123. „Die Jahresrechnung über dieselbe wird von einer königlichen und ständischen Commission abgehört, das Resultat aber öffentlich durch den Druck bekannt gemacht.“

Da die Stände ordentlicher Weise nur alle drei Jahre einzuberufen sind,³⁾ so gehört hieher noch §. 187 der Verfassung, welcher bestimmt:

„So lange die Stände nicht versammelt sind, besteht als Stellvertreter derselben ein Ausschuss für diejenigen Geschäfte, deren Besorgung von einem Landtage zum andern zur ununterbrochenen Wirksamkeit der Repräsentation des Landes nothwendig ist.“

Das durch §. 119 der Verfassungsurkunde in Aussicht genommene Statut kam am 22. Juni 1820 zu Stande, wurde aber durch Gesetz vom 18. Juli 1824 und 26. April 1830 mehrfach abgeändert, wesshalb im Jahr 1837 die geltenden Bestimmungen wegen des Staatsschuldenwesens in Ein neues Gesetz zusammengefasst wurden.⁴⁾ Auch dieses Gesetz erhielt indessen wesentliche Zusätze und Abänderungen durch weitere Gesetze vom 4. Juli 1844,⁵⁾ 22. Juni 1843,⁶⁾ 30. Juni 1845,⁷⁾ 16. September 1852⁸⁾ und 4. September

¹⁾ Kgl. Manifest vom 25. Sept. 1819, Regierungsbl. S. 633, welchem die Verfassungsurkunde beigegeben ist.

²⁾ Vergl. kgl. Ansprache vom 4. Juli 1850, Regierungsbl. S. 1253.

³⁾ Verfassungsurkunde §. 127.

⁴⁾ Revidirtes Staatsschulden-Statut vom 22. Febr. 1837, Regierungsbl. S. 105.

⁵⁾ Regierungsbl. v. 1842, S. 352. Wurde durch nachfolgende Gesetze wieder aufgehoben.

⁶⁾ Regierungsbl. von 1843, S. 419, betr. die Form der Schuldtitel.

⁷⁾ Regierungsbl. von 1845, S. 219, betr. die Reduction des Zinsfusses.

⁸⁾ Regierungsbl. von 1852, S. 223, betr. die auf den Inhaber lautenden Staats-

1853.¹⁾ Die nach diesen Gesetzen zur Zeit bestehenden Verwaltungseinrichtungen sind folgende:

Es besteht eine von der Staatsscasse völlig getrennte und unabhängige „Staatsschuldenzahlungscasse“ zu Stuttgart. Die dieselbe verwaltenden Beamten werden von den Ständen gewählt, vom König bestätigt²⁾ und aus der ständischen Sustentationsscasse besoldet.³⁾ Die Stände und in deren Abwesenheit der ständische Ausschuss leiten die Verwaltung und verfügen an dieselbe unmittelbar; auch werden die Beamten der Schuldenzahlungscasse besonders darauf vereidigt, dass sie allein von der ständischen Behörde Zahlungsverfügungen annehmen.⁴⁾ Die Oberaufsicht über die gesamte Verwaltung übt die Regierung durch einen beständigen Commissär aus.⁵⁾ Während des Beisammenseins der Stände wird aus deren Mitte jedesmal eine besondere Staatsschulden-Verwaltungscommission gewählt, deren Functionen nach der Vertagung, Auflösung oder nach dem Ablaufe des Mandats der jeweiligen Ständerversammlung auf den engeren Ausschuss übergehen. Die Bedürfnisse der Staatsschuldentilgungscasse werden im Staatshaushalts-Etat festgestellt und müssen derselben je im Anfange des Etatsjahres nach vorangegangener Vereinbarung aus denjenigen Staatseinkünften zum unmittelbaren Bezuge zugewiesen werden, auf deren Eingang mit Sicherheit gerechnet werden kann. Die Einbringer dieser Gefälle sind, sobald sie angewiesen sind, dafür verantwortlich, dass sie unter keinerlei Vorwande an eine andere als die Schuldentilgungscasse verabfolgt werden.⁶⁾ Nur wenn die angewiesenen Mittel zur Deckung der Bedürfnisse der Casse nicht ausreichen sollten, hat sie den erforderlichen Zuschuss unmittelbar von der Staatshauptcasse zu empfangen.⁷⁾

Man sieht aus diesen Grundbestimmungen, dass in Württemberg das Princip der Haftung des ganzen Landes für die gesamte Staatsschuld mit der äussersten Consequenz durchgeführt und der Regierung jede einseitige Einwirkung nicht nur auf die Vergrösserung, sondern auch auf die Verwaltung der öffentlichen Schuld unmöglich gemacht ist. Keine Verfassung gibt diessfalls den Vertretern des Landes grössere Befugnisse und keine trifft Anordnungen, welche mehr geeignet wären, die Rechte des Staatsgläubigers zu schützen und den geordneten Gang der Schuldenverwaltung und Tilgung zu verbürgen.

§. 65.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Das revidirte Staatsschulden-Statut vom 22. Febr. 1837⁸⁾ verordnet über die Grösse der an der öffentlichen Schuld alljährlich zu tilgenden Quote Folgendes:

schuldsscheine, mit Vollzugsverordnung vom 14. Dec. 1853, Regierungsblatt S. 485. Neben dem Statut von 1837 das wichtigste Gesetz über unsern Gegenstand.

¹⁾ Regierungsbl. von 1853, S. 359, betr. die Sistirung der Aussetzung eines Tilgungsfonds für die derzeit nicht kündbare Schuld.

²⁾ Revidirtes Staatsschulden-Statut vom 22. Febr. 1837, Art. 10, Abs. 2.

³⁾ Dasselbst Art. 5.

⁴⁾ Dasselbst Art. 10.

⁵⁾ Dasselbst Art. 12.

⁶⁾ Dasselbst Art. 4. Verf.-Urk. §. 116.

⁷⁾ Dasselbst Art. 4.

⁸⁾ Regierungsbl. S. 105.

Art. 3. „Als Capitaltilgungsfonds sind jährlich auszusetzen:

- a) ein halbes Procent der Staatsschuld in ihrem höchsten Betrage nach Verkündung des Statuts vom 22. Janr. 1820, wie sich derselbe mit Einrechnung der seit dieser Verkündung eingetretenen oder künftig eintretenden neuen Schuldenüberweisungen oder sonstigen Vermehrungen der Staatsschuld, und mit Ausschluss jeden Abzugs wegen der jenem Statute nachgefolgten Capitaltilgungen, darstellt;
- b) die Jahreszinsen aus den seit dem Jahre 1820 getilgten Staatsschulden, und zwar aus sämmtlichen vor dem 1. Juli 1833 getilgten Capitalien zu 4%; aus später getilgten nach ihrem Zinsfusse zur Zeit der Ablösung.
- c) Ueberdiess sind die am Zinsenzahlungsfonds sich ergebenden Ersparnisse zum Capitaltilgungsfonds zu schlagen.“

Diese Bestimmungen blieben in Kraft bis zum Jahre 1853 und leiden daher Anwendung auf alle vor diesem Jahre entstandenen Staatsschulden. Durch Gesetz vom 4. Septbr. 1853¹⁾ ward aber der Art. 3 des revidirten Staatsschulden-Statuts aufgehoben und an dessen Stelle folgende Bestimmung gesetzt:

Art. 1. „Der für jedes Jahr auszusetzende Capitaltilgungsfonds für die kündbare Schuld ist nach den den einzelnen Bestandtheilen dieser Schuld zu Grunde liegenden vertragsmässigen Bestimmungen über deren Tilgung zu bemessen.“

Art. 2. „Für die nicht kündbare d. h. zur Zeit nicht heimzahlbare Schuld wird vom 1. Juli 1852 an und so lange, als die Abzahlung dieser Bestandtheile der Staatsschuld nicht zulässig ist, ein Capitaltilgungsfonds nicht ausgesetzt.“

Der letztere Gesetzesartikel berührt die Inhaber förmlicher Staatsobligationen, d. h. Anlehensobligationen, nicht, da die nicht kündbare Schuld in den Geldverbindlichkeiten gegen verschiedene Pensionsfonds des Staats selbst, Kirchenstiftungen etc. und aus den eingelegten Militärauctionen besteht. (Vergl. §. 62.)

Die vertragsmässigen Bestimmungen, von welchen der Art 1 spricht, sind auf der Rückseite jeder Obligation abgedruckt. Sie lauten dahin, dass das aufgenommene Anlehen binnen einer gewissen Reihe von Jahren, und zwar binnen 40—50 Jahren, zu tilgen sei.

Was den Modus der Tilgung betrifft, so geschieht solche im Gefolge einer öffentlichen Verloosung, welcher sowohl die auf Namen, als die auf Inhaber lautenden Verbriefungen der kündbaren Schuld unterliegen und zu welcher die Staatsgläubiger Zutritt haben. Die drei bestehenden Schuldgattungen, d. h. die $4\frac{1}{2}\%$, die 4proc. und die $3\frac{1}{2}\%$ Schuld, sind je unter Einem Verloosungs- und Tilgungsplane vereinigt, wie auch die Nummern der Obligationen jeder Gattung fortlaufen, ohne Rücksicht auf die Zeit ihrer Ausstellung. Die Schuldurkunden neueren Datums unterliegen also ganz wie die älteren der Tilgung. Eine bestimmte Zeit für die jährlich ein Mal stattfindenden Ziehungen ist nicht festgesetzt; sie haben in der Regel am Anfange des Jahres, zuweilen aber auch anticipando statt. Die Verloosungsergebnisse müssen im Staatsanzeiger für Württemberg und in den gelesensten Stuttgarter, Frankfurter und Augsburger Blättern bekannt gemacht werden.²⁾ Drei Monate nach dieser Bekanntmachung oder früher geschieht die Einlösung der gezogenen Obligationen al pari. Rückkauf an der Börse findet nicht statt.

²⁾ Regierungsbl. S. 359.

³⁾ Vergl. kgl. Verordnung vom 14. Dec. 1853, §. 1 und 2, Regierungsbl. S. 485.

Zur Einlösung der unverzinslichen Schuld, bestehend aus dem in der Summe von 3 Mill. Gulden creirten Staatspapiergelde, welches ausdrücklich als öffentliche Schuld anerkannt ist,¹⁾ wird ein baarer Fonds von $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden parat gehalten, um die Bestimmung des Creirungsgesetzes einhalten zu können, wonach dasselbe jeder Zeit gegen klingende Münze umgewechselt werden kann, und zwar bei der Staatshauptkasse unbedingt und bei den sonstigen Regierungscassen nach Maassgabe ihrer Cassenbestände.²⁾ Ausserdem kann dasselbe bei allen Staatcassen an Zahlung gegeben werden und die Regierung ist berechtigt, bei Zahlungen indirecter Steuern im Belaufe von mindestens 18 fl. den dritten Theil in Staatspapiergeld zu fordern.³⁾

§. 66.

Sicherheitsobjecte der württemb. Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

Nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung ist die württembergische Staatsschuld als eine Last des ganzen Staats erklärt.⁴⁾ Es haftet also dafür die Steuerkraft des ganzen Landes. Gleichzeitig ist aber gesetzlich ausgesprochen, dass die Staatslasten zunächst aus dem Ertrage des Kammerguts, d. h. des eigentlichen Staatseigenthums im engeren Sinne, insbesondere des Staatsgrundvermögens, zu bestreiten seien.⁵⁾ Das Kammergut ist zudem grundgesetzlich als ein unveräusserliches, von dem Königreich unzertrennliches Staatsgut erklärt, welches in seinem wesentlichen Bestande zu erhalten ist.⁶⁾

Da nun die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld eine der ersten Staatslasten ist, so kommt als erste Garantie der Staatsschuld das Staatsvermögen, „Staatskammergut,“ in Betracht.

Dasselbe besteht aus sämmtlichen zu dem vormaligen herzoglichen Familien-Fideicommiss gehörigen, sowie den seit der Erhebung des Staats zum Königreiche neu erworbenen Grundstücken, Gefällen und nutzbaren Rechten.⁷⁾ Auch das vormalige Kirchengut ist demselben einverleibt. Ausgeschlossen und als reines Privateigenthum erklärt ist dagegen das sogenannte Hofdomänen-Kammergut, welches ein Fideicommiss der kgl. Familie bildet.⁸⁾ Später wurden dem Staatskammergut auch sämmtliche vom Staate gebauten Eisenbahnen einverleibt.⁹⁾ Im Einzelnen begreift dasselbe in sich:

- 1) etwa 34,500 Morgen landwirthschaftlich benützte Gründe, 5,400 Gebäude mit und ohne Gewerbe, 205 Schafweidgerechtigkeiten, 365 Fischwasser und circa 2,600 Morgen Seen und Weiher;
- 2) in runder Summe gegen 600,000 Morgen Forsten;
- 3) 7 Hütten- und Bergwerke, eine Gewerfabrik, eine Bleich- und Apreturanstalt und 5 Salinen;
- 4) 45⁶ Meilen Staatseisenbahnen;

¹⁾ Gesetz vom 10. Mai 1850, Art. 1, Regierungsbl. S. 235.

²⁾ Gesetz vom 1. Juli 1849, Regierungsbl. S. 265. Gesetz vom 10. Mai 1850, Art. 2, Regierungsbl. S. 235.

³⁾ Gesetz vom 1. Juli 1849, Art. 2.

⁴⁾ Staatsschulden-Statut vom 22. Febr. 1837, Art. 1, Regierungsbl. S. 106.

⁵⁾ Verfassungsurkunde §. 103.

⁶⁾ Dasselbst §. 103, 107.

⁷⁾ Dasselbst §. 102.

⁸⁾ Dasselbst §. 102, 108.

⁹⁾ Gesetz vom 28. Dec. 1852, Regierungsbl. von 1853, S. 1.

- 5) Die Staatspostanstalt und die Telegraphenanstalt;
- 6) die Bodensee- und Neckardampfschiffahrt;
- 7) einen bedeutenden, aus der Ablösung der Gefälle und Zehenten des Staats hervorgegangenen Capitalbesitz von mehr als 20 Mill. Gulden.

Nach dem neuesten Hauptfinanzetat¹⁾ ist der Reinertrag des gesamten Staatskammereguts einschliesslich einiger Einnahmen bei der Staatshauptkasse unmittelbar, für die Jahre 18^{58/61} im Durchschnitt berechnet zu 5,811,203 fl. 15 kr. per Jahr. Capitalisirt man diese Rente mit Rücksicht darauf, dass darunter eine bedeutende Bodenrente, welche, zumal in Verwaltung des Staats, stets eine niedrige ist, und dass auch die Capitalien des Kammereguts nur zu 4% sich verzinsen, zu 4%; so ergibt sich ein Capitalwerth des Kammereguts von 145,280,075 fl.

Dazu das Betriebscapital der Staatshauptkasse mit 2,000,000 „

ergibt Staatsvermögen 147,280,075 fl.²⁾

wobei die Cassenbestände der Specialcassen, das Restvermögen und die Materialvorräthe der Staats-Industrieanstalten nicht berechnet sind.

Dieses Staatsgrundvermögen deckt sonach die gesammte Staatsschuld um mehr als das Doppelte.

Uebrigens haften auf dem Kammeregut in der Eigenschaft als radicirte Reallasten folgende Reichnisse:

- a) die Civiliste des Königs, dormalen 880,900 fl.³⁾
 - b) die Apanagen und Wittume der Mitglieder der kgl. Familie, gegenwärtig 234,080 fl.⁴⁾
 - c) die in Folge besonderer Verträge darauf übernommenen Renten mit circa 61,000 fl.⁵⁾
- zusammen 1,175,980 fl.
- Diese Lasten zu 4% capitalisirt, ergeben 29,399,500 fl.
- Capitalwerth und diesen von dem Gesamtwerthe des Staatsgrundvermögens à 147,280,075 fl.
- abgesetzt, verbleiben immer noch lastenfreie 117,880,575 fl.

also nahezu das Doppelte der Staatsschuld.

¹⁾ Finanzgesetz vom 5. Nov. 1858, Regierungsbl. S. 221.

²⁾ Herdegen a. a. O. schätzt das Kammeregut in seinem alten Bestande, also ohne Eisenbahnen, Posten, Telegraphen etc., zu 120 Mill. Gulden. Durch die Ablösung der Gefälle und Zehenten in einem ausserordentlich niedrigen Maassstabe hat dasselbe aber an Werth bedeutend verloren. Dagegen ist der Werth der Forsten namhaft gestiegen, auch sind die Eisenbahnen, Posten, welche letztere mit 1,300,000 fl. vom Erblandpostmeister, Fürsten v. Thurn u. Taxis, wieder eingelöst wurden (Vertrag vom 22. März 1851, Regierungsbl. S. 171); sodann die Staatstelegraphen und Staatsfabriken hinzugekommen. In Wirklichkeit wird der im Texte gemachte Anschlag ein sehr geringer sein.

³⁾ Hauptfinanzetat für 18^{58/61}, Regierungsbl. von 1858, S. 221. Verfassungsurkunde §. 103.

⁴⁾ Ebendasselbst.

⁵⁾ Nach dem Hauptfinanzetat für 18^{58/61} bestehen noch 61,263 fl. 40 kr., wovon aber nur 52,857 fl. 16 kr. fortdauernde und unablösbare; sodann 2,081 fl. 59 kr. lehenfallige und 6,324 fl. 25 kr. lebenslängliche Renten. Die erstere Gattung besteht namentlich aus — durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 stipulirten sogen. ewigen Renten. v. Reden a. a. O. S. 281 glaubt diese Renten, sowie die sogen. „Entschädigungen“ (für aufgehobene Steuer- und Weggeldsberechtigungen) der Staatsschuld zurechnen zu müssen. Die letzteren haften aber nach ausdrücklicher gesetzl. Bestimmung auf dem Steuerbezüge und die ersteren sind radicirte Grundlasten. Es dürfte sich daher die im Text beliebte Behandlungsweise mehr rechtfertigen.

Dasselbe Resultat ergibt eine Vergleichung des Reinertrags aus dem Staatsgut mit den Erfordernissen der Staatsschuld. Für 18^{00/01} ist nämlich jener veranschlagt zu 5,715,300 fl.
dieses zu 3,374,064 fl.
wonach ein Ueberschuss verbleibt von 2,341,236 fl.

Es gibt wenige Staatsrechnungen, welche ein so günstiges Verhältniss zwischen Activen und Passiven nachweisen.

Für den Staatsgläubiger von wesentlichem Werthe ist die schon oben angeführte Verfassungsbestimmung, wonach das Staatskammergut als ein unveräusserliches erklärt ist. Dieser Grundsatz ist denn auch seit dem Bestehen der Verfassung so streng eingehalten worden, dass die paraten Mittel des „Grundstocks“ selbst nicht einmal zur Tilgung der Schulden verwendet worden sind, welche vielmehr immer als Last der laufenden Verwaltung behandelt wurden; dass ferner mit geringen Ausnahmen die Staatseisenbahnen nicht aus Mitteln des Grundstocksvermögens, sondern zu Lasten der laufenden Verwaltung gebaut wurden und dass da, wo die Grundstocksverwaltung von ihrem Capitalvermögen zum Eisenbahnbau beitrug, sie diess nur in Form von Darlehen that, und sich Staatsschuldscheine ausstellen liess, wie ein anderer Staatsgläubiger.¹⁾

Die Gläubiger Württembergs werden hienach kaum nöthig haben, bei dem bisherigen Stand der Staatsschuld auf das zweite Sicherheitsobject, die Steuerkraft des Landes, vorerst besonders zu reflectiren. Was aber dieselbe betrifft, so ist anzuerkennen, dass namentlich unter der Regierung des jetzigen Königs Vieles geschehen ist, den Wohlstand zu heben und dadurch die Steuerkraft nachhaltig zu verbessern. Auch besteht in einem grossen Theile des Landes wirkliche Wohlhabenheit, wogegen freilich nicht zu leugnen ist, dass im andern Theil durch allzugrosse Parzellirung des Bodens und, wie im Schwarzwald, durch geringe Ergiebigkeit desselben, theilweise eine nicht unbedenkliche Verarmung eingetreten ist. Uebrigens wird sich aus dem Folgenden ergeben, dass die Steuerkraft Württembergs nur vorübergehend in höherem Grade angestrengt worden ist, während für gewöhnliche Zeiten eine mässige Besteuerung zur Ordnung des Staatshaushalts genügte — eine Folge möglichster Sparsamkeit und des Umstandes, dass ein grosser Theil des Staatsbedarfs durch die Einkünfte des eigenen Vermögens gedeckt wird.

Württemberg umfasst 354²⁸⁰⁶ Quadratmeilen²⁾ mit einer Bevölkerung von nahezu 1,800,000 Seelen.³⁾ Diese ist vorherrschend eine ackerbautreibende. Vom Gesamtarreal des Staats à 6,188,252^{1/2} Morgen sind nur 84,460 Morgen der Cultur entzogen. Die landwirthschaftliche Production ist eine relativ

¹⁾ Vergl. Gesetz vom 6. Mai 1857, Regierungsbl. S. 29. Von diesem Grundsatz wurde allerdings zur Zeit der letzten Finanzbedrängniss abgegangen, in so ferne die sogen. Westbahn, von Bietigheim nach Bruchsal, sowie die Vollendung und schliessliche Ausrüstung der Hauptbahn, von Friedrichshafen nach Heilbronn, auf Rechnung des Grundstocks ausgeführt wurden (Gesetz vom 28. Dec. 1851, Regierungsbl. v. 1852, S. 1; Gesetz vom 17. Sept. 1855, Regierungsbl. S. 197). Der Aufwand für diese Objecte ist jedoch nur ein kleinerer Bruchtheil des ganzen Eisenbahnbauaufwands. Die Kosten für das Areal zu den Bahnhöfen und den Bahngebäuden hat schon nach dem Eisenbahngesetz von 1843 der Grundstock zu tragen.

²⁾ Staatshandbuch von 1854, S. 713.

³⁾ Die Zollvereinszählungen ergaben: 1846: 1,726,716, 1849: 1,744,595, 1852: 1,733,263, 1855: 1,669,720, 1858: 1,690,898 Seelen ortsanwesende Bevölkerung. Die ortsangehörige Bevölkerung ist aber grösser und betrug: 1846: 1,753,055, 1849: 1,783,496, 1852: 1,809,404, 1855: 1,782,472, 1858: 1,793,319 Seelen.

sehr bedeutende und gewährt einen Ueberfluss zur Ausfuhr. Man schätzt den Erndteertrag eines Durchschnittsjahres auf circa 8 Mill. Scheffel Getreide, mit einem Geldwerthe von mehr als 80 Mill. Gulden. Der Geldwerth des Viehstands wird auf circa 45 Mill. Gulden angenommen. Neben bedeutenden Fortschritten der Landwirthschaft hat aber auch das gewerbliche Leben neuerer Zeit einen Aufschwung genommen. Die kleinen Gewerbe allerdings sind eher im Rückgang begriffen, Fabriken und Handel dagegen sind im Emporblühen. Die Handelsbilanz fällt zu Gunsten des Landes aus.

§. 67.

Finanzlage Württembergs.

Dass zur Zeit der französischen Kriege am Anfange dieses Jahrhunderts in Württemberg, wie überall in Europa, das Gleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben nicht erhalten werden konnte und dass die Nachwirkungen jener Kriege noch mehrere Jahre nach hergestelltem Frieden störend fortdauerten, so dass immer noch mit ausserordentlichen Mitteln nachgeholfen werden musste, — ist eine so allgemeine Erscheinung, dass sie einer Rechtfertigung nicht bedarf. Die württemb. Regierung gab sich jedoch sofort nach Eintritt des Friedens alle Mühe, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen und gleichzeitig die Lasten des Volks nach Thunlichkeit zu mindern. Durch möglichste Sparsamkeit und durch Steigerung des Ertrags des Staatsguts, sowie durch strenge Ordnung im Haushalt wurde jenes Ziel in der That in verhältnissmässig kurzer Zeit erreicht. Schon durch das Finanzgesetz für 18^{20/23}¹⁾ konnten mehrere Steuern aufgehoben werden. Mit der so begonnenen Steuerermässigung und Vereinfachung wurde bis 1847 trotz bedeutender Schuldübernahmen von den neuen Landestheilen (siehe oben §. 61.) und trotz mancher kostspieligen Verbesserung von Staatsanstalten fortgefahren,²⁾ so dass es in Württemberg nur noch folgende Staats-Steuerarten gibt: Grund-, Gebäude-, Gefäll- und Gewerbesteuern, Capital- und Berufseinkommenssteuern, Zoll, Accise, Wirthschaftsabgaben, Sporteln und eine Auflage auf die Hunde. Gleichwohl wurde mit diesen verminderten und vereinfachten Steuern nicht nur das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben bis 1847 fortwährend erhalten, sondern es ergaben sich von 18^{30/47} Ueberschüsse im Belaufe von mehr als 20 Millionen Gulden,³⁾ welche theils zu ausserordentlichen Schuldentilgungen, zum grösseren Theile aber zur Förderung volkswirtschaftlicher Zwecke und zur Herstellung u. Verbesserung verschiedener Staats-Anstalten verwendet wurden.⁴⁾ In dieser Periode kann man also die württemb. Finanz-

¹⁾ Vom 21. Juni 1821, Regierungsbl. S. 377.

²⁾ Vergl. die Finanzgesetze vom 18. Juli 1824, Regierungsbl. S. 523; vom 9. Juli 1827, Regierungsbl. S. 259; vom 26. April 1830, Regierungsbl. S. 185; vom 24. Dec. 1833, Regierungsbl. S. 541; vom 22. Juli 1836, Regierungsbl. S. 283; vom 1. Juli 1839, Regierungsbl. S. 435; vom 30. Juni 1842, Regierungsbl. S. 337; und vom 15. Aug. 1845, Regierungsbl. S. 281. Auch durch andere Specialgesetze wurden die Steuern ermässigt und das Steuerwesen überhaupt geordnet.

³⁾ Siehe dieselben Gesetze, nach welchen über die Ueberschüsse der Vorperioden verfügt wurde, beziehungsweise das Restvermögen angegeben ist, wie folgt: 1830: 202,500 fl.; 1833: 2,561,120 fl.; 1836: 2,457,107 fl.; 1839: 5,416,138 fl.; 1842: 3,571,273 fl.; 1845: 5,738,859 fl.; 1849 (Stand vom 30. Juni 1847): 1,714,080 fl.

⁴⁾ Zu ausserordentlichen Schuldentilgungen wurden bestimmt: durch das Finanzgesetz vom 26. April 1830: 202,500 fl., sowie das seinem Bestand nach nicht angegebene

lage glänzend nennen. Dieselben Ursachen aber, welche auch in den andern Staaten das Ersparnisssystem im Staatshaushalt unterbrachen und gewaltig erschütterten, haben, in Württemberg noch gesteigert durch verheerende Naturereignisse, von 1847 an die Finanzlage ebenfalls zeitweise verschlimmert. Das Finanzgesetz für 18^{48/49}¹⁾ zeigt daher schon im ordentlichen Dienst ein Deficit von 1,875,209 fl., wozu noch ein ausserordentlicher Bedarf des Kriegsministeriums von 2,777,800 fl. kam. Von den Ueberschüssen der früheren Periode waren nur noch unverwendet 1,714,080 fl. Man musste also nicht nur zu Steuererhöhungen, sondern auch zu dem Mittel greifen, das Deficit durch Anleihen zu decken.²⁾ Auch das Budget für 18^{49/52}³⁾ schloss mit einem Deficit von 3,516,163 fl. (für 3 Jahre) ab, welches durch Ausgabe von Staatspapiergeld gedeckt wurde.⁴⁾ Das Finanzgesetz für 18^{52/55}⁵⁾ stellte jedoch das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgaben durch eine Erhöhung der directen Steuern von 2,000,000 auf 2,600,000 fl. wieder her. Das Budget für 18^{55/58}⁶⁾ erreichte den gleichen Zweck durch eine weitere Erhöhung der directen Steuer auf 3,300,000 fl. Diese Finanzperiode ergab aber wieder bedeutende Ueberschüsse.⁷⁾ Der Staatshaushalts-Etat für 18^{58/61}⁸⁾ konnte daher, obgleich im Jahre 1858 die meisten Staatsdienergehälter erhöht wurden, denselben Zweck erreichen und dennoch die Grund-, Gefäll-, Gebäude- und Gewerbesteuer um 300,000 fl., sowie die Capitalsteuer um 1⁰/₀ und die Dienst- und Berufs- und Apanagensteuer um die Hälfte ermässigen. Gleichwohl hat das erste Jahr dieser Finanzperiode wieder einen namhaften Ueberschuss gewährt⁹⁾ und es ist das gleiche Ergebniss für die zwei weiteren Jahre zu erwarten, wenn nicht ausserordentliche Ereignisse den Entwicklungsgang des staatlichen und Verkehrslebens völlig stören. Es ist also die alte Ordnung im Staatshaushalte wieder hergestellt.

Die Unterbrechung derselben in den Jahren 18^{49/55} ist übrigens nicht ausschliesslich und nicht einmal in der Hauptsache die Wirkung vermehrter Staatsausgaben gewesen; vielmehr wurde sie zum grossen Theil durch die Ablösung der bedeutenden Staatsgefälle zu einem sehr niedrigen Maassstabe (etwa ³/₅ des wahren Werths) herbeigeführt, wodurch die Staatseinnahmen ausserordentlich geschmälert wurden. Die seitdem eingetretene Besserung hat dagegen ihren Grund namentlich in den günstigen Ertragsresultaten der Staatsforsten u. Eisenbahnen.

Restvermögen; durch das Finanzgesetz vom 22. Juli 1836: 507,407 fl., und durch das Finanzgesetz vom 1. Juli 1839: 1,000,000 fl.

¹⁾ Vom 29. Juli 1849, Regierungsbl. S. 321.

²⁾ Vergl. das eben allegirte Gesetz, worin zur Deckung des ordentlichen und ausserordentlichen Staatsbedarfs ein Anlehen von 3 Mill. Gulden und ein Theil des neu creirten Papiergelds bestimmt wurden. Letzteres war jedoch nicht erforderlich und wurde erst später ausgegeben.

³⁾ Finanzgesetz vom 11. März 1852, Regierungsbl. S. 40.

⁴⁾ Dasselbst. Der Betrag des ausgegebenen Papiergelds ist 3 Mill. Gulden; der Rest des Deficits ist aus Mitteln der Restverwaltung (Ueberschüssen) gedeckt worden.

⁵⁾ Vom 20. Sept. 1852, Regierungsbl. S. 246.

⁶⁾ Vom 17. Sept. 1855, Regierungsbl. S. 200.

⁷⁾ Vergl. Finanzgesetz vom 5. Nov. 1858, Regierungsbl. S. 215, in welchem über 3,652,518 fl. Restmittel verfügt wurde, ohne dass das Betriebscapital der Staatshauptcasse aus andern Mitteln zu ergänzen war.

⁸⁾ Vom 5. Nov. 1858, Regierungsbl. S. 215.

⁹⁾ Durch Gesetz vom 13. Mai 1859, Regierungsbl. S. 85, sind von den Ueberschüssen des Jahres 18^{58/59} 1¹/₂ Mill. Gulden zu Kriegszwecken (und Bundeszwecken) bestimmt worden.

Staatshaushalt Württembergs von 1848 bis 1861.

Zu Seite 255.

Ordentliche Einnahme, netto.

Zfr.	Einnahmetitel.	Hauptfinanzetat für 18 ^{48/49} . (R.-Bl. 1849, S. 326.) Voranschlag auf 1 Jahr.	Hauptfinanzetat für 18 ^{49/50} . (R.-Bl. 1852, S. 44.) Voranschlag für 3 Jahre.	Hauptfinanzetat für 18 ^{50/51} . (R.-Bl. 1852, S. 249.) Voranschlag für 3 Jahre.	Hauptfinanzetat für 18 ^{51/52} . (R.-Bl. 1855, S. 203.) Voranschlag für 3 Jahre.	Hauptfinanzetat für 18 ^{52/53} . (R.-Bl. 1858, S. 221.) Voranschlag für 3 Jahre.	Für das Jahr 18 ^{60/61} , einzeln.
	I. Ertrag des Kammerguts.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
	A. Ertrag der Domänen:						
1	bei den Kameralämtern (Domänen im engern Sinne, Gefällen etc.)	1,847,278	4,476,976	3,474,866	3,061,379	2,647,966	832,584
2	„ „ Forstverwaltungen (Forsten, Jagden, Flösserei und Holzgärten)	842,136	2,966,941	3,075,000	3,381,000	5,667,744	1,889,248
3	von den Berg- und Hüttenwerken	110,000	412,000	600,000	900,000	1,071,300	356,800
4	„ „ Salinen	850,000	2,679,493	2,760,000	2,640,000	2,520,000	816,667
5	„ „ der Bleich- und Appreturanstalt in Weissenau	—	—	—	36,000	49,200	17,000
	B. Ertrag der Verkehrsanstalten:						
1	Eisenbahnen	250,000	1,773,426	2,850,000	3,405,000	4,678,542	1,594,014
2	Posten	70,000	240,000	337,000	420,670	410,118	141,889
3	Telegraphen	—	—	—	19,500	27,800	9,600
4	Bodensee- und Neckardampfschiffahrt	—	—	—	41,760	48,615	23,388
	C. Ertrag der Münze	—	—	—	—	1,500	500
	D. Verschiedene Einnahmen bei der Staatshauptkasse unmittelbar	26,667	50,238	120,048	60,000	310,830	33,610
	II. Steuern.						
1	Directe Steuern (Grund-, Gefäll-, Gebäude-, Gewerbe- und Einkommenssteuer)	2,810,000	8,428,097	10,200,000	12,450,000	10,974,000	3,658,000
2	Indirecte Steuern (Zoll, Accise, Hundeaufgabe, Wirthschaftsabgaben, Sporteln)	3,666,975	10,854,963	12,727,365	11,739,805	12,901,912	4,300,037
	Summe der Einnahme	10,473,056	31,882,134	36,144,279	38,155,114	41,309,527	13,673,338

Ordentliche Ausgabe, netto.

Zfr.	Ausgabebetitel.	Hauptfinanzetat für 18 ^{48/49} .	Hauptfinanzetat für 18 ^{49/50} .	Hauptfinanzetat für 18 ^{50/51} .	Hauptfinanzetat für 18 ^{51/52} .	Hauptfinanzetat für 18 ^{52/53} .	Für 18 ^{60/61} , einzeln.
		fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
1	Civilliste, Apanagen und Wittume (auch Unterhaltung der Schlösser)	955,229 ¹⁾	3,194,866 ¹⁾	3,338,089	3,368,239	3,344,942	1,114,981
2	Staatsschuld (Verzinsung und Tilgung)	2,070,471	6,890,616	6,930,367	7,704,868	9,263,486	3,374,064
3	Renten (ewige, lehenfällige und lebenslängliche)	75,234	213,971	213,971	187,871	183,791	61,264
4	Entschädigungen (auf dem Steuerbezug haftend)	55,488	168,085	166,672	151,883	146,079	48,693
5	Pensionen, Quiescenzgehalte und Gratualien	772,506	2,332,069	2,437,536	2,426,630	2,359,350	781,450
6	Geheimer Rath und geheimes Cabinet	34,336	72,684	76,005	94,995	120,249	40,083
7	Justizministerium	916,548	2,932,913	3,037,971	3,430,471	3,187,260	1,062,420
8	Ministerium des Auswärtigen (worunter auch Bundeslasten)	732,155	566,180	658,017	365,539	530,138	176,912
9	„ „ Innern	1,863,715	5,079,866	5,392,016	4,877,431	4,973,970	1,637,897
10	„ „ Kirchen- und Schulwesens	1,374,953	4,451,671	4,600,617	4,967,038	5,185,450	1,730,135
11	„ „ Kriegs	2,276,545	6,587,356	6,921,320	8,078,290	9,019,298	2,995,799
12	„ „ der Finanzen	865,312	2,258,655 ²⁾	2,205,339	1,948,875	2,239,204	745,068
13	Landständische Sustentationskasse	230,773	371,269	325,029	364,846	491,897	185,202
14	Reservefonds	125,000	213,995	150,000	135,000	210,000	70,000
15	Entschädigungen für aufgehobene Bannrechte	—	64,100	77,300	42,200	14,000	2,600
	Summe der Ausgabe	12,348,265	35,398,296	36,530,249	38,144,176	41,269,114	14,026,568
	Verglichen mit der Einnahme à	10,473,056	31,882,134	36,144,279	38,155,114	41,309,527	13,673,338
	ergibt sich { Deficit	1,875,209	3,516,162	385,970	—	—	353,230
	{ Ueberschuss	—	—	—	10,938	40,413	—

¹⁾ An der Civilliste wurden für 18^{48/49}: 200,000 fl.; für 18^{49/50}: 200,000 fl.; und für 18^{50/51}: 180,000 fl. nachgelassen, welche hier abgesetzt sind.

²⁾ Im Etat sind 90,000 fl. Corporationssteuern aus dem Staatseigenthum von der Einnahme abgezogen, welche hier der Ausgabe zugerechnet sind.

Mit welcher Sicherheit die württemb. Regierung, beziehungsweise die Staatsschuldentilgungscasse auf den Eingang der directen Steuern (von Grundeigenthum, Gefällen, Gebäuden und Gewerben) rechnen kann, erhellt aus der verfassungsmässigen Einrichtung,¹⁾ wonach diese Steuern nicht unmittelbar auf die einzelnen Steuerpflichtigen, sondern auf die Amtscorporationen, von diesen aber auf die Gemeinden und erst von diesen auf die Contribuenten vertheilt werden. Diese Einrichtung bringt es sodann mit sich, dass nicht nur die Kosten der Steuerrepartition und Erhebung für die Staatsscasse sehr unerheblich sind (ungefähr $\frac{1}{2}\%$), sondern auch, dass jede Amtscorporation für die Steuerquote des Amts und jede Gemeinde für die einzelnen Steuerpflichtigen in corpore haftet.

In der Anlage geben wir eine Uebersicht des Finanzhaushalts-Etats von den letzten 13 Jahren auf Grundlage der gesetzlich festgestellten Staats-Budgets.

Unsere Darstellung dürfte die Ueberzeugung gewähren, dass die Finanzlage Württembergs das Vertrauen vollständig rechtfertigt, das von jeher in sie gesetzt wurde; dass es wenige Staaten gibt, welche in günstigeren finanziellen Verhältnissen stünden und noch weniger, die eine so namhafte Quote ihres Bedarfs (etwa $\frac{2}{5}$) aus eigenen Revenüen decken.

Nicht zu verschweigen ist aber gegenüber den mässigen Steuersummen des Staats-Budgets, dass die Amts- und Gemeindeabgaben, welche von denselben Steuerquellen erhoben werden, in Württemberg theilweise eine beträchtliche Höhe erreicht haben u. daher die Steuerlast wesentlich vermehren. In einzelnen Gemeinden übersteigen sie den Betrag der directen Staatssteuer, während allerdings manche andere Corporation ihre Bedürfnisse ganz oder zum grössten Theil aus eigenen Revenüen zu decken vermag.

§. 68.

Verjährung, Amortisation, Vindication und Aussercourssetzung der Schuldtitel.

Die hier zutreffenden Rechtsverhältnisse sind durch ein neueres Gesetz, vom 16. Septbr. 1852,²⁾ geordnet, welches jedoch nur von den — auf den Inhaber lautenden Staatsschuldscheinen handelt. Das Institut der au porteur-Papiere wurde nämlich in Württemberg erst im Jahre 1843³⁾ eingeführt; für die auf den Namen lautenden Staatsschuldscheine bedurfte es aber besonderer — vom gewöhnlichen Civilrecht abweichender Bestimmungen nicht. Dieselben unterlagen und unterliegen auch jetzt noch der gewöhnlichen Behandlung, insbesondere bei ihrem Abhandenkommen dem gewöhnlichen Amortisationsverfahren.⁴⁾

Bezüglich der Papiere auf den Inhaber enthält aber das eben angeführte Gesetz im Wesentlichen folgende Normen:

I. Verjährung betreffend. Art. 1. „Die auf den Inhaber lautenden Staatsschuldscheine werden durch öffentliche Bekanntmachung gekündigt.“

Art. 3. „Wenn der Schuldschein über eine heimzuzahlende Haupt-

¹⁾ Vergl. Verfassungsurkunde §. 115, 116.

²⁾ Regierungsbl. S. 223.

³⁾ Vergl. Gesetz vom 22. Juni 1843, Regierungsbl. S. 419.

⁴⁾ Gesetz vom 16. Sept. 1852, Art. 17. Vergl. Verordnung vom 15. Aug. 1830, Regierungsbl. S. 341.

forderung der Staatsschuldenzahlungscasse oder einem (ihrer) Agenten nicht binnen fünf Jahren, von dem verkündigten Tag der Rückzahlung an gerechnet, vorgelegt wird, so erlischt die Hauptforderung; es ist jedoch innerhalb der 30 Tage, die den letzten 6 Monaten dieser Frist vorangehen, ein öffentlicher Aufruf an die unbekannten Besitzer der nicht zur Einlösung gebrachten Schuldscheine zu erlassen, in welchem sie an den hievor bestimmten Rechtsnachtheil erinnert werden.“

„Ohne die vorgängige Erlassung dieses Aufrufs tritt der Ablauf der Verjährung nicht ein.“

„Erfolgt der Aufruf erst nach Verfluss der erwähnten Frist, so endigt die Verjährungsfrist erst mit 6 Monaten von dem Tage an, an welchem derselbe erlassen wurde.“

Art. 19. „Ein Zinsabschnitt, welcher nicht binnen drei Jahren, von dem Verfalltage an gerechnet, zur Einlösung gebracht wird, tritt ausser Kraft.“

„Bei den im Art. 18 bezeichneten Zinsabschnitten (welche nämlich erst nach dem für die Rückzahlung der Hauptschuld bestimmten Tage fällig werden) beginnt diese Frist mit dem Ablaufe der für den betreffenden Staatsschuldschein festgesetzten Verjährungsfrist.“

Art. 22. „Die Verjährungsfristen der Art. 3 u. 19 laufen auch gegen minderjährige und die ihnen gleichgestellten Personen.“

„Wiedereinsetzung in den vorigen Stand findet nicht statt.“

II. Amortisation betreffend: Art. 5. „Ist einem Gläubiger ein auf den Inhaber lautender Staatsschuldschein zu Grunde gegangen, oder sonst abhanden gekommen, so muss er, um seine Rechte zu wahren, dem zuständigen Gerichte (Art. 25) hievon Anzeige machen und seine Angabe soviel möglich bescheinigen. Auch steht ihm zu, von dieser Anrufung des Gerichts diejenigen öffentlichen Cassen oder Banquiers, bei welchen die abhanden gekommene Urkunde in der Zwischenzeit zur Einlösung kommen könnte, gleichzeitig zu benachrichtigen.“

„Durch eine solche Benachrichtigung wird der betreffende Cassenbeamte oder Banquier verpflichtet, sobald die Urkunde eingelöst werden wollte, die ihm bezeichnete Gerichtsstelle um Weisung in der Sache anzugehen, und bis zu deren Einlauf die Einlösung der Urkunde im Anstand zu lassen.“

„Hat der Gläubiger den Verlust der Urkunde bescheinigt, so kann er vor deren Kraftloserklärung, gegen Leistung genügender Sicherheit für den Fall seiner später eintretenden Ersatzverbindlichkeit, von der Staatsschuldenzahlungscasse die Ausstellung eines neuen Schuldscheins auf seine Kosten, oder wenn der vermisste Schuldschein gekündigt war, die Auszahlung des Betrags zur Verfallzeit verlangen.“

Art. 6. „Findet das Gericht die Angabe des Anrufenden durch die beigebrachten Belege nicht wenigstens glaublich gemacht, oder vermag letzterer die Unterscheidungsmerkmale der verlorenen Urkunde nicht genügend anzugeben, so ist er mit dem Gesuche, ihm sein Recht auf die Forderung zu wahren, abzuweisen.“

„Dabei steht ihm aber frei, solches jederzeit auf den Grund besserer Belege zu erneuern.“

Art. 7. „Gegen einen abweisenden Bescheid im Falle des Art. 6 steht dem Anrufenden eine einfache Beschwerde bei der dem erkennenden Gericht (Art. 25) nächstvorgesehenen Gerichtsstelle zu, welche innerhalb der unerstrecklichen Frist von 30 Tagen bei Verlust des Beschwerderechts auszuführen ist.“

Art. 8. „Werden die Belege des Anrufenden von dem Gerichte für genügend erkannt, so hat dieses der Staatsschuldenzahlungscasse unverweilt die Auflage zu machen, dem etwaigen Ueberbringer der betreffenden Urkunde bis zu Austrag der Sache keine Zahlung zu leisten.“

„Zugleich hat dasselbe die Kasse zu veranlassen, die verfügte Zahlungssperre auf Kosten des Anrufenden sogleich öffentlich bekannt zu machen, solche auch zur Kenntniss der im Art. 2 genannten Agenten zu bringen.“

Art. 9. „Der Staatsschuldenzahlungscasse liegt, wenn es sich von einem nicht gekündigten Schuldscheine handelt, ferner ob, dessen etwaigen Inhaber aufzufordern, solchen binnen 5 Jahren, von dem Tage an gerechnet, unter welchem die Casse den Aufruf erlässt, bei Verlust seines Rechts aus der Urkunde, der Staatsschuldenzahlungscasse oder einem der genannten Agenten vorzulegen.“

„Ueberdiess sind Schuldscheine der bezeichneten Art in das nächste zu veröffentlichende Verzeichniss gekündigter Scheine (Art. 1), getrennt von diesen und unter Hinweisung auf das besondere bei denselben obwaltende Verhältniss, aufzunehmen.“

Art. 10. „Die Benachrichtigung der Staatsschuldenzahlungscasse (nicht auch der Agenten) durch den Anrufenden (Art. 5) oder durch das Gericht (Art. 8) hat die Wirkung, dass gegen den Anrufenden die Verjährungsfrist des Art. 3 nicht läuft.“

Art. 11. Wenn, nachdem einer Anrufung stattgegeben worden, die Frist des Art. 9, Abs. 1, beziehungsweise des Art. 3, abgelaufen ist, und innerhalb derselben ein Inhaber der betreffenden Urkunde sich nicht gemeldet hat, so ist diese durch gerichtliches Erkenntniss für kraftlos zu erklären. Die Staatsschuldenzahlungscasse hat sodann dem Anrufenden den Betrag des Schuldscheins auszubezahlen, oder, wenn es sich von einem nicht gekündigten Schuldscheine handelt, statt dessen einen neuen im gleichen Nennwerthe auszuhändigen.“

„Die gerichtliche Kraftloserklärung ist sofort auf Kosten des Anrufenden öffentlich bekannt zu machen und in dem nächsten Verzeichnisse gekündigter Scheine (Art. 1) anzuführen.“

Art. 12. „Wird dagegen ein Schuldschein, wegen dessen die in Art. 8, Abs. 2, vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung ergangen ist, innerhalb der vorerwähnten Fristen zur Staatsschuldenzahlungscasse gebracht, so hat diese die Urkunde gegen einstweilige Bescheinigung in Verwahrung zu nehmen, hievon das Gericht (Art. 25) unverzüglich zu benachrichtigen und den Inhaber von der ergangenen gerichtlichen Verfügung in Kenntniss zu setzen.“

„Dieselbe Befugniss und Verpflichtung haben zutreffenden Falles die am Schlusse des Art. 2 genannten Cassen und Banquiers, wobei übrigens die Benachrichtigung des Gerichts immer durch Vermittlung der Staatsschuldenzahlungscasse zu erfolgen hat.“

Art. 13. „Das Gericht hat sofort dem Anrufenden, unter Androhung des hiernach bestimmten Rechtsnachtheiles für den Versäumnissfall, eine Frist von 30 Tagen anzuberaumen, binnen welcher dieser seine Klage gegen den letzten Inhaber des Schuldscheins bei eben diesem Gerichte zu erheben gehalten ist.“

„Lässt der Anrufende diese Frist, welche unerstrecklich ist, fruchtlos verstreichen, so wird die Casse gerichtlich ermächtigt, dem letzten Inhaber der in Verwahrung genommenen Urkunde entweder diese zur

freien Verfügung zurückzugeben, oder deren Betrag, wenn solcher fällig ist, auszubezahlen.“

Art. 20. „In Beziehung auf vernichtete oder verloren gegangene Zinsabschnitte gelten die Vorschriften der Art. 5—8, 12—15.“

„Die Benachrichtigung der Staatsschuldenzahlungscasse durch den oder durch das Gericht (vergl. Art. 5) hat die Wirkung, dass gegen den Anrufenden die Verjährungsfrist des Art. 19 nicht läuft.“

Art. 21. Eine gerichtliche Kraftloserklärung verlorener Zinsabschnitte findet nicht statt.“

„Hat binnen der Verjährungsfrist (Art. 19) kein Inhaber sich gemeldet, so kann der Anrufende, der sein Recht bescheinigt hat (Art. 8), den Betrag des verjährten Zinsabschnitts von der Casse ausbezahlt verlangen.“

Art. 23. „Die mit einem Staatsschuldscheine ausgegebene Zinsleiste (Talon) wird für jeden Inhaber kraftlos, sobald das Recht aus dem Hauptschuldschein auf irgend eine Weise erloschen ist.“

Art. 24. „Ist dem Inhaber des Hauptschuldscheins die Zinsleiste zu Grunde gegangen oder abhanden gekommen, so hat er hievon, unter Vorlegung des ersteren, der Staatsschuldenzahlungscasse Anzeige zu machen. Diese erlässt hierauf eine öffentliche Aufforderung an den etwaigen Inhaber der Zinsleiste, dieselbe binnen der Frist von 90 Tagen, von dem Verfalltage des letzten mit dieser Zinsleiste ausgegebenen Zinsabschnittes, oder wenn der Aufruf erst nach diesem Verfalltage erfolgt, vom Tage der Aufforderung an gerechnet, bei Verlust seines Rechts aus der Urkunde, der Casse vorzulegen.“

„Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist hat die Staatsschuldenzahlungscasse dem Anrufenden sofort eine neue Zinsleiste auszufolgen.“

„Meldet sich dagegen binnen der anberaumten Frist ein Inhaber der Zinsleiste, so ist gemäss den Bestimmungen der Art. 12—14 zu verfahren.“

Art. 25. „Das für die Fälle der Art. 5, 12, 20 u. 24 zuständige Gericht ist das kgl. Stadtgericht in Stuttgart.“

III. Vindication betreffend: Art. 14. „Auf den Inhaber lautende Schuldscheine können mittelst der Eigenthumsklage nur von demjenigen zurückgefordert werden, der solche in bösem Glauben an sich gebracht hat.“

Art. 17. „So lange ein Staatsschuldschein, welcher auf den Inhaber lautet, auf den Namen eingeschrieben und die diessfällige Vormerkung auf dem Scheine nicht zurückgenommen ist (vergl. hienach), findet das gegenwärtige Gesetz auf denselben keine Anwendung, namentlich unterliegt er, wenn er dem Eigenthümer abhanden kommt, gleich den sonstigen auf Namen gestellten Staatsschuldscheinen, dem gewöhnlichen Amortisations-Verfahren“ (und auch der Vindication gleich andern Schuldurkunden).

IV. Aussercourssetzung betreffend: Art. 16. „Den Besitzern von Staatsschuldscheinen, welche auf den Inhaber lauten, steht das Recht zu, jeder Zeit auf solchen Scheinen durch die Staatsschuldenzahlungscasse sowohl die geschehene Einschreibung auf ihren Namen vormerken, als auch eine solche Vormerkung wieder zurücknehmen zu lassen, letzteres jedoch nur in so lange, als der eingeschriebene Schein nicht gekündigt worden ist.“

Zur Vollziehung dieses Gesetzes ist unterm 14. Decbr. 1853¹⁾ eine Verordnung erlassen worden, aus welcher wir nur hervorheben wollen, dass hienach alle Bekanntmachungen und Aufrufe, von welchen das Gesetz spricht, im Staatsanzeiger für Württemberg und in den gelesenen Stuttgarter, Frankfurter und Augsburger Blättern zu erscheinen haben; dass ferner je am 2. Januar jeden Jahres ein besonderes Verzeichniss aller verloosten, aber nicht eingelösten, aller im vorangegangenen Jahre mit gerichtlicher Zahlungssperre belegten oder für kraftlos erklärten, aller verjährten Staatsschuldscheine au porteur und aller mit Zahlungssperre belegten Zinsabschnitte, auf demselben Wege zu veröffentlichen ist; endlich dass als Agenten der Staatsschuldencasse, von welchen im Gesetze wiederholt die Rede ist, zur Zeit das Bankhaus M. A. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt a/M. und die Bankhäuser Erberger & Söhne, sowie Fr. Schmied & Compagnie in Augsburg aufgestellt sind, letztere indessen nicht für die neueren Anlehen und ohne das Recht der Capitaleinlösung, also nur zur Zinszahlung für die $3\frac{1}{2}$ proc. Schuld. Auch dem Bankhause M. A. v. Rothschild in Frankfurt ist nur die Einlösung der $4\frac{1}{2}$ proc. Capitalien übertragen, nicht aber auch der $3\frac{1}{2}$ - und 4procentigen.

Eines Commentars bedürfen die in Vorstehendem wieder gegebenen Gesetzesbestimmungen nicht. Sie wahren das Interesse des Staatsgläubigers und gleichzeitig der Staatsschuldenzahlungscasse, so weit es sich mit dem Verkehrsinteresse überhaupt vereinbaren lässt.

Was speciell die Aussercourssetzung betrifft, so ist aus dem Gesetzesinhalte ersichtlich, dass in Württemberg das süddeutsche Einschreibsystem herrscht und dass au porteur lautende Scheine nur durch die Einschreibung auf den Namen des Gläubigers im Staatsschuldbuche und auf der Obligation, welche nur durch die Staatsschuldenzahlungscasse selbst mit Wirkung geschehen kann, festgemacht werden können. Die Aussercourssetzung durch den Gläubiger selbst, ebenso durch andere Behörden und die unpersönliche Aussercourssetzung, wie sie in Norddeutschland vorkommt, sind ohne Wirkung.

§. 69.

Zinsfuss; Ort der Zinszahlung; Abzüge bei der Zinserhebung.

Der Zinsfuss der alten württembergischen Staatsschuld betrug 5%. Schon im Jahre 1824 war es jedoch möglich, denselben auf $4\frac{1}{2}$ % herabzusetzen.²⁾ Inzwischen dauerten die Operationen der Tilgungscasse behufs weiterer Ermässigung des Zinsfusses fort und es konnte derselbe im Jahre 1830 auf 4% gesetzlich normirt werden.³⁾ Das Staatsschuldenstatut von 1837 bestätigte im Allgemeinen diesen Zinsfuss,⁴⁾ erhielt aber 1842 eine Aenderung dahin, dass 4proc. Capitalien von der Schuldenzahlungscasse selbst gekündigt und gegen Aufnahme neuer $3\frac{1}{2}$ %otiger getilgt werden konnten.⁵⁾ Demgemäss wurde die ganze kündbare Staatsschuld, in so weit die Gläubiger nicht schon vorher in die Zinsherabsetzung auf $3\frac{1}{2}$ % gewilligt hatten, am 5. Decbr. 1842 in der Art gekündigt, dass jedem Gläubiger freistand, entweder das Capital zurückzunehmen, oder es zu $3\frac{1}{2}$ % stehen zu lassen. Von 21,136,990 fl. wurden nur

¹⁾ Regierungsbl. S. 485.

²⁾ Gesetz vom 18. Juli 1824, Regierungsbl. S. 861.

³⁾ Gesetz vom 26. April 1830, Regierungsbl. S. 183.

⁴⁾ Revidirtes Staatsschuldenstatut vom 22. Febr. 1837, Art. 6.

⁵⁾ Gesetz vom 4. Juli 1842, Regierungsbl. S. 352.

2,519,290 fl. zurückverlangt, welche durch ein $3\frac{1}{2}$ proc. Anlehen gedeckt wurden, so dass die ganze kündbare Schuld auf $3\frac{1}{2}$ % Zinsen reducirt war.¹⁾ Im Jahre 1845 wurde eine weitere $3\frac{1}{2}$ %ige Staatsanleihe von 7 Mill. Gulden zum Cours von $97\frac{1}{2}$ % aufgenommen, wobei aber den Staatsgläubigern das bis dahin bestandene Kündigungsrecht nicht mehr eingeräumt wurde.²⁾ Zur Herstellung der Gleichheit und behufs Sicherung der Tilgungscasse wurden sodann unmittelbar darauf die Bedingungen dieser Anleihe auf alle Besitzer älterer $3\frac{1}{2}$ proc. Staatsschuldscheine ausgedehnt, indem man ihnen freistellte, ihre Capitalien zurückzunehmen, oder dieselben unter Verzicht auf ihr Kündigungsrecht gegen Vergütung von $2\frac{23}{24}$ % stehen zu lassen.³⁾ Diess die Geschichte der $3\frac{1}{2}$ proc. württb. Staatsschuld, welche den Glanzpunkt in der neueren württemb. Finanzgeschichte bildet.

Von nun an sehen wir wieder eine Steigerung des Zinsfusses, namentlich herbeigeführt durch die grossen Gelderfordernisse des Eisenbahnbaues und durch die Zeitverhältnisse. Schon das Eisenbahnanlehen von 1846 à 6 Mill. Gulden wurde zu 4% zur Subscription aufgelegt⁴⁾ und konnte nicht untergebracht werden. Am 1. März 1847 wurde daher, nachdem der Bedarf durch ein weiteres Anlehen à 1 Mill. Gulden vom 6. Decbr. 1846 inzwischen gedeckt worden war, mit verschiedenen Bankhäusern ein Eisenbahnanlehen von 11 Mill. Gulden à $4\frac{1}{2}$ % zum Course von $97\frac{1}{2}$ % abgeschlossen und das $4\frac{1}{2}$ proc. Anlehen von 1849 musste sogar zum Course von 90% weggegeben werden.⁵⁾ Im Jahr 1857 konnte dagegen wieder ein 4proc. Eisenbahnanlehen zum Course von 96% aufgenommen werden, welchem im Jahre 1859 das $4\frac{1}{2}$ proc. Kriegsanlehen folgte, das trotz der drohenden Lage al pari abging. Eine Emission 4proc. Obligationen im Herbst 1860 zum Nominalwerthe fand so reissenden Absatz, dass die aufgelegten 2 Mill. Gulden in wenigen Stunden vergriffen waren.

Hienach theilt sich die württb. kündbare Staatsschuld in die ältere $3\frac{1}{2}$ proc., in die 4proc. und in die $4\frac{1}{2}$ proc. Diese drei Schuldtheile werden aber nicht bloss bezüglich der Verzinsung, sondern auch hinsichtlich der Tilgung etc. je gleich behandelt. Die neu ausgegebenen Schuldtitel jeder Gattung erhalten daher die fortlaufende Nummer der bereits bestehenden Schuld, und spielen bei jeder Verloosung mit.

Die Zinsen aus allen drei Gattungen werden halbjährig bezahlt und können nicht nur bei der Staatsschuldenzahlungscasse in Stuttgart und allen Cameralämtern und Amtspflegen des Landes, sondern auch bei den von der Regierung aufgestellten Bankhäusern in Augsburg (Erzberger & Söhne u. Fr. Schmied) und Frankfurt a/M. (M. A. v. Rothschild) erhoben werden.⁶⁾ Auch die zur Heimzahlung gekündigten $4\frac{1}{2}$ proc. Capitalien werden durch M. A. v. Rothschild bezahlt.⁷⁾

Ein Abzug irgend welcher Art darf weder am Zins, noch am Capital gemacht werden, da es in Württemberg keine Urkunden-Stempelabgabe gibt und die Capitaleinkommenssteuer nur auf Grund einer Selbstfassion des Ca-

¹⁾ Vergl. Minister.-Bekanntmachung vom 13. Janr. 1843, Regierungsbl. S. 30.

²⁾ Siehe Bekanntmachung vom 19. Mai 1845, Regierungsbl. S. 171.

³⁾ Gesetz vom 30. Juni 1845, Regierungsbl. S. 219.

⁴⁾ Bekanntmachung vom 26. Juni 1846, Regierungsbl. S. 300.

⁵⁾ Vergl. Gesetz vom 20. Juni 1849, Regierungsbl. S. 215, und Bekanntmachung vom 27. ej. d., das. S. 229.

⁶⁾ Siehe Bekanntmachungen vom 19. März 1845, Regierungsbl. S. 171; vom 26. Juni 1846, Regierungsbl. S. 300, und vom 27. Juni 1849, Regierungsbl. S. 229.

⁷⁾ Dasselbst und Gesetz vom 16. Sept. 1852, Art. 2.

pitalisten erhoben werden kann. Dagegen muss das ausgegebene Staatspapiergeld an Zahlung genommen werden, welches jedoch stets gegen Baar umgewechselt werden kann, und in einer so geringen Summe (3 Mill.) emittirt ist, dass es den Bedarf weit nicht deckt, und wohl niemals einer Entwerthung anheimfällt, so lange eine Vermehrung desselben nicht erfolgt und die darüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. (Vergl. §. 63 am Schlusse.)

§. 70.

Einzelne württemb. Handelsstaatspapiere.

Württemberg hat im Inlande keine Effectenbörse; seine Staatspapiere haben daher ihren öffentlichen Markt im Auslande, namentlich in Frankfurt a. M.¹⁾ Der dortige Börsencourszettel notirt seit neuester Zeit:

a) $4\frac{1}{2}$ proc. Obligationen, Zinsen bei Rothschild;

b) 4proc. " " " "

c) $3\frac{1}{2}$ proc. " " " "

ohne alle Unterscheidung der einzelnen Schuldtheile innerhalb einer jeden dieser drei Gattungen. Eine solche Unterscheidung ist auch in der That nicht zu machen, denn die einzelnen Schuldgattungen sind qualitativ vollkommen gleich und werden in allen Beziehungen ohne Rücksicht darauf, ob die Titel diesem oder jenem Anlehen, diesem oder jenem Jahre, angehören, gleich behandelt.

Allen Obligationen gemeinsam ist insbesondere die Grösse der einzelnen Apoints. Sämmtliche Stücke, $3\frac{1}{2}$ - wie 4- und $4\frac{1}{2}$ proc., auf Namen, wie auf Inhaber lautende, sind nämlich in Beträgen von 1000, 500, 300 und 100 fl. ausgestellt. Allen Schuldurkunden auf den Inhaber gemeinsam ist ferner das Recht der Einschreibung auf Namen (siehe oben §. 68) und zwar entweder mit Beibehaltung der Coupons Seitens des Gläubigers, oder aber so, dass die Coupons und Talons an die Staatsschuldenzahlungscasse zurückgegeben werden.

Im Einzelnen fügen wir Folgendes bei:

a) $3\frac{1}{2}$ proc. Schuld. Sie entstand aus der Umwandlung der alten höher zinsenden Schuld-Urkunden in $3\frac{1}{2}$ proc. unkündbare Staatsobligationen und aus dem Anlehen von 1845. (Vergl. §. 69.) Die Obligationen sind unter verschiedenen Tagen ausgestellt, mit Buchstaben nach der Grösse ihres Betrags abgetheilt und zwar mit Lit. A (1000 fl.), B (500 fl.), C (300 fl.) und D (100 fl.) und je auf den 1. oder 15. eines Monats verzinslich. Zinsen halbjährlich, im Inlande bei der Staatsschuldenzahlungscasse, allen Cameralämtern und Amtspflegen, im Auslande bei M. A. v. Rothschild in Frankfurt a. M. und bei Erzberger & Söhne, sowie Fr. Schmied & Comp. in Augsburg. Die Capitalien sind nur bei der Staatsschuldenzahlungscasse zu erheben. Tilgung der Schuld binnen 45 Jahren von ihrer Entstehung an, also bis 1890. Bestand derselben am 1. Novbr. 1860 15,979,000 fl.

b) 4proc. Schuld. Diese umfasst die Anlehen von den Jahren 1846, 1857 u. 1860. Die Obligationen haben eben so verschiedene Zinstermine, wie die vorigen, und tragen die Buchstaben G (1000 fl.), H (500 fl.), I (300 fl.) und K (100 fl.). Die Zinsen fallen halbjährlich im Inlande bei den ad a

¹⁾ Erst in jüngster Zeit ist der Versuch gemacht worden, in Stuttgart neben der neuerrichteten Industriebörse auch eine Effectenbörse zu gründen. Ob dieselbe sich zu einem lebensfähigen Institute entwickeln wird, ist abzuwarten.

angegebenen Cassen, im Auslande bei Rothschild in Frankfurt. Tilgungszeit 40—50 Jahre. Die verloosten Obligationen werden nur bei der Staatsschuldenzahlungscasse zu Stuttgart eingelöst. Stand der Schuld am 1. Novbr. 1860 8,668,600 fl.

- c) $4\frac{1}{2}$ proc. Schuld, die Anlehen von 1847, 1849, 1852, 1855 u. 1859 begreifend. Die Obligationen von 1847 sind auf 1. März und 1. Septbr.; diejenigen von 1849 auf 1. Juni und 1. Decbr.; die von 1852 auf 1. Febr. und 1. August, die von 1855 auf 1. April und 1. Octbr. und endlich die des Anlehens von 1859 auf 1. Januar und 1. Juli verzinslich. Bezeichnet sind die $4\frac{1}{2}$ proc. Scheine mit Lit. L (1000 fl.), M (500 fl.), N (300 fl.), und O (100 fl.). Ort der Zinszahlung: im Inlande bei den ad a angegebenen Cassen; im Auslande bei Rothschild in Frankfurt. Dieses Bankhaus ist auch mit der Einlösung der verloosten Obligationen betraut. Tilgungszeit: 40—50 Jahre. Stand der Schuld am 1. November 1860
31,097,900 fl.

§. 71.

Coursbewegung württemb. Staatspapiere von 1847—1860.

Börse zu Frankfurt a. M.

Zeit.	3 ¹ / ₂ proc.	4 ¹ / ₂ proc.	Zeit.	3 ¹ / ₂ proc.	4 ¹ / ₂ proc.
	Obligationen.			Obligationen.	
1847. Janr. 2.	90 ¹ / ₄	—	1854. Janr. 2.	90 ¹ / ₄	101 ⁷ / ₈
April 1.	89 ³ / ₄	99 ⁵ / ₈	April 1.	83 ¹ / ₂	99 ¹ / ₈
Juli 3.	88 ⁵ / ₈	101 ¹ / ₄	Juli 1.	87	100 ¹ / ₂
Oct. 1.	87 ⁵ / ₈	100	Oct. 2.	86 ³ / ₄	100
1848. Janr. 1.	86 ³ / ₈	100 ³ / ₄	1855. Janr. 2.	83 ⁷ / ₄	98 ³ / ₄
April 3.	71 ¹ / ₂	87	April 2.	83 ³ / ₄	98 ³ / ₈
Juli 1.	72	87	Juli 2.	85 ¹ / ₈	99 ³ / ₄
Oct. 1.	75 ³ / ₄	92 ¹ / ₈	Oct. 1.	88 ¹ / ₈	101 ³ / ₄
1849. Janr. 1.	76 ¹ / ₂	93 ¹ / ₄	1856. Janr. 2.	87 ¹ / ₈	101 ¹ / ₂
April 1.	78 ¹ / ₈	93 ¹ / ₄	April 1.	88 ¹ / ₂	102 ¹ / ₄
Juli 1.	77 ⁷ / ₈	94 ¹ / ₂	Juli 1.	90 ¹ / ₄	102 ¹ / ₂
Oct. 1.	83 ¹ / ₄	94 ³ / ₈	Oct. 1.	90 ¹ / ₄	102 ¹ / ₄
1850. Janr. 1.	81 ¹ / ₄	94 ³ / ₈	1857. Janr. 2.	91 ³ / ₈	102 ⁵ / ₈
April 1.	79 ¹ / ₂	94 ¹ / ₂	April 1.	91 ⁵ / ₈	102 ¹ / ₂
Juli 2.	83 ³ / ₈	97	Juli 1.	92 ¹ / ₄	103
Oct. 1.	82 ⁷ / ₈	97 ⁷ / ₈	Oct. 1.	92 ³ / ₄	102 ⁷ / ₈
1851. Janr. 3.	82 ³ / ₄	97 ⁷ / ₈	1858. Janr. 2.	92 ⁷ / ₈	103 ¹ / ₄
April 2.	86 ³ / ₈	100 ³ / ₈	April 1.	93 ⁵ / ₈	103
Juli 1.	89 ³ / ₈	101 ¹ / ₂	Juli 1.	94 ¹ / ₄	103 ¹ / ₂
Oct. 1.	88 ¹ / ₈	101 ¹ / ₄	Oct. 1.	94 ³ / ₄	103 ³ / ₄
1852. Janr. 1.	87 ⁵ / ₈	101	1859. Janr. 3.	95 ¹ / ₄	104 ¹ / ₈
April 2.	90 ³ / ₈	101 ³ / ₈	April 1.	96 ¹ / ₈	103 ⁷ / ₈
Juli 1.	90	100 ⁷ / ₈	Juli 1.	86 ³ / ₄	100
Oct. 1.	90 ⁵ / ₈	101 ⁵ / ₈	Oct. 1.	93	102 ³ / ₈
1853. Janr. 3.	90 ⁵ / ₈	101 ⁷ / ₈	1860. Janr. 2.	96 ³ / ₈	103 ⁵ / ₈
April 1.	92 ⁵ / ₈	102 ³ / ₈	April 2.	95 ³ / ₄	104 ³ / ₈
Juli 1.	91 ¹ / ₈	102	Juli 2.	96 ⁵ / ₈	104 ¹ / ₂
Oct. 1.	90 ³ / ₄	101 ³ / ₄	Oct. 1.	96 ⁵ / ₈	104 ⁵ / ₈

§. 72.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in runden Summen:

1) Bevölkerung	1,800,000 Sln.
2) Umfang des Staatsgebiets	354 □M.
3) Gesamtsumme der Staatsschuld	64,800,000 fl.
Davon unproductiv circa	21,800,000 fl.
Eisenbahnschuld	40,000,000 "
Staatspapiergeld	3,000,000 "
4) Capitalwerth des unmittelbaren Staatsvermögens	118,000,000 fl.
5) Ueberschuss der Activen über die Passiven	53,200,000 "
6) Gesamtbetrag der Staatseinnahmen netto	14,000,000 "
7) " " Staatsausgaben netto	14,000,000 "
8) Directe Staatssteuern	3,600,000 "
9) Indirecte " incl. Salzmonopol	4,800,000 "
10) Ganze Steuerlast	8,400,000 "
Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:	
a) an der gesammten Staatsschuld	36,000 fl.
b) " unproductiven Schuld	12,111 "
c) " Eisenbahnschuld	22,222 "
d) " Papiergeldsschuld	1,666 "
e) am unmittelbaren Staatsvermögen	65,555 "
f) an einer Jahresreineinnahme und Ausgabe	7,777 "
g) directe Steuern	2,000 "
h) indirecte Steuern	2,666 "
i) ganze Steuerlast	4,666 "

Die gesammte Staatsschuld verhält sich zum Staatsvermögen wie 1:1,82,
und zu einer reinen Jahreseinnahme wie 1:0,216.

6) Königreich Hannover. *)

§. 73.

Historische Rückblicke.

Die ältere Geschichte des Königreichs Hannover fällt mit der des alten Herzogthums Sachsen und später mit der Geschichte des Herzogthums Braunschweig zusammen. Heinrich der Stolze aus dem Hause Este war zugleich Herzog von Bayern und Sachsen. Seine Gemahlin, die

*) Literatur: Stüve, über die gegenwärtige Lage des Königr. Hannover, Jena, 1832. Helwing, statistisches Handbuch für das Königr. Hannover, Hannover, 1848. Ubbelohde, über die Finanzen des K. H. und deren Verwaltung, Hannover, 1834. Lehzen, Hannovers Staatshaushalt, Hannover, 1853—1856. v. Reden, vergl. Finanzstatistik, I. Band, 2. Abth., S. 657 ff. Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, S. 209 ff. Brachelli, deutsche Staatenkunde, II. Band, S. 284 ff.

Tochter Kaiser Lothars, brachte ihm die braunschweig'schen Lande als Familiengüter zu. Heinrich der Löwe, sein Nachfolger, vergrösserte diese, indem er die Erbgüter seiner Gemahlin in Schwaben an Kaiser Friedrich II. gegen Krongüter am Harze vertauschte. In die Reichsacht erklärt (1179), verlor er die Lehensherzogthümer Bayern und Sachsen und konnte nur einen Theil der Allodialgüter, die Stammlande von Braunschweig und Hannover, retten. So ward das mächtige Haus der Welfen von Süddeutschland verdrängt, und behielt nur noch eine untergeordnete Stellung im Norden des Reichs. Der Enkel Heinrichs des Löwen, Otto das Kind, trug seine freien Erbgüter dem Kaiser zu Lehen auf (1325) und empfing sie als Erbherzogthum Braunschweig-Lüneburg wieder zurück.

Schon die Söhne Otto's, Albrecht der Grosse und Johann, theilten das Land (1267); ersterer erhielt Wolfenbüttel mit Kalenberg, Göttingen etc., letzterer Lüneburg mit Celle, Hannover und Lichtenberg, die Stadt Braunschweig blieb gemeinschaftlich. Diese Ländertheilungen dauerten auch in den nächsten Jahrhunderten fort und es wurde eine ganze Reihe braunschweig'scher Linien gestiftet. Im Ganzen vergrösserte aber das Haus Braunschweig seine Besitzungen bei verschiedenen Anlässen erheblich.

Der gemeinschaftliche Stammvater der jetzt in Braunschweig und Hannover regierenden Linien ist Ernst I., der Bekenner, Herzog von Lüneburg. Von seinen Söhnen gründete der jüngere, Wilhelm, 1569 die jüngere Linie Lüneburg, der ältere, Heinrich, die Linie Lüneburg-Danneberg. Von der ersteren stammt das Königsgeschlecht von Hannover ab; die letztere ist das Stammhaus der Herzoge von Braunschweig.

Die Nachfolger Wilhelms vergrösserten ihre Hausmacht durch Grubenhagen (1617 unter Christian), Kalenberg, Hoya und Diepholz (1635 unter August). Herzog Georg stiftete die Linien Celle und Kalenberg, oder Hannover (1648). Georg Wilhelm von Celle erwarb 1671 die fünf dannebergischen Ämter von Braunschweig und zeitweise die Fürstenthümer Bremen und Verden, sowie Sachsen-Lauenburg. Da er 1705 kinderlos starb, fiel sein Erbe an die Linie Kalenberg. Ernst August von Kalenberg erhielt 1661 von Brandenburg das Fürstenthum Osnabrück. 1680 führte er das Recht der Erstgeburt ein und wurde 1692 zum Churfürsten erhoben. Sein Sohn Georg Ludwig erbte 1705 das Herzogthum Celle und vereinigte so das ganze braunschweig-lüneburgische Besitzthum wieder. Er war der Urenkel König Jacobs I. von England und wurde 1714 als Georg I. auf den Thron von Grossbritannien berufen. Hannover war seither von jetzt an bis 1837 durch Personal-Union mit England verbunden. In den Kriegen gegen Karl XII. von Schweden erwarb Georg I. Bremen und Verden und das Amt Wildeshausen. Georg II. erhielt aus kaiserl. Sequester das Land Hadeln (1731), Georg III. Hohnstein (1777), Zellerfeld, Grund, Wildemann und Lautenthal (1788). 1803 trat er Wildeshausen an Oldenburg ab und erhielt Osnabrück.

Noch in demselben Jahre besetzten die Franzosen das Land und überliessen es 1805 an Preussen. Letzteres incorporirte es 1806; nach der Schlacht von Jena nahmen es aber die Franzosen von Neuem und theilten es dem Königreiche Westphalen zu (1807). Bald darauf zog aber Napoleon einen grossen Theil desselben an sich und schlug diesen zu dem französischen Kaiserreich. 1813 wurde Hannover von den Allirten besetzt und der Besitz Georgs III. restituirt. Der Wiener Congress schlug das Fürstenthum Hildesheim, die Stadt und das Gebiet von Goslar, das Fürstenthum Ostfriesland, die niedere Grafschaft Lingen, einen Theil des Fürstenthums preussisch Münster, das Eichsfeld von Preussen, einige churhessische Bezirke, Aremberg-Meppen, Rheina-Wolbek etc. hinzu, wogegen der auf dem rechten Elbufer gelegene

Theil von Lauenburg mit den auf demselben Ufer gelegenen lüneburgischen Dörfern, 2 Aemter etc. an Preussen überlassen wurden. Zugleich ward das Churfürstenthum zum Königreich erhoben, das nun dem deutschen Bunde beitrug.

Nach dem Tode Königs Wilhelm I. (des IV. in Grossbritannien) bestieg 1837 Königin Victoria den englischen Thron, wurde aber in Hannover von dem dort geltenden salischen Gesetze ausgeschlossen. Die hannoversche Krone erhielt daher der Bruder Wilhelms I., Ernst I. August, Herzog von Cumberland, und es löste sich so die Verbindung zwischen England und Hannover wieder auf.

Die Finanz- und Staatsschulden-Geschichte des Königreichs Hannover ist mit dessen Territorialgeschichte eng verknüpft. Auch hat das Verhältniss des Landes zum Königreiche Grossbritannien vielfach eingewirkt. Bemerkenswerth ist, dass die reiferen Grundsätze über Volkswirthschaft und Besteuerung, welche in England zuerst heimisch wurden, unerachtet der Verbindung beider Länder in Hannover sich sehr spät, zum grossen Theil erst nach der Trennung von Britannien, Bahn brachen. Nicht weniger kann auffallen, dass gerade dasjenige deutsche Land, welches in Verbindung mit dem ältesten constitutionellen Staate stand, sich gegen Angriffe auf die ihm ertheilte Verfassung Seitens seiner Regenten am meisten erwehren musste. Die Verfassungskämpfe Hannovers, in welchen das Volk schliesslich stets unterlag, ziehen sich bis in die neueste Zeit herein und sind wohl noch zu keinem Abschlusse gelangt. Nicht der geringste Factor derselben war die Frage der sogenannten Cassentrennung, d. h. die Ansprüche an das Eigenthum, das Verwaltungsrecht und die Nutzniessung des vorhandenen Domanialvermögens, welche wiederholt von Seite des Landes erhoben, von Seite des Regenten zugestanden und wiederum zurückgewiesen wurden. Erklären wir uns deutlicher.

Wie in allen deutschen Staaten ruhten auch in den braunschweig-lüneburgischen Landen früher die Lasten der Regierung auf dem vorhandenen Domanium des regierenden Hauses, beziehungsweise des Landes. Als später die Erträgnisse desselben zur Bestreitung der Landesausgaben nicht mehr ausreichten, wurden, meist für bestimmte Zwecke und einzelne Fälle, Steuern verschiedener Art eingeführt. Diese mussten aber von den Ständen freiwillig werden und es bewahrten letztere fast überall ein grösseres oder geringeres Verwaltungsrecht über dieselben. So bildeten sich in einem Lande zwei Staatssassen, welche sich oft genug um so schroffer gegenüber standen, als die Prosperität der einen von den Leistungen der andern abhing. In den hannoverschen Landen war das Domanium sehr bedeutend und es wurden während der Residenz der Landesfürsten in England, wo die Krone ihr hinreichendes Einkommen fand, fast der ganze Ertrag desselben zu den Regierungsausgaben verwendet.¹⁾ Hierin bestand der — wohl einzige — Vortheil des Landes aus seiner Verbindung mit England. Dem gegenüber legte aber letztere dem deutschen Nebenstaat grosse Lasten auf und verwickelte denselben insbesondere in die meisten Kriege des britischen Reiches. Dennoch liegt der tiefere Grund der Thatsache, dass in Hannover die Trennung der Einkünfte aus den Domänen von den Landessteuereinkünften sich länger erhielt, als fast überall, wohl in jenem Verhältnisse. Selbstverständlich waren, wie die Einkünfte, auch die Ausgaben und Schulden getrennt. Die „landesfürstliche Kammer“ hatte insbesondere die Civilregierungskosten zu bestreiten,

¹⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. (I. Band, 2. Abth.) S. 686.

die „Steuerclassen“ dagegen bestritten, wenigstens anfänglich, nur ausserordentliche Kriegsleistungen u. dergl. In späterer Zeit änderte sich freilich das Verhältniss. Bezeichnend ist in Hannover die Benennung der beiderlei Cassen, soferne man zwischen der 1801 errichteten „landesfürstlichen Generalcasse“ und der „Generalsteuercasse“ unterschied und damit den Gegensatz beider prägnant ausdrückte. Die fürstliche Generalcasse bezog übrigens nicht nur die Domänenenträge im engeren Sinne, sondern auch andere Einnahmen, wie z. B. Sporteln, Gebühren, die Postgefälle etc.; die Generalsteuercasse dagegen war auf die Verwilligungen der Stände beschränkt.

Wir haben diese einleitenden Bemerkungen vorangeschickt, weil heute noch besondere Schulden der genannten beiden Cassen bestehen, und weil die gesetzlichen Veränderungen in ihrem Bestande zugleich die Hauptabschnitte in der Geschichte der hannoverschen Staatsschuld bezeichnen. Als solche unterscheiden wir:

Erste Periode — bis zur Besetzung des Landes durch die Franzosen, 1803. Das bis dahin bestandene Churfürstenthum war aus zehn Fürstenthümern und Grafschaften zusammengesetzt, wovon jeder Theil besondere Rechte besass. Die Finanzverwaltung war nur bezüglich des Domaniums, über welches der Landesfürst unumschränkt verfügte, einheitlich; die Steuern dagegen waren in den einzelnen Landestheilen verschieden, wie sie eben von den Provinzialständen verwilligt wurden. Die Gesamteinnahmen des Churfürstentums wurden roh zu circa $5\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. geschätzt. Ungeheure Prästationen bürdete der siebenjährige Krieg dem Lande auf, dasselbe trug sie aber aus dem Grunde leichter, weil ein Staatsschatz vorhanden war, der allein 33,487,000 Thlr. beizutragen konnte.¹⁾ So kam es, dass die „Landesschulden“ am Schlusse der gegenwärtigen Periode höchst unbedeutend waren. Anders verhielt es sich mit den Schulden der „Kammer“. Dieselben beliefen sich schon 1705 auf die Summe von 2,377,256 Thlr. Conv.-Münze.²⁾ Der siebenjährige Krieg und die Nothjahre von 1770—80, ferner der im Jahre 1796 aufgestellte Neutralitätsordon, ausserdem verschiedene Erwerbungen, worunter namentlich auch die Einlösung des grossen Postlehens, steigerten die Kammerschuld bedeutend. Doch war es am Schlusse des vorigen Jahrhunderts noch möglich, grosse Activecapitalien für die Kammer zu erwerben, wie z. B. von 1784—1790 der Ankauf von 600,000 Pfd. Sterl. engl. 3proc. Stoks, welche heute noch der Krondotation überwiesen sind, beweist.

Zweite Periode — Zeit der fremden Occupation, von 1803—1813. Mit Abführung der einige Millionen Thaler werthen Kriegsbeute nach Frankreich begann dieser zehnjährige Zeitraum von Leiden und Lasten aller Art. Sein erster Abschnitt, die französische Besetzung (vom Juli 1803 bis Ende Nov. 1805), kostete zusammengenommen dem Lande 26—27 Mill. Thlr., ohne die Einquartierungslast und ohne die Kosten der fortwährenden Durchmärsche.³⁾ Es ist für sich klar, dass solche Lasten nur mit Hülfe des öffentlichen Credits getragen werden konnten. In dem Wirrwarr der Zeit war derselbe aber tief gesunken. Die westphälische Regierung zahlte die Zinsen der Schuld, welche sie in den ihr zugeschiedenen Landestheilen vereinigt und mit neuen Schuldverschreibungen verbriefte hatte, nur bis 1811 vollständig. Gänzliche Stockung trat in den andern Landestheilen, die an Frankreich gekommen waren, ein. Namentlich wurden die Zinsen von der Kammerschuld nur zum kleinsten Theile bezahlt. Das Betriebscapital der Casse ward aufgezehrt, der vorhandene

¹⁾ v. Reden a. a. O. S. 688.

²⁾ Ubbelohde a. a. O. S. 311.

³⁾ v. Reden a. a. O. S. 658.

Rest des Staatsschatzes ebenfalls und es trat eine vollständige Verwirrung der Finanzzustände ein. In welchem Maasse die Landesschulden sowohl als die Schulden der landesfürstlichen Generalcasse sich während dieses Zeitraums steigerten, werden wir aus den Zahlenangaben der nächsten Perioden erschen.

Dritte Periode — von der Wiederherstellung und Vergrößerung des Landes bis zur Einrichtung einer regelmässigen Schuldentilgung im Jahre 1823. Nachdem das Jahr 1813 die fremden Unterdrücker auch aus Hannover verdrängt hatte und nachdem das Churfürstenthum auf dem Wiener Congress vergrössert und zu einem Königreiche erhoben worden war, stellte die wieder eingesetzte alte Regierung in den meisten Beziehungen auch die alten Einrichtungen wieder her. Mitunter wurde sogar das inzwischen entstandene Bessere durch die Abneigung gegen Alles, was dem fremden Regimente seine Entstehung verdankte, verdrängt. In Absicht auf das Staatsschuldenwesen fanden genaue Liquidationen statt. Die unbezahlt gebliebenen Zinsen aus Landesschuldcapitalien wurden zu 75% anerkannt und verbrieft, ebenso das sogen. Belleville-Neuvier'sche Zwangsanlehen zu resp. 75 und 25%. Die Staatsgläubiger erlitten aber, abgesehen von der letzteren Schuld, eine nicht unwichtige Schmälerung ihrer früheren Rechte dadurch, dass sie tatsächlich das ihnen vorher eingeräumt gewesene Kündigungsrecht verloren. Die westphälische Regierung hatte dasselbe factisch aufgehoben; die neue Landesregierung machte aber bezüglich der unter der vorigen Verwaltung entstandenen Schulden den Verzicht auf das Kündigungsrecht des Gläubigers zur Bedingung der Anerkennung und stellte auch hinsichtlich der übrigen Forderungen das Kündigungsrecht nicht wieder her. Eine planmässige Tilgung wurde indessen zunächst trotzdem nicht eingeführt. Man hatte vielmehr in den ersten Jahren nach der Befreiung vollauf mit der Liquidation der verschiedenen Ansprüche und mit der Wiederherstellung eines geordneten Staatshaushalts zu thun. Die „Landesschulden“ (im Gegensatz zu den Schulden der „Kammer“, später kgl. Generalcasse) ruhten fast ganz auf den einzelnen Provinzen und Städten und waren höchst ungleich vertheilt. Die althannoverschen Provinzen hatten mit geringen Ausnahmen nur neue, aus der sogen. Demarkationslinie und der französischen Occupation hervorgegangene Schulden; die neuen Landesteile aber ältere und neuere Passiven. Durch Beschluss der provisorischen Ständerversammlung vom 17. Janr. 1815¹⁾ geschah nun der erste Schritt zur Vereinfachung des Landesschuldenwesens, sofern sämtliche Provinzialschulden zu einem Ganzen vereinigt wurden. Von da an war man bemüht, vor Allem die lästigsten Schuldposten zu beseitigen, so den Rest der Lotterieleihe von 1814 etc. Da jedoch immer noch ein Einnahmемangel vorhanden war, so wurde im Jahre 1819 eine neue Lotterieleihe von 810,000 Thlr. Gold in den Hansestädten aufgenommen, diese aber mit dem Reste der 1814er Anleihe und den sonstigen lästigen Schuldposten durch eine weitere Lotterieleihe à 2,000,000 Thlr. vom Jahre 1822²⁾ getilgt. Hierdurch entstanden die sogenannten neueren Landesschulden, im Gegensatze zu den alten oder fundirten Landesschulden, unter welchem Namen man die 1815 vereinigten Passiven begriff. Aus diesem Anlasse wurde die erste hannoversche Tilgungscasse errichtet, jedoch abgesondert nur für die neue Schuld. Im darauf folgenden Jahre 1823 folgte die Errichtung einer gleichen Anstalt für die alte Landesschuld,³⁾ welche eine Dotation von 100,000 Thlr. Cassenmünze, später

¹⁾ Actenstücke der provis. Ständevers. von 1815, IV, 1.

²⁾ Ges.-Samml. von 1822, I. Abth., S. 387.

³⁾ Gesetz vom 23. Aug. 1823. Actenstücke der II. Ständevers., 2. Diät S. 269, 565, und 4. Diät S. 27, 401.

111,120 Thlr. Conv.-Münze erhielt. Neben diesem Jahresbetrag flossen auch die Zinsen aus den abbezahlten Capitalien der Tilgungscasse zu. Schon vorher hatte man sich bemüht, einen einheitlichen Zinsfuss von 4% herzustellen, was theils durch Herabsetzung, theils durch Rückzahlung geschah,¹⁾ und ohne Nachtheile gelang.

Die der allgemeinen Schuldentilgungscasse überwiesenen alten Landesschulden bestanden im Jahre 1823 aus folgenden Posten:²⁾

Provinzialschulden	11,624,270	Thlr. C.-M.
Schulden der Städte	143,777	" "
Während der feindlichen Besetzung von mehreren Landschaften gemeinschaftlich verbriefte Schulden	1,473,995	" "
Später liquidirte und verbriefte Forderungen aus derselben Periode	527,358	" "
Anerkannter Theil des Belleville-Neuvier'schen Zwangsanlehens (75 und bezüglich 25%)	990,138	" "
Für Rückstandszinsen bis 1. Nov. 1813	707,430	" "
zusammen	15,466,968	Thlr. C.-M.
Dazu neue Schuld	2,517,000	" "
somit ganze Landesschuld	17,983,968	Thlr. C.-M.

oder auf Courant umgerechnet: 18,379,354 Thlr.

Die Kammerschuld, oder wie jetzt der officiële Name derselben lautet, die Schuld der kgl. Generalcasse, erlitt in dieser Periode ähnliche Veränderungen. Die unter der vorigen Regierung unbezahlt gebliebenen Zinsen wurden, in so weit die Rückstände der kgl. Chatullecasse zustanden, niedergeschlagen, gegenüber den übrigen Gläubigern aber nach den bei den Landesschulden angewandten Grundsätzen zu 75% zum Theil mit Zuhülfenahme der französischen Entschädigungsgelder baar bezahlt, theils capitalisirt. Der Zuwachs der Schuld durch die letztere Manipulation belief sich auf 258,806 Thlr. C.-M.³⁾ Die Territorialveränderungen übten übrigens auf die Verhältnisse der kgl. Generalcasse und deren Schulden noch grösseren Einfluss, als auf die Steuercasse und die auf dieser ruhenden Landesschulden. Mit den abgetretenen Landestheilen gingen nämlich auch die darin gelegenen Domänen, worunter namentlich im Lauenburg'schen sehr werthvolle, auf fremde Regierungen über; ebenso ein Theil der Kammerschulden. Dagegen erhielt die kgl. Generalcasse in den neu erworbenen Provinzen einen Zuwachs an Activen und Schulden. Im Ganzen waren jedoch diese Besitzveränderungen für die kgl. Casse nicht vorthellhaft und die finanzielle Lage derselben war daher entschieden ungünstiger als ehemals. Wie hoch sich der Schuldenstand derselben am Schlusse dieser Periode belief, finden wir nirgends angegeben.⁴⁾

Vierte Periode — von 1823 bis zur Zeit der Cassenvereinigung im Jahre 1834. Eine Vermehrung der Schulden sowohl der Generalsteuer- als der kgl. Casse trat in diesem Zeitabschnitt hauptsächlich aus Anlass der Erwerbung von Ostfriesland und des Ankaufs der dem Hause Nassau ge-

¹⁾ Vergl. Bekanntmachungen vom 12. Janr. 1819 und 20. Dec. 1822.

²⁾ v. Reden a. a. O. S. 911 und 922.

³⁾ Ubbelohde a. a. O. S. 342.

⁴⁾ Nach Ubbelohde a. a. O. S. 377 waren die Schulden der Kammer im Jahre 1823 theils durch Activa gedeckt, theils bestanden sie aus Forderungen der Krone, welche später erlassen wurden. Wie aber dann der Schuldenstand der kgl. Generalcasse bei der Cassenvereinigung am 1. Juli 1834 die bedeutende Summe von 5,231,000 Thlr. betragen konnte, ist uns nicht klar geworden.

hörigen Grafschaft Spiegelberg ein. Bei der Aquisition der erstern ward kraft Vertrags mit der Krone Preussen die Schiffbarmachung der Ems bedungen, welche 1,215,406 Thlr. kostete. Davon übernahmen die Stände 400,000 Thlr. auf die Steuercasse, während der Rest von 815,406 Thlr. auf die kgl. Generalcasse fiel. Der Aufwand für die Grafschaft Spiegelberg betrug 436,949 Thlr., wovon die Stände wegen der Aufhebung der bis dahin bestandenen Steuerfreiheit dieser Besitzung 114,436 Thlr. übernahmen. Der weitere Betrag fiel auf die kgl. Casse. Ausserdem verwendete letztere auf die Reluition hildesheimischer Domänengüter, welche unter der westphälischen Regierung verschleudert worden waren, 339,328 Thlr.¹⁾

Dieser Vermehrung gegenüber fand jedoch eine fortschreitende Schuldentilgung statt, und zwar bei der Landescasse theils durch die Verwendung des ausgesetzten Tilgungsfonds, theils durch freiwillige Einlösung zum Tagespreis; bei der kgl. Casse, wo ein Tilgungsfonds immer noch nicht errichtet war, im Wege der Kündigung. Zur Zeit der Vereinigung beider Cassen in Folge der neuen Landesverfassung betrug daher

die Schuld der Generalsteuercasse	17,514,000 Thlr.
„ „ „ kgl. Generalcasse	5,231,000 „
die Gesamtstaatsschuld	22,745,000 Thlr. ²⁾

In diese Periode fallen einige wichtige Gesetze über das Staatsschuldenwesen; so die Gesetze über die Legitimation der Landesgläubiger vom 2. Juli 1824 und 20. Janr. 1826 (zu vergl. späteres Gesetz vom 10. Aug. 1836); über die Nichtigkeitserklärung abhanden gekommener Schuldverbriefungen vom 20. Janr. 1826 und über die Zinsscheine der auf Inhaber lautenden Schuldbriefe vom 13. Nov. 1834. Auch ist der erfolgreichen Bemühungen behufs Ermässigung des Zinsfusses der Staatsschuld zu erwähnen. Ein Gesetz vom 13. Juli 1829 verfügte, nachdem alle Capitalien, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche aus privatrechtlichen Hinderungsgründen nicht hatten gekündigt werden können, auf den Zinssatz von 4% ermässigt worden waren, die fernere Herabsetzung auf 3½%, oder die Heimzahlung durch Verloosungen. Letztere fanden denn auch, jedoch erst in der nächsten Periode, statt. Der Staatscredit hatte sich dermassen gehoben, dass eine solche Maassregel ohne alle Erschütterung durchgeführt werden konnte.

Fünfte Periode — von 1834 bis zum Umsturz der Verfassung und der dadurch herbeigeführten abermaligen Cassentrennung im Jahre 1841. Wie sehr die finanzielle Verwaltung Hannovers unter der Herrschaft des Staatsgrundgesetzes von 1833, welches die Vereinigung der kgl. Generalcasse mit der Landescasse aussprach und dem Könige eine ausreichende Civilliste sicherte, zum Gedeihen kam, beweist nicht nur die bedeutende Ermässigung der gesammten Staatsschuld während dieser Periode, sondern ebenso die Abminderung des Zinsfusses derselben, derart, dass fast die ganze Schuld auf den Satz von 3½% zurückgeführt werden konnte, ohne dem Cours der Papiere wesentlich zu schaden. Am 1. Janr. 1841 war die Schuld, welche 1834 noch 22,745,000 Thlr. betragen hatte, auf folgende Posten herabgebracht:³⁾

Gesamtbetrag der Landesschulden	14,826,000 Thlr.
Schuld der vormaligen kgl. Generalcasse	2,493,000 „
Zusammen	17,319,000 Thlr.

¹⁾ Ubbelohde a. a. O. S. 341—42.

²⁾ v. Reden a. a. O. S. 922.

³⁾ Ebendasselbst.

Die Tilgung umfasste sonach in sieben Jahren den namhaften Betrag von 5,426,000 Thlr., und in noch günstigerem Verhältnisse war die Zinsenlast ermässigt worden.

Gleichwohl war eine der ersten Regierungshandlungen des Königs Ernst August der Umsturz der Verfassung von 1833 durch Patent vom 1. Nov. 1837. Nachdem sich der Bundestag, an welchen das Volk recurrirte, für incompetent erklärt hatte, und die alten Stände auf Grund der Verfassung von 1819 beufen worden waren, kam das Verfassungsgesetz vom 6. Aug. 1840 zu Stande, welches in den wesentlichsten Punkten auf die alten Zustände zurückgriff. Insbesondere verfügte dasselbe die Wiedertrennung der kgl. Generalcasse von der Landescasse. Eine nähere Erörterung dieses Vorgangs, welcher traurige Berühmtheit erlangte, gehört nicht hieher. Dass durch denselben der Landescredit nicht alterirt wurde, ist eine Erscheinung, welche nur durch die verhältnissmässig geringe Verschuldung des Staats und dadurch erklärt wird, dass derselbe zu den Staaten dritten Ranges gehört hat.

Sechste Periode — von 1841 bis zur Wiedervereinigung der Cassen am 1. Janr. 1850. Das wichtigste Ereigniss, welches auf den Staatshaushalt und die Verhältnisse der Staatsschuld insbesondere einwirkte, ist in diesem Zeitraume die Aufnahme des Eisenbahnbaues auf Staatskosten. Schon im Jahre 1836 hatte die Regierung den Entwurf eines Expropriationsgesetzes behufs des Eisenbahnbaues vorgelegt; ¹⁾ die Stände konnten sich aber über die Frage, ob überhaupt Eisenbahnen gebaut werden sollen, nicht einigen und so kam jenes Gesetz erst 1840 zu Stande. ²⁾ Inzwischen war bereits 1837 ein Vertrag zwischen Hannover und Braunschweig wegen Anlegung eines Schienenwegs von Braunschweig nach Harburg abgeschlossen, welchem weitere gleiche Verträge mit Preussen und Braunschweig 1841 folgten. ³⁾ Im Juni 1842 erklärten sich die Stände nach längeren Verhandlungen anstatt der von der Regierung vorgeschlagenen Zinsengarantie für den Staatsbau und für Ausführung der Linien Hannover-Braunschweig-Hildesheim-Celle, Celle-Harburg, Hannover-Minden und Hannover-Bremen. In Folge dessen wurde das Gesetz vom 4. Mai 1843 über das Eisenbahnnetz erlassen und sofort mit dem Bau Braunschweig zu begonnen. Vorerst waren hiezu Anleihen nicht nöthig, weil sowohl die Generalsteuercasse als die Landesschuldentilgungscasse namhafte verfügbare Mittel besaßen, wovon bis 1845 2,272,000 Thlr. zur Verwendung kamen. Durch das eben angezogene Gesetz war jedoch eine Eisenbahncasse mit einer Eisenbahnschuldentilgungscasse bereits vorgesehen, und als im Jahre 1845 zur ersten Eisenbahnleihe geschritten werden musste, wurde das Eisenbahnschuldenwesen vom übrigen Haushalt vollständig getrennt. Dabei ist es in Hannover unausgesetzt geblieben; es besteht also von nun an eine weitere abgesonderte Schuldenabtheilung: die Eisenbahnschuld. Nachahmenswerth ist dabei die hannoversche Einrichtung, wonach von Anfang an eine Reservecasse errichtet wurde, in welche der gesammte Ertrag der Eisenbahnen nach Abzug der Betriebskosten und der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld fliesst. Nach späterer Bestimmung wurden zwar diese Ertragsüberschüsse dem allgemeinen Capitalienfonds zugewiesen, stets aber wurde darauf gesehen, dass die momentanen Mehrerträge der Eisenbahnen nicht im laufenden Dienste verbraucht, sondern für spätere Ausfälle reservirt blieben.

¹⁾ Actenstücke des fünften Landtags, IV, S. 628 und 666.

²⁾ Actenstücke des sechsten Landtags, III, S. 43 und 335. Gesetz v. 8. Sept. 1840.

³⁾ Actenstücke des siebenten Landtags, S. 325 und 352.

Die erste Eisenbahnanleihe fiel indessen schon in die Zeit der beginnenden Crisis. Es wurden daher auf dieselbe bis Ende Februar 1846 nur 1,576,993 Thlr. von Privaten eingezahlt,¹⁾ was den Bedarf nicht deckte. Man schloss daher im März 1846 mit einigen Bankhäusern ein Uebereinkommen dahin ab, dass diese 3½proc. Schuldverschreibungen, nicht unter 95%, veräussern sollten. Auch diese Operation hatte keinen vollständigen Erfolg, da in den nächsten Monaten nicht ganz 2 Mill. Thlr. aufgebracht wurden. Man musste desshalb bis zu 93% herabgehen, wodurch es gelang, eine weitere Summe von 1,088,000 Thlr. 3½proc. Scheine unterzubringen. Zur Deckung des Bedarfs für 1847 schritt man zu einem 5proc. Banquier-Anlehen à 4 Mill. Thlr., so sehr hatten sich die Verhältnisse des Geldmarkts bereits verschlimmert. Darauf folgte eine weitere 5proc. Anleihe von 600,000 Thlr., und ausserdem hatte schon früher die Generalsteuercasse der Eisenbahnschuldentilgungscasse 1 Mill. Thlr. als Stammvermögen anlehensweise überlassen.²⁾

Auch die Schulden der Generalsteuercasse erfuhren in dieser Periode eine kleine Steigerung, obgleich der für sie errichtete Tilgungsfonds seine gesetzliche Thätigkeit ununterbrochen fortsetzte. Dagegen wurden die Schulden der kgl. Generalcasse durch Heimzahlung ermässigt.

Am 1. Octbr. 1849 war daher der Bestand der gesamten Staatsschuld folgender:³⁾

1) Schuld der Landescasse	15,230,410 Thlr.
2) „ „ kgl. Casse	2,115,529 „
3) Eisenbahnschuld (nach Absatz der Capitalien des Tilgungsfonds)	12,515,930 „
Gesamtstaatsschuld	29,861,869 Thlr.

Von den hervorragendern Gesetzen finanzieller Natur erwähnen wir aus diesem Zeitabschnitte das vom 30. Juni 1846 über die Verwendung der Mittel der Landes- und Eisenbahn-Schuldentilgungscassen, welches den vorher gestattet gewesenen Rückkauf der Landesschuldverschreibungen auf Antrag des Gläubigers untersagte und anordnete, dass sämtliche Tilgungsmittel zur Amortisation im Wege der Verloosung zu verwenden seien und dass die Rechte der Gläubiger hinsichtlich der von der Landesschuldentilgungscasse der Eisenbahnschuldentilgungscasse dargeliehenen Gelder gewahrt bleiben; sodann das Gesetz vom 6. Juni 1847, dessen Bestimmungen dahin gehen, dass das von der Generalsteuercasse der Eisenbahnschuldentilgungscasse gewährleistete halbe Tilgungsprocent vom Tage der Einzahlung an zu berechnen, dass ferner der derselben Casse zugesagte jährliche Zuschuss von 60,000 Thlr. in so lange unverkürzt zu zahlen sei, bis die Schuld für die nach dem Gesetze vom 4. Mai 1843 zu bauenden (sogen. ältern) Eisenbahnen getilgt sei und dass alle für das Landesschuldenwesen erlassenen Gesetze und Vorschriften auch auf die Eisenbahnschulden Anwendung fänden; endlich das Gesetz vom 16. Dec. 1849,⁴⁾ das Eisenbahncassenwesen betreffend, welches die Eisenbahnhauptcasse, sowie das Eisenbahngesetz vom 4. Mai 1843 mit wenigen Ausnahmen aufhob.

Die Ereignisse des Jahres 1848 nahmen in Hannover anfänglich keinen bedrohlichen Character an. Der König überzeugte sich ohne äussere Nöthigung von der Erspriesslichkeit einer Aenderung des Systems. Es kamen daher die durchgreifenden Verfassungsänderungen vom September 1848, welche

¹⁾ Actenstücke des achten Landtags, III, S. 1462.

²⁾ Vergl. Gesetze vom 4. Mai 1843, 20. Dec. 1844, 20. Janr. 1845 und 30. Juni 1846.

³⁾ v. Reden a. a. O. S. 923.

⁴⁾ Ges.-Samml., I. Abth. S. 203.

in allem Wesentlichen die Grundsätze und Einrichtungen wieder herstellten, die denselben Fürsten zum Umsturze des Staatsgrundgesetzes von 1833 veranlasst hatten, ohne Störungen zu Stande. Erst im Jahre 1849 entstanden ernstliche Zerwürfnisse zwischen der Regierung und den Ständen wegen der Auffassung der deutschen Frage (Gültigkeit der Reichsverfassung ohne Landesgesetz) ¹⁾. Indessen hatten dieselben keinen entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung der Dinge, vielmehr konnten in den folgenden Jahren die Principien der neuen Verfassung auf allen Gebieten ins Leben gerufen werden. Die neue Ordnung des Staatshaushalts wurde durch Ministerialbekanntmachung vom 17. Dec. 1849 ²⁾ eingeleitet.

Siebente Periode — von der Wiedervereinigung der Cassen, 1. Janr. 1850, bis zur neuen Verfassungsabänderung 18^{50/56} und Einführung eines neuen Finanzcapitals 1857. — Die eben gedachte Ministerialbekanntmachung hob die vier getrennt gewesenen Cassen, die kgl. Generalcasse, die Generalsteuercasse, die Eisenbahnhauptcasse und die Wegbau-casse auf und vereinigte dieselben in der neuen einzigen Staatshauptcasse unter dem Namen „kgl. Generalcasse“, welche dem Finanzministerium allein untergeordnet wurde. Die „Domänen“ wurden dem Staate zur Nutzung und Verwaltung überlassen, wogegen die Krone eine Civilliste erhielt. Nicht aufgehoben und vereinigt wurden übrigens die Schuldentilgungs- und Zinsenzahlungscassen, vielmehr ward eine neue allgemeine Zinsenzahlcasse zu Hannover errichtet. Sowohl die Tilgungs- als Zinszahlcassen wurden dem neugebildeten Schatzcollegium unterstellt. ³⁾ Im Ganzen war durch die neuen legislatorischen Schritte in Hannover dieselbe Ordnung hergestellt, wie sie anderwärts längst zuvor bestand. Man muss auch dem König Ernst August die Gerechtigkeit widerfahren lassen, anzuerkennen, dass er selbst inmitten der allgemeinen Reaction zu seinen Lebzeiten das Versprochene und Gegebene nicht wieder rückgängig zu machen versuchte.

Als jedoch der König 1851 starb und Georg V. die Regierung antrat, fanden die Beschwerden gegen die Verfassungsgesetze von 1848 fruchtbareren Boden. Es entstand ein abermaliger Verfassungskampf und abermals war das „Finanzcapitel“ ein vorwiegender Stein des Anstosses. Die Verhandlungen sind noch in Jedermanns Gedächtniss. Man weiss, dass der Bundestag durch Beschluss vom 19. April 1855 einzelne Bestimmungen der hannoverschen Verfassung für bundesverfassungswidrig erklärte, dass alsdann der König durch Verordnung vom 1. August 1855 kraft jenes Bundesbeschlusses Aenderungen der 1848er Verfassungsgesetze verfügte und durch Verordnung vom 7. Septbr. 1856 ⁴⁾ insbesondere das „Finanzcapitel“ der Verfassung von 1840 im Wesentlichen wieder herstellte. In einer Proclamation vom gleichen Tage ⁵⁾ sprach jedoch die Regierung die Geneigtheit aus, mit den Ständen ein neues Finanzcapitel auf Grundlage des Systems der Cassenvereinigung zu vereinbaren, wenn dieselben den Wünschen der Regierung entgegenkommen würden.

Nachdem im Herbst 1856 der damals berufene Landtag aufgelöst worden war, ⁶⁾ kam denn auch wirklich zwischen der Regierung und den Ständen ein

¹⁾ Vergl. kgl. Proclamation, die Auflösung der II. Kammer betr., vom 25. April 1849, Ges.-Samml., I. Abth. S. 65.

²⁾ Ges.-Samml., I. Abth. S. 207.

³⁾ Vergl. Minist.-Bekanntm. vom 17. Dec. 1849, Nr. 60, §. 16, 17 u. 18 u. Nr. 61, Ges.-Samml., I. Abth. S. 209—210.

⁴⁾ Ges.-Samml., I. Abth. S. 321.

⁵⁾ Das. S. 317.

⁶⁾ Vergl. kgl. Proclamation vom 8. Nov. 1856, Ges.-Samml., I. Abth. S. 421.

Abkommen zu Stande, dessen Eigenthümlichkeiten wir später geeigneten Orts hervorheben werden.¹⁾ Hier haben wir nur zu bemerken, wie der Hauptstreitpunkt wegen der Domänen, beziehungsweise Cassentrennung, in der Weise seine Erledigung fand, dass Seitens der Krone zwar der Fortbestand einer einzigen Generalstaatscasse und die Aussetzung einer Civilliste zugestanden, aber beansprucht und erwirkt wurde, dass ein Complex von Domänialgütern, dessen Pachtertrag nach dem Durchschnitte der letzten 20 Jahre dem Betrage der Civilliste gleichkäme, reell ausgeschieden und in Verwaltung der Krone gegeben ward. Die Art und Weise dieser Domänenausscheidung hat sowohl im Schoosse des Landtags als auch ausserhalb desselben vom Standpunkt des Landesinteresses Anfechtungen zu erleiden gehabt, welche eine tiefgehende Erbitterung nährten.²⁾ Obgleich die neuen Einrichtungen in die Form eines Vertrags zwischen Regierung und Ständen eingekleidet worden sind, kann man ohne prophetische Gabe vorhersagen, dass die Verfassungsverhältnisse in Hannover dadurch einen Abschluss nicht gefunden haben, welcher Dauer und Befriedigung verspricht.

Bemerkenswerth bleibt übrigens immerhin, dass in Hannover aller Verfassungswirren ungeachtet der öffentliche Credit ebenso wenig gelitten hat, als die Finanzverwaltung gestört wurde. Wir werden später sehen, wie selbst in den Bewegungsjahren die Course der hannoverschen Staatspapiere sich vor allen andern wieder rasch erholten und wie Hannover allein jene Periode der Finanzbedrängnisse ohne Zuhülfenahme des Credits überstand.

Ueber die Gestaltung der Schuldenverhältnisse während dieses Zeitabschnitts haben wir hervorzuheben, dass einerseits die Tilgungscassen ihre gesetzmässigen Operationen behufs Ermässigung der Schulden fortsetzten, dass aber nicht nur zum Zwecke des fortdauernden Staatseisenbahnbaues, sondern auch zu ausserordentlichen Kriegsausgaben neue Anlehen contrahirt wurden. So entstand für die vormalige Generalsteuercasse eine neu fundirte 4procentige Schuld Lit. R. und ausserdem liess der Domänial-Ablösungs- und Veräusserungsfonds derselben 2 Mill. Thlr., welche eine Vermehrung der nichtfundirten Landesschuld in sich schliessen. Hinsichtlich der alten Schuld hielt indessen die Tilgung mit dieser Vermehrung fast gleichen Schritt und es zeigt daher nur die Eisenbahnschuld eine benennenswerthe Steigerung. Gleichzeitig gestatteten aber die Creditverhältnisse die Ermässigung des Zinsfusses der 1846 und 1847 zu $4\frac{1}{3}$ und 5% aufgenommenen Darlehen, welche schon 1850 gekündigt und später in 4proc. Obligationen convertirt wurden.

Am 1. Janr. 1857 war der Schuldenbestand folgender:³⁾

1) Schuld der vormaligen Generalsteuercasse	15,335,872 Thlr.
Darunter waren aber Eisenbahnschulden, welche auf den Credit der Generalsteuercasse angeliehen wurden	986,350 "
Verbleibt eigentliche Schuld der G.-Str.-Casse	14,349,522 Thlr.
2) Schuld der vormaligen kgl. Generalcasse	1,844,742 "
3) " " Wegbaucasse	12,847 "
4) Eisenbahnschuld "	28,379,102 "
Gesamtsumme	44,586,213 Thlr.

¹⁾ Gesetz, betr. die Einführung eines neuen Finanzcapitals etc. vom 24. März 1857, Ges.-Samm., I. Abth. S. 29.

²⁾ Vergl. Miquél, das neue hannoversche Finanzgesetz vom 24. März 1857. Leipzig, 1861.

³⁾ Actenstücke der XIV. Ständeversamml. 1. Diät, I. Thl., S. 605 ff.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Aus dem Gebiete der Gesetzgebung dieser Periode haben wir nur das Gesetz vom 24. Janr. 1851, die Ausdehnung der für das Landesschuldenwesen erlassenen Gesetze und Verordnungen auf das gesammte Staatsschuldenwesen betreffend, zu verzeichnen.¹⁾

Die Zustände, welche durch die neuesten legislatorischen Schritte seit 1857 geschaffen worden sind, werden in den folgenden §§. ihre Darstellung finden. Hier schliessen wir daher, indem wir die Bewegung der Staatsschuld während der letzten Jahre durch Zahlen anschaulich machen.

Es betrug am	die Schuld der Generalsteuercasse:	die Schuld der kgl. Generalcasse:	die Eisenbahnschuld:
1. Janr.			
1858 ²⁾ . . .	13,975,169 Thlr.	1,844,742 Thlr.	30,380,545 Thlr.
1859 ³⁾ . . .	13,929,796 "	1,844,742 "	30,601,420 "
1860 ⁴⁾ . . .	13,962,919 "	1,844,742 "	30,530,865 "

Die Schuld ist in ihren Einzelbestandtheilen sich fast gleich geblieben, obschon die Tilgungscassen der Landes- und Eisenbahnschuld namhafte Beträge abbezahlt haben. Der Grund liegt darin, dass bei der Landesschuld durch neue Darlehen behufs der Errichtung steuerfreier Niederlagen zu Harburg, Emden und Leer, und bei der Eisenbahnschuld durch Convertirung der ausgelosten Obligationen, sowie durch neue Anlehen zum Zwecke des fortschreitenden Bahnbaues eine Schuldvermehrung eintrat.

Die Tilgungscassen hatten vom Zeitpunkte ihrer Einsetzung bis zum 1. Janr. 1860 an Obligationen eingelöst:⁵⁾

a) die Tilgungscasse für die älteren Landesschulden . . .	9,105,774 Thlr.
b) die Eisenbahnschuldentilgungscasse	5,059,996 "
Zusammen	14,165,770 Thlr.

§. 74.

Neuester Bestand der hannoverschen Staatsschuld.

Am 1. Janr. 1860 war die Gesamtschuld Hannovers nach den Vorlagen, welche der allgemeinen Ständeversammlung gemacht worden sind,⁶⁾ aus folgenden einzelnen Bestandtheilen zusammengesetzt:

A. Schulden der vormaligen Generalsteuercasse (eigentliche Landesschuld):

1) fundirte Schulden, und zwar

a) ältere fundirte Schulden:

verzinslich zu 5%	19,950 Thlr.
" " 4%	1,017,280 "
" " 3 ¹ / ₂ %	6,450,573 "
" " 3%	44,900 "
unverzinslich und illiquid . . .	6,400 "
	<hr/> 7,539,103 Thlr.

¹⁾ Ges.-Samml. von 1851, I. Abth. S. 12.

²⁾ Actenstücke der XIV. Ständever. 1. Diät, I. Thl., S. 672 ff.

³⁾ " " " 2. " " " S. 502 ff.

⁴⁾ Daselbst S. 634.

⁵⁾ Daselbst S. 642, 643.

⁶⁾ Schreiben des Gesamtministeriums vom 31. Janr. 1860, die Nachweisung über das Landesschuldenwesen pro 18⁵⁹/₆₀ betreffend, mit den Landes- und Eisenbahnschulden- und Zinsentats pro 18⁶⁰/₆₁. Actenstücke der XIV. Ständever. 2. Diät, S. 634—684.

b) neu fundirte Schuld Lit. R. (zu Kriegsrüstungen aufgenommen)	1,148,010	Thlr.
c) Darlehen des Domanialablösungs- fonds behufs Errichtung steuer- freier Niederlagen an Seeplätzen (neueste Landesschuld)	727,626	"
2) nicht fundirte Schulden, und zwar:		
kündbare 4proc.	169,500	"
unkündbare desgl.	4,378,680	"
		13,962,919 Thlr.
B. Schulden der vormaligen kgl. Generalcassee:		
verzinslich zu 5%	89,675	Thlr.
" " 4%	1,550,067	"
" " 3½%	30,000	"
" " 3%	175,000	"
		1,844,742 Thlr.
C. Schulden der vormaligen Wegbaucasse:		
für jetzt unverzinslich und nicht rückzahlbar	12,847	"
D. Eisenbahnschulden:		
1) ältere Eisenbahnschuld (nach Ansatz der eingelösten Obligationen):		
verbriefte und verzinslich zu 5%	610	Thlr.
" " " " 4%	3,135,010	"
" " " " 3½%	2,494,480	"
" " " " 3¼%	500,000	"
" " " " 3%	12,700	"
unverbriefte und verzinslich zu 3½% (von der vorm. Steuercasse, der Lan- desschulden- und der Eisenbahnschul- den-Tilgungscasse angeliehen)	1,999,125	"
	8,141,925	Thlr.
2) neuere Eisenbahnschulden (seit 1850)		
verzinslich zu 4%	22,388,940	"
		30,530,865 Thlr.
Gesamtschuld		46,351,373 Thlr.

Seit dem 1. Janr. 1860 wird sich die Staatsschuld um ein Namhaftes vermehrt haben, und zwar zum Theil in Folge des fortschreitenden Eisenbahnbaues, theils aber auch durch die ausserordentlichen Kriegseredite, welche der Regierung im Sommer 1859 zum Betrage von 2,450,000 Thlr. ständischerseits gewährt wurden und welche mittelst neuer Anlehen zu realisiren waren.¹⁾ Mit Berücksichtigung dieser Vermehrung einer- und der gegenüberstehenden Verminderung durch die planmässige Tilgung andererseits wird der Gesamtbeitrag der hannoverschen Staatsschuld im gegenwärtigen Augenblicke (Ende 1860) zu mindestens 48 Mill. Thlr. veranschlagt werden können.

Uebrigens ist von dieser Summe ein sehr bedeutender Theil nicht von Dritten, sondern von verschiedenen Staats-Fonds und Anstalten selbst angeliehen. (Vergl. unten S. 293 Note 2.)

¹⁾ Vergl. Actenstücke der XIV. Ständevers. 2. ordentliche Diät S. 7 und 778; sodann 2. ausserordentl. Diät S. 3 und 15.

§. 75.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld.

Wir haben dem, was wir über die Verfassungskämpfe und Zustände des Königreichs Hannover in unsern historischen Rückblicken (§. 73) angedeutet haben, hier nur die jetzt bestehenden positiven Bestimmungen, namentlich in Bezug auf das Staatsschuldenwesen, beizufügen. Sie sind im Wesentlichen folgende:

Das Königreich bildet einen untheilbaren Staat, welcher einen Theil des deutschen Bundes ausmacht. In der engern Bundesversammlung nimmt er die 5. Stelle und Stimme ein; im Plenum führt er 4 Stimmen. Die Regierungsform ist die constitutionell-monarchische. Es besteht eine allgemeine Ständeversammlung, zusammengesetzt aus zwei Kammern mit gleichen Befugnissen. In den Provinzen sind ausserdem Provinziallandschaften und ritterschaftliche Corporationen thätig. Die allgemeine Ständeversammlung ist berufen, die ihr durch die Verfassung beilegenden Rechte zu wahren. Landesgesetze werden vom Könige nur unter Zustimmung derselben erlassen, aufgehoben, abgeändert oder authentisch interpretirt. Die Ständeversammlung hat das Recht der Initiative und Steuerverwilligung; ihre Verhandlungen sind öffentlich.

Ueber das Staatsschuldenwesen lassen wir das neueste, schon oben besprochene „Finanzcapitel“ vom 24. März 1857¹⁾ wörtlich für sich sprechen. Es verfügt in

§. 28. „Anleihen behufs der aus der Generalcasse zu bestreitenden Ausgaben können nur nach erfolgter Bewilligung des Königs und der allgemeinen Ständeversammlung gemacht werden. Für dieselben haften die sämmtlichen Einkünfte der Generalcasse, namentlich auch die Aufkünfte der Domänen und Regalien, insoweit sie in jene Casse fliessen.“

„Sollte jedoch wegen ausserordentlicher Umstände die ordentliche Einnahme der Casse so bedeutende Ausfälle erleiden, dass sie die bewilligten Ausgaben nicht zu bestreiten vermöchte, oder sollten schleunige Kriegsrüstungen nothwendig werden, der im §. 21 festgesetzte Kriegsschatz aber in der erforderlichen Grösse nicht vorhanden sein, . . . so hat der König, wenn die Stände nicht versammelt sind, das Recht, auf den Bericht des Gesamtministeriums und nach Anhörung des Schatzcollegiums zur Deckung der bewilligten oder aus dem Kriegsschatze zu bestreitenden, oder auf den Reservecredit anzuweisenden Ausgaben Anleihen bis zum Gesamtbetrage von höchstens 1 Mill. Thlr. auf den Credit der Generalcasse zu machen.“

„Die Verhandlungen über solche ausserordentliche Anleihen sollen jedoch der allgemeinen Ständeversammlung bei ihrer nächsten Zusammenkunft vorgelegt und es soll derselben nachgewiesen werden, dass die gemachte Anleihe nothwendig gewesen und zum Besten des Staats verwendet ist.“

§. 29. „Ohne Einwilligung der Ständeversammlung darf kein Papiergeld ausgegeben werden.“

§. 30. „Die abgenommenen Rechnungen der Generalcasse und der Schuldentilgungscasse sollen der allgemeinen Ständeversammlung zur Prüfung vorgelegt werden.“

¹⁾ Ges.- Samml. von 1857, I. Abth. S. 29 ff.

„Auch wird in jeder ordentlichen Diät der allgemeinen Ständeversammlung eine Nachweisung der seit der letzten Mittheilung mit der Staats- und Eisenbahnschuld eingetretenen Veränderung ihres jeweiligen Belaufes des Zinsenbetrags und der geschehenen Verwendung der Tilgungsmittel, wie auch des Erfolges etwa gemachter Anleihen und Versuren von der Regierung vorgelegt.“

- §. 31. „Es besteht ein kgl. Schatzcollegium, welches aus dem Präsidenten oder Generaldirector der obern Verwaltung der directen Steuern als Vorsitzenden, aus zwei von der allgemeinen Ständeversammlung auf Lebenszeit erwählten Commissarien und den zwei Generalsecretären der beiden Kammern zusammengesetzt ist.“

„Für Fälle der Behinderung des Vorsitzenden wird Unser Finanzminister das Geeignete über dessen Vertretung anordnen.“

„Sowohl die beiden ständischen Commissarien, als auch die beiden Generalsecretäre der Kammern bedürfen der Bestätigung des Königs.“

„Die ständischen Commissarien haben als solche Sitz und Stimme in der Kammer, von welcher sie gewählt sind.“

„Das Schatzcollegium soll die vorgedachten Rechnungen zu prüfen, die Verwaltung des Staatsschuldenwesens zu führen, auch mit Ausschluss des Präsidenten die in §. 181 des Landesverf.-Gesetzes dem Schatzcollegium beigelegten Befugnisse auszuüben haben.“

„Zu jener Prüfung soll ihm über die sämmtlichen im zuletzt verflossenen Vierteljahre stattgefundenen Einnahmen und Ausgaben der kgl. Generalcasse und, so weit als thunlich, auch der Untercassen, nach Maassgabe des Gesetzes vom 30. Juni 1834 §. 10 mitgetheilt werden.“

„Das Gesetz vom 12. Septbr. 1848, das Schatzcollegium betreffend, ist nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Paragraphen hierdurch modificirt.“

Aus dem letzteren Gesetze, welches hienach insoweit noch in Kraft verbleibt, als es durch den eben citirten §. 31 nicht abgeändert ist, ziehen wir zur Vollständigkeit noch Nachstehendes aus:

- §. 3. „Das Schatzcollegium steht unter Aufsicht und oberer Leitung Unseres Finanzministeriums in dem Verhältnisse einer Oberbehörde.“

- §. 4. „Ohne den Präsidenten oder dessen Stellvertreter kann das Schatzcollegium, mit Ausnahme des in §. 9 unter Nr. 5 bezeichneten Falles (Ausübung der durch §. 181 der Verfassung übertragenen Befugnisse) keinen Beschluss fassen.“

- §. 5. „Jede Kammer der allgemeinen Ständeversammlung hat durch absolute Mehrheit Ein Mitglied des Schatzcollegiums auf dessen Lebenszeit zu wählen.“

- „Die Wahl ist nicht auf Mitglieder der Ständeversammlung beschränkt.“

- §. 6. „Die gewählten Mitglieder des Schatzcollegiums müssen in Hannover wohnen. Sie dürfen weder einen andern Dienst, mit Ausnahme landeschaftlicher Stellen, bekleiden, noch wegen eines früher bekleideten Dienstes eine widerrufliche Zahlung aus einer kgl. Casse oder aus der Generalcasse beziehen, noch auch ein Geschäft betreiben, durch welches ihre dienstliche Stellung, Unabhängigkeit oder Thätigkeit leiden kann.“

- §. 8. „Die Mitglieder des Schatzcollegiums haben in dieser Eigenschaft einen Diensteid auf getreue Erfüllung ihrer Dienstplichten zu leisten.“

- §. 17. „Die Verbriefungen der Landesobligationen sind durch den Präsidenten des Schatzcollegiums und zwei Schatzräthen zu vollziehen und zwar zunächst von den beiden durch die Stände gewählt.“

- §. 18. „Das Schatzcollegium hat innerhalb der verfassungsmässigen Grenzen, unter Aufsicht und Genehmigung des Finanzministeriums, die bei den Landesschulden eintretenden Versuren vorzunehmen.“
- §. 19. „Neue Anlehen contrahirt das Finanzministerium. Die darüber auszustellenden Verbriefungen hat das Schatzcollegium dann auszufertigen, wenn nachgewiesen ist, dass in den ihm vollständig mitzutheilenden Bedingungen die verfassungsmässigen Zuständigkeiten der Regierung nicht überschritten sind. Die mitgetheilten Bedingungen sind als vollständig anzunehmen, wenn das Finanzministerium die Vollständigkeit, und dass sonstige Bedingungen nicht vorhanden sind, bezeugt.“
- §. 20. „Das Schatzcollegium hat die ihm mitzutheilenden Bedingungen auf Verlangen des Finanzministeriums geheim zu halten. Die von den Ständen gewählten Schatzrätthe sind jedoch verpflichtet, wenn sie durch die Anlehensbedingungen das Interesse des Landes verletzt glauben, davon der nächsten Ständeversammlung vertrauliche Mittheilung zu machen.“
- §. 21. „Die Mitwirkung des Schatzcollegiums in Bezug auf das Staatsschuldenwesen tritt ferner ein bei Tilgung der Staatsschulden.“
 „Das Schatzcollegium hat die Staatsschulden-Tilgungscassen zu verwalten und die Mittel derselben den gesetzlichen Vorschriften gemäss zu verwenden. Auch die Rückzahlung derjenigen Staatsschulden, welche nicht aus den Mitteln der Tilgungscassen abgetragen werden, liegt dem Schatzcollegium ob.“
 „Die dem Vorstehenden nach zu verwendenden Tilgungsmittel werden vom Finanzministerium dem Schatzcollegium überwiesen.“
- §. 22. „Ueber das gesammte Staatsschuldenwesen soll das Schatzcollegium jährlich eine vollständige Uebersicht dem Finanzministerium vorlegen.“
- §. 23. „Auch die Zahlung der Zinsen auf Staatsschulden, nach den gesetzlichen oder vertragsmässigen Bestimmungen, liegt dem Schatzcollegium ob. Die Zinsenzahlclassen stehen unter seiner Leitung und Aufsicht.“
 „Die zur Verzinsung der Staatsschulden erforderlichen Mittel wird das Finanzministerium zeitig dem Schatzcollegium zur Verfügung stellen.“
- §. 24. „Die Zinscoupons und Talons zu Staatsschuldverschreibungen sind vom Schatzcollegium auszufertigen.“
- §. 25. „Die Prüfung der Legitimation der Staatsgläubiger gehört zum Geschäftskreis des Schatzcollegiums.“
- §. 26. „Anweisungen an die Schuldentilgungs- und Zinszahlclassen zu erlassen, ist allein das Schatzcollegium befugt.“

Diese Gesetzesparagrafen geben ein vollständiges Bild von dem Organismus der Staatsschuldenverwaltung und dem Verhältnisse derselben zur Staatsregierung. Man entnimmt daraus, dass den Ständen die Verwaltung der Staatsschulden nicht, wie z. B. in Württemberg, ganz anheimgegeben, jedoch ein genügender Einfluss auf dieselbe eingeräumt ist.

§. 76.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Die hannoversche Staatsschuld zeigt sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihrer Behandlung durch das Gesetz namhafte Verschiedenheiten und Abweichungen, so zwar, dass die Darstellung ihrer Verhältnisse, namentlich auch hinsichtlich ihrer Tilgung, sich nicht auf allgemeine Regeln zurückführen lässt. Wir haben schon früher bemerkt, dass sowohl die vormalige General-

steuer- als die kgl. General- und die Eisenbahnhauptcasse Capitalien anliehen, welche Seitens des Gläubigers kündbar waren. Diess geschah bis in die neuere Zeit herein, obgleich die alten Staatsgläubiger aus der Zeit der feindlichen Occupation ihr Kündigungsrecht verloren. Auch war schon oben die Rede davon, dass die Tilgungscassen berechtigt waren, ihre Mittel zum Rückkauf von Obligationen unter und bis zu pari zu verwenden, wenn sich Gläubiger hiezu bereit fanden. Indessen wurde diese Tilgungsart durch Gesetz vom 30. Juni 1846¹⁾ bis auf Weiteres ausser Wirksamkeit gesetzt und es geht überhaupt das Bestreben der Regierung dahin, die Landesschulden möglichst auf solche Posten zurückzuführen, welche Seitens der Gläubiger nicht kündbar, sondern nach einem vorbestimmten Tilgungsplane im Wege der Auslösung zu tilgen sind. Nach diesen Grundsätzen ist namentlich die ganze neuere Eisenbahnschuld, jetzt der bedeutendste Theil der Gesamtstaatsschuld, contrahirt.

Im Einzelnen haben wir über die zum Schuldabtrag ausgesetzten Mittel Folgendes zu constatiren:

- 1) für die Schuld der vormaligen Generalsteuercasse leistet die Generalstaatscasse einen jährlichen Beitrag von 150,000 Thlr. Ausserdem sind zur Tilgung bestimmt: die Zinsen aus den eingelösten Obligationen, jedoch nur in so lange und in so weit, als durch deren Anwachs die jährlichen Gesamttilgungsmittel nicht über 330,000 Thlr. sich belaufen. Ist diess der Fall, so wird die Zinsenzuwachssumme auf 120,000 Thlr. reducirt, so dass der Tilgungsfonds im Ganzen 270,000 Thlr. beträgt, welcher Summe alsdann die Zinsen unbeschränkt bis wiederum zum Belaufe von 330,000 Thlr. zuwachsen. Ferner fliessen in den Tilgungsfonds: die 3 Jahre lang nicht erhobenen Zinsen aus den Landesobligationen.²⁾

Diese Tilgungsmittel werden übrigens nur zum Abtrag der älteren, von Privatgläubigern hergeliehenen Landesschulden (ältere fundirte Schuld) verwendet. Für die neu fundirten Schulden, nämlich für die zu Kriegszwecken contrahirte Schuld Lit. R. im Betrage von 1,359,110 Thlr., und für die noch nicht geschlossene Anleihe behufs Errichtung steuerfreier Niederlagen an einigen Seeplätzen, sind eigene Tilgungsfonds ausgesetzt, wobei die Regel in Anwendung kam, dass deren Höhe 1% der ursprünglichen Schuld mit Zinsenzuwachs aus den eingelösten Obligationen bis zum Belaufe dieses Fonds betragen soll.³⁾

- 2) Für die Schulden der vormaligen kgl. Generalcasse bestand bis zur neuesten Zeit kein fixirter Tilgungsfonds. Weit die grösste Summe derselben (1,545,500 Thlr.) steht der kgl. Schatullcasse, ein weiterer namhafter Theil (175,000 Thlr.) dem Domanialablösungsfonds, der kleine Rest von 134,242 Thlr. aber Privaten zu, welchen gegenüber besondere Vertragsverhältnisse maassgebend sind. Bezüglich des Capitals der kgl. Schatullcasse ist jedoch im Jahre 1859 ein Uebereinkommen zwischen Regierung und Ständen dahin zu Stande gekommen, dass dasselbe statt zu 3½% künftighin zu 4% verzinst, alsdann aber

¹⁾ Ges.-Samml. von 1846, I. Abth. S. 115.

²⁾ Vergl. Actenstücke des V. Landtags, 4. Diät von 1836, S. 174, 175, 636, und Schreiben des kgl. Gesamtminist. vom 31. Janr. 1860, Actenstücke des XIV. Landtags, 2. ordentl. Diät, S. 641; auch sämtliche den Ständen vorgelegte Uebersichten der Einnahmen der Tilgungscassen der Landesschulden.

³⁾ Vergl. Actenstücke der XIV. Ständeversammlung, 1. ausserordentl. Diät, S. 78 und 222.

unkündbar sein und mit einem Tilgungsfonds von mindestens 1% ohne Zuwachs von Zinsen abgetragen werden solle.¹⁾

- 3) In Absicht auf die Eisenbahnschulden ist zwischen der sogenannten älteren und neueren Schuld zu unterscheiden. Für die ältere Eisenbahnschuld besteht ein Tilgungsfonds von 1½% des ursprünglichen Schuldbetrags mit ununterbrochenem Zuwachs der Zinsen aus den eingelösten Schuldtiteln. Der Tilgungsfonds der neueren Eisenbahnschuld beträgt 1% und es wachsen die Zinsen nur in so lange zu, als sie den Betrag dieses Tilgungsfonds nicht übersteigen.²⁾

Diese hohen Tilgungsbeträge sind indessen Seitens der kgl. Generalcasse nicht garantirt und können daher, wenn die Bahnerträge derart sinken sollten, dass sie den Zinsen- und Tilgungsbedarf nicht mehr erreichen, ermässigt werden. Alsdann tritt das Gesetz vom 16. Decbr. 1849³⁾ in Wirksamkeit, welches diesfalls in §. 3 bestimmt:

- a) „Die Mittel der Eisenbahnen dürfen, so lange die behufs der ersten Herstellung der Eisenbahnen aufgenommenen Capitalien nicht zurückgezahlt sind, zu keinen den Eisenbahnanlagen fremden Zwecken verwendet werden.“
 b) „Die versprochenen Zinsen und der planmässige Beitrag zur Tilgung der behufs der Eisenbahnanlagen, der ersten Einrichtung der Verwaltung, des Betriebes und des zu diesem erforderlichen Materials aufgenommenen Anleihen zu einem halben Procente ihres ursprünglichen Betrages werden von der Generalcasse garantirt.“

Was den Tilgungsmodus anbelangt, so verordnet das Gesetz „über die Verwendung der Mittel der Landesschulden- und der Eisenbahnschulden-Tilgungscasse“ vom 30. Juni 1846⁴⁾ Nachstehendes:

- §. 1. „Die der Landesschuldentilgungscasse vom 1. Julius 1846 an zufließenden Mittel sollen vorerst und bis auf Weiteres zur Zurückzahlung von Landesschuldcapitalien zu dem vollen Nennwerthe der Obligationen, aber nur nach der durch das Loos zu bestimmenden Reihenfolge verwendet werden.“
 §. 2. „Dasselbe findet in Hinsicht auf die der Eisenbahnschuldentilgungscasse vom 1. Julius 1846 an zufließenden Mittel Statt, so weit dieselben zur Einlösung der Eisenbahnobligationen Lit. A. 1 und 2 bestimmt sind.“ (Später auch auf die übrigen Eisenbahnobligationen ausgedehnt.)
 §. 3. „Es findet daher für die Dauer der Gültigkeit des gegenwärtigen Gesetzes eine Einlösung von Landesschuld- und von Eisenbahnschuldcapitalien auf den freiwilligen Antrag der Gläubiger nach dem Course bis zum vollen Nennwerthe, welche nach Maassgabe der seitherigen Gesetzgebung zulässig war, aus den in den §§. 1 und 2 bezeichneten Tilgungsmitteln nicht Statt.“
 §. 4. „Ebensowenig dürfen während dieser Zeit die erwähnten Mittel der Landesschuldentilgungs- und der Eisenbahnschuldentilgungscasse an die Eisenbahnhauptcasse ausgeliehen werden.“
 §. 5. „Die Verloosung und Kündigung von Landes- und Eisenbahnschuldcapitalien behufs der in den §§. 1 und 2 bestimmten Rückzahlungen finden jährlich nur einmal, und zwar im Monate Junius, Statt.“

¹⁾ Actenstücke der XIV. Ständever., 2. ordentl. Diät, S. 145, 639 und 845.

²⁾ Vergl. Schreiben des Gesamtminist. vom 10. März 1858, das Budget pro 1858/59 und 1859/60 betr., Actenstücke der XIV. Ständever., 1. Diät S. 984.

³⁾ Ges.-Samml. von 1849, I. Abth. S. 203.

⁴⁾ Ges.-Samml. von 1846, I. Abth. S. 115.

- §. 6. „Die Kündigung der auf jeden Inhaber (au porteur) lautenden Obligationen, welche nicht auf den Namen eines bestimmten Gläubigers eingeschrieben sind, erfolgt mittelst der Hannoverschen Anzeigen, und zwar im zweiten Stücke derselben, in dem §. 5 bezeichneten Monate.“

§. 77.

Sicherheitsobjecte der hannoverschen Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

Das Verfassungsgesetz vom 24. März 1857¹⁾ enthält in §. 28 den bereits oben angeführten Satz: „Für die mit Bewilligung des Königs und der allgemeinen Ständeversammlung gemachten Anleihen behufs der aus der Generalcasse zu bestreitenden Ausgaben haften die sämmtlichen Einkünfte der Generalcasse, namentlich auch die Aufkünfte der Domänen und Regalien, insoweit sie in jene Casse fliessen.“

Da die Einkünfte der Generalcasse aus dem Ertrage des Staatsvermögens, der Staatsanstalten und Regalien und aus den verfassungsmässig bewilligten Steuern bestehen, so ist durch jene Bestimmung ausgesprochen, dass die hannoverschen Staatsschulden einestheils und in erster Linie durch die Revenüen des Staatsvermögens und subsidiär durch die Steuerkraft des Landes gesichert seien.

I. Staatsvermögen. Ueber das Verhältniss der sogenannten kgl. Domänen zum Staate spricht sich dasselbe Verfassungsgesetz folgendermaassen aus:

- §. 1. „Die kgl. Domänen — diese mögen aus ganzen Gütern, einzelnen Grundstücken, Forsten, Zinsen und Gefällen, Rechten und Gerechtigkeiten, Salinen, Schlössern und andern Gebäuden und deren Inventarien, oder aus Capitalien (zu denen auch das in den englischen 3proc. Stoks belegte, aus Einnahmen der königl. Kammer erwachsene Capital von 600,000 Pfd. Sterl. gehört) bestehen — so wie die Regalien bilden ein seinem Gesamtbestande nach stets zu erhaltendes Fideicomiss, welches zugleich und unzertrennlich mit der Nachfolge in der Regierung dem Könige anfällt und aus dessen Aufkünften die Bedürfnisse des Königs, des kgl. Hauses und der Landesverwaltung zunächst bestritten werden.“

- §. 5. „Ueber die Vereinigung der Einkünfte der Domänen und Regalien mit den Einkünften der früheren Landescasse werden hiemit folgende vertragsmässige Bestimmungen zwischen Uns und der allgemeinen Ständeversammlung getroffen:

1) „Wir verpflichten Uns, für Uns und unsere Nachfolger in der Regierung, die gesammten Aufkünfte der Domänen und Regalien, nach Abzug der Bedarfsumme des Königs und das kgl. Haus in die kgl. Generalcasse abliefern und sie dort, vereinigt mit den Steuererträgen, verwalten und für die Bedürfnisse des Staates verwenden zu lassen.“

2) „Zur Deckung der Bedürfnisse des Königs, der Königin, so wie der minderjährigen Prinzen und Prinzessinnen, Söhne und Töchter des Königs, haben Wir . . . ausser den Zinsen des im §. 1 gedachten Capitals von 600,000 L. St., welche dem Könige nach wie vor verbleiben, die Summe von 600,000 Thlr. Landesmünze festgestellt. Diese Bestimmung wird hiedurch Theil der im Eingange dieses §. erwähnten Ueber-

¹⁾ Ges.-Samml. von 1857, I. Abth. S. 29.

einkunft. Bei sich vergrößerndem Bedarfe ist jene Summe im Einvernehmen mit der allgemeinen Ständeversammlung zu erhöhen.“

„Ueber die Einnahme der nicht regierenden Mitglieder des kgl. Hauses bestimmt §. 10.“

3) „Der allgemeinen Ständeversammlung steht weder Einwirkung noch Controle hinsichtlich der Verwaltung und Verwendung der unter Nr. 2 gedachten Einnahmen des Königs oder der Mitglieder des kgl. Hauses zu. Die Bedarfsummen werden nicht in das Ausgabebudget der kgl. Generalcasse aufgenommen; jedoch sollen sie aus den Budgetvorlagen ersichtlich sein.“

4) „Der König hat das Recht, ein oder das andere Domanialgut gegen Abrechnung des Pachtwerths auf die festgestellte Bedarfsumme zu übernehmen, ist auch berechtigt, zur Deckung der unter Nr. 2 erwähnten Summe von 600,000 Thlr. oder eines Theiles derselben einen Complex von Domanialgütern (mit Ausschluss der Forsten, soweit sie nicht als Gehege für Hochwild dienen oder nach ihrer örtlichen Lage als Pertinenzien dieser Güter anzusehen sind), welcher nach Abzug aller darauf haftenden Abgaben und Lasten einen jener Bedarfsumme, resp. eines bestimmten Theils derselben, gleichen Reinertrag liefert, ausscheiden und getrennt von dem übrigen Domanio für die Kroncasse verwalten zu lassen.“

5) „Die kgl. Generalcasse übernimmt, mit Ausnahme der Bedarfsumme für den König und das kgl. Haus, die Ausgabegegenstände als bleibende Last, welche der kgl. Casse während der Cassentrennung oblagen, namentlich die Verzinsung und Tilgung der Schulden des Domaniums, die Deckung der für den öffentlichen Dienst nothwendigen Ausgaben, und überhaupt die Kosten der Landesverwaltung.“

Ausserdem gehört hieher die Bestimmung des Gesetzes vom 16. Dec. 1849¹⁾, §. 3, Ziffer 2, welche lautet:

„Für die (zu Eisenbahnanlagen) angeliehenen Capitalien und die darauf fällig werdenden Zinsen werden das Eigenthum der betreffenden Eisenbahnanlage nebst Zubehör, sowie deren sämmtliche Aufkünfte verpfändet;“

und die im vorigen Paragraphen angeführte Bestimmung desselben Gesetzes, wonach neben dieser Specialhypothek für die Eisenbahnschulden die kgl. Generalcasse die Zinsen und $\frac{1}{2}$ Tilgungsprocent garantirt.

Der Unterschied zwischen diesen Gesetzesbestimmungen, sofern sie einerseits die sogen. „kgl. Domänen und Regalien“, andererseits die Eisenbahnen betreffen, fällt sofort in die Augen. Bei den erstern ist nicht das Eigenthum, nicht die Substanz, Sicherheitsobject für die Staatsschuld, sondern lediglich die Revenüe. Das Eigenthum ist dem Staate nicht einmal zugesprochen; doch hat er ein „vertragsmässiges“ Recht für alle Zukunft auf den Bezug der Einkünfte, soweit sie nicht durch die Bedürfnisse des Hofes absorbiert werden. Die Eisenbahnen dagegen haften mit Nutzen und Eigenthum für die Eisenbahnschuld.

Die Grösse des hannoverschen Domaniums betreffend, haben wir schon in den historischen Rückblicken (§. 73) angedeutet, dass der Complex desselben ein sehr bedeutender sei. Im Jahre 1858 ist jedoch in Folge der vorangeführten Vereinbarung Seitens der Krone die Ausscheidung eines Gutsexplexes mit einem Reinertrage von 498,174 Thlr. und einem Flächengehalte

¹⁾ Ges.-Samml. von 1849, I. Abth. S. 203—204.

von 297,283 Morgen als Surrogat für den grössten Theil der Civilliste verlangt und vollzogen werden.¹⁾ Dieser Complex umfasst die cultivirten Grundstücke des Domaniums fast ganz (192 Hauptpachtungen, Pachthöfe und Plätze, 14 Wassermühlen, 1 Windmühle, 3 Torfmoore und 54,752 Morgen Forsten) und es sind in der Nutzniessung des Staats nur Reste des landwirthschaftlichen Grundeigenthums, sodann die Hauptmasse der Forsten und die Berg- und Hüttenwerke verblieben.

Den Ertragswerth dieser Objecte, sowie der Eisenbahnen, Posten, Telegraphen etc. ermitteln wir auf Grund der neuesten Etatsvoranschläge für das Jahr 18⁰⁰/01.²⁾ Hiernach beträgt der

Rohrertrag: die Betriebsausgabe: der Reinertrag:

1) von den Domänen und Gefällen	853,500 Thlr.	199,654 Thlr.	653,846 Thlr.
2) von den Forsten . . .	835,300 "	460,789 "	374,511 "
3) vom oberharzischen Bergwerks- und Forsthaushalte	2,267,850 "	2,051,753 "	216,097 "
4) vom unterharzischen Communion- Bergwerks- und Hüttenhaushalte . . .	256,245 "	206,033 "	50,212 "
5) von den Kohlenbergwerken	347,854 "	219,362 "	128,492 "
6) " " Salinen	47,432 "	36,749 "	10,683 "
7) vom Kalkbruche bei Lüneburg	40,192 "	20,942 "	19,250 "
8) von den Posten . . .	1,027,500 "	789,376 "	238,124 "
9) " " Eisenbahnen und Telegraphen	4,950,000 "	3,188,000 "	1,762,000 "
10) Zinsen von Activecapitalien	438,146 "	— "	438,146 "
Summe	11,064,019 Thlr.	7,172,658 Thlr.	3,891,361 Thlr.

Hievon noch ab: die durch die ausgeschiedenen Domänen nicht

gedeckte Bedarfssumme des Königs und kgl. Hauses mit . . . 89,774 "

Verbleibt Reinertrag 3,811,587 Thlr.

Diese Summe mit 4% zu Capital erhoben, gibt einen Gesamtertragswerth des dem Staat zur Nutzniessung überlassenen Vermögens von 95,289,675 Thlr. ohne Einrechnung der Cassenbestände, Materialien und Vorräthe, sowie einzelner Separatfonds.

Hiernach ist die gegenwärtig bestehende Staatsschuld durch das unmittelbare Staatsvermögen mehr als doppelt gedeckt, und es haben die Staatsgläubiger Hannovers vorerst kaum nöthig, auf weitere Sicherheitsobjecte zu recurriren.

II. Steuerkraft. Zur Beurtheilung derselben mögen nachstehende Daten einige Anhaltspunkte geben: Der Flächengehalt des Landes beträgt 698¹/₂ Quadratmeilen (genau 698,655), gleich 14,672,663 hannoverschen Morgen. Davon sind 8,611,763 Morgen cultivirt.³⁾ Grosse Strecken Haide- und Moorland sind bis jetzt der Cultur fremd geblieben; dagegen umfasst Hannover auch sehr fruchtbare Länderstriche. Seine Bevölkerung beträgt rund 1,850,000 Seelen,⁴⁾

¹⁾ Vergl. Actenstücke der XIV. Ständevers., 1. ordentl. Diät S. 801, 804, 805 ff.

²⁾ Actenstücke der XIV. Ständevers., 2. ordentl. Diät S. 150, 154, 156, 158, 160, 162, 884—898, 900—920. Wir haben in der Einnahme die Etatsvorlage der Regierung, in der Ausgabe aber die Beschlüsse der Stände zu Grunde gelegt, weil das Einnahmebudget bei der ständischen Berathung keine Aenderungen erlitten hat.

³⁾ Hübner, Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 1. Jahrg. S. 196, 200.

⁴⁾ Zählungsergebnisse: 1815: 1,305,351; 1833: 1,662,629; 1848: 1,758,847; 1855: 1,819,777; 1858: 1,843,976 Seelen.

was auf die Quadratmeile rund 2,640 Menschen ausmacht. Hannover ist daher eines der dünnbevölkertsten Länder, was seinen Grund in der Bodenbeschaffenheit hat. Die vorzüglichsten Erwerbs- und Nahrungsquellen der Bewohner sind Landwirthschaft und Bergbau, auch Handel und Schifffahrt. Die Landwirthschaft wird durch verschiedene zweckmässige Anstalten gefördert. Hierher gehören die landwirthschaftlichen Vereine, welche die kgl. Landwirthschaftliche Gesellschaft zu Celle, 7 landwirthschaftliche Provinzial- und 55 Local-, Zweig- und Kreisvereine sind; die Landescreditanstalt mit 4 Provinzial-Creditinstituten für Grundbesitzer zu Celle, Hannover, Stade und Aurich; ferner eine Reihe landwirthschaftlicher Versicherungsanstalten und mehrere Ackerbau-schulen. Es besteht denn auch ein tüchtiger, relativ gebildeter Bauernstand. Die Production an Getraide übersteigt die Consumption und wird zu 30 Mill. Himten geschätzt. Neben dem besteht eine sehr bedeutende Viehzucht, welche namhafte Ausfuhr ermöglicht. Nicht minder wichtig ist für einzelne Landestheile, namentlich auf dem Harzgebirge, der Bergbau. Die umfangreichsten Berg- und Hüttenwerke sind indessen in den Händen des Staats. Die Bergbauproduction wird angegeben, wie folgt:*) Gold 9—11 Mark; Silber 45,000—50,000 Mark; Eisen 105,000 Zentner; Blei und Glätte 100,000 Ztr.; Kupfer 4000 Ztr.; Stein- und Braunkohlen 1,750,000 Ztr.; Salz 525,000 Ztr. Die gewerbliche Industrie ist, mit Ausnahme der Flachsspinnerei, Leinwandweberei, Papierfabrication, Tabaksfabrication, Holzwaaren- und Metall-industrie, nicht von Bedeutung. Dagegen nehmen Schifffahrt und Handel eine hervorragende Stelle ein, begünstigt durch die Lage des Landes an der offenen See und durch die vielen schiffbaren Flüsse und Canäle desselben. Hannover participirt am deutschen Grosshandel und nimmt unter den deutschen Nordseestaaten hinsichtlich der Quantität seiner Rhederei den ersten Platz ein. 1854 betrug die Zahl der Seeschiffe 677 mit 32,101 Lasten (à 4000 Pfd.), der Küstenfahrer 1865 mit 16,303 Lasten Tragfähigkeit; 1855: 720 Seeschiffe mit 34,768 Lasten und 3,500 Matrosen. Mit Dampfschiffen befahrbar sind die Elbe, Weser und Ems. Eisenbahnen hatte Hannover schon im Jahre 1856 über 80 Meilen; Telegraphen 60 Stationen mit 113 Meilen Drahtlänge. Ferner bestehen zur Unterstützung des Handels: die hannoversche Bank für Handel und Gewerbe (6 Mill. Thlr. Capital); die Privatbank in Lunden und die norddeutsche Bankcompagnie in Hannover. An Bildungsanstalten für Erwerb und Verkehr führen wir an: die vorzügliche polytechnische Schule zu Hannover, 27 Gewerbeschulen, 1 Handwerkerschule, 1 Baugewerkschule und 3 Navigationsschulen. Man sieht hieraus, dass für Bildung und Unterricht gesorgt und erkannt wird, dass damit der wirksamste Hebel zur Stärkung der Steuerkraft angesetzt ist.

In wie weit die Steuerkraft des hannoverschen Volkes angestrengt ist, werden wir aus dem Folgenden erschen. Von Ueberbürdung hat nie viel verlautet, obgleich die Parteien wegen des wiederholt eingetretenen Verfassungsstreites mit Erbitterung kämpfen und daher eine Zurückhaltung in dieser Richtung sicher nicht beobachtet hätten, wenn Grund zur Beschwerde vorgelegen wäre.

*) Vergl. Brachelli a. a. O. II. Bd. S. 300.

§. 78.

Finanzlage.

Wir haben schon früher zu der Bemerkung Veranlassung gehabt, dass die hannöversche Finanzlage unerachtet der wiederholten Störungen im Verfassungsleben sich nicht verschlimmert habe. Legt man als Prüfstein die Periode von 1847 bis 1851 zu Grunde, in welcher andere Staaten fast ohne Ausnahme ihre laufenden Bedürfnisse nur mit Zuhülfenahme des Credits zu bestreiten vermochten, so erscheint die Lage der hannöverschen Finanzen sogar als die glänzendste aller deutschen Länder. Ein vernünftiges Finanzsystem und ein bedeutender Staatsbesitz waren die Hauptfactoren dieser günstigen Ergebnisse. Doch lassen wir Zahlen sprechen, welche wir zum Theil dem Lehzen'schen Werke, zum Theil aber den ständischen Actenstücken entnehmen.

Die Ergebnisse der Abrechnungen, also die wirklichen reellen Einnahmen und Ausgaben der Landescasse, waren:

Vom 1. Juli:	Einnahme:	Ausgabe:	Ueberschuss:	Deficit:
	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.
18 ³⁴ / ₃₅ . . .	5,668,069	5,719,056	—	50,987
18 ³⁵ / ₃₆ . . .	6,208,636	5,770,490	438,146	—
18 ³⁶ / ₃₇ . . .	6,346,729	5,746,635	600,094	—
18 ³⁷ / ₃₈ . . .	6,562,144	5,616,334	945,810	—
18 ³⁸ / ₃₉ . . .	6,646,138	5,661,850	984,288	—
18 ³⁹ / ₄₀ . . .	6,509,858	5,744,913	764,945	—
18 ⁴⁰ / ₄₁ . . .	6,654,494	5,738,957	915,537	—
18 ⁴¹ / ₄₂ . . .	6,944,031	5,677,079	1,266,952	—
18 ⁴² / ₄₃ . . .	6,541,645	5,816,818	724,827	—
18 ⁴³ / ₄₄ . . .	6,586,760	6,035,052	551,708	—
18 ⁴⁴ / ₄₅ . . .	6,472,126	6,178,283	293,843	—
18 ⁴⁵ / ₄₆ . . .	6,636,320	6,520,408	115,912	—
18 ⁴⁶ / ₄₇ . . .	6,326,824	6,577,017	—	250,193
18 ⁴⁷ / ₄₈ . . .	6,394,953	6,323,363	71,590	—
18 ⁴⁸ / ₄₉ . . .	6,274,809	6,258,243	16,566	—
18 ⁵⁰ / ₅₁ . . .	8,058,477	7,695,046	363,431	—

Von da an ist in Folge der Cassenvereinigung eine veränderte Verrechnungsweise eingetreten, welche schon 18⁵⁰/₅₁ bemerkbar ist und die Budgetziffern wesentlich gesteigert hat. Neben dieser Steigerung ist jedoch in Hannover wie überall das Ausgabenbudget, das von 1834 bis 1849 eine bemerkenswerthe Stetigkeit zeigt, durch wirkliche Bedarfsvermehrung sehr bedeutend angewachsen. Das Gleichgewicht konnte aber dennoch fortwährend erhalten werden, weil auch die ordentlichen Staats-Einnahmen eine successive Zunahme erfuhren.

Am 1. Juli 1855 war daher immer noch ein Ueberschuss von 1,719,988 Thlr. vorhanden. ¹⁾ Die folgenden Jahre schlossen sodann ab, wie folgt:

	Einnahme:	Ausgabe:	Ueberschuss:	Deficit:
18 ⁵⁵ / ₅₆ ²⁾ . .	9,839,266	9,155,209	684,057	—
18 ⁵⁶ / ₅₇ ³⁾ . .	10,488,538	10,237,632	250,906	—
18 ⁵⁷ / ₅₈ ⁴⁾ . .	10,536,085	10,412,180	123,905	—

¹⁾ Actenstücke der XIII. Ständevers., 1. Diät S. 696.

²⁾ „ XIV. „ 1. ordentl. Diät S. 394 ff.

³⁾ Dasselbst S. 1225 ff.

⁴⁾ Dasselbst, 2. Diät S. 273 ff.

Die Ueberschüsse würden aber noch viel grösser gewesen sein, wenn nicht die Erträgnisse der älteren Eisenbahnen, in so weit sie die Bedürfnisse der Verzinsung und Tilgung der Bauschuld überstiegen, an den Capitalienfonds abgeführt, d. h. erspart und unter die Ausgaben gestellt worden wären. Diese Ertragsüberschüsse der älteren Eisenbahnen sind, obgleich neben der Verzinsung $1\frac{1}{2}\%$ zur Tilgung der Bahnschuld verwendet werden, sehr bedeutend und betragen

18 ⁵⁵ / ₅₆	64,165 Thlr. ¹⁾
18 ⁵⁶ / ₅₇	596,896 " ²⁾
18 ⁵⁷ / ₅₈	573,416 " ³⁾
zusammen in 3 Jahren	1,234,477 Thlr.

welche Summe den Ueberschüssen der Gesamtrechnung in Wahrheit zuwächst. Nach neuerer Bestimmung fliessen jene Ertragsüberschüsse der älteren Eisenbahnen in den abgesonderten Eisenbahnfonds und werden zum Bau der neuern Bahnen verwendet.

Man sieht, dass die Finanzwirthschaft in Hannover auf soliden Principien beruht und dass die Finanzlage eine sehr günstige ist.

Zur Vergleichung im Einzelnen lassen wir die neuesten Staatshaushalts-Etats für 18⁶⁰/₆₁ und 18⁶¹/₆₂ folgen, wie sie aus der ständischen Berathung hervorgegangen sind. Zur Erklärung des grossen Unterschieds zwischen den Schlussziffern des Budgets und den oben gegebenen Abrechnungen diene die Bemerkung, dass die letzteren die Rein-Einnahmen und Ausgaben darstellen, während das Budget die Betriebs-, Verwaltungs- und Gewinnungskosten, also Roh-Einnahmen und Ausgaben enthält. Es sind veranschlagt:

die Einnahmen:	für 18 ⁶⁰ / ₆₁ :	für 18 ⁶¹ / ₆₂ :
1) von Domänen und Forsten	2,006,125 Thlr.	1,990,625 Thlr.
2) von den Steuern und Zöllen:		
a) von den directen und der Stempelsteuer	3,190,000 "	3,213,000 "
b) " Zöllen und indirecten Steuern	4,235,000 "	4,235,000 "
3) vom oberharzischen Bergwerks- und Forsthaushalte	2,267,850 "	2,282,099 "
4) vom Communion-unterharzischen Bergwerks-haushalte	256,245 "	262,910 "
5) von den Kohlenbergwerken	347,854 "	354,226 "
6) " Salinen	47,432 "	47,432 "
7) vom Kalkbruche bei Lüneburg	40,192 "	40,192 "
8) von den Wasserzöllen	392,800 "	392,800 "
9) " Posten	1,027,500 "	1,029,500 "
10) " Eisenbahnen und Telegraphen	4,950,000 "	4,950,000 "
11) Chaussee- und Brückengelder	190,000 "	190,000 "
12) Ueberschüsse von den Lotterien	68,000 "	68,000 "
13) Sporteln der Oberbehörden	63,000 "	63,000 "
14) Zinsen von Activcapitalien	438,147 "	437,319 "
15) Unmittelbare Einnahme der Generalcasse	22,000 "	22,000 "
16) Zahlungen von andern Cassen	48,953 "	48,953 "
Summe	19,591,098 Thlr.	19,627,056 Thlr.

¹⁾ Actenstücke der XIV. Ständevers., 1. Diät S. 443.

²⁾ Daselbst S. 1275.

³⁾ Daselbst, 2. Diät S. 329.

die Ausgaben:	für 18 ^{60/61} :	für 18 ^{61/62} :
1) Kgl. Gesamtministerium	225,497 Thlr.	225,497 Thlr.
2) Stände (incl. der Provinzialstände)	65,130 "	65,130 "
3) Ministerium des Auswärtigen	121,700 "	121,700 "
4) " " Krieges	2,626,500 "	2,626,500 "
5) " " Justiz	1,047,320 "	1,047,320 "
6) " " des Cultus und Unterrichts	254,736 "	255,186 "
7) " " Innern (mit Eisenbahnen)	5,268,852 "	5,252,661 "
8) " " Handels	45,926 "	32,926 "
9) " " der Finanzen	5,750,780 "	5,757,694 "
10) Passiv-Etat	2,723,745 "	2,693,745 "
11) Pensions-Etat	507,975 "	507,969 "
12) Künftig wegfallende Ausgaben	253,574 "	253,574 "
13) Ausserordentliche Ausgaben (worunter die zum Capitalienfonds abzuführenden Ueber- schüsse der älteren Eisenbahnen mit je 774,075 Thlr.)	924,075 "	924,075 "
Summe	19,815,810 Thlr.	19,763,977 Thlr.
Verglichen mit der Einnahme à	19,591,098 "	19,627,056 "
verbliebe Deficit	224,712 Thlr.	136,921 Thlr.
Setzt man jedoch von der Ausgabe die dem Capitalfonds gutgeschriebenen Ueberschüsse der Eisenbahnen ab mit je	774,075 "	774,075 "
so verwandelt sich das Deficit in einen Ueber- schuss von	549,363 Thlr.	637,154 Thlr.

Uebrigens hat die Finanzverwaltung von jeher den Grundsatz befolgt, bei der Etatsaufstellung die Einnahmen unter dem wirklichen Ergebnisse zu veranschlagen und es wird sich daher in den beiden Jahren 18^{60/61} und ^{61/62} das berechnete Deficit ebenso in einen Ueberschuss verkehren, wie diess in den vorhergegangenen Jahren regelmässig der Fall war.

Im Ganzen wird ein Staat, welcher zu einem Ausgaben-Budget von nahezu 20 Millionen nur circa 8 Mill. Steuerbeiträge von seinen Angehörigen zu erheben braucht, sonach 60% der Gesamtausgabe durch Revenüen deckt, die Steuerpflichtigen nicht zu bedrücken haben, so hoch auch im Verhältniss zur Einwohnerzahl das Budget erscheint. Dabei kommt noch zu beachten, dass jene Steuerbeiträge zu einem grossen Theil nicht den hannoverschen Steuerpflichtigen zur Last fallen, sondern vom Binnenhandel herfliessen.

Die Endsummen des Budgets würden übrigens noch um 600,000 Thlr. höher sein als sie sich oben darstellen, wenn die Civilliste des Königs nicht zum Voraus von den Einnahmen abgerechnet wäre.

§. 79.

Gesetzliche Bestimmungen über Verjährung, Amortisation, Vindication und Aussercourssetzung hannoverscher Staatspapiere.

I. Verjährung betreffend. Das Gesetz vom 22. Septbr. 1850, ¹⁾ „über die Verjährung persönlicher Klagen und die Einführung kurzer Verjährungsfristen“ lautet in seinen hieher gehörigen Theilen:

¹⁾ Ges.-Samml. von 1850, I. Abth. S. 187.

- §. 1. „Alle rein persönlichen Klagen verjähren, insofern nicht in den folgenden §§. 2—4 Ausnahmen von dieser Regel aufgestellt sind, binnen zehn Jahren.“
- §. 3. „Mit dem Ablaufe von vier Jahren verjähren die Klagen aus Forderungen
- 5) wegen der Rückstände an Zinsen, in soweit solche abgesondert vom Capital mit selbstständiger Klage verfolgt werden konnten.“
- §. 5. „Die Verjährung der in den §§. 2 u. 3. erwähnten Klagen beginnt mit dem auf den festgesetzten Zahlungstag oder den Eintritt einer gestellten Bedingung folgenden letzten December.“
- §. 11. Nach vollendeter Verjährung einer persönlichen Klage kann die derselben zum Grunde liegende Forderung weder klagend, noch im Wege der Compensation geltend gemacht werden.“

Nach Lehzen¹⁾ wird vorstehende Gesetzesbestimmung §. 3 „in der Regel auch auf Zinsrückstände für Staatsschulden angewendet;“ doch haben Regierung und Stände sich geeinigt, dass diess in gewissen Fällen nicht geschehen soll, wo ihre Anwendung mehr oder minder schuldlose Personen hart und unbillig treffen würde.²⁾ Da jedoch diese Vereinbarung in keinem Gesetz ausgesprochen ist, so handelt es sich hier lediglich um das billige Ermessen der Schuldenverwaltungsbehörden.

II. Amortisation betreffend. Verordnung vom 20. Januar 1826:³⁾

3) „In denjenigen Fällen, wo eine landschaftliche Schuldverschreibung, mag solche auf den Namen des Gläubigers oder auf den Inhaber lauten, vernichtet oder sonst abhanden gekommen ist, soll die gerichtliche Mortification der Verschreibung zur Legitimation des Gläubigers nothwendig sein.“

4) „Die Mortification landschaftlicher Schuldverschreibungen kann nur bei den Justiz-Canzleien Unseres Königreichs erwirkt werden, und zwar: (folgen nun Bestimmungen, wonach die von der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft, die während der Occupation von sämmtlichen oder mehreren im damaligen Landesdeputations-Collegium vereinigten Landschaften, sodann die von der ständischen Liquidations-Commission, der Schatzcommission oder dem Schatzcollegium, die durch Zusammenlegung und Theilung entstandenen oder statt aller Verbriefung vom Schatzcollegium ausgestellten Verschreibungen sammt Coupons bei der Justiz-Canzlei zu Hannover, alle übrigen Obligationen und Coupons aber bei der Justizcanclei derjenigen Provinz, von deren Landschaft die ursprüngliche Verschreibung ausgestellt worden, zu amortisiren sind.)

2) „Zur Begründung des Antrags auf Mortification einer landschaftlichen Verbriefung soll allgemein erforderlich sein: a) eine Bescheinigung Unseres Schatzcollegiums, dass das angeblich verlorene oder vernichtete Document eine anerkannte und weder bezahlte noch reluirte Landesschuld betreffe, und b) eine Bescheinigung des Zufalls, durch welchen das Document abhanden gekommen oder vernichtet worden ist, in soweit deren Beibringung den Umständen nach thunlich ist.“

„Ausserdem muss bei Namenobligationen noch eine Bescheinigung des Schatzcollegii darüber beigebracht werden, dass der Provocant oder derjenige, von welchem er sein Recht auf die Obligation herleitet, sich

¹⁾ Hannovers Staatshaushalt, II. Theil S. 663.

²⁾ Vergl. Actenstücke der XI. Ständever., 2. Diät S. 168, 959.

³⁾ Ges.-Samml. von 1820, I. Abth. S. 11.

zuletzt als Eigenthümer der Obligation legitimirt und als solcher die zuletzt bezahlten Zinsen erhoben habe; bei auf den Inhaber lautenden Verbriefungen aber muss eine genaue und vollständige Bezeichnung derselben nach ihrem Aussteller, ihrem Buchstaben, der Nummer, dem Jahre der Ausstellung und der Nummer, auf welche sie lautet, beigebracht, und so viel als thunlich bescheinigt werden, dass der Provocant sich zur Zeit des angeblichen Verlustes im Besitze des Documents befunden habe oder dazu berechtigt gewesen sei.“

b) „Findet das Gericht den Antrag begründet: so erlässt dasselbe an die unbekannten Besitzer des Documents eine Edictalladung dahin, dass sie vor dem Ablaufe des anzusetzenden Termins die in ihren Händen befindliche Urkunde im Original vorzulegen haben, widrigenfalls dieselbe für erloschen und ungültig erklärt werden solle.“

„Die Frist . . . wird für Namensobligationen auf drei Monate, für Verbriefungen, die auf den Inhaber lauten, aber auf 1 Jahr festgesetzt.“

7) „Diese Edictalladung soll zu drei verschiedenen Malen, mit Zwischenräumen von einem und bei Porteur-Papieren von vier Monaten, in den Hannoverschen Anzeigen, den öffentlichen Blättern der Provinz, in welcher der Provocant seinen Wohnsitz hat, und in zwei den Umständen nach zu bestimmenden auswärtigen Blättern abgedruckt, auch an dem Sitze des Gerichts angeschlagen werden.“

„Zugleich wird sie dem Schatzcollegio mitgetheilt, damit dasselbe alle Zahlungen auf die in derselben bezeichneten Documente sistire, und die Edictalladung bei einer oder mehreren Zinszahlclassen anschlagen lasse.“

8) „Wird das Original-Dokument vor Ablauf des Termins nicht producirt, und sind sämtliche Bekanntmachungen zu den Acten zurückgekommen, so wird die verlorne oder vernichtete Verschreibung durch ein unter des Gerichts Unterschrift und Siegel abzugebendes Erkenntniss für erloschen und ungültig erklärt. Dieses Erkenntniss soll auf dieselbe Weise, wie die Edictalladung, öffentlich bekannt gemacht werden.“

9) „Nach Publication dieses Erkenntnisses, welches der Provocant dem Schatz-Collegio im Original gegen einen Recognitions-Schein zu überreichen hat, ist jede ohne Zustimmung des Provocanten auf das im Erkenntnisse bezeichneten Document geleistete Zahlung ungültig; er kann aber bis zur Rechtskraft des Erkenntnisses weder Zahlung noch Ausstellung einer neuen Verbriefung verlangen.“

„Diese Rechtskraft soll eintreten: a) bei Obligationen, die auf Namen lauten, sechs Wochen nach dem Tage der Publication des Erkenntnisses; b) bei Zinscoupons, mögen solche allein oder mit der Obligation mortificirt sein, wie auch bei ändern zu einer bestimmten Zeit zahlbaren landschaftlichen Verbriefungen, jedesmal zwei Jahre nach der Verfallzeit, und c) bei den auf den Inhaber lautenden Obligationen zwei Jahre nach dem Verfalltage des letzten vor Publication des Erkenntnisses ausgegebenen Zins-Coupons.“

„Falls jedoch das mortificirende Erkenntniss bei Zinscoupons und ändern zu einer bestimmten Zeit zahlbaren landschaftlichen Verbriefungen, ingleichen bei den auf den Inhaber lautenden Obligationen nicht volle sechs Wochen vor Ablauf der so eben bemerkten zwei Jahre, oder erst nach deren Ablauf publicirt werden sollte: so soll die Rechtskraft erst sechs Wochen nach dem Tage der Publication des Erkenntnisses eintreten.“

10) „Wird das verlorene Document vor Eintritt der Rechtskraft des

Mortifications-Erkenntnisses gerichtlich producirt, oder kommt es auf andere Weise zum Vorschein: so hört das Mortifications-Verfahren und die Wirkung des etwa bereits publicirten Erkenntnisses auf, der Provocant muss aber sofort davon benachrichtigt werden, damit er seine Ansprüche gegen den jetzigen Besitzer bei dessen competenten Gerichte wahrnehmen kann. Dieses Gericht hat alsdann auch über die Fortdauer oder die Aufhebung des verfügten Zahlungs-Verbots zu erkennen.“

11) „Tritt dagegen das Mortifications-Erkenntnis in Rechtskraft: so ist der Provocant als völlig legitimirter Gläubiger der Landescasse wegen der in dem mortificirten Documente verschriebenen Forderung anzusehen, und kann die Ausstellung einer neuen Verschreibung und wegen der fällig gewordenen Summen Zahlung verlangen.“

„Dagegen kann, von dem Eintritte der Rechtskraft jenes Erkenntnisses an, aus dem mortificirten Documente überall kein Anspruch weiter an die Landescasse gemacht werden.“

12) „Ausser diesem gerichtlichen Verfahren kann derjenige, welchem eine landschaftliche Verbriefung abhanden gekommen ist, dem Schatzcollegio davon Anzeige machen, um wieder zu deren Besitze zu gelangen. Das Schatz-Collegium ist alsdann verpflichtet, ihm so viel wie möglich hiezu zu Hülfe zu kommen und insbesondere auch ohne gerichtliche Aufforderung alle Zahlung auf die Verschreibung zu sistiren, und solche, wenn sie producirt wird, anhalten zu lassen, bis der sofort zu benachrichtigende Provocant gerichtliche Verfügung erwirken kann. Diese muss aber jeden Falls innerhalb sechs Wochen von dem Tage an erfolgen, wo der Provocant Kenntniss von der Production der Urkunde erhält, widrigenfalls die Verschreibung zurückgegeben und Zahlung geleistet werden muss.“

„Auch soll Unser Schatzcollegium jährlich ein vollständiges Verzeichniss aller in dem Jahre mortificirten, zur gerichtlichen Mortification und sonst als verloren angemeldeter landschaftlicher Verbriefungen bei allen Intelligenz-Blättern des Königreichs bekannt machen.“

Hierher gehört ferner noch das Gesetz vom 3. Juli 1844 über die Ausgabe von Talons zu den auf jeden Inhaber lautenden Landesschuldverschreibungen, welches in §. 13 die Mortification der Talons behandelt.¹⁾

III. Vindication betreffend. Die eben citirte Verordnung vom 20. Januar 1826 enthält in §. 2 folgende allgemeine Vorschrift:

„Bei allen auf den Inhaber lautenden landschaftlichen Obligationen, welche nicht eingeschrieben sind, und allen landschaftlichen Zinscoupons, genügt der Besitz der Originalurkunde zur vollständigen Legitimation des Gläubigers. Die Vindication einer solchen Verschreibung kann nur gegen denjenigen Statt finden, welcher dieselbe in bösem Glauben erworben hat.“

Das neueste Gesetz über denselben Rechtspunkt vom 5. April 1859,²⁾ modificirt diese Vorschrift in §. 1 so:

„Der Besitzer von Papieren auf den Inhaber kann auf Herausgabe derselben mittelst einer dinglichen Klage nur dann in Anspruch genommen werden, wenn er die Papiere in bösem Glauben erworben hat, oder ihm beim Erwerbe eine grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.“

¹⁾ Vergl. Actenstücke der VIII. Ständever., 2. Diät S. 630, 822.

²⁾ Ges.-Samml. von 1859, I. Abth. S. 247.

Dasselbe umfasst aber alle Arten von Inhaberpapieren und präcisirt den Begriff derselben in §. 2 folgendermassen:

„Unter Papieren auf den Inhaber werden insbesondere verstanden Schuldverschreibungen sammt deren Zubehör an Zinscoupons und Talons, welche entweder zu Gunsten jedes Inhabers ausgestellt sind, oder ohne Bezeichnung irgend eines Berechtigten als Legitimations-Urkunden über ein in ihnen begründetes Forderungsrecht oder eines Theils eines solchen dienen sollen, sowie unter gleichen Voraussetzungen Actien und Banknoten.“

Auf Klagen, welche auf persönlichen Rechtsverhältnissen beruhen, bezieht sich das Gesetz nicht; auch erstreckt sich seine Wirksamkeit nicht auf diejenigen Landestheile, in denen das allgemeine preussische Landrecht gilt.

IV. Aussercourssetzung (Festmachung) betreffend. Es ist schon aus vorstehenden Gesetzesbestimmungen zu ersehen, dass in Hannover neben Staatsschuldverschreibungen auf den Inhaber auch solche auf Namen bestehen. Aber auch die Inhaber-Scheine können „eingeschrieben“, d. h. im Staatsschuldbuch auf den Namen des Gläubigers eingetragen werden,¹⁾ wie es in den süddeutschen Staaten eingeführt ist, und zwar kann der Gläubiger unerachtet jener Inscription die Zinscoupons und Talons beibehalten. Um also den Gefahren der au porteur Papiere zu entgehen, hat er lediglich die Inscription zu bewirken; alsdann muss er sich jedoch, in so lange als die Einschreibung nicht wieder aufgehoben ist, hinsichtlich der Legitimation denselben Förmlichkeiten unterwerfen, wie der Besitzer eines Namenscheines. Diese Förmlichkeiten sind in der Verordnung vom 2. Juli 1824, modificirt durch Gesetz vom 10. August 1836,²⁾ festgestellt, woraus wir nur hervorheben wollen, dass sowohl bei den Tilgungs- als Zinszahlclassen nur Documente in beweisender Form als genügend angesehen werden dürfen.

Die vorstehend angeführten älteren Gesetze bezogen sich zunächst nur auf die sogen. Landesobligationen, d. h. auf die Verbriefungen der Landesschuld (Schuld der vormaligen Generalsteuercasse) im Gegensatz zu den Schuldverschreibungen der kgl. Casse. Nach der ersten Vereinigung dieser Cassen wurden nun die Verordnungen vom 2. Juli 1824 und 20. Januar 1826 durch das eben gedachte Gesetz vom 10. August 1836 auch auf die Schuldverschreibungen der kgl. Casse ausgedehnt.³⁾ Ein weiteres Gesetz vom 6. Juni 1847⁴⁾ verfügt sodann, dass „für das Eisenbahnschuldenwesen sämmtliche das übrige Landesschuldenwesen betreffenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften, insoferne nicht rücksichtlich der Eisenbahnschulden Abweichendes festgesetzt ist, gelten sollen“, und endlich hat das Gesetz vom 24. Januar 1851⁵⁾ die für das Landesschuldenwesen erlassenen Gesetze und Verordnungen — namentlich die Bestimmungen über die Legitimation der Gläubiger, über die Mortification der Obligationen, Zinscoupons und Talons, über die Kündigung der Obligationen, über die Tilgung der Schulden und über die Abzüge der fehlenden Zinscoupons bei Rückzahlung der Capitalien — ganz allgemein auf das gesammte Staatsschuldenwesen ausgedehnt.

¹⁾ Vergl. Bekanntmachung des Schatzcolleg. vom 10. Sept. 1824, §§. 6, 7. Actenstücke der II. Ständever., 5. Diät S. 248.

²⁾ Vergl. Actenstücke der V. Ständever., 4. Diät S. 531.

³⁾ Dasselbst S. 532.

⁴⁾ Das Eisenbahnschuldenwesen betreffend, Ges.-Samml. von 1847, I. Abth. S. 171.

⁵⁾ Ges.-Samml. von 1851, I. Abth. S. 12.

§. 80.

Zinsfuss der hannöverschen Staatsschuld. Ort und Art der Zins- und Capitalzahlung. Abzüge am Zinsertrag.

Ueber die erfolgreichen Bemühungen der hannöverschen Schuldenverwaltung behufs Erreichung eines mässigen Zinssatzes und die zu diesem Zwecke in Anwendung gebrachten Mittel, welche überall den Rücksichten der Gerechtigkeit gegen die Staatsgläubiger Rechnung trugen, haben wir in §. 73 Nachweisung gegeben. Ebenso finden sich die Zinssätze der einzelnen Schuldtheile in §. 74 angegeben. Es geht daraus hervor, dass unerachtet der eben gedachten Bemühungen bei der Gesamtschuld noch sehr verschiedene Zinsfüsse von 5% bis zu 3% bestehen, was seine Begründung in der grossen Mannigfaltigkeit der einzelnen Schuldtheile und der Rechtsverhältnisse, auf welchen einige derselben beruhen, findet.

Den Ort der Zinszahlung betreffend, haben wir wiederum zwischen den einzelnen Schuldtheilen zu unterscheiden. Aus den Schulden der kgl. Generalcasse wurden die Zinsen bis 1834 nur bei diëser selbst, aus den Schulden der General-Steuerkasse aber entweder bei derselben oder bei den an den Provinzial-Hauptorten, zunächst für die Zinszahlung aus den ehemaligen Provinzialschulden, errichteten Zinszahlclassen bezahlt, Zinsen aus Namenobligationen jedoch nur bei der im Voraus dazu bestimmten Casse. Im Jahre 1829 wurde sodann gestattet, dass die Zinsen aus den damals neuangeliehenen und aus den im Zinsfuss reducirten Capitalien, wenn sie in Landesmünze zahlbar waren, auch bei allen Steuer-Kreiscassen erhoben werden können. 1840 wurde diese Begünstigung allen au porteur Obligationen und allen in Gold zahlbaren Capitalien unter der Voraussetzung eingeräumt, dass die Kreisteuerkassen genügenden Vorrath von Gold haben würden.²⁾ Dass alsdann im Jahre 1850 eine besondere allgemeine Zinszahlcasse zu Hannover errichtet worden ist, neben welcher jedoch die ebengenannten Zinszahlclassen bestehen blieben, haben wir schon oben (S. 272) erwähnt. Von den neueren Anleihen (Lit. R, B I, D I, E I, F I, G I, H I, und J I) können nach den Anlehensbedingungen die Zinsen in den ersten 90 Tagen nach der Verfallzeit auch bei den durch öffentliche Bekanntmachungen bezeichneten Agenten zu Frankfurt a/M., Hamburg, Bremen, Berlin und Leipzig, und von den auf Pfund Sterling lautenden Capitalien in London erhoben werden.

Die Capitalrückzahlung erfolgt bei den betreffenden Schuldentilgungskassen und bezüglich der au porteur gestellten Obligationen Lit. B I auch in Frankfurt a/M. bei M. A. v. Rothschild.³⁾

Sowohl Capital als Zinsen werden in capitalmässiger Münze, d. h. in der Währung bezahlt, welche die Schuldverschreibung enthält, jedoch findet eine Umrechnung der nicht in Courant zahlbaren Beträge auf Courant statt. Die Staatsschuld, selbst die neuere, ist nämlich in verschiedenen Münzsorten verbrieft und zwar in Gold (Pistolen an 5 Thlr.), sogenannten neuen $\frac{2}{3}$ Stücken, Conventionsmünze, Courant und zum Theil noch in holländischer Münze, sowie in Pfund Sterling.

¹⁾ Bekanntmachung des Schatzcollegiums vom 1. Aug. 1829.

²⁾ Finanzminist.-Bekanntm. vom 5. Octbr. 1840.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung des Schatzcoll. vom 1. Juni 1860, abgedruckt in der Beil. Nr. 22 zum Frankfurter öffentl. Börsencoursblatte de 1860.

Abzüge bei der Zins- und Capitalzahlung haben die Gläubiger nicht zu leiden. Obgleich in Hannover für amtliche Handlungen der Stempel noch besteht, so sind doch alle auf das Schuldenwesen der kgl. Generalcasse bezüglichen Verhandlungen der Gläubiger, und anderer Personen mit den verwaltenden Behörden der Stempelsteuer nicht unterworfen.¹⁾ Auch Staatspapiergeld oder sonstige mit Zwangscours versehene Werthzeichen sind in Hannover nicht creirt; es hat daher die Zahlung überall auf Verlangen in klingender Münze zu geschehen.

§. 81.

Einzelne hannoversche Handels-Staatspapiere.

Von der gesammten Staatsschuld Hannovers ist ein sehr namhafter Theil, welcher aus verschiedenen Staatsfonds selbst, und aus der kgl. Schatullcasse angeliehen wurde, entweder gar nicht verbrieft, oder es sind die Schuldtitel dem Verkehre entzogen.²⁾ Mit diesen Schuldtheilen haben wir es selbstredend hier nicht zu thun. Die in Privathänden befindlichen Verbriefungen der Staatsschuld sind aber so mannigfaltig und so eigenthümlich bezeichnet, dass zur Verständlichmachung auf das Einzelne eingegangen werden muss. Auch hier müssen die Hauptbestandtheile der Gesamtschuld auseinandergehalten werden.

1. Schuld der vormaligen Generalsteuercasse. Die Obligationen sind theils mit Buchstaben unterschieden, theils muss ihr Inhalt selbst die Merkmale der Unterscheidung an die Hand geben. Keine Buchstabenbezeichnung haben die vormaligen Provinzial-Schuldpapiere, deren es noch folgende gibt:

- 1) Calenberg-Grubenhagense zu 4 u. $3\frac{1}{2}\%$;
- 2) Lüneburgische dto.
- 3) Hoyaische dto.
- 4) Bremen und Verden'sche dto.
- 5) Bentheim und Lingen'sche dto.
- 6) Hildesheim'sche $3\frac{1}{2}\%$;
- 7) Ostfries- und Harlingerländische zu 4 u. $3\frac{1}{2}\%$.

¹⁾ Vergl. Gesetz vom 30. Janr. 1859, betreffend die Entrichtung der Stempelsteuer, §. 7, Zffr. 9, Ges.-Samml. von 1859, I. Abth. S. 7.

²⁾ Am 1. Janr. 1860 waren von den Staatsfonds und der kgl. Schatullcasse den Schuldentilgungscassen angeliehen:

a)	aus dem Domanialablösungsfonds behufs Errichtung steuerfreier Niederlagen (noch nicht verbrieft, aber fundirt)	727,626	Thlr.
b)	aus der Hof- und Civildieners-Wittwencasse, nicht fundirt	2,548,180	"
c)	aus dem Domanialablösungsfonds ferner, zu Kriegszwecken, mit Oblig. Lit. Q. verbrieft, aber nicht fundirt	2,000,000	"
d)	aus der kgl. Schatullcasse, verbrieft unter Lit. H.	1,545,500	"
e)	aus dem Domanialablösungsfonds ferner der kgl. Generalcasse vorgeschossene, nicht verbriefte und nicht fundirte Schuld	175,000	"
f)	aus demselben Fonds zum Bau der älteren Eisenbahnen	790,000	"
g)	aus der vormaligen Generalsteuercasse zum gleichen Zwecke	352,900	"
h)	" " Tilgungscasse der Landesschulden	455,000	"
i)	" " Eisenbahnschuldentilgungscasse	1,191,225	"
k)	" " Hauptklostercasse	131,500	"
	zusammen	9,916,931	Thlr.

Vergl. Actenstücke der XIV. Ständever., 2. ordentl. Diät S. 659, 661, 665, 675, 677 und 679. Fundirt heissen in Hannover alle Schulden, für welche ein Tilgungsfonds ausgemittelt ist.

Die übrigen im Verkehr befindlichen Verbriefungen der Landesschuld sind mit Buchstaben bezeichnet und zwar hat jede besondere Schuldgattung, oder jedes neue Darlehen, einen eigenen Buchstaben. Wenn eine und dieselbe Schuldgattung unter zwei Buchstaben verbrieft ist, so bezeichnet der eine die au porteur-, der andere die Namenobligationen. Im Einzelnen gilt Folgendes:

- a) die Obligationen Lit. A, B, C und die mit lateinischen Buchstaben geschriebenen Obligationen ohne Lit. sind die Verbriefungen der während der Occupationszeit von 18^{09/07} von einzelnen oder mehreren Landschaften gemeinschaftlich, oder vom damaligen Landesdeputationscollegium gemachten Schulden. Sie sind jetzt zu 4 und 3½% verzinslich.
- b) Obligationen Lit. D u. E, sogenannte reducirte Capitalien, d. h. Verbriefungen der nach Maassgabe der Verordnung vom 13. Juni 1829 behufs Herabsetzung des Zinsfusses auf 3½% aufgenommenen Anleihen. Es gibt daher nur 3½proc. Obligationen Lit. D u. E.
- c) Obligationen Lit. F, ebenfalls nur zu 3½%: sogenannte Retardatzinscapitalien, d. h. Verbriefungen der vor 1813 rückständig gebliebenen Zinsen. (Vergl. §. 73.)
- d) Obligationen Lit. G, nur zu 3½%, sind die Verschreibungen für die Entschädigungen wegen der gesetzlich aufgehobenen Grundsteuerbefreiungen.
- e) Obligationen Lit. H u. J, theils zu 4, theils 3½%, entstanden in Folge der nach Bekanntmachung vom 10. Septbr. 1824 erlaubten Zusammenlegung älterer Landesobligationen.
- f) Obligationen Lit. K, auch ohne Lit., ¹⁾ sogenannte ständische Obligationen: Schuldverschreibungen über nachträglich gewährte Entschädigungen aus der Occupationszeit anlässlich der Vereinigung sämtlicher Provinzialschulden in Ein Ganzes. (Vergl. §. 73.)
- g) Die Obligationen Lit. L u. M, theils zu 4, theils zu 3½% verzinslich, begreifen in sich: zunächst die unkündbaren, behufs Durchführung der Zinsreduction aus dem Grunde gemachten 4proc. Vorschüsse, weil die 1831 gekündigten höher zinsenden Capitalien durch die Anleihen Lit. D und E nicht voll gedeckt wurden; ferner die behufs Tilgung der Belleville-Neuvier'schen Zwangsanleihe und eines Theils der Retardatzins-Capitalien aufgenommenen Schulden und endlich die zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben wegen des Nothstandes im Jahre 1831, sowie zur Luxenburger Expedition contrahirten kleineren Darlehen.
- h) Unter Lit. N wurden, nachdem die 1831 mit Lit. N u. O verbriefte kündbare Anleihe getilgt war, wiederum sogenannte reducirte Capitalien (vergl. oben Lit. b) zu 3½% verbrieft.
- i) Die Obligationen Lit. O. (Vorschüsse des Domanialablösungsfonds zum Bau der älteren Eisenbahnen), P. (Darlehen der Hauptklostercasse zu gleichem Zwecke) und Q (Darlehen des Domanial-Ablösungsfonds à 2 Mill. Thlr. zur Bestreitung der Kriegskosten von 1848 ff.) sind nicht im Verkehr. Endlich sind
- k) die Obligationen Lit. R die Titel der 1848 aufgenommenen 5proc. Anleihe, welche jedoch schon 1850 auf 4% reducirt wurde.

II. Schuld der vormaligen kgl. Generalcasse. Von dieser befinden sich jetzt keinerlei Verschreibungen mehr im Verkehr, da die kgl. Schatzkassencasse und der Domanialablösungsfonds die Hauptgläubiger sind (vergl. oben §. 76) und die weiteren Schuldposten unkündbare, festbelegte Stiftungs- und Lehencapitalien sind.

¹⁾ Die ständischen Oblig. Lit. K. lauten au porteur, ohne Lit. auf Namen.

III. Eisenbahnschulden. Die Verbriefungen der Eisenbahnschulden sind ebenfalls mit Buchstaben (A bis J) bezeichnet, sie unterscheiden sich aber von den übrigen Staatsobligationen dadurch, dass neben dem Buchstaben römische Ziffern (I u. II) sich finden. Diese Ziffern haben zugleich die Bedeutung, dass sie die Inhaber- und Namenobligationen bezeichnen: I bedeutet nämlich die au porteur-, II aber die Obligationen auf den Namen. Da die Eisenbahnschulden in ältere und neuere zerfallen, welche hinsichtlich ihrer Tilgung ungleich behandelt werden (vergl. oben §. 76), so führen wir beide Theile abgesondert auf.

A. Ältere Eisenbahnschulden.

- 1) Obligationen Lit. A I u. II: $3\frac{1}{2}\%$ Anleihe von 1845 à 1,565,080 Thlr., wovon bis 1. Januar 1860: 1,305,480 Thlr. getilgt wurden und daher nur noch 259,600 Thlr. ausstehen.
- 2) Obligationen Lit. B I u. II: $3\frac{1}{2}\%$ Anleihe von 1846 à 3,074,870 Thlr. Davon wurden bis 1860 getilgt: 1,261,490 Thlr. und stehen noch aus 1,813,380 Thlr.
- 3) Obligationen Lit. C I. (Vorschuss der Generalsteuercasse an die Eisenbahnhauptcasse) sind nicht im Verkehr.
- 4) Obligationen Lit. D I u. II: 5% Anleihe von 18^{46/47} im Betrage von 4,573,926 Thlr., welche jedoch neuerdings auf 4% reducirt ist. An der ganzen Schuld standen am 1. Januar 1860 noch 3,135,010 Thlr. aus.

B. Neuere Eisenbahnschulden, sämmtlich zu 4% .

- 5) Obligationen Lit. H I u. II: Anleihe von 18^{50/51} à 2,713,770 Thlr. wovon am 1. Januar 1860 noch 2,666,880 Thlr. ungetilgt waren.
- 6) Obligationen Lit. F I u. II: Anleihe von 18^{51/52} à 5,102,950 Thlr. Hievon waren bis 1860 getilgt 84,390 Thlr. und standen noch aus 5,018,560 Thlr.
- 7) Obligationen Lit. G I u. II: Anleihe von 18^{53/55} im Gesamtbetrage von 7,447,310 Thlr., wovon 1860 noch 7,319,280 Thlr. ungetilgt waren.
- 8) Obligationen Lit. H I u. II: Neuere Verbriefungen, namentlich derjenigen verloosten Capitalien, welche die Gläubiger nicht baar erhoben, sondern gegen 4% Zinsen stehen gelassen haben. Die Summe der unter Lit. H verbrieften Schuld betrug im Ganzen 6,219,930 Thlr., wovon 1860 noch 6,107,720 Thlr. ausstanden.
- 9) Obligationen Lit. J I u. II: Zur Anlage des Bahnhofes und Hafens zu Gerestemünde seit 1858 neu aufgenommenen Anleihen, welche auf die eben bezeichnete Weise contrahirt wurden. Bis 1860 waren aufgenommen: 1,276,500 Thlr. Die Tilgung tritt erst von 1864 an ein.

Die älteren Obligationen (der Generalsteuercassen- und Generalcassen-Schulden) waren in sehr ungleichen und eckigen Beträgen ausgestellt. Aus Anlass der Convertirungen wurden sie jedoch fast ganz auf Beträge abgerundet, welche mit 100 theilbar sind. Die neueren Anleihen, sowohl bei der Landes- als Eisenbahnschuld, sind nur mit Obligationen über 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000 und 5000 Thlr. verbrieft worden. Die Zinsen aus denselben werden halbjährlich bezahlt, während die älteren Obligationen ganzjährlich verzinslich sind. Den Inhaber-Obligationen sind je Zinscoupons auf 5 Jahre nebst Talons beigelegt. Bezüglich der Tilgungsfonds für die einzelnen Schuld-Abtheilungen verweisen wir auf §. 76.

§. 82.

Coursbewegung hannoverscher Staatspapiere von 1847 an.¹⁾

Zeit.		O b l i g a t i o n e n à			
		5 ⁰ / ₀ Lit. D. I.	3 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ in Gold.	3 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ in Cour.	4 ⁰ / ₀ in Cour.
1847.	Mitte Mai	106 ¹ / ₃	94 ³ / ₄	94 ³ / ₄	—
	„ Juli	107	95 ¹ / ₈	95 ¹ / ₄	—
	„ Novbr.	106 ¹ / ₂	97	97	102 ¹ / ₄
	„ Decbr.	106 ³ / ₄	97 ¹ / ₄	97 ¹ / ₄	102 ¹ / ₄
1848.	„ Janr.	106 ³ / ₄	97 ¹ / ₄	97 ¹ / ₄	102 ¹ / ₂
	„ April	87	—	—	—
	„ Mai	93	—	—	—
	„ Juni	95	—	—	—
	„ Juli	100	—	—	—
	„ Octbr.	101	89	89	—
	„ Decbr.	103 ³ / ₄	91	91	—
1849.	„ Janr.	104 ¹ / ₄	93 ¹ / ₂	93 ¹ / ₂	100 ¹ / ₂
	„ April	104	94	94	101 ¹ / ₂
	„ Juli	105 ¹ / ₄	95 ¹ / ₄	95 ¹ / ₄	—
	„ Octbr.	106 ⁵ / ₆	97 ³ / ₄	97 ³ / ₄	102
1850.	„ Janr.	107	99	99	102 ¹ / ₄
	„ April	107	98 ³ / ₄	98 ³ / ₄	102
	„ Juli	106 ¹ / ₂	98 ¹ / ₄	98 ¹ / ₄	—
	„ Octbr.	106 ¹ / ₂	98 ¹ / ₄	99	—
1851.	„ Janr.	105 ¹ / ₂	97 ³ / ₄	99	—
	„ März	105 ¹ / ₂	97 ³ / ₄	99	—
	„ Octbr.	104 ³ / ₄	—	—	—

Schon diese kurze Uebersicht macht anschaulich, dass die hannoverschen Staatspapiere sich von den Einwirkungen der Märzereignisse schneller als in irgend einem andern deutschen Staate erholten, und dass ihr Coursstand den aller übrigen deutschen Staatspapiere übertrifft. Eine Aenderung ist hierin seit 1851 nicht eingetreten, vielmehr haben sich diejenigen Papiere Hannovers, hinsichtlich welcher eine Zinsermässigung nicht zu befürchten war, noch mehr gehoben und es konnte die Regierung schon 1852 neue 4proc. Anleihen zum Course von 101 emittiren.

§. 83.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in runden Summen:

- 1) Bevölkerung 1,850,000 Sln.
- 2) Umfang des Staatsgebiets 698¹/₂ □M.
- 3) Gesamtsumme der Staatsschuld 46,350,000 Thlr.

¹⁾ Vergl. v. Reden a. a. O. S. 926. Die Coursnotizen sind der Hannoverschen Zeitung entnommen.

Davon unproductiv	15,850,000 Thlr.
Eisenbahnschuld	30,500,000 "
4) Capitalwerth des unmittelbaren Staatsvermögens	95,000,000 Thlr.
5) Ueberschuss der Activen über die Passiven	48,650,000 "
6) Jahres-Staatseinnahme und Ausgabe, brutto	19,800,000 "
7) Directe Steuern, brutto	3,190,000 "
8) Indirecte Steuern (mit Einschluss der Sporteln, Wasserzölle, Chaussee- und Brückengelder und Lotterien)	5,273,000 "
9) Ganze Steuerlast	8,463,000 "
Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:	
a) an der gesammten Staatsschuld	25,054 Thlr.
b) " " unproductiven Schuld	8,568 "
c) " " Eisenbahnschuld	16,486 "
d) am unmittelbaren Staatsvermögen	51,351 "
e) an einer Jahreseinnahme oder Ausgabe	10,702 "
f) directe Steuern	1,724 "
g) indirecte "	2,850 "
h) ganze Steuerlast	4,574 "
Die ganze Staatsschuld verhält sich zum Staatsvermögen wie 1:2,05 und zu einer Jahres-Roheinnahme wie 1:0,427.	

7) Grossherzogthum Baden. *)

§. 84.

Historische Rückblicke.

Territorialgeschichte. Die Markgrafschaft Baden, im Besitze einer Seitenlinie der alten Zähringer und durch Familientheilungen vielfach zersplittert, hatte bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland sehr geringe Bedeutung. Ihre Vergrösserung verdankt sie zunächst dem Aussterben der Linie Baden-Baden (1771), sodann den Folgen der französischen Revolution und den rastlosen Bemühungen des Markgrafen (1803 Churfürsten und 1806 Grossherzogs) Karl Friedrich. Keinem Fürsten ist es wie diesem gelungen, die Umstände zur Vergrösserung seines Landes zu benützen. Nach der Vereinigung von Baden-Baden mit Baden-Durlach umfasste das Staatsgebiet erst 65 □ Meilen. Durch den Separat-Frieden vom 22. August 1796 gingen zudem noch die linksrheinischen Besitzungen verloren; der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 gewährte aber neben der Churwürde fünffache Entschädigung, Dank der französischen Unterstützung. Der Pressburger Frie-

*) Literatur: Beiträge zur Statistik der innern Verwaltung des Grossh. Baden. Herausgegeben vom Minist. des Innern. Carlsruhe, 1855 ff. Heunisch (und Bader), das Grossh. Baden, historisch-geographisch-statistisch-topographisch beschrieben. Heidelberg, 1857. v. Reden, vergl. Finanzstatistik, I. Bd., 1. Abth., S. 287 ff. Darmstadt, 1851. Kolb, Handbuch der vergl. Statistik, S. 223 ff. Leipzig, 1860. Brachelli, deutsche Staatenkunde, I. Bd., S. 598 ff. Wien, 1856. Hübner, Jahrb. für Volkswirtschaft und Statistik, 5. Jahrg., II. Abthlg., S. 65. Leipzig, 1857.

den von 1805 fügte ferner das Preisgau hinzu und brachte damit den Flächengehalt des Landes auf 163 □ Meilen mit 670,000 Bewohnern. Noch bessere Früchte trug der Eintritt in den Rheinbund, welcher mit einer Gebietsvergrößerung von 92 □ Meilen begleitet war und den Staat unter dem Namen eines Grossherzogthums souverän machte. Der Pariser Vertrag von 1808 endlich und einige vortheilhafte Ausgleichungen mit Württemberg und Hessen erweiterten das Staatsgebiet Badens auf seinen jetzigen Bestand.

Finanzgeschichtliches. Vor der Zeit der französischen Revolution waren die früher bestandenen Schulden abbezahlt. Die Rheinbundskriege erforderten aber grosse Summen; auch waren die neuerworbenen Landestheile mit beträchtlichen Schulden belastet.¹⁾ Um nun den Staatscredit zu heben, welcher tief erschüttert war, erliess der Grossherzog in Uebereinstimmung mit dessen Söhnen und dem Erbgrossherzog schon am 1. October 1806²⁾ eine „Schuldenpragmatik,“ um, wie dieselbe sich ausdrückt, in der Aufnahme von Schulden sich selbst zweckmässig die Hände zu binden. Sie suchte die Bedingungen festzustellen, unter welchen allein Staatsschulden verbindlich sein sollten, war aber mit ihren Beschränkungen wenig geeignet, das Capital anzuziehen. Als dann folgten im Jahre 1808 eine Reihe wichtiger Gesetze über das Steuer- und Schuldenwesen: die Hauptverordnung vom 31. August,³⁾ welche die Einführung einer Vermögenssteuer, die Einsetzung einer Schuldenliquidationscommission und die Errichtung einer Amortisationscasse im Princip anordnete, und die Ausführungspatente vom gleichen Tage,⁴⁾ welche diese Einrichtungen in's Leben riefen. In demselben Jahre noch reichte sich eine neue pragmatistische Sanction über Staatsschulden und Staatsveräusserungen, vom 18. Novbr. 1808,⁵⁾ an diese Gesetze. Um diese Zeit war die Staatsschuld bereits auf 18 Mill. Gulden angewachsen und eine neue Anleihe von 6 Mill. genehmigt. Es stand der neue Feldzug bevor, zu welchem Baden 8000 Mann Truppen zu stellen hatte. Jene mit bestem Willen gegebenen Gesetze hatten daher die erwartete Wirkung zunächst nicht und 1813 konnte der Staatsbedarf nur noch durch ein Zwangsanlehen à 6% beschafft werden.

Nach wiederhergestelltem Frieden nahm man indessen die Ordnung des zerrütteten öffentlichen Haushalts ernstlich an die Hand. Es bedurfte jedoch längerer Jahre, um nur das Gleichgewicht im ordentlichen Etat herzustellen. 1817 folgte ein weiteres Anlehen und 1820 ein zweites im Betrag von 5 Mill. Gulden in Form einer Lotterianleihe.⁶⁾ Diese Operationen bezweckten übrigens zum grössten Theile nur eine Umwandlung bereits bestehender Schulden. Im Ganzen betrug die Staatsschuld 1820: 20,220,807 fl.⁷⁾ Grosse Lasten und Schulden hafteten aber auf den Gemeinden und Bezirken. Von letzteren wurden 1825 1,820,000 fl. übernommen. In demselben Jahre ward die Amortisationscasse ermächtigt, die den Standes- und Grundherren für entzogene Rechte und Gefälle zuerkannten Entschädigungen durch sogen. Rentenscheine abzulösen; auch fielen zu gleicher Zeit $\frac{2}{5}$ der Rheinpfälzischen Schulden in Folge eines Austrägal-Erkenntnisses Baden zur Last. Durch diese Schuldenvermehrungen war der Betrag der reinen Staatsschuld (nach Absatz der Activen der Tilgungscasse) im Jahre 1830 auf 23,964,522 fl. gesteigert, wovon jedoch

¹⁾ Beiläufig 10 Mill. Gulden, wie in der Verordnung vom 31. Aug. 1808 gesagt ist.

²⁾ Regierungsblatt von 1806, S. 89.

³⁾ „ 1808, S. 231.

⁴⁾ Ebendasselbst S. 237, 253 und 256.

⁵⁾ Dasselbst S. 299.

⁶⁾ Regierungsblatt von 1820, S. 118.

⁷⁾ Heunisch a. a. O. S. 492.

der Domanalgrundstock 9,120,412 fl. zu fordern hatte, so dass auf dritte Gläubiger nur 14,844,110 fl. kamen.¹⁾

Inzwischen hatte sich der öffentliche Credit entschieden gehoben. Es konnte daher schon 1825 der Zinssuss der Rentenscheine (von der Umwandlung der älteren Partialobligationen von 1809 und 1817, und der sogen. Cassenobligationen, sowie von der Verbriefung der Ansprüche für aufgehobene Rechte und Gefälle herrührend) von 5 auf $4\frac{1}{2}\%$, 1829 auf 4 und 1834 auf $3\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt werden. Von 1830 an ergaben auch die Staatsrechnungen fast ohne Unterbrechung namhafte Ueberschüsse, welche bis 1847 andauerten.

Dennoch steigerte sich die Staatsschuld allmählig. Die Hauptursache dieser in Betracht der fortdauernden Tilgung durch die Amortisationscasse auffallenden Erscheinung lag in dem Gesetz vom 15. Novbr. 1833, die Ablösung der Zehenten betreffend, dessen §. 12 verordnet, dass $\frac{1}{5}$ des Ablösungscapitals von der Amortisationscasse zu übernehmen sei. Insbesondere zur Erfüllung der hiedurch entstandenen Verbindlichkeiten ward im Jahre 1840 (Gesetz vom 11. Juni) ein Lotterieanlehen von 5 Mill. Gulden aufgenommen und es betrug die Staatsschuld schon Mitte 1841 nach Absatz der Activen 18,305,570 fl. bei Privaten und 12,000,000 fl. beim Domanalgrundstock, zusammen also 30,305,570 fl.²⁾

In diese Zeit fällt die Entstehung einer besonderen Schuldenabtheilung, der Eisenbahnschuld. Baden hat seine sämtlichen Eisenbahnen auf Rechnung des Staats hergestellt. Ein Gesetz vom 29. März 1838³⁾ verfügte den Bau einer Schienenbahn von der nördlichen zur südlichen Landesgrenze, welche zu 13 Mill. angeschlagen war, und die Bestreitung dieser Summe aus der Amortisationscasse, wogegen die Staatcasse die Garantie für $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen und $\frac{1}{2}\%$ Amortisation übernahm. 1842 erfolgte die Aufnahme des ersten Eisenbahnanlehens von 12 Mill. Gulden à $3\frac{1}{2}\%$ zum Cours von 92%, 1845 das zweite im Belaufe von 14 Mill. in Form eines Lotterieanlehens. Durch Gesetz vom 10. Septbr. 1842⁴⁾ ward übrigens das Schuldenwesen bezüglich der Eisenbahnen von der übrigen Schuldenverwaltung im Princip getrennt und eine eigene Eisenbahnschuldentilgungs-Casse errichtet. Doch blieb die Eisenbahnschuld ausdrücklich als Staatsschuld anerkannt. Wie die erstere seitdem angewachsen ist, werden die folgenden Zahlenangaben anschaulich machen.

Bis 1846 blieb die Lage der badischen Finanzen eine glänzende. Die Staatsrechnungen ergaben fortwährend Ueberschüsse und die Staatsschuld wurde, abgesehen von der Eisenbahnschuld, allmählig ermässigt. Nebenbei sammelte sowohl die Landes- als auch die Eisenbahnschuldentilgungscasse namhafte Fonds an, wie auch die sonstigen Betriebsfonds der Staatscassen und Anstalten vergrössert wurden. Die Theurung von 1847 brachte aber bereits einen Rückschlag. Alsdann folgten die für Baden folgeschweren Ereignisse von 1848 und 1849, welche nicht nur die Früchte einer 20jährigen Anstrengung absorbirten, sondern den Staat mit neuen Schulden belasteten, ausserdem aber seinen Bürgern unberechenbare Verluste aufbürdeten.⁵⁾ Die Finanzverwaltung gerieth völlig in's Stocken; dagegen erfüllte, was doppelt anerkennenswerth ist, die Amortisationscasse ununterbrochen ihre Verpflichtungen.

¹⁾ Heunisch a. a. O. S. 491.

²⁾ Ebendasselbst.

³⁾ Regierungsblatt von 1838, S. 121.

⁴⁾ 1842, S. 241.

⁵⁾ Heunisch a. a. O. S. 479—482 berechnet die Gesamtverluste in Folge der badischen Revolution auf 28—30 Mill. Gulden; davon Verlust der Staatcasse allein über 10 Mill., Aufwand der Gemeinden und Ortsbewohner über 18 Mill.

tungen und nur mit ihrer Hülfe konnte einige Zeit hindurch der Staatshaushalt fortgeführt werden. Ihre Bestände reichten jedoch nicht auf die Länge. Daher 1849 die Creirung von 2 Mill. Papiergeld.¹⁾ Auch dieser ausserordentliche Zufluss war indessen ungenügend. Es wurde daher noch in demselben Jahre das sogen. freiwillige Anlehen à 1 Mill. Gulden²⁾ zu 5% und im Jahre 1851³⁾ ein weiteres von 5 Mill. emittirt. Erst hiemit konnte der Haushalt wieder in Ordnung gebracht werden und es verbesserten sich von nun an die Zustände allmählig wieder. Zu laufenden Ausgaben sind nachher keine Schulden mehr contrahirt worden, wohl aber erforderte der Eisenbahnbau fortwährend die Zuhülfenahme des Credits. Wenn wir übrigens schon einige Jahre nachher sehen, dass das Gleichgewicht im öffentlichen Haushalt wieder hergestellt war, ja sich abermals Ueberschüsse ergaben; dass ferner der Credit, nicht einmal 1849 während der vollständigsten Anarchie in höherem Maasse als anderswo erschüttert, trotz der bedeutenden Verschuldung des Staats derart restituirt war, um zur Ermässigung des Zinsfusses von den in der Noth aufgenommenen Schulden schreiten zu können: so liegt hierin wohl der sicherste Beweis von der Leistungsfähigkeit und den Hülfquellen des Ländchens, das allerdings von der Natur mehr als andere gesegnet ist.

Uebersicht über die Bewegung der wirklichen Staatsschuld von 1820—1856.⁴⁾

Jahr.	Staatsschuld im engeren Sinne nach Abrechnung der Activen der Amortisationscasse.				Eisenbahnschuld.
	Verzinslich bei Dritten.	Beim Domänial-Grundstock.	Papiergeld-Schuld.	Summe.	
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
1. Juni 1820 . .	15,640,213	4,580,593	—	20,220,806	—
1825 . .	13,992,608	5,347,873	—	19,340,481	—
1830 . .	14,844,110	9,120,412	—	23,964,522	—
1835 . .	12,136,080	12,031,819	—	24,167,899	—
1. Juli 1840 . .	17,817,349	12,000,000	—	29,817,349	—
1. Janr. 1842 . .	18,185,390	12,000,000	—	30,185,390	—
1845 . .	16,719,182	12,000,000	—	28,719,182	12,000,000
1850 . .	13,978,971	12,000,000	2,000,000	27,978,971	32,990,042
1851 . .	13,384,801	12,000,000	2,000,000	27,384,801	—
1852 . .	16,284,315	12,000,000	2,000,000	30,284,315	—
1853 . .	19,688,189	12,000,000	2,000,000	33,688,189	—
1854 . .	19,429,393	12,000,000	2,000,000	33,429,393	—
1855 . .	19,136,500	12,000,000	3,000,000	34,136,500	—
1856 . .	19,767,697	12,000,000	3,000,000	34,767,697	40,580,493

Vom 1. Juni 1821 bis 1. Janr. 1850, also binnen 28½ Jahren, wurden an neuen Schulden überwiesen (ohne Eisenbahnschuld) 26,508,755 fl.
Darunter insbesondere:

- a) zur Beförderung der Zehentablösung . . 8,423,000 fl.
b) zur Entschädigung f. aufgehobene Gefälle etc. 4,999,702 „

¹⁾ Gesetz vom 3. März 1849, Regierungsblatt S. 124.

²⁾ Prov. Gesetz vom 14. Juli 1849, das. S. 339.

³⁾ Gesetz vom 6. Febr. 1851, Regierungsblatt S. 111.

⁴⁾ Heunisch a. a. O. S. 491—492.

c) von der rheinpfälzischen Schuld	3,875,324 fl.	
d) Bezirksschulden	2,140,624 "	
Während der gleichen Periode sind der Amortisationscasse an Activen über-		
wiesen worden	6,504,358 fl.	
An Tilgungsmitteln wurden verwendet	12,121,630 "	

§. 85.

Neuester Bestand der badischen Staatsschuld.

In den neuesten Budgets-Vorlagen der badischen Regierung¹⁾ ist dem Voranschlage für den Zinsenbedarf auf das Jahr 1860 folgender Schuldenbestand zu Grunde gelegt, welcher sich als Status auf 1. Januar 1860 darstellt.

I. Schuld der Amortisationscasse:

a) verzinslich zu 5%:

1) Lehen-capitalien	530,000 fl.	
2) Staatszuschuss an Pfarr- und Schul-		
dienste wegen Steuerabzugs	7,147 "	
3) Pfarrzehent- und Competenzcapitalien	4,271,620 "	
4) Passivcapitalien aus verschiedenen Titeln	57,658 "	
		4,866,425 fl.

b) zu 4 1/2% verzinslich:

5) Anlehen von 1851	3,729,100 fl.	
6) Pfarrzehent-Capitalien	1,609,793 "	
		5,338,893 fl.

c) zu 4% verzinslich:

7) Cautionscapitalien	760,314 fl.	
8) Militäreinstandscapitalien	1,365,905 "	
9) Contocorrent-Creditoren	5,910,046 "	
10) Diversi	33,431 "	
		8,069,696 fl.

d) zu 3 1/2% verzinslich:

11) Rentenscheine	2,665,400 fl.	
12) Lotterielehen von 1840	4,771,596 "	
13) Lehen-capitalien	187,514 "	
14) Gesetzliche Depositen	29,416 "	
15) Contocorrent-Creditoren	711,659 "	
16) Diversi	2,000 "	
		8,367,585 fl.

e) zu 3% verzinslich:

17) Lehen-capitalien	121,219 fl.	
18) Contocorrent-Creditoren	23,506 "	
19) Diversi	25,000 "	
		169,725 fl.

f) zu 2% verzinslich:

20) gesetzlich hinterlegte Gelder	87,809 fl.	
---	------------	--

¹⁾ Ständische Verhandl. von 1859/60, 3. Beilagenheft, V, S. 118 ff., und 4. Beilagenheft, S. 418 ff.

g) unverzinsliche Posten:

21—24) Rückständige Zinsen und verlooste Capitalquoten (50 fl.-Loose)	409,934 fl.
25) Schuld an die Generalstaatscasse	569,797 „
26) Dotationsreserve für die Zehentablö- sungscapitalien	228,086 „
27) Diversi	5,398 „
28) Papiergeldsschuld	3,000,000 „
29) Schuld an den Domanialgrundstock	12,000,000 „

16,213,215 fl.

Summe der Schuld der Amortisationscasse 43,113,349 fl.

II. Schuld der Eisenbahnschuldentilgungscasse:

1) 3½proc. Anlehen von 1842	11,410,500 fl.
2) 3½proc. Lotterianlehen von 1845	13,595,328 „
3) 3½proc. Anlehen des Cantons Basel	1,000,000 „
4) 4½proc. Anlehen von 1854 und 1856	13,790,300 „
5) 4proc. Anlehen von 1859	6,069,800 „
6) 4½proc. Schuld an die Amortisationscasse	6,172,657 „
7) Unverzinsliche Posten	3,064,766 „

55,103,351 fl.

Gesamtstaatsschuld am 1. Janr. 1860 98,216,700 fl.

Setzt man hievon aber die eigenen Vermögensbestände der
beiden Tilgungscassen ab, und zwar

a) bei der Amortisationscasse	8,696,313 fl.
b) „ „ Eisenbahnschuldencasse	7,889,826 „
zusammen	16,586,139 fl.

und berücksichtigt man weiter, dass unter der

Eisenbahnschuld (Zifr. 7) ein bloss durchlaufender

Posten sich aufgenommen findet, nämlich Dota-

tionsüberschüsse von früheren Jahren 2,584,369 fl.

wonach also im Ganzen 19,170,508 fl.

in Abzug zu bringen sind, so verbleiben 79,046,192 fl.

als Passivum beider Tilgungscassen. Hieran participirt:

die Amortisationscasse mit	34,417,036 „
„ Eisenbahnschuldentilgungscasse mit	44,629,156 „

Aber auch von dieser Restschuld hat der Domanialgrundstock und andere
Staatsanstalten einen sehr bedeutenden Betrag zu fordern, so dass

a) von der Amortisationscassen-Schuld nur die Posten 5, 11, 12 mit zusammen	11,166,096 fl.
b) von der Eisenbahnschuld die Posten 1—5 mit	45,865,928 „
zusammen	57,032,024 fl.

mit solchen Titeln verbrieft sind, welche dem öffentlichen Verkehr anheim-
fallen.

Dass trotzdem die Schuldenbelastung des wenig umfangreichen Landes eine
sehr namhafte ist, lässt sich nicht verkennen. Erleichtert wird sie aber da-
durch, dass die grössere Hälfte der Schuld eine productive ist, welche sich
bisher selbst verzinst und ausserdem nicht nur die Mittel zu ihrer planmässigen
Tilgung geliefert, sondern noch Ueberschüsse ergeben hat.

§. 86.

Staatsverfassung; Verwaltung der Staatsschuld Badens.

Das Grossherzogthum Baden ist einer derjenigen deutschen Staaten, deren Fürsten repräsentative Verfassungen gegeben haben, ohne die diessfallsige Vorschrift der deutschen Bundesacte abzuwarten. Die Verfassungsurkunde datirt vom 22. August 1818.¹⁾ Ihr Inhalt ist, in so weit er uns wesentlich interessirt, folgender:

- §. 3. „Das Grossherzogthum ist untheilbar und unveräusserlich in allen seinen Theilen.“
- §. 22. „Jede von Seite des Staats gegen seine Gläubiger übernommene Verbindlichkeit ist unverletzlich. — Das Institut der Amortisationscasse wird in seiner Verfassung aufrecht erhalten.“
- §. 57. „Ohne Zustimmung der Stände kann kein Anlehen gültig gemacht werden. Ausgenommen sind die Anlehen, wodurch etatsmässige Einnahmen zu etatsmässigen Ausgaben nur anticipirt werden, sowie die Geldaufnahmen der Amortisationscasse, zu denen sie vermöge ihres Fundationsgesetzes ermächtigt ist.“
- §. 63. „Bei Rüstungen zu einem Kriege und während der Dauer eines Kriegs kann der Grossherzog, zur schleunigen und wirksamen Erfüllung seiner Bundespflichten, auch vor eingeholter Zustimmung der Stände, gültige Staatsanlehen machen, oder Kriegssteuern ausschreiben. Für diesen Fall wird den Ständen eine nähere Einsicht und Mitwirkung in der Verwaltung in der Art eingeräumt, 1) dass der alsdann zusammen zu berufende Ausschuss (bestehend aus dem Präsidenten und drei Mitgliedern der I., und sechs Mitglieder der II. Kammer. Verf.-Urk. §. 51) zwei Mitglieder an die Ministerien der Finanzen und des Kriegs und einen Commissär zur Kriegscasse abordnen darf, um darauf zu wachen, dass die zu Kriegszwecken erhobenen Gelder auch wirklich und ausschliesslich zu diesem Zwecke verwendet werden, und dass derselbe 2) zu der jeweils wegen Kriegsprästationen aller Art aufzustellenden Kriegscommission eben so viele Mitglieder abzugeben hat, als der Grossherzog, ohne den Vorstand zu rechnen, zur Leitung des Marsch-, Verpflegungs- und Lieferungswesens ernennt. Auch soll der Ausschuss das Recht haben, zu gleichem Zweck einer jeden Provinzialbehörde aus der Zahl der in dem Provinzialbezirk wohnenden Ständeglieder zwei Abgeordnete beizugeben.“

Die Amortisationscasse, von welcher in §. 22 der Verf.-Urk. die Rede ist, war durch Verordnung vom 31. August 1808²⁾ gegründet worden. Ein Gesetz vom 31. Dezbr. 1831³⁾ ordnete aber ihre Verhältnisse völlig neu, wie folgt:

Art. 1. „Alle das Staatsschuldenwesen berührenden Einnahmen müssen in die zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld bestehende Amortisationscasse fliessen, und alle sich darauf beziehenden Ausgaben von dieser geleistet werden. — Einnahmen und Ausgaben, welche diesem Zwecke fremd sind, können nur im Wege der Gesetzgebung zugewiesen werden. Eine Vereinigung der Amortisationscasse mit der Generalstaatscasse oder einer andern Verwaltungscasse darf niemals stattfinden.“

¹⁾ Regierungsblatt von 1818, S. 101 ff.

²⁾ Regierungsblatt von 1808, S. 256.

³⁾ Regierungsblatt von 1832, S. 21.

Art. 2. „Die Amortisationscasse wird durch einen Director und die erforderlichen Cassenbeamten verwaltet; sie steht ausschliessend unter der Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums. — Ohne Ermächtigung desselben darf sie auf keine Anweisung, woher sie auch kommen mag, irgend eine Zahlung leisten. Der Director ist verpflichtet, gegen Weisungen, welche nach seiner Ueberzeugung mit dem gegenwärtigen Gesetze nicht vereinbarlich, oder dem Interesse der Amortisationscasse nachtheilig sind, dem Finanzministerium geeignete Vorstellung zu machen und, wenn er sich bei der hierauf ergehenden Verfügung nicht beruhigen zu können glaubt, sein Bedenken zur Kenntniss des Staatsministeriums zu bringen. Die hierauf ergangenen Bescheide sind den Rechnungen anzulegen.“

Art. 3. „Die Abhör der Rechnungen der Amortisationscasse und die Ertheilung des Rechnungsbescheides geschieht von der Oberrechnungskammer, so lange ihr die durch das Edict vom 16. März 1819 verliehene unabhängige Stellung verbleibt. — Wenn sich bei der Abhör Mängel in der Verwaltung zeigen, welche dem Finanzministerium selbst zur Last fallen, so hat die Oberrechnungskammer dem Staatsministerium davon die Anzeige zu machen.“

Art. 4. „Der landständische Ausschuss wird im ersten Semester nach dem Schlusse jeden Rechnungsjahres einberufen, und demselben die Rechnung und Bilanz der Amortisationscasse mit allen Beilagen zur Untersuchung und Prüfung vorgelegt werden. Der Ausschuss wird seine Erinnerungen durch die Regierungskommission dem Staatsministerium vorlegen und über die Resultate seiner Prüfung dem nächsten Landtag Bericht erstatten. Sind zur Zeit, wo der Ausschuss einberufen werden sollte, die Stände selbst versammelt, so ist derselbe innerhalb 6 Wochen nach dem Schlusse des Landtags einzuberufen.“

Art. 6. „Alle Einnahmen, welche Bestandtheile des Grundstocks sind, müssen der Amortisationscasse zur Verzinsung übergeben werden...“

Art. 7. „Alle zur Sicherung der Staatcasse in baarem Geld gestellt werdende Dienst- und andere Cautionen, das in baarem Geld bestehende ledige Erbe und alle bei den Staatcassen im Laufe der zweijährigen Rechnungsperiode disponiblen Fonds sind bei der Amortisationscasse verzinslich anzulegen.“

Art. 9. „Ausser der Amortisationscasse ist keine Staatsverwaltungsstelle ermächtigt, irgend ein Staatsanlehen, unter irgend einem Vorwande, zu contrahiren.“

Art. 10. „Die Amortisationscasse ist befugt, zu Erfüllung ihrer eigenen Bedürfnisse, nämlich zu Zahlung von Schulden über den Betrag des Tilgungsfonds und zu Realisirung des der Finanzverwaltung durch gegenwärtiges Gesetz eröffneten Credits (von höchstens $\frac{1}{20}$ der budgetmässigen Roheinnahme) und etwa durch das Budget bewilligt werden ausserordentlichen Credits, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums, Anlehen zu machen, entweder auf eine bestimmte Zeit, die aber den Termin, wo die nächste Ständeversammlung gesetzlich stattfinden muss, nur um 6 Monate überschreiten darf, oder auf unbestimmte Zeit mit einer Aufkündigungsfrist, die $\frac{1}{2}$ Jahr nicht übersteigen kann.“

Art. 11. „Zu Operationen der Amortisationscasse, welche eine Veränderung des Zinsfusses bezwecken, ist die Zustimmung des landständischen Ausschusses erforderlich, den Fall ausgenommen, wenn die Amortisationscasse für die in Folge einer solchen Operation zu machenden Zahlungen vollständige Deckung hat.“

Art. 12. „Die in §. 10 dieses Gesetzes und in dem §. 63 der Verf.-Urk. erwähnten Anlehen ausgenommen, erfordern alle übrigen entweder die Zustimmung der Stände oder des ständischen Ausschusses. Die Zustimmung des letztern genügt, wenn ein Anlehen, dessen Betrag die Summe von 500,000 fl. nicht übersteigt, wegen ausserordentlicher, unvorhergesehener, dringender Staatsausgaben, oder wegen ausserordentlicher Revenüenausfälle, zu deren Deckung die wirklichen Einnahmen der Staatsscasce, neben Benutzung des ständigen oder etwa durch das Budget bewilligten ausserordentlichen Credits nicht hinreichend sind, nothwendig wird.“

Art. 13. „Wenn der landständische Ausschuss zu einer die Veränderung des Zinsfusses bezweckenden Operation, oder zu einem Anlehen seine Zustimmung geben soll, so wird derselbe einberufen und ihm im ersten Falle die Nothwendigkeit der Operation, im letzten Falle die Rätlichkeit des Anlehens und seines Betrages von einer Commission der Regierung nachgewiesen.“

Art. 14. „Der landständische Ausschuss hat durch die Regierungcommission dem Staatsministerium zu erklären, ob er zu der vorgeschlagenen Veränderung des Zinsfusses und unter welchen Modalitäten und, im Fall es sich von einem Anlehen handelt, zu diesem seine Zustimmung gebe, und bis zu welchem Betrag.“

Art. 13. „Das von dem ständischen Ausschusse consentirte Anlehen wird von der Tilgungscasse unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums negociirt, welches die Verhandlungen vor dem Abschlusse dem ständischen Ausschusse mitzuthellen, und dessen Erinnerungen und begründete anderweitige Vorschläge mit sämmtlichen Verhandlungen dem Staatsministerium vorzulegen hat, das über die Art und Weise, wie das Anlehen gemacht werden soll, definitiv entscheidet.“

Art. 14. „Die wegen Veränderung des Zinsfusses oder wegen Aufnahme eines Anlehens gepflogenen Verhandlungen werden dem nächsten Landtage vorgelegt.“

Es ist aus diesen Gesetzesbestimmungen, welche ausdrücklich als Theile der Verfassung erklärt worden sind, zu entnehmen, dass einerseits die badische Schuldentilgungscasse umfangreichere Zwecke zu verfolgen hat, als es anderwärts gewöhnlich der Fall ist, dass dagegen der Landesvertretung nicht derjenige unmittelbare Einfluss auf ihre Verwaltung eingeräumt ist, welchen andere Staatsverfassungen zum Nutzen des Landescredits und im Interesse der Staatsgläubiger gewähren.

Noch verwickelter wurden indessen die Verhältnisse der Amortisationscasse durch die Errichtung einer Zehentschuldentilgungscasse,¹⁾ welche ihren Geldbedarf aus der ersteren zu empfangen hat und von den Beamten der Amortisationscasse administriert wird; sodann durch die Ausdehnung der Bestimmung letzterer dahin, dass sie zugleich Hinterlegungscasse für alle in baarem Geld zu leistenden gerichtlichen Depositen etc. sein solle;²⁾ ferner durch die Zuweisung der Militäreinstandsgelder;³⁾ und endlich durch die Errichtung einer, von den Beamten der Amortisationscasse zu führenden Eisenbahnschuldentilgungscasse.⁴⁾ Neben allem dem ist sowohl die Amor-

¹⁾ Gesetz vom 15. Nov. 1833, Regierungsblatt S. 265, §. 78—82.

²⁾ Gesetz vom 3. Aug. 1837, Regierungsblatt S. 180.

³⁾ Gesetz vom 26. Mai 1835, Regierungsblatt S. 127.

⁴⁾ Gesetz vom 10. Sept. 1842, Regierungsblatt S. 241.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

tisationsscasce als die Eisenbahnschuldentilgungsscasce autorisirt, die nicht zur Schuldentilgung erforderlichen Mittel vorübergehend nutzbringend anzulegen;¹⁾ die erstere muss ferner die flüssigen Bestandtheile des Domainialgrundstocks und die Gelder verschiedener Staatsanstalten, die Lehen- und Pfarrzehent- und Competenzcapitalien zur Verzinsung annehmen und der Generalstaatscasce ebenso, wie der Eisenbahnschuldentilgungsscasce Vorschüsse leisten. Daher denn die Contocorrentforderungen und Schulden, die verschiedenerlei sonstigen Activ- und Passivposten, welche aus unserer Uebersicht in §. 85 ersichtlich sind, und anderwärts in den Büchern der Staatsschuldentilgungsscasce nicht figuriren. Ob eine solche Combination vielseitiger Zwecke und Institute empfehlenswerth, lässt sich billig bezweifeln.

Das Gesetz vom 10. Septbr. 1842 über die Errichtung der Eisenbahnschuldentilgungsscasce, das wir behufs Raumersparung nicht reproduciren wollen, beruht auf ganz denselben Principien, wie das über die Errichtung der Amortisationsscasce und lautet zum Theil wörtlich gleich.

§. 87.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

I. Die Amortisationsscasce erhielt sofort durch das Gründungsgesetz vom 31. August 1808 eine Dotation, bestehend in dem Ertrage des Salz- und Postregals, der Berg- und Eisenwerke, dem Erlös aus Domänen, den Ablösungsschillingen für Lehen und Zinse und dem Ertrag der Vermögenssteuer.²⁾ Das bereits angeführte Gesetz vom 31. Decbr. 1831 modificirt aber jene Verordnung folgendermassen:

Art. 5. „Das Bedürfniss der Amortisationsscasce zur Bestreitung der Administrationskosten und Zinsen und zur allmäligen Tilgung der Staatsschuld wird für jedes Finanzjahr durch das Budget bestimmt. Letzteres setzt zugleich fest, welche von der im Satz 5 des Edicts vom 31. Aug. 1808 bestimmten Mitteln, oder welche andere statt dieser, zur Deckung dieses Bedürfnisses angewiesen werden sollen.“

„Insoferne bei den durch das Budget ausgeworfenen speciellen Einnahmen ein Ausfall stattfindet, hat das Finanzministerium die zur vollen Deckung des Bedürfnisses erforderlichen Summen auf die paratesten Staatsrevenüen anzuweisen. Diese, sowie die speciellen Einnahmen müssen vor Bestreitung aller andern Ausgaben in monatlichen Raten an die Amortisationsscasce abgeliefert werden.“

„Die Staatscasce wird, im Falle die Administrationskosten oder Zinsen den budgetmässigen Betrag übersteigen, den Mehrbetrag der Amortisationsscasce bezahlen, und im entgegengesetzten Fall das zuvielbezahlte zurück erhalten.“⁴⁾

Der Betrag, welcher alljährlich an der kündbaren Staatsschuld abbezahlt werden sollte, wurde von 1820 an auf $\frac{1}{2}\%$ der ursprünglichen Schuld, mit Zuwachs von 5% aus diesem Tilgungsbetrag von Jahr zu Jahr, festgesetzt. Später wurden jedoch Anlehen contrahirt, welche binnen kürzerer Zeit zurückzuzahlen versprochen wurden,⁵⁾ und daher einen höheren Tilgungsfonds erfor-

¹⁾ Gesetz vom 31. Dec. 1831, Art. 18; Gesetz vom 22. Juni 1837 und Gesetz vom 10. Sept. 1842, Art. 8.

²⁾ Verordnung vom 31. Aug. 1808, Zfr. 5.

³⁾ So z. B. das Lottericanlehen von 1840 binnen 25 Jahren. Siehe auch unten §. 91.

derden. Endlich ward bestimmt, dass für alle vor dem 1. Januar 1851 contrahierte Schulden ein feststehender Tilgungsfonds von jährlich 500,000 fl. alisgeworfen sei.¹⁾ Für die seit 1851 aufgenommenen Anleihen wird dagegen die alte Regel wieder angewendet, somit als Tilgungsquote $\frac{1}{2}\%$ der Schuld mit 5% jährlichem Zuwachs in das Budget eingestellt.

II. Die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungscasse ist durch Art. 6 u. 7 des Gründungsgesetzes vom 10. Septbr. 1842 erfolgt, welche so lauten:

Art. 6. „Als ständige Dotation für Zinse, Tilgungsfonds und Verwaltungskosten wird der Eisenbahnschuldentilgungscasse der Reinertrag der Post- und Eisenbahnbetriebs-Verwaltung zugewiesen.“

Art. 7. „Soweit die ständige Dotation..... nicht hinreicht, soll das Budget jeweils den erforderlichen Zuschuss aus der Staatscasse bestimmen.“

Gemäss dieser Gesetzesvorschrift ist die Post- und Eisenbahnverwaltung von dem allgemeinen Staatsbudget gänzlich ausgeschieden worden und bilden nun beide abgesonderte Betriebszweige.

In der Einnahme der Eisenbahnschuldentilgungscasse erscheinen die Reinerträge eben dieser Betriebszweige. Die Ausgabe richtet sich aber nach den Bedingungen der einzelnen Eisenbahnanleihen. Als Tilgungsfonds wurde bei dem ersten derselben $\frac{1}{2}\%$ der Schuld mit einem jährlichen Zuwachs von 6% des Tilgungsfonds selbst zugesagt²⁾ und so wird denn auch die Tilgungsquote berechnet.³⁾

III. Betreffend die Art der Tilgung, so ist solche in den einzelnen Anleihegesetzen bestimmt. Wir werden anlässlich der Besprechung der einzelnen Handelspapiere (unten §. 91) das Erforderliche hierüber bemerken und schicken hier nur voraus, dass die Tilgung durchweg im Wege der Verloosung, zum Nominalwerthe, geschieht und Rückkauf an der Börse behufs Verwendung der ordentlichen Tilgungsmittel nicht stattfindet. Wohl aber ist die Amortisationscasse dann zum Ankauf ihrer eigenen Papiere ermächtigt, wenn sie überschüssige Baarfonds nutzbringend anzulegen hat.⁴⁾

§. 88.

Sicherheitsobjecte der badischen Staatsschuld.

I. Staatsvermögen. Ueber das Verhältniss des Domänialvermögens zum Staat spricht sich die Verfassungsurkunde folgendermassen aus:

§. 59. „Ohngeachtet die Domänen nach allgemein anerkannten Grundsätzen des Staats- und Fürstenrechts unstreitiges Patrimonial-Eigenthum des Regenten und seiner Familie sind, und Wir sie auch in dieser Eigenschaft vermöge obhabender Pflichten als Haupt der Familie, hiermit ausdrücklich bestätigen, so wollen wir dennoch den Ertrag derselben, ausser der darauf radicirten Civilliste und ausser andern darauf haften-

¹⁾ Vergl. Specialetat der Amortisationscasse für 1860 und 1861, Verhandl. der II. Kammer von 1859/60, 3. Beilagenheft, V, S. 124.

²⁾ Vergl. Gesetz vom 10. Sept. 1842, Regierungsblatt S. 243. Die späteren Anleihegesetze wichen aber hievon wieder ab. Vergl. auch unten §. 91.

³⁾ Vergl. Budget der Eisenbahnschuldentilgungscasse für 1860 und 1861, Verhandl. der II. Kammer von 1859/60, 4. Beilagenheft, S. 424.

⁴⁾ Gesetz vom 31. Dec. 1831, Art. 18, und Gesetz vom 22. Juni 1837.

den Lasten, so lange als Wir Uns nicht durch Herstellung der Finanzen in dem Stand befinden werden, Unsere Unterthanen nach Unserm innigsten Wunsche zu erleichtern, — der Bestreitung der Staatslasten ferner überlassen.“

„Die Civilliste kann ohne Zustimmung der Stände nicht erhöht, und ohne Bewilligung des Grossherzogs niemals gemindert werden.“

§. 58. „Es darf keine Domäne ohne Zustimmung der Stände veräussert werden. Ausgenommen sind die zur Schuldentilgung bereits beschlossenen Veräusserungen, Ablösungen von Lehen, Erbbeständen, Gülten, Zinsen, Frohndiensten, Verkäufe von entbehrlichen Gebäuden, von Gütern und Gefällen, die in benachbarten Staaten gelegen sind, und alle Veräusserungen, die aus staatswirthschaftlichen Rücksichten zur Beförderung der Landescultur oder zur Aufhebung einer nachtheiligen eigenen Verwaltung geschehen. Der Erlös muss aber zu neuen Erwerbungen verwendet oder der Schuldentilgungscasse zur Verzinsung übergeben werden.“

Das mehrfach angezogene Gesetz vom 31. Decbr. 1831 über die Verfassung und Verwaltung der Amortisationscasse fügt hinzu:

Art. 6. „Neue Erwerbungen sind aus der Amortisationscasse zu bestreiten. Der Aufwand für Gebäude, welche abgehende ersetzen sollen, ist aus laufenden Revenüen zu bezahlen. Wie viel von dem Gesamtaufwand für Neubauten oder für den Ankauf von Gebäuden aus laufenden Revenüen, und wie viel davon aus dem Grundstocksvermögen bestritten werden soll, wird für jede Finanzperiode durch das Budget bestimmt.“

Man entnimmt diesen grundgesetzlichen Bestimmungen, dass in Baden das Domanium als Eigenthum der regierenden Familie reservirt ist. Es ist jedoch niemals zu der in §. 59 der Verf.-Urk. vorbehaltenen Zurücknahme desselben gekommen, vielmehr sind ununterbrochen die Domänenenträgnisse den Staatcassen und die Erlöse aus Veräusserungen und Ablösungen der Amortisationscasse zugeflossen, wiewohl letzterer davon 12 Mill. Gulden unverzinslich überlassen sind, während sie den weiteren bedeutenden Betrag der Generalstaatscasse mit 4^o/_o verzinst.¹⁾ Dagegen hat durch Gesetz vom 3. März 1854²⁾ eine Neuregalirung der Civilliste auf die Summe von 652,490 fl. stattgefunden, welcher schon durch Gesetz vom 14. April 1858³⁾ eine Erhöhung um 100,000 fl. nachgefolgt ist.

Zu dem Domanium sind seit 1839 als bedeutende Vermögens- und Ertragsobjecte die Staatseisenbahnen gekommen, deren Eigenthum unbestritten dem Staat zusteht.

Die Grösse des gesammten Staatsvermögens berechnet sich mittelst Capitalisirung der reinen Ertragsrente auf Grund der neuesten Budgets-Vorlagen, wie folgt:⁴⁾

Reineinnahme der Kameraldomänenverwaltung . . .	579,496 fl.
„ „ Forstdomänenverwaltung . . .	884,685 „
„ „ Berg- und Hüttenverwaltung . . .	87,743 „

¹⁾ Der in Geld verwandelte Theil des Domänengrundstocks betrug am 31. Dec. 1858 die beträchtliche Summe von 21,626,304 fl. Verhandl. der II. Kammer von 18⁵⁹/₆₀, I. Beilagenheft, II, S. 117.

²⁾ Regierungsbl. von 1854, S. 43.

³⁾ Regierungsbl. von 1858, S. 147.

⁴⁾ Verhandl. der II. Kammer von 18⁵⁹/₆₀, 3. Beilagenheft, V, S. 4, 22, 37 und 4. Beilagenheft, S. 418, und Hauptfinanzetat für 1860 und 1861, Regierungsbl. von 1860, S. 175 ff.

Reineinnahme der Postverwaltung	358,793 fl.
„ „ Eisenbahnverwaltung	2,125,205 „
	<u>4,035,922 fl.¹⁾</u>
Davon ab die auf die Domänen radicirte Civilliste mit	752,490 „
Rest lastenfreie Revenüe	<u>3,283,432 fl.</u>
Diese zu 4% capitalisirt, resultirt als Summe des der Staatsschuld zur	
Deckung dienenden Staatsvermögens	82,085,800 fl.
Dazu sind aber diejenigen	12,000,000 „
zu rechnen, welche der Domanalgrundstock der Amortisations-	
casse unverzinslich vorgeschossen hat.	
Summe des ganzen Staatsvermögens	<u>94,085,800 fl.</u>

II. Steuerkraft. Den besten Beweis für seine Leistungsfähigkeit hat Baden dadurch geliefert, dass es sich von den Stürmen der Jahre 1848 und 1849 in kurzer Zeit wieder völlig erholt hat. Wenn auch jene Vorgänge einer lang andauernden Kriegszeit nicht zu vergleichen sind, so haben sie, wie wir schon früher angedeutet haben, doch dem badischen Lande sehr schwere Lasten aufgelegt. Um die wirthschaftlichen Folgen derselben binnen weniger Jahre fast verschwinden zu machen, bedurfte es freilich des Segens, mit welchem die Natur das Land bedacht hat.

Dasselbe umfasst nur 278 Quadratmeilen mit 1,335,952 Bewohnern.²⁾ Beinahe $\frac{2}{3}$ der Gesamteinwohnerschaft beschäftigen sich mit Landwirthschaft, welche denn auch die Haupterwerbsquelle bildet, und auf einer bedeutenden Höhe der Entwicklung steht. Der Ertrag von Grund und Boden einschliesslich der Forst- und Bergbauproducte wird zu nahezu 85 Mill., der Nutzen aus der Viehzucht zu 23 $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden geschätzt.³⁾ Die Steuercapitalien betragen im Jahre 1859: von Grundeigenthum und Gefällen 537,898,815 fl., von Gebäuden 188,027,320 fl. (welche jedoch schon 1853 zu 342,237,600 fl. in der Brandassurancasse versichert waren) und von Gewerben 191,150,370 fl. Das Nationalvermögen wird übrigens höher, im Ganzen zu 1,393,598,845 fl. geschätzt.⁴⁾ Die Regierung sowohl, als verschiedene Vereine haben seit langer Zeit Anstrengungen zur Förderung der materiellen Interessen gemacht, welche alle Anerkennung verdienen. Das, was der Staat allein von 1831 bis 1854 in dieser Richtung aufgewendet hat, für Grundentlastung, Unterstützung landwirthschaftlicher Vereine und Anstalten, für Gewerbeschulen, Wasser- und Strassenbau, Eisenbahnen und Telegraphen, berechnet sich auf die enorme Summe von fast 95 Mill. Gulden,⁵⁾ wozu seitdem weitere grosse Beträge gekommen sind. Die Erfolge dieser Anstrengungen sind aber nicht ausgeblieben. Es hat sich nicht nur die landwirthschaftliche Production derart gehoben, dass sie bedeutende Ueberschüsse an das Ausland abgeben kann, sondern es ist auch die gewerbliche und Handelsthätigkeit im grossen Ganzen gefördert

¹⁾ Hiezu wäre noch das wirkliche Betriebsergebniss der Salinenverwaltung zu rechnen, was jedoch desshalb unmöglich, weil dasselbe von der Salzsteuer nicht ausgenommen ist.

²⁾ Volkszählungsergebnisse: 1816: 1,005,899; 1830: 1,200,471; 1840: 1,296,967; 1843: 1,335,354; 1849: 1,364,774; 1852: 1,356,492; 1855: 1,314,837; 1858: 1,335,952 Seelen. Bemerkenswerth ist die Abnahme von 1852—1855, eine Folge der Auswanderungen wegen der politischen Zustände. Dadurch ist die Bevölkerung genau auf den Stand von 1843 zurückgekommen.

³⁾ Heunisch a. a. O. S. 401—402.

⁴⁾ Das. S. 401.

⁵⁾ Das. S. 400.

worden. Bedeutend ist zumal der Durchgangs- und Speditionshandel, begünstigt durch die Lage des Landes.

Man kann daher sagen, dass die Steuerkraft des badischen Volkes eine hohe Entwicklung erlangt hat. Dieselbe war auch in letzter Zeit bedeutend angestrengt und wird bei einem für ein so kleines Land hohen Staatsbudget stets Anforderungen unterworfen sein, welche ihre Fortentwicklung voraussetzen.

§. 89.

Finanzlage Badens.

Den Zustand des badischen Staatshaushalts von 1831 bis 1850 schildern wir mit den Worten eines Vortrags des Finanzministers vom 25. Novbr. 1850.

„In den Jahren 1831 bis 1847 war die Staatseinnahme in der Regel beträchtlich höher als die ordentliche und ausserordentliche Staatsausgabe. Nur in den Jahren 1837, 1838, 1839, 1846, 1847 und im zweiten Halbjahr 1841 war die Ausgabe ausnahmsweise überwiegend. Ja, zieht man die gleichzeitige Ab- und Zunahme der Naturalvorräthe mit in Betracht, so zeigt sich lediglich in den Jahren 1838 und 1847 eine Mehrausgabe. Ueber ansehnliche Einnahme-Überschüsse konnte demzufolge fast forthin verfügt werden, und es ist diess auch auf verschiedene Weise geschehen.“

„Zunächst ward auf nicht unerhebliche Einnahmebeträge verzichtet. So wurde vom 1. Januar 1832 an die Accise vom Schweine-, Schaf- und Lammfleisch.... abgeschafft; so vom 22. Juli 1833 an der Salzpreis... von 4 auf 3 kr. herabgesetzt; so der Spielkartenstempel und der Zunfttaxantheil aufgegeben; so die Branntweinsteuer ermässigt; so vom Steuerjahr 1837 an die Classensteuer um 90,000—100,000 fl. ... gemindert. So ward endlich vom 1. Januar 1842 an die Postrevenüe, die für's Jahr rein gegen 250,000 fl. abwirft, zur Unterstützung des Eisenbahnunternehmens aus dem allgemeinen Staatsbudget ausgeschieden. Ferner wurden zur Erleichterung der Staatsangehörigen ganz ansehnliche neue Ausgaben auf die Staatscasse übernommen. So wegen der im Jahre 1831 erfolgten Aufhebung der Strassenbau-, Militär- und Gerichtsfrohnden gegen 300,000 fl. jährlich; so wegen Aufhebung alter steuerähnlicher Abgaben, wegen Uebnahme von Bezirksschulden, wegen der Staatsbeihilfe bei Aufhebung der Herrenfrohnden und Blutzehenten nicht unerhebliche Rentenbeträge; so vor allem gegen 400,000 fl. jährlich wegen der Staatsunterstützung für die Zehentablösung.¹⁾ Nicht minder hat man 1,625,175 fl. 42 kr. an Etatsüberschüssen von 18^{31/33} und 516,000 fl. an Etatsüberschüssen von 18^{34/35} neben der jährlichen bedeutenden Tilgungsquote ausserordentlicher Weise zur Schuldentilgung verwendet.“.....

„Zudem sind in dieser Zeit neben den ordentlichen Staatsausgaben noch sehr beträchtliche ausserordentliche Ausgaben bestritten worden. In der bescheidenen Grösse von 156,085 fl. 5 kr. im Jahr 1831 beginnend, haben dieselben im Jahre 1847.... die Höhe von 1,419,272 fl. 34 kr. erreicht. Im Ganzen erscheinen in 16 Jahren und 7 Monaten... nicht weniger als 12,040,186 fl.

¹⁾ Nach Heunisch a. a. O. S. 399 betrug die Staatsbeiträge an Capital, Zinsen und Zinseszinsen für die Zehentablösung und für die Entschädigung wegen aufgehobener alter Abgaben, Frohnden, Blutzehenten, Besitzveränderungsabgaben, Jagdrechte und Fischereirechte von 1831 bis 1854 bereits 17,581,437 fl. 22 kr., die übernommenen Bezirksschulden 2,140,624 fl. 51 kr.

10 kr. auf ausserordentliche Ausgaben, und darunter 5,216,895 fl. 16 kr. für den Wasser- und Strassenbau, 1,160,428 fl. 25 kr. für Gebäude und Einrichtungen zu den Zwecken der Zollverwaltung und des Handels etc. . . . verwendet. Aber dieser ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben ungeachtet hat man zuletzt noch ganz ansehnliche Ersparnisse im Betriebsfonds zurückgelegt. Denn während derselbe am 1. Juni 1831 nur in 4,546,827 fl. 18 kr. bestanden hatte, war er am 1. Januar 1848 bis auf 8,693,755 fl. 20 kr. angewachsen, sonach inzwischen um 4,146,928 fl. 2 kr. vermehrt worden.“

Unter diesen Umständen hatte sich der Staatseredit mehr und mehr befestigt und von dem — dem Grossherzogthum mit Recht zugewendeten Vertrauen gab das Eisenbahnanlehen von 1845, das letzte Staatsanlehen in dieser Periode, einen glänzenden Beweis.“

Leider trat mit dem Jahre 1848 im erfreulichen Zustande der grossherzoglichen Staatsfinanzen ein sehr bedauerlicher Wendepunkt ein. Die Theuerung von ^{46/47} konnte nicht ohne nachtheiligen Einfluss . . . vorübergehen; die grossen Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 wirkten tief eingreifend auf die Einnahmen und Ausgaben des Staats; die Revolution im Mai und Juni 1849 mit allen ihren Folgen verstärkte diese Wirkung in nicht gewöhnlichem Maass.“

Im Weiteren werden nun die Verluste auf 5,376,516 fl. berechnet, welche die Jahre 1848 und 1849 der Staatseasse verursacht haben. in so weit sie damals ziffermässig bekannt waren. Ein Aufsatz im Centralblatt für Staats- und Gemeindeinteressen vom 24. Febr. 1855 ergänzt diese Berechnung und kommt zu einem Schlussresultate von 10 Mill. Gulden Einbusse des Staats von 1848 bis 1853 in Folge der Revolution von 1848 und 1849.¹⁾

Es ist für sich klar, dass auf solche Schläge das Gleichgewicht selbst durch Steuererhöhungen nicht sofort wieder hergestellt werden konnte; denn die Belastung der Steuerpflichtigen hatte in ihrer nicht minder eingetretenen Erschöpfung ihre Grenzen. Die Staatsbudgets der folgenden Jahre schlossen daher, die ausserordentlichen Ausgaben eingerechnet, stets mit einem Deficit ab. Doch übertrafen die wirklichen Rechnungsergebnisse alsbald die Vorschläge und schon die Staatsrechnung für 1857 ergab einen reinen Ueberschuss von 365,452 fl. 9 kr.²⁾ Ebenso lieferte die Staatsrechnung für 1858 einen Ueberschuss von 749,486 fl.³⁾

Neuestes Staats-Budget für 1860 und 1861.⁴⁾

Ordentliche Roh-Einnahme für 1860: .

I. Justizministerium (Bezirksjustizgefälle und Strafanstalten)	227,840 fl.
II. Ministerium des Innern (Polizeigefälle, Heil-, Pflege- und Verwahrungsanstalten, Landgestüt)	445,305 „
III. Handelsministerium (Wasser- und Strassenabgaben) . . .	21,410 „

¹⁾ Davon kommen auf den Maiaufstand von 1849 und dessen Folgen allein über 7 1/2 Mill., worunter 2,625,000 fl. Entschädigung an Preussen, 1,926,200 fl. für Verpflegung der preuss. Truppen, 1,398,427 fl. während des Aufstands verschleuderte Gelder und 1,126,414 fl. für Wiederanschaffung des durch den Aufstand verschleuderten Kriegsmaterials.

²⁾ Verhandl. der II. Kammer von 18^{66/60}, 1. Beilagenheft S. IV.

³⁾ Ebendasselbst S. VII.

⁴⁾ Beilage zum Finanzgesetz vom 24. Mai 1860, Regierungsbl. S. 175 ff. Das Budget der Badanstalten ist abgesondert, Regierungsbl. S. 70, veröffentlicht.

IV. Finanzministerium:

1) Kameraldomänenverwaltung	1,314,635 fl.
2) Forstdomänenverwaltung	1,632,535 "
3) Berg- und Hüttenverwaltung	1,137,040 "
4) Steuerverwaltung (directe und indirecte)	6,916,844 "
5) Salinenverwaltung	1,399,479 "
6) Zollverwaltung	3,084,401 "
7) Münzverwaltung	615,304 "
8) Allgemeine Cassenverwaltung	39,648 "

16,139,886 fl.

V. Kriegsministerium 50,500 "

Summe allgemeiner Etat 16,884,941 fl.

Dazu die Etats der ausgeschiedenen Verwaltungszweige:

1) Postverwaltung	1,399,311 fl.
2) Eisenbahnbetriebsverwaltung	5,325,486 "
3) Antheil am Reinertrag der Main-Neckarbahn	104,183 "
4) Badanstaltenverwaltung	161,137 "

6,990,117 fl.

Hauptsumme aller ordentlichen Einnahmen 23,875,058 fl.

Ordentliche Ausgaben für 1860:

I. Lasten und Verwaltungskosten aller Zweige 5,703,544 fl.

II. Eigentlicher Staatsaufwand:

1) Staatsministerium (worunter 924,738 fl. für das grossh. Haus)	994,010 fl.
2) Ministerium des grossh. Hauses und des Auswärtigen	124,867 "
3) " der Justiz	1,303,923 "
4) " des Innern (zugleich Cultus und Unterricht)	2,137,551 "
5) " Handels (für Strassen- und Wasserbauten allein 1,252,385 fl.)	1,300,531 "
6) " der Finanzen (darunter auf die Landesschuld 1,386,785 fl.)	2,110,027 "
7) Kriegsministerium	2,636,165 "

16,310,618 fl.

Summe allgemeiner Etat

Dazu: 8) Postverwaltung 1,040,518 fl.

9) Eisenbahnbetriebsverwaltung 2,980,094 "

10) Badanstalten 161,137 "

11) Eisenbahnschuldentilgungscasse 2,808,368 "

6,990,117 fl.

macht Hauptsumme aller ordentlichen Ausgaben 23,300,735 fl.

Es ergibt sich somit ein Ueberschuss von 574,323 "

Für das Jahr 1861 ist die Einnahme völlig gleich zu
23,875,058 fl.

die Ausgabe aber mit geringen Abweichungen zu 23,281,575 "

berechnet, wonach ein Ueberschuss von 593,483 fl.

zu erwarten ist. Diese Ueberschüsse nebst einem ausserordentlichen Zuschusse aus der Amortisationscasse von 371,872 "

zusammen mit der Summe von 1,539,678 fl.

sollen zur Deckung des ausserordentlichen Ausgabebudgets

für beide Jahre von gleichem Betrage dienen.

§. 90.

Gesetzliche Bestimmungen über die Amortisation, Vindication, Verjährung und Festmachung badischer Staatspapiere.

Gesetz vom 14. Mai 1828: ¹⁾ Art. 1. „Das Forderungsrecht aus den von der Amortisationscasse auf Inhaber gestellten Staatspapieren wird verjährt:

- a) bei denjenigen Staatspapieren, die mit Coupons versehen sind, in fünf Jahren von demjenigen Tage an gerechnet, an welchem der letzte der beigelegten Coupons fällig ist. Auch im Falle der erfolgten Aufkündigung oder Verloosung soll die Verjährung nicht eher, als von dem Tage ihren Anfang nehmen, an welchem der letzte der ihnen beigelegten Coupons fällig geworden wäre;
- b) bei denjenigen Staatspapieren, die mit Coupons nicht versehen sind, in zehn Jahren von demjenigen Tage an gerechnet, wo die Amortisationscasse zu zahlen schuldig und berechtigt ist; jedoch soll die Verjährungszeit eine Frist von 5 Jahren, vom letzten planmässigen Zahlungstermin des Anlehens gerechnet, nie übersteigen;
- c) von jedem Zins- oder Renten-Coupon muss binnen drei Jahren, von dem Tage der Fälligkeit an, der Werth erhoben werden, sonst ist alles Forderungsrecht aus demselben verjährt.“

Art. 2. „Für den Fall, dass Staatspapiere auf Inhaber ihren Besitzern ohne deren Willen abhanden kommen sollten, treten die Vorschriften ein, welche in den Sätzen 201 bis 205 des Anhangs zum Landrecht hinsichtlich der Zettel auf Inhaber gegeben sind, jedoch mit der Aenderung, dass die im Art. 202 erwähnte gesetzliche Zahlungssperre auf dreissig Tage bestimmt wird.“

Die hier citirten Sätze 201 bis 205 des Landrechts-Anhangs handeln zunächst von „Handelszetteln“ ²⁾ und bestimmen: der Inhaber könne von seinem Verluste den Emittenten mit der Wirkung einer Zahlungssperre von 8 Tagen in Kenntniss setzen und unter Glaublichmachung des früheren Besitzes und nachherigen Verlustes bei dem Gerichte eine dem Emittenten binnen jenen 8 Tagen vorzulegende Sperrverfügung auswirken, wonach, falls in der Verjährungszeit kein Präsentant sich meldet und Impetrant Besitz und Verlust nunmehr eidlich bestärkt, ihm der Emittent zahlen muss. ³⁾ Ferner verordnen dieselben Sätze (202, 203): „Zettel auf Inhaber werden durch blosse Uebergabe des Zettels zu Eigenthum übertragen. Wenn ein solcher Schein ohne sein Wissen und Willen abhanden kommt, der kann, wenn er die Kennbarkeitszeichen gehörig anzugeben, auch den Besitz und Verlust dem Richter glaublich zu machen vermag, durch Anschreiben an den Ausgeber diesen von dem vorhabenden Ansuchen bei Gericht benachrichtigen. Der Erheber hat bei diesem sich über nichts als darüber auszuweisen, dass er den Zettel auf redlichem Wege in die Hand bekommen hat; sobald er dieses glaublich zu machen vermag, muss ohne weitere Nachfrage nach dem Recht dessen, von dem er ihn erhielt, der Sperrbefehl aufgehoben werden.“ ⁴⁾

Die durch Art. 2 des oben angeführten Gesetzes ausgesprochene analoge

¹⁾ Regierungsbl. von 1828, S. 85.

²⁾ Nach dem Gesetz vom 5. Juni 1860, die Ausstellung von Schuldverschreibungen auf den Inhaber betr., Regierungsbl. S. 211, Art. 1, dürfen übrigens Handelszettel au porteur künftig nicht mehr ausgegeben werden.

³⁾ Vergl. Kuntze, Inhaberpapiere, II. Abth. S. 727, Note 9.

⁴⁾ Dasselbst S. 686.

Anwendung dieser Bestimmungen auf Staatspapiere ergibt wesentliche Abweichungen von der Gesetzgebung anderer Staaten. Was zunächst die Amortisation betrifft, so ist in Baden nach obigen Bestimmungen von einem eigentlichen Mortificationsverfahren mit Edictalcitationen und darauf folgendem Mortificationserkenntnis nicht die Rede, vielmehr spielt die Zahlungssperre die Hauptrolle. Diese kann der Eigenthümer des verlorenen Papiers in den ersten 30 Tagen bei der Schuldentilgungscasse durch eine einfache Anzeige erwirken. Während derselben Zeit muss er aber diese so zu sagen Privat-sperre in eine gerichtliche verwandeln lassen und alsdann die Verjährungsfrist abwarten, worauf er erst sein Recht gesichert sieht, so dass er wieder Zahlung zu verlangen hat. Hinsichtlich der Vindication stimmt das badische Recht darin mit andern Gesetzgebungen überein, dass dieselbe gegen den redlichen Besitzer nicht statthaben kann.

Endlich die Aussercourssetzung, beziehungsweise Festmachung badischer Staatspapiere au porteur anbelangend, so enthalten die einzelnen Anleihegesetze, sofern dieselben nicht Lotterieranlehen betreffen, ohne Ausnahme die Bestimmung, dass zwar sämtliche Obligationen auf den Inhaber ausgestellt, dass sie aber nicht nur auf den Namen eingeschrieben, sondern auch durch Aufhebung dieser Inscription wiederum au porteur gestellt werden können.¹⁾ Die Einschreibung und die Aufhebung derselben hat durch die betreffende Tilgungscasse zu geschehen.

§. 91.

Zinsfuss; Ort und Art der Zins- und Capitalzahlung; Abzüge bei der Zinserhebung; einzelne badische Verkehrs-Staatspapiere.

Dass das Grossherzogthum Baden den Zinsfuss seiner Staatspapiere, und zwar früher als seine Nachbarstaaten, auf den mässigen Satz von $3\frac{1}{2}\%$ herabzusetzen vermochte; dass alsdann in den Jahren 1848 und 1849 sowohl von der Amortisations- als auch von der Eisenbahnschuldentilgungscasse 5% Darlehen contrahirt, ja sogar specielle Hypotheken hiefür verschrieben werden mussten;²⁾ dass aber wenige Jahre nachher diese hochzinsenden Capitalien beziehungsweise getilgt oder convertirt worden sind,³⁾ haben wir gelegentlich bereits bemerkt. Seit 1851 sind nur mehr $4\frac{1}{2}\%$ proc., in neuester Zeit nur 4% proc. Darlehen aufgenommen worden. In so weit die Verbriefungen beider Abtheilungen der badischen Staatsschuld im Verkehr sich befinden, gibt es daher jetzt nur noch $3\frac{1}{2}\%$, 4% und $4\frac{1}{2}\%$ proc. Titel. Die beiden Lotterieranlehen sind $3\frac{1}{2}\%$ proc.

¹⁾ Vergl. Gesetze vom 10. Sept. 1842, Regierungsbl. S. 243; vom 6. Febr. 1851, Regierungsbl. S. 111; vom 20. April 1854, Regierungsbl. S. 183; vom 12. Febr. 1856, Regierungsbl. S. 41; und Vollzugsverordnung zum Gesetze vom 7. Mai 1858, dd. 8. Juni 1859, Regierungsbl. S. 198. Auch auf den Obligationen selbst ist diese Bestimmung mit dem Beifügen enthalten, dass die Einschreibung die Folge habe, dass das Capital nur an die zuletzt eingetragene Person bezahlt werden könne. Die Verschreibungen der Lotterieranlehen können, wie es auch in der Natur der Sache liegt, nicht auf Namen eingeschrieben werden.

²⁾ Vergl. Gesetze vom 26. Juli 1848, Regierungsbl. S. 275, und vom 3. März 1849, Regierungsbl. S. 123.

³⁾ Bekanntm. vom 24. April 1851, Regierungsbl. S. 293; Gesetz vom 12. Febr. 1856, Regierungsbl. S. 41.

Die Zinsen und die fälligen Capitalbeträge werden nicht nur bei der betreffenden Tilgungscasse zu Carlsruhe, sondern auch bei den Kreiscassen in Freiburg und Mannheim und ausserdem in Frankfurt a.M. bezahlt.¹⁾ Abzüge irgend welcher Art sind dabei unzulässig. Auch bestimmen einzelne Gesetze, dass unerachtet des Bestehens von Staatspapiergeld dem Gläubiger gegen seinen Willen keine Werthszeichen an Zahlungsstatt gegeben werden dürfen.²⁾

Die im Verkehr befindlichen Verbriefungen der badischen Gesamtstaatsschuld sind folgende:

I. von der Amortisationscassenschuld.

- 1) $3\frac{1}{2}\%$ proc. Rentenscheine, entstanden aus der Convertirung der Partialobligationen von 1809 und 1817 und der sogen. Cassenobligationen, sowie durch die Verbriefung der Ansprüche der Grundherren für aufgehobene Rechte und Gefälle. Ihr Gesamtbetrag war 1860 noch 2,665,400 fl. Der Natur der Rentenscheine gemäss können sie auf keine bestimmte Tilgungsquote Anspruch machen. Doch ist die Amortisationscasse durch Gesetz vom 12. Febr. 1856³⁾ ermächtigt worden, einen Betrag von 27,000 fl. mit jährlichem Zuwachs von 6% aus je dem vorangegangenen Tilgungsfonds aus ihren Tilgungsmitteln zur Einlösung von Rentenscheinen al pari zu verwenden, wobei es indessen der Regierung überlassen blieb, nach Umständen diesen Tilgungsfonds zu mindern oder die Tilgung überhaupt einzustellen. — Die Rentencoupons werden bei den inländischen Hauptcassen und bei Goll Söhne in Frankfurt a.M. eingelöst.
- 2) Lotterieanlehen von 1840, aufgenommen im Betrag von 5 Mill. Gulden kraft Gesetzes vom 11. Juni 1840,⁴⁾ eingetheilt in 100,000 Loose à 50 fl., wovon je 100 eine Serie ausmachen. Die $3\frac{1}{2}\%$ proc. Zinsen und Zwischenzinsen müssen der Gesamtheit der Loosinhaber durch die Gewinnste zu gut kommen, und zwar in der Art, dass für kein Loos ein geringerer Betrag als 50 fl. nebst 2% Zinsen bis zur Zeit der Heimzahlung vergütet wird. Tilgungszeit 25 Jahre. Die Loose sind nur in Carlsruhe zu erheben. Der Ziehungsplan folgt hienach, so weit er noch nicht vollzogen ist. Die Restschuld betrug am 1. Januar 1860 noch 4,771,595 fl. 40 kr.

Ziehungsplan der 50 fl.-Loose.

25. Gewinnziehung		Loose		26. Gewinnziehung	
am 1. Sept. 1861.		fl.		am 1. Sept. 1862.	
90	45 Ser. 1. Febr. 1861,	2 à	1,500	100	50 Ser. 1. Febr. 1862,
	45 " 1. Aug. 1861.	4 à	1,000		50 " 1. Aug. 1862.
	Loose	10 à	250		Loose
	fl.	20 à	150		fl.
1 . . .	35,000	30 à	100	1 . . .	35,000
1 . . .	10,000	80 à	80	1 . . .	10,000
1 . . .	5,000	8,850 à	71	1 . . .	7,000
1 . . .	3,000	9,000	703,250	1 . . .	3,000

¹⁾ Siehe das Nähere in der folgenden Darstellung der einzelnen Anlehen.

²⁾ Vergl. Gesetz vom 6. Febr. 1851, Art. 9, Regierungsbl. S. 111; vom 20. April 1854, Art. 10, Regierungsbl. S. 184; vom 12. Febr. 1856, Art. 10, Regierungsbl. S. 42; Verordnung vom 8. Juni 1859, Regierungsbl. S. 198, und vom 10. Juli 1860, Regierungsbl. S. 309.

³⁾ Regierungsbl. von 1856, S. 43.

⁴⁾ Regierungsbl. von 1840, S. 109. Vergl. auch Bekanntmachung vom 30. Juli 1840, das. S. 151, welcher der genehmigte Ziehungsplan angehängt ist.

Loose	fl.	fl.	Loose	fl.	fl.	Loose	fl.	fl.
4 à	1,500	6,000	20 à	200	4,000	80 à	100	8,000
5 à	1,000	5,000	25 à	150	3,750	12,350 à	74	913,900
10 à	400	4,000	80 à	100	8,000	12,500		1,007,650
20 à	200	4,000	11,350 à	73	828,550			
30 à	100	3,000	11,500		922,300			
77 à	90	6,930						
9,850 à	72	709,200						
10,000		793,130						

27. Gewinnziehung			28. Gewinnziehung			29. Gewinnziehung		
am 1. Sept. 1863.			am 1. Sept. 1864.			am 1. Sept. 1865.		
115) 57 Ser. 1. Febr. 1863,			125) 62 Ser. 1. Febr. 1864,			130) 65 Ser. 1. Febr. 1865,		
58 " 1. Aug. 1863.			63 " 1. Aug. 1864.			65 " 1. Aug. 1865.		
1 40,000			1 40,000			1 50,000		
1 10,000			1 10,000			1 15,000		
1 7,000			1 7,000			1 10,000		
1 5,000			1 5,000			1 5,000		
4 à 1,500 6,000			4 à 1,500 6,000			2 à 1,500 3,000		
7 à 1,000 7,000			7 à 1,000 7,000			5 à 1,000 5,000		
10 à 300 3,000			10 à 300 3,000			10 à 300 3,000		
			20 à 200 4,000			20 à 200 4,000		
			25 à 150 3,750			40 à 150 6,000		
						128 à 100 12,800		
						12,791 à 75 959,325		
						13,000		1,073,125

- 3) $4\frac{1}{2}\%$ proc. Anlehen von 1851, emittirt in Folge Gesetzes vom 6. Febr. 1851¹⁾ in der Summe von 5 Mill. Gulden, wovon am 1. Januar 1860 noch 3,729,100 fl. ausstanden. Tilgung binnen 30 Jahren vom 1. Febr. 1854 an mittelst einer wirklichen Annuität. Zinszahlung tro. 1. Febr. und 1. August bei allen Staatscassen und in Frankfurt a.M. Capitalzahlung bei der Amortisationscasse, den Kreiscassen in Freiburg und Mannheim und in Frankfurt a.M. Am 9. Juli 1860 ist das ganze Anlehen gekündigt worden und tritt am 1. Febr. 1861 ausser Verzinsung.²⁾

II. Von der Eisenbahnschuld.

- 1) $3\frac{1}{2}\%$ proc. Anlehen von 1842, ausgegeben kraft Gesetzes vom 10. Septbr. 1842³⁾ im Betrage von 12 Mill. Gulden. Tilgungsfonds $\frac{1}{2}\%$ der ursprünglichen Schuld mit 6% seines Betrags Zuwachs per Jahr. Zinszahlung tro. 1. Januar und 1. Juli bei allen Staatscassen und in Frankfurt a.M. Capitalzahlung wie ad I. 3. Rest der Schuld am 1. Januar 1860: 11,410,500 fl.
- 2) Lotterieranlehen von 1845. Die Eisenbahnschuldentilgungscasse wurde durch Gesetz vom 21. Febr. 1845⁴⁾ zur Aufnahme einer Staatschuld von 14 Mill. Gulden⁵⁾ ermächtigt. Diese geschah gemäss Ministerial-Bekanntmachung vom 22. Febr. 1845⁶⁾ und vom 19. März 1845⁶⁾ dadurch, dass 400,000 Loose à 35 fl., eingetheilt in 8000 Serien à 50 Loose,

¹⁾ Regierungsbl. von 1851, S. 111. Bekanntmachung über die Begebung des Anlehens vom 3. März 1851, das. S. 182.

²⁾ Bekanntm. vom 9. Juli 1860, Regierungsbl. S. 245.

³⁾ Regierungsbl. von 1842, S. 243. Vergl. auch Bekanntm. vom 12. Sept. 1842, das. S. 248, vom 24. ejsd., das. S. 263, und vom 24. Oct. 1842, das. S. 274.

⁴⁾ Regierungsbl. von 1845, S. 25.

⁵⁾ Das. S. 29.

⁶⁾ Das. S. 91. An dieser Stelle ist auch der genehmigte Verloosungsplan abgedruckt.

verkauft wurden. Im Uebrigen beruht dieses Anlehen ganz auf denselben Grundsätzen, wie das Lotterieanlehen von 1840, nur die Tilgungszeit ist auf 40 Jahre bestimmt. Der folgende Ziehungsplan, von welchem wir die bereits stattgehabten Ziehungen weggelassen haben, besagt das Nähere. Am 1. Januar 1860 waren vom ganzen Anlehen noch ungetilgt: 13,595,328 fl. 23 kr.

Ziehungsplan der 35 fl.-Loose.

Gewinnziehungen 1861.

61. Ziehung — 50 Serien.

Präm.	fl.	fl.
1 . . .		40,000
1 . . .		10,000
1 . . .		4,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
250 à 60		15,000
2,210 à 46		101,660
2,500		197,660

62. Ziehung — 20 Serien.

10 à 1,000	10,000
490 à 70	34,300
500 à 46	23,000
1,000	67,300

63. Ziehung — 50 Serien.

1 . . .	40,000
1 . . .	10,000
1 . . .	4,000
5 à 2,000	10,000
12 à 1,000	12,000
20 à 250	5,000
250 à 60	15,000
2,210 à 47	103,870
2,500	199,870

64. Ziehung — 20 Serien.

10 à 1,000	10,000
490 à 70	34,300
500 à 47	23,500
1,000	67,800

Gewinnziehungen 1862.

65. Ziehung — 50 Serien.

Wie die 63. Ziehung.

66. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 64. Ziehung.

67. Ziehung — 50 Serien.

Wie die 63. Ziehung.

68. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 64. Ziehung.

Gewinnziehungen 1863.

69. Ziehung — 50 Serien.

Präm.	fl.	fl.
1 . . .		40,000
1 . . .		10,000
1 . . .		4,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
250 à 60		15,000
2,210 à 48		106,080
2,500		202,080

70. Ziehung — 20 Serien.

10 à 1,000	10,000
490 à 70	34,300
500 à 48	24,000
1,000	68,300

71. Ziehung — 50 Serien.

Wie die 69. Ziehung.

72. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 70. Ziehung.

Gewinnziehungen 1864.

73. Ziehung — 50 Serien.

Wie die 69. Ziehung.

74. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 70. Ziehung.

75. Ziehung — 50 Serien.

1 . . .	40,000
1 . . .	10,000
1 . . .	4,000

Präm.

fl.

fl.

5 à 2,000	10,000
12 à 1,000	12,000
20 à 250	5,000
250 à 60	15,000
2,210 à 49	108,290
2,500	204,290

76. Ziehung — 20 Serien.

10 à 1,000	10,000
490 à 70	34,300
500 à 49	24,500
1,000	68,800

Gewinnziehungen 1865.

77. Ziehung — 50 Serien.

Wie die 75. Ziehung.

78. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 76. Ziehung.

79. Ziehung — 50 Serien.

Wie die 75. Ziehung.

80. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 76. Ziehung.

Gewinnziehungen 1866.

81. Ziehung — 50 Serien.

1 . . .	40,000
1 . . .	10,000
1 . . .	4,000
5 à 2,000	10,000
12 à 1,000	12,000
20 à 250	5,000
250 à 65	16,250
2,210 à 50	110,500
2,500	207,750

82. Ziehung — 20 Serien.

10 à 1,000	10,000
490 à 70	34,300
500 à 50	25,000
1,000	69,300

83. Ziehung — 50 Serien.
Wie die 81. Ziehung.
84. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 82. Ziehung.

Gewinnziehungen 1867.

83. Ziehung — 50 Serien.		
Präm.	fl.	fl.
1 . . .		40,000
1 . . .		10,000
1 . . .		4,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
250 à 65		16,250
2,210 à 51		112,710
2,500		209,960

86. Ziehung — 20 Serien.		
10 à 1,000		10,000
490 à 70		34,300
500 à 51		25,500
1,000		69,800

87. Ziehung — 50 Serien.
Wie die 85. Ziehung.
88. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 86. Ziehung.

Gewinnziehungen 1868.

89. Ziehung — 50 Serien.
Wie die 85. Ziehung.
90. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 86. Ziehung.

91. Ziehung — 50 Serien.		
1 . . .		40,000
1 . . .		10,000
1 . . .		4,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
250 à 65		16,250
2,210 à 52		114,920
2,500		212,170

92. Ziehung — 20 Serien.		
Präm.	fl.	fl.
10 à 1,000		10,000
490 à 70		34,300
500 à 52		26,000
1,000		70,300

Gewinnziehungen 1869.

93. Ziehung — 50 Serien.
Wie die 91. Ziehung.
94. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 92. Ziehung.
95. Ziehung — 50 Serien.
Wie die 91. Ziehung.
96. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 92. Ziehung.

Gewinnziehungen 1870.

97. Ziehung — 70 Serien.		
1 . . .		35,000
1 . . .		10,000
1 . . .		5,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
335 à 65		21,775
3,125 à 53		165,625
3,500		264,400

98. Ziehung — 20 Serien.		
10 à 1,000		10,000
490 à 70		34,300
500 à 53		26,500
1,000		70,800

99. Ziehung — 70 Serien.
Wie die 97. Ziehung.
100. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 98. Ziehung.

Gewinnziehungen 1871.

101. Ziehung — 70 Serien.
Wie die 97. Ziehung.
102. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 98. Ziehung.

103. Ziehung — 70 Serien.		
Präm.	fl.	fl.
1 . . .		35,000
1 . . .		10,000
1 . . .		5,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
335 à 65		21,775
3,125 à 54		168,750
3,500		267,525

104. Ziehung — 20 Serien.		
10 à 1,000		10,000
490 à 70		34,300
500 à 54		27,000
1,000		71,300

Gewinnziehungen 1872.

105. Ziehung — 80 Serien.		
1 . . .		35,000
1 . . .		10,000
1 . . .		5,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
360 à 65		23,400
3,600 à 54		194,400
4,000		294,800

106. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 104. Ziehung.
107. Ziehung — 80 Serien.
Wie die 105. Ziehung.
108. Ziehung — 20 Serien.
Wie die 104. Ziehung.

Gewinnziehungen 1873.

109. Ziehung — 80 Serien.		
1 . . .		35,000
1 . . .		10,000
1 . . .		5,000
5 à 2,000		10,000
12 à 1,000		12,000
20 à 250		5,000
360 à 65		23,400
3,600 à 55		198,000
4,000		298,400

110. Ziehung — 20 Serien.

Präm.	fl.	fl.
10 à	1,000	10,000
490 à	70	34,300
500 à	55	27,500
1,000		71,800

111. Ziehung — 80 Serien.

Wie die 109. Ziehung.

112. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 110. Ziehung.

Gewinnziehungen 1874.

113. Ziehung — 80 Serien.

Wie die 109. Ziehung.

114. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 110. Ziehung.

115. Ziehung — 80 Serien.

1 . . .	35,000
1 . . .	10,000
1 . . .	5,000
5 à 2,000	10,000
12 à 1,000	12,000
20 à 250	5,000
360 à 70	25,200
3,600 à 56	201,600
4,000	303,800

116. Ziehung — 20 Serien.

10 à	1,000	10,000
490 à	70	34,300
500 à	56	28,000
1,000		72,300

Gewinnziehungen 1875.

117. Ziehung — 80 Serien.

Wie die 115. Ziehung.

118. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 116. Ziehung.

119. Ziehung — 80 Serien.

Wie die 115. Ziehung.

120. Ziehung — 20 Serien.

Wie die 116. Ziehung.

Gewinnziehungen 1876.

121. Ziehung — 100 Serien.

Präm.	fl.	fl.
1 . . .		40,000
1 . . .		10,000
2 à 4,000		8,000
4 à 2,000		8,000
12 à 1,000		12,000
25 à 250		6,250
455 à 70		31,850
4,500 à 57		256,500
5,000		372,600

122. Ziehung — 30 Serien.

10 à	1,000	10,000
740 à	75	55,500
750 à	57	42,750
1,500		108,250

123. Ziehung — 100 Serien.

Wie die 121. Ziehung.

124. Ziehung — 30 Serien.

Wie die 122. Ziehung.

Gewinnziehungen 1877.

125. Ziehung — 100 Serien.

1 . . .	40,000
1 . . .	10,000
2 à 4,000	8,000
4 à 2,000	8,000
12 à 1,000	12,000
25 à 250	6,250
455 à 70	31,850
4,500 à 58	261,000
5,000	377,100

126. Ziehung — 30 Serien.

10 à	1,000	10,000
740 à	75	55,500
750 à	58	43,500
1,500		109,000

127. Ziehung — 100 Serien.

Wie die 125. Ziehung.

128. Ziehung — 30 Serien.

Wie die 126. Ziehung.

Gewinnziehungen 1878.

129. Ziehung — 120 Serien.

Präm.	fl.	fl.
1 . . .		40,000
1 . . .		10,000
2 à 4,000		8,000
4 à 2,000		8,000
12 à 1,000		12,000
25 à 250		6,250
955 à 70		66,850
5,000 à 58		290,000
6,000		441,100

130. Ziehung — 30 Serien.

Wie die 126. Ziehung.

131. Ziehung — 120 Serien.

1 . . .	40,000
1 . . .	10,000
2 à 4,000	8,000
4 à 2,000	8,000
12 à 1,000	12,000
25 à 250	6,250
955 à 70	66,850
5,000 à 59	295,000
6,000	446,100

132. Ziehung — 30 Serien.

10 à	1,000	10,000
740 à	75	55,500
750 à	59	44,250
1,500		109,750

Gewinnziehungen 1879.

133. Ziehung — 160 Serien.

1 . . .	40,000
1 . . .	10,000
2 à 4,000	8,000
4 à 2,000	8,000
12 à 1,000	12,000
30 à 250	7,500
1,000 à 70	70,000
6,950 à 59	410,050
8,000	565,550

134. Ziehung — 40 Serien.

10 à	1,000	10,000
990 à	75	74,250
1,000 à	59	59,000
2,000		143,250

135. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 133. Ziehung.
136. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 134. Ziehung.

Gewinnziehungen 1880.

Präm.	fl.	fl.
137. Ziehung — 160 Serien.		
1	40,000	
1	10,000	
2 à 4,000	8,000	
4 à 2,000	8,000	
12 à 1,000	12,000	
30 à 250	7,500	
1,000 à 70	70,000	
6,950 à 60	417,000	
8,000	572,500	

138. Ziehung — 40 Serien.		
10 à 1,000	10,000	
990 à 75	74,250	
1,000 à 60	60,000	
2,000	144,250	

139. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 137. Ziehung.
140. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 138. Ziehung.

Gewinnziehungen 1881.

141. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 137. Ziehung.
142. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 138. Ziehung.

143. Ziehung — 160 Serien.		
1	40,000	
1	15,000	
2 à 4,000	8,000	
4 à 2,000	8,000	
12 à 1,000	12,000	
30 à 250	7,500	

Präm.	fl.	fl.
1,000 à 75	75,000	
6,950 à 61	423,950	
8,000	589,450	

144. Ziehung — 40 Serien.		
10 à 1,000	10,000	
990 à 75	74,250	
1,000 à 61	61,000	
2,000	145,250	

Gewinnziehungen 1882.

145. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 143. Ziehung.
146. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 144. Ziehung.
147. Ziehung — 160 Serien.

Wie die 143. Ziehung.
148. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 144. Ziehung.

Gewinnziehungen 1883.

149. Ziehung — 160 Serien.		
1	40,000	
1	15,000	
2 à 4,000	8,000	
4 à 2,000	8,000	
12 à 1,000	12,000	
30 à 250	7,500	
1,000 à 75	75,000	
6,950 à 62	430,900	
8,000	596,400	

150. Ziehung — 40 Serien.		
10 à 1,000	10,000	
990 à 75	74,250	
1,000 à 62	62,000	
2,000	146,250	

151. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 149. Ziehung.
152. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 150. Ziehung.

Gewinnziehungen 1884.

153. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 149. Ziehung.
154. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 150. Ziehung.

155. Ziehung — 160 Serien.		
Präm.	fl.	fl.
1	40,000	
1	15,000	
2 à 4,000	8,000	
4 à 2,000	8,000	
12 à 1,000	12,000	
30 à 250	7,500	
1,000 à 75	75,000	
6,950 à 63	437,850	
8,000	603,350	

156. Ziehung — 40 Serien.		
10 à 1,000	10,000	
990 à 75	74,250	
1,000 à 63	63,000	
2,000	147,250	

Gewinnziehungen 1885.

157. Ziehung — 160 Serien.
Wie die 155. Ziehung.
158. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 156. Ziehung.
159. Ziehung — 40 Serien.
Wie die 156. Ziehung.

160. Ziehung — 160 Serien.		
1	40,000	
1	15,000	
1	4,900	
1	4,900	
4 à 2,000	8,000	
12 à 1,000	12,000	
30 à 250	7,500	
1,000 à 75	75,000	
6,950 à 63	437,850	
8,000	605,150	

3) 4 $\frac{1}{2}$ % Anlehen von den Jahren 1854 und 1856. Durch Gesetz vom 20. April 1854¹⁾ ward zur Aufnahme von 12 Mill. Gulden Ermäch-

¹⁾ Regierungsbl. von 1854, S. 183.

tigung ertheilt und durch Gesetz vom 12. Febr. 1856 ¹⁾ wurde angeordnet, dass die 5proc. Anlehen von 1848 u. 1849 im Belaufe von 4 Mill. gekündigt und mit 4½proc. Obligationen neu verbrieft, resp. neu emittirt werden sollen. Die Anlehensbedingungen von beiden Schuldaufnahmen sind gleich und beide werden als ein Ganzes behandelt. Tilgungszeit 40 Jahre. Zins- und Capitalzahlung bei der Eisenbahnschuldentilgungscasse in Carlsruhe und bei Goll u. Söhnen in Frankfurt. ²⁾ Zinstermin 1. April und 1. October. Rest der Schuld am 1. Januar 1860: 13,790,300 fl.

- 4) 4proc. Anlehen von 1859, aufgenommen im Betrage von 7 Mill. Gulden kraft Gesetzes vom 7. Mai 1858 ³⁾ nach den Bestimmungen der Verordnung vom 8. Juni 1859 ⁴⁾ und der Bekanntmachung vom 17. ej. ⁵⁾ Es bildet die erste Serie der 4proc. Eisenbahnanlehen. Die Tilgungszeit ist hier auf 50 Jahre festgesetzt, vom 1. Januar 1868 an beginnend. Zinstermine 1. März und 1. Septbr. Zins- und Capitalzahlungen bei denjenigen Cassen und Banquiers, welche das Finanzministerium damit betrauen wird. Bis 1. Januar 1860 waren 6,069,800 fl. emittirt. Durch Verordnung vom 10. Juli 1860 ⁶⁾ wurde die zweite Emission von weiteren 7 Mill. Gulden unter ganz gleichen Bedingungen angeordnet. Die Obligationen der ersten Serie (von 1859) tragen die Nummern 1—4375, die der zweiten Serie die Nummern 4376—8750 und zwar die Stücke zu 1000 fl. ebenso, wie die zu 500 und 100 fl.

Allen badischen Staatsobligationen gemeinsam ist, abgesehen von den Lotterielosen, dass sie in Stücken zu 1000 (Lit. A), 500 (Lit. B.) und 100 fl. (Lit. C) ausgestellt, halbjährlich verzinslich sind und dass jede Capitalzahlung ½ Jahr zuvor gekündigt werden muss. Mit Ausnahme des Eisenbahnanlehens von 1842 (II. 1.), dessen Verbriefungen Zinscoupons auf 15 Jahre, und des neuesten Eisenbahnanlehens von 1860 (II. 4.), dessen Schuldtitel Coupons auf 9 Jahre beigelegt sind, sind sodann alle Obligationen mit Coupons auf 10 Jahre (20 Halbjahrescoupons) versehen und alle verzinslichen Obligationen haben einen Talon zur Erhebung neuer Couponsbogen.

¹⁾ Regierungsbl. von 1856, S. 41.

²⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 3. Nov. 1854, Regierungsbl. S. 409.

³⁾ Regierungsbl. von 1858, S. 189.

⁴⁾ Regierungsbl. von 1859, S. 198.

⁵⁾ Dasselbst S. 201.

⁶⁾ Regierungsbl. von 1860, S. 309.

§. 92.

Coursbewegung badischer Staatspapiere in der Zeit von 1847 bis 1860.

Frankfurter Börse.

Zeit.		3 ¹ / ₂ - proc.	4 ¹ / ₂ proc.	5proc.	Zeit.		3 ¹ / ₂ - proc.	4 ¹ / ₂ proc.	5proc.	
		Obligationen.					Obligationen.			
1847.	Janr. 2.	91 ¹ / ₂	—	—	1854.	Janr. 2.	90 ¹ / ₂	102 ³ / ₄	102 ⁵ / ₈	
	April 1.	90 ¹ / ₈	—	—		April 1.	84 ⁷ / ₈	101 ¹ / ₄	101	
	Juli 3.	90	—	—		Juli 1.	87 ¹ / ₄	100	102 ³ / ₄	
	Oct. 1.	88 ¹ / ₄	—	—		Oct. 2.	87	99 ⁷ / ₈	101 ⁵ / ₈	
1848.	Janr. 3.	86 ⁷ / ₈	—	—	1855.	Janr. 2.	85 ¹ / ₈	95 ³ / ₄	101 ¹ / ₄	
	April 10.	66	—	—		April 2.	83 ¹ / ₄	95 ⁷ / ₈	102	
	Juli 1.	68 ¹ / ₄	—	—		Juli 2.	85 ¹ / ₈	98 ¹ / ₈	102 ¹ / ₈	
	Oct. 3.	73 ¹ / ₄	—	—		Oct. 1.	88 ³ / ₈	99 ⁵ / ₈	102 ¹ / ₈	
1849.	Janr. 2.	74 ³ / ₄	—	95 ¹ / ₈	1856.	Janr. 2.	88 ³ / ₈	100 ¹ / ₂	100 ¹ / ₂	
	April 3.	76 ⁷ / ₈	—	96		April 1.	89 ¹ / ₄	102 ¹ / ₈	—	
	Juli 2.	75 ⁷ / ₈	—	95		Juli 1.	89	102 ¹ / ₄	—	
	Oct. 1.	80 ¹ / ₂	—	97 ³ / ₄		Oct. 1.	88	102	—	
1850.	Janr. 2.	79	—	99 ¹ / ₄	1857.	Janr. 2.	91 ¹ / ₈	102 ¹ / ₄	—	
	April 2.	77 ¹ / ₂	—	99 ¹ / ₄		April 1.	91 ³ / ₈	102 ⁵ / ₈	—	
	Juli 2.	80 ³ / ₄	—	100 ⁵ / ₈		Juli 1.	91 ¹ / ₂	103	—	
	Oct. 1.	81 ¹ / ₈	—	101 ¹ / ₈		Oct. 1.	92 ¹ / ₄	102 ³ / ₈	—	
1851.	Janr. 3.	80 ¹ / ₄	—	101 ⁵ / ₈	1858.	Janr. 2.	92	102	—	
	April 2.	86 ⁵ / ₈	—	103 ³ / ₄		April 1.	93	102 ³ / ₄	—	
	Juli 1.	89 ³ / ₈	100 ⁷ / ₈	102 ³ / ₄		Juli 1.	93 ⁷ / ₈	103 ¹ / ₈	—	
	Oct. 1.	88 ¹ / ₄	101 ³ / ₄	103 ¹ / ₄		Oct. 1.	94	102 ⁷ / ₈	—	
1852.	Janr. 1.	88 ¹ / ₂	102 ¹ / ₄	103	1859.	Janr. 3.	95 ³ / ₈	104	—	
	April 2.	91	103	103 ¹ / ₄		April 1.	96 ¹ / ₈	103 ⁷ / ₈	—	
	Juli 1.	90 ³ / ₄	103	101 ³ / ₄		Juli 1.	88 ³ / ₈	99 ⁵ / ₈	—	
	Oct. 1.	90 ³ / ₄	103	102 ³ / ₈		Oct. 1.	92 ¹ / ₄	102 ³ / ₄	—	
1853.	Janr. 3.	91 ³ / ₈	102 ³ / ₄	102 ³ / ₄	1860.	Janr. 2.	93 ³ / ₈	103 ¹ / ₂	4proc. 97 ¹ / ₂	
	April 1.	93 ¹ / ₂	104	102 ³ / ₄			April 2.	94 ¹ / ₄	103 ¹ / ₄	99 ¹ / ₄
	Juli 1.	91 ³ / ₄	102 ³ / ₄	101 ¹ / ₂			Juli 2.	94	103 ¹ / ₄	100 ¹ / ₄
	Oct. 1.	90 ³ / ₄	103 ¹ / ₄	102 ¹ / ₄			Oct. 1.	93 ³ / ₄	102	100 ³ / ₈

§. 93.

Vergleichende Recapitulation.

Stand von 1860 in runden Summen:

1) Bevölkerung	1,340,000 Sln.
2) Staatsgebiet	278 □ M.
3) Gesamtstaatsschuld	79,000,000 fl.
Davon unproductiv circa	31,400,000 fl.
Eisenbahnschuld	44,600,000 „
Papiergeld	3,000,000 „

4) Capitalwerth des Staatsvermögens	94,000,000 fl.
5) Ueberschuss der Activen über die Passiven	15,000,000 "
6) Staatsausgaben roh: 23,300,000 fl., rein: 17,600,000 "	
7) Directe Steuern " 3,554,000 " " 3,350,000 "	
8) Indirecte Steuern, einschliesslich der Hälfte des Ertrags der Salinen	7,146,000 " " 5,350,000 "
9) Ganze Steuerlast " 10,700,000 " " 8,700,000 "	
Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:	
a) an der Gesamtstaatsschuld	59,000 "
b) " " unproductiven Schuld	23,433 "
c) " " Eisenbahnschuld	33,283 "
d) " " Papiergeldsschuld	2,239 "
e) am Capitalwerth des Staatsvermögens	70,150 "
f) an einer Jahres-Netto-Ausgabe	13,134 "
g) an directen Steuern roh: 2,652 fl., rein: 2,500 "	
h) " indirecten Steuern " 5,333 " " 3,992 "	
i) ganze Steuerlast " 7,985 " " 6,492 "	
Verhältniss der Staatsschuld zum Vermögen wie 1:1,19; Verhältniss einer Jahreseinnahme (à 18,300,000 fl.) zur Staatsschuld wie 1:4,317.	

8) Grossherzogthum Hessen. *)

§. 94.

Historische Rückblicke.

Gebietsveränderungen. Bis 1247 theilte das Gebiet des heutigen Grossherzogthums Hessen die Schicksale des übrigen Landes der Katten und war grösstentheils im Besitze der thüringischen Landgrafen. Nach deren Aussterben gründete Heinrich von Brabant, Enkel des Landgrafen Ludwig IV. und dessen Gemahlin, der h. Elisabeth, eine selbstständige Landgrafschaft Hessen. Er ist der Stammvater des jetzt regierenden Hauses. Von da bis zur französischen Revolution fanden mehrfache Ländertheilungen statt und es blieben die heute noch bestehenden drei hessischen Linien. Hessen-Darmstadt wusste übrigens sein Gebiet bei verschiedenen Anlässen zu vergrössern. Es besass 1789 die obere Grafschaft Katzenelnbogen (mit Darmstadt und Ems), Oberhessen und die Herrschaft Hanau-Lichtenberg, zusammen etwa 100 Quadratmeilen mit 300,000 Bewohnern. Durch den Luneviller Frieden (1801) gingen die linksrheinischen Besitzungen verloren, ebenso mussten die Aemter Lichtenau und Wildstadt an Baden, und die Aemter Katzenelnbogen, Ems, Epstein und Kleeberg an Nassau-Usingen abgetreten werden. Darmstadt erhielt aber durch französischen Einfluss fast das Siebenfache auf Kosten der geistlichen Reichsstände von Köln, Mainz, Worms etc. als Entschädigung. Der Beitritt zum

*) Literatur: Walther, das Grossh. Hessen nach Geschichte, Land, Volk, Staat und Oertlichkeit beschrieben, Darmstadt, 1854. Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Cassel. v. Reden a. a. O. I. Bd., 1. Abth., S. 396 ff. Kolb a. a. O. S. 229 ff. Brachelli a. a. O., I. Bd. S. 610 ff.

Rheinbund (1806) brachte die Erhöhung des Landes zum Grossherzogthum, sowie die Souveränität über eine Reihe von fürstlichen, gräflichen und ritterschaftlichen Gebieten. 1810 erlangte das Grossherzogthum einige Aemter von Baden, einen Theil von Hanau und ein Amt von Fulda. Die Wiener Congressbeschlüsse, sowie die Territorialrecesse mit Hessen-Cassel, Oesterreich und Preussen (1816) änderten den Länderbestand abermals. Darmstadt trat das Herzogthum Westphalen und die Oberhoheit über Wittgenstein und Berleburg an Preussen; die Aemter Algenau, Amorbach, Wittenberg und Heubach an Bayern; endlich das Amt Dorheim und einige Dörfer an Hessen-Cassel ab, erhielt aber auf dem linken Rheinufer durch einen Theil des französischen Donnersberg-Departements (mit Mainz) und auf dem rechten Rheinufer durch einen Theil des Fürstenthums Ysenburg vollen Ersatz.

Finanzgeschichtliches. Dass das Grossherzogthum Hessen dem allgemeinen Schicksal der Finanzzerrüttung am Anfange dieses Jahrhunderts nicht entgehen konnte, brachte schon seine exponirte Lage mit sich. Die neu erworbenen Landestheile gewährten die Vortheile nicht, die man erwartete; denn sie waren schon bei der Einverleibung mit namhaften Schulden belastet. Die grossen Ausgaben konnten daher von den vorher bestandenen Einnahmequellen nicht bestritten werden. Der Staatscredit war aber längst an seinen Grenzen angekommen. Die erste Anordnung des souverän gewordenen Fürsten war sonach die Aufhebung der altständischen Verfassung, aller Steuerbefreiungen und einer Reihe alter steuerartiger Abgaben, dagegen die Einführung eines neuen allgemeinen Steuersystems und die Erhöhung der directen Steuern.¹⁾ Indessen konnte damit nicht ausgereicht werden. Nachdem die Kriegszeit überstanden war, liessen die Missjahre von 1816 und 1817 eine Besserung der Finanzlage eben so wenig zu. Daher fortwährende Deficits und neue Schuldenvermehrung. Selbst im Jahr 1820 ergab der Voranschlag noch einen Einnahmehemangel von 687,289 fl. und es dauerte von da ab noch eine Reihe von Jahren, bis endlich das Gleichgewicht hergestellt werden konnte.

In die Jahre 1819 und 1820 fielen die Verfassungsverhandlungen, welche auch für die Finanzen des Landes von entscheidender Wichtigkeit waren. Auf Andrängen des Landes erschien nämlich unter'm 18. Febr. 1819 ein Patent, welches die Verleihung einer Constitution und die Berufung einer Ständeversammlung auf Mai 1820 versprach. Am 18. März 1820 folgte wirklich eine verleihe Verfassungs-Urkunde, die jedoch wenig Anklang fand. Sie wurde durch die einberufenen Stände vielfach modificirt und am 17. Decbr. 1820 abgeschlossen, auch vom Grossherzog genehmigt, so dass das neue Verfassungswerk als eine Vereinbarung zwischen Fürst und Volk zu Stande kam. Wir werden auf den uns berührenden Inhalt des Grundgesetzes, welches durch Gesetze vom 28. Septbr. 1842, 7. August 1848, 3. Septbr. 1849, 10. Octbr. 1849, das Edict vom 27. Septbr. 1850 und das Wahlgesetz vom 6. Septbr. 1856 Abänderungen erlitt, geeigneten Orts zurückkommen.

In specie das Schuldenwesen betreffend, haben wir Folgendes zu bemerken. Die älteren Schulden zerfielen, wie anderwärts, in die beiden Hauptclassen: Landes- und Kammerschulden. Sie erlitten aber durch die fortwährenden Territorialveränderungen, sodann durch die Aufhebung der altständischen Verfassungen, sowohl in ihrem Bestande als in ihren Rechtsverhältnissen so wesentliche Modificationen, dass eine völlige Unsicherheit der Beurtheilung unvermeidlich war. Schon im Jahre 1806 wurde daher feierlich versprochen, dass alle landständischen oder von den Ständen garantirten Schulden nach wie

¹⁾ Edict vom 1. Oct. 1806.

vor auf dem Lande radicirt und hypothecirt bleiben, auch die pünktliche Sorge dafür getragen werden solle, dass die Zinsen vor allen andern Zahlungen berichtigt und die fälligen oder ordnungsmässig gekündigten Capitalien nach den bisher bestandenen Normen abgetragen werden.¹⁾ Das letztere Versprechen pünktlich zu erfüllen, erlaubten indessen die Verhältnisse nicht. Im Jahre 1813²⁾ wurde daher verfügt, dass vor Ablauf zweier Jahre nach erfolgtem Friedensschlusse keine Capitalkündigung angenommen werden solle, welche Suspension 1817³⁾ bis zu Ende des Jahres 1818, und 1819⁴⁾ bis zu dem Zeitpunkte verlängert wurde, in dem die Ordnung des Staatsschuldenwesens mit den Landständen erfolgt sein würde. Dieser Zeitpunkt trat 1821 ein, in welchem Jahre das Staatsschuldengesetz⁵⁾ zu Stande kam. Dasselbe stellt die gesammte Staatsschuld unter die Gewähr und Mitverwaltung der Stände, verordnet die Errichtung einer Tilgungscasse und sorgt für die regelmässige Verzinsung und Tilgung der Schulden. Es erhielt 1824⁶⁾ einen Nachtrag, welcher insbesondere die Herabsetzung des Zinsfusses bezweckte. Was diese, heute noch die Grundlage der Schuldenverwaltung bildenden Gesetze des Näheren enthalten, werden wir weiter unten vor Augen führen.

Um diese Zeit (1821) bestand die Staatsschuld aus einer liquiden Masse von 12,949,173 fl.; aus einer zu 971,302 fl. geschätzten illiquiden, und aus einer, die Zahlungsrückstände begreifenden schwebenden Schuld. Zur Tilgung der letztern wurden die Activreste aus früheren Jahren bestimmt und eine Hauptrest-Casse gegründet,⁷⁾ welche bis 1838 bestand und im Ganzen 2,959,429 fl. verwendete. Der illiquiden Schuld wuchsen übrigens noch bedeutende Posten zu und schliesslich wurde sie grösstentheils anerkannt und vergrösserte somit die liquide Schuld. Auch gegenüber den Gemeinden und Provinzen verfuhr man sehr liberal und übernahm Schuldtheile auf die Gesammtheit, welche anderwärts den Corporationen überwiesen blieben. 1825 betrug daher die anerkannte Staatsschuld unerachtet der Tilgung bereits 14,258,570 fl.

In demselben Jahre⁸⁾ ward zum Zwecke der Zinsermässigung auf 4% (es waren die meisten Capitalien zu 5, einzelne sogar zu 6% verzinslich) mit dem Hause Rothschild in Frankfurt das heute noch bestehende Lotterianlehen à 6½ Mill. fl. abgeschlossen, das anfänglich reissenden Absatz fand, schon nach wenigen Wochen aber auf 70% und darunter fiel. Der Grund der letzteren Erscheinung lag hauptsächlich in dem erst nach der Subscription publicirten Ziehungsplan, welcher die Tilgung des ganzen Darlehens auf die letzten Jahre der 50jährigen Tilgungsperiode verschiebt und in den ersten 25 Jahren nicht einmal die Zinsen zur Zahlung bringt, so dass bis zum Jahre 1857 die Capitalschuld fortwährend steigt.⁹⁾ (Vergl. unten §. 101). Um nun den Cours dieser Papiere wieder zu heben und denselben zudem eine Vertrauen erweckende Foundation zu geben, wandte man einerseits das Mittel an, eine Anzahl von 71,967 Stück Loosen gegen 4- und 3proc. Staatsobligationen (für 1 Loos

¹⁾ Verordnung vom 1. Oct. 1806.

²⁾ " " 11. Dec. 1813.

³⁾ " " 4. Sept. 1817.

⁴⁾ " " 5. März 1819.

⁵⁾ vom 29. Juni 1821.

⁶⁾ Gesetz vom 25. Febr. 1824.

⁷⁾ Instruction v. 9. März 1821 und Ausführungsverordn. v. 3. Mai desselben Jahres.

⁸⁾ Vergl. Verordn. vom 15. Aug. 1825.

⁹⁾ Es ist angenommen, dass der Schuldbetrag im Jahre 1857 den höchsten Stand von 9,905,000 fl. erreicht haben werde.

à 50 fl. wurde eine 3proc. Obligation gleichen Nominalbetrags, oder eine 4proc. Obligation im Nominalwerthe von 42 fl. gegeben und es gewann die Casse bei dem Geschäft noch 263,579 fl.) einzutauschen, andererseits überwies man aber der Tilgungscasse eine feststehende Dotation von 598,307 fl. jährlich, worunter insbesondere 43,500 fl. zur Ansammlung der nöthigen Fonds für die Tilgung des Lottericanelehens am Schlusse der Tilgungsperiode. Nebendem waren zur Schuldentilgung die Erlöse aus denjenigen Staatsdomänen, welche nach Art. 6 der Verfassung dem Staat überlassen wurden ($\frac{1}{3}$ aller Domänen) und die sonstigen Zuflüsse der Tilgungscasse, namentlich an Depositen und Cautionen, bestimmt. Schon die feststehende Dotation war indessen, eben weil aus dem Lottericanelehen zunächst nicht einmal die Zinsen bezahlt wurden, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Tilgungscasse nicht erforderlich; es ergaben sich vielmehr Ueberschüsse von Belang, welche zu einer Art Reservefonds in der Schuldentilgungscasse angesammelt wurden. Dagegen nahm aber die Staatsschuld von Jahr zu Jahr auch dann zu, wenn keinerlei neue Anlehen oder Schuldüberweisungen stattfanden, weil nämlich alljährlich derjenige Betrag des Lottericanelehens, welcher weniger als die Zinsen und die 50jährige Tilgungsquote abbezahlt ward, der Schuld zugerechnet wurde. Der ganze Zustand der Tilgungscasse war auf die Berechnung gegründet, dass im Jahre 1850 Vermögen und Schuld der Tilgungscasse gleich, d. h. die Mittel zur Tilgung der ganzen Staatsschuld beschafft und vorrätig sein werden.

In der That hob sich auch der Landescredit in Folge dieser Maassregeln dergestalt, dass 1833 an eine weitere Zinsherabsetzung von 4 auf $3\frac{1}{2}\%$ gedacht werden konnte.¹⁾ Die zu diesem Behufe bereits begonnenen Operationen wurden aber dadurch unterbrochen, dass die Staatsschuldentilgungscasse zugleich zu einer Creditanstalt behufs Beförderung der Ablösung von Grundrenten erweitert wurde.²⁾ Es wurde ihr zur Pflicht gemacht, den Gefällpflichtigen zu diesem Zwecke Darlehen gegen geringe Zinsen (3%) zu machen, wogegen sie in die Forderungsrechte der Gefällberechtigten eintrat. Um hiezu die Mittel zu beschaffen, wurden die noch im Besitze der Tilgungscasse befindlichen Loose des 1825ger Anlehens (67,543 Stücke) an das Haus Rothschild um 4,025,580 fl. verkauft, wobei ein Gewinn von 637,799 fl. erzielt wurde. So hatte sich der Cours der Loose gehoben. Ausser der hiedurch eingetretenen Vermehrung der Passiven, trat 1845 eine andere durch die Uebernahme von 2,244,000 fl. Strassenbauschulden auf die Tilgungscasse ein.³⁾ Letztere erhielt jedoch dabei eine (übrigens ungenügende) weitere Dotation, bestehend in einer Umlage von 1 Heller auf jeden Gulden Normalsteuercapital, welche indessen später den Tilgungscassen für die Provinzialstrassenbauten zugewiesen wurde.⁴⁾

Im Jahre 1842 entstand auch im Grossherzogthum Hessen eine neue Staatsschuld in Folge des Eisenbahnbaues.⁵⁾ Sie wurde, wie in Baden, von der eigentlichen Landesschuld gesondert gehalten und findet in einer abgeschiedenen Eisenbahnschulden-Tilgungscasse ihre Vertretung. Die bis jetzt aufgenommenen einzelnen Eisenbahnanlehen werden wir in §. 101 nach Grösse und Eigenthümlichkeit anführen.

Bis zum Jahre 1848 blieb die Finanzlage, wie überall, eine durchaus be-

¹⁾ Vergl. Gesetze vom 16. Juli 1833 und vom 29. März 1836.

²⁾ Gesetze vom 27. Juni 1836 und Ausführungsverordnung vom 10. Janr. 1837.

³⁾ Gesetz vom 19. Sept. 1845, Regierungsbl. S. 289.

⁴⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 1857/59, Beilagenbd. 4, Beil. 211.

⁵⁾ Durch Gesetz vom 16. Juli 1842, Regierungsbl. S. 321, wurde der Bau der Hauptlinien auf Staatskosten beschlossen, für Nebenlinien aber Concessionirung von Gesellschaften zugestanden.

friedigende. Man konnte wiederholt Steuererleichterungen eintreten lassen und gleichwohl das Gleichgewicht im Haushalte vollkommen erhalten. Von 1848 an verschlimmerte sich aber der wirthschaftliche Zustand in hohem Grade, so zwar, dass nicht nur eine Reihe neuer Anlehen aufgenommen werden musste, sondern eine Besserung der Lage auch später eintrat als in den Nachbarländern. Wir werden im Folgenden Gelegenheit haben, sowohl auf diese neuen Staatsanlehen, als auch auf die Gestaltung der finanziellen Lage während der letzten Jahre des Nähern zurückzukommen und schliessen daher hier mit einer

Uebersicht über die Bewegung der Staatsschuld (ohne die Eisenbahnschuld)
zu verschiedenen Zeitperioden.

Es betragen am Ende des Jahres	die Passiven der Tilgungscasse:	die Activen derselben:	der reine Schuldenbestand:
1820 ¹⁾ . .	13,282,924 fl.	—	13,282,924 fl.
1839 ²⁾ . .	11,720,314 „	6,273,874 fl.	5,446,440 „
1847 ³⁾ . .	14,489,914 „	10,716,127 „	3,773,787 „
1851 ⁴⁾ . .	16,213,189 „	12,858,543 „	3,354,646 „
1854 ⁵⁾ . .	17,709,915 „	13,705,994 „	4,003,921 „
1855 ⁶⁾ . .	19,720,238 „	13,602,943 „	6,117,295 „
1856 ⁷⁾ . .	19,388,878 „	14,180,643 „	5,208,235 „

Unter diesen Summen sind nicht nur die Capitalposten, sondern auch die rückständigen Zinsen inbegriffen.

Die Eisenbahnschuld betrug ohne Abrechnung des Baarvorraths der Tilgungscasse am Ende der Jahre

1843 ⁸⁾	4,000,000 fl.
1847 ⁹⁾	8,535,000 „
1850 ⁹⁾	14,437,500 „
1853 ⁹⁾	15,292,600 „

Betreffend die Landesschuld, so entnimmt man dieser Uebersicht, dass die oben berührte Berechnung, wonach im Jahre 1850 die Activen und Passiven sich hätten decken sollen, sich nicht als stichhaltig erwiesen hat, was hauptsächlich der Ueberweisung der Strassenbauschulden und den Capitalaufnahmen seit 1848 zuzuschreiben ist. Auch kann nicht unbeachtet bleiben, dass unter dem Vermögen der Tilgungscasse die Erlöse aus veräusserten Staatsgütern inbegriffen sind. Die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld wird dagegen aus den Erträgen der damit erstellten Schienenwege grösstentheils gedeckt, so dass nur ein kleiner Zuschuss der Staatscasse erforderlich ist.

¹⁾ v. Reden a. a. O. S. 458.

²⁾ Regierungsbl. von 1841, S. 646—650.

³⁾ „ „ 1850, S. 245—247.

⁴⁾ „ „ 1854, S. 494—496.

⁵⁾ „ „ 1857, S. 451—454.

⁶⁾ „ „ 1858, S. 564—568.

⁷⁾ „ „ 1859, S. 526—528.

⁸⁾ Vergl. Bekanntm. vom 15. Juni 1843, Regierungsbl. S. 189.

⁹⁾ Verhandl. der II. Kammer von 1857/59, 5. Beilagenbd., Beil. 329, S. 17.

§. 95.

Neuester Bestand der grossh. hessischen Staatsschuld.

Die letzte Veröffentlichung der Staatsschuldentilgungscasse datirt vom 12. Dec. 1860 ¹⁾ und umfasst das Jahr 1857. Am Ende dieses Jahres bestand

A. die allgemeine Landesschuld aus folgenden Posten:

a) unverzinsliche Schuld (insbesondere Grundrentenscheine)	3,012,743 fl.
b) Capitalien zu 3 ⁰ / ₀	609,580 "
c) " " 3 ¹ / ₂ ⁰ / ₀	1,099,300 "
d) " " 4 ⁰ / ₀ (worunter das Lotterieanlehen)	12,617,015 "
e) " " 4 ¹ / ₂ ⁰ / ₀	1,780,600 "
f) " " 5 ⁰ / ₀	433 "
	<u>19,119,671 fl.</u>

Dazu Rückstände an nicht erhobenen Zinsen und Capitalposten wegen nicht fiscalischer Grundrenten

136,508 "

Zusammen Passiven der Casse 19,256,179 fl.

Dieselbe besass aber an Activen:

1) Staats-Activcapitalien	939,831 fl.
2) Rentenforderungen bei den Rentenpflichtigen, resp. Gemeinden	12,356,445 "
3) Activausstände an Zinsen etc.	677 "
4) Cassenvorrath	1,098,618 "
	<u>14,395,571 fl.</u>

Es betrug daher der Passivstand am 1. Janr. 1858 . . . 4,860,608 fl.

B. Die Eisenbahnschuld bestand Ende 1856 aus

a) Capitalien zu 4 ⁰ / ₀	8,680,000 fl.
b) " " 4 ¹ / ₂ ⁰ / ₀	3,437,500 "
c) Grundrentenscheinen	1,547,600 "
	<u>13,665,100 fl.</u>

Davon ab im Jahre 1857 getilgt 142,500 "

Verbleibt Restschuld Ende 1857 ²⁾ 13,522,600 fl.

Am 1. Janr. 1858 betrug sonach der Gesamtschuldenstand 18,383,208 fl.

Bis zum 1. Janr. 1860 hatte sich der Abschluss in Folge des neuen Kriegsanlehens von 1859 verschlimmert und es war der Schuldenbestand in runder Summe:

a) Passiven der Staatsschuldentilgungscasse über Abzug ihrer Activen	6,881,300 fl.
b) Passiven der Eisenbahnschuldentilgungscasse	13,398,600 "
c) Gesamtschuld	<u>20,279,900 fl.³⁾</u>

Diese unmittelbaren Geldverbindlichkeiten der Tilgungscassen werden noch durch die Garantie gesteigert, welche die Stände für die Provinzial-Strassenbauschulden übernommen haben. Doch ist die Last dieser Garantie um so

¹⁾ Regierungsbl. von 1860, S. 432—435.

²⁾ Vergl. Anlagen zu Beil. Nr. 140 der ständ. Verhandl. von 1857/58, S. 111.

³⁾ Vergl. Gothaer Hofkalender für 1861, S. 556. Es war uns trotz aller Mühe nicht möglich, die neuesten ständischen Verhandlungen von 1859/60, welche im Buchhandel noch nicht zu haben sind, uns zu verschaffen und zu benützen.

weniger von grosser Bedeutung, als diese Provinzial-Schulden durch gesicherte Steuerbeiträge allmählig getilgt werden und ihrer Summe nach ohnediess nicht von Erheblichkeit sind.

Eine Vergleichung des Schuldenbestandes der beiden benachbarten Grossherzogthümer Baden und Hessen ergibt sofort einen namhaften Unterschied zu Gunsten des letztern.

§. 96.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld.

Das Grossherzogthum Hessen zählt zu den constitutionell-monarchischen Staaten des deutschen Bundes. Seine Verfassung, über deren Entstehung wir in §. 94 Andeutung gegeben haben, datirt vom 17. Decbr. 1820.¹⁾ Sie bestimmt hinsichtlich der Verwaltung der Staatsschuld Folgendes:

§. 78. „Die gesammte Staatsschuld, welche ohne ständische Einwilligung nie vermehrt werden kann, ist als solche durch die Verfassung garantirt. Die Art und Weise ihrer Zurückzahlung bestimmt das Schuldentilgungsgesetz.“

§. 71. „In ausserordentlichen Fällen, wo drohende äussere Gefahren die Aufnahme von Capitalien dringend erfordern, die Einberufung der Stände aber, oder eine vorläufige Berathung mit denselben durch äussere Verhältnisse unmöglich gemacht wird, kann die Staatsregierung die erforderlichen Summen lehnbar aufnehmen, vorbehältlich der Nachweisung ihrer Verwendung und der Verantwortlichkeit der obersten Staatsbehörde.“

Das in §. 78 der Verfassungs-Urkunde in Aussicht gestellte Staatsschuldentilgungsgesetz kam schon am 29. Juni 1821 zu Stande. Es enthält nicht nur Bestimmungen über die Tilgung, sondern auch über die Verwaltung der Staatsschuld. Danach ist die letztere eine einheitliche und beruht im Wesentlichen auf dem Principe, dass der Regierung und den Ständen der gleiche Einfluss auf dieselbe zustehe. Die Tilgungscasse wird desshalb von zwei Directoren geleitet, wovon die Regierung den einen ernennt, während der andere von den Ständen gewählt wird. Dasselbe gilt hinsichtlich der beiden Controleurs. Die oberste Leitung steht übrigens dem Finanzministerium zu. Gemäss einer Vereinbarung der Stände ist die Wahl des landständischen Personals bei der Tilgungscasse zwischen beiden Kammern derart getheilt, dass dieselbe von einer Kammer ausschliesslich auf zwei Finanzperioden (6 Jahre) vorgenommen wird und alsdann auf die andere übergeht.²⁾

Hinsichtlich der Eisenbahnschuld bestimmt das Gesetz vom 16. Juli 1842³⁾ in Art. 6:

„Die Stände des Grossherzogthums erkennen die für die Staatseisenbahnen contrahirten und verwendeten Capitalaufnahmen als Staatsschuld an.“

Gemäss §. 16 des Gesetzes vom 29. Juni 1821 sind die Resultate der Staatsschuldenverwaltung alljährlich zu veröffentlichen, was in Absicht auf die Landesschuld im Regierungsblatte geschieht. Bezüglich der Eisenbahnschuld

¹⁾ Abgedruckt bei Zachariae, die deutschen Verfassungsgesetze der Gegenwart, S. 400 ff. Göttingen, 1855.

²⁾ Vergl. §. 22 des Landtagsabschieds vom 18. Juli 1842, Regierungsbl. S. 310.

³⁾ Regierungsbl. von 1842, S. 321.

schreibt das oben citirte Gesetz (Art. 7) nur vor, dass nach Umlauf einer jeden Finanzperiode über die bis dahin geschehene Verwendung der Baukosten den Ständen Rechenschaft abgelegt werden müsse. Den letzteren wird übrigens nicht nur die Baurechnung, sondern auch die Rechnung der Eisenbahnschulden-Tilgungscasse zur Prüfung und Entlastung vorgelegt.

Ogleich die Eisenbahnschuld von der übrigen Staatsschuld abgesondert gehalten wird und in den officiellen Actenstücken von einer besondern Eisenbahnschuldentilgungscasse die Rede ist, so ist letztere doch mit der Staatsschuldentilgungscasse derart organisch verbunden, dass dieselben Beamten beide Tilgungscassen verwalten.

§. 97.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Bei den eigenthümlichen Verhältnissen der grossh. hessischen Schuldentilgungscasse haben wir vor Allem zu unterscheiden zwischen den Tilgungsfonds, welche derselben zur Verfügung gestellt sind, d. h. der Dotation der Tilgungscasse, und den Tilgungsquoten, welche nach den einzelnen Darlehens-Verträgen und Gesetzen jährlich auf die Schuld abzutragen sind. Diese sind nicht, wie in andern Staaten, gleich, vielmehr empfängt die Tilgungscasse theils mehr, theils weniger, als sie an der Staatsschuld heimzuzahlen verpflichtet ist.

I. In Beziehung auf die Dotation der Tilgungscasse haben wir zu bemerken bereits Gelegenheit gehabt (§. 94), dass solche für die im Jahre 1826 anerkannt gewesene Schuld wie folgt fixirt worden ist: ¹⁾

behufs der Zinsenzahlung	554,807 fl.
zum Zweck der Tilgung	43,500 „

598,307 fl.

Nebendem verordnete schon §. 6 der Verfassungs-Urkunde:

„Ein Drittheil der sämmtlichen Domänen wird nach der Auswahl des Grossherzogs an den Staat abgegeben, um mittelst allmäligen Verkaufs zur Schuldentilgung verwendet zu werden.“

Für diejenigen Theile der 1826 noch nicht anerkannten Schuld, welche später der liquiden Schuld einverleibt wurden, war der Tilgungscasse das Zinsenerforderniss, nicht aber ein weiterer Tilgungsbetrag, besonders zugewiesen. Noch anders verhielt es sich bei der Ueberweisung der Staatsstrassenbauschulden, deren Verzinsung und planmässige Tilgung der Tilgungscasse ohne Ersatz aufgebürdet worden ist. ²⁾ Dagegen wurde bei den neuen Capitalaufnahmen seit 1848 je ein besonderer Tilgungsfonds ausgesetzt und der Tilgungscasse überwiesen.

Die Dotation der Schuldentilgungscasse besteht daher gegenwärtig aus

- 1) der im Jahre 1827 fixirten Summe von 598,307 fl.;
- 2) den Zinsen der seitdem liquid gewordenen alten Schuld;
- 3) den Zinsen und Tilgungsquoten der seit 1848 aufgenommenen neuen Anlehen, wie letztere vertragsmässig festgesetzt worden sind;

¹⁾ Gesetz vom 16. Juni 1827, Regierungsbl. S. 225—226.

²⁾ Durch das Gesetz vom 19. Sept. 1845, Regierungsbl. S. 289, wurde zwar der Tilgungscasse die vorher zum Zwecke der Tilgung der Strassenbauschulden eingeführte directe Steuer zugewiesen, sofort aber durch alle folgenden Finanzgesetze verfügt, dass die Tilgungscasse diese Steuer an die Provinzialstrassenbauaufonds als Beitrag zur Tilgung der Provinzialstrassenbauschulden abzugeben habe.

- 4) dem Erlös aus den — zur Schuldentilgung bestimmten Domänendrittel, beziehungsweise aus dem Ertrage dieses bereits realisirten Erlöses; endlich
- 5) dem Erträgniss des sonst angesammelten Vermögens der Tilgungscasse selbst.

Dass dieses Vermögen sehr bedeutend; dass es namentlich auch aus dem Grunde zu seinem jetzigen Bestande anwuchs, weil das Rothschild'sche Lotterianlehen von 1825 auf eine solche Ersparniss basirt wurde; und dass der so erzielte günstige Stand der Tilgungscasse im Jahre 1836 dazu benützt ward, um aus ihr zugleich eine Creditanstalt zur Beförderung der Grundentlastung zu machen: haben wir bereits nachgewiesen. Weit der grösste Theil des Activvermögens der Tilgungscasse ist denn auch an die Grundrentenpflichtigen auf die sicherste Art ausgeliehen und wird nach und nach durch die Rentenzahlungen derselben wieder flüssig, so dass es seinen Zwecken vollständig dienen kann.

Aehnlich sind die Verhältnisse der Eisenbahnschuld. Bezüglich dieser setzt das Gesetz vom 16. Juli 1842¹⁾ den Tilgungsfonds folgendermassen fest:

Art. 4. „Zur successiven Rückzahlung der zum Eisenbahnbau aufgenommenen Capitalien ist unverkürzt die Summe bestimmt, welche von dem reinen Ertrag der Eisenbahn, nach Berichtigung der Zinsen, übrig bleibt. Sollte diese Summe nicht $\frac{1}{2}\%$ von dem Anlagecapital der Eisenbahn, nebst den dadurch erspart werdenden Zinsen in einem oder dem andern Jahre ausmachen, so soll das Fehlende aus den bereitesten Mitteln der Hauptstaatscasse zugeschossen werden. Die stückweise Capitalrückzahlung beginnt mit dem ersten Jahre nach Eröffnung der Eisenbahn.“

Die sämmtlichen Eisenbahnanlehen sind in Gemässheit dieser Gesetzesbestimmung unter dem Versprechen contrahirt worden, dass am Capital jährlich mindestens $\frac{1}{2}\%$ nebst zuwachsenden Zinsen getilgt werden solle, und da bis jetzt das Reinerträgniss der Bahnen den Betrag des Zins- und Tilgungserfordernisses noch nicht überstiegen hat, so war bisher die Einnahme und Ausgabe der Eisenbahnschuldentilgungscasse gleich. Würde jedoch dieses Erträgniss höher steigen, so müsste auch die Eisenbahnschuldentilgungscasse entweder Vermögen ansammeln oder grössere Capitaltilgungen vornehmen, als die Anlehensbedingungen vorsehen.

II. Betreffend die alljährlich mindestens zur wirklichen Zurückzahlung zu bringenden Quoten verweisen wir, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Erörterung der einzelnen Anlehen (§. 101) und reproduciren hier nur noch das neueste Gesetz über die Tilgung der Staatsschulden,²⁾ welches verfügt:

Art. 1. „Die Staatsschuldentilgungscasse wird ermächtigt, insoweit es die disponibeln Mittel derselben erlauben, zur Abtragung der für die Staatsschuldentilgungscasse, als solcher, negociirten Anlehen, höhere Summen zu verwenden, als die Dotation für das betreffende Anlehen beträgt, unbeschadet jedoch der im Art. 8 des Gesetzes vom 27. Juni 1836, die Mitwirkung der Staatsschuldentilgungscasse zur Ablösung der Grundrenten betreffend, vorgeschriebenen Verpflichtung der Staatsschuldentilgungscasse zu Darlehen behufs der Grundrentenablösung.“

Art. 2. „Die Hauptstaatscasse bleibt dagegen verpflichtet, die für

¹⁾ Regierungsbl. von 1842, S. 321.

²⁾ Vom 24. Dec. 1857, Regierungsbl. von 1858, S. 20.

jedes Anlehen gesetzlich bestimmte Dotation insolange an die Staatsschuldentilgungscasse fortzuentrichten, als für die Abtragung mittelst dieser Dotation allein erforderlich gewesen sein würde.⁴

Wie man sieht, bezieht sich dieses Gesetz auf die Eisenbahnschulden nicht. Die Verwaltung der Tilgungscasse der Landesschulden hat aber von der ihr ertheilten Ermächtigung Gebrauch gemacht, indem sie das zu 4 $\frac{1}{2}$ % verzinsliche Anlehen von 1852 und ebenso das 4 $\frac{1}{2}$ proc. Anlehen von 1856 gänzlich kündigte. Damit hat sie die höher als 4% verzinsliche Schuld, abgesehen von dem Kriegsanlehen de 1859, beseitigt.

III. Der bei der Rückzahlung der gesamten Staatsschuld in Anwendung kommende Tilgungsmodus ist der der Verloosung und Einlösung der Obligationen im Nennwerthe. Die Tilgungscasse ist zwar ermächtigt, ihre eigenen Obligationen aufzukaufen, jedoch nur zum Zwecke der nutzbringenden Anlage ihrer disponibeln Fonds, nicht zum Zwecke der Schuldentilgung.

§. 98.

Sicherheitsobjecte der grossh. hessischen Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

I. Staatsvermögen. In Bezug auf dieses bestehen im Grossherzogthum Hessen wiederum eigenthümliche Rechtsverhältnisse. Die Verfassungsurkunde setzt nämlich in Titel II Folgendes fest:

- §. 6. „Ein Drittheil der sämtlichen Domänen . . . wird . . . an den Staat abgegeben, um zur Schuldentilgung verwendet zu werden.“
- §. 7. „Die übrigen zwei Drittheile bilden das schuldenfreie unveräusserliche Familieneigenthum des grossherzogl. Hauses.“
„Die Einkünfte dieses Familienguts . . . sollen jedoch in dem Budget aufgeführt und zu den Staatsausgaben verwendet werden; die zu den Bedürfnissen des grossherz. Hauses und Hofes erforderlichen Summen sind aber darauf vorzugsweise radicirt und ohne ständische Einwilligung soll auch von diesem Familiengute nichts verhypothecirt werden.“
- §. 8. „Bei künftigen Erwerbungen wird nach den Rechtstiteln des Erwerbs festgesetzt werden, ob sie zu den Staats- oder dem Familienvermögen gehören.“

Die Ausscheidung der Domänen zwischen Staat und Hof hat eine lange Reihe von Verhandlungen erfordert und ist erst im Jahre 1841 zum Abschlusse gediehen. Damals kam ein Uebereinkommen dahin zu Stande, dass der Staatsschuldentilgungscasse ausser den ihr bis 31. Octbr. 1838 bereits überwiesenen Summen ein für allemal eine Abfindungssumme von 2 Mill. Gulden durch Zuweisung von Domänenkaufschillingen, Ablösungsgeldern und dergl. Forderungen zu gewähren sei, wogegen alsdann alle noch vorhandenen Cameral- und Forstdomänen das schuldenfreie unveräusserliche Familieneigenthum des grossherz. Hauses im Sinne des II. Titel der Verf.-Urk. bilden sollen. Auch wurde festgesetzt, dass alle noch über jene 2 Mill. bevorbleibenden Domänenveräusserungs- und Ablösungs-Forderungen durch allmähliche neue Erwerbungen dem Familiengute einzuverleiben und hierüber den Ständen auf jedem Landtage Rechnung abzulegen sei.¹⁾

Hienach bilden die Domänen des Grossherzogthums Hessen, in so weit sie noch in natura vorhanden sind, kein Sicherheits-Object für die Staatsschuld und kommen hier nur insoferne in Betracht, als ihr Ertragsüberschuss nach

¹⁾ Vergl. Landtagsabschied vom 11. Janr. 1841, §. 25, Regierungsbl. S. 28—32.

Abrechnung der Bedürfnisse des grossherz. Hauses die Steuerpflichtigen in ihren Leistungen erleichtert, also die Steuerkraft erhöht. Wir haben darum auch nicht nöthig, eine Berechnung des Capitalwerths dieser Domänen anzustellen.

Dagegen dient das eigene Vermögen der Schuldentilgungscasse unbedingt zur Deckung der Staatsschuld. In welchem Verhältnisse dasselbe zur letzteren steht, haben wir in §. 95 gesehen. Wir fügen hier noch bei, dass es um so ungenügender ist, als ein grosser Theil desselben von dem Rothschild'schen Lotterianlehen seiner Zeit absorbirt werden wird. (Vergl. §. 94.)

Die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnschuld haben sich anders gestaltet. Dass für dieselbe die gesammten Revenüen der Staatsbahnen gewissermassen verpfändet sind, ist im vorigen §. dargelegt worden. Diese Revenüen haben nach dem neuen Staatsbudget hingereicht, um das Erforderniss der Eisenbahnschuldentilgungscasse an Zinsen und Tilgungsquoten vollständig zu decken und da die Bahnen sämmtlich gut situirt sind, so ist ohne ausserordentliche Störungen auch für die Zukunft ein gleich günstiges Resultat zu erwarten.

II. Steuerkraft. Nach dem eben Gesagten ist die Steuerkraft des Landes zur Deckung eines Theils der allgemeinen Staatsschuld unbedingt, zur Deckung der Eisenbahnschuld aber subsidiär in Anspruch zu nehmen. Zur Beurtheilung derselben mögen folgende Daten einige Anhaltspunkte geben. Das Staatsgebiet umfasst 153 Geviertmeilen, auf welchen ungefähr 850,000 Bewohner leben.¹⁾ Das Grossherzogthum ist sonach eines der am dichtesten bevölkerten Länder Deutschlands. (Auf die Quadratmeile kommen in der Provinz Starkenburg 5,789; Oberhessen 4,113 und Rheinhessen 9,075 Bewohner). Es ist aber auch eines der fruchtbarsten Gebiete Mitteleuropas, und vorzüglich ein producirendes Land. Von dem ganzen, 3,365,671 hess. Morgen umfassenden Boden sind nur 9,766 Morgen öd und aller Production entzogen. Die landwirthschaftlichen Erzeugnisse wurden 1851 in den Haupttrubiken wie folgt geschätzt: Waizen 447,714; Roggen 714,909; Spelz 275,315; Gerste 723,427; Hafer 714,324; Kartoffeln 3,103,002 Malter; Futterkräuter auf Heu reducirt: 8,186,199 Ctr.; Reps und Mohn: 111,878 Malter; Handelsgewächse (Tabak, Hopfen etc.) 96,956 Ctr. Der Waldertrag wird zu 352,880 preuss. Klafter berechnet, und bildet, wie die landwirthschaftlichen Producte, einen namhaften Ausfuhrartikel. An Bergbauproducten werden jährlich gewonnen: Roheisen 139,400; Gusswaaren 46,600; Grobeisen 16,250; Drahtbengel 6,600; Klein- und Zaineisen 5,150; Puddelerzeugnisse 45,550; Stabeisen 5,200; Salz 212,000 Ctr. und Braunkohlen 97,254 Tonnen. Nebendem ist der Transit- und Speditionshandel bedeutend, und der Gewerbebetrieb in einzelnen Branchen von Belang. Das Land wird von 36,4 Meilen Eisenbahnen durchschnitten (wovon 16,5 Meilen dem Staat gehörig) und hat ein treffliches Strassennetz. Auf beiderlei Verkehrsmittel hat der Staat, auf letzteres ausserdem die Provinzen bedeutende Summen verwendet. Ebenso wird Seitens des Staats wie der Gemeinden für die geistige Cultur Vieles gethan in der richtigen Erkenntniss, dass die Hebung derselben der wirksamste Hebel zur Förderung des Volks- und Staatswohls sei. Dem gegenüber ist indessen nicht zu verkennen, dass in einzelnen Landestheilen als Folge der Uebervölkerung und der unbeschränkten Bodentheilung eine Kleinhäuslerswirthschaft besteht, welche Zeiten der Arbeitsstockung und Noth auf die Länge nicht zu ertragen vermöchte.

¹⁾ Zählungsergebnisse: 1821: 671,266; 1849: 852,524; 1852: 854,314; 1855: 836,424 1858: 845,571 Seelen.

§. 99.

Finanzlage.

Wie sich die finanziellen Zustände Hessens vor dem Jahre 1848 gestaltet hatten, haben wir in §. 94 angedeutet. Es bleibt uns daher hier nur noch übrig, die Lage seit dem Eintritte dieses Wendepunkts in's Auge zu fassen.

Diese ist eine so entschieden ungünstige, dass die Staatsverwaltung bis in die neueste Zeit herein nicht mehr aus dem Deficit herausgekommen ist. Unerachtet der hienach darzustellenden mehrfachen Schuldauflagen zur Be-
streitung von ordentlichen und ausserordentlichen Staatsbedürfnissen schlossen
die Staatsrechnungen mit Ausgabeüberschüssen ab, und zwar

von der Finanzperiode 18 ⁴⁸ / ₅₀ mit	46,208 fl. ¹⁾
" " " 18 ⁵¹ / ₅₃ "	78,076 fl. ¹⁾
" " " 18 ⁵⁴ / ₅₆ "	18,814 fl. ¹⁾

Der ministerielle Etatsentwurf für 18⁵⁷/₅₉ schliesst ferner mit einem Deficit im ordentlichen Haushalte von 574,771 fl. ab.²⁾ In Folge der ständischen Berathung wurde dasselbe zwar auf 212,781 fl. ermässigt, schliesslich aber blieb wegen der nachträglichen Credite behufs Verbesserung der Lage der Staatsdiener mit 283,304 fl. ein Einnahmemangel von 496,085 fl., welcher durch Steuererhöhung gedeckt wurde. Gleichzeitig ward zur Deckung des früheren Deficits und behufs der Ergänzung des theilweise absorbirten Betriebscapitals ein Anlehenscredit bis zum Belaufe einer Million Gulden eröffnet.³⁾

Die Schlussresultate der ganzen Finanzverwaltung, ordentliche und ausser-
ordentliche Bedürfnisse zusammengenommen, werden übrigens durch die Ver-
mehrung der Staatsschuld während dieser Periode am besten veranschaulicht.
Wir lassen daher die verschiedenen Creditoperationen folgen, wobei wir jedoch
die Schuldauflagen zum Zwecke des Eisenbahnbaues als hieher nicht gehörig
hinweglassen. Es wurden negociert:

1) ein 5proc. Anlehen im Jahre 1848 im Betrage von	1,000,000 fl. ⁴⁾
2) Emission von Grundrentenscheinen, 1851	900,000 fl. ⁵⁾
3) ein 4 ¹ / ₂ proc. Anlehen im Jahre 1853 von	500,000 fl. ⁶⁾
4) Vermehrung der Grundrentenscheine 1855 um	500,000 fl. ⁷⁾
5) desgleichen im Jahre 1856 in Folge der Uebernahme von 1,100,000 fl. Schulden der Civilliste	1,500,000 fl. ⁸⁾
6) ein 5proc. Kriegsanlehen im Jahre 1859 von	3,200,000 fl. ⁹⁾
7) Vermehrung der Grundrentenscheine um	300,000 fl. ⁹⁾
Summe der Schuldenvermehrung von 18 ⁴⁸ / ₅₀	7,900,000 fl.

¹⁾ Vergl. Vortrag des Finanzministers über die definitiven Resultate der Finanzver-
waltung in den Jahren 18⁵¹/₅₃ und über die vorläufigen Resultate pro 18⁵⁴/₅₆, Beil. 3
und 4 zu den Verhandl. der II. Kammer von 18⁵⁷/₅₉.

²⁾ Dasselbst Beil. Nr. 8, S. 31.

³⁾ Finanzgesetz vom 24. Nov. 1857, Regierungsbl. S. 369—371.

⁴⁾ Gesetz vom 19. Mai 1848, Regierungsbl. S. 163.

⁵⁾ Gesetz vom 8. Dec. 1851, Regierungsbl. S. 457.

⁶⁾ Finanzgesetz vom 29. Dec. 1852, Regierungsbl. S. 601, und Bekanntmachung
vom 23. Aug. 1853, Regierungsbl. S. 565.

⁷⁾ Finanzgesetz vom 4. Oct. 1854, Regierungsbl. S. 355, und Bekanntmachung vom
8. Juni 1855, Regierungsbl. S. 250.

⁸⁾ Gesetz vom 22. Sept. 1855, Regierungsbl. S. 363, und Bekanntm. vom 23. Sept.
1856, Regierungsbl. S. 323.

⁹⁾ Gesetz vom 11. Juni 1859, Regierungsbl. S. 355.

Ob nebedem der bereits erwähnte Anlehenscredit des Jahres 1857 von 1 Mill. bei der Staatsschuldentilgungscasse, wie beabsichtigt worden war, realisirt wurde, ist uns nicht bekannt geworden. Immerhin dürfte aber eine Benützung des Credits in solchem Maasse selbst dann noch bedenklich erscheinen, wenn die aufgenommenen Schulden, wie hier, zu einem grossen Theile unverzinslich negociirt werden konnten, und sie kann nur zur einen Hälfte mit den ausserordentlichen Kriegsbedürfnissen der Jahre 1854 und 1859, die allerdings auch von andern Staaten im Wege der Anleihen gedeckt worden sind, gerechtfertigt werden. Nicht am wenigsten scheint uns der Umstand zu dem unbefriedigenden Ergebnisse der letzten zehn Jahre beigetragen zu haben, dass die eingetretenen Differenzen zwischen Regierung und Ständen die rechtzeitige Aufstellung und beziehungsweise Berathung neuer Budgets theils ganz verhindert, theils aber ungebührlich verzögert haben, so dass von Landtag zu Landtag die alten ungenügenden Finanzgesetze verlängert werden mussten und nicht, wie anderwärts, zur Zeit für die Beschaffung ausreichender Einnahmen aus ordentlichen Quellen gesorgt wurde.¹⁾ Auch ist aus den Budgetverhandlungen das Bestreben der Stände zu ersehen, die Einnahmen möglichst hoch zu veranschlagen, was bei der geringsten Störung Deficits zur Folge haben muss.

Uebrigens ist durch das neueste Budget von 18^{60/62} sowohl formell als materiell die Ordnung wieder hergestellt, wie denn dasselbe auch ohne Deficit abschliesst.

Zur Beurtheilung der einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen des Staatsbudgets lassen wir den

Hauptvoranschlag für die Jahre 1857, 1858 und 1859,

wie solcher sich durch die ständische Berathung gestaltet hat, ²⁾ folgen.

A. Durchschnittliche Roheinnahme auf ein Jahr:

1) Kameraldomänen	607,912 fl.
2) Forstdomänen	1,257,808 "
3) Unmittelbare Einnahmen der Staatscasse	86,500 "
4) Regalien	58,010 "
5) Directe Steuern	2,315,274 "
6) Indirecte Auflagen	3,735,646 "
7) Einnahmen aus verschiedenen Quellen	212,962 "
Summe	8,274,712 fl.

B. Durchschnittliche Jahresausgabe.

1) Lasten und Abgänge	782,247 fl.
2) Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld	884,785 "
3) Pensionen	428,500 "
4) Bedürfnisse des Hofes (Civilliste 631,000 fl.)	751,800 "
5) Landstände	20,000 "
6) Militär und Militäranstalten	1,464,528 "
7) Staatsministerium, Staatsrath und Cabinet	29,250 "
8) Ministerium des Hauses und des Aeussern	97,256 "
9) " " Innern (auch Cult und Unterricht)	1,247,480 "

¹⁾ Diese verspätete Uebergabe der Etats und in Folge dessen die Verlängerung der früheren Finanzgesetze, oft bis in die Mitte der nächsten Finanzperiode hinein, dauerte bis zur neuesten Zeit und fällt in solcher den Ständen freilich nicht mehr zur Last.

²⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 18^{57/58}, I. Beil.-Bd., Beil. 8, S. 2—31, und IV. Beil.-Bd., Beil. 277, S. 2—5 und S. 10—45.

10) Ministerium der Justiz	490,853 fl.
11) " Finanzen	2,235,474 "
12) Allgemeine Kosten in den Collegienhäusern	7,620 "
13) Zur Deckung des Deficits bis Ende 1856	47,700 "
Summe	8,487,493 fl.

Im Staatsbudget sind übrigens nicht enthalten die Erträge der Staatseisenbahnen und Telegraphen, welche in die Eisenbahnschuldentilgungscasse fließen, mit durchschnittlichen 620,842 fl.¹⁾ netto.

Fügt man diese den Schlusssummen des Voranschlags bei, so ergeben sich:

Einnahmen per Jahr	8,895,554 fl.
Ausgaben " "	9,108,335 fl.
Deficit	212,781 fl.

Dass dieses Deficit durch Steuererhöhungen gedeckt wurde, haben wir schon bemerkt.

Der Hauptvoranschlag für die Jahre 18^{60/62} schliesst ab, wie folgt:²⁾

Einnahmen	9,096,664 fl.
Ausgaben	9,096,053 fl.
Ueberschuss	611 fl.

Das Gleichgewicht ist somit wieder hergestellt.

§. 100.

Gesetzgebung über Amortisation, Vindication, Verjährung und Festmachung der Staatsschuldverschreibungen.

Ueber die Amortisation und Vindication der Papiere au porteur und über die Verjährung der Zinscoupons ist unterm 20. Juli 1858 ein dem württembergischen Amortisationsgesetze vielfach ähnliches, allgemeines Gesetz erlassen worden,³⁾ welches im Wesentlichen folgende Normen gibt:

- 1) Ist eine au porteur gestellte, unter Autorität einer inländischen Behörde aufgenommene Schuldverschreibung (Hauptobligation), wohin auch die Anlehensloose gehören, irgendwo abhanden gekommen, so muss der Gläubiger behufs Wahrung seiner Rechte dem zuständigen Gerichte Anzeige machen und nicht nur die Urkunde mit ihren Unterscheidungsmerkmalen bezeichnen, sondern auch die Thatsache, dass ihm die Urkunde abhanden gekommen, genügend bescheinigen, auch sofort auf Amortisation antragen.
- 2) Zuständig ist im Allgemeinen das Gericht I. Instanz des Schuldners; bei Schuldverschreibungen der Staatsschuldentilgungscasse und der grossh. Cabinetscasse aber das Stadtgericht zu Darmstadt.
- 3) Findet das Gericht die beigebrachte Bescheinigung ungenügend, so weist

¹⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 1857/59, III. Beil.-Bd., erste Anlage zu Beil. 140.

²⁾ Nach dem Gothaer Hofkalender für 1861, S. 556. Es ist diess übrigens der ministerielle Etatsentwurf, welcher bei der ständischen Berathung noch Aenderungen erleiden wird. Die Einnahmen von den Eisenbahnen sind darin nicht aufgeführt.

³⁾ Gesetz, die Kraftloserklärung (Amortisation) der auf Inhaber lautenden inländischen Schuldurkunden betreffend, Regierungsbl. von 1858, S. 373 ff. Es umfasst nicht nur die Staatspapiere, sondern überhaupt alle Inhaberpapiere, welche unter öffentlicher Autorität ausgestellt sind.

es den Antrag ab. Der Antragsteller kann jedoch auf den Grund besserer Bescheinigung seinen Antrag jederzeit erneuern.

- 4) Erachtet das Gericht die Bescheinigung für genügend erbracht, so verfügt es unverweilt an den Schuldner Zahlungssperre, und zwar bei Gefahr doppelter Zahlung; ferner sogleich Veröffentlichung dieser Sperre und eine öffentliche Aufforderung an den Inhaber der Urkunde, solche binnen 5 Jahren bei Verlust seines Rechts dem Gerichte vorzulegen; endlich die wiederholte öffentliche Aufzählung der der Amortisation unterliegenden Urkunde in dem Verzeichnisse gekündigter Scheine während der laufenden Frist. Die Bekanntmachung der Zahlungssperre und die Aufforderung zur Vorlegung der Urkunde muss ausserdem 3mal, in Zwischenräumen von mindestens 3 Monaten, in der Darmstädter und in einer verbreiteten Zeitung eines deutschen Bundesstaats wiederholt werden.
- 5) Wird die Urkunde innerhalb der Frist nicht vorgelegt und hat sich kein Inhaber gemeldet, so wird dieselbe auf Antrag des betreibenden Theils durch gerichtliches Erkenntniss für kraftlos erklärt, und dieses Erkenntniss veröffentlicht, welches 3 Monate nachher in Rechtskraft übergeht. Alsdann hat der Schuldner dem betreibenden Theile entweder Zahlung zu leisten, oder, wenn solche nicht fällig, eine neue Obligation auszustellen.
- 6) Wird aber die Urkunde innerhalb der Frist vorgelegt, so hat sie das Gericht in Verwahrung zu nehmen und dem betreibenden Theil eine Frist von 30 Tagen anzuberaumen, innerhalb welcher er gegen den Producenten der Urkunde klagend aufzutreten hat. Thut er diess nicht, so wird die Verschreibung dem letzten Inhaber zur freien Disposition ausgefolgt und die Zahlungssperre aufgehoben.
- 7) „Auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen kann der Eigenthümer mittelst der Eigenthumsklage nur von demjenigen zurückfordern, der solche in bösem Glauben an sich gebracht hat.“ (Gesetz Art. 12.)
- 8) „Alle Zinsabschnitte (coupons), welche nicht binnen fünf Jahren, von ihrem Verfalltage an gerechnet, zur Einlösung gebracht werden, sind verjährt.“ (Ges. Art. 14.)
- 9) Ist ein Zinsabschnitt zu Grunde gegangen, oder abhanden gekommen, so findet keine gerichtliche Kraftloserklärung desselben statt.“ (Art. 15.)

Der Betheiligte kann jedoch eine Zahlungssperre nach vorstehenden Normen (Ziffer 4) erwirken, welche die Verjährung aufhält. Ist die Verjährungsfrist abgelaufen, ohne dass der Coupons zum Vorschein gekommen ist, so kann der betreibende Theil Zahlung verlangen.

- 10) „Die mit der Schuldverschreibung ausgegebene Zinsleiste (Talon) wird für jeden Inhaber kraftlos, sobald das Recht aus der Obligation auf irgend eine Weise rechtlich erloschen ist.“

Ist ein Talon verloren oder zu Grunde gegangen, so kann der Inhaber der Schuldverschreibung unter Vorlegung dieser vom Gerichte verlangen, dass der etwaige Inhaber desselben öffentlich aufgefordert werde, den Talon binnen 90 Tagen, vom Verfalltage des letzten, mit demselben ausgegebenen Coupon, oder wenn der Aufruf erst später erfolgt, vom Tage der Aufforderung an gerechnet, bei Verlust seines Rechts vorzulegen. Dem Schuldner ist gleichzeitig Kenntniss hievon zu geben. Wird der Talon binnen der Frist nicht producirt, so erhält der

Anrufende eine neue Zinsleiste; andernfalls wird er zur Klage verwiesen, wie sub Ziffer 6.

- 11) „Das Forderungsrecht aus einem Anlehensloose verjährt mit dem Ablauf von 10 Jahren, gerechnet von dem öffentlich verkündigten Tage an, an welchem das Loos auszuzahlen ist.“

Die gedachte Verjährungsfrist läuft nicht gegen den Gläubiger, welcher Zahlungssperre erwirkt hat.

Hinsichtlich der Verjährung der Obligationen gilt das Gesetz vom 19. März 1853 ¹⁾ in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen und der Code Napoleon, Art. 2277, in der Provinz Rheinhessen. Uebereinstimmend mit letzterem setzt jenes Gesetz die Verjährungsfrist für alle persönlichen Klagen, sofern nicht das Gesetz ausnahmsweise eine kürzere Frist ausdrücklich bestimmt, auf 30 Jahre fest. Eine solche Ausnahme ist bezüglich der Capitalzinsen gemacht, welche in 5 Jahren nach Verfall verjähren, nicht aber hinsichtlich der Capitalforderungen. Für diese besteht sonach eine, von dem Fälligkeitstermine an laufende 30jährige Verjährungsfrist.

Betreffend endlich die Festmachung au porteur gestellter Papiere, so geschieht solche im Grossherzogthum Hessen durch Verwandlung derselben in Namenscheine. Die Anlehensgesetze stellen es nämlich der Regel nach in die Wahl des Gläubigers, Obligationen auf den Namen oder auf den Inhaber zu verlangen und ausserdem werden Namenscheine gegen Inhaberoobligationen und letztere gegen erstere Seitens der Tilgungscasse umgetauscht, wovon alle Jahresabschlüsse dieser Zeugnisse geben.

§. 101.

Zinsfuss der Staatsschuld. Ort und Art der Zins- und Capitalzahlung. Abzüge bei derselben. Einzelne grossh. hessische Verkehrs-Staatspapiere.

Hinsichtlich der Gestaltung des Zinsfusses der grossh. hessischen Staatsschuld beziehen wir uns auf das in §. 94 diessfalls Gesagte und fügen hier nur noch bei, dass im Gefolge des Gesetzes vom 24. Decbr. 1857 die der allgemeinen Staatsschuld angehörigen $4\frac{1}{2}$ proc. Anlehen von 1852 und 1856 neuester Zeit gänzlich gekündigt und getilgt worden sind, so dass ausser dem 5proc. Krieganlehen die allgemeine Schuld keine hochzinsenden Bestandtheile mehr enthält, vielmehr aus 3proc., $3\frac{1}{2}$ proc. 4proc. Capitalposten älteren Datums, dem 5proc. Anlehen von 1859 und den creirten unverzinslichen Grundrentenscheinen im Betrage von 3,200,000 fl. besteht. Die Eisenbahnschuld dagegen umfasst ausser den älteren 4proc. Anlehen die neueren $4\frac{1}{2}$ proc. Schuld-aufnahmen und abermals einen Betrag von 1,360,000 fl. in Grundrentenscheinen.

Die Zinsen aus allen Verbriefungen der gesammten Schuld sind nicht nur bei der Tilgungscasse zu Darmstadt sondern auch bei allen, zur Hauptstaatscasse lieferungspflichtigen Landescassen und ausserdem in Frankfurt a/M. (bei M. A. v. Rothschild & Söhnen) ohne allen Abzug zu erheben. Auch die zur Heimzahlung gekündigten Capitalbeträge werden von der Tilgungscasse zu Darmstadt und ausserdem in Frankfurt ausbezahlt. Da jedoch das Gesetz vom 30. Juli 1848, betreffend die Ausgabe von Grundrentenscheinen, ²⁾ in Art. 2 die Bestimmung enthält, dass alle öffentlichen Cassen berechtigt seien,

¹⁾ Regierungsbl. von 1853, S. 117.

²⁾ Regierungsbl. von 1848, S. 253.

diese Scheine in ihrem Nennwerthe als Zahlung auszugeben; so müssen wir dieses Zahlungsmittel, welches demgemäss auch der Staatsgläubiger statt klingender Münze anzunehmen hat, etwas näher in's Auge fassen.

Die hessische Verwaltung hat an solchem Papiergeld emittirt: im Jahre 1848: 2 Millionen; 1852: 900,000 fl.; 1855: 500,000 fl.; 1856: 1,500,000 fl. und 1859: 300,000 fl., zusammen 5,200,000 fl., somit im Ganzen einen umfassenden Gebrauch von dieser allerdings finanziell sehr vortheilhaften Creditgelegenheit gemacht. Die Grundrentenscheine sind jedoch, woher sie auch den Namen haben, speciell auf die Tilgungsrenten, welche die Staatsschuldencasse für die von ihr den Gemeinden zur Ablösung von Grundrenten vorgeschossenen Capitalien für Jahrzehente zu beziehen hat, und welche mit Realrecht gesichert sind, hypothecirt; auch sind sie ausdrücklich als unverzinsliche Staatsschuld anerkannt und sollen aus jenen Tilgungsrenten successive eingelöst und öffentlich vertilgt werden.¹⁾ Die Einlösung von jährlich 80,000 fl. hat von 1851 an bis 1857 und alsdann von jährlich 100,000 fl. für das Jahr 1858 pünktlich stattgefunden, wurde aber im Jahre 1859 wegen des damaligen ausserordentlichen Kriegsaufwandes auf 2 Jahre sistirt.²⁾ Es ist keine Frage, dass das hessische Papiergeld auf diese Weise gut fundirt ist; da jedoch die Tilgungsrenten nur in kleineren Summen successive eingehen, so könnte eine Erschütterung des Credits bei dem Mangel eines baaren Einlösungsfonds und bei der verhältnissmässig grossen Summe der umlaufenden Scheine die Tilgungscasse leicht genug in Verlegenheiten bringen und eine Entwerthung der Scheine momentan zur Folge haben. Ohne Bedenken dürfte sohin die Creirung so grosser Beträge in Papiergeld für einen so wenig umfangreichen Staat nicht sein.

Uebergehend zu der Darstellung der hauptsächlich im Verkehr befindlichen hessischen Schuldverbriefungen, fügen wir in Kürze Folgendes bei.

A. Der allgemeinen Staatsschuld gehören an:

- 1) die 4proc. Staatsrentenobligationen ded. 1. Octbr. 1824 und 1. Januar 1825 in Stücken zu 1000 (A), 500 (B) und 100 fl., verzinslich auf 1. Janr. und 1. Juli, auf Namen und Inhaber ausgestellt, und hervorgegangen aus der Verbriefung gewisser standesherrlicher Ansprüche wegen an den Staat abgetretener Rechte. Tilgung im Wege der Verloosung grösstentheils erfolgt.
- 2) Das Lotterieanlehen von 1825, von welchem wir statt aller Beschreibung den Ziehungsplan, insoweit er noch der Zukunft angehört, beifügen.

Verloosungsplan der 50 fl.-Loose.

27. Verloosung	Oblig.	fl.	fl.	Oblig.	fl.	fl.
am 1. Juli 1861.	1 . . .	5,000	100 à	150	15,000	
	1 . . .	3,000	200 à	140	28,000	
Oblig.	8 à	1,000	8,000	600 à	135	81,000
1 . . .	20 à	400	8,000	4,000 à	131	524,000
1 . . .	68 à	200	13,600	5,000		745,600

¹⁾ Vergl. die Creirungsgesetze vom 30. Juli 1848, Regierungsbl. S. 253; vom 8. Dec. 1851, Regierungsbl. S. 457; vom 4. Oct. 1854, Regierungsbl. S. 355; vom 22. Sept. 1855, Regierungsbl. S. 363.

²⁾ Vergl. Gesetz vom 11. Juni 1859, Regierungsbl. S. 355.

28. Verloosung		
am 2. Januar 1863.		
Oblig.	fl.	fl.
1	40,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
8 à 1,000	8,000	
20 à 400	8,000	
68 à 200	13,600	
100 à 150	15,000	
200 à 140	28,000	
600 à 138	82,800	
4,000 à 135	540,000	
5,000	753,400	

29. Verloosung		
am 1. Juli 1864.		
1	40,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
8 à 1,000	8,000	
20 à 400	8,000	
68 à 200	13,600	
100 à 160	16,000	
200 à 145	29,000	
600 à 142	85,200	
4,500 à 139	625,500	
5,500	843,300	

30. Verloosung		
am 2. Januar 1866.		
1	60,000	
1	20,000	
1	10,000	
1	5,000	
8 à 1,000	8,000	
20 à 400	8,000	
68 à 200	13,600	
100 à 160	16,000	
200 à 150	30,000	
600 à 145	87,000	
4,500 à 142	639,000	
5,500	896,600	

31. Verloosung		
am 2. Januar 1867.		
1	40,000	
1	10,000	

Oblig.	fl.	fl.
1	5,000	
1	3,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 400	10,400	
60 à 200	12,000	
100 à 160	16,000	
800 à 150	120,000	
1,000 à 148	148,000	
2,000 à 145	290,000	
4,000	664,400	

32. Verloosung		
am 2. Januar 1868.		
1	50,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 400	10,400	
60 à 200	12,000	
100 à 160	16,000	
800 à 152	121,600	
1,000 à 150	150,000	
2,000 à 147	294,000	
4,000	682,000	

33. Verloosung		
am 2. Januar 1869.		
1	40,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 400	10,400	
60 à 200	12,000	
100 à 160	16,000	
800 à 155	124,000	
1,000 à 152	152,000	
2,000 à 150	300,000	
4,000	682,400	

34. Verloosung		
am 2. Januar 1870.		
1	50,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 400	10,400	

Oblig.	fl.	fl.
60 à 200	12,000	
100 à 170	17,000	
800 à 155	124,000	
1,000 à 154	154,000	
2,000 à 152	304,000	
4,000	699,400	

35. Verloosung		
am 2. Januar 1871.		
1	40,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 400	10,400	
60 à 200	12,000	
100 à 170	17,000	
800 à 160	128,000	
1,000 à 158	158,000	
2,000 à 155	310,000	
4,000	703,400	

36. Verloosung		
am 2. Januar 1872.		
1	50,000	
1	10,000	
1	5,000	
1	3,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 400	10,400	
60 à 200	12,000	
100 à 170	17,000	
800 à 162	129,600	
2,000 à 160	320,000	
3,000 à 157	471,000	
6,000	1,038,000	

37. Verloosung		
am 2. Januar 1873.		
1	60,000	
1	20,000	
1	10,000	
1	5,000	
10 à 1,000	10,000	
26 à 500	13,000	
60 à 250	15,000	
100 à 200	20,000	
300 à 180	54,000	
500 à 170	85,000	

Oblig.	fl.	fl.	39. Verloosung			40. Verloosung		
3,000 à	165	495,000	am 2. Januar 1875.			am 2. Januar 1876.		
4,000 à	160	640,000	Oblig.	fl.	fl.	Oblig.	fl.	fl.
8,000		1,427,000	1 . . .	80,000		1 . . .	120,000	
38. Verloosung			1 . . .	40,000		1 . . .	50,000	
am 2. Januar 1874.			1 . . .	20,000		1 . . .	20,000	
1 . . .	70,000		1 . . .	10,000		1 . . .	10,000	
1 . . .	30,000		1 . . .	5,000		1 . . .	5,000	
1 . . .	15,000		15 à 1,000	15,000		2 à 4,000	8,000	
1 . . .	7,000		30 à 500	15,000		3 à 2,000	6,000	
1 . . .	3,000		50 à 250	12,500		20 à 1,000	20,000	
15 à 1,000	15,000		100 à 200	20,000		30 à 500	15,000	
30 à 500	15,000		300 à 180	54,000		40 à 300	12,000	
50 à 250	12,500		500 à 170	85,000		100 à 200	20,000	
100 à 200	20,000		4,000 à 168	672,000		300 à 180	54,000	
300 à 180	54,000		5,000 à 165	825,000		500 à 175	87,500	
500 à 170	85,000		10,000	1,853,500		1,000 à 172	172,000	
4,000 à 165	660,000					3,000 à 170	510,000	
5,000 à 162	810,000					4,000 à 167	668,000	
10,000	1,796,500					9,000	1,777,500	

- 3) Die 3- und 4proc. sogenannten unverloosbaren Obligationen auf Namen, insbesondere aus dem 1827 bewerkstelligten Umtausche von 71,967 Stück Loosen des Lotterieleihens von 1825 herrührend. (Vergl. §. 94). Die Summe dieser Schuldtheile beträgt: an 3proc. Scheinen circa 104,000 fl.; an 4proc. Obligationen ca. 304,000 fl. Es wird übrigens auch hieran nach Maassgabe der zulässigen Kündigungen getilgt.
- 4) Die 3 $\frac{1}{2}$ - und 4proc. Staatsstrassenbau-Obligationen vom 1. April 1838 und 15. Febr. 1841, auf die Tilgungscasse übernommen in Gemässheit des Gesetzes vom 19. Septbr. 1845.¹⁾ Nach demselben sind auf diese Schuldtheile jährlich wenigstens 50,000 fl., und zwar 30,000 fl. auf die 4proc. und 20,000 fl. auf die 3 $\frac{1}{2}$ proc. Obligationen, abzutragen.
- 5) Die 4proc. Obligationen des Staatsanlehens von 1853, ded. 1. Juli 1853, ausgestellt auf Grund des Finanzgesetzes vom 29. Decbr. 1852²⁾ und der Bekanntmachung vom 23. Aug. 1853.³⁾ Die Obligationen lauten auf Namen und auf Inhaber, erstere ferner auf Beträge von 500 und 1000 fl., letztere auf Summen von 100, 200, 500 und 1000 fl. Zinsen auf 1. Januar und 1. Juli gegen Coupons oder Quittungen. Die Tilgung des Anlehens geschieht im Wege der Verloosung mittelst einer Annuität von 22,500 fl., welche also 4proc. Zinsen und $\frac{1}{2}$ proc. Amortisationsquote enthält.
- 6) Die 5proc. Obligationen des Kriegsanlehens von 1859, ausgestellt unterm 15. Juni 1859 kraft Gesetzes vom 11. desselben Monats⁴⁾ in Stücken von 100, 500 und 1000 fl., verzinslich tro. 15. Juni und 15. Decbr. Es sind nur Inhaber-Obligationen ausgegeben worden. Bis Ende 1864 ist das Anlehen auch Seitens der Regierung unkündbar; von

¹⁾ Regierungsbl. von 1845, S. 289.

²⁾ " " 1852, S. 603.

³⁾ " " 1853, S. 565.

⁴⁾ " " 1859, S. 355.

1865 an beträgt der Tilgungsfonds mindestens $\frac{1}{2}\%$ des ganzen Anlehens von 3,200,000 fl.

B. Zur Eisenbahnschuld gehören:

- a) Die 4proc. Obligationen des Anlehens à 4 Mill. von 1843, unterm 1. Juli 1843 auf Grund des Eisenbahngesetzes vom 16. Juli 1842, welches der Regierung zum Voraus Vollmacht zur Aufnahme der Anlehen behufs Erbauung der damals festgestellten Hauptlinien erteilte, emittirt. Verschreibungen auf Namen und Inhaber, erstere in Beträgen von 500, 600, 700, 800, 900 und 1000 fl.; letztere von 100, 200, 500 und 1000 fl. Die Zinsen fallen auf 1. Januar und 1. Juli. Tilgungsfonds mindestens $\frac{1}{2}\%$ der Anlehenssumme.¹⁾
- b) Die 4proc. Obligationen vom 1. Juli 1846, ganz unter denselben Bedingungen und Rechtsverhältnissen emittirt im Gefolge der Ministerial-Bekanntmachung vom 6. Mai 1846,²⁾ nur mit dem einzigen Unterschiede, dass von dem 1846ger Anlehen, welches ebenfalls 4 Mill. umfasste, keine Namenobligationen ausgegeben wurden.
- c) Die $4\frac{1}{2}$ proc. Obligationen ded. 1. Novbr. 1849 und
- d) die $4\frac{1}{2}$ proc. Obligationen ded. 1. Septbr. 1850, erstere im Belaufe von 1,500,000 fl., letztere in der Summe von 2,000,000 fl., sind ebenfalls auf Grund der — der Regierung durch das Eisenbahngesetz erteilten Vollmachten durch Bekanntmachungen vom 17. Septbr. 1849 und 12. Juli 1850³⁾ emittirt worden. Sie unterliegen daher den gleichen Bestimmungen, wie die 4proc. Eisenbahnobligationen. Scheine auf Namen wurden indessen auch hier nicht ausgestellt. Die Stände haben diese beiden Anlehen anfänglich beanstandet, schliesslich aber anerkannt.⁴⁾
- e) Die $4\frac{1}{2}$ proc. Obligationen des Anlehens vom 1. Januar 1853 à 1,200,000 fl., mit welcher Summe sich die Regierung bei dem Actienunternehmen der hessischen Ludwigsbahn betheiligte und welche sie durch Ministerial-Bekanntmachung vom 20. Novbr. 1852⁵⁾ im Wege der Submission aufnahm. Die Obligationen sind sämmtlich au porteur gestellt, auf 1. Januar und 1. Juli verzinslich und mit einem Tilgungsfonds von mindestens $\frac{1}{2}\%$, anfangend im ersten Jahre nach Eröffnung der Ludwigsbahn, zu amortisiren.

Sämmtlichen Verbriefungen der grossh. hessischen Staatsschuld, selbst den auf Namen lautenden, sind Zinsecoupons, jedoch keine Talons beigegeben. Um neue Coupons zu erhalten, müssen daher die Obligationen vorgelegt werden. Den Besitzern der Namenobligationen ist übrigens auch freigestellt, die Zinsen gegen Quittung zu erheben.

Auf den Courszetteln findet man ausser den vorstehend aufgeführten Papieren noch grossh. hessische 25 fl.-Loose notirt. Diese gehören jedoch der Staatsschuld nicht an, sondern sind Theile eines von dem Grossherzog Ludwig im Jahre 1834 negociirten, vom Regierungsnachfolger garantirten, in 95,000 Partialscheine eingetheilten und binnen 44 Jahren verlosbaren Anlehens von 2,375,000 fl.

[16. Jänner.
Zielführung.]

¹⁾ Bekanntmachungen vom 29. Mai und 15. Juni 1843, Regierungsblatt S. 186 und 189.

²⁾ Regierungsbl. von 1846, S. 217.

³⁾ " 1850, S. 284.

⁴⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 1857/58, Beil. Nr. 374, S. 1—2.

⁵⁾ Regierungsbl. von 1852, S. 541.

§. 102.

Coursbewegung grossh. hessischer Staatspapiere von 1847—1860.

Börse zu Frankfurt a. M.

Zeit.				$3\frac{1}{2}$ - proc.	4proc.	$4\frac{1}{2}$ proc.	Zeit.				$3\frac{1}{2}$ - proc.	4proc.	$4\frac{1}{2}$ proc.
Obligationen.							Obligationen.						
1847.	Janr. 2.	$92\frac{1}{8}$	$99\frac{1}{4}$	—	1854.	Janr. 2.	$92\frac{1}{4}$	$98\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{2}$				
	April 1.	91	99	—		April 1.	86	$93\frac{1}{8}$	$98\frac{1}{8}$				
	Juli 3.	$90\frac{3}{8}$	$98\frac{1}{4}$	—		Juli 1.	$89\frac{1}{2}$	$97\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{4}$				
	Oct. 1.	$88\frac{3}{4}$	$96\frac{3}{4}$	—		Oct. 2.	$90\frac{1}{4}$	97	$100\frac{1}{8}$				
1848.	Janr. 3.	$88\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$	—	1855.	Janr. 2.	89	$95\frac{1}{8}$	99				
	April 10.	—	72	—		April 2.	$90\frac{1}{4}$	94	$98\frac{1}{2}$				
	Juli 1.	71	77	—		Juli 2.	$88\frac{1}{8}$	$95\frac{1}{2}$	100				
	Oct. 2.	74	$83\frac{1}{2}$	—		Oct. 1.	$91\frac{3}{4}$	$97\frac{1}{4}$	$101\frac{3}{4}$				
1849.	Janr. 2.	$76\frac{1}{4}$	$85\frac{1}{4}$	—	1856.	Janr. 2.	$92\frac{1}{2}$	99	102				
	April 3.	$78\frac{1}{4}$	86	—		April 1.	$92\frac{1}{4}$	$99\frac{1}{4}$	$101\frac{1}{4}$				
	Juli 2.	81	89	—		Juli 1.	92	$99\frac{5}{8}$	$102\frac{5}{8}$				
	Oct. 1.	83	$90\frac{3}{8}$	—		Oct. 1.	$91\frac{1}{2}$	$97\frac{3}{4}$	$100\frac{3}{4}$				
1850.	Janr. 2.	$82\frac{5}{8}$	$88\frac{3}{4}$	—	1857.	Janr. 2.	$90\frac{1}{2}$	$98\frac{7}{8}$	$101\frac{3}{4}$				
	April 2.	$82\frac{1}{2}$	$87\frac{1}{4}$	$93\frac{3}{4}$		April 1.	$91\frac{3}{4}$	$99\frac{5}{8}$	102				
	Juli 2.	$83\frac{5}{8}$	$89\frac{7}{8}$	$96\frac{1}{8}$		Juli 1.	$92\frac{3}{8}$	$99\frac{7}{8}$	$102\frac{1}{8}$				
	Oct. 1.	85	$89\frac{5}{8}$	$95\frac{3}{8}$		Oct. 1.	$93\frac{1}{4}$	$99\frac{5}{8}$	$101\frac{1}{2}$				
1851.	Janr. 3.	$86\frac{1}{2}$	$89\frac{5}{8}$	$94\frac{1}{2}$	1858.	Janr. 2.	$92\frac{5}{8}$	$99\frac{5}{8}$	$101\frac{3}{4}$				
	April 2.	89	$94\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{2}$		April 1.	93	100	$102\frac{5}{8}$				
	Juli 1.	$90\frac{1}{4}$	$96\frac{3}{8}$	$100\frac{3}{4}$		Juli 1.	$94\frac{1}{4}$	100	$101\frac{1}{2}$				
	Oct. 1.	$89\frac{1}{4}$	$94\frac{3}{8}$	$100\frac{7}{8}$		Oct. 1.	95	$100\frac{1}{8}$	102				
1852.	Janr. 1.	$91\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$	$100\frac{5}{8}$	1859.	Janr. 3.	$94\frac{1}{4}$	$100\frac{1}{2}$	$101\frac{3}{4}$				
	April 2.	$92\frac{1}{4}$	$98\frac{1}{8}$	$101\frac{3}{8}$		April 1.	$92\frac{1}{4}$	100	$101\frac{1}{8}$				
	Juli 1.	$92\frac{1}{4}$	98	$101\frac{1}{4}$		Juli 1.	—	—	94				
	Oct. 1.	$92\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{8}$	$101\frac{5}{8}$		Oct. 1.	92	$98\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$				
1853.	Janr. 3.	$92\frac{1}{8}$	$98\frac{3}{4}$	$101\frac{3}{4}$	1860.	Janr. 2.	$93\frac{1}{8}$	$100\frac{3}{4}$	$101\frac{1}{2}$				
	April 1.	93	99	$101\frac{7}{8}$		April 2.	$92\frac{5}{8}$	$99\frac{3}{4}$	$100\frac{1}{4}$				
	Juli 1.	$92\frac{1}{4}$	$99\frac{3}{8}$	102		Juli 2.	93	$99\frac{1}{2}$	101				
	Oct. 1.	$93\frac{1}{8}$	98	$101\frac{1}{2}$		Oct. 1.	$92\frac{3}{4}$	99	$101\frac{1}{4}$				

§. 103.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in runden Summen:

1) Bevölkerung	850,000 Sln.
2) Staatsgebiet	153 □ M.
3) Gesamtstaatsschuld	20,300,000 fl.
Davon unproductiv (verzinslich) . . .	3,700,000 fl.
Eisenbahnschuld (verzinslich) . . .	12,060,000 „
Papiergeld (wovon 3,180,000 fl. zur allge- meinen und 1,360,000 fl. zur Eisenbahn- schuld gehörig	4,540,000 „

4) Jahresbetrag der Staatsausgaben	9,000,000 fl.
5) Directe Steuern, brutto	2,575,000 „
6) Indirecte Steuern, „	3,750,000 „
7) Ganze Steuerlast, „	6,325,000 „
8) Dieselbe, netto	5,400,000 „

Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:

a) an der Gesamtstaatsschuld	23,882 „
b) „ „ unproductiven Schuld	4,353 „
c) „ „ Eisenbahnschuld	14,188 „
d) „ „ Papiergeldsschuld	5,341 „
e) „ einer Jahresausgabe	10,588 „
f) directe Steuern, brutto	3,029 „
g) indirecte „ „	4,412 „
h) ganze Steuerlast brutto: 7,441 fl., netto:	6,353 „

Die Gesamtstaatsschuld verhält sich zu einer Jahreseinnahme (à 9 Mill.) wie 2,255:1.

9) Churfürstenthum Hessen.*)

§. 104.

Historische Rückblicke.

Territorialgeschichte. Die Geschichte Churhessens fällt bis 1567 mit der des Grossherzogthums Hessen zusammen. In letzterem Jahre fand nach Philipp des Grossmüthigen Tode die Theilung des Landes unter dessen vier Söhnen statt, wovon Wilhelm IV., genannt der Weise, die jetzige Dynastie des Churstaats gründete. Er vergrösserte das väterliche Erbe (Niederhessen mit dem grössten Theile der Grafschaft Ziegenhain und der hessischen Hälfte der Herrschaft Schmalkalden) bedeutend. Wilhelm V. erhielt im 30jährigen Kriege das Stift Fulda, die mainzischen Besitzungen in Hessen und die Stifter Paderborn, Münster und Kornei (1632), jedoch nur vorübergehend. Der westphälische Friede gab alsdann definitiv das Stift Hersfeld mit der Probstei Göttingen an Hessen-Cassel; durch Vergleich mit Hessen-Darmstadt (1648) ward ferner die Hälfte von Oberhessen erworben. Friedrich I., zugleich König von Schweden, ererbte die Grafschaft Hanau-Münzenberg. Dagegen gingen in Folge des Lüneviller Friedens die übrerrheinischen Besitzungen, jedoch gegen Entschädigungen auf dem rechten Rheinufer (Amöneberg, Neustadt, Fritzlar, Naumburg, Holzhausen und Geluhausen) verloren. 1803 nahm der Landgraf den Churfürstentitel an. Nach der Schlacht von Jena (1806) besetzten aber die Franzosen das Land. Der Churfürst entfloh und es ward Hessen-Cassel der Kern des Königreichs Westphalen unter der Herrschaft des jüngsten Bruders Napoleons, Hieronymus Bonaparte. Nach der Verdrängung der Franzosen aus Deutschland kehrte der Churfürst 1813 in

*) Literatur: Landau, Beschreibung des Churfürstenthums Hessen, Cassel, 1842. Hildebrand, statistische Mittheilungen über die volkswirtschaftlichen Zustände Churhessens, Berlin, 1853. v. Reden a. a. O., I. Band, 1. Abth., S. 466 ff. Kolb a. a. O. S. 232 ff. Brachelli a. a. O., II. Band, S. 212 ff.

sein Land zurück. In Folge mehrfacher Transactionen mit den Nachbarstaaten trat er ab: Katzenelnbogen an Nassau, die Herrschaft Pless an Hannover und einige Districte an Weimar und Darmstadt; erhielt aber: den grössten Theil des Hochstifts Fulda, mehrere Enclaven und einen Theil von Ysenburg behufs Herstellung der Verbindung mit Niederhessen.

Finanzgeschichtliches. Wie die Verfassungsgeschichte, so bietet die Finanzgeschichte des Chürstaats ein durchaus unerfreuliches Bild dar. Nicht als ob dem Lande die Mittel und Vorbedingungen zum wirthschaftlichen Gedeihen gemangelt hätten: das Widerliche liegt in dem Gegensatz der Interessen der Regierung gegenüber den Regierten und im Missbrauche, welchen die erstere oft genug mit den Kräften des Landes trieb. Bekannt ist die Zerrüttung der Verhältnisse des Landgrafen schon zur Zeit der Reformation. Die Art und Weise, wie ihre Nachfolger ein namhaftes Haus- und Landesvermögen wieder herstellten, ist aber ebenso originell als verwerflich. In den Jahren 1776 bis 1784 liess Landgraf Friedrich II. an England nach und nach ein Hilfscorps von 22,000 Mann, wofür er 21,276,778 Thlr. Subsidien erhielt, dagegen nur 9,539,539 Thlr. Unkosten hatte, so dass ein reiner Gewinn von 11,737,239 Thlr. verblieb.¹⁾ Dieses Capital wurde vortheilhaft umgetrieben²⁾ und als der Landgraf starb, hinterliess er ein Vermögen von 56 Mill. Gulden.

Die Einkünfte der alten Landgrafschaft schätzte man im Jahre 1786 auf 1,600,000 Thlr., wozu $\frac{1}{2}$ Mill. von der abgesondert verwalteten Grafschaft Hanau kamen. Genaue Resultate des Haushalts kamen jedoch selbst später nicht an die Oeffentlichkeit, vielmehr machte sich stets eine ängstliche Geheimthuerei geltend. Während der feindlichen Occupation des Landes wusste übrigens der Churfürst den oben berührten Staatsschatz zu erhalten. Das Königreich Westphalen dagegen brachte in der kurzen Zeit seines Bestehens eine Schuldenlast über das Land, welche sich schon 1808 auf 112,667,750 Fr. belief. Davon anerkannten die Regierungen, denen Theile desselben zufielen, nur ein Minimum. Die churhessische Regierung zumal verweigerte allen westphälischen Schulden Anerkennung und reducirt sogar die von den Ständen 1807 behufs Entrichtung der französischen Kriegssteuer gemachte Anleihe auf $\frac{1}{3}$ ihres Nennwerths, wie sie überhaupt Alles, was während der Fremdherrschaft vorging, als nicht geschehen betrachtete. Die im Jahre 1815 wieder berufenen Stände verlangten indessen die volle Anerkennung der von ihnen eingegangenen Verbindlichkeiten und drangen damit durch. Die in Folge dessen liquidirte Staatsschuld betrug 1816 im Ganzen circa 1,364,000 Thlr. für die althessischen Lande. Die übrigen Provinzen hatten ihre eigenen Schulden. Zur Verzinsung und Tilgung derselben bestand schon von früher her eine eigene „Landesschuldensteuer“, welche unter der westphälischen Regierung abgekommen war, nun aber wieder eingeführt wurde. Auch bestanden landständische „Schuldentilgungscommissionen“. ³⁾ Die der alten Lande veröffentlichte für 1816 ihren ersten Jahresbericht, welcher mit Zurechnung mehrerer,

¹⁾ v. Reden a. a. O. S. 481. Auf dem Durchmarsche der Mannschaft durch den preussischen Staat liess Friedrich II. in bitterem Hohne den „üblichen Viehzoll“ nach der Kopfbzahl erheben.

²⁾ Es ist bekannt, dass das Haus Rothschild als Verwalter des churfürstlichen Vermögens den Grund zu seiner späteren Grösse legte.

³⁾ Eine solche wurde in Hanau durch Verfügung vom 1. Dec. 1817 und in Fulda noch durch Verordnung vom 17. Juni 1829 mit dem Auftrage eingesetzt, die alten Schuldtitle in 4proc. Obligationen umzuwandeln. Bezeichnend ist, dass die Schuldentilgungscommissionen dem Ministerium des Innern untergeordnet waren.

unter der oben angegebenen Schuldsomme nicht inbegriffener Schuldposten einen Passivstand von 1,478,167 Thlr. nachweist. Daran konnten sofort 30,000 Thlr., 1817 weitere 33,855 Thlr. und 1818 ferner 35,950 Thlr. aus dem Ertrag der Schuldensteuer getilgt werden. Von nun an griff aber die Regierung, welche die Stände bis zum Jahre 1830 nicht mehr berief und völlig absolut regierte, in den regelmässigen Gang der Schuldentilgung selbst störend ein, indem sie fortwährend Theile der Tilgungsmittel zu andern Zwecken verwendete.

Die Julirevolution von 1830 änderte die Zustände Churhessens. Der durch eigene Verschuldung der Regierung angesammelte Zündstoff drohte sich in einer Explosion zu entladen, da versprach der Churfürst die Berufung der Landstände und die Gewährung einer geschriebenen Verfassung. Letztere wurde sofort mit den, durch Abgeordnete aus allen Landestheilen ergänzten alten Ständen vereinbart und konnte am 5. Januar 1831 unterzeichnet,¹⁾ auch im Landtagsabschied vom 9. März 1831 Seitens des Churfürsten und seines Gesamtministeriums „als ein Grundgesetz, dessen Verbindlichkeit für den Regenten, wie für die Regierten in allen Zeiten feststehen und niemals durch irgend ein die Thronfolge oder den Staat betreffendes Ereigniss erschüttert werden soll,“ bezeichnet werden.²⁾ Nicht minder gelobte der als Regent eingesetzte Churprinz Friedrich Wilhelm in einer Proclamation aus Wilhelmsbad feierlich die Aufrechthaltung der Verfassung. Dass diese die nachgesuchte Garantie der Bundesversammlung nicht erhielt, dessenungeachtet aber bis 1853 in Wirksamkeit stand, 1848/49 verschiedene Ergänzungen erhielt; dass jedoch schon vorher Regierung und Stände in fast ununterbrochenen Zwistigkeiten lebten; dass alsdann diese Differenzen sich bis zur Steuerverweigerung steigerten und die militärische Bundesexekution, ferner die Aufhebung der Verfassung durch Bundesbeschluss, die Oetroyirung einer neuen Verfassung vom 13. April 1852 und endlich achtjährige fruchtlose Verhandlungen mit den neuen Ständen, auch die Verkündigung einer abermaligen neuen Verfassung von 1860 zur Folge hatten, und dass trotz alledem die churhessischen Verfassungswirren heute noch unerledigt, ein Pfahl im Fleische Deutschlands, sind: ist nur zu sehr bekannt.

Der Gang des Staatshaushalts war übrigens auch nach der Verfassungs-Verleihung ein unbefriedigender. Schon der Abschluss für 1831 zeigte ein Deficit von 700,000 Thlr., aus welchem man bis 1840 nicht hinauskam. Zu dessen Deckung mussten daher Anleihen gemacht werden, wovon namentlich das heute noch bestehende von 1833 im Betrage von 1,265,850 Thlr. Erwähnung verdient. Die alten Schulden wurden dagegen auf den neuausgeschiedenen Staatsschatz übernommen³⁾ und es hörte die Landesschuldensteuer vom 1. Januar 1831 an auf. Für die neu contrahirte Schuld wurden als Tilgungsfonds die Einnahmerückstände aus der Zeit vor 1831 bestimmt,⁴⁾ erhielten aber fast ganz eine andere Bestimmung. Allgemeine gesetzliche Grundsätze über die Schuldenverwaltung stellte weder die Verfassung von 1831 auf, noch wurden solche durch Specialgesetze gegeben. Dagegen erfolgte am 27. Febr. 1831⁵⁾ eine Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen über die Ausschei-

¹⁾ Promulgirt in der Ges.-Samml. von 1831, S. 1 ff.

²⁾ Dasselbst S. 94.

³⁾ Vergl. Gesetz vom 27. Febr. 1831, die Bildung etc. des Staatsschatzes betreffend, S. 8, Ges.-Samml. S. 54.

⁴⁾ Finanzgesetz vom 31. Oct. 1833, S. 7, Ges.-Samml. S. 168.

⁵⁾ Vergl. die beiden Gesetze vom genannten Tage, die Bildung eines Staats- und eines Hausschatzes betreffend, Ges.-Samml. S. 53 und 55.

dung des Staats- und Hausschatzes, wonach von dem alten Vermögen die Hälfte dem Lande überlassen wurde. Auch das dem churfürstl. Hause als unveräußerliches Fideicommiss zugeschiedene Vermögen wurde in Staatsverwaltung belassen und die Bedürfnisse des Hofes durch eine darauf radicirte Civilliste befriedigt. Die dem Staatsschatze zugedachte jährliche Dotation aus der laufenden Einnahme blieb jedoch frommer Wunsch.

Im Jahre 1832 ward eine Landescreditcasse zur Erleichterung der Grundentlastung, ähnlich der in Hannover bestehenden, errichtet,¹⁾ welcher der Staatsschatz und insbesondere der sogen. Laudemial-Fonds, d. h. der aus den Ablösungsforderungen des Staats gebildete Capitalstock, einen Theil des Betriebscapitals zu niedrigen Zinsen zu leihen hatte, wogegen deren Ertragsüberschüsse in die Staatscasse zu fließen hatten. Der Staat übernahm die Gewähr für alle Verbindlichkeiten der Anstalt mit seinem ganzen Vermögen.

Schon im Jahre 1831 fand die Emission unverzinslichen Papiergelds statt, welches jedoch nach und nach wieder eingezogen wurde. Das Finanzgesetz vom 31. Octbr. 1833²⁾ gibt sodann die Ermächtigung, die Entschädigungsansprüche für aufgehobene Jagd-, Waldcultur- und Teichdienste mit 4proc. auf den Inhaber lautenden Staatsschuldscheinen abzufinden. Dieses, sowie die weiteren Finanzgesetze jener Zeit suchten die Tilgung der Landesschulden zu regeln, indem sie die Vorschrift enthielten, dass alle Ueberschüsse und Ersparnisse in einem Amortisationsfonds zu sammeln und zum Schuldabtrag zu verwenden seien. Schon das Finanzgesetz vom 25. Septbr. 1834³⁾ gestattete aber, das damals berechnete Deficit von 31,379 Thlr. jährlich, sowie das zu 500,000 Thlr. veranschlagte Betriebscapital diesem Fonds zu entnehmen und nöthigenfalls neue Anlehen zu contrahiren. 1838 wurde behufs Deficitsdeckung und Erhöhung des Betriebscapitals auf 700,000 fl. eine weitere Anleihe von 294,000 Thlr., sowie die Aufnahme einer schwebenden Schuld von 100,000 Thlr. (später erhöht auf 200,000 Thlr.) genehmigt.⁴⁾ Erst die Finanzperiode von 1840/42 stellte einen Ueberschuss von 270,000 Thlr. in Aussicht und das Finanzgesetz vom 18. Decbr. 1840 bestimmte jährlich 92,300 Thlr. zum Schuldenabtrag. Das Ministerium aber tilgte nur 75,000 Thlr. und behielt das Weitere zu andern Zwecken zurück. Dass unter solchen Umständen an dem älteren Anlehen von 1833, dessen Zinsen im Jahre 1838 auf 3 1/2% reducirt werden konnten, nichts abgetragen wurde, begreift sich leicht. Eben so wenig ward auch der Tilgungsplan der neueren kleinen Anlehen eingehalten.

Das Finanzgesetz vom 3. April 1844⁵⁾ enthält die erste Ermächtigung zur Aufnahme eines Eisenbahnanlehens und bahnte damit eine bedeutende Schuldenvermehrung an. Das Anlehen sollte 6 Mill. Thlr. betragen, zu 3 1/2% verzinslich sein, mit einem Amortisationsfonds von mindestens 1/2% getilgt werden, und unter pari nicht ausgegeben werden. Es wurde 1845 mit dem Hause Rothschild in Form einer Lotterianleihe abgeschlossen, jedoch unter ganz abweichenden Bestimmungen. Statt für 6 Mill. wurden für 6,725,000 Thlr. Loose emittirt; statt 3 1/2% Zins sind den Loosinhabern viel niedrigere Zinsanwüchse gutgerechnet; statt einer Tilgung von 1/2% per Jahr werden bis 1872 nicht einmal die Zinsen abgetragen und statt einer pari-Emission fand eine solche zu 87 1/2% statt. Wenn auch das Anlehen der Staatscasse im Ganzen

¹⁾ Gesetz vom 23. Juni 1832, Ges.-Samml. S. 175, und Nachtrag vom 31. Oct. 1833, Ges.-Samml. S. 183.

²⁾ Ges.-Samml. von 1833, S. 167—169.

³⁾ " " 1834, S. 84.

⁴⁾ Finanzgesetz vom 20. Juli 1838, Ges.-Samml. S. 28.

⁵⁾ Ges.-Samml. von 1844, S. 5.

keine grösseren Opfer auferlegte, als sie das Gesetz genehmigt, so ist doch aus diesem Vorgange eine unverantwortliche, das ganze Gebahren der Verwaltung charakterisirende Missachtung gegebener Gesetzesbestimmungen ersichtlich, und es mag nicht befremden, wenn die Stände am 29. Juni 1848 beschlossen, was sie längst hätten verlangen sollen, und was andere Landesverfassungen als ersten Grundsatz der Schuldenverwaltung aufstellen, dass nämlich künftige Anlehen nur unter Mitwirkung und Controle der Stände abgeschlossen werden sollen. Für die Mittel zur künftigen Abtragung des Lotterianlehens hatte übrigens die Regierung dadurch Vorsorge zu treffen gesucht, dass sie an den Anlehensunternehmer grössere Zahlungen leistete, als zur planmässigen Einlösung der Loose in den ersten Jahrzehnten nöthig waren und den Ueberschuss dem Hause Rothschild zu $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen anlieh, wodurch ein hinreichender Tilgungsfonds angesammelt werden sollte. Im Jahre 1859 kündigte jedoch Rothschild dieses Depositum und es ward dasselbe zum Abtrag anderer Schulden verwendet, übrigens gleichzeitig für die Bildung eines neuen Amortisations-Fonds Vorsorge getroffen.¹⁾

Neue Eisenbahnanleihen, aber auch Anleihen zur Deckung des ordentlichen und ausserordentlichen Staatsaufwands, waren in den Jahren 1848 und 1849, ferner in den Jahren 1852 und 1854 nöthig. Sie wurden realisirt, wie folgt:

- | | |
|---|-----------------------------|
| a) 1848 durch Anweisung auf den Laudemialfonds zum Bau der Schaumburger Strecke der Hannover-Mindener Bahn | 500,000 Thlr. ²⁾ |
| b) 1848 durch Emission von Cassenscheinen behufs Deckung ausserordentlicher Staatsbedürfnisse | 1,000,000 " ³⁾ |
| c) 1849 desgleichen zum Ausbau der Main-Weserbahn und zu einem Darlehen à 500,000 Thlr. an die hessische Nordbahngesellschaft | 1,500,000 " ⁴⁾ |
| d) 1849 durch Ausgabe $4\frac{1}{2}\%$ proc. Staatsschuldscheine zum Eisenbahnbau | 500,000 " ⁵⁾ |
| e) 1849 desgleichen zum Bau der Cassel-Frankfurter Staatsbahn | 1,000,000 " ⁶⁾ |
| f) 1852 desgleichen behufs Deckung des Deficits aus den Jahren 1849 bis 1852 und zum Zwecke des Eisenbahnbaues | 1,500,000 " ⁶⁾ |
| g) 1854 desgleichen zu gleichen Zwecken | 1,200,000 " ⁷⁾ |

Die letzteren beiden Anleihen lieferten zum Eisenbahnbau 1,230,404 Thlr.; das Weitere war zur Deficitsdeckung und zur Bestreitung der Bundesexecutionskosten bestimmt.

Mit allen vorgenannten Creditoperationen wurden die Bedürfnisse des Staatshaushalts dergestalt gedeckt, dass Ende 1858 noch ein kleiner Ueberschuss blieb. In den Jahren 1850 und 1851 war aber das Vertrauen so sehr geschwunden und die Verlegenheit der Regierung so gross, dass sie nur unter höchst lästigen Bedingungen kleinere Handdarlehen von Banquiers auf kurze Zeit erhielt und die eingegangenen Rückzahlungstermine wiederholt nicht ein-

¹⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 1858/60, Beil. Nr. 59 nebst Anlagen, wo sich auch der Darlehensvertrag über das Lotterianlehen abgedruckt findet.

²⁾ Ständeverhandl. von 1848, Bericht Nr. 281.

³⁾ Gesetz vom 26. Aug. 1848, Ges.-Samml. S. 86.

⁴⁾ " " 24. März 1849, " " " 21.

⁵⁾ " " 1. März 1849, " " " 15.

⁶⁾ " " 14. Dec. 1849, " " " 140.

⁷⁾ Vergl. Landtagsabschied vom 9. Febr. 1854, §. 5, Ges.-Samml. S. 31.

zuhalten vermochte, wesshalb sie sich für Prolongationen neue Opfer gefallen lassen musste.¹⁾

§. 105.

Neuester Bestand der churhessischen Staatsschuld.

Aus den Budgets-Vorlagen der Regierung auf dem Landtage von 18^{60/61} lässt sich für 1860, abgesehen von einer ganzen Reihe kleiner Schuldposten und Entschädigungsrenten, folgender Schuldenbestand entnehmen, aus welchem die Zinsen in den Hauptvoranschlag der Ausgaben für 18^{60/61} eingestellt sind:

1) dem Fideicomiss-Fonds der Prinzessin Charlotte à 3 1/2 %	14,900 Thlr.	
2) den Schefferschen Erben zu Felsberg à 3 1/2 %	1,400	"
3) der Civil-Wittwen- und Waisenanstalt à 4 1/2 %	33,000	"
4) dem Mühlenbeständer zu Horsten à 4 %	8,067	"
5) Anlehen von 1834 (resp. 1833) zu 3 1/2 %	820,950	"
6) Anlehen von 1849 à 4 1/2 %	1,000,000	"
7) Anlehen " 1852 à 4 1/2 %	1,485,000	"
8) Anlehen " 1854 à 4 1/2 %	1,188,000	"
9) Lotterieleihen von 1845, dessen wirklicher Betrag nicht ausgesetzt, für welches vielmehr nur die jährliche Tilgungsrente von 255,000 Thlr. ausgeworfen ist, mit einem dermaligen Capitalwerthe von etwa	8,260,000	" ³⁾
10) Papiergeldschuld im restlichen Betrage von	1,550,000	" ⁴⁾
Zusammen	14,361,317 Thlr.	

Hiezu kommt zu bemerken, dass das weitere Anlehen von 1849 à 500,000 Thlr. zwar heimbezahlt ist, dass aber die Tilgungsmittel dem Laudemialfonds, also dem Staatsgrundstocksvermögen entnommen worden sind, somit eine Vermögensverbesserung durch jene Tilgung nicht erfolgt ist. Auch das Anlehen von 1854 ist zur Heimzahlung gekündigt und ebenso soll das Anlehen von 1852 zum grösseren Theile sofort, der Rest aber bis 1866 getilgt werden, und zwar diese beiden Schuldposten aus den bisher angesammelten Tilgungsfonds für das Lotterieleihen von 1845, welche beim Hause Rothschild verzinslich angelegt waren, von diesem aber gekündigt und mit 1,396,579 Thlr. zurückbezahlt worden sind.

Setzt man die letztere Summe, welche sich als Activum der Tilgungsanstalt darstellt, von dem oben berechneten Schuldenstande ab, so verbleiben an Passiven noch 12,964,738 Thlr.

Diese directen Geldverbindlichkeiten des Staats werden, wie bereits erwähnt, durch die unbedingte Staatsgarantie für alle Verbindlichkeiten der Landescrediteasse, welche übrigens in Verwaltung des Staats selbst steht, ver-

¹⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 18^{55/57}, Beil. Nr. 59 und 66, S. 15—18.

²⁾ Verhandl. der II. Kammer von 18^{58/60}, Anlage VIII zu Beil. Nr. 20, S. 311—318.

³⁾ Von den emittirten 168,125 Loosen sind noch 152,125 Stücke ausständig, auf welche von 1860 bis 1896 14,237,910 Thlr. Prämien zu zahlen sind. Am Capital selbst mit 6,725,000 Thlr. ist bis 1860 nicht nur nichts bezahlt, sondern es sind nach der dem Anlehensvertrage beigefügten Zins- und Tilgungsberechnung an der zu Grunde gelegten 50jährigen Annuität von 255,000 Thlr. bis 1. Janr. 1860 incl. 3 1/2 % Zinsen und Zinseszinsen 1,535,001 Thlr. übrig geblieben. Diese Summe zur ursprünglichen Schuld geschlagen, gibt 8,260,000 Thlr.

⁴⁾ Nach einer Bekanntmachung sind von den creirten Cassenscheinen à 2,500,000 Thlr. bis Ende 1839 950,000 Thlr. vernichtet; verbleiben also 1,550,000 Thlr.

mehrt.¹⁾ Den Landständen ist eine Mitwirkung bei dieser Verwaltung insofern eingeräumt, als sie eine Commission zur Abhör der Creditcassen-Rechnung abzuordnen haben.

Eine fernere Vermehrung obiger fundirter Schuld tritt durch die sogenannten Schuldverschreibungen der Hauptstaatscasse gegen den Laudemialfonds, einer Art schwebenden Schuld, ein, welche die laufende Verwaltung an den Staatsgrundstock schuldet. Die letzte, den Ständen mitgetheilte Rechnung über den Laudemialfonds für 1857 weist an Schuldverschreibungen der Hauptstaatscasse eine Summe von 968,575 Thlr. nach, worunter 618,975 Thlr., von welchen keine Zinsen bezahlt werden.²⁾

§. 106.

Staatsverfassung; Verwaltung der Staatsschuld.

Wir haben der Verfassungskämpfe Churhessens in §. 104 bereits gedacht. Welche von den drei gegebenen Verfassungen dormalen in Rechtskraft steht, lässt sich schwer entscheiden. Die Regierung hat, nachdem die Bundesversammlung am 24. März 1860 erklärt hatte, dass die Ertheilung der Garantie für eine Verfassungsurkunde erfolgen werde, in welcher von allen Abänderungen, wozu eine Zustimmung der Stände nicht zu erlangen, abgesehen, dagegen die von den Ständen gestellten Anträge, welche auf Bestimmungen der Verfassung von 1831 beruhen und den Bundesgesetzen nicht widerstreiten, aufgenommen sein werden, — auf Grund der von den Ständen am 22. und 30. Juni 1857 abgegebenen Erklärungen unterm 30. Mai 1860 die neueste Verfassungsurkunde sammt Wahlgesetz verkündet.³⁾ Die alsdann berufenen Abgeordneten der II. Kammer wurden indessen schon von den Wahlkörpern grösstentheils nur unter der Verwahrung ernannt, dass die Verfassung von 1831 noch zu Recht bestehe, und erklärten sich gemäss dieser Auffassung für incompetent, worauf sofort die II. Kammer aufgelöst wurde.⁴⁾ Im gegenwärtigen Augenblicke (Mai 1861) wird eine Neuwahl vollzogen und es bleibt abzuwarten, ob sie ein anderes, für die neue Verfassung günstigeres Resultat ergeben wird. Voraussichtlich nicht. Inzwischen wird nach der 1860ger Verfassung thatsächlich weiter regiert.

Insoweit uns der Inhalt des Grundgesetzes zunächst interessirt, d. h. insoweit dasselbe die Staatsschuld behandelt, besteht indessen eine Differenz zwischen der Verfassung von 1831 und der von 1860 nicht. Die erstere bestimmt in §. 94:

„Ohne Einwilligung der Stände kann weder das Staatsgebiet überhaupt, noch ein einzelner Theil desselben, mit Schulden oder auf sonstige Art belastet werden;“

letztere wiederholt in §. 79 diesen Satz mit der Ergänzung, dass „ohne Einwilligung der Stände überhaupt keine Staatsschuld contrahirt werden könne.“

Ueber die Art der Schuldenverwaltung gibt weder die eine noch die andere Verfassungsurkunde eine Norm. Das Gesetz vom 27. Febr. 1831⁵⁾ ent-

¹⁾ Gesetz vom 23. Juni 1832, §. 2, Ges.-Samml. S. 175.

²⁾ Vergl. Verhandl. der I. Kammer von 1858/60, Beil. 29, S. 9—10.

³⁾ Ges.-Samml. von 1860, S. 25 ff.

⁴⁾ Verordnung vom 8. Dec. 1860, Ges.-Samml. S. 89.

⁵⁾ Die Bildung des Staatsschatzes betreffend, Ges.-Samml. von 1831, S. 53.

hält diessfalls in §. 8 die Vorschrift, dass mit der Verwaltung des Staatsschatzes auch die Hauptverwaltung der in Folge der vollzogenen Auseinandersetzung von den vormaligen Landesschuldencassen auf den Staatsschatz übergegangenen Landesschulden, wozu die Deckungsmittel besonders angewiesen worden seien, sowie deren Verzinsung und Tilgung vereinigt und in dieser Hinsicht noch besondere gesetzliche Vorschriften erlassen werden sollen. Diese erfolgten aber nicht; auch bezog sich jene Vorschrift nur auf die alten Schulden, welche alsbald getilgt wurden. Im Jahre 1848 brachten die Stände die Sache in Anregung und es wurde im Landtagsabschied vom 31. Octbr. jenes Jahres ¹⁾ eine Gesetzesvorlage „wegen Mitwirkung der Landstände bei der Verwaltung der Staatsschulden“ in Aussicht gestellt. Aber auch diese ist inzwischen nicht erfolgt. Dagegen ward schon vorher in das Gesetz vom 26. August 1848, die Emission von Cassenscheinen betreffend, ²⁾ die Bestimmung aufgenommen, dass

„die gesammte Verwaltung der durch dieses Gesetz creirten unverzinslichen Staatsschuld der Hauptstaatscasse-Direction gemeinschaftlich mit dem, zufolge des Gesetzes vom 27. Febr. 1831 bestehenden landständischen Ausschusse obliege, dessen Mitglieder insbesondere sowohl bei der Anfertigung und Emission, als bei der Wiedereinlösung und Vernichtung der Cassenscheine mitthätig sein sollen, und dass der Ständeverammlung über diese Verwaltung bei ihrem jedesmaligen Zusammen treten von dem gedachten Ausschusse vollständige Nachweisung gegeben werden müsse.“

Das Gesetz vom 24. März 1849, ³⁾ wodurch weitere Cassenscheine creirt wurden, wiederholt diese Vorschrift und die Gesetze vom 1. März und 14. December 1849, ⁴⁾ betreffend die Emission verzinslicher Staatsschuldscheine, enthalten für diese die gleiche Norm, nur mit Hinweglassung des letzten Satzes. Merkwürdiger Weise ist bei den weiteren Anlehen von 1852 und 1854 die Mitwirkung des ständischen Ausschusses wiederum bei Seite geblieben. Diese erstreckt sich also nur auf die eben genannten vier Creditoperationen, auf die älteren Anlehen aber ebenso wenig als auf die neuesten.

Der ständische Ausschuss, von welchem hier die Rede ist, wird nach §. 6 des Gesetzes vom 27. Febr. 1831 aus drei Mitgliedern gebildet, welche der Landesherr unter fünf demselben von den Ständen aus ihrer Mitte vorzuschlagenden Personen wählt. Nach dem Landtagsabschied vom 13. Febr. 1854 ⁵⁾ ist die Wahl des Ausschusses neuerdings so geregelt, dass jede Kammer drei Candidaten aus ihrer Mitte vorschlägt und alsdann abwechselungsweise zwei aus der einen und ein aus der andern Kammer und umgekehrt zu Mitgliedern des Ausschusses ernannt werden.

Man sieht, dass in Churhessen hinsichtlich der Staatsschuldenverwaltung diejenigen Einrichtungen nicht bestehen, welche in andern Verfassungsstaaten zur Sicherung des Credits und der Rechte der Staatsgläubiger für erforderlich erachtet worden sind. Eine selbstständige Tilgungscasse mit eigener Dotation ist namentlich nicht errichtet, vielmehr besorgt die III. Abtheilung der Hauptstaatscasse die sich auf die Staatsschuld beziehenden Geschäfte unter Leitung und Aufsicht des Finanzministeriums.

¹⁾ Ges.-Samml. von 1848, S. 161.

²⁾ Dasselbst S. 86.

³⁾ Ges.-Samml. von 1849, S. 21.

⁴⁾ Dasselbst S. 15 und 141.

⁵⁾ Ges.-Samml. von 1854, S. 30—32.

§. 107.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Wie Churhessen keine eigentliche Schuldentilgungsanstalt constituirt hat, so sind auch allgemeine Normen hinsichtlich des Schuldenabtrags nicht gegeben worden. Man hat sich begnügt, bei jedem einzelnen Anlehen die von der augenblicklichen Sachlage geforderten Bestimmungen zu treffen. Wir werden bei der Darstellung der einzelnen Staatspapiere das hieher Gehörige nachtragen. (Unten §. 111.)

Den Tilgungsmodus betreffend, haben wir zu constatiren, dass dieser allgemein der öffentlichen Verloosung ist und dass die Auszahlung der so gekündigten Beträge im Nennwerthe geschieht.

§. 108.

Sicherheitsobjecte der Staatsschuld (Staats-Grundkräfte).

I. Staatsvermögen. Der churhessische Staat befindet sich hinsichtlich des Verhältnisses seiner Staatsschuld zu seinem Vermögen in so günstigen Umständen, dass er unbedingt des grössten Credits sich erfreuen müsste, wenn seine inneren Zustände befriedigendere, wenn namentlich seine Verfassungsverhältnisse geordnet wären und seine Regierung Vertrauen einflösste. Dass ein in baarem Gelde, beziehungsweise in realisirbaren Forderungen bestehender Staatsschatz von Bedeutung vorhanden ist und dass nebendem ein nicht minder bedeutender Capitalfonds aus den eingegangenen Laudemialentschädigungen und Ablösungsgeldern gebildet wurde, haben wir bereits zu erwähnen Gelegenheit gehabt. Der Betrag des Staatsschatzes wird zwar geheim gehalten; aus den Revenüen, welche derselbe an die Staatscasse abliefern (18^{58/60} jährlich 310,000 Thlr.), lässt sich aber auf seine Grösse schliessen. Er wird eine Summe von 9 Mill. Thlr. erreichen. Der Laudemialfonds, stets noch in Steigerung begriffen, besass Ende 1857 ein Capitalvermögen von 6,802,774 Thlr.¹⁾ Diese beiden realisirbaren Vermögenstheile zusammen decken somit die Staatsschuld vollständig. Abgesehen hievon ist indessen auch das Domanialvermögen von verhältnissmässig grosser Bedeutung. Sein Ertragniss ist nach dem Etat für 18^{58/60} angenommen, wie folgt:

	roh:	Kosten:	Reinertrag:
1) Domänen	363,150 Thlr.	118,700 Thlr.	244,450 Thlr.
2) Forsten und Jagden	896,760 "	442,490 "	454,270 "
3) Fischereien	2,470 "	1,450 "	1,020 "
4) Berg-, Salz- und Hüttenwerke	422,190 "	37,060 "	385,130 "
5) Posten	43,500 "	1,500 "	42,000 "
6) Eisenbahnen	—	—	507,600 "
Summe			1,634,470 Thlr.
Dazu Zinsen vom Staatsschatz und Laudemialfonds			555,760 "
Macht Reinertrag des gesammten Staatsvermögens			2,190,230 Thlr.
Hievon ab: die auf die Domänen radidirten Leistungen an den churfürstlichen Hof mit			300,000 "
Verbleiben für die Staatscasse			1,890,230 Thlr.

¹⁾ Verhandl. der I. Kammer von 18^{58/60}, Beil. 29, S. 10—12.

welches Erträgniss zu 4% capitalisirt ein Vermögen von . 47,255,750 Thlr. repräsentirt.

Ueber das Verhältniss des Domanial- und Capitalvermögens zum Staat spricht sich die Verfassung vom 30. Mai 1860 folgendermassen aus:

- §. 113. „Die beiden Verträge, die Theilung des bis zum Jahre 1831 bei der damaligen Cabinetscasse und bei der Generalcasse verwalteten Capitalvermögens, sowie die Feststellung der Hofdotations betreffend, bleiben in Kraft und Wirksamkeit. Es soll jedoch unter Mitwirkung der Agnaten eine anderweite Regulirung über die Feststellung der Hofdotations auch für alle folgenden Zeiten mit den Landständen baldigst bewirkt werden. Die Verwaltung und Verwendung des gedachten Vermögens soll nach dem Inhalte der gedachten Verträge, sowie nach den Vorschriften der §§. 114 und 115 auch ferner Statt haben.“
- §. 114. „Die nach jener Vereinbarung für die Hofdotations im Einverständniss mit den Landständen zu bestimmenden Domänen (Landgüter und Forste) sollen durch baldthunlichste Verzeichnung ausgesondert und dem Hausfideicommiss zugewiesen werden. Dieselben müssen in ihrem Reinertrage den für den Bedarf des churfürstlichen Hofes festgesetzten Beträgen vollständig gleichkommen und nöthigenfalls aus den übrigen Bestandtheilen des durch jene Vereinbarung für Staatseigenthum erklärten Domanialvermögens ergänzt werden.“
- §. 115. „Die dem Hausfideicommiss zugewiesenen Domänen (§. 114) sollen mit dem durch jene Vereinbarung festgestellten Staatsvermögen in dem durch die erwähnte Vereinbarung festgesetzten Umfange in derselben Verwaltung durch die Staatsfinanzbehörden wie bisher verbleiben, so dass der Gesamttertrag in die Staatscasse fliesst, aus welcher die festgesetzte Hofdotationssumme abzuliefern ist. Hinsichtlich der Veräusserung der Fideicommissgüter finden die Bestimmungen des folgenden §. 116 ebenfalls Anwendung.“
- §. 116. „Das Staats- wie das landesherrliche Hausfideicommiss-Vermögen ist stets in seinen wesentlichen Bestandtheilen zu erhalten und kann daher ohne Einwilligung der Stände weder durch Veräusserung vermindert, noch mit Schulden oder sonst einer bleibenden Last beschwert werden.“

Diese Vorschriften sind im Wesentlichen mit den Bestimmungen identisch, welche schon die Verfassung von 1831 über das Staatsvermögen getroffen hatte. Nur die Ausscheidung des Complexes, auf welcher die Civilliste speciell radicirt sein soll, fordert die neue Verfassung entschiedener, während die ältere bloss von den „dazu bestimmten Domänen“ spricht.

II. Steuerkraft. Nach dem Vorstehenden wird der churhessische Staatsgläubiger kaum nöthig haben, eine weitere Sicherheit für seine Forderung in Anspruch zu nehmen. Es mögen übrigens noch folgende Daten hier ihre Stelle finden.

Das churhessische Staatsgebiet umfasst $173\frac{3}{4}$ Quadratmeilen und ist mit 726,686 Bewohnern bevölkert, so dass auf die Geviertmeile 4188 Bewohner kommen. Die Bevölkerung ist jedoch seit 1849, wohl zum Theil wegen der unbefriedigenden inneren Zustände, in fortwährender Abnahme begriffen.¹⁾ Die Hauptnahrungsquelle der Bewohner ist die Landwirthschaft. Von den 3,936,228 Hectaren Morgen, welche das ganze Staatsgebiet umfasst, sind nur 138,248 Morgen der Cultur und Production entzogen. Die Erndteerträge in gewöhn-

¹⁾ Sie betrug 1849: 759,751; 1852: 755,350; 1855: 736,392 Seelen.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

lich guten Jahren werden auf folgende Grössen geschätzt: Waizen 5,220,000; Roggen 16,211,000; Gerste 4,754,000; Hafer 11,738,000; Kartoffeln 54,000,000 casseler Metzen. Der jährliche Holzertrag wird zu 49⁹/₁₀ Mill. preuss. Cubicfuss angegeben und bildet einen namhaften Ausfuhrartikel. Eine grosse Wohthat für den churhessischen Grundbesitzer ist die bereits erwähnte Landescreditanstalt (die erste ländliche Creditanstalt Deutschlands zu Gunsten des Bauernstandes), welche die Culturzwecke wesentlich befördert. Sonst ist Seitens des Staats zur Förderung der landwirthschaftlichen Cultur gerade nicht viel geschehen. Ebenso sind die Gewerbe Gesetze nicht besonders geeignet, einen Aufschwung der gewerblichen Industrie zu fördern, wie denn auch diese von geringerer Bedeutung ist. Lebhafter ist der, durch mehrere schiffbaren Flüsse (Main, Weser, Werra und Fulda), gute Landstrassen und Eisenbahnen begünstigte Handel, namentlich das Transit- und Speditionsgeschäft. Im Churstaat bestehen gegenwärtig 44,5 Meilen Eisenbahnen.

Dass die Vorgänge des Jahres 1848, alsdann die Bundesexecution von 1850 und die Folgen einer alten Missregierung dem Wohlstand des churhessischen Volkes grossen Schaden zugefügt, liegt in der Natur der Sache. Uebrigens werden wir im Folgenden sehen, dass eine Ueberbürdung mit öffentlichen Lasten im Vergleiche mit andern Staaten die Bewohner Churhessens, Dank dem bedeutenden Staatsvermögen, nicht drückt.

§. 109.

Finanzlage des Churstaats.

Hinsichtlich der Vergangenheit haben wir im Bisherigen mehrfache Andeutungen gegeben, welche ein Bild des finanziellen Zustandes bis in die letztere Zeit darbieten werden. Wir wollen hier das Gesagte mit einigen Zahlenangaben belegen und daran die Ergebnisse des neuesten Staats-Budgets anreihen.

Nach den Finanzgesetzen schlossen die Etats ab, wie folgt:

Finanzperiode	Einnahmen: Thlr.	Ausgaben: Thlr.	Ueberschuss: Thlr.	Deficit: Thlr.
I. 1833 ¹⁾ (für 1 Jahr) .	2,901,621	3,149,678	—	248,057
II. 18 ³⁴ / ₃₆ ²⁾ (für 1 Jahr) .	3,176,480	3,280,726	—	104,246
III. 18 ³⁷ / ₃₉ ³⁾ (für 3 Jahre) .	10,474,110	10,386,700	87,410	—
IV. 18 ⁴⁰ / ₄₂ ⁴⁾ (desgl.) . .	10,910,530	11,286,530 ^{4a)}	—	376,000
V. 18 ⁴³ / ₄₅ ⁵⁾ (desgl.) . .	11,678,100	11,635,620	42,480	—
VI. 18 ⁴⁶ / ₄₈ ⁶⁾ (desgl.) . .	12,157,710	12,110,030	47,680	—
VII. 1849 ⁷⁾ (für 1 Jahr) .	4,289,520	4,470,880	—	181,360
VIII. 18 ⁵² / ₅₄ ⁸⁾ (für 3 Jahre) .	12,475,440	13,932,790	—	1,457,350
IX. 18 ⁵⁵ / ₅₇ ⁹⁾ (desgl.) . .	14,235,420	15,244,490	—	1,009,070

¹⁾ Ges.-Samml. von 1833, S. 170 ff.

²⁾ " " " 1834, S. 87 ff. Der Kriegsetat ist hierunter nicht begriffen.

³⁾ " " " 1838, S. 30 ff. Die Einnahmen von älteren Rückständen und von Anlehen haben wir weggelassen.

⁴⁾ " " " 1840, S. 59 ff. Ebenso.

^{4a)} Hierunter sind aber 276,900 Thlr. Exigenz für Schuldentilgung inbegriffen. Auch stellt sich mit Einrechnung der Activreste aus der I.—III. Finanzperiode mit 376,000 Thlr. das Gleichgewicht her.

⁵⁾ Ges.-Samml. von 1843, S. 17 ff. Ebenso wie Note 3.

⁶⁾ " " " 1848, S. 7 ff. Desgl.

⁷⁾ " " " 1849, S. 25 ff. Desgl.

⁸⁾ " " " 1854, S. 15 ff.

⁹⁾ " " " 1857, S. 55 ff.

Das Budget der X. Finanzperiode 18^{59/60}¹⁾ zeigt folgende Hauptziffern:

Einnahmen:		Ausgaben:	
1) Directe Steuern	875,000 Thlr.	1) Churf. Hof	300,000 Thlr.
2) Indirecte Abgaben	1,139,950 "	2) Fürstl. Apanagen	56,900 "
3) Wege- u. Brücken- gelder	47,740 "	3) Staatsministerium	57,320 "
4) Domanialeinkünfte	363,150 "	4) Rechtspflege	330,050 "
5) Gesundbrunnen	55,500 "	5) Innere Verwaltung	959,260 "
6) Forsten	887,350 "	6) Finanzverwltg. (wor- unter Staatsschuld)	1,528,720 "
7) Jagden	9,410 "	7) Kriegsverwaltung	896,910 "
8) Fischereien	2,470 "	8) Auswärtige Ange- legenheiten	47,210 "
9) Berg-, Salz- und Hüttenwerke	422,190 "	9) Pensionen und Un- terstützungen	310,750 "
10) Posten	43,500 "	Summe im ordentl. Etat	4,487,120 Thlr.
11) Eisenbahnen	507,600 "	Dazu ausserordentl. Ausg.	321,671 "
12) Vom Capitalver- mögen	555,760 "	Summe des ganzen Budgets	4,808,791 Thlr.
13) Von der Landes- creditcasse	5,000 "	Damit verglichen die Einnahme mit	5,100,280 "
14) Vom Landgestüte	8,500 "	zeigt sich ein Ueber- schuss von	291,489 Thlr.
15) Sonstige Einnahmen	177,160 "		
Summe auf 1 Jahr	5,100,280 Thlr.		

Das Gleichgewicht ist somit wieder hergestellt.

§. 110.

Gesetzgebung über die Amortisation, Vindication, Verjährung und Aussercourssetzung der Staatspapiere.

Die Verordnung vom 18. Decbr. 1823, betreffend die besonderen Rechtsverhältnisse der auf Inhaber lautenden Schuldscheine, gibt hinsichtlich der Amortisation, Vindication und Aussercourssetzung folgende Normen:

- §. 1. „Der Besitzer einer auf den Inhaber lautenden Obligation, sowie deren Zinsabschnitte, soll in Beziehung auf den darin benannten Schuldner stets als rechtmässiger Gläubiger gelten, so dass ihm, ausser dem im §. 9 erwähnten Falle, die Zahlung nicht verweigert werden, und die Anlegung eines Arrestes auf diese (s. jedoch §. 2), oder eine Anweisung, an einen Andern als den Inhaber, zu zahlen, nicht Statt finden darf.“
- §. 2. „Gegen den Besitzer einer a. d. J. lautender Obligation und deren Zinsabschnitte kann ein Anderer, welcher den wirklichen Besitz ohne seinen Willen verloren oder auf den noch zu erlangenden wirklichen Besitz Anspruch hat, ein dingliches Recht nur in dem Falle geltend machen, wenn der Inhaber selbst oder dessen Erblasser, von welchem er den Besitz ableitet, zur Zeit des Erwerbes von dem einem Dritten zustehenden oder durch denselben in Anspruch genommenen Rechte an der Verschreibung Kenntniss hatte und wusste, dass er dieselbe sich zuzueignen nicht befugt sei, überhaupt sich in bösem Glauben befand.“
- „Würde aber Jemand nachweisen, dass er ohne seinen Willen den Besitz der Schuldverschreibung verloren oder ein Recht auf dessen Er-

¹⁾ Ges.-Samml. von 1860, S. 54 ff.

langung habe; so muss das Gericht auf den Antrag desselben den Inhaber anhalten, den Titel seines Besitzes genau anzugeben, und insbesondere denjenigen, von welchem er solchen herleitet, namhaft zu machen, oder eidlich zu erhärten, dass und aus welcher Ursache er letzteres zu thun ausser Stande sei. Ebenfalls kann zur Sicherstellung des Klägers . . . die gerichtliche Hinterlegung der Obligation nebst Zinsabschnitten bis zu ausgemachter Sache erkannt werden.“

- §. 3. „Jedem Eigenthümer einer a. d. J. lautenden Obligation steht es frei, dieselbe für sein Eigenthum vor dem gewöhnlichen Gerichte seines Wohnorts oder bei nachgewiesenen besondern Gründen auch vor einem andern Gerichte, welchem er hinlänglich bekannt ist, zu erklären, und diese auf die Verschreibung zu setzende Erklärung von dem Gerichte . . . beglaubigen zu lassen, wonach die Obligation als nicht mehr an den Inhaber zahlbar so lange anzusehen ist, bis die deshalbige Bezeichnung auf derselben durch jenen Eigenthümer selbst oder einen als seinen Rechtsnachfolger sich gehörig ausweisenden Besitzer vor einem der oben gedachten Gerichte und mit dessen Beglaubigung für zurückgenommen erklärt sein wird.“

„Ebenso sind die Vorstände von Gemeinden, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, desgleichen die Vormünder und Curatoren unter obervormundschaftlicher Ermächtigung befugt, a. d. J. lautende Obligationen, welche zu dem ihrer Aufsicht anvertrauten Vermögen gehören, durch die darauf gesetzte Bemerkung ihres gegenwärtigen Eigenthümers die Eigenschaft der Zahlbarkeit an den Inhaber zu benehmen, sowie auch sie durch die erklärte Zurücknahme jener Bemerkung unter solcher selbst, jedoch mit hinzutretender gerichtlichen Beglaubigung, wieder an jeden Inhaber zahlbar zu machen.“

- §. 5. „Derjenige, welchem eine a. d. J. von einer inländischen Behörde ausgefertigte Obligation ohne seinen Willen vernichtet worden oder abhanden gekommen ist, soll, wenn er über das darin ausgedrückte Capital einen Duplicatschein erlangen will, bei dem Gerichte, in dessen Bezirk der Zufall sich ereignet hat, oder wenn der deshalbige Ort ungewiss ist, bei dem Gerichte seines Wohnsitzes so gut, als thunlich, nachweisen, dass er innerhalb des laufenden oder des vorhergehenden Jahres entweder die in Rede stehende genau zu bezeichnende Obligation wirklich im Besitze, oder doch auf deren Besitz ein Recht gehabt habe, und wie sie nebst den etwa beigelegten Zinsabschnitten ihm ohne seinen Willen vernichtet worden oder abhanden gekommen sei, auch solches desgleichen, dass ihn jeder weitere Besitzer derselben unbekannt sei, eidlich versichern. Die hierüber von dem Gerichte ertheilte Bescheinigung ist bei der betreffenden Schulbehörde einzureichen.“

- §. 6. „Diese Behörde wird alsdann den nächsten beiden öffentlichen Bekanntmachungen über die stattgehabte jährliche Verloosung der Obligationen oder den Rechnungsabschluss eine Aufforderung an den Inhaber der . . . Obligation beifügen, sich unter deren Vorlegung vor dem Ablaufe von drei Monaten nach der zweiten Aufforderung zu melden, in dem widrigenfalls ein Duplicatschein werde ertheilt und an dessen Besitzer die Zahlung sowohl der Zinsen als des Capitals, stets zwei Jahre nach eingetretener Fälligkeit, werde geleistet werden, sofern nicht inzwischen die Original-Obligation zur Zahlung eingereicht sein würde.“

- §. 8. „Sind drei Monate nach der zweiten Aufforderung verstrichen, ohne dass die fragliche Verbriefung vorgelegt worden, so soll der Duplicatschein, sofern nicht die alsbaldige Zurückzahlung des Capitals

nebst fälligen Zinsen diesen überflüssig macht, ausgefertigt werden, und zwar ohne Zinsabschnitte . . . und mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, dass an den Inhaber des Scheins eine Zahlung von Zinsen oder Capital stets nur nach zwei Jahren, vom Tage der Fälligkeit an, geleistet werde, wenn nicht inzwischen der betreffende Zinsabschnitt und beziehungsweise die urschriftliche Obligation zur Zahlung eingereicht sein werde. Würde dieser Fall eintreten, so muss die Zahlung an den Inhaber der Urschrift geleistet, jedoch davon der Duplicat-Inhaber unter Benennung jenes Empfängers benachrichtigt werden. Auch ist der Inhaber des Duplicats zu dessen Zurückgabe, sobald die ursprüngliche Verbriefung vorgelegt worden, anzuhalten.“

- §. 9. „Mit dem Ablaufe von zwei Jahren seit eingetretener Fälligkeit aber sind die auf den zahlbaren Betrag sich beziehenden Ansprüche des Inhabers der als entkommen bekannt gemachten Obligation sowie eines Zinsabschnittes, welcher zu einer solchen Obligation gehört, erloschen, und als auf den Inhaber des Duplicatscheins übergegangen zu betrachten.“
- §. 10. „Den Zinsabschnitten kann auf keine Weise die Eigenschaft der Zahlbarkeit an den Inhaber benommen werden; auch findet für gänzlich vernichtete oder verlorne Zinsabschnitte die Ertheilung von Duplicaten niemals Statt. Gleichwohl kann der Inhaber einer Obligation, welchem dazu gehörige Zinsabschnitte auf irgend eine Art entkommen sind, deren Betrag auf Grund seiner Obligation in Empfang nehmen, falls die Zinsabschnitte nicht binnen zwei Jahren seit deren Zahltermine erhoben worden sind, und wird die schuldende Casse durch die Zahlung in diesem Falle ihrer Verbindlichkeit gegen den etwaigen andern Besitzer der betreffenden Zinsabschnitte entledigt.“

Rücksichtlich der Verjährung der Zinsen von au porteur gestellten Schuldverschreibungen ist unter'm 9. Mai 1860 ein besonderes Gesetz¹⁾ ergangen, welches Folgendes vorschreibt:

- §. 1. Das Gesetz vom 14. Juli 1853 wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen bei Klagen aus Schuldverhältnissen soll auch auf die Zinsen von den auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen mit der Maassgabe Anwendung leiden, dass die Verjährungsfrist auf fünf Jahre bestimmt wird.“
- §. 2. „Insofern in den Zinsabschnitten (Coupons) zu den auf d. J. ausgestellten Schuldverschreibungen eine kürzere Verjährungsfrist ausdrücklich festgesetzt ist, behält es dabei sein Bewenden.“
- §. 4. „In Zukunft ist bei Ausgabe von Zinsabschnitten auf diesen die für sie geltende Verjährungsfrist anzuzeigen.“
- §. 5. „Innerhalb des letzten Jahres, und zwar jedenfalls drei Monate vor Ablauf der Verjährungszeit, sind die Inhaber der von der Verjährung bedrohten Zinsabschnitte unter specieller Bezeichnung der letzteren in einem inländischen und einem ausländischen öffentlichen Blatte zur Empfangnahme der betreffenden Zinsbeträge aufzufordern und auf den aus eingetretener Verjährung folgenden Rechtsnachtheil aufmerksam zu machen.“
- §. 6. „Durch unterlassene Beobachtung der in den §§. 4 und 5 enthaltenen Vorschriften wird die in diesem Gesetze vorgeschriebene Verjährung der Zinsen nicht gehindert.“

¹⁾ Ges.-Samml. von 1860, S. 51.

§. 7. „Die Anwendbarkeit dieses Gesetzes wird dadurch nicht gehindert, dass auf einer a. d. J. ausgestellten Schuldverschreibung das Eigenthumsrecht einer bestimmten Person oder Anstalt (vergl. §. 3 der Verordn. v. 18. Decbr. 1823) angezeigt worden ist.“

Das hier angezogene Gesetz vom 14. Juli 1853 ¹⁾ hatte für alle Forderungen der Darlehensgeber und Renten-Inhaber wegen fälliger Zinsen und Renten, mit Ausnahme der Zinsen von den a. d. J. lautenden Schuldverschreibungen, eine Verjährungsfrist von drei Jahren bestimmt und im Weiteren vorgeschrieben (§. 2):

„Die in dem vorhergehenden Paragraphen bestimmten Verjährungsfristen beginnen mit dem Ablaufe des letzten Tages desjenigen Jahres, in welchem die betreffende Forderung fällig geworden ist.“

Ueber die Verjährung der Obligationen enthalten, wie man sieht, diese Gesetze keine besondere Vorschrift. Für diese gilt somit die ordentliche Verjährungsfrist von 30 Jahren.

Zu bemerken kommt noch, dass in Churhessen nur Staatsobligationen auf den Inhaber ausgestellt werden, dass sohin alle vorgedachten Gesetzesbestimmungen auf die Staatsschuldverschreibungen Anwendung finden.

§. 111.

Einzelne churhessische Verkehrs-Staatspapiere.

Von der churhessischen Staatsschuld sind hauptsächlich die hienach näher beschriebenen Loose von 1845 in weiteren Kreisen verbreitet. Die Verbriefungen der älteren Anleihe von 1834 sind zum grösseren Theil in festen Händen und die Titel der neueren Anleihen haben neuester Zeit durch ausserordentliche Tilgungen eine grosse Minderung erfahren. Wir können uns daher bezüglich dieser Papiere kurz fassen.

- 1) Obligationen von 1834, emittirt kraft des Finanzgesetzes vom 31. Octbr. 1833 ²⁾ zu theilweiser Deckung des auf 1,615,900 Thlr. berechneten Deficits der ersten Finanzperiode in der Summe von 1,265,850 Thlr. und in Stücken à 1000, 500, 250, 100 und 50 Thlr. Zur Tilgung dieser Schuld waren die Einnahmerückstände aus der Zeit vor 1830 mit circa 678,874 Thlr. bestimmt, erhielten aber grösstentheils eine andere Verwendung, so dass nur sehr wenig abgetragen wurde. Im neuesten Staatsbudget sind indessen jährlich 10,000 Thlr. zur Tilgung der 1834ger Schuldverschreibungen und ausserdem ein ausserordentlicher Tilgungsbetrag von 15,000 Thlr. vorgesehen worden; ³⁾ auch ist im Landtagsabschied von 1860 versprochen, dass für die Tilgung dieses Anlehens ein Plan entworfen und der nächsten Ständeversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden solle. — Die Zinsen fallen auf 1. Januar und 1. Juli zu Cassel, ursprünglich zu 4, seit 1838 zu 3 1/2 %.
- 2) Lotterieanleihe von 1845, abgeschlossen auf Grund des Landtagsabschieds vom 3. April 1844 ⁴⁾ durch Vertrag mit dem Hause M. A. v. Rothschild und Söhne zu Frankfurt vom 9. Januar 1845 ⁵⁾ zum Zwecke

¹⁾ Ges.-Samml. von 1853, S. 99.

²⁾ Ges.-Samml. von 1833, S. 167—169.

³⁾ Vergl. auch Verhandl. der II. Kammer von 1858/60, Beil. 62 und 79.

⁴⁾ Ges.-Samml. von 1844, S. 5—7.

⁵⁾ Verhandl. der II. Kammer von 1858/60, Anl. A. zu Beil. 59.

des Eisenbahnbaues. Das ganze Anlehen im Betrage von 6,725,000 Thlr. ist in 168,125 Loose à 40 Thlr., welche in zwei Abtheilungen à 20 Thlr. geschieden sind, emittirt worden und wird binnen 50 Jahren mittelst einer Annuität von 255,000 Thlr. nebst Zinsen abgetragen. Der hienach folgende Ziehungsplan besagt das Nähere. Die erste Ziehung fand am 1. Januar 1846 statt. Da die besagte Annuität durch die bis 1870 zur Verloosung kommenden kleinen Prämiensummen nicht absorbiert wird (vergl. oben S. 347), so ist aus den Ueberschüssen ein Amortisationsfonds angesammelt worden, welcher bis 1859 bei dem Hause Rothschild gegen $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen und Zinseszinsen deponirt, alsdann aber von diesem heimbezahlt und zur Tilgung der hienach genannten Anlehen von 1852 und 1854 verwendet wurde. Gleichzeitig ist aber für die Bildung eines neuen Amortisationsfonds Sorge getragen worden, indem man die Tilgungsquoten der beiden genannten Anlehen nebst weiteren 10,700 Thlr. jährlich reservirte, welche zusammen gegen 4% Zinsen und Zinseszinsen bei der Landescreditanstalt nebst den Ueberschüssen der ursprünglichen Dotation von jährlich 255,000 Thlr. angelegt werden sollen. Diese Mittel zusammen gewähren das ganze Bedürfniss zur Tilgung der Lotterieleihe nach dem folgenden Plane.¹⁾

Ziehungsplan der 40 Thlr.-Loose.

26. Ziehung			31. Ziehung		
am 1. Juli 1861.			am 1. Juli 1866.		
Präm.	Thlr.	Thlr.	Präm.	Thlr.	Thlr.
1	.	40,000	1	.	40,000
1	.	8,000	1	.	8,000
1	.	4,000	1	.	4,000
1	.	2,000	1	.	2,000
2	à 1,500	3,000	2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000	3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000	5	à 400	2,000
10	à 200	2,000	10	à 200	2,000
20	à 120	2,400	20	à 125	2,500
106	à 100	10,600	106	à 100	10,600
1,850	à 60	111,000	2,350	à 65	152,750
2,000		188,000	2,500		229,850
27. Ziehung			32. Ziehung		
am 1. Juli 1862.			am 1. Juli 1867.		
28. Ziehung			33. Ziehung		
am 1. Juli 1863.			am 1. Juli 1868.		
1	.	36,000	1	.	36,000
1	.	8,000	1	.	8,000
1	.	4,000	1	.	4,000
1	.	2,000	1	.	2,000
2	à 1,500	3,000	2	à 1,500	3,000
29. Ziehung					
am 1. Juli 1864.					
30. Ziehung					
am 1. Juli 1865.					
1	.	32,000			
1	.	8,000			
1	.	4,000			
1	.	2,000			
2	à 1,500	3,000			
3	à 1,000	3,000			
5	à 400	2,000			
10	à 200	2,000			
20	à 120	2,400			
106	à 100	10,600			
1,850	à 60	111,000			
2,000		180,000			

¹⁾ Vergl. Verhandl. der II. Kammer von 18⁵⁸/₆₀, Anlagen A, B und C und I. bis IX. zu Beil. 59.

Präm.	Thlr.	Thlr.
3 à	1,000	3,000
5 à	400	2,000
10 à	200	2,000
20 à	125	2,500
106 à	100	10,600
2,350 à	65	152,750
2,500		225,850

34. Ziehung

am 1. Juli 1869.

35. Ziehung

am 1. Juli 1870.

1 . . .	32,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000
2 à 1,500	3,000
3 à 1,000	3,000
5 à 400	2,000
10 à 200	2,000
20 à 125	2,500
106 à 100	10,600
2,350 à 65	152,750
2,500	221,850

36. Ziehung

am 1. Juli 1871.

1 . . .	40,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000
2 à 1,500	3,000
3 à 1,000	3,000
5 à 400	2,000
10 à 200	2,000
20 à 130	2,600
106 à 100	10,600
2,850 à 70	199,500
3,000	276,700

37. Ziehung

am 1. Juli 1872.

38. Ziehung

am 1. Juli 1873.

1 . . .	36,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000

Präm.	Thlr.	Thlr.
2 à	1,500	3,000
3 à	1,000	3,000
5 à	400	2,000
10 à	200	2,000
20 à	130	2,600
106 à	100	10,600
2,850 à	70	199,500
3,000		272,700

39. Ziehung

am 1. Juli 1874.

40. Ziehung

am 1. Juli 1875.

1 . . .	32,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000
2 à 1,500	3,000
3 à 1,000	3,000
5 à 400	2,000
10 à 200	2,000
20 à 130	2,600
106 à 100	10,600
2,850 à 70	199,500
3,000	268,700

41. Ziehung

am 1. Juli 1876.

1 . . .	40,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000
2 à 1,500	3,000
3 à 1,000	3,000
5 à 400	2,000
10 à 200	2,000
20 à 135	2,700
106 à 100	10,600
3,850 à 75	288,750
4,000	366,050

42. Ziehung

am 1. Juli 1877.

43. Ziehung

am 1. Juli 1878.

1 . . .	36,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000

Präm.	Thlr.	Thlr.
1 . . .		2,000
2 à	1,500	3,000
3 à	1,000	3,000
5 à	400	2,000
10 à	200	2,000
20 à	135	2,700
106 à	100	10,600
3,850 à	75	288,750
4,000		362,050

44. Ziehung

am 1. Juli 1879.

45. Ziehung

am 1. Juli 1880.

1 . . .	32,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000
2 à 1,500	3,000
3 à 1,000	3,000
5 à 400	2,000
10 à 200	2,000
20 à 135	2,700
106 à 100	10,600
3,850 à 75	288,750
4,000	358,050

46. Ziehung

am 1. Juli 1881.

1 . . .	40,000
1 . . .	8,000
1 . . .	4,000
1 . . .	2,000
2 à 1,500	3,000
3 à 1,000	3,000
5 à 400	2,000
10 à 200	2,000
20 à 140	2,800
106 à 100	10,600
4,850 à 80	388,000
5,000	465,400

47. Ziehung

am 1. Juli 1882.

48. Ziehung

am 1. Juli 1883.

1 . . .	36,000
1 . . .	8,000

Präm.	Thlr.	Thlr.
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 140	2,800
106	à 100	10,600
4,850	à 80	388,000
5,000		461,400

49. Ziehung
am 1. Juli 1884.

Präm.	Thlr.	Thlr.
1	.	32,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 140	2,800
106	à 100	10,600
4,850	à 80	388,000
5,000		457,400

51. Ziehung
am 1. Juli 1886.

1	.	40,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 140	2,800
106	à 100	10,600
5,850	à 85	497,250
6,000		574,650

52. Ziehung
am 1. Juli 1887.

53. Ziehung
am 1. Juli 1888.

Präm.	Thlr.	Thlr.
1	.	36,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 140	2,800
106	à 100	10,600
5,850	à 85	497,250
6,000		570,650

54. Ziehung
am 1. Juli 1889.

55. Ziehung
am 1. Juli 1890.

1	.	32,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 140	2,800
106	à 100	10,600
5,850	à 85	497,250
6,000		566,650

56. Ziehung
am 1. Juli 1891.

1	.	40,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000

Präm.	Thlr.	Thlr.
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 150	3,000
106	à 100	10,600
7,475	à 90	672,750
7,625		750,350

57. Ziehung
am 1. Juli 1892.

58. Ziehung
am 1. Juli 1893.

1	.	32,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 150	3,000
106	à 100	10,600
7,475	à 90	672,750
7,625		742,350

59. Ziehung
am 1. Juli 1894.

60. Ziehung
am 1. Juli 1895.

1	.	40,000
1	.	8,000
1	.	4,000
1	.	2,000
2	à 1,500	3,000
3	à 1,000	3,000
5	à 400	2,000
10	à 200	2,000
20	à 150	3,000
99	à 100	9,900
7,482	à 90	673,380
7,625		750,280

- 3) Staatsschuldscheine von 1849 à $4\frac{1}{2}\%$, emittirt in der Summe von 500,000 Thlr. und 1,000,000 Thlr. behufs Beschaffung der Mittel zum Staatseisenbahnbau in Gemässheit der Gesetze vom 1. März und 14. Decbr. 1849.¹⁾ Beide Anlehen sind ausdrücklich auf die von der

¹⁾ Ges.-Samml. von 1849, S. 15 und 140.

Hauptstaatscasse bei der Landescreditecasse angelegten Ablösungscapitalien hypothecirt und werden aus letzteren in kurzen Fristen getilgt. Für das erste Anlehen war von 1850 ein jährlicher Tilgungsfonds von 50,000 Thlr. ausgesetzt, welcher inzwischen verwendet wurde, so dass im Jahr 1860 die ganze Schuld von der Landescreditecasse eingelöst wurde. Die Tilgung des zweiten Anlehens beginnt 1860 mit einem jährlichen Tilgungsfonds von 100,000 Thlr. und ist also 1870 vollendet. Capital und Zinsen, letztere halbjährlich, bei der Hauptstaatscasse zu Cassel zu erheben.

- 4) Staatsschuldscheine à $4\frac{1}{2}\%$ von 1852 und 1854. Für diese beiden Anlehen à 1,500,000 Thlr. und 1,200,000 Thlr. war gesetzlich nur ein Tilgungsfonds von $\frac{1}{2}\%$ ohne Zinsenzuwachs von 1858 an ausgesetzt, so dass die Tilgungsperiode 200 Jahre gedauert hätte.¹⁾ Wie wir aber bereits dargelegt haben, wurde die frühere Rückzahlung aus den sogen. Rentenüberschüssen des Lottericianlehens beschlossen und es ist das 1854ger Anlehen ganz, das 1852ger aber zum grösseren Theil gekündigt worden. Der Rest des letztern wird aus den bis 1866 sich weiter ergebenden Ueberschüssen der Lottericianlehensdotations getilgt.

Schliesslich haben wir noch die Zahlungsmittel zu berühren, welche der churhessische Staatsgläubiger anzunehmen hat. Das Gesetz vom 26. August 1848, die Emission von Cassenscheinen betreffend,²⁾ bestimmt nämlich in §. 1, dass diese Scheine gleich baarem Gelde als gesetzliches Zahlungsmittel gelten sollen, dergestalt, dass alle öffentlichen Cassen, gleichwie Privaten, zu deren Annahme verpflichtet seien. Die Cassenscheine sind übrigens auf die bei der Landescreditecasse angelegten Staatsablösungscapitalien ausdrücklich hypothecirt und in ziemlich kurzen Fristen einzuziehen.³⁾

§. 112.

Staatscredit. Coursnotizen.

Nach der bisherigen Darstellung dürfte man wohl mit Recht erwarten, dass die churhessischen Staatspapiere bei der verhältnissmässig geringen Verschuldung und bei den günstigen Vermögensverhältnissen des Landes den Courssatz aller andern deutschen Papiere übertreffen würden. Dem ist jedoch aus den mehrfach angedeuteten Gründen, welche das Vertrauen in die Regierungsweise schmälern, nicht so. Zum Beweise führen wir einzelne Coursnotizen der Frankfurter Börse an, indem wir übrigens zugleich beifügen, dass hauptsächlich nur die Loose von 1845 und bis zur neueren Zeit die $4\frac{1}{2}\%$ proc. Staatsschuldscheine Objecte des Börsenverkehrs waren.

Die Loose standen Ende 1847 und Anfangs 1848 zwischen 30 und 31, fielen Mitte April 1848 bis auf 20, erhoben sich alsdann langsam, hatten Ende 1849 ihren alten Stand übertroffen, fielen aber Ende 1850 wieder auf 30, gingen von da an successive in die Höhe und haben gegenwärtig (Mai 1861) den höchsten Stand von 49—50 erreicht. Nimmt man aber in Betracht, dass der mindeste Treffer bei der Verloosung am 1. Juli 1861 60 Thlr. erhalten

¹⁾ Vergl. Landtagsabschied vom 9. Febr. 1854, Ges.-Samml. S. 31.

²⁾ Ges.-Samml. von 1848, S. 86.

³⁾ Vergl. die Gesetze vom 26. Aug. 1848 und 24. März 1849, wonach zusammen jährlich 125,000 Thlr. einzuziehen sind.

muss, so ist dieser Coursstand immer noch ein sehr ungünstiger, was freilich seinen Grund mit in dem verfehlten Ziehungsplane hat.

Die $4\frac{1}{2}\%$ proc. Obligationen waren wie folgt notirt: 2. Octbr. 1854: $97\frac{1}{2}$; 2. Januar 1855: 97; 2. Juli 1855: $97\frac{1}{8}$; 2. Januar 1856: 101; 1. Juli 1856: $101\frac{7}{8}$; 2. Januar 1857: $101\frac{3}{4}$; 1. Juli 1857: $102\frac{1}{4}$; 2. Januar 1858: $101\frac{7}{8}$; 1. Juli 1858: 102; 3. Januar 1859: $102\frac{3}{4}$; 1. Juli 1859: 99%. Seit neuerer Zeit findet sich in Folge der grossen Tilgungen auf diese Schuldscheine keine Notiz mehr in den Frankfurter Courszetteln.

§. 113.

Vergleichende Recapitulation.

Stand 1860 in runden Ziffern:

1) Bevölkerung	726,000 Sln.
2) Staatsgebiet	$173\frac{3}{4}$ □M.
3) Staatsschuld im Ganzen	13,000,000 Thlr.
Davon unproductiv circa	2,450,000 Thlr.
Eisenbahnschuld	9,000,000 „
Papiergeldsschuld	1,550,000 „
4) Staatsvermögen	47,000,000 Thlr.
5) Betrag einer Jahresstaatsausgabe roh	5,000,000 „
6) Directe Steuern . . . roh: 875,000 Thlr., rein:	800,000 „
7) Indirecte Steuern . . . „ 1,140,000 „ „	1,120,000 „
8) Ganze Steuerlast . . . „ 2,015,000 „ „	1,820,000 „

Auf den Kopf der Bevölkerung trifft es hienach:

a) an der Gesamtstaatsschuld	17,906 „
b) „ einer Jahresausgabe	6,887 „
c) „ directen Steuern . . brutto: 1,205 Thlr., netto:	1,102 „
d) „ indirecten Steuern . . . „ 1,570 „ „	1,405 „
e) ganze Steuerlast . . . „ 2,775 „ „	2,507 „

Verhältniss der Staatsschuld zum Vermögen wie 1:3,616.

10) Herzogthum Nassau. *)

§. 114.

Historische Rückblicke.

Territorialgeschichte. Das heutige Herzogthum Nassau ist ein Theil des alten Herzogthums Franken und verdankt seinen Namen der von den Grafen v. Lauenburg um's Jahr 1100 erbauten Burg Nassau. Im Jahre 1255 ward die Grafschaft zwischen den Söhnen Heinrichs I., des Reichen, Walram

*) Literatur: Vogel, Beschreibung des Herzogthums Nassau, Wiesbaden, 1842. Neues nassauisches Bürgerbuch, Wiesbaden, 1854—56. v. Roden, vergl. Finanzstatistik, I. Bd., 1. Abth., S. 562 ff. Kolb, Handbuch etc., S. 243—245. Brachelli, deutsche Staatenkunde, I. Bd., S. 699 ff.

und Otto getheilt. Ersterer gründete die heutige herzogliche, letzterer die nassau-oranische Linie, die später den niederländischen Thron bestieg. Die walram'sche Linie vergrösserte ihr Besitzthum bei verschiedenen Anlässen, trennte sich aber in mehrere Zweige, bis im Jahre 1816 der letzte derselben, mit Ausnahme der Linie Weilburg, ausstarb und diese letztere das ganze walram'sche Besitzthum wieder vereinigte. Zur Zeit der französischen Kriege bestanden noch die beiden Linien Usingen und Weilburg. Sie verloren in Folge des Luneviller Friedens Saarbrücken und Saarwenden, Ottweiler und Kirchheimbolanden an Frankreich, auch Lahr an Baden, erhielten aber reichliche Entschädigung aus den mainzischen, trier'schen und kölnischen geistlichen Gebieten. Der Beitritt zum Rheinbund hatte die Erhebung des Gebiets beider Linien zu einem souveränen Herzogthume, welches gemeinschaftlich regirt wurde, sowie die Einverleibung mehrerer Gebiete mediatisirter Herren zur Folge. Dagegen mussten die kölnischen Aemter wieder an das Grossherzogthum Berg abgetreten werden. Nachdem Nassau dem deutschen Bunde beigetreten war, vertauschte es Ehrenbreitstein noch an Preussen gegen Hadamar und gegen Rückgabe von Diez und Dillenburg. In seiner jetzigen Gestalt umfasst es Bestandtheile von nicht weniger als 13 früheren Territorien.

Finanzgeschichtliches. Der Staatshaushalt Nassau's war vor der französischen Revolution ein höchst einfacher. Man schätzte damals die Einkünfte Weilburgs auf 400,000 fl., jene von Usingen auf 150,000 fl. Stände gab es nicht, vielmehr regierten die Fürsten unumschränkt. Die Staatsbedürfnisse wurden hauptsächlich aus dem Ertrage der Domänen und aus Regalien und Monopoliën bestritten. In den Jahren 1803, 1806, 1809 und 1812 erging indessen eine Reihe von landesherrlichen Edicten, welche die bürgerlichen und politischen Verhältnisse der Unterthanen nach den neuen freiheitlichen Principien verbesserten und den Staatshaushalt, welcher grössere Anforderungen an das Land stellte, nach gereiften volkswirthschaftlichen Grundsätzen einzurichten trachteten. Namentlich ward allgemeine Steuerpflicht und möglichste Gleichheit der Belastung proclamirt. Durch Patent vom 1/2. Septbr. 1814 gaben sodann die beiden Landesfürsten aus freiem Antriebe eine landständische Verfassung, welche im Wesentlichen heute noch Giltigkeit hat.¹⁾ Eine Folge davon war die Trennung der Domänen- und Steuercasse, da den Ständen nur die Bewilligung der Steuern und die Beaufsichtigung der Steuerverwendung, nicht aber Einfluss auf die Verwaltung und Verwendung der Domänenenerträge eingeräumt war. Hiedurch entstand auch in Nassau ein lange andauernder, wiederholt geschlichteter und wieder begonnener Domänenstreit. Der Herzog sah nämlich die Domänen als Eigenthum der regierenden Familie an, während die Stände sie als Staatseigenthum reclamirten. Auf die Domänenecasse wurden übrigens übernommen: die Kosten der Hofhaltung, die Chatullgelder, die Apanagen und Witthümer, die auf sie angewiesenen Pensionen und die Verzinsung und Tilgung aller vorhandenen Schulden. Die Steuer- oder Landescasse hatte daher keine Schulden, musste aber die Kosten der ganzen Landesverwaltung tragen. Ausserdem hatte sie wegen der im Jahre 1808 erfolgten Aufhebung der Leibeigenschafts- und gutsherlichen Gefälle, für welche mit Ausnahme des landesherrlichen Aerars alle übrigen Berechtigten eine Entschädigung erhielten, als Ersatz der letzteren eine jährliche Rente von 140,000 fl. an die Domänenecasse zu leisten. Auch diese Rentenzahlung verursachte Jahrzehnte lang Streit zwischen Regierung und Ständen, welcher namentlich in Folge der Julirevolution an Heftigkeit gewann.

¹⁾ Abgedruckt bei Zachariae, die deutschen Verf.-Gesetze der Gegenwart, S. 748 ff.

Die Regierung verlangte nun, dass die Kammern selbst die Rechtmässigkeit der Cassentrennung und der gedachten Rentenzahlung untersuchen sollten, was zunächst von der Herrenbank, alsdann aber 1835 auch von der Deputirtenkammer geschah. Das Resultat war, dass beide Kammern die Ansprüche der Regierung als rechtmässige anerkannten und beschlossen, es solle die Rente von 140,000 fl. mittelst eines 3proc. Anlehens von 2,400,000 fl. auf Einmal abgelöst werden.¹⁾ Hiedurch entstand die erste stehende Landesschuld, für deren Tilgung übrigens gleichzeitig durch eine Annuität von 156,000 fl. gesorgt wurde. Dem unerachtet entspann sich der Domänenstreit im Jahre 1848 auf's Neue. Dem Drängen nachgebend, erklärte nun der Herzog in einer Proclamation vom 5. März 1848²⁾ die Domänen zum Staatseigenthum; eine Vereinigung über den Betrag der darauf ruhenden Civilliste konnte jedoch nicht erzielt werden. In provisorischer Weise wurde dieselbe für 1849/50 auf jährlich 300,000 fl. festgestellt. Nach Umlauf dieser Zeit erklärte aber die Regierung, sich an jene Summe nicht mehr binden zu wollen. Erst im Jahre 1861 wurde die Angelegenheit gesetzlich geregelt, worauf wir zurückkommen werden (s. §. 116).

Ungünstiger als die Schuldenverhältnisse der Landescasse waren von jeher die der Domänenkasse. Da diese, wie bereits erwähnt, sämtliche vorhandene Schulden übernahm, und da die französischen Kriege auch dem Herzogthum Nassau Leistungen auferlegten, welche nur mit Zuhilfenahme des Credits erfüllt werden konnten; so ist es nicht auffallend, wenn die Summe der Kammerschulden 1815 sich auf 5,642,537 fl. belief und 1818 durch nachträglichen Zuwachs auf 7,023,357 fl. gesteigert war. Im letztern Jahre ward eine besondere Tilgungscommission eingesetzt und eine Schuldentilgungscasse errichtet,³⁾ welcher zur Abtragung der Kammerschuld überwiesen wurden: alle ausserordentlichen Einnahmen, namentlich Ueberschüsse der Domänenkasse; die Erlöse aus Domänen, die Laudemialgelder, die Domanialactivcapitalien, die Zinsen der abgetragenen Capitalien und die heimfallenden Pensionen. Mit diesen Mitteln, welche nöthigenfalls bis zu einem Tilgungsbetrag von jährlich 50,000 fl. aus der Domänenkasse ergänzt werden sollten, hoffte man die gesammte Schuld binnen 30 Jahren zu tilgen. Diese Hoffnung ging jedoch nicht nur nicht in Erfüllung, sondern die Schuld vergrösserte sich, anstatt vermindert zu werden, und betrug am 1. Januar 1836: 8,243,910 fl. Alsdann floss die oben erwähnte Abfindungssumme für die Rente der Landescasse im Betrage von 2,400,000 fl. der Domanialkasse zu, wurde aber gegen ausdrückliche Zusicherungen und im Widerspruche mit dem Gesetze nur zum kleinsten Theil ihrer Bestimmung gemäss zum Schuldenabtrag verwendet.⁴⁾

Im Jahre 1837 fand eine Consolidirung fast der ganzen Kammerschuld statt, indem man mit dem Hause Rothschild in Frankfurt zwei Anlehen abschloss, aus deren Ertrag alle kündbaren Capitalien, mit Ausnahme der den Mitgliedern des herzoglichen Hauses zustehenden Forderungen, tilgte. Das eine lautete auf die Summe von 4½ Mill. Gulden, über welche Rothschild 3½proc. Partialobligationen ausgab; das andere umfasste den Betrag von 2,000,000 fl. und wurde durch das genannte Bankhaus in 104,000 Stück Prämienscheine à 25 fl. emittirt. Für beide zahlte dasselbe 6,247,169 fl. und übernahm die Verbindlichkeit, die Nominalsumme von 7,100,000 fl. binnen

¹⁾ Vergl. Verordnung vom 4. Dec. 1836, die Aufnahme dieses Anlehens betr.

²⁾ Verordnungsblatt von 1848, S. 21.

³⁾ Durch Verordnung vom 25. Mai 1818, Verordn.-Samml. Bd. III, S. 12.

⁴⁾ Auf den späteren Landtagen wurde die Klage laut, dass nicht weniger als 1,511,900 fl. zu andern Zwecken verwendet worden seien.

49 Jahren gegen eine $49\frac{1}{2}$ Jahre lang zu zahlende $4\frac{1}{2}$ proc. Rente aus 6,247,169 fl. im Wege jährlicher Verloosungen zu tilgen. Durch diese Operation brachte man es dahin, dass dieselbe Summe, welche bisher durch die Zinsen allein absorbiert wurde, nun die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Schuld darbot.

Die Finanzlage war zu jener Zeit eine durchaus befriedigende und erleichterte daher die eben erwähnte Creditoperation. Die Landescasse hatte zwar zum Bau eines Irrenhauses, eines Freihafens in Bieberich und zum Lahn-schiffahrtsbau im Ganzen über 900,000 fl. bei der Landescrediteasse aufgenommen, welche jedoch dem ausserordentlichen Etat zur Last fielen. Das ordentliche Budget ergab zu dieser Zeit wiederholt Ueberschüsse. Wie überall, so verschlimmerte sich aber von 1847 an, theils in Folge der Theuerung, theils im Geleite der politischen Bewegung, die Lage und es musste Ende 1848 ein 5proc. Anlehen von 1,200,000 fl. zur Deckung des Deficits von $18\frac{40}{48}$ aufgenommen werden. Auch im Jahre 1851 fand eine Vermehrung der fundirten Landesschuld durch ein Anlehen statt, mit dessen Ertrag die oben gedachten Handdarlehen der Landescrediteasse getilgt wurden. 1858 folgte das erste Eisenbahnanlehen und es war daher der Gesamtbetrag aller Schulden auf 11,390,000 fl. angewachsen. Eine weitere Zunahme derselben entstand durch ein Anlehen des Jahres 1859, nöthig geworden zum Zwecke der Kriegausrüstung, und endlich kamen in jüngster Zeit weitere Anlehen in Folge des Staatseisenbahnbaues hinzu, welche die Schuldenlast mehr als verdoppeln werden. Wir werden später auf alle diese neueren Anlehen zurückkommen.

§. 115.

Neuester Bestand der Staatsschuld.

Dieser ist den Budgets-Vorlagen der Regierung und den ständischen Verhandlungen desshalb nicht genau zu entnehmen, weil die Capitalrestsumme von den beiden consolidirten Anlehen des Jahres 1837 nicht, sondern nur der auf diese Schuldtheile zu zahlende, sich gleich bleibende Jahresbetrag, angegeben ist. Um sonach den Capitalbestand der Staatsschuld zu ermitteln, bleibt uns nichts übrig, als den dermaligen Capitalwerth fraglicher Annuität, welche 282,059 fl. 40 kr. beträgt und noch 27 Jahre zu zahlen ist, mittelst Discontirung zum Zinsfuss der beiden Anlehen, nämlich zu $3\frac{1}{2}$ %, zu berechnen und dem Product die in dem ständischen Berichte vom 10. März 1860 ¹⁾ im Uebrigen besonders nachgewiesenen Capitalrestsummen beizufügen.

Alsdann ergibt sich folgende Darstellung für den Beginn des Jahres 1861:

I. Aeltere Domänenschulden:

- | | |
|---|---------------|
| a) consolidirte: Rest auf das $3\frac{1}{2}$ proc. Anlehen à $4\frac{1}{2}$ Mill. vom 23. Juli 1837 und auf das Lotterieanlehen à 2,600,000 fl. vom 11. August 1837 in runder Summe | 4,875,500 fl. |
| b) nicht consolidirte: insbesondere Forderungen der herzogl. Familie, Cautionen und Depositen (von der ganzen Summe sind 540,453 fl. unverzinslich, der Rest ist zu 3, $3\frac{1}{2}$, 4, $4\frac{1}{2}$ und 5% verzinslich) | 627,618 " |

II. Schulden der Landessteuercasse und neuere gemeinschaftliche Schulden (Anlehen von 1853, zu $\frac{2}{3}$ der Landes- und zu $\frac{1}{3}$ der Domänencasse angehörig):

¹⁾ Verhandl. der Ständeversamml. von 1860, S. 179—183.

1) Rückstand am 3proc. Landessteueranlehen von 1837	251,900 fl.
2) " " 4proc. Anlehen von 1851 à 1 Mill.	924,200 "
3) " " 4proc. " " 1853 à 1,2 Mill.	1,105,200 "
4) " " 5proc. " " 1859 à 2 Mill.	2,000,000 "
III. Eisenbahnschulden:	
4proc. Anlehen vom 29. Novbr. 1859	4,000,000 "
Gesamtbetrag nach dem ständischen Berichte	13,784,418 fl.
Dazu kommt ferner: das durch Gesetz vom 2. April 1860 ¹⁾ neu verwilligte Eisenbahnanlehen von 16 Mill., wovon bis jetzt emittirt sind	12,000,000 fl.
Summe aller Schulden	25,784,418 fl.

Diese directe Schuldenlast des nassauischen Staats wird auf indirecte Weise vermehrt durch die für die Landesbank übernommene unbedingte Staatsgarantie.²⁾ Die Bank hat namentlich das Privilegium der Notenausgabe und hievon durch Creirung von 2½ Mill. Gulden Noten Gebrauch gemacht.³⁾ Doch hat sie die Deckungsmittel in sich selbst und wird von Organen verwaltet, welche theils durch die Regierung, theils durch die Stände ernannt sind.

Im Uebrigen ist beizufügen, dass das 5proc. Kriegsanlehen von 1859 Ende 1859 noch unverwendet und zu seiner Bestimmung nicht mehr erforderlich war, wesshalb ständischerseits der Antrag gestellt wurde, dasselbe dem Eisenbahnbau, beziehungsweise dem Ankaufe der Privatbahn von Wiesbaden nach Rüdeshcim zuzuwenden.

§. 116.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld.

Dem in §. 114 Ange deuteten haben wir hier Folgendes beizufügen: Das Constitutionsedict vom 1/2. Septbr. 1814 war keine Verfassungsurkunde, wie sie in andern Staaten als eine Zusammenfassung der Hauptgrundsätze des öffentlichen Rechts gegeben wurden; vielmehr beschränkte es sich darauf, die schon vorher in dieser Richtung erlassenen Gesetze zu bestätigen, zu ergänzen und dem Gebäude „durch Errichtung von Landständen eine kräftige Gewährleistung“ zu geben. Zum Verfassungsrecht des Herzogthums gehörte namentlich auch „des fürstlichen Gesamthausess Nassau erneuerter Erbverein vom Juni 1783,“ welcher bindende Vorschriften über die Rechtsverhältnisse des regierenden Hauses, die Erbfolge, die Erhaltung des Hausvermögens etc. enthielt; sodann die Edicte von 1803, 1806 und insbesondere vom 10/14. Febr. 1809, welche Gleichheit in der Besteuerung, Aufhebung der Leibeigenschaft, aller Vorrechte etc. eingeführt hatten. Nach vorläufiger Erledigung des Domänenstreits (vergl. §. 113) erliess ferner der Herzog als ein weiteres Grundgesetz das Edict vom 17. Juni 1837⁴⁾ über die Erhaltung des Domainialvermögens. Endlich wurden die Grundrechte des deutschen Volks in ihrer reichsgesetzlichen Eigenschaft zum Landesgesetz erhoben, nachdem der Herzog schon vorher in einer Proclamation vom 5. März 1848⁵⁾ Pressfreiheit, das Recht

¹⁾ Verordn.-Bl. von 1860, S. 67.

²⁾ §. 5 des Gesetzes vom 16. Febr. 1849, Verordn.-Bl. S. 24.

³⁾ Vergl. §. 23 desselben Gesetzes; Gesetz vom 7. Juni 1856, Verordn.-Bl. S. 165, und Gesetz vom 4. Aug. 1858, Verordn.-Bl. S. 99.

⁴⁾ Verordn.-Bl. von 1837, S. 27.

⁵⁾ Verordn.-Bl. von 1848, S. 21.

freier Vereinigung, Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen, öffentliches mündliches Gerichtsverfahren zugesichert und, den erneuerten Ansprüchen der Stände willfahrend, die Domänen zu Staatseigenthum erklärt hatte. Um nun alle diese staatsrechtlichen Normen in ein Ganzes zu vereinigen, zu ordnen und zu systematisiren, fand im Jahre 1849 eine Verhandlung und Verständigung zwischen Regierung und Ständen statt, woraus die „Zusammenstellung des anerkannten gesetzlichen Staatsrechts des Herzogthums,“ verkündigt durch Verordnung vom 28. Decbr. 1849,¹⁾ hervorging. Diese umfasste Alles, was gemeinhin Gegenstand von „Verfassungsurkunden“ ist. Nachdem jedoch die Grundrechte des deutschen Volkes durch Bundesbeschluss vom 23. August 1851 aufgehoben wurden, hielt sich der Herzog für befugt, die jener staatsrechtlichen Zusammenstellung beigelegte Gesetzeskraft für beseitigt zu erklären und im Verordnungswege das provisorische Wahlgesetz von 1848, das an die Stelle des Zweikammersystems eine einzige Wahlkammer gesetzt hatte, aufzuheben, auch nebenbei sonstige materielle Veränderungen zu decretiren.²⁾ Das Verfassungsrecht Nassau's ist hiedurch wieder in die angeführten einzelnen Gesetze zerlegt. Bezüglich der wichtigen Domänenfrage bestätigte zwar die neue Kundmachung die Zusicherung von 1848, reservirte aber gleichzeitig das alte Recht des Herzogs, über die Einkünfte frei zu disponiren, wodurch selbstverständlich das Zugeständniss einer fortdauernden Controle durch die Stände allen Werth verlor. Nach jährlich wiederholten Protestationen der Stände kam endlich im Jahre 1861 eine Vereinbarung zu Stande,³⁾ wonach der Herzog sich verpflichtete, vom Reinertrag der Domänen mindestens 10%, wenn solcher aber mehr als 700,000 fl. betragen würde, 15% an die Landessteuercasse abführen zu lassen. Dass hiebei die Cassentrennung bestehen blieb, erhellt schon aus dieser Bestimmung selbst.

Ueber die Verwaltung der Staatsschulden enthält keines der angeführten Verfassungsgesetze eine präcise und ausreichende Bestimmung. Die „staatsrechtliche Zusammenstellung“ von 1849 hielt sich zwar für berechtigt, aus den geltenden Gesetzesvorschriften den Satz abzuleiten, dass die „Aufnahme von Anleihen und Uebnahme von Garantien zu Lasten des Staats nur mit Zustimmung des Landtags stattfinden können (§. 88); wir finden jedoch diese Norm in den betreffenden Gesetzen nicht ausdrücklich gegeben. Factisch ist sie dagegen seit 1848 ununterbrochen zur Anwendung gekommen. Bei den Landesschulden folgt das Zustimmungsrecht der Stände zur Aufnahme von Anleihen ausserdem aus ihrer ganzen rechtlichen Stellung und ist niemals bestritten worden. Hinsichtlich der Domänenschulden enthält aber das Gesetz vom 23. Januar 1861 folgende Vorschrift:

§. 2. „Die zum Capitalstock des Domänialvermögens gehörigen Güter, Renten, Rechte und Gerechtsame dürfen nicht mit Schulden belastet oder verpfändet werden. Eine Verpfändung der Einkünfte aus denselben ist nur dann zulässig, wenn einer der in den Hausgesetzen vorgesehenen Fälle einer nothwendigen oder nützlichen Capitalaufnahme vorliegt. — Sollte sich die Nothwendigkeit ergeben, eine neue, nach den Hausgesetzen begründete, verbrieftte Schuld auf die Domänialrevenüen zu contrahiren, so soll darüber vorerst Unsern Ständen Mittheilung gemacht,

¹⁾ Verordn.-Bl. von 1849, S. 613 ff.

²⁾ Verordnung vom 25. Nov. 1851 über das geltende Staatsrecht und die Organisation der Stände, und Verordnung vom gleichen Tage über die Wahlen zur Ständeversammlung, Verordn.-Bl. von 1851, S. 333 und 338.

³⁾ Gesetz vom 23. Janr. 1861, die Verhältnisse des Domänialguts betreffend, Verordn.-Bl. S. 9 ff.

und deren Zustimmung neben derjenigen Unserer Agnaten eingeholt, auch für die Tilgung einer solchen Schuld ein Tilgungsplan festgesetzt und Unsern Ständen die Controlle über dessen Vollziehung eingeräumt werden. Die Vollziehung der Tilgungspläne für die dermalen auf dem Domänialvermögen haftenden consolidirten Schulden soll regelmässig durch Verwendung der hierzu vorab aus den laufenden Revenüen zu entnehmenden Beträge erfolgen.

Dass für die Domänenschulden eine besondere Tilgungscasse errichtet und dotirt wurde, haben wir zu bemerken bereits Gelegenheit gehabt. Für die Landesschulden sind wir einer ähnlichen Einrichtung beim Durchgang der Gesetze nicht begegnet. Die einzelnen Anleihegesetze enthalten lediglich die Vorschrift, dass die betreffenden Schuldtheile aus den paratesten Staatseinkünften verzinst und binnen gewisser Frist getilgt werden sollen. Die bezüglichen öffentlichen Bekanntmachungen über Verloosungen und Kündigungen etc. gehen von dem herzoglichen Finanzcollegium aus, einer Behörde, welche ein reines Regierungsorgan ist. Da übrigens das Herzogthum Nassau seine Anlehen sämtlich durch Vermittlung des Bankhauses M. A. v. Rothschild zu Frankfurt in der Weise aufgenommen hat, dass dieses die betreffenden Zins- und Capitaltilgungs-Raten aus der Staats- resp. Domänencasse zu empfangen und die wirkliche Zahlung an die Staatsgläubiger gegen eine Provision zu leisten hat, so vertritt thatsächlich das genannte Bankhaus die Stelle einer nach Bedürfniss dotirten Schuldentilgungsanstalt.

§. 117.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Mit welchen Mitteln die im Jahre 1818 errichtete Amortisationcasse für die Domänialschuld ausgestattet wurde, haben wir im §. 114 bereits dargestellt. Im Laufe der Zeit sind Aenderungen diessfalls eingetreten, namentlich in Folge der gesetzlich erklärten Ablösbarkeit der Gefälle und Zehenten des Domaniums und der 1837 erfolgten Consolidirung der Domänenschuld. Auch ist der planmässig festgestellte Amortisationsfonds angegriffen und zu andern Zwecken verwendet worden. Jetzt wird das jährliche Bedürfniss der Amortisationcasse an Zinsen und Capitaltilgungsquoten aus den laufenden Revenüen überhaupt bestritten und ausserdem eine Summe von jährlichen 20,000 fl. in so lange, bis der Amortisationsfonds auf den planmässigen Betrag wieder ergänzt sein wird, diesem vergütet.¹⁾ Diese Ergänzung ist insbesondere wegen des Lotterieanlehens von 1837 nöthig, weil der über dasselbe aufgestellte Ziehungsplan, wie andere Lotterieanlehenspläne, grössere Capitalzahlungen auf die letzten Jahre der Tilgungsperiode verschiebt.

Die Tilgungsmittel für die Schulden der Landessteuercasse sind durch die einzelnen Anleihegesetze fixirt und werden im Jahresbudget ausgeworfen. Welche Höhe sie erreichen, werden wir des Zusammenhangs wegen bei der Besprechung der einzelnen Handelspapiere darstellen, worauf wir uns beziehen. (Unten §. 121.)

Die Art der Tilgung ist bei allen Abtheilungen der gesammten Staatsschuld dieselbe. Sie geschieht ohne Ausnahme im Wege der Verloosung und

¹⁾ Vergl. den Kammerbericht vom 10. März 1860, Verhandl. der Ständervers. von 1860, S. 180—181.

öffentlichen Kündigung mit Anberaumung einer Frist zur Erhebung der gekündigten Beträge zum Nominalwerthe, nach deren Ablauf die Verzinsung aufhört.

§. 118.

Sicherheitsobjecte der nassauischen Staatsschuld.

Aus dem Bisherigen ergibt sich, dass

- 1) die Schuld der herzoglichen Domänenkasse auf den Revenüen derselben;
- 2) die Schuld der Landessteuercasse auf dem Steuerbezuge, und insoferne vom Ertrag der Domänen ein quotativer Theil (10—15%) des Reinertrags derselben zur Landescasse fliesst, auch auf diesem;
- 3) die Eisenbahnschuld sowohl auf den — mit derselben hergestellten Ertragsobjecten, welche ausdrücklich für Staatseigenthum erklärt sind, als auch auf den Steuereinkünften haften, letzteres desshalb, weil die Eisenbahnanlehen als förmliche Staatsschulden declarirt und anerkannt sind.

Das herzogliche Domänium ist verhältnissmässig sehr bedeutend. Sein Rohertrag, obgleich durch die Ablösungen namhaft geschmälert, wird in den neuesten Etatsvorlagen¹⁾ zu 1,759,668 fl. veranschlagt, wovon an Lasten, Servituten und Verwaltungskosten abgehen 757,547 fl.

so dass ein reines Erträgniss von 1,002,121 fl. verbleibt. Hievon sind zunächst die Bedürfnisse der Domänenschulden zu befriedigen, welche zu 332,395 fl. berechnet sind; auch ist auf die Domänenkasse ein verhältnissmässiger Antheil an den Kosten der Staatsfinanzverwaltung, berechnet zu 103,981 fl., übernommen. Von dem über Abzug dieser Posten verbleibenden Reinertrage sind dormalen ferner noch 101,676 fl. Leibrenten, Pensionen, Quiescenten- und Gnadengehalte zu bestreiten, welche sich jedoch in der Folge bedeutend vermindern werden. Alsdann fliesst die festgestellte Quote der Landescasse zu, während der Rest die Bedürfnisse des herzoglichen Hauses und Hofes zu decken hat. Dass die Domänenschuld hinreichende Sicherheit, zumal bei der grundgesetzlich ausgesprochenen Unveräusserlichkeit der Domänen hat, unterliegt nach all' dem keinem Zweifel.

In wie weit die Steuerkraft des Landes die Landesschulden sicherstellt, ist in Zahlen nicht leicht auszudrücken. Das Staatsgebiet umfasst nur 85½ Quadratmeilen mit 443,648 Einwohnern.²⁾ Die Bevölkerung ist übrigens in stetiger Zunahme begriffen.³⁾ Landwirthschaft und Bergbau sind ihre Hauptnahrungszweige. Beide werden vortrefflich gepflegt. Von dem ganzen Areal des Staatsgebiets, welches 1,874,672 nassau'sche Morgen umfasst, sind nur 40,247 Morgen der Production unzugänglich. Berühmt sind einzelne nassau'sche Bezirke durch ihren Weinbau (Johannisberg, Rüdesheim, Markebrunn, Geisenheim etc.). Wein und Holz, sowie Weizen, bilden denn auch die Hauptausfuhrartikel. Von geringerer Bedeutung ist die gewerbliche Industrie. Das Land besitzt keinen nennenswerthen Handelsplatz und wenig Fabriken. Dagegen muss anerkannt werden, dass für Volksbildung das Möglichste gethan

¹⁾ Verhandl. der Ständeverv. von 1860, S. 5 ff.

²⁾ Nach der Zählung am Schlusse des Jahres 1859.

³⁾ Frühere Bevölkerungsaufnahmen ergaben für 1834: 370,374, 1843: 412,221, 1849: 425,686, 1852: 429,060, 1855: 431,549 Seelen.

wird. Ein sehr wohlthätiges Beförderungsmittel für landwirthschaftliche und gewerbliche Interessen ist auch die vom Staate gegründete und dotirte Landesbank.

Es ist indessen darauf aufmerksam zu machen, dass die eigentliche Landesschuld des Herzogthums, abgesehen von der Eisenbahnschuld, eine unbedeutende ist und die Kräfte des Staats um so weniger übersteigen kann, als derselbe bedeutende Einnahmen aus Regalien und Monopolen bezieht, daher die directe Steuerlast nicht erheblich ist. Durch die erfolgreichen Schritte wegen Ermässigung der Rheinzölle wird freilich für Nassau ein empfindlicher Ausfall entstehen, der im Wege directer Besteuerung auszugleichen ist. Ob endlich die seit 1858 Seitens des Staats unternommenen Eisenbahnbauten, welche allein die Schuldenlast zu einer bedenklichen Höhe steigern werden, eine entsprechende Reineinnahme bringen werden, bleibt abzuwarten, ist übrigens mit Sicherheit zu hoffen.

§. 119.

Finanzlage.

Das Endresultat des Staatshaushalts bis zum Schlusse des Jahres 1853 wird durch die von 1848 bis 1853 aufgenommenen Anlehen behufs Deckung ordentlicher und ausserordentlicher Staatsbedürfnisse im Betrage von 2,200,000 fl.¹⁾ veranschaulicht. Nach dem Berichte des Finanzausschusses vom 18. Juni 1860²⁾ blieb davon Ende 1853 ein Ueberschuss von 208,968 fl. verfügbar. Letztere Summe von dem aufgenommenen Capitalbetrag in Absatz gebracht, lässt alsdann den Gesamtbetrag der Einbusse zurück, welche die Staatseinnahmen im Ganzen von 1818 bis 1853 erlitten, beziehungsweise durch die Staatseinnahmen nicht gedeckt hat. Dabei ist aber nicht zu übersehen, dass unter den Capitalaufnahmen fast 1 Mill. für neue Hochbauten und für Anstalten zur Beförderung der Schifffahrt inbegriffen ist, welcher ausserordentliche Aufwand nicht der laufenden Verwaltung zur Last fällt. Diess berücksichtigt, ergibt sich ein Restbetrag der Einbusse von nicht ganz 1 Million durch die Bedrängnisse von 1847—1853.

Für die folgenden Jahre berechnet die Finanzcommission die Staatseinnahmen und Ausgaben (einschliesslich der Domänenkasse) folgendermassen:³⁾

Jahr:	Einnahme:	Ausgabe:	Ueberschuss:	Deficit:
1854 . .	4,445,983 fl.	4,092,820 fl.	353,163 fl.	—
1855 . .	4,551,324 "	4,473,990 "	77,334 "	—
1856 . .	4,841,522 "	4,736,660 "	104,862 "	—
1857 . .	4,961,320 "	4,800,447 "	160,873 "	—
1858 . .	5,433,983 "	5,057,823 "	376,160 "	—
1859 . .	5,417,342 "	5,765,517 "	—	348,175 fl.

Hienach würde mit Einrechnung des Ueberschusses von 1853 am Ende des Jahres 1859 ein reiner Einnahmeüberschuss von 933,185 fl. verbleiben, welcher die ganze oben dargestellte Einbusse der früheren Periode ausglich und die Finanzlage als eine sehr glänzende erscheinen liesse.

Mit dieser Berechnung stehen aber die Abschlüsse der Rechnungen im

¹⁾ An Anlehen wurden zwar aufgenommen: 1848: 1,200,000, 1851: 1,000,000 und 1853: 1,200,000 fl.; das letztere Anlehen war aber nur eine Convertirung der 5proc. 1848er Schuld Aufnahme auf 4%.

²⁾ Verhandl. der Ständeversamml. von 1860, S. 319 ff.

³⁾ Ebendas. S. 320—321.

Widerspruch. Letztere ergeben statt eines Ueberschusses Ende 1859 ein Deficit von 202,656 fl., welches durch eine schwebende Schuld bei der Landesbank gedeckt ist. Der Grund der Differenz liegt darin, dass die Stände von 1854 an, gleich den vorangegangenen Jahren, die Civilliste des Regenten nur zu 300,000 fl. und die Apanagen des herogl. Hauses nur zu 10,000 fl. gemäss ihrer Verwilligungen in Rechnung nahmen, während in Wahrheit fast das Doppelte auf diese Titel verausgabt worden war — eine Folge des mehrfach erwähnten Domänenstreits. Durch das neue Uebereinkommen hinsichtlich der Domänen ist nun die Differenz gehoben, und zwar zu Gunsten der Regierung, wogegen übrigens der Herzog diejenige Forderung fallen liess, welche die Domänencasse an die Landescasse wegen der Gleichstellung der ersteren mit den übrigen Zehentberechtigten erhoben hatte, und welche mit Zinsen 1,370,262 fl. betrug.¹⁾

Das von den Ständen genehmigte Staatsbudget für 1860 zeigt folgende einzelne Positionen:²⁾

Einnahme: 1) aus dem Domanium	1,705,668 fl.
2) von indirecten Steuern	2,079,240 "
3) „ directen Steuern	1,151,600 "
	<u>4,936,508 fl.</u>
Ausgaben: 1) für das Staatsministerium	106,093 fl.
2) „ die oberen Gerichtsbehörden	152,355 "
3) „ das Kriegsdepartement	846,970 "
4) „ die Landesregierung	1,416,790 "
5) „ das Finanzcollegium (worunter die Bedürfnisse der Staatsschuld)	1,969,176 "
6) „ die Rechnungskammer	60,550 "
7) „ dazu für das herzogl. Haus	310,000 "
	<u>4,861,934 fl.</u>

Hienach würde ein muthmasslicher Ueberschuss von . . . 74,574 fl. verbleiben. Der Abschluss wird sich jedoch wegen der im Januar 1861 erfolgten und für das Jahr 1860 rückwirkenden anderwärtigen Regulirung der Domänenfrage anders gestalten.

Immerhin lässt sich aber sagen, dass das Gleichgewicht im Staatshaushalte hergestellt ist.

§. 120.

Gesetzgebung über die Amortisation, Vindication und Verjährung der Staatspapiere.

Diese Rechtsverhältnisse sind durch zwei neuere Gesetze geregelt, wovon das erste vom 5. April 1849³⁾ die Festsetzung kürzerer Verjährungsfristen

¹⁾ Vergl. §. 6 des Gesetzes vom 23. Janr. 1861, Verordn.-Bl. S. 12. Die Forderung rührte daher, dass das Zehentablösungsgesetz von 1848 den Staat verpflichtete, den zweifachen Betrag der Zehentreute von denjenigen Zehenten, welche bis dahin nicht abgelöst worden waren, zum Ablösungscapital zuzuschüssen und denjenigen Zehentpflichtigen, welche vor 1848 in höherem Maassstabe abgelöst hatten, $\frac{7}{25}$ des bezahlten Capitals zurückzuerstatten. Die Domänencasse hatte, weil 1848 mit der Staatsscasse vereinigt, weder jenen zweifachen Betrag, noch Ersatz für die letzteren $\frac{7}{25}$ erhalten.

²⁾ Vergl. Bericht vom 18. Juni 1860, Verhandl. der Ständeversamml. S. 319 ff.

³⁾ Verordn.-Bl. von 1849, S. 75 ff.

für gewisse Forderungen, das zweite vom 2. Juni 1860¹⁾ die Amortisation (und Vindication) aller Papiere auf den Inhaber (auch der nicht vom Staate ausgestellten) betrifft. Behufs Raumersparung geben wir deren Inhalt auszugsweise, wie folgt:

- 1) die Forderungen an bedungenen Zinsen und Renten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des auf den festgesetzten Zahlungstag folgenden letzten Decembers.²⁾
- 2) Obligationen auf Inhaber, welche von einer inländischen Behörde, oder von einer inländischen anerkannten juristischen Person ausgestellt sind, können im Falle des Verlusts amortisirt werden. Eine Mortification der Zinscoupons und Talons ist aber unzulässig. Zu den Obligationen werden auch Anlehensloose gerechnet.³⁾
- 3) Das Amortisationsverfahren ist Folgendes: der Gläubiger hat bei dem ordentlichen Gerichte des Schuldners Antrag auf Amortisation zu stellen und dabei die betreffende Schuldverschreibung mit ihren Unterscheidungsmerkmalen zu bezeichnen und seine Angabe, dass ihm die Verschreibung abhanden gekommen, genügend zu bescheinigen. Erachtet das Gericht die Bescheinigung für genügend, so hat es unverweilt erstens Zahlungssperre zu verfügen, zweitens diese Verfügung wenigstens 3mal mit Zwischenräumen von mindestens drei Monaten im nassau'schen Intelligenzblatte, in einem andern inländischen Blatte und in einer verbreiteten Zeitung eines andern deutschen Staats bekannt zu machen und darin den Inhaber der Obligation aufzufordern, diese bei Verlust seines Rechts binnen fünf Jahren vorzulegen und drittens dem Schuldner aufzugeben, bei Vermeidung sonst eintretender Nachtheile die zur Amortisation angemeldeten Obligationen in dem öffentlichen Verzeichnisse über die gekündigten Obligationen während der laufenden Frist jedesmal zu bezeichnen. Ist dem Allem Genüge geschehen und die Frist von fünf Jahren abgelaufen, auch die Obligation nicht vorgelegt worden, so ist diese auf Antrag des betreibenden Theils durch Erkenntniss für kraftlos zu erklären und letzte Erklärung öffentlich bekannt zu machen. Das Mortificationserkenntniss tritt drei Monate nach erfolgter Publication in Rechtskraft. Alsdann kann der betreibende Theil Zahlung oder Ausstellung einer neuen Schuldverschreibung verlangen. Wäre aber die Obligation innerhalb der Frist von fünf Jahren vorgelegt worden, so hat das Gericht dem betreibenden Theil eine weitere unerstreckliche Frist von 30 Tagen zur Klagestellung gegen den letzt aufgetretenen Inhaber anzuberaumen, nach deren fruchtlosem Ablauf die Obligation an den letzten Inhaber zur freien Disposition auszufolgen ist.⁴⁾
- 4) Zur Wahrung der Rechte aus verlorenen Zinsabschnitten (Coupons) steht dem Gläubiger das Recht zu, gerichtliche Zahlungssperre, wie bei den Obligationen, zu erwirken, dergestalt, dass diese auf den Zeitraum der Verjährungsfrist auszudehnen und dem Gläubiger, wenn der Coupon inner dieser nicht vorgelegt worden ist, Zahlung zu leisten ist. Würde der Coupon zum Vorschein gekommen sein, so ist ganz so, wie bei den Obligationen, zu verfahren.⁵⁾
- 5) An Stelle zu Grunde gegangener oder verlornen Zinsleisten (Talons)

¹⁾ Verordn.-Bl. von 1860, S. 89 ff.

²⁾ Gesetz vom 5. April 1849, §. 2 und 3; Gesetz vom 2. Juni 1860, §. 13.

³⁾ Gesetz vom 2. Juni 1860, §. 1 und 14.

⁴⁾ Dasselbst §. 2—10.

⁵⁾ Gesetz vom 2. Juni 1860, §. 14 und 15.

kann nach vorausgegangener gerichtlicher Aufforderung des Inhabers, den Talon binnen 90 Tagen vorzulegen, die Aushändigung einer neuen Zinsleiste vom Schuldner verlangt werden, wenn die alte inner dieser Frist nicht zum Vorschein gekommen ist.¹⁾

- 6) Auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen kann der Eigenthümer von demjenigen nicht vindiciren, welcher dieselben in gutem Glauben erworben hat.²⁾
- 7) Alle diese Vorschriften leiden auch auf Actien und Dividendenscheine auf porteur analoge Anwendung. Ist jedoch einer Actiengesellschaft oder Anstalt in ihren landesherrlich bestätigten Statuten das Recht ertheilt, verlorne eigene Actien oder Dividenden-, auch Pfand- oder Depositen-scheine auf den Inhaber, selbst zu amortisiren, so hat es dabei sein Bewenden.³⁾

§. 121.

Einzelne nassauische Handels-Staatspapiere.

Die Verbriefungen der nassau'schen Staatsschuld, und zwar sowohl der Landessteuercasse- als der Domänenkasse-Schuld sind grösstentheils in Privathänden und haben daher für den öffentlichen Verkehr eine verhältnissmässig grosse Bedeutung.

Es befinden sich im Umlaufe:

- 1) 3proc. Obligationen des Landessteueranlehens vom 23. März 1837, emittirt auf Grund des Gesetzes vom 4. Decbr. 1836⁴⁾ behufs Ablösung der von der Landessteuercasse an die Domänenkasse schuldig gewesene Entschädigungsrente à 140,000 fl. (oben §. 114.) Die Obligationen sind in Stücken zu 1000, 500 und 100 fl. ausgestellt und mit einem Tilgungsfonds zu amortisiren, welcher ursprünglich 54,000 fl. (also $2\frac{1}{4}\%$ des ganzen Anlehens von 2,400,000 fl.) betrug und welchem die Zinsen der getilgten Obligationen zuwachsen. Durch diesen Tilgungsfonds ist die Schuld bis auf 251,900 fl. ermässigt und wird daher auf den Coursblättern nicht mehr notirt.
- 2) $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen des Domänenkasse-Anlehens vom 23. Juli 1837, ausgegeben durch das Haus M. A. v. Rothschild in Frankfurt gemäss Vertrags mit diesem vom oben genannten Tage in Stücken zu 1000, 500, 200, 100, 50 und 25 fl. Das ganze Anlehen von $4\frac{1}{2}$ Mill. wird durch eine sich gleich bleibende Annuität von 191,759 fl. 40 kr. nach einem festgestellten Tilgungsplane amortisirt. Es findet jährlich eine Verloosung statt; die Tilgung selbst erfolgt aber in Halbjahrsraten je auf 1. Febr. und 1. August, wesshalb die Ziehung die an diesen Tagen zur Ablage kommenden Obligationen besonders bezeichnet.
- 3) Prämienscheine des Domänenkasse-Anlehens vom 11. August 1837. Sie basiren auf einer herzogl. Schuldverschreibung vom 14. Aug. 1837 über die Summe von 2,600,000 fl., wofür Domänengefälle im Betrage von 149,283 fl. 44 kr. verpfändet sind. Das ganze Anlehen ist in 104,000 Loose à 25 fl. eingetheilt. Deren Tilgung geschieht mittelst

¹⁾ Daselbst §. 16.

²⁾ Daselbst §. 11.

³⁾ Daselbst §. 17, 18 und 21.

⁴⁾ Verordn.-Bl. von 1837, S. 1.

einer, 49 Jahre lang zu zahlenden Annuität von 90,300 fl. bis zum Jahre 1887. Der nachfolgende Verloosungsplan besagt das Nähere, soweit derselbe noch der Zukunft angehört.

Verloosungsplan der 25 fl.-Loose.

23. Verloosung			27. Verloosung			31. Verloosung		
am 1. Februar 1861.			am 1. Februar 1865.			am 1. Februar 1869.		
Präm.	fl.	fl.	Präm.	fl.	fl.	Präm.	fl.	fl.
1 . . .		20,000	1 . . .		15,000	1 . . .		20,000
1 . . .		4,000	1 . . .		3,000	1 . . .		4,000
1 . . .		2,000	1 . . .		2,000	1 . . .		2,000
1 . . .		1,000	1 . . .		1,000	1 . . .		1,000
2 à 400		800	2 à 400		800	2 à 400		800
2 à 200		400	2 à 200		400	2 à 200		400
2 à 100		200	2 à 100		200	2 à 100		200
20 à 55		1,100	20 à 55		1,100	20 à 60		1,200
70 à 45		3,150	70 à 45		3,150	70 à 50		3,500
1,400 à 36		50,400	1,400 à 38		53,200	1,900 à 40		76,000
1,500		83,050	1,500		79,850	2,000		109,100
24. Verloosung*			29. Verloosung			32. Verloosung		
am 1. Februar 1862.			am 1. Februar 1867.			am 1. Februar 1870.		
1 . . .		15,000	1 . . .		20,000	1 . . .		15,000
1 . . .		3,000	1 . . .		4,000	1 . . .		3,000
1 . . .		2,000	1 . . .		2,000	1 . . .		2,000
1 . . .		1,000	1 . . .		1,000	1 . . .		1,000
2 à 400		800	2 à 400		800	2 à 400		800
2 à 200		400	2 à 200		400	2 à 200		400
2 à 100		200	2 à 100		200	2 à 100		200
20 à 55		1,100	20 à 55		1,100	20 à 60		1,200
70 à 45		3,150	70 à 45		3,150	70 à 50		3,500
1,400 à 36		50,400	1,900 à 39		74,100	1,900 à 40		76,000
1,500		77,050	2,000		106,750	2,000		103,100
25. Verloosung			30. Verloosung			33. Verloosung		
am 1. Februar 1863.			am 1. Februar 1868.			am 1. Februar 1871.		
26. Verloosung			31. Verloosung			34. Verloosung		
am 1. Februar 1864.			am 1. Februar 1872.			am 1. Februar 1872.		
1 . . .		20,000	1 . . .		20,000	1 . . .		20,000
1 . . .		4,000	1 . . .		3,000	1 . . .		4,000
1 . . .		2,000	1 . . .		2,000	1 . . .		2,000
1 . . .		1,000	1 . . .		1,000	1 . . .		1,000
2 à 400		800	2 à 400		800	2 à 400		800
2 à 200		400	2 à 200		400	2 à 200		400
2 à 100		200	2 à 100		200	2 à 100		200
20 à 55		1,100	20 à 55		1,100	20 à 60		1,200
70 à 45		3,150	70 à 45		3,150	70 à 50		3,500
1,400 à 37		51,800	1,900 à 39		74,100	1,900 à 41		77,900
1,500		84,450	2,000		100,750	2,000		111,000

35. Verloosung		
am 1. Februar 1873.		
36. Verloosung		
am 1. Februar 1874.		
Präm.	fl.	fl.
1 . . .	15,000	
1 . . .	3,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 60	1,200	
70 à 50	3,500	
2,900 à 42	121,800	
3,000	148,900	
37. Verloosung		
am 1. Februar 1875.		
1 . . .	20,000	
1 . . .	4,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 60	1,200	
70 à 50	3,500	
2,900 à 43	124,700	
3,000	157,800	
38. Verloosung		
am 1. Februar 1876.		
1 . . .	15,000	
1 . . .	3,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 60	1,200	
70 à 50	3,500	
2,900 à 43	124,700	
3,000	151,800	
39. Verloosung		
am 1. Februar 1877.		
1 . . .	20,000	
1 . . .	4,000	

Präm.	fl.	fl.
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 60	1,200	
70 à 50	3,500	
3,400 à 44	149,600	
3,500	182,700	
40. Verloosung		
am 1. Februar 1878.		
1 . . .	15,000	
1 . . .	3,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 60	1,200	
70 à 50	3,500	
3,400 à 44	149,600	
3,500	176,700	
41. und 42. Verloosung		
am 1. Februar 1879 und 1880.		
1 . . .	20,000	
1 . . .	4,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 65	1,300	
70 à 55	3,850	
3,400 à 45	153,000	
3,500	186,550	
43. Verloosung		
am 1. Februar 1881.		
1 . . .	15,000	
1 . . .	3,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 65	1,300	

Präm.	fl.	fl.
70 à 55	3,850	
3,900 à 46	179,400	
4,000	206,950	
44. Verloosung		
am 1. Februar 1882.		
Wie die 43. Verloosung.		
45. Verloosung		
am 1. Februar 1883.		
1 . . .	20,000	
1 . . .	4,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 65	1,300	
70 à 55	3,850	
4,400 à 47	206,800	
4,500	240,350	
46. Verloosung		
am 1. Februar 1884.		
1 . . .	15,000	
1 . . .	3,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 65	1,300	
70 à 55	3,850	
4,400 à 47	206,800	
4,500	234,350	
47. Verloosung		
am 1. Februar 1885.		
1 . . .	20,000	
1 . . .	4,000	
1 . . .	2,000	
1 . . .	1,000	
2 à 400	800	
2 à 200	400	
2 à 100	200	
20 à 65	1,300	
70 à 55	3,850	
4,900 à 48	235,200	
5,000	268,750	

48. Verloosung			Präm.	fl.	fl.	Präm.	fl.	fl.		
am 1. Februar 1886.			20	à	65	1,300	1	. . .	2,000	
			70	à	55	3,850	1	. . .	1,000	
Präm.	fl.	fl.	4,900	à	48	235,200	2	à	500	1,000
1	. . .	30,000	<u>5,000</u>			<u>280,750</u>	2	à	250	500
1	. . .	6,000					2	à	125	250
1	. . .	2,000	49. Verloosung				20	à	72	1,440
1	. . .	1,000	am 1. Februar 1887.				70	à	60	4,200
2	à	400		1	. . .	50,000	4,900	à	50	245,000
2	à	200		1	. . .	10,000	<u>5,000</u>			<u>315,390</u>
2	à	100								

- 4) Obligationen des 4proc. Staatsanlehens vom 1. Octbr. 1851, emittirt auf Grund des Gesetzes vom 10. Septbr. desselben Jahres¹⁾ in der Summe von 1 Mill. Gulden. Der Tilgungsfonds für dieses Anlehen ist durch das ebenerwähnte Gesetz auf 10,000 fl. (1%) jährlich festgestellt und es wachsen demselben die Zinsen aus den eingelösten Obligationen zu, so dass das ganze Anlehen längstens innerhalb 42 Jahren getilgt wird.
- 5) Die Obligationen des 4proc. Anlehens vom 26. Octbr. 1853, welches kraft Gesetzes vom 22. desselben Monats²⁾ zu dem Zwecke aufgenommen wurde, um damit die 5proc. Schuld von 1848 zu tilgen. Die Heimzahlung hat spätestens binnen 42 Jahren, 5 Jahre nach Aufnahme des Anlehens beginnend, also mit einem Tilgungsfonds von 1% nebst zuwachsenden Zinsen, zu erfolgen.
- 6) Die Obligationen des 4proc. Eisenbahnanlehens vom 29. Novbr. 1858, emittirt auf Grund des Gesetzes vom 1. Novbr. 1858³⁾ in der Summe von 4 Mill. Gulden. Nach dem Anlehensvertrage werden während der ersten fünf Jahre, 1859 bis 1863 incl., nur die Zinsen in halbjährigen Raten tro. 1. Januar und 1. Juli bezahlt. Mit dem Jahre 1864 beginnt die Tilgung, welche während 50 Jahren durch halbjährige, auf den 30. Juni und 31. Decbr. fallende Rückzahlungen mittelst einer sich gleich bleibenden Rente von je 92,811 fl. (also jährlich 185,622 fl.) erfolgt.
- 7) Die Obligationen des 5proc. Anlehens vom 12. Juli 1859, ausgegeben in Gemässheit des Gesetzes vom 23. Juni desselben Jahres⁴⁾ in der Nominalsumme von 2 Mill. Gulden. Die Tilgung beginnt mit dem Jahre 1864 und ist nach dem Gesetz längstens binnen 50 Jahren zu vollziehen, nach dem Anlehensvertrage erfolgt sie während eines Zeitraumes von 40 Jahren.
- 8) Die Obligationen des in Gemässheit Gesetzes vom 2. April 1860⁵⁾ contrahirten 4½proc. Eisenbahnanlehens. Das Anlehensgesetz gewährt im Ganzen einen Credit von 16 Mill. Gulden, wovon im Laufe des Jahres 1860 12 Mill. realisirt worden sind. Es schreibt vor, dass die Tilgung während eines Zeitraums von höchstens 50 Jahren, spätestens 10 Jahre nach der Anlehensaufnahme beginnend, zu vollziehen sei. Die Anlehensverträge über die beiden emittirten Serien von je 6 Mill. adoptiren diese Vorschriften und bestimmen, dass die Amortisation am 1. Mai 1870 anzufangen und am 1. Novbr. 1919 zu endigen, auch in halbjährigen Raten, auf 1. Mai und 1. Novbr., zu erfolgen habe.

¹⁾ Verordn.-Bl. von 1851, S. 268.

²⁾ " " " 1853, S. 307.

³⁾ " " " 1858, S. 219.

⁴⁾ " " " 1859, S. 49.

⁵⁾ Verordn.-Bl. von 1860, S. 67.

Alle vorstehenden Anlehen sind durch Vermittlung des Hauses Rothschild in Frankfurt negociert worden, welches auch die fälligen Zinsen und Capitalraten auszahlt. Ausserdem geschieht die gleiche Zahlung bei der herzoglichen Staatsscasse zu Wiesbaden und bei allen herzoglichen Recepturen ohne irgend einen Abzug. Eigenthümlich ist den nassau'schen Schuldverschreibungen die zweckmässige Einrichtung, dass der für sie festgesetzte Tilgungsplan auf denselben abgedruckt erscheint.

§. 122.

Coursbewegung nassauischer Staatseffecten von 1847—1860.

Börse zu Frankfurt a. M.

Zeit.		3 ¹ / ₂ - proc.	4proc.	5proc.	Zeit.		3 ¹ / ₂ - proc.	4proc.	5proc.
		Obligationen.					Obligationen.		
1847.	Janr. 2.	92 ¹ / ₄	—	—	1854.	Janr. 2.	93	100 ¹ / ₄	101 ¹ / ₂
	April 1.	92 ¹ / ₂	—	—		April 1.	85 ¹ / ₂	95 ¹ / ₂	99
	Juli 3.	91 ¹ / ₄	—	—		Juli 1.	90 ¹ / ₂	100	101 ¹ / ₂
	Oct. 1.	88 ¹ / ₄	—	—		Oct. 2.	89 ³ / ₄	99 ¹ / ₂	101
1848.	Janr. 3.	88 ¹ / ₈	—	—	1855.	Janr. 2.	89	96 ³ / ₄	101
	April 10.	70 ¹ / ₂	—	—		April 2.	90 ¹ / ₂	98	101 ⁵ / ₈
	Juli 1.	71 ³ / ₄	—	—		Juli 2.	88 ¹ / ₄	98 ¹ / ₂	102
	Oct. 2.	80	—	—		Oct. 1.	89 ³ / ₄	98 ¹ / ₂	102 ¹ / ₄
1849.	Janr. 2.	78 ³ / ₄	—	—	1856.	Janr. 2.	90 ¹ / ₂	99	101
	April 3.	80 ⁵ / ₈	—	99 ³ / ₄		April 1.	89 ¹ / ₄	98 ¹ / ₂	101 ¹ / ₂
	Juli 2.	84	—	101 ¹ / ₄		Juli 1.	89 ³ / ₄	99 ³ / ₈	—
	Oct. 1.	86 ¹ / ₂	—	101 ³ / ₄		Oct. 1.	87 ³ / ₄	97 ³ / ₄	—
1850.	Janr. 2.	84	—	101 ³ / ₄	1857.	Janr. 2.	90 ³ / ₈	98	—
	April 2.	82 ¹ / ₂	—	101 ³ / ₄		April 1.	90 ³ / ₄	98	—
	Juli 2.	84 ⁵ / ₈	—	103		Juli 1.	89 ⁷ / ₈	98 ³ / ₄	—
	Oct. 1.	87 ³ / ₄	—	102 ¹ / ₄		Oct. 1.	90 ³ / ₈	98 ⁵ / ₈	—
1851.	Janr. 3.	88 ¹ / ₄	—	103 ¹ / ₄	1858.	Janr. 2.	90 ¹ / ₄	99 ¹ / ₄	—
	April 2.	90 ³ / ₄	—	104 ³ / ₈		April 1.	91	99 ³ / ₄	—
	Juli 1.	92 ⁷ / ₈	—	104 ⁵ / ₈		Juli 1.	91 ⁵ / ₈	99 ⁷ / ₈	—
	Oct. 1.	91	—	106 ¹ / ₈		Oct. 1.	92 ¹ / ₂	99 ³ / ₄	—
1852.	Janr. 1.	90 ³ / ₄	—	103 ¹ / ₂	1859.	Janr. 3.	91 ¹ / ₄	99 ³ / ₄	—
	April 2.	91 ³ / ₄	—	103 ¹ / ₄		April 1.	91 ³ / ₄	98 ³ / ₈	—
	Juli 1.	90 ⁷ / ₈	—	103 ³ / ₄		Juli 1.	82 ¹ / ₄	—	—
	Oct. 1.	92	99 ³ / ₄	103 ¹ / ₂		Oct. 1.	90 ⁷ / ₈	96 ¹ / ₂	—
1853.	Janr. 3.	91 ⁷ / ₈	99 ⁵ / ₈	103	1860.	Janr. 2.	91 ³ / ₈	97 ³ / ₈	104 ¹ / ₈
	April 1.	93 ³ / ₈	99 ³ / ₄	104		April 2.	91	98	103 ¹ / ₄
	Juli 1.	91 ³ / ₄	99 ¹ / ₂	101 ¹ / ₄		Juli 2.	91 ³ / ₄	98	104 ¹ / ₄
	Oct. 1.	93 ¹ / ₈	99 ³ / ₄	102 ³ / ₄		Oct. 1.	92 ⁷ / ₈	98 ³ / ₄	104 ³ / ₄

§. 123.

Vergleichende Recapitulation.

Es beträgt 1861 in runden Summen:

1) die Einwohnerzahl	440,000	Slm.
2) der Flächengehalt des Staatsgebiets	85 $\frac{1}{2}$	□M.
3) die gesammte Staatsschuld	25,800,000	fl.
wovon unproductiv circa	7,800,000	fl.
Eisenbahnschuld	18,000,000	" ¹⁾
4) eine Jahres-Staatsausgabe roh circa	5,000,000	"
5) die directe	1,150,000	"
6) " indirecte } Steuerlast, brutto	2,100,000	"
7) " ganze	3,250,000	"
Es trifft sonach auf den Kopf der Bevölkerung:		
a) an der gesammten Staatsschuld	58,636	"
b) " " unproductiven "	17,727	"
c) " " Eisenbahnschuld	40,909	"
d) directe Steuern, brutto	2,614	"
e) indirecte " "	4,773	"
f) ganze Steuerlast	7,388	"

11) Herzogthum Braunschweig.

§. 124.

Historische Rückblicke.

Territorialgeschichte. Wir beziehen uns zunächst auf die geschichtliche Einleitung zu Hannover, oben S. 263, da die ältere Geschichte Braunschweigs mit der von Hannover zusammenfällt. Aus der neueren Geschichte des Herzogthums haben wir Gebietsveränderungen von Bedeutung nicht zu verzeichnen. Es ist ohne Zweifel sehr charakteristisch, dass gerade derjenige deutsche Fürst, welcher sich niemals unter das Joch der napoleonischen Fremdherrschaft beugte, welcher es vielmehr vorzog, sein Land mit seinen Getreuen zu verlassen und den Bedränger des Vaterlandes auf fremdem Boden zu bekämpfen und welcher so für die deutsche Unabhängigkeit verhältnissmässig mehr Opfer brachte als alle seine Genossen, — bei der schliesslichen Territorialvertheilung fast leer ausging. Nach der Schlacht von Jena (1806) besetzten die Franzosen das Herzogthum und theilten es dem Königreich Westphalen zu. Erst 1813 kehrte der rechtmässige Fürst wieder in sein Land und erhielt dasselbe in seinem früheren Bestande zurück.

Finanzgeschichtliches. Die braunschweig'schen Fürsten bewahrten den kriegerischen Charakter der Welfen durch alle Jahrhunderte und nur wenige derselben starben anders, als in offener Schlacht. Dass hieraus dem Lande von

¹⁾ Mit Hinzurechnung des Anlehens von 1859, welches zum Ankaufe von Eisenbahnen bestimmt scheint. (Vergl. §. 115.)

jeder grosse Opfer erwachsen, ergibt sich von selbst. So beschwerte der siebenjährige Krieg den kleinen Staat mit 7 Mill. Schulden. Dazu kam noch die verschwenderische Regierung des Herzogs Carl (1735—1780), geeignet den finanziellen Ruin des Landes zu vollenden. Glücklicher Weise folgte ihm ein Fürst (Carl Wilhelm Ferdinand), welcher alle Bemühungen dahin richtete, die nachtheiligen Wirkungen der Regierungsweise seines Vaters wieder gut zu machen. Es gelang ihm, nicht nur die finanzielle Ordnung wieder herzustellen, sondern auch den Landescredit dergestalt zu heben, dass derselbe von keinem Nachbarstaate übertroffen wurde; auch die Schulden fast ganz zu tilgen. Wenn diess letztere durch dasselbe Mittel geschah, wie es in Churhessen behufs Ansammlung eines Hausschatzes angewendet wurde, nämlich durch Vermietung von Truppen an fremde Staaten, so ist dieser Vorgang in Braunschweig insofern mehr zu entschuldigen, als er auf ausdrücklicher Genehmigung der Stände beruhte und die ausgeliehenen Truppen nicht ausgehoben, sondern geworben wurden. Am Anfange des 19ten Jahrhunderts war die finanzielle Lage des Landes so glänzend, dass bei mässiger Besteuerung die Staatseinnahmen die Ausgaben namhaft übertrafen. Erstere berechnete man zu 851,549 Thlr., während letztere nur 741,223 Thlr. betrugen.

Unter der westphälischen Regierung änderte sich jedoch Alles. Die günstige Lage des Staatshaushalts wurde sogar eine Quelle der Bedrückung und Erpressung, soferne die Eroberer daraus den Schluss zogen, dass die Steuerkraft des Landes eine ungewöhnliche Anstrengung ertragen müsse. Man berechnete die Leistungsfähigkeit auf die enorme Summe von 1,869,206 Thlr., während die Ausgaben nur 1,340,063 Thlr. erforderten. So zog die westphälische Regierung einen reinen Ueberschuss von 529,143 Thlr. aus dem Lande und vermehrte dennoch die Schulden in's Enorme.

Nachdem die alte Regierung wieder hergestellt war, hatten die Anstrengungen des Landes vor und nach der fremden Besetzung zu einer Schuldenlast von 6,546,805 Thlr. geführt, worunter westphälische Schulden nicht begriffen waren. Letztere wurden von der braunschweig'schen Regierung so wenig, als von den übrigen mitbetheiligten Staaten anerkannt. Im Jahre 1815 begann die Klarmachung der Ansprüche und es ward die Zinszahlung wieder aufgenommen.¹⁾ 1821 war die Liquidation beendet. Es betrug damals die anerkannte Schuld des Landes 3,822,738 Thlr., der Kammer 2,444,599 Thlr., zusammen 6,267,328 Thlr. Die Verhältnisse beider Schuldenabtheilungen wurden durch drei Verordnungen vom 29. Octbr. 1821 geregelt und die Verwaltung der Landesschuld dem neu ereirten Landessteuercollegium, die der Kammer Schuld aber dem Kammercollegium übertragen. Eine Vermehrung der Landesschuld trat damals durch die sogen. Steuer-Reluitionscheine ein, welche den vormals Steuerfreien als Abfindung für die aufgehobene Abgabefreiheit ausgestellt wurden.

Im Jahre 1830 war die Landesschuld durch Tilgung auf die Summe von 3,511,725 Thlr. ermässigt, die Kammer Schuld dagegen auf den Betrag von 2,565,971 Thlr. gestiegen. Die bald darauf eintretenden Verfassungs- und Verwaltungsänderungen führten alsdann zu derjenigen Neugestaltung des Staatsschuldenwesens, welche im Wesentlichen heute noch besteht, und welche daher im Folgenden ihre Darstellung finden wird.²⁾

1837 war der Staatscredit wiederum dergestalt gehoben, dass man zur Ermässi-

¹⁾ Vergl. Verordnung vom 4. Dec. 1815 und 19. Dec. 1816.

²⁾ Vergl. Finanznebenvertrag vom 12. Oct. 1832 und Gesetz vom 19. Dec. 1834 mit Ausführungsverordnung vom 4. Dec. 1835; auch die Landesverfassungsurkunde vom 12. Oct. 1832, §. 187; endlich unten §. 126, 127.

gung des Zinsfusses der gesammten Schuld auf $3\frac{1}{2}\%$ schreiten konnte.¹⁾ Ein schätzenswerthes Hilfsmittel zu dieser, sowie zu allen folgenden Creditoperationen hatte Braunschweig in der, schon im vorigen Jahrhundert gegründeten und heute noch bestehenden Landescredit- und Leihhausanstalt, welche von jeher das grösste Vertrauen, daher Geldzuflüsse von allen Seiten genoss und fast alle Staatsanlehen vermittelte.

Zu derselben Zeit entstand auch in Braunschweig eine Eisenbahnschuld in Folge des angenommenen Systems des Staatseisenbahnbaues. Ferner fallen Anleihen zum Wiederaufbau des abgebrannten Schlosses (550,000 Thlr.) und zum Bau einer Caserne (110,000 Thlr.) in diese Periode (1835 und 1837). Der Eisenbahnbau zumal nahm fortwährend grosse Geldmittel in Anspruch, welche wie anderwärts durch Anleihen beschafft wurden. Im Jahre 1840 war daher die Landesschuld auf 4,095,090 Thlr., die Kammerschuld auf 3,305,122 Thlr., die ganze Schuld auf 7,400,212 Thlr. gestiegen, obgleich mehr als der gesetzlich erforderliche Tilgungsfonds zum Schuldabtrag verwendet worden war. Bis 1846 hatte sich sodann die Summe beider Schuldenabtheilungen auf 9,777,050 Thlr. gesteigert, wovon 6,599,425 Thlr. der Landes- und 3,177,625 Thlr. der Kammerschuld angehörten. Die Vermehrung war übrigens lediglich Folge des Eisenbahnbaues.

Die Ereignisse des Jahres 1848 konnten so wenig als anderswo ohne nachtheiligen Einfluss auf die Finanzen Braunschweigs bleiben. Es fanden Anleihen im Betrage von 300,000 Thlr. und 140,000 Thlr. zur Deckung ausserordentlicher Staatsbedürfnisse schon im Jahre 1848 statt,²⁾ welchen 1852 eine weitere Schuldaufnahme von 114,00 Thlr. zu gleichem Zwecke folgte.³⁾ Aber auch zur bewegtesten Zeit war nirgends eine Verlegenheit oder eine Stockung im Staatshaushalte wahrzunehmen und von 1852 an ergaben sich wiederum Ueberschüsse in den Staatscassen. Ueberhaupt bietet die Finanzgebarung des Herzogthums von 1832, der Zeit der verfassungsmässigen Ordnung, an das erfreuliche Bild wirthschaftlicher Sicherheit und Pünktlichkeit, sowie häuslicher Sparsamkeit und Ordnung dar.

§. 125.

Neuester Schuldenbestand.

Aus den Verhandlungen der braunschweig'schen Landesversammlung von 18^{57/58} und den Landtagsabschieden vom 24. April und 9. Septbr. 1858 entnehmen wir Folgendes:

- I. Die Kammerschuld betrug am 1. Janr. 1858 im Ganzen noch 479,235 Thlr.⁴⁾ verzinslich zu 5, 4, $3\frac{1}{2}$, $3\frac{1}{3}$, $3\frac{2}{23}$, 3, $2\frac{1}{2}$ und 2% , und den Valuten nach verbrieft mit 191,950 Thlr. in Gold und 287,285 Thlr. in Courantmünze.

Die bedeutende Verminderung dieses Schuldtheiles war eine Folge des Beschlusses vom Jahre 1855, wonach alle Schuldverschreibungen der Kammer, welche das herzogl. Leihhaus bereits besass und noch erwarb, vernichtet, dagegen ein gleicher Betrag der Schuld

¹⁾ Gesetz vom 20. Febr. 1837.

²⁾ Vergl. Landtagsabschied vom 27. Nov. 1848, Art. 4 und 5, Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 242—244.

³⁾ Landtagsabschied vom 23. Febr. 1852, Art. 14, Ges. u. Verordn.-Samml. S. 196.

⁴⁾ Verhandl. der Landesvers. von 18^{57/58}, Beil. F zu Anlage 5 des Protocols Nr. 2.

des Leihhauses an den Capitalienfonds der Kammer abgeschrieben wurden.¹⁾ Die Passiven der Kammer waren so bis auf obige Summe, welche grösstentheils unablässlich ist, aus den Activen derselben abgetragen.

II. Die Landesschuld umfasste zu gleicher Zeit:²⁾

- | | |
|---|------------------------|
| a) die regulirte und mit au porteur-Oligationen verbrieft 3 $\frac{1}{2}$ - und 4proc. Schuld mit | 7,951,650 Thlr. |
| wovon 2,099,650 Thlr. in Gold und 5,852,000 Thlr. in Courant. | |
| b) Die nicht regulirte Schuld mit | 280,380 Thlr. |
| wovon 37,000 Thlr. in Gold und 243,380 Thlr. in Münze. | |
| c) Die noch nicht einzeln verbrieften Theile der neueren Eisenbahnanlehen und zwar: | |
| zum Bau der Südbahn | 2,521,705 Thlr. |
| " " " Schöninger Bahn | 236,000 Thlr. |
| | <u>2,757,705 Thlr.</u> |

Summe aller Schulden 11,468,970 Thlr.

Für die drei Jahre 1858, 1859 und 1860 ist keine neue Schuldaufnahme verwilligt, es wird also kein Zugang stattfinden. Dagegen ist der Betrag der ausgesetzten Tilgungsmittel dieser Periode in Absatz zu bringen mit zusammen 310,000 Thlr.

und es verbleibt alsdann Schuldenbestand Ende 1860 11,158,970 Thlr.

Die in Gold ausgedrückten Werthe erleiden bei der Umrechnung in Courant einen Aufschlag von 10%. Wird diess bei der Berechnung des Gesamt-schuldenstandes mitberücksichtigt, so ergibt sich in runder Summe für Ende 1860 eine unmittelbare Geldverbindlichkeit des braunschweig'schen Staats von rund 11,400,000 Thlr.

Dazu kommt noch die mittelbare Haftbarkeit des Staats für alle Verbindlichkeiten der herzogl. Leihhausanstalt, welcher insbesondere das Privilegium der Emission unverzinslichen Papiergelds ertheilt ist. Sie hat von diesem Privilegium durch Ausgabe von 600,000 Thlr. Cassenscheinen Gebrauch gemacht.³⁾ Ihre Passiven sind jedoch durch sichere Activen vollständig gedeckt und nebst dem besitzt sie ein gesetzlich festgestelltes Grundvermögen von 268,000 Thlr., welches in seinem Bestande erhalten werden muss. Am 1. Juli 1857⁴⁾ waren ihre

	in Gold:	in Courant:
Activa	1,023,543 Thlr.	12,957,009 Thlr.
Passiva	538,030 "	13,165,047 "
Vermögensüberschuss . .	485,513 Thlr.	—
Abgang		208,038 Thlr.
Reiner Ueberschuss	<u>277,475 Thlr.</u>	

¹⁾ Vergl. Art. 3 des Landtagsabschieds vom 5. Sept. 1855, Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 529. Für die Wiederergänzung des Capitalienfonds wurde gleichzeitig dadurch Sorge getragen, dass der entsprechende Theil des bisherigen Schuldentilgungsfonds von nun an dem Capitalienfonds zugewiesen wurde.

²⁾ Vergl. Verhandl. der Landesvers. von 1857/58, Beil. VIII zu Anlage 2 des 4. Protocolls; Landtagsabschied vom 24. April 1858, Art. 2, und Landtagsabschied vom 9. Sept. 1858, Art. 4, lit. b. und Art. 9, Ziff. 1.

³⁾ Vergl. Gesetz vom 22. Dec. 1857, Ges.- u. V.-Samml. Nr. 55, und Verordnung vom 23. Dec. 1858, Ges.- u. V.-Samml. S. 397.

⁴⁾ S. Verhandl. der Landesvers. von 1857/58, Beil. 13, Anlage D.

§. 126.

Staatsverfassung; Verwaltung der Staatsschuld.

Das Herzogthum Braunschweig besass von Alters her eine ständische Repräsentation, welche aber für die beiden Landestheile Wolfenbüttel und Blankenburg getrennt war und in Folge der fremden Occupation ausser Wirksamkeit trat. Nach der Restauration wurde am 25. April 1820 eine einheitliche erneuerte Landschaftsordnung gegeben, die in der That nichts anders war, als ihr Name besagt. Als sie später von dem Herzog Carl dennoch beseitigt werden wollte, und als letzterer aus dem Lande entflohen war, wurde sie unter der Regierung des Herzogs Wilhelm durch die — ein umfassendes Staatsgrundgesetz enthaltende „neue Landschaftsordnung“ vom 12. Octbr. 1832 ersetzt.¹⁾ Letztere erhielt im Jahre 1848 einige Aenderungen, welche jedoch durch die Gesetze vom 19. März 1850, 22 Novbr. 1851 und 19. April 1852 grösstentheils wieder beseitigt wurden. Die Verfassung von 1832 steht daher ihren Hauptbestimmungen nach noch in voller Rechtskraft.

Hinsichtlich des Landesschuldenwesens bestimmt sie in §. 187:

„Staatsanleihen können nicht ohne Einwilligung der Stände contrahirt werden. Ueber den Betrag, die Bedingungen und die Rückzahlung ist mit den Ständen eine Vereinbarung zu treffen. — Das Landesschuldenwesen wird gleichfalls nach gemeinsamen Beschlüssen regulirt.“

Durch Gesetz vom 19. Decbr. 1834²⁾ erhielt diese Verfassungsvorschrift alsdann Vollzug in der Richtung, dass das gesammte Kammer- und Landesschuldenwesen neu regulirt wurde. Die Regulirung bestand darin, dass sämtliche Schuldverschreibungen, mit alleiniger Ausnahme der Verbriefungen der unablöslichen Capitalien und Cautionen, gegen neue Landesschuldverschreibungen au porteur, mit halbjährigen Zinscoupons und Talons, umgewechselt wurden, welche auf gleichmässige runde Summen lauteten, und dass die Rechtsverhältnisse dieser neuen Inhaberpapiere gesetzlich festgestellt wurden. Als Verwaltungsbehörde für beide Schuldenabtheilungen ward aber schon vorher das neu creirte herzogl. Finanzcollegium bestellt.³⁾ Eine besondere Amortisationscasse wurde nicht für nöthig erachtet, vielmehr hatten die Finanz- und die Kammercasse die nöthigen Zahlungen auf die ihnen zugewiesenen Schuldtheile zu leisten. Im Jahre 1850 fand eine neue Organisation fast der gesammten Staatsverwaltung statt;⁴⁾ es blieb aber hinsichtlich der Staatsschuldenverwaltung bei den früheren Einrichtungen, nur mit dem Zusatze:

„das herzogl. Finanzcollegium ist selbstständig und ohne dass eine Berufung auf den §. 23 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst zulässig ist, dafür verantwortlich, 1) dass Kammer- oder Landesschuldverschreibungen nur über verfassungsmässig entstandene Forderungen ausgefertigt werden; 2) dass Zahlungen aus dem Kammer- und Klostercapitalienfonds nur zu den verfassungsmässig zulässigen Zwecken von ihm angewiesen werden; 3) dass Bankzettel über den mit der Abgeordnetenver-

¹⁾ Ges.- u. Verordn.-Samml. von 1832, S. 191 ff.

²⁾ 1834, S. 121 ff.

³⁾ Gesetz vom 12. Oct. 1832, Nr. 29, §. 5 und 9, Ges. u. V.-Samml. von 1832, S. 396—398.

⁴⁾ Hinsichtlich der Finanzverwaltung mittelst Gesetzes vom 19. März 1850, Ges.- u. V.-Samml. S. 37 ff.

sammlung vereinbarten Betrag hinaus von der Leihhausanstalt nicht in Umlauf gesetzt werden etc.¹⁾

Das Finanzcollegium ist im Uebrigen eine reine Regierungsbehörde und es haben die Stände keinen Antheil bei seiner Besetzung. Dagegen hat der von den Ständen auf Lebenszeit gewählte Landsyndicus das Recht, an den Sitzungen des Collegiums Theil zu nehmen und über die Einhaltung der ständischen Beschlüsse zu wachen.²⁾ Ausserdem verleiht die Verfassung den Ständen die Befugniss der Aufsicht über das gesammte Finanzwesen, wesshalb ihnen die Staatsrechnungen vollständig zur Prüfung und Guttheissung vorzulegen sind.³⁾ Durch diese Einrichtungen dürfte eine Controle hergestellt sein, welche geeignet ist, den Staatsgläubiger zu beruhigen und das Land vor geheimen Ueberbürdungen zu beschützen, wie auch die Erfahrung der letzten 30 Jahre hinlänglich bewiesen hat.

§. 127.

Tilgungsfonds. Tilgungsmodus.

Der gleichzeitig mit der Verfassung vom 12. Octbr. 1832 vereinbarte Finanz-Nebenvertrag zwischen den Ständen und dem Landesfürsten, welcher überhaupt die Beziehungen des herzogl. Domanialvermögens zum Staate regelte, setzte in Art. 6 fest, dass zur Tilgung der Gesamtschulden jährlich mindestens 50,000 fl. verwendet und diese Summe verhältnissmässig auf die Kammer- und Landesschulden vertheilt werden solle. Man bestimmte davon 20,000 Thl. für die Kammer- und 30,000 Thlr. für die Landesschuld. Nachdem alsdann vom Jahre 1837 an die Eisenbahnanlehen der Landesschuld zuwuchsen, verfügte der Landtagsabschied vom 5. Aug. 1839⁴⁾ (Art. 3 Zffr. 3) eine Vermehrung des Tilgungsfonds für die Landesschuld um jährliche 50,000 Thlr. Diese ward jedoch im Landtagsabschiede vom 6. Mai 1845⁵⁾ nicht nur wieder zurückgenommen, sondern es fand auch eine Ermässigung des Kammerschuldentilgungsfonds auf die Hälfte (10,000 Thlr.) statt. Der Tilgungsfonds war dadurch im Ganzen auf 60,000 Thlr. normirt. Der Landtagsabschied vom 23. Febr. 1852⁶⁾ ging in Art. 11 auf die ursprüngliche Tilgung von jährl. 50,000 Thlr. für beide Schuldabtheilungen zurück und verordnete zugleich (Art. 4, Lit. A, Zffr. 5), dass die Ueberschüsse der Eisenbahnen nach Abzug der Zinsen aus der Eisenbahnschuld zur Amortisation der letzteren zu verwenden seien. Die neueste gesetzliche Bestimmung über die Festsetzung des Tilgungsfonds ist im Landtagsabschied vom 5. Septbr. 1855, Art. 4,⁷⁾ enthalten, welche so lautet:

„Dabei ist aufs Neue bestimmt, dass von der gesammten Landesschuld regelmässig jährlich wenigstens 1% amortisirt werden solle, wobei jedoch der herzogl. Landesregierung im Falle eines Krieges, an welchem das Herzogthum Braunschweig Theil nimmt, die Befugniss vorbehalten ist, den Amortisationsfonds, vorbehaltlich einer demnächstigen Rectifier-

¹⁾ Art. 10 des eben citirten Gesetzes.

²⁾ Dasselbst Art. 11.

³⁾ Verf.-Urkunde §. 183.

⁴⁾ Ges.- u. Verordn.-Samml. von 1839, S. 127.

⁵⁾ " " " " " 1845, S. 108.

⁶⁾ " " " " " 1852, S. 183 ff.

⁷⁾ " " " " " 1855, S. 531.

tigung einer solchen Maassregel bei der Landesversammlung, nach den obwaltenden Umständen zu beschränken.“

Hiernach ist seitdem der Tilgungsfonds für die Landesschuld bemessen und z. B. angesetzt worden: für 1858: 90,000 Thlr.; für 1859: 104,000 Thlr.; für 1860: 116,000 Thlr.¹⁾

Hinsichtlich der Kammerschuld wurde im Jahre 1855 ein Uebereinkommen dahin abgeschlossen, dass alle auf Inhaber lautende Kammerschuldverschreibungen von der herzogl. Leihhaus-Anstalt eingezogen und vernichtet werden sollten, welche sich dafür aus den bei ihr angelegten Kammercapitalien zu entschädigen hätte; dass aber gleichwohl der durch den Finanznebenvertrag vom 12. Octbr. 1832 festgesetzte Tilgungsfonds von 20,000 Thlr. jährlich fortzuzahlen sei, wovon alsdann ein entsprechender Theil zur Tilgung derjenigen Schuldverschreibungen, welche das Leihhaus nicht erwerben könne, welche also im Privatverkehre bleiben, verwendet, der andere Theil aber in so lange dem Kammercapitalienfonds zufließen solle, bis dieser wieder ergänzt sein würde.²⁾ Dieses Uebereinkommen ist denn auch alsbald vollzogen worden, indem die Leihhausanstalt über 1,800,000 Thlr. Kammer-Obligationen au porteur einzog und vernichtete. Von den letzteren ist in Folge dessen nur noch ein so kleiner Theil im Verkehr, dass es darauf bei der Verloosung vom 11. März 1859 nicht mehr als 1210 Thlr. Antheil an dem Tilgungsfonds von 20,000 Thlr. traf.

Die Art der Tilgung ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie hat im Wege der öffentlichen Verloosung und Heimzahlung der gezogenen Obligationen zum Nennwerthe, bei Capitalien in Gold mit einem von Zeit zu Zeit regulirten Agio (dermalen 10%), zu erfolgen. Die Verloosung geschieht für die ganze Schuld im Monat März jeden Jahres. Die verloosten Obligationen müssen dreimal im Braunschweiger Anzeiger publicirt werden und sind bis zum 1. Octbr. des Verloosungsjahres zu heben. Ein Unterschied zwischen älteren und neueren Schuldverschreibungen wird hiebei nicht gemacht, vielmehr kommen so viele Loosnummern in das Ziehungsrad, als Obligationen im Umlaufe sind. Die Ziehung wird nun so lange fortgesetzt, bis die Summe des Tilgungsfonds erschöpft ist.³⁾

§. 128.

Sicherheitsobjecte der braunschweig'schen Staatsschuld.

Die neue Landschaftsordnung enthält die sachgemässe Bestimmung, dass die Einkünfte des unveräusserlichen Kammerguts nach Absatz der Administrations- und Erhaltungskosten und der auf die Amortisation und Verzinsung der Kammerschuld zu leistenden Zahlungen zur Bestreitung der Bedürfnisse des Fürsten und des Landes zu verwenden seien; dass der Bedarf des Landesfürsten und seines Hauses zunächst und zuvörderst auf dem Reinertrage des Kammerguts hafte und dass die Uberschüsse des letzteren alsdann zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landes zu dienen haben und nur in soweit Steuern umzulegen seien, als diese Mittel nicht ausreichen.⁴⁾

¹⁾ Vergl. Verhandl. der Landesvers. von 1857/58, Prot., Nr. 6, Anl. 13, S. 26.

²⁾ Landtagsabschied vom 5. Sept. 1855, Art. 3, Ges.- u. V.-Samml. S. 529—530.

³⁾ Gesetz vom 20. Febr. 1837, §. 3—6.

⁴⁾ Landschaftsordnung §. 167, 169 und 172.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Hienach ist die Revenüe des herzoglichen Kammerguts das erste Sicherheitsobject für die Staatsschuld, und zwar für die Kammerschuld direct, für die Landesschuld aber mittelbar durch die in die Landescasse fließenden Ertragsüberschüsse. Die Steuerkraft des Landes kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Da das Kammergut grundgesetzlich für unveräusserlich erklärt ist, so bieten seine Revenüen dieselbe Sicherheit, wie die Substanz selbst. Es kommen übrigens die Staatseisenbahnen als ein sehr bedeutendes Vermögensobject, welches nicht dem Kammergut einverleibt, sondern ausschliessliches Eigenthum des Landes ist, weiter in Berechnung und wir werden in folgenden Zahlenangaben sehen, dass diese Sicherheitsobjecte die Staatsschuld Braunschweigs um so mehr vollständig decken, als die Eisenbahnen ein Erträgniss abwerfen, welches von keiner andern Staatsbahn erreicht wird. (1854 über 11%.)

Nach den neuesten Etats sind die Reineinkünfte für 1860 veranschlagt, wie folgt:

1) vom Kammergut zu	416,755 Thlr. ¹⁾
2) von den Eisenbahnen und Posten zu	385,000 „ ²⁾
zusammen zu	801,755 Thlr.
Davon geht die Bedarfsumme des Landesfürsten mit	243,055 „
und es verbleiben zur Bestreitung von Landesausgaben	558,700 Thlr.
welche Revenüe zu 4% einem Capitale gleich ist von	13,967,500 Thlr.

Daneben besteht noch der sogen. Kloster- und Studienfonds, ebenfalls unveräusserlich, mit einem Reinertrage von 446,000 Thlr., welcher zu kirchlichen und Unterrichtszwecken verwendet wird.

Zur Beurtheilung der Steuerkraft geben wir folgende Notizen: der Umfang des Staatsgebiets beträgt 67 $\frac{1}{2}$ Quadratmeilen. Die Einwohnerzahl betrug 1858: 274,069 Seelen. Sie ist seit 1814, wo sie 209,527 Köpfe betrug, auf diese Zahl gestiegen und in fortdauernder Zunahme begriffen. Ihre Hauptbeschäftigung ist Landwirthschaft und Bergbau. Braunschweig ist ein reiches Getreideland. Die jährliche Production an Getreide wird zu 3 $\frac{1}{2}$ Mill. preuss. Scheffel angegeben. Auch der Holzreichthum des Landes, welcher eine Ausbeute von mehr als 21 Mill. preuss. Cubicfuss zulässt, ist zu nennen. Ebenso die Bergbau- und Hüttenproduction, die im Durchschnitt liefert: circa 50,000 Ctr. Roheisen, 25,000 Ctr. Hochofengusswaaren, 18,000 Ctr. Gusswaaren aus Roheisen, 33,—35,000 Ctr. Stabeisen, 600 Ctr. Rohstahl, 1000 Ctr. Kupfer, 3800 Ctr. Blei, 1700 Mark Silber, 30,000 Ctr. Salz und grosse Massen von Braunkohlen. Die gewerbliche Industrie ist von geringerem Belang, sehr lebhaft dagegen der Handel, insbesondere der Speditions- und Transithandel. Braunschweig wird von den alten Handelsstrassen, welche aus den Elbeländern nach dem Rhein und von Hamburg nach Süddeutschland führen, durchschnitten. Die Handelsbilanz zeigt einen Ueberschuss zu Gunsten der Ausfuhr, daher Vermehrung des Nationalvermögens. Zur Beförderung des Verkehrs ist sowohl von Seite des Staats, als der Gemeinden das Mögliche gethan; ebenso für die Förderung der geistigen Cultur. Das kleine Land besitzt 236 Meilen Kunststrassen und 28 Meilen Staatseisenbahnen; das Collegium Carolinum, das anatomisch-chirurgische Colleg zu Braunschweig, ein landwirthschaftliches, ein forstwirthschaftliches Institut, 5 Gymnasien, 2 Lehrerseminare, 25 Bürger- und

¹⁾ Verhandl. der Landesvers. von 1857/58, Anlage A zu Beil. 5 des 2. Protocolls.

²⁾ Staatshaushalts-Etat für 1858/60, Ges.- u. V.-Samml. von 1858, S. 244. Für die 3jährige Periode sind 1,155,000 Thlr. in Ansatz gebracht, was aufs Jahr 385,000 Thlr. ausmacht.

Freischulen etc. Ein sehr wichtiges Hilfsmittel für Landwirthschaft, Gewerbe und Handel ist die bereits genannte herzogl. Leihhausanstalt, welche die Landeseinwohner mit billigen Capitalien versieht. Neben dieser Creditanstalt besteht seit 1853 noch die „braunschweig'sche Bank,“ eine Disconto- und Zettelbank, insbesondere zur Unterstützung des Handels.

§. 129.

Finanzlage.

Der Staatshaushalt Braunschweigs war, wie wir in §. 123 gesehen haben, bis zum Jahre 1848 vollkommen im Gleichgewichte. Die Jahre 1848 bis 1850 erforderten alsdann ausserordentliche Zuschüsse, welche in der Gesamtsumme von 554,000 Thlr. im Wege der Schuldenaufnahme beschafft wurden. Diese Ziffer bezeichnet den Totalbetrag der Einbusse des Staats seit drei Decennien und es steht ihr eine weit grössere Vermögensverbesserung durch die planmässige Schuldentilgung gegenüber. Aber abgesehen hievon, hätte jene Einbusse durch die seit 1852 erzielten Ersparnisse längst wieder vergütet werden können, wenn letztere nicht zu andern nützlichen Unternehmungen verwendet worden wären. Es betrug nämlich:

	die wirkliche Einnahme:	die Ausgabe:	der Ueberschuss:
in der Finanzperiode 18 ^{52/54} 1)	4,465,885 Thlr.	4,220,443 Thlr.	245,442 Thlr.
„ „ „ 18 ^{55/57} 2)	4,901,804 „	4,293,515 „	608,289 „

Mit dem unverwendeten Theile des baaren Betriebscapitals aus den früheren Etatsperioden war daher am 1. Januar 1858 ein baarer Vorrath von 924,052 Thlr., und nach Absatz des etatsmässigen Betriebscapitals von 225,000 Thlr. ein Ueberschuss von 699,052 Thlr. vorhanden. Die erfreuliche Folge dieser günstigen Lage war, dass die Kriegsvorbereitungskosten von 1859 nicht wie in den anderen Staaten durch Anleihen zu beschaffen waren, sondern aus paraten Mitteln bestritten werden konnten.

Der Staatshaushaltsetat für die Periode 18^{58/60} 3) ist folgendermassen festgesetzt:

Einnahmen:	Thlr.	Ausgaben:	Thlr.
1) Ueberschuss des Kammerguts	420,000	1) Allgemeine Landesverpflichtungen	15,000
2) Directe Steuern	1,335,000	2) Staatsministerium und Landesarchiv	74,250
3) Indirecte Steuern	1,305,000	3) Legationskosten	18,000
4) Chaussée-, Wege-, Damm- und Fährpachtgelder	139,500	4) Landtagskosten	20,000
5) Eisenbahn- und Post-Intraden	1,155,000	5) Justizverwaltung	420,000
6) Leihhaus-Intraden	225,000	6) Finanzverwaltung	340,500
7) Lotterie-Intraden	105,000	7) Militärverwaltung	1,011,700
8) Extraordinäre Einnahmen	9,000	8) Polizeiverwaltung	234,700
		9) Bauetat	623,000
		10) Pensionsetat	360,000
		11) Landesschuld	1,373,200
		12) Extraordinär	153,150
Summe für 3 Jahre	4,693,500		4,693,500

1) Vergl. Verhandl. der Landesvers. von 18^{57/58}, Anl. A zu Beil. 20 des Prot. Nr. 6.

2) Dasselbst, Beil. 5 zum 6. Protocoll.

3) Ges.- u. V.-Samml. von 1859, S. 224—225.

Es ist beizufügen, dass die Einnahmspositionen durchgängig nur Reineinnahmen enthalten, dass die Staatsausgaben auf Cultus und Unterricht in dem abgesonderten Etat des Kloster- und Studienfonds mit 446,000 Thlr. und ebenso die Ausgaben für das herzogl. Haus (Civilliste), sowie für die Kammerschuld mit zusammen 843,166 Thlr. im besonderen Etat der Kammercasse laufen. Rechnet man diese Beträge mit überhaupt 1,289,166 Thlr. zu der Endsumme des Landes-Etats, so erhöht sich die reine Staatseinnahme und Ausgabe auf 5,982,666 Thlr. für drei Jahre, was aufs Jahr 1,994,222 Thlr. ausmacht.

Von jeher haben die Budgets Braunschweigs in Einnahme und Ausgabe gleich abgeschlossen. Wenn sie sich nicht immer verwirklicht haben, so war der Ueberschuss öfter auf Seite der Einnahmen als bei den Ausgaben und jedenfalls haben die Lenker des Staats den Willen bekundet, das Gleichgewicht im Haushalt ununterbrochen, selbst zur schlimmsten Zeit, aufrecht zu erhalten.

§. 130.

Gesetzgebung über die Amortisation, Vindication, Verjährung und Festmachung der Inhaberpapiere.

I. Die Mortification verlorn oder vernichteter Inhaber-Papiere ist durch eine Verordnung vom 6. Januar 1818 ¹⁾ gesetzlich geregelt, welche im Wesentlichen folgendes Verfahren vorschreibt:

- a) Der Gläubiger hat sich an das competente Gericht zu wenden, welches in der Regel dasjenige ist, bei welchem der Schuldner seinen ordentlichen Gerichtsstand hat. Bei Schuldverschreibungen der Landes- und der öffentlichen Cassen ist das Gericht des Orts, wo der Administrator der schuldnereischen Casse seinen Wohnsitz hat, competent.
- b) Der Anrufende hat den Zufall, wodurch er den Besitz des Documents verloren, und den Umstand, dass er bis zum Eintritte des Zufalles Inhaber desselben gewesen, zu erweisen. Er kann dann auf Arrestanlegung antragen, welche zu verfügen dem Richter zusteht. Letzterer hat jedenfalls den Schuldner von dem angezeigten Verluste der Obligation und von dem gestellten Antrage auf Mortification derselben zu benachrichtigen.
- c) Findet der Richter den ad b erwähnten Beweis hinlänglich erbracht, so hat er den unbekannten Inhaber öffentlich vorzuladen und ihm für den Fall des Nichterscheins und der Nichtproduction des Documents, wozu eine Frist von mindestens zwei Jahren anzuberaumen ist, das Präjudiz der Präclusion und der Kraftloserklärung der Urkunde anzudrohen. Diese Edictalladung ist ausser dem gewöhnlichen Anschläge durch die braunschweig'schen Intelligenzblätter und wenigstens zwei auswärtigen Zeitungen dreimal bekannt zu machen.
- d) Meldet sich innerhalb der Frist kein Inhaber, so wird die angedrohte Präclusion und Mortification vom Gerichte ausgesprochen und das darüber abgegebene Erkenntniss, welches vier Wochen nachher in Rechtskraft tritt, in denselben Blättern, wie die Edictalladung, veröffentlicht. Alsdann hat der Schuldner dem Anrufenden Zahlung zu leisten, durch welche sich ersterer von allen Ansprüchen aus dem mortificirten

¹⁾ Ges.- u. V.-Samml. von 1818, S. 14.

Documente befreit. Gegen Dritte, d. h. gegen Alle, welche nicht Schuldner sind, hat die Mortification keine Wirkung, vielmehr bleiben die Rechte derselben vorbehalten.

Da das Gesetz allgemein von Inhaberpapieren spricht, wozu auch die Coupons und Talons gehören, so wird kein Zweifel darüber bestehen, dass sich dasselbe auf diese erstreckt.

II. Ueber die Vindication, Verjährung und In- und Aussercourssetzung der Inhaberpapiere gibt das Gesetz vom 19. Decbr. 1834, betreffend die Ordnung des Kammer- und Landesschuldenwesens¹⁾ nachstehende Normen:

- 1) Bei den in Gemässheit des Gesetzes ausgefertigten, auf den Inhaber lautenden Kammer- und Landesobligationen und den dazu gehörigen Zinscoupons genügt der blosse Besitz zur vollständigen Legitimation des Gläubigers und eine Vindication findet nur gegen denjenigen statt, welcher dergleichen Documente im bösen Glauben erworben hat. (Gesetz §. 14.)
- 2) Zinscoupons, welche binnen vier Jahren, vom Tage ihrer Fälligkeit an gerechnet, zur Empfangnahme der Zinsen bei den betreffenden Cassen nicht präsentirt werden, verlieren ihre Gültigkeit, so dass der Anspruch auf Zahlung der darin erwähnten Zinsen erloschen ist. (§. 12, Abs. 2.) Diese Verjährungsfrist für die Zinsen wird durch das Gesetz vom 3. Juli 1853, die Verjährung persönlicher Klagen und die Einführung kurzer Verjährungsfristen betreffend,²⁾ in §. 3, Zffr. 5 bestätigt. Es setzt aber letzteres Gesetz in §. 1 für alle rein persönlichen Klagen eine allgemeine Verjährungsfrist von 10 Jahren fest, insoferne das Gesetz nicht kürzere Fristen ausdrücklich anberaume, welche Bestimmung auf die Verjährung der Obligationen Anwendung finden wird.
- 3) Ueber sämtliche Kammer- und Landesschuld-Capitalien, mit alleiniger Ausnahme der unablässlichen und der in baarem Gelde deponirten Cautionscapitalien, sollen nur Inhaberoobligationen ausgestellt werden (§. 1). Diese können jedoch für eine bestimmte Person ausser Cours erklärt und dadurch bis auf Weiteres dem freien Verkehre entzogen werden. Diese Erklärung wird im Inlande von den herzogl. Aemtern und Stadtgerichten, und zwar von demjenigen, welches das forum domicilii des Gläubigers ist, im Auslande von dem zur Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit befugten Gerichte durch die der Obligation nachzusetzende und mit Siegel und Unterschrift zu versehende Clausel: „ausser Cours erklärt für . . .“ bewirkt und kann nur durch die ebenfalls von dem competenten Gerichte hinzugefügte und auf gleiche Weise zu beglaubigende Clausel: „in Cours gesetzt“ wieder aufgehoben werden. (§. 15.)

§. 131.

Einzelne braunschweig'sche Verkehrs-Staatspapiere; deren Eigenthümlichkeiten.

Die braunschweig'schen Staatspapiere sind früher, so lange die Staatsschuld sich in mässigen Grenzen bewegte, fast ausschliesslich im eigenen Lande placirt gewesen. Seit der durch den Eisenbahnbau eingetretenen Erhöhung der Schuld haben sie aber den Weg in's Ausland und insbesondere auch nach

¹⁾ Ges.- u. V.-Samml. von 1834, S. 117 ff.

²⁾ Ges.- u. V.-Samml. von 1853, S. 173.

Süddeutschland gefunden. Wohl aus diesem Grunde hat die herzogl. Finanzverwaltung das Haus Rothschild in Frankfurt a/M. mit der Einlösung nicht nur der Zinscoupons, sondern auch der verloosten Obligationen betraut.

Nach dem mehrfach citirten Gesetze vom 19. Decbr. 1834 soll die ganze Staatsschuld nur mit Obligationen über Beträge von 50, 100, 500 und 1000 Thlr. in Courantgeld oder Golde verbrieft werden.¹⁾ Den grösseren Stücken sollen ferner halbjährige, den Verschreibungen über 50 Thlr. aber ganzjährige Zinscoupons beigegeben werden.²⁾ Diess ist seitdem befolgt worden und zwar in der Art, dass eine Couponserie je 10 Jahre umfasst, nach deren Ablauf neue Coupons auf Grund des vorzulegenden Talons verabfolgt werden. Die Zinscoupons sind im Inlande sowohl bei der Kammer- als auch bei der Hauptfinancasse und bei allen Kreiscassen zahlbar,³⁾ im Auslande, wie eben erwähnt, bei M. A. v. Rothschild und Söhnen zu Frankfurt. Die verloosten Obligationen werden von dem ebengenannten Bankhause und von der herzoglichen Hauptfinancasse zu Braunschweig⁴⁾ honorirt, Alles ohne jeden Abzug.

Die Bezeichnung der Schuldverschreibungen weicht von dem Gebrauche anderer Länder ab. Jede Obligation trägt nämlich neben der fortlaufenden Nummer zwei Buchstaben, einen grossen und einen kleinen. Der letztere bezeichnet die Grösse des Capitals, der erstere die Schuldabtheilung; z. B. A^a deutet an, dass die Obligation der Abtheilung A auf 1000 Thlr.; A^b auf 500 Thlr.; A^c auf 100 Thlr.; endlich A^d auf 50 Thlr. laute. Von jeder Schuldabtheilung gibt es übrigens Titel mit verschiedenen Daten. Es scheint diess auf dem Umstande zu beruhen, dass die einzelnen Staatsanlehen, welche immer die herzogl. Leihhausanstalt als Staatsbankinstitut vermittelt, zunächst mit einer Hauptschuldverschreibung und erst später, wenn die Leihhausanstalt das Anlehen weiter begibt, mit kleineren Partialobligationen verbrieft werden.

Seitdem die sogen. regulirte, d. h. heimzahlbare und mit Inhaberoobligationen verbriefte Schuld der herzogl. Kammer, wie wir gesehen haben, fast vollständig getilgt ist, befinden sich im Verkehre nur noch Landesschuldverschreibungen. Dem Zinsfusse nach zerfallen diese in 3 $\frac{1}{2}$ proc. und 4 proc. Die letzteren sind alle neueren Datums (von 1856, 1858 u. 1859 etc.). Diesen günstigen Zinssatz hat Braunschweig hauptsächlich durch die Hülfe seines Creditinstituts, der Leihhausanstalt, erreicht, welche den günstigen Zeitpunkt für den Absatz der Obligationen abwartet und dem Staat inzwischen die nöthigen Mittel vorschiess. Die einzelnen Abtheilungen der Landesschuldverschreibungen zu specificiren, ist nicht erforderlich, denn alle sind sich sowohl der Qualität als der Form nach vollkommen gleich. Die älteren haben weder in Bezug auf Sicherheit, noch in Betreff der Tilgung, noch in anderer Richtung irgend einen Vorzug vor den neueren, vielmehr werden alle nach den von uns im Vorangegangenen dargestellten Grundsätzen behandelt.

¹⁾ Gesetz vom 19. Dec. 1834, §. 5: Nach dem Landtagsabschiede vom 9. Sept. 1858, Art. 4, sind die Goldecapitalien einzuziehen und mit Courantobligationen zu vertauschen.

²⁾ Gesetz vom 19. Dec. 1834, §. 10.

³⁾ Dasselbst §. 12 und Verordnung vom 4. Dec. 1835, §. 11, Ges.- u. V.-Samml. S. 797.

⁴⁾ Gesetz vom 20. Febr. 1837, §. 6, Ges.- u. V.-Samml. S. 33.

§. 132.

Staatscredit. Coursnotizen.

Da, wie wir eben bemerkt haben, die braunschweig'schen Staatseffecten in früherer Zeit fast ganz im Inlande und überwiegend in festen Händen placirt waren, kamen sie auf den Börsen wenig vor. Das Oeconomiecollegium hatte daher die besondere Verpflichtung, ihren Cours zu ermitteln, um dadurch zu bestimmen, wie sie bei Ablösungen an Zahlung gegeben werden durften. Nach diesen Ermittlungen standen bis zum Jahre 1848 die $3\frac{1}{2}$ proc. Papiere auf 95—100, die 3proc. auf 86—90%. Für den Credit des Landes spricht indessen am meisten, dass ihr Cours in den Jahren 1848 und 1849 weit weniger sank, als in den übrigen Staaten und dass die herzogliche Leihhausanstalt gerade damals mit Geldeinlagen völlig überhäuft war. Die neueren Eisenbahnanlehen haben aber das kleine Land mit Mobilienwerthen überfüllt und die Nothwendigkeit herbeigeführt, für die Papiere desselben im Ausland einen Markt zu suchen. Diess hat den Cours um so mehr gedrückt, als der allgemeine Zinsfuss ringsum höher steht, wie in Braunschweig. Zur Veranschaulichung geben wir die Courssätze der Frankfurter Börse von der Zeit an, von welcher auf derselben amtliche Notirungen vorkamen. Die $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen standen:

am 1. April 1857 auf $90\frac{1}{8}$	am 1. Octbr. 1859 auf $86\frac{1}{2}$
" 1. Juli " " 90	" 2. Janr. 1860 " $86\frac{3}{4}$
" 1. Octbr. " " $89\frac{1}{2}$	" 2. April " " 86
" 2. Janr. 1858 " $89\frac{1}{4}$	" 2. Juli " " $86\frac{1}{2}$
" 1. April " " $87\frac{1}{2}$	" 1. Octbr. " " $86\frac{1}{2}$
" 1. Juli " " $87\frac{5}{8}$	" 2. Janr. 1861 " $87\frac{3}{4}$
" 1. Octbr. " " $87\frac{1}{4}$	" 2. April " " $89\frac{1}{4}$
" 3. Janr. 1859 " $87\frac{1}{2}$	" 1. Mai " " $90\frac{1}{4}$
" 1. April " " 87	" 1. Juni " " $90\frac{1}{4}$

§. 133.

Vergleichende Recapitulation.

Bevölkerung 1860 in runder Zahl	275,000 Sln.	Trifft auf den Kopf
Staatsgebiet	$67\frac{3}{4}$ □M.	der Bevölkerung:
Gesamtstaatsschuld Ende 1860	11,400,000 Thlr.	41,455 Thlr.
Davon Eisenbahnschuld circa	8,400,000 "	30,545 "
Staatsvermögen circa	14,000,000 "	50,909 "
Reine Jahres-Einnahme circa	2,000,000 "	7,273 "
Directe Steuern (netto)	412,000 "	1,498 "
Indirecte dto., incl. Chausseegeld und		
Lotterie	516,000 "	1,876 "
Ganze Steuerlast (netto)	928,000 "	3,374 "
Verhältniss der Schuld zum Vermögen wie 1:1,228; zu einer Jahreseinnahme wie 5,7:1.		

§. 134.

12) Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach.*)

Rückblicke in die Vergangenheit. Aus dem Ernestinischen Zweige des sächsischen Fürstenhauses (vergl. oben Königr. Sachsen) legte Herzog Ernst August von Weimar den Grund zur Bildung des heutigen Grossherzogthums durch Einführung des Erstgeburtsrechts (1724). Er selbst vereinigte 1741 sämtliche Besitzungen der Weimar'schen Linie unter seiner Herrschaft. Der Jena'sche Landestheil kam alsdann unter seinem Sohne Ernst August Constantin hinzu (1756) und der berühmte Carl August, 1815 zum Grossherzog erhoben, erhielt die Herrschaften Blankenhain und Unterkrainichfeld, den kgl. sächsischen Neustädter Kreis, drei deutsche Ordenscommenden und Bezirke von Fulda und Churhessen. Bis 1809 war jedoch selbst dieses kleine Land kein Einheitsstaat, vielmehr hatten die drei früheren Territorien Weimar, Jena und Eisenach je besondere Verwaltung und Vertretung. Durch Erlass vom 20. Septbr. 1809 ward aber die Vereinigung dieser Landschaften angeordnet und das am 5. Mai 1816 gegebene Grundgesetz sprach die Untheilbarkeit und Unveräusserlichkeit des Staatsgebiets aus.

Hinsichtlich des Staatshaushalts haben wir Folgendes zu constatiren. Wie in Deutschland meistens, waren auch in Weimar die Einnahmen, Ausgaben und Schulden der fürstlichen Kammer und des Landes getrennt. Auch hier begegnen wir einem Domänenstreit zwischen Fürst und Land, der bis in unsere Tage hereinragt. Die Vertheilung der Leistungen zwischen Kammer- und Landescasse war dieselbe, wie in andern Staaten; doch hatte die weimar'sche Kammercasse einen grossen Theil der Staatsdienerbesoldungen übernommen, ausserdem lagen ihr die Ausgaben des fürstl. Hauses und Hofes und die Prästationen ob, welche auf die Kammer fundirt oder sonst aus fürstlicher Gnade für Kirchen, Schulen, Wittwen und Waisen zu bestreiten waren. Am 17. April 1821 ward behufs Feststellung des Verhältnisses zwischen der Kammer- und Landescasse ein eigenes Gesetz erlassen, bei welchem Anlasse nachgewiesen wurde, dass die Kammercasseneinnahmen im Durchschnitt 625,000 Thlr. nicht überstiegen und dass darauf 358,000 Thlr. Kosten ruhten, so dass dem Landesfürsten nur ein mässiger Ueberschuss verblieb. Dessenungeachtet war einer der im Jahr 1848 geltend gemachten Wünsche des Landtags dahin gerichtet, dass das Kammervermögen mit dem Landesfiscus vereinigt und eine Civilliste ausgesetzt werden möge. Diesem Verlangen gab der Grossherzog in seiner Proclamation vom 9. März 1848 nach und es kam am 6. April 1848 eine Vereinbarung zu Stande, wodurch der eigenthümliche Uebergang des Kammerguts an den Landesfiscus ausgesprochen und eine Civilliste von 280,000 Thlr. festgestellt wurde. Gleichzeitig wurde an letzterer ein Nachlass von 30,000 Thlr. gewährt, bis die Finanzverhältnisse

*) Wir haben im Bisherigen diejenigen deutschen Staaten behandelt, deren Staatsschulden eine bedeutende Höhe erreicht haben und deren Papiere ebendesshalb weit über ihre Grenzen hinaus verbreitet sind. Da durch letzteren Umstand das Interesse des grossen Publikums hauptsächlich auf diese Papiere concentrirt ist, haben wir bisher möglichste Ausführlichkeit und Vollständigkeit der Darstellung angestrebt. Indem wir nun zu den übrigen Staatspapieren übergehen, müssen wir uns jedoch nothgedrungen grösserer Kürze befleissen, weil uns der Raum nur knapp zugemessen ist. Es dürfte sich übrigens von nun an eine gedrängtere Behandlung von selbst dadurch rechtfertigen, dass die Papiere der folgenden kleineren Staaten, weil weniger verbreitet, für grössere Kreise nur mehr untergeordnetes Interesse darbieten.

günstiger sein würden. Jene Vereinbarung hatte jedoch nur bis zum Jahre 1854 unveränderten Bestand und ward alsdann in der Art modificirt, dass die Eigenthumsverhältnisse des Kammerguts nach dem Stande, vor dem 6. April 1848 im Principe wieder hergestellt, das sog. Chatullgut zur völlig freien Verwaltung des Grossherzogs zurückgegeben, das übrige Domanium aber in Verwaltung des Staats belassen wurde.¹⁾ Eine förmliche Cassentrennung fand also nicht wieder statt, und da das Kammergut unveräusserlich ist, so hat factisch das Land bei der Wiederherstellung des gesonderten Eigenthumsrechts nichts verloren. Im Uebrigen zeigt eine Verfolgung der finanziellen Zustände des Grossherzogthums dieselbe Erscheinung, wie in den andern geordneten Staaten Deutschlands: während und unmittelbar nach den französischen Kriegen grosse Verlegenheiten, Deficits, Zerrüttung und selbst Zwangsanlehen; alsdann erfolgreiches Streben nach Besserung; von 1830 an befriedigende, ja selbst glänzende Finanzlage; 1848 und 1849 wiederum Deficits und Schuldenvermehrungen; endlich seit 1854 eine entschiedene Wiederkehr der alten Ordnung.

In Absicht auf das Staatsschuldenwesen haben wir im Ganzen nur solche Regierungshandlungen zu verzeichnen, welche Vertrauen einflössen. Schon 1808 erfolgten Anordnungen behufs regelmässiger Verzinsung und Tilgung der Weimar'schen und Jena'schen Landesschulden.²⁾ Nach Ertheilung der Verfassung von 1816 gingen die Bemühungen dann dahin, die getrennten Schulden der einzelnen Landestheile zu vereinigen und gleiche Grundsätze für deren Tilgung aufzustellen. 1827 kam ein Theil der Schulden des Königreichs Sachsen kraft Vertrags mit Preussen an Weimar.³⁾ 1830 fand auch die formelle Ordnung des Landesschuldenwesens und die Herabsetzung des Zinsfusses auf 4% statt. Es wurde verfügt, dass alle Schuldverschreibungen auf Namen gegen 4proc. Obligationen au porteur in Stücken zu 1000, 500, 200, 100, 50 und 25 Thlr., welche im Wege der Verloosung binnen längstens 41 Jahren zurückbezahlt werden sollten, umzutauschen seien.⁴⁾ Schon 1836 erfolgte jedoch die Kündigung der 4proc. Obligationen und die Ermässigung des Zinsfusses der Landesschuld auf 3½%.⁵⁾ 1839 fand man rathlich, „zur Vermehrung der Umlaufmittel“ eine eigenthümliche Art von Staatsschuldscheinen zu creiren, nämlich kleine Stücke zu 66⅔, 33⅓ und 16⅔ Thlr. (Lit. C, B und A), verzinslich zu 3% und zwar die grösseren Stücke (C u. B) in einjährigen, die kleineren in zweijährigen Terminen, und rückzahlbar im Wege der Verloosung erst von da ab, wenn die 3½proc. Obligationen getilgt sein würden.⁶⁾ Zur Erleichterung des Umsatzes dieser Staatsschuldscheine wurde 1842 verordnet, dass dieselben bei den Kreissteuereinnahmereien gegen baares Geld umgewechselt werden könnten.⁷⁾ In demselben Jahre erfolgte die Umwandlung derjenigen 3½proc. Obligationen, welche noch auf Namen lauteten, in gleichzinsige Inhaber-Obligationen,⁸⁾ so dass es von nun an keine Namenobligationen mehr in Sachsen-Weimar gab. Wegen des Rechtsschutzes der Inhaber-Obligationen waren schon vorher (1833 u. 1839) geeignete Gesetze erlassen worden, welchen 1847 ein solches über die Wiederincourssetzung der au

¹⁾ Vergl. Verordnung vom 4. Mai 1854, Regierungsbl. S. 229.

²⁾ Regulative vom 16. März 1808.

³⁾ Vergl. Gesetz vom 1. Aug. 1827.

⁴⁾ Bekanntmachung vom 1. März 1830.

⁵⁾ Bekanntmachung vom 23. März 1836, Regierungsbl. S. 80.

⁶⁾ Bekanntmachung des Landschaftscollegiums vom 29. April 1839, Regierungsbl. S. 239.

⁷⁾ Bekanntmachung vom 28. Janr. 1842, Regierungsbl. S. 86.

⁸⁾ Bekanntmachung vom 26. März 1842, Regierungsbl. S. 122.

porteur-Papiere folgte. Wir kommen hierauf zurück. Im letzteren Jahre zeigten sich die Rückwirkungen der Theurung auf den Staatshaushalt und es machte sich die damalige Geldklemme geltend. Die Regierung hatte sich aber verpflichtet, sich bei der Thüring'schen Eisenbahnunternehmung mit einer Capitaleinlage von 900,000 Thlr. zu betheiligen. Um nun die hiezu erforderlichen Mittel ohne grosse Lasten zu beschaffen, ward die Ausgabe unverzinslicher Cassenanweisungen in der Summe von 600,000 Thlr. beschlossen und bewirkt, welche gleich baarem Gelde angenommen werden mussten.¹⁾ Schon 1842 und 1846 hatten zum Zwecke der vorgedachten Convertirungen und behufs der Bethheiligung des Staats an den im Grossherzogthum entstandenen Privateisenbahnunternehmungen Anlehensaufnahmen stattgefunden, welchen 1848 ein Kammeranlehen folgte. Eine weitere $3\frac{1}{2}\%$ Schuldaufnahme, jedoch zu sehr günstigem Course, (95—97%) kam im Jahre 1856 hinzu, welche den Beweis liefert, wie sehr der Staatscredit gehoben ist. Sie erfolgte indessen nicht zu laufenden Zwecken, sondern wiederum behufs der vertragsmässigen Bethheiligung des Staats an dem Unternehmen der Werra-Eisenbahn.²⁾

Die Landesschuld betrug: Die Kammereschuld hatte bei der
 1820 1,990,216 Thlr. Vereinigung der Cassen im Jahr
 1830 3,452,792 „ 1848 einen Bestand von
 1847 4,131,358 „ — 1,483,065 Thlr.
 1851 waren beide Abtheilungen auf die Summe von 6,638,045 Thlr. angewachsen.

Zustand der Gegenwart.

Budget der beiden letzten Finanzperioden (Durchschnitt auf 1 Jahr):

Einnahmen:	18 ^{57/59} .	18 ^{60/62} .
Aus dem Fiscalvermögen	527,887 Thlr.	557,145 Thlr.
„ Hoheitsrechten	167,340 „	169,095 „
Steuermässige Einnahmen	851,935 „	896,750 „
Insgemein	3,665 „	2,200 „
Summe der Jahreseinnahme	1,550,827 Thlr.	1,625,190 Thlr.
Ausgaben:		
Grossherzogliches Haus	250,000 „	280,000 „
Landtag und Bundeslasten	12,997 „	16,050 „
Staatsschuld (Tilgung und Verzinsung)	279,430 „	273,062 „
Kosten und Lasten des Staatsvermögens	77,510 „	75,567 „
Staatsverwaltungskosten	579,684 „	611,876 „
Militäraufwand	141,000 „	144,259 „
Sonstige Ausgaben	203,618 „	224,037 „
Summe der Jahresausgabe	1,544,239 Thlr.	1,624,851 Thlr.
Ueberschuss	6,588 Thlr.	339 Thlr.

Staatsschuld. Sie zerfällt in die mit Zinsen- und Tilgungsfonds fundirte, in die nur mit einem Zinsenfonds ausgestattete und in die unverzinsliche Papierschuld. Ihr Gesamtbetrag war am 15. März 1859: 5,105,798 Thlr.

Staatsgarantie hat das Grossherzogthum in Verbindung mit Sachsen-Meiningen und Coburg-Gotha für 4% Reinertrag des 8 Mill. betragenden Actien Capitals der Werrabahnengesellschaft auf 10 Jahre, von der Betriebseröffnung an gerechnet, geleistet,³⁾ und zwar erstreckt sich diese Garantie auf $\frac{1}{4}$ des Actien Capitals.

¹⁾ Gesetz vom 27. Aug. 1847, Regierungsbl. von 1848, S. 3.

²⁾ Bekanntmachung vom 30. April 1856, Regierungsbl. S. 137.

³⁾ Concessionsurkunde vom 21. Dec. 1855, Regierungsbl. von 1856, S. 36. Da die Bahn bis jetzt nicht 4% rein ertrug, wird die geleistete Staatsgarantie praktisch. Ein

Sicherheitsobjecte der Staatsschuld. Die Landesschuld haftet nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung auf den gesamten Einkünften des Landes, die Kammerschuld speciell auf dem Kammervermögen. Nachdem die Revenüen des letzteren nun in die Staatssassen fliessen, bilden sie auch für die Landesschuld nach Absatz der herzogl. Civilliste ein Sicherheitsobject. Die Grösse des Kammer- und Landesvermögens ist aus den eben dargestellten Revenüen desselben ersichtlich und reicht, wenn man auch die Betriebskosten und Lasten, sowie die darauf ruhende Hofdotation in Abzug bringt, vollkommen zur Deckung der ganzen Staatsschuld aus.

Staatsgebiet: 66 Quadratmeilen. Volkszahl 1858: 267,112 Seelen. Auf den Kopf kommen: von der Gesamtstaatsschuld circa 19 Thlr.; ganze Steuerlast: 3,359 Thlr.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschuld, Das revidirte Grundgesetz über die Verfassung des Grossherzogthums vom 15. Octbr. 1850¹⁾ (mit Zusatzgesetzen vom 22. desselben Monats, 6. April 1852 und 4. Mai 1854) reihet das Land unter die wirklich constitutionellen Staaten ein. Hinsichtlich der Staatsschuld spricht es in §. 4, Zffr. 2, aus, dass ohne Zustimmung der Stände keine Anleihen auf die Staatssassen und das Vermögen der Staatsbürger gemacht, noch sonst Finanzmaassregeln ergriffen werden dürfen, welche das Staatsvermögen oder das Vermögen der Staatsbürger in Anspruch nehmen könnten. Auch verleiht es in Zffr. 3 desselben Paragraphen dem Landtage das Recht, die Rechnungen der Staatssassen zu prüfen. Die Organisation der Finanzbehörden ist durch Gesetz vom 5. März 1850²⁾ erneuert worden. Danach besteht im Staatsministerium ein verantwortliches Departement für die Finanzen; diesem untergeordnet ist ein Cassendirector, welchem die Leitung der Hauptstaatscasse mit allen Untercassen obliegt. Zur Tilgung und Verzinsung der Staatsschulden ist eine Schuldentilgungscasse zu Weimar errichtet, die ihre gesetzlich festgestellte Bedarfsumme aus der Hauptstaatscasse erhält. Dass den Ständen ein unmittelbarer Einfluss auf die Verwaltung der Tilgungscasse zustünde, haben wir nirgends ausgedrückt gefunden.

Gesetzgebung über die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld. Die Regulirung der Tilgungsfonds ist von jeher aus Anlass der einzelnen Schuldaufnahmen, beziehungsweise der Creirung neuer Schuldtitel erfolgt. In soweit überhaupt eine Tilgung stattfindet, ist ein Tilgungsfonds von 1% der ursprünglichen Schuld mit Zinsenzuwachs aus den getilgten Obligationen festgesetzt. Ferner ist bestimmt, dass die Tilgung im Wege der Verloosung in halbjährigen Terminen zum Nominalwerthe geschehen soll.³⁾ Zu den so verloosbaren Schuldverschreibungen des Landes gehören alle, mit Ausnahme der 3proc., bezüglich welcher wir oben das Nöthige bemerkt haben; insbesondere die landschaftlichen Obligationen vom 1. Oct. 1830, vom 1. Juli 1842, von 1846 und 1856. Bei letzteren beginnt die Tilgung erst von 1863 an. Die Zinsenzahlung geschieht aus den grösseren Obligationen (bis herab auf 100 Thlr.) halbjährig, von den kleineren jährlich, bezw. in zweijährigen Terminen (vergl. oben). Den Obligationen werden Coupons auf 4 Jahre mit Talons beigegeben.⁴⁾

weiteres Opfer für Eisenbahnzwecke haben die Staaten, welche an der Thüringer Bahn theilhaft sind, dadurch gebracht, dass sie von ihren Einlagen erst dann ein Erträgniss verlangten, wenn die Privatactien zuvor 3% Dividende erhalten haben.

¹⁾ Abgedruckt bei Zachariae a. a. O. S. 502 ff.

²⁾ Regierungsbl. von 1850, S. 103 ff.

³⁾ Vergl. Bekanntmachungen vom 1. März 1830, 23. März 1836, 29. April 1839, 26. März 1842 und vom 30. April 1856.

⁴⁾ Ebendasselbst.

Erstere können nicht nur bei der Staatsschuldentilgungscasse, sondern auch bei den Rechnungsämtern zu Allstadt, Eisenach, Jena, Ilmenau und Neustadt, sowie bei allen übrigen Rechnungsämtern eingelöst werden, sofern letztere genügenden Baarvorrath haben.¹⁾

Gesetzgebung über Amortisation, Vindication, Verjährung und Festmachung der Inhaberpapiere. Die Amortisation verlornen oder vernichteter Staatsschuldscheine ist nach Weimar'schem Rechte beschränkt. Es hat nämlich nur dann sofort ein Mortificationsverfahren einzutreten, wenn die Vernichtung des betreffenden Papiers erwiesen werden kann. Ist dieser Beweis nicht zu führen, so muss Verjährung hinzukommen.²⁾ Die Verjährungsfrist ist zu Gunsten des Anrufenden für die Hauptschuldverschreibungen auf 10 Jahre herabgesetzt.³⁾

Die Vindication Weimar'scher Staatspapiere, welche nicht ausser Cours gesetzt sind, ist schlechthin untersagt. Dem Beschädigten bleibt nur eine persönliche Klage gegen den Besitzer oder aus dem Verbrechen gegen den, der die Papiere widerrechtlich an sich gebracht hat.⁴⁾ Hinsichtlich der vom Königreich Sachsen auf Weimar übergegangenen Papiere gilt das chursächsische Mandat vom 26. Januar 1775⁵⁾ (vergl. oben S. 230—231).

Hinsichtlich der Verjährung ist ausgesprochen: Forderungen wegen fallener, nicht erhobener Zinsen von Staatsschuldscheinen verjähren in vier Jahren, während es hinsichtlich der ausgelosten Capitalien bei der sächsischen Verjährungsfrist von 31 Jahren, 6 Wochen und 3 Tagen verbleibt.⁶⁾

Endlich ist die Festmachung au porteur gestellter Papiere betreffend, die eigenthümliche Bestimmung getroffen, dass jeder Inhaber befugt sei, derartigen Obligationen und Talons (nicht aber auch Coupons) durch den Beisatz: „wird ausser Cours gesetzt“ mit Beifügung seines Wohnorts, des Tages und Jahres, und seines ganzen Namens, die Eigenschaft von Inhaberpapieren völlig zu benehmen.⁷⁾ Sollen aber diese Papiere den Charakter von Inhaberpapieren wieder erhalten, so kann diess nur vor oder durch eine öffentliche Behörde geschehen, welche ihre gewöhnliche Unterschrift, Jahr und Tag, den Stempel und die Worte: „in Cours gesetzt“ beizufügen hat. Competent hiezu sind alle Stadtgerichte und Justizämter, auch Verwaltungsoberbehörden in Ansehung solcher Papiere, welche sie selbst ausser Cours gesetzt haben.⁸⁾

§. 135.

13) Grossherzogthum Oldenburg.

Rückblicke in die Vergangenheit. Das heutige Grossherzogthum Oldenburg besteht aus den vormaligen Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst (dem späteren Herzogthume Oldenburg), dem Fürstenthume (vormals Bisthum) Lüneburg und dem Fürstenthume Birkenfeld (jenseits des Rheins), welche beide Fürstenthümer durch den Reichsdeputationsschluss von 1803 und durch die Wiener

¹⁾ Bekanntmachung vom 13. Juni 1857, Regierungsbl. S. 108.

²⁾ Gesetz vom 19. April 1833, Regierungsbl. S. 223. Ueber das Verfahren siehe daselbst und Völker, Handbuch des grossh. sächs. Privatrechts §. 119.

³⁾ Gesetz vom 26. April 1839, Regierungsbl. S. 248.

⁴⁾ Gesetz vom 19. April 1833, §. 1, 2.

⁵⁾ Gesetz vom 1. Aug. 1827, §. 7.

⁶⁾ Gesetz vom 19. April 1833, §. 27.

⁷⁾ Ebendasselbst §. 30.

⁸⁾ Daselbst §. 32. Gesetz vom 21. Juni 1847, Regierungsbl. S. 200.

Congressacte von 1815 dem Herzoge als Entschädigung für den aufgehobenen Weserzoll und für die — durch die französische Occupation erlittenen Verluste zugetheilt wurden. Obgleich diese Landestheile seit 1849 eine gemeinschaftliche Verfassung haben (revidirt 1852), so sind sie doch jetzt noch nicht zu einem förmlichen Einheitsstaate verschmolzen: sie haben vielmehr, insbesondere in finanzieller Beziehung, heute noch abgesonderte Verwaltung. Die Geschichte des Staatshaushalts ist selbstverständlich von der Entstehungsgeschichte des Staats wesentlich beeinflusst.

Zur Zeit der Grafen war der Haushalt so einfach, dass die namhaften Domänen (Wittekind'schen Allodialgüter) die Hof- und Staatsausgaben deckten und von Steuern selten die Rede war. Auch während der dänischen Herrschaft (1767—1773) waren die Staatsbedürfnisse noch mässig, obschon damals bereits directe und indirecte Steuern ständig geworden waren. Der Ertrag dieser war 1769: 288,406 Thlr. Die herzogliche Regierung (die Erhebung der Grafschaft zu einem Herzogthum geschah 1777 durch Kaiser Joseph II.) sah sich aber im Anfange des 19ten Jahrhunderts gezwungen, eine sehr drückende Steuererhöhung zur Bestreitung der durch die französischen Kriege verursachten Kosten und Lasten einzuführen. Der Beitritt zum Rheinbund rettete die Selbstständigkeit des Herzogthums nicht. 1810 bemächtigte sich Frankreich des Landes und theilte es den Departements der Elbe- und Wesermündungen zu. Während dieser französischen Herrschaft stiegen die Leistungen desselben auf ihren Gipfelpunkt. Es entstanden Schulden von mehr als 1,200,000 Thlr., welche das alte Herzogthum allein zu vertreten hatte. In gleicher Weise wurde das Fürstenthum Lübeck mit Schulden beschwert, die es bei seiner Einverleibung mitbrachte. Behufs Tilgung derselben wurde in beiden Landestheilen eine besondere Kriegssteuer eingeführt, mit deren Erträgniss, sowie mit Hülfe der von auswärts einkommenden Entschädigungen und Subsidien der grösste Theil der Schulden bis 1823 abbezahlt wurde. In der Folge blieb der Staatshaushalt bis zum Jahre 1848 im Gleichgewichte; es entstanden aber dennoch in allen drei Landestheilen neue Schuldverpflichtungen, insbesondere zur Förderung des Strassenbaues und zur Erwerbung und Verbesserung von Staatsgütern. Im Jahre 1848 waren daher die drei Provinzen mit folgenden Schulden belastet:

	Oldenburg:	Lübeck:	Birkenfeld:
1) Alte Schulden (vor 1810 entstanden)	89,794 Thlr.	—	—
2) Allgemeine Schulden aus der Zeit von 1810 bis 1848	168,545 "	36,084 Thlr.	28,125 Thlr.
3) Chausseebauschulden	779,634 "	100,856 "	30,797 "
4) Cautionen	169,190 "	25,671 "	—
5) Kriegsanleihe von 1848	99,060 "	9,919 "	11,021 "
	<u>1,306,223 Thlr.</u>	<u>172,530 Thlr.</u>	<u>69,943 Thlr.</u>

Zusammen 1,548,696 Thlr.

Man sieht, dass hierunter bereits 120,000 Thlr. begriffen sind, welche behufs Bestreitung ausserordentlicher Budgetbedürfnisse, insbesondere der vermehrten Militärkosten von 1848, aufgenommen wurden. Im folgenden Jahre 1849 fand zu gleichem Zwecke die Aufnahme der ersten gemeinschaftlichen Schuld im Betrage von 210,000 Thlr. und die Contrahirung einer weiteren Strassenbauschuld auf den Credit des Herzogthums im Belaufe von 19,000 Thlr. statt.¹⁾ Eine sehr umfassende Vermehrung der Schul-

¹⁾ Gesetze vom 22. Febr. 1849, Nr. 20 und 21, Gesetzblatt Bd. 12, S. 155—157.

den des Herzogthums verursachte die Erwerbung und Einverleibung der Reichsgrafschaft Kniphausen, für welche 1,100,000 Thlr. in $3\frac{1}{2}$ proc. Staatsschuldsscheinen als gräfl. Bentink'sches Fideicommiss und 750,000, resp. 850,000 Thlr. baar zu zahlen waren.¹⁾ Wir finden daher in den Gesetzblättern folgende weitere Anleihen des Herzogthums Oldenburg genehmigt: 925,000 Thlr. 1855 zu Bestreitung der Ausgaben während der Finanzperiode 18^{55/57}²⁾; 100,000 Thlr. 1857 zum Abtrag an der Forderung des Grafen G. v. Bentink;³⁾ 835,000 Thlr. 1858 zum Abtrag der älteren kündbaren Landesschulden⁴⁾ und 533,000 Thlr. im gleichen Jahre behufs Deckung der Ausgaben während der Finanzperiode 18^{58/60}⁵⁾, zusammen 2,393,000 Thlr. Diese Summe bezeichnet jedoch nicht die wirkliche Schuldvermehrung des Herzogthums, vielmehr ist darunter ein sehr namhafter Betrag inbegriffen, welcher nur eine Umwandlung älterer Schuldverbindlichkeiten involvirt. Für das Fürstenthum Lübeck sind in den Budgets von 18^{55/60} folgende Capitalaufnahmen vorgesehen: 18^{55/56}: 24,000 Thlr., 18^{56/57}: 70,000 Thlr. und 18^{58/60}: 63,300 Thlr. holsteinisch Courant; für das Fürstenthum Birkenfeld 18^{55/56}: 20,000, 18^{56/57}: 20,000 Thlr. preuss. Cour. Diese Schuldaufnahmen sind grossentheils durch den fortdauernden Chausseebau veranlasst worden. Für das ganze Grossherzogthum berechnete sich die Staatsschuld, wobei übrigens nur die Anleihe von 1849 als unabgetheilte gemeinschaftliche Schuld aufgeführt ist, wie folgt:

1849 zu	1,043,000 Thlr.
1850 zu	1,687,133 "
1851 " (rund)	1,600,000 "
1856 " "	3,550,000 "

Zustand der Gegenwart. Das Staatsgebiet umfasst 114 Quadratmeilen. Die Bevölkerung zählte Ende 1858: 294,359 Köpfe, wovon 237,188 auf das Herzogthum Oldenburg, 21,685 auf das Fürstenthum Lübeck und 35,486 auf das Fürstenthum Birkenfeld kamen.

Budget. Die mit dem Landtag vereinbarten Staatshaushaltsetats schlossen ab, wie folgt:⁶⁾

	Grossherzogthum: (preuss. Cour.)	Herzogth. Oldenburg: (preuss. Cour.)	Fürstenthum Lübek: (holst. Cour.)	Fürstenthum Birkenfeld: (preuss. Cour.)
1858: Einnahmen	621,000 Thlr.	1,564,000 Thlr.	155,900 Thlr.	165,900 Thlr.
Ausgaben	621,000 "	1,571,000 "	155,700 "	156,200 "
1859: Einnahmen	510,000 Thlr.	1,273,000 Thlr.	135,900 Thlr.	150,000 Thlr.
Ausgaben	510,000 "	1,280,000 "	134,600 "	148,500 "
1860: Einnahmen	530,000 Thlr.	1,232,000 Thlr.	137,700 Thlr.	139,000 Thlr.
Ausgaben	530,000 "	1,242,000 "	136,100 "	149,600 "

Dabei sind die eben aufgeführten Capitalaufnahmen bereits in Einnahme gestellt. Die Centraleinnahmen bestehen übrigens mit Ausnahme der Sporteln der Oberbehörden ganz aus Beiträgen der drei Landestheile und erscheinen daher in den Etats der letztern in Ausgabe. Man kann somit, um die Ge-

¹⁾ Vergl. die mit dem Grafen v. Bentink abgeschlossenen Verträge vom 13. April 1854, Gesetzblatt Bd. 14, S. 219, und vom 30. Juni 1854, das. S. 224.

²⁾ Gesetz vom 4. Juni 1855, Gesetzblatt Bd. 14, S. 750.

³⁾ " " 5. Oct. 1857, " " 15, S. 881.

⁴⁾ " " 4. Aug. 1858, " " 16, S. 629.

⁵⁾ " " 8. Sept. 1858, " " 16, S. 637.

⁶⁾ Vergl. Finanzgesetz vom 14. Juni 1858 nebst Anlagen, Gesetzbl. Bd. 16, S. 259 ff.

sammt-Einnahme und Ausgabe zu berechnen, die Summen aller vier Etats nicht einfach addiren, sondern muss die Centraletats ausser Rechnung lassen. Obgleich die Etats des Herzogthums auch in früheren Jahren Deficits zeigten, haben sich doch bei der definitiven Abrechnung Ueberschüsse ergeben, was auch in dieser Finanzperiode zu erwarten ist. Unter den Einnahmen für

1860 sind directe und indirecte Steuern inbegriffen:	Betrag:	per Kopf:
im Herzogthum Oldenburg	766,840 Thlr.	2,609 Thlr.
im Fürstenthum Lübeck	60,168 "	2,775 "
im Fürstenthum Birkenfeld	115,484 "	3,254 "

Staatsschuld. Die Gesamtschuld aller drei Landestheile betrug am

1. Januar 1859 in runder Summe	3,923,000 Thlr.
Dazu werden inzwischen gekommen sein: das Anlehen nach dem Gesetz vom 8. Septbr. 1858 für das Herzogthum Oldenburg mit	533,000 "
und die im Etat des Fürstenthums Lübeck für 1859 und 1860 vorgesehenen Capitalaufnahmen mit	29,800 "
Summe	4,485,800 Thlr.

Berücksichtigt man die während der Jahre 1859 und 1860 stattgehabte Tilgung, welche in Oldenburg eine sehr bedeutende ist, so wird der Gesamtschuldenstand Ende 1860 die Summe von circa 4,400,000 Thlr. betragen. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass einerseits unter dieser Summe keine Anleihen für Eisenbahnen oder andere productive Anlagen begriffen sind, andererseits aber die Schuld doch nur durch Strassenbauten und durch die Erwerbung der bentink'schen Grafschaft zu dieser Höhe angewachsen ist.

Auf den Kopf der Bevölkerung trifft es an der Gesamtschuld circa 15 Thlr.

Sicherheiten für die Staatsschuld. Die Anleihe vom 22. Febr. 1849 mit 210,000 Thlr., wovon jedoch mehr als die Hälfte bereits abgetragen ist, haftet auf dem ganzen Grossherzogthum, welches als solches kein unmittelbares Vermögen besitzt, vielmehr seine Bedürfnisse aus Beiträgen der Provinzen bestreitet. Den Schulden der Provinzen stehen dagegen namhafte Erträge des Staatsguts gegenüber. Diese sind, abzüglich der darauf radicirten Sustentationssumme des Grossherzogs, im Etat für 1860 berechnet: für das Herzogthum Oldenburg zu 319,312 Thlr.; für das Fürstenthum Lübeck zu 61,056 Thlr. und für das Fürstenthum Birkenfeld zu 23,296 Thlr. und übersteigen die Ausgabe auf Tilgung und Verzinsung der Schulden um's Mehrfache. Die Verhältnisse des Domanial-Vermögens sind durch Vertrag zwischen dem Grossherzog und dem Landtag vom 5. Febr. 1849.²⁾ dahin festgestellt, dass dem Grossherzoge neben den Schlössern, Parks etc. ein Complex des vormaligen Domanialvermögens als Krongut zum Pachtwerthe von 85,000 Thlr. überlassen, alles übrige Vermögen aber als Staatsgut erklärt wurde. Aus dem letzteren ist alsdann eine weitere Summe von 85,000 Thlr. zum Unterhalte des grossherzogl. Hauses zu entrichten, welche speciell auf das Staatsgut radicirt ist und von dessen Ertrag vorweg abgezogen wird. Das gesammte Staatsgut ist als eine, in seinen wesentlichen Bestandtheilen zu erhaltende, im Eigenthume des ungetheilten Grossherzogthums stehende Gesamtmasse er-

¹⁾ Vergl. Bekanntm. vom 14. Sept. 1858, 14. Febr. und 26. April 1859, wodurch die Emission dieses Anlehens verfügt wurde.

²⁾ Als Beil. I. zum revidirten Staatsgrundgesetz vom 22. Nov. 1852, abgedruckt im Gesetzblatt Bd. 13, S. 204.

klärt, zerfällt aber in Beziehung auf die damit verbundenen Lasten und Beschwerden und in Beziehung auf den Genuss seiner Einkünfte in drei nach den Provinzen gesonderte Massen.¹⁾ Das Krongut ist wie das Staatsgut unveräusserlich.

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschulden. Das revidirte Staatsgrundgesetz für das Grossherzogthum Oldenburg vom 22. Novbr. 1852²⁾ ist eine wirkliche Constitution nach den neuesten Principien und sichert den Vertretern des Volks Theilnahme an der gesammten Gesetzgebung. Hinsichtlich des Staatsschuldenwesens ist darin nur verfügt, dass — dringende und unvorhergesehene Fälle ausgenommen — Anleihen und Schulden ohne Zustimmung des Landtags gültig nicht gemacht werden können.³⁾ Besondere Schuldentilgungsanstalten sind nicht errichtet, vielmehr besorgen die in den Provinzen eingesetzten Landescassen, beziehungsweise die herzogl. „Kammern“ die auf die Landesschulden jeder Provinz Bezug habenden Angelegenheiten. Dem Landtage sind jedoch die Rechnungen zur Einsicht und Prüfung vorzulegen.⁴⁾

Gesetzgebung über die Verzinsung und Tilgung der Landesschulden. Das Schuldenwesen Oldenburgs ist noch keineswegs nach dem modernen Creditsysteme geordnet. Es sind daher keine allgemeinen Grundsätze über die Tilgung, vielmehr wird bei jeder Anleihe ein besonderer Tilgungsplan aufgestellt. In gleicher Weise sind selbst die neuesten Anleihen, wie die früheren, derart contrahirt worden, dass es im Belieben des Gläubigers stand, sich halbjährige Kündigung vorzubehalten, wobei er sich freilich einen niedrigeren Zinsfuss ($3\frac{1}{2}\%$) gefallen lassen musste, oder aber 4proc. unkündbare Verbriefungen zu verlangen, welche alsdann im Wege der Verloosung zur Abtragung zu kommen haben. Auch die Grösse der Schuldtitel ist in's Belieben des Subscribenten gestellt, nur mit der Beschränkung, dass der subscribirt Betrag mit 100 theilbar sein soll. Die Tilgungsquote ist übrigens von jeher zu einem höheren Satze fixirt worden, als in andern Staaten; so z. B. für das gemeinschaftliche Anlehen von 1849 auf 5% ⁵⁾; für das Anlehen des Herzogthums von 1855, insoweit es unkündbar contrahirt wurde, zu 4% ⁶⁾; für das Anlehen von 1857 ebenso zu 4% , beginnend mit dem Jahre 1870⁷⁾; für die beiden Anlehen von 1858 aber in gleicher Weise zu 2% auf die ersten 10 Tilgungsjahre 1880⁸⁾ und zu 4% vom Jahre 1890 an.⁹⁾ Es bestehen demgemäss kurze Tilgungsperioden von 20—30 Jahren.

Die Verbriefungen der Oldenburg'schen Staatsschuld lauten theils auf Namen, theils auf Inhaber. Es sind ihnen nicht nur Zinscoupons, sondern auch Talons beigegeben. Die Zinsen auf verfallene Coupons können bei der „Landescasse“ unbedingt und ohne Abzug, bei den Specialcassen ebenso unter der Voraussetzung erhoben werden, dass ihr Cassenbestand zur Zahlung ausreicht.⁹⁾

Ueber den Rechtsschutz der Inhaberpapiere haben wir besondere Vorschriften in den Oldenburger Gesetzblättern nicht gefunden.

¹⁾ Revidirtes Grundgesetz vom 22. Nov. 1852, Art. 180, §. 1.

²⁾ Gesetzblatt Bd. 13, S. 139 ff.

³⁾ Revidirtes Staatsgrundgesetz Art. 187, §. 1, und Art. 193, §. 1.

⁴⁾ Dasselbst Art. 196, §. 2.

⁵⁾ Gesetz vom 22. Febr. 1849.

⁶⁾ „ „ 4. Juni 1855.

⁷⁾ „ „ 5. Oct. 1857.

⁸⁾ Gesetz vom 9. Aug. und 8. Sept. 1858.

⁹⁾ Vergl. Bekanntmachungen vom 9. Juli 1856, 14. Sept. 1858, 14. Febr. und 26. April 1859.

§. 136.

14) Grossherzogthum Meklenburg-Schwerin.

Rückblicke in die Vergangenheit. Die beiden Meklenburg wurden erst 1701 durch den Hamburger Vergleich vom 8. März getrennt und es sind ihnen auch seitdem manche Einrichtungen gemeinsam geblieben. Während des siebenjährigen Krieges litt das Land sehr schwer. Nicht weniger brachten es seine eigenen Fürsten in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in die schlimmste Lage, indem sie mit ihren Ständen in fortwährendem Conflicte lebten, daher Reichsexecutionen veranlassten und das Land fremden Soldtruppen preisgaben. Die Reichsprocesskosten wuchsen auf mehr als 300,000 Thlr., die Executionskosten auf 1,100,000 Thlr. an. Wegen unerschwinglichen Lasten und Schulden mussten daher bedeutende Landestheile an Preussen und Churbraunschweig in Pfandbesitz abgetreten werden. 1755 kam endlich der Friede zwischen dem Fürsten und seinen Ständen und zwischen den beiden Meklenburg'schen Staaten durch den landesgrundgesetzlichen Erbvergleich vom 18. April zu Stande. Dieses nicht weniger als 530 Paragraphen umfassende Actenstück,¹⁾ welches die staatsrechtlichen Verhältnisse des Landes bis aufs Kleinste so zu ordnen und festzustellen suchte, als ob die Welt für immer stille stände, ist desshalb heute noch von entschiedener Bedeutung, weil es nun, nachdem die unter'm 10. Octbr. 1849 vereinbarte Verfassung auf Klage der Ritterschaft durch ein Schiedsgericht für nichtig erkannt worden ist, mit der alten Union von 1523, den Reversalien von 1621 und dem Assecurations-Revers von 1752 die hauptsächliche Grundlage des Verfassungsrechts beider Meklenburg bildet. Kein Staat Deutschlands hat, wie diese, die folgenschweren Ereignisse von 1789 bis 1848 fast spurlos an sich vorübergehen sehen, in der Richtung nämlich, dass sie auf die politischen und socialen Verhältnisse des Landes nicht umgestaltend eingewirkt hätten. In finanzieller Beziehung konnten jene Ereignisse selbstverständlich nicht ohne nachtheilige Folgen auch für Meklenburg bleiben. Obgleich der Haushalt wieder so geordnet wurde, dass 17^{00/08} die an Churbraunschweig verpfändeten acht Aemter mit 1,535,000 Thlr. wieder eingelöst; dass ferner 1803 die 155 Jahre vorher an Schweden gekommene Herrschaft Wismar für 1,250,000 Mark Hamb. Banko zu 100jährigem Pfandbesitz erworben (im Jahre 1903 kann Schweden dieses Gebiet gegen Vergütung von 98,482,590 Hamb. Banko-Mark wieder einlösen); dass weiter die Kosten des ersten Reichskrieges gegen Frankreich mit 270,000 Thlr., sowie die Kosten der bewaffneten Neutralität mit 1,200,000 Thlr. bestritten werden konnten, und dass trotz alldem im Jahre 1803 die alten Schulden bis auf 495,000 Thlr. getilgt waren: so wurde dennoch das Land 1806 und 1807 dergestalt heimgesucht, dass es binnen weniger Monate einen Verlust von mehr als 7 Mill. Thlr. erlitt und daher in neue Schulden gestürzt wurde.

Es bestanden daher von jetzt an alte und neue Schulden. Zum Abtrag der ersteren, welche von der Wiedereinlösung der verpfändeten Aemter herührten, war schon 1765 die sogen. Relutions-Commission errichtet worden. Sie hatte jene Aemter abgesondert zu verwalten und das ganze Erträgniss derselben auf den Schuldenabtrag zu verwenden. Zu demselben Zwecke wurden ihr später die Verwaltung der neuerworbenen Voigteien und des Elbzolls zu Boitzenburg übertragen, jedoch auch weitere Schulden zuge-

¹⁾ Abgedruckt bei Zachariae a. a. O. S. 800.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

wiesen. Im Jahre 1837 änderte sich die Stellung dieser Behörde insoferne, als ihr die Administration der genannten Gebiete und Zölle abgenommen, dagegen den Gläubigern eine wirkliche Hypothek auf denselben dergestalt eingeräumt wurde, dass die Landesgerichte ermächtigt wurden, dingliche Klagen wegen der Forderungen an die Reluitionscommission anzunehmen und zu entscheiden. Gleichzeitig fand eine völlig neue Ordnung des Schuldenwesens der Reluitionscommissionscasse statt. Es wurden nämlich alle Capitalien gekündigt und abgetragen, für welche nicht folgende Bedingungen angenommen wurden: Verzicht auf das Kündigungsrecht des Gläubigers; Ermässigung des Zinsfusses auf 4⁹/₁₀; Annahme von Schuldverschreibungen auf Namen oder Inhaber in Stücken zu 200, 300, 500, 1000 Thlr. neue ²/₃ oder 500 und 1000 Thlr. Gold; endlich Acceptation des aufgestellten Tilgungssystems, wonach jährlich 50,000 Thlr. auf die Schuld im Wege der Verloosung abgetragen werden sollten.¹⁾ Nachdem 1839 diese Umgestaltung beendet war, betrug die Reluitionscommissionsschuld 4,855,900 Thlr. N.²/₃ = 5,665,216 Thlr. Courant. Es sind ihr später weitere Anleihen zugewachsen, so dass diese Schuldabtheilung heute noch die bedeutendste ist.

Getrennt von der Reluitionscommission bestanden aber noch die Schulden der Landescreditcommission, 1807 behufs Beschaffung der Kriegsbedürfnisse als eine zwischen Regierung und Ständen gemeinschaftliche Behörde eingesetzt; der Renterei (landesherrl. Centralcasse) und des Landkastens (Casse der ständischen Corporationen), wie auch private Schulden der Ritterschaft und der Städte. Behufs Abtrags derselben wurde 1809²⁾ die „allgemeine Recepturcasse“ gegründet, und mit einem jährlichen Zufluss aus neu eingeführten Steuern von 300,000 Thlr. auf 30 Jahre ausgestattet. Gleichzeitig ward die Schuldentilgungscasse errichtet, welche die Rentereischulden zu verzinsen und zu amortisiren hatte. Da von den letzteren im Betrage von 4 Mill. Thlr. die Stände nur 2 Mill. Thlr. als Landesschuld anerkannten, so wurde der Tilgungscasse, ebenfalls auf 30 Jahre, ein jährlicher Beitrag von 85,000 Thlr. aus der herzogl. Kammer, radicirt auf bestimmte Domanialämter, zugesichert. So hatte man im Ganzen eine Dotation dieser Schulden von 385,000 Thlr., wovon verwendet werden sollten: zur Verzinsung und Tilgung

a) der 4,000,000 Thlr. Rentereischulden	235,000 Thlr.
b) „ Landescreditcassenschulden (1820 noch 3,865,000 Thlr.)	127,000 „
c) „ ritterschaftlichen Schulden (150,000 Thlr.)	9,750 „
d) „ landschaftlichen Schulden (150,000 Thlr.)	9,750 „
e) „ Schulden der Seestädte Rostock und Wismar (35,000 und 12,000 Thlr.)	3,055 „

Schon 1812 konnten jedoch diese Tilgungsvorschriften nicht mehr eingehalten werden; es wurde vielmehr eine Capital-Zahlungssperre angeordnet, welche bis 1817 dauerte. Dann aber geschah ein um so rascherer Abtrag mittelst der von fremden Staaten (Frankreich, Russland, England und Preussen) empfangenen Entschädigungsgelder. 1820 wurden die Schulden der Creditcommission dem Domanium, der Ritterschaft und den Städten behufs privativer Ausgleichung unter sich überwiesen und alsdann 1825 die Commission aufge-

¹⁾ Verordnung vom 10. Aug. 1837, Raabe's Ges.-Samml. zweite Folge, I, S. 8.

²⁾ Vereinbarung vom 25. April 1809, Raabe's Ges.-Samml. 2. Folge, I, S. 442 ff. Verordnung vom 8. Mai 1809, die Errichtung der Landesreceptur- und Schuldentilgungscasse betr., das. S. 447. Durch letztere Verordnung ist der Zinsfuss der auf die neue Tilgungscasse fundirten Capitalien auf 4⁹/₁₀ herabgesetzt und den Gläubigern das Kündigungsrecht entzogen worden. Auch mussten sie sich die Capitalisirung der seit 1807 unbezahlt gebliebenen Zinsen gefallen lassen.

löst.¹⁾ Dagegen wurden die zum Zwecke des Wasser- und Strassenbaues neu aufgenommenen Schulden der Schuldentilgungscommission zugetheilt. 1839 betrugen die einzelnen Schuldenabtheilungen in preussisch Courant:

a) Relutionscassenschuld 5,665,216 Thlr.

b) Schuldentilgungscassenschuld:

Rest der Landescredit-Commissionsschulden 497,430 Thlr.

„ „ Rentereischulden 1,394,971 „

Strassen- etc. Bauschuld 626,150 „

2,518,551 Thlr.

c) Landeskastenschuld 460,280 „

Summe 8,644,047 Thlr.

Eine bedeutende Vermehrung der Schuld verursachte die Betheiligung des Landes an dem Berlin-Hamburger Eisenbahn-Unternehmen durch Uebernahme von 250,000 Thlr. Actien Lit. A und 1,500,000 Thlr. Actien Lit. B. Um die Einzahlungen auf diese Actien leisten zu können, ward 1843 in Hamburg eine 3 $\frac{1}{2}$ proc. Anleihe von 3,750,000 Mark Banko = 1,875,000 Thlr. abgeschlossen, wofür die in die Recepturcasse zu Rostock fliessenden allgemeinen Steuern verpfändet sind.²⁾ Ihre Verwaltung ist der Schuldentilgungscommission übertragen worden. Dieser Anleihe folgte 1844 die Schlossbauanleihe à 700,000 Thlr. N.³⁾ auf den Credit der Relutionscasse²⁾; 1849 eine weitere Schuldaufnahme von 600,000 Thlr. Cour.; 1850 ferner die Creirung einer schwebenden Schuld von 600,000 Mark Banko und 1851 die Consolidirung der letztern und anderer neuen Schulden mittelst einer 4 $\frac{1}{2}$ proc., auf die Schuldentilgungscasse übernommenen Anleihe von 750,000 Thlr. Während daher die gesammte Staatsschuld anfangs 1848 die Summe von 9,636,338 Thlr. Cour. umfasste, war sie 1851 auf circa 11 Mill. angewachsen. Seitdem scheint sie eine namhafte Verminderung erfahren zu haben. Uebrigens wurde im Jahre 1859 zur Betheiligung an einer neuen 4proc. Anleihe behufs Mobilmachung des Bundescontingents aufgefördert.

Gegenwärtiger Zustand. Umfang des Staatsgebiets: 244,12 Quadratmeilen. Einwohnerzahl Ende 1859: 541,395 Seelen.

Budget für Johannis 18^{58/59}: Nettoeinnahmen im ordentlichen Etat einschliesslich 487,855 Thlr. Cassenbestand des Vorjahres . . . 2,772,684 Thlr.

Im ausserordentlichen Etat incl. der zur Mobilmachung des Bundescontingents aufgenommenen Anleihe von 346,283 Thlr. 631,346 „

Zusammen 3,404,030 Thlr.

Ausgaben im ordentlichen Etat 2,292,147 Thlr.

„ ausserordentl. „ 383,070 „

2,675,217 „

Ueberschuss 728,813 Thlr.

Staatsschuld. Während dieselbe noch im Jahre 1853 zu 10,598,354 Thlr. angegeben wurde, soll sie 18^{58/59} nur noch betragen:⁴⁾

Relutionscassenschuld 5,878,358 Thlr.

Gemeinsame Landesschulden 3,168,741 „

Im Ganzen 9,047,099 Thlr.

¹⁾ Verordnung vom 19. April 1826, bei Raabe a. a. O. IV, S. 561.

²⁾ Vergl. Verordnung vom 28. Sept. 1844, bei Raabe a. a. O. II, S. 20—22.

³⁾ 13. Janr. 1844, daselbst Bd. V, S. 1118.

⁴⁾ Nach dem Gothaer Hofkalender für 1861, S. 572. Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Angabe. Es scheinen die Activen abgezogen, oder einzelne Schuldtheile nicht mit in Rechnung genommen zu sein.

Staatsgarantie. Die Meklenburg'sche Regierung hat für die Prioritätsanleihe der Meklenburger Eisenbahngesellschaft à 1,600,000 Thlr. unbedingte Gewährschaft für Capital und Zinsen übernommen.¹⁾

Sicherheitsobjecte für die Staatsschulden. Es ist hier genau zu unterscheiden zwischen den einzelnen Schuldenabtheilungen. Die Reluitions-cassenschuld ist die eigentliche Privatschuld der Regierung und berührt die Ritterschaft, Landschaft und Städte nicht. Diese Corporationen haben sich vielmehr bei jeder Gelegenheit gegen eine Theilnahme an der Reluitions-cassenschuld verwahrt und sichergestellt. Um dieses Verhältniss begreiflich zu finden, muss man die Verfassungszustände Meklenburgs in's Auge fassen, welche wir sofort andeuten werden. Für die Reluitions-cassenschuld nun sind, wie wir oben gesehen haben, die Revenüen bestimmter (20) Domänenämter und des Boitzenburger Elbzolles förmlich „als ein unzertrennlicher, solidarisch verhafteter Hypothekenverband“ verpfändet.²⁾ Subsidiär haftet wohl auch der ganze unmittelbare Domänenbesitz des Landesfürsten, welcher einen Bestand von 2,924 Hufen (= 2 Mill. preuss. Morgen) hat und, die Hufe zu 30,000 Thlr., auf circa 87 Mill. Thlr. geschätzt wird. Die auf die Schuldentilgungscasse fundirten Schulden dagegen haften auf dem ganzen Lande, in specie auf besonders bezeichneten und gesicherten Steuereinnahmen.³⁾

Staatsverfassung. Verwaltung der Staatsschulden. Wir haben schon oben bemerkt, dass die im Jahre 1849 vereinbarte Repräsentativverfassung auf Klage der Ritterschaft durch ein Schiedsgericht für nichtig erklärt worden ist, und dass daher der grundgesetzliche Erbvergleich von 1755 mit weiteren Vereinbarungen aus dem 16. und 17. Jahrhunderte heute noch unverändert in Kraft steht. Danach sind die beiden Meklenburg wohl die beschränktesten Monarchien Deutschlands. Es bestehen ständische Corporationen mit sehr weitgehenden Befugnissen; in diesen sind aber nur die Ritterschaft und die Landstädte vertreten. Die Seestädte haben wiederum ihre besonderen Verfassungen. Alles ist getrennt und vertragsmässig auseinandergehalten, was anderwärts längst zweckmässig vereinigt ist. Sogar die Steuern, deren es eine Unzahl mit besonderen Benennungen gibt, sind vertragsmässig fixirt, insoferne sie von der Ritterschaft oder den Städten zu leisten sind. Reichen die bestehenden Steuern zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse nicht aus, so muss daher in jedem einzelnen Falle ein neues Uebereinkommen getroffen werden. Nur auf den sogen. unmittelbaren Domänen, d. h. auf denjenigen Landestheilen, welche nicht im ritterschaftlichen und städtischen Verband stehen, hat der Landesfürst unbeschränktes Besteuerungsrecht. Hier regiert er völlig absolutistisch; die Domänenbevölkerung hat keinerlei Vertretung, eben so wenig als die Hintersassen der Ritterschaft. Grund und Boden auf dem Lande steht übrigens fast ganz im Eigenthum des Landesfürsten und der Ritterschaft. Es gibt ausser 630 Rittergutsbesitzern nur 6596 Landleute (Bündner), welche volles Eigenthum an Grund und Boden haben, und diese besitzen meist nur einige Aecker mit dinglichem Rechte. Die übrigen Landleute (deren Zahl zu 368,118 angegeben wird) sind entweder Erbpächter (1002), Bauern ohne dingliches Recht und sogen. Katenleute (Tagelöhnerfamilien). Kurzum: in Meklenburg haben sich nicht nur die mittelalterlichen Feudalzustände fast unverän-

¹⁾ Confirmationsurkunde vom 23. Juni 1849, bei Raabe a. a. O. V, S. 767.

²⁾ Verordnung vom 10. Aug. 1837; Raabe's Ges.-Samml. 2. Folge, I, S. 9.

³⁾ Vergl. Vereinbarung vom 25. April 1809 und Verordn. vom 8. Mai 1809, das. I, S. 442—448. Bekanntmachung vom 18. April 1835, die Land- und Wasserstrassen-Bauschulden betr., das. IV, S. 584.

dert erhalten, sondern es sind dort die socialen Verhältnisse im Laufe des vorigen Jahrhunderts noch vielfach zum Schaden der Landbevölkerung verändert worden. Dass das starre Festhalten an allem Alten und Veralteten eine für den Staat und für die Privilegirten verhängnisvolle Crisis früher oder später herbeiführen wird, lehrt der allgemeine Gang der Geschichte.

Hinsichtlich der Verwaltung der Staatsschulden sind alle Garantien gesetzlich festgestellt, welche die Verhinderung des leichtsinnigen und einseitigen Schuldenmachens sichern können. Die Stände haben zwar rechtlich an der Verwaltung der Reluitions Cassenschuld, da diese lediglich das landesherrliche Domanium angeht, keinen Antheil; es hat aber die Regierung selbst aus freiem Antriebe den ständischen Mitgliedern der Landesschuldentilgungscommission die Mitverwaltung der Reluitions Casse übertragen,¹⁾ so dass die Reluitionscommission nun aus 3 landesherrlich ernannten und aus 2 ständischen Commissären zusammengesetzt ist. Die gleiche Organisation hat die Schuldentilgungscommission, auch sind nicht nur ihre Mitglieder ausdrücklich aller Pflichten gegen den Landesherrn entbunden und nur darauf beedigt, die ausgesetzten Mittel unverkürzt der Landesschuld zuzuwenden, sondern es hat auch der Landesherr sich des Rechts, einseitig neue Schulden auf die Renterei zu contrahiren, völlig begeben.²⁾

Gesetzgebung über die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden. Dass auf die ältere Reluitions Cassenschuld alljährlich mindestens 50,000 Thlr. abzutragen sind, haben wir in der Einleitung dargethan. Für die neueren, der Reluitions Casse überwiesenen Schulden ist je ein besonderer Tilgungsfonds von 1% der ursprünglichen Schuld ausgeworfen und gesichert worden.³⁾ Dasselbe ist der Fall bei den neueren Schulden der Tilgungs Casse.⁴⁾ Ihre älteren Schulden hat aber diese aus den ihr im Jahre 1809 zugewiesenen Mitteln gänzlich bezahlt. Abgesehen von der älteren Reluitions Cassenschuld besteht sonach in der Regel ein Tilgungsfonds von 1%. Der Tilgungsmodus ist der der Verloosung und Zahlung des Nennwerthes ein halbes Jahr nach stattgehabter Ziehung. Bei der Reluitions Casse finden jährlich zwei Verloosungen, je auf die Termine Johanni und Antoni statt, während bei der Tilgungs Casse nur Einmal im Jahr verloost wird. Die Schuldverschreibungen sind, bei den einzelnen Anleihen ungleich, mit Zinscoupons versehen, welche der Regel nach nur im Inlande bei den betreffenden Tilgungs Cassen, von der Hamburger Anleihe de 1843 auch bei Heine in Hamburg zu erheben sind.⁵⁾

Gesetzgebung über die Rechtsverhältnisse der Inhaberpapiere. In Absicht auf den Rechtsschutz der Staatspapiere, insbesondere der Inhaberpapiere, ist ein allgemeines Gesetz nicht erlassen. Eine Verordnung vom 5. März 1838⁶⁾ gibt Normen für die von der Reluitionscommission ausgestellten Inhaber-Obligationen nebst Coupons. Danach hat derjenige, dem ein solches Papier abhanden gekommen oder entwendet worden, zunächst der Reluitionscommission Anzeige zu machen, welche seine Angabe in ihren Büchern vormerkt. Sofort ist beim Gericht eine Arrestverfügung zu erwirken, welche

¹⁾ Bekanntmachung vom 10. Aug. 1837, bei Raabe a. a. O. IV, S. 588.

²⁾ Vereinbarung vom 25. April und Verordnung vom 8. Mai 1809, das. I, S. 442 bis 448. Vergl. auch Bekanntm. vom 1. April 1848, officielles Wochenblatt Nr. 17, wodurch die Tilgungscommission neu organisirt wurde.

³⁾ Vergl. z. B. Bekanntmachung vom 13. Janr. 1844, die Schlossbauanleihe betr.

⁴⁾ Vergl. Verordnung vom 28. Sept. 1844, die Hamburger Eisenbahnleihe betr.

⁵⁾ Vergl. Verordnung vom 10. Aug. 1837, Bekanntm. vom 13. Janr. 1844 und Bekanntm. vom 28. Sept. 1844.

⁶⁾ Bei Raabe a. a. O. II, S. 14—15.

aber nur gegen den unrechtmässigen Besitzer zulässig ist, da eine Vindication gegen einen dritten Besitzer im guten Glauben überhaupt nicht stattfindet. Meldet sich in den nächsten 4 Zahlungsterminen Niemand, so wird von der Relutioncommission ein öffentlicher Aufruf erlassen, und wenn sich von da ab binnen Jahresfrist abermals kein Inhaber zeigt, dem Anrufenden das Verfallene ausbezahlt und bezw. eine neue Obligation eingehändigt. Werden die Zinsen aus au porteur-Obligationen in zwei Zahlungsterminen nicht abgefordert, so erlässt die Commission eine öffentliche Aufforderung zur Erhebung derselben und erklärt, wenn dessen ungeachtet binnen 10 Jahren sich Niemanden zur Erhebung der Zinsen meldet, die betreffenden Zinscoupons für nichtig. Bleiben aber die Zinsen einer und derselben Obligation während 10 Jahren unerhoben, ohne dass der Verlust der Obligation oder der Coupons angezeigt worden wäre, so ist ein gleicher Aufruf auch auf die Obligation selbst zu richten und es tritt nach Ablauf von 10 Jahren, wenn sich Niemand legitimirt, die Nichtigkeitserklärung sowohl der Zinscoupons als der Schuldverschreibung ein. Hieraus ergäbe sich eine Verjährungsfrist von 11 Jahren für die Zinscoupons und von 20 Jahren für die Obligationen.

Eine Verordnung vom 28. Sept. 1844¹⁾ dehnt diese Vorschriften fast wörtlich auf die Inhaberpapiere der mit Heine in Hamburg 1843 abgeschlossenen Eisenbahnanleihe aus und unterscheidet sich nur dadurch, dass sie für verlorene oder vernichtete Obligationen eine förmliche Nichtigkeitserklärung in öffentlichen Blättern vorschreibt, auch für den Fall, dass Jemand im Stande sein sollte, den genügenden Nachweis der Vernichtung des Papiers zu liefern, den öffentlichen Aufruf entweder ganz nachlässt oder doch mit nur einer dreimonatlichen peremptorischen Frist gestattet. Auch war bei dieser Anleihe den Inhabern der Obligationen das Recht eingeräumt worden, solche bei Heine in Hamburg auf ihren Namen einschreiben, und die Einschreibung wieder aufheben zu lassen, wesshalb sich die Verordnung nur auf nicht inscribirte Papiere bezieht. Die Verordnung vom 5. März 1838 spricht ebenfalls von „nicht ausser Cours gesetzten Obligationen,“ sagt aber nicht, auf welche Weise die Aussercourssetzung zu bewirken sei.

§. 137.

15) Grossherzogthum Meklenburg-Strelitz.

Landesumfang: 49 $\frac{1}{2}$ Quadratmeilen. Bevölkerung (1851): 99,628 Seelen.

Verfassung. Der landesgrundgesetzliche Erbvergleich von 1755 gilt für beide Meklenburg. Die Verfassung von Strelitz ist daher der Schwerin'schen völlig gleich. Die im Jahre 1849 behufs Vereinbarung einer zeitgemässen Constitution eingeleiteten Verhandlungen hatten für Strelitz lediglich keinen Erfolg.

Finanzen. Ein Budget wird nicht veröffentlicht, wie überhaupt die ganze Verwaltung und Finanzgebarung geheim gehalten wird. Wir kennen daher ausser dem — 1849 den damaligen Ständen mitgetheilten Rechnungsergebnisse für 18^{47/48}, welches Freiherr v. Reden systematisirt und ergänzt hat, keinen Staatshaushaltsetat. Für jenes, allerdings auch anderwärts sehr ungünstige Rechnungsjahr ergaben sich:

Roheinnahmen	964,525 Thlr.
Ausgaben	1,019,649 „
Deficit	55,124 Thlr.

¹⁾ Bei Raabe a. a. O. II, S. 20—21.

Staatsschuld. Auch über die Grösse der Staatsschuld mangelt es an amtlichen Publicationen. Nach den Vorlagen von 1849 bestand 1848 die Schuld aus folgenden Posten:

	in Gold: Thlr.	in Courant: Thlr.
1) Schuld der geheimen Commission (eigentliche Regierungsschuld)	965,983	192,195
2) Pachtvorschüsse der Bauern und Pächter (unverzinslich)	241,398	59,842
3) Chausséebauschuld des Fürstenthums Ratzeburg	—	57,111
4) Schuld der Centralsteuercasse (eigentl. Landesschuld)	126,800	36,167
5) Schuld des Landkastens (der Ritterschaft und der Städte)	—	37,100
Zusammen	1,334,181	382,415

Die Abtheilungen 1 und 4 sind fundirt; die erstere mit 51,140 Thlr. fixen Etatsgeldern und ausserdem mit den bei der Renterei aufkommenden veränderlichen Erbstandsgeldern und den Ueberschüssen der Renterei; die letztere mit 7,500 Thlr. Fixum aus dem Ertrage der ausserordentlichen Contribution und mit dem Ertrage der Gewerbesteuer. Eine Vermehrung der Schuld scheint seit 1849 nicht eingetreten zu sein. Sie wurde 1853 in runder Summe auf 1,750,000 Thlr. berechnet.

Sicherheitsobjecte der Schuld. Die Hauptschuld (Nr. 1) haftet auf dem Domanium, welches — wie in Schwerin — mehr als genügende Sicherheit bietet. Der Rohertrag desselben war 1847/48 über 700,000 Thlr.; der Reinertrag über 400,000 Thlr.

§. 138.

16) Grossherzogthum Luxemburg und Herzogthum Limburg.

	Luxemburg:	Limburg:
Umfang des Staatsgebiets:	47 Q.-Meilen.	40 Q.-Meilen.
Bevölkerung Ende 1859:	195,028 Seelen.	215,251 Seelen.

Luxemburg, deutsches Reichsland bis 1795, ward im Lunéville Frieden an Frankreich abgetreten, 1815 aber dem König der Niederlande als Entschädigung für seine Ansprüche an die nassauischen Stammlande zugetheilt und zum Grossherzogthum erhoben. Es sollte ein Bestandtheil des deutschen Bundes verbleiben und umfasste nach der Bundesmatrikel 100 □ Meilen mit 255,628 Bewohnern. Die belgische Revolution von 1830 zerriss indessen das Land, was durch die Verträge von 1831 und 1839 anerkannt wurde. Dadurch kam ein Theil förmlich an Belgien und Deutschland erhielt als (unge-nügende) Entschädigung die nominelle Vereinigung eines Theiles von Limburg mit dem Bunde, jedoch derart, dass dieses nach wie vor ein integrierender Theil von Holland blieb und weder eine gesonderte Verfassung noch Verwaltung erhielt. Hienach haben wir es hier, da Limburg ganz den niederländischen Finanzeinrichtungen unterliegt, lediglich mit Luxemburg zu thun, und, weil dieses erst in neuester Zeit mit einer Staatsschuld zu Gunsten des Eisenbahnbaues belastet wurde, können wir uns auch hinsichtlich Luxemburgs kurz fassen.

Verfassung Luxemburgs. Bis zur belgischen Revolution hatte auch Luxemburg keine gesonderte Verfassung, vielmehr nahm es an der niederländischen Constitution von 1815 Theil. Nach wiederhergestelltem Frieden ward dem Grossherzogthum am 12. Oct. 1841 ein eigenes Staatsgrundgesetz verliehen,

welches 1848 durchgreifend revidirt wurde. Die Verfassung vom 9. Juli 1848 erlitt aber 1856 und 1857 im Wege der Octroyirung wesentliche Aenderungen und erst in neuerer Zeit ist die Eintracht zwischen Regierung und Ständen wieder hergestellt worden.

Ueber die Staatsschuld enthält das Grundgesetz keine speciellen Bestimmungen, da eine solche zur Zeit seiner Erlassung nicht bestand. Im Uebrigen ist aber das Recht der Gesetzgebung zwischen Regierung und Ständen getheilt und keinerlei Belastung des Landes oder Volkes kann ohne specielle Zustimmung der Vertreter desselben giltig aufgelegt werden.

Finanzen. Das Budget für 1858 schloss folgendermassen ab:

Einnahmen: 3,029,100 Frs. Ausgaben: 3,042,300 Frs., ordentliche und ausserordentliche eingerechnet. Unter den Ausgaben waren inbegriffen: Civilliste 200,000 Frs. (bis 1848: 150,000 fl.; dann nur 100,000 Frs.); Militär 480,000 Frs.; Unterricht 915,100 Frs.

Staatsschuld. Während Luxemburg bis 1859 einer der wenigen Staaten war, welche sich schuldenfrei erhalten hatten, wurde durch Beschluss der Ständeversammlung vom 3. Dec. 1858, genehmigt vom König Grossherzog am 26. desselben Monats, die Emission eines 4proc. Staatsanlehens von 3,900,000 Frs. zum Zwecke des Eisenbahnbaues verfügt und vollzogen, in Stücken von 1000, 500 und 100 Frs., au porteur, fundirt mit einer Annuität von 175,000 Frs., mit welcher das Anlehen halbjährlich tro. 1. Janr. und 1. Juli zu verzinsen und binnen 56 Jahren zu tilgen ist. Die Zinsen sowohl als die verloosten Obligationen sind zu erheben bei der internationalen Bank zu Luxemburg und deren Agenten, sowie zum Satze von 4 Thlr. oder 7 fl. für 15 Frs. bei den Frankfurter Bankhäusern M. A. v. Rothschild und Raphael Erlanger.

Nachdem 1859 und 1860 die planmässige Tilgung stattgefunden hat, wird die Schuld noch betragen 3,861,000 Frs.

Sicherheitsobjecte der Schuld. Derselben steht zunächst die aus ihrem Ertrage hergestellte Eisenbahn gegenüber; ausserdem haftet aber das Grossherzogthum mit seinem Vermögen und mit seinem Staatseinkommen. Das unmittelbare Staatsvermögen ist indessen unbedeutend und unterliegt der allmähigen Veräusserung. Für 1850 waren die Revenüen angeschlagen, wie folgt: Domanalrenten 1172; Miethzinse 1134; Pachtgelder von Jagden, Fischereien und Gewässern 2977; verschiedene Domäneneinnahmen, insbesondere Holzerlös 15,932; Ertrag des Postregals 35,678, zus. 56,893 holl. fl. Im gleichen Jahre erscheint eine Einnahme von 147,150 fl. aus veräussertem Staatscigenthum im Budget.

§. 139.

17) Herzogthum Holstein und Herzogthum Lauenburg.

	Staatsgebiet:	Bevölkerung 1855:
Holstein . . .	166 Q.-Meilen.	523,528 Seelen.
Lauenburg . . .	21 „	49,475 „
	187 Q.-Meilen. ¹⁾	573,003 Seelen.

Holstein, obwohl seit 1460 mit Dänemark in Personalunion, blieb doch stets deutsches Reichsland, und schon zu jener Zeit, als es aus freier Wahl den Grafen Christian von Oldenburg, Inhaber des dänischen Throns, zu seinem

¹⁾ Nach andern Angaben beträgt der Flächengehalt von Holstein 155 und von Lauenburg 19 Geviertmeilen.

Fürsten ernannt hatte, wurde ihm feierlich zugesichert, dass das Herzogthum Schleswig für immer „untrennbar mit ihm verbunden bleiben solle.“ Dessenungeachtet trachtete die dänische Herrschaft seit Mitte des vorigen Jahrhunderts unausgesetzt nach Losreissung Holsteins von Deutschland und Einverleibung desselben in die dänische Monarchie; so namentlich 1806, dann wiederum 1846 durch den sogen. offenen Königsbrief vom 8. Juli 1846 in Betreff der Erbfolge. Dass dieser Angriff anerkannter Rechte 1848 die Erhebung der Herzogthümer gegen die revolutionäre Regierungspartei in Kopenhagen, unterstützt von deutschen Heeren, hervorgerufen; dass aber mitten im Siege der für die Herzogthümer nachtheiligste Friede geschlossen wurde, welcher diese der dänischen Willkür überlieferte; dass endlich die schleswig-holsteinische Frage heute noch nicht gelöst, vielmehr eine der Hauptverlegenheiten Deutschlands ist: weiss Jedermann. Der wahre Vaterlandsfreund kann nur mit tiefstem Schmerz den unglücklichen Verlauf dieser nationalen Angelegenheit überblicken.

Lauenburg bildete von 1689 bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts einen Theil Chur-Braunschweigs (Hannovers, siehe daselbst) und wurde 1815 an Preussen, von diesem aber gleichzeitig an Dänemark, jedoch nur als Bestandtheil des deutschen Bundes, abgetreten. Es ist mit Holstein nicht verbunden. Gleichwohl soll nach dem dänischen Thronfolgegesetze vom 31. Juli 1853 auch Lauenburg, wie Schleswig-Holstein, „für immer“ mit der dänischen Monarchie vereinigt sein.

Finanzen. Holstein hat nach den jetzigen Verhältnissen zunächst einen, aus dem Durchschnitte der letzten Jahre gezogenen Beitrag zum Gesamtstaate zu geben, dessen Grösse durch den dänischen Reichsrath ohne Zustimmung der holsteinischen Stände festgesetzt wurde. Im Uebrigen hat es sein eigenes abgesondertes Budget. Lauenburg dagegen muss alle seine Reinerträge, hauptsächlich aus den reichen Domänen fliessend, an den Gesamtstaat abliefern.

Das dänische Staatsbudget vom 1. April 18⁶⁰₆₁ enthält unter den besondern Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Landestheile für Holstein:

Einnahmen:		Ausgaben:	
Im Ganzen	1,875,635 Thlr. R.-M.	Beitrag zum Gesamtstaat . .	908,880 Thlr. R.-M.
		Besondere Ausgaben Holsteins .	943,975 „ „
	1,875,635 Thlr. R.-M. ¹⁾		1,852,855 Thlr. R.-M.

Von Lauenburg erscheint eine Reineinnahme von 252,873 Thlr. R.-M. im Gesamtstaatsbudget pro 18⁶⁰₆₁.

Die Anforderungen an die Herzogthümer sind so enorm gestiegen, dass Holstein allein fast 1 Mill. weiter zu steuern hat, als 1847. Die Verwilligung des Budgets bildet einen Hauptpunkt der Verfassungsstreitigkeiten. Nachdem Dänemark auf Andrängen des Bundes endlich die Gesamtstaatsverfassung für Holstein ausser Wirksamkeit gesetzt hat, geht sein neuester Vorschlag dahin, den Beitrag dieses Herzogthums zum Gesamtstaat zu fixiren und eine etwaige Mehrforderung der ständischen Verwilligung zu unterstellen. Der Fixirung sollen aber die letzten Jahre der finanziellen Ueberbürdung zu Grunde gelegt werden.

Staatsschulden. Die Herzogthümer participiren factisch zur Gesamtstaatsschuld Dänemarks, welche am 1. April 1860 nicht weniger als 103,159,000 Thlr. R.-M.

¹⁾ 1 Thlr. Reichsmünze = $\frac{3}{4}$ Thlr. preuss. = 2 Frs. 80 Cts.

betrug. Nebendem haben sie ihre eigenen Separatschulden zu verzinsen und zu tilgen. Welches deren neuester Bestand ist, kennen wir nicht. Schleswig und Holstein hatten 1848 eine gemeinschaftliche ältere Schuld von ungefähr $1\frac{1}{2}$ Mill. Mark holst. Courant = 600,000 Thlr. preuss. Cour. In den Jahren 1848 bis 1850 machten sie aber behufs Führung des Kriegs gegen Dänemark enorme Anstrengungen. Der Bedarf des Kriegsdepartements war nach den Staatsrechnungen für 1848: 8,937,100; 1849: 18,180,780; 1850: 14,920,431, zus. 42,038,311 Mark Cour. Es leuchtet für sich ein, dass so ungeheure Summen aus laufenden Einnahmen nicht aufgebracht werden konnten, vielmehr der Landescredit in Anspruch genommen werden musste. Diess geschah theils mittelst Aufnahme freiwilliger Anleihen in den Herzogthümern selbst und im übrigen Deutschland, hauptsächlich aber durch Zwangsanleihen (gemäss Gesetzes vom 2. Mai 1849: $4\frac{1}{2}$ Mill. Mark; laut Gesetzes vom 10. April 1850: 4 Mill. M. nebst einer als Kriegssteuer eingezahlten Anleihe; laut Gesetzes vom 4. Oct. 1850 eine in Form einer Vermögenssteuer eingehobene Anleihe nebst einer weiteren Zwangsanleihe zum Jahresbetrage von 200,000 Thlr. Cour.) und durch Emission von Papiergeld (laut Gesetzes vom 31. Juli 1848: 3,750,000, und laut Bekanntmachung vom 11. Octbr. 1850: 1,250,000, zus. 5,000,000 Mark = 2 Mill. Thlr. Cour.). Alles zusammengekommen, macht eine Schuldenvermehrung von über 7 Mill. Thlr. Cour. binnen 3 Jahren, und es betragen daher die Gesamtschulden Schleswig-Holsteins 1851 mindestens 7,800,000—8,000,000 Thlr. preuss. Cour.

In Lauenburg betrugen Ende 1847 die ritterschaftlichen und landschaftlichen sowie die Strassenbauschulden 427,300 Thlr. Cour. Bis 1851 wurden hieran ca. 120,000 Thlr. abgetragen, so dass nur noch 307,300 Thlr. verblieben. Wenn die Tilgung gleichen Schritt gehalten hat, so muss Lauenburg nun schuldenfrei sein.

Sicherheitsobjecte der Schulden. Die Herzogthümer besaßen bis zur neuesten Zeit ein sehr bedeutendes Domänenvermögen, welches für Schleswig-Holstein zu $11\frac{1}{2}$ Mill., für Lauenburg zu $4\frac{1}{2}$ Mill. Thlr.¹⁾ (nach anderer Berechnung zusammen zu 30 Mill. Thlr.) geschätzt ist und die Schuldverpflichtungen aller drei Länder jedenfalls decken würde. Eine dänische Verordnung vom 21. Juni 1856 ordnete aber den Verkauf der holsteinischen und lauenburgischen Domänen zu dem Zwecke an, um mit dem Erlös dänische Staatsschulden zu tilgen. Nimmt diese rechtswidrige Veräußerung ihren Fortgang, so wird allerdings den Gläubigern der Herzogthümer die beste Garantie für ihre Forderungen entzogen. Uebrigens liefern die enormen Leistungen für öffentliche Zwecke von 1848 bis 1850 den sichern Beweis einer tüchtigen und nachhaltigen Steuerkraft.

§. 140.

18) Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.

Umfang des Staatsgebiets:		Einwohnerzahl 1858:	
Coburg	10 Q.-Meilen.	45,578	Seelen.
Gotha	25,843 „	108,301	„
Zusammen	35,843 Q.-M.	153,879	Seelen.

¹⁾ Vergl. die Schrift: „die Herzogthümer Schleswig-Holstein in dem dänischen Gesamtstaate“, Weimar, 1856.

Beide Herzogthümer waren bis 1826 getrennt und hatten grösseren Umfang. (Coburg 28 □M.; Gotha 1780 mit dem grösseren Theile des Fürstenthums Altenburg 55 □M.) Nach dem Aussterben der gothaischen Linie (1825) fand eine Theilung statt, wodurch der Bestand sämtlicher sächsischer Herzogthümer gänzlich verändert wurde. Gotha fiel mit Ausnahme des Amtes Kranichfeld an Coburg, letzteres musste aber Saalfeld an Meiningen und Altenburg an die Linie Hildburghausen abtreten, welch' letztere ihrerseits das Stamm-land Hildburghausen ebenfalls an Meiningen cedirte. (Vertrag vom 12. Nov. 1826.)

Verfassung. Die beiden Herzogthümer behielten bis 1852 gesonderte Verfassung und Verwaltung bei und waren nur durch Personalunion mit einander verbunden. Gotha hatte sogar seine altständische Verfassung bis 1848 unverändert erhalten, während Coburg am 8. Aug. 1821 eine modernere Constitution empfangen hatte, welche 1846 wesentlich verbessert wurde. Das Jahr 1848 verschaffte indessen auch dem Herzogthum Gotha ein modernes (sehr demokratisches) Staatsgrundgesetz (vom 26. März 1849). Die Regierung strebte aber nach einer gemeinschaftlichen Verfassung für beide Länder und drang damit endlich 1852 durch. Nach dem „Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer Coburg und Gotha“ vom 3. Mai 1852¹⁾ bilden zwar diese ein unzertrennliches Ganzes, in den meisten Beziehungen besteht aber auch jetzt noch getrennte Verwaltung fort. Diess gilt insbesondere von der Finanzverwaltung. Demgemäss tagen neben dem gemeinschaftlichen Landtage zwei Sonderlandtage. Diesen wie jenem sind übrigens die constitutionellen Rechte in hinlänglichem Maasse eingeräumt, namentlich haben sie das Recht der Mitbeschliessung in Finanzsachen, abgesehen von den Domänenangelegenheiten, welche durch besondere Verträge geregelt sind (siehe unten). Anleihen auf die Staatscasse, die Creirung von Papiergeld aller Art, und die Erhöhung oder Ermässigung des Zinsfusses der in geschlossenen Anleihen bestehenden Staatsschulden, sowie die Schuldentilgung sind Gegenstände der Gesetzgebung für die Einzellandtage.²⁾ Diesen sind auch die Staatsrechnungen mitzutheilen.³⁾

Finanzen. A. Coburg. Die coburgischen Finanzen waren am Ende des vorigen Jahrhunderts dergestalt zerrüttet, dass eine kaiserl. Verwaltungscommission eintrat. Dass alsdann die französische Occupation des Ländchens 1806 und die Rheinbundskriege diesen Zustand nicht zur Besserung gelangen liessen, liegt in der Natur der Sache. Nach dem Frieden suchte die Regierung jedoch mit Erfolg Ordnung zu schaffen (Staatsschuldenedict vom 13. Sept. 1821 etc.). Von 1848 an trat wiederum Finanzbedrängniss ein (das Deficit betrug z. B. 18^{53/54}: 37,238 fl.; 18^{54/55}: 32,327 fl.; 18^{55/56}: 18,012 fl.), welche jedoch in neuester Zeit gehoben ist, so zwar, dass Coburg 1859 die Mobilisirungskosten aus Ueberschüssen zu decken vermochte, während man in Gotha ein Anlehen von 160,000 Thlr. beschloss. Das Verhältniss der „Domänen“ zum Staatshaushalt ist durch Gesetz vom 29. Dec. 1846⁴⁾ in der Weise geregelt, dass die Domänen zwar als unveräusserliches Familienfideicommiss des regierenden Hauses anerkannt blieben, dass aber die Hälfte ihres Reinertrags in so lange, bis die laut Gesetzes vom 17. Juli 1838 auf den Staat übertragene Schuld getilgt sein wird, von da an aber ein Drittheil jenes Reinertrags in die Staats- resp. Schuldentilgungscasse fliesst. Durch Gesetz vom 21. Febr. 1855⁵⁾

¹⁾ Abgedruckt bei Zachariae a. a. O. S. 652 ff.

²⁾ Verfassungs-Urkunde §. 118.

³⁾ Dasselbst §. 122.

⁴⁾ Den Beitrag der Domäne zu den Staatslasten betr., Ges.-Samml. für Coburg von 1846⁴⁸, Nr. 25, S. 322.

⁵⁾ Coburger Ges.-Samml. de 1854—56, Nr. 210, S. 87.

wurde die Halbtheilung des Domänenenerträgnisses bis 1919 verlängert. — Die neuesten Staatshaushalts-Etats schlossen wie folgt ab:

Etat der Staatscasse pro 18 ^{58/61} : ¹⁾		Etat der Domänenkasse pro 18 ^{58/61} :	
Jahreseinnahme	416,700 fl.	Einnahmen	181,420 fl.
Jahresausgabe	412,100 „	Ausgaben	125,834 „
Ueberschuss	4,600 fl.	Reinertrag	55,586 fl.

B. Gotha. In Gotha hat sich neuerer Zeit ein Domänenstreit entsponnen. Vor 1848 galten die Domänen wie in Coburg als herzogl. Familieneigenthum, in den Beilagen zum Staatsgrundgesetz von 1849 wurden sie aber zum Staatsgut erklärt und dem Herzoge eine Civilliste darauf radicirt. In Folge von Protestationen der Agnaten, namentlich des Prinzen Albert, Gemahls der Königin von England, ward indessen jenes Zugeständniss zurückgenommen und Ende 1854 durch ein anderes Uebereinkommen ersetzt. Nachdem auch dieser Vertrag die Zustimmung der Agnaten nicht erhalten hatte, kam am 1. März 1855 ein endgültiges Uebereinkommen dahin zu Stande, dass das bisherige Kammer- und Domänenvermögen in ein — der herzogl. Familie eigenthümlich verbleibendes Domänengut und in ein — dem Herzogthum Gotha eigenthümlich zufallendes Staatsgut abgetheilt wurde.²⁾ Zum Domänengut wurde übrigen das gesamte rentable Grundeigenthum und Capitalvermögen geschlagen, während zum Staatsgut ausser einer Reihe von Gebäuden zu Staatszwecken nur die Hoheits- und Lehengefälle kamen. Ausserdem trat die Domänenkasse dem Staat 60,631 Thlr. Grundgefälle gegen eine Entschädigung von 950,000 Thlr. ab.³⁾ Gleichzeitig ward hinsichtlich der Nutzung und Verwaltung des Domänenguts eine Vereinbarung getroffen, wonach vom Reinertrage der Herzog zum Voraus 100,000 Thlr. bezieht, alsdann 36,000 Thlr., welche auch die Staatsabgaben des Domänenguts in sich begreifen, der Staatscasse überlässt und der noch verbleibende Rest zwischen dem Herzoge und der Staatscasse zu gleichen Theilen getheilt, auch die Verwaltung des Domänenguts einer oder mehreren Staatsbehörden übertragen wird.⁴⁾ — Neuestes Budget:

der Staatscasse für 18 ^{58/61} :		der Domänenkasse für 18 ^{58/61} :	
Jahreseinnahme	579,000 Thlr.	Jährliche Roheinnahme	557,000 Thlr.
Jahresausgabe	579,000 „	Desgl. Ausgabe	385,030 „
Abgang oder Ueberschuss	0.	Reinertrag	171,970 Thlr.

Schulden. A. Coburg. Die coburgische Schuld betrug 1799 unerachtet des wegen ihrer Tilgung verhängten kaiserl. Sequesters noch 1,261,000 fl. Das Staatsschuldenedict vom 13. Sept. 1821 sorgte für die Mittel zu ihrer Verzinsung und Tilgung, zu welchem Zwecke eine eigene Tilgungscasse und eine besondere Schuldentilgungscommission eingesetzt wurden. Ein weiterer Schritt zur Ordnung geschah durch Gesetz vom 17. Juli 1838, wodurch eine Regulirung der ganzen Schuld und eine Feststellung der Rechtsverhältnisse der Gläubiger eintrat. Es ward die ganze Schuld durch unkündbare 3¹/₂proc. Obligationen au porteur verbrieft und zu ihrer Tilgung ein Zeitraum von 35 Jahren festgestellt. Die Tilgungscasse wurde indessen durch Gesetz vom 1. Juni 1852⁵⁾ aufgehoben und es gingen ihre Functionen auf die neuerrich-

¹⁾ Vergl. Finanzgesetz vom 30. Juli 1858, Coburger Ges.-Samml. de 1857—58, S. 666.

²⁾ Vergleich über die Ausscheidung des Domänen- und Staatsguts vom 1. März 1855, Gothaer Ges.-Samml. Bd. 9, S. 219 ff.

³⁾ Vertrag von demselben Tage, daselbst S. 282.

⁴⁾ Vertrag über die Verwaltung und Nutzung des Domänenguts vom gleichen Tage, ebendaselbst S. 269.

⁵⁾ Coburger Ges.-Samml. de 1852—54, Nr. 153, S. 132.

tete Staatscasse über, jedoch unter Mitwirkung zweier Landtagsabgeordneten. Kraft des oben citirten Gesetzes vom 29. Sept. 1846 wurde das Domanium gegen die von demselben der Staatscasse überlassene Reinertragshälfte von allen Schulden befreit, so dass es in Coburg nur noch eine Staatsschuld gab. Diese betrug 1820: 1,143,000, Ende 1847: 1,203,943 fl., und bestand 1857 in

verzinslichen Posten im Betrage von	1,525,221 fl.
unverzinslichem Papiergelde	350,000 „
Zusammen	1,875,221 fl.

B. Gotha. Die Schulden des Herzogthums Gotha blieben zwischen der herzogl. Kammer und der Obersteuer- und Landschaftscasse getrennt, in welcher Beziehung auch das neueste Uebereinkommen über die Ausscheidung des Staats- und Domänenguts (s. oben) im Wesentlichen nichts änderte. (Nur die bisher auf der Kammer gehaftete Strassenbauschuld mit restlichen 51,242 Thlr. wurde auf die Staatscasse übernommen.) In den Jahren 1836 und 1837 fand übrigens auch hier eine Regulirung und Consolidirung der Schulden, insbesondere auch eine Ermässigung des Zinsfusses statt. Nach dem neuesten Budget betrugen die beiden Schuldabtheilungen:

a) der Staatscasse: verzinslich	1,666,894 Thlr.
Papiergeld	400,000 „
	2,066,894 Thlr.

b) der Domänenkasse: verzinslich	1,034,452 „
	3,101,346 Thlr.

Im Ganzen: während die Schuld nur betragen hatte: 1820: 1,582,000, 1830: 1,628,000, Ende 1847: 2,183,000, 1850: 2,200,000 Thlr.

Staatsgarantien: 1) zu Gunsten der Werrabahnsgesellschaft Gewähr für 4% Zinsen aus dem Actiencapital von 8 Mill. Thlr. auf 10 Jahre, von der Betriebsöffnung an gerechnet, in Gemeinschaft mit den Regierungen von Weimar und Meiningen, und zwar haftet das Herzogthum Coburg-Gotha für den vierten Theil des Actiencapital's.¹⁾ 2) Unbedingte Gewährleistung des Herzogthums Gotha für die von der dortigen Ablöscungscasse ausgestellten Schuldverschreibungen²⁾ und für sämtliche Verbindlichkeiten der dortigen Landescreditanstalt.³⁾

Sicherheitsobjecte für die Staatsschulden. Dass die Schulden von Coburg ganz auf die Staatscasse übergegangen sind, haben wir bereits erwähnt. Das Domänenvermögen kommt indessen doch noch insofern als Sicherheitsobject in Betracht, als bis nach erfolgtem Abtrag der älteren Schuld die Hälfte seines Reinerträgnisses zur Staatscasse fliesst. Im Uebrigen haftet die Schuld auf der Steuerkraft des kleinen Ländchens, welche damit genugsam beschwert ist. Indessen muss erwähnt werden, dass die neuere Vermehrung der Schuld zum grossen Theil Folge der Betheiligung des Staats an Eisenbahnunternehmungen (Thüringer Bahn, Werrabahn) ist und dass demnach der ersteren auch Activen gegenüber stehen.

Günstiger sind die Verhältnisse in Gotha. Die Domänenschuld ist hier durch Activecapitalien im Belaufe von 1,318,023 Thlr. mehr als gedeckt, übrigens haftet gleichwohl das ganze Domänengut ausdrücklich für dieselbe. Ebenso stehen den Staatspassiven 981,207 Thlr. Activecapitalien gegenüber, so dass der Nettobetrag der Schuld nur 1,085,687 Thlr. ist, wovon zudem 400,000 Thlr.

¹⁾ Vergl. Staatsvertrag vom 16. Oct. 1855, Coburger Ges.-Samml. de 1854—56, S. 392.

²⁾ Gesetz vom 5. Nov. 1853, Gothaer Ges.-Samml. Bd. 8, S. 577 ff.

³⁾ Gesetz vom 25. Dec. 1853, daselbst S. 612.

unverzinslich sind. Der geringe Rest kann die Staatscasse, welche ebenfalls Zuflüsse vom Domanium hat (s. oben), nicht beschweren.

Gesetzgebung über die Verzinsung und Tilgung der Schulden. A. Coburg. Das mehrfach citirte Gesetz vom 17. Juli 1838 und ein neueres Gesetz vom 22. Juni 1852¹⁾ verordnen hierüber Folgendes. Die ganze consolidirte Staatsschuld, mit 4% Zins tragenden Schuldverschreibungen au porteur von 1000, 500, 250, 200, 100 und 50 fl. verbrieft, wovon die grösseren Stücke (à 1000, 500, 250 und 200 fl.) halbjährlich, die kleineren ganzjährig verzinst werden, wird vom 1. Janr. 1853 an mit einem Tilgungs- und Verzinsungsfonds von mindestens 54,000 fl. verzinst und im Wege der Verloosung getilgt. Die consolidirte Schuld betrug anfangs 1853 noch 1,251,250 fl. (ursprünglich 1,650,000 fl.) und nahm damals zu 4% an Zinsen 50,050 fl. in Anspruch. Der Tilgungsfonds ist sonach nicht hoch bemessen, wächst aber durch den Wegfall der verloosten Capitalien derart an, dass die Amortisation der ganzen Schuld bis längstens 1919 vollendet ist. Den Obligationen sind Zinscoupons und Talons beigegeben. Erstere werden im Inlande bei allen Staatscassen eingelöst. Neben der consolidirten besteht eine schwebende Schuld, welche zu bestimmten Zwecken auf kurze Zeit aufgenommen ist. Die Verbriefungen derselben, ebenfalls au porteur lautend, sind von beiden Seiten vierteljährig kündbar.²⁾ Die Bedürfnisse sowohl der consolidirten als schwebenden Schuld müssen aus den paratesten Staatseinnahmen befriedigt werden.

B. Gotha. In Gotha sind die hieher bezüglichen Vorschriften durch kein allgemeines Gesetz, sondern durch die einzelnen Anleihegesetze gegeben. Es bestehen sogenannte geschlossene Anleihen, welche in Absicht auf Verzinsung und Tilgung als Ganzes behandelt werden. Bei jeder Emission eines solchen ist ein bestimmter, jedoch nicht in gleichen Procenten ausgedrückter Tilgungsfonds ausgesetzt und eine feste Tilgungsperiode bestimmt worden, so für die erste landschaftliche Anleihe von 1836 à 860,000 Thlr. 42 Jahre, für die zweite von 1843 à 200,000 Thlr. 31 Jahre (Tilgungsfonds 4,000 Thlr. mit Zinsenzuwachs), für die dritte von 1845 à 600,000 Thlr. 60 Jahre (Tilgungsfonds 3,000 Thlr. mit anwachsenden Zinsen) Tilgungszeit. Dasselbe gilt von der Kammerschuld. Die Tilgung geschieht gleichmässig im Wege der öffentlichen Verloosung. Die verloosten Obligationen werden $\frac{1}{2}$ Jahr nachher bei der Landschafts- oder Kammercasse ohne allen Abzug pari ausbezahlt. Es gibt $3\frac{1}{2}$ - und 3proc. Obligationen à 1,000, 500, 200, 100 und 50 Thlr. Alle sind au porteur gestellt und mit Coupons und Talons versehen. Erstere werden bei allen Staatscassen an Zahlung genommen.³⁾ Auch in Gotha müssen die Bedürfnisse der Staatsschuld aus den paratesten Mitteln der Kammer- resp. Landschaftscasse befriedigt werden.

Gesetzgebung über Mortification, Vindication, Verjährung und Aussercourssetzung der Staatspapiere. Selbst in diesen Rechtsverhältnissen ist die Gesetzgebung beider Herzogthümer getrennt. In Coburg sind sie durch vier neuere Gesetze vom Jahre 1858 geregelt; auch kommt noch das Gesetz vom 17. Juli 1838 in Betracht. Durch diese Gesetze ist Folgendes vorgeschrieben:

- 1) Abhanden gekommene Staatspapiere au porteur können auf Antrag des Betheiligten bei dem Kreisgerichte Coburg sammt den dazu gehörigen Coupons und Talons, wenn diese mit der Hauptschuldverschreibung verloren gegangen sind, nach vorausgegangener öffentlicher Edictalladung

¹⁾ Die consolidirte Staatsschuld betr., Coburger Ges.-Samml. de 1852—54, S. 176.

²⁾ Vergl. Gesetze vom 12. Juni und 23. Dec. 1838, die Contrahirung kündbarer Anleihen betr., Coburger Ges.-Samml. de 1857—58, S. 474, und de 1858—60, S. 259.

³⁾ Vergl. Patente vom 2. Nov. 1838, 11. Aug. 1837, 19. Mai 1843 und 24. Oct. 1845.

mit 6monatlicher Frist mortificirt werden. Das Mortificationserkenntniss tritt 10 Tage nach seiner Publication in Kraft. Während des Verfahrens wird Zahlungssperre angelegt.¹⁾

- 2) Oeffentliche auf den Inhaber gestellte verzinliche Werthpapiere können durch die Vindication oder andere dingliche Klagen aus den Händen des dritten redlichen Besitzers nicht zurückgefordert werden, es wäre denn, dass in den Papieren selbst bei ihrer Ausstellung die Vindication als zulässig erklärt, oder dass die Papiere in gültiger Weise ausser Cours gesetzt wären.²⁾
- 3) die Aussercourssetzung hat durch die Civilgerichtsbehörden oder bei Staats- und Ablösungs-Obligationen durch die mit der Verwaltung der Staatsschuld oder der Ablöschungscasse beauftragten Behörden mittelst Vormerks auf dem Papier selbst und resp. Eintrags in das Inscriptiionsbuch zu geschehen. Ausser Cours können übrigens nur Hauptschuldverschreibungen und Talons, nicht aber auch Coupons gesetzt werden. Der Name dessen, für welchen die Aussercourssetzung geschieht, ist auf dem Papier zu nennen.³⁾
- 4) Ausgeloooste Staatspapiere verjähren nach Art. 9 des Gesetzes vom 17. Juli 1838 in 8 Jahren, Zinsen der Staatspapiere aber nach Art. 12 desselben Gesetzes in 4 Jahren. Durch ein neueres Gesetz, betreffend die Verjährung gewisser Klagen,⁴⁾ ist übrigens die Verjährungsfrist „wegen Rückständen an bedungenen Zinsen“ auf 3 Jahre herabgesetzt worden.

Im Herzogthum Gotha sind die hier in Frage stehenden Rechtsverhältnisse anlässlich der einzelnen Anleihegesetze, sodann mittelst Verordnung vom 23. März 1839, die Mortification betreffend, geregelt worden, wie folgt:

- 1) die Mortification geschieht bei dem Justizcollegium zu Gotha und erstreckt sich auch auf die mit der Hauptschuldverschreibung verloren gegangenen Coupons und Talons. Für sich allein werden aber Coupons und Talons niemals mortificirt, wie auch für verlorene oder vernichtete Coupons niemals Duplicate ausgefertigt werden. Dagegen kann der Inhaber der Obligation, wenn er den Verlust der Coupons zeitig anzeigt, die Zinsen alsdann erheben, falls sich während der Verjährungsfrist kein Inhaber derselben gemeldet hat. Kann die gänzliche Vernichtung der betreffenden Urkunden erwiesen werden, so unterbleibt überhaupt ein Mortificationsverfahren und der Anmeldende erhält einen Duplicatschein. Im andern Falle findet, nachdem der Verlust bescheinigt und bezw. eidlich erhärtet ist, eine Edictalladung mit einer Frist von einem Jahre zur Vorlegung der Urkunde, nach deren fruchtlosem Ablaufe die gerichtliche Kraftloserklärung, und während des Verfahrens Anlegung der Zahlungssperre statt. Mit Ablauf eines weiteren Jahres wird das Mor-

¹⁾ Gesetz vom 30. Nov. 1858, die Ungültigkeitserklärung an den Inhaber zahlbarer inländischer Schuldverschreibungen, Actien, Zinsabschnitte und Zinsleihen betreffend, Cob. Ges.-Samml. de 1857—58, S. 803.

²⁾ Gesetz vom 1. Dec. 1858, die Ausschliessung dinglicher Klagen bei Werthpapieren auf den Inhaber betr., das. S. 810. Das Gesetz definirt den Begriff von öffentlichen Werthpapieren wörtlich gleich mit dem kgl. sächs. Gesetze vom 8. Juni 1846, §. 2 (oben S. 232); ebenso ist darin die Rechtsvermuthung für die Redlichkeit des Besitzes mit den Worten des §. 5 letzteren Gesetzes ausgesprochen (oben S. 233).

³⁾ Gesetz vom 1. Dec. 1858, betr. die Versetzung von Werthpapieren auf den Inh. ausser Verkehr und in denselben, das. S. 814. Gesetz vom 17. Juli 1838 und vom 21. Dec. 1850.

⁴⁾ Vom 26. Juli 1858, Coburger Ges.-Samml. de 1857—58, S. 630.

tificationserkenntniss rechtskräftig, worauf ein Duplicatschein ausgestellt wird.¹⁾

- 2) Vindication au porteur gestellter Schuldscheine, wenn sie nicht ausser Cours gesetzt sind, ist schlechthin untersagt und bleibt dem Beschädigten nur die persönliche Contracts- oder Delictsklage.²⁾
- 3) Die Aussercourssetzung geschieht bei den Schuldenverwaltungsbehörden durch Eintragung in ein besonderes Buch und durch die erforderliche Bezeichnung auf den Obligationen selbst.³⁾
- 4) Die Verjährungsfrist ist für die Hauptschuldverschreibungen auf 4 Jahre, für die Coupons auf 2 Jahre bestimmt.⁴⁾

§. 140.

19) Herzogthum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen.

Staatsgebiet: 43 Q.-Meilen. Bevölkerung Ende 1858: 168,816 Seelen.

Verfassung. An die Stelle der abweichenden Verfassungseinrichtungen in den drei Territorien, aus welchen 1826 das heutige Herzogthum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen gebildet wurde (nämlich aus dem alten Herzogthum Meiningen, dem Herzogthum Hildburghausen und dem Fürstenthum Saalfeld etc.), trat 1829 das „Grundgesetz für die vereinigte landschaftliche Verfassung des Herzogth. Sachsen-Meiningen,“⁵⁾ welches eine völlige Verschmelzung derselben herbeiführte. Dieses Grundgesetz erlitt 1848 und 1849 einige nicht unwesentliche Aenderungen; letztere wurden aber durch neuere Gesetze vom 25. Juni 1853 (Wahlgesetz) und vom 3. Juni 1854 (über das Domänenvermögen) wieder beseitigt. Beide ebenbenannte Gesetze mit der Verfassung von 1829 enthalten sonach das heutige Staatsrecht des Herzogthums. Danach besteht die constitutionell-monarchische Regierungsform mit Theilung der gesetzgebenden Gewalt. Zumal ist den Ständen ein weitgehender Einfluss auf die Führung des Staatshaushalts, in so weit dessen Einnahmen aus Beiträgen der Staatsangehörigen fließen, eingeräumt. Hinsichtlich der Staatsschulden verordnet die Verfassung, dass die vorhandenen Landeschulden, der Verwaltung nach, in eine allgemeine Landesschuld zusammengezogen und aus einer allgemeinen Tilgungscasse verzinst und abgetragen werden sollen; dass neue Schulden ohne ausdrücklichen Consens der Landstände ungültig und unverbindlich seien und dass keine neue Anleihe gemacht werden dürfe, für deren Tilgung binnen eines Zeitraums von längstens 50 Jahren nicht gleichzeitig gesorgt sei.⁶⁾

Finanzen. Das Verhältniss der Domänen zur Landescasse wird durch das eben angezogene Gesetz vom 3. Juni 1854⁷⁾ bestimmt. Es erklärt das

¹⁾ Verordnung vom 23. März 1839, die Mortification verloren gegangener Schuldbriefe der Landschaft und Kammer betr., Gothaer Ges.-Samml. Bd. 4, S. 745 ff.

²⁾ Patente vom 2. Nov. 1836, 11. Aug. 1837, 19. Mai 1843 und 24. Oct. 1845, je Art. 12.

³⁾ Ebendaselbst Art. 15.

⁴⁾ Dasselbst Art. 8 und 11. Das neuere Verjährungsgesetz vom 28. Juni 1856 ändert hieran nichts, da es in §. 12 alle unter 3 Jahren betragenden Verjährungsfristen bestehen lässt.

⁵⁾ Vom 23. Aug. 1829, abgedruckt bei Zachariae a. a. O. S. 536 ff.

⁶⁾ Staatsgrundgesetz von 1829, §. 42.

⁷⁾ Ges.-Samml. Bd. 11, S. 325 ff.

gesamte Vermögen an Gebäuden, Gütern, Waldungen, Erbzinsen, Gülten und andern grundherrlichen Renten, sowie an Activecapitalien zu Eigenthum des herzogl. Hauses, zunächst bestimmt, die Kosten der Hofhaltung und der Unterhaltung der herzogl. Familie zu bestreiten und die übrigen darauf ruhenden Obliegenheiten zu erfüllen. Ein Theil der Ertragsüberschüsse soll jedoch für Zwecke der Landesverwaltung verwendet werden. Für die Regierungsdauer des jetzigen Grossherzogs und seines Sohnes wird diese Abgabe an die Landescasse so bemessen, dass vom Reinertrage zunächst 225,000 fl. dem Herzoge zufließen, der Rest aber zwischen diesem und der Landescasse getheilt wird.

— Die Staatsrechnungen für 18^{59/60} ergaben folgendes Endresultat:

	Einnahmen:	Ausgaben:	Ueberschuss:
Domänenkasse	895,741 fl.	712,565 fl.	183,176 fl.
Landescasse	973,181 „	954,268 „	18,913 „
Zusammen	1,868,922 fl.	1,666,833 fl.	202,089 fl.

Der Hauptetat für 18^{59/62} schliesst mit 1,729,632 fl. Einnahme, 1,703,888 fl. Ausgabe und 25,744 fl. Ueberschuss ab.

Staatsschuld. Die gesammte Schuld des vereinigten Herzogthums wurde in Gemässheit des Staatsgrundgesetzes, des Schuldentilgungsgesetzes vom 30. April 1831¹⁾ und des Gesetzes vom 21. April 1832²⁾ in Eine Staatsschuld zusammengezogen, welche (nach v. Reden) betrug: 1820: 3,430,000, 1830: 3,150,000, 1847: 2,395,000, 1851: 4,415,779, 1858: 4,049,327 fl. — Am 31. März 1859 bestand sie aus

a) verzinslichen Posten im Belaufe von	2,843,682 fl.
b) unverzinslichen Cassenanweisungen im Betrage von	1,049,996 „
Zusammen	3,893,678 fl.

Es war aber zur Einlösung der Cassenanweisungen ein Baarfonds vorhanden von 619,877 „
worüber also ein Netto-Schuldenbestand verblieb von 3,273,801 fl.

Staatsgarantien. Neben einer directen Betheiligung mittelst Uebernahme von 500,000 Thlr. Actien der Werrabahngesellschaft hat sich die S.-Meiningen'sche Regierung für ein Reinerträgniss dieser Bahn von 4% auf 10 Jahre mitverbürgt und zwar erstreckt sich die Meiningen'sche Garantie auf die Hälfte des Actiencapitals von 8 Mill. Thlr.³⁾ Ausserdem haftet der Staat mit seinen gesammten Einkünften für die Verbindlichkeiten der Landescreditanstalt.⁴⁾

Sicherheitsobjecte der Staatsschuld. Das Grundgesetz von 1829 spricht aus: (§. 42) „Für die mit Genehmigung der Stände aufgenommenen Landesschulden haftet das gesammte steuerbare Vermögen der Unterthanen“ und (§. 43) „Für die verfassungsmässig aufgenommenen Kammerschulden haften die Einkünfte des Kammerguts für ewige Zeiten.“ Nebendem erklärt das Schuldentilgungsgesetz vom 30. April 1831 sämmtliche Domänen- und Landesschulden für Staatsschulden, welche wechselseitig vom Herzoge und den Ständen garantirt seien. Welche Kammerschulden als verfassungsmässig aufgenommen zu betrachten sind, erläutert das Gesetz vom 3. Juni 1854 (Art. 4), wonach neue Kammerschulden nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Stände gemacht werden können, widrigenfalls sie für den Regierungsnachfolger schlecht-

¹⁾ Ges.-Samml. Bd. 2, S. 13.

²⁾ Dasselbst S. 79.

³⁾ Vertrag zwischen Sachsen-Meiningen, Coburg-Gotha und Weimar vom 16. Oct. 1855.

⁴⁾ Gesetz vom 25. Aug. 1849, die Errichtung einer Landescreditanstalt betr., Art. 3, Ges.-Samml. Bd. 9, S. 228.

hin unverbindlich seien. Zugleich wird das Domänengut für unveräußerlich erklärt. Dass das Domanium sehr bedeutend ist und für seine Passiven hinlängliche Sicherheit gewährt, ergeben die oben dargestellten Ertragnisse desselben.

Gesetzgebung über Verzinsung und Tilgung der Schulden. Das eben allegirte Schuldentilgungsgesetz von 1831 setzt für die vereinigten Kammer- und Landesschulden eine besondere Tilgungscommission und eine Tilgungscasse ein. Die Commission besteht aus 3 Mitgliedern, wovon 2 von den Ständen gewählt werden, das dritte vom Herzog ernannt wird. Den Cassier und den Buchhalter der Tilgungscasse bestellen die Stände ebenfalls. Die Casse ist völlig unabhängig und wird durch ein ständisches Mitglied der Tilgungscommission überwacht. Derselben sind auch die Staatsactivecapitalien zur Verwaltung übergeben, deren Zinsen eine Einnahmsquelle der Tilgungscasse bilden. Der weitere Bedarf derselben wird je durch das Finanzgesetz festgesetzt und muss von der Hauptcasse aus den bereitesten Mitteln vor allen andern Ausgaben pünktlich gedeckt werden. Der Gesamtbedarf zur Verzinsung und Tilgung der liquiden Schuld (1832 zu 5,401,600 fl. angenommen) wurde durch Gesetz vom 9. Aug. 1832¹⁾ auf die Summe von 270,080 fl. fixirt und gleichzeitig bestimmt, dass für jede neue Schuld nach Maassgabe des Grundgesetzes eine eigene Verzinsungs- und Tilgungsrente zu bestimmen sei. Nach den neueren Finanzetats ist übrigens die jährliche Dotation der Tilgungscasse auf 263,400 fl. ermässigt worden. Die Tilgungsperiode darf grundgesetzlich 50 Jahre nicht übersteigen. Der Tilgungsmodus ist, seitdem die Verbriefungen der Staatsschuld in verloosbare, auf den Inhaber lautende Obligationen verwandelt sind,²⁾ der Regel nach der der öffentlichen Kündigung aller durch das Loos zur Heimzahlung bestimmten Obligationen. Die Ausloosung geschieht jährlich zweimal, am 1. April und 1. Oct.; die Einlösung der Obligationen 6 Monate nachher ohne allen Abzug bei der Tilgungscasse. Fällige Zinscoupons können bei allen Staatsscassen an Zahlung gegeben werden.

Gesetzgebung über den Rechtsschutz der Inhaberpapiere. Die von uns in der Gesetz-Sammlung aufgefundenen Specialverordnungen über diesen Gegenstand betreffen nur die Vindication, Aussereourssetzung der au porteur-Papiere und die Verjährung der Zinsen. Die Amortisation von auf den Inhaber lautenden Urkunden scheint demnach in Meiningen nicht gestattet oder nicht gesetzlich geregelt zu sein. Das revidirte Gesetz über Edictalladungen in Civilsachen ausserhalb des Concurses der Gläubiger vom 23. Juni 1855 nimmt sogar die Inhaberpapiere von den Urkunden, welche durch Edictalladungen amortisirt werden können, ausdrücklich aus.³⁾ Im Uebrigen ist Folgendes gesetzlich vorgeschrieben:

- 1) Mit dem Ablaufe von 4 Jahren verjähren die Klagen und Forderungen wegen Rückständen an bedungenen Zinsen, gerechnet von dem auf den festgestellten Zahlungstermin folgenden letzten December an.⁴⁾ Für die Hauptschuldverschreibungen wird die Verjährungsfrist des sächsischen Rechts von 31 Jahren, 6 Wochen und 3 Tagen Platz greifen.
- 2) „Alle öffentlichen auf den Inhaber lautenden Schuldurkunden sind weder der Eigenthums-, noch sonst einer dinglichen Klage unterworfen. Dem-

¹⁾ Die Feststellung der Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld betr., Ges.-Samml. Bd. 2, S. 79.

²⁾ Vergl. Verordnung vom 17. Sept. 1834, das. S. 429.

³⁾ Vergl. Art. 6 des genannten Gesetzes, Ges.-Samml. Bd. 12, S. 80.

⁴⁾ Gesetz vom 15. April 1853, die Einführung kürzerer Verjährungsfristen betr., Ges.-Samml. Bd. 11, S. 157.

jenigen, dem sie abhanden gekommen sind, stehen desshalb nur persönliche Klagen gegen seinen Contrahenten, gegen den Entwender, gegen den Veruntreuenden, gegen deren Erben etc. zu,“ ausgenommen, wenn bei der Ausstellung des Papiers auf diesen selbst die Vindication zugelassen worden, oder wenn das Papier gültig ausser Cours gesetzt ist.¹⁾

- 3) Die Aussercourssetzung geschieht durch die Schuldentilgungscommission mittelst der unter den Staatsschuldbrief und dessen Zinsleiste (Zinsscheine können nicht ausser Cours gesetzt werden) zu setzenden, von einem Mitgliede der Commission zu unterzeichnenden und mit dem Amtssiegel zu versehenen Erklärung: „Ausser Cours gesetzt auf den Namen des N. N., eingetragen Inscriptionsbuch fol.“²⁾

§. 142.

20) Herzogthum Sachsen-Altenburg.

Staatsgebiet: 24 Q.-Meilen. Bevölkerung 1859: 135,574 Seelen.

Verfassung. Das Grundgesetz, eine Frucht der Julirevolution, datirt vom 29. April 1831.³⁾ Es beruht wesentlich auf dem ständischen Principe (3 Curiën: Ritterschaft, Städte, Bauern). Im Jahre 1848 ward ihm dieser Character durch mehrere Gesetze sehr liberaler Färbung benommen; von 1850 an begann aber wieder eine retrograde Verfassungsbewegung, welche erst 1857 schloss und die 1848er Gesetze im Sinne der Wiederherstellung des Alten abänderte. So kommt es, dass die Altenburger Verfassungseinrichtungen heute noch, namentlich in Bezug auf die Zusammensetzung der Ständeversammlung, von den Verfassungen der übrigen sächsischen Herzogthümer wesentlich abweichen. In Finanzsachen räumt jedoch das Altenburger Grundgesetz den Ständen ähnliche Befugnisse ein, wie sie anderwärts bestehen.

Finanzen. Auch in Altenburg ist das Verhältniss des Domaniums zum Staat Gegenstand langer und wichtiger Verhandlungen gewesen. Nach dem Grundgesetz von 1831 (§. 18) war dasselbe als Eigenthum des herzogl. Hauses anerkannt. Eine der 1848er Forderungen ging aber auf Vereinigung des Domänenvermögens mit dem Landesfiscus, welche denn auch kraft Vertrags vom 17. Juli 1849 erfolgte. Durch Gesetz vom 18. März 1854⁴⁾ wurde indessen das Eigenthumsrecht der regierenden Familie im Principe wieder hergestellt, die Verwaltung und Nutzung des Domänenvermögens aber dem Staate auf solange, als ein Zweig des Specialhauses Altenburg an der Regierung bleiben wird, gegen Leistung einer Civilliste (resp. Domanalrente) überlassen. Die Civilliste beträgt dermalen 143,000 Thlr.⁵⁾ und kann ohne Zustimmung des Herzogs weder vermindert, noch ohne Einwilligung der Landschaft erhöht werden. — Der Finanzetat für 1859—61 schliesst so ab:

¹⁾ Gesetz vom 9. April 1850, die Unzulässigkeit von dinglichen Klagen zur Verfolgung der a. d. J. lautenden öffentl. Schuldbriefe betr., Ges.-Samml. Bd. 10, S. 11. Den Begriff von „öffentl. Schuldbriefen“ gibt dieses Gesetz genau so, wie das kgl. sächs. Gesetz vom 8. Juni 1846, §. 2 (oben S. 232) und das Coburger Gesetz vom 1. Dec. 1858.

²⁾ Verordnung vom 17. Sept. 1834, §. 3, 4, Ges.-Samml. Bd. 2, S. 430.

³⁾ S. bei Zachariae a. a. O. S. 574 ff.

⁴⁾ Ges.-Samml. S. 126. Durch einen weiteren Recess vom 29. Dec. 1859, Ges.-Samml. von 1860, S. 7, sind alle Regalien auf den Staatsfiscus übergegangen.

⁵⁾ Vergl. Novelle zum Gesetz vom 18. März 1854, d.d. 23. Dec. 1858, Ges.-S. S. 135.

Einnahmen (worunter 370,183 Thlr. aus den Domänen und Regalien)	803,810 Thlr.
Ausgaben	801,910 „
Ueberschuss	1,900 Thlr.

Schuld. Nach dem eben Dargelegten kann die Schuld Altenburgs, gleichviel, ob sie von der früheren Kammer- oder von der Obersteuercasse herrührt, als eine einheitliche Staatsschuld angesehen werden. Sie betrug 1820: 1,188,000, 1830: 1,017,000, Ende 1847: 930,000, 1850: 1,475,206 Thlr. Am 1. Janr. 1859 bestand sie aus

verzinslichen Capitalposten im Belaufe von	1,065,875 Thlr.
unverzinsliche Cassenanweisungen	280,000 „
in Summa	1,345,875 Thlr.

Sicherheitsobjecte. Der oben dargestellten Schuld standen 1859 zunächst 986,950 Thlr. Activcapitalien gegenüber. Alsdann kommt das Domanium insofern in Betracht, als die Schulden von der vormaligen Kammer herrühren. Die Kammerschulden sind übrigens nicht von Bedeutung; sie betrugen 1850 nur noch 247,683 Thlr. Die Steuerkraft des Ländchens findet an dem wohlhabenden Bauernstande einen wesentlichen Rückhalt.

Staatsgarantien. Der Staatsfiscus hat für alle Verbindlichkeiten der herzogl. sächs. Landesbank zu Altenburg, welche übrigens von der Regierung selbst unter Mitwirkung eines ständischen Mitdirectors verwaltet wird, Gewährschaft geleistet.

Gesetzgebung über die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld. Die Gesetzessammlungen des Herzogthums liefern in dieser Beziehung sehr spärliche Ausbeute. Die zweite Beilage zum Grundgesetze von 1831, modificirt und ergänzt durch das oben allegirte Gesetz vom 18. März 1854 und durch Gesetz vom 3. Dec. 1855, regelt nur die allgemeinen Grundsätze der Finanzverwaltung und schreibt vor, dass bei jeder Etatsaufstellung Bedacht auf einen Schuldentilgungsfonds zu nehmen und in Ansehung der älteren Schulden hierüber besondere Festsetzung zu treffen sei, dass aber künftig keine neue Schuld ohne gleichzeitige Schöpfung eines Tilgungsfonds von mindestens 1% gemacht werden dürfe. Die Verwaltung der Schulden liegt dem Finanzcollegium ob, zu welchem die Landschaft zwei Beisitzer abzuordnen hat. Letztere haben indessen kein Stimmrecht, sondern hauptsächlich die Aufgabe, den Gang des Staatshaushalts zu überwachen.

Gesetzgebung über die Rechtsverhältnisse der Inhaberpapiere. In Absicht auf Mortification haben wir in der Altenburger Gesetzsammlung besondere Vorschriften für Staatspapiere nicht gefunden. Es scheinen Seitens des Staats keine Inhaberpapiere ausgestellt zu sein, wie überhaupt das Schuldenwesen Altenburgs keineswegs nach modernen Principien regulirt ist. Für die sogen. Rentenbankscheine, d. h. für die von der Landesbank ausgestellten Grundentlastungsobligationen, enthalten dagegen die Ablösungsgesetze vom 23. Mai 1837, 17. Janr. 1849 und 16. Febr. 1849 nähere Bestimmungen über die Mortification dieser Scheine, wonach eine Edictalladung mit einjähriger Frist zu erlassen ist.

Was sodann die Verjährung der Capitalien und Zinsen anbelangt, so ist die Verjährungsfrist für beide 31 Jahre, 6 Wochen, 3 Tage. Das Verjährungsgesetz vom 31. Dec. 1855¹⁾ gibt aber für die Zinsen die eigenthümliche Bestimmung, dass durch Production der Quittungen über drei auf einander

¹⁾ Ges.-Samml. von 1855, S. 239 ff.

folgende Jahre zu Gunsten des Schuldners die Rechtsvermuthung begründet werde, es seien auch die Ansprüche früherer Jahre entrichtet.

Die Vindication und Aussercourssetzung aller auf Inhaber lautenden Werthpapiere endlich ist durch zwei neuere Gesetze vom 16. März 1858¹⁾ in ähnlicher Weise, wie im Königreich Sachsen, regulirt. Danach können solche Papiere weder vom Eigenthümer noch Pfandgläubiger mittelst einer dinglichen Klage aus den Händen des dritten redlichen Besitzers zurückgefordert werden; auch wird die Redlichkeit des Besitzes so lange vermuthet, bis dem Besitzer nachgewiesen wird, dass er die Papiere auf unrechtmässige Weise erworben, oder darum, dass diess von einem seiner Vorbesitzer geschehen, zur Zeit der Erwerbung gewusst habe. Sind indessen die Papiere gültig ausser Cours gesetzt, was im Inlande sowohl mit oder ohne Bezeichnung des Namens desjenigen, zu dessen Gunsten die Aussercourssetzung erfolgt, durch die Civilgerichtsbehörden, im Auslande aber nach den dort geltenden Gesetzen zu geschehen hat; oder ist im Text der Verschreibungen selbst bei deren Ausstellung bemerkt worden, dass sie der Vindication unterliegen sollen; so können sie mit der Eigenthums- oder jeder andern dinglichen oder persönlichen Klage gleich andern Mobilien zurückgefordert werden.

[§. 143.

21) Herzogthum Anhalt-Dessau-Cöthen.

Staatsgebiet: 28,22 Q.-M. Bevölkerung 1858: 119,515 Seelen.

Nachdem unter Joachim I. die Anhalt'schen Lande im 16. Jahrhundert in Einer Hand vereinigt worden waren, wurden sie schon von dessen Söhnen wieder unter die Linien Dessau, Cöthen, Zerbst und Bernburg getheilt. Die Zerbst'sche Linie starb 1793, die Cöthen'sche 1849 aus. Auf den ersteren Todesfall ward das erledigte Erbe mit Ausnahme der Herrschaft Jever, welche an Katharina II. von Russland (Zerbst'sche Prinzessin) fiel, den übrigen drei Linien zugeschieden. Nach dem Aussterben des Cöthen'schen Zweiges ging aber dessen Besitzthum durch Staatsvertrag vom 1. Janr. 1853 auf Dessau über.

Verfassung. Unerachtet der Theilung behielten sämmtliche Anhalt'sche Lande eine gemeinschaftliche altständische Verfassung, welche jedoch, zumal nachdem der Fürst zu Dessau sich sämmtlicher Ritter durch Auskauf entledigt hatte, seit dem Beginne des 18. Jahrhunderts ignorirt wurde. Factisch bestand daher eine absolute Regierung, bis die Stürme von 1848 das Staatsschiff in die entgegengesetzte Strömung trieben. Es erhielten alsdann die Herzogthümer drei gesonderte Verfassungen auf demokratischer Grundlage: Cöthen am 28., Dessau am 29. Oct. und Bernburg am 14. Dec. 1848. Diese wurden aber schon 1850 abgeändert, für Dessau und Cöthen 1851 aufgehoben und nach langen Verhandlungen durch eine gemeinschaftliche „Landschaftsordnung für die anhaltischen Herzogthümer“ vom 17. Sept. 1859 ersetzt, nachdem schon durch Vertrag vom 2. 7. Mai 1853 eine Realunion zwischen Dessau und Cöthen zu Stande gebracht war. Die neue Landschaftsordnung gewährt den Ständen hinsichtlich des Staatshaushalts und des Schuldenwesens diejenige Einwirkung und Controlle, welche jede Heimlichkeit und Einseitigkeit auszuschliessen geeignet ist.

Finanzen. Die Domänen der vereinigten Herzogthümer erscheinen mit

¹⁾ Ges.-Samml. von 1858, S. 20 und 21.

ihrem Ertragnisse im Staatsbudget, wogegen dem herzogl. Hause die festgestellte Bedarfsumme aus der Staatscasse verabreicht wird. Auch an den Herzog von Bernburg ist wegen seiner Ansprüche an das einverleibte Herzogthum Cöthen eine Rente zu entrichten. Der Finanzetat für 1860 zeigt folgende Hauptpositionen:

Einnahmen: I. Domonialverwaltung	729,950 Thlr.
II. Steuern	975,590 "
III. Regalien, Sporteln etc.	127,570 "
	<u>1,833,110 Thlr.</u>
Ausgaben: I. Herzogl. Haus (19,000 Thlr. an Bernburg)	197,400 Thlr.
II. Staatsschuldenverwaltung	100,000 "
III. Staatsverwaltung und Reservefonds	1,535,710 "
	<u>1,833,110 Thlr.</u>

Staatsschuld. Das Herzogthum Cöthen war noch in den vierziger Jahren so stark verschuldet, dass selbst die regelmässige Zinszahlung unterbleiben musste. Obgleich man die Einkünfte des Fürsten auf 1 Mill. Thlr. schätzte, (einschliesslich der Revenüen aus den Mediatbesitzungen in Preussen und Russland), so steigerten sich die Schulden dennoch. Die Agnaten verweigerten die Anerkennung derselben, was für die Staatsgläubiger um so beunruhigender war, als das kinderlose Ableben des Herzogs bevorstand. Durch eine Verordnung vom 16. Febr. 1846 suchte derselbe nun das erschütterte Vertrauen wieder herzustellen, indem er eine unabhängige Schuldentilgungscommission einsetzte, dieser sogar auf 10 Jahre die Verwaltung der Domänen und Forsten übertrug, einen Schulden-Etat, welcher für immer geschlossen erklärt wurde, aufstellte, Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Schulden aussetzte und selbst das Fürstenthum Pless gegen eine lebenslängliche Rente von 30,000 Thlr. veräusserte. Nach dem gedachten Schulden-Etat betrug anfangs 1846 die gesammte Schuld des kleinen Ländchens 4,328,249 Thlr. Die Gläubiger verloren übrigens ihr Kündigungsrecht und sollten in eine Ermässigung des Zinsfusses auf 4%, insoweit ihre Forderungen höhere Zinsen trugen, einwilligen. Die Tilgung sollte künftig mittelst Rückkaufs der Obligationen unter pari, wäre diess aber nicht thunlich, im Wege der Verloosung geschehen. Die Tilgungsfonds wurden nach den verschiedenen Schuldenabtheilungen zu $\frac{1}{2}$, $1\frac{1}{2}$ und 2% mit Zinsenzuwachs festgestellt. In Folge dieser Maassregeln trat in der That alsbald eine namhafte Verminderung der Schuld ein. — Das Herzogthum Dessau hat erst in neuerer Zeit eine grössere Schuld erhalten, namentlich durch Creirung einer allzugrossen Summe Papiergelds (1 Mill. Thlr.). Am 1. Janr. 1859 betrug die Gesamtschuld der vereinigten Herzogthümer an verzinslichen Posten 2,318,766 Thlr. wozu an umlaufendem Papiergeld kommen circa 700,000 "

Zusammen 3,018,766 Thlr.

Die fundirte Staatsschuld ward durch das Lotterieanlehen von 1856 à 2 Mill. Thlr. grösstentheils consolidirt. Ebenso wurde zum Zwecke der Consolidirung der schwebenden Schuld (Papiergeld und Eisenbahnscheine) 1859 eine inländische Anleihe angeordnet.

Staatsgarantien. Die Herzogthümer Bernburg und Cöthen haben behufs Unterstützung des Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahnunternehmens die Ausgabe von 500,000 Thlr. unverzinslicher Eisenbahnscheine gestattet und dafür Staatsgewähr übernommen.

Sicherheitsobjecte. Dass die Domänen des vereinigten Herzogthums, auf welchen ein bedeutender Theil der Schuld ruht (die Kammerschulden von Cöthen allein betrugen anfangs 1846 über 2,400,000 Thlr.), sehr namhafte

Erträgnisse liefern, ist aus der oben gegebenen Budget-Uebersicht zu entnehmen. Dieselben sind hinlänglich, um die gesammte Schuld zu decken. Gegenüber dem früheren bedenklichen Zustande des Schuldenwesens kann man daher denselben jetzt einen befriedigenden nennen.

Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld. Es besteht eine besondere Staatsschuldenverwaltung, deren Vorstand übrigens dermalen der Staatsminister ist. Den Ständen sind die Rechnungen derselben vorzulegen, wie auch keine Schulden ohne Zustimmung der Stände contrahirt werden können. Die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld sind aus sicheren Einnahmsquellen anzuweisen. Zinsen und Tilgungsquoten sind bei der Tilgungsanstalt zu erheben. Hinsichtlich der Tilgung der bereits erwähnten Lotterianleihe haben wir in Kürze Folgendes zu bemerken: sie ist eingetheilt in 400 Serien von 50 Loosen à 100 Thlr., verzinslich zu $3\frac{1}{2}\%$ auf 1. April, auf welchen Termin auch die verloosten Prämien zu heben sind. Die Tilgungsperiode beträgt 39 Jahre, von 1857 bis 1896. Jährlich findet am 15. Sept. die Serienziehung und am 15. Janr. die Prämienziehung statt. Hauptprämien sind: 10,000, 5,000, 3,000, 1,500, 1,000, 500, 250 Thlr. Der niederste Treffer ist auf 104 Thlr. fixirt und steigt auf 123 Thlr.

§. 144.

22) Herzogthum Anhalt-Bernburg.

Staatsgebiet: 15 Q.-Meilen. **Bevölkerung 1858:** 56,031 Seelen.

Verfassung: siehe bei Anhalt-Dessau-Cöthen, da nunmehr die drei Anhalt'schen Herzogthümer eine gemeinschaftliche Constitution haben.

Finanzen. Nach dem Etat für das Jahr 1860 betrugen die Einnahmen 1,201,000 Thlr.; die Ausgaben waren den Einnahmen gleich. Die Finanzzustände haben sich seit 1856 sehr gebessert. Damals wurden an Steuern 12 Simpla erhoben, welche 1857 auf 9 und 1858 auf 6 Simpla herabgesetzt werden konnten.

Staatsschuld. Diese betrug am 1. Janr. 1860 1,711,320 Thlr., worunter 500,000 Thlr. Papiergeld. Letzteres soll nach neuerer Bestimmung auf die Hälfte seines Betrags durch Einberufung ermässigt werden.

Staatsgarantien: s. Dessau-Cöthen.

Sicherheitsobjecte. Den Passiven standen am 1. Janr. 1860 zunächst 776,431 Thlr. Activen entgegen. Der Ueberrest der Schuld erscheint durch die Domänen, deren Capitalwerth schon 1846 zu 6 Mill. Thlr. geschätzt wurde, mehr als gedeckt.

Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Schuld. Auch in Bernburg besteht eine besondere Schuldentilgungscommission unter dem Vorsitze eines Regierungsbeamten. Im Uebrigen sind ähnliche Einrichtungen und Bestimmungen getroffen, wie in Dessau-Cöthen.

§. 145.

23) Fürstenthum Lippe-Detmold. *)

Staatsumfang: 20 $\frac{1}{2}$ Q.-Meilen. **Bevölkerung 1858:** 106,086 Seelen.

Verfassung vom 6. Juli 1836, nach erfolglosen Aenderungsversuchen im Jahre 1849 wieder hergestellt am 15. März 1853.

*) Wir beschränken uns bei den nun folgenden deutschen Fürstenthümern behufs

Finanzen. Der Etat für 18^{56/57} schloss mit einer Roheinnahme und Ausgabe von 450,000 Thlr. ab, welche aus 7 abgesonderten Cassen flossen. Die Domänen sind von der Landescasse getrennt.

Schulden 1847: 318,000 Thlr., wovon die Kammercasse 200,000 Thlr., die Landescasse 90,000 Thlr. und die Wegbaucasse 28,000 Thlr. zu vertreten hatten. 1851: 300,000 Thlr.; 1860 ca. 350,000 Thlr., wovon ca. 200,000 Thlr. Kammerschuld.

§. 146.

24) Fürstenthum Schaumburg-Lippe.

Staatsgebiet: 8 Q.-Meilen. Bevölkerung 1858: 30,144 Seelen.

Verfassung. Im vorigen Jahrhundert waren verschiedene Gegenstände der Landesverfassung, Verwaltung und Besteuerung Object eines Rechtsstreits zwischen dem Fürsten und dessen Unterthanen, welcher durch Vergleich vom 3. Sept. 1791 endigte. Auf dessen Grundlage wurde am 15. Janr. 1816 eine Verordnung „über die Verhältnisse der Landstände“ erlassen. 1848 erlitt diese auf dem ständischen Principe beruhende Verfassung Aenderungen, auch sollte mit einer neu gewählten Versammlung eine neue Constitution vereinbart werden. Diess misslang jedoch und seitdem besteht factisch keine Landesvertretung mehr.

Finanzen. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben werden zu circa 230,000 Thlr. angegeben. Der grössere Theil derselben fiesst aus der Domänenkammer (1851: 152,500 Thlr.).

Schulden. Die Landessteuercasse war im Jahre 1818 nur mit 106,601 Thlr. Schulden belastet, welchen ein gleicher Betrag, allerdings zum Theil unsicherer Activforderungen gegenüber stand. 1847 betrug die Schuld der Landessteuercasse nur noch 13,000 Thlr. und scheint seitdem getilgt worden zu sein. Auf der Kammercasse ruht dagegen jetzt noch eine bedeutende Schuldenlast. Der Fürst hatte 1816 fast alle Schulden auf dieselbe übernommen. Der Gesamtbetrag der Kammerschulden wird zu 2,680,000 Thlr. angegeben. Darunter ist eine Lotterieleihe von 1846 im Betrage von 1¹/₂ Mill. Thlr., aufgenommen zum Behufe des Eisenbahnbaues, begriffen. Sie ist eingetheilt in 1,200 Serien von je 50 Loosen à 25 Thlr. Tilgungszeit: 40 Jahre von 1847 bis 1886. Serienziehung am 1. April; Prämienziehung am 1. Juli; Zahlung der Prämien am 1. Oct. jeden Jahres. Hauptprämien: 18,000, 12,000, 1,200, 1,000, 500, 100 Thlr. Der niederste Treffer steigt von 26 bis 58 Thlr. In der angegebenen Gesamtschuldensumme sind ferner 500,000 Thlr. Cassenanweisungen enthalten, deren Einlösung 1859 verweigert wurde.

§. 147.

25) Fürstenthum Waldeck-Pyrmont.

Staatsumfang: 21¹/₂ Q.-Meilen. Einwohner 1858: 57,550 Seelen.

Verfassung: constitutionell-monarchisch, vom 17. Aug. 1852, welche an die Stelle des „Landesverfassungsgesetzes“ vom 19. April 1819 und des „Staatsgrundgesetzes“ vom 23. Mai 1849 getreten ist.

Raumersparung auf die Sammlung des allerwesentlichsten statistischen Materials, was einer besondern Begründung nicht bedürfen wird.

Finanzen nach dem den Ständen vorgelegten Budget für 18^{60/62}:

Einnahmen per Jahr, ordentl. und ausserordentl. zusammen	435,475 Thlr.
Ausgaben " " " " " "	443,825 "
Deficit	8,350 Thlr.

Domänen- und Landescasse sind noch getrennt.

Schulden. Ende 1847 betrug die Kammerschuld 930,000, die Landesschuld 517,000, zus. 1,447,000 Thlr. 1851 waren beide Abtheilungen zusammen auf 1,560,000 Thlr. angewachsen, 1856 auf 1,520,000 Thlr. ermässigt. Den neuesten Schuldenbestand kennen wir nicht.

§. 148.

26) Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen.

Staatsgebiet: 15^{1/2} Q.-Meilen. Bevölkerung 1858: 62,974 Seelen.

Verfassung: constitutionell-monarchisch, vom 20. Dec. 1849, modificirt 1852, 1854 und 1856; zuletzt ersetzt durch ein neues Grundgesetz vom 8. Juli 1857.

Finanzen. Die Endziffern des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 18^{60/62} sind: Einnahmen per Jahr 599,938 Thlr.; Ausgaben 593,801 Thlr. Die vorhergegangene Finanzperiode schliesst mit mindestens 150,000 Thlr. Ueberschuss ab.

Schulden.	1851:	1853:	1856:	1860:
Kammerschuld . .	838,713	841,496	927,042	839,418 Thlr.
Landesschuld . .	382,743	432,838	622,980	682,333 "
Gesamtschuld .	1,221,456	1,274,334	1,550,022	1,521,751 Thlr.

Die emittirten Cassenanweisungen im Betrage von 500,000 Thlr., Privatpapiergeld des fürstlichen Hauses, sind 1859 durch ein 4^{1/2}proc. Anlehen fundirt worden.

§. 149.

27) Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt.

Staatsgebiet: 17^{1/2} Q.-Meilen, mit 70,030 Einwohnern (1858).

Verfassung: constitutionell-monarchisch, vom 21. März 1854, neu vereinbart an die Stelle der Verordnung vom 8. Janr. 1816 über die „Repräsentation des Volks“ und des Landtagsabschieds vom 21. April 1816.

Finanzen. Die Domänen sind durch das neue Verfassungsgesetz als unveräusserliches Familiengut des fürstlichen Hauses bestätigt, jedoch sollen deren Einkünfte nach Bestreitung der Kosten der Hofhaltung und des Unterhalts der fürstl. Familie zur Bestreitung der Landesverwaltungskosten verwendet werden. Budget für 1860: Einnahmen: 787,310 fl.; Ausgaben: 779,970 fl.; Ueberschuss: 7,340 fl.

Schulden. 1847 betrug die Kammerschuld 895,741 fl.; die Landesschuld einschliesslich der Strassenbauschuld 643,000 fl., zus. 1,438,741 fl., wozu noch circa 175,000 fl. Papiergeld kamen. Die Landesschuld ist hauptsächlich in Folge des Strassenbaues entstanden. Seitdem soll die Gesamtschuld auf 1,250,000 fl. ermässigt, nach Andern aber auf 1,848,000 fl. erhöht worden sein, worunter 200,000 fl. unverzinsliches Papiergeld.

§. 150.

28) Fürstenthum Reuss-Greiz (Reuss ältere Linie).

Staatsumfang: $6\frac{1}{2}$ Q.-Meilen mit 39,397 Einwohnern (1858).

Verfassung. Die altlandständische Verfassung besteht noch in Kraft, nachdem zwar im Jahre 1848 ff. eine neue Constitution wiederholt berathen und abgeschlossen, aber nicht ins Leben gerufen worden ist. Nur hinsichtlich des Domaniums kam 1850 ein in Vollzug gesetzter Vertrag zu Stande, wonach dasselbe der ständischen Controlle unterliegt.

Finanzen. Es wird kein Staatshaushalts-Etat veröffentlicht. Von 18^{41/47} betragen im Durchschnitt die

	Einnahmen:	Ausgaben:
der fürstlichen Generalcasse	77,876 Thlr.	90,002 Thlr.
der Landescasse	70,591 „	54,169 „
	148,467 Thlr.	144,171 Thlr.

Schulden. Auch der neueste Schuldenbestand ist nicht bekannt. 1847 war derselbe (nach v. Reden) 377,000 Thlr., wovon 305,000 auf die Domänen und 72,000 auf die Landescasse kamen.

§. 151.

29) Fürstenthum Reuss-Schleiz-Lobenstein-Ebersdorf (Reuss jüngere Linie).

Staatsumfang: 15 Q.-Meilen mit 81,806 Einwohnern.

Verfassung: constitutionell-monarchisch, vom 14. April 1852, modificirt am 20. Juni 1856. (Sie enthält kein Wort von dem landesherrlichen Domanium und gibt dem Landtag diessfalls nur das Recht, das gesammte Staatsvermögen „zu überwachen“. „Die gesammte Landesschuld ist unter die Gewährleistung der Volksvertretung gestellt.“)

Finanzen. Der Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1860 schliesst mit 281,424 Thlr. ab. Hierunter sind aber die Ergebnisse der Domänenecasse nicht inbegriffen.

Schulden. Nur die Landesschuld ist ihrem Betrage nach bekannt. Sie betrug 1850: 534,427 Thlr.; Ende 1857: 459,126; 1858: 457,061; Ende 1859: 427,632 Thlr. Von letzterer Summe waren 121,850 Thlr. (Staatsschuldscheine) consolidirt; 305,782 Thlr. aber kündbar. Bei der Bank in Gera waren 17,515 Thlr. verzinslich deponirt. Nach Absatz dieses Activums betrug das Passivum des Landes noch 410,117 Thlr.

§. 152.

30) Fürstenthum Liechtenstein.

Staatsumfang: 3 Q.-Meilen mit 7,150 Einwohnern.

Verfassung: altständisch, vom 9. Nov. 1818, modificirt durch materielle Zugeständnisse von 1848 und 1849, welche jedoch durch Erlass vom 20. Juli 1852 wiederum modificirt worden sind. (Die Stände haben keinerlei Einfluss auf das Domanium; ebenso wenig auf die bürgerliche, politische und Strafgesetzgebung, weil diessfalls die österreichischen Gesetze gelten. Ihre Wirk-

samkeit beschränkt sich daher auf die Steuerverwaltung. Der Fürst bezieht vom Lande nichts.)

Finanzen und Schulden. Ueber die Finanzen ist nichts bekannt. Man schätzt die Landeseinkünfte auf circa 55,000 fl. Hinsichtlich der Schulden waltet das eigenthümliche Verhältniss ob, dass das Land seine Passiven im Betrag von 50—60,000 fl. bei seinem Regenten selbst, der aus den Mediatbesitzungen in Schlesien und Mähren (104 Q.-M. mit 350,000 Einwohnern) seine Haupteinkünfte bezieht, aufgenommen hat. Durch den oben citirten Erlass vom 20. Juli 1852 gewährt der Fürst dem Lande zu dem Zwecke schnellerer Durchführung der Zehentablösung Nachlass der Zinsen aus der Landesschuld und Beschränkung der Schuldentilgung.

§. 153.

31) Landgrafschaft Hessen-Homburg.

Landesumfang: 5 Q.-Meilen mit 25,746 Einwohnern.

Verfassung. Nachdem die Verfassungsurkunde vom 3. Janr. 1850 aufgehoben worden ist, besteht der am 20. April 1852 octroyirte Verfassungszustand, wonach keine unmittelbare Landesvertretung mehr in Wirksamkeit ist, sondern die Bezirksräthe der beiden Landestheile (Amt Homburg und Oberamt Meisenheim) je abgesondert bei der Gesetzgebung und Besteuerung mitwirken. Zum Zwecke der Etatsberathung ordnet jeder Bezirksrath 4 seiner Mitglieder ab, welche unter Vorsitz eines Regierungsbeamten den Landesausschuss bilden.

Finanzen. Domänen und Landeseinkünfte sind vereinigt. Das Budget schloss wie folgt ab:

	1851/52:	1856:	1859:	1860:
Einnahmen	290,473	349,500	359,766	409,946 fl.
Ausgaben	292,655	343,220	406,538	375,506 „

Schulden. Sie betragen 1851: 1,383,124 fl.; 1853: 1,245,980 fl.; 1856: 1,076,908 fl.; 1859: 1,037,707 fl.; 1860: 1,084,608 fl. Es standen ihnen an Activen gegenüber: 1859: 317,893 fl.; 1860: 323,429 fl. Unter dem Schuldenbestand von 1859 waren begriffen: Anleihen: 786,479 fl., Cautionen: 251,227 fl. Die gesammte Schuld wird durch eine 1829 eingesetzte Tilgungscommission, welche jedoch eine Regierungsbehörde ist, verwaltet.

§. 154.

32) Freie Stadt Hamburg.

Staatsgebiet: 6 $\frac{1}{3}$ Q.-Meilen. **Bevölkerung** 1858: 222,541 Seelen, wovon 132,440 auf die Stadt, 39,256 auf die Vorstädte und 50,845 auf das Gebiet (einschliesslich der Hälfte des Amts Bergedorf) kamen. Die Bevölkerung stieg von 137,119 Menschen im Jahre 1811 auf obige Zahl, wobei die Zunahme fast ganz auf die Stadt und Vorstädte fällt.

Hamburg soll seine Gründung, welche in das Jahr 808 verlegt wird, Karl dem Grossen verdanken. Kaiser Otto IV. verlieh ihm 1215 die Rechte einer Reichsstadt. Schon 1241 verbanden sich Lübeck und Hamburg mittelst eines Schutzvertrags zur Aufrechthaltung ihrer Freiheit, wodurch der Grund zu der einst mächtigen Hansa gelegt ward. In den folgenden Jahrhunderten zerütteten innere Streitigkeiten das Gemeinwesen wiederholt und erst der ame-

rikanische Freiheitskrieg und die französischen Revolutionskriege erhoben Hamburg zu einem Welthandelsplatz ersten Rangs. Doch gereichten ihm die letzteren bald genug zum Verderben. Von 1803 an war es den Erpressungen und Beraubungen durch die Franzosen wie kaum eine andere Stadt ausgesetzt und am 13. Dec. 1810 verlor es dazu auch seine Selbstständigkeit, indem es dem französischen Kaiserreiche einverleibt und zur Hauptstadt des Departements der Elbemündungen erklärt ward. Erst 1814 schlug die Stunde der Befreiung vom verhassten fremden Joche und 1815 ward Hamburg mit seinem Gebiet als freier Staat in den deutschen Bund aufgenommen.

Verfassung. Die ältere Verfassung Hamburgs, nur während der französischen Zwischenherrschaft ausser Wirksamkeit gesetzt, ist das Product langer blutiger Kämpfe der Bürgerschaft gewesen und beruht auf Vereinbarungen (unter Vermittlung einer kaiserl. Commission) von 1710 und 1712. (Neues Reglement vom 7. Aug. 1710, Unionsrecess des Senats vom 7. Sept. 1710, Unionsrecess der bürgerl. Collegien vom 5. Oct. 1712 und Hauptrecess vom 11. Aug. bis 13. Oct. 1712.) Danach war alle Gewalt in die Hände des Raths, der bürgerlichen Collegien (Oberalten, Sechziger und Hundertachtziger) und beziehungsweise der erbgessenen Bürgerschaft, wozu nur diejenigen Bürger gehörten, welche innerhalb der Stadtringmauern ein Grundeigenthum besaßen, welches jährlich mindestens 1,000 Thlr. Species freien Geldes aufbrachte, oder welche im Gebiete aus Grundeigenthum mindestens 2,000 Thlr. bezogen (selbst hievon waren noch manche Ausnahmen gemacht), gelegt. Merkwürdiger Weise wurde an diesen, den heutigen Principien politischer Gerechtigkeit mehr als die meisten monarchischen Verfassungen der Neuzeit widersprechenden Grundgesetzen mit einer Zähigkeit festgehalten, welche selbst in den Jahren 1848—50 einen damals neu ausgearbeiteten Verfassungsentwurf nicht ins Leben treten liess. Erst die allerneueste Zeit brachte endlich eine Erledigung des Verfassungsstreites im Sinne grösserer Theilnahmefähigkeit der Gesamtheit an den öffentlichen Angelegenheiten durch die vereinbarte „Verfassung der freien und Hansestadt Hamburg“ vom 28. Sept. 1860.¹⁾ Nach derselben steht die höchste Gewalt dem Senate und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zu; die gesetzgebende Gewalt wird von eben diesen beiden Factoren, die vollziehende vom Senate allein, die richterliche von den Gerichten ausgeübt. Der Senat (18 Mitglieder) wird von der Bürgerschaft, letztere (192 Mitglieder stark) theils durch allgemeine directe Wahlen (84 Mitglieder), theils durch Wahl der Grundbesitzer (48 Mitglieder), der Gerichte, Deputationen und Collegien (60 Mitglieder) ernannt. Gegenstände der Gesetzgebung sind u. A.: Abschliessung von Staatsanleihen; Veräusserung von Staatsgütern, welche nicht schon im regelmässigen Gange der Verwaltung liegt, Feststellung des Budgets etc.²⁾

Finanzen. Die wirklichen Finanzausweise ergaben ausschliesslich der bloss transitirenden Posten, jedoch einschliesslich der Rückstände aus den Vorjahren in Mark Cour.³⁾

	1842:	1847:	1856:	1857:	1858:
Einnahmen . . .	5,896,000	8,115,176	8,270,228	8,794,142	7,724,830
Ausgaben . . .	7,091,500	7,776,424	7,513,607	7,770,700	7,278,950

Im Jahre 1855 war ein Ueberschuss von 38,046 Mark vorhanden, welcher 1856 auf 820,087 Mk., 1857 auf 1,096,138 Mk. stieg und 1858: 499,174 Mk. betrug. 1859 waren noch 935,611 Mk. an Ueberschüssen zu verwenden.

¹⁾ Abgedruckt in Lappenbergs Samml. der Verordnungen der fr. St. Hamburg, Bd. 29, S. 79 ff.

²⁾ Vergl. Verfassungsurkunde §. 62.

³⁾ 1 Mark Cour. = $\frac{2}{5}$ Thlr. preuss. Cour.; 1 Mark Banco = $\frac{1}{2}$ Thlr. preuss.

Staatsbudget für 1860 nach dem Berichte der Budgetcommission in Mark Cour.:

Einnahmen:		Ausgaben:	
I. Aus dem Staatsvermögen, Domänen und Regalien	1,262,800	I. Ordentliche Ausgaben, worunter 1,685,500 Mk. für die Staatsschuld . .	7,684,630
II. Für Benützung öffentlicher Plätze	239,000	II. Ausserordentl. Ausgaben	337,400
III. Abgaben { indirecte	4,846,500		
{ directe	1,258,000		
IV. Von den Gerichten	62,800		
V. Von Emolumenten und Gebühren	78,500		
VI. Diverse Einnahmen	141,000		
VII. Einnahmen vom Gebiet	57,900		
	<u>7,947,400</u>		<u>8,022,030</u>

Das kleine Deficit von 74,630 Mk. sollte aus den Ueberschüssen früherer Jahre gedeckt werden. Neben diesem eigentlichen Staatsbudget läuft übrigens ein sogenanntes transitirendes im Betrage von 2,042,125 Mk. Die Mittel zur Tilgung und Verzinsung des vom grossen Brande im Jahre 1842 herrührenden Anlehens werden nämlich durch die Grundsteuer (1859: 1,710,000 Mk.) und durch eine besondere Feuercassezulage à 4 per mille aufgebracht und entziffern die eben genannte Summe. Diese transitirenden Einnahmen und Ausgaben zum eigentlichen Staatsbudget hinzugerechnet, erhöht sich solches auf über 10 Mill. Mark Cour. = 4 Mill. Thlr. preuss. Cour.

Staatsschuld. Die dermalige grosse Schuld Hamburgs hat ihren Ursprung hauptsächlich in zwei unverschuldeten, für die Stadt traurigen Ereignissen: der französischen Besetzung und Beraubung im Anfange des Jahrhunderts und dem grossen Brande des Jahres 1842. Der Gesamtschaden Hamburgs durch die französische Occupation wird zu 89 Mill. Thlr. berechnet. Nur die Besetzung von 18^{06/07} war mit einer Belastung von 44,381,311 Frs. begleitet; dazu kamen zu gleicher Zeit 16 Mill. Frs. behufs Abwendung der Beschlagnahme englischer Waaren. Schon vorher, im Jahre 1798, musste zur Aufbringung der franz. Contribution eine Anleihe gemacht werden. 1813 nahm alsdann der franz. Befehlshaber Davoust den Baarvorrath der Bank mit 7,506,956 Mark einfach weg. Vor und während der Eroberung wurden nicht weniger als 1207 Häuser zerstört, wofür 35,701,100 Frs. liquidirt wurden. Was ausserdem dem Hamburger Handel durch die Continentsperre und die französ. Besetzung geschadet wurde, entzieht sich aller Berechnung. Dass unter solchen Umständen der ganze Staatshaushalt in Zerrüttung fiel und die Verbindlichkeiten der Stadt unerfüllt blieben, kann Niemanden auffallen. Im Jahre 1814, nachdem endlich die fremden Bedränger vertrieben waren, war die Stadt mit einer Schuld von 33½ Mill. M. Beo. belastet, wozu noch 4 Mill. Zinsrückstände kamen. Nun ging man aber auch ohne Verzug an die Ordnung des Haushalts und Wiederaufnahme der Zinszahlung. Schon 1798 war aus Anlass der ersten Contributionsanleihe eine Schuldenverwaltungs-Deputation aus Mitgliedern des Rathes und des Sechziger-Collegiums eingesetzt worden.¹⁾ Jetzt wurde dieselbe bestätigt, resp. reorganisirt (aus Mitgliedern des Rathes und der Bürgerschaft); auch die unverkürzte Zinszahlung und die Til-

¹⁾ Rathes- u. Bürger-Schluss vom 22. Febr. 1798.

gung aus etwaigen Einnahmeüberschüssen zugesichert.¹⁾ Im Jahre 1816 ward eine besondere Tilgungscasse errichtet und über die Schuldenverminderung nähere Bestimmung getroffen.²⁾ In Folge dieser Maassregeln waren bis 1823 neben den laufenden alle rückständigen Zinsen bezahlt und bis 1829 ein Capital zum Zinsenbelaufe von 160,000 Mk. Cour. abgetragen. Obgleich nun beschlossen wurde, die Tilgungsmittel bis zum Jahre 1838 um jährliche 100,000 Mark zu beschränken,³⁾ war doch in letzterem Jahre das Capital der Staatsschuld bis auf 30,769,000 Mk. Ct. = 12,307,600 Thlr. Ct. herabgebracht, und es schritt die Tilgung auch in den folgenden Jahren rüstig vorwärts. Da traf Hamburg das grosse Unglück eines Brandes von unerhörter Ausdehnung, dessen Verheerungen einen Werth von circa 90 Mill. Thlr. vernichteten. (Es wurden 4219 Häuser in 75 Strassen eingeeäschert.) Dieses Ereigniss hatte nicht nur die Aufnahme einer neuen Staatsschuld (Feuercassen-Schuld) von 34,400,000 Mk. Bco. zu 3½% (zum Cours von 93—100%) zur Folge, sondern auch Einfluss auf die alte Schuld, insoferne nun das Kündigungsrecht der alten Staatsgläubiger bis zum gänzlichen Abtrag der neuen Anleihe sistirt wurde.⁴⁾ Eine weitere Staatsanleihe, zum Theil ebenfalls die Folge des Brandunglückes, ward 1846 im Betrage von 9,600,000 Mk. Bco. zum Zwecke des Eisenbahn-, Hafen-, Wasser-, Kasernen-, Rathhaus- etc. Baues beschlossen⁵⁾ (Prämienanleihe), welche später (1848, 1849 und 1850) zum Theil als eine Art Zwangsanleihe emittirt werden musste. Damit schliesst, abgesehen von einigen geringeren Capitalaufnahmen, die Schuldenvermehrung und seitdem ist durch planmässige Tilgung eine namhafte Verminderung eingetreten. Als wichtiges Ereigniss für Hamburg haben wir nur noch die grosse Handelskrise von 1857 zu erwähnen, welche zwar dem Privatwohlstande tiefe Wunden schlug, den Staat aber nur vorübergehend belastete.

Die Gesamtschuld betrug Ende 1847: 65,256,087; 1850: 67,855,807; 1852: 66,940,288; 1855: 65,286,451 Mk. Bco. Am 1. Janr. 1859 bestand sie aus folgenden Posten:

Rest der alten Schuld zu verschiedenem Zinsfusse	24,995,925 M.B.
Feuercassen-Stadtanleihe von 1842 à 3½%	28,999,000 "
Staatsprämienanleihe à 3½% (80,700 Loose à 100 M.)	8,070,000 "
Zusammen	62,064,925 M.B.
= 31,032,462 Thlr. pr. Ct.; auf den Kopf der Bevölkerung über 139 Thlr.	

Sicherheitsobjecte für die Staatsschuld. Die allgemeine Schuld (alte Schuld und Prämienanleihe von 1845) haftet auf dem gesammten Staatsvermögen und Staatseinkommen; die Feuercassenanleihe dagegen ist, wie bereits erwähnt, zunächst auf besondere Steuern, insbesondere die Grundsteuer- und Feuercassen-Zulage, fundirt, ausserdem aber auch auf die allgemeinen Staatsmittel. Aus der oben veranschaulichten Budgets-Uebersicht geht hervor, dass das Einkommen aus dem unmittelbaren Staatsvermögen nicht ausreicht, die Bedürfnisse der Staatsschuld zu decken, dass also die Steuerkraft in Concurrency zu ziehen ist. Diese ist nun so entwickelt und hat eine so ausgiebige Grundlage, dass sie dem Staatsgläubiger volle Beruhigung zu gewähren wohl geeignet ist. Den sichersten Beweis einer ausserordentlichen Leistungsfähigkeit hat Hamburg dadurch an den Tag gelegt, dass es die gedachten grossen

¹⁾ Vorschläge der Reorganisationscommission von 1814. Vergl. R.- u. B.-Schluss vom 15. Sept. 1814, Verordn.-Samml. I, S. 235, und vom 20. Oct. 1814, das. S. 283.

²⁾ Raths- u. Bürger-Schluss vom 22. Aug. 1816, Verordn.-Samml. III, S. 137.

³⁾ " " " " " 28. Janr. 1830, " " XI, S. 114.

⁴⁾ " " " " " 16. Juni 1842, " " XVII, S. 160.

⁵⁾ " " " " " 31. Juli 1845, " " XIX, S. 90.

Catastrophen ohne nachhaltige Lähmung der Kräfte überstanden, sich vielmehr immer wieder in erstaunlicher Kürze von den harten Schlägen, die es trafen, erholt hat. Zur Beurtheilung der grossen Hilfsquellen, welche Hamburg zu Gebote stehen, mögen nachfolgende Notizen über die Handelsbewegung dienen, wobei zu bemerken ist, dass seit 1857 nur noch der Betrag der Einfuhr aufgezeichnet wird. Diese betrug in Mark Banco:

1856: 654,872,080; 1857: 688,849,300; 1858: 502,206,800; 1859: 571,180,850.

Der Werth des Gesammthandels zeigt in den früheren Jahren folgende enorme Steigerung:

	1852:	1853:	1854:	1855:	1856:
Einfuhr	392,028,820	443,877,530	530,668,030	528,558,190	654,872,080
Ausfuhr	372,495,450	421,673,490	493,029,840	507,221,600	613,433,740

Der Bestand der Rhederei Ende 1859 war: 483 Seeschiffe mit 62,287 Commerzlasten à 6,000 Pfd. Noch 1840 waren es nur 193 Seeschiffe mit 15,875 Commerzlasten. 1859 liefen in Hamburg ein: 4,594 Schiffe mit 380,910 Lasten; aus: 4,554 Schiffe mit 377,023 Lasten.

Gesetzgebung über die Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Schuld. Das Schuldenwesen Hamburgs ist keineswegs auf einfache und gleichheitliche Grundsätze zurückgeführt, man hat vielmehr Seitens der Bürgerschaft die früher vom Rath gestellten diessfälligen Anträge zurückgewiesen. Deshalb bestehen noch Schuldtitel, auf verschiedene Währungen lautend, von 1798, 1799, 1804, 1808, 1809, 1837 neben den Verbriefungen der neueren grossen Anleihen; ferner Leibrenten von 1773, Tontinen von 1776 u. s. w.¹⁾ Die Verbriefungen lauten sodann theils auf Namen, theils auf Inhaber, theils auf Namen oder Inhaber, theils auf den „getreuen“ Inhaber. In letzterer Beziehung ist durch Bekanntmachung vom 16. Juli 1852²⁾ eine Vereinfachung angebahnt worden. Danach können die Zinsen von Inhaber-Obligationen nur mittelst Coupons erhoben werden; es sind daher Coupons dazu einzuholen gewesen, oder die Obligationen mussten auf den Namen eingeschrieben werden. Ferner ist bestimmt, dass Inhaber-Obligationen nicht mehr auf Namen ein- und Namen-Obligationen niemals wieder auf Inhaber umgeschrieben werden können und dass Obligationen auf „Namen oder getreue Inhaber“ den einfachen Namen-Obligationen gleich zu achten seien. Zur Verwaltung der Staatsschuld besteht eine besondere „Schuldenadministrations-Deputation“, aus Mitgliedern des Rathes und der Bürgerschaft zusammengesetzt. Die Tilgungsfonds sind bei den einzelnen Schuldabtheilungen verschieden. Für die alte Schuld scheint ein fixer Abtragsfonds nicht zu bestehen; für die Feuer-cassenanleihe wurde derselbe einschliesslich des Verzinsungsfonds auf ursprüngliche 1,445,000 Mk. Bco. festgesetzt; für die Prämienanleihe ist selbstverständlich ein unabänderlicher Verloosungsplan aufgestellt worden. Danach ist dieselbe binnen 48 Jahren (bis 1894) zu tilgen. In den ersten 12 Jahren wird nur der Betrag der Zinsen ($3\frac{1}{2}\%$) auf Prämien gezahlt; alsdann tritt mit der 13. Ziehung (1859) die Tilgung ein. Höchster Treffer 120,000 Mk. Bco., niederster 104 Mk. Bco., welch' letzterer bis auf 200 Mk. Bco. steigt. Weitere Treffer: 24,000, 20,000, 12,000, 10,000 Mk. Bco. etc. Serienziehung am 1. Juli; Prämienziehung am 1. Sept.; Zahlung am 1. Nov. jeden Jahres. Jedes Loos lautet auf 100 Mk. Bco. Von dieser Anleihe abgesehen, ist der Tilgungsmodus der des Rückkaufs an der Börse, so lange die Titel den Paricours nicht erreicht haben; andernfalls tritt Verloosung ein. Die Zinsen-

¹⁾ Vergl. Regulativ wegen der Zahlungen der Zinsen und Renten der öffentl. Schuld vom Dec. 1844, Verordn.-Samml. XVIII, S. 840—845.

²⁾ Verordn.-Samml. XXII, S. 512—515.

zahlung geschieht meistens halbjährlich, nur an gewissen Wochentagen (Dienstag, Donnerstag, Samstag) bei der Schuldenadministrations-Deputation und bei der Bank, sofern die Verschreibungen auf Banco lauten.

Gesetzgebung über die Inhaberpapiere. Hinsichtlich der Mortification und Vindication derselben stellt ein Gesetz vom 6./12. Aug. 1846¹⁾ folgende Normen auf: Verlorene oder beschädigte oder vernichtete Hamburger Staatspapiere auf Inhaber können bei dem Niedergericht zu Hamburg mortificirt werden, mögen sie nun Capital und Zinsen zusammen, oder nur Capital oder Zinsen allein, oder Prämien betreffen. Die Edictalcitation ist mit einem Termine von mindestens einem und höchstens fünf Jahren von 6 zu 6 Monaten zu wiederholen; gleichzeitig tritt Zahlungssperre ein.²⁾ „Eine Vindication von auf den Inhaber lautenden Documenten, es mögen in- oder ausländische, öffentliche oder Privatdocumente sein, findet gegen denjenigen Besitzer, welcher sie in gutem Glauben und mit richtigem Titel erworben hat, nicht statt.“

§. 155.

33) Freie Stadt Bremen.

Staatsgebiet: 3½ Q.-Meilen mit circa 92,000 Einwohnern. (1855: 88,856 Einwohner, wovon 60,087 auf die Stadt Bremen, 3,793 auf die Stadt Vegesack, 5,496 auf Bremerhaven, 19,480 auf das Landgebiet kamen.)

Bremen, schon im 8. Jahrhundert gegründet, trat 1284 zur Hansa, war jedoch Jahrhunderte hindurch in so viele innere und äussere Fehden verwickelt, dass es von jenem mächtigen Bunde wiederholt ausgeschlossen und geächtet wurde. Seine Reichsfreiheit ward erst 1741 gesichert, als Hannover das umliegende Gebiet von Schweden erworben hatte. 1803 erhielt Bremen sogar eine Gebietsvergrößerung, ward aber 1810 durch Napoleon zuerst dem Königreich Westphalen, alsdann aber als Hauptort des Departements der Weser dem Kaiserreiche Frankreich einverleibt. 1813 Wiederherstellung des Freistaats; 1827 Vergrößerung durch Ankauf eines Gebiets von Hannover (357 hann. Morgen), worauf Bremerhaven angelegt ward.

Verfassung. An die Stelle der in den Jahren 1816—1818 mit einigen Abänderungen restituirten alten Verfassung trat 1849 ein radicales Grundgesetz und, nachdem dieses in Folge Bundesbeschlusses vom 6. März 1852 ausser Wirksamkeit gesetzt worden war, 1854 eine neue vereinbarte Constitution.³⁾ Letztere dürfte geeignet sein, alle billigen Wünsche zu befriedigen und einem vernünftigen Fortschritte Bahn zu brechen. Hinsichtlich der Finanz- und Staatsschuldenverwaltung stellt sie nur den allgemeinen Grundsatz auf, dass diese dem Senat und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zustehe. Das Nähere ist der Gesetzgebung vorbehalten.

Finanzen. Das Budget für 1859 schloss mit folgenden Endsummen:

	Einnahmen:	Ausgaben:
ordentliche	1,118,935	1,177,978 Thlr. Gold.
ausserordentliche	196,153	273,670 „ „
Zusammen	1,315,088	1,451,648 Thlr. Gold.

¹⁾ Verordn.-Samml. Bd. XIX, S. 259 ff.

²⁾ Das weitere, sehr complicirte Verfahren siehe in dem angef. Gesetze selbst. Wir erwähnen nur noch der Eigenthümlichkeit des letztern, dass es gegen das erstrichterliche Erkenntniss Appellation und gegen das Appellationserkenntniss Restitution zulässt.

³⁾ Publicirt am 21. Febr. 1854, Gesetzblatt S. 7 ff.

Der Voranschlag für 1860 berechnet eine Einnahme von 1,307,717 und eine Ausgabe von 1,435,813 Thlr. Gold. Danach stünde ein Deficit von 129,096 Thlr. in Aussicht. Man hat aber stets die löbliche Vorsicht beobachtet, die Einnahmen möglichst niedrig, die Ausgaben dagegen möglichst hoch zu veranschlagen, wesshalb sich das Deficit meistens in einen Ueberschuss verwandelt hat.

Schulden. Bremen hatte aus alter Zeit her eine nicht unbedeutende Schuld. Die Ereignisse am Anfange dieses Jahrhunderts erhöhten dieselbe dergestalt, dass sie 1811 3,641,815 Thlr. betrug. Die französische Occupation zumal trug nicht nur hiezu, sondern auch zur Schwächung der Steuerkraft in Folge fast unerschwinglicher Anforderungen bei. Während das Vermögenssteuercapital vorher 24—30 Mill. betrug, war es 1813 auf 17 Mill. gesunken und erreichte erst 1826 seine frühere Höhe wieder. Obgleich daher die Staatsschuld eine drückende Last war, wurden doch alle Verbindlichkeiten getreulich erfüllt. 1816 ward eine Schuldenverwaltungsbehörde (Deputation aus Rath und Bürgerschaft) eingesetzt, deren Wirksamkeit sich auf die eigentliche tilgbare Schuld (ausgenommen waren die Leibrenten, die Capitalien der milden Stiftungen, sowie die noch unberichtigte Hälfte der Zwangsanleihe von 1814) erstreckte.¹⁾ 1824 schritt man zur Herstellung eines einheitlichen Münzfusses mittelst Umschreibung der in nicht mehr gangbaren Sorten ausgestellten Verbriefungen auf Pistolen à 5 Thlr. und zur Herabsetzung des Zinsfusses auf 4%.²⁾ 1827 begann die Vermehrung der Staatsschuld zu productiven Zwecken mit der Aufnahme des ersten „Bremerhaven-Anlehens“ à 602,000 Thlr. 1834 war indessen der Staatscredit so befestigt, dass man zu einer weiteren Ermässigung des Zinsfusses auf 3½% schreiten konnte.³⁾ 1845 erste Eisenbahnanleihe à 2 Mill. Thlr. zu 3½%; 1847 zweite Bremerhaven-Anleihe von 1 Mill. Thlr. zu 4½%; 1858 weitere Eisenbahnanleihe.

Stand der Staatsschuld zu verschiedenen Zeiten: Ende 1820 fundirte Schuld: 2,655,450 Thlr.; Ende 1830: 2,913,000 Thlr.; Ende 1847: 5,726,000 Thlr.; Ende 1849: 6,139,183 Thlr.; 1851 circa 6,050,000 Thlr.; 1856: 6,791,700 Thlr. Den neuesten Bestand der Schuld haben wir nicht genau ermitteln können; derselbe wird übrigens angegeben (Zinsbedürfniss 285,102 Thlr.) zu 7,500,000 Thlr. Gold = 8,250,000 Thlr. preuss.; auf den Kopf der Bevölkerung circa 90 Thlr.

Sicherheitsobjecte. Schon aus vorstehenden Andeutungen erhellt, dass die grössere Hälfte der Bremen'schen Staatsschuld zur Herstellung productiver Anlagen aufgenommen ist. Wenn ein Theil derselben auch nicht gerade eine unmittelbare Finanzquelle des Staats geworden, wie z. B. der Bremer Hafenbau, so sind die Wirkungen davon für die Hebung der Steuerkraft um so grösser gewesen. Die Eisenbahnanlagen ertragen zudem ausreichende Zinsen. Im Uebrigen ist das Bremen'sche Staatsvermögen unbedeutend und würde für sich allein nicht einmal zur Deckung der alten Schuld genügen. (1849 ertrugen die Domänen, Rechte und Regalien 130,683 Thlr.) Ausserdem ist es nicht unveräusserlich, vielmehr laufen unter den ausserordentlichen Budgeteinnahmen regelmässige Erlöse aus veräussertem Staatseigenthum. Dessenungeachtet steht der Credit Bremens hoch, und zwar mit Recht, im Vertrauen auf die grossen Ressourcen, welche den Einzelnen und dem ganzen Gemeinwesen zu Gebote stehen. Zur Erhärtung dieser Angabe mögen folgende

¹⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 26. März 1816.

²⁾ Gesetz vom 17. Mai 1824.

³⁾ Vergl. Bekanntmachung vom 3. Febr. 1834.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Die Gründung Lübecks fällt in das Jahr 1143. Im Jahr 1226 zur freien Reichsstadt erhoben, ward es das Haupt der deutschen Hansa, deren Angelegenheiten es mit Kraft, Einsicht und Ausdauer lange Zeit leitete. Nach dem Zerfall derselben behauptete sich Lübeck allein noch bis zum 17. Jahrhundert. Von da ab datirt aber sein Missgeschick, von welchem es sich bis jetzt nie mehr völlig erholte. 1803 ward es zwar als selbstständiger Staat anerkannt, sogar vergrössert, 1810 aber Frankreich einverleibt. 1813 Befreiung durch die Russen; 1815 Wiederherstellung der Selbstständigkeit.

Verfassung. Zähes Festhalten am Alten characterisirt Lübeck noch mehr als die andern Hansestädte. Darum bedurfte es trotz des anerkannten Bedürfnisses sehr langer Zeit, bis die alte, auf dem ständischen Principe beruhende Grundverfassung einer Revision unterworfen ward. Diese war indessen beim Eintritte der 1848er Bewegung in neuen Entwürfen vorbereitet, welche alsdann fast ohne Aenderung angenommen wurden. Da jedoch verschiedene Bestimmungen derselben nicht befriedigten, so fand bald darauf eine Revision auch dieser neuen Verfassungsgesetze im Sinne der Beseitigung des ständischen Principis und der Einführung des Repräsentativ-Systems statt. Daraus ging die Verfassungsurkunde vom 29. Dec. 1851 hervor.¹⁾ Sie spricht, was das Finanz- und Staatsschuldenwesen betrifft, aus, dass das Staatsbudget jährlich der Bürgerschaft (aus 120 gewählten Vertretern bestehend) zur Genehmigung vorzulegen sei und dass ohne Zustimmung der Bürgerschaft weder eine neue Staatsanleihe gemacht, noch der zur Tilgung der Staatsschulden festgesetzte Plan geändert werden könne.

Finanzen. Staatsbudget für 1860 in Lübecker Mark:

Einnahmen:		Ausgaben:	
Domänen	292,780	Senat und Bürgerschaft . .	114,800
Indirecte Abgaben	484,670	Auswärtige Angelegenheiten	24,500
Directe „	206,960	Gerichte, Polizei, Verwaltung	195,200
Berechtigungen und Conces- sionen	27,100	Bauwesen	143,000
Verschiedenes	71,150	Kirchen und Schulen	46,800
Ausserordentliche Einnahmen	18,890	Militär	140,500
		Staatsschuld	403,900
		Verschiedenes	32,850
	1,101,550		1,101,550

Schulden. Lübeck war schon im 17. Jahrhundert in Folge der verheerenden Kriege zwischen Schweden und Dänemark (1657) und zwischen dem deutschen Reiche und Schweden und Frankreich (1674) mit einer erdrückenden Schuldenlast beschwert. Nachdem es sich davon allmählig erholt hatte, stürzten es die napoleonischen Kriege wiederum in neue Schulden und finanzielle Zerrüttung. Die Franzosen erpressten 1806 von der Stadt an 11 Mill. Fr. Es wurden daher von 1806 bis 1809 vier sogen. contributionsmässige (Zwangs-) Anleihen gemacht, welchen 1810 eine freiwillige Anleihe durch Darlehenswechsel, wofür sämtliche Contributionspflichtige die Gewähr übernahmen, folgte. Auch die französische Herrschaft machte 1811—13 neue Schulden. Nach der Befreiung wurden alle von der Stadt aufgenommenen früheren Anleihen anerkannt, jedoch das Kündigungsrecht der Gläubiger aufgehoben, dagegen versprochen, dass die vor 1811 verfallenen Zinsrückstände capitalisirt werden sollen. Für die Zeitdauer der Fremdherrschaft wurden Zinsen nicht bezahlt; auch ward der Zinsfuss für die freiwilligen Darlehen auf 2%, für die gezwungenen auf

¹⁾ Verordn.-Saml. Bd. XIX, S. 3—28.

1% herabgesetzt.¹⁾ Das war wenig besser als ein partieller Staatsbankerott. Später wurden zwar für die freiwilligen Darlehen die obligationsmässigen Zinsen anerkannt und nachbezahlt,²⁾ bei der Herabsetzung des Zinses aus den gezwungenen Anleihen blieb es aber.³⁾ Eine regelmässige Tilgung der Schuld fand bis 1837 nicht statt. Von da ab wurde aber ein Tilgungsfonds ausgesetzt, welcher zum Abtrag sowohl der freiwilligen als auch der gezwungenen Anleihen, mit Ausnahme der im Besitze einheimischer Kirchen und Stiftungen befindlichen Verbriefungen, im Wege der Verloosung verwendet wurde und anfänglich 40,000 M. betrug; auch wurde die Umschreibung von Namenobligationen auf den Inhaber und der Umtausch der Titel der Zwangsanleihen gegen 3proc. freiwillige Anlehensobligationen mit $\frac{1}{8}$ Capitalabzug gestattet,⁴⁾ von welchem Rechte umfassender Gebrauch gemacht wurde. Dadurch ward der Nominalbetrag der Schuld sehr ermässigt. 1839 fand wieder eine Vermehrung derselben, hauptsächlich zu Wege- und Wasserbauten, statt.⁵⁾ Dann folgte 1850 das grosse $4\frac{1}{2}$ proc. Anleihen à 8 Mill. Mark zum Eisenbahnbau und zur Austiefung des Traveflusses.

Stand der Staatsschuld zu verschiedenen Zeiten: 1820: 9,457,900; 1830: 9,374,100; 1844: 5,881,041; 1847: 5,810,000; 1851: 13,333,398; 1855: 12,350,000 Mark. Der neueste Schuldenbestand wird zu 11,800,000 Mark angegeben = 4,720,000 Thlr. preuss., was auf den Kopf der Bevölkerung circa 96 Thlr. ausmacht.

Sicherheitsobjecte. Ueber die Grösse des Staatsvermögens gibt die oben vor Augen gestellte Budget-Uebersicht den Aufschluss, dass solches zur Deckung des Aufwands auf die Gesamtschuld unzureichend ist. Es ist also auch in Lübeck an die Steuerkraft zu recurriren. Auch hier ist übrigens hervorzuheben, dass ein sehr bedeutender Theil der heutigen Staatsschuld zum Behufe productiver Anlagen gemacht ist, welche der Steuerkraft eine solide und nachhaltige Grundlage zu geben geeignet sind. Als Anhaltspunkte zur Beurtheilung des Lübecker Handels fügen wir bei:

Einfuhr (die Ausfuhr wird nicht aufgezeichnet): 1856: 361,837,949 Pfd. mit 98,948,851 Mark Werth; 1857: 359,707,081 Pfd. mit 78,789,769 M. Werth; 1858: 298,927,161 Pfd.; 1859: 355,261,178 Pfd. Schiffsverkehr 1859: 2,121 angekommene und abgegangene Segel- und Dampfschiffe mit 158,765 Lasten (à 4,120 lüb. Pfd.). Rhederei 1860: 67 Segel- und Dampfschiffe mit 4,750 Lasten.

Gesetzgebung über die Tilgung und Verwaltung der Schuld. Es ist zu unterscheiden zwischen der älteren Schuld und der neuen Anleihe von 1850. Von der ersteren ist ein sehr bedeutender Theil (1851 über 4 Mill. Mark, also fast die ganze alte Schuld) den einheimischen Kirchen und Stiftungen zuständig oder sonst unablässig belegt. Dennoch wird davon jährlich ein Betrag von 30—40,000 Mark getilgt. Die Tilgung der 1850 mit der Berliner Seehandlungssocietät abgeschlossenen Anleihe von 8 Mill. M., verbrieft in Obligationen à 1,000, 500, 200 und 100 Thlr., ist dagegen durch den Darlehensvertrag regulirt und zwar so, dass jährlich 40,000 Mark (16,000 Thlr.) neben den Zinsen aus den amortisirten Obligationen durch Semesterverloosungen zur Abtragung zu bringen sind. Auch bei der Amortisation der älteren Schuld

¹⁾ Bekanntmachungen vom 16. u. 18. Nov. 1814, Verordn.-Samml. Bd. I, S. 307 u. 9.

²⁾ Vergl. Bekanntm. vom 29. Aug. 1825 u. 31. März 1826, V.-S. IV, S. 227 u. V, S. 179.

³⁾ Raths- u. Bürgerschluss vom 24. Aug. 1825, vergl. V.-Samml. IV, S. 228.

⁴⁾ Bekanntm. v. 17. u. 18. April 1837 u. 25. Mai 1840, V.-S. VIII, S. 219, 220; IX, S. 158.

⁵⁾ Vergl. Bekanntm. vom 22. April 1839, V.-S. IX, S. 134.

ist der Modus der Verloosungen angenommen.¹⁾ Zur Verwaltung der älteren Staatsschuld besteht eine „Schuldenregulirungs-Commission“, aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft zusammengesetzt. Für die 1850er Anleihe ist eine besondere Deputation ernannt worden, welcher nur die Verwaltung dieses Schuldtheils obliegt.

Gesetzgebung in Betreff der Mortification, Verjährung und Aussercourssetzung Lübeck'scher Staatsschuldspapiere. Die ältere Schuld war ganz in Obligationen auf Namen verbrieft, deren Umtausch gegen Inhaberpapiere jedoch von 1837 an gestattet wurde.²⁾ Die neue Anleihe von 1850 wurde dagegen mit au porteur-Obligationen verbrieft und es ward dann bezüglich derselben die entgegengesetzte Vergünstigung eingeräumt, dass sie nämlich auf Namen eingeschrieben werden konnten.³⁾ Wegen der Mortification sowohl der Inhaber- als Namenscheine erging unter'm 29. Mai 1850 ein besonderes Gesetz,⁴⁾ wonach die Schuldenverwaltung abhanden gekommene, vernichtete oder unkenntlich gewordene Schuldurkunden aller Art (auch Coupons) nur dann zu honoriren oder mit Duplicaten zu ersetzen hat, wenn sie gerichtlich mortificirt worden sind, es wäre denn, dass die gänzliche Vernichtung nach Befinden der Schuldenverwaltung genügend dargethan wäre. Die Mortification ist beim Niedergericht zu Lübeck zu beantragen, welches auf hinlängliche Bescheinigung und resp. eidliche Erhärtung bei den Namenscheinen sofort das Mortificationsproclam erlässt, bei Inhaberscheinen aber die Schuldenverwaltung beauftragt, den gestellten Mortificationsantrag 4 Quartale hindurch öffentlich bekannt zu machen (je in einem Berliner, Hamburger und Lübecker Blatte). Alsdann kann erst der Antrag auf Einleitung des wirklichen Mortificationsverfahrens gestellt werden, in welchem eine Frist von einem Jahre zur Vorlegung der Urkunde anzuberaumen ist. Auch nach diesem Gesetze ist Appellation gegen das Erkenntniss des Untergerichts zugelassen.

In Absicht auf die Ausser- und Wiederincourssetzung von Inhaberscheinen sagt dasselbe Gesetz, dass die Setzung ausser Cours durch Beifügung eines bestimmten Eigners auf der Schuldurkunde durch die Schuldenverwaltungsbehörde, welchen Beisatz zwei Mitglieder unter Beidruckung des Amtssiegels zu unterzeichnen haben, geschehe und dass so ausser Cours gesetzte Scheine dadurch wieder in Inhaberpapiere verwandelt werden, dass dieselbe Behörde auf gleiche Weise die Zurücknahme jenes Vermerks bezeuge.

Betreffend endlich die Verjährung der Staatsschuldscheine nebst Coupons, so haben wir ein Specialgesetz hierüber nicht gefunden. Dagegen ist unter'm 23. Nov. 1859 ein allgemeines Verjährungsgesetz für persönliche Klagen erlassen worden,⁵⁾ wonach dieselben binnen 10 Jahren, vom letzten December desjenigen Jahres an gerechnet, in welches der festgesetzte Zahlungstag fällt, verjähren.

§. 157.

35) Freie Stadt Frankfurt am Main.

Staatsgebiet: 1,633 Q.-Meilen. Bevölkerung 1858: 79,278 Seelen, wovon 67,975 auf die Stadt und 11,303 auf das Landgebiet (6 Ortschaften) kamen.

¹⁾ Bekanntmachung vom 17. April 1837, Verordn.-Samml. VIII, S. 219.

²⁾ Ebendaselbst und Bekanntm. vom 18. April 1837, das. S. 221.

³⁾ Bekanntm. vom 11. Juni 1850, Verordn.-Samml. XVII, S. 144.

⁴⁾ Verordn.-Samml. XVII, S. 44.

⁵⁾ „ „ XXVI, S. 58.

Die älteste der 4 freien Städte, war Frankfurt schon 794 unter Carl dem Grossen Sitz eines Concils, 843 Hauptstadt des ostfränkischen Reiches, seit der Wahl Friedrich I. (1152) Königswahlstadt, seit 1245 unmittelbare Reichsstadt, seit 1711 Krönungsstadt des deutschen Kaiserreichs. Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 wahrte die Reichsunmittelbarkeit der Stadt sammt ihrem Gebiet, was jedoch Napoleon I. nicht hinderte, dieselbe 1806 dem Rheinbunde als Bundesstadt einzuverleiben. 1810 wurde sie Hauptstadt des neu-geschaffenen Grossherzogthums Frankfurt unter dem Fürsten Primas, 1815 aber durch die Bundesacte als selbstständiger Staat und als Sitz der Bundesversammlung wieder hergestellt.

Verfassung. Die alte Stadtverfassung Frankfurts hatte während der Herrschaft des Fürsten Primas aufgehört, wurde aber durch die sogen. „Constitutions-Ergänzungs-Acte“ vom 17./18. Juli 1816 im Wesentlichen restituirt, welch' letztere bis zum Jahr 1848 in Geltung blieb. Die alsdann vorgenommene Verfassungsrevision führte zu keinem Resultat, vielmehr mussten selbst die 1848 und 1849 erlassenen speciellen Gesetze, die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichheit aller Staatsangehörigen betreffend, anlässlich des Bundesbeschlusses vom 12. Aug. 1852 aufgehoben werden. Unter fortgesetzten Differenzen kam alsdann das organische Gesetz vom 12. Sept. 1853 und das weitere organische Gesetz vom 22. Dec. 1854 bis 6. Febr. 1855 zu Stande, welche die Constitutions-Ergänzungs-Acte modificiren und ergänzen.¹⁾ Diese Grundgesetze zusammen enthalten so-nach das heutige Verfassungsrecht des Freistaats. Sie constituiren drei Staatskörper: den regierenden und vollziehenden Staat, die gesetzgebende Versammlung und den controlirenden Bürgerausschuss. In Finanzsachen insbesondere hat letzterer einen namhaften Einfluss, sofern er das Rechnungs-Revisionscollegium und Mitglieder in die Centralfinanzcommission ernennt. Im Uebrigen unterliegt die Feststellung des Staatshaushalts, die Uebersicht über denselben, die Veräusserung von Staatsvermögen (über 4,000 fl.) etc. der Zustimmung des gesetzgebenden Körpers.

Finanzen. Die Staatsrechnungen für 1846 schlossen noch mit folgenden mässigen Endsummen ab: Einnahmen: 1,850,977 fl., Ausgaben: 1,405,276 fl., Ueberschuss: 445,701 fl. Man sieht daraus, in welch' glänzendem Zustande die Finanzen damals sich befanden. Die folgenden Jahre haben, wie überall, die Ausgaben gesteigert und die Einnahmen geschmälert, daher Deficits hervorgebracht. Doch bedurfte es nicht langer Zeit, um die alte Ordnung wieder herzustellen. Das Budget für 1859 zeigte: Einnahmen: 2,411,534 fl., Ausgaben: 2,087,546 fl., also namhaften Ueberschuss zu Gunsten der Schuldentilgung. Voranschlag für 1860:

Einnahmen:		Ausgaben:	
1) Dienst der Rechnei-Casse:		1) Dienst der Rechnei-Casse:	
a) Grundeigenthum etc.	145,500 fl.	a) Obere Staatsbehörden	
b) Regierungs-, Jurisdic-tionsgefälle, Stempel etc.	281,100 „	und Canzleien . .	144,508 fl.
c) Accise und Consum-tionsabgaben . . .	400,700 „	b) Justizbehörden . .	136,342 „
d) Handelsabgaben und Telegraph	625,500 „	c) Verwaltungsämter .	381,940 „
e) Stadtbeleuchtung, Chausséegeld . . .	43,000 „	d) Militär und Polizei .	509,074 „
		e) Kirchen-, Schul- und Studienwesen . . .	114,837 „
		f) Armenwesen . . .	61,377 „

¹⁾ Alle diese Gesetze finden sich abgedruckt bei Zachariae a. a. O. S. 1146 ff.

f) Dorfschaften	11,734 fl.	g) Verschiedenes	28,242 fl.
g) Verschiedenes	10,500 „	h) Pensionen, ewige Rente	127,644 „
	<u>1,518,034 fl.</u>		<u>1,503,964 fl.</u>
2) Dienst der Schuldentilgungscasse:		2) Schuldentilgungscasse	592,632 „
a) Reinertrag der Eisenbahnen	400,000 fl.	3) Pfandamtscasse	7,894 „
b) Einkommens-, Wohn-, Miethsteuer, Lotterie etc.	455,000 „		
c) Zinsen von Activen, Antrittsgelder, Erlös von Gütern etc.	40,000 „		
	<u>895,000 fl.</u>		
3) Dienst der Pfandamtscasse	8,000 „		
	<u>2,421,034 fl.</u>		<u>2,104,490 fl.</u>

Schulden. Abgesehen von einem geringen Rest alter Schulden der Rechneicasse datirt die heutige grosse Schuld Frankfurts einerseits aus dem Anfange dieses Jahrhunderts als leidige Frucht der napoleonischen Kriege, andererseits aus den letzten zwei Decennien als Folge des Eisenbahnbaues. Zur Bestreitung der ausserordentlichen Kosten der Kriege, Contributionen, Einquartierungen etc. am Anfange des Jahrhunderts mussten wiederholte Anlehen, zum Theil im Zwangswege, gemacht werden (1801, 1806, 1813 und 1814). Nach hergestelltem Frieden begann man jedoch ohne Verzug mit der Ordnung des Schuldenwesens und mit dem Abtrag der Schulden. Um eine Gleichheit der Behandlung und zugleich eine Ermässigung des Zinsfusses zu erzielen, wurde 1822 ein neues 4proc. Anlehen im Belaufe von 3,508,100 fl. eröffnet, mit dessen Ertrage die 5proc. Obligationen von 1806, 1813 und 1814 eingelöst, beziehungsweise eingetauscht wurden.¹⁾ Durch diese Operation war fast die ganze, etwa 8—9 Mill. Gulden betragende Schuld auf 4% Zinsen reducirt, mit gleichmässiger Sicherheit fundirt und mit gleichlautenden Titeln verbrieft. Im Jahre 1839 schritt man alsdann zu einer weitem Umwandlung der ganzen Schuld in 3½proc. au porteur-Verbriefungen.²⁾ 1843 begannen die Schuld- aufnahmen zum Eisenbahnbau, zu welchem Zwecke genehmigt wurden: durch Gesetz vom 5. Sept. 1843: 2 Mill.; vom 10. Febr. 1846: 5 Mill., und vom 14. Nov. 1848: 2½ Mill., zus. 9½ Mill. Gulden.³⁾ An diese Schuldaufnahmen schliesst sich endlich die Contrahirung eines weiteren Anlehens von 2 Mill. Gulden zum Abtrag der entstandenen schwebenden Schuld und zur „Deckung weiterer Staatsbedürfnisse“ gemäss Gesetzes vom 27. Oct. 1857.⁴⁾

Betrag der gesammten Staatsschuld zu verschiedenen Zeiten: 1822 circa 8½ Mill.; 1847: 13,226,000; 1851: 15,724,000; 1858: 17,757,478; 1859: 18,245,086 fl. Für 1860 wird der Schuldenbestand (wohl nach Absatz der Activen) wie folgt angegeben:

Allgemeine Staatsschuld	8,401,000 fl.
Eisenbahnschuld	8,544,000 „
Zusammen (nahezu 214 fl. auf den Kopf der Bevölkerung)	<u>16,945,000 fl.</u>

¹⁾ Vergl. Publicandum vom 11. April 1822, Gesetz- u. Statutensamml. Bd. III, S. 89 ff.

²⁾ Publicandum vom 19. März 1839, das. Bd. VII, S. 97.

³⁾ Vergl. Ges.- u. Statutensamml. Bd. VIII, S. 42, 139 u. 311. Die hier genehmigten Anlehen wurden zum Theil erst später realisirt.

⁴⁾ Ges.- u. Statutensamml. Bd. XIV, S. 119.

Darunter befindet sich 1 Mill., welche die Frankfurter Bank für das ihr ertheilte Privilegium der Notenausgabe unverzinslich angeliehen hat.

Sicherheitsobjecte. Ob die alte Schuld Frankfurts als eine auf dem ganzen Freistaate, d. h. auch auf dem Landgebiete ruhende anzusehen ist, scheint zweifelhaft. Gewiss aber ist, dass die neueren Anlehen, insbesondere die Eisenbahnanlehen, den Character wahrer Staatsschulden haben. Uebrigens ist die ganze Schuld auf besondere Staatseinkünfte, voran die Erträgnisse der Eisenbahnen, welche nach Gesetz vom 5. Sept. 1843 zu keinem andern Zwecke, als dem der Dotation der Eisenbahnanlehen verwendet werden dürfen, sodann die Einkommens-, Wohn- und Miethsteuer und die Erlöse aus Staatsgütern, fundirt. Als specielle Sicherheit für die alte Schuld nennt das Publicandum vom 11. April 1822 ausserdem „der Stadt gesammtes Vermögen, das beträchtliche Eigenthum des Stadtwaldes mitbegriffen, sowie sämmtliche Stadtrindraden.“ Dass die Erträgnisse der Staatsgüter und der Eisenbahnen den Zinsenbedarf der Tilgungscasse nahezu decken, haben wir aus der oben gegebenen Budgetübersicht gesehen. Frankfurt steht also in seinen Vermögensverhältnissen besser, als die andern freien Städte. Was seine Steuerkraft anbelangt, so hat es zwar von seiner früheren Wichtigkeit als süddeutscher Handelsplatz namhaft eingebüsst; doch betrug sein Waarenverkehr z. B. 1855 noch 68,119,605 fl. Daneben hat es als deutscher Wechselplatz und Geldmacht eine um so wichtigere Stellung erlangt, und es sind seine Erwerbsquellen ebenso bedeutend als nachhaltig.

Gesetzgebung über die Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Schulden. Zur Verwaltung der eigentlichen Stadt- resp. Staatsschuld besteht seit Anfang dieses Jahrhunderts eine besondere „Schuldentilgungscommission“ und Tilgungscasse. Wie die letztere ausgestattet ist, haben wir so eben dargelegt. Von ihren Einnahmen hat sie zunächst die Zinsen zu entrichten, Alles aber, was dazu nicht erforderlich ist, auf die Tilgung zu verwenden.¹⁾ Die Zinsenzahlung geschieht jährlich gegen Ablieferung der den Obligationen beigegebenen Coupons, wenn solche fällig sind. (Den älteren Obligationen sind Coupons auf je 8 Jahre, den neueren aber auf 15 Jahre, nebst je einem Talon, beigegeben.) Die Tilgung, welche bei der sehr reichlichen Ausstattung der Tilgungscasse eine bedeutende ist, geschieht im Gefolge öffentlicher Kündigung der durch das Loos bezeichneten Obligationen, welche alsdann im Nennwerthe heimbezahlt werden.²⁾ Abzüge finden überall nicht statt. Die Tilgung erstreckt sich verhältnissmässig auf alle Anlehen, obgleich dieselben auseinandergehalten werden und je besonderer Verloosung unterliegen. Die besondere Bezeichnung der Schuldtitel möge hier eine Stelle finden, wobei wir bemerken, dass die ältere Schuld (von 1839) in Stücken von 1,000, 500, 300, 150 und 100 fl., alle neueren Anlehen aber in Apoints von 1,000, 500, 300 und 100 fl. verbrieft sind, welche unter sich nur durch fortlaufende Nummern bezeichnet sind, so dass die grösseren Stücke immer die niedrigen Nummern tragen. Es enthält nämlich: 1) das 3½proc. Anlehen vom 9. April 1839 die Abtheilungen Lit. A, B, C und D; 2) das 3½proc. Anlehen vom 12. Mai 1846 die Abtheilungen Lit. E und F; 3) das 3½proc. Anlehen vom 30. Nov. 1846 die Abtheilungen Lit. G und H; 4) das 3½proc. Anlehen vom 1. Febr. 1858 die Abtheilung Lit. I; 5) das 3proc. Anlehen vom 2. Janr. 1844 ist nicht mit Buchstaben abgetheilt. Jede Abtheilung umfasst die eben erwähnten grösseren und kleineren Stücke.

¹⁾ Publicandum vom 11. April 1822, §. 3, Ges.- u. Statutensamml. III, S. 91.

²⁾ Ebendasselbst. Gesetz vom 5. Sept. 1843, Art. 7, Ges.- u. Statutensamml. VIII, S. 43, wiederholt in den späteren Anlehensgesetzen.

Gesetzgebung über die Rechtsverhältnisse der Inhaberpapiere. Ob schon die ganze Frankfurter Schuld mit Obligationen auf den Inhaber verbrieft ist, so haben wir doch neuere Gesetze über deren Rechtsverhältnisse in der Gesetzsammlung nicht gefunden. Ueber die Amortisation und Vindication solcher Papiere gibt eine Verordnung vom 8. Juli 1817,¹⁾ authentisch interpretirt am 20. April 1830,²⁾ Normen; über Verjährung und Festmachung scheinen aber Specialvorschriften überhaupt nicht zu bestehen.³⁾ Hinsichtlich der Verjährung würden alsdann die Fristen des gemeinen Rechts Platz greifen. Die Amortisation und Vindication betreffend, verordnen jene Gesetze, dass eine Vorladung des unbekannten Besitzers eines verloren gegangenen Inhaberscheines mit dem Präjudize der Annullirung in der Regel unstatthaft, dass aber in Fällen, wo der letzte Besitzer einer Staatsobligation einen totalen Untergang derselben dergestalt bescheinigen könne, dass das Aerar sich mit seinem Schaden bereichern würde, eine gerichtliche Mortification ausnahmsweise zulässig sei; dass ferner eine Vindication von Inhaberpapieren gegen den dritten redlichen Besitzer nur dann stattfinde, wenn der Kläger nachzuweisen vermöge, wie jener das Papier ohne alle Ursache und so unentgeltlich an sich gebracht habe, dass er sich mit des Klägers Schaden bereichern würde. Dabei ist die Redlichkeit des Besitzes rein subjectiv zu beurtheilen, und es kommt weder auf die Vollgültigkeit des Besitztittels überhaupt, noch insbesondere auf das Recht dessen, der den Besitz übertragen hat, etwas an.⁴⁾ Diesem ist noch die Bestimmung der Frankfurter Gerichtsordnung vom 30. Dec. 1819, Art. 57, beizufügen, wonach Realarrest auf au porteur lautende Schuldverschreibungen der Stadt und deren Zinsabschnitte nicht erkannt werden darf, sofern er bei der Schuldentilgungscommission angelegt werden soll.

Man sieht hieraus, dass die Frankfurter Gesetzgebung über unsern Gegenstand an Strenge nur von der bayerischen übertroffen wird.

¹⁾ Ges.- u. Statutensamml. I, S. 102.

²⁾ Dasselbst IV, S. 211.

³⁾ In mehreren älteren Bekanntmachungen ist ausgesprochen, dass au porteur-Papiere dem baaren Gelde gleichzuachten seien. Den Curatoren wurde daher aufgetragen, solche Papiere zur Sicherheit ihrer Curanden bei Vermeidung strenger Strafen beim Rechneramt zu deponiren. Vergl. Verordnung vom 26. Nov. 1796, Aufforderung vom Febr. 1799.

⁴⁾ Vergl. die angeführte authentische Interpretation vom 20. April 1830. Eine Faustpfandbestellung auf au porteur-Papiere ist darin ausdrücklich gestattet.

II. Ausländische Staatspapiere.

§. 158.

1) Des vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland.

Rückblicke in die Vergangenheit. Seit Richard II. galt es in England als Vorrecht der Krone, von den Unterthanen gezwungene Anlehen zu erheben, wovon denn auch, namentlich unter Heinrich VIII., reichlicher Gebrauch gemacht wurde. Seit Eduard VI. (1547—1553) kamen übrigens die ausländischen Anlehen auf. Die Holländer liehen ihm zu 14% Zinsen namhafte Summen. Er hinterliess eine Schuld von 240,000 Pfd. Sterl., welche unter der Königin Elisabeth, so sparsam sie auch lebte, um von dem Parlamente nicht abhängig zu sein, auf 400,000 Pfd. (1602) anwuchs. Unter Jacob I. (1602—25) verschwendete der Herzog v. Bukingham grosse Summen, wie er auch das noch vorhandene Staatsgut grossentheils verschleuderte. Karl I. hatte zwar den Willen, den Finanzhaushalt in Ordnung zu bringen und die Staatsschuld zu reduciren, wurde aber daran durch die politischen Wirren seiner Zeit verhindert. Die finanziellen Zustände verschlimmerten sich in demselben Maasse, als das Ansehen und die Macht des Thrones schwand. Dass alsdann die grosse Revolution, die mit Königsmord und Bürgerkrieg begann und mit dem Protectorat endete, einen gedeihlichen Finanzzustand nicht aufkommen liess, lag in der Natur der Dinge. Karl II., unter welchem das Parlament eine Controle der Schatzkammer mittelst Prüfung der Nothwendigkeit der Staatsausgaben und Beaufsichtigung ihrer Verwendung einzuführen für gut fand, vermochte eben so wenig die drohende Erschütterung des Staatshaushalts abzuwenden. Der Credit Englands lag zu jener Zeit, was man heute kaum glaublich finden mag, tiefer als der der continentalen Mächte darnieder. Und doch war die Staatsschuld 1689 erst auf 664,263 Pfd. Sterl. mit 39,855 Pfd. Zinsen angewachsen. Unter Wilhelm III. begann diejenige Steigerung derselben, welche sie auf die heutige riesenhafte Summe gebracht hat. Seine Regierung (1689—1702) lieh im Ganzen nicht weniger als 44,795,000 Pfd. Sterl., errichtete aber auch jene Institute, die ihr einerseits die Aufnahme von Anleihen erleichterten, andererseits vortheilhaftere Finanzoperationen ermöglichten, so dass die Last der Staatsschuld nicht mit ihrer Grösse gleichen Schritt hielt. Insbesondere die Gründung der Bank von England, des grossen Triebbrads alles englischen Verkehrslebens seit jener Zeit, im Jahre 1694, ferner die gleichzeitige Gründung der ostindischen Compagnie, bezeichnen einen Wendepunkt der englischen Finanzpolitik. Die erstere lieh der Regierung für die ihr bewilligten Privilegien 1,200,000 Pfd. Sterl., die letztere 2 Mill. Pfd. Sterl., je zu 8%, aber mit der Einräumung, dass beide Darlehen erst nach dem Ablauf der beiderseitigen Privilegien abzutragen sein sollten. Beim Tode Wilhelms III. waren von allen unter ihm gemachten Schulden nur noch 14,949,926 Pfd. Sterl. ungetilgt und der durchschnittliche Zinsfuss war auf circa 7% herabgebracht. Desto raschere Zunahme erfuhr die Schuld unter der Regierung Anna's (1702—14). Der spanische Erbfolgekrieg allein kostete England 69 Mill. Pfd. Sterl. und 1710 brach eine so grosse Finanznoth aus, dass man von der Bank neue 400,000 Pfd. Sterl., von der ostind. Compagnie ferner 1,200,000 Pfd. Sterl. aufnehmen, zu Zeitrenten auf lange Dauer Zuflucht nehmen und die Zinsen der nichtfundirten Schuld auf 6% reduciren musste. Auch die Finanzgeschichte Englands kennt

sonach, wie wir sehen, jene gewaltsame Benachtheiligung der Staatsgläubiger, welche man mit dem Namen eines partiellen Staatsbankerotts bezeichnet, jedoch nicht in dem Umfange, wie er uns in der Finanzgeschichte Frankreichs, Oesterreichs u. a. entgegentritt. Anna hinterliess eine Staatsschuld von 54,145,453 Pfd. Sterl. mit mehr als 3,3 Mill. Zinsenlast. Unter der friedlichen Regierung Georg I. (1714—1727) wurden nicht nur 2,053,125 Pfd. Sterl. abgetragen, sondern es gelang auch die Ermässigung des Zinsfusses ohne Gewaltmittel dadurch, dass man die fällig gewordene alte Schuld mittelst eines neuen 5proc. Anlehens tilgte, dass sowohl die Bank als die ostindische Compagnie den Zinsfuss ihrer Forderungen freiwillig von 8 auf 5% herabsetzen liessen und zugleich für den Kündigungsfall derer, die ihre Capitalien zu 5% nicht stehen lassen würden, ein 5proc. Anlehen von 5½ Mill. Pfd. Sterl. anboten; dass ferner die (berüchtigte) Südsee-Compagnie gegen Verwilligung mehrerer Handelsprivilegien sich erbot, den Rest der noch über 5% gebliebenen Schuld bis 1727 auf 5, von da an aber auf 4% zu reduciren. In diese Zeit fallen auch die Versuche und Kämpfe wegen Errichtung eines allgemeinen Tilgungsfonds (Sinking fund) und die Ausbildung von Grundsätzen über Staatsschuldentilgung, welche später in ganz Europa sich Geltung verschafften. Sir Robert Walpole drang 1716 mit dem Vorschlag durch, alle Taxen (Steuern), welche bisher nur für einzelne Anlehen auf bestimmte Zeit verwilligt wurden, für immerwährend zu erklären, und daraus einen Gesamttilgungsstock zu bilden, welchem insbesondere auch die durch Reduction des Zinsfusses eingetretenen Ersparnisse zugewiesen werden sollten. Uebrigens sehen wir auch in England alsbald Eingriffe in den Sinking fund, selbst mit Zustimmung seines Gründers und des Parlaments, machen, so feierlich diess auch vorher als eine moralische Unmöglichkeit erklärt worden war. 1735 verpfändete man sogar den gesammten Fonds, um Anticipationen darauf zu finden, nachdem ihm schon 1727 mehrere Zuflüsse entzogen, auch 1733 und 1734 grössere Summen aus seinem Bestande entnommen worden waren. 1746 schritt man zu einer weiteren Ermässigung des Zinsfusses aller kündbaren 4proc. Renten in der Weise, dass den Inhabern, welche in den Reductionsplan einwilligten, von 1747 bis 1750 noch 4%, von da bis 1757 3½%, von letzterem Jahre an aber nur 3% Zinsen zugestanden wurden, während man die Renten der übrigen Gläubiger kündigte. Der Plan gelang vollständig, obgleich die Schuld 1749 auf 78,293,313 Pfd. Sterl. angewachsen und der Walpole'sche Tilgungsfonds factisch zu Grabe getragen war. Ein weiteres einflussreiches Ereigniss dieser Zeit war die Vereinigung der verschiedenen Schuldtheile in eine Masse mit gleicher Fundirung im Jahre 1751, woher der Name Consols, der heute noch gebräuchlich ist. Der Krieg von 1755 kostete abermals enorme Opfer und steigerte die Staatsschuld um 68 Mill. Pfd. Sterl., so dass sie 1762 138,865,430 Pfd. Sterl. betrug. Während des darauf folgenden Friedens verringerte sie sich um 10 Mill. Pfd. Sterl. und betrug beim Ausbruche des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges (1774) 128,583,635 Pfd. Sterl. Der letztere Krieg veranlasste jedoch neue Vermehrung im Belaufe von 121,267,993 Pfd. Sterl.; also Schuldenstand nach dem Friedensschlusse (1784): 249,851,628 Pfd. Sterl. Im Jahre 1786 gelang es dem Dr. Price, den Kanzler der Schatzkammer Pitt für seine auf Wiederherstellung eines allgemeinen Sinking fund zielenden Ideen zu gewinnen, welche sofort auch beschlossen und in der Weise durchgeführt wurde, dass daraus jährlich 1 Mill. Pfd. Sterl. zum Rückkauf von Staatsschuldtiteln verwendet, nebst dem aber auch die Civilliste, Pensionen etc. bestritten werden und dass dem Fonds die Zinsen aus den von ihm angekauften Titeln bis zu einem Maximum von 4 Mill. Pfd. Sterl. zuwachsen sollten. Aber auch jetzt hielt man sich nicht lange an das Beschlossene. Schon 1792 kehrte man

zu dem alten Systeme, für jedes Anlehen einen eigenen Tilgungsstock von 1% zu bilden, womit es mit den zuwachsenden Zinsen binnen 45 Jahren getilgt sein sollte, zurück. Bis 1793 wurde übrigens die Schuld wieder um 10 Mill. ermässigt, dann aber folgte während der französischen Kriege Anlehen auf Anlehen. England hatte den Kampf gegen den Eroberer aufgenommen; es gab eine Zeit, in welcher es sich zwischen diesen Gegnern um gegenseitige Vernichtung handelte und darum führte England den Krieg, um seine politische Existenz kämpfend, mit einer Energie und Zähigkeit bis zu Ende, wie kein anderer Staat es vermochte. Es hatte nicht nur seine eigenen Heere mit ungeheuern Summen zu werben und zu erhalten, sondern auch der Reihe nach fast allen europäischen Staaten mit Geldmitteln unter die Arme zu greifen und man kann vielleicht sagen, dass der englische Staatscredit Europa vor einer französischen Universalherrschaft gerettet hat. Wie sehr jedoch auch dieser Credit damals gelitten hatte, geht aus der Thatsache hervor, dass schon 1798 Gelder zu $6\frac{1}{4}\%$ geborgt werden mussten; dass man 1802 für 49 Mill. verschriebene Stoks nur 28 Mill., 1813 für 45 Mill. nur 27 Mill., 1815 für 66 Mill. nur 36 Mill. erhielt, so dass im Ganzen, nach den jetzigen Coursen der Papiere berechnet, ungefähr das Doppelte dessen verbrieft werden musste, was man baar erhielt. Nebendem hatte die Bank ihre Baarzahungen suspendirt und zahlte mit Noten, welche Zwangscours hatten. Kurzum: es war zu jener Zeit selbst in dem reichen England eine Wirthschaft, wie wir sie während des abgelaufenen Decenniums in Oesterreich gesehen haben. Doch muss rühmend anerkannt werden, dass man in England niemals an eine gewaltsame Reduction der Schuld dachte, sondern seine Verpflichtungen, so gross sie auch waren, erfüllte. Selbst die Schuldentilgung hörte nicht auf; indessen ging man dabei von einem System zum andern über: 1802 Wiedervereinigung der Tilgungsfonds und Verstärkung derselben um 200,000 Pfd. Sterl., auch Feststellung der Tilgungsquote auf 1% der gesamten Staatsschuld; 1813 Zurückkehr zu einem Gemisch der Systeme von 1786 und 1792; 1823 Festsetzung einer Tilgungsquote von jährlich 5 Mill. Pfd. Sterl.; später Verwerfung jeder fixirten Quote und Anordnung einer Tilgung nur in so weit, als Ueberschüsse vorhanden waren, immer aber den Modus des Rückkaufs festhaltend.

Die Kriege von 1793 bis 1815 hatten England einschliesslich der besondern Kriegsauflagen die ungeheure Summe von mehr als 1,400 Mill. Pfd. Sterl. gekostet, wovon circa 760 Mill. durch Vermehrung der fundirten und circa 50 Mill. durch Steigerung der schwebenden Schuld aufgebracht wurden. Nach Absatz der in der gleichen Periode getilgten Summen ward die fundirte Schuld am 5. Janr. 1817 zu 840,850,491 Pfd. Sterl. mit 32,014,941 Pfd. Sterl. Zinsen berechnet (wobei die nicht capitalisirten Leibrenten, Tontinen und Annuitäten unberücksichtigt geblieben zu sein scheinen und woher denn auch die Differenz zwischen andern Angaben, welche die Schuld 1813 bereits zu mehr als 1,000 Mill., 1820 zu 1,249,276,368 Pfd. Sterl. berechnen, herrühren mag). Daneben bestand eine schwebende Schuld von 58 Mill. Pfd. Sterl.

Seit der Herstellung des Friedens ist man in England mit der Verminderung der öffentlichen Schuld beschäftigt gewesen. Sie ist, was die Capitalsumme betrifft, nicht in grossem Umfange gelungen, wie die nachfolgende Uebersicht zeigen wird. Die Beziehungen Englands in allen Theilen der Erde sind so vielseitig und verwickelt, dass es keine Frage der Politik gibt, bei welcher dasselbe nicht direct oder indirect theilhaftig wäre. Seine Kämpfe in China und Indien, der orientalische Krieg von 1854—56, haben wiederholt neue Anlehen nöthig gemacht, obgleich man jeweils die Steuerkraft ausserordentlich anstrengte, um jene auf das möglichst geringe Maass zu beschränken.

Auch zum Looskaufe der Negersclaven in den Colonien wurden 1835: 20, und zur Bekämpfung der Hungersnoth in Irland 1847: 10 Mill Pfd. Sterl. geliehen. Dagegen ist es im Laufe der Friedensperiode gelungen, den Zinsfuss der gesammten Staatsschuld auf einen so mässigen Satz ($2\frac{1}{2}$, 3 und $3\frac{1}{2}\%$) zurückzuführen, wie er in wenigen Staaten der Welt besteht. Die Last der Schuld hat daher sehr bedeutend abgenommen. Unter den Grossmächten ist zudem Grossbritannien die einzige, welche ihre Staatsschuld während der abgelaufenen Friedensperiode nicht vermehrt hat, wobei indessen mit zu berücksichtigen ist, dass es die kostspieligen Eisenbahnbauten ganz der Privatindustrie überlassen hat. Wir schliessen unsere historische Skizze mit folgender

Uebersicht über den Bestand der Staatsschuld Grossbritanniens.

Jahr:	Capital:	Jahr:	Capital:	Zinsen:
	Pfd. Sterl.		Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
1669:	664,263	1823:	838,539,650	28,596,000
1702:	14,949,926	1828:	806,730,000	28,381,000
1714:	54,145,453	1837:	789,577,720	29,443,000
1749:	78,293,313	1844:	787,598,145	30,495,459
1762:	138,865,430	1848:	791,809,338	28,563,517
1774:	128,583,635	1853:	771,335,801	27,804,844
1784:	249,851,628	1856:	807,981,788	28,656,593
1816:	860,854,000	1858:	804,445,493	28,501,479

Man kann dieser Zusammenstellung den Gang der Weltereignisse mit ziemlicher Sicherheit entnehmen.

Gegenwärtiger Zustand. Staatsgebiet des „vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland“: 5,767 Q.-Meilen. Die auswärtigen Besitzungen haben eine ungeheure Ausdehnung. Man berechnet: in Europa circa 62 Q.-M. (Gibraltar, Malta, Helgoland); in Nordamerika 57,000 Q.-M.; in Westindien 683, in Mittel- und Südamerika 7,700, in Afrika 6,000, in Australien 15,000, endlich in Asien 63,660 Q.-Meilen. Im Ganzen dehnt sich die britische Herrschaft auf einen Raum von mehr als 155,000 Q.-Meilen aus. Sie wird zwar an räumlicher Ausdehnung von der russischen übertroffen, es gab aber niemals ein Reich, selbst das römische Weltreich nicht ausgenommen, das sich so über alle Theile der Erde ausgebreitet und sich über eine Bevölkerung von so eminenter Zahl erstreckt hätte, wie das heutige britische.

Bevölkerung. Am 1. Januar 1859 zählte das vereinigte Königreich 28,888,597 Menschen, wovon 19,745,000 auf England und Wales, 3,123,174 auf Schottland und 6,020,423 auf Irland kamen. 1821 betrug die Bevölkerung des ganzen Königreichs erst 20,874,321 Seelen, 1831: 24,029,702, 1841: 26,702,677, 1851: 27,552,262. Die Bevölkerung Irlands ist von 8,175,238 Köpfen im Jahre 1841 seitdem auf obige 6 Mill. zurückgegangen — eine in der neueren Geschichte beispiellose Volksverminderung. Die Bewohnerzahl der auswärtigen Besitzungen wird für 1858 zu nahe an 192½ Mill. angegeben.

Finanzen. Wir haben im Eingange die allmälige Steigerung der englischen Staatsschuld veranschaulicht; hier ist es am Ort zu zeigen, wie die Staatsbedürfnisse in noch höherem Grade sich steigerten, obgleich kein Land Europa's — Dank des englischen Self-Governements — für seine Civilverwaltung weniger ausgibt, und wie man in England keineswegs bloss auf Rechnung der Staatsschuld Kriege führte, sondern stets bestrebt war, die Kosten derselben so viel immer möglich aus laufenden Einnahmen, d. h. durch Steuererhöhungen zu decken. — Im Jahre 1685 betrugen die Staatseinkünfte noch ungefähr 1,400,000 Pfd. Sterl. Die Ausgaben würden schon damals mehr betragen haben, wenn die Zinsen der vom Könige contrahirten Schuld (bis dahin

lieh der Monarch auf seinen eigenen Credit und es gab daher keine wirkliche Staatsschuld) bezahlt worden wären; diese wurden aber verweigert. Die ganze Kriegsmacht, Landheer und Flotte zusammen, kosteten übrigens noch nicht mehr als 730,000 Pfd. Sterl., die Diplomatie 20,000 Pfd. Sterl. 1709 war der Staatsaufwand bereits auf 7 Mill. angewachsen, was damals für ungeheuer galt. Für die Folgezeit wollen wir Zahlen allein sprechen lassen. Es wurden an Staatseinkünften bezogen:

Jahr:	Pfd. Sterl.	Jahr:	Pfd. Sterl.	Jahr:	Pfd. Sterl.
1775:	10,138,061	1805:	45,359,442	1812:	64,763,870
1780:	12,255,214	1808:	58,390,255	1813:	63,169,845
1785:	14,871,520	1809:	61,538,207	1814:	66,925,835
1793:	17,656,418	1810:	63,405,294	1815:	89,748,958
1800:	35,229,968	1811:	66,681,366		

Das waren allerdings Kriegs-Budgets, es ist aber, um deren ungeheure Höhe richtig zu würdigen, nicht zu übersehen, dass die Bevölkerung Grossbritanniens zu Ende des vorigen Jahrhunderts kaum die Hälfte der heutigen war. Von 1817 an hob man die Einkommenssteuer auf und ermässigte das Budget sehr bedeutend. Es zeigten sich indessen auch in der Friedenszeit wiederholt Deficits, welche durch Vermehrung der schwebenden Schuld gedeckt wurden; so in den Zwanziger Jahren und Ende der Dreissiger Jahre. Peel erwirkte daher 1842 die Wiedereinführung der Einkommenssteuer, worauf sich alsdann Ueberschüsse ergaben. Der orientalische Krieg steigerte das Budget, da man dessen Kosten ganz durch Steuererhöhungen decken wollte, auf die enorme Höhe von 1815. Die Ausgaben im letzten Friedensjahre 18^{53/54} hatten 51,198,000 Pfd. Sterl. betragen; die im ersten Kriegsjahre 18^{54/55} schon 65,962,000, und der Voranschlag für 18^{55/56} stieg auf 86,339,000 Pfd. Sterl. Seitdem ist das Budget Grossbritanniens, unerachtet es sich mit ungewohnter Nachgiebigkeit von allen Kriegseignissen fern gehalten hat, auf einer früher in Friedenszeiten nie gekannten Höhe stehen geblieben — eine Frucht des „bewaffneten Friedens“. Die wirklichen Einnahmen und Ausgaben des Finanzjahres 18^{60/61} waren:

Einnahmen:	Pfd. Sterl.	Ausgaben:	Pfd. Sterl.
Zölle	24,085,260	Interessen und Verwaltung der permanenten Schuld .	23,759,776
Accise	20,530,000	Für noch nicht reclamirte Zinsen	107,766
Stempel	8,151,258	Ablaufende Annuitäten .	3,514,111
Stempel	3,237,000	Interessen für Schatzbons	100,000
Einkommenssteuer . . .	9,902,816	„ „ Schatzscheine	300,880
Post	3,350,000	Desgleichen, Ausfälle . .	1,781
Kronländereien	285,979	Zusammen Staatsschuld	27,784,314
Verschiedenes	1,874,273	Lasten der consolidirten Fonds (Civilliste, Pensionen, Gehalte etc.)	2,135,712
		Armee und Flotte	27,560,844
		Civilverwaltung	7,689,950
		Steuererhebungskosten . .	4,475,539
		Operationen in China . .	858,057
Summa	71,716,586		70,504,418

Der Voranschlag für 18^{60/61} schloss mit 71,554,000 Pfd. Sterl. Einnahme und 70,100,000 Pfd. Sterl. Ausgaben. Bei all' dem ist noch zu berücksichtigen, dass der grössere Theil des Bedarfs für die innere Verwaltung im

Staatsbudget nicht erscheint, sondern kraft des Self-Governements den Grafschaften und Städten anheimfällt. Auch haben sämtliche Colonien ihre eigenen Budgets.

Heutige Staatsschuld. Sie bestand am 31. März 1859 aus folgenden Posten in Pfd. Sterl.:

a) fundirte Schuld:	Capital:	Interessen:
2½proc. neue Annuitäten	2,985,472	74,636
3proc. consolidirte Schuld	400,829,812	12,024,895
3proc. reducirte Schuld	115,104,504	3,453,136
3proc. neue Schuld	212,661,740	6,379,852
3½proc. Schuld an die Bank von England	11,015,100	330,453
3½proc. neue Annuitäten	240,746	8,426
5proc. " "	430,604	21,530
Schatzbons	418,300	11,503
Leibrenten	—	1,050,944
Renten auf bestimmte Zeit	—	868,423
Im Jahre 1860 ablaufende Renten	—	1,157,710
1867 und 1885 ablaufende Renten	—	701,740
Tontinen für England und Irland	—	42,032
Ausfälle	—	90,020
Summe der fundirten Schuld Grossbritanniens	743,686,278	26,215,300
b) nicht fundirte Schuld:		
Schatzkammerscheine (bills of exchequer)	13,277,400	734,153
Schatzbons	5,000,000	156,250
Gesamtschuld des vereinigten Königreichs	761,963,678	27,105,703
Dazu abgesonderte Schuld Irlands	43,114,876	1,509,504
Totalbetrag	805,078,554	28,615,207

Capitalisirt man auch diejenigen Renten, von welchen im officiellen Ausweise der Capitalbetrag nicht angegeben ist, unter Berücksichtigung ihrer Dauer zu 3%, so erhöht sich die Capitalsumme der Schuld auf wenigstens 830 Mill. Pfd. Sterl. = 5,533 Mill. Thlr. Auf den Kopf der Bevölkerung macht diess nahezu 28¾ Pfd. Sterl. = 191⅓ Thlr. Dazu kommt noch die Mitverpflichtung Grossbritanniens für die Schulden seiner Colonien, namentlich Ostindiens, dessen Finanzen seit Jahren nur mit wiederholten Schuldannahmen im Gleichgewicht erhalten werden konnten. (Das Deficit betrug 18^{67/68}: 7,864,222, 18^{68/69}: 13,581,572 Pfd. Sterl. und war für 18^{69/70} auf 8,094,000, für 18^{70/71} auf 6,196,000 Pfd. Sterl. veranschlagt.) Die ostindische Schuld betrug am 30. April 1859 bereits 80,453,765 Pfd. Sterl. nebst Garantie für 12 Mill. Pfd. Sterl. Eisenbahnactien etc. Sie ist seitdem namhaft angewachsen. Wenn auch das Mutterland für diese Schuld allerdings nicht direct und streng rechtlich haftbar ist, so ist es doch für dasselbe eine factische und moralische Unmöglichkeit, in Indien einen Staatsbankerott zuzulassen, und es wird daher stets für den Ausfall eintreten müssen.

Sicherheitsobjecte. Auf den ersten Anblick der oben vor Augen gestellten Budgetübersicht wird sofort der geringe Ertrag der Kronländereien auffallen, welcher in der Reihe der übrigen grossen Einnahmsposten fast verschwindet. Es rührt diess von der früheren Verschleuderung der Nationalgüter während der Günstlingsherrschaft unter den Königen und während der Revolution her. Das jetzt noch vorhandene Staatsvermögen kann gegenüber der enormen Grösse der Staatsschuld kaum mehr in Betracht kommen; die ganze Last der letztern und der kostspieligen Militär- und Marineverwaltung ruht vielmehr auf der Steuerkraft und wir haben daher auf diese einen prüfenden Blick

zu werfen. Dabei werden wir gewahr werden, dass eine Entwicklung der Steuerkraft durch Gewerbe und Handel, wie sie das heutige Britannien kennt, in keinem Reiche der Welt jemals erreicht worden ist. Die Herrschaft der Meere erobernd, hat seine Industrie sich die halbe Welt tributpflichtig gemacht und die Concurrenz aller älteren Handelsnationen in Schatten gestellt. So fließt dermalen der Reichthum fast aller Länder dem europäischen Inselreiche zu und häuft sich dort in den Händen einer verhältnissmässig wenig zahlreichen, vom Glück begünstigten Volksclasse. Es gebricht uns der Raum, diese allgemeinen Sätze im Einzelnen nachzuweisen; doch wollen wir die hauptsächlichsten Belege dafür in Zahlen folgen lassen.

Der Handelsverkehr des vereinigten Königreichs sammt Colonien zeigt in den nachgenannten Zeitabschnitten folgende Bewegung:

Einfuhr:				Ausfuhr:	
Jahr:	Officieller Werth:	Jahr:	Wirkl. Werth:	Jahr:	Wirkl. Werth:
	Pfd. Sterl.		Pfd. Sterl.		Pfd. Sterl.
1801—10:	28,809,778	1854:	152,389,053	1854:	115,821,092
1811—20:	30,864,670	1855:	143,542,850	1855:	116,591,300
1821—30:	39,661,123	1856:	172,544,154	1856:	139,220,353
1831—40:	53,487,465	1857:	187,844,441	1857:	146,174,301
1841—50:	79,192,806	1858:	164,583,832	1858:	139,782,778

Die Ausfuhr britischer Erzeugnisse allein, d. h. nach Absatz der eingeführten und unverändert wieder ausgeführten fremden Producte, betrug 1857: 122,066,107, 1858: 116,608,756, 1859: 130,440,427 Pfd. Sterl. Davon gingen in letzteren Jahren nach fremden Ländern (insbesondere Nordamerika, Deutschland und Holland, im Uebrigen aber in alle Theile der Welt) 84,315,381 Pfd. Sterl., der Rest in die britischen Colonien.

An Eisenbahnen waren im Mutterland bis Ende 1858 concessionirt: 15,659 engl. Meilen, wovon 9,506 im Betrieb standen, 1,610 Meilen übrigens aufgegeben waren. Der Aufwand für die concessionirten Linien war zu 346,408,287 Pfd. Sterl. veranschlagt; wirklich aufgebracht waren davon: 308,824,851 Pfd. Sterl., verwendet: 165,379,575 Pfd. Sterl. in Stammactien, 65,401,316 Pfd. Sterl. in Prioritätsactien und 78,043,960 Pfd. Sterl. in Anlehen. 1857 wurden auf den bestehenden Bahnen befördert: 139,008,888 Personen um 10,592,798 Pfd. Sterl. Fahrgeld. Der Gütertransport brachte 13,581,812 Pfd. Sterl. ein.

Telegraphen besass das vereinigte Königreich 1857: 9,379 engl. Meilen mit 46,482 M. Drahtlänge, 770 Stationen und 1,241,163 beförderten Depeschen.

Die Handelsmarine zählte 1859 im Mutterland 25,615 Segelschiffe mit 4,205,270 Tonnen Gehalt und 1,926 Dampfer mit 452,468 Tonnen; in den Colonien 10,210 Schiffe mit 951,885 Tonnen. Alle diese Schiffe waren mit 288,345 Matrosen etc. bemannt.

Schiffahrtsbewegung 1859: Eingelaufen:

Ausgelaufen:

	Schiffe,	mit Tonnen.	Schiffe,	mit Tonnen.
Unter fremder Flagge	22,351	4,636,810	23,925	4,957,825
„ britischer „	26,520	6,585,112	25,920	6,726,731
Zusammen 1859 . .	48,871	11,221,922	49,845	11,684,556

Nationalvermögen. Die Summe der gegen Brandschaden versicherten Werthe betrug 1856: 864,859,976 Pfd. Sterl. Das ganze Nationalvermögen wird wie folgt geschätzt:

Unbewegliches Eigenthum circa	1,550 Mill. Pfd. Sterl.
Gebäude	654 „ „ „

Hausgeräthe, Werkzeuge, Luxusgegenstände	220	Mill. Pfd. Sterl.
Waarenvorräthe aller Art	110	" " "
Landwirthschaftliche Vorräthe	62	" " "
Schiffe	50	" " "
Fondspapiere	1,200	" " "
Zusammen (circa 25,650 Mill. Thlr.)	3,846	Mill. Pfd. Sterl.

Einige Worte über die Einrichtung des britischen Schuldenwesens.

Der ungleich grössere Theil der Schuld ist eine sogen. consolidirte, wozu alle 3proc. Renten gehören. Zu einer Tilgung dieses Schuldtheils in bestimmten Beträgen und Fristen ist der Staat nicht verpflichtet und es kann ihm niemals gekündigt werden. Hierin liegt die höchste Stufe des Staatscredits. Die Consols (auch, obgleich ungenau, Stoks genannt) sind das eigentliche tonangebende Börsenpapier. Fundirt ist die englische Staatsschuld, mit Ausnahme der nur vorübergehend zur Deckung laufender Staatsbedürfnisse in so lange, bis die dafür bestimmten Einnahmen eingehen, emittirt werdenden Schatzbons und Schatzkammerscheine (exchequer-bills), auf die sichersten Taxen und Steuern. Uebersteigt deren Betrag den Zinsenbedarf der Schuld, so wird das Mehr zum Rückkauf von Stoks, namentlich der nicht consolidirten und höher verzinslichen Annuitäten, verwendet. Neben den consolidirten immerwährenden Renten bestehen die sogen. temporären Annuitäten, welche in einer bestimmten Zeit ablaufen, womit dann Capital und Zins getilgt ist. Wir haben aus der oben gegebenen Uebersicht über den Stand der Schuld übrigens gesehen, dass diese Schuldtheile nicht mehr bedeutend sind. Die Verwaltung der gesamten Staatsschuld wird factisch, übrigens unter Leitung und Aufsicht des Kanzlers der Schatzkammer, des Sprechers im Hause der Gemeinen, des Generalvorstehers des Rechnungswesens etc., durch die Bank von England geführt. Diese zahlt die Renten in halbjährigen Terminen (5. Januar und 5. Juli, 5. April und 10. Oct.) aus und vermittelt den Uebergang der Renten von einem Besitzer auf den andern. Alle Renten sind im grossen Staatsschuldbuche, welches alphabetisch eingerichtet ist (jeder Buchstabe hat ein besonderes Zimmer), auf Namen eingetragen; eigentliche Schuldscheine werden nicht ausgestellt, vielmehr werden die Veränderungen des Rentenbesitzes im Staatsschuldbuche bemerkt, wobei man sich in der Regel eines, den Buchhaltern bekannten Stockmaklers bedient. Vermöge dieser Einrichtung sind auch besondere Gesetze über den Schutz öffentlicher Fondspapiere überflüssig und der englische Rentenbesitzer erleidet weniger Gefährlichkeiten als der deutsche Besitzer von Inhaberpapieren.

Schlussbemerkung. Unser kurzer Abriss der britischen Finanz-, Commerz- und Industriezustände zeigt die schwindelnde Höhe, auf welcher Alles, Vermögen und Schulden, Handel und Verkehr, Unternehmungsgeist und Mittel, angelangt ist. Dass England, so lange es sich auf diesem Höhepunkt erhalten kann, den grossen Anforderungen seiner Staatsschuld leichter als andere Nationen, deren Schulden ungleich geringer sind, gerecht werden kann und wird, unterliegt keinem Zweifel. Ein prüfender Blick rückwärts auf die Schicksale anderer grosser Nationen; ein Blick in die innern Zustände der englischen Societät mit ihrer ungeheuren Kluft zwischen Reich und Arm, mit der angebahnten Auflösung der alten grossen Parteien, die sich gleichzeitig unaufhörlich befiedelten und doch ebendadurch sich und das Ganze im Gleichgewichte erhielten; endlich ein Blick auf die heutige zaghafte, alter Kraft, Kühnheit und Opferfähigkeit so gänzlich entsagende Politik des stolzen Albions, im Zusammenhang mit der augenblicklichen Weltlage — dürfte indessen eine völlig gefahr- und sorgenfreie Perspective in die Zukunft nicht eröffnen, um so

weniger, als Britannien entweder die Meere beherrschen, oder in sich selbst zerfallen muss.

§. 159.

2) Kaiserthum Frankreich.

Historische Rückblicke. Die Organe des zweiten Kaiserreichs lieben es, bei jeder Gelegenheit von den „unerschöpflichen Hülfquellen Frankreichs“ zu sprechen und in der That wäre man, wenn man die Dinge nur von der Aussen-seite betrachtet, versucht, jene Phrase für etwas mehr als eine blossse Beschönigung unaufhörlicher Vermehrung der Staatsbedürfnisse zu halten. Prüfen wir jedoch die Sache an der Hand der Geschichte, welche hier wie überall die sichersten Anhaltspunkte darbietet. Es werden sich alsdann auf dem in unsern Tagen mit Virtuosität aufgeputzten Bilde die tiefen Schatten nicht verbergen, welche eine düstere Vergangenheit in die Gegenwart wirft.

Schon vor den Zeiten Ludwig XII. war in Frankreich Finanznoth an der Tagesordnung und man half derselben durch Mittel ab, welche die Corruption späterer Jahrhunderte vorbereiteten, wie z. B. Verkauf der Finanz- und Richterstellen. Ludwig XII. und Heinrich III. brachten das System der Anlehen mittelst Anticipationen, d. h. Verschreibung oder richtiger Verkauf künftiger Staatseinnahmen, auf. Sie hinterliessen schon damals eine namhafte Staatsschuld. Unter Heinrich IV. trat der erste französische Staatsbankerott ein, sofern die Zahlungen zunächst suspendirt, alsdann aber die Forderungen gegen den Staat zwar anerkannt, aber reducirt wurden. Es war dieser Vorgang um so verwerflicher, als gleichzeitig Schätze angehäuft wurden, welche man ohne Zweifel zur Ausführung der projectirten französischen Universalmonarchie nöthig zu haben glaubte. Die lange Regierung Ludwig XIII., unter welcher die Maitressenwirthschaft und Hofverschwendung im grossen Maassstabe herrschte, machte nicht nur jene Schätze verschwinden, sondern laborirte an einem fortwährenden Deficit, welches 1614 die Summe von 9,117,324 Liv. erreichte, auch brachte sie die Staatsschuld im gleichen Jahre auf 46 Mill. Noch verderblicher war die 71jährige Regierung Ludwig XIV. mit all' ihren ungerechten Kriegen und Raubzügen, mit dem Gipfelpunkte ihrer Sittenlosigkeit und Corruption, endlich mit ihrer völligen Gesetz- und Rechtslosigkeit. Unter Mazarin stieg die Staatsschuld auf 52,377,172 Liv. und obgleich Colbert mittelst Errichtung einer Leihcasse, welche alle müssig liegenden Gelder gegen 5% Zins an sich ziehen sollte, die Schuld selbst, sowie deren Zinslast, um die Hälfte ermässigte, obgleich man unter seinem Nachfolger de Chamillart (1699—1708) sich der verächtlichsten Mittel bediente, um Geld aufzutreiben,¹⁾ stieg die Staatsschuld doch schon 1688 auf 82,290,000 Liv. und als Ludwig XIV. starb, hatte er 18 Milliarden verschwendet und eine Staatsschuld von 2,600 Millionen angehäuft. Es brach nun der zweite Staatsbankerott aus. Schon unter Chamillart hatte die Leihcasse ihre Zahlungen eingestellt, welche jetzt mittelst der vorher beliebten Billets de monnaie gedeckt werden sollten. Dadurch verloren auch diese ihren Credit. Man griff zu den äussersten Mitteln, prägte die Münzen leichter, setzte den Zinsfuss der älteren Schuld gewaltsam auf 4% herab, strich 1716 von deren Capital 24,529,600 Liv. und erzwang so eine Ermässigung derselben auf etwa 2 Milliarden

¹⁾ So wurden Adelsbriefe an die gemeinsten Menschen verkauft; das Ritterkreuz des heil. Ludwig ward um einige Louisd'or feilgeboten etc.

mit circa 80 Mill. Zinsen. Es half nichts. Die neuen Papiere fielen dergestalt, dass man 10,000 Liv. darin nicht für 600 Liv. Silber anzubringen vermochte. Die ganze Staatsmaschine schien stille zu stehen.

Da erschien ein Retter in der Noth: der Schottländer Law, einer der grössten Finanzschwindler, den die Welt je sah. Er gründete im Mai 1716 eine Bank mit 1,200 Actien à 1,000 Liv., deren Noten er baar auf Sicht stellte. Als diese Bank Beifall fand, suchte er den Speculationsgeist zu wecken und gründete 1717 die Mississippicompagnie mit 200,000 Actien à 500 Liv., womit 1719 die ostindische und chinesische, unter dem Namen Gesellschaft beider Indien, vereinigt wurden. Alles war nun wieder in Flor. Law erwarb seiner Compagnie das Münzregal auf 9 Jahre und zahlte dafür 50 Mill. Liv. an die Regierung, er übernahm die Auszahlung aller rückständigen und laufenden Dienstgehälter gegen 3% Provision, pachtete alle Steuern auf 9 Jahre gegen jährlich 52 Mill. und erbot sich, der Regierung 1,500 Mill. zu 3% gegen Verlängerung der Privilegien seiner Compagnie bis 1. Janr. 1770 anzuleihen u. s. w. Aber die Law'schen Schöpfungen zerfielen bald genug in sich selbst. Schon 1720 trat der Rückschlag ein. Nun abermals Bankerott. Man verbot am 24. Febr. 1720 bei Strafe von 20,000 Liv. Jedermann, mehr als 500 Liv. in baarem Gelde aufzubewahren; ja man ging im März desselben Jahres so weit, allen und jeden Besitz gemünzten Goldes oder Silbers zu verbieten; Alles sollte in Banknoten verwandelt und bezahlt werden. Unsonst! Die Law'sche Bank wurde förmlich bestürmt, auch dann noch, nachdem man sie zur Staatsbank erhoben hatte, und so reducirte das Gesetz vom 21. Mai 1720 alle Actien auf $\frac{1}{5}$ %, die Banknoten aber auf die Hälfte ihres Nennwerths.

Trotz aller bisherigen Reductionen und sonstigen Finanzmaassregeln blieb 1730 eine Staatsschuld von 1,700,733,000 Liv. mit 65 Mill. Zinsen. Sie stieg in der Folge fortwährend. Darum 1770 abermals Suspensionen und Reductionen, d. h. Staatsbankerott. In den 50 Jahren von 1720—1770 wurden den Staatsgläubigern mehr als 1 Milliarde Capital und 57 Mill. Zinsen widerrechtlich entzogen. Der Credit war so zerrüttet, dass man nur noch gegen Verschreibung von Leibrenten Geld erhielt. Trotzdem herrschte unausgesetzt die grösste Verschwendung am Hofe; Staatsgüter wurden verschleudert, Maitressen und Günstlinge hatten ungeheure Bezüge, die Steuerpflichtigen aber wurden durch das System der Finanzpachtungen vollends ausgesaugt.¹⁾ Was Wunder denn, wenn endlich das unterhöhlte und völlig durchfaulte Gebäude mit grausenhaftem Gekrache zusammenbrach. Die heillose Finanzwirthschaft Frankreichs seit Ludwig XIII. war sicherlich nicht der geringste der Factoren, welche die grosse Revolution heraufbeschworen haben.

Necker, der erstmals 1776 an die Spitze der Finanzen gestellt wurde, schien bessere Zeiten anbahnen zu können; es war aber zu spät. Er stellte zwar einige Ordnung her, diese ging aber unter seinem Nachfolger wieder verloren. Calonne gründete 1784 eine Tilgungscasse nach dem Muster der

¹⁾ So soll u. A. die Maitresse Dubarry in 5 Jahren über 180 Mill. gekostet haben. Bei der Vermählung des Dauphin, nachmals Ludwig XVI., kostete ein Bouquet an einem Feuerwerke 96,000 Liv. Der Generalgouverneur der Finanzen, Abbé Terrai, bezog jährlich über 1,200,000 Liv. Noch unter Ludwig XVI. hatte die erste Hofdame der Königin 12,000 Liv. Gehalt, ferner die abgängigen Wachslichter im Schlosse, sie mochten gebrannt haben oder nicht, welcher Naturalbezug 38,000 Liv. ausgemacht haben soll. Eine angebliche Wittve, Prinzessin d'Henin, bezog 18,000 Liv. Wittwengehalt, obgleich sie an den Prinzen d'Henin verheirathet war etc. 1762 wiesen zudem die Stände der Normandie nach, dass von mehr als 60 Mill. Abgaben nicht 17 in den kgl. Schatz flossen.

englischen und wusste sich grosse Summen zu verschaffen. Aber das Hauptübel, die unaufhörlichen Deficits und Kriege, blieb bestehen und so wuchs die Schuld auf 2,609,398,534 Liv. Capital mit 304,705,870 Liv. Zinsen an. Die zweite Berufung Neckers konnte den neuen, ungeheuren Staatsbankerott nicht mehr verhindern. Obgleich die Nationalversammlung am 17. Juni 1789 die Staatsschuld „als unter die Ehre Frankreichs gestellt“ erklärte und beschloss, dass keine Suspension oder Reduction mehr eintreten und das schändliche Wort Nationalbankerott nie mehr ausgesprochen werden dürfe, so beschleunigte sie selbst die Catastrophe am 19. Dec. 1789 durch die Creirung der berücktigten Assignaten auf die Nationalgüter. Man muss die einzelnen Massen dieses Zahlungsmittels ins Auge fassen, um den Jammer zu begreifen, welchen es verbreitete. Es wurden creirt:

am 19. Dec. 1789	400 Mill.	am 14. Dec. 1792	300 Mill.
" 29. Sept. 1790	800 "	" 1. Febr. 1793	800 "
" 17. Dec. "	200 "	" 7. Mai "	1,200 "
" 27. April 1792	300 "	" 7. Dec. "	500 "
" 31. Juli "	300 "	" 19. Juni 1794	1,105 "
" 24. Oct. "	400 "		

Ein Decret vom 21. Dec. 1795 fixirte die bis dahin emittirten Assignaten auf 40 Milliarden; in Wahrheit waren aber 45,578,810,040 Liv. ausgegeben und die gesammten Nationalgüter, bei deren Verkauf sie an Zahlungsstatt gegeben werden sollten, waren nur zu 3,300,000 Liv. angeschlagen. Das finanzielle Elend stieg von Tag zu Tag. Im Januar 1796 kaufte man um 1 Louisd'or in Silber 24 Frs., in Assignaten aber 17,925 Frs. Dann folgte ein gezwungenes Anlehen, wobei man die Assignaten zu 1% annahm; also waren bereits 99% von jenen 45 Milliarden verloren. Nicht genug. Man reducirte den im Umlauf gebliebenen Rest derselben auf $\frac{1}{3}$ und schaffte ein neues Papier, Mandate genannt, welches gleich anfangs nur zu 36% ausgebracht werden konnte und nach wenigen Monaten ebenfalls dergestalt fiel, dass man für 8,000 Frs. davon kaum 20 Frs. baar finden konnte. Selbst der schrecklichste Terrorismus, der alle, welche das creirte Papiergeld nicht annehmen wollten, mit der Guillotine bedrohte, hatte die Entwerthung desselben nicht zu hindern vermocht. Durch Gesetz vom 30. Sept. 1797 ward nun die eigentliche Staatsschuld, welche nach Beseitigung aller Ansprüche der Emigranten 2,800 Mill. betrug, auf $\frac{1}{3}$ unter dem Namen tiers-consolidé reducirt und nach Gesetz vom 29. Janr. 1798 in 5proc. annuités verwandelt; für die übrigen $\frac{2}{3}$ gab man sogen. bons de deux tiers aus, welches neue Papiergeld dem entwertheten früheren fast unbeachtet folgte. Indessen hatten selbst jetzt die Verluste der Staatsgläubiger noch kein Ende. Nachdem durch Gesetz vom 26. Nov. 1799 die Liquidstellung aller Forderungen angeordnet war, erklärte ein Decret vom 25. Febr. 1808 alle binnen einer bestimmten Frist nicht angemeldeten Forderungen für verfallen, wurde aber erst nach seiner Vollstreckung (durch Gesetz vom 15. Janr. 1810) gehörig promulgirt, so dass eine Masse Gläubiger durch dieses Verfahren sich um ihre Ansprüche gebracht sah.

Das war im Ganzen ein Staatsbankerott, wie er in der Finanzgeschichte aller Länder seines Gleichen nicht findet. Im Jahre 1799 war immer noch das Vertrauen so sehr erschüttert, dass die 5proc. Rente im Course bis auf 7% herabging — ein unerhörter Courssatz.

Verfolgt man nun die Napoleon'sche Periode, so könnte man aus der Ermässigung der Staatsschuld, welche bis 1809 eintrat, den Schluss zu ziehen versucht sein, dass das Consulat und das erste Kaiserreich die friedlichste und wohlfeilste Regierung Frankreichs gewesen. Ganz Europa weiss das Gegentheil. Die Napoleon'sche Finanzkunst bestand aber darin, das eigene

Land zu schonen und unaufhörliche Kriege auf Kosten des Auslands zu führen. Beim Sturze des ersten Kaiserreichs betrug die in 5proc. Renten eingetragene consolidirte Staatsschuld 1,266,150,000 Frs. mit 63,307,600 Frs. Zinsen. Es waren aber die grossen Verwaltungsrückstände und Kriegsauslagen seit 1810 nicht ausgeglichen.

Wie sich die Staatsschuld in der Folgezeit gestaltete, wollen wir durch Zahlen veranschaulichen. Auf Rechnung der fundirten (consolidirten) Schuld haben von 1814 bis 1859 folgende Steigerungen stattgefunden:

Dauer: Jahre.	Emittirte Renten: Frs.	Deren Ertrag: Frs.	Winkl. verschie- bene Summe:	
			Frs.	Zins: fuss: ‰.
1) Unter der Restauration 16	99,073,619	1,436,321,065	1,997,147,130	6,90
2) Unter dem Julikönigthum 18	31,158,734	704,889,792	828,237,586	4,42
3) Unter der Republik . 4	14,416,104	223,442,430	288,322,080	6,45
4) Unter dem II. Kaiserreich . 7	71,709,380	1,538,243,948	2,201,506,888	4,66
Zusammen	45	216,357,837	3,902,897,235	5,54

Nach anderer (genauerer) Berechnung betrug die Schuld abzüglich der im Besitze des Amortisationsfonds befindlichen Titel:

	Rente:		Capital:		Vermehrung:	
	Mill. Frs.	Mill. Frs.	Mill. Frs.	Mill. Frs.	Mill. Frs.	Mill. Frs.
1) Am Ende des I. Kaiserreichs .	63,3	1266,0				
2) " " der Restauration . .	164,8	2745,3	101,5	1479,3		
3) " " des Julikönigthums .	179,8	4427,8	15,0	1682,5		
4) Am 1. Janr. 1859.	315,9	8593,2	136,1	4165,4		

Dass die Steigerung des Capitalbetrags und der Rente in ungleichem Verhältnisse stattfand, rührt von der Herabdrückung des nominellen Zinsfusses bei den neueren Anlehen her. Während man nämlich unter'm ersten Kaiserreiche nur 5proc. Renten hatte, entstand schon unter der Restauration 1825 die 3proc. Rente, theils dadurch, dass man die Entschädigungsmilliarde der Emigranten in 3proc. Inscriptionen leistete, theils auch durch Conversion eines Theils der 5proc. Rente in 3proc. Ebenso entstand durch letztere die 4 $\frac{1}{2}$ proc., und aus Anlass des Kriegsanlehens zur Befreiung Griechenlands (1828 und 1829) die 4proc. Rente. Unter'm Julikönigthum wurden Anlehen nur in 4- und 3proc. Rente gemacht und ein Decret vom 10. März 1825 beseitigte die 5proc. ganz, indem es sie einfach in 4 $\frac{1}{2}$ proc. verwandelte. Seit 1825 hat man dahin gestrebt, neue Anlehen möglichst in 3proc. Rente aufzunehmen, wobei man stets viel mehr verschrieb, als man reell erhielt. Daher denn die ungeheure Steigerung des Capitalbetrags der Schuld, während die Rente nicht in gleichem Maasse gewachsen ist. Die mässiger Zunahme der letztern rührt übrigens zum Theil auch daher, dass von Zeit zu Zeit die im Besitze des Amortisationsfonds und anderer Staatsanstalten befindlichen Renten vernichtet und abgeschrieben wurden, so namentlich unter der Republik und Napoleon III. bei 80 Mill. Frs.

Aber nicht nur die fundirte Schuld ward gesteigert, sondern in ähnlicher Progression auch die schwebende. Sie hielt sich unter der Restauration in mässigen Grenzen, wuchs aber unter'm Julikönigthum von 252,9 Mill. (1831) auf 630,8 Mill. (1848) an. Obgleich die provisorische Regierung davon 491,1 Mill. (nämlich alle Depositen der Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Sparcassen) durch einen Gewaltstreich in Renteninscriptionen verwandelte, war sie doch schon 1855 wieder auf 881,8 Mill. gestiegen und betrug 1859 810 Mill. Die Staatscasse absorbirte, insbesondere unter dem II. Kaiserreiche, Alles: Depositen,

Sparcassengelder, Gemeindefonds, das Vermögen anderer öffentlicher Anstalten, der Pensions- und Versorgungscassen etc.; ja man machte den Versuch, die Gemeinden und Stiftungen zur Veräusserung ihres Grundeigenthums und Anlegung des Erlöses in Renteninscriptionen zu zwingen, und wenn dieser Versuch auch am Widerstande der Gemeinden scheiterte, so scheint er dennoch nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben zu sein. Auch bei der Bank wurden von Zeit zu Zeit Gelder aufgenommen. Endlich wuchsen die Zahlungsrückstände, eine andere Art der schwebenden Schuld, mehr und mehr an. Sie erreichten am 1. Janr. 1859 den Betrag von 965 Mill. Frs.

Sieht man nach den Motiven der Schuldenvermehrung, so war dieselbe unter der Restauration nicht, oder kaum, durch eigene Acte der Regierung verursacht. Die Rückstände des I. Kaiserreichs, welche sie antrat, mussten bezahlt werden, ebenso die privatrechtlichen Entschädigungen an Gemeinden etc. Diese beiden Bedürfnisse erforderten allein 668 Mill. Capital = 33,4 Mill. Rente. Nicht weniger war die Regierung zur Bezahlung der ihr von den Verbündeten auferlegten Kriegsentschädigung (à 700 Mill.) und der Kosten der Occupation von 1816—19 verpflichtet, welche zusammen eine Schuldenvermehrung von 1,916 Mill. Capital = 95,8 Mill. Rente verursachten. Nur der Krieg in Spanien mit einem Schuldenzuwachs von 80 Mill. und der Krieg in Griechenland mit 77½ Mill. beruhen auf freien Entschlüssen der Regierung, während die Entschädigung der Emigranten für die ihnen entzogenen Güter etc. mit 1,000 Mill. als ein Act der Gerechtigkeit wird anerkannt werden müssen. Erwägt man diese Nöthigungsgründe und den Umstand, dass die Restauration ein völlig erschöpftes und entkräftetes Land antrat, gleichwohl aber bei ihrem Sturze nur eine Vermehrung der Schuld um 1479,8 Mill. und der Rente um 101,8 Mill. hinterliess, so werden sich die Vorwürfe, die man ihr vielfach macht, schwerlich rechtfertigen lassen. Auch das Julikönigthum hinterliess keine höhere Vermehrung der Rente (den Capitalbetrag der Schuld hatte es allerdings weit mehr gesteigert), als dasselbe auf ausserordentliche Arbeiten zum Nutzen des Landes verwendet hatte. Die von ihm sonst aufgenommenen Anlehen hat es wieder getilgt. Freilich hatte es ununterbrochene Friedensjahre und finanziellen Aufschwung für sich. Die Republik verfiel dem Loose aller Revolution: sie hatte mit Verminderung der Einnahmen und Vermehrung der Ausgaben, sonach mit ungeheuren Deficits zu kämpfen, zu deren Deckung ihr nur Schuldenvermehrung zu Gebote stand. Die enorme Steigerung der Schuld unter dem II. Kaiserreich aber ist hauptsächlich Folge der von ihm selbst und fast allein heraufbeschworenen Kriege und Kriegsrüstungen. Sie haben nicht allein Frankreich in eine Schuldenmasse gestürzt, die immer noch keine Grenze hat, sondern ganz Europa zu unproductiven Ausgaben und Leistungen genöthigt, welche sich jährlich nach Milliarden berechnen. Geht daraus im grossen Ganzen ein Gewinn für die Civilisation, für die wahre Freiheit und Wohlfahrt der Völker indirect hervor, so ist dieser Fortschritt eben so wenig wohlfeil erkaufte, als er dem reinen Willen seines Urhebers zuzuschreiben sein wird.

Heutiger Zustand. Staatsgebiet: Frankreich umfasst nun, nach Einverleibung von Savoyen und Nizza, 10,034,0 Q.-Meilen. Der Flächengehalt Algeriens, dessen Grenzen übrigens sehr unbestimmt sind, wird zu 7107,70 Q.-M. angegeben. Von den einst zahl- und umfangreichen Colonien ist nur noch ein Rest von circa 650 Q.-Meilen unter französischer Herrschaft geblieben.

Bevölkerung. Nach der Zählung von 1856 traf es auf Frankreich, Savoyen und Nizza hinzugerechnet, 36,746,432; auf Algerien 2,677,973; auf die Colonien 963,253 Einwohner. Die europäische Bevölkerung Algeriens betrug übrigens Anfangs 1860 nur 202,947 Köpfe; die afrikanischen Völkernschaften daselbst sind grossentheils nur nominell unterworfen.

Finanzen. Wir geben zunächst eine Uebersicht der Rechnungsabschlüsse von 1830 bis 1854 in Mill. Frs., welche den besten Einblick in die staatswirtschaftlichen Zustände gewähren wird. Es betragen:

im Jahr:	d. ordentl. Einnahmen:	die Gesamt-Ausgaben:	das Deficit:	Jahr:	Ordentl. Einnahmen:	Gesamt-Ausgaben:	Deficit:
							1712,1
1830:	971,0	1095,1	124,1	1843:	1270,1	1445,3	175,2
1831:	948,6	1219,3	270,7	1844:	1297,0	1428,2	130,3
1832:	984,8	1174,4	189,6	1845:	1330,2	1489,4	158,2
1833:	990,3	1134,1	143,8	1846:	1351,8	1566,5	214,7
1834:	1007,5	1063,6	56,1	1847:	1342,8	1629,7	286,9
1835:	1020,9	1047,2	26,4	1848:	1207,3	1771,0	563,8
1836:	1053,3	1065,9	12,6	1849:	1256,8	1646,3	389,5
1837:	1076,2	1078,0	2,7	1850:	1296,5	1472,6	176,1
1838:	1110,7	1336,2	225,5	1851:	1273,8	1461,3	188,0
1839:	1123,8	1179,0	45,2	1852:	1336,2	1513,1	176,9
1840:	1160,4	1363,7	203,3	1853:	1391,1	1547,5	156,4
1841:	1197,8	1425,2	227,4	1854:	1417,7	1988,0	570,3
1842:	1256,9	1441,0	184,7				
			1712,1				4898,3

Also in 25 Friedensjahren ein Deficit von 4,898 Millionen und dennoch eine Steigerung der ordentlichen Einnahmen von 971 auf 1,417 Millionen! Das ist ein Resultat, wie es in dem vielverschrieenen Oesterreich nicht entfernt erreicht wurde, obgleich dieses seit mehr als 10 Jahren um seine Existenz zu kämpfen hatte, während Frankreich keinerlei äusserer Anfechtung ausgesetzt war.

Das berechnete Deficit ward hauptsächlich gedeckt aus dem Erlös veräusserten Staatseigenthums (wie in Oesterreich wurden auch in Frankreich die Staatseisenbahnen, ausserdem um 129 Mill. Forsten, verkauft) und durch die von uns gezeigte Vermehrung der Staatsschulden. Durch ausserordentliche Steuererhöhungen sind nur 238½ Mill. beschafft worden.

Noch in viel höherem Maasse steigerten sich aber die Staatsbedürfnisse und die Deficits in den nächstfolgenden Jahren (in Folge des orientalischen Krieges). Es betrug die Ausgabe:

	in Wirklichkeit:	nach dem Voranschlag:	Ueberschreitung:
1855 . . .	2,375,342,590 Frs.	1,562,030,308 Frs.	813,312,282 Frs.
1856 . . .	2,211,703,054 „	1,598,286,528 „	713,416,526 „

Man sieht hieraus zugleich, dass die Budget-Aufstellung in Frankreich zu einer vollständigen Illusion geworden ist. In der That sind von jeher bei der Budgetberathung Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht, im Laufe des Rechnungsjahres ist aber das Budget durch sogen. Supplementar-Credite geradezu über den Haufen geworfen worden. Wir geben daher die Ziffern des neuesten Staatsbudgets für 1861 weniger als Normen des Staatshaushalts, denn als Anhaltspunkte für die Beurtheilung der ordentlichen Belastung des französischen Gemeinwesens. Sie betragen im Voranschlag:

Einnahmen:	Frs.	Ausgaben:	Frs.
1) Directe Steuern . . .	479,077,343	1) Staatsministerium .	11,948,400
2) Einschreibgebühren, Domänen	359,627,896	2) Justizministerium .	29,284,456
3) Forsten u. Fischereien	37,815,500	3) Minist. des Aeussern	10,811,850
4) Indirecte Steuern, Zölle und Salzregie	668,800,000	4) Minist. der Finanzen	(worunter 570,950,444
5) Ertrag der Posten .	61,900,000	Frs. auf die Schuld .	1,110,162,766
		5) Minist. des Kriegs .	345,908,744

	Frs.		Frs.
6) Verschiedenes	99,667,553	6) Minist. der Marine . .	124,394,583
7) Rückzahlungen der Eisenbahngesellschaften	1,333,363	7) Minist. des Cultus und Unterrichts	68,026,936
8) Aus der Reserve des Tilgungsfonds	137,512,015	8) Minist. d. Ackerbaues, Handels etc.	72,314,850
		9) Minist. für Algier und Colonien	40,436,100
		10) Ausserordentliche Ar- beiten	32,400,000
Summe	1,845,733,670		1,845,688,685

Bei der Berathung im gesetzgebenden Körper hat dieser Voranschlag einige Abänderungen erlitten, so dass die Einnahmen auf 1,840,775,607, und die Ausgaben auf 1,840,121,858 Frs. festgestellt wurden. Der Voranschlag für 1862 zeigt eine abermalige Steigerung und schliesst mit 1,941,030,275 Frs. Einnahme und 1,929,448,725 Frs. Ausgabe. Seit 1830 sind also die öffentlichen Lasten Frankreichs verdoppelt worden.

Staatsschuld. Die heutige französische Gesamtstaatsschuld ist aus verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetzt und schwer in Ziffern auszudrücken. Genau bestimmt und bekannt ist die consolidirte, d. h. in das grosse Staatsschuldbuch eingetragene, Schuld. Sie betrug am 1. Janr. 1859 (in 937,711 Inscriptionen) 8,593,288,115 Frs., wozu alsdann im gleichen Jahre ein neues Subscriptionsanlehen von 500 Mill. in 3proc. und 4 $\frac{1}{2}$ proc. Renten zum Cours von 60 $\frac{1}{2}$ und 90% mit einem Nominalcapital von mindestens 700 Mill.; ferner ein Anlehen von 100 Mill., welche die Bank für die ihr aufgenöthigte Verlängerung ihres Privilegiums dem Staat vorzuschliessen hatte; endlich eine schon vorher verbrauchte, nun aber consolidirte Forderung der Armeedotationscasse (Militäreinstandsgelder) von 106 Mill. Frs. kamen. Ausserdem hat im Jahre 1861 die Ausgabe von 150 Mill. Eisenbahnobligationen stattgefunden. Unerachtet dieser Vermehrung, welche die consolidirte Schuld auf 8,949 Mill. steigern würde, wird dieselbe für 1861 doch nur zu 8,564,316,866 Frs. angegeben, wobei die eigenthümlichen Manipulationen angewendet sein mögen, die der französischen Finanzverwaltung besonders geläufig sind. Auch die schwebende Schuld wird ihrer Ziffer nach öffentlich bekannt. Sie belief sich 1860 auf 759,201,000 Frs. Dagegen hat man, unverkennbar in der Absicht, neue Schulden vorerst zu verbergen, getrennt von den „offenen Inscriptionen“ Annuitäten geschaffen, von welchen kein Capitalbetrag angegeben wird, so z. B. für 200 Mill. Forderungen der Eisenbahngesellschaften, für die Einlösungsbeträge mehrerer Canäle (gegenwärtig noch circa 60 Mill. Frs.). Nebendem bestehen von Alters her die Leibrenten im Betrage von circa 70 Mill. per Jahr, deren Capitalbetrag ebenfalls nicht berechnet ist. Endlich kommen hinzu die grossen Zahlungsrückstände (découverts), entstanden aus den ununterbrochenen Deficits. Sie betragen nach dem Finanzberichte des Ministers Magne (Moniteur vom 25. Janr. 1860) 660 Mill. Frs. Bleiben wir nun bei den officiellen Angaben, indem wir aber die Annuitäten und Leibrenten capitalisiren, so ergibt sich für 1860 folgender Gesamtsschuldenstand:

a) Consolidirte Schuld	8,564,316,866 Frs.
b) Schwebende „	759,201,000 „
c) Annuitäten (ca. 260 Mill.) u. Leibrenten (ca. 500 Mill.)	760,000,000 „
d) Zahlungsrückstände	660,000,000 „
Summe	10,743,517,866 Frs.

Diess macht auf den Kopf der Bevölkerung Frankreichs 295 Frs. = 78 $\frac{2}{3}$ Thlr.

Staatsgarantien. Neben diesen unmittelbaren Geldverbindlichkeiten hat indessen auch der französische Staat noch mittelbare eingegangen, welche sich aller Berechnung entziehen. Hierher gehört zunächst die Haftung für das Institut der Armeedotationsscasse, sodann die Garantie für einen Reinertrag der sogen. jungen Eisenbahnen von 4,65% des Anlagecapitals (circa 2,500—3,000 Mill. Frs.) auf 50 Jahre. In die erstere Casse fliessen die Looskaufsummen der Militärpflichtigen (jährlich circa 70 Mill.); die Einsteher erhalten aber ihre Einstandsprämien nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der Dienstzeit; ausserdem ist ihnen eine Diensterneuerungsprämie, nach einer gewissen Reihe von Dienstjahren eine Soldzulage und nach 45jähriger Dienstzeit eine Pension von 365 Frs. zugesichert. Die Lasten dieser, erst 1855 gesetzlich organisirten Casse, werden dann schwer in's Gewicht fallen, wenn einst die Zahl der älteren Einsteher und Pensionsberechtigten in ihrer wahren Grösse bekannt sein wird. So ist auch in dieser Beziehung Alles der Zukunft aufgebürdet, während die Gegenwart den Nutzen der Institution geniesst.

Nicht minder müssen die Eisenbahngarantien der französischen Staatscasse in kurzer Zeit grosse Leistungen zuwälzen, da man die einträglichen Linien sämmtlich an Gesellschaften auf 99 Jahre vergeben, auch die Fusion derselben zugegeben hat. Wenige grosse Actiencompagnien, mit die Stützen der napoleonischen Finanzschwindelwirthschaft, beherrschen nun das wichtige Verkehrsmittel der Eisenbahnen und haben mit der erzielten Staatsgarantie sich die bisherigen hohen Monopoldividenden auf Kosten des Staats zu sichern gewusst.

Deckungsmittel. Es ist hier der Ort, die Phrase von den „unerschöpflichen Hilfsquellen Frankreichs“ auch mit Rücksicht auf die Gegenwart näher zu beleuchten. In dem Reste des noch vorhandenen unmittelbaren Staatsvermögens, welches keine 50 Mill. Rohertrag gewährt und alljährlich vermindert wird, können sie nicht geboten sein, vielmehr sind sie ganz in der Steuerkraft des Volkes zu suchen. Dass diese nun in Folge der durch die Revolution herbeigeführten Befreiung des Erwerbs von allen Schranken in hohem Grade entwickelt worden ist, soll nicht in Abrede gezogen werden. Die Regierung des II. Kaiserreiches widerlegt aber jene Phrase selbst am schlagendsten dadurch, dass sie es nicht wagt, die ungeheuren Kosten ihrer Kriege und Rüstungen auch nur zum Theil der Steuerkraft aufzubürden, vielmehr selbst laufende Bedürfnisse auf Kosten der Staatsschuld deckt. Auch hat die französische Nation zu der allseitigen grossen Verkehrsentwicklung der englischen noch einen weiten Weg zurückzulegen. Es wird diess durch folgende statistische Daten dargethan: Der allgemeine Handel, die blosse Durchfuhr mit eingerechnet, betrug nach den „officiellen Werthen“ (nach den Preisen von 1827) in Mill. Frs.:

	1840:	1845:	1850:	1853:	1854:	1855:	1856:	1857:	1858:
Einfuhr:	1,052	1,240	1,174	1,632	1,709	1,952	2,268	2,236	2,035
Ausfuhr:	1,011	1,187	1,531	1,861	1,788	2,027	2,320	2,357	2,442

Die „wirklichen Werthe“ stellten sich dagegen so dar:

1857: Einfuhr 2,689, Ausfuhr 2,639; 1858: Einfuhr 2,164, Ausfuhr 2,561 Mill.

Mit Ausschluss der blossen Durchfuhr betrug die Bewegung des sogen. „Specialhandels“, d. h. der in Frankreich verarbeiteten und consumirten Producte:

1857: Einfuhr 1,874, Ausfuhr 1,875; 1858: Einfuhr 1,563, Ausfuhr 1,887 Mill.

Ein sehr bedeutender Theil der französischen Industrieproducte besteht aber in Luxuswaaren und ist daher den Schwankungen des Markts ausserordentlich ausgesetzt.

Die Handelsmarine besass 1859 15,230 Schiffe, mit etwas über 1 Mill. Tonnen Gehalt, wovon jedoch nur 330 mit Dampfkraft betrieben wurden.

Der Schifffahrtsverkehr war 1859 folgender: Es liefen in französische Häfen 25,040 Schiffe mit 4,003,638 Tonnen Gehalt ein, wogegen 20,435 Schiffe mit 3,036,328 Tonnen Gehalt ausfuhren.

Industrie. Die Zahl der Dampfmaschinen betrug 1852: 7,779 mit 216,456 Pferdekräften; Rübenzuckerfabriken bestanden 1859: 349, welche 132,6 Mill. Kilogr. Zucker erzeugten. Die Ausfuhr an Seidenzeugen betrug 1858: 103, der Baumwollerzeugnisse 83, der wollenen 42, der Uhren 11, der Eisenguss- und Stahlwaaren 11 Mill. Frs. Bergwerke bestanden 1854: 448 Kohlen-, 177 Eisen- und 199 sonstige Minen, deren Ertrag auf 49 Mill. Ctr. Kohlen mit 46,7 Mill. Frs. Geldwerth, 20,8 Mill. Ctr. Eisenproducte mit 7,7 Mill. Frs. Werth, 4,2 Mill. Ctr. Salz mit 7,8 Mill. Frs. Werth angegeben wurde. 1851 waren in den Fabriken 1,331,260 Menschen beschäftigt, während man 4,713,026 Arbeiter der „kleinen Industrie“ zählte.

Bodencultur. Als sehr bedenkliches Zeichen der Zustände Frankreichs ist die Thatsache anzusehen, dass die ländliche Bevölkerung in demselben Maasse abnimmt, als die Städtebevölkerung wächst. Von 35,7 Mill. Gesamtbevölkerung beschäftigten sich 1851 nur 14,3 Mill. mit Landbau. Dem letztern fehlt es daher an Händen, während sich in den grossen Städten ein Arbeiter-Proletariat anhäuft. Der Reinertrag des gesammten Grundbesitzes wird übrigens zu 2643,3 Mill. Frs. angegeben, was kaum dem vierten Theil der Staatsschuld gleichkäme.

Eisenbahnen und Telegraphen. Mitte 1859 standen 1,209 deutsche Meilen (8,967 Kilom.) Eisenbahnen und 2,160 Meilen Telegraphen im Betrieb. Im Eisenbahnbau steht also Frankreich gegen England, Belgien und Deutschland verhältnissmässig zurück.

Einrichtung des Schuldenwesens. Schuldentilgung etc. Der Unterschied zwischen der französischen sogen. fundirten und schwebenden Schuld besteht jetzt, nachdem eine Tilgung der ersteren nicht mehr erfolgt und der Amortisationsfonds nur noch dem Namen nach da ist, lediglich darin, dass die eine (dette inscrite) im grossen Staatsschuldbuche eingetragen und Seitens des Gläubigers unkündbar ist, die andere (dette flottante) aber nicht. Der Hauptbestandtheil der fundirten Schuld ist die unter der ersten Republik (Ges. vom 24. Aug. 1793 und 30. Sept. 1797) geschaffene Rente. Renten, wie überhaupt fundirte Schulden, können nur durch ein Gesetz creirt werden. Der Grundtitel jeder einzelnen Rente ist die Eintragung (Inscription) in das grosse Buch der Staatsschuld. Jeder Staatsgläubiger erhält einen Auszug aus demselben (ebenfalls Inscription genannt). Jede Eintragung lautet ursprünglich auf einen bestimmten Namen, keine darf weniger als 5 Frs. Rente umfassen. Aenderungen und Umschreibungen der Inscriptionen können nur unter Verantwortung der beiden verrechnenden Agenten der Staatsschuldendirection bewirkt werden, von denen der eine die behufs der Umschreibung geforderten Bedingungen prüft, der andere die Löschung des alten und die Eintragung des neuen Besitzers vollzieht. Die Verantwortung für den Rechtsbestand des Titels tragen die ihn bestätigenden Börsenagenten und Notare.

Geht eine Inscription verloren, so erklärt diess der Eigenthümer vor dem Maire in Gegenwart zweier Zeugen, welche die Identität der Person bestätigen, und er wendet sich mit der vidimirten Erklärung an den Minister, welcher die Direction der Staatsschuld zur Ausstellung einer neuen Inscription ermächtigt.

Die Auszahlung der Rente erfolgt halbjährig, am 22. März und 22. Sept. für die 4 $\frac{1}{2}$ - und 4proc. und am 22. Juni und 22. Dec. für die 3proc. Rente,

in der Regel zu Paris. Will man sie in den Departements erheben, so bedarf es nur der Anmeldung. Es besteht nämlich in jedem Departement (ausgenommen das der Seine) wiederum ein Schuldbuch für die dorthin verwiesenen Renten, aus welchem der Besitzer einen Auszug erhält, während er alsdann seine Inscription auf das grosse Buch abgeben muss. Die Auszahlung der Rente geschieht in der Regel nur gegen Beibringung und Abstempelung der Inscription; doch ist der Renteninhaber auch berechtigt, die Umschreibung derselben auf den „Ueberbringer“ zu verlangen; er muss sie dann in Paris erheben.

Schlussbemerkung. Unsere auf Zahlennachweise basirte Darstellung möchte kaum geeignet sein, die an der Spitze citirte officielle Phrase zu bestätigen. Dagegen wird man unwillkürlich zu Parallelen zwischen der Vergangenheit und Gegenwart gedrängt, welche nur zu sehr zutreffen. Es scheint eine Raceeigenschaft des französischen Volkes zu sein, Alles in's Maasslose zu übertreiben und weder in die Vergangenheit zurück-, noch in die Zukunft hinauszublicken. Sonst würden die Wege, die es zu seinem unsäglichen Nachtheile wiederholt zurückgelegt hat, nicht immer wieder von Neuem beschritten werden. Sieht man endlich, wie heute die ganze sociale und politische Ordnung auf zwei Augen beruht, wie alle öffentliche Thätigkeit und Bewegung in den Händen einer — die Stelle der Vorsehung usurpirenden Gewalt zusammenläuft, so wird man sich eines Gefühls der Bangigkeit nicht zu erwehren vermögen.

§. 160.

3) Kaisertum Russland.

Rückblicke in die Vergangenheit. Die russische Staatsschuldengeschichte beginnt mit dem Zeitpunkte, in welchem die russische Eroberungspolitik ihren Anfang nahm, und zeigt uns die Eigenthümlichkeit, dass darin die schwebende Schuld überall in den Vordergrund tritt. Vor Peter I. war das Land, obgleich bereits von grosser räumlicher Ausdehnung, bei den Culturvölkern fast unbeachtet. Sein öffentlicher Haushalt trug so sehr den Stempel der Kindheit, dass mit 2—3 Mill. Einkünften die Regierung des ganzen Staats bestritten wurde. Peter steigerte die Einnahmen auf das Fünffache und hatte dennoch Mühe genug, das Gleichgewicht zu erhalten. Da man im Auslande keinen Credit hatte und die innern Zustände ebenso wenig danach angethan waren, um auf dem gewöhnlichen Wege der Anlehen Geld zu schaffen, so griff man frühzeitig zu dem Mittel der Papiergeldsemission. Schon unter Katharina II. waren an 200 Mill. Assignatrubel in Circulation. Die Kriege gegen die Türkei und Frankreich am Ende des vorigen und Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts steigerten selbstredend die Bedürfnisse enorm, während die damalige Lage von ganz Europa auswärtige Anlehen im gleichen Maasse erschwerte. Man schritt daher zu immer neuen Papiergeldsemissionen. Die Gesamtsumme der von 1769 bis 1818 creirten Assignaten erreichte die damals ungeheure Summe von 836 Mill. Rubel. Dass bei solcher Ueberschwemmung eine Entwerthung des Papiergelds, welches nirgends eingelöst ward, und eine Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse eintreten musste, lag in der Natur der Sache. 1815 stand der Assignatrubel auf 418, d. h. man konnte für 418 R. Papier kaum 100 R. Silber erhalten. Die Finanzen waren im desolatesten Zustande und die Regierung nicht mehr im Stande, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Obgleich die fundirte Staatsschuld wenig über 125 Mill. S.R. betrug, blieben

doch auch die Zinsen aus dieser zurück. Man muss es aber der russischen Regierung nachsagen, dass sie keine Versuche machte, ihre auswärtigen Gläubiger zu benachtheiligen; dass sie die aufgelaufenen Zinsen gleich dem Capital anerkannte und capitalisirte und dass sie nach wiederhergestelltem Frieden überhaupt nichts versäumte, um bessere Finanzzustände zu schaffen. Es gelang ihr auch allmählig. Sie erhielt mit Leichtigkeit, wenn auch zu hohen Zinsen, in Holland und England Anlehen, mit deren Ertrag ein grosser Theil des umlaufenden Papiergelds eingelöst wurde; doch blieben 595 Mill. davon in Circulation und ihr Cours wollte sich nicht wesentlich verbessern. Dazu mochten der türkische Krieg von 1828, die Julirevolution und der polnische Aufstand mitgewirkt haben. Im Jahre 1839 erachtete indessen die Regierung ihre Finanzkräfte für erstarkt genug, um die Silbervaluta wieder zur Hauptbasis der Geldeirculation zu machen. Dabei wurde der Silberwerth der Assignaten zu $\frac{2}{7}$ ihres Nennwerths fixirt, was ungefähr ihrem damaligen Course entsprach. $\frac{5}{7}$ von 595 Mill. Rubel waren also im Laufe der Zeit verloren gegangen. Dagegen hatten die Verbriefungen der fundirten Schuld selbst im Auslande grosse Beliebtheit erlangt, weil die Anlehensbedingungen unausgesetzt pünktlich erfüllt worden waren. 1843 wurden die Bankassignaten durch die neu creirten Reichs-Credit-Billets, welche dem Silberrubel gleich circuliren sollten, ersetzt. Sie traten mit einem Betrage von 170,222,000 S.R. in's Leben, wurden durch das gesammte Reichsvermögen garantirt, hatten zwar Zwangscours, konnten aber bei einer besonders errichteten Einlösungscasse umgetauscht werden. Diese Casse hatte einen wirklichen Baarfonds, welcher 1855 nach den Angaben des Finanzministers 152 Mill. erreichte. Die Finanz- und Creditzustände Russlands besserten sich anscheinend dergestalt, dass seine Regierung im Jahre 1847, als Mittel- und Westeuropa von Misserndten und Gelderisen heimgesucht war, zum allgemeinen Erstaunen der französischen Bank durch den Ankauf von 50 Mill. Frs. Rente eine eben so erwünschte als unerwartete Hülfe leisten konnte.

Indessen bewährte sich dieser finanzielle Aufschwung nicht als nachhaltig. Schon aus Anlass der Interventionen in den Donaufürstenthümern und in Ungarn (1849) schritt man zu namhafter Vermehrung der schwebenden Schuld, theils durch neue Ausgabe von Reichscreditbillets, theils durch Creirung und Emission von verzinslichen Reichsschatzbillets. 1851 circulirten bereits circa 230 Mill. der ersteren und 120 Mill. der letzteren. Die Rüstungen für den orientalischen Krieg und dieser selbst erforderten ganz immense Summen, während gleichzeitig der auswärtige Geldmarkt durch die Theilnahme Englands und Frankreichs an jenem Kriege gesperrt war. Da blieb kein anderes Hülfsmittel übrig, als abermalige Vermehrung des Papiergelds. Dasselbe hatte 1854 schon die Höhe von 450 Mill. R. erreicht und in ähnlicher Progression war die Summe der emittirten Reichsschatzscheine angewachsen. Während des Kriegs musste die Einlösung der Creditbillets in Silber sistirt werden. Die circulirende Menge derselben wuchs auf mehr als 700 Mill. an und an die Stelle der Metallwährung war wieder Papierwährung getreten, welche seitdem nicht wieder beseitigt werden konnte. Uebrigens erfüllte die Regierung auch jetzt ihre Verpflichtungen gegen die Staatsgläubiger ohne alle Unterbrechung und selbst die bedeutende planmässige Schuldentilgung ward pünktlich eingehalten.

Nach wiederhergestelltem Frieden ging man mit dem besten Willen an die Verbesserung der Finanzzustände. Man begann damit, mit grossen Opfern eine Summe von etwa 90 Mill. Creditbillets einzuziehen. Als bald erkannte man aber, dass auf diesem Wege die Quelle des Uebels nicht verstopft werden könne, dass vielmehr das ganze Creditsystem des Reichs ein verfehltes

und daher eine radicale Reform desselben erforderlich sei. Man erkannte ferner, dass diese Reform im innigsten Zusammenhange mit der ganzen politischen und socialen Gestaltung des ungeheuren Reiches stehe, und es trat an die Regierung des neuen Kaisers die colossale Aufgabe heran, welche je einer Regierung obgelegen: die finanzielle, politische und sociale Umgestaltung eines seit Jahrhunderten in tiefster Abhängigkeit gehaltenen, zwar mit einem Firniss der Cultur übertünchten, aber im innersten Kern moralisch und intellectuell völlig vernachlässigten Reichscolosses.

Wie nämlich in Russland der starre Absolutismus im Laufe der Zeit alle Selbstthätigkeit des Individuums und der einzelnen Reichtheile absorbirt hat und endlich an dem Punkte angelangt ist, wo die Regierung die Stelle der Vorsehung nothgedrungen einnehmen muss, so lief auch das ganze Credit-system des Reichs in den Händen der Regierung zusammen. Man hatte zwar Banken und Creditinstitute errichtet, sie standen aber nicht auf eigenen Füßen, sondern waren einerseits von der Regierung abhängig, während diese andererseits die Garantie für sie übernahm. Fast alle flüssigen Capitalien, insbesondere auch die Fonds der Corporationen, Gemeinden und Stiftungen, flossen hier zusammen. Sie wurden zum grossen Theil an den Grundbesitz auf langterminige Darlehen ausgeliehen; die Einleger hatten dagegen unbeschränktes Kündigungsrecht. So entstand die Gefahr einer plötzlichen Stockung. Nachdem hatte sich die Regierung durch dieses System geradezu in die Unmöglichkeit versetzt, im Inlande Staatsanlehen zu negociiren; denn die dazu vorhandenen Capitalien waren in ihren eigenen Banken festgelegt, und wollten sie behufs Einzahlung auf ein Staatsanlehen zurückgenommen werden, so hätte die Regierung vermöge ihrer Garantie den Banken wieder unter die Arme greifen, daher mit der einen Hand nehmen und mit der andern geben müssen. Dazu kam wohl auch noch, dass der Staat in seiner Finanznoth selbst sich von Eingriffen in die Banken nicht fern gehalten hatte. Am 1. Janr. 1859 betrug die Summe der in den Creditinstituten deponirten, jeder Zeit kündbaren Capitalien nicht weniger als 967,107,000 R. Gleichzeitig war der Anfang der gefürchteten Crisis fühlbar, denn vom 1. Janr. bis 1. Sept. 1859 wurden über 50. Mill. R. mehr aus den Banken zurückgenommen, als eingelegt.

Nun erschienen die Ukase vom 28. Juli und 1. Sept. 1859, welche die Reform des Creditsystems auf ziemlich gewaltsamem Wege durchführten, indem sie die Conversion der Seitens der Kirchen und Stiftungen eingelegten Depositen in 4proc. Staatsrenten einfach verordneten, den sonstigen Inhabern von Obligationen der Leih- und Commerzbank und der Spareassen zwar den Umtausch derselben in 5proc. Obligationen der neu zu errichtenden Staatsbank, welche unkündbar und von 1861 an binnen 37 Jahren amortisirbar gestellt wurden, freistellte, sie jedoch gleichzeitig mit einer Herabsetzung des Zinsfusses ihrer Forderungen auf 2% bedrohte, falls sie in jene Conversion nicht willigten. Auch wurde die Verzinsung der gerichtlichen Depositen ganz aufgehoben. Nach einem Berichte des Finanzministers vom 25. Sept. 1860 war die Reform zum grössten Theil in folgender Weise durchgeführt:

Baar mussten zurückgezahlt werden	197,412,761 R.
In 5proc. Bankbillets wurden convertirt	272,620,800 "
In 4proc. Staatsrenten-Inscriptionen convertirt	54,752,453 "
In gleicher Weise waren noch zu convertiren	92,876,107 "
An Kroncapitalien sind auf den Staatsschatz übertragen	20,892,902 "
Noch unerledigt waren	328,550,000 "

Von der letzten Summe stand etwa die Hälfte Corporationen, Gemeinden und Stiftungen zu, deren Conversion noch zu erwarten war. Der Rest war nicht mehr geeignet, Besorgnisse hervorzurufen, und so war die Gefahr der Stockung

beseitigt, indem die kündbaren Forderungen grösstentheils in unkündbare umgewandelt waren. Es geschah diess freilich nicht ohne namhafte Opfer. Zunächst war damit der Zinsfuss der Depositen erhöht; dann aber hatte die Staatscasse zum grossen Theil für die Mittel zur Heimzahlung jener 197 Mill. baar zurückverlangter Einlagen zu sorgen, zu welchem Zwecke der Papiergeldseinslösungsfonds angegriffen, ein Theil des contrahirten 3proc. Staatsanlehens à 7 Mill. Pfd. Sterl. verwendet und eine Emission von 100 Mill. neuer Creditbillets veranstaltet wurde. Ein weiteres $4\frac{1}{2}$ proc. Staatsanlehen à 8 Mill. Pfd. Sterl. ward 1860 in England negociirt, wovon 5 Mill. realisirt wurden, um den Staatsschatz und den Papiergeldseinslösungsfonds zu ergänzen. Die weiteren 3 Mill. sollten im Laufe des Jahres 1861 zur Realisirung kommen. Die Regierung hat bei diesen Anlehensoperationen nicht mehr die frühere Bereitwilligkeit des auswärtigen Capitals vorgefunden; doch ist es immerhin bezeichnend, dass sie ihr 3proc. Anlehen zum Course von 68, und mit Einrechnung aller Vortheile zu $66\frac{1}{2}\%$, unterbrachte, während Frankreich gleichzeitig 3proc. Rente um 8% niedriger zu emittiren gezwungen war.

Der Reform des Creditwesens folgte auf dem Fusse die sociale durch die neuesten Verordnungen über die Emancipation der Leibeigenen. An dieser Frage von ungeheurer Wichtigkeit hängt ohne Zweifel die ganze Zukunft des grossen Czaarenreichs. Wie sie schliesslich gelöst werden wird, lässt sich heute noch nicht sagen. Hand in Hand mit ihr wird aber eine radicale Umwandlung des ganzen Staatsfinanzsystems gehen müssen und so ist die grosse Aufgabe der Umgestaltung eines bisher nach asiatischen Principien regierten grossen Völkergemenges in einen europäischen Culturstaat von ihrer völligen Lösung noch weit entfernt.

Heutiger Zustand. Staatsumfang. Nach den im Jahre 1858 veröffentlichten „statistischen Tabellen des russischen Reiches für das Jahr 1856“, welche officiellen Ursprungs sind, umfasst das europäische Russland 96,180,²⁹, das asiatische, ohne das inzwischen erworbene Amurgebiet, 239,556,⁰⁸, das amerikanische 17,500, zusammen 353,236,³⁷ Q.-Meilen. Nach den im Auftrage der kaiserl. Academie der Wissenschaften durch den Director der Moskauer Sternwarte, Schweizer, angestellten genaueren Berechnungen ist jedoch der Reichsumfang noch grösser und trifft es davon auf Europa 97,235,⁷⁶, auf Asien 270,540,¹⁰, auf Amerika 24,298,⁶, zusammen 392,074,⁶⁶ Q.-Meilen. Russland ist also in Absicht auf räumliche Ausdehnung das grösste Reich, was je einmal bestand.

Bevölkerung. Die eben gedachten statistischen Tabellen stellen folgende Volkszählungsergebnisse (für 1856) auf: Europa 63,932,081, Asien 7,300,812, Amerika 10,723, zus. 71,243,616 Einwohner. Diese Angaben beruhen indessen grossentheils auf Schätzungen. Die Bevölkerungsdichtigkeit ist eine höchst geringe. Es kommen in Europa 663, in Asien 30, in Amerika nur 0,⁶¹ Menschen auf die Q.-Meile.

Finanzen. Die Staatsbudgets Russlands werden nicht veröffentlicht; man hat sohin darüber wenige zuverlässige Nachrichten. Was in neuerer Zeit von russischen Flüchtlingen in die Oeffentlichkeit drang, trägt augenscheinlich den Stempel der Gehässigkeit. Nach den Untersuchungen v. Redens standen 1852 die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Einnahmen:		Ausgaben:	
	S.R.		S.R.
1) Kroneigenthum . . .	37,550,000	1) Kaiserliche Familie . .	10,750,000
2) Bergwerke	30,500,000	2) Landheer	70,895,000
3) Naturalabgaben . . .	20,236,000	} Friedensstand	
4) Geldleistgn. für Verwltg.	11,086,000	3) Flotte	26,500,000

S.R.	S.R.
5) Regalien und Monopole 102,910,000	4) Staatsschuld 33,500,000
6) Directe Steuern 29,395,000	5) Auswärtige Angelegenh. 8,500,000
7) Indirecte Abgaben 33,650,000	6) Volksaufklärung 7,500,000
	7) Regierungs- und Erhebungs- kosten 118,190,000
Summe 275,472,000	Summe 275,835,000

Hienach wäre im ordentlichen Etat das Deficit gering gewesen. Eine richtige Addition der Einnahmspositionen ergibt aber nur 265,327,000 R., also über 10 Mill. weniger. (Ohne Zweifel beruht diess auf einem Druckfehler.) Nach andern Angaben wäre der ordentliche Aufwand auf das Landheer schon vor dem Krimkriege gegen 100 Mill. gewesen und hätten die Einnahmen bis 1839 die Summe von 163,751,000 R. nie überstiegen, wie sie auch 1853 nur 224,308,000 R. betragen haben sollen. Seither sind die directen Abgaben erhöht worden; ferner soll die Einnahme aus den Krondomänen 1856 auf 45,412,886 R. gestiegen sein. Dagegen ist der Militäretat durch mehrjährige Sistirung der Conscription sehr bedeutend ermässigt worden. (Dennoch werden die Stimmen laut, dass der Sold sogar der kaiserl. Garde nicht rechtzeitig habe bezahlt werden können.)

Das Bedenklichste der russischen Finanzzustände liegt jedoch in deren Hauptgrundlage. Die grösste aller Einnahmspositionen ist nämlich die der Regalien und Monopolen, und das wichtigste der letzteren ist wiederum das Branntweinmonopol, welches schon 1852 über 78 Mill. S.R. abgeworfen haben, bei der letzten Verpachtung aber um 30 Mill. gesteigert worden sein soll. Gegen diese corrupteste aller Steuerquellen ist selbst unter den Bauern durch Bildung von Mässigkeitsvereinen eine grosse Agitation entstanden und die Regierung sah sich in die traurige Lage versetzt, jene löblichen Vereine zu verbieten, nur um das Staatseinkommen nicht zu schmälern. Ein solches Steuersystem kann unmöglich gebilligt und aufrecht erhalten werden.

Staatsschulden. Der Gesamtbetrag derselben war nach Absatz der Bestände des Tilgungsfonds und der Einlösungscasse in S.R. je am 1. Janr.

1847:	1853:	1856:	1857:	1858:	1859:
zu 571,251,789	778,917,692	1,142,455,179	1,211,267,654	1,517,631,013	1,458,436,802

angegeben.

Der bereits erwähnte Finanzbericht vom 25. Sept. 1860 gibt den Bestand der Schuld auf 1. Janr. 1860 sodann wie folgt an:

I. Fundirte Schuld. a) Amortisable:	
5proc. holländische in Gulden	42,921,000 fl. holl.
4 ¹ / ₂ proc. ausländische in Pfd. Sterl.	4,510,000 Pfd. Sterl.
4proc. dto. in Rubel	44,166,000 R.
5proc. dto. dto.	16,978,000 „
Schuld an die Leihbanken	129,759,492 „
b) Permanente:	
5proc. auswärtige in Rubel	168,126,700 „
3proc. dto. in Pfd. Sterl.	7,000,000 Pfd. Sterl.
6proc. innere in Rubel	73,993,847 R.
4proc. dto.	22,863,658 „
Zusammen auf Silberrubel reducirt	555,012,127 R.
II. Schwebende Schuld: Reichscreditbillets	679,877,853 „
Dazu verzinsliche Reichsschatzbillets und sonstige schwebende Schulden	228,718,374 „
Totalsumme am 1. Janr. 1860	1,463,608,354 R. S.

Letztere Summe ergab sich nach einem Anfangs Januar veröffentlichten amtlichen Ausweise. Nicht eingerechnet sind hier jedoch die Separatschulden von Polen und Finnland. Die polnische Schuld betrug vor dem Krimkriege circa 215 Mill. poln. Gulden = $32\frac{1}{4}$ Mill. S.R., und wurde inzwischen um 3 Mill. R. vermehrt, mag sonach jetzt, die Tilgung mit berücksichtigt, etwa 35 Mill. R. betragen. Die finnländische Schuld ist ihrem Betrage nach nicht bekannt. Die ganze Schuldenbelastung Russlands kann übrigens zu 1,500 Mill. S.R. angenommen werden.

Staatsgarantien. Dazu kommen aber die grossen mittelbaren Verpflichtungen der russischen Staatscasse. Was die Gewährschaft für die Banken und Creditanstalten anbelangt, so haben wir oben bereits die nöthigen Andeutungen gegeben. Hier haben wir noch der gegenüber der „Gesellschaft der russ. Eisenbahnen“ übernommenen Staatsgarantie für 5% Zinsen nebst einer auf 85 Jahre berechneten Amortisationsquote aus deren Actiencapital von 303 Mill. S.R. zu gedenken.

Deckungsmittel. Die Hilfsquellen des russischen Reiches wären unbestreitbar mehr als hinlänglich, um alle Verbindlichkeiten mit Leichtigkeit zu erfüllen, wenn dieselben gehörig erschlossen wären. Das unmittelbare Staatsvermögen allein wird zu 3,919,520,550 S.R. geschätzt und sein Erträgniss deckt in der That den Aufwand auf die gesammte Staatsschuld (1859: 34,462,826 S.R.) vollständig. Allein es fehlt überall noch an den Vorbedingungen einer lucrativen Ausbeute der ungeheuren Naturschätze. Nicht nur war bisher vermöge der Leibeigenschaft die Thätigkeit und Bewegung der ganzen Nation gehemmt und gelähmt, sondern es mangelten auch die zur vortheilhaften Verbreitung und Verwerthung selbst der verhältnissmässig geringen Production durch die Leibeigenen nöthigen Verkehrsmittel. Während daher der eine Theil des Reiches Ueberfluss an allen Lebensmitteln hatte, war gleichzeitig im andern Hungersnoth. Die ganze Gestaltung der socialen Verhältnisse verhinderte mit Naturnothwendigkeit das Aufkommen eines Mittelstandes. Daher denn das verfehlte Finanz- und Steuersystem.

Wenn die bereits geschehenen Schritte in der grossen Emancipationsfrage den erwünschten Erfolg haben und wenn die Anstrengungen behufs Herstellung eines ausgedehnten Eisenbahnnetzes, grösserer Schifffahrtsverbindungen und besserer Binnenstrassen nicht an der allgemeinen Finanzalamität erlahmen werden: so wird Russland seinen Verbindlichkeiten, welche bis jetzt relativ keine bedenkliche Höhe erreicht haben, wohl gewachsen sein. Dazu wird aber neben äusserer Ruhe immerhin noch eine geraume Zeit erforderlich sein.

Einige statistische Notizen mögen zur Vergleichung noch eine Stelle finden. Es betrug angeblich die Einfuhr 1856: 122,562,442, 1857: 151,686,799; die Ausfuhr 1856: 160,249,872, 1857: 169,688,134 S.R. Der Finanzminister klagt aber in seinem bereits erwähnten Berichte darüber, dass die Handelsbilanz zum Nachtheil Russlands sich gestalte, was diesen Ausweisen widerspräche. Der Gesamtwertb aller Fabrik- und Manufacturerzeugnisse wird in den statistischen Tabellen für 1856 zu 224,332,962 S.R. angegeben. Handelsflotte am Neujahr 1859: 1,416 Schiffe mit 172,605 Tonnen Gehalt und 10—11,000 Matrosen. Eisenbahnen. Im Betrieb standen 1854 erst 133 Meilen. 1857 wurden 560 Meilen neu concessionirt, wovon Mitte 1859: $36\frac{3}{4}$ Meilen hergestellt, 1,661 Werst im Bau und 1,909 Werst in Voruntersuchung waren.

Einrichtung des Staatsschuldenwesens. Russland hat im Jahre 1817 das System der Renteninscriptionen angenommen (Ukas vom 12. April 1817) und gleichzeitig eine Tilgungscasse errichtet, welche mit 4% der verzinslichen

Staatsschuld als Stammcapital ausgestattet wurde, das bei jedem späteren Anlehen um 2% dieses letztern steigen sollte. Abweichend hievon hat man jedoch für die neueren Anlehen nur einen Tilgungsfonds von $1\frac{1}{2}\%$ festgestellt. Der Tilgungsmodus, ist, dem Systeme gemäss, der des Rückkaufs, so lange die Rente nicht über pari geht. Grundtitel der Rente ist, wie in Frankreich, die Eintragung in das Staatsschuldbuch, d. h. die Inscription. Den letzteren Namen führt übrigens auch der dem Gläubiger zugestellte Auszug aus dem Schuldbuch. Die Renten werden im Inlande nur gegen Vorzeigung der Inscription, übrigens auf Verlangen auch in den Gouvernements, halbjährig ausbezahlt; sie haben daher in der Regel keine Coupons. Da jedoch ein grosser Theil der russischen Staatsschuld im Auslande aufgenommen worden und dort placirt ist, so hat man neben dem Inscriptiions- das System der sogen. Certificate eingeführt. Diejenigen Bankhäuser, welche die betreffenden Anlehen contrahirt haben, erhielten nämlich die Autorisation, au porteur gestellte Partialobligationen mit Zinscoupons auszugeben, welche man Certificate nannte und welche ganz die Stelle der Originalschuldbriefe vertreten. Sie gelten in der Regel nur für's Ausland; will sie der Inhaber im Inland verwerthen oder dort Zinsen darauf erheben, so muss er das Certificat (in der Regel) an die Reichsschuldentilgungscommission ausliefern, wofür er alsdann eine auf seinen Namen ausgestellte Inscription erhält. Die im Auslande als Agenten der russischen Regierung vornehmlich fungirenden Bankhäuser sind: Baring in London, Hottinger in Paris, Hope & Borske in Amsterdam, Anhalt & Wagener, neuerdings auch Magnus in Berlin und Grunelius in Frankfurt. Die fundirte russische Staatsschuld lautet theils auf ausländische Valuten, holländische Gulden und Pfund Sterling, theils auf inländische. Die in inländischer Valuta verbriefte Schuld lautet indessen wiederum zum Theil auf Silber-Rubel und wird daher auch Metalliques genannt, zum grossen Theil aber auch auf Papier-Rubel, was sehr zu beachten ist, da in Russland gegenwärtig Papierwährung besteht, welche weit unter die Silberwährung herabgegangen ist.

§. 161.

4) Königreich Spanien.

Staatsumfang. Die europäischen Besitzungen Spaniens werden von der statistischen Centralcommission in Madrid zu 9,215 Q.-M. berechnet, wovon 8980,9 auf das Festland und 234,3 auf die europäischen Inseln kommen. Von den einst so umfangreichen Colonien sind in Amerika, Asien, Australien und Afrika 5,036 Q.-M. spanisch geblieben.

Bevölkerung. Nach derselben Quelle betrug 1857 die Einwohnerzahl des Festlandes 14,957,575, der europäischen Inseln 496,939, der Colonien 4,528,633.

Finanzen. Der spanische Finanzhaushalt ist seit Karl V. fast ununterbrochen in Zerrüttung gewesen und scheint sich erst neuester Zeit einigermaßen zu erholen. Man stellt Budgets auf, die aber in der Wirklichkeit sich stets als unzulänglich erweisen. So betrug in Mill. Realen ¹⁾:

¹⁾ 1 Real de Vellon = 2 Sgr. $1\frac{1}{2}$ Pf. — 20 Realen = 1 Piaster = 2 fl. 30 kr.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

	1851:	1852:	1853:	1854:	1855:
der wirkliche Bedarf .	1,527	1,480	1,542	1,760	ca. 1,700
das Ausgabenbudget .	<u>1,449</u>	<u>1,328</u>	<u>1,426</u>	<u>1,586</u>	<u>1,498</u>
also die Ueberschreitung	78	152	116	174	202

Die ordentlichen Staatsbudgets schlossen seitdem wie folgt ab:

	1857:	1858:	1859:	1860:
Einnahmen	1,562,631,400	1,775,153,393	1,794,731,800	1,892,344,000 Realen.
Ausgaben	1,682,441,030	1,775,155,393	1,789,926,041	1,887,369,825 „

Neben diesen läuft aber fortwährend ein Specialbudget „der Nationalgüter und ausserordentlichen Ausgaben“. Es umfasste z. B. 1860 in Einnahme 303,924,655 Realen (Erlös aus Nationalgütern 214,112,655, Betrag der amortisirbaren Schatzscheine 79,812,000, Militärstellvertretungsfonds 10,000,000 R.); in Ausgabe die gleiche Summe, wovon 90 Mill. auf Militär und Marine, 152 Mill. auf öffentliche Arbeiten und 22 Mill. auf Zuschüsse an Eisenbahnen kamen. Wenn diese ausserordentlichen Einnahmequellen versiegt sein werden, so wird die alte Finanznoth wiederkehren. Doch hat das Land in den letzten Jahren einen vergleichsweise bedeutenden Aufschwung genommen und man hat beim Ausbruche des marokkanischen Krieges das erstemal sich dahin ermannt, dass man die Kriegskosten nicht durch Anleihen, sondern zum grossen Theil durch Steuererhöhungen beschafft hat.

Schulden. Der älteste Theil der grossen spanischen Staatsschuld datirt noch von der Eroberung Granadas her. Der Erbfolgekrieg vermehrte die ohnehin schon unter Karl V. und Philipp II. angehäuften Passiven. Beim Tode Philipp V. betrug die Schuld bereits 800 Mill. Realen. Von jetzt an ist aber die spanische Staatsschuldengeschichte eine fast ununterbrochene Kette von Wortbruch und Verletzung feierlich gegebener Zusagen. Schon König Ferdinand liess sich durch ein anbefohenes Gutachten seiner Räte von der Verpflichtung, die Schulden seiner Vorfahren anzuerkennen, entbinden. Karl III. suchte zwar dieses Unrecht wieder gut zu machen, allein der amerikanische Krieg lähmte die Kräfte dergestalt, dass man nun neben der fundirten Schuld eine ebenso bedeutende schwebende schuf. Von 1780 an ward das Land mit 800 Mill. Papiergeld (vales) überschwemmt. Dessen Credit sank mehr und mehr, in gleichem Verhältnisse nahmen die Hilfsquellen ab. Man machte zwar Pläne, wonach die ganze Nationalschuld bis 1800 getilgt sein sollte; dass diese aber illusorisch blieben, versteht sich von selbst. Bei der Thronbesteigung Joseph Napoléons (1808) war eine Schuld von 7,200 Mill. R. vorhanden. Das Papiergeld sank 1811 auf 4%. Von 1808—19 bekümmerte sich weder die eine noch die andere Regierung um die Staatsschuld; es wurden keine Zinsen bezahlt. Dadurch war die Schuld bei der Restauration auf 11,735 Mill. angewachsen. Ferdinand VII. verweigerte indessen die Anerkennung selbst derjenigen Cortesanleihen, welche zu seiner Wiedereinsetzung verwendet worden waren. 1820 fanden die Cortes gleichwohl eine Schuld von 14,361 Mill. R. vor. Zwei Dritttheile davon gehörten aber geistlichen Corporationen, deren Streichung nun stattfand. So verminderte man die Schuldsumme auf 5,273 Mill. Zur Tilgung besass man Nationalgüter im Werthe von 8,633 Mill., hauptsächlich bestehend in den eingezogenen Klosterländern. König Ferdinand erklärte aber die Verkäufe für ungültig. Bei seinem Tode war die Schuld wieder um 2,181 Mill. vermehrt. Der neue Erbfolgekrieg (für Isabella) kostete 4 Milliarden. Nach der Zeit der Julirevolution suchte man endlich den Staatsgläubigern und den Käufern der Klostergüter gerecht zu werden. Eine volle Anerkennung der Schuldverpflichtungen fand aber nicht statt, vielmehr versuchte man wiederholt Conversionen und Reductionen des

Zinsfusses. Die unbezahlt gebliebenen Zinsen wurden capitalisirt, aber aus einem grossen Theil derselben keine Zinsen bezahlt. Auch von den eigentlichen Capitalien wurde bei den verschiedenen Conversionen $\frac{1}{3}$ in passive, d. h. unverzinsliche Schuld verwandelt. Die letzte Conversion ist die von 1851, wobei der Zinsfuss der alten Schuld auf 3% herabgesetzt und die sogen. „differirte“ Schuld dahin regulirt wurde, dass sie allmählig in consolidirte vorrückt, indem sie von 1851—55: 1%, von 1855—57: $1\frac{1}{4}$ %, von 1857—59: $1\frac{1}{2}$ %, von 1859—61: $1\frac{3}{4}$ %, von 1861—63: 2%, von 1863—65: $2\frac{1}{4}$, von 1865—67: $2\frac{1}{2}$, von 1867—69: $2\frac{3}{4}$ % und von 1869 an 3% Zinsen tragen soll. Die sehr bedeutende passive oder „amortisirbare“ Schuld blieb indessen nach wie vor unverzinslich; doch soll sie mit jährlich circa 30 Mill. Realen im Wege des öffentlichen Angebots nach und nach getilgt werden.

Der neueste Stand der gesammten Staatsschuld wird so angegeben:

I. Fundirte Schuld am 1. Nov. 1858:

1) 5proc. Rente an die vereinigten Staaten	12,000,000 Realen.
2) Consolidirte 3proc. äussere Schuld	1,052,804,000 „
3) „ „ „ „ innere „	3,729,004,445 „
4) Differirte auswärtige Schuld	2,611,128,000 „
5) „ „ „ „ innere Schuld	2,258,711,612 „
6) Passive Schuld I. Classe	180,184,453 „
7) „ „ „ „ II. „ „ innere	123,040,000 „
8) „ „ „ „ III. „ „ äussere	698,376,000 „
9) Laufende 5proc. Schuld (à papel)	152,645,620 „
10) Schuld für öffentliche Arbeiten (à 6%)	504,051,000 „
11) Schuld des öffentlichen Schatzes	479,069,362 „
12) Alte differirte (noch nicht convertirte) Schulden	1,363,330,775 „
13) Reste der äussern und innern consolidirten Schuld	926,471 „
14) Interessen der laufenden 5proc. Schuld (à papel)	319,827,362 „

Summe der fundirten Schuld 13,485,099,100 Realen.

II. Schwebende Schuld am 13. Nov. 1858 525,931,164 „

Gesamtsumme 14,011,030,264 Realen.

Die schwebende Schuld war übrigens bis 1. Janr. 1860 auf 719,827,533 R. angewachsen. Am gleichen Tage soll die Gesamtschuld in Francs betragen haben:

a) Summe der zinstragenden Schuld	2,699,356,778 Frs.
b) „ „ nicht zinstragenden Schuld	660,627,022 „

Zusammen 3,359,983,800 Frs.

= 895,995,680 Thlr. Auf den Kopf der europäisch-spanischen Bevölkerung trifft es sonach an der gesammten Staatsschuld circa 58 Thlr.

Würde endlich politische Ruhe in das hartgeprüfte und missregierte Land einkehren; würde dadurch die begonnene Entwicklung der nationalen Kräfte gefördert und der grosse Naturreichtum des Landes erschlossen: so wäre diese Belastung keine allzudrückende und es könnte Spanien in die Reihe der ehrlichen Staaten wieder eintreten. Ein wesentlicher Schritt zu diesem Ziele ist durch die Veräusserung der massenhaften Güter in todter Hand, zu welcher 1859 selbst das Kirchenoberhaupt seine Einwilligung gab (wogegen dem Clerus für den Erlös unübertragbare 3proc. Renteninscriptionen einzuhändigen sind), geschehen. Die dadurch zur Verfügung der Regierung gestellten Güter und Rechte waren zu 2,650,538,473 Realen geschätzt. Nicht aber in der Erlössumme hieraus liegt der Gewinn, sondern in der Stärkung der Steuerkraft durch die Schaffung eines zahlreichen Standes kleinerer Grundbesitzer und in der hiedurch vermehrten Production. Es dürfte sicherlich zu hoffen sein, dass

eine so thatkräftige und heroische Nation, wie die spanische, sich erholen wird, sobald die politischen, socialen und volkswirtschaftlichen Zustände von den bisherigen unnatürlichen Schranken befreit und in naturgemässe Bahnen geleitet werden. Ein erfolgreicher Anfang hiezu scheint gemacht zu sein.

§. 162.

5) Königreich Portugal.

Staatsumfang: a) auf dem europäischen Festlande 1771,375 Q.-Meilen;
b) Colonien 25,913 Q.-Meilen (nach Schätzungen).

Bevölkerung 1857: ad a: 3,568,895, ad b: 2,754,380 Seelen.

Finanzen: noch zerrütteter als in Spanien. Sowohl im Budget des Mutterlandes als in dem der Colonien bestehen Deficits. Beispiele:

	18 ³⁴ / ₃₅ :	18 ⁴³ / ₄₄ :	18 ⁴⁶ / ₄₇ :	18 ⁵¹ / ₅₂ :	18 ⁵² / ₅₃ :	18 ⁵³ / ₅₄ :
Einnahmen ¹⁾	11,940,151	9,843,000	11,625,000	10,362,271	10,793,407	11,580,358
Ausgaben ¹⁾	14,911,314	11,158,000	11,666,000	12,606,215	13,507,484	11,784,472

Die neuesten Budgets schlossen so ab:

		18 ⁵⁹ / ₆₀ :	18 ⁶⁰ / ₆₁ :	
Einnahmen des Mutterlandes	. . .	12,586,887	12,766,809	Mil-Reis.
Ausgaben	" "	13,202,543	13,985,115	" "
Deficit	" "	615,656	1,218,306	Mil-Reis.
		18 ⁵⁷ / ₅₈ :	18 ⁶⁰ / ₆₁ :	
Einnahmen der Colonien	792,581	979,537	Mil-Reis.
Ausgaben	" "	975,095	1,066,157	" "
Deficit	" "	182,514	86,620	Mil-Reis.

Neben dem allgemeinen Budget des Mutterlandes bestehen noch Special-Budgets von grossem Umfange, so über die Dotationen des Clerus (18⁵⁶/₅₇: 669,216 M.R.); der Generalcomités der Districte (1852: 257,218 M.R.); der Municipalkammern (1852: 1,017,927 M.R.) und der Frauenklöster (1860: 230,870 M.R.).

Schulden. Im Jahre 1754 berechnete man die Staatsschuld auf 19 Mill. Rthlr. Sie vermehrte sich namentlich im laufenden Jahrhundert enorm. Nach eigenen portugiesischen Angaben betrug sie:

1826:	35,523,000	1848:	74,193,186	1855:	93,314,346	Mil-Reis.
1835:	55,280,990	1849:	74,421,197	1857:	107,184,910	" "
1838:	82,040,514	1853:	79,353,942	1859:	131,574,485	" "

Abweichend von letzterer Ziffer wird die Schuld für 30. Juni 1859 folgendermassen specificirt:

a) Innere Schuld in neuen Fonds à 3%	57,033,950	Mil-Reis.
b) Aeusserer Schuld desgl. (13,316,897 Pfd. Sterl.)	58,110,098	" "
c) Nachzutragende Schuld: innere	3,163,884	M.R.
	äussere	2,420,322	" "
		5,584,206	" "
d) Rückständige Zinsen: der innern Sch.	583,453	M.R.	
	" äussere "	1,013,613	" "
		1,597,066	" "
Totalbetrag	122,325,320	Mil-Reis.

¹⁾ in Mil-Reis. 1 Mil-Reis = 1 Thlr. 18 Sgr. = 2 fl. 48 kr. rhein.

An den Zinsrückständen der äusseren Schuld sollen bei der Statusaufstellung 785,000 M.R. bereits bezahlt gewesen sein, welche sonach von dem Gesamtschuldbetrag abgingen.

Dass die Zinsen weder auf die innere noch auf die äussere Schuld regelmässig bezahlt wurden, geht schon aus dieser Aufstellung hervor. Ausserdem setzte aber ein Decret vom 18. Dec. 1852 den früher viel höheren Zinsfuss der ganzen Schuld zwangsweise auf 3% herab, obgleich schon 1840 und 1842 Conversionen und Reductionen zum Nachtheil der Gläubiger vorausgegangen waren. Uebrigens werden diese voraussichtlich auch jetzt noch kein Ende haben, denn es ist kaum abzusehen, wie die Regierung bei den bestehenden politischen und finanziellen Zuständen ihre Verbindlichkeiten vollständig zu erfüllen vermöchte.

§. 163.

6) Königreich Italien.

Ein Kind der neuesten Revolution gekrönter Häupter, ist das Königreich Italien, während wir Gegenwärtiges schreiben, weder nach Aussen allseitig als zu Recht bestehend anerkannt, noch nach Innen befestigt, noch auch am Ziele seiner Vergrösserungsplane angelangt; vielmehr wird es durch innere Naturnothwendigkeit fort und fort noch angetrieben, sich entweder zu vervollständigen, oder selbst zu vernichten. Eines von Beiden: einen Mittelweg gibt es nicht. In dem grossen Kampfe, der zur Vollendung des Begonnenen noch unausbleiblich bevorsteht, wird das junge Reich seine Existenz wiederholt auf's Spiel zu setzen haben, und wenn es je zum Ziele gelangt, so werden die Opfer so gross gewesen sein, dass das Ende des Kampfes zugleich der Anfang des finanziellen Bankerotts sein wird.

Bei dieser Lage der Dinge mag es fraglich erscheinen, ob es sich rechtfertigt, ein so unfertiges Staatsgebilde als ein Ganzes darzustellen. Wir haben es indessen nur mit dem thatsächlich Bestehenden zu thun, und die äusserliche Vereinigung der meisten vormaligen italienischen Staaten zu einem „Königreich Italien“ ist zur Thatsache geworden.

Staatsgebiet. Nachdem von dem vormaligen Königreiche Sardinien das Stammland des Fürstenhauses, Savoyen, und das Arrondissement von Nizza an Frankreich abgetreten, kraft des Züricher Friedensvertrags dagegen der grössere Theil der Lombardei einverleibt worden ist, umfasst

1) das sardo-lombardische Königreich	1448,620 Q.-Meilen
Dazu die seitdem annexirten Staaten, nämlich:	
2) das vormalige Herzogthum Parma	112,990 „ „
3) „ „ „ Modena	109,960 „ „
4) die vom Kirchenstaat abgerissene Romagna	182,210 „ „
5) das Grossherzogthum Toscana	404,900 „ „
6) das Königreich beider Sicilien	2033,113 „ „

Zusammen das heutige Königreich Italien 4291,793 Q.-Meilen.
Hiezu wären noch ferner zu rechnen: die später vom Kirchenstaat weiter abgerissenen Marken, deren Grösse wir jedoch nicht genau anzugeben vermögen.

Bevölkerung. Die Einwohnerzahl dieser vereinigten Staaten wird (für 1858) angegeben wie folgt:

1) sardo-lombardisches Königreich	7,103,347 Seelen
2) Parma	499,835 „
3) Modena	604,512 „

4) Romagna	1,014,582 Seelen
5) Toscana	1,806,940 "
6) Neapel (6,472,110) und Sicilien (2,231,020)	8,703,130 "
Zusammen	19,732,346 Seelen.

Auch hier ist die uns nicht genau bekannte Bevölkerung der päpstlichen Marken hinzuzurechnen.

Finanzen. Wie alle romanischen Völker, so hatten zumal die italienischen seit Generationen mit Revolution, staatlicher Unordnung und daneben mit Erschlaffung der Productionskräfte zu kämpfen. Dass unter solchen Einwirkungen die Finanzen nicht blühen konnten, ist für sich klar. Doch hatten das Königreich beider Sicilien und die Herzogthümer während der Friedens- und Ruhezeit den öffentlichen Haushalt in Ordnung gebracht und den Staatscredit vollständig wieder hergestellt. Die Finanzzustände des Königreichs Sardinien waren dagegen schon vor 1847 unbefriedigende. Mit dem letzteren Jahre begann in allen italienischen Staaten finanzielle Zerrüttung; überall Vermehrung der Staatsschulden, Deficits und Verlegenheiten. Auch diessfalls zeichnete sich jedoch Sardinien aus. Kein Staat der Erde hat mit verhältnissmässig so grossen und unaufhörlichen Deficits gewirthschaftet, wie der sardinische seit 1847. Es betrug:

im Jahr:	die Einnahme:	die Ausgabe:	das Deficit:
1847: ca.	85,000,000	146,590,346	ca. 61,000,000 Lire
1848: "	80,000,000	192,925,519	" 112,000,000 "
1849: "	90,000,000	213,112,812	" 123,000,000 "
1850: "	95,500,000	190,144,560	" 94,644,560 "
1851: "	98,320,000	166,488,552	" 68,168,552 "
1852: "	101,564,000	147,694,680	" 46,130,680 "
1853: "	106,436,000	150,928,000	" 44,492,000 "

Der sardinische Finanzminister selbst berechnete das Deficit von 1851—54 nur im ordentlichen Etat zu 154,479,583 Lire. Dabei sind aber den Einnahmen Anlehensbeträge zugerechnet. Das Gleiche gilt von den Budgets von 1854—1860, und doch ergeben dieselben, abgesehen von den zahllosen Nachtragsercrediten, ein Deficit von zusammen 57,585,607 L., welches jedoch um's Vielfache überschritten ward. Die hienach folgende Darstellung des Schuldenzuwachses wird diess am besten vor Augen stellen.

Die Finanzlage der übrigen italienischen Staaten ist grösstentheils geheim gehalten geblieben. Keiner derselben hat aber so seine Schulden vermehrt, wie Sardinien.

Für den nunmehrigen Gesamtstaat ist ein gemeinschaftliches Budget bis jetzt nicht aufgestellt worden. Die Einzelbudgets für das Jahr 1860 schlossen so ab:

	Einnahme:	Ausgabe:	Deficit:
	Lire.	Lire.	Lire.
1) für Sardo-Lombardei, Parma, Modena und Romagna	319,179,624	368,977,032	49,797,408
2) für Toscana (abzüglich der ausserordentl. Einnahmen à 40,338,839 L.)	41,268,943	80,282,139	39,013,196

Für das Jahr 1861 berechnet der Finanzminister im Budget dieser beiden Ländergruppen zusammen ein Deficit von 267,385,129 Lire; für Neapel nimmt er ein solches von 9 Mill., für Sicilien von 6½ Mill., zusammen für das ganze Königreich Italien von circa 280 Mill. an. Selbstverständlich ist die letztere Annahme bei den anarchischen Zuständen in Süditalien weit nicht hinreichend. Und diess Alles in einem Friedensjahre! Ein solcher Zustand muss, wenn er länger dauert, nothwendig die Kräfte der Nation aufzehren. Mit welchen Mitteln alsdann der grosse Vollendungskampf gekämpft werden soll, ist kaum abzusehen.

Schulden. Wie ungeheuerlich die sardinische Staatsschuld seit 1848 vermehrt worden ist, veranschaulichen folgende Zahlen. Es betrug nach dem Züricher Frieden:

Der Rest der vor 1848 contrahirten Schulden . . .	102,354,668 L.
Die seit 1848 aufgenommene Schuld . . .	790,037,138 "
dazu Kriegsentschädigung an Frankreich . . .	60,000,000 "
Zusammen . . .	952,391,806 L.

Vor der ersten französischen Revolution war das Land völlig schuldenfrei; die Republik Genua besass sogar namhafte Activen, welche 1780 zu 45 Mill. Rthlr. geschätzt wurden. Noch 1835 betrug die sardinische Schuld nur 99,779,510 Lire. Unter obigen 952 Mill. sind übrigens die Anlehen von 1859 noch nicht einmal inbegriffen. Diese hinzugerechnet, ergibt sich seit 1835 eine Schuldenvermehrung um's 11 $\frac{1}{2}$ fache. Wenn auch davon ein Betrag von circa 120 Mill. im Eisenbahnbau Verwendung fand, so ist doch die Vermehrung der Schuld auf unproductive Zwecke so ungeheuer, wie sie in keinem Staat der Erde anzutreffen.

Dass sich die Regierung, welche das kleine Sardinien finanziell in diesem Maasse überlastet hatte, nach vollzogener Einverleibung der übrigen Staaten beeilte, die Staatsschulden aller vereinigten Länder in Eine Masse zusammenzuwerfen, ist begreiflich. Das „erste italienische Parlament“ hat diese Schulden-Confusion genehmigt. Wenn dadurch das Unrecht gegenüber den annexirten minder belasteten Landestheilen als gesühnt betrachtet werden wollte, so bleibt immer noch das Unrecht gegen die vorher besser gesicherten Gläubiger jener Länder, welchen man weder Gehör geschenkt noch Gelegenheit gegeben hat, ihre Rechte wahrzunehmen, bestehen. Die Schuldenvereinigung ist ein politischer Act behufs Verkittung der Interessen der gewaltsam unierten Länder; sie ist und bleibt aber ein Act der Gewalt und des Unrechts gegen die Gläubiger der annexirten Staaten.

Die Gesamtmasse der vereinigten Schulden wird so angegeben:

Schulden des sardinischen Staates	1,159,970,595 L.	Davon seit 1859
„ der Lombardei . . .	145,412,508 "	contrahirt:
„ „ Aemilia . . .	42,000,000 "	ca. 13,000,000 L.
„ von Toscana . . .	209,000,000 "	„ 57,000,000 "
„ „ Neapel und Sicilien	550,000,000 "	
Zusammen . . .	2,106,383,103 L.	

Diess ist indessen lange nicht der volle Stand der wirklichen neuesten Schuld. Der Finanzminister Bastogi berechnet vielmehr die Renten derselben für 1861 folgendermassen:

	Rente:	Ergibt Capital:
5proc. Rente . . .	86,673,925 L.	1,733,478,500 L.
3proc. „ . . .	5,887,116 "	196,237,200 "
Diverse „ (hauptsächlich 4proc.) . . .	15,545,454 "	ca. 388,636,350 "
In Summa . . .	108,106,495 L.	2,318,352,050 L.
Dazu das neue Anlehen à 500 Mill. zum Cours von 65—70% . . .	37,500,000 "	750,000,000 "
Totalbetrag . . .	145,606,495 L.	3,068,352,050 L.

Also mit 3000 Mill. Schulden tritt das neue Königreich in die Welt. Und noch hat es die grössten Kämpfe nicht bestanden. Welche Schuldenlast ihm diese noch aufbürden werden, bleibt abzuwarten. Wer aber die ungeheuren Passiven verzinsen und tilgen sollte, wenn das lockere und widerstrebende Staatengebilde auseinanderfiel? Wir erinnern an das Schicksal der Staatsschuld des Königreichs Westphalen. Schon haben die vertriebenen italieni-

schen Fürsten gegen das neue Anlehen feierlich Protest eingelegt. Dass sie davon nichts anerkannten, falls sie ihre Throne wieder bestiegen, ist unzweifelhaft.

§. 164.

7) Königreich der Niederlande.

Staatsgebiet: Europäisches Festland einschliesslich des Herzogthums Limburg, aber ausschliesslich des Grossherzogthums Luxemburg: 594,⁵⁵ Q.-Meilen. Colonien (Ostindien 28,923,², Westindien 2,829,³, Küste von Guinea 500) 32,253,¹ Q.-Meilen.

Bevölkerung: Holland mit Limburg (1859) 3,299,133, Colonien 17,692,684 Einwohner.

Finanzen. Früher und zwar bis Anfangs der vierziger Jahre sehr zerrüttet, seitdem aber ebenso blühend. Die früheren Verlegenheiten waren hauptsächlich Folge der durch die französischen Kriege enorm vermehrten Verschuldung und alsdann der belgischen Revolution. Die Besserung ward durch die reichen Erträge der ostindischen Colonie erreicht. Das Budget für 1859 entzifferte 78,575,364 fl. Einnahmen und 77,425,241 fl. Ausgaben; gewährte daher einen Ueberschuss. Ungleich günstiger schliesst der Etat für 1860 ab: Einnahmen 90,681,219, Ausgaben 79,815,263, Ueberschuss 10,865,956 fl. Die wirklichen Ergebnisse übertreffen jedoch die Voranschläge fortwährend. 1856 betrugen z. B. die Einnahmen 104,440,072 fl., die Ausgaben 92,626,948 fl.; es ergab sich daher ein Ueberschuss von 11,813,124, obgleich über 20 Mill. an der Schuld abgetragen wurden. Die zu 15½ Mill. angeschlagenen Colonialüberschüsse ergaben 28½ Mill. Für 1860 nimmt der Finanzminister selbst statt der im Budget berechneten 10 Mill. einen Ueberschuss von 27 Mill. an. 23 Mill. Gulden waren damals baar zur Verfügung — eine Finanzlage, deren sich kein anderer grösserer Staat erfreut.

Staatsschuld. Wie alle Völker, welche grosse Unternehmungen, namentlich auf dem Gebiete des Handels und der Schifffahrt, bewerkstelligten, frühe sich bedeutende Schulden aufluden, so auch Holland. Diese Schulden waren aber wahrhaft productive. Während der Staat sie behufs Begründung und Beschützung des Handels aufnahm, eröffnete er gleichzeitig seinen Bürgern die Quellen des Reichthums und schuf sich eine nachhaltige Steuerkraft. Indessen stammt der grössere Theil der holl. Staatsschuld, wie anderwärts, von unglücklichen und unseligen Kriegen her. Schon der Krieg gegen England wegen Nordamerika erforderte grosse Opfer. 1795 verlor die Republik an Frankreich mehrere Gebiete und musste daneben 100 Mill. Gulden Kriegskosten bezahlen. Fortgesetzte Opfer brachten die Schuld bis 1810, da Holland mit Frankreich vereinigt wurde, auf 1200 Millionen Gulden. 1780 hatte sie ca. 400 Mill. betragen, war also jetzt dreimal höher. In noch grösserem Maasse war die Zinsenlast gestiegen. Sie betrug 36 Mill., während die regelmässigen Einkünfte nur 58 Mill. ergaben. Napoleon strich von der gesamten Schuld $\frac{2}{3}$; das andere $\frac{1}{3}$ wurde in das grosse franz. Schuldbuch inscribirt. Nach Herstellung des „Königreichs der Niederlande“ unter Wilhelm I. wurden zwar die gestrichenen $\frac{2}{3}$ wieder anerkannt; jedoch nur als „uitgestellte“, d. h. ausgesetzte, nicht verzinsliche Schuld, von welcher jährlich 5 Mill. in „werkelyke rentgevende“ (wirkliche zinstragende) Schuld übertreten sollten. Zu gleicher Zeit ward der Zinsfuss der letztern mittelst Convertirung auf 2½% ermässigt. Da die Finanzlage aber trostlos war und man daher neuer An-

die wirkliche Schuld: die ausgesetzte Schuld: die consolidirte Schuld:

die schwebende Schuld:
: 5,909,841 fl.

1846: 1,231,122,702 fl. Capital mit 35,787,948 fl. Zinsen.

1860:	1,057,524,213	"	"	"	31,402,675	"	"
	"	"	"	"	"	"	"

Im Einzelnen war 1860 die Schuld aus folgenden Posten zusammengesetzt:

Zusammen 1,057,524,213 fl.

§. 165.

Staatsumfang: 536,61 Q.-Meilen. — Bevölkerung 1859: 4,671,183 Seelen. Das heutige Belgien besteht aus den vormaligen „spanischen“, später „österreichischen“ Niederlanden und dem Hochstift Lüttich. Durch den Luneviller Frieden Frankreich einverleibt, vereinigte der Wiener Congress das ganze

Land mit Holland. 1830 riss sich jedoch Belgien los und erklärte sich unabhängig unter dem erwählten König Leopold von Sachsen-Coburg. Nach vorgängiger bewaffneter Intervention Frankreichs fand nach langen Verhandlungen endlich am 19. April 1839 die Anerkennung des jungen Staates auch Seitens Hollands statt, wogegen Belgien einen Theil der holl. Staatsschuld (5 Mill. Gulden Rente) übernehmen musste.

Finanzen. Vom Beginne der Regierung König Leopolds an verfolgte sie die Aufgabe, alle Anstalten zur Entwicklung der Volkskräfte möglichst zu fördern. Diess erforderte selbstredend grosse Mittel. Nicht minder wurden im Anfange die Finanzen durch die Unabhängigkeitskämpfe in Anspruch genommen. Man hatte daher lange Zeit mit bedeutenden Deficits zu kämpfen und auch heute noch will sich das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht immer erhalten lassen. Die beiden letzten Budgets schlossen so ab:

	1859:	1860:
Ordentliche Einnahmen	147,232,990 Frs.	148,788,790 Frs.
Ordentliche Ausgaben	148,667,567 „	139,642,416 „

Die wirklichen Ergebnisse bleiben indessen meistens hinter den Budgetansätzen zurück. Auch in Belgien besteht das nachtheilige System der Nachtragscredite, welche die Budgetaufstellung hinterher stets illusorisch machen. Die günstige Finanzlage des Augenblicks hat übrigens den Finanzminister ermutigt, die städtischen Octroiabgaben auf den Staatsfiscus zu übernehmen. Dadurch wird der Ueberschuss des Jahres 1860 ohnediess von selbst verschwinden. Im ausserordentlichen Budget figuriren Erlöse aus Staatseigenthum und Anlehen.

Staatsschuld. Die Geschichte derselben ergibt sich aus nachstehender Uebersicht ihres Bestandes am 1. Mai 1860.

Jahr der Emission.	Cours	Entstehungsgrund der Schuld.	Zins- fuss.	Ursprünglicher Betrag.	Jetziger Betrag. 1. Mai 1860.
—	—	Antheil an der Schuld der Niederlande	5	Frs. 16,931,200	Frs. 16,931,200
—	—	Desgleichen	2½	220,105,632	220,105,632
1836	92	Anlehen zu Canälen, Eisenbahnen und Strassen	4	30,000,000	16,872,000
1838	73½	{ Anlehen zu Eisenbahnen	3	50,850,800	} 32,541,333
		{ Kriegsentschädigung	3	7,624,000	
1842	pari	Capital der Stadt Brüssel'schen Rente à 300,000 Frs.	5	6,000,000	6,000,000
1844	pari	Umwandlung des 5proc. Anlehens von 1832 und der Schatzscheine Rückzahlung eines Capitals von 169,312,000 F. à 2½% an Holland	4½	95,442,832	73,751,682
1852	pari	Umwandlung des 5proc. Anlehens von 1840, 1842 und 1848	4½	84,656,000	75,438,000
1857	pari	Umwandlung des 5proc. Anlehens von 1852 und Emission eines neuen Anlehens à 45 Mill. für öffentliche Arbeiten	4½	157,615,300	151,522,300
		Summe		69,382,000	69,128,000
				738,607,764	662,290,147

Dazu kommt noch eine namhafte schwebende Schuld, deren Betrag officiell nicht veröffentlicht, in den Kammervershandlungen von 1856 aber zu

32 Mill. geschätzt ward. Im Ganzen dürfte daher der gegenwärtige Gesamt-schuldenbestand, zumal mit Einrechnung eines neuen fundirten Anlehens zum Zwecke des Antwerpener Festungsbaues etc., die Summe von 700 Mill. Frs. erreichen. Es waren jedoch anfangs 1858 bereits über 191 Mill. auf Eisenbahnbauten (76½ Meilen) verwendet, welche hohe Zinsen abwarfen.

§. 166.

9) Königreich Dänemark.

Staatsumfang. a) Königreich: 696; b) Herzogthum Schleswig: 167; c) Herzogthum Holstein: 166 (155); d) Lauenburg: 21 (19); e) Beiländer (Faröer, Island, Grönland, Sct. Croix, Sct. Thomas, Sct. Jean) 2082 Q.-Meilen.

Bevölkerung 1855: ad a: 1,499,850; b: 395,860; c: 523,528; d: 49,475; e: 120,283 Einwohner.

Finanzen. Seit dem „Königsgesetze“ von 1660 häufig in Zerrüttung. 1813 förmlicher Staatsbankerott mit der Verheissung, dass künftighin alljährlich ein Budget veröffentlicht und der Haushalt in Ordnung gebracht werden sollte. Der erste Theil dieses Versprechens ging endlich nach 22 Jahren in Erfüllung, das letztere erst in neuester Zeit zu Folge der günstigen Sundzollablösung. Von 1849 bis 1852 wirthschaftete man so:

Jahr:	Einnahme:	Ausgabe:	Deficit:
1849 . .	11,052,990	21,318,901	10,235,911 Rthlr. ¹⁾
1850 . .	12,982,365	22,871,182	9,888,817 „
1851 . .	13,373,449	15,092,362	1,718,913 „
1852 . .	17,056,719	19,106,338	2,049,619 „

Mit Ausnahme der Forsten sind im Königreich die Domainen alle verkauft. Jetzt hat man in den deutschen Herzogthümern mit dem gleichen Verfahren begonnen. Neues Budget des Gesamtstaats für 1860:

Einnahmen:	Rthlr.	Ausgaben:	Rthlr.
Ueberschüsse der Domänen	1,748,424	Civilliste	800,000
„ von Lauenburg	252,873	Apanagen	368,860
„ d. westind. Inseln	42,850	Staats- und Reichsrath . .	101,400
Zinsen von Staatsactiven .	784,684	Staatsschuld	5,736,400
„ vom Sundzollfonds .	1,200,000	Pensionen	1,367,500
Steuern und Verschiedenes	8,425,335	Ministerium des Auswärtigen,	
Beiträge der Landestheile .	4,235,000	Kriegs, der Marine und Fi-	
		nanzen	6,895,084
		Diversi u. Ausserordentliches	1,419,922
	16,689,166		16,689,166

Neben diesem gemeinsamen Budget bestehen für die einzelnen Landes-theile Specialtats, welche sämtliche innere Regierungskosten enthalten.

Staatsschuld. Schon 1771 betrug die dänische Schuld 15,915,896 Rthlr., wovon man damals einen — wenn auch kleinen Theil für „verjährt“ erklärte. Von da an nahm sie in starker Progression zu, weniger übrigens durch fundirte Anlehen, als durch ungemessene Ausgabe von Papiergeld. 1813 war die Summe desselben auf 142 Mill. Rthlr. gestiegen, der Cours aber auf 25% herabgegangen. In diesem Verhältnisse fand nun auch eine gesetzliche Ent-

¹⁾ 1 Thlr. Reichsmünze = ¾ Thlr. preuss. Cour.

werthung der Bankzettel statt. Alsdann wurden sie nach und nach eingelöst, wozu die Mittel durch mehrere Anlehen beschafft wurden. Die fundirte Schuld stieg daher theils durch diese Anlehen, theils aber auch durch andere, zum Zwecke der Deficitsdeckung aufgenommene, sehr rasch. Sie betrug 1841: 116,608,000 Thlr. Von da bis 1848 ward so viel getilgt, dass die Gesamtschuld auf 105 Mill. Thlr. herabgebracht war. Die Deficits der folgenden Jahre brachten sie aber wieder auf den alten Stand und darüber. Dann verbesserte sich die Lage auf einmal durch die Sundzollablösung, welche dem Staat ein Capital von 30,476,325 Thlr. einbrachte. Auch der Domänenverkauf in den Herzogthümern gewährte Mittel zur Tilgung dänischer Schulden. So kommt es, dass diese sich seit einigen Jahren wieder namhaft vermindert haben und am 1. April 1860 betrugen:

a) inländische	68,710,000 Rthlr.
b) ausländische	34,449,000 „
Summe	103,159,000 Rthlr.

Daneben circulirt Papiergeld, dessen Betrag 1856 zu 13,411,918 Rthlr. angegeben ward; gleichzeitig wurden übrigens 13,303,411 Thlr. Activen aufgeführt.

§. 167.

10) Königreich Schweden und Norwegen.

Beide Länder stehen in keinem andern Verbande, als in dem der Personalunion. Wir müssen sie also abgesondert behandeln.

A. Schweden. Staatsumfang und Bevölkerung. Das Königreich Schweden umfasst 8,002,15 Q.-Meilen mit 3,639,332 Einwohnern. Ausserhalb Scandinaviens besitzt es nur noch die westindische Insel Barthelemy, kaum 3 Q.-Meilen gross, mit 18,000 Bewohnern.

Finanzen. Das (eigenthümlich abgefasste) Budget für 18^{58/60} schliesst mit folgenden Endziffern pr. Jahr:

a) Ordentliche Einnahme: Domänen und Rechnungsüberträge	8,196,800 Rthlr. ¹⁾
b) Ausserordentl. Einnahme: Zölle, Branntweinsteuer, Stempel, Post, Malzsteuer etc. . .	18,277,900 „
Summe der ganzen laufenden Einnahme . . .	26,474,700 Rthlr.
a) Ordentliche Ausgabe: Laufende Kosten der Gesamtregierung	25,508,500 „
Verbleibt Ueberschuss	966,200 Rthlr.

b) Ausserordentl. Ausgaben auf 3 Jahre . . 26,698,603 Rthlr., welche gedeckt werden sollen durch die Ueberschüsse der früheren Finanzperioden (14,395,882), durch obigen Ueberschuss der laufenden Periode (2,898,600 auf 3 Jahre) durch Anlehen (2,533,868), durch den Ueberschuss der Reichsbank (1,000,000 Rthlr.) und durch eine Kopfsteuer, welche sogar ein Jahr rückwärts zu wirken hatte.

Staatsschuld. Schweden hat seine ältere fundirte Schuld fast ganz abbezahlt: die auswärtige schon 1819, die inländische anfangs der vierziger

¹⁾ 1 Riksdaler Riksmünt = 11 Sgr. 5,4 Pf. preuss. Es wird aber auch noch nach Speciesthaler gerechnet. 1 Speciesth. = 4 Thlr. Reichsmünze = 1 Thlr. 15 Sgr. 9,6 Pf. preuss.

Jahre. Dagegen blieb eine namhafte schwebende Schuld, bestehend aus circa 22½ Mill. Papiergeld, welches seiner Zeit, wie anderwärts, starker Entwerthung anheimfiel. Neuerer Zeit hat jedoch, theils vorübergehend zum Zwecke der Unterstützung des Handelsstandes in Folge der Crisis von 1857, theils bleibend zum Eisenbahnbau, eine rasche Vermehrung, beziehungsweise Schaffung einer neuen fundirten Schuld stattgefunden. Diese wurde für Ende 1859 folgendermassen angegeben:

Rest der älteren inneren Schuld	7,984,000 Rthlr.
Eisenbahnanlehen von 1848 à 4% (urspr. 6 Mill.)	4,528,000 "
Anlehen von 1851 (zur Gründung der Bank)	3,931,200 "
Eisenbahnanlehen von 1858 (ursprüngl. 14,4 Mill.) à 4½%.	14,164,000 "
Zusammen Ende 1859	30,607,200 Rthlr.

Dazu kommen die beiden weiteren in Deutschland aufgenommenen Eisenbahnanlehen von 1860 (10 Mill. Thlr. preuss. à 4½% und 2,4 Mill. Thlr. preuss. in Form eines Lotterieanlehens)

32,490,000 "

Gesammtbetrag der fundirten Schuld Ende 1860 63,097,200 Rthlr.

Rechnet man hiezu die Papiergeldsschuld, so erhöht sich der Gesamtbetrag der Schuldverpflichtungen Schwedens auf ca. 85 Mill. Thlr. Reichsmünze = 56,772,916 Thlr. preuss. = 15,6 Thlr. preuss. auf jeden Einwohner.

Wir fügen noch bei, dass die Obligationen der in Deutschland contrahirten schwedischen Anlehen nach deren Inhalt binnen 15 Jahren, die Zinscoupons aber binnen 10 Jahren nach Verfall verjähren.

B. Norwegen. Staatsgebiet: 5,799,21 Q.-Meilen; Bevölkerung 1855: 1,490,047 Seelen.

Finanzen. Als Norwegen 1814 sich von Dänemark trennte, war es mit 25 Mill. Papiergeld, welches das Silber fast ganz verdrängt hatte, überschwemmt und finanziell völlig zerrüttet. Dazu kam der Unabhängigkeitskrieg gegen Schweden, welcher eine weitere Zettelausgabe von 14 Mill. Thlr. zur Folge hatte, da das Land nirgends Darlehen bekam. Ausserdem musste dieses vermöge des Kieler Tractats 2,400,000 Speciesthrl. in Silber von der dänischen Staatsschuld übernehmen. So stieg 1815 die Noth auf's Höchste, während das Papiergeld immer tiefer sank. Indessen ermannte sich die kleine Nation und legte sich selbst ein Zwangsanlehen von 2 Mill. Speciesthrl. auf, welche als Grundstock einer neuen Nationalbank eingeschossen wurden. Diese zog das alte Papiergeld allmähig ein (allerdings nur zum Course von 10% gegen jederzeit einlösbare Noten der neuen Bank). Alsdann ging man mit gleicher Energie an die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, und zwar mit demselben guten Erfolge. Die Finanzlage gestaltete sich in der Folge so günstig, dass man alle directen Steuern abschaffen konnte. Das neueste uns bekannte Staatsbudget für 1857/58 schloss in Einnahme und Ausgabe gleich ab mit 4,629,500 Spec.-Thlr. ¹⁾

Schulden. Im Jahr 1823 betrug die norwegische Schuld noch 5,820,000 Spec.-Thlr., 1842 war sie bis auf 2,820,000 Thlr. getilgt. Inzwischen sind seit 1848 neue Schulden, jedoch wesentlich für productive Zwecke (Einrichtung einer Dampfschiffahrtsverbindung zwischen der ganzen norw. Küste, Hafenanlagen, Strassen-, Leuchthurm und Eisenbahnbauten), contrahirt worden. Anfangs 1854 ward die Schuld so specificirt:

¹⁾ 1 norweg. Speciesthrl. = 1 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. preuss.

Alter Schuldrest	2,350,000 Spec.-Thlr.
4proc. Anlehen von 1848 à 1,500,000 Spec.-Thlr.	1,250,000 " "
Anleihe à 1,200,000 Spec.-Thlr.	1,120,000 " "
Summe	4,720,000 Spec.-Thlr.

Anfangs 1855 war sie bis auf 4,384,300 Spec.-Thlr. abgetragen, wurde aber 1857 und 1858 um 3,6 Mill. Thlr. vermehrt und dürfte jetzt mit Berücksichtigung der inzwischen erfolgten planmässigen Tilgung ca. 7½ Mill. Spec.-Thlr. = 11,375,000 Thlr. preuss., auf den Kopf der Bevölkerung ca. 8 Thlr. preuss., betragen.

§. 168.

II) Schweizerische Eidgenossenschaft.

Staatsgebiet: 724,0 Q.-Meilen. Bevölkerung (1850): 2,390,116 Seelen. Für 1860 wird die Einwohnerzahl auf 2½ Mill. geschätzt.

Finanzen. Die neue Verfassung gewährte der Bundesregierung statt der früheren Maticularbeiträge eigene Einkünfte, namentlich Zolleinnahmen, Post- und Telegraphen-Erträge. Für ausserordentliche Bedarfsfälle kann übriggens nach einer für 20 Jahre festgestellten Scala auf die Kantone zurückgegriffen werden. Bis jetzt haben aber die Bundeseinnahmen nicht nur die Centralregierungskosten gedeckt, sondern noch Ansammlung von Activvermögen ermöglicht. Budget für 1860:

Einnahmen:	Frs.	Ausgaben:	Frs.
1) Vermögensertrag	555,419	1) Zinsvergütungen	471,875
2) Regalien und Verwaltgn.	15,236,248	2) Allgemeine Verwaltung	320,725
3) Canzleieinnahmen etc.	174,100	3) Departements	385,800
4) Unvorhergesehenes	233	4) Specialverwaltungen	14,552,109
		5) Unvorhergesehenes	491
	15,966,000		15,731,000

Ueberschuss 235,000 Frs.

Schulden hat die Centralregierung bis jetzt nur für Activerwerbungen und zum Zwecke der Landesvertheidigung im Jahre 1856 contrahirt. Die letztere Schuld ward Angesichts des drohenden Krieges mit Preussen zum Belaufe von 12 Mill. Frs., rückzahlbar binnen 20 Jahren, im Auslande gemacht, zur Hälfte à 5%, zur andern 4½% und zum Cours von resp. 99 und 96%. Da der Krieg glücklicher Weise nicht zum Ausbruche kam, wurde von Anfang an ein Theil der 5proc. Schuldhälfte nicht ausgegeben, auch der andere Theil derselben wieder eingelöst. Die beabsichtigt gewesene Kündigung der 4½proc. Kriegsschuld ist wegen der kritischen Zeitverhältnisse bis jetzt unterblieben. Für Beginn 1860 war der Vermögensstand der Bundescasse folgender:

Passiven 10,770,928 Frs. Activen 19,833,034 Frs. Vermögensüberschuss 9,062,106 Frs.

Weniger günstig gestaltet sich die Bilanz bei einzelnen Cantonen, während übriggens die Mehrzahl derselben entweder schuldenfrei ist, oder doch ein Activvermögen besitzt, welches die Schuldverpflichtungen übersteigt. Wir lassen diejenigen Cantone folgen, deren Schulden von Bedeutung sind:

Canton:	Schulden:	Vermögen:	Canton:	Schulden:	Vermögen:
	Frs.	Frs.		Frs.	Frs.
Bern (1860) .	1,258,721	9,760,622	Solothurn (1858)	532,688	4,943,451
Genf (1858) .	15,800,000	—	Luzern (1860) .	413,347	5,421,014
Freiburg (1857)	3,386,433	6,412,577	Graubünden(1857)	2,408,694	2,579,998
Tessin (1858) .	6,518,872 dispon.	784,641	Glarus (1858) .	689,905	673,558

Dieses Verzeichniss macht jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit und enthält namentlich die grossen Schuldverpflichtungen nicht, welche einige Cantone neuester Zeit für Zwecke des Eisenbahnbaues eingegangen haben, so insbesondere: der Canton Bern, der kürzlich einen Theil der Ostwestbahn um 7 Mill. Frs. erworben und den Kaufpreis in 4proc. Cantonsobligationen ausbezahlt hat, auch zum Ausbau der Bahn noch grösserer Darlehen bedarf, und der Canton Freiburg, welcher der Oronbahn mit einem Anlehen von 16 Mill. Frs. unter die Arme zu greifen beschlossen hat. (Von diesen 16 Mill. sind im Juli 1860 à conto 4 Mill. zu 5%, rückzahlbar mittelst eines Tilgungsfonds von $\frac{1}{2}\%$ von 1863 an, zur Subscription aufgelegt und 1861 weitere 6 Mill. in Form eines Lotterieleihens, in Loosen à 15 Frs., rückzahlbar von 1861 bis 1913, begeben worden. Dabei hat der Finanzdirector eine Vermögensdarstellung gegeben, wonach der Canton circa 8,200,000 Frs. Activvermögen besass, worauf vor 1860 eine Schuld von 5,000,000 Frs. haftete.)

§. 169.

12) Türkisches Reich.

Staatsumfang: in Europa einschliesslich der Schutzstaaten Moldau-Walachei und Serbien 9,770; in Asien 31,400; in Afrika 22,000, zusammen über 63,000 Q.-Meilen, wovon unmittelbare Besitzungen ca. 38,000 Q.-Meilen. (Nach Schätzungen.)

Bevölkerung: im Ganzen ca. 38 Mill. Menschen, wovon etwa $26\frac{1}{2}$ Mill. unter unmittelbarer Herrschaft der Türkei.

Finanzen. Seit dem letzten Kriege so zerrüttet, dass wiederholt der Sold der Truppen nicht ausbezahlt werden konnte. Nach den aus Anlass des letzten Anlehens Seitens der Negocianten desselben gegebenen Notizen sollen die Einkünfte des Reiches etwa 275 Mill. Frs. gewähren, während das ordentliche Ausgabebudget nur 259 Mill. Frs. erfordern soll. Diese Aufstellung ist übrigens augenscheinlich sanguinisch und für Zeiten vollkommenster Ruhe berechnet, deren sich die Türkei nicht mehr erfreut. Thatsache ist, dass sich die hohe Pforte fortwährend in Finanzverlegenheiten befindet.

Schulden. Trotz aller Kriege hat die Türkei bis 1854 doch keine eigentliche fundirte Staatsschuld contrahirt. Man creirte zwar seit 1829 Papiergeld, aber auch damals nicht in übermässiger Menge. Ungeheure Opfer erforderte dagegen der letzte Krieg von 1853—56, insbesondere erschöpften die Allirten das Land. Es folgte nun nicht nur eine Reihe von Anlehen im Ausland (1854: 3 Mill. Pfd. Sterl. zu 6% unter Verpfändung des Tributs von Aegypten, zum Cours von 82%; in demselben Jahre weitere 5 Mill. Pfd. Sterl. zu 4% unter Garantie von England und Frankreich; 1858: 5 Mill. Pfd. Sterl. zu 6%; 1859: 5 Mill. Pfd. Sterl. zu 8%; endlich 1860: 400 Mill. Frs. zu 6%, Mirés'sches Anlehen, welches übrigens nur zum kleinsten Theile zu Stande kam), sondern es entstand auch eine eben so grosse und viel drückendere schwebende Schuld. — Der Stand der gesammten türkischen Staatsschuld wurde 1860 (von Mirés u. Cons.) so angegeben:

1) Aeussere consolidirte Schuld	310	Mill. Frs.
2) Innere "	56	" "
3) Schuld von Galata	127	" "
4) Essams mantuzés (von der Convertirung der Rente herrührend)	15	" "
5) Serghis (Obligationen, von 1865 an jährl. zum 5. Theil rückzahlbar)	86	" "
6) Rest des Papiergelds und Schatzscheine	70	" "
7) Schwebende Schuld (Zahlungsrückstände)	110	" "
Zusammen		774 Mill. Frs.

Alle früheren Angaben hielten sich auf einer niedrigeren Summe, da jedoch die Anlehensunternehmer von 1860 die Schuld in keinem Falle zu hoch dargestellt haben, so sind wir ihrer Aufstellung als glaubwürdig gefolgt.

§. 170.

13) Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Es lag niemals im Plane unseres Werkes, die Darstellung auf die ausser-europäischen Staaten auszudehnen. Eine Ausnahme glauben wir aber im Interesse unserer Leser mit der nordamerikanischen Föderativ-Republik machen zu müssen, und zwar um desswillen, weil der hohe Zinsfuss ihrer öffentlichen Fonds so manche deutsche Capitalisten zum Ankaufe derselben bereits verlockt hat und noch verlocken wird; weil aber die Erfahrung der letzten Jahre schon zur Genüge dargethan hat, dass Vorsicht nirgends mehr als hier am Platze ist. Obgleich uns übrigens ein ziemliches Material zu Gebote stünde, müssen wir uns doch innerhalb des Rahmens des uns zugemessenen Raumes auf das Allerwesentlichste beschränken.

Der ungeheure Aufschwung, welchen die Union seit zwei Generationen genommen hat, mochte wohl die Hoffnung rechtfertigen, dass die Zukunft ihr gehöre. Es kam dazu eine wirkliche, in Zahlen vor Augen gestellte finanzielle und volkswirtschaftliche Blüthe, und es ist daher kein Wunder, dass sich viele Capitalisten verleiten liessen, ihre Capitalien in Mobilienwerthen anzulegen, welche hohe Interessen versprachen und nebedem eine unzweifelhafte Sicherheit zur Unterlage zu haben schienen. Allein die amerikanischen Zustände haben die auf sie gesetzten Hoffnungen grossentheils getäuscht. Die von dort ausgegangene Handels- und Geldcrise von 1857 hat wirtschaftliche Schäden aufgedeckt, deren Existenz man nicht ahnte; sie hat eine unsolide Ueberspeculation zu Tage gelegt, und überdiess sehr gegründete Zweifel an dem redlichen Willen mancher Staaten, Grafschaften, Städte und Gesellschaften, ihren Gläubigern gerecht zu werden, wachgerufen. Manche derselben haben ihre Zahlungen auf Zins und Capital mit frivoler Leichtfertigkeit sistirt und schon können ihre Gläubiger von namhaften Verlusten Zeugnis ablegen. Auch die Rechtshilfe gegen diese morosen Schuldner hat sich wenig prompt erwiesen. Es hat sich namentlich gezeigt, dass die einzelnen Staaten der Union ungeachtet ihres politischen Verbandes unter einer föderativen Centralregierung keinen Richter über sich anerkennen, sondern kraft eigener Souveränität totale oder partielle Staatsbankerotte decretiren können und wenn diese Fatalität gegenüber den Grafschaften, Städten und Associationen auch nicht vorliegt, so haben sich doch einzelne derselben auf wenig ehrenhafte Weise hinter den Schutz unbeobachtet gebliebener Formalitäten geflüchtet, welche der Aus-

länder, zumal der Europäer, nicht zu beurtheilen in der Lage ist, weil er die Gesetze jener Staaten nicht genugsam kennt.

Selbst die rühmliche Ausnahme, welche die Union als solche bisher unausgesetzt gemacht hat, indem sie ihre Finanzen in einem Blüthezustand zu erhalten vermochte, wie er anderwärts nirgends anzutreffen war, — droht zur Stunde verloren zu gehen. Nichts will sich, wie es scheint, in Amerika stabil und gesichert erweisen; denn selbst der Bestand der Union ist heute in Frage gestellt. Die südlichen (Sclaven-) Staaten haben sich losgerissen; beide Parteien bekriegen sich auf Tod und Leben und mögen die Würfel fallen, wie sie wollen, so ist Eines gewiss: dass nämlich beide Theile sich in kurzer Zeit finanziell erschöpfen; dass es auf längere Zeit mit ihrer finanziellen Blüthe ein Ende hat und dass die Union sich ebenso wie die Sonderbundsstaaten eine Schuldenlast aufladen wird, welche ihren Credit schmälern muss. Bei den eigenthümlichen und unfertigen Zuständen Amerika's und bei dem allein herrschenden Materialismus jenes Welttheils steht aber noch eine schlimmere Perspective offen: jener Zustand der südlicher gelegenen Republiken, der nichts anderes ist, als die Anarchie in Permanenz.

Wir wollen nicht schwarz sehen; aber wir wollen unsern Lesern Anlass zur Vorsicht, strenger Untersuchung und Unterscheidung geben, wenn sie im Begriffe stehen, ihr Vermögen amerikanischen Zufälligkeiten anzuvertrauen. Es darf nicht übersehen werden, dass selbst die Begriffe von Gewinn und Verlust in einer Societät sich nach und nach umgestalten, welche an frappante Wechsel der Zustände und Erwerbsgelegenheiten gewöhnt ist und welcher tausend Gelegenheiten zu Gebote stehen, Verlorenes wieder zu ersetzen und es so leicht zu verschmerzen.

Diese allgemeine Warnung vorausgeschickt, gehen wir auf das Einzelne über.

Staatsumfang. Das ganze Gebiet der bisherigen Union umfasst 129,036 Q.-M. und ist in 34 Staaten und mehrere „Gebiete“ (noch nicht als selbstständige Staaten anerkannte Territorien) von sehr ungleicher Ausdehnung eingetheilt.

Bevölkerung. Bei der letzten Zählung im Jahre 1850 ergaben sich 23,191,876 Einwohner, wovon 19,987,563 Freie und 3,204,313 Sclaven. Für 18^{56/57} ward die Gesamtbevölkerung auf fast 28 Mill. geschätzt; für 1860 auf circa 29^{1/2} Mill. Bei der Unabhängigkeitserklärung hatten die unierten (13) Staaten erst 2,383,300; 1800: 5,306,032; 1810: 7,239,905; 1820: 9,637,999; 1830: 12,856,407; 1840: 17,100,572 Einwohner.

Finanzen. Die Union bezieht ihre Haupteinkünfte aus den Zöllen und dem Erlöse verkaufter Ländereien. Unmittelbar nach dem Unabhängigkeitskrieg erhob sie eine geringe Grundsteuer; seit 1818 sind aber alle directen Unionssteuern abgeschafft. Vor dieser Zeit war die Finanznoth oft nicht gering; selbst die Zinsen der Unionsschuld blieben zeitweise unbezahlt. Später lieferten aber die Zölle so günstige Ergebnisse, dass man über grosse Ueberschüsse zu verfügen hatte, welche theils zur Schuldentilgung, theils zum Ankauf von Ländereien etc. verwendet wurden. Die Handelscriis von 1857 zeigte das Schwankende der Zolleinnahmen. Es ergaben sich nun bedeutende Ausfälle und man musste sowohl die fundirte als schwebende Schuld vermehren. Wie sehr übrigens auch die Union ihr Budget steigerte, geht aus folgender Zahlenübersicht hervor. Es betrugen die

Einnahmen:		Einnahmen:		Ausgaben:	
1792: 3,652,014 Doll.		18 ^{58/54} : 95,492,598		75,354,680 Doll.	
1800: 10,624,997 "		18 ^{55/56} : 92,850,117		72,948,792 "	
1820: 16,779,331 "		18 ^{56/57} : 88,532,839		64,878,828 "	
1830: 24,280,888 "		18 ^{57/58} : 46,557,569		81,585,667 "	
1845: 29,769,134 "		18 ^{58/59} : 53,405,071		83,751,511 "	

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

Dabei ist wohl zu berücksichtigen, dass die einzelnen Staaten einen sehr grossen Theil derjenigen Ausgaben zu bestreiten haben, welche anderwärts im Budget der Centralregierung erscheinen. Für 18^{69/70} ward die Budget-Einnahme, Schuldvermehrung und Cassenbestand abgerechnet, zu 67,223,965 Doll., die Ausgabe zu 61,002,733 Doll. berechnet; für 18^{70/71}: Einnahmen 66,225,000, Ausgaben 66,714,929 Doll. Selbstverständlich macht der inzwischen ausgebrochene Bürgerkrieg diese Aufstellung völlig illusorisch.

Schulden. Wie in Amerika Alles grossem Wechsel unterliegt, so selbst die Staatsschuld der Union. Nach dem Unabhängigkeitskrieg wurden (viel zu nieder) 42,000,375 Mill. Doll. angegeben. 1790 betrug die Schuld bereits 79,124,464, 1812 nur noch 45,209,737, 1816 wieder 127,334,934, 1830: 48,565,406 Dollar. 1834 war sie vollständig getilgt und 1835 wurden sogar Ueberschüsse an die einzelnen Staaten vertheilt. Dann entstand in Folge des mexicanischen Krieges und neuer Landerwerbungen eine neue Schuld. Diese betrug am 30. Juni 1858: 44,910,777 Dollar. Ein Jahr später bestand sie aus

Anlehen à 6% im Belaufe von	39,828,456 Doll.
Entschädigung für Texas und Texanischer Schuld	3,658,463 "
Alter fundirter und nichtfundirter Schuld	114,119 "
Schatzscheine	15,153,661 "
Zusammen	58,754,699 Doll.

Vom Congress de 1861 verlangte aber die Bundesregierung einen Kriegscredit von nicht weniger als 500 Mill. Doll., welcher ihr auch gewährt wurde. Die Schuld wird sich daher bald genug den europäischen Staatsschulden ebenbürtig an die Seite stellen können.

Ueber die Finanzverhältnisse derjenigen einzelnen Staaten, welche grössere Schulden haben, geben wir nachstehende Uebersicht auf 1. Janr. 1859:

Staaten.	Fundirte	Schwebende	Summe der Schuld.	Nutzbares Eigenthum.	Noch nicht nutzbares Eigenthum.	Steuer- pflichtiges Eigenthum.
	Schuld.					
	Doll.	Doll.	Doll.	Doll.	Doll.	Mill. Doll.
Maine	699,000	335,277	1,034,277	—	—	?
Massachusetts	1,314,000	4,999,456	6,313,456	8,961,221	3,080,678	?
New-York	31,671,944	770,000	32,441,944	38,800,000	—	1433, _s
Pennsylvanien	39,268,111	—	39,268,111	12,933,997	—	569, _o
Maryland	10,754,204	4,100,000	14,854,204	13,647,276	14,000,000	270, _o
Virginia	29,106,659	3,898,500	33,005,159	4,885,856	25,313,514	531, _o
Nord-Carolina	7,181,923	—	7,181,923	4,600,000	—	239, _o
Süd-Georgia "	3,192,743	3,000,000	6,192,743	5,654,622	—	?
Georgia	2,604,750	750,000	3,354,750	4,461,532	250,000	530, _o
Alabama	5,098,000	—	5,098,000	132,000	—	?
Mississippi	2,271,707	5,000,000	7,271,707	—	2,000,000	?
Louisiana	4,379,091	6,322,551	10,701,642	267,000	—	320, _o
Arcansas	2,981,133	—	2,981,133	—	—	?
Tennessee	3,844,607	12,799,000	16,643,607	3,292,717	—	?
Kentucky	5,574,244	—	5,574,244	—	—	500, _o
Ohio	17,131,219	—	17,131,219	18,000,000	—	849, _s
Michigan	2,337,630	—	2,337,630	—	—	137, _e
Indiana	7,357,074	—	7,357,074	—	—	?
Illinois	11,138,454	—	11,138,454	—	—	?
Californien	3,900,000	143,485	4,043,485	—	—	?
Missouri	602,000	18,436,000	19,038,000	—	—	?

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Schulden der nordamerikanischen Freistaaten fast ohne Ausnahme nicht zur Deckung laufender Bedürfnisse, sondern zu öffentlichen Bauten und behufs Herstellung von Verkehrsmitteln contrahirt worden sind. Insbesondere der Eisenbahnbau ist von allen Staaten direct oder indirect befördert worden. Man hat sich dabei aber in Unternehmungen eingelassen, welche keine finanziellen Resultate liefern. Die gewöhnliche Art der Staatsbetheiligung bei den Eisenbahnbauten ist jetzt, nachdem man das System des directen Staatsbaues verlassen hat, die, dass die Staaten für die betreffenden Eisenbahncompagnien Obligationen (Bonds) emittiren und damit die von ihnen gezeichneten Actien bezahlen. In den meisten Fällen sind in erster Linie die Compagnien verpflichtet, die Zinsen dieser Bonds zu zahlen und für die Tilgung des Capitals zur Verfallzeit zu sorgen, so dass die Staaten nur subsidiär für den Fall der Unvermögenheit der Compagnien eintreten. Diess letztere hat nun häufig zu geschehen, da viele Eisenbahnen sehr geringe Erträge abwerfen. Es entsteht alsdann zum Oefftern Stockung in der Befriedigung der Gläubiger, weil auch die Staaten die erforderlichen Geldmittel nicht parat haben.

Von den Staaten, welche im Gefolge der Crisis von 1857 ihre Zahlungen suspendirt hatten, verharren jetzt noch in der „Repudiation:“ Mississippi, Arcansas und Florida. Wie viele ihre Zahlungen in Folge des neu ausgebrochenen Bürgerkriegs einstellen werden, bleibt abzuwarten. Von den Grafschaften und Städten sind u. A. mit der Zinszahlung im Rückstand: Alleghany (Stadt), Milwaukie (Munic.) Pittsburg, St. Louis (Munic.), Wheeling; von den Eisenbahngesellschaften: Chicago-Mississippi, Cleveland-Pittsburg, Covington-Lexington, Ohio-Central, Ohio-Indiana, Ohio-Pennsylvania.

Als geordnet und Vertrauen verdienend werden die Finanzen folgender Staaten angegeben: New-York; California (die Legalität der früheren Anlehen wurde angefochten und die Zahlung durch den obersten Gerichtshof inhibirt. Durch Volksvotum ward jedoch die Schuld 1857 anerkannt, in neue Bonds à 7% convertirt und behufs Zahlung von Zinsen und Capital eine Vermögenssteuer von 3% beschlossen); Georgia; Illinois (noch 1859 fallit, seit 1857 aber in Credit stehend, da nicht nur für die Zinszahlung, sondern auch für die Tilgung der Schuld um jährl. 1 Mill. Doll. gesorgt wurde); Indiana (besitzt einen Tilgungsfonds); Kentucky (bezieht namhafte Dividenden von den im Besitz des Staats befindlichen Bankactien); Maryland (es werden jährlich ca. 300,000 Doll. getilgt); Missouri (die Schuld rührt fast ganz von der Staatsbetheiligung am Eisenbahnbau her; es besteht eine besondere Steuer von 1 pro Mille zur Bezahlung der Zinsen) und Ohio (noch im Besitze grosser verkäuflicher Ländereien, deren Erlös zur Bildung eines Tilgungsfonds verwendet werden soll).

Noch haben wir einer Eigenthümlichkeit des amerikanischen Schuldenwesens zu gedenken, darin bestehend, dass die Anlehen zwar wie in Europa eine gewisse Zeit lang unkündbar sind (auch von Seite des Staats), aber nicht successive durch Verloosungen getilgt werden können, sondern auf Einmal in bestimmten Perioden fällig werden. Will daher die Schuld früher getilgt werden, so kann diess nur im Wege des Rückkaufs geschehen und oft nur weit über pari, wie es z. B. Seitens der Union schon öfter geschehen ist.

§. 171.

Schluss-Resultate.

Uebersicht über den Umfang des Gebiets, der Bevölkerung, der gesammten Passiven, der Einnahmen aus dem unmittelbaren Vermögen und der Gesamtsteuerlast der grösseren europäischen Staaten nach dem neuesten Bestande in Thalern des 30 Thlr.-Fusses.

Staaten.	Gebiets- umfang.	Bevölke- rung.	Gesamt- staats- schuld, exclus. Staatsver- garantien	Reiner Ertrag des unmittel- baren Staatsver- mögens.	Gesamt- Steuerlast (netto).	Auf den Kopf der Bevölkerung.	
						Schuld.	Steuern.
	Q.-M.	Mill.	Mill.	Mill.	Mill.	Thlr.	Thlr.
Grossbritannien . . .	5,767	28,88	5,533,00	1,90	409,5	191,066	14,146
Frankreich	10,035	36,75	2,865,00	12,06	428,0	78,000	11,646
Oesterreich ¹⁾	11,750	35,00	1,600,00	24,00	168,0	45,714	4,800
Russland (europ.) . .	97,235	63,93	1,615,38	—	—	25,208	—
Preussen	5,104	18,00	293,50	15,50	81,1	16,304	4,511
Italien ca.	4,500	21,00	818,22	—	—	38,962	—
Spanien	9,215	15,00	896,00	—	—	59,733	—
Holland	594 ^{1/2}	3,30	604,63	—	—	183,221	—
Belgien	536 ^{1/2}	4,07	186,06	—	—	40,000	—
Schweden	8,002	3,64	56,77	—	—	15,600	—
Dänemark	696	1,50	77,62	1,31	6,3	51,747	4,200
Bayern	1,387	4,60	121,10	6,86	15,0	26,826	3,261
Sachsen, Königr. . . .	272	2,10	65,00	3,07	6,2	30,952	2,986
Württemberg ²⁾ . . .	354	1,80	41,00	3,32	4,8	22,777	2,666
Hannover	698 ^{1/2}	1,85	46,35	3,89	7,0	25,054	3,800
Baden	278	1,34	45,14	2,28	4,0	33,714	3,700
Hessen, Grossh. . . .	153	0,86	11,00	0,97	3,0	13,647	3,630
Churhessen	173 ^{3/4}	0,72	13,00	2,19	1,82	17,906	2,607
Nassau	85 ^{1/2}	0,44	14,74	0,57	1,7	33,507	3,803
Braunschweig	67 ^{2/4}	0,27	11,40	0,80	0,98	41,455	3,374
Grossh. Sachsen . . .	66	0,26	5,10	0,56	0,90	19,000	3,259
Oldenburg	114	0,29	4,40	0,49	1,00	15,000	3,447
Meklenburg-Schwerin	244	0,54	9,04	1,50	1,50	16,741	2,777
Hamburg	6 ^{1/3}	0,22	31,03	0,50	3,08	139,000	14,000
Bremen	3 ^{1/2}	0,09	8,25	0,22	0,99	90,000	11,000
Lübeck	6	0,05	4,72	0,11	0,30	96,000	6,000
Frankfurt a. M. . . .	1 ^{1/5}	0,08	9,68	0,31	1,08	121,000	12,625

¹⁾ Die Staatsschuld betrug am 1. Nov. 1860 nach dem neuesten Berichte der Staatsschuldencommission, incl. der venetianischen Sonderschuld 2,352,704,724 fl. öst. W.

²⁾ Durch ein neues Eisenbahnanlehen ist die Schuld 1861 um 7 Mill. fl. = 4 Mill. Thlr. vermehrt worden.

Zweite Abtheilung.

Grundentlastungs-Obligationen.

§. 172.

Einleitung.

Ein volles Jahrtausend dauerte die feudale Grundlage, auf welche Karl der Grosse und seine Zeit die germanischen Reiche Europa's aufgebaut hatte. Das ursprünglich weise geordnete und wohlthätige Gebilde ward aber, im Laufe der Zeit bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, ein mächtiger Hebel zur Unterdrückung aller freien Regung sowohl im politischen als auch im wirthschaftlichen Leben der Völker. Es entspann sich daher ein erbitterter Kampf gegen die ganze feudale Staatsordnung, der sich nicht nur die Befreiung der Personen, sondern insbesondere auch die Entfesselung des Grund und Bodens zum Ziele setzte. Diese letztere war zudem mit der fortschreitenden Population und besseren Erkenntniss volkwirtschaftlicher Principien zur unabwieslichen Nothwendigkeit geworden.

In einzelnen Ländern hat man die Erschütterungen der französischen Revolutionszeit benützt, um alle feudalen Rechte an Grund und Boden mit Einem Federstriche zu beseitigen. In Deutschland ist indessen im Allgemeinen der Weg der Ablösung eingeschlagen worden. Es bedurfte hier grossentheils eines zweiten Sturmes, bis man zum endlichen Ziele gelangte, und so kommt es, dass wir heute noch diejenigen Werthe zum Gegenstande unserer Darstellung zu machen haben, welche an die Stelle der alten Grundabgaben getreten sind.

Bei der Schwierigkeit und Wichtigkeit der Aufgabe ist überall die Staatsgewalt zwischen die vormaligen Gefällberechtigten und Pflichtigen vermittelnd und unterstützend eingetreten. Man hat durch Gesetz festgestellt, was die ersteren als Entschädigung für ihre Rechte in Geld zu empfangen haben sollen; oft hat der Staat sofort einen Theil des Entschädigungscapitals auf sich übernommen, so dass der Gefällpflichtige nur den Rest zu entrichten hatte. Zur Erleichterung des letzteren hat sodann der Staat Creditanstalten errichtet, welche dem Berechtigten das Capital entweder baar oder in Schuldverschreibungen ausbezahlt haben, während sie gleichzeitig in die Forderungsrechte des so Befriedigten, den vormaligen Gefällpflichtigen gegenüber, eintraten. Diese Creditanstalten waren entweder überhaupt Landescreditinstitute, welche auch andere Zwecke verfolgen, oder wurden lediglich zu dem Zwecke in's Leben gerufen, um die Grundentlastung zu vermitteln, und hören mit der Erreichung dieses besondern Zweckes auf zu existiren. Ein anderer Unterschied

zwischen ihnen besteht darin, dass sie entweder zu förmlichen Staats- oder Provinzial-Instituten erklärt sind, so dass der Staat oder die Provinz selbst für ihre Verbindlichkeiten direct haftet, oder dass sie zwar für sich bestehen, vom Staate aber verwaltet und „garantirt“ werden, oder endlich dass die Gesamtheit der Berechtigten ein Consortium bildet, auf dessen Rechnung das Institut besteht, vom Staate aber ohne Garantie verwaltet wird. Den vormaligen Gefällpflichtigen ist zwar freigegeben worden, das sie treffende Entschädigungscapital sogleich baar entweder an ihren Gefällherrschaften oder an das betreffende Institut zu bezahlen, worauf sie aller Verbindlichkeiten entledigt sind; für alle diejenigen aber, welche solche Baarmittel nicht zur Verfügung hatten, trat die Erleichterung ein, dass sie ihre Schuldigkeit während einer längeren Reihe von Jahren in kleinen Quoten abtragen können. Gewöhnlich besteht diese Quote im Ganzen oder selbst nur in einem Theile der bisherigen Leistung, welche so oft zu wiederholen ist; bis das festgestellte Capital nebst Zinsen durch sie getilgt erscheint. Ueberall hat die Gesetzgebung diesen Quoten, die als wahre Annuitäten (Renten) anzusehen sind, dasselbe Vorzugsrecht eingeräumt, welches den durch sie abgelösten Gefällen zustand; einzelne Gesetzgebungen legen ihnen überhaupt die Prioritätsrechte der landesherrlichen Steuern bei.

Die vorerwähnten Creditinstitute haben in den einzelnen Ländern verschiedene Namen erhalten; in Oesterreich: „Grundentlastungsfonds“, in Preussen: „Rentenbanken“, in Bayern, Württemberg und Coburg: „Ablösungscassen“, in den sächsischen und anhaltischen Ländern: „Landrentenbanken“. Die übrigen deutschen Staaten haben, in so weit sie überhaupt bei der Grundentlastung sich betheiligten, solche mittelst ihrer allgemeinen Creditinstitute befördert; so Hannover, Churhessen, Sachsen-Meinungen, Sachsen-Gotha durch ihre „Landescreditanstalten“; Braunschweig durch seine „Leihhausanstalt“ und Baden durch die mit der Amortisationscasse verbundene „Zehentschuldentilgungscasse“. Alle diese Institute sind ermächtigt, Schuldverschreibungen auf Namen oder auf Inhaber auszustellen, welche Gegenstand des Verkehrs sind, mit welchen wir es also zu thun haben und welche nach dem Institut benannt werden, das sie creirt und emittirt hat, nämlich in Oesterreich: „Grundentlastungs-Schuldverschreibungen“, in Preussen: „Rentenbriefe“, in Bayern: „Grundrenten-Ablösungsschuldbriefe“, in Württemberg: „Gefäll- und Zehent-Ablösungsobligationen“, in Sachsen etc.: „Landrentenbriefe“, endlich in den mit sonstigen Creditinstituten versehenen Staaten: „Credit-Cassenscheine“.

Diese letzteren sind übrigens keine reinen Grundentlastungspapiere, sondern Schuldurkunden der betreffenden Institute überhaupt. Es haften dafür nicht die an die Stelle der früheren Bodengefälle getretenen Geldrenten ausschliesslich, sondern das gesamte Vermögen der Anstalt und subsidiär der betreffende Staat. Die Staatscreditinstitute nehmen überall Gelder, insbesondere von Pupillen, Gemeinden, Stiftungen, Sparcassen, gerichtliche Depositen etc. an, verwenden nebst dem die flüssigen Capitalien des Staats selbst, um einerseits die Grundentlastung zu vermitteln, andererseits aber auch — und diess ist ihr bleibender Zweck — dem Grundbesitz, dem Gewerbe- und Handelsstande des eigenen Landes, möglichst billiges Capital zu verschaffen. Ihre Schuldverschreibungen stellen sie eben für jene Einlagen aus, meistens kündbar. Da zudem ihre Wirksamkeit fast überall auf das eigene Land beschränkt ist, so sind ihre Papiere höchst selten Gegenstand des allgemeinen Verkehrs und wir können daher von denselben im Weiteren füglich absehen.

Die wirklichen Grundentlastungspapiere verdienen dagegen mit vollem Recht die Beachtung des Capitalisten. Wie schon vorstehende Andeutungen ergeben, sind sie besser fundirt, als irgend ein anderes Werthpapier, Pfandbriefe nicht ausgenommen; denn da die Renten, mittelst welcher die Verzinsung und Tilgung der Entschädigungscapitalien bewerkstelligt wird, im Concourse des Schuldners erste Priorität geniessen und also selbst den Hypothekarforderungen unbedingt vorgehen, so ist ein Verlust fast undenkbar. So lange also die Staaten selbst nicht gewaltsame und rechtswidrige Eingriffe in die Grundentlastungsfonds sich erlauben, wessen sie sich aus einfacher Klugheit wohl enthalten werden, weil sonst ihr Credit unwiederbringlich verloren ginge, — bieten die Grundentlastungspapiere alle Garantien einer soliden Capitalanlage.

Von grösserer Wichtigkeit sind übrigens für uns nur die nachfolgenden, in grösseren Massen emittirten und daher in weiteren Kreisen verbreiteten Papiere.

§. 173.

Oesterreichische Grundentlastungs-Schuldverschreibungen.

In Oesterreich ist für die Grundentlastung vor dem Jahre 1848 sehr wenig, seitdem aber Alles geschehen. Eine ganze Reihe von Gesetzen regelt das wichtige Geschäft der Bodenentfesselung.¹⁾ Sie setzen für jedes Kronland einen oder mehrere „Entlastungsfonds“ ein, welche die Entschädigungscapitalien der Privatrechtlichen in 5proc. Schuldverschreibungen leisten. Ihre Dotation erhalten dieselben theils aus Mitteln des betreffenden Kronlandes, theils von den Besitzern der entlasteten Grundstücke, theils auch vom Gesamtstaate. Die Gesetze unterscheiden nämlich zwischen vormaligen Rechten, welche gegen billige Entschädigung aufzuheben und solchen, welche abzulösen waren. Von der ersteren Classe ist das Entschädigungscapital zur Hälfte aus Landesmitteln und zur Hälfte von dem Pflchtigen zu berichtigen. Das Ablösungscapital für die Rechte zweiter Classe hat der letztere in der Regel ganz zu übernehmen. Der Gesamtstaat hat die Entschädigung für die Laudemien zu tragen. Die Leistungen des Kronlandes werden, wenn nicht andere Mittel gegeben sind, durch Steuerzuschläge aufgebracht; die der Entlasteten sind in Zieler oder Annuitäten zerschlagen und müssen binnen 20 Jahren bereinigt sein. Sie ruhen als Reallasten auf den entlasteten Gütern und müssen bei Zwangsveräusserungen von Amts wegen berücksichtigt werden. Obwohl jene Steuerzuschläge des betreffenden Kronlandes, als die Annuitäten der Entlasteten, als auch die Beiträge des Gesamtstaats sind an die Entlastungsfonds abzuführen, deren Cassen- und Rechnungswesen abgesondert zu führen ist. Bei der Direction der Fonds sind die vormaligen Berechtigten und Pflchtigen je durch einen Vertreter repräsentirt. Im Uebrigen weist die neue Verfassung die Verwaltung der Entlastungsfonds den Landtagen und Organen der einzelnen Kronländer zu.

Die Schuldverschreibungen aller Entlastungsfonds lauten auf Namen, zerfallen aber in zwei Abtheilungen: Lit. A, welche in ganz verschiedenen Sum-

¹⁾ Patente vom 7. Sept. 1848, vom 4. März 1849, vom 25. Sept. 1850, vom 11. April 1851, vom 15. Aug. 1849, vom 12. März 1851, vom 2. März 1853, vom 23. Oct. 1853, vom 16. Janr. 1854, vom 21. Juni 1854, vom 1. Janr. 1856, vom 7. Juni 1857 und Minist.-Verordnungen vom 31. Juli 1855, 19. Mai 1856 und 31. Oct. 1857.

men ausgestellt und für solche Besitzer bestimmt sind, die nicht frei über das Capital verfügen können, wie z. B. Gemeinden, Stiftungen, Kirchenstellen etc.; diesen sind keine Coupons beigegeben, vielmehr sind die Zinsen gegen stempelfreie Quittungen zu erheben; und sogen. Couponsobligationen für die übrigen Besitzer, auf Beträge von 50, 100, 500, 1,000, 5,000 und 10,000 fl. lautend, deren Zinsen gegen Coupons zahlbar sind. Die Zinsen fallen auf 1. Mai und 1. Nov. bei den betreffenden Entlastungsfonds.

Alle Grundentlastungs-Obligationen sind vom Gesamtreiche verbürgt und geniessen alle Vorzüge der Staatspapiere. Sie sind zur Anlegung von Pupillen-, Kirchen- und Stiftungsgeldern und zur Cautionsstellung geeignet. Ihre Verjährung, Amortisation und Vindication richtet sich nach den über die Staatspapiere bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

Sie sind, 2 Jahre nach Beendigung der Grundentlastung beginnend, binnen 40 Jahren im Wege der Verloosung und öffentlichen Kündigung zu tilgen. Kürzere Tilgung ist vorbehalten. Jährlich finden zwei Verloosungen statt; die eine am 30. April, die andere am 31. Oct. Sechs Monate nachher sind die verloosten Obligationen fällig und es hört deren Verzinsung auf. Sie werden in der Landeswährung bei der Fondsdirection eingelöst.

Ueber die Grösse der gesammten österreichischen Grundentlastungsschuld, sowie über die Vertheilung derselben auf die einzelnen Kronländer haben wir oben S. 76 Nachweis gegeben. Sie betrug am 1. Janr. 1860: 475,196,640 fl. Conv.-Münze, wovon der Staatsschatz 29,548,540 fl. für Laudemien zu prästiren hatte. Nach dem neuesten Berichte der Staatsschuldencommission war der Stand am 1. Nov. 1860, auf österreichische Währung umgerechnet, 483,132,142 fl.

Nicht zu übersehen ist bei etwaiger Erwerbung österr. Grundentlastungs-Obligationen der Umstand, dass Capital und Zinsen in der Landes-, d. h. dermalen Papierwährung ausbezahlt werden, welche tief unter pari steht.

Alle vorstehenden Momente finden gleichmässige Anwendung auf sämtliche österr. Grundentlastungs-Obligationen. Es finden aber unter denselben in anderer Richtung einige nicht unwesentliche Unterschiede statt, welche wir schliesslich hervorzuheben haben. Man hat drei Gruppen zu unterscheiden, nämlich

- 1) die Grundentlastungs-Obligationen der deutsch-slavischen Kronländer Oesterreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Kärnthen, Krain, Salzburg, Istrien, Görz mit Gradisca und Triest. Die Verloosung derselben hat am 30. April 1856 begonnen. Sie unterscheiden sich von den übrigen dadurch, dass sie vom Besitzer zur Heimzahlung angemeldet werden können und dass sie, wenn eine solche Anmeldung nicht geschieht, mit einer Prämie von 5%, also mit 105 fl. statt 100 fl., heimbezahlt werden. Die Anmeldung hat mittelst schriftlichen stempelfreien Einschreitens bei der betreffenden Fondsdirection zu geschehen und es sind dabei die Obligationen gehörig verzeichnet vorzulegen, auf welchen die geschehene Anmeldung bemerkt wird. Die angemeldeten Obligationen sind immer zuerst zur Verloosung zu bringen, jedoch ohne Rücksicht auf die Zeit der Anmeldung. Kommen in einer Ziehung nicht sämtliche angemeldete Verschreibungen heraus, so nehmen sie wieder an der nächsten Verloosung in erster Linie Theil. Anmeldungen, welche nicht mindestens 6 Monate vor der nächsten Ziehung geschehen, bleiben bei dieser unberücksichtigt. Sind weniger Obligationen angemeldet, als zu ziehen sind, so sind diese alle fällig und es greift die Verloosung im Weiteren auf die nicht angemeldeten Verbriefungen. Die Verloosungsergebnisse

werden in der Wiener Zeitung und in der Amtszeitung des betreffenden Kronlandes bekannt gemacht.¹⁾

- 2) Die Grundentlastungs-Obligationen von Tyrol und Vorarlberg. Sie sind in allen Stücken den ad 1 genannten gleich; nur findet bei ihnen weder eine Anmeldung noch eine Prämienzahlung statt. Ihre Verloosung hat ebenfalls am 30. April 1856 begonnen.²⁾
- 3) Die Grundentlastungs-Obligationen der zur ungarischen Krone gehörigen Länder: Ungarn, Serbien, Banat, Croatien und Slavonien, und Siebenbürgen. Hier gibt es Verschreibungen mit der Clausel: „1867“. Der Sinn derselben ist der, dass diese Art Obligationen erst von 1867 an zurückbezahlt werden. Während nämlich die Verloosung derjenigen Titel, welche den nicht mit Confiscation bestraften Privatberechtigten ausgestellt worden sind, mit dem 31. Oct. 1857 begonnen hat, soll dieselbe für die zu Gunsten confiscirter Güter etc. ausgestellten Obligationen erst mit dem 31. Oct. 1867 ihren Anfang nehmen. Ein anderer Unterschied besteht darin, dass der Staatsschatz zu den Entlastungsfonds der ungarischen Kronländer keine Beiträge zu leisten hat. Sonst sind die Obligationen denen der deutsch-slavischen Kronländer gleich; doch findet in Ungarn etc. weder Anmeldung noch Prämienzahlung statt.³⁾

§. 174.

Preussische Rentenbriefe.

In Preussen hat der Staat vor dem Jahre 1848 sich bei der Grundentlastung nur in so ferne betheiligt, als er die Garantie für die in einigen engeren Landestheilen errichteten „Tilgungscassen zur Erleichterung der Ablösungen“ übernahm, so namentlich für die Paderborner, die Eichsfeld'sche und Wittgenstein'sche Tilgungscasse. (Vergl. oben S. 129—130.) Im Gefolge des allgemeinen Ablösungsgesetzes von 1850 wurden aber mit Ausnahme der Rheinprovinz, welche diessfalls mit Westphalen vereinigt wurde, kraft besonderen Gesetzes vom 2. März 1850⁴⁾ in allen Provinzen je am Sitze des Oberpräsidiums (für Brandenburg aber in Berlin) „Rentenbanken“ errichtet, welche zwar nicht eigentliche Staatsanstalten sind, so dass der Staat unmittelbar für ihre Verbindlichkeiten einzutreten hätte, welche aber von Staatsdienern verwaltet, von den Provinziallandtagen controlirt werden und für welche der Staat unbefristete Garantie übernommen hat.

Die Rentenbanken haben ihren Sitz in Berlin, Breslau, Königsberg, Magdeburg, Münster, Posen und Stettin. Sobald die zur Ablösung kommenden Reallasten in fixe Geldrenten verwandelt sind, können sie an die Banken überwiesen werden und diese haben alsdann die Ablösung statt des Pflichtigen zu übernehmen. Sie geschieht dadurch, dass die Bank dem Berechtigten gegen Ueberlassung der Geldrenten, welche entweder in $\frac{9}{10}$ oder

¹⁾ Vergl. Minist.-Verordnung vom 31. Juli 1855, Nr. 136, Reichsges.-Bl. S. 536.

²⁾ Minist.-Verordnung vom gleichen Tage, Nr. 137, das. S. 539.

³⁾ Vergl. Patente vom 16. Janr. 1854, Nr. 21, 22 und 23, Reichsges.-Bl. S. 47—79, und vom 21. Juni 1854, Nr. 151, das. S. 603; ferner vom 1. Janr. 1856, Nr. 7, Reichsges.-Bl. S. 9, und kaiserl. Verordnung vom 7. Juni 1857, Nr. 111, 112, 113, Reichsges.-Bl. S. 399—403. Die Verloosung der siebenbürgischen Obligationen hat übrigens noch nicht begonnen.

⁴⁾ Ges.-Samml. von 1850, S. 112. Vergl. auch allerb. Erlass vom 24. Juni 1850.

im Ganzen der in Geld verwandelten bisherigen Leistung bestehen und welche im ersten Falle $56\frac{1}{12}$ Jahre, im letztern aber $41\frac{1}{12}$ Jahre lang fortzureichen sind, durch 4proc., allmählig (im ersteren Falle mit $\frac{1}{2}\%$, im letztern mit 1% Tilgungsfonds) zu tilgende Schuldverschreibungen im 20fachen Betrage der vollen Rente abfindet. Die an die Bank abgetretenen Renten genießen in jeder Beziehung dasselbe Vorrecht, welches die Gesetze den Staatssteuern beilegen, und haften auf dem entlasteten Gute. Gebäude müssen auf Verlangen genügend versichert werden.

Alle Rentenbriefe sind unter sich gleich. Sie sind in Stücken zu 10, 25, 100, 500 und 1,000 Thlr. ausgestellt und mit Coupons auf 8 Jahre tro. 1. April und 1. Oct. versehen. Nach Ablauf dieser 8 Jahre erhält der Vorzeiger des Briefs neue Coupons. Letztere können bei den betreffenden Banken eingelöst und bei allen kgl. Cassen an Zahlung gegeben werden. Die Rentenbriefe sind zur Belegung gerichtlicher und vormundschaftlicher Depositengelder, sowie der Fonds öffentlicher Institute, geeignet. Ihre Tilgung geschieht im Wege der Ausloosung, jährlich zweimal im Mai und November, zum Nennwerthe, an dem auf die Ziehung folgenden Zinstermine, mit welchem die Verzinsung der verloosten Stücke aufhört. Zahlung bei der betreffenden Rentenbank. Die gezogenen Obligationen müssen dreimal im Amtsblatte der Provinz, in einer Zeitung derselben und im preuss. Staatsanzeiger, mindestens 4 Monate vor dem Zahlungstage, bekannt gemacht werden. Die Tilgungsperiode beträgt $41\frac{1}{12}$ oder $56\frac{1}{12}$ Jahre, je nachdem die Pflichtigen $\frac{9}{10}$ oder das Ganze der Rente an die Bank zahlen. Das, was durch nutzbringende Anlegung der Baarbestände, oder durch Heimfall verjährter Capitalien oder Zinsen gewonnen wird, ist zu einem Reservefonds für etwaige Ausfälle anzusammeln.

Die Rentenbriefe verjähren binnen 10 Jahren, die Coupons binnen 4 Jahren, je von dem auf den Fälligkeitstermin folgenden letzten December an gerechnet. Die ersteren sind amortisirbar, die letzteren aber werden nur dann ersetzt, wenn deren gänzliche Vernichtung überzeugend nachgewiesen ist. Vindication und Aussereourssetzung wie bei den Staatsobligationen. (Vergl. oben S. 151 und 152.)

Die sämmtlichen Rentenbanken der älteren Provinzen hatten im Oct. 1859 ihre Geschäfte bereinigt und wurden von da ab geschlossen. An Rentenbriefen hatten sie im Ganzen emittirt: 78,568,380 Thlr., wovon aber seit ihrer Errichtung bereits namhafte Beträge getilgt wurden. (Vergl. oben S. 130.) In den Hohenzollern'schen Landen ist die Zehentablösung erst neuerer Zeit eingeleitet worden.

§. 175.

Bayerische Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe.

Das Creirungsgesetz dieser öffentlichen Fonds ist das Gesetz über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten, vom 4. Juni 1848.¹⁾ Es beruht auf folgenden Grundsätzen:

- 1) Die im Eigenthume der Privaten, Stiftungen und Communen befindlichen, nicht unentgeltlich aufgehobenen Grundgefälle gehen auf Verlangen der Berechtigten an die zu gründende Ablösungscasse des Staats über,

¹⁾ Gesetzblatt für 1848, Nr. 13, S. 97. Vergl. auch die Vollzugsinstruction vom 17. Juni 1848 und die Finanzminist.-Verfügung vom gleichen Tage, Reg.-Bl. Nr. 37.

welche dafür den 20fachen Betrag der zuvor fixirten jährlichen Abgabe in 4proc. Schuldbriefen vergütet. Der vormalige Gefällpflichtige zahlt dagegen nur den 18fachen Betrag an die Ablöschungscasse, während der Staat den 2fachen Betrag zuschiesst.

- 2) Die Ablöschungscasse ist mit der Staatsschuldentilgungsanstalt verbunden, hat aber völlig getrennte Casse und Rechnung zu führen. Sie steht unter Mitaufsicht ständischer Commissäre.
- 3) Ihre Dotation erhält sie theils aus den Zahlungen der vormaligen Gefällpflichtigen, theils aus Staatszuschüssen. Die der Casse zugewiesenen Gefällschuldner können die festgestellten Ablöschungscapitalien entweder auf Einmal abzahlen, oder sie können Capital und Zins mittelst einer 34jährigen, in dem Jahresbetrage des Gefälls bestehenden, oder mittelst einer 43jährigen, $\frac{9}{10}$ dieses Jahresbetrages ausmachenden Annuität tilgen, oder aber können sie das Capital selbst stehen lassen und nur den 4proc. Zins daraus entrichten. Die Kündigung und Rückzahlung des Capitals steht ihnen auch später jeder Zeit frei. Die Annuitäten und ebenso die stehenden bleibenden Capitalien, welche das Gesetz „Bodenzinscapitalien“ benennt, sowie beziehungsweise die Zinsen aus letzteren („Bodenzinsen“) genießen dieselben Prioritätsrechte, welche früher den Gefällen zustand, also Realrechte.
- 4) Auch diejenigen vormaligen Gefällpflichtigen, deren Gefällherrn ihre Renten nicht an die Ablöschungscasse überwiesen haben, können sich der letzteren bedienen, wenn sie ihre Ablöschungsschuld in Annuitäten abtragen wollen. Sie zahlen alsdann die unter der Annuität begriffene Tilgungsquote ($\frac{28}{100}$ des früheren Gefälls 34, oder $\frac{19}{100}$ desselben 43 Jahre lang) an die Ablöschungscasse, die Jahreszinsen aus dem Ablöschungscapital aber bis zum Schlusse der Tilgungszeit, nach deren Ablauf die Ablöschungscasse dem Berechtigten das Capital baar auszahlen muss, an den Gefällherrn.
- 5) Die der Casse auf diese Weise zufließenden Mittel muss sie zunächst zur Verzinsung, dann aber auch zur Tilgung der von ihr ausgestellten Ablöschungsschuldbriefe verwenden. Jede andere Verwendung ist ungesetzlich. Zur Tilgung von Obligationen müssen alle diejenigen Zahlungen bestimmt werden, welche auf Capitalabtrag geleistet werden, seien es nun volle Capitalzahlungen, Capitalrestzahlungen, oder Annuitätentilgungsquoten. Die von den unter Ziff. 4 oben genannten Pflichtigen eingehenden Beträge müssen zum Rückkauf von Obligationen al pari verwendet werden, wie sie auch in Ablöschungsschuldbriefen zum Nennwerthe bezahlt werden können. Die Zinsen dieser eingelösten Titel wachsen dem Tilgungsstock zu.
- 6) Der Tilgungsmodus ist der der Verloosung und Heimzahlung der verloosten Titel zum Nennwerthe.
- 7) Die Ablöschungsschuldbriefe sind vom Staate voll gewährleistet und es dienen ihnen die eben erwähnten Grundrenten als Unterpfand. Sie lauten auf Beträge von 25, 100, 500 und 1,000 fl. Ihre Bezeichnung ist der der älteren Staatsobligationen gleich.

Wodurch sich die bayerischen Ablöschungsschuldbriefe von denen anderer Staaten unterscheiden, wird aus Vorstehendem leicht abzunehmen sein. Der Staat hat sich als wirklicher Schuldner zwischen die vormaligen Gefällberechtigten und Pflichtigen, welch' letztere nunmehr seine Schuldner geworden sind, gestellt. Die Wirksamkeit der Ablöschungscasse ist dabei nicht wie in andern Staaten auf eine bestimmte Reihe von Jahren beschränkt, sondern sie dauert so lange, bis es dem letzten Ablöschungscapitalschuldner gefällt, seine Capital-

schuld abzutragen. Eben so lange kann auch die endliche Tilgung der Ablösungsschuldbriefe anstehen.

Die Summe der von der Ablösungscasse emittirten Obligationen haben wir oben S. 176 nach dem Stande vom 1. Oct. 1858 dargestellt. Mit dem 30. Sept. 1861 hört die weitere Ueberweisung von Grundrenten an die Ablösungscasse gesetzlich auf.

Ueber den Rechtsschutz der bayerischen Ablösungsschuldbriefe ist ein besonderes Gesetz nicht erlassen. Da dieselben indessen eigentlich Staatsschuldbriefe sind, so finden die für Staatspapiere geltenden gesetzlichen Vorschriften von selbst auf sie Anwendung. (Vergl. oben S. 192 ff., §. 44.)

§. 176.

Landrentenbriefe des Königreichs Sachsen.

Sie wurden geschaffen durch Gesetz vom 17. März 1832,¹⁾ welches eine Ablösungscasse unter dem Namen „Landrentenbank“ einsetzte. Letztere ward am 1. Janr. 1834 eröffnet. Sie wird unter Aufsicht des Finanzministeriums von 3 kgl. Commissären verwaltet. Die Ueberweisung von Renten an sie ist mit dem 1. April 1856 eingestellt worden.²⁾

Die Bank löst für die ihr überwiesenen Renten, welche Realrecht genießen und vom Pflichtigen 55 Jahre lang zu leisten sind, die Entschädigungsansprüche der Gefällberechtigten theils baar, theils in $3\frac{1}{3}\%$ Rentenbankbriefen aus. Die letzteren sind in Stücken von 1,000 Thlr. (Lit. A, mit blauer Farbe), 500 Thlr. (Lit. B, violett), 100 Thlr. (C, strohgelb), 50 Thlr. (D, rosa), 25 Thlr. (E, meergrün) und $12\frac{1}{2}$ Thlr. (F, grau) ausgestellt, und werden im Wege der Verloosung getilgt. Der Tilgungsfonds besteht in denjenigen $\frac{2}{3}\%$, welche die Bank gewinnt, indem sie die Renten nach vollen 4% einzieht, während sie an die Rentenbriefinhaber nur $3\frac{1}{3}\%$ Zinsen vergütet. Die Regiekosten der Bank und etwaige Ausfälle deckt der Staat, unter dessen Garantie dieselbe steht. Jährlich finden zwei Verloosungen statt, je am Zinstermin 1. April und 1. Oct. Am darauffolgenden Zinstermin sind alsdann die gezogenen Titel bei der Bank zum Nennwerthe zu erheben. Seit 1859 sind auch Rückkäufe gestattet.

Hinsichtlich der Vindication und Aussereourssetzung der Landrentenbriefe verweisen wir auf das oben S. 232 angeführte Gesetz vom 8. Juni 1846, welches hieher Anwendung leidet. Die Verjährung und Mortification derselben ist durch das Gesetz vom 17. März 1832, §. 18, Lit. C dahin normirt, dass die für Staatspapiere bestehenden Gesetze analoge Anwendung finden. (Vergl. oben §. 56, S. 227 ff.)

§. 177.

Württembergische Gefäll- und Zehent-Obligationen.

Sie wurden creirt durch das Gesetz vom 14. April 1848, betreffend die Beseitigung der auf dem Grund und Boden ruhenden Lasten,³⁾ und durch

¹⁾ Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 267. Vergl. auch die Generalverordnung vom 30. Dec. 833, Ges.- u. Verordn.-Samml. von 1834, S. 1, und die Bekanntm. vom 20. Mai 1834, das. S. 123; ferner die Verordn. vom 9. März 1837, Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 14.

²⁾ Gesetz vom 15. Mai 1851, Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 129.

³⁾ Regierungsblatt von 1848, S. 165. Vergl. dazu die Vollzugsinstruction vom

das Gesetz vom 17. Juni 1849, die Ablösung der Zehenten betreffend.¹⁾ Der hieher gehörige Inhalt dieser Gesetze ist folgender:

- 1) Für die aufgehobenen oder abgelösten Gefälle und Zehenten werden die Berechtigten durch Geldcapitalien entschädigt, welche — sofern sie von den Verpflichteten nicht freiwillig früher abbezahlt werden — in Zeitrenten nach einem Zinsfuss von 4% längstens binnen einer 25jährigen Tilgungszeit zu entrichten sind. Bei den im Zwangswege abgelösten Gefällen der Privaten begann die Tilgungsperiode mit dem 18. April 1848 und endet mit dem 18. April 1872; bei den übrigen Gefällen und Zehenten nahm sie ihren Anfang mit dem Zeitpunkte des gestellten Ablösungsverlangens (fast durchgängig 1848, 1849 und 1850).
- 2) Die Zeitrenten sind vollständig von dem Besitzer der belasteten Grundstücke zu entrichten und geniessen das Vorzugsrecht der Realrenten.
- 3) Im Namen und auf Kosten des Staats sind zwischen die Gefäll- und Zehentpflichtigen und diejenigen Privatberechtigten, Gemeinden und Stiftungen, welche ihre Renten nicht selbst einziehen wollten, zwei Ablösungscassen, die Gefäll- und die Zehentablösungscasse, getreten, an welche die Entschädigungsansprüche jener Berechtigten übergegangen sind, wogegen sie denselben 4proc., auf den Inhaber oder Namen und auf Summen von 100, 200, 300, 400, 500 und 1,000 fl. lautende Obligationen ausgestellt haben. Die Inhaberobligationen können auf Namen eingeschrieben werden.
- 4) Die Ablösungscassen werden vom Staate verwaltet. Für die Regiekosten und Verluste, welche durch Untreue der Beamten entstehen, hat die Staatscasse einzustehen. In Beziehung auf alle sonstigen Ausfälle übernimmt sie aber keine Garantie,²⁾ vielmehr sind Verluste dieser Art von der Gemeinschaft sämtlicher bei den Ablösungscassen theilhaftigen Berechtigten zu tragen.
- 5) Die Obligationen beider getrennt zu haltender Cassen werden in 5 Serien getheilt und es erhält jeder Berechtigte soviel möglich gleich viel Obligationen aus jeder Serie. Summen unter 100 fl. werden baar bezahlt.
- 6) Alles, was die Cassen auf Capitaltilgung einnehmen, müssen sie zur Tilgung der von ihnen ausgestellten Obligationen verwenden. Die Tilgung der letzteren geschieht auf dem Wege der Verloosungen nach dem Vorrang der Serien; sie muss mit dem Ablaufe der Rententilgungszeit beendet sein.
- 7) Die auf Inhaber gestellten Obligationen sind mit ganzjährigen Zinscoupons, für die Gefällobligationen auf 18. April, für die Zehentobligationen aber auf 1. Janr. fällig, versehen, welche bei der betreffenden Ablösungscasse oder auch bei jedem kgl. Kameralamte eingelöst werden können. Aus den Namenobligationen sind die Zinsen mittelst Quittungen bei denselben Stellen zu erheben.
- 8) Hinsichtlich der Amortisation, Vindication, Festmachung und Verjährung der Gefäll- und Zehentobligationen au porteur nebst ihren Zinscoupons findet das Gesetz vom 16. Sept. 1852, betreffend die auf den Inhaber lautenden Staatsschuldscheine (vergl. oben §. 68, S. 255 ff.) Anwendung.³⁾

23. Oct. 1848 und die Instruction für die Verwaltung der Gefällablösungscasse vom 1. Sept. 1848.

¹⁾ Regierungsbl. S. 181. Siehe auch Verfügungen vom 21. Juni und vom 6. Nov. 1849.

²⁾ Nach einem den Ständen vorliegenden Gesetzesentwurf soll diese Garantie nachträglich übernommen werden.

³⁾ Gesetz vom 22. April 1855, Regierungsbl. S. 103.

Der wesentliche Unterschied zwischen den württembergischen Grundentlastungs-Obligationen und denen anderer Staaten springt sofort in die Augen. Er besteht in der mangelnden Staatsgarantie, und wenn diese nicht nachträglich noch gewährt wird, so können die Obligationen V. Serie schliesslich nicht nur aus dem Grunde, weil an den allerdings hinlänglich gesicherten Einnahmen der Ablöscungscassen Verluste entstehen können, sondern insbesondere auch desshalb, weil die Gelder der Cassen zeitweise nutzlos liegen bleiben müssen, Abzüge erleiden. Nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung haben daher die Obligationen V. Serie einen geringeren Werth, als diejenigen der ersten vier Serien.

Am 30. Juni 1859 war der Stand beider Ablöscungscassen nach den veröffentlichten Rechnungsergebnissen folgender:

	Activa:		Passiva:	
I. Gefällablöscungscasse .	5,406,975 fl.	1 kr.	5,343,747 fl.	8 kr.
II. Zehentablöscungscasse	3,776,065 „	55 „	3,787,034 „	59 „
Zusammen	9,183,040 fl.	56 kr.	9,130,782 fl.	7 kr.

Hienach bestand ad I. ein Vermögensüberschuss von 63,227 fl. 53 kr., welcher sich jedoch bei der schliesslichen Abrechnung mit den Berechtigten ausgleichen wird. Bei der Zehentablöscungscasse ergab sich dagegen schon damals ein Ausfall von 10,969 fl. 4 kr., der seinen Grund in zinsloser Verwahrung der Gelder hat.

Dritte Abtheilung.

Pfandbriefe und sogen. standesherrliche Schuldverschreibungen.

§. 178.

Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte.

Wir haben bisher diejenigen Werthpapiere unserer Betrachtung unterstellt, welche von den Staaten unmittelbar, oder doch mit deren wesentlichen Mitwirkung creirt worden sind: reine Staatspapiere und quasi Staatspapiere. Unsere Aufgabe führt uns nun auf das Gebiet der Privatpapiere. Den naturgemässen Uebergang von den einen zu den andern bilden die sogen. Pfandbriefe, sofern das ihnen zu Grunde liegende System die socialökonomische Mitte zwischen dem modernern Staatsanlehenswesen und Actienvereinswesen hält. Wir beginnen daher mit den Pfandbriefinstituten und reihen denselben die sogen. standesherrlichen Anlehen nur aus dem Grunde an, weil bei beiden die Unterlage der Sicherheit eine wirkliche, specielle Hypothek ist.

I. Gründer der Pfandbriefinstitute ist König Friedrich II. von Preussen. Nachdem er gegen ganz Europa Kriege geführt, welche nur mit der äussersten Anstrengung und Erschöpfung aller Kräfte seines verhältnissmässig kleinen Staats Erfolg haben konnten, war der Credit des Einzelnen fast vernichtet. Die ritterschaftlichen Familien, zumal in der eroberten, aber wiederholt verheerten Provinz Schlesien, sahen ihren finanziellen Ruin ohne neue Begründung ihres Credits vor sich. Da erschien die Kabinetsordre vom 29. Aug. 1769, welche das unter dem Namen des „schlesischen landschaftlichen Systems“ bekannte Creditinstitut schuf. Sie verordnete die Vereinigung der ritterschaftlichen begüterten Familien zu einem Creditverein dergestalt, dass der Verein als juristische Persönlichkeit zwischen die einzelnen Rittergutsbesitzer und deren Gläubiger trat, nicht nur die Garantie für die durch seine Vermittlung contrahirten Darlehen übernahm, sondern sich dem Gläubiger gegenüber selbst als Schuldner bekannte, die Zahlung von Capital und Zinsen übernahm, und von seinen Mitgliedern nur die Sicherstellung der ihnen gemachten Vorschüsse mittelst Hypothek, sowie die Zahlung der Zinsen verlangte. Dem Institut lag die ganz richtige Idee zu Grunde, dass die Gesamtkräfte eines organisch verbundenen Vereins den Credit besser und dauernder zu begründen und zu heben vermögen, als die des Einzelnen. Das Mittel aber, um die nöthigen Capitalien an sich zu ziehen, ward in der Creirung von negociablen Schuldverschreibungen gefunden, welche der Verein von sich aus ausstellte, in das Hypothekenbuch eintragen liess und seinen Mitgliedern

selbst statt des Anlehensbetrags zur Verwerthung übergab. Diese Schuldverschreibungen erhielten den Namen „Pfandbriefe“, weil ihnen die von den Mitgliedern des Vereins bestellten Hypotheken als erste Sicherhutsunterlage dienten.

Das schlesische Institut fand alsbald Anklang und es folgte deshalb wenige Jahre nachher die Errichtung gleicher Anstalten in den Provinzen Chur- und Neumark (Reglement vom 15. Juni 1777), Pommern (Reglement vom 13. März 1781), Westpreussen (Reglement vom 19. April 1787) und Ostpreussen (Reglement von 1788, erneuert am 24. Dec. 1808). Die Provinz Posen erhielt 1821 ein ähnliches Institut. Auch ausserhalb Preussens fand es Eingang: 1790 in dem hannöverschen Fürstenthum Lüneburg, 1818 in den beiden Meklenburg, ferner im Königreich Polen, 1828 in Ostfriesland, 1825—26 in den hannöverschen Provinzen Bremen und Verden, Calenberg-Grubenhagen-Hildesheim, 1802 in den Ostseeprovinzen Russlands, später in Schweden und Norwegen, auch im Königreiche Sachsen. In Süddeutschland entstand nur in Württemberg 1826 ein Creditverein, zum Theil auf anderer Grundlage (ohne corporative Verfassung). Ursprünglich war zu Gunsten des Schuldners (Vereinsmitglieds) Unlösbarkeit der Pfandbriefschulden angenommen, während die Pfandbriefsinhaber dem Verein willkürlich kündigen konnten. Die preussischen Institute geriethen dadurch in den verhängnissvollen Jahren 1806—1813 in nicht geringe Verlegenheiten, so dass ihnen ein kgl. Stundungsbefehl erteilt werden musste. Die Pfandbriefe fielen damals bis zu 40% ihres Nominalwerths; immerhin waren sie aber noch in besserem Credite, als die Papiere des Staats, und im Ganzen haben sich die Pfandbriefinstitute eben durch jene harte Feuerprobe als die solidesten Creditanstalten bewährt. Man nahm sich übrigens eine Lehre aus jenen Vorgängen und verbesserte das zu Grunde liegende System. Schon die später errichteten Institute (zuerst das Lüneburger) führten Unkündbarkeit der Pfandbriefe Seitens des Inhabers ein, verbanden aber damit eine planmässige Tilgung. Alsdann folgten diesem Beispiele auch die preussischen Vereine. Ueberall haben die Institute ihren Mitgliedern wesentlichen Nutzen dadurch gebracht, dass sie ihnen billiges Capital und die Gelegenheit verschafften, einen namhaften Theil ihres unbeweglichen Vermögens in mobiles zu verwandeln, und dass sie die theilhaftigen Familien gegen die Wechselfälle des Credits schützten. Friedrich II. selbst, ihr Begründer, gab die Versicherung, dass 400 der angesehensten Familien seiner Staaten ihre Erhaltung lediglich der Errichtung der Creditsysteme zu verdanken hätten.

In neuester Zeit haben sich auch die grossen Geldinstitute der Pfandbrief-creation bemächtigt, indem sie sogen. Hypothekarabtheilungen errichteten. Die von ihnen emittirten Pfandbriefe basiren übrigens auf demselben Principe; nur ist der Creator kein Verein grosser Grundbesitzer, sondern eine Actiengesellschaft.

II. In Süddeutschland war zwar der Adel keineswegs weniger capitalbedürftig, als der norddeutsche; es mangelte ihm aber die corporative Gliederung und Verbindung. Die Pfandbriefinstitute fanden daher dort keinen Eingang. Der bereits erwähnte württembergische Creditverein blieb vereinzelt und war nicht wie in Norddeutschland ein vorwiegend adeliges Institut. Um sich nun die nöthigen Capitalien zu verschaffen, ahmten die adeligen Familien und überhaupt grossen Grundbesitzer Süddeutschlands die Anlehensmanipulationen der Staaten nach. Sie schlossen das Anlehen mit einem Bankhaus ab, welchem sie eine sogen. Hauptschuld- und Pfandverschreibung ausstellten, gleichzeitig aber das Recht einräumten, den Darlehensbetrag in eine Anzahl kleinerer Theile zu zerlegen und dafür Partialobligationen auszugeben, welche

nach Verhältniss der Summe gleiche Rechte unter sich und dem Schuldner gegenüber haben sollten. Auch diese Anlehen wurden indessen fast immer so abgeschlossen, dass dem Gläubiger kein Kündigungsrecht zustand, der Schuldner sich aber zur allmäligen Tilgung verpflichtete. So entstanden die sogen. „standesherrlichen Partialobligationen“, auch Schuldverschreibungen fürstlicher und gräflicher Häuser genannt. Sie sind in grossem Umfange emittirt und haben ihren Markt insbesondere zu Frankfurt a. M.

§. 179.

Grundlage und Einrichtung der Pfandbriefinstitute. *)

Nach ihrem heutigen Bestande sind die eigentlichen Pfandbriefinstitute (abgesehen von den Hypothekarabtheilungen verschiedener Banken) freie Vereinigungen mehrerer Grundbesitzer zu dem Zwecke, diesen möglichst billiges Capital in der Form von Rentenschulden zu verschaffen. Die Vereine sind meistens nach politischen Bezirken abgegrenzt und es werden nur Besitzer gewisser Güter, sei es nun mit adeliger Qualität, oder mit bestimmtem grösserem Umfange, aufgenommen. Diess gilt insbesondere von den ritterschaftlichen oder landschaftlichen Creditvereinen. Andere Vereine (wie z. B. der württembergische) nehmen überhaupt jeden Grundbesitzer auf. Mitglied des Vereins ist Jeder, der bei demselben oder durch denselben ein Capital aufnimmt und dafür seinen Grundbesitz ganz oder zum Theil als Hypothek bestellt. Die Vereine haben die Rechte einer Corporation oder juristische Persönlichkeit. Sie bestellen zum Behufe der Besorgung der Vereinsangelegenheiten die nöthigen Organe: Landschaftsdirectionen, Cassiere, Agenten etc. Will ein Mitglied vom Vereine ein Anlehen erheben, so hat dasselbe die Hypothek zu bestellen und dem Institute eine Schuld- und Hypothekenverschreibung über die ganze Darlehenssumme auszustellen, in welcher es sich zugleich zur pünktlichen Verzinsung und allmäligen Tilgung des Capitals verpflichtet. Nebendem ist meistens auch ein Beitrag zu dem statutenmässigen Reservefonds und zu den Administrationskosten zu entrichten. Der Verein creirt alsdann die dem Anlehensbetrage entsprechende Summe in Pfandbriefen und gibt diese dem Darlehenssucher entweder an Zahlungsstatt, oder er zahlt dem letzteren das Darlehen baar und veräussert die Pfandbriefe an Dritte. Unter keinen Umständen kann er eine grössere Summe an Pfandbriefen ausgeben, als die Summe seiner Darlehen gegen Hypothek beträgt. Hierüber haben überall die Organe der Regierungen, welche die specielle Aufsicht über die Vereine führen, zu wachen. Einzelne Vereine (wie z. B. der württembergische) wählen zur Ausgabe ihrer Schulddocumente einen andern Weg, indem sie überhaupt ein grösseres Darlehen aufnehmen, solches mit Pfandbriefen (Creditvereinsobligationen) verbriefen und die dadurch gewonnenen Summen ihren Mitgliedern auf Hypotheken anleihen. Der Austritt aus dem Vereine ist in der Regel freigestellt. Er kann dadurch geschehen, dass das Mitglied seine Schuld zum Vereine auf Einmal, sei es baar oder in aufgekauften Pfandbriefen, gänzlich

*) Literatur: Raabe, Darstellung des Wesens der Pfandbriefe; Berlin, 1818. Hennig, Ueber Zwangs-Amortisation der Pfandbriefe; Marienwerder, 1842. Kohl-schütter, Ueber die landwirthschaftlichen Creditsysteme, in Rau's Archiv der polit. Oeconomie; n. F., Bd. I. (1843), S. 211 ff. Kuntze, die Lehre von den Inhaberpapieren; Leipzig, 1857. Hübner, die Banken, II. Thl., S. 49 ff.; Leipzig, 1854.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

tilgt, was ihm nach Ablauf einer bestimmten Kündigungsfrist zusteht, oder dadurch, dass die Schuld auf dem gewöhnlichen Wege der Rentenzahlung erloschen ist. Da, wo die Vereine derart organisch verbunden sind, dass die Mitglieder mit ihren Gütern solidarisch haften, befreit übrigens die Tilgung der Schuld nicht von allen Verbindlichkeiten. Der Verein dagegen hat gegen seine Schuldner (Mitglieder) in so lange kein Kündigungsrecht, als diese ihre Verbindlichkeiten pünktlich erfüllen. Er muss übrigens dieselben Summen, welche ihm von seinen Mitgliedern auf Capitaltilgung zugehen, zur Tilgung der ausgegebenen Pfandbriefe verwenden. Zu diesem Zwecke hat er sich den Pfandbriefinhabern gegenüber Kündigung vorbehalten; sonst ist der Weg der Verloosung der gewöhnliche, um die Tilgungsmittel zu verwenden.

Die Pfandbriefe lauten überall auf den Inhaber und haben Coupons und Talons. Oft vertritt der letzte Coupon die Stelle des Talons. Einzelne Vereine, wie z. B. die meisten preussischen, stellen ferner die Pfandbriefe speciell auf diejenigen Güter aus, welche für das betreffende Darlehen als Hypothek bestellt sind; andere benennen sie einfach als Pfandbriefe, ohne ein bestimmtes Pfandobject darin anzugeben.

Nach allen Statuten der Pfandbriefinstitute müssen die von ihnen gewährten Darlehen mindestens doppelt gesichert sein. In der Regel ist auch vorgeschrieben, dass nur gegen erste Hypothek geliehen werden dürfe. Die älteren Institute mit corporativer Verfassung legen gewöhnlich die für jedes beitriffsfähige Gut bereits bestehende alte Taxe (oft Steuertaxe) zu Grunde; die neueren den durch Schätzung ermittelten Werth nach Abzug der Lasten.

Die Hypothekarabtheilungen der Banken beruhen im Wesentlichen auf ganz ähnlichen Grundsätzen.

Die Grundlage des Ganzen ist immer die von dem Vereinsschuldner bestellte Hypothek. Diese bietet dem Verein als juristischer Person, oder der Bank, und ebenso dem Pfandbriefinhaber, die erforderliche Garantie. Es kommt also Alles darauf an, dass bei der Hypothekenbestellung die nöthige Vorsicht beobachtet werde.

§. 180.

Rechtsverhältniss zwischen dem Schuldner, Papierinhaber und dem Aussteller des Papiers.

I. Pfandbriefe, Creditvereinsobligationen. Wir haben hier die Frage zu erörtern, ob der Name, den man den Werthpapieren der ritterschaftlichen Creditvereine, landständischen Hypothekenbanken und sonstigen Pfandbriefinstitute beigelegt hat, dem wahren Sach- und Rechtsverhältnisse entspreche, d. h. ob den sogen. Pfandbriefen wirklich ein Pfandrecht zustehe. Die Antwort fällt nicht unbedingt bejahend aus. Die älteren landschaftlichen „Creditsysteme“, wie z. B. die preussischen, beruhen allerdings auf der Einrichtung, dass die einzelnen Pfandbriefe auf ein bestimmtes Gut, welches als specielle Hypothek für die Pfandbriefsschuld eingelegt und dem Vereine als solche verschrieben ist, lauten und dass sie im Hypothekenbuche eingetragen werden. Da die Pfandbriefe aber au porteur lauten, so ist selbstverständlich der Inhaber derselben als Gläubiger im Hypothekenbuche nicht benannt, vielmehr erscheint zunächst der Verein als der wirkliche Gläubiger, wie er auch Aussteller des Papiers ist. Er hat vom Schuldner die Zinsen und etwaigen Capitaltilgungsquoten einzuziehen und nur wenn er diess nicht vermöchte, ertheilen die Statuten der hier in Frage stehenden Vereine dem Pfandbrief-

inhaber das Recht, sich an das verpfändete Gut selbst zu halten. (Siehe näheres §. 181). Bei dieser Classe von Instituten kann man hienach ein den Pfandbriefen zukommendes Afterpfandrecht annehmen, obgleich auch hier die Rechtsverhältnisse, gegen das geltende Rechtssystem gehalten, sehr verwickelter Natur sind. Bei den neueren Realcreditinstituten unterliegt es dagegen keinem Zweifel, dass den von ihnen unter dem Namen „Pfandbriefe“ ausgestellten Papieren ein wirkliches Pfandrecht nicht zur Seite steht. Sie stellen die Papiere nicht auf das verpfändete Gut; die Hypothek wird lediglich dem Institute bestellt; nur dieses kann gegen den säumigen Schuldner einschreiten und wenn ihre Statuten zum Theil auch den Satz enthalten, dass die Vereinsmitglieder mit ihren Gütern solidarisch für die Pfandbriefe haften, so ändert sich dadurch die Natur der letzteren in Absicht auf das Pfandrecht nicht. Wohl aber ist diese solidarische Haftbarkeit in anderer Beziehung für den Pfandbriefinhaber von grossem Werthe, da sie den Credit des Vereins im Allgemeinen zu heben geeignet ist. Auf diesem beruht denn auch die Prosperität des Instituts und die Sicherheit des Papiers.

Die Grundlage dieses Credits ist aber eine sehr solide. Sie besteht eben in der hypothekarischen Sicherstellung der Forderungen des Vereins, in einer durch feste Grundsätze geregelten Verwaltung und in der Beaufsichtigung derselben durch den Staat. Der Verein kann erst dann insolvent werden, wenn alle oder eine grosse Zahl seiner Mitglieder zahlungsunfähig werden, und auch dann wird er seine Solvenz durch Sequestration oder Subhastation der ihm bestellten Hypotheken alsbald wieder herstellen können. Speculationen jeder Art sind ihm untersagt und er kann sie schon aus dem Grunde nicht unternehmen, weil ihm keine grossen Baarmittel zu Gebote stehen. Hiedurch unterscheiden sich die landschaftlichen Institute von den mit Hypothekarabtheilungen versehenen Actienbanken. Die ersteren sind sonach immerhin als die sichersten zu prädiciren und ihre Papiere gewähren, wenn ihnen auch kein unmittelbares Pfandrecht zur Seite steht, doch unstreitig den höchstmöglichen Grad der Solidität. Man kann sagen, dass die sogen. Pfandbriefe zwar ihren Namen in der Regel nicht verdienen, aber auf Pfandforderungen fundirte Werthpapiere sind. Dass der Besitzer derselben der Nothwendigkeit überhoben ist, den wirklichen Pfandschuldner im Falle der Säumniss oder Zahlungsunfähigkeit desselben, selbst zu belangen und gegen ihn processualisch einzuschreiten, dass vielmehr in solchen Fällen der Verein das Interesse des Pfandbriefinhabers vertreten und wahren muss, — ist eine nicht zu unterschätzende Annehmlichkeit.

II. Partialobligationen grosser Gutsbesitzer.¹⁾ Auch hier ist die Hauptfrage die, ob den Partialen ein wirkliches Pfandrecht zustehe. Sie ist keineswegs leicht zu beantworten; denn die Rechtsverhältnisse sind auch hier sehr verwickelter Art und die Gesetzgebung hat sich bis jetzt des Gegenstandes wenig angenommen. Die Beurtheilung fällt daher der Doctrin und schliesslich den Gerichten anheim. Schon der Zweifel ist aufgeworfen worden, ob überhaupt einem Privaten das Recht der Ausstellung von Inhaberpapieren ohne staatliche Genehmigung zustehe und ob daher den Papieren in Frage Klagerecht inwohne. In Preussen,²⁾ Königreich Sachsen³⁾ und Baden⁴⁾ sind in der That gesetzliche Verbote dagegen bei hoher Geldstrafe und resp.

¹⁾ Vergl. Seuffert's Blätter für Rechtsanw. in Bayern, Bd. VI. (1841), S. 13, Bd. XI. (1846), S. 1—12, und Bd. XVI. (1851), S. 367.

²⁾ Gesetz vom 17. Juni 1833, Ges.-Samml. S. 75.

³⁾ Gesetz vom 7. Juni 1846, Ges.- u. Verordn.-Bl. S. 39. Vergl. oben S. 232.

⁴⁾ Gesetz vom 5. Juni 1860, Reg.-Bl. S. 211.

Verlust des Klagrechts erlassen; in den übrigen süddeutschen Staaten dagegen bestehen nicht nur solche Verbote nicht, sondern die Gerichte sind wiederholt auf Klagen aus den fraglichen Inhaberpapieren eingegangen,¹⁾ und haben dadurch deren Rechtsbestand anerkannt. Wir acceptiren die von Kuntze²⁾ zum Theil auf den Grund ergangener Rechtserkenntnisse aufgestellte Theorie, wonach der Schuldner dem das Darlehen im Ganzen gewährenden Bankhaus zunächst allein als Schuldner gegenübersteht, der Banquier also der ursprüngliche Gläubiger, die von diesem ausgehende Emission von Partialen aber nichts anderes als eine Raten-Cession ist und folglich der Erwerber einer solchen Partialobligation als Cessionar des Banquiers zu gelten hat. Hienach erwirbt der Partialeninhaber alle dem ursprünglichen Gläubiger zustehenden Rechte pro rata, also auch das Pfandrecht; der Banquier ist zwar nicht blosser Unterhändler, aber auch nicht in eigenem Namen haftbar; er behält übrigens die Verpflichtung, kraft des Darlehensvertrags die Zins- und Capitalzahlungen des Schuldners einzucassiren und sie an die Partialeninhaber wiederum auszufolgen. Andererseits ist der Schuldner in Folge der Cession wirklicher Schuldner der Partialeninhaber, aber nicht verpflichtet, an diese unmittelbar Zahlung zu leisten, vielmehr hat er das Recht, den Banquier in die Mitte zu stellen und an diesen seine Schuldigkeiten abzutragen.

Die für den Erwerber solcher Partialen wichtige Folge dieses Verhältnisses ist die, dass sie Zahlungen an den vermittelnden Banquier als gültig anerkennen müssen, selbst wenn er die eingenommenen Summen ihnen nicht ausgeliefert hätte.

§. 181.

Einzelne Papiere.

I. Preussische Pfandbriefe. Die preussischen Pfandbriefinstitute sind vorherrschend adelige Vereinigungen, oder doch Vereine von Besitzern adeliger Güter. Sie haben corporative Rechte und Verfassung. In den Hauptgrundzügen sind sie sich gleich. Da ihre „Reglements“ sehr umfassende, auf das Einzelste eingehende Actenstücke sind, welche mit allen Nachträgen und Zusätzen für sich allein ein Buch anfüllen würden, ist es uns hier selbstredend nicht möglich, auch nur umfassendere Auszüge daraus zu geben. Zur Characteristik der Institute lassen wir jedoch einige Paragraphen des westpreussischen Landschaftsreglements, welches erst in neuerer Zeit einer Revision und neuen Redaction unterzogen worden ist, folgen.³⁾ Sie lauten:

- §. 1. „Die westpreuss. Landschaft, welche durch das unterm 19. April 1787 bestätigte Reglement vom 22. Febr. 1787 gegründet ist, hat die Beförderung des Credits der zu diesem Vereine gehörigen Gutsbesitzer durch ein Pfandbrief-System zum Zwecke.“
- §. 2. „Die westpreuss. Landschaft umfasst sämtliche ehemals adelige Güter

¹⁾ In Oesterreich war die juristische Gültigkeit derselben zwischen den Gerichten und den oberen Verwaltungsbehörden bestritten, ist aber stillschweigend anerkannt worden durch Hofdecret vom 17. und Hofkammerdecret vom 24. Dec. 1847, welche — mit provisorischer Tendenz — eine „fortanige Ausfertigung solcher Partialobligationen auf Ueberbringer“ untersagen.

²⁾ Die Lehre von den Inhaberpapieren, §. 131, S. 592—601.

³⁾ Reglement der westpr. Landschaft von 1787, revidirt von dem im Jahre 1850 gehaltenen Generallandtage. Ges.-Samml. von 1851, S. 524 ff.

der früheren Erbprovinz Westpreussen . . . , sowie die früher zu Ostpreussen gehörig gewesenen ehemaligen Hauptämter Marienwerder und Riesenburg.“

- §. 4. „Landschaftliche Pfandbriefe sind auf jeden Inhaber lautende Hypothekeninstrumente, welche, unter Bürgschaft der gesammten Landschaft für Capital und Zinsen, von den Landschaftsbehörden auf zum landschaftl. Verbands gehörige Güter ausgefertigt, von den Inhabern jedoch nicht dürfen gekündigt werden.“
- §. 5. Diese Pfandbriefe haben vor andern hypothekarischen Schuldverschreibungen folgende Vorzüge: a) dass jedes der Landschaft zu verpfändende Gut nach richtigen Grundsätzen abgeschätzt und das darauf zu bewilligende Anlehen in ein bestimmtes Verhältniss zum ausgemittelten Werthe gesetzt wird; b) dass dem Inhaber eines Pfandbriefes, ausser dem darin ausdrücklich verpfändeten Gute, auch alle Güter des landschaftlichen Verbandes dergestalt haften, dass jeder sich ereignende Ausfall dem Pfandbrief-Inhaber von der Landschaft vertreten und ihm ohne alle processualische Weitläufigkeiten ausgezahlt werden muss, so dass dem Pfandbrief-Inhaber 1) die sämmtlichen Fonds der Landschaft, 2) das zur Specialhypothek im Pfandbrief verschriebene Gut und 3) die zum Creditsystem verbundenen Güter der ganzen Erbprovinz Westpreussen . . . haften.“
- §. 6. „Diese Pfandbriefe werden nur auf die erste Hälfte des, von der Landschaft nach dem Ertrage zu 5 % zu bestimmenden Werths eines Guts ausgefertigt.“

Fast gleichlautend definiren die übrigen Reglements das Wesen der Pfandbriefe. Man sieht, dass denselben ein wirkliches Pfandrecht beigelegt ist; gleichzeitig enthalten aber die Reglements die Bestimmung, dass die Pfandbriefs-Schuldner und Inhaber in keiner Verbindung stehen, vielmehr die letzteren rücksichtlich ihrer Befriedigung sich lediglich an die Landschaft zu halten haben, auch sind jetzt sämmtliche preussische Pfandbriefe unkündbar. Wie also das eingeräumte Pfandrecht vom Pfandbriefs-Inhaber geltend gemacht werden sollte, ist nicht leicht abzusehen.

Wegen der Verjährung der Zinsencoupons der Pfandbriefe ist auf das Verjährungsgesetz vom 31. März 1838¹⁾ zu verweisen, wonach anbedungene Zinsen mit Ablauf von 4 Jahren, vom letzten December des Fälligkeitsjahres an gerechnet, verjährt sind. Die Pfandbriefe selbst verjähren nicht vor Ablauf von 30 Jahren, verlieren aber, wenn sie nicht während einer öffentlich bekannt gemachten Frist zur Zahlung oder zum Umtausche eingereicht werden, das Pfandrecht, so dass alsdann nur noch ein persönlicher Anspruch gegen die Landschaft besteht. Wegen der Vindication, In- und Aussercourssetzung haben wir auf die oben S. 151—152 citirten Gesetze hinzuweisen, und was die Mortification der Pfandbriefe betrifft, so ist es uns nur möglich beizufügen, dass sie überall für zulässig erklärt, das Verfahren aber nach den einzelnen Reglements verschieden ist. Im Allgemeinen sind die Vorschriften des preuss. allgem. Landrechts (I. 16, §. 730) und der allgemeinen Gerichtsordnung (I. 51, §. 119—144) und einer Verordnung vom 16. Januar 1810²⁾ massgebend, welche im Wesentlichen dieselben Normen aufstellen, wie sie später für die Staatspapiere gegeben wurden (vgl. oben S. 146 ff.), jedoch mit dem Unterschiede, dass bei einzelnen Pfandbriefen auch die Zinscoupons mortificirbar sind.

¹⁾ Ges.-Samml. von 1838, S. 249.

²⁾ Ges.-Samml. von 1806—10, S. 629 ff.

Eine eigenthümliche Einrichtung der preuss. Pfandbrief-Institute besteht darin, dass sie sogenannte Stichcoupons ausgeben, d. h. dass der letzte Coupon einer Serie zugleich zur Empfangnahme neuer Coupons legitimirt, was auf seiner Rückseite vermerkt ist. Indess ist man neuerer Zeit bei einzelnen Instituten auf die Ausgabe besonderer Talons übergegangen. Sowohl die Stichcoupons, als die Talons geben aber kein unbedingtes Recht zur Empfangnahme der neuen Zinsanweisungen, vielmehr kann der Pfandbrief-Inhaber vor Ablauf des letzten Zinstermins Protest gegen die Ausfolge neuer Coupons an den Inhaber des Stichcoupons oder Talons einlegen, in welchem Falle die Sache an die Gerichte zu verweisen ist. Erhebt der Besitzer des Stichcoupons oder Talons die Zinsen ohne die neuen Coupons zu verlangen und giebt er dabei den Stichcoupon oder Talon ab, so erhält ohne Weiteres der Pfandbrief-Inhaber die neue Coupons-Serie.

Im Einzelnen führen wir an:

1) Pfandbriefe der Chur- und Neu-Märkischen Landschaft.¹⁾

a) ältere in Stücken von 25, 50, 75 und 100 Thlr. zu 3 % und von 100, 200—1000 Thlr. zu $3\frac{1}{2}$ %;

b) neuere seit 1857 zu 4 % mit gleichen Rechten und in gleichen Apoints.

Sitz der „Hauptritterschafts-Direction“ in Berlin. Zinsenzahlung bei derselben am 1. Janr. und 1. Juli. Die Pfandbriefe haben Stichcoupons. Summe der ausgegebenen Pfandbriefe 1852: 12.995,050 Thlr.

2) Pfandbriefe der ostpreuss. Landschaft.²⁾ Es giebt ältere convertirte zu $3\frac{1}{2}$ %, wie zuvor, und neuere 4proc.; alle mit gleichen Rechten.

Sitz der Generallandschafts-Direction in Königsberg. Es bestehen neben dieser Provinziallandschafts-Directionen, welche die Zinsen von den älteren Pfandbriefen auf 24. Juni und 24. Dec. (Johannis und Weihnachten), von den neueren aber auf 1. Januar und 1. Juli gegen Coupons auszahlen. Vom 14. August und 14. Febr. an können diese auch bei dem Landschaftsagenten in Berlin behoben werden. Die Landschaft war gehalten, von 1843 an einen Betriebsfonds von 800,000 Thlr. anzusammeln. Ausgegebene Pfandbriefe 1852: 11,500,000 Thlr.

3) Pfandbriefe der Pommerschen Landschaft.³⁾ Es circuliren:

a) ältere convertirte in Abschnitten von 25, 50, 75 Thlr. à $3\frac{1}{3}$ % und von 100, 200—1000 Thlr. à $3\frac{1}{2}$ %;

b) neuere in gleichen Apoints zu 4 %.

Sitz der Generallandschafts-Direction in Stettin. Provinzial-Directionen wie

¹⁾ Reglement vom 15. Juni 1777 mit Nachtrag vom 2. 17. April 1784. Vergl. auch kgl. Erlass vom 15. Febr. 1858, hinsichtlich des Verfahrens bei der Kündigung und der Präclusion unbekannter Pfandbriefinhaber, Ges.-Samml. S. 37; ferner kgl. Erlass vom 21. Janr. 1857, wegen der Emission neuer 4proc. und Umschreibung der alten $3\frac{1}{2}$ proc. Pfandbriefe, Ges.-Samml. S. 62; endlich das Regulativ vom 15. März 1858, die Ausfertigung der Pfandbr. betr., Ges.-Samml. S. 73.

²⁾ Revidirtes Reglement vom 24. Dec. 1808, Ges.-Samml. S. 377 ff., mit Zusätzen vom 18. Oct. 1837, Ges.-Samml. S. 155; vom 21. Dec. 1837, (Convertirung auf $3\frac{1}{2}$ % und Aufhebung der Kündbarkeit Seitens des Inhabers betr.); vom 15. Dec. 1843, Ges.-Samml. von 1844, S. 49; vom 25. Mai 1851, Ges.-Samml. S. 440, und vom 28. Febr. 1859, Ges.-Samml. S. 91.

³⁾ Reglement vom 13. März 1781. Zusatzbestimmungen in den Cabinetsordres vom 10. Dec. 1837 (Convertirung auf $3\frac{1}{2}$ und $3\frac{1}{3}$ % betr.), Ges.-Samml. S. 171; vom 11. Juli 1838 (Art der Kündigung betr.), Ges.-Samml. S. 365; vom 28. März 1845 (Ausgabe von Zinscoupons und Talons betr.), Ges.-Samml. S. 238; ferner in den kgl. Erlassen vom 11. Mai 1848, Ges.-Samml. S. 137, und vom 30. April 1851, Ges.-Samml. S. 312.

zuvor. Die Pfandbriefe haben Coupons auf 5 Jahre und Talons. Zinsenzahlung bei den Landschaftscassen auf Johanni und Weihnachten; beim Agenten in Berlin vom 2. August und 2. Februar ab. Betriebsfonds des Instituts: 700,000 Thlr. Summe der emittirten Pfandbriefe 1852: 15,360,275 Thlr.

4) Pfandbriefe der Posenschen Landschaft.¹⁾ Im Umlaufe sind:

a) ältere 4proc. vom Inhaber kündbare, in Stücken von 10—1000 Thlr.;

b) desgleichen 3 $\frac{1}{2}$ proc., unkündbare, zusammen 1857: 11,859,035 Thlr.

Sitz der Generallandschafts-Direction: Posen. Zinszahlung gegen Coupons auf 24. Juni und 24. Dec. Die Pfandbriefe sind mit Talons versehen.

5) Pfandbriefe des neuen Posenschen landschaftlichen Creditvereins²⁾ Lit. B. Sie sind 4proc. und fallen die Zinsen auf 1. Jan. und 1. Juli. Direction in Posen. 1858 waren 2,000,000 Thlr. emittirt.

6) Schlesische landschaftliche Pfandbriefe.³⁾ Es gibt zweierlei: ältere, vom ritterschaftlichen Verein repräsentirte, welche dieselbe Unterlage haben, wie die der andern Provinzen (solidarische Haftbarkeit der Mitglieder); 3 $\frac{1}{2}$ proc., verzinslich auf Johanni und Weihnachten; — und „Neue Schlesische Pfandbriefe“, womit seit 1849 der ländliche Grundbesitz beliehen wurde.⁴⁾ Bei diesen mangelt die solidarische Haftbarkeit der Mitglieder; es soll aber ein Garantiefonds gebildet werden. Im Ganzen waren 1857 emittirt: 43,872,865 Thlr.

Sitz der Landschaftsdirection: Breslau. Den Pfandbriefen sind Coupons auf 5 Jahre und Talons beigegeben. Die ersteren sind nicht mortificirbar.

7) Pfandbriefe Lit. B. des „Königl. Creditinstituts für Schlesien“, vom Staat garantirt und theilweise dotirt. Das Königl. Creditinstitut wurde wegen der hohen Verschuldung der schlesischen Rittergüter gegründet und gab Pfandbriefe hinter denen der schlesischen Landschaft, auch hinter andern Hypothekschulden, bis zu $\frac{2}{3}$ des Gutswerths. Es ist nun geschlossen und hört mit der Abwicklung seiner vor 1850 eingegangenen Verbindlichkeiten auf. Die von ihm emittirten Pfandbriefe sind 3 $\frac{1}{2}$ - und 4proc. Zinszahlung 24. Juni und 24. Dec. bei der Direction zu Breslau, Anfangs Januar und Juli in Berlin. Betrag seiner noch ungetilgten Pfandbriefe 1857: 6,024,425 Thlr.

8) Westpreussische landschaftl. Pfandbriefe.⁵⁾ Es gibt wie in Ostpreussen ältere 3 $\frac{1}{2}$ - und neuere 4proc. mit Coupons tro Johanni und Weihnachten. Der letzte Coupons vertritt die Stelle des Talons. Betriebsfonds 800,000 Thlr. 1852 waren an Pfandbriefen ausgegeben: 11,782,600 Thlr.

Sitz der Generallandschafts-Direction: Marienwerder. Provinziallandschafts-Directionen, welche die Zinsen zahlen. Letztere sind vom 1. August und 1. Febr. an auch in Berlin zu beheben.

II. Sächsische Pfandbriefe. Im Königreich Sachsen bestehen zwei Pfand-

¹⁾ Creditordnung vom 15. Dec. 1821, Ges.-Samml. S. 218 ff., mit Aenderungen und Zusätzen vom 11. Febr. 1833, Ges.-Samml. S. 15; 12. Janr. 1839, Ges.-Samml. S. 66; 15. April 1842 und 15. Sept. 1858, Ges.-Samml. S. 525.

²⁾ Regulativ vom 24. Nov. 1859, Ges.-Samml. S. 577.

³⁾ Reglement vom 9. Juli 1770; Cabinetsordres vom 20. Mai 1839, 6. Aug. 1840, 4. Janr. 1845 und kgl. Erlasse vom 7. Dec. 1848, 25. März 1850 und 8. Dec. 1856.

⁴⁾ Vergl. kgl. Erlass vom 11. Mai 1849, Ges.-Samml. S. 182, und vom 21. April 1856, Ges.-Samml. S. 365.

⁵⁾ Gegründet durch Verordnung vom 8. Juni 1835, Ges.-Samml. S. 101. Vergl. auch Cabinetsordre vom 31. März 1843 und vom 11. Juli 1845; Declaration vom 17. Mai 1847 und kgl. Erlass vom 4. März 1850.

⁶⁾ Reglement vom 19. April 1787, revidirt und neu revidirt am 25. Juni 1851, Ges.-Samml. S. 523 ff. Vergl. auch kgl. Erlasse vom 9. Nov. 1857, 15. Febr. 1858 und 2. Aug. 1858.

briefinstitute: der „erbländische Creditverein“ und die „landständische Bank des Markgrathums Oberlausitz.“ Beide gehören zu den moderneren Creditinstituten. Ihre Papiere geniessen übrigens pupillarische und depositalmässige Sicherheit, wie die preussischen Pfandbriefe. In Absicht auf Verjährung, Mortification, Vindication und In- und Aussercourssetzung werden sie den Staatspapieren gleich behandelt. Die Pfandbriefe sind au porteur gestellt und mit Coupons und Talons versehen. Für die des erbländischen Creditvereins haften die verpfändeten Güter; für die der Oberlausitzer Bank ausser den Hypotheken auch der ganze Landkreis. Es circuliren:

1) Erbländische Pfandbriefe¹⁾ in Stücken von 25, 100 und 500 Thlr. zu $3\frac{1}{3}$, $3\frac{2}{3}$ und 4% Zinsen halbjährig auf 2. Jan. und 1. Juli in Dresden. Tilgung im Wege der Verloosung, soviel als die von den Schuldnern zu zahlenden Amortisationsquoten ausmachen. 1850 waren im Umlauf: 2,583,275 Thlr.

2) Lausitzer Pfandbriefe²⁾ in Apoints von 10, 20, 50, 100, 500 und 1000 Thlr., die kleinen Stücke zu 3%, die grösseren zu $3\frac{1}{2}$ und 4%, tro 2. Janr. und 1. Juli. Tilgung mittelst Rückkaufs oder Hingabe an Zahlungsstatt Seitens der Schuldner. Die Bank hatte 1857: 3,052,930 Thlr. auf Hypotheken ausgeliehen.

III. Meklenburgsche Pfandbriefe.³⁾ Der „ritterschaftliche Creditverein“ umfasst alle drei Meklenburgischen Kreise, also beide Meklenburg. Er hat corporative Gestaltung und Rechte. Seine Mitglieder sind mit ihren Gütern solidarisch haftbar; die Pfandbriefe werden indessen nicht, wie die preussischen, auf bestimmte Güter ausgestellt. Hinsichtlich der Verjährung, Mortification und Vindication der Pfandbriefe enthält das Statut dieselben Normen, wie sie durch Verordnung vom 5. März 1838 für die Relutionscassenscheine aufgestellt wurden (s. oben S. 405—406). Auch können die Pfandbriefe durch die Hauptdirection ausser Cours gesetzt werden. Sie gehen in der Priorität allen übrigen Forderungen vor. Zinsfuss in der Regel $3\frac{1}{2}$ %. Tilgung mittelst Annuitäten von $\frac{1}{4}$ —5% im Wege der halbjährigen Verloosung. Zins- und Capitalzahlungen zu Rostock. Summe der emittirten Pfandbriefe 1857: 3,858,856 Thlr.

IV. Hannöversche Pfandbriefe. Auch in Hannover sind die Pfandbrief-Institute vorherrschend adelige Vereine mit corporativer Verfassung; doch fussen sie auf moderneren Principien. Wir heben zur Characteristik derselben einige Bestimmungen des neuen Statuts des „Bremenschen ritterschaftl. Creditvereins“ vom 4. März 1856⁴⁾ aus.

Der Verein giebt Obligationen au porteur oder auf Namen aus, für welche das Gesamtvermögen desselben und ausserdem die dem Verein bestellten Hypotheken haften. Die Obligationen werden mit 5jährigen Coupons versehen. Die Zinsen fallen jährlich. In Absicht auf Mortification, Vindication und Festmachung gelten die für Staatspapiere gegebenen gesetzlichen Vorschriften. Die Zinsen verjähren binnen 2 Jahren nach Verfall.

V. Obligationen des Württembergischen Creditvereins.⁵⁾ Der Verein, 1825 gegründet, „ist eine Verbindung von Grundeigenthümern zu Capitalaufnahmen auf gemeinschaftliche Rechnung mit der Bestimmung, die aufgenommenen Capitalien zu Anlehen an seine Mitglieder zu verwenden und mittelst der von diesen zu bezahlenden Renten zu tilgen.“ Solidarische Haftbarkeit

¹⁾ Vergl. Statut vom 26. April 1844, Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 164 ff.

²⁾ Neues Statut vom 16. Juni 1857, Ges.- u. Verordn.-Samml. S. 219.

³⁾ Vergl. „Neue Statuten“ des ritterschaftl. Creditvereins beider Meklenburg mit landesherrl. Bestätigung vom 19. Dec. 1839 in Raabe's Ges.-Samml. für Schwerin, Bd. III., S. 847, mit Nachträgen vom 17. Nov. 1851 und 3. Dec. 1852.

⁴⁾ Ges.-Samml. I. Abth., S. 68.

⁵⁾ Revidirte Verwaltungsgrundsätze vom Jahre 1845, Stuttgart bei Hoffmann.

der Mitglieder findet nicht statt; dagegen ruht die Vereinsschuld auf den von den Mitgliedern bestellten Hypotheken von mindestens doppeltem Werthe. Ausserdem haben die Mitglieder einen Beitrag zu dem bestehenden Reservefonds, welcher mindestens 5 % der Vereinsschuld zu betragen hat, und zu den Verwaltungskosten zu leisten. Dem Vereine ist juristische Persönlichkeit zugestanden; eine corporative Gestaltung hat er aber nicht. Den von ihm ausgestellten „Creditvereins-Obligationen“, welche jährlich entweder auf 1. Jan. oder auf 1. Juli verzinslich gestellt sind, au porteur und auf Beträge von 100, 200, 500 und 1000 fl. lauten, steht hienach ein Pfandrecht unmittelbar nicht zu. Den Vereinsgläubigern ist indess Einsicht in die Verwaltung durch besondere Bevollmächtigte zugestanden. Dieselbe wird ferner durch eine besondere Controlecommission und durch einen Regierungscommissär beaufsichtigt.

Nach dem letzt veröffentlichten Rechenschaftsberichte betragen Ende 1860 die Activen des Vereins 4,414,581 fl. 35 kr., die Passiven 3,989,839 fl. 51 kr., somit der Vermögensüberschuss 424,741 fl. 44 kr. Der Betrag der ausgestellten Vereinsobligationen entzifferte sich auf 3,877,584 fl. Diese Vereinsschuld besteht jetzt aus zwei wesentlich verschiedenen Bestandtheilen, nämlich aus den älteren $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen Lit. D. und E. im Belaufe von 1,858,900 fl., welche zur Heimzahlung angemeldet, auch von den Vereinsschuldnern an Zahlungsstatt gegeben werden können, und aus den im Jahre 1860 neu emittirten resp. convertirten $3\frac{1}{2}$ proc. Obligationen Lit. G. im Betrage von ca. 2 Mill. Gulden, welchen jene Vergünstigungen nicht eingeräumt worden, welche vielmehr von 1860 an mittelst jährlicher Verloosung binnen 50 Jahren zu tilgen sind.

Allen Obligationen des Vereins sind Zinscoupons und Talons beigegeben. Die ersteren können, wie auch die zur Tilgung bestimmten Capitalien, ausser der Vereinscasse zu Stuttgart, auch bei Rothschild in Frankfurt a. M., Nicolaus Schmidt daselbst, Frege und Comp. in Leipzig, Lürman und Sohn in Bremen, Schätzler in Augsburg und München, Bassenge und Comp. in Dresden und Ezechiel Simon in Hannover eingelöst werden. Auch ist neuerdings die Einrichtung getroffen worden, dass die Obligationen bei der Vereinscasse auf Namen inscribirt werden können.

Eine Mortification der nicht inscribirten Inhaberoobligationen und der Zinscoupons ist unzulässig; dagegen kann der Betrag der verloren gegangenen Urkunden gegen genügende, bis zum Eintritt der Verjährung von 30 Jahren dauernde Sicherheitsleistung an den rechtmässigen Eigenthümer ausbezahlt werden. Auch erhält derselbe ohne Sicherheitsleistung nach Ablauf der Verjährungszeit Zahlung. In beiden Fällen muss er sich aber als „rechtmässiger“ Eigenthümer ausweisen.

VI. Oesterreichische Pfandbriefe. In Oesterreich bestand seit länger ein ständisches Creditinstitut in Galizien. Neuerer Zeit ist auch bei der Nationalbank eine besondere Abtheilung für den Hypothekarredit eingerichtet worden. Ferner besteht eine Hypothekaranstalt zu Triest.

a) Pfandbriefe der galizisch ständischen Creditanstalt.¹⁾ Sie sind zu 4 % verzinslich, lauten auf Namen oder Inhaber, und auf Beträge von 100, 500 und 1000 fl. Die Zinsen werden halbjährlich bezahlt; ebenso finden halbjährliche Verloosungen statt. Der Anstalt sind zur Beitreibung ihrer Forderungen dieselben Rechte zugestanden, wie sie den landesfürstl. Steuern zur Seite stehen. Verjährung der Hauptschuldurkunden und Coupons binnen 30 Jahren nach Verfall.

¹⁾ Vergl. kaiserl. Patent vom 3. Nov. 1841.

b) Pfandbriefe der österr. Nationalbank.¹⁾ Der Hypothekarabtheilung ist aus den Fonds der Bank ein Betrag von 40 Mill. Gulden Bankvaluta gewidmet. Sie kann bis zum 5fachen dieser Summe Pfandbriefe ausgeben, jedoch so, dass nie mehr emittirt sind, als die Hypothekarforderungen der Bank betragen. Dieselbe hat das Recht, verfallene Zinsen gleich landesfürstlicher Steuern einzutreiben. Darlehen können nur gegen genügende Sicherheit in I. Hypothek und nur bis zur Hälfte des Werths der letzteren, nach Abzug aller Lasten, gegeben werden. Für die pünktliche Verzinsung und Tilgung des Pfandbriefcapitals haften in erster Linie die Hypothekarforderungen, ausserdem das sonstige bewegliche und unbewegliche Vermögen der Bank.

Die Pfandbriefe werden auf Inhaber oder auf Namen, mit mindestens 12 Monate laufender Verfallzeit, in Apoints von 100, 500, 1000, 5000 fl., auch in anderen mit 100 ohne Bruch theilbaren Summen, zu 5% halbjährlich verzinslich, und im Wege der Verloosung heimzahlbar, ausgestellt. Die grösseren Stücke können gegen kleinere umgetauscht und Pfandbriefe auf Inhaber in solche auf Namen umgewandelt werden. Die Inhaberpapiere sind mit Coupons und Talons versehen; von den Namen-Obligationen werden die Zinsen gegen Quittung bezahlt. Sowohl die Zinszahlung als die Einlösung der verloosten oder sonst fälligen Pfandbriefe geschieht nicht nur in Wien, sondern auf 14 Tage vorausgegangene Anmeldung auch bei den Bankfilialien.

Seit 1858 werden nur noch verloosbare Pfandbriefe mit längstens 32jähriger Tilgungszeit ausgegeben. Verloosung jährlich zweimal, anfangs Juni und Dec.; Auszahlung der verloosten Capitalien al pari vom Tage der Verloosung an. Der Zinsenlauf derselben hört mit dem folgenden 1. Juli und 1. Januar auf. Die Verloosung hat mindestens den Betrag zu umfassen, welchen die Hypothekschuldner auf Amortisation ihrer Schulden zu zahlen gehabt haben.

Die Pfandbriefe verjähren binnen 30, die Coupons binnen 3 Jahren, vom Verfalltage an gerechnet. Sie haben, wie die galizischen, Depositionsfähigkeit.

VII. Zur Darstellung der ausserdeutschen Pfandbriefe mangelt uns der Raum. Wir bemerken nur, dass die bezüglichlichen Institute, deren namentlich in Polen, Esthland, Curland, Livland, Schweden und Norwegen bestehen, den preussischen nachgebildet sind, und daher ähnliche Einrichtungen haben.

VIII. Partialobligationen süddeutscher und össerreichischer Grundherren. Ueber diese lässt sich ausser dem, was wir bereits oben bemerkt haben, wenig Allgemeines sagen. Die Verhältnisse jedes einzelnen Anlehens sind von denen des andern wesentlich verschieden. Die gewährte Pfandsicherheit, welche durch die Grundentlastung überall da, wo Feudalgefälle und Zehenten als Hypothek verschrieben waren, stark gelitten hat, ist aus den einzelnen Obligationen ersichtlich und muss im einzelnen Falle vom Erwerber derselben daraus geprüft werden. Nicht verschweigen wollen wir übrigens, dass unerachtet der hypothekarischen Sicherheit, welche auf dem Papier überall mit sehr plausiblen Schätzungssummen paradiert, seit einer Reihe von Jahren vielfache schlimme Erfahrungen mit den Obligationen in Frage gemacht worden sind. Es gilt diess namentlich von den Obligationen der ungarischen Cavaliere. Nicht nur sind die in Silber versprochenen Zins- und Capitalzahlungen später nach Verschlechterung der österr. Valuta in Papier geleistet worden, sondern sie sind auch mehrfach ganz in's Stocken gerathen. Man

¹⁾ Vergl. Minist.-Erlass vom 21. Oct. 1855, Reichsges.-Bl. S. 613; vom 20. März 1856, das. S. 147, welchem das Statut beigegeben ist; ferner Reglement von 1856, Reichsges.-Bl. S. 157.

Pfandbriefe. Standesherrl. Schuldverschreibungen.

wird daher klug thun, bei Erwerbung solcher Papiere mit möglichster Vorsicht zu Werke zu gehen und neben der Hypothekarsicherheit auch die Vermögensverhältnisse des Schuldners, sowie die allgemeinen Zustände seines Heimathlandes, in's Auge zu fassen.

In Nachstehendem geben wir eine Uebersicht der hauptsächlichsten grundherrlichen Anlehen, welche insbesondere auf den Börsen von Frankfurt und Wien gehandelt werden. Hauptbörse ist Frankfurt, von welcher auch die beigefügte Coursnotiz gilt.

Name des Schuldners.	Bankhaus, welches das Anlehen contrahirt hat, resp. die Zinsen zahlt.	Ursprüngl. Anlehensbetrag.	Zinsfuß.	Ungeläufiger Cours am 1. Sept. 1861.	Bemerkungen.
Erzherzog Karl . .	Rothschild in Frankfurt.	fl. 1,600,000	4 %	71	Von 1844.
Herzog v. Anh.-Cöthen	dto.	Thlr. 500,000	3	86	
„ v. Cob.-Cohari,					
„ Ferd. . . .	dto.	fl. 3,500,000	4	98	
„ v. Lucca . .	dto.	fl. 1,050,000	4	68	Aelt. Anlehen.
„ Derselbe . .	dto.	fl. 1,120,000	4	79	Neues „
Landgraf v. Hessen-Homburg . .	dto.	fl. 454,000	3 1/2	94	
„ v. Hessen-Homb.-Meisenheim . .	dto.	fl. 675,000	4	96	
Fürst v. Clary . .	Epstein in Wien.	fl. 1,680,000	—	—	In Loosen à 40 fl.
„ v. Esterhazy . .	Rothsch. in Frkft.	fl. 6,400,000	4	52	Von 1844.
„ Derselbe . . .	dto.	fl. 7,000,000	—	—	In Loosen à 40 fl.
„ v. Fürstenberg .	dto.	fl. 500,000	3 1/2	93	Das 4 1/2 proc. Anl. ist gekündigt.
„ v. Hohenz.-Hech.	dto.	fl. 200,000	4	99	
„ v. Isenb.-Birstein	dto.	fl. 700,000	3 1/2	94	Von 1830.
„ v. Leiningen . .	P. N. Schmidt das.	fl. 1,400,000	3 1/2	93	
„ Derselbe . . .	dto.	fl. 250,000	3 1/2	93	
„ Derselbe . . .	dto.	fl. 150,000	3	79	
„ v. Löwenstein-Werthh.-Rosenb.	Rothschild das.	fl. 800,000	3 1/2	92	Das auf d. bayer. Besitzungen haftende Anl. wird höher notirt als das badische.
„ Derselbe . . .	dto.	fl. 450,000	3 1/2	91	
„ Derselbe . . .	dto.	fl. 350,000	3 1/2	91	
„ v. Neuwied . .	dto.	Thlr. 700,000	3 1/2	91	
„ v. Oettingen-Wallerstein . .	P. N. Schmidt das.	fl. 1,600,000	4	99	Bayer. Anlehen von 1830.
„ Derselbe . . .	dto.	fl. 400,000	4	99	Württemb. Anl. von 1830.
„ v. Palffy . . .	Arnstein&Eskeles in Wien.	fl. 2,475,000	4	62	Von 1838.
„ Derselbe . . .	Biedermann das.	fl. 3,720,000	—	—	In Loosen à 40 fl.
„ v. Sayn-Wittgenst.	P. N. Schmidt i. Fr.	fl. 200,000	4	99	
„ v. Salm-Reifferscheid . . .	Lämel in Wien.	fl. 4,000,000	—	—	In Loosen à 40 fl.
„ v. Schwarzenberg	Rothschild in Fr.	fl. 5,000,000	4	64	Von 1838.
„ v. Solms-Braunfels	Bethmann das.	fl. 850,000	4	—	
„ v. Waldburg-Zeil	Benedict in Stuttg.	fl. 450,000	4 1/2	101	Von 1849.

Name des Schuldners.	Bankhaus, welches das Anlehen contrahirt hat, resp. die Zinsen zahlt.	Ursprüngl. Anlehensbetrag.	Zinsfuß.	Ungefährer Cours am 1. Sept. 1861.	Bemerkungen.
Fürst v. Wind.-Grätz	Todesco in Wien.	fl. 2,000,000	—	—	In Loosen à 20 fl.
" v. Wittgenstein-Berleburg . . .	Rothschild in Fr.	fl. 300,000	4	99	
Graf v. Banffy . . .	Schöller in Wien.	fl. 324,000	4	—	Conv.-Münze.
" Joh. Bapt. v. Batthyany	P.N.Schmidt i. Fr.	fl. 600,000	4 1/2	66	Von 1838 in Conv.M.
" Gust. v. Batthyany	Biederm. i. Wien.	fl. 1,450,000	4 1/2	60	Von 1842.
" v. Castel-Dischgn.	P.N.Schmidt i. Fr.	fl. 234,000	4	—	Von 1834.
" Hugo Eltz	dto.	fl. 275,000	4	73	Von 1844.
" Karl Eltz	dto.	fl. 270,000	4	—	Desgl.
" v. Erbach - Fürstenau	dto.	fl. 550,000	4	—	Von 1842.
" v. Erbach-Schönberg	dto.	fl. 250,000	4	99	
" Mich. v. Esterhazy	Biederm. i. Wien.	fl. 750,000	4 1/2	60	Von 1842.
" v. Forgacs	Schuller das.	fl. 650,000	4 1/2	60	Zwei Anlehen.
" v. Fugger-Kirnh.	P.N.Schmidt i. Fr.	fl. 145,000	4	—	Von 1839.
" Henkel v. Donnersmark . . .	Rothschild in Fr.	fl. 1,125,000	4	60	Von 1846.
" v. Hunyady	dto.	fl. 500,000	4	48	
" v. Isenburg - Philippsseich	P.N.Schmidt i. Fr.	fl. 140,000	4	—	Von 1842.
" v. Karoly	Schuller in Wien.	fl. 1,200,000	4 1/2	60	Desgl.
" v. Keglovich . . .	Wodianer das.	fl. 670,000	—	—	In Loosen à 10 fl.
" v. Nizky	Rothschild in Fr.	fl. 340,000	4	50	
" v. Orezy	P.N.Schmidt das.	fl. 1,550,000	4 1/2	60	Von 1842.
" Ferd. Leop. Palffy	dto.	fl. 687,500	4	52	In Conv.-M.
" v. Pejacevich . . .	Schuller in Wien.	fl. 1,400,000	4 1/2	60	
" Set. Genois	P.N.Schmidt i. Fr.	fl. 1,000,000	4	60	Von 1838.
" Derselbe	Rothschild das.	fl. 3,200,000	—	—	In Loosen à 40 fl.
" v. Sandor	dto.	fl. 670,000	4	50	
" v. Schönborn . . .	P.N.Schmidt das.	fl. 1,465,000	4	60	
" v. Solms-Laubach .	dto.	fl. 850,000	3 1/2	93 1/2	Von 1829.
" v. Solms-Lich . . .	Rothschild das.	fl. 300,000	3 1/2	93 1/2	
" v. Solms-Rödelhm.	P.N.Schmidt das.	fl. 500,000	3 1/2	93 1/2	Von 1830.
" v. Strachwitz . . .	dto.	fl. 400,000	4	46	Von 1843 in C.M.
" v. Szapary	Rothschild das.	fl. 200,000	4	49	
" v. Szecheny	dto.	fl. 1,500,000	4	52	
" v. Sztary	P.N.Schmidt das.	fl. 500,000	4 1/2	60	Von 1840.
" v. Viczay	Rothschild das.	fl. 700,000	4	50	Von 1843.
" v. Waldbott-Bassenheim	Hofbank in Stuttg.	fl. 360,000	5	—	Im Concurs.
" v. Waldstein-Wartenberg	—	fl. 2,070,000	—	—	In Loosen à 20 fl.

Vierte Abtheilung.

Actien und Obligationen der grossen Gesellschaften.

§. 182.

Einleitende Bemerkungen.

Von den Creditoperationen der Staaten, den von denselben in's Leben gerufenen Anstalten zur Bodenentlastung, und von den Einrichtungen des Realcredits gehen wir nun über auf das Gebiet des Handels, des Verkehrs und der Industrie. Hier stehen wir mitten in einer Bewegung, welche sich — vielleicht nicht vollständig bewusst — ungeheure Ziele vorgesetzt hat. Was im Mittelalter Grosses und Erhabenes durch die gliedernde Corporation geschaffen worden ist, soll heute in anderem Geiste und in grösserem Umfange durch die centralisirende Association erreicht werden. Organisation und Centralisation der Arbeit, des Capitals, des allgemeinen Credits, ist das Loosungswort; alle Privateapitalien, kleine Tropfen und Bäche im Strome der Bewegung, sollen sich verwandeln in Renten aus dem gesellschaftlichen Centralfonds, der die ganze civilisirte Welt umfassen soll.¹⁾ Wer wollte leugnen, dass dieser Bewegung eine berechtigte Idee zu Grunde liegt; dass an die Stelle des zerstörten Alten etwas Neues treten muss, und dass der moderne Associationsgeist bereits Grosses geleistet hat? Aber es will uns scheinen, dass die Bewegung die Grenzen gesunder Entwicklung überschritten habe. Es giebt darin einen Fanatismus, welcher selbst vor dem monströsen Gedanken nicht zurückschrickt, die menschliche Gesellschaft in die Formel einer Actiencompagnie zu zwingen und darin den Menschen nur als Zahl gelten zu lassen. Vielfach mangelt der moralische Halt, welcher die Corporationen des Mittelalters getragen und durchdrungen hat. Es ist ein Rennen und Jagen lediglich nach Gewinn, und nur nach augenblicklichem Gewinn. Ob auf die Dauer aufgebaut, ob Haltbares geschaffen wird, danach fragt man häufig nicht. Der Strom geht hinweg über sorgsam gepflegte Fluren und verwüdet den Rest von Sitte und Pietät, der noch vorhanden ist.

Indessen sehen wir in unsern Tagen den Anfang der unausbleiblichen Reaction. Wir stehen mitten inne zwischen Abbruch und Neubau, zwischen überspannter Association und wiedererstarktem Corporationsgeist, zwischen industrieller Revolution und Restauration. Aber jetzt schon zeigen sich die Folgen jener Verirrungen in der Vernichtung vielfacher Lebensexistenzen und ein Blick auf die Lage lässt weiteren Befürchtungen unendlichen Raum.

Wir verwahren uns, gestützt auf Thatsachen, vor dem Vorwurfe des

¹⁾ Wir gebrauchen hier zum Theil die trefflichen Worte Kuntze's in der Vorrede zu seiner Lehre von den Inhaberpapieren.

Schwarzsehens, indem wir unseren Standpunkt nachdrücklich dahin bezeichnet haben möchten, dass wir den Wunsch aufrichtig hegen, es möchten die flüssigen Capitalien — anstatt den zerstörenden Anstalten des Krieges, anstatt zur Schaffung und Erhaltung kaum minder lähmender bureaukratischer Staatsmaschinen — den productiven Bestrebungen des Ackerbaues, des Handels und der Industrie mehr und mehr zugewendet werden. Es liegt uns durchaus ferne, den Staats- und Realcreditpapieren an und für sich einen Vorzug auf Kosten der Industriepapiere einzuräumen und wir halten den Zustand, wonach die Staaten grösseren Credit als der Grundbesitz und die Industrie geniessen, keineswegs für einen naturgemässen und glücklichen. Demunerachtet ist es unsere Pflicht, auf die Auswüchse der Speculation im Gebiete der Industrie aufmerksam zu machen. Will diese sich das Capital, ihren Lebensnerv, dienstbar machen und erhalten, so muss sie Solidität als obersten Grundsatz aufstellen und unverbrüchlich wahren.

Uebergehend auf das deutsche Actienwesen insbesondere, sehen wir sich dasselbe spät und langsam entwickeln. Erst die letzten drei Decennien weisen Actienunternehmungen in grösserer Zahl auf deutschem Boden nach. Jener langsame und schüchterne Gang war aber der sichere und die älteren Unternehmungen haben sich meist als solide und ergiebige bewiesen. In der zweiten Hälfte des letzten Decenniums wich indess der ruhige Gang des Fortschritts der Ueberstürzung. Man liess sich vom Strome fortreissen und das Schwindeljahr 1856 zumal förderte eine Masse unreifer, unsolider und deshalb lebensunfähiger Projecte auf allen Gebieten des Actienwesens zu Tage. Die Agiotage war dabei leider keines der geringsten treibenden Elemente. Die sogen. Gründer oder Concessionäre machten enorme Gewinne, warfen Massen von Papieren auf den Markt, und entledigten sich sobald als möglich ihrer Bethheiligung und Verpflichtung. So wurden Unternehmungen in's Leben gerufen, welche weder die gehörige finanzielle, noch commercielle Unterlage hatten: Eisenbahnen nach allen Richtungen, ohne Verkehr und Verbindung: Banken ohne Bedürfniss und Operationsterrain; Berg- und Hüttenwerke ohne genügendes Capital und technische Kräfte; Fabriken aller Art ohne Berücksichtigung der Concurrenz und der möglichen Krisen etc. Man ging von dem Wahne aus, dass die damals begonnene Entwicklung der grossen Industrie ohne Unterbrechung und Grenze fortdauern werde. Die überraschenden finanziellen Ergebnisse einzelner Unternehmungen steigerten nicht nur die Unternehmungslust, sondern sie ermunterten und ermöglichten auch Luxus und Verschwendung. Anstatt einfacher und dem Bedürfnisse genügender Baulichkeiten und Einrichtungen erstellte man Paläste und monumentale Bauwerke, worin das Capital aufging. Für den Betrieb war alsdann nichts mehr übrig und viele solcher Geschäfte hatten mit Geldverlegenheiten zu kämpfen noch ehe sie vollendet waren. Zu alledem kam der Mangel an genügender Erfahrung und an Capacitäten zum zweckmässigen Betriebe der zahlreichen Geschäfte. Ebenso erwies sich die Organisation vieler Actiengesellschaften frühe genug als eine gänzlich verfehlte und endlich trug die Gleichgültigkeit und Unbeholfenheit der Actionäre selbst, welche zu Allem schwiegen und zustimmten, sofern ihnen nur eine Dividende zukam, viel zum Verfall des Actienwesens bei. Es ist eine bereits constatirte Thatsache, dass in manchen Fällen mit dem Gelde der Actionäre in völlig unverantwortlicher, leichtsinniger und verschwenderischer Weise gewirthschaftet wurde, dass Dividenden vertheilt worden sind, wo in Wahrheit Verluste vorhanden waren. Selbst betrügerische, oder an die Grenze des Betrugs anstreichende Vorspiegelungen und Handlungen sind leider nicht vermieden geblieben. Namentlich auf dem Gebiete des Berg- und Hüttenwesens haben die Gründer von Actien-

gesellschaften vielfach ihre Gruben und Kuxen zu Preisen an diese vergeben, welche den wahren Werth derselben um's Vielfache überstiegen; oft waren die in Aussicht gestellten unterirdischen Schätze überhaupt nicht vorhanden. Rheinland und Westphalen, in welchen zumal französische Projectmacher die Hände mit im Spiele hatten, waren in dieser Beziehung vorzugsweise der Schauplatz des verwerflichsten Schwindels.

Zu solcher innerer Fäulniss kam bald genug und unerwartet die Ungunst äusserer Verhältnisse, welche die Schäden um so rascher aufdeckte. Die Handelskrise vom Spätherbst 1857 wirkte plötzlich eine Knappheit des Geldmarkts. Ohne völlige Erholung zu gestatten, folgte alsdann der berühmte Neujahrsgross von 1859, der italienische Krieg und der seither bestehende bewaffnete Friede, der allen Unternehmungsgeist lähmt und Unsicherheit in alle Verhältnisse bringt. Wenn das Capital schon vorher mit scheuen Blicken auf das zweideutige Gebahren der Associationen sah, so zog es sich jetzt so viel als möglich ganz zurück. Dadurch geriethen auch Unternehmungen in's Stocken, welche ohne jene Calamitäten durch Credit noch zu retten gewesen wären; viele Projecte zerfielen vor ihrer Realisation in sich selbst; manche Gesellschaften mussten auf halbem Wege liquidiren; andere schafften sich durch enorm kostspielige Anleihen die nöthigen Mittel, entzogen sich aber dadurch die Rentabilitätsaussichten auf längere Zeit selbst; wieder andere, zumal von Frankreich aus influirte, nahmen Zuflucht zum System der Prämienanleihen mit gleichen Wirkungen, und manche konnten ihre Zwecke nur noch durch Staatsgarantien erreichen. Diess letztere trifft namentlich bei den Eisenbahncompagnien zu und es ist nunmehr fast die Regel, dass Eisenbahnen ohne Staatshülfe nicht mehr gebaut werden.

Während für die unsoliden und ungesunden Unternehmungen ein solcher Läuterungsprozess fast zur Nothwendigkeit geworden war, um dem verderblichen Schwindel Einhalt zu thun, war er für die übrigen, wenn gleich Satisfaction, so doch von nachtheiliger Wirkung, in so ferne auch ihnen der Credit erschwert ward. Der Actienmarkt wurde schwierig; auch gute Papiere mussten unter ihrem wahren Werthe begeben werden; manche verloren allen Cours, ohne diess Schicksal verdient zu haben und so litt das ganze Associationswesen theils durch die Schuld seiner eigenen unreinen Elemente, theils auch durch die Ungunst der Zeiten. Es wird wohl länger währen, bis es sich wieder völlig erholt haben wird.

Im Folgenden werden wir versuchen, diejenigen Materialien und Daten zusammenzustellen, welche die Unterscheidung zwischen Gutem und Schlechtem ermöglichen. Wir müssen aber den Capitalisten besonders darauf aufmerksam machen, dass in den Gebieten der Industrie und des Handels Bewegung Leben, und daher jene Stabilität überhaupt der Natur der Sache nach nicht zu treffen ist, worauf er bislang Werth gelegt hat. Will er sich dennoch auf dieses Gebiet wagen, so möge er sich darüber nicht täuschen, dass die beste Darstellung der jetzigen Verhältnisse keine Gewähr für die Zukunft gibt. Er wird sich fortdauernd unterrichten und auf dem Laufenden erhalten müssen, wozu ihm neben einer — die Grundlagen der einzelnen Institute und Unternehmungen bietenden Arbeit die periodischen Leistungen der Presse nöthig sein werden. Geht er dabei mit der gehörigen Vorsicht zu Werke, so kann ihm die gute Actie Sicherheit für sein Capital und ausserdem eine höhere Rente als das festverzinsliche Papier gewähren. Auch wird er in den Anlehenspapieren vieler Actiengesellschaften Werthe finden, welche allen Bedingungen der Sicherheit und Rentabilität gerecht werden. Es wäre daher seinerseits unrecht, Alles zurückzuweisen, was von Actiengesellschaften ausgeht, während freilich nirgends mehr als hier Prüfung und Ueberlegung nöthig ist.

§. 183.

Deutsche Gesetzgebung über Actiengesellschaften und Inhaberpapiere überhaupt.

Wir geben hier vor Allem die für uns wichtigsten Bestimmungen des neuesten gemeinsamen Gesetzeswerks deutscher Nation, des „allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs“, welches aus den wiederholten Berathungen von Commissarien aller Bundesstaaten hervorgegangen, in einzelnen derselben — Preussen voran — bereits eingeführt ist und wohl binnen kurzer Frist Eingang in den meisten übrigen erlangen wird.

Zweites Buch. II. Titel. 1. Abschnitt. Von der Commanditgesellschaft im Allgemeinen.

Art. 150. „Eine Commanditgesellschaft ist vorhanden, wenn bei einem unter einer gemeinschaftlichen Firma betriebenen Handelsgewerbe ein oder mehrere Gesellschafter sich nur mit Vermögenseinlagen betheiligen (Commanditisten), während bei einem oder mehreren andern Gesellschaftern die Bethheiligung nicht in dieser Weise beschränkt ist (persönlich haftende Gesellschafter).“

2. Abschnitt. Von der Commanditgesellschaft auf Actien insbesondere.

Art. 173. „Das Capital der Commanditisten kann in Actien oder Actienantheile zerlegt werden. Die Actien oder Actienantheile müssen auf Namen lauten. Sie müssen auf einen Betrag von mindestens 200 Thlr. gestellt werden, wenn nicht die Landesgesetze nach Maassgabe der besondern örtlichen Bedürfnisse einen geringeren Betrag gestatten. Actien oder Actienantheile, welche auf Inhaber lauten, oder welche auf einen geringeren als den gesetzlich bestimmten Betrag gestellt werden, sind nichtig. Die Ausgeber solcher Actien oder Actienantheile sind den Besitzern für allen durch die Ausgabe verursachten Schaden solidarisch verhaftet. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch von Promessen und Interimsscheinen.“ Art. 174. „Commanditgesellschaften auf Actien können nur mit staatlicher Genehmigung errichtet werden. Ueber die Errichtung und den Inhalt des Gesellschaftsvertrages muss eine gerichtliche oder notarielle Urkunde aufgenommen werden. Zur Actienzeichnung genügt eine schriftliche Erklärung.“

Im Uebrigen trifft das Gesetz für Comandit-Actiengesellschaften ähnliche Bestimmungen, wie sie hienach für die einfachen Actiengesellschaften wörtlich folgen, immer jedoch mit Berücksichtigung des Umstandes, dass bei den ersteren persönlich haftbare Gesellschafter betheiligt sind und die Actien der übrigen Gesellschafter auf Namen lauten. Es verordnet daher u. A. ausdrücklich, dass für die Einlagen der ersteren, seien sie baares Geld oder ausbedungene Vortheile, keine Actien ausgegeben werden dürfen; dass diese Einlagen für die Dauer der Mitgliedschaft unveräusserlich, dagegen die Actien der Commanditisten durch Cession oder Indossament übertragbar seien; dass gegenüber der Gesellschaft nur derjenige als Actieneigenthümer gelte, dessen Name im Actienbuche eingetragen, wobei jedoch die Gesellschaft zur Legitimationsprüfung nicht verpflichtet sei; dass der ursprüngliche Zeichner der Actie in so lange deren Betrag nicht vollständig eingezahlt, zur Einzahlung des Rückstandes unbedingt verpflichtet bleibe; dass die Commanditisten durch einen von ihnen gewählten Aufsichtsrath von mindestens 5 Mitgliedern vertreten sein müssen; dass die persönlich haftenden Gesellschaften, welche Namens der Gesellschaft handeln, dem Aufsichtsrathe und der Generalversammlung spätestens in den ersten 6 Monaten jedes Geschäftsjahres eine Bilanz des verflossenen Betriebsjahres vorzulegen haben u. s. w.

Titel III. Von der Actiengesellschaft. 1. Abschnitt. Allgemeine Grundsätze.

Art. 207. „Eine Handelsgesellschaft ist eine Actiengesellschaft, wenn sich die sämtlichen Gesellschafter nur mit Einlagen betheiligen, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Das Gesellschaftscapital wird in Actien oder auch in Actienantheile zerlegt. Die Actien oder Actienantheile sind untheilbar. Dieselben können auf Inhaber oder auf Namen lauten. — Art. 208. Actiengesellschaften können nur mit staatlicher Genehmigung errichtet werden. Ueber die Errichtung und den Inhalt des Gesellschaftsvertrages (Statuts) muss eine gerichtliche oder notarielle Urkunde aufgenommen werden. Zur Actienzeichnung genügt eine schriftliche Erklärung. — Art. 209. Der Gesellschaftsvertrag, dessen Genehmigung erfolgen soll, muss insbesondere bestimmen: 1) die Firma und den Sitz der Gesellschaft; 2) den Gegenstand des Unternehmens; 3) die Zeitdauer des Unternehmens, im Falle dasselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll; 4) die Höhe des Grundcapitals und der einzelnen Actien oder Actienantheile; 5) die Eigenschaft der Actien, ob sie auf Inhaber oder auf Namen gestellt werden sollen, ingleichen die etwa bestimmte Zahl der einen und der anderen Art, sowie die etwa zugelassene Umwandlung derselben; 6) die Grundsätze, nach welchen die Bilanz aufzunehmen und der Gewinn zu berechnen und auszuzahlen ist, sowie die Art und Weise, wie die Prüfung der Bilanz erfolgt; 7) die Art der Bestellung und Zusammensetzung des Vorstandes und die Formen für die Legitimation der Mitglieder desselben und der Beamten der Gesellschaft; 8) die Form, in welcher die Zusammenberufung der Actionäre geschieht; 9) die Bedingungen des Stimmrechts der Actionäre und die Form, in welcher dasselbe ausgeübt wird; 10) die Gegenstände, über welche nicht schon durch einfache Stimmenmehrheit der auf Zusammenberufung erschienenen Actionäre, sondern nur durch eine grössere Stimmenmehrheit oder nach anderen Erfordernissen Beschluss gefasst werden kann; 11) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind. — Art. 210. Der Gesellschaftsvertrag und die Genehmigungsurkunde müssen bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handelsregister eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden. Der Auszug muss enthalten: 1) das Datum des Gesellschaftsvertrages und der Genehmigungsurkunde; 2) die Firma und den Sitz der Gesellschaft; 3) den Gegenstand und die Zeitdauer des Unternehmens; 4) die Höhe des Grundcapitals und der einzelnen Actien oder Actienantheile; 5) die Eigenschaft derselben, ob sie auf Inhaber oder auf Namen gestellt sind; 6) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind. Ist im Gesellschaftsvertrage eine Form bestimmt, in welcher der Vorstand seine Willenserklärungen kundgibt und für die Gesellschaft zeichnet, so ist auch diese Bestimmung zu veröffentlichen. — Art. 211. Vor erfolgter Genehmigung und Eintragung in das Handelsregister besteht die Actiengesellschaft als solche nicht. Wenn vor erfolgter Genehmigung und Eintragung in das Handelsregister im Namen der Gesellschaft gehandelt worden ist, so haften die Handelnden persönlich und solidarisch. — Art. 212. Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Actiengesellschaft eine Zweigniederlassung hat, muss diess behufs der Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden. Die Anmeldung muss die in Art. 210, Abs. 2 und 3 bezeichneten Angaben enthalten. Das Handelsgericht hat die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten. — Art. 213. Die Actiengesellschaft als solche hat selbstständig ihre Rechte und Pflichten; sie kann Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben; sie kann vor Gericht klagen und verklagt werden. Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gericht, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat. — Art. 214. Jeder Beschluss der Generalversammlung, welcher die Fortsetzung der Gesellschaft oder eine Abänderung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages zum Gegenstande hat, bedarf zu seiner Gültigkeit der notariellen oder gerichtlichen Beurkundung, sowie der staatlichen Genehmigung. Ein solcher

Beschluss und die Genehmigungsurkunde müssen in gleicher Weise wie der ursprüngliche Vertrag in das Handelsregister eingetragen und im Auszug veröffentlicht werden (Art. 210, 212). Der Beschluss hat keine rechtliche Wirkung, bevor derselbe bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handelsregister eingetragen ist. — Art. 215. Die Abänderung des Gegenstandes der Unternehmung der Gesellschaft kann nicht durch Stimmenmehrheit beschlossen werden, sofern diess nicht im Gesellschaftsvertrage ausdrücklich gestattet ist. Dasselbe gilt von dem Falle, wenn die Gesellschaft durch Uebertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Actiengesellschaft gegen Gewährung von Actien der letzteren aufgelöst werden soll.“

2. Abschnitt. Rechtsverhältnisse der Actionäre.

Art. 216. „Jeder Actionär hat einen verhältnissmässigen Antheil an dem Vermögen der Gesellschaft. Er kann den eingezahlten Betrag nicht zurückfordern und hat, so lange die Gesellschaft besteht, nur einen Anspruch auf den reinen Gewinn, soweit dieser nach dem Gesellschaftsvertrage zur Vertheilung unter die Actionäre bestimmt ist. — Art. 217. Zinsen von bestimmter Höhe dürfen für die Actionäre nicht bedungen noch ausbezahlt werden; es darf nur dasjenige unter sie vertheilt werden, was sich nach der jährlichen Bilanz, und wenn im Gesellschaftsvertrage die Innehaltung eines Reservecapitals bestimmt ist, nach Abzug desselben als reiner Ueberschuss ergibt. Jedoch können für den in dem Gesellschaftsvertrage angegebenen Zeitraum, welchen die Vorbereitung des Unternehmens bis zum Anfange des vollen Betriebes erfordert, den Actionären Zinsen von bestimmter Höhe bedungen werden. — Art. 218. Der Actionär ist in keinem Falle verpflichtet, die in gutem Glauben empfangenen Zinsen und Dividenden zurückzugeben. — Art. 219. Der Actionär ist nicht schuldig, zu den Zwecken der Gesellschaft und zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten mehr beizutragen, als den für die Actie statutenmässig zu leistenden Beitrag. — Art. 220. Ein Actionär, welcher den Betrag seiner Actie nicht zur rechten Zeit einzahlt, ist zur Zahlung von Verzugszinsen von Rechtswegen verpflichtet. Im Gesellschaftsvertrage können für den Fall der verzögerten Einzahlung des gezeichneten Actienbetrages oder eines Theils desselben Conventionalstrafen ohne Rücksicht auf die sonst stattfindenden gesetzlichen Einschränkungen festgesetzt werden; auch kann bestimmt werden, dass die säumigen Actionäre ihrer Anrechte aus der Zeichnung der Actien und der geleisteten Theilzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig gehen. — Art. 221. Ist im Gesellschaftsvertrage keine besondere Form, wie die Aufforderung zur Einzahlung geschehen soll, bestimmt, so geschieht dieselbe in der Form, in welcher die Bekanntmachungen der Gesellschaft nach dem Gesellschaftsvertrage überhaupt erfolgen müssen (Art. 209, Ziff. 11). Jedoch kann in keinem Falle ein Actionär seines Anrechts verlustig erklärt werden, wenn nicht die Aufforderung zur Zahlung mindestens dreimal in den hierzu bestimmten öffentlichen Blättern (Art. 209, Ziff. 11), das letzte Mal wenigstens vier Wochen vor dem für die Einzahlungen gesetzten Schlusstermine, bekannt gemacht worden ist. Wenn die Actien auf Namen lauten und ohne die Einwilligung der übrigen Actionäre nicht übertragbar sind, so kann die Bekanntmachung dieser Aufforderungen durch besondere Erlasse an die einzelnen Actionäre statt der Einrückungen in die öffentlichen Blätter erfolgen. — Art. 222. Wenn die Actien oder Actienantheile auf Inhaber gestellt werden, so kommen folgende Grundsätze zur Anwendung: 1) Die Ausgabe der Actien darf vor Einzahlung des ganzen Nominalbetrages derselben nicht erfolgen; ebensowenig dürfen über die geleisteten Partialzahlungen Promessen oder Interimsscheine, welche auf Inhaber lauten, ausgestellt werden. 2) Der Zeichner der Actie ist für die Einzahlung von vierzig Procent des Nominalbetrages der Actie unbedingt verhaftet; von dieser Verpflichtung kann derselbe weder durch Uebertragung seines Anrechts auf einen Dritten sich befreien, noch Seitens der Gesellschaft entbunden werden; wird der Zeichner der Actie, wegen verzögerter Einzahlung, seines Anrechts aus der Zeichnung verlustig erklärt (Art. 220), so bleibt er demungeachtet zur Einzahlung von vierzig Procent des Nominalbetrages der Actie verpflichtet. 3) Im Gesellschaftsvertrage kann bestimmt werden, dass und unter welchen Maassgaben nach erfolgter Einzahlung von vierzig Procent

die Befreiung des Zeichners von der Haftung für weitere Einzahlungen zulässig sei, und dass im Falle der eingetretenen Befreiung über die geleisteten Einzahlungen Promessen oder Interimsscheine, welche auf Inhaber lauten, ausgestellt werden dürfen. — Art. 223. Wenn die Actien auf Namen lauten, so kommen die bei der Commanditgesellschaft auf Actien gegebenen Bestimmungen über die Eintragung der Actien in das Actienbuch der Gesellschaft und über die Uebertragung derselben auf Andere (Art. 182, 183) auch hier zur Anwendung. So lange der Betrag der Actie nicht vollständig eingezahlt ist, wird der Actionär durch Uebertragung seines Anrechts auf einen Andern von der Verbindlichkeit zur Zahlung des Rückstandes nur dann befreit, wenn die Gesellschaft den neuen Erwerber an seiner Stelle annimmt und ihn der Verbindlichkeit entlässt. Auch in diesem Falle bleibt der austretende Actionär auf Höhe des Rückstandes für alle bis dahin von der Gesellschaft eingegangenen Verbindlichkeiten noch auf ein Jahr, vom Tage des Austritts an gerechnet, subsidiarisch verhaftet. — Art. 224. Die Rechte, welche den Actionären in den Angelegenheiten der Gesellschaft, insbesondere in Beziehung auf die Führung der Geschäfte, die Einsicht und Prüfung der Bilanz und die Bestimmung der Gewinnvertheilung zustehen, werden von der Gesamtheit der Actionäre in der Generalversammlung ausgeübt. Jede Actie gewährt dem Inhaber eine Stimme, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes festsetzt. — Art. 225. Ist ein Aufsichtsrath bestellt, so überwacht derselbe die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen der Verwaltung; er kann sich von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft unterrichten, die Bücher und Schriften derselben jederzeit einsehen und den Bestand der Gesellschaftscasse untersuchen. Er hat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnvertheilung zu prüfen und darüber alljährlich der Generalversammlung der Actionäre Bericht zu erstatten. Er hat eine Generalversammlung zu berufen, wenn diess im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.“

3. Abschnitt. Rechte und Pflichten des Vorstandes.

Art. 227. „Jede Actiengesellschaft muss einen Vorstand haben (Art. 209, Ziff. 7). Sie wird durch denselben gerichtlich und aussergerichtlich vertreten. Der Vorstand kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen; diese können besoldet oder unbesoldet, Actionäre oder Andere sein. Ihre Bestellung ist zu jeder Zeit widerruflich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen. — Art. 228. Die jeweiligen Mitglieder des Vorstandes müssen alsbald nach ihrer Bestellung zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden. Der Anmeldung ist ihre Legitimation beizufügen. Sie haben ihre Unterschrift vor dem Handelsgerichte zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen. Das Handelsgericht hat die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten. — Art. 229. Der Vorstand hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Form seine Willenserklärungen kundzugeben und für die Gesellschaft zu zeichnen. Ist nichts darüber bestimmt, so ist die Zeichnung durch sämtliche Mitglieder des Vorstandes erforderlich. Die Zeichnung geschieht in der Weise, dass die Zeichnenden zu der Firma der Gesellschaft oder zu der Benennung des Vorstandes ihre Unterschrift hinzufügen. — Art. 230. Die Gesellschaft wird durch die von dem Vorstande in ihrem Namen geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet; es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Gesellschaft geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, dass es nach dem Willen der Contrahenten für die Gesellschaft geschlossen werden sollte. — Art. 231. Der Vorstand ist der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, welche in dem Gesellschaftsvertrage oder durch Beschlüsse der Generalversammlung für den Umfang seiner Befugnisse, die Gesellschaft zu vertreten, festgesetzt sind. Gegen dritte Personen hat jedoch eine Beschränkung der Befugnisse des Vorstandes, die Gesellschaft zu vertreten, keine rechtliche Wirkung. Diess gilt insbesondere für den Fall, dass die Vertretung sich nur auf gewisse Geschäfte oder Arten von Geschäften erstrecken, oder nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten stattfinden soll, oder dass die Zustimmung

der Generalversammlung, eines Verwaltungsraths, eines Aufsichtsraths oder eines anderen Organes der Actionäre für einzelne Geschäfte erfordert ist. — Art. 234. Der Betrieb von Geschäften der Gesellschaft, sowie die Vertretung der Gesellschaft in Bezug auf diese Geschäftsführung kann auch sonstigen Bevollmächtigten oder Beamten der Gesellschaft zugewiesen werden. In diesem Falle bestimmt sich die Befugniß derselben nach der ihnen erteilten Vollmacht; sie erstreckt sich im Zweifel auf alle Rechtshandlungen, welche die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt. — Art. 236. Die Generalversammlung der Actionäre wird durch den Vorstand berufen, soweit nicht nach dem Gesellschaftsvertrage auch andere Personen dazu befugt sind. — Art. 237. Eine Generalversammlung der Actionäre ist, ausser den im Gesellschaftsvertrage ausdrücklich bestimmten Fällen, zu berufen, wenn diess im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Die Generalversammlung muss auch dann berufen werden, wenn diess ein Actionär oder eine Anzahl von Actionären, deren Actien zusammen den zehnten Theil des Grundcapitals darstellen, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen. Ist in dem Gesellschaftsvertrage das Recht, die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, an den Besitz eines grösseren oder eines geringeren Antheils am Grundcapital geknüpft, so hat es hierbei sein Bewenden. — Art. 238. Die Berufung der Generalversammlung hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Weise zu erfolgen. Der Zweck der Generalversammlung muss jederzeit bei der Berufung bekannt gemacht werden. Ueber Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gefasst werden; hiervon ist jedoch der Beschluss über den in einer Generalversammlung gestellten Antrag auf Berufung einer ausserordentlichen Generalversammlung ausgenommen. Zur Stellung von Anträgen und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es der Ankündigung nicht. — Art. 239. Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Bücher der Gesellschaft geführt werden. Er muss den Actionären spätestens in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres eine Bilanz des verfloßenen Geschäftsjahres vorlegen. Zur Entlastung des Vorstandes bei Legung der Rechnungen können Personen nicht bestellt werden, welche auf irgend eine Weise an der Geschäftsführung Theil nehmen. Dieses Verbot bezieht sich nicht auf die Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht. — Art. 240. Ergibt sich aus der letzten Bilanz, dass sich das Grundcapital um die Hälfte vermindert hat, so muss der Vorstand unverzüglich eine Generalversammlung berufen und dieser, sowie der zuständigen Verwaltungsbehörde davon Anzeige machen. Die Verwaltungsbehörde kann in diesem Falle von den Büchern der Gesellschaft Einsicht nehmen und nach Befinden der Umstände die Auflösung der Gesellschaft verfügen. Ergibt sich, dass das Vermögen der Gesellschaft nicht mehr die Schulden deckt, so muss der Vorstand hiervon dem Gericht behufs der Eröffnung des Concourses Anzeige machen. — Art. 241. Die Mitglieder des Vorstandes sind aus den von ihnen im Namen der Gesellschaft vorgenommenen Rechtshandlungen Dritten gegenüber für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft persönlich nicht verpflichtet. Mitglieder des Vorstandes, welche ausser den Grenzen ihres Auftrags, oder den Vorschriften dieses Titels oder des Gesellschaftsvertrags entgegen handeln, haften persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden. Diess gilt insbesondere, wenn sie der Bestimmung des Art. 217 entgegen an die Actionäre Dividenden oder Zinsen zahlen, oder wenn sie zu einer Zeit noch Zahlungen leisten, in welcher ihnen die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft hätte bekannt sein müssen.“

4. Abschnitt. Auflösung der Gesellschaft.

Art. 242. „Die Actiengesellschaft wird aufgelöst: 1) durch Ablauf der im Gesellschaftsvertrage bestimmten Zeit; 2) durch einen notariell oder gerichtlich beurkundeten Beschluss der Actionäre; 3) durch Verfügung der Verwaltungsbehörde, wenn sich das Grundcapital um die Hälfte vermindert hat (Art. 240); 4) durch Eröffnung des Concourses. Wenn die Auflösung einer Actiengesellschaft aus anderen Gründen oder die Zurücknahme der staatlichen Genehmigung nach dem in den einzelnen Staaten geltenden Recht erfolgt, so finden die Bestimmungen

dieses Abschnitts ebenfalls Anwendung. — Art. 243. Die Auflösung der Gesellschaft muss, wenn sie nicht eine Folge des eröffneten Concurses ist, durch den Vorstand, bei Ordnungsstrafe, zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden; sie muss zu drei verschiedenen Malen durch die hierzu bestimmten öffentlichen Blätter (Art. 209, Ziff. 11) bekannt gemacht werden. Durch diese Bekanntmachung müssen zugleich die Gläubiger aufgefordert werden, sich bei der Gesellschaft zu melden. — Art. 244. Die Liquidation geschieht durch den Vorstand, wenn nicht dieselbe durch den Gesellschaftsvertrag oder einen Beschluss der Actionäre an andere Personen übertragen wird. Es kommen die bei der offenen Handelsgesellschaft über die Anmeldung und das Rechtsverhältniss der Liquidatoren gegebenen Bestimmungen auch hier zur Anwendung, mit der Maassgabe, dass die Anmeldungen behufs der Eintragung in das Handelsregister durch den Vorstand zu machen sind. Die Bestellung der Liquidatoren ist jederzeit widerruflich. — Art. 245. Das Vermögen einer aufgelösten Actiengesellschaft wird nach Tilgung ihrer Schulden unter die Actionäre nach Verhältniss ihrer Actien vertheilt. Die Vertheilung darf nicht eher vollzogen werden, als nach Ablauf eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die Bekanntmachung in den hierzu bestimmten öffentlichen Blättern (Art. 243) zum dritten Male erfolgt ist. In Ansehung der aus den Handelsbüchern ersichtlichen oder in anderer Weise bekannten Gläubiger und in Ansehung der noch schwebenden Verbindlichkeiten und streitigen Forderungen kommen die bei der Commanditgesellschaft auf Actien gegebenen Bestimmungen (Art. 202, Abs. 2 und 3) zur Anwendung. Mitglieder des Vorstandes und Liquidatoren, welche diesen Vorschriften entgegenhandeln, sind persönlich und solidarisch zur Erstattung der geleisteten Zahlungen verpflichtet. — Art. 247. Die Auflösung einer Actiengesellschaft durch Vereinigung derselben mit einer anderen Actiengesellschaft (Art. 215) kann nur unter staatlicher Genehmigung erfolgen. Es kommen bei dieser Auflösung folgende Bestimmungen zur Anwendung: 1) Das Vermögen der aufzulösenden Gesellschaft ist so lange getrennt zu verwalten, bis die Befriedigung oder Sicherstellung ihrer Gläubiger erfolgt ist. 2) Der bisherige Gerichtsstand der Gesellschaft bleibt für die Dauer der getrennten Vermögensverwaltung bestehen; dagegen wird die Verwaltung von der anderen Gesellschaft geführt. 3) Der Vorstand der letzteren Gesellschaft ist den Gläubigern für die Ausführung der getrennten Verwaltung persönlich und solidarisch verantwortlich. 4) Die Auflösung der Gesellschaft ist zur Eintragung in das Handelsregister bei Ordnungsstrafe anzumelden. 5) Die öffentliche Aufforderung der Gläubiger der aufgelösten Gesellschaft (Art. 243) kann unterlassen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Jedoch ist die Vereinigung der Vermögen der beiden Gesellschaften erst in dem Zeitpunkte zulässig, in welchem eine Vertheilung des Vermögens einer aufgelösten Actiengesellschaft unter die Actionäre erfolgen darf (Art. 245). — Eine theilweise Zurückzahlung des Grundcapitals an die Actionäre kann nur auf Beschluss der Generalversammlung erfolgen; dieser Beschluss bedarf zu seiner Gültigkeit der staatlichen Genehmigung. Die Zurückzahlung kann nur unter Beobachtung derselben Bestimmungen erfolgen, welche für die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens im Falle der Auflösung maassgebend sind (Art. 243, 245). Die Mitglieder des Vorstandes, welche dieser Vorschrift entgegenhandeln, sind den Gläubigern der Gesellschaft persönlich und solidarisch verhaftet.“

5. Abschnitt. Schlussbestimmungen.

Art. 249. „Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, dass es der staatlichen Genehmigung zur Errichtung von Actiengesellschaften im Allgemeinen oder von einzelnen Arten derselben nicht bedarf. Auch in diesem Falle kommen jedoch die Bestimmungen dieses Titels zur Anwendung, ausgenommen insoweit dieselben: 1) zur Errichtung einer Actiengesellschaft (Art. 208, 210, 211), 2) zu Beschlüssen der Generalversammlung (Art. 214), 3) zur Auflösung einer Actiengesellschaft durch Vereinigung mit einer anderen Actiengesellschaft (Art. 247), 4) zur theilweisen Zurückzahlung des Grundcapitals an die Actionäre (Art. 248) die staatliche Genehmigung und deren Eintragung in das Handelsregister erfordern, und 5) die Anzeige, dass sich das Grundcapital um die

Hälfte vermindert hat, sowie die hierauf zu erlassende Verfügung der Verwaltungsbehörde (Art. 240, 242, Ziff. 3) zum Gegenstande haben; der Gesellschaftsvertrag muss jedoch die in dem Art. 209 verzeichneten Bestimmungen enthalten, bevor die in dem Art. 210 vorgeschriebene Eintragung in das Handelsregister erfolgen kann. Ausserdem bleibt den Landesgesetzen überhaupt vorbehalten, zu bestimmen, dass für besondere Arten von Actiengesellschaften oder in besonderen Fällen durch den Gesellschaftsvertrag mit staatlicher Genehmigung 1) die in dem Art. 222 bestimmte Höhe der Einzahlung von vierzig Procent des Nominalbetrages der Actien bis auf fünfundzwanzig Procent dieses Betrages herabgesetzt, und 2) die in dem Art. 239 bestimmte Frist zur Vorlegung der Bilanz bis auf zwölf Monate seit Ablauf des Geschäftsjahres ausgedehnt werden darf.

Viertes Buch. Von den Handelsgeschäften. 2. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 306. „Wenn Waaren oder andere bewegliche Sachen von einem Kaufmanne in dessen Handelsbetriebe veräussert und übergeben worden sind, so erlangt der redliche Erwerber das Eigenthum, auch wenn der Veräusserer nicht Eigenthümer war. Das früher begründete Eigenthum erlischt. Jedes früher begründete Pfandrecht oder sonstige dingliche Recht erlischt, wenn dasselbe dem Erwerber bei der Veräusserung unbekannt war. — Sind Waaren oder andere bewegliche Sachen von einem Kaufmann in dessen Handelsbetriebe verpfändet und übergeben worden, so kann ein früher begründetes Eigenthum, Pfandrecht oder sonstiges dingliches Recht an den Gegenständen zum Nachtheil des redlichen Pfandnehmers oder dessen Rechtsnachfolgers nicht geltend gemacht werden. — Das gesetzliche Pfandrecht des Commissionärs, Spediteurs und Frachtführers steht einem durch Vertrag erworbenen Pfandrechte gleich. — Dieser Artikel findet keine Anwendung, wenn die Gegenstände gestohlen oder verloren waren. — Art. 307. Die Bestimmungen des vorigen Artikels finden bei Papieren auf Inhaber auch dann Anwendung, wenn die Veräusserung oder Verpfändung nicht von einem Kaufmann in dessen Handelsbetriebe geschehen ist, und wenn die Papiere gestohlen oder verloren waren. — Art. 308. Durch die beiden vorhergehenden Artikel werden die Landesgesetze nicht berührt, welche für den Besitzer noch günstigere Bestimmungen enthalten. — Art. 309. Die zur Bestellung eines Faustpfandes in dem bürgerlichen Rechte vorgeschriebenen Förmlichkeiten sind nicht erforderlich, wenn unter Kaufleuten für eine Forderung aus beiderseitigen Handelsgeschäften ein Faustpfand an . . . Papieren auf Inhaber, oder an Papieren, welche durch Indossement übertragen werden können, bestellt wird. — In diesem Falle genügt neben der einfachen Vereinbarung über die Verpfändung: 1) bei . . . Papieren auf Inhaber die Uebertragung des Besitzes auf den Gläubiger, wie solche nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts für das Faustpfand erfordert wird; 2) bei Papieren, welche durch Indossement übertragen werden können, die Uebergabe des indossirten Papiers.“

Diess die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, welche unsern Gegenstand insbesondere betreffen. Wenn dasselbe auch da, wo es bis jetzt nicht mittelst besonderer Einführungsgesetze promulgirt worden ist, noch keine Gesetzeskraft erlangt hat, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, dass es von der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Staaten unverändert angenommen und so alsbald zum gemeinsamen Recht werden wird. Das preuss. Einführungsgesetz vom 24. Juni 1861 ¹⁾ hat den rühmenswerthen Anfang damit gemacht, indem es von abändernden Bestimmungen Umgang nahm und nur die Anwendung des allgemeinen Handelsgesetzbuches auf die concreten Verhältnisse und Einrichtungen regelte, auch die nöthigen Ergänzungen beifügte. Danach können beispielsweise Commanditactiengesellschaften ohne staatliche Genehmigung errichtet werden; die persönlich haftbaren Gesellschafter sind aber mit hohen Strafen

¹⁾ Ges.-Samml. von 1861, Nr. 27, S. 449 ff.

(bis zu 3 Monaten Gefängniss) bedroht, wenn sie falsche Angaben machen und durch ihre Schuld die Gesellschaft länger als 3 Monate ohne Aufsichtsrath geblieben ist. Gleiche Strafe trifft die Vorstände reiner Actiengesellschaften, welche die Anzeige zu machen unterlassen, dass das Vermögen der Gesellschaft nicht mehr die Schulden decke. Ferner verwirkt die Gesellschaft ihre Existenz, wenn sie sich rechtswidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, ohne alle Entschädigung, jedoch nur in Folge eines gerichtlichen Erkenntnisses. Auch bestimmt das preussische Einführungsgesetz, dass die Art. 306 und 307 des Handelsgesetzbuches bei Papieren auf den Inhaber so lange keine Anwendung finden, als diese ausser Cours gesetzt sind.

Wegen den sonstigen hieher gehörigen, die Papiere auf den Inhaber allgemein treffenden Landesgesetzen können wir auf unsere frühere Darstellung verweisen, und zwar zunächst auf die in Preussen, Königreich Sachsen und Baden erlassenen Verbote gegen die Ausstellung von au porteur-Papieren ohne staatliche Erlaubniss (oben S. 499); sodann auf die hinsichtlich der Verjährung, Mortification, Vindication, Ausser- und Wiederincourssetzung der Inhaberpapiere sammt Coupons und Talons ergangenen Vorschriften (für Oesterreich oben §. 20, S. 98—103; für Preussen §. 32, S. 145—152; für Bayern §. 44, S. 192—197; für Königreich Sachsen §. 56, S. 227—233; in Württemberg sind bis jetzt nur Staats- und Ablösungspapiere legislatorisch behandelt worden; für Hannover §. 79, S. 287—291; für Baden §. 90, S. 313—314; für Hessen-Darmstadt §. 100, S. 336—338; für Hessen-Cassel §. 110, S. 355—358; für Nassau §. 120, S. 372—374; für Braunschweig §. 130, S. 388—389 etc.). Doch ist dabei nicht ausser Aug' zu lassen, dass sich jene Gesetze vielfach nur auf Staatspapiere beziehen. In der Regel ordnen daher die Statuten der einzelnen Actiengesellschaften die gedachten Rechtsverhältnisse selbst, worauf wir zurückkommen werden.

§. 184.

Das Institut der Genussscheine.

Die Actiengesellschaften sind meistens nur auf eine bestimmte Dauer concessionirt und bei einzelnen derselben, namentlich bei Eisenbahngesellschaften, ist zuweilen die Bedingung Seitens des Staats gestellt, dass die betreffenden Bahnen mit dem Ablaufe der Concession unentgeltlich an den Staat zurückfallen sollen. Solche Gesellschaften müssen nun die ausgegebenen Actien nach einem bestimmten, auf die Concessionsdauer des Unternehmens berechneten Plane successive tilgen, was im Wege der Verloosung geschieht. Es würde aber dem Begriffe einer Actiengesellschaft, bei welcher jeder Actionär nach Verhältniss seiner Einlage Antheil am Vermögen, Gewinn und Verlust der Gesellschaft für deren ganze Dauer erwirbt, widersprechen, wenn ihm mit der Rückzahlung seiner Einlage alle Betheiligung am Unternehmen entzogen würde. Um diese Begriffswidrigkeit zu beseitigen, hat man das Institut der sogen. Genussscheine ins Leben gerufen, darin bestehend, dass der Inhaber einer getilgten Actie nach wie vor Actionär bleibt, statt seiner Actie aber ein Document empfängt, welches ihm auch künftighin den Genuss der Superdividende, d. h. denjenigen Antheil am Gewinn, welcher nach Abrechnung der besonders regulirten Zinsen übrig bleibt, sichert.

Bei solchen Gesellschaften erhalten, wie man sieht, die Actionäre zuvörderst feste Zinsen und erst nach Berichtigung derselben Superdividenden.

Diese ganze Einrichtung ist aber mit Sicherheit nur da ausführbar, wo die fixen Zinsen und ausserdem eine bestimmte Tilgungsquote besonders garantirt sind, und sie kommt auch nur in solchen Fällen vor, namentlich in Oesterreich. Wie freilich die Sache sich da gestaltet, wo das garantirte Capital überschritten wird, wie es oft vorkommt, und wo das Unternehmen eine Superdividende nicht abwirft, lässt sich leicht vermuthen. Es muss hier schliesslich ein Verlust entstehen, der die Actien trifft.

Einzelne Papiere.

A. Von Eisenbahngesellschaften.*)

§. 185.

Erste Gruppe. Preussische Privatbahnen.

Der preussische Staat war, wie wir an einem andern Orte zu bemerken Gelegenheit gehabt haben (S. 125), bis zum Jahr 1848 gesetzlich verhindert, Eisenbahnen auf Staatskosten (durch Schuldvermehrung) zu bauen. Er blieb aber dem Eisenbahnbau dennoch keineswegs fremd, vielmehr beförderte er denselben frühzeitig durch Concessionsertheilung an Privatgesellschaften, durch Betheiligung am Actiencapital derselben und durch Uebnahme von Zinsgarantien. Nebendem war Preussen der erste Staat Deutschlands, welcher das Actienwesen überhaupt, und speciell die Verhältnisse der Eisenbahngesellschaften gesetzlich ordnete. Später ging man auch zum Staatsbau über, und seit geraumer Zeit ist das Streben sichtbar, die Hauptlinien des preuss. Eisenbahnsystems nach und nach direct oder indirect in die Hände des Staats zu bringen. Man geht dabei nach einem sehr constanten und vernünftigen Plane zu Werke, indem man die Zuflüsse von den Privatbahnen, abzüglich der Verwendungen auf dieselben in Folge der übernommenen Zinsgarantien, zum Aufkauf von Actien verwendet. Diese Zuflüsse sind theils Folge davon, dass der Staat sich als Actionär betheiligt hat und als solcher Dividenden bezieht, theils bestehen sie in den Reingewinnantheilen, welche der Staat sich sonst bei einzelnen von ihm begünstigten Bahnen ausbedungen hat, theils endlich in der Eisenbahnsteuer, welche von den Gesellschaften erhoben wird. Ausser dieser directen Erwerbung hat aber der Staat eine Reihe Privatbahnen, welchen er Unterstützung angedeihen liess, dazu vermocht, dass sie ihm Betrieb und Verwaltung überliessen, ohne dass dabei das Eigenthum der Bahn an den Staat überging. Letzteres geschah dagegen bei der Niederschlesisch-Märkischen und der Münster-Hammer Bahn, welche der Staat mit allen Lasten und Schulden übernommen hat. (Vergl. oben S. 160.)

*) Literatur: v. Reden, die Eisenbahnen Deutschlands, Berlin, 1843—47. Dessen Eisenbahn-Jahrbuch (Fortsetzung des eben genannten Werks), 1846, 1847. Mekarsky, das Eisenbahnwesen nach allen Beziehungen kritisch beleuchtet, Wien, 1837. Pöhls, das Recht der Actiengesellschaften mit besonderer Rücksicht auf Eisenbahnges., Hamburg, 1842. Michaelis, Deutschlands Eisenbahnen, 2. Aufl., Leipzig, 1859. Hübner, Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, Leipzig, 1852—61. (Alle Jahrgänge gewähren reiche Ausbeute.) Noback, allgem. Börsen- und Comptoirbuch, I. Band, S. 76 ff.

Die sehr beschränkenden Gesetze Preussens über den Actienhandel sind neuester Zeit aufgehoben worden, wesshalb wir davon Umgang nehmen können. Auch das Gesetz über die Actiengesellschaften vom 9. Nov. 1843 ist durch das von uns auszugsweise reproducirte deutsche Handelsgesetzbuch ersetzt und daher ausser Wirksamkeit getreten.¹⁾ Dagegen haben wir die noch wirksamen Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. Nov. 1838,²⁾ dann die Cabinetsordre vom 22. Dec. 1843, die Annahme der Eisenbahnactien als pupillen- und depositalmässige Sicherheit betreffend³⁾ und das Gesetz vom 30. Mai 1853 über die von den Eisenbahnen zu entrichtende Abgabe⁴⁾ ihrem Hauptinhalte nach anzuführen. Sie verordnen:

- 1) Die Concessionen werden nicht auf eine bestimmte Zeitgrenze beschränkt, der Staat hat aber das Recht, das Eigenthum der Bahn mit allem Zubehör gegen vollständige Entschädigung anzukaufen, jedoch gegen den Willen der Gesellschaft erst nach Ablauf von 30 Jahren, vom Zeitpunkt der Betriebseröffnung an gerechnet, und nur nach mindestens ein Jahr vorher geschעהener Anzeige dieses Vorhabens.
- 2) Die Entschädigung besteht, wenn sie nicht durch freie Uebereinkunft anders regulirt wird, im 25fachen Betrage derjenigen jährlichen Dividende, welche an sämtliche Actionäre im Durchschnitt der letzten 5 Jahre ausbezahlt worden ist, wobei dann Activen und Passiven der Gesellschaft an den Staat mit übergehen.
- 3) Für Kriegsbeschädigungen und Demolirungen, es mögen solche vom Feinde oder im Interesse der Landesvertheidigung veranlasst werden, haben die Gesellschaften vom Staate keine Entschädigung anzusprechen.
- 4) Die Anlage einer zweiten Eisenbahn mit gleicher Richtung und mit Berührung derselben Hauptpunkte ist 30 Jahre lang nach Eröffnung der Bahn jedem andern Unternehmer untersagt.
- 5) Dagegen haben die Bahnen den Posttransport des Staats unentgeltlich zu besorgen.
- 6) Die ertheilte Concession wird verwirkt und die Bahn mit allem Zubehör für Rechnung der Gesellschaft öffentlich versteigert, wenn diese eine der allgemeinen oder besondern Bedingungen nicht erfüllt und eine Aufforderung zur Erfüllung binnen einer endlichen Frist von mindestens 3 Monaten ohne Erfolg bleibt.
- 7) Die Eisenbahnabgabe stuft sich nach dem Reinertrage der Bahn ab und beträgt von einem Reinertragnisse unter 4%: $\frac{1}{40}$, von 4—5%: $\frac{1}{20}$, von 5—6%: $\frac{1}{10}$, von über 6%: $\frac{1}{5}$. Sie soll nur zur Amortisation der Actien durch Ankauf verwendet werden. Gewerbesteuer zahlen die Bahnen nicht.
- 8) Den vom Staate unbedingt garantirten Eisenbahnactien und Obligationen ist pupillarisches und depositalmässige Qualität beigelegt.
- 9) Zur Emission von Actien über den ursprünglich festgesetzten Betrag hinaus und zur Aufnahme von Anleihen ist staatliche Genehmigung einzuholen, welche bei den letzteren an die Bedingung eines festzustellenden Zins- und Tilgungsfonds geknüpft werden kann.

Diese allgemeinen Vorschriften können übrigens bei Ertheilung der Concessionen modificirt und ergänzt werden, was wiederholt geschehen ist. Auch

¹⁾ Vergl. Einführungsgesetz zum allg. deutschen Handelsgesetzb. vom 24. Juni 1861 Art. 12, Ges.-Samml. S. 455.

²⁾ Ges.-Samml. S. 505.

³⁾ Ges.-Samml. von 1844, S. 43.

⁴⁾ Ges.-Samml. S. 449.

hat das Handelsministerium im Verwaltungswege die Eisenbahngesellschaften zur Ablage eines nach Verhältniss der Abnutzung der Bahnen zu bestimmenden Reserve- und Erneuerungsfonds angehalten, wozu die traurige Catastrophe der Cosel-Oderberger Bahn die nächste und sehr begründete Veranlassung geboten hat.

Man hat die Behandlung der preuss. Privatbahnen Seitens der Regierung vielfach als chicanös angegriffen. Wir haben den Grund oder Ungrund dieser Angriffe nicht zu untersuchen, wohl aber zu constatiren, dass für den Gläubiger der Actiengesellschaften nirgends besser gesorgt ist, als eben in Preussen. Auch im wohlverstandenen Interesse des Actionärs muss es wohl unzweifelhaft liegen, wenn sichernde Maassregeln dafür getroffen werden, dass die finanziellen Verhältnisse und die Prosperität des Unternehmens nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft geordnet bleiben. Wenn gesetzliche Regeln aufgestellt werden, die Emission von Actien überwacht und die Ausgabe von Prioritätsobligationen nur auf Grund staatlicher Genehmigung mit klarer Feststellung aller rechtlichen Verhältnisse gestattet wird, so dass der Actionär wie der Inhaber von Prioritätsobligationen genau wissen kann, auf welchem Boden er steht; so kann diess dem Credit der Gesellschaften nur dienlich sein. Auch der Vorzug der preussischen Eisenbahnobligationen ist hervorzuheben, welcher darin besteht, dass die Prioritätsrechte der einzelnen Anlehen unter sich genau fixirt sind und dass es keine offenen Anlehen mit unbegrenzter Emissionsbefugniss, nach Art der französischen Gesellschaften, gibt. Viele von den Actien und Prioritätsobligationen preussischer Privatbahnen können ebendesshalb zur festen Capitalanlage mit Ruhe empfohlen werden, zumal diejenigen, welchen Staatsgarantie zur Seite steht.

Was die letztere betrifft, so können wir, um Wiederholungen zu vermeiden, auf das verweisen, was wir schon oben S. 130—131 angeführt haben. Nachzutragen haben wir aber die inzwischen neu übernommenen Zinsgarantien, und zwar:

- 1) für die Berlin-Stettiner Bahn: Garantie für $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen aus den Prioritätsobligationen IV. Emission à 12,000,000 Thlr.;¹⁾
- 2) zu Gunsten der Rhein-Nahe-Bahn: Gewähr für $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen der Prioritätsobligationen III. Emission à 2,250,000 Thlr.²⁾

Noch bleibt uns anzufügen, dass die Inhaber der Prioritätsobligationen preussischer Bahnen unter gewissen Voraussetzungen die Heimzahlung ihrer Forderungen verlangen können, nämlich alsdann:

- a) wenn ein Zinszahlungstermin über 3 Monate lang unberichtigt bleibt;
- b) wenn der Bahnbetrieb länger als 6 Monate aufhören würde;
- c) wenn gegen die Gesellschaft Schulden halber Execution vollstreckt, und
- d) wenn der gesetzlich festgestellte Tilgungsplan nicht eingehalten würde.

In den Fällen a—c kann sofortige Rückzahlung verlangt werden, wogegen im Falle d 3monatliche Kündigung einzutreten hat.

Die ordentliche Tilgung sämmtlicher Prioritätsobligationen geschieht im Wege der Verloosung; auch wachsen überall die Zinsen aus den verloosten Obligationen dem Tilgungsfonds zu. Diess gilt nicht nur von den Prioritätsobligationen der preussischen, sondern von denen aller deutschen Eisenbahnen.

¹⁾ Gesetz vom 22. Mai 1861, Ges.-Samml. S. 235; Privilegium vom 21. Juni 1861, das. S. 433.

²⁾ Gesetz vom gleichen Tage, das. S. 233.

Preussische Privat-Eisenbahnen.

Name und Sitz der Gesellschaft.	Umfang und Richtung der Bahn.		Stamm-Actien.				Prioritäts-Action und Prioritäts-Obligationen.								Betriebs-Ergebnisse.						a) Reserve-, b) Erneuerungsfonds.*
	Länge in preuss. Meilen.	Einzelne Linien.	Zahl.	Bezeichnung.	Betrag pr.Stk. im Ganzen.	Cours Ende Sept. 1861.	Jahr der Emission.	Serie oder Emission.	Haftend auf der Linie	Betrag.	Zins- fuss.	Zinstermin.	Tilgungsfonds und Beginn der Tilgung.	Cours Ende Sept. 1861.	Im Jahr	Auf der Linie	Einnahmen, brutto.	Ausgaben, brutto.	Ueberschuss.	Dividende, incl. Zinsen.	
I. Unter Staatsverwaltung.					Thlr.	Thlr.				Thlr.	%						Thlr.	Thlr.	Thlr.	Der Staat hat 3½% Zinsen des Actiencapitals garantirt und musste bisher stets namhafte Zuschüsse leisten, um den Actionären diese 3½% auszahlen zu können.	1860: a: 23,609 Thlr. b: 71,678 „ 95,287 Thlr.
1) Aachen-Düsseldorf in Aachen.	11,535	a) Aachen-Obercassel-Düsseldorf. b) Kohlscheidt-Kämpchen.	20,000	—	200	4,000,000	82½ G.	1852 1854 1855	S. I. „ II. „ III.	a u. b. dto. dto.	612,000 550,000 850,000	4½ 4 4½	Janr. u. Juli. dto. dto.	1½% von 1854 an. „ „ 1856 „ „ „ 1858 „	86½ G. 86½ „ 94½ „	1858 1859 1860	a u. b. dto. dto.	567,992 515,913 548,535	261,588 243,085 235,691	306,404 272,878 312,844	
2) Ruhrort-Crefeld-Kreis-Gladbach in Crefeld.	5,594	Homburg-Crefeld-Viersen-Gladbach.	15,000	—	100	1,500,000	83 G.	1850 1853 1856	E. I. „ II. „ III.	— — —	612,000 550,000 850,000	4½ 4 4½	Janr. u. Juli. dto. dto.	1½% von 1853 an. „ „ 1856 „ „ „ 1858 „	97¼ G. — 94¾ G.	1858 1859 1860	— — —	363,680 320,036 349,905	170,287 148,234 150,118	193,393 171,802 199,786	Auch hier musste der Staat, kraft übernommener Garantie, mit Ausnahme von 1856 und 1857, Zuschüsse leisten, um den Actionären 3½% zu gewähren.
3) Bergisch-Märkische in Elberfeld. *) Die 5proc. Prioritätsobligationen der I. und II. Serie der Hauptbahn sind gegenwärtig in der Convertirung auf 4½% begriffen.	11,285 7,137 14—15 ? ?	a) Elberfeld-Dortmund. b) Düsseldorf-Elberfeld. c) Dortmund-Soest. d) Hagen-Limburg-Siegen (Ruhr-Sieg-Bahn). e) Witten-Oberhausen und Duisburg. (Letztere beide Bahnen im Bau begriffen.) f) Lethmathe-Iserlohn. (Noch nicht begonnen.)	40,000 17,130 5,000 50,000	Lit. A für die Linie a. Lit. A für die Linie b. Lit. B für die Linie c. Neue Lit. A.	100 100 100 100	4,000,000 1,713,000 500,000 5,000,000	99¼ G. 99¼ G. — 99¼ G.	1848 1849 1850 1860 1850 1853 1857 1856	S. I. „ II. „ III. „ IV. „ I. „ II. „ III. „ III.	a. a. a. b. a. b. c. d.	800,000 300,000 1,300,000 1,000,000 1,000,000 400,000 1,350,000 1,270,000 12,250,000	5* 5* 5* 5 5 5 4½ 4½ 3½	Janr. u. Juli. dto. dto. dto. 1. Janr. 1852 1½% von 1855 an. 6,750 Thlr. von 1860 an. 1½% von 1861 an. „ „ 1856 „	8,000 Thlr. von 1854 an. 3,000 „ „ 1855 „ 18,000 „ „ 1855 „ 1½% von 1866 an. 1 „ „ 1852 1½% „ 1855 6,750 Thlr. von 1860 an. 1½% von 1861 an. „ „ 1856 „	{ 101¼ Br. 1859 a. 100¾ „ — 90¼ „ — 90 Br. 98 81½ „ G.	1857 1859 1860 1857 1859 1860	a. a. a, b, c. b. c.	1,095,355 1,217,840 1,339,084 324,499 369,487 367,290	526,855 519,613 553,481 173,884 174,627 175,100	568,500 698,227 795,602 150,615 194,860 192,190	1851: 1, 1852: 1½, 1853: 2, 1854: 2½, 1855: 3, 1856: 3½% auf die 4 Mill. Aktien Lit. A. 1857: 3½% auf 4 Mill. Lit. A und ½ Mill. Lit. B. 1858 für 5,713,000 Thlr. Lit. A und 500,000 Thlr. Lit. B je 4%. 1859 für A 4½, für B 4%. 1860 für A 5½, für B 4%.
4) Prinz Wilhelmsbahn in Bergisch Langenberg.	4,300	Steele-Langenberg-Vohwinkel.	13,000	—	100	1,300,000	55 G.	1847 1848 1855	S. I. „ II. „ III.	— — —	325,000 375,000 400,000	5 5 5	Janr. u. Juli. dto. dto.	1½% seit 1850. „ „ 1853. „ „ von 1861 an.	— — —	1858 1859 1860	— — —	242,984 224,421 243,508	136,110 120,324 125,748	106,874 104,097 117,760	1849: 1%, dann bis 1854: 0. 1855, 56 und 57 je 1½, 1858: 2, 1859: 1½ und 1860: 2%.
5) Oberschlesische Bahn in Breslau.	31,742 27,870 13,030	a) Breslau - Brieg - Cosel - Myslowitz - Neu-Berun (Hauptbahn) mit Zweigbahnen an die polnische Grenze, nach Tarnowitz und Hohensalze. hütte. b) Breslau-Posen mit Zweigb. nach Glogau. c) Oberschlesische Bergwerks-Zweigbahnen.	39,031 24,000 63,381	Lit. A. „ B. „ C.	100 100 100	3,903,100 2,400,000 6,303,100	126½ G. 113½ G. 126½ G.	1843 1845 1853 1853 1857 1851	Lit. A. „ B. „ D. „ E. „ F. „ C.	a. a. a. b. a. c.	370,300 1,276,800 6,500,000 8,000,000 4,044,900 1,000,000	4 3½ 4 3½ 4½ 4½	Janr. u. Juli. dto. dto. April u. Oct. dto. Janr. u. Juli.	1,800 Thlr. seit 1845. 6,300 „ „ 1846. 32,500 „ „ 1856. 1½% seit 1856. „ „ 1860. 5,000 Thlr. seit 1853.	— 84 G. 92½ Br. 81½ G. 91½ Br. 92½ „	1857 1858 1859 1860 1859 1859	a. a u. c. 1859 a. a, b, c. b. c.	2,938,264 1,050,590 2,580,271 889,596 984,159 712,126 202,294	904,881 2,070,212 1,889,596 1,940,333 1,944,335 355,447 210,158	2,033,383 2,070,212 1,690,675 1,944,333 356,678 0.	1847: 6, 1848: 6½, 1849: 5½, 1850: 7, 1851: 8, 1852: 10, 1853: 10, 1854: 10½, 1855: 11½, 1856: 11½, 1857: 13, 1858: 8½, 1859: 6½, 1860: 7½. Vom Reinertrag des gesamten Actiencapitals über 5% erhält der Staat ½, derselbe besitzt von den Actien Lit. B den 7. Theil.
6) Rhein-Nahe-Bahn in Kreuznach.	16,300	Bingen-Kreuznach-Oberstein-Neunkirchen.	45,000	—	200	9,000,000	20¾ Br.	1859 1861	E. I. „ II.	— —	6,000,000 3,000,000	4½ 4½	Janr. u. Juli. dto.	1½% von 1866 an. „ „ „ „	97¾ Br. —	1860	—	317,116	199,073	118,043	Keine. Die ganze Bahn wurde erst im Mai 1860 eröffnet. Pro 1859 konnten nicht einmal die Bauszinsen bezahlt werden.
7) Stargard-Posen in Stettin.	22,639	Stargard-Woldenberg-Kreuz-Posen.	50,000	—	100	5,000,000	86¾ Br.	1852 1855 1858	S. I. „ II. „ III.	— — —	500,000 600,000 1,200,000	4 4½ 4½	April u. Oct. dto. dto.	2,500 Thlr. seit 1854. 1½% seit 1856. „ „ 1859.	100 Br. 99¼ G.	1857 1858 1859	— — —	1,247,058 718,483 683,024	579,195 586,360 411,148	667,863 132,123 191,995	1857: 5½%, sonst seit 1849 immer 3½%, welche der Staat vermöge der übernommenen Garantie theilweise suppliren musste.
8) Wilhelmsbahn in Ratibor.	21,520	Cosel-Ratibor-Oderberg mit Zweigbahnen Nendza-Rybnik-Nikolai und Ratibor-Leobschütz.	24,000 15,000	Stamm-Actien. Pr.-Actien à 5%.	100 100	2,400,000 1,500,000	31¼ Br. —	1847 1853 1856	E. I. „ II. „ III.	— — —	500,000 2,100,000 2,000,000	4 4 4½	Janr. u. Juli. dto. dto.	1½% seit 1850 u. 1854. „ „ 1857. „ „ 1858.	— — —	1858 1859 1860	— — —	447,561 459,017 505,611	234,000 222,926 228,577	213,561 236,091 277,034	Seit 1847: 1½, 2, 3½, 4, 5½, 9¼, 10½, 12, 16%; seit 1856 nichts mehr, da die Bahn vernachlässigt worden war und neue Linien hinzukamen.
II. In Verwaltung der Gesellschaften.																					
9) Aachen-Mastricht in Aachen und resp. Mastricht.	8,971	a) Aachen-Mastricht-Hasselt mit Zweigbahn in's Wurmlervier. b) Hasselt-Landen im Pacht.	13,750	—	200	2,750,000	16 G.	1854 1856	S. I. „ II.	— —	1,800,000 1,000,000	4½ 5	Janr. u. Juli. dto.	9,000 Thlr. seit 1858. 5,000 „ „ 1860.	64¾ Br. 64 G.	1859 1860	a u. b. dto.	206,846 245,310	179,002 193,369	27,844 51,941	Keine Dividende. Seit 1859 konnten nicht einmal die Priorit.-Zinsen bezahlt werden.
10) Berlin-Anhalt in Berlin.	30,989 16,657	a) Berlin-Jüterbogk-Röderau. b) Wittenberg-Dessau-Halle-Leipzig.	30,000 12,500	Lit. A ½, B ½. C für die Linie b.	200 200	6,000,000 2,500,000	132¾ G. 132¾ G.	1848 1856 1856	Pr.Action E. I. „ II.	a. a. b.	1,500,000 1,009,000 4,500,000	4 4½ 4½	Janr. u. Juli. dto. dto.	1% seit 1843. 1½% seit 1858. „ „ von 1861 an.	99 Br. 101¾ G. 101¾ „	1858 1859 1860	a. a. a u. b.	1,651,046 1,608,705 2,117,245	709,533 744,825 939,674	941,513 863,880 1,177,571	Seit 1842: 4½, 6, 6½, 6¾, 8, 7¾, 4, 4, 5, 6, 6, 7, 8, 9½, 3, 9, 8½, 7¾, 6½, 6½.
11) Berlin-Hamburg in Berlin.	35,3 1,7	a) Berlin-Wittenberge-Büchen-Bergedorf. b) Büchen-Lauenburg.	25,000 15,000	Lit. A (Privataction). Lit. B (Staatsaction).	200 200	5,000,000 3,000,000	115½ G. —	1846 1848 1856 ff.	E. I. „ II. „ III.	a u. b. dto. dto.	5,000,000 1,000,000 2,400,000	4½ 4½ 4½	Janr. u. Juli. dto. dto.	1½% seit 1848. „ „ 1849. 1½% „	— — —	1858 1859 1860	a u. b. dto. dto.	2,535,671 2,274,337 2,530,650	542,222 1,020,394 1,163,174	542,222 1,020,394 1,163,174	Für Lit. A seit 1847: 2½, 0, 4½, 4½, 4½, 4½, 4½, 5, 5, 5½, 6, 5½, 5½, 6¼, 4%. Für Lit. B seit 1852: 3½, 3½, 4, 4, 4½, 5, 4½, 4½, 5½, 4%.
12) Berlin-Potsdam-Magdeburg in Potsdam.	19,637	Berlin-Potsdam-Brandenburg-Cöthlin-Burg-Magdeburg.	40,000 10,000	Alte. Neue.	100 100	4,000,000 1,000,000	145½ G. dto.	1845 1846 1851	Lit. A, B. „ C. „ D.	— — —	2,367,200 3,132,800 2,989,800	4 4½ 4½	Janr. u. Juli. dto. dto.	1½% seit 1846. „ „ 1847½. „ „ 1854.	96 G. 101¾ Br. 101 Br.	1858 1859 1860	— — —	1,456,574 1,487,070 1,606,170	623,140 622,097 597,030	833,434 864,973 1,009,140	Seit 1849: 1½, 3, 3½, 3½, 4, 4, 5½, 7, 9, 7, 7, 9%, bis 1859 aus 4 Mill., pro 1860 aber aus 4½ Mill. Actiencapital.
13) Berlin-Stettin in Stettin.	17,852 4,576 22,000 ?	a) Berlin - Neustadt - Eberswalde - Angermünde-Stettin. b) Stettin-Stargard. c) Stargard-Cöslin mit Zweigbahn nach Colberg. d) Angermünde-Stralsund mit Zweigbahnen von Passowalk nach Stettin und nach Wolgast.	27,120 6,000	— — — —	200 100	5,424,000 600,000	118¾ G.	1848 1856 1858 1861	E. I. „ II. „ III. „ IV.	a u. b. c. c. d.	800,000 7,500,000 4,000,000 12,000,000	4½ 4 4 4½	Janr. u. Juli. April u. Oct. dto. Janr. u. Juli.	1½% seit 1849. „ „ 1858. „ „ 1860. „ „ vom 3. Jahre nach Eröffnung der Bahn d an.	101¼ G. 92¾ Br. 92¾ G.	1857 1858 1859 1860	a. a. a. a u. b.	1,277,480 903,103 859,900 1,081,369	643,793 563,696 544,892 640,523	683,687 339,407 315,008 441,446	Seit 1844: 5, 5½, 5½, 6, 4, 5½, 6½, 7½, 8, 8, 9, 9½, 9½, 9½, 6, 5½ und 6½.
14) Breslau-Schweidnitz-Freiburg in Breslau.	22,895	a) Breslau - Freiburg-Altwasser-Waldenb.-Hermersdorf. b) Liegnitz-Schweidnitz-Reichenb.-Frankenstein.	25,500	—	200	5,100,000	110½ G.	1843 1851 1853 1854 1858 1861	Pr.Action Lit. A. „ B. „ C. „ D. „ E.	a u. b. dto. dto. dto. dto. dto.	400,000 700,000 800,000 600,000 700,000 800,000	4 4 4 4 4½ 4½	Janr. u. Juli. dto. dto. dto. dto. dto.	1½% seit 1846. „ „ 1855. „ „ 1856. „ „ 1858. „ „ 1860. „ „ von 1864 an.	— — — — — —	1858 1859 1860	a u. b., jedoch ohne Reichenb.-Frankenst. a u. b.	773,784 865,457 933,419	327,609 399,511 372,031	446,175 465,946 561,388	Seit 1845: 4½, 5½, 5½, 5, 4, 4, 3½, 3½, 5½, 4½, 6, 8½, 9, 5, 5, 4 und 5½.
15) Cöln-Minden in Cöln.	Im Ganzen concession. über 70, im Betrieb 46,701 Meilen.	a) Deutz-Düsseld.-Oberhausen-Dortmund-Hamm-Löhne-Minden. b) Oberhausen - Wesel - Emmerich - Arnheim und Oberhausen-Ruhrort. c) Von Duisburg zum Ruhranal und verschiedene Kohlenbahnen. d) Zweigbahn von Deutz nach Giessen und von Betzdorf nach Siegen. e) Rheinbrücke zwischen Cöln und Deutz.	65,000	—	200	13,000,000	159½ G.	1847 1849 1851 1851 1858 1853 1858	E. I. „ II. „ II. „ V. „ III. A. „ III. B. „ IV. A.	a. a. a. b. b. b. d u. e.	3,674,500 3,500,000 2,000,000 2,600,000 3,000,000 3,500,000 20,000,000	4½ 5 4 4½ 4 4½ 4	Janr. u. Juli. dto. dto. April u. Oct. dto. dto. dto.	20,586 Thlr. seit 1849. 4,738,920 „ „ 1855. 13,105 „ „ 1858. 14,566 von 1863 an. 1½% seit 1855. „ „ von 1863 an. „ „ seit 1858.	100¾ G. 103 92½ Br. 89¾ Br. 99¼ G. 89¼ „	1857 1858 1859 1860	a, b, c. dto. dto. dto.	4,853,090 2,066,953 4,634,744 5,201,560	1,960,509 2,066,953 2,051,514 1,912,922	2,892,581 2,071,967 2,563,230 3,268,938	Seit 1848: 3½, 4½, 5½, 5½, 6½, 6½, 8½, 8½, 8½, 9, 7½, 7½, 10½, 10½. Vom Reinertrage der Hauptbahn über 5% erhält der Staat ½ als Extravergrütung für die übernommene Garantie. Dieses ½ betrug 1860 nicht weniger als 456,444 Thlr.
16) Magdeburg-Halberstadt in Magdeburg.	7,745 im Betrieb.	Magdeburg-Oschersleben-Halberstadt, mit Fortsetzung über Quedlinburg bis Thale (letztere im Bau).	17,000	—	100	1,700,000	258 G.	1851 1861	E. I. „ II.	— —	700,000 2,500,000	4 4½	Janr. u. Juli. April u. Oct.	1½% seit 1854. 12,500 Thlr. von 1867 an.	— —	1858 1859 1860	— — —	698,561 684,308 768,758	337,998 306,354 290,196	380,563 377,954 478,562	Seit 1844: 3, 3½, 5½, 7, 7, 8, 8, 9, 9½, 10, 10½, 11½, 12½, 13, 13, 13, 18½.
17) Magdeburg-Leipzig in Magdeburg.	19,297	Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipzig mit Zweigbahnen von Schönebek nach Stassfurth und Lödderburg.	23,000 12,000	Alte. Neue.	100 100	2,300,000 1,200,000	217 Br. 217 Br.	1840 1842 1851 1856	Pr.Action dto. Obl. I. E. „ II.	— — — —	700,000 1,100,000 1,900,000 2,000,000	4 4 4 4½	Janr. u. Juli. dto. dto. dto.	10,500 Thlr. seit 1841. 9,000 „ „ 1843. 9,500 „ „ 1854. 10,000 „ „ 1859.	99¾ G. — — 102½ „	1858 1859 1860	— — —	1,158,397 1,558,843 1,645,177	671,784 567,169 945,004	700,173	Seit 1841: 5, 7, 10, 9, 10, 11½, 15, 10, 12½, 15, 16, 20, 19, 20, 21, 23, 24, 16½, 12, 15½. (Vor 1856 auf 2,300,000 Thlr., seitdem auf 3½ Mill. Thlr.)
18) Magdeburg-Wittenberge in Magdeburg.	14,283	Magdeburg-Stendal-Wittenberge.	22,500	—	200	4,500,000	40 G.	1850	—	—	2,000,000	4½	Janr. u. Juli.	1½% seit 1851.	98 G.	1858 1859 1860	— — —	411,684 408,407 410,394	242,492 235,085 230,661	169,192 173,322 206,733	Bis 1854 keine; seitdem: 1½, 1, 1½, 1½, 1, 1½ und 2%.
19) Neisse-Brieg in Breslau.	5,832	Neisse-Grottkau-Paulau-Brieg.	11,000	—	100	1,100,000	48 G.	1858	—	—	100,000	4½	Janr. u. Juli.	1½% seit 1860.	—	1858 1859 1860	— — —	103,786 103,801 112,924	59,220 57,196 56,229	44,566 46,605 56,695	Seit 1849: 0, 2½, 2½, 3½, 2½, 2, 1½, 3½, 3½, 2, 2, 2½.
20) Niederschlesische Zweigbahn in Glogau.	9,500	Glogau-Sprettau-Sagan-Hansdorf.	14,122 878	Stammaction. 5proc. Pr.-Action.	100 100	1,412,200 87,800	—	1846 1846 1857	Lit. A. „ B. „ C.	— — —	252,000 248,000 500,000	4½ 5 5	Janr. u. Juli. dto. dto.	1% seit 1853. 1 „ „ 1853. 1½ „ „ 1860.	— — —	1857 1858 1860	— — —	150,937 169,240 183,273	84,795 110,481 117,321	66,142 58,759 65,952	1847: 2%, von 1848 bis 1855: 0. 1856: 1½, 1857: 1½, 1858: 0, 1859: 1½%, 1860: 1½%.
21) Oppeln-Tarnowitz in Breslau.	10,120	Oppeln-Friedrichshütte-Tarnowitz.	12,500	—	200	2,500,000	29 G.	—	—	—	—	—	—	—	—	1859	—	97,423	76,515	20,908	Die Bahn wurde erst 1858 eröffnet. 1859 entfiel keine Dividende, 1860: ¾%.

Bei der Einzeldarstellung werden wir die Ordnung beobachten, dass wir behufs Erzielung einer leichten und schnellen Uebersicht die räumlichen, Vermögens-, Schuld- und commerziellen Verhältnisse, überhaupt das in Zahlen ausdrückbare statistische Material, in tabellarische Form bringen, während wir die übrigen wesentlichen Momente im fortlaufenden Text als Beisätze zu den angebogenen Tabellen folgen lassen. In den letzteren haben wir übrigens unter der Haupttribrik: „Betriebsergebnisse“ nur die wirklichen Betriebskosten in Ausgabe gestellt. Der daselbst dargestellte „Ueberschuss“ enthält also nicht das reine Erträgniss des Actiencapitals, sondern des ganzen Anlagecapitals. Die Zinsen aus den Prioritätsanlehen, ferner die statutenmässigen Beiträge zum Reserve- und Erneuerungsfonds, die Eisenbahnsteuer und zutreffenden Falles die Tantiemen der Directoren und Verwaltungsräthe sind vom Betriebsüberschuss zunächst in Abzug zu bringen, und was alsdann verbleibt, haben die Actionäre als Dividende anzusprechen. Es wird diese Bemerkung die Thatsache erklären, dass einzelne Bahnen keine Dividende geben konnten, obgleich sie einen Betriebsüberschuss erzielten.

Im Einzelnen heben wir Folgendes hervor:

1) Aachen-Düsseldorfer Bahn. Sie wurde concessionirt am 21. Aug. 1846, begonnen 1847 und eröffnet 17. Janr. 1853. Eingleisig. Durch Vertrag vom 29. Sept. 1849 ist Verwaltung und Betrieb an den Staat übergegangen; doch ist die Gesellschaft durch eine von den Actionären gewählte Deputation von 5 Mitgliedern (mit 5 Stellvertretern) der K. Direction gegenüber repräsentirt. Generalversammlung im August. 5 Actien geben 1 Stimme, über 25 Actien je 10 = 1 Stimme bis höchstens 15 Stimmen. Für die übernommene Zinsengarantie hat der Staat sich das Recht auf den Bezug eines Theiles des Bahnertrags ausbedungen, bestehend in $\frac{1}{4}$ des Ueberschusses über $3\frac{1}{2}$ — 5% und in der Hälfte des Ueberschusses über 5% nach Absatz der Quote für den Reservefonds. Indess ist dieser Vorbehalt bis jetzt noch nie practisch geworden. Würde dem Staate eine Ertragsquote zufallen, so könnte er damit Actien aufkaufen oder zum Nennwerthe ausloosen und so die Bahn nach und nach erwerben. Die Actien sind mit Zinscoupons tro. 2. Janr. und 1. Juli versehen.

Im Verhältniss zu ihrer Länge hat die Bahn ein grosses Anlagecapital erfordert und obgleich sie die Cöln-Mindener und die Rheinische Bahn zum Theil abschneidet, ist sie doch für den internationalen Verkehr von geringer Bedeutung. Grosse Zukunft ist ihr daher nicht zu prognosticiren.

2) Ruhrort-Grefeld-Kreis-Gladbacher Bahn. Ihre Verhältnisse sind denjenigen der Aachen-Düsseldorfer Bahn völlig gleich, mit welcher sie auch unter gemeinschaftlicher Königl. Verwaltung steht. (Vertrag vom 26. Septbr. 1849). Concession vom 8. Janr. 1847; Eröffnung 16. Oct. 1851. Eingleisig. Anschlüsse: in Gladbach an die Aachen-Düsseldorfer, am Rhein mittelst einer Trajectanstalt an die Cöln-Mindener Bahn. Vertretung der Gesellschaft durch 5 gewählte Actionäre (und 5 Stellvertreter). Generalversammlung im August; 5 Actien = 1 Stimme, 10—50 Actien je 10 = 1, über 50 Actien je 25 = 1 Stimme. Verhältniss zum Staat: Derselbe garantirt den Actien eine $3\frac{1}{2}$ proc. Verzinsung (zahlbar gegen Coupons tro. 2. Januar und 1. Juli); erträgt die Bahn nach Abzug der Reservefondsquote mehr, so fällt bis zu einem Reinertrag von 5% dem Staat $\frac{1}{4}$, von einem noch höheren Reinertrag die Hälfte zu, womit er Actien kaufen oder al pari verloosen, somit die Bahn allmählig an sich bringen kann.

Die Bahn erzielt zwar im Verhältniss zu ihrer Länge namhafte Erträge, ist aber mit einem relativ grossen Anlage-Capital belastet. Indessen

hat sie doch einen Aufschwung genommen, welcher zu befriedigenden Resultaten Hoffnung gibt.

3) Bergisch-Märkische Bahnen. Sie begreifen zwei ältere Eisenbahnunternehmen in sich: das der Düsseldorf-Elberfelder und das der Bergisch-Märkischen Gesellschaft, concessionirt, ersteres am 23. Sept. 1837, letzteres am 12. Juli 1844. Die Düsseldorf-Elberfelder Bahn ging 1857 in das Eigenthum der Bergisch-Märkischen über. (Vertrag vom 9. Juni 1857). Eröffnung der einzelnen Strecken: Düsseldorf-Elberfeld 1. Septbr. 1841, Elberfeld-Dortmund 28. Dez. 1848, Dortmund-Soest 9. Juli 1855. Die weiteren Linien wurden 1856 und 1858 beschlossen. Anschlüsse: in Dortmund an die Cöln-Mindener Bahn, in Düsseldorf an dieselbe, in Soest an die westphälische Staatsbahn etc. Doppelgeleisig sind nur 4 Meilen. Organe der Gesellschaft: eine K. Direction, Deputation der Actionäre, bestehend aus 9 Mitgliedern und 9 Stellvertretern. Generalversammlung im Juni. 3 Actien geben eine Stimme; der Staat hat indessen, obgleich er nur im Besitze von 1 Mill. des Actien Capitals ist, den 3. Theil aller in der Generalversammlung vertretenen Stimmen zu führen. Im Uebrigen ist das Verhältniss zwischen der Gesellschaft und dem Staate folgendes: Letzterer hat den Betrieb und die Verwaltung der Bahn für immer übernommen; mit seinen Actien steht er 30 Jahre lang, falls sich nicht nach Ablauf der ersten zehn Jahre in jedem von 5 auf einander folgenden Jahren ein Reinertrag von mindestens 4 % ergibt, den Privatactionären in so weit nach, bis diese 3 1/2 proc. Dividende empfangen haben. Nach Ablauf jener 10 Jahre (von vollständiger Eröffnung der ursprünglichen Hauptbahn Elberfeld-Dortmund an gerechnet) hat die Gesellschaft das Recht, die Staatsactien auszulösen, was jedoch nur mit Umfluss des 15. oder 30. Betriebsjahres und mit Verwendung dessen, was über 4 % aus dem Actien Capital von 4 Mill. Thlr. aufkommt, bis zum Belaufe von 1 %, geschehen kann. Dies gilt für die ursprüngliche Hauptbahn. Für die Linie Dortmund-Soest wurde 1/2 Mill. Actien Lit. B. creirt, deren Dividenden bis zu 3 1/2 % nie geringer sein sollen, als die der Actien Lit. A. und welche der Staat mit 1 % jährlich im Wege der Verloosung tilgen kann. Nachdem aus dem Nettoertrag dieser Strecke Zinsen und die feste Amortisationsquote der Prioritäten bestritten und 4 % Dividenden vertheilt sind, soll der weitere Ueberschuss halb zur ferneren Amortisation der Prioritäten, halb zur Vertheilung unter sämtliche Stammactien verwendet werden. Die Actien Lit. B. erhalten daher nie über 4 % Dividende, dagegen kann die Tilgungsquote der auf der Dortmund-Soester Bahn ruhenden Prioritäten mehr als 1/2 % betragen. Für das Anlagecapital der Sieg-Ruhrbahn (12 1/4 Mill. Prioritäten III. Emission) hat der Staat eine Zinsgarantie bis zu 3 1/4 % übernommen. Das weitere 1/4 % hat, wenn es nicht aus dem Ertrag der Bahn aufgebracht wird, die Gesellschaft zuzuschüssen. Erträgt aber diese Linie über 3 1/2 %, so erhält die Gesellschaft zunächst ihre Zuschüsse zurück, von dem Ueberschusse ferner 2/3, der Staat aber das andere 1/3. Die neuen Actien Lit. A. haben mit den älteren völlig gleiche Rechte; ebenso die für die Düsseldorf-Elberfelder Bahn creirten. Die 1861 neu beschlossene Zweigbahn Lethmate-Iserlohn wird auf Kosten der Gesellschaft, unter Bethheiligung der Stadt Iserlohn mit einem unverzinslichen und niemals zurückzuzahlenden Beitrage von 150,000 Thlr., ausgeführt; von ihrem Bruttoertrag fallen aber 55 % an die Ruhr-Siegbahn.

Die Verkehrselemente der ganzen Bahn, insbesondere der Hauptbahn Düsseldorf-Dortmund, sind nachhaltige und geben dem Unternehmen eine gesunde Unterlage. Haupteinnahmequelle ist der innere, namentlich Mineralientransport und Personenverkehr.

4) Prinz-Wilhelms-Bahn. Concession vom 2. Mai 1845. Eröffnung am 1. Dezbr. 1847. Eingeleisig. War früher bloss Pferdebahn. Ihre Verhältnisse gestalteten sich so ungünstig, dass die Gesellschaft 1854 ihre Selbstständigkeit aufgab und Betrieb und Verwaltung der Bahn dem Staat übertrug. (Vertrag vom 14. Febr. 1854). Die K. Direction der Bergisch-Märkischen Bahn übt sie aus. Vertretung der Gesellschaft durch 5 Deputationsmitglieder. Generalversammlung im Juni. Drei Actien geben 1 Stimme, jedoch so, dass ein Actionär nicht über 30 Stimmen führen kann. Staatsgarantie ist nicht übernommen.

Die Bahn ist hauptsächlich Kohlenbahn und ihre Einnahmen als solche sind nicht unbeträchtlich. Ihr Anlagecapital ist aber verhältnissmässig bedeutend und ihre Verwaltungsspesen sind für eine Kohlenbahn gross. Durch die fernere Entwicklung des Bergisch-Märkischen Bahnnetzes und durch einen Anschluss an die neuen Linien desselben hofft man die Rentabilität zu erhöhen.

5) Oberschlesische Bahnen. Concession der ursprünglichen Strecke Breslau-Myslowitz vom 2. Aug. 1841, der Bergwerksbahnen vom 24. März 1851 und der Breslau-Posener Linie vom 28. Juli 1853. Eröffnung der ersteren 6. Octbr. 1846, der Bergwerksbahnen nach und nach, der Strecke Breslau-Posen im Octbr. 1857, endlich der Zweigbahnen Lissa-Glogau 1858 und Kattowitz-polnische Grenze 1859. Anschlüsse: in Brieg an die Neisse-Brieger, in Cosel an die Cosel-Oderberger, in Myslowitz an die österr. Nordbahn, an der polnischen Grenze an die Warschau-Wiener, bei Idahütte an die Wilhelmsbahn, in Glogau an die Niederschlesische Zweigbahn und in Posen an die preuss. Ostbahn. Zweigeleisig sind 35 Meilen der Hauptbahn und der Bergwerksbahnen. Die Verhältnisse der einzelnen Bahncomplexe sind unter sich verschieden. Vom Anlagecapital der Hauptbahn hat der Staat einen Theil übernommen, bestehend in $\frac{1}{7}$ an den Actien Lit. B. à 2,400,000 Thlr., auch $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen dieser Actien garantirt und den Actien Lit. A. und C. eventuelles Vorrecht in der Verzinsung eingeräumt. Dafür behielt sich aber der Staat das Recht vor, nicht nur die fraglichen Actien Lit. B. mit einem Tilgungsfonds von 12,000 Thlr. jährlich zum Nennwerthe einzulösen, sondern auch vom Reinertrag des gesammten Actien Capitals über 5% den 3. Theil zum Behufe der Erwerbung weiterer Actien zu beziehen. Das Anlagecapital der Breslau-Posener Bahn ist insbesondere aus den vom Staate mit $3\frac{1}{2}\%$ Zinsertrag garantirten Prioritätsanlehen Lit. E. und F. gedeckt worden, für welche folgende Bestimmungen gelten: Falls der Reinertrag der Bahn nicht $3\frac{1}{2}\%$ des Anlagecapitals aufbringt, ergänzt der Staat das Fehlende (bis zu $3\frac{1}{2}\%$) aus den ihm zufließenden Einnahmen von dem Oberschlesischen Eisenbahnunternehmen und zwar sowohl aus dem ihm zufallenden $\frac{1}{3}$ des Ueberschusses über 5% , als auch aus den ihm rücksichtlich seines Antheils an den Actien Lit. B. zustehenden Dividenden über $3\frac{1}{2}\%$. Damit er dieser Verbindlichkeit möglichst nachhaltig nachkommen kann, hat er sich verpflichtet, einen Garantiefonds bis zum Belaufe von 1,400,000 Thlr. aus den genannten Zuflüssen anzusammeln, welcher indessen auf 200,000 Thlr. ermässigt werden kann, wenn die Breslau-Posener Bahn 5 Jahre lang ununterbrochen mindestens $3\frac{1}{2}\%$ abwirft.

Das ganze Unternehmen steht seit 1856 in Verwaltung des Staats. (Vertrag vom 17. Sept. 1856). Gegenüber der K. Direction ist die Gesellschaft durch einen Verwaltungsrath von 15 Mitgliedern und 6 Stellvertretern repräsentirt. Generalversammlung im 3. Quartal. 10 Actien geben 1 Stimme, 45 Actien = 3, 100 Actien = 5 Stimmen.

Das Unternehmen hat in dem bedeutenden Mineralienverkehr der Provinz

Schlesien eine feste Basis, wenngleich es wegen der bedeutenden Vermehrung des Anlagecapitals den Höhepunct seiner Dividenden bereits hinter sich haben dürfte.

6) Rhein-Nahe-Bahn. Concession vom 4. Sept. 1856. Eröffnung zum Theil 1858, zum Theil 1860. Die Kosten der Bahn haben den ursprünglichen Voranschlag um 100 % überschritten und es ist daher das Unternehmen dergestalt ins Stocken gerathen, dass es nur durch Staatshilfe weiter geführt werden konnte. Der Staat hat denn auch Zinsgarantie für die beiden Prioritätsanlehen geleistet (hinsichtlich des letzten beschränkt auf $2\frac{1}{4}$ Mill. Thlr.) und den Bau und Betrieb der Bahn übernommen. Dafür musste sich aber die Gesellschaft eine Statutenänderung dahin gefallen lassen, dass der Reinertrag der Bahn, welcher nach Deckung der Zinsen für beide Prioritätsanlehen von 6 resp. $2\frac{1}{4}$ Mill. Thlr., sowie nach Abzug der Amortisationsquoten derselben und der an den Staat wegen etwaiger Zuschüsse zurückzuerstattenden Summen übrig bleibt, bis auf einen Betrag von 2 % des Actien Capitals pr. 9 Mill., welche 2 % die Actionäre erhalten sollen, zur Tilgung der Prioritätsobligationen II. Emission in so lange zu verwenden ist, bis diese mit $2\frac{1}{4}$ Mill. Thlr. vollständig amortisirt sind. Die Dividenden können daher eine sehr geraume Zeit über 2 % nicht steigen.

Die den Actionären während der Bauzeit versprochenen 4 % Zinsen haben bis jetzt nicht vollständig bezahlt werden können, weil die Anlehen dazu nicht verwendet werden durften und weil die Bahn bis jetzt zu geringe Erträge abgeworfen hat.

Vertretung der Gesellschaft durch einen Ausschuss von 7 Mitgliedern. Generalversammlung im 2. Quartal. Von 5—50 Actien geben je 5, von 51—500 Actien je 10 eine Stimme.

Die Bahn, als Verbindungsglied zwischen der Rheinischen und Pfälzischen Ludwigsbahn und als kürzeste Eisenstrasse von Frankfurt nach Paris, ist gut situirt, aber sehr theuer.

7) Stargard-Posen. Concession vom 4. März 1846; Eröffnung am 10. Aug. 1848; Anschlüsse: bei Stargard an die Berlin-Stettiner, in Posen an die Oberschlesische, in Kreuz an die preuss. Ostbahn. Uebergang der Bahn in Staatsverwaltung 1851. Die Regierung erbot sich, die Bahn in ihr volles Eigenthum zu übernehmen und dagegen den Actionären 4 % feste Zinsen zu gewähren, was jedoch von der Generalversammlung 1855 abgelehnt wurde. Einleisig. Verhältniss der Gesellschaft zum Staat: Letzterer ist mit dem 7. Theil des Actien Capitals theilhaftig und erwirbt die Actien im Wege des Ankaufs und resp. der Verloosung mittelst eines Amortisationsfonds von $\frac{1}{2}$ % des Actien Capitals nach und nach. Er hat ferner den Actien $3\frac{1}{2}$ % Zinsen gewährleistet. Dagegen fällt ihm von einem Bahnertragnisse über 5 % der dritte Theil zu. Generalversammlung anfangs Mai. 5 Actien geben 1, 10 = 2, 30 = 3, 50 = 4, 320 = 9, 400 = 10 Stimmen. Vertretung der Gesellschaft gegenüber der K. Direction durch einen Verwaltungsrath von 5 Mitgliedern.

Die Bahn ist billig erstellt, führt aber durch Gegenden, welche ihr nur geringe Zufuhren bieten können.

8) Wilhelmsbahn. Sie wurde am 10. Mai 1844 concessionirt und am 1. Sept. 1848 in ihrer Hauptstrecke eröffnet. Bis 1856 in Aufschwung, gerieth das Unternehmen theils wegen schlechter Wirthschaft, theils in Folge veränderter Verhältnisse an den Rand des Bankrotts. Der Staat übernahm daher Verwaltung und Betrieb der Bahn. Diese ist einleisig. Ihre Verhältnisse sind jetzt ziemlich verwickelter Natur; denn um die Prioritätsgläubiger für alle Fälle besser befriedigen, beziehungsweise deren Zahl und An-

sprüche ermässigen zu können, ferner um die zum Ausbau erforderlichen Mittel leichter zu beschaffen, ist die Gesellschaft ermächtigt worden, an der Stelle der creirten Prioritätsobligationen I. und II. Emission à 4 %, vierprocentige, und an der Stelle der $4\frac{1}{2}$ proc. Prioritätsobligationen III. Emission $4\frac{1}{2}$ proc. Prioritätsstammactien auszugeben und zwar nöthigenfalls auch an Stelle der bereits amortisirten Obligationen. $1\frac{1}{2}$ Mill. 5 proc. Prioritäts-Stammactien, für deren Zinsen die ober Schlesische Bergbauhülfskasse 1857 auf 10 Jahre Garantie übernahm mit dem Vorbehalte jedoch, dass ihr ihre Vorschüsse aus dem Bahnertragnisse wieder zu ersetzen seien, waren schon vorher creirt worden. Da von dem Rechte der Umwandlung der Prioritätsobligationen vielfach Gebrauch gemacht worden ist, so existiren nunmehr die in unserer Tabelle aufgeführten Obligationen weit nicht mehr, dagegen sind jetzt viererlei Actien vorhanden mit folgender Rangordnung:

- 1) die 4 proc. Prioritätsstammactien, welchen vorweg 4 % Dividende,
- 2) „ $4\frac{1}{2}$ proc. „ „ „ alsdann $4\frac{1}{2}$ % „ { zuzuweisen,
- 3) „ 5 proc. „ „ „ 5 % „ }
- 4) „ Stammactien, welche hinter allen Prioritätsactien kommen und, falls das Ertragniss zureicht, zunächst 4 % Dividende erhalten sollen. Wäre ein noch höheres Ertragniss vorhanden, so würden vom Weiteren die 4 proc. Prioritäts- und die Stammactien $\frac{1}{2}$ % Dividende, alsdann dieselben und die $4\frac{1}{2}$ proc. Prioritätsactien ein fernerer $\frac{1}{2}$ % Dividende und wenn hiedurch das Ertragniss noch nicht erschöpft wäre, sämmtliche Actien den Rest zu gleichen Theilen erhalten. Würde aber das Ertragniss nicht zureichen, um den Prioritätsactien ad 1, 2 und 3 die festen Zinsen von 4, $4\frac{1}{2}$ und 5 % auszahlen zu können, so hat die Gesellschaft zunächst so viele neue 4 und $4\frac{1}{2}$ proc. Prioritätsactien auszugeben, als zur Deckung des Rests erforderlich ist und als im betreffenden Jahr an Prioritätsobligationen amortisirt worden sind. Ist auch dieses Hilfsmittel nicht hinreichend, so muss den 4 und $4\frac{1}{2}$ proc. Prioritätsactien bis zur Höhe ihres festen Zinssatzes das Fehlende in den folgenden Jahren aus dem Ertrage der Stammactien ersetzt werden. Die nicht convertirten Obligationen behalten übrigens ihre Prioritätsrechte gegenüber allen Actien ohne alle Schmälerung bei; durch die Convertirung erhält aber der Inhaber Stimm- und Wahlrecht als Actionär.

Vertretung der Gesellschaft mittelst eines Verwaltungsraths von 6 Mitgliedern und 3 Stellvertretern. Generalversammlung im 3. Quartal. 10 Actien geben 1 Stimme, kein Actionär soll über 10 Stimmen führen.

Obgleich die Bahn gerades Bindeglied zwischen der Oberschlesischen und der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn ist, hat sie doch ihre früher grosse Frequenz eingebüsst und im Augenblicke geringe Aussichten auf eine entsprechende Rentabilität. Die Stammactien zumal sind durch die mit Priorität versehenen Forderungen viel zu sehr belastet.

9) Aachen-Mastricht. Concession vom 30. Janr. 1856; Eröffnung 1853 und (Strecke Maastricht-Hasselt) 1856. Anschlüsse: in Hasselt an Hasselt-Landen, welche Bahn die Gesellschaft gegen Erstattung von 50 % ihres Bruttoertrags in Pacht genommen hat. Ferner sind ihr die Kohlengruben zu Kirchrath (Kerkrade) vom holländischen Staate gegen Vergütung des jährlichen Reinertrages über 60,000 fl. bis zu 5000 fl. und der Hälfte des Reinertrages über 65,000 fl. auf 99 Jahre zur Benützung überlassen. Die Bahn ist eingleisig und liegt theils auf preussischem, theils auf holländischem Gebiete. Ihre Verhältnisse sind daher ungleich. Die preussische Strecke unterliegt der preussischen Eisenbahngesetzgebung; die holländische kann vom Staat nach 99 Jahren gegen Erstattung der Anlagekosten erworben werden. Auch zwei verschiedene Gesellschaften bestehen: eine in Aachen, die andere in

Mastricht; beide haben aber gemeinschaftliche Geschäftsführung und Direction. Letztere besteht aus 10 Mitgliedern, wovon 5 in Aachen, 5 in Maastricht. Neben dieser eine Controlecommission von 10 Mitgliedern aus beiden Städten. Generalversammlung abwechselnd in Aachen und Maastricht. 5 Actien = 1, 50 Actien = 6 Stimmen.

Die Bahn lieferte so geringe Ergebnisse, dass nicht einmal die fälligen Prioritätszinsen bezahlt sind.

10) Berlin-Anhalt. Die ursprüngliche Strecke Berlin-Cöthen wurde schon am 15. Mai 1839 concessionirt und am 10. Sept. 1841 eröffnet. Diese ist doppelgeleisig. Die Strecke Jüterbogk-Röderau ward 1848, die neuen Linien Wittenberg-Halle und Dessau-Leipzig wurden 1859 dem Verkehr übergeben. Anschlüsse: in Cöthen an die Magdeburg-Leipziger, in Röderau an die Leipzig-Dresdener Bahn. Obgleich Actien Lit. A., B. und C. emittirt sind, so findet doch ein Unterschied zwischen denselben in keinerlei Richtung statt, vielmehr haben alle Actionäre gleiche Rechte. Die Prioritätsactien und Obligationen gehen auch den nach ihnen creirten Actien Lit. C. unbedingt vor.

Verwaltungsorgane: Verwaltungsrath aus 13 Actionären, Direction aus 8 vom Verwaltungsrath bestellten Directoren bestehend. Generalversammlung im März oder April. 10 Actien geben 1 Stimme.

Die Bahn hat immer schöne Resultate erzielt und wird es auch künftig thun können, obgleich sie sich durch ihre neuen Linien selbst Concurrenz gemacht (die Strecke Jüterbogk-Cöthen ist dadurch Sackbahn geworden) und das Anlagecapital sehr vermehrt hat, wodurch die Ertragsverhältnisse sich ändern werden.

11) Berlin-Hamburg. Concession vom 17. Aug. 1845; Eröffnung der Hauptbahn am 15. Dec. 1846. Anschlüsse: in Wittenberge an die Magdeburg-Wittenberger, in Bergedorf an die Bergedorf-Hamburger, bei Hagenow an die Mecklenburgische, bei Büchen an die Lübeck-Büchener Bahn. Die Gesellschaft hat auch den Betrieb der Bergedorf-Hamburger Bahn gegen 4proc. Verzinsung des Anlagecapitals des Hamburger Bahnhofs, und ausserdem gegen Abgabe von 50% des Bruttoertrags der Bahn übernommen. Von der gesammten eigenen Bahn sind 20½ Meilen doppelgeleisig. Verhältniss der Gesellschaft zu den Regierungen: die preussische Strecke unterliegt der dortigen allgemeinen Eisenbahngesetzgebung. Der Hamburger Senat und die Mecklenburg-Schweriner Regierung haben sich je mit 1½ Mill. Thlr. am Unternehmen betheiligt. (Actien Lit. B.), und zwar unter folgenden Bestimmungen: Vom Reinertrage der Bahn wird zuerst den Actien Lit. A. (Privatactien) eine Dividende von 4½%, den Actien Lit. B. von 3½% zugetheilt. Uebersteigt der Reinertrag dieses Dividenden-erforderniss, so wird zunächst eine Quote zum Reservefonds zurückgelegt, bis derselbe 1,400,000 Thlr. erreicht hat. Der alsdann noch verbleibende Rest wird zu ⅔ den Actien Lit. A. als Dividendenzuwachs zugeschieden, zu ⅓ aber dergestalt verwendet, dass zuvörderst den Actien Lit. B. das nachgezahlt wird, was sie in früheren Jahren etwa weniger als 3½% empfangen haben, dass ihnen ferner fürs laufende Jahr soviel zugelegt wird, um ihre Dividende auf 4½% zu bringen und dass alles Uebrige zur Amortisation von Actien Lit. B. dient. Die Regierungen können ihre Actien veräussern, auch je ein Mitglied zur Direction ernennen. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 30 Mitgliedern, wovon 12 in Preussen, 12 in Hamburg und 6 in Mecklenburg-Schwerin wohnen müssen; Direction aus 3—5 vom Ausschuss zu wählenden und aus 2 von den gedachten Regierungen ernannten Mitgliedern. Generalversammlung im Mai. 5 Actien geben 1 Stimme; doch haben die betheiligten beiden Regierungen nur auf je 10 Actien 1 Stimme.

Die Bahn ist gut situirt und hat eine gesunde Grundlage. Die Zollgrenzen

sind ihr zwar hinderlich, indessen hat sie stets schöne Erträgnisse abgeworfen und ist in diesen stabil geblieben.

12) Berlin-Potsdam-Magdeburg. Die Gesellschaft ist zusammengesetzt aus den früher bestandenen beiden Compagnien: Berlin-Potsdam und Potsdam-Magdeburg, welche sich 1845 vereinigten. Die Linie Berlin-Potsdam ward schon am 29. Octbr. 1838, die Strecke Potsdam-Magdeburg am 19. Aug. 1844 eröffnet. Verbindungen mit allen in Berlin und Magdeburg einmündenden Bahnen. Die ganze Bahn ist zweigeleisig. Ihre Verhältnisse sind einfach und geordnet. Unter den älteren und neueren Actien besteht kein Unterschied. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 28 und Direction von 3 ordentlichen und 3 stellvertretenden Mitgliedern. Generalversammlung im Mai. 10 Actien geben 1 Stimme.

Vor 12 Jahren war das Unternehmen in fast bankrotem Zustande, während es nunmehr zu den gesichertsten Eisenbahnunternehmen gehört.

13) Berlin-Stettin. Concession vom 12. Octbr. 1840 für die Hauptbahn, vom 26. Janr. 1844 für die Zweigbahn Stettin-Stargard, vom 18. Aug. 1856 für die hinterpommersche Bahn (Stargard-Cöslin), vom 21. Juni 1861 für die neue vorpommersche Bahn (Angermünde-Stralsund). Eröffnung: Hauptbahn am 15. Aug. 1843, Stettin-Stargard am 29. April 1846, Stargard-Cöslin 1859. Verbindungen: bei Stargard mit der Stargard-Posener, in Berlin mit den dort mündenden Bahnen. Eingeleisig. Verhältniss zum Staate: Hinsichtlich der Hauptbahn und der Zweigbahn Stettin-Stargard gelten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für Privatbahnen. In Bezug auf die hinterpommersche und auf die vorpommersche Bahn ist aber Folgendes festgestellt: der Staat garantirt aus dem Anlagecapital der hinterpommerschen Bahn (Prioritäten II. und III. Emission) unbedingt $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen. Wirft sie weniger als 4% ab, so hat am Fehlenden demgemäss der Staat den Betreff bis zu $3\frac{1}{2}\%$, das weitere $\frac{1}{2}\%$ aber die Gesellschaft aus dem Ertrag der Hauptbahn zuzuschüssen, damit die Prioritätsgläubiger für ihre Zinsansprüche befriedigt werden können. Erträgt die Bahn aber mehr als 4% , so müssen aus dem Ueberschusse zunächst die Zuschüsse des Staats zurückvergütet werden. Alsdann wird $\frac{1}{2}\%$ zur Amortisation der Prioritäten verwendet (kommt ein solcher Ueberschuss nicht heraus, so ruht die Amortisation), das zweite $\frac{1}{2}\%$ erhält die Gesellschaft und der dann noch verbleibende Ueberrest wird zwischen dieser und dem Staate je hälftig getheilt. Ist das ganze Anlagecapital getilgt, so theilen sich Gesellschaft und Regierung gleich in den Bahnertrag. Für das Anlagecapital der vorpommerschen Bahn (Prioritäten IV. Emission) hat der Staat Zinsgarantie bis zu $4\frac{1}{2}\%$ geleistet. Im Uebrigen sind die an diese Vergünstigung geknüpften Bedingungen ähnliche, wie für die hinterpommersche Bahn. Der $4\frac{1}{2}\%$ übersteigende Reinertrag wird dergestalt vertheilt, dass das erste $\frac{1}{2}\%$ zur Amortisation der Prioritäten verwendet wird. Ergibt der Betrieb eine solche Amortisationsquote nicht, so ist sie von der Gesellschaft vorschussweise in dem Falle und in soweit zu ergänzen, als die Actien der Hauptbahn zuvor mindestens 6% Dividende empfangen haben. Ist letzteres nicht der Fall, so ruht die Amortisation. Ein weiterer Ertrags-Ueberschuss dient zunächst zur Rückerstattung der Staats-, dann der Gesellschaftszuschüsse und ein nach Leistung dieser noch verbleibender Rest wird zwischen Gesellschaft und Staat ebenso zu gleichen Theilen vertheilt, wie das volle Bahnerträgniss nach erfolgter Amortisation des ganzen Anlagecapitals. Die Gesellschaft kann endlich die hinterpommersche Bahn, wenn sie sie nicht selbst betreiben will, in Verwaltung und Betrieb des Staats geben, jedoch unter Fortdauer ihrer Verpflichtungen. Anderer-

seits kann der Staat beide Bahnen in eigene Verwaltung nehmen, wenn er nach Umfluss des dritten Betriebsjahres die ganze Verzinsung der Anlagecapitalien, oder 5 Jahre nach einander irgend einen Zuschuss leisten müsste.

Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath aus 15, Directorium aus 7 Mitgliedern. Generalversammlung Ende Mai. 5—14 Actien = 1 Stimme, 15—24 = 2, 25—39 = 3, 40—59 = 4, 60—89 = 5, 90—119 = 6, 120—159 = 7, 160—199 = 8, 200 und mehr = 10 Stimmen.

Die Ertragsverhältnisse der Bahn werden sich durch die neuen Engagements ändern. Immerhin bleibt aber ein tüchtiger Stamm und das ganze Unternehmen dürfte eine Zukunft haben.

14) Breslau-Schweidnitz-Freiburg. Concession: der Hauptlinie vom 10. Febr. 1843, der Zweigbahn ins Waldenburger Kohlenrevier vom 8. Mai 1851, der Strecke von Königszelt nach Liegnitz vom 19. August 1854, von Reichenbach nach Frankenstein vom 9. Juli 1856. Eröffnung: Breslau-Schweidnitz 29. Juli 1843, Schweidnitz-Freiburg 20. Juli 1844, neuere Verlängerungen nach und nach bis 1. Nov. 1858. Verbindung in Liegnitz mit der Niederschlesisch-Märkischen (Staats-) Bahn. Eingeleisig. Organe: Directorium von 5 Mitgliedern und 3 Stellvertretern, Ausschuss von 9 Mitgliedern. Beide Organe bilden miteinander den Verwaltungsrath. Generalversammlung spätestens Mai. 5 Actien geben 1 Stimme, 10 = 2, 20 = 3, 40 = 4, 70 = 5, 110 = 6, 160 = 7, 220 = 8, 290 = 9, 370 und mehr = 10 Stimmen.

Im Uebrigen geben die Verhältnisse der Bahn, welche durchaus normale sind, zu keinen Bemerkungen Anlass. Die früheren hohen Dividenden sind zum Theil Folge davon, dass damals keine Rücklagen zum Erneuerungsfonds statthatten.

15) Cöln-Minden. Concession: a) der Hauptbahn vom 18. December 1843; b) der Oberhauser-Arnheimer Bahn vom 27. Decbr. 1852; c) der Deutz-Giessener Bahn vom 22. Juni 1854. Eröffnung: Deutz-Düsseldorf 20. Decbr. 1845, Düsseldorf-Duisburg 9. Febr. 1846, Duisburg-Hamm 15. Mai 1847, Oberhausen-Ruhrort 14. Octbr. 1848, Emmerich-Lobberich 12. Febr. 1856, Oberhausen-Duislaken 1. Juli 1856, Oberhausen-Emmerich 15. Octbr. 1856, Deutz-Hennef 1. Janr. 1859 etc. Anschlüsse: an die Düsseldorf-Elberfelder, Bergisch-Märkische, Westphälische Staats-, Hannöversche West-, Holländische, Ruhrort-Crefelder, und Hessische Bahn. — Zweigeleisig. — Verhältniss zum Staat. ad a) Hauptbahn: Der Staat hat aus dem gesammten Actien-capital 3 1/2 % Zinsen garantirt, auch den 7. Theil desselben übernommen, dafür aber sich namhafte Rechte reservirt. Zunächst fällt ihm vom Reinertrag über 5 % der 3. Theil zu. Sodann hat er das Recht, die Actien zum Nennwerthe nach und nach einzulösen und so die Bahn zu erwerben. Hiezu können verwendet werden: die Zinsen und Dividenden aus den Staatsactien, sowie die Zinsen und Dividenden der vom Staate eingelösten Actien bis zur Höhe von 1 % des Actiencapital. Die Einlösung sollte selbst dann stattfinden, wenn die Bahn weniger als 3 1/2 % ertrüge. Indessen ist sie vom 1. Januar 1855 an auf 15 Jahre sistirt worden, nachdem der Staat bis dahin 3345 Actien an sich gebracht hatte. — Zu b) Oberhauser-Arnheimer Bahn. Diese ist gebaut worden mit den 4 und 4 1/2 proc. Prioritätsobligationen III. Emission Lit. A. und B. (zus. 6 1/2 Mill.). Der Staat garantirt denselben einen Zinsertrag von 3 1/2 % bedingt, nämlich in so weit der ihm zufallende 3. Theil des Reinertrags der Hauptbahn über 5 % und die über 3 1/2 % aufkommenden Dividenden der Staatsactien zureichen. Um diese Garantie wirksamer zu machen, hat sich der Staat ferner verpflichtet, die ebengenannten Mittel von 1850 an in so lange als Garantiefonds anzusammeln, bis die Oberhausen-Arnheimer Bahn 5 Jahre nach einander einen Reinertrag von mindestens 3 1/2 %

erreicht haben wird. Tritt dieser Fall ein, so kann der Garantiefonds bis auf 100,000 Thlr. ermässigt werden. Im Uebrigen kann der Staat die Bahn jeder Zeit gegen Erstattung des Anlagecapitals erwerben. — Zu c) Cöln-Giessemer Bahn und Rheinbrücke. Die Mittel zu deren Herstellung sind durch die Prioritätsobligationen IV. Emission (20 Mill. Thlr.) aufgebracht worden. Auch für diese hat der Staat bedingte Garantie übernommen, derart nämlich, dass, wenn Bahn und Brücke die Mittel zur Verzinsung der Obligationen nicht gewähren sollten, die Gesellschaft $\frac{1}{2}\%$, der Staat aber das Weitere aus den zu b) bezeichneten Garantiemitteln, in so weit sie nicht schon von der Oberhausen-Arnheimer Bahn in Anspruch genommen sind, und ausserdem mit einem jährl. Zuschusse aus den $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen der Staatsactien à 50,000 Thlr., deckt. Zu besserer Gewähr sammelt der Staat auch hier einen Garantiefonds aus den nicht absorbirten Garantiemitteln an. Die Garantie hört aber auf, sobald Bahn und Brücke, oder die erstere allein nach erfolgter gänzlicher Tilgung des Baucapitals der Brücke, während 5 auf einander folgender Jahre einen so hohen Reinertrag gewährt haben, dass die Gesellschaft in keinem Jahre mehr als $\frac{1}{2}\%$ hat zuschiessen müssen. Alsdann kann der Staat den angesammelten Garantiefonds bis auf einen eisernen Bestand von 300,000 Thlr. verwenden. Sowohl die Bahn als die Brücke kann er jeder Zeit gegen Erstattung des Anlagecapitals übernehmen. Reicht das vorläufig auf 20 Mill. festgestellte Anlagecapital nicht aus, so werden bis zum Belaufe des Fehlenden weitere Prioritätsobligationen IV. Emission, Lit. B., ausgegeben.

Die Tilgung der Prioritäten III. und IV. Emission geschieht dergestalt, dass der Reinertrag der Bahnen b. und c. über 4% bis zum Betrage eines $\frac{1}{2}\%$ nebst den Zinsen aus den amortisirten Obligationen dazu verwendet wird. Denjenigen Theil der Obligationen IV. Emission, welcher das Baucapital der Rheinbrücke gebildet hat, hat aber der Staat zu tilgen und er kann hiezu alle ihm aus dem Cöln-Mindener Eisenbahnunternehmen zufließenden Einnahmen, sofern sie nicht durch die oben bezeichneten Garantien beansprucht werden, einschliesslich seiner Bezüge als Actionär, sowie beliebige Zuschüsse aus andern Fonds bestimmen.

Gesellschaftsorgane: Administrationsrath aus 8, Direction aus 7 Mitgliedern. Eines der letzteren ernennt der Staat. Generalversammlung im 2. Quartal. 5 Actien geben 1 Stimme; von 51—500 Actien kommt je auf 10 eine Stimme. Der Staat führt $\frac{1}{7}$ aller Stimmen; nach 15, 25, 35, 40 Jahren stehen ihm resp. zu: $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{3}$ sämmtlicher Stimmen.

Die Hauptbahn ist ebenso wichtig als frequente Local-, wie als internationale Strasse. Eine Last für sie werden aber die neuen Strecken werden.

16) Magdeburg-Halberstadt. Concession vom 14. Janr. 1842. Eröffnung am 15. Juli 1843. Anschlüsse: an die Magdeburg-Leipziger und herzogl. Braunschweigsche Bahn. Hauptbahn zweigeleisig. In den ersten $5\frac{1}{2}$ Jahren war sie im Betrieb der Magdeburg-Leipziger, seit 1. Janr. 1849 der Berlin-Potsdam-Magdeburger Gesellschaft, welche 45% der Bruttocinnahmen für sich bezieht. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 15, Direction von 3 ordentl. und 3 stellvertretenden Mitgliedern. Generalversammlung im 2. Quartal zu Aschersleben. 5—9 Actien geben 1 Stimme, 10—24 = 2, 25—49 = 3, 50—99 = 4, 100—249 = 5, 250—499 = 10, 500 und mehr Actien = 20 Stimmen. Den Stadtgemeinden Magdeburg, Halberstadt und Braunschweig stehen, so lange sie sich im Besitze von mindestens 1000 Actien befinden, einer jeden 50 Stimmen zu. Im Uebrigen ist über die ganz normalen Verhältnisse der Bahn nichts zu bemerken.

Sie ist bis jetzt die rentabelste preussische Bahn gewesen und bildet ein Mittelglied der grossen Schienenstrasse von Ost nach West.

17) Magdeburg-Leipzig. Concessionirt schon am 13. Novbr. 1837, wurde die Hauptbahn am 18. Aug. 1840 eröffnet. Die Zweigbahn ward 1856 concessionirt und 1858 dem Verkehr übergeben. Verbindungen mit der Bernburger, Berlin-Anhalter und der Thüringischen Bahn. Hauptbahn doppelgeleisig. Die Ausgabe von weiteren 1,100,000 Thlr. Actien ist vorbehalten. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 24 Actionären mit 12 Stellvertretern, Directorium von 6 Mitgliedern. Generalversammlung im II. Quartal. Stimmverhältniss wie bei Magdeburg-Halberstadt, nur mit der Beschränkung, dass jeder Actienbesitz über 100 Stück nur 5 Stimmen gibt. Besondere Verhältnisse walten auch bei dieser Gesellschaft nicht ob.

Die Bahn hat grosse Dividenden gegeben; es droht ihr aber eine gefährliche Concurrenz in einer längst projectirten zweiten Verbindungsbahn zwischen Magdeburg und Leipzig über Zerbst und Rosslau; auch hat sie an Durchgangsverkehr viel eingebüsst. Doch gehört das Unternehmen immer noch zu den rentabelsten Eisenbahnen.

18) Magdeburg-Wittenberge. Concession vom 31. Janr. 1847; Eröffnung 1. Nov. 1851. Anschluss an die Berlin-Hamburger Bahn. Einlegeisig. Von den ausgegebenen Actien sind nicht weniger als 4105 Stück präcludirt worden. Es beträgt daher das eingezahlte Actiencapital nur 4,267,240 Thlr. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 18 und Direction von 3 Mitgliedern. Generalversammlung im Juni. Stimmrecht: 3—9 Actien geben 1 Stimme, 10—19 = 2 Stimmen, je 10 mehr eine Stimme weiter. Uebrige Verhältnisse normal. Die Bahn hat aber geringe Aussichten auf Rentabilität, da ihr die Elbschiffahrt und die Hamburg-Harburger Bahn erfolgreiche Concurrenz machen.

19) Neisse-Brieg. Concession vom 13. März 1846, Eröffnung Ende 1848, Anschluss an die Oberschlesische Bahn, von welcher sie eine Zweigbahn bildet und früher verwaltet wurde. Einlegeisig. Organe: Ausschuss aus 5 Mitgliedern mit 5 Stellvertretern, Direction aus 6 activen und 6 stellvertretenden Directoren. Generalversammlung zu Anfang des 2. Quartals in Breslau oder Neisse. Stimmrecht: auf 10 Actien je 1 Stimme bis zum Maximum von 10 Stimmen. Keine besonderen Verhältnisse. Die Bahn ist sehr billig, verspricht aber als untergeordnete Localbahn gleichwohl nur geringe Rentabilität.

20) Niederschlesische Zweigbahn. Concessionirt am 8. Novbr. 1844, eröffnet am 1. Octbr. 1846. Verbindungen mit der Niederschlesisch-Märkischen (Staats-) und der Breslau-Posener Bahn. Einlegeisig. Verhältniss zum Staat wie alle preuss. Privatbahnen, bei welchen die Regierung nicht als Actionär oder mit Zinsengewähr betheiligt ist. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 9, Direction von 4 Mitgliedern, worunter ein technischer Director, und 2 Stellvertretern. Generalversammlung Ende Mai. 10 Actien geben 1 Stimme, 20 = 2, 100 = 3, 150 = 4, 200 = 5, 250 = 6, 300 = 7, 350 = 8, 400 = 9, 500 = 10 Stimmen (Maximum).

Aussichten auf entsprechende Rentabilität bietet das Unternehmen nicht.

21) Oppeln-Tarnowitz — ein Unternehmen neueren Datums — concessionirt am 1. Dez. 1856, eröffnet im Januar 1858, mündet bei Oppeln in die Oberschlesische Bahn und ist nichts anders als eine Zweigbahn derselben. Ob sie bessere Ergebnisse gewähren wird, als die übrigen Oberschlesischen Bergwerksbahnen, bleibt abzuwarten. Organe der Gesellschaft sind der aus 5 Mitgliedern bestehende Ausschuss und die viergliederige Direction. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: von 10—100 Actien geben je 10, von 100—1000 Actien je 20 eine Stimme.

22) Rheinische Bahnen. Sie umfassen jetzt die Eisenbahnunternehmungen

dreier Gesellschaften: der Rheinischen, concessionirt am 21. Aug. 1837, der Bonn-Cöln, concessionirt am 11. Febr. 1841, mit der ersteren vereinigt 1856, und der Cöln-Crefelder, concessionirt am 22. August 1853, fusionirt am 1. Juli 1860. Eröffnet wurde die alte jetzt zweigeleisige Hauptbahn Cöln-Herbsthall am 15. Octbr. 1843, die Linie Bonn-Cöln-Coblenz-Bingen ihrer ganzen Ausdehnung nach im Decbr. 1859, die Cöln-Crefelder Bahn am 26. Janr. 1857. Anschlüsse bestehen mit den belgischen Staatsbahnen (in Herbsthall), mit der Rhein-Nahe- und der hessischen Ludwigsbahn. In Aussicht ist der Bau weiterer Linien und zwar einer Bahn von Crefeld nach Nymwegen zum Anschlusse an die holländischen Bahnen, der sog. Eifelbahn von Düren nach Schleiden und einer Anschlussbahn an die nassauischen Staatsbahnen von Ehrenbreitstein nach Oberlahnstein. Die Gesellschaft ist zur Ausführung dieser Linien verpflichtet. Für das (übrigens noch nicht emittirte) Anlagecapital der letzteren Strecke haben die Regierungen von Preussen und Nassau 4 % Zinsgarantie übernommen. Ferner ist die Gesellschaft zur Erbauung einer festen Rheinbrücke bei Coblenz in dem Falle verpflichtet, wenn die Gesamtbahn in einem Jahre einen Reinertrag von $5\frac{1}{2}$ % abwerfen wird. Die Brücke wird übrigens schon vor Eintritt dieser Voraussetzung ausgeführt werden, nachdem der Staat für das auf $3\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. berechnete Baucapital Zinsgarantie bis auf die Höhe von $4\frac{1}{2}$ % für den Fall übernommen hat, dass die Gesellschaft den Brückenbau unternahme, bevor ihre Verpflichtung dazu eintrete. Die Zinsgarantie dauert übrigens nur bis zu eben diesem Zeitpunkte.

Durch die Verschmelzung verschiedener Unternehmungen sind die Verhältnisse der Actionäre unter sich complicirt geworden. Es gilt diessfalls Folgendes: a) die Stammactien aller Serien haben gleiche Rechte, mit Ausnahme der Bonn-Cöln, welchen für immer eine feste Dividende von $5\frac{1}{2}$ % zugesichert ist. b) die creirten Prioritäts-Stammactien erhalten eine feste Dividende von 4 %. Erträgt die Bahn mehr als 4 %, so nehmen sie an dem Ueberschusse mit allen Stammactien Theil, nachdem den letzteren zuvor ebenfalls 4 % Dividende zugeschrieben worden. Da den Prioritätsactien kein Stimmrecht zukommt, ihren Inhabern aber gestattet war, sie gegen Stammactien umzutauschen, so hat eine Anzahl von Actionären von letzterem Recht Gebrauch gemacht. Von den creirten $1\frac{1}{4}$ Mill. Prioritätsactien sind daher jetzt nur noch 992,750 Thlr. in Umlauf. c) die Actionäre der zuletzt einverleibten Cöln-Crefelder Bahn erhielten, wenn sie sich nicht durch baare Zahlung von $25\frac{5}{8}$ Thlr. pr. Actie auslösen liessen, für $2\frac{1}{2}$ Stück ihrer Actien (à 100 Thlr.) eine Actie der Rheinischen Bahn (à 250 Thlr.) und nehmen mit letzterer an den Dividenden des ganzen Unternehmens Theil.

Den Inhabern der Prioritätsobligationen der einverleibten Bahnen sind alle ihre Rechte vorbehalten; ausserdem haben sie die Rheinische Gesellschaft als ihre Principalschuldnerin erhalten und können sich im Vorrang vor allen Actien, dagegen aber den vorher emittirten Rheinischen Prioritätsobligationen nachgehend, an das gesammte Vermögen derselben halten. Die Rheinischen Prioritäten II. Emission von 1843 geniessen $3\frac{1}{2}$ % Staatsgarantie.

Gesellschaftsorgane: Administrationsrath von 24 Mitgliedern nebst 9 Stellvertretern, Direction von 6 activen und 6 stellvertretenden Directoren. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: von 4—40 Actien kommt auf je 4, von mehr als 40 Actien auf je 8 Actien eine Stimme.

Ogleich die Hauptbahn zu den bestsituirten und frequentesten Schienenstrassen gehört, und auch die neue Strecke Cöln-Bingen als Bindeglied mit dem Süden und Südosten ihre Zukunft haben muss, lässt sich doch ein sicheres Urtheil über das ganze Unternehmen noch kaum aussprechen, weil noch zu Vieles unvollendet ist.

23) Thüringische Bahn. Concession von den 3 theilhaftigen Regierungen Preussen, Sachsen-Weimar und Sachsen-Gotha im Jahr 1844. Eröffnung: Hauptbahn 24. Juni 1847, Corbetha-Leipzig 22. März 1856, Weissenfels-Gera im Frühjahr 1859. Verbindungen mit der churhessischen Nord-, mit der Werrabahn und mit den in Leipzig einmündenden Bahnen. Verhältniss zu den theilhaftigen Staaten: Diese haben den 4. Theil des Actien Capitals pro rata mit der Einräumung übernommen, dass sie gegenüber den Privat-actien soweit nachstehen wollen, bis die letzteren 3 % Dividende erhalten haben. Die Vergünstigung der Privat-actien hört aber nach Ablauf von 30 Jahren unter allen Umständen, nach Ablauf der ersten 10 Betriebsjahre aber alsdann auf, wenn in 5 aufeinander folgenden Jahren eine Dividende von mindestens 4 % aufkommt. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 12, Direction von 7 Mitgliedern. Von letzteren ernannt jede theilhaftige Regierung einen Director. Generalversammlung im 2. Quartal. Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme; von mehr als 10 geben je 10 Actien 1 Stimme bis zum Maximum von 10 Stimmen.

Die Bahn hat in ihrer Hauptlinie mit grossem Localverkehr eine gesunde Unterlage. Ihre Bedeutung wird übrigens namentlich hervortreten, wenn die projectirte Bebra-Fulda-Hanau-Frankfurter Bahn verwirklicht wird.

In Absicht auf die Prioritätsobligationen aller preussischen Bahnen haben wir noch die Bemerkung beizufügen, dass sich ihr Rangverhältniss folgendermassen bestimmt: Alle gehen den Actien unbedingt vor, mögen letztere vor oder nach den Prioritäten oder für diese oder jene Linie creirt worden sein. Unter sich selbst haben die Prioritätsobligationen ein und derselben Bahn oder Bahnstrecke Vorrecht nach der Zeit ihrer Creation, so dass immer die älteren den neueren vorgehen. Sie sind aber stets auf bestimmte Bahn-objecte radicirt. Da, wo also eine Gesellschaft mehrere, je für sich ein Ganzes ausmachende Linien besitzt, oder wo die Prioritäten das Anlagecapital für bestimmte Bahnstrecken bilden, haften die betreffenden Obligationen in erster Linie und nach dem Vorrang der Zeit nur auf jenen Linien und Strecken. Zwischen ihnen und den Obligationen der andern Bahnobjecte derselben Gesellschaft besteht keinerlei Concurrenz oder Priorität, wohl aber können sich alle Prioritätsgläubiger, wenn die ihnen quasi verpfändete Bahn-Abtheilung zu ihrer Befriedigung nicht ausreichte, an das allgemeine Vermögen der Gesellschaft halten. Um in dieser Richtung die nöthigen Andeutungen zu geben, haben wir in unserer Tafel die Objecte immer bezeichnet, auf welchen die einzelnen Obligationen zunächst haften. Ausserdem kommt zu bemerken, dass es den preuss. Eisenbahngesellschaften in so lange, bis ihre Prioritätsanlehen vollständig getilgt sein werden, gesetzlich untersagt ist, Theile der Bahn zu veräussern.

§. 186.

Zweite Gruppe. Oesterreichische Privatbahnen.

Ueber die geschichtliche Entwicklung des österreichischen Eisenbahnwesens haben wir aus Anlass der Besprechung der „Staatsgarantien“ die erforderlichen Andeutungen gegeben. (Oben S. 82 ff.) Auch ist dort des österreichischen Eisenbahngesetzes vom 14. Septbr. 1854 Erwähnung geschehen. Hier ist übrigens der Ort, dessen Hauptbestimmungen näher ins Auge zu fassen. Sie besagen im Wesentlichen:

- 1) Zur Anlage einer Eisenbahn, welche bestimmt ist, als öffentliches Transportmittel für Personen und Sachen zu dienen, oder wodurch eine

Landstrasse in eine Eisenbahn umgewandelt werden soll, ist die besondere Bewilligung von Seite der Staatsverwaltung (Concession) erforderlich.

- 2) Die Concession wird nur auf eine bestimmte Zeit ertheilt. Diese kann die Dauer von 90 Jahren nicht überschreiten, wohl aber nach Maassgabe der obwaltenden Verhältnisse auf eine geringere Anzahl Jahre sich erstrecken. Der Termin für die Dauer der Concession beginnt mit dem Tage, an welchem die Bahn ganz oder zum Theil der Benutzung des Publikums übergeben wird.
- 3) Nach Ablauf der Dauer des Privilegiums geht das Eigenthum an der Eisenbahn selbst, an dem Grund und Boden und den Bauwerken, welche dazu gehören, sogleich durch das Gesetz ohne Entgelt und unmittelbar an den Staat über. Den Unternehmern verbleibt jedoch das Eigenthum an allen ausschliesslich zum Transportgeschäfte bestimmten Gegenständen, Fahrnissen, Vorrichtungen und Realitäten. Die Unternehmung hat die Bahn sammt Zubehörenden in brauchbarem Stande zu übergeben, worüber die Behörden namentlich in den letzten 5 Jahren der Cessionsdauer zu wachen haben und wozu die Unternehmung mit geeigneten Zwangsmitteln angehalten werden kann.
- 4) Die Concession gewährt in der Regel insoferne ein ausschliessliches Recht, als es während der Concessionsdauer Niemanden gestattet ist, eine andere öffentliche Eisenbahn, welche dieselben Endpunkte ohne Berührung neuer strategisch-politisch oder commercieell wichtiger Zwischenpunkte in Verbindung bringen würde, zu errichten. Dagegen können Zweig- oder Fortsetzungsbahnen auch während der Concessionsdauer an andere Privaten concessionirt oder auf Staatskosten gebaut werden.
- 5) Die Eisenbahnunternehmungen haben die Pflicht, die Postsendungen und Postbediensteten unentgeltlich und Truppen oder Militäreffecten nach den Tarifsätzen der Staatsbahnen (nachdem diese aber verkauft sind, nach besonders vereinbarten Tarifsätzen) zu befördern; die sonstigen Tarife der Genehmigung des Handelsministeriums zu unterstellen, welches alsdann auf eine Ermässigung hinzuwirken hat, wenn das Reinerträgniss der Bahn 15 % übersteigt; die unentgeltliche Benützung ihrer Telegraphenlinien zu Staatszwecken oder die Errichtung von Staatstelegraphen auf ihrem Grundeigenthum ohne Entschädigung zu gestatten, und sich wegen des Anschlusses an andere angrenzende Bahnen, wegen der wechselseitigen Benützung der Bahnen und der Betriebsmittel bei mangelndem freien Uebereinkommen der Entscheidung des Handelsministeriums zu unterwerfen.
- 6) Die Eisenbahnunternehmungen sind ohne besondere Verwilligung der Staatsverwaltung nicht berechtigt, Anlehen mit Hinausgabe von Obligationen oder in Form von Actien-Emissionen oder Aufzahlungen auf die früheren Actien zu contrahiren.
- 7) Die Concession erlischt auch schon vor Ablauf der Concessionsdauer, wenn der Termin nicht eingehalten wird, welcher zur Vollendung und Eröffnung ausdrücklich vorgeschrieben ist, vorausgesetzt, dass nicht wegen besonderer Ereignisse Verlängerung erwirkt wurde. In diesem Falle behält zwar die Unternehmung ihr Eigenthum, die Concession kann aber einer andern Person oder Gesellschaft ertheilt werden.
- 8) Wenn eine Eisenbahnunternehmung wesentlichen Bestimmungen der Concessionsurkunde, oder der Betriebsordnung oder Anordnungen der vorgesetzten Behörde beharrlich zuwider handeln würde, kann das Handelsministerium die Sequestration der Bahn auf Kosten und Gefahr der Unternehmung anordnen.

Dieses Gesetz enthält die Normen für den Fall, dass in der Concessionsurkunde nichts anderes bestimmt ist. Letzteres ist aber zulässig, namentlich dann, wenn der Staat Zinsengarantie für ein Unternehmen leistet, in welchem Falle die Verpflichtungen gesteigert werden können.

Hinsichtlich dieser für die meisten österreich. Eisenbahnen eingegangenen Garantien verweisen wir zunächst auf S. 83 und 84 oben und fügen hier bei, dass etwaige Zuschüsse des Staats nur Vorschüsse sind, welche aus den späteren Ertragsüberschüssen nebst 4 % Zinsen wieder zurückvergütet werden müssen. Auch einer neuen Staatsgarantie haben wir zu gedenken, welche mit 5 1/2 % für die neu concessionirte Böhmisches Westbahn auf Höhe eines Anlagecapitals von 24 Mill. Gulden übernommen worden ist. Das Nähere werden wir bei der Besprechung der einzelnen Bahnen darlegen.

Aus dem Inhalte der Concessionsurkunden für die neu entstandenen Gesellschaften kann als Regel vorangeschickt werden, dass der Staat sich das Recht vorbehalten hat, die Bahnen nach Ablauf von 30 (bei Aussig-Teplitz von 12) Jahren gegen eine Rente zurückzuerwerben, welche dem durchschnittlichen Reinertrage der 5 günstigsten aus den letzten 7 Betriebsjahren entspricht und bis zum Ablaufe der Concession zu zahlen ist. Diess gilt insbesondere von den Unternehmungen der Böhmisches West-, der Elisabeth-, der Galizischen Karl-Ludwigs-, der Staatsbahn-, der südlichen Staats- und lombardisch-venetianischen, der Pardubitz-Reichenberger, und der Theissbahngesellschaft.

Da ferner die österreichischen Bahnen nach Ablauf der Concessionen dem Staate unentgeltlich anheimfallen, so gilt als weitere Regel, dass die Actien nach und nach durch Verloosung amortisirt werden müssen, so dass sie bis zum Ablaufe der Concessionsdauer getilgt sind; dass sie ebendesshalb zunächst nach einem festen Zinsfuss verzinst werden, neben den Dividenden auch Zins-Coupons haben und dass das Institut der Genussscheine bei ihnen eingeführt ist. (Vergl. §. 184). Der feststehende Zinsfuss ist überall 5 %.

Ein wesentlicher und wichtiger Unterschied besteht zwischen den Prioritäts-Obligationen der preussischen und derjenigen österreichischen Gesellschaften, welche von Franzosen mitbegründet wurden und beeinflusst werden (Staatsbahn- und südliche Staats- und lombardisch-venetianische Gesellschaft). Diese haben sich nämlich das Recht der Obligationen-Emission bis zur festgestellten Grenze zum Voraus ausbedungen und davon in der Weise Gebrauch gemacht, dass zwischen den früheren und späteren Emissionen keinerlei Priorität besteht, vielmehr alle Obligationen gleiches Recht und gleichen Rang geniessen. Sodann haben sie das französische System der sog. Prämien- (nicht Lotterie-) Anlehen eingeführt, wonach niederzinsende (3proc.) Obligationen zu Coursen weit unter pari ausgegeben, al pari aber getilgt werden. In das begrenzte Anlagecapital wird indessen nur der Emissionseours, d. h. der wirkliche Erlös aus den Obligationen, eingerechnet und die Folge ist, dass die Summe der Schuld das Actiencapital häufig überschreitet, und die älteren Obligationen mit jeder neuen Emission an Sicherheit verlieren. Die Obligationen der übrigen österreichischen Gesellschaften geniessen dagegen Prioritätsrechte nach Maassgabe der Zeit ihrer Emission.

Ferner ist bei dem niedrigen Coursstande der österr. Valuta der Umstand wohl zu berücksichtigen, dass die Dividenden und Zinsen von einzelnen Gesellschaften in Papier ausbezahlt werden. Diess trifft insbesondere bei den älteren Bahnen zu, während die neueren theils für die Actien und Obligationen, theils für letztere allein Silberzahlung eingegangen haben. Auch die Steuer- und Stempelabzüge von denjenigen Coupons und Obligationen, welche in Oesterreich zahlbar sind, müssen berücksichtigt werden. (Vergl. oben S. 105—106).

Oesterreichische Privatbahnen.

Name und Sitz der Gesellschaft.	Ausdehnung und Richtung der Bahn.		Stamm-Actien.			Prioritäts-Actien und Obligationen.							Betriebs-Ergebnisse.						Reservefonds.	
	Länge in österr. Meilen.	Einzelne Linien.	Zahl der Actien.	Betrag		Cours Ende Sept. 1861.	Jahr der Emission.	Emission oder Priorität.	Betrag.	Zins- fuss.	Zinstermin.	Tilgungsfonds, resp. Tilgungszeit.	Cours Ende Sept. 1861.	Im Jahr	Linie.	Einnahme, brutto.	Ausgabe, brutto.	Ueberschuss.		Dividende mit Zinsen.
				pr. Stk.	im Ganzen.															
1) Aussig-Teplitz in Teplitz.	2,50	Aussig-Teplitz mit Zweigbahn von Karbitz nach den Kohlenwerken der Saxonien.	10,000	fl. 210	fl. 2,100,000	143 G.	1858	I. Pr.	fl. 1,050,000	5	Janr. u. Juli.	Die Prioritäten sind der Creditanstalt versetzt.	Börse wie bei den Actien.	1859 1860	— —	fl. 184,455 250,909	fl. 118,433 116,289	fl. 66,022 134,120	1859 2% und 1860 4%. Die Bahn ist erst seit 1859 in Betrieb.	1860: 25,795 fl.
2) Böhmisches Westbahn in Wien.	27,00	Prag-Pilsen-Furth mit Zweigbahn nach den Kohlenwerken von Radnitz und Wegwanow.	60,000	200	12,000,000	—	1861	E. I.	2,400,000	5	Janr. u. Juli.	54 Jahre von 1863 an.	98 3/4 G.	—	—	—	—	—	—	—
3) Brünn-Rossitz in Brünn.	4,50	Brünn-Rossitz mit Zweigbahn nach den benachbarten Kohlenwerken.	1,800	525	945,000	—	1856	Pr. Actien	2,205,000	6	—	—	—	1859	—	260,384	110,342	150,042	Stammactien seit 1856: 2, 3/4, 3/4, 1%. Prior.-Actien „ 1857: 6, 6, 7%.	—
4) Buschtährader Bahn.	3,75 7,50	a) Kralup-Kladno (Locomotivbahn). b) Prag-Lana (Pferdebahn).	4,800	525	2,520,000	—	—	—	—	—	—	—	—	1857 1858 1859	a u. b. dto. dto.	353,257 414,734 —	169,287 200,037 —	183,970 214,697 285,525	1856 und 1857 je 8, 1858: 8 1/2, 1859: 9 1/3 %.	1859: 29,510 fl.
5) Kaiserin-Elisabeth-Westbahn in Wien.	42,00 10,45 17,25 3,70 0,75	a) Wien-Linz-Salzburg (Hauptbahn). b) Zweigbahn Wels-Passau. c) Budweis-Linz (Pferdebahn). d) Lambach-Gmunden. e) Verbindungsbahn bei Wien.	150,000	200	30,000,000	119 Br.	1857 1858 1860/61	I. Pr. II. „ III. „	5,474,350 15,750,000 21,000,000	5 — 5	April u. Oct. Lotterieanl. Febr. u. Aug.	10 Jahre von 1862 an. 66 „ „ 1858 „ 48 „ „ 1864 „	96 3/4 G. 76 1/4 Br. 76 1/4 „	1859 1860 1859 1860	a. a. c u. d. dto.	2,136,054 3,000,368 1,026,292 759,934	1,150,968 1,503,740 675,743 608,420	955,086 1,496,628 350,549 151,514	Bis jetzt erhielten die Actionäre die vom Staate garantirten 5% Zinsen.	—
6) Kaiser-Ferdinand-Nordbahn in Wien.	55,50 27,00	a) Wien-Krakau (Hauptbahn). b) Zweigbahnen Floridsdorf-Stokerau, Gensern- dorf-Marchegg, Lundenburg-Brünn, Prerau- Olmütz, Schönbrunn-Troppau, Oderberg-Anna- berg, Dzieditz-Bielitz, Trzebinia-Myslowitz, Szczakowa-Graniza.	50,792	1,050 Es gibt auch halbe u. 3/4 Actien	53,331,797	201 1/2 G.	1841 1844 1847 1850/52 1860	I. Pr. II. „ III. „ IV. „ V. „	1,470,000 1,102,500 5,880,000 8,400,000 6,000,000	5 5 5 5 5	Juni u. Dec. dto. April u. Oct. Mai u. Nov. —	1% bis 1890. 1% „ 1894. 2 1/2 % „ 1897. Von 1860 bis 1898. —	95 1/2 G. — 90 3/4 G.	1857 1858 1859 1860	a u. b. dto. dto. dto.	11,125,496 11,693,477 15,269,365 16,063,389	4,187,025 4,517,154 5,648,420 5,905,799	6,938,471 7,176,323 9,620,945 10,157,590	Seit 1840: 4, 4, 5 1/2, 4 1/2, 5, 5 1/2, 8 1/2, 7 1/2, 3 1/2, 5 1/2, 7, 10 1/2, 15, 16, 14, 16, 15, 12, 11 7/8, 15, 15 1/2 %.	1860: Reserve-, Amortisa- tions- und Pensions- fonds: 4,136,562 fl.
7) Galizische Karl-Ludwigsbahn.	23,00 26,00	a) Krakau-Dembica-Rzeszow mit Zweigbahnen Bierzanow-Wieliczka und Podleze-Niepolomice. b) Rzeszow-Lemberg (noch im Bau).	75,000	210	15,750,000	150 3/4 G.	—	—	—	—	—	—	—	1859 1860	a. vona u. b 29 Meilen	1,872,734 2,108,455	909,971 1,070,795	962,763 1,037,660	1859: 5% Zins und 6 fl. Superdividende; 1860: 5% Zins und 8 fl. Superdividende auf die Actie.	1860: 134,178 fl.
8) Oesterreichische Staatsbahngesellschaft in Wien.	62,00 91,50 21,00	a) Nördliche Linie von Bodenbach über Prag und Pardubitz nach Trübau mit Zweigbahnen nach Brünn und Olmütz. b) Südöstl. Linie von Marchegg über Press- burg, Pesth, Czegled, Szegedin, Temeswar, Jassenova nach Basiasch. c) Wien-Bruk-Raab-Neu-Szöny.	400,000	Frs. 500	Frs. 200,000,000	242 Br.	Von 1855 bis 1861 all- mählig emittirt.	E. I. „ II. „ III. „ IV. „ V. „ VI.	150,000,000 31,818,000 50,000,000 50,000,000 20,000,000 37,198,000	3	März u. Sept.	90 Jahre von 1858—1947.	52 3/8 Br.	1857 1858 1859 1860	a—c. dto. dto. dto.	14,469,051 14,595,542 18,603,507 19,822,349	7,265,054 6,955,376 7,110,641 7,365,602	7,203,997 7,640,166 11,492,866 12,456,747	1855: 9 1/2 %, 1856: 7 3/8 %, 1857: 8 1/2, 1858: 6 1/2, 1859: 7, 1860: 7%. Das voll eingezahlte Actien-capital nahm 1858 erstmals an der Dividende Theil.	1860: 1,019,484 fl.
9) Südliche Staats-, Lombardisch-Venetianische und Centralitalienische Eisenbahngesellschaft, in Wien und resp. Turin und Paris.	125,50 76,00 47,50 54,50 62,00 38,40	a) Erste Gruppe: Wien-Triest mit Zweigbahnen nach Laxenburg und Oedenburg, dann Marburg-Villach, Steinbrunn-Sisseeck und Agram-Karlstadt (81 M. im Betrieb). b) Zweite Gruppe: Kragerud-Orten, Uj Szony-Stuhlweissenburg (im Betrieb) und Oedenburg-Canisza (zu bauen). c) Dritte Gruppe: Innsbruck-Kufstein, Verona-Botzen (im Betrieb) und Botzen-Innsbruck (zu bauen). d) Vierte Gruppe: Nabresina-Casarsa-lomb. Grenze, Verona-Mantua (im Betrieb) und Padua-Rovigo (zu bauen). e) Fünfte Gruppe: Peschiera-Mailand-Como, Rha-Gallarate (im Betrieb), Mailand-Piacenza und Pavia (im Bau), Gallarate-Sestocalende, Bergamo-Lecco und Treviglio-Cremona. f) Sechste Gruppe: Piacenza-Bologna-Pistoja und Bologna-Ponto-Lagosuoco (19,4 M. im Betrieb).	750,000	Frs. 500	Frs. 375,000,000	535 G.	1850/50 „ „ „ „	S. A. C. K. O.	78,125,000 21,875,000 106,909,000 96,000,000 302,909,000	3	Janr. u. Juli.	90 Jahre von 1860 an.	252 1/2 G. pr. Stück.	1859 „ 1860 „ „	a. c. d u. e. a. c. d u. e.	17,461,881 890,254 5,436,992 13,002,309 1,003,467 4,925,648	9,321,772 551,846 2,450,998 5,772,664 609,868 2,495,384	8,140,108 338,408 2,985,994 7,229,645 393,599 2,430,264	1859: 14, 1860: 10%. In 1859 war aber nur die 1. und 2. Einzahlung (20%) das ganze Jahr, die 3. Einzahlung nur auf 4 Monate zu verzinsen. 1860 nahmen die 1., 2. und 3. Einzahlung auf 12, die 4. auf 8 und die 5. auf 2 Monate an der Dividende Theil. Wie sich die Dividende nach voller Einzahlung der Actien gestalten wird, lässt sich nicht vorhersagen.	1860: Reservefonds der früheren lomb.-venet. Gesellschaft: 180,387 fl., der neuen Gesell- schaft: 452,662 fl. Zus. 633,049 fl.
10) Süd-Norddeutsche Verbindungs-bahn in Wien.	27,20	Pardubitz-Königgrätz-Josefstadt-Reichenberg mit Zweigbahn in die Schadowitzer Gruben.	75,000	fl. 210	fl. 15,750,000	120 1/4 G.	1858 1861	E. I. „ II.	3,000,000 2,100,000	— 5	Lotterieanl. Janr. u. Juli.	66 Jahre von 1858 an. —	80 1/4 G. —	1859 1860	— —	704,439 894,622	594,907 590,583	109,532 304,039	Bis jetzt immer 5%, welche der Staat suppliren musste.	—
11) Theiss-Bahn in Wien.	ca. 122 Meilen, wovon 1860 in Betrieb: 77 M.	a) Pesth-Erlau-Miscolcz-Kaschau. b) Szegled-Szolnok-Debreczin. c) Debreczin-Miscolcz. d) Szolnok-Arad. e) Ladani-Grosswardein. f) Nyeregyhaza-Gergely. g) Gergely-Slatina und Sugatagh.	120,000	200	24,000,000	147 G.	1858 1859	I. Pr. II. „	15,750,000 15,750,000	— 5	Lotterieanl. —	66 Jahre von 1858 an. Von 1871 bis 1906.	— —	1857 1859 1860	— — —	72,132 2,341,417 2,811,810	38,974 1,131,865 1,404,464	33,158 1,209,552 1,407,346	Bis Ende 1860 sind die den Actionären garantirten 5% Zinsen aus dem Baufonds gezahlt worden, in welchen der Ertragsüberschuss floss. Letzterer betrug seit 1858 etwas über 4% des Baucapitals.	—
Das erste Anlehen bildet einen Theil der von der Creditanstalt 1858 contrahirten Lotterianleihe von 42 Mill. Gulden. Das letztere hat die österreichische Finanzverwaltung gegen Zurückgabe der in ihren Händen befindlich gewesenen 50,000 St. Actien und an Zahlung auf die von ihr ausgeführten Arbeiten übernommen.																				
Von den Actien besitzt die Gesellschaft selbst 50,000 Stücke; es sind also nur 70,000 Stücke im Umlaufe.																				
Von den Linien b und f waren Theile im Betrieb, jedoch für Rechnung des Baufonds. Auch die übrigen Linien sind nur theilweise im Betrieb gewesen. Die hohen Ertragssummen des Jahres 1859 rühren hauptsächlich von den massenhaften Militärtransporten her.																				
1857 waren nur 20,25 Meilen 6 Wochen lang im Betrieb; 1859 das ganze Jahr durchschnittlich 58,46 Meilen; 1860 bis 14. Aug. 1861 65,81, von da an 77 Meilen.																				

Privatbahnen in den deutschen Mittel- und Klein-Staaten.

Name und Sitz der Gesellschaft.	Ausdehnung und Richtung der Bahn.		Stamm - Actien.			Prioritäts - Actien und Obligationen.							Betriebs - E r g e b n i s s e.					Reservefonds.		
	Länge in deutschen Meilen.	Einzelne Linien.	Zahl.	Betrag		Cours Ende Sept. 1861.	Jahr der Emission.	Emission oder Priorität.	Betrag.	Zins-fuss.	Zinstermin.	Tilgungsfonds, resp. Tilgungszeit.	Cours Ende Sept. 1861.	Im Jahr	Auf der Linie	Einnahme, brutto.	Ausgabe, brutto.		Ueberschuss.	Dividende sammt Zins.
				pr. Stk.	im Ganzen.															
I. In Bayern.																				
1) Bayerische Ostbahnen in München.	60,00	a) Nürnberg-Amberg-Regensburg. b) Schwarzenfeld-Fürth-Pilsen. c) Regensburg-München. d) Geisselhörling-Passau.	300,000	200 fl.	60,000,000 fl.	105¾ Br.	—	—	—	—	—	—	Börse wie bei den Actien.	1859/60 1860/60 Im Jahr 1859/60 waren durchschnittlich nur 11,5, im Jahre 1859/60 aber 35,6 Meilen im Betrieb.	—	442,350 fl. 1,814,930 „	147,886 fl. 694,362 „	294,464 fl. 1,120,568 „	Die Actien wurden bis jetzt zu 4½ % aus dem Baufonds verzinst.	—
2) Nürnberg-Fürth in Nürnberg.	0,90	Von Nürnberg nach Fürth.	1,770	100 fl.	177,000 fl.	—	—	—	90,000 fl.	5	—	—	—	1859 1860	—	104,374 fl. 111,846 „	82,956 fl. 88,115 „	21,418 fl. 23,724 „	Seit 1842: 15, 14½, 15, 14, 14, 13, 12, 12, 13, 13, 16, 16, 14, 14, 15, 15, 15, 15%.	—
3) Pfälzische Ludwigsbahn in Ludwigshafen.	20,00	Ludwigshafen-Kaiserslautern-Bexbach, Worms-Speyer, Homburg-Zweibrücken.	23,318	500 fl.	11,659,000 fl.	131 Br.	1848 1852 1856 1858 1861	I. Pr. II. „ III. „ IV. „ V. „	2,000,000 fl. 500,000 „ 700,000 „ 800,000 „ 900,000 „	5 5 5 4½ 4½	April u. Oct. dto. dto. dto. dto.	½ % seit 1850. " " " 1854. " " " 1859. 2,000 fl. von 1864 an. Binnen 50 Jahren.	105 Br. 103 G.	1859/60 1860/60 1860/60 1860/60	—	2,205,476 fl. 2,409,479 „ 2,282,510 „ 2,275,722 „	699,548 fl. 825,124 „ 832,979 „ 876,449 „	1,505,928 fl. 1,584,355 „ 1,449,531 „ 1,399,273 „	Seit 1852/53: 5¾, 7, 9, 9, 10, 11, 9¾, 9%, vorher die vom Staate garantirten 4%, welche zum Theil zu suppliren waren.	1859/60: 44,270 fl. Ausserdem Reservefonds für eventuelle Zinszuschüsse: 807,124 fl.
4) Pfälzische Maxbahn in Ludwigshafen.	6,32	Neustadt a. d. Hardt-Weissenburg.	8,800	500 fl.	4,400,000 fl.	102⅞ Br.	—	—	—	—	—	—	—	1859/60 1860/60	—	368,709 fl. 374,874 „	201,711 fl. 202,326 „	166,998 fl. 172,548 „	Stets die vom Staat garantirten 4½%, zu deren Ergänzung von 1859/60 228,606 fl. zuzuschüssen waren.	—
II. In Sachsen.																				
5) Alberts-Bahn in Dresden.	5,11	Dresden-Tharand mit Zweigbahnen in die Kohlenwerke.	9,000	100 Thlr.	900,000 Thlr.	44½ G.	1856 " " 1857	Lit. A. B. C.	800,000 Thlr. 300,000 „ 300,000 „	5 5 5	Janr. u. Juli. April u. Oct. dto.	1 % von 1861 an. 1 " " 1866 " 1 " " 1867 "	101½ G.	1857 1858 1859	—	153,462 Thlr. 169,819 „ 155,952 „	78,952 Thlr. 97,344 „ 96,150 „	74,510 Thlr. 72,575 „ 59,761 „	Nur 1857 konnte eine Dividende von 1% vertheilt werden, sonst immer 0.	—
6) Chemnitz-Würschnitz in Chemnitz.	1,60	Von der Chemnitz-Zwickauer Staatsbahn zwischen Wüstenbrand und Grün in die Chemnitzer Kohlenwerke.	4,000	100 Thlr.	400,000 Thlr.	—	1861	E. I.	150,000 Thlr.	4	—	—	—	1859 1860	—	—	—	9,110 Thlr. 26,684 „	1859: 3%, 1860: 4¼%.	—
7) Leipzig-Dresden in Leipzig.	15,96	Leipzig-Riesa-Röderau-Dresden.	50,000	100 Thlr.	5,000,000 Thlr.	212½ G.	1849/51 1854 1860	E. I. " II. " III.	1,500,000 Thlr. 1,500,000 „ 500,000 „	3½ 4 —	Juni u. Dec. dto. (Ausserdem ½ Mill. Thlr. Cassenscheine.)	In 83 J. mit Prämien seit 1840. 2 % bis 1882. —	113 Br. 100¾ G. —	1857 1858 1859	—	2,242,199 Thlr. 1,999,924 „ 1,880,850 „	961,055 Thlr. 915,649 „ 866,278 „	1,281,144 Thlr. 1,084,275 „ 963,871 „	Seit 1839: 4, 4, 4, 4½, 5, 5, 5, 5, 5½, 4, 6, 7, 8, 9, 9½, 10½, 13, 19, 21, 19, 16, 16%.	Voll ½ Mill. Thlr.
8) Löbau-Zittau in Zittau.	4,52	Löbau-Herrnhut-Zittau.	20,000 Lit. A.	100 Thlr.	2,000,000 Thlr.	26½ Br.	1847	Pr. Actien Lit. B.	500,000 Thlr.	4	—	—	—	1858 1859 1860	—	103,356 Thlr. 94,421 „	95,341 Thlr. 75,492 „	8,015 Thlr. 18,928 „ 27,683 „	Die Stamm-Actien erhielten bis jetzt niemals eine Dividende; die Prioritäts-Actien seit 1856: 1%, 1860: 4%.	—
9) Zittau-Reichenberg in Zittau.	3,50	Von Zittau nach Reichenberg.	25,000 25,000	100 Thlr. 50 „	2,500,000 Thlr. 1,250,000 „	—	—	—	—	—	—	—	—	1860	—	86,608 Thlr.	82,088 Thlr.	4,520 Thlr.	0.	—
III. In Hessen-Darmstadt.																				
10) Hessische Ludwigsbahn in Mainz.	6,40 4,30 9,40 2,00 4,00	a) Mainz-Worms. b) Mainz-Bingen. c) Mainz-Darmstadt-Aschaffenburg. d) Rhein-Alzey-Bahn. e) Bischofsheim-Frankfurt.	36,000	250 fl.	9,000,000 fl.	107¾ G.	1856 1860	E. I. " II.	4,000,000 fl. 3,000,000 „	4½ 4½	Janr. u. Juli. dto.	½ % seit 1859. ½ %.	100¾ Br.	1857 1858 1859 1860	a. a. a. a—d.	393,126 fl. 431,126 „ 424,430 „ 1,389,729 „	150,248 fl. 160,572 „ 155,500 „ 566,915 „	242,878 fl. 270,554 „ 268,930 „ 822,814 „	Seit 1853: 1½, 4, 4½, 5, 5, 5½, 5½, 5¾%, 1860 hat erstmals das ganze Actien-capital von 9 Mill. Theil genommen.	Erneuerungsfonds 1860: 78,601 fl. 43 kr.
IV. In Churhessen.																				
11) Churfürst - Friedrich - Wilhelm-Nordbahn in Cassel.	19,90	Gerstungen-Bebra-Guntershausen-Cassel-Hofgeismar-Hümme-Haueda mit Zweigbahn nach Karlshafen.	80,000	100 Thlr.	8,000,000 Thlr.	44¼ Br.	1849 1853	E. I. " II.	2,000,000 Thlr. 1,600,000 „	4½ 3½	April u. Oct. Janr. u. Juli.	½ % bis 1951. ½ %.	—	1858 1859 1860	—	749,967 Thlr. 772,600 „ 809,479 „	404,271 Thlr. 428,022 „ 444,877 „	345,696 Thlr. 344,578 „ 364,602 „	Seit 1852: 17/30, 5/8, 17/30, 17/30, 1½, 2½, 2, 2, 2¼%.	1859: 108,488 Thlr.
V. In Thüringen.																				
12) Werra-Bahn in Meiningen.	20,00 2,08	a) Eisenach-Coburg-Sonneberg. b) Coburg-Lichtenfels (vorerst gepachtet).	50,069	100 Thlr.	5,006,900 Thlr.	46 Br.	1857	S. I.	3,250,000 Thlr.	5	Janr. u. Juli.	½ % von 1868 an.	101½ G.	1859 1860	a u. b. dto.	739,428 fl. 832,003 „	576,480 fl. 528,428 „	162,948 fl. 303,575 „	1859: 2⅞, 1860: 2⅞%. Die garantirenden Regierungen mussten Zuschüsse leisten.	—
VI. In Meklenburg.																				
13) Meklenburgische Eisenbahn in Schwerin.	19,30	Hagenow-Schwerin-Bützow-Rostock mit Zweigbahnen nach Wismar und Güstrow.	21,750	200 Thlr.	4,350,000 Thlr.	48⅝ G.	1849 " " " "	Lit. A. B. sog. Ver-schreibgn.	900,000 Thlr. 700,000 „ 348,000 „	4 4 4	Janr. u. Juli. dto. Juli.	½ % seit 1850. " " " 1851. 1 " " 1850.	101½ G.	1858 1859 1860	—	432,801 Thlr. 422,988 „ 463,832 „	210,298 Thlr. 221,380 „ 213,936 „	222,503 Thlr. 201,608 „ 249,896 „	Seit 1851: 1¼, ¾, ¾, 1¼, 1½, 1½, 2, 2, 1½, 2⅞%.	1859: 78,882 Thlr.
VII. In Holstein.																				
14) Altona-Kiel. 15) Glückstadt-Elmshorn-Itzehoe. 16) Rendsburg-Neumünster.	14,80 4,50 4,60	a) Altona-Elmshorn-Neumünster-Kiel. b) Elmshorn-Itzehoe-Glückstadt. c) Neumünster-Rendsburg.	20,500 2,650 2,600	150 Thlr. 150 „ 150 „	3,075,000 Thlr. 397,500 „ 390,000 „	139½ G.	— Prior.- —	— Actien. —	220,000 Thlr. 408,000 „ 175,000 „	3½ 4½ —	Handdarlehen ohne Obligationen. Mit Vorzugsrecht vor den Stammactien. —	— — —	— — —	1858 1859 1860	a, b, c. dto. dto.	674,356 Thlr. 721,143 „ 726,342 „	339,093 Thlr. 376,731 „ 346,976 „	335,263 Thlr. 344,412 „ 379,366 „	Für Nr. 14 seit 1845: 4, 5, 6, 5, 5½, 4½, 5½, 5, 5½, 6¾, 6, 7¼, 7½, 8, 8¾, 8¾%. Für Nr. 15 von 1847—52: 0, seitdem 2, 1½, 2, 2½, ½, ½, 0, 0%. Für Nr. 16 seit 1846: 4, 4, 10½, 10, 11½, 7, 4, 4, 4, 5, 6½, 6¼, 6½%.	1860: Für Nr. 14: 329,022 Thlr. 1859: Für Nr. 16: 39,864 Thlr. Für Nr. 15: 1,260 Thlr.
VIII. In Frankfurt a. M.																				
17) Frankfurt-Hanau.	3,50	Frankfurt-Hanau-Kahl mit Kahl-Aschaffenburg (letztere gepachtet).	12,000	250 fl.	3,000,000 fl.	65¼ Br.	1854 1858	E. I. " II.	600,000 fl. 900,000 „	4½ 4½	Januar. Janr. u. Juli.	1 % seit 1857. 1 " " 1860.	—	1859 1860	—	359,632 fl. 377,875 „	228,417 fl. 225,800 „	131,215 fl. 152,075 „	Seit 1849: 4, 3½, 3½, 3½, 3½, 3½, 3½, 4, 5½, 5, 3½, 3½%.	1860: 39,238 fl.
18) Frankfurt-Homburg.	2,50	Frankfurt-Homburg.	8,000	200 fl.	1,600,000 fl.	—	1860	E. I.	1,050,000 fl.	4½	Janr. u. Juli.	Bis 1903.	—	1860	—	51,233 fl.	38,842 fl.	12,391 fl.	1860: 4%. Die Bahn war nur 3¾ Monate im Betrieb.	—
19) Taunus-Bahn.	5,85	Frankfurt-Castel-Wiesbaden mit Zweigbahn nach Biebrich.	12,000 Lit. A—C.	250 fl.	3,000,000 fl.	323 G.	1844 1857 1859	E. I. " II. " III.	500,000 fl. 200,000 „ 400,000 „	3½ 4½ 4½	Juni u. Dec. dto. dto.	1 % seit 1845. 1 " " 1858. Noch nicht ausgegeben.	— — —	1858 1859 1860	—	832,307 fl. 707,147 „ 768,253 „	350,565 fl. 300,304 „ 299,828 „	481,742 fl. 406,843 „ 468,425 „	Seit 1840: 6¾, 6, 6, 6, 6, 6, 6¾, 6, 4¾, 4½, 5, 5½, 5½, 5½, 6, 6¾, 7¾, 10, 10, 8, 8%.	1860: Reserve: 268,971 fl. Erneuerungsfonds: 18,425 fl.
IX. In Hamburg.																				
20) Hamburg-Bergedorf.	2,16	Hamburg-Bergedorf.	10,320	300 M.B.	3,096,000 M. B.	—	—	E. I.	1,447,500 M. B.	4	September.	—	—	1858 1859	—	—	—	307,548 M.B. 367,978 „	1855: 5, 1856: 7½, 1857: 8, 1859: 9% aus den Privatactien.	—
X. In Lübeck.																				
21) Lübeck-Büchen.	6,32	Lübeck-Büchen zum Anschluss an die Berlin-Hamburger Bahn.	12,790	200 Thlr.	2,558,000 Thlr.	—	—	—	—	—	—	—	—	1858 1859 1860	—	190,237 Thlr. 206,480 „ 217,776 „	85,470 Thlr. 108,036 „ 115,042 „	114,767 Thlr. 98,444 „ 102,734 „	Seit 1852: 2, 2, 2¾, 2¾, 3, 3, 2¾, 3⅞, 3¼%.	1860: 108,236 Thlr.

Gegen die Nachtheile der entwertheten Valuta haben sich die neu concessionirten grossen Unternehmungen dadurch möglichst geschützt, dass sie sich das Recht erwarben, die Tarife in Silber oder mit einem entsprechenden Aufgelde festzusetzen. Dennoch schadet ihnen selbstverständlich der Valutastand und namentlich da, wo noch Capitalien im Wege der Anleihe zu beschaffen sind, drücken die österreichischen Geldverhältnisse schwer auf die Gesellschaften. Sie erhalten nur unter sehr lästigen Bedingungen Anlehen und so werden die Bahnen, ganz abgesehen von Terrainschwierigkeiten, theuer. Dagegen haben dieselben bei dem ungeheuren Productenreichthume Oesterreichs mehr als irgendwo Aussichten auf einen grossartigen Güterverkehr und auf eine noch lange andauernde Fortentwicklung desselben.

Unserer statistischen Tafel haben wir im Allgemeinen beizufügen, dass wir überall da, wo die Actien und Obligationen noch auf Conv.-Münze lauten, solche auf österr. Währung umgerechnet haben (100 fl. Conv.-M. = 105 fl. österr. W.). Dagegen haben wir in der Rubrik: „Betriebsergebnisse“ eine solche Umrechnung nicht vorgenommen. Dort ist daher vor 1858 Conv.-Münze, seither österr. Währung zu verstehen. Die Actien und Obligationen der beiden von Frankreich aus influirten Gesellschaften (Staatsbahn- und südliche Staats-, lombardisch-venet. etc. Gesellschaft) lauten sowohl auf österr. als auf französische Währung. Da sie gewöhnlich in letzterer gehandelt werden, haben wir sie auch in solcher dargestellt.

Im Einzelnen haben wir der Tabelle Folgendes zuzusetzen:

1) Aussig-Teplitz. Concession der Hauptbahn 1856 auf 80 Jahre, der Zweigbahn 1860. Eröffnung der ersteren im Mai 1858, der letzteren Ende Decbr. 1860. Rückkaufsrecht des Staats nach Ablauf von 12 Betriebsjahren wie oben dargestellt. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 12 auf 6 Jahre gewählten Mitgliedern, wovon jährlich 2 ausscheiden. Für die ersten 6 Betriebsjahre bilden übrigens die 12 Gründer den Verwaltungsrath ohne Wahl. Direction aus 2 vom Verwaltungsrath bestellten Directoren. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht geben je 10 Actien für 1 Stimme. Reservefonds: vom Reinertrage sollen jährlich mindestens 4 % zurückgelegt werden, bis die Rücklage 300,000 fl. erreicht hat.

Die Gesellschaft hat ihre Prioritätsanleihe noch nicht emittiren können und diese daher bei der Wiener Creditanstalt gegen ein Handdarlehen von 892,500 fl. in Depot gegeben. Die letzte Generalversammlung beschloss, die Emission der Obligationen nunmehr zu bewerkstelligen und dabei nicht nur die Zinsen, sondern auch die Capitalrückzahlungen in Silber zu garantiren.

Von den Actien wurden 1861 25 Stücke amortisirt. Die betreffenden Actionäre empfangen Genussscheine.

Die Bahn erfreut sich jetzt schon eines namhaften Güter- (Kohlen-) Verkehrs und scheint eine Zukunft zu haben.

2) Böhmisches Westbahn. Die Concession dieser wichtigen Linie wurde wiederholt ertheilt und aufgegeben bis sie endlich von einem Consortium Industrieller unterm 8. Sept. 1859 auf 90 Jahre definitiv erworben und realisirt wurde. Das Consortium hat bis jetzt die Sache noch in den Händen und die Ausführung des ganzen Baues in Accord gegeben. Die Accordanten erhalten nach Maassgabe des fortschreitenden Baues Actien und Obligationen an Zahlungsstatt. Das ganze Anlagecapital ist auf 24 Mill. Gulden festgesetzt und soll hälftig durch Ausgabe von Actien, hälftig durch Emission von 5proc. in effectivem Silber verzinslichen und rückzahlbaren Obligationen aufgebracht werden. Staatsgarantie 5 % Zinsen und $\frac{1}{2}$ % Amortisation aus dem ganzen Capital. Anschlüsse: bei Furth an die bayer. Ostbahnen und in Prag an die dort einmündenden Bahnen. Die Gesellschaft erhielt auch das

Vorrecht zum Bau einer Bahn von Pilsen nach Budweis und von Pilsen nach Eger, ohne jedoch sich zum Bau dieser Linie zu verpflichten. Sie hat ferner das Recht, ihren Frachttarif um 25 % höher zu stellen, als der Tarif der Staatseisenbahngesellschaft gestellt ist.

Wie sich das im Werden begriffene Unternehmen finanziell gestalten wird, lässt sich zum Voraus nicht sagen. Alle Bedingungen einer baldigen Prosperität stehen ihm aber unzweifelhaft zur Seite.

3) Brünn-Rossitz. Concession auf 80 Jahre von 1854 an. Eröffnung 1856. Gesellschaftsorgane: Ausschuss und Direction, beide von der Generalversammlung gewählt. Generalversammlung im März. Stimmrecht: für 5000 fl. Actiencapital steht jedem österr. Actionär 1 Stimme zu, dann für je 1000 fl. eine weitere Stimme bis zu 6 Stimmen. Garantie: die Kohlenwerkbesitzer haben den Prioritätsactien in so lange 6 % Zinsen garantirt, bis diese zwei Jahre nach einander aus dem Reinertragnisse der Bahn bezahlt werden können. Nach Empfang jener 6 % Zinsen nehmen die Prioritäten auch an der Dividende Theil.

Die Bahn ist Kohlenbahn und wesentlich durch und im Interesse der anliegenden Kohlenwerkbesitzer erbaut.

4) Buschtêherader Kohlenbahn. Die Pferdebahn Prag-Lana war früher Eigenthum des Fürsten v. Fürstenberg, wurde schon 1836 eröffnet und 1853 an die jetzige Gesellschaft um 380,000 fl. verkauft. Diese erhielt damals Concession für die Locomotivbahn auf 50 Jahre von 1855 an. Eröffnung derselben 1856. Anschlüsse an die Prag-Bodenbacher und die Kohlenbahn der Prager Eisen-Industriegesellschaft.

Das ganze Unternehmen ist in wenigen Händen, die Actien kommen daher im Verkehr seltener vor. Seit 1858 werden dieselben durch Verloosung amortisirt.

5) Kaiserin-Elisabeth-Westbahn. Concession vom 8. März 1856 mit Nachtrag vom 8. Sept. 1858, auf 90 Jahre. Eröffnung: Wien-Linz 15. Dec. 1858, Linz-Lambach 1. Septbr. 1859, Lambach-Frankenmarkt 1. März 1860, Frankenmarkt-Salzburg 1. August 1860, Budweis-Linz und Lambach-Gmunden schon 1832 und 1835. Die Linie Wels-Passau wird im August 1861 zur Vollendung kommen. Anschlüsse: in Salzburg an die bayerische Staatsbahn, in Passau an die bayer. Ostbahnen, in Wien an die südliche Staatsbahn etc. Rückkaufrecht des Staats wie oben dargestellt. Die Rente muss wenigstens 5 1/2 % betragen. Staatsgarantie: Sie erstreckt sich auf das ganze Anlagecapital, welches erst später nach gänzlicher Vollendung der Bahnen festgestellt werden soll, auf Höhe von 5 1/2 %. Dasselbe ist nun einschliesslich der gekauften Strecken Budweis-Linz-Lambach-Grunden zu 76 Mill. Gulden berechnet, also noch nicht vollständig gedeckt. Diese letzteren Bahnstrecken waren bis 1857 Eigenthum der „ersten österreich. Eisenbahngesellschaft“ und mussten von der Elisabethbahngesellschaft gemäss deren Statuten und Ministerialentscheidung vom 21. Juni 1857 erworben werden. Die Actionäre der „ersten Eisenbahngesellschaft“ erhielten Prioritätsobligationen zum Course von 90 % an Zahlung. Hierin besteht die in unserer Tabelle aufgeführte Prioritätsanleihe I. Emission à 5,474,350 fl. Auch auf diese Summe ist die Staatsgarantie ausgedehnt. Die zweite Prioritätsanleihe à 15,750,000 Thlr. wurde bei der Creditanstalt in Wien gemacht, welche dafür 100 fl.-Loose ausgab, rückzahlbar binnen 66 Jahren. Sie geniesst II. Priorität. Die dritte Anleihe à 21 Mill. ist in 2 Emissionen ausgegeben worden, 1860: 12 Mill., 1861: 9 Mill. Beide sind unter sich gleich. Die Zinsen müssen eben so, wie die binnen 48 Jahren im Wege der Verloosung einzulösenden Obligationen in Silber bezahlt werden. Reservefonds: 5 % des Nettoüberschusses sind bis

zum Belaufe von $1\frac{1}{2}$ Mill. Gulden zu reserviren; dann beliebig. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath aus 15 Mitgliedern, wovon 7 Nichtösterreicher sein müssen (zur Vertretung des fremden Capitals). Direction vom Verwaltungsrath gewählt. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: 40 Actien geben 1 Stimme.

Das Unternehmen ist theuer und hat eine Concurrentin in der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. Die Bahn ist aber eine Weltbahn und dürfte daher auch in finanzieller Beziehung ihre Zukunft haben.

6) Kaiser-Ferdinand-Nordbahn. Die Strecke der Hauptbahn von Wien nach Oderberg wurde 1836 auf 50 Jahre (bis 4. Mai 1886) an Rothschild concessionirt, welcher die Concession für 100,000 fl. Actien an die Gesellschaft abtrat. Eröffnung 1. Septbr. 1848. Auch die Linien Oderberg-Dzieditz, Schönbrunn-Troppau, Dzieditz-Bielitz und Dzieditz-Oswiecim, 1855 und 1856 eröffnet, gehören zu jenem älteren Stamm. Die weiteren Strecken Oswiecim bis Trzebinia einerseits nach Krakau, andererseits nach Myslowitz und Szczakowa-Graniza erkaufte die Gesellschaft 1858 vom Staat gegen einen ratenweise abzuzahlenden Kaufschilling, woran Ende 1859 noch 5,343,433 fl. rückständig waren. Für diese lautet die Concession auf 90 Jahre. Verhältniss zum Staate: Heimfallrecht der älteren Bahnen ist nicht bedungen, vielmehr kann die Gesellschaft nach Ablauf des 50jährigen Privilegiums mit dem Real- und Mobilienbesitz frei schalten, über deren Ablösung mit dem Staate oder mit Privaten in Unterhandlung treten und je nach Umständen wird die Regierung das Privilegium erneuern. Die neu concessionirte Krakauer Bahn unterliegt dagegen dem Eisenbahngesetz von 1854. Anschlüsse: in Marchegg an die Staatsbahnen, in Brünn und Olmütz an die Prager, in Oderberg an die Cosel-Oderberger, in Myslowitz an die Oberschlesische, in Graniza an die Warschauer Bahn und in Wien an die dort mündenden Bahnen. Gesellschaftsorgan: Direction aus 10 Mitgliedern, wovon die Generalversammlung 9 wählt; der Cedent der Hauptbahn, Rothschild, ist ohne Wahl zehentes Mitglied. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: haben nur Inhaber von 10 Actien und nur solche können an der Versammlung Theil nehmen.

Bilanz Ende 1860: Activa: Bahnen 72,623,748, Kohlenwerke 2,849,194, Haus in Wien 266,223, Cassa 1,249,601, Effecten 10,003,569, Materialien 3,044,247, Debitoren 2,378,476, zusammen 92,415,058 fl. Passiva: Actien 53,331,797, Prioritätsobligationen 22,202,290, Reserven 4,136,562, Creditoren 5,590,590 fl. u. s. w.

Die Nordbahn ist anerkannt eines der solidesten und einträglichsten Eisenbahnunternehmen.

7) Galizische Karl-Ludwigsbahn. Auch diese Gesellschaft hat einen Theil der früher dem Staate gehörigen Bahnen übernommen (Krakau-Dembica-Rzeszow), wofür sie von 1861 an in 10 gleichen Jahresraten 13,189,842 fl. C.-M. nebst 3% Zinsen zu zahlen hat. Concession für diese und die weitere Strecke bis Lemberg auf 90 Jahre von 1862 an. Die ganze Bahn muss bis Ende 1863 hergestellt sein. Staatsgarantie $5\frac{1}{2}$ %. Rückkaufrecht des Staates wie oben; die zu gewährende Rente darf nicht weniger als $5\frac{1}{2}$ % betragen. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 18 Mitgliedern; die Regierung kann zwei derselben ernennen. Direction vom Verwaltungsrath aufgestellt. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht und das Recht an der Generalversammlung Theil zu nehmen haben nur die Inhaber von 40 Actien; Keiner kann mehr als 1 Stimme für sich und 1 als Bevollmächtigter führen.

8) Oesterreichische Staats-Eisenbahngesellschaft. Mit dieser Gesellschaft

begann Minister v. Bruck den Verkauf der dem Staate gehörenden Bahnen. Er trat ihr die nördliche und südöstliche Linie nebst einem grossen Complexe von Forsten, Kohlen- und Eisenwerken gegen eine Kaufsumme von 80 Mill. Gulden C.-M. = 200 Mill. Frs., in Silber zahlbar, ab, wobei der Gesellschaft noch andere namhafte Begünstigungen eingeräumt wurden. Gleichzeitig erhielt sie Concession für die genannten Linien auf 90 Jahre, vom 1. Janr. 1855 an beginnend. Sie erwarb sodann die Wien-Raber Bahn von der gleichnamigen Gesellschaft, verlängerte dieselbe bis Neu-Szöny und erwarb für diese Strecke Concession ebenfalls auf 90 Jahre vom 1. Janr. 1858 an, zugleich mit der Ermächtigung zur Verlängerung der Bahn bis zum Anschlusse an die Marchegg-Pesther Linie. Directe Verbindung mit Wien hat weder die nördliche noch die südöstliche Linie, vielmehr liegt überall die Nordbahn dazwischen. Um von dieser unabhängig zu werden, beziehungsweise sie abzuschneiden, geht die Gesellschaft längst mit dem Plane um, Verbindungsbahnen von Marchegg über Gross-Engersdorf und Schwechat zwischen der Wien-Rab-Neu-Szönyer und der südöstlichen Bahn, und von Gross-Engersdorf nach Brunn zwischen letzterer und der nördlichen Linie herzustellen. Diese Projecte finden aber an den Privilegien der Ferdinand-Nordbahn unübersteigliche Hindernisse und es besteht nun ein erbitterter Kampf zwischen beiden Gesellschaften.

Verhältniss zum Staat: Letzterer hat der Gesellschaft einen Jahresertrag der nördlichen und südöstlichen Linien von 10,400,000 Frs. ($5\frac{1}{6}\%$ des Kaufschillings à 200 Mill. Frs.) garantirt. Die Gesellschaft hat diese Garantie zunächst auf die von ihr emittirten Obligationen übertragen. Heimfallrecht der Bahnen nach Ablauf der Concession wie bei den übrigen; dagegen kann der Staat von seinem Rückkaufsrecht nach 30 Jahren nur auf Grund der Bestimmungen des französischen Eisenbahngesetzes Gebrauch machen, d. h. er kann sie nur gegen Bezahlung des Kaufspreises, resp. der Anlagekosten einlösen. Organisation der Gesellschaft: Es besteht ein Verwaltungsrath von 20 Mitgliedern, wovon die Hälfte Oesterreicher, die Hälfte Franzosen sein müssen. Letztere bilden in Paris ein permanentes Comité, welches mit der finanziellen Leitung der Geschäfte beauftragt ist. Direction vom Verwaltungsrath bestellt. In den ersten 5 Jahren hatte das Pariser Comité allein das Recht der Ernennung beider Directoren. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: 40 Actien geben 1 Stimme; mehr als 10 eigene und 10 fremde Stimmen kann kein Actionär führen. Bilanz Ende 1860: Die Gesellschaft berechnet Activa: Werth der Bahnen mit Vorräthen 133,073,366 fl. 39 kr., der Berg- und Hüttenwerke und Domainen 27,480,457 fl. 84 kr., der Immobilien 662,757 fl. 2 kr., Debitoren 10,474,062 fl. 20 kr., Cassa und Effecten 16,705,257 fl. 78 kr., zusammen 188,395,901 fl. 23 kr. Passiva: Actiencapital 92,727,171 fl. 77 kr.; Obligationencapital 82,297,695 fl. 99 kr., Rückstände 7,694,944 fl. 86 kr., Tilgungsfonds 170,775 fl., Creditoren 3,939,867 fl. 41 kr., Reservefonds 1,019,484 fl., Ertragsvorbehalte 545,962 fl. 20 kr., zus. 188,395,901 fl. 23 kr. Wie man sieht, nimmt sie die emittirten 678,032 Stück Obligationen, welche à 500 Frs. pr. Stück zurückzuzahlen sind, nicht in diesem ihrem Nominalwerthe von 339,016,000 Frs., sondern mit ihrem Erlöse von 178,706,525 Frs. in Rechnung. Im Durchschnitt hat hienach die Gesellschaft aus jeder Obligation, welche sie zu 500 Frs. einzulösen hat, nicht voll 263,6 Frs. effectiv erlöst; Differenz 236,4 Frs. pr. Stück und 160,309,475 Frs. auf das ganze Obligationencapital. Nach gewöhnlichen Begriffen rechnet man unter die Passiven das, was man seinen Gläubigern zu zahlen hat, und nicht das, was diese bezahlt haben. Würde die Gesellschaft diesen Grundsatz befolgen, so schlosse ihre Bilanz mit einem Deficit von 160,309,475 Frs. Nach ihren Statuten ist

sie berechtigt, ihr Gesamtcapital auf 400 Mill. Frs. zu erhöhen, wovon 200 Mill. in Actien und ebensoviel in Obligationen. An Obligationen sind aber, nach ihrem Rückzahlungswerth berechnet, bereits über 339 Mill. emittirt und die Gesellschaft kann und wird nach ihren Grundsätzen noch ferner nahe an 40 Mill. emittiren, um das Obligationencapital, d. h. den Erlös aus den Obligationen, auf 200 Mill. zu bringen. Dann wird dem Actiencapital von 200 Mill. Frs. ein Obligationencapital (im Nominalwerth) von ca. 375 Mill. Frs. gegenüberstehen. Zu allem dem hat nun die letzte Generalversammlung noch den Beschluss gefasst, das Gesamtcapital auf 480 Mill. Frs. zu erhöhen und das ganze Plus von 80 Mill. durch Emission von Obligationen zu beschaffen. Würde, was nicht zu erwarten sein wird, weil die weiteren (oben berührten) Bauprojecte keine Staatsgenehmigung erhalten haben, diesem Beschlusse die Genehmigung der Regierung ertheilt, so könnte die Gesellschaft ihr Obligationencapital, nach dem Rückzahlungswerthe berechnet, auf mindestens 525 Mill. Frs. steigern, während das Actiencapital sich gleich bliebe. Wir wissen, dass in Frankreich und anderwärts dieses System das gewöhnliche ist; nichts destoweniger finden wir dasselbe durchaus verwerflich und unsolide, weil es alle Lasten einer ungewissen Zukunft aufbürdet.

Sowohl die Dividenden als auch die Obligationszinsen müssen in Gold oder Silber bezahlt werden. Actien und Obligationen sind ferner von 1858 an binnen 90 Jahren mittelst Verloosung zu amortisiren. Bis Ende 1860 waren 791 Actien und 4298 Obligationen verloost. Eine Priorität zwischen den verschiedenen Obligationen-Emissionen besteht nicht.

9) Südliche Staats-, Lombardisch-venetianische und Centralitalienische Bahn. Dieses grösste deutsch-französische Actienunternehmen entstand in Folge der Erwerbung der lombardisch-venetianischen Staatsbahnen durch eine Gesellschaft, welche zugleich zum Bau der mittelitalienischen Bahnen ermächtigt wurde und daher die Firma „Lombardisch-venetianische und central-italienische Eisenbahngesellschaft“ annahm. Durch Vertrag vom 23. Sept. 1858 übernahm diese auch die südliche Staats- und die Tyroler Bahnen und fusionirte sich gleichzeitig mit der Franz-Josef-Orientbahngesellschaft. (Genehmigung des Kaisers vom 10. Decbr. 1858, der Generalversammlung der Franz-Josef-Bahn vom 10. und der Lombardisch-venet. Bahn vom 18. Novbr. 1858.) Für das ganze vereinigte Unternehmen ward am 23. Septbr. 1858 Concession auf 90 Jahre ertheilt, endigend am 31. Decbr. 1954. Der Kaufpreis für die vom Staate 1858 erworbenen Bahnen wurde auf 100 Mill. fl. östr. W. festgesetzt. Davon sind 70 Mill. in Raten bis 1. Novbr. 1866 nach und nach zu zahlen. Ende 1860 waren hieran noch 36,452,066 fl. ausständig. (Auch am Kaufschilling für die lomb.-venet. Bahnen à 80 Mill. Frs. standen damals noch $3\frac{1}{2}$ Mill. Gulden aus). Die weiteren 30 Mill. Gulden sollen von 1870 an in der Weise abgetragen werden, dass der Regierung der Reinertrag des concessionirten Bahnnetzes über 7 % zur Hälfte zukommt; jedoch haben die Concessionäre bis 1. Nov. 1866 das Recht, diese Theilung des Reinertrags durch Zahlung einer Summe von 20 Mill. Gulden abzulösen. Die Ablössungssumme ist alsdann in 4 Jahresraten je auf 1. Nov. 1871 bis 1874 zu berichtigen. Die Gesellschaft ist im Uebrigen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, die ihr concessionirten Bahnen bis zum Jahre 1866 (nach neuerer Vereinbarung) fertig zu stellen und sie für Doppelgeleis anzulegen. Das zweite Geleis braucht indessen erst dann hergestellt zu werden, wenn die betreffende Linie einen Bruttoertrag von mehr als 160,000 fl. pro Meile liefert. Die Actionäre der Franz-Josef-Orientbahn erhielten für die auf ihre Actien eingezahlten 30 % Obligationen der neuen Gesellschaft, Lit. O, im Belaufe von 192,000 Stück.

Die Ereignisse des Jahres 1859 veränderten die Verhältnisse wesentlich, da ein grosser Theil des Bahnnetzes nun auf sardinisches Gebiet fiel. Sowohl die österreichische als die sardinische Regierung verlangten nach dem Züricher Frieden Trennung der Gesellschaft. Die inzwischen zum Abschlusse gediehenen Verhandlungen führten zu folgender neuen Organisation: Zwei Verwaltungsrathskörper, von denen jeder aus 13 im Lande selbst wohnenden Mitgliedern und jenen 8 französischen und englischen, das Pariser Comité bildenden Verwaltungsräthen zusammengesetzt ist, welche schon vorher Mitglieder des Gesamtverwaltungsraaths waren, sind mit der Verwaltung der beiden territorial geschiedenen Bahnnetze betraut. Jeder der beiden Verwaltungsrathskörper handelt völlig selbstständig in Bezug auf sein Bahnnetz. Fragen von allgemeinem Interesse, über welche sich beide nicht vereinigen können, werden durch eine allgemeine, in Paris zusammentretende Versammlung, wozu jeder Verwaltungsrath 5, das Pariser Comité aber 3 seiner Mitglieder abordnet, entschieden. Die Generalversammlung tritt in Paris zusammen und wird ebenso, wie die oben erwähnte allgemeine Versammlung des Verwaltungsraths durch den Präsidenten des Pariser Comité berufen. Diese Organisation soll übrigens nur ein Uebergangszustand sein, bis die völlige Trennung der Gesellschaft, welche im Princip allseitig gutgeheissen ist, zu Stande kommt, was nach Volleinzahlung der Actien und Vollendung der Bahnen geschehen soll. Die österr. Regierung hat sich indessen das Recht vorbehalten, die Trennung selbst vor Ende 1862 zu verlangen.

In materieller Beziehung wurden die Verhältnisse in folgender Weise neu regulirt: die sardinische Regierung übernimmt die Staatsgarantie für die auf ihrem Territorium gelegenen Linien dergestalt, dass sie $5\frac{1}{2}\%$ für das lombardische und $6\frac{1}{2}\%$ Mill. Frs. für das central-italienische Netz gewährleistet, die österr. Regierung dagegen von beiden Garantien entbunden wird, ihrerseits aber auch auf die in der Concession bedungene Theilung der Einkünfte bezüglich der lombardischen Bahnen verzichtet.

Das Rückkaufsrecht der Regierungen tritt nach dem Jahr 1895 ein und richtet sich nach den im Eingange dieses §. dargelegten Grundsätzen. Generalversammlung spätestens im Mai. Stimmrecht wie bei der Staatsbahngesellschaft. Reservefonds: 5% des Nettoertrags sind bis auf Höhe von 4 Mill. Gulden zurückzulegen. Tantiémen haben die Verwaltungsräthe und Betriebsdirectoren im Betrag von 5% des Reinertrags anzusprechen.

Im Uebrigen verweisen wir auf die Bemerkungen, welche wir unserer Tabelle einverleibt haben. Alles, was wir hinsichtlich der emittirten Obligationen vorstehend bei Besprechung der Staatsbahnen gesagt haben, gilt im Allgemeinen auch hieher. Beide Gesellschaften sind nach gleichem System gebildet.

Welche Zukunft das colossale Unternehmen nach seiner Vollendung haben wird, lässt sich jetzt mit Sicherheit noch nicht bestimmen. Einzelne grosse Strecken der Bahn haben sich bereits als rentabel erwiesen; andere werden voraussichtlich deren Renten schmälern.

10) Süd-Norddeutsche Verbindungsbahn (Pardubitz-Reichenberg). Concession 1856 auf 90 Jahre. Eröffnung 1859. Anschlüsse an die Zittau-Reichenberger und an die Oesterr. Staatsbahnen in Reichenberg und Pardubitz. Verhältniss zum Staat: $5\frac{1}{2}\%$ Garantie eines Anlagecapitals von 18,900,000 fl. (ein Antrag auf Ausdehnung der Staatsgarantie auf das ganze Anlagecapital hatte keinen Erfolg); Rückkaufsrecht wie bei den andern Bahnen. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 11, Direction von 3 Mitgliedern. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht geben 10 Ac-

tien. Zum Reservefonds sind 4 % des Reingewinns bis auf Höhe von 300,000 fl. zu legen.

Das in der Tabelle aufgeführte Anlehen I. Emission von 3 Mill. ist ein Theil des von der Oesterr. Creditanstalt contrahirten Lottericanlehens von 42 Mill. Gulden in Loosen à 100 fl. Die neue Anleihe von 2,100,000 fl. ist nur in soweit emittirt, als die Obligationen den Actionären an Zahlungsstatt für die Dividendencoupons gegeben wurden. Man hat sich inzwischen durch Aufnahme einer schwebenden Schuld beholfen, welche Ende 1860 noch 534,000 fl. betrug.

Der Anschluss an die Schlesischen Bahnen, wodurch das Unternehmen ein Glied der kürzesten Verbindung zwischen Berlin und Wien würde, ist eine Lebensfrage für dasselbe. Es soll nun Aussicht auf eine Verwirklichung des Projects vorhanden sein.

11) Theiss-Bahn. Die Gesellschaft erhielt unterm 10. Nov. 1856 Concession für die Hauptlinien auf 90 Jahre, gerechnet vom 1. Janr. 1858 an. Sie erwarb alsdann die Strecke Szegled-Szolnok von der Staatsbahngesellschaft und neuerdings auch die sogen. Marmaroser, vom Staat begonnene Bahn mit einer Concession für die in der Tabelle sub. f. und g. aufgeführten Strecken vom 7. Mai 1860. Diese Concession lautet auf 85 Jahre und läuft sonach mit der ersteren zu gleicher Zeit ab. Die Actien sind noch nicht voll eingezahlt (zu 70 %) und die concessionirten Bahnen noch lange nicht ausgebaut. Sie sollen bis 1862 fertig sein. Verhältniss zum Staat: Letzterer garantirt $5\frac{1}{2}\%$ aus einem Anlagecapital von 40 Mill. Gulden C.-M.; ausserdem aus dem Kaufschilling für die Szegled-Szolnoker Strecke à 1,399,155 fl. und aus dem Anlagecapital der neu concessionirten Linien bis zu einem Maximalbetrage von 13,125,000 fl. Die Staatsgarantie ist übrigens nicht für die einzelnen Linien, sondern für das ganze Unternehmen bis auf Höhe der oben genannten Beträge übernommen. Das Rückkaufsrecht der Regierung tritt ebenso für sämtliche Bahnen mit dem 10. Novbr. 1886 (30 Jahre von Ertheilung der ersten Concession an) ein. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath aus 15 Mitgliedern. Falls das Unternehmen bis Galizien erweitert wird, erhöht sich die Zahl der Verwaltungsräthe auf 18, resp. 21 Mitglieder. Direction vom Verwaltungsrath ernannt. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht gewähren 25 Actien für 1 Stimme. Reservefonds: Er soll gebildet werden aus 4 % des Reingewinns.

Das Unternehmen ist in ungünstige Conjunctionen gefallen und nur die grosse Betheiligung der Creditanstalt und der Regierung haben den Weiterbau gesichert. Für die künftigen Bauten sollen die im Besitze der Gesellschaft befindlichen 50,000 Stück Actien die Mittel gewähren, sobald sie ohne zu grossen Schaden begeben werden können. Ueber die Rentabilität ein Urtheil zu fällen, wäre verfrüht.

§. 187.

Dritte Gruppe. Sonstige deutsche Privatbahnen.

Die deutschen Mittel- und Klein-Staaten haben, wie wir in der ersten Abtheilung gesehen, den Eisenbahnbau grossentheils direct in die Hand genommen und auf Staatsrechnung ausgeführt. Da, wo diess ausschliesslich geschah, war selbstverständlich keine Veranlassung zu besonderen Gesetzen für den Privateisenbahnbau gegeben. Wir finden daher solche auch nur in Bayern, welches neben dem Staatsbau auch den Privatbau zuließ und neuerdings auch in

Hannover und Baden. Einen Auszug aus dem bayerischen Concessionsgesetze haben wir oben S. 180 gegeben, worauf wir uns beziehen. In den übrigen Staaten mit Privateisenbahnen sind die Verhältnisse zwischen den Gesellschaften und der Staatsgewalt je in den Concessionsurkunden geregelt worden. Wir werden daher bei jeder einzelnen Bahn das Nöthige bemerken.

1) Bayerische Ostbahnen. Concession vom 12. April 1856 auf 99 Jahre, vom Tage der Concession an gerechnet. Eröffnung des gesammten Bahnnetzes im Octbr. 1861, nachdem schon vorher einzelne Strecken dem Verkehre übergeben waren. Anschlüsse an die bayer. Staatsbahnen, an die Elisabeth- und an die böhmische Westbahn. Staatsgarantie siehe oben S. 179. Sonstiges Verhältniss zum Staate: die Regierung stellt die Maximalsätze des Tarifs fest. Die Gesellschaft ist allen Staats- und öffentlichen Lasten und Steuern unterworfen. Nach Ablauf der Concessionsdauer sind alle aus der Concession entspringenden Rechte erloschen, jedoch verbleibt der Gesellschaft ihr gesamntes bewegliches und unbewegliches Eigenthum. Dieses kann der Staat auch vorher, nämlich nach Ablauf der Garantiezeit, gegen Bezahlung des Werths sämmtlicher Actien nach dem Frankfurter Durchschnittsbörsencourse der vorangegangenen 10 Jahre an sich lösen. Die Einlösungssumme muss indessen mindestens den Betrag des von der Regierung genehmigten Bau- und Einrichtungscapitals sammt dem Reinertrage des Ablösungsjahres erreichen. Uebersteigt die Bahnrente $4\frac{1}{2}\%$, so ist die Hälfte des Mehrertrags zur Erstattung der etwaigen Staatszuschüsse nebst $2\frac{1}{2}\%$ Zinsen zu verwenden. Bei einem Reinertrage von mehr als 5% ist, wenn an den Staat nichts mehr zu ersetzen ist, folgende Quote an denselben abzugeben: $\frac{1}{6}\%$ bei einem Ertrage von $5\frac{1}{6}\%$ — $6\frac{1}{6}\%$; $\frac{2}{6}\%$ bei einem Ertrage von $6\frac{1}{6}\%$ — 7% ; $\frac{1}{2}\%$ bei $7\frac{1}{6}\%$ — 8% Ertrag und die Hälfte des Mehrertrags über 6% , wenn die Bahn 8% oder mehr rein abwirft. Die Bahn ist für zwei Geleise anzulegen; das zweite Geleise braucht aber erst hergestellt zu werden, wenn die betreffende Strecke 60,000 fl. pr. Stunde brutto abwirft. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath aus 18 Mitgliedern und 6 Ersatzmännern. 6 der ersteren nebst deren Stellvertreter werden durch die Regierung ernannt. Bis zum Ablaufe des 6. Jahres nach Eröffnung sämmtlicher Bahnen bilden die 9 Concessionäre (den Fürsten v. Turn und Taxis an der Spitze) mit 5 von der Regierung ernannten Mitgliedern den Verwaltungsrath. Direction von diesem bestellt. Generalversammlung wird nach der Bestimmung des Verwaltungsraths berufen. Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme, von 11—100 je 10 und von mehr als 100 je 25 Actien eine Stimme weiter bis zum Maximum von 30 Stimmen.

Der Bau des ganzen Bahnnetzes ist dergestalt günstig ausgefallen, dass die Gesellschaft 15 Mill. ihres Actien Capitals übrig behielt, welches nun zu einer zweiten Anschlussbahn gegen Böhmen verwendet werden soll. Ueber die Rentabilität des ganzen Unternehmens lässt sich Sicheres bis jetzt nicht sagen. Die Bahnen sind aber gut situirt.

2) Nürnberg-Fürth. Die erste Locomotivbahn Deutschlands, erhielt sie 1834 ein ausschliessliches Privilegium auf 30 Jahre. Eröffnung 1835. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 7, und Directorium von gleich vielen Mitgliedern, welche einen Vorstand wählen. Stimmrecht gewähren je 5 Actien für 1 Stimme. Die neueste Anleihe à 50,000 fl. ist zur Legung des 2. Geleises beschlossen worden.

3) und 4) Pfälzische Bahnen. Obgleich die beiden Pfälzischen Bahnen zwei verschiedenen Gesellschaften gehören, so sind sie doch unter Einer Direction und unter Einem Verwaltungsrath vereinigt. Letzterer besteht aus 24 Mitgliedern und 8 Ersatzmännern. Davon wählt die Maxbahngesellschaft

3 active Mitglieder und 1 Stellvertreter; die übrigen werden Seitens der Ludwigsbahngesellschaft und des Staats ernannt. Die Direction wird vom Verwaltungsrath bestellt. Beide Bahnen sind auf 99 Jahre concessionirt. Die Ludwigsbahn wurde 1849, die Maxbahn 1855 eröffnet. Verhältniss zum Staate siehe oben S. 179. Hier ist noch beizufügen, dass beide Bahnen verpflichtet sind, einen sogen. Garantiefonds zu bilden, d. h. aus dem etwaigen Mehrertragniss der Bahn über die vom Staate garantirten 4, resp. $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen 1% zurückzulegen, um den Staat später nicht wieder in Anspruch nehmen zu müssen, so dass erst das Reinertragniss über 5, resp. $5\frac{1}{2}\%$ als Superdividende vertheilt werden kann. Die Garantiefonds verbleiben übrigen Eigenthum der Gesellschaften, auch wenn der Staat von seinem Rückkaufsrecht Gebrauch macht, oder wenn die Bahnen nach Ablauf der Concession anheimfallen. Anschlüsse der Ludwigsbahn: an die preuss. Saarbrücker und an die hessische Ludwigsbahn; der Maxbahn an die Paris-Strassburger und an die pfälzische Ludwigsbahn. Generalversammlung im Decbr., da alle bayer. Bahnen das Staatsrechnungsjahr vom 1. Octbr. bis 30. Septbr. angenommen haben.

Bedingung fernerer Prosperität der pfälzischen Bahnen ist ihr Anschluss an die rechtsrheinischen Schienenstrassen mittelst einer festen Rheinbrücke bei Mannheim. Die Regierung hat die Concession zum Bau dieser Brücke und einer Zweigbahn von Wieden nach Karlsruhe von der Erbauung zweier Zweigbahnen von Speyer nach Germersheim und von Homburg nach Set. Ingbert, der Verwaltungsrath seinerseits aber die Uebnahme dieser Zweigbahnen von dem Verzicht auf das Rückkaufsrecht des Staats abhängig gemacht. Wie sich die gegenseitigen Ansprüche vereinigen werden, bleibt abzuwarten.

5) Dresden-Tharand. Concession vom 26. August 1854. Eröffnung der Hauptbahn 1855, der Zweigbahnen 1855 und 1856. Die letzteren sind theils nur Pferdebahnen. Verhältniss zum Staat: Bis 3 Jahre nach der Bauzeit geniesst die Bahn Gewerbesteuerfreiheit. Sie kann von der Regierung im Falle ihrer Verlängerung bis Freiberg von der Betriebseröffnung dieser Strecke an jeder Zeit, sonst aber erst nach Ablauf des 20. Betriebsjahres erworben werden, und zwar zu folgenden Preisen: a) wenn der Ankauf innerhalb der ersten 5 Betriebsjahre geschieht, den Betrag des Anlagecapitals unter Zuschlag von $\frac{1}{2}\%$ für jedes an 20 Jahren noch fehlende Jahr; b) wenn der Ankauf später, aber vor dem 20. Betriebsjahre erfolgt, den 25fachen Betrag der Durchschnittsdividende von den letzten 5 Jahren unter Zuschlag $\frac{1}{2}\%$ für jedes an 20 Jahren noch fehlende Jahr, jedenfalls aber das Anlagecapital; c) nach dem 20. Betriebsjahre wird der 25fache Betrag der letzten 10jährigen Durchschnittsdividende vergütet. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 12 Mitgliedern, wovon die Generalversammlung 8, der Ausschuss selbst 4 wählt. Directorium von 3 Mitgliedern. Stimmrecht: 1 Actie gibt 1 Stimme, 2—5 = 2, 21—50 = 5, 76—100 = 7 Stimmen u. s. w. Ein Reservefonds soll gebildet werden aus der Hälfte des Reinertrags der Bahn, nachdem zuvor die Actionäre 4% Dividende erhalten haben, bis zur Höhe von 5% des Actien-capitals. Letzteres war anfänglich auf 1,700,000 Thlr. festgesetzt, wurde aber, nachdem viele Zeichner keine Einzahlungen mehr leisteten, auf 900,000 Thlr. reducirt.

Die Bahn ist, so lange die Fortsetzung nach Freiberg-Chemnitz mangelt, ziemlich hoffnungslos. Es wurden desshalb Verhandlungen mit der Regierung wegen freiwilliger Abtretung derselben angeknüpft. Da diese nur 50 Thlr. in 4% Staatsschuldscheinen nebst einem zweifelhaften Genussschein für die Actie bot, die Generalversammlung aber dieses Offert zu niedrig fand, so haben die gethanen Schritte noch zu keinem Ziele geführt.

6) Chemnitz-Würschnitz. Kohlenbahn. Concession vom 2. Dec. 1856. Eröffnung Ende 1858. Verhältniss zum Staate: Die Regierung hat den Betrieb auf 20 Jahre gegen eine Vergütung von 1, resp. $\frac{1}{2}$ Ngr. für jeden auf der oberen oder unteren Hälfte der Bahn zum Transport übergebenen Scheffel Kohlen übernommen. Sie hat das Recht des Rückkaufs der Bahn wie gegenüber der Dresden-Tharander, nämlich im Falle der Fortführung nach Stolberg oder weiter, wenn diese nicht von der Gesellschaft selbst erfolgt, vom Zeitpunkte der Vollendung dieser Verlängerung an, sonst nach Umlauf des 20. Betriebsjahres. Der Kaufpreis hat zu betragen: in dem bei der Tharander Bahn angeführten Falle ad a: das Anlagecapital nebst 4 % Zinsen während der Bauzeit und 5 % während der Betriebszeit, nach Abzug der bezogenen reinen Betriebseinnahme; im Falle b. und c.: den 25fachen Betrag der letzten 5jährigen Durchschnittsdividende, und wenn dieser weniger betrüge als das Anlagecapital incl. Bauzinsen, dieses letztere. Gesellschaftsorgane: Ausschuss von 12 Mitgliedern, wovon die Generalversammlung 9, der Ausschuss selbst 3 wählt. Direction von 3 Mitgliedern. Generalversammlung 8 Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres. Stimmrecht: jeder Actionär hat mindestens 1 Stimme, 101—150 Actien geben 8 Stimmen etc. Reservfonds wie Bahn 5.

7) Leipzig-Dresden. Genehmigung des Statuts vom 5. Juni 1836 am 20. März 1837. Eröffnung der ganzen Bahn am 8. April 1839. Sie ist unwiderrufliches Eigenthum der Gesellschaft. Als Acquivalent für die dem Staat entgehenden Posteinnahmen zahlte sie ursprünglich jährlich 10,000 Thlr. und hat künftig zu zahlen: wenn die Actien $4\frac{1}{2}$ % Rente beziehen, 12,000 Thlr., wenn sie 5 % empfangen, 15,000 Thlr. Organe: Ausschuss von 30 Mitgliedern, 20 von der Generalversammlung, 10 vom Ausschuss selbst gewählt. Directorium von 5 Mitgliedern, vom Ausschuss aus den Actionären gewählt. Generalversammlung längstens 3 Monate nach Ablauf des Rechnungsjahres. Stimmrecht: 1 Actie gibt 1 Stimme; 2—5 Actien = 2 Stimmen etc. Anschlüsse: an die Chemnitzer Staats-, an die Berlin-Anhalt'sche und an die Magdeburg-Leipziger Bahn. Die Gesellschaft hat das Privilegium zur Ausgabe von 500,000 Thlr. unverzinslichen Papiergelds. Ihre Prioritätsobligationen erster Emission geniessen bei der Rückzahlung Prämien, welche 1840 in 1 % des Capitals bestanden und seitdem in jedem Jahre um 1 % gestiegen sind und so auch fernerhin steigen.

Die Bahn ist die älteste grössere Locomotivbahn Deutschlands und war bisher eine der rentabelsten. Seit Eröffnung der Wien-Salzburger Linie hat sie viel verloren und es droht ihr noch grössere Concurrenz von der Tharand-Freiberg-Chemnitzer Bahn. Dennoch haben die Actionäre einen 1856 Seitens der Regierung gestellten Antrag, die Bahn gegen eine 8proc. Verzinsung zu übernehmen, abgelehnt, und zwar wohl mit allem Rechte; denn das Unternehmen wird bei gleich solider Verwaltung trotz der neuen Concurrenz eine genügende Rente gewähren.

8) und 9) Löbau-Zittau und Zittau-Reichenberg. Beide Bahnen bilden ein Ganzes und sind für immer in Verwaltung der K. sächsischen Regierung. Die letztere besitzt vom Actien-Capital der Löbau-Zittauer Bahn den 4. Theil (auch von den Prioritätsactien) und die Actien der Zittau-Reichenberger Bahn fast ganz. (Nur 914 Actien wurden von Privaten gezeichnet.) Sie führt ebendeshalb in den Generalversammlungen $\frac{1}{4}$ aller Stimmen. Hinsichtlich der Staatsgarantie für die Zittau-Reichenberger Bahn siehe oben S. 84 und 218. Sie trifft grösstentheils Oesterreich, da $\frac{3}{4}$ der Bahn auf böhmischen Gebiete liegen. Das Verhältniss der Löbau-Zittauer Bahn zum sächsischen Staate ist folgendes: die Regierung kann die Bahn nach Ab-

lauf von 25 Betriebsjahren an sich lösen. Beträgt die Durchschnittsdividende der vorausgegangenen 10 Jahre 4 % oder weniger, so werden die Actionen fortan mit 4 % verzinst; beträgt aber die Dividende mehr, so erhalten die Actionäre für den Mehrbetrag entweder durch das 25fache desselben oder durch eine demselben entsprechende Rente besondere Entschädigung. Auch kann die Regierung die Bahn auf diese Weise auf Einmal, oder durch allmähliche Erwerbung der Actionen im Wege der Ausloosung an sich bringen. Gesellschaftsorgane: Jede Gesellschaft wählt einen Ausschuss von 9 Mitgliedern, zu $\frac{2}{3}$ in der Generalversammlung, zu $\frac{1}{3}$ im Ausschuss selbst. Beide Ausschüsse ernennen mit der Regierung die gemeinschaftliche Direction von 3 Mitgliedern, jeder Theil ein Mitglied.

Das ganze Unternehmen verspricht keine hohe Rente und wird später oder früher ins Eigenthum des sächsischen Staats übergehen. Doch bessern sich die Verhältnisse der Bahnen von Jahr zu Jahr.

10) Hessische Ludwigsbahn. Concession der Strecke Mainz-Worms 1845, der Linien Mainz-Bingen und Aschaffenburg 1856. Eröffnung der ersteren 25. Aug. 1853, der Mainz-Aschaffenburg Strecke 4. Dec. 1858, der Linie Mainz-Bingen Ende 1859. Die Rhein-Alzey Bahn wurde alsdann von der gleichnamigen Gesellschaft erworben; die Bischofsheim-Frankfurter ist noch nicht in Angriff genommen. Anschlüsse an die Pfälzischen, Rheinischen und Bayerischen Bahnen. Concessionsdauer: 99 Jahre. Uebernimmt der Staat nach Umfluss dieser Zeit die Bahn, so soll deren Werth durch Taxation erhoben und vergütet werden. Uebrigens kann er dieselbe schon nach Ablauf von 25 Betriebsjahren gegen Erstattung der Anlagekosten an sich bringen. Die Darmstädtische Regierung hatte sich ursprünglich mit einem Actienbetrag von 1,200,000 fl. beteiligt, für welche sie jedoch den gleichen Nominalbetrag von den neuen Prioritätsobligationen erhielt. Auch die Actionäre der Rhein-Alzeyer Bahn erhielten für ihre Actien Obligationen im Belaufe von 1,200,000 fl. Die früher unter Lit. A., B. und C. emittirt gewesenen Actien wurden 1860 eingezogen und neue, völlig gleichberechtigte Stücke auf Höhe des ganzen Actien Capitals ausgegeben. Die Gesellschaft hat bei Mainz eine feste Rheinbrücke herzustellen. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath aus 7 jetzt von der Generalversammlung allein zu wählenden Mitgliedern (früher hatte die Regierung ein Mitglied zu ernennen; übrigens ward auf der letzten Generalversammlung beschlossen, den derzeitigen Regierungscommissär als stimmführendes Mitglied des Verwaltungsraths zu belassen). Direction vom Verwaltungsrath bestellt (1 Director). Generalversammlung im April. Stimmrecht: 8 Actien geben 1 Stimme, Maximum der auf 1 Actionär zulässigen Stimmen: 10.

Dem Unternehmen ist aller Berechnung nach eine glückliche Zukunft in Aussicht gestellt.

11) Churfürst-Friedrich-Wilhelm-Nordbahn. Concession vom 2. Oct. 1844. Eröffnung der ganzen Bahn am 28. März 1851. Anschlüsse an die Thüringer, Main-Weser und die preussisch-westphälische Staatsbahn. Verhältniss zum Staat: Letzterer kann die Bahn nach Umfluss von 30 Jahren mit allem Zubehör auf 1jährige Kündigung gegen Vergütung des 25fachen Betrags der Durchschnittsdividende aus den letztvorangegangenen 5 Jahren einlösen. Beträgt der Reinertrag der Bahn über 6 %, so muss $\frac{1}{3}$ des Mehrertrags zur Bildung eines Amortisationsfonds verwendet werden, um daraus Actien nach dem Tagescourse anzukaufen, welche in das Eigenthum des Staats übergehen. Reservefonds: demselben sollen bei einem Reinertrag von weniger als $4\frac{1}{2}$ % jährlich 5000 Thlr., von mehr als $4\frac{1}{2}$ % aber jährlich $\frac{1}{4}$ % des Actien Capitals einverleibt werden. Indess hat die Generalversammlung

von 1858 selbst beschlossen, jährlich mindestens 30,000 Thlr. zurückzulegen. Organe: Verwaltungsrath von 12 und Direction von 7 Mitgliedern. 9 der erstern wählt die Generalversammlung, 3 bestellt die Regierung. Auch in die Direction ernennt die letztere 3 Mitglieder, während die 4 andern vom Verwaltungsrath gewählt werden. Generalversammlung im 2. Quartal. Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme, von mehr als 10 Actien kommt auf je 10 eine weitere Stimme bis zum Maximum von 10 Stimmen.

Die Bahn hat mit grosser Concurrenz zu kämpfen und daher wenig Aussicht auf grössere Rentabilität.

12) Werra-Bahn. Concession vom 21. Decbr. 1855. Eröffnung der Strecke Eisenach-Sonneberg am 6. Dec. 1858, Coburg-Lichtenfels am 24. Janr. 1859. Verbindung mit der Bayer. Staats- und mit der Thüringer Bahn. Verhältniss zu den Thüringischen Staaten: die Regierungen von Sachsen-Meiningen, Weimar und Coburg haben 4% Reinertrag aus einem Anlagecapital von 8 Mill. Thlr. bis zu Ende 1868 garantirt, und zwar die erstere für 4 Mill., die letzteren beiden je für 2 Mill. Thlr.; auch hat jede dieser Regierungen sich am Actiencapital mit $\frac{1}{2}$ Mill. betheiligt. Nach 30 Jahren können sie die Bahn gegen volle Entschädigung an sich kaufen. Verhältniss zum bayerischen Staate: Bayern hat die Strecke Coburg-Lichtenfels gebaut und der Werrebahn auf 40 Jahre in Pacht überlassen, dergestalt, dass die Gesellschaft 4% des Baucapitals als Ertragsrente und ausserdem eine Annuität an die Bayer. Regierung zu zahlen hat, durch welche jenes Baucapital während der Pachtperiode getilgt wird. Alsdann fällt die Strecke der Gesellschaft eigenthümlich anheim. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 12 Mitgliedern, wovon die Generalversammlung 8 wählt, Meiningen 2, Weimar 1 und Coburg 1 ernennen. Generalversammlung im 2. Quartal, abwechselnd zu Eisenach, Meiningen, Hildburghausen und Coburg. Stimmrecht: wie bei der vorstehenden Bahn Nr. 11. Reservefonds: $\frac{1}{2}$ % des Ertrags soll bis zur Höhe von 5% des Actiencapitals zurückgelegt werden.

Ueber die Rentabilität des Unternehmens lässt sich jetzt ein sicheres Urtheil noch nicht fällen. Die Baukosten sind übrigens verhältnissmässig hoch.

13) Meklenburgische Bahn. Concession vom 10. März 1846. Eröffnung 13. Mai 1850. Verbindung mit der Berlin-Hamburger Bahn. Verhältniss zum Staat: dieser kann die Bahn nach Ablauf des 30. Betriebsjahres gegen Vergütung des 25fachen Betrags des Durchschnittsertrags aus den letzt vorangegangenen 5 Jahren an sich ziehen. Staatsgarantie für die Prioritätsobligationen Lit. A. und B. siehe oben S. 404. Für das Anlagecapital einer projectirten Verbindung mit der Berlin-Stettiner Bahn à $5\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. haben beide Meklenburg eine Zinsgarantie von 4% nebst $\frac{1}{2}$ % Amortisation in Aussicht gestellt, jedoch erst nachdem die Gesellschaft für $\frac{1}{2}$ % aufgekommen, insoferne ihr Jahreserträgniss es gestatten sollte; andernfalls Nachzahlung, wenn die Actien über 2% erhalten. Organe: Ausschuss von 12, Direction von 5 Mitgliedern, wovon 3 aus der Zahl der Actionäre zu nehmen. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: je 10 Actien geben 1 Stimme bis zu 10 Stimmen als Maximum. Reservefonds: bei $2\frac{1}{2}$ % Reinertrag soll $\frac{1}{4}$ %, bei $2\frac{1}{2}$ —5% Reinertrag $\frac{1}{2}$ % und bei höherem Erträgniss 1% bis zu 10% des Actiencapitals zurückgelegt werden. Sogen. Schuldverschreibungen: diese wurden den Actionären 1849 statt der ihnen zukommenden Bauzinsen ausgestellt. Sie werden nur dann amortisirt, wenn die Dividende mehr als 2% beträgt.

Die Bahn ist, wie Meklenburg selbst, isolirt und leidet unter dem meklenburgischen Zollsysteme; auch fehlt ihr ein ausgiebiger Localverkehr.

14—16) Holsteinische Bahnen. Sie gehören drei verschiedenen Gesellschaften, Glückstadt-Elmshorn (Nr. 15) und Rendsburg-Neumünster (Nr. 16) stehen aber im Verhältniss von Zweigbahnen zu Altona-Kiel (Nr. 14) und war bisher ihr Betrieb der letzteren Gesellschaft überlassen. Die Rendsburg-Neumünster Gesellschaft kündigte indess 1859 und hat den Betrieb seit 1. Janr. 1861 wieder selbst übernommen. Auch die letzte Generalversammlung der Glückstadt-Elmshorner Bahn hat ihren Ausschuss ermächtigt, nach Befinden Trennung von Altona-Kiel zu bewirken. Alle drei Bahnen sind 1842 auf 100 Jahre concessionirt worden. Eröffnet wurde Altona-Kiel 1844, Glückstadt-Elmshorn 1845, die Fortsetzung dieser bis Itzehoe 1857, Rendsburg-Neumünster 1845. Von der Betriebseröffnung an läuft die Concession. Gesellschaftsorgane und Stimmrecht: Nr. 14: Ausschuss von 25, Direction von 5 Mitgliedern; 1—9 Actien = 1 Stimme, 50—99 = 4 Stimmen; Nr. 15: Ausschuss von 11, Direction von 2 Mitgliedern; 1—4 Actien = 1 Stimme, 5—9 = 2, 10—19 = 3 Stimmen u. s. w.; Nr. 16: Ausschuss von 9, Direction von 3 Mitgliedern; 1—3 Actien = 1 Stimme, 4—10 = 2, 51—100 = 5 Stimmen etc. Generalversammlungen im 2. Quartal.

17) Frankfurt-Hanau. Concession 1844 auf 99 Jahre. Eröffnung 1848. Anschlüsse an die bayer. Staats- und an die in Frankfurt mündenden Bahnen. $\frac{1}{2}$ Meile liegt auf Frankfurter, der Rest auf Churhessischem Gebiete. Die Verbindungslinie Kahl-Aschaffenburg hat Bayern um 1,073,178 fl. erbaut und der Gesellschaft gegen einen Pachtschilling von 3 % dieses Anlagecapitals verpachtet. Indessen hofft der Verwaltungsrath auf eine Ermäßigung des Pachtlocars. Verhältniss zum Staat: Nach 50 Betriebsjahren steht ihm das Recht des Rückkaufs der Bahn um den 25fachen Betrag der Durchschnittsdividende von den letzten 5 Jahren zu. Ist die Concession abgelaufen, so kann er die Bahn gegen Vergütung des Taxationswerths an sich nehmen, oder deren Veräusserung verfügen. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 5 Mitgliedern, wovon abwechselnd je 2 und resp. 3 in Frankfurt und Hanau wohnhaft. Stimmrecht: 10 Actien geben 1 Stimme; über 10 Stimmen kann Niemand in sich vereinigen. Reservefonds: Wenn die Dividende 5 %, soll ein entsprechender Betrag bis zur Höhe von 100,000 fl. zurückgelegt werden.

Die Actien geniessen $3\frac{1}{2}$ % feste Zinsen. Bei den geschmälernten Betriebseinnahmen der letzten Jahre konnten diese nur mit Angriff des Reservefonds ausbezahlt werden und letzterer ist nun bald erschöpft. Ein Erneuerungsfonds mangelt ohnediess und es ist dringendes Bedürfniss, [die Statuten diessfalls einer Revision zu unterwerfen. Die Gesellschaft hofft übrigens von der endlichen Realisirung des Bebra-Fulda-Hanauer Projects wieder bessere Zeiten.

18) Frankfurt-Homburg. Ueber diese, erst am 10. Sept. 1860 eröffnete Bahn gehen uns die Statuten ab. Wir müssen uns daher auf die in der Tabelle gegebenen Notizen beschränken.

19) Taunus-Bahn. Concession von 1838 auf 99 Jahre. Eröffnung am 13. April 1840. Nach Ablauf der Concession können die beteiligten Regierungen von Frankfurt, Darmstadt und Nassau die Bahn nebst Zubehör um den Taxationswerth übernehmen oder die Veräusserung derselben verlangen. Aus diesem Grunde ist seit 1852 ein mit jährlichen 3000 fl. dotirter Amortisationsfonds angesammelt worden, welcher Ende 1860 mit Zinsen 36,018 fl. betrug. Organe: Verwaltungsrath von 6 activen und 3 stellvertretenden Mitgliedern. Dieser ernennt den Director. Generalversammlung im April. Stimmrecht: 10 Actien gewähren 1 Stimme; über 10 Stimmen kann Niemand in sich vereinigen.

Die Bahn hat bisher schöne Resultate geliefert, sie hat aber jetzt schon

mit neuen Concurrenzlinien zu kämpfen, und es droht ihr noch grössere Rivalität.

20) Hamburg-Bergedorf. Die Bahn ist die Fortsetzung der Berlin-Hamburger Bahn auf Hamburgischem Gebiete und in Betrieb der letzteren. Concession 1840, Eröffnung 1842. Verhältniss zum Staate: derselbe hat sich mit 5160 Stück Actien theilhaftig. Die Privatactien sollen zunächst eine, nöthigensfalls durch Nachzahlung von Rückständen früherer Jahre aus besseren Betriebsergebnissen späterer Perioden zu ergänzende Rente von 4 % erhalten. Reicht der Ertrag weiter, so soll $\frac{1}{2}$ % des ganzen Actienkapitals dem Staat zum Zwecke der Einlösung von Privatactien im Wege der Verlosung zum festen Course von 120 % zufallen. Die gleiche Bestimmung erhalten auch die auf die Staatsactien fallenden Dividenden über 4 %. Beide Amortisationsquoten können, wenn sie den Betrag von 50,000 Mrk. Beo. jährlich nicht erreichen sollten, vom Staat auf diese Summe aus andern Mitteln ergänzt werden. Auf diese Weise gelangt die Bahn nach und nach in das Eigenthum des Staats. Verhältniss zur Berlin-Hamburger Bahn: Diese zahlt aus dem Anlagecapital des Hamburger Bahnhofes eine Pachtvergütung von 4 % und aus der Bahn selbst ein Pachtloco von 50 % der Bruttoeinnahme. In unserer Tafel erscheint daher nur dieses Pachtgeld: Organe: Ausschuss von 20, Direction von 5 Mitgliedern. Generalversammlung im 2. Quartal. Stimmrecht: 10 Actien geben 1 Stimme; Maximum: fünf Stimmen.

Die finanzielle Prosperität des Unternehmens ist durch den grossen Localverkehr, durch die Staatsbetheiligung und den Umstand sicher gestellt, dass die Berlin-Hamburger Bahn die Hamburg-Bergedorfer niemals entbehren kann.

21) Lübeck-Büchen. Concession vom 18. und 27. Febr. 1850 auf 100 Jahre. Eröffnung am 15. Octbr. 1851. Was mit der Bahn nach Ablauf der Concession geschehen soll, darüber ist zum Voraus nichts bestimmt. Die beiden theilhaftigen Regierungen von Lübeck und Dänemark (Holstein) haben sich Weiteres vorbehalten. Organe: Ausschuss von 15, Direction von 5 Mitgliedern. Stimmrecht: 1—5 Actien gewähren 1 Stimme, 5—10 = 2, 11—20 = 3, 21—40 = 4 Stimmen etc.

Die Gesellschaft hat den Bau einer directen Verbindungsbahn zwischen Lübeck und Hamburg in Aussicht genommen, zu welchem Zwecke neue Actien im Belaufe von 3,600,000 Thlr. creirt werden sollen. Doch ist das Project noch nicht über das Stadium der Vorbereitung hinausgelangt.

Einige kleine deutsch-österreichische Bahnen, wie Cottbus-Schwielochsee, Gratz-Köflach, Pressburg-Tyrnau-Szered, Cöthen-Bernburg und Höchst-Soden, haben wir übergangen, da ihre Papiere kaum Gegenstand des Verkehrs sind.

§. 188.

Fremde Bahnen.

Mit Rücksicht auf die Thatsache, dass die Papiere einiger französischen und schweizerischen Eisenbahngesellschaften in Deutschland Verbreitung gefunden haben, lassen wir eine Statistik derselben folgen. Aus der Tabelle wird leicht ersichtlich sein, dass bei allen französischen und auch bei einzelnen schweizerischen Bahnen das System der Obligationenemission mit Rück-

Französische und Schweizerische Haupt-Bahnen.

Zu Seite 550.

Name der Gesellschaft.	A c t i e n.				O b l i g a t i o n e n.							Dividende mit Zins.				
	Zahl.	Betrag		Cours Ende Sept. 1861.	Jahr der Emission.	Zahl der Obligationen.	Nominalwerth derselben.	Zins- fuss.	Tilgungs- zeit.	Emissions- preis.	Einlö- sungs- preis.	1856.	1857.	1858.	1859.	1860.
		pr. Stk.	im Ganzen.													
I. Französische Bahnen.		Frs.	Frs.				Frs.	%		Frs.	Frs.	%	%	%	%	%
1) Nordbahn	525,000	400	210,000,000	985 G.	{ 1848 1851/56	2,363 675,000	1,181,500 337,500,000	4 3	16 Jahre 75 "	500 335	500 500	{ 14 15	15 1/4	16 3/8	16 3/8	
2) Ostbahn	500,000	500	250,000,000	605 G.	{ 1852/56 1856	368,828 802,655	239,738,200 401,327,500	5 3	99 Jahre 99 "	500 270	650 500	{ 14 10 1/6	8 9/20	7 3/4	8	
3) Südbahn	238,334	500	119,167,000	657 1/2 G.	1856	338,160	169,080,000	3	99 Jahre	285	500	4 4	4	1 2/5	7	
4) Westbahn	300,000	500	150,000,000	553 3/4 G.	{ 1852 1853 1855/57	15,036 17,500 700,000	18,795,000 21,875,000 350,000,000	4 4 3	50 Jahre 50 " 94 "	1,000 1,000 280	1,250 1,250 500	{ 8 7 1/2	6 3/5	7 1/2	7 1/4	
5) Paris-Lyon-Mittelmeer . .	693,000	500	346,500,000	1032 1/2 G.	{ 1853/58 1852/54 1852/53	1,411,291 80,000 222,042	705,645,500 100,000,000 138,776,250	3 4 4	99 Jahre 50 " 99 "	— 1,000 500	500 1,250 625	{ 16 1/5 10 3/5	9 9/10	12 1/3	12 7/10	
6) Paris-Orleans	300,000	500	150,000,000	1415 G.	{ 1842 1848 1852/56 1854/55	8,888 13,333 1,180,000 386,007	11,109,000 16,666,250 590,000,000 193,003,500	4 4 3 3	47 Jahre 90 " 97 " 99 "	1,125 750 340 —	1,250 1,250 500 500	{ 16 4/5 18	17 2/5	19 2/5	20	
II. Schweizerische Bahnen.																
1) Centralbahn	75,235	500	37,617,500	435 G.	{ 1855 1857 1858 1860	— — — —	12,000,000 12,000,000 8,000,000 800,000	5 4 1/2 5 4	20 Jahre von 1558 an. dto. " 1860 " 10 Jahre bis 1870.	— — — —	— — — —	{ 4 4	4 7/25	4 1/2	5	
2) Nordostbahn	57,416	500	28,708,000	580 G.	{ 1853 1857 1859	— — —	817,950 17,100,000 3,000,000	3 5 4 1/2	— — —	— — —	— — —	{ 4 4 1/2	3 4/5	5	6	
3) Vereinigte Schweizerbahnen Priorit.-Actien	45,000 25,000	500 500	22,500,000 12,500,000	— 155 G.	{ 1857 1858 1858 1857 1859 1860	— — — 48,235 25,000 —	5,500,000 300,000 9,000,000 24,117,500 12,500,000 1,172,580	5 4 1/2 5 3 3 6	50 Jahre von 1869 an. 90 Jahre 90 " —	— — — 300 270 —	— — — 500 500 —	{ 4 % Bauzinsen.	0	0		
4) Westbahn	80,000	500	40,000,000	172 1/2 G.	{ 1855 1860	49,898 —	24,949,000 6,000,000	5 5	99 Jahre 10 "	400 —	500 —	{ 4 % Bauzinsen.	—	—	—	

Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre for Economics

Zusammenfassung		Einzelangaben		Bemerkungen	
Linie	Posten	Linie	Posten		
I. Eisenbahnen					
1	100	200	300	1. Nordbahn	
2	200	300	400	2. Ostbahn	
3	300	400	500	3. Westbahn	
4	400	500	600	4. Südbahn	
5	500	600	700	5. Mittelbahn	
6	600	700	800	6. Nordbahn	
7	700	800	900	7. Südbahn	
8	800	900	1000	8. Westbahn	
9	900	1000	1100	9. Ostbahn	
10	1000	1100	1200	10. Mittelbahn	
11	1100	1200	1300	11. Nordbahn	
12	1200	1300	1400	12. Südbahn	
13	1300	1400	1500	13. Westbahn	
14	1400	1500	1600	14. Ostbahn	
15	1500	1600	1700	15. Mittelbahn	
16	1600	1700	1800	16. Nordbahn	
17	1700	1800	1900	17. Südbahn	
18	1800	1900	2000	18. Westbahn	
19	1900	2000	2100	19. Ostbahn	
20	2000	2100	2200	20. Mittelbahn	
21	2100	2200	2300	21. Nordbahn	
22	2200	2300	2400	22. Südbahn	
23	2300	2400	2500	23. Westbahn	
24	2400	2500	2600	24. Ostbahn	
25	2500	2600	2700	25. Mittelbahn	
26	2600	2700	2800	26. Nordbahn	
27	2700	2800	2900	27. Südbahn	
28	2800	2900	3000	28. Westbahn	
29	2900	3000	3100	29. Ostbahn	
30	3000	3100	3200	30. Mittelbahn	
31	3100	3200	3300	31. Nordbahn	
32	3200	3300	3400	32. Südbahn	
33	3300	3400	3500	33. Westbahn	
34	3400	3500	3600	34. Ostbahn	
35	3500	3600	3700	35. Mittelbahn	
36	3600	3700	3800	36. Nordbahn	
37	3700	3800	3900	37. Südbahn	
38	3800	3900	4000	38. Westbahn	
39	3900	4000	4100	39. Ostbahn	
40	4000	4100	4200	40. Mittelbahn	
41	4100	4200	4300	41. Nordbahn	
42	4200	4300	4400	42. Südbahn	
43	4300	4400	4500	43. Westbahn	
44	4400	4500	4600	44. Ostbahn	
45	4500	4600	4700	45. Mittelbahn	
46	4600	4700	4800	46. Nordbahn	
47	4700	4800	4900	47. Südbahn	
48	4800	4900	5000	48. Westbahn	
49	4900	5000	5100	49. Ostbahn	
50	5000	5100	5200	50. Mittelbahn	
51	5100	5200	5300	51. Nordbahn	
52	5200	5300	5400	52. Südbahn	
53	5300	5400	5500	53. Westbahn	
54	5400	5500	5600	54. Ostbahn	
55	5500	5600	5700	55. Mittelbahn	
56	5600	5700	5800	56. Nordbahn	
57	5700	5800	5900	57. Südbahn	
58	5800	5900	6000	58. Westbahn	
59	5900	6000	6100	59. Ostbahn	
60	6000	6100	6200	60. Mittelbahn	
61	6100	6200	6300	61. Nordbahn	
62	6200	6300	6400	62. Südbahn	
63	6300	6400	6500	63. Westbahn	
64	6400	6500	6600	64. Ostbahn	
65	6500	6600	6700	65. Mittelbahn	
66	6600	6700	6800	66. Nordbahn	
67	6700	6800	6900	67. Südbahn	
68	6800	6900	7000	68. Westbahn	
69	6900	7000	7100	69. Ostbahn	
70	7000	7100	7200	70. Mittelbahn	
71	7100	7200	7300	71. Nordbahn	
72	7200	7300	7400	72. Südbahn	
73	7300	7400	7500	73. Westbahn	
74	7400	7500	7600	74. Ostbahn	
75	7500	7600	7700	75. Mittelbahn	
76	7600	7700	7800	76. Nordbahn	
77	7700	7800	7900	77. Südbahn	
78	7800	7900	8000	78. Westbahn	
79	7900	8000	8100	79. Ostbahn	
80	8000	8100	8200	80. Mittelbahn	
81	8100	8200	8300	81. Nordbahn	
82	8200	8300	8400	82. Südbahn	
83	8300	8400	8500	83. Westbahn	
84	8400	8500	8600	84. Ostbahn	
85	8500	8600	8700	85. Mittelbahn	
86	8600	8700	8800	86. Nordbahn	
87	8700	8800	8900	87. Südbahn	
88	8800	8900	9000	88. Westbahn	
89	8900	9000	9100	89. Ostbahn	
90	9000	9100	9200	90. Mittelbahn	
91	9100	9200	9300	91. Nordbahn	
92	9200	9300	9400	92. Südbahn	
93	9300	9400	9500	93. Westbahn	
94	9400	9500	9600	94. Ostbahn	
95	9500	9600	9700	95. Mittelbahn	
96	9600	9700	9800	96. Nordbahn	
97	9700	9800	9900	97. Südbahn	
98	9800	9900	10000	98. Westbahn	
99	9900	10000	10100	99. Ostbahn	
100	10000	10100	10200	100. Mittelbahn	

zahlungsprämien herrschend ist, über das wir unsere Ansicht bei Besprechung der Oesterreichischen Staatsbahnen (oben S. 540—41) dargelegt haben. Als Nominalwerth dieser Obligationen haben wir deren Einlösungspreis eingesetzt. In welchem Verhältnisse die französischen Eisenbahngesellschaften zum Staate stehen, ist auf S. 457 zu ersehen. Nur die gewährte Staatsgarantie für das neue Bahnnetz kann die Möglichkeit einer so grossen Ueberlastung der Bahnen mit Obligationen, deren Emission noch lange kein Ende hat, erklärlich machen. Den Nutzen des ganzen Systems ziehen aber die grossen monopolisirten Actienbesitzer, welche die zu colossaler Grösse centralisirten Unternehmungen in Zeiten der Noth um so weniger zu halten geneigt sein werden, als sie sich längst zuvor durch hohe Dividenden völlig schadlos gemacht haben. So lange die letzteren anhalten, sind die Obligationeninhaber selbstverständlich ihrer Zinsen sicher; sobald aber eine Zeit kommen sollte, in welcher keine Rente der Actien mehr zu erwarten stände, wird die Last des ganzen Unternehmens auf ihre Schultern fallen. Und wer wollte bezweifeln, dass solche Zeiten eintreten könnten?

Die schweizerischen Eisenbahnen haben sich keiner Staatsgarantie zu erfreuen, wohl aber theiligten sich Cantone und Städte am Anlagecapital. Dass einzelne Unternehmungen scheiterten, noch ehe sie zur Vollendung kamen (Jura industriel, Oranbahn, Ostwestbahn) ist bekannt. Völlig lebensfähig haben sich bis jetzt nur die Central- und Nordostbahn erwiesen. Die Vereinigten Schweizerbahnen, sowie die Westbahn haben sich noch zu erproben.

§. 189.

B. Banken und Creditanstalten. *)

Wir beschränken uns hier lediglich auf die deutsch-österreichischen Institute, da wir um so weniger annehmen können, dass unsere Leser Capitalanlage in auswärtigen Bankactien suchen werden, als der Boden hier schlüpferig ist und selbst die Actien der inländischen Banken (mit rühmlichen Ausnahmen) im Credit der Capitalisten tief genug gesunken sind. Diese letztere Thatsache hat ihren guten Grund, denn das deutsche Bankwesen ist, seitdem man die Institute weit über das Bedürfniss vermehrt hat, ungesund und hinfällig. Nur die älteren soliden Anstalten halten sich auf ihrem Niveau, die neueren sind meist in ein Siechthum verfallen, in welchem sie nicht leben und nicht sterben können. Von Anfang an fehlte ihnen das nöthige Operationsterrain. Sie haben sich desshalb, nur um ihren Fonds irgend eine Verwendung zu geben, in Unternehmungen und Geschäfte eingelassen, die einerseits ihre Mittel dem eigentlichen Zweck entfremdeten, andererseits enorme Verluste verursachten; so namentlich durch Betheiligung an industriellen Unternehmungen, durch Gründung auswärtiger Commanditen und durch Ankauf übermässiger Beträge von Effecten. In solchen liegt jetzt ein grosser Theil des Capitals ohne Nutzen oder mit schlechter Rente fest und kann entweder gar nicht oder nur mit grossen Opfern flüssig gemacht werden. Dieser Umstand verhindert selbst die Auflösung lebensunfähiger Institute und die Reduction des zu hoch bemessenen Einlagecapitals. Doch haben manche Banken seit neuerer Zeit selbst jene Opfer nicht gescheut und begonnen, ihren Effectenbesitz zu ver-

*) Literatur: Hübner, die Banken; Leipzig, 1854. Dessen Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik; Leipzig, 1853—61, I.—VII. Jahrgang. Hocker, Sammlung der Statuten aller Actienbanken Deutschlands; Cöln, 1858.

äussern, dagegen ihr Capital durch Aufkauf eigener Actien unter pari zu reduciren. Wenn sie dabei den anscheinend gemachten Coursgeinn zur Deckung sonstiger Verluste, oder gar zur Aufbesserung der Dividende verwenden, so kann eine solche Manipulation einen andern Namen als den eines Scheingeschäfts schwerlich verdienen. Dass aber die Operation nöthig ist, beweist am besten die fatale Lage der betreffenden Institute.

Hinsichtlich der rechtlichen Stellung der deutschen Banken haben wir im Allgemeinen vorzuschicken, dass alle reinen Actienbanken, zumal die Zettelbanken, unter specieller Staatsaufsicht stehen und keine Statutenänderung ohne Genehmigung der betreffenden Regierung vornehmen können. Die Erfahrung hat übrigens bewiesen, dass die Staatsaufsicht keinen genügenden Schutz gegen Statutenverletzungen und heillose Wirthschaft gewährt. Beispiele: die Dessauer Landes- und die dortige Creditbank. Bei den Zettelbanken gilt ferner als allgemeine Norm, dass alle ihre Activen in erster Linie für die ausgegebenen Noten haften. Mit Ausnahme der Preussischen Bank und der Oesterreichischen Nationalbank, welche beide Institute mit den resp. Staaten enge verwachsen sind, muss sodann die Summe der emittirten Noten in einem gewissen Verhältnisse zum Actiencapital stehen oder ist überhaupt die Notencreation auf bestimmte Beträge beschränkt. Auch hat man in Deutschland die Deckung der Noten durch einen Baarfonds von mindestens $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ ihres Betrags als Regel angenommen. Alle Privatbanken sind gesetzlich verpflichtet, ihre Noten bei der Hauptkasse jeder Zeit baar einzulösen; eine Ausnahme macht nur die Oesterr. Nationalbank, welche kaum mehr als Privatbank angesehen werden kann. Commanditbankgesellschaften bestehen bis jetzt nur in Preussen. Sie sind: die „Berliner Discontogesellschaft“, die „Berliner Handelsgesellschaft“ und der „Schlesische Bankverein.“ Diese sind der Regierungsaufsicht nicht unterworfen.

Was die Behandlung der Bankpapiere betrifft, so schicken wir in der angegebenen Tabelle eine Uebersicht über die creirten und emittirten Actien mit Angabe der seit einer Reihe von Jahren darauf bezahlten Dividenden und ihres neuesten Coursstandes voran, während wir den wesentlichsten Inhalt der Statuten und der Geschäftsberichte des letzten Jahres alsdann folgen lassen. Diese letzteren mit den Bilanzen pro ult. Decbr. 1860 liegen vor uns, eine wörtliche Reproduction derselben hätte aber nur dann einen Werth, wenn man sie mit einer weitläufigen Analyse begleiten könnte, wozu uns der Raum abgeht. Denn alle Bilanzen schliessen im Activ- und Passivstand gleich ab; was aber unter den Activen aufgeführt ist, ob die wahren Werthe den gegebenen Zahlen entsprechen, oder ob nicht vielmehr fingirte Ziffern das Gleichgewicht herzustellen bestimmt sind, lässt sich aus den Zahlengruppen allein nicht entnehmen. Die Erfahrung dagegen hat gezeigt, dass Scheinbilanzen auf dem Gebiete des Bankwesens nicht selten sind. Aus demselben Grunde können hier selbst die bezahlten Dividenden nicht als absolut richtige Gradmesser der Prosperität angesehen werden.

1) Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München. Concession durch Gesetz vom 1. Juli 1834 auf 99 Jahre. Geschäftskreis: Hypotheken-, Escompt-, Depositen-, Giro-, Leih-, Feuer-, Lebens-, Leibrentenversicherungs-Geschäft und Rentenanstalt. Dem Hypothekengeschäft sollen $\frac{2}{3}$ des Bankfonds à 20 Mill. Gulden zugewendet sein. Speculations- und Commissionsgeschäfte, ausgenommen die Contocorrents für Gutsbesitzer und Gewerbtreibende, ebenso Geschäfte in ausländischen Staatspapieren, sind ausgeschlossen. Notenausgabe: Sie darf 8 Mill. Gulden nicht übersteigen. Noten unter 10 fl. dürfen nicht emittirt werden. Deckung durch Baarschaft zu $\frac{1}{4}$ und durch Hypothekforderungen zu $\frac{3}{4}$ im doppelten Betrage. Die Noten

Deutsche Bank-Institute.

Zu Seite 552 ff.

Name der Anstalt.	A c t i e n - C a p i t a l.				Dividende mit Zins in %.							Cours Anfangs Oct. 1861.
	Nach den Statuten zulässig.		Wirklich im Um- lauf.	Darauf einge- zahlt.	1854.	1855.	1856.	1857.	1858.	1859.	1860.	
	Stücke.	Betrag der Actie.										
I. Zettel-Banken.												
1) Bayerische Hypotheken- und Wechselbank	40,000	500 fl.	40,000	voll	6 ³ / ₁₀	6 ⁷ / ₁₀	7 ¹ / ₅	7 ¹ / ₅	7 ² / ₅	7	7	819 G. ¹⁾
2) Berliner Cassenverein	1,000	1,000 Thlr.	1,000	dto.	5 ³ / ₅	6	7 ¹ / ₄	8	6 ⁵ / ₆	5 ⁹ / ₁₀	5	117 G. ²⁾
3) Braunschweiger Bank	40,500	100 "	35,000	dto.	1	7	8	6 ¹ / ₆	6 ¹ / ₃	4	4	71 G. ²⁾
4) Bremer Bank	20,000	250 Thlr. Gold	16,000	dto.	—	—	—	7 ¹ / ₅	4 ⁹ / ₁₀	5	5	100 ⁵ / ₈ G. ²⁾
5) Cölner Privatbank	2,000	500 Thlr.	2,000	dto.	—	—	5 ¹ / ₄	5	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂	90 Br. ²⁾
6) Danziger Privatbank	2,000	500 "	2,000	dto.	—	—	—	4	4 ⁴ / ₅	4 ³ / ₅	5 ¹ / ₃	—
7) Darmstädter Bank für Süddeutschland	160,000	250 fl.	29,739	30 %	—	—	—	4	5	4	7 ¹ / ₃	240 G. ¹⁾
8) Dessauer Landesbank	40,000	100 Thlr.	30,038	voll	8	8 ¹ / ₃	10	6	4 ¹ / ₂	3	0	19 ¹ / ₄ Br. ¹⁾
9) Frankfurter Bank	40,000	500 fl.	20,000	dto.	—	3	3 ¹ / ₄	5 ¹ / ₅	5	3 ⁴ / ₅	4	114 ¹ / ₄ G. ²⁾
10) Geraer Bank	27,500	200 Thlr.	12,500	dto.	—	—	5 ¹ / ₂	5	5 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂	4	74 Br. ²⁾
11) Gothaer Bank	20,000	200 "	7,000	dto.	—	—	—	4	4 ² / ₃	4	4	72 ¹ / ₂ G. ²⁾
12) Hannover'sche Bank	48,000	250 "	21,680	dto.	—	—	—	5	5 ⁶ / ₇	5 ⁵ / ₇	5 ¹ / ₄	94 G. ²⁾
13) Homburger Landesbank	4,000	250 fl.	3,000	dto.	—	—	5 ¹ / ₂	5	5	4	5 ¹ / ₂	—
14) Königsberger Privatbank	2,000	500 Thlr.	2,000	dto.	—	—	—	1 ¹² / ₁₃	4 ¹ / ₅	4 ³ / ₂₀	3 ¹³ / ₁₅	—
15) Leipziger Bank	12,000	250 "	12,000	dto.	9 ² / ₅	12 ³ / ₅	8 ¹ / ₅	10	6 ³ / ₅	6 ¹ / ₅	5 ² / ₅	135 Br. ²⁾
16) Lübecker Privatbank	2,000	200 "	2,000	dto.	—	—	8 ¹ / ₄	5 ¹ / ₄	4	3 ³ / ₄	3 ⁹ / ₁₀	—
17) Luxemburger internationale Bank	40,000	250 Frs.	20,000	dto.	—	—	—	4	4	4	7 ³ / ₅	86 G. ²⁾
18) Magdeburger Privatbank	2,000	500 Thlr.	2,000	dto.	—	—	—	3 ³ / ₇	4	3 ¹ / ₄	3 ² / ₃	—
19) Meininger Creditbank	80,000	100 "	40,000	dto.	—	—	7	6 ² / ₅	6	4	5	79 G. ²⁾
20) Oesterreichische Nationalbank	150,000	1,000 fl. ³⁾	150,000	dto.	8 ¹ / ₂	9 ¹ / ₆	7 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₁₀	5 ⁷ / ₁₀	5 ⁶ / ₁₀	650 Br. ¹⁾
21) Pommer'sche (ritterschaftliche) Privatbank	4,000	500 Thlr.	3,800	dto.	6	7	10 ¹ / ₅	6 ⁴ / ₅	4 ¹ / ₅	4	4	85 G. ²⁾
22) Posen'sche Provinzialbank	2,000	500 "	2,000	dto.	—	—	—	4	4	4	5 ¹ / ₁₀	—
23) Preussische Bank	20,000	1,000 "	15,000	dto.	6 ¹ / ₆	6 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂	7 ² / ₅	6 ³ / ₄	5 ¹ / ₅	123 G. ²⁾
24) Rostocker Bank	20,000	100 "	10,000	dto.	5 ⁵ / ₆	7 ³ / ₄	7 ³ / ₄	8	5 ¹ / ₄	5 ¹ / ₄	5 ⁵ / ₆	110 G. ²⁾
25) Thüringer Bank	15,000	200 "	10,000	dto.	—	—	6	4 ³ / ₄	4	0	2 ¹ / ₂	52 ¹ / ₂ G. ²⁾
26) Weimar'sche Bank	50,000	100 "	42,000	dto.	4	6 ¹ / ₄	7 ¹ / ₂	5 ¹ / ₄	5	3 ¹ / ₂	4	75 ³ / ₈ G. ²⁾
II. Credit-Anstalten ohne Notenausgabe.												
27) Berliner Discontogesellschaft	100,000	200 "	50,055	dto.	—	6 ¹ / ₂	13 ¹ / ₃	5	5	4	5 ¹ / ₂	87 ¹ / ₈ G. ²⁾
28) Berliner Handelsgesellschaft	75,000	200 "	11,481	dto.	—	—	—	5 ¹ / ₆	5 ¹ / ₂	5	5 ¹ / ₄	79 ¹ / ₄ G. ²⁾
29) Coburg-Gothaische Creditgesellschaft	100,000	100 "	10,000	dto.	—	—	6	4	6	2	0	61 G. ²⁾
30) Darmstädter Bank für Handel und Industrie	200,000	250 fl.	60,184	dto.	2 ² / ₅	10 ² / ₃	15	5	5 ¹ / ₄	4	4	200 G. ¹⁾
31) Dessauer Creditanstalt	80,000	100 Thlr.	60,645	dto.	—	—	17 ¹ / ₈	0	0	0	0	5 ⁷ / ₈ G. ²⁾
32) Hamburger Vereinsbank	100,000	200 M. B.	100,000	20 %	—	—	—	4	5 ⁵ / ₁₃	4 ⁷ / ₃₂	4 ¹ / ₂	101 ¹ / ₂ G. ²⁾
33) Leipziger Allgemeine deutsche Creditanstalt	200,000	100 Thlr.	70,000	voll	—	—	5	2 ¹ / ₂	3	3	3	66 G. ²⁾
34) Lübecker Commerzbank	15,000	200 "	12,500	dto.	—	—	—	4	4	1	0	—
35) Niederösterreichische Escomptegesellschaft	20,000	500 fl.	14,000	dto.	5	7	8	8 ⁴ / ₅	7 ³ / ₅	8	8	588 G. ¹⁾
36) Norddeutsche Bank in Hamburg	40,000	500 M. B.	40,000	dto.	—	—	—	3 ³ / ₅	6	4 ³ / ₈	4	89 ⁵ / ₈ G. ²⁾
37) Oesterreichische Creditanstalt	500,000	200 fl.	300,000	dto.	—	—	11	5	7	6	5	153 ¹ / ₂ G. ¹⁾
38) Schaaffhausen'scher Bankverein in Cöln	25,935	200 Thlr.	25,935	dto.	6 ³ / ₄	9	9	9	6	6	6	114 ¹ / ₄ G. ²⁾
39) Schlesischer Bankverein in Breslau	60,000	100 "	20,500	dto.	—	—	7 ¹ / ₄	5 ¹ / ₅	5 ¹ / ₂	5	5	86 G. ²⁾

¹⁾ per Stück.

²⁾ in Procenten.

³⁾ Gewöhnlich nimmt man den Nominalwerth der österr. Nationalbankactien zu 1,000 fl. an und rechnet danach den Procentsatz der Dividende. Richtig ist diese Annahme nicht. Das ganze, für 150,000 Actien eingezahlte Grundcapital beträgt 109,384,590 fl. österr. W. = 729,2 fl. auf die Actie. Was auf die erste Serie der ausgegebenen Actien eingezahlt worden ist, siehe oben S. 47. Bei der neuesten Vermehrung des Actien Capitals im Jahre 1856 musste die Actie mit 700 fl. in Silber eingelöst werden. Sie lauten eigentlich auf 600 fl. C.-M.

werden bei allen Staatscassen an Zahlung genommen und von der K. Bank in Nürnberg eingelöst. Organisation: Es besteht ein Bankausschuss, gebildet aus den 60 höchstbetheiligten Actionären. Dieser vertritt die Gesellschaft der Verwaltung gegenüber, controlirt letztere und genehmigt die Rechnungen. Er versammelt sich (an Stelle der Generalversammlung) regelmässig im März. Der Ausschuss wählt auch aus den in München wohnenden Actionären die 7 Bankdirectoren. Letztere wählen unter sich zwei Vorstände und eine Anzahl Censoren, welche darüber zu wachen haben, dass nur an solide Handelsfirmen discountirt wird. Die Stelle eines Directors ist ein Ehrenamt. Dagegen besteht eine aus besoldeten Beamten zusammengesetzte Bankadministration, welcher die specielle Geschäftsleitung zukommt. Verhältniss zum Staate: Dieser hat der Gesellschaft gegenüber, abgesehen von seinem Rechte der permanenten Beaufsichtigung, lediglich die Stellung einer Privatperson. Reservefonds: er ist aus dem 4. Theil des Nettoertrags über 3 % gebildet und besitzt die statutenmässige Höhe von $1\frac{1}{2}$ Mill. Gulden. Alle Actien lauten auf Namen.

Geschäftsbericht pro 1860. Das Bruttoertragniss aller Geschäftsbranchen war 1,673,652 fl., worunter vom Hypothekengeschäft 767,144, Discontogeschäft 119,171, Lombardgeschäft 255,943, Ertrag des Reservefonds 283,484, der Feuerversicherungsbranche 170,000, der Lebensversicherungsanstalt 22,919, und Gewinn aus begebenen Wechseln etc. 41,468 fl. Die Ausgaben betrugen 255,312 fl. (Regiespesen 71,601, Abschreibungen 2,882, Zinsen von Depositen 180,829 fl.). Reingewinn 1,418,340 fl. Die ganze Geschäftsgebarung zeigte dieselbe Solidität, wodurch sich die Anstalt von jeher auszeichnete.

2) Bank des Berliner Cassenvereins. Concession vom 15. April 1850 auf 10 Jahre, verlängert 1860. Geschäftskreis: Disconto-, Lombard-, Giro-, Effecten-, Incasso-, Depositen etc. -Geschäfte, beschränkt auf Berlin und auf inländische Papiere, Waaren und Urstoffe. Notenemission: nur auf Höhe des Stammcapitals und in Apoints von 10, (nicht mehr als 100,000 Thlr.) 20 (100,000 Thlr.), 50 (300,000 Thlr.), 100 und 200 Thlr., gedeckt durch $\frac{1}{3}$ Baarschaft und $\frac{1}{3}$ in discountirten Wechseln. Organe: Ausschuss und Verwaltungsrath von je 8 Actionären, ersterer von der Generalversammlung, letzterer vom Ausschuss gewählt. Direction von 3 Mitgliedern, wovon der vollziehende Director vom Verwaltungsrath ernannt wird, die andern 2 Mitglieder aber abwechselnd aus diesem selbst genommen werden. Generalversammlung spätestens im 4. Monate. Stimmrecht: 1—5 Actien gewähren eine Stimme, je 5 weitere Actien 1 Stimme mehr bis 10 Stimmen. Mehr als 50 Actien kann kein einzelner Theilnehmer besitzen. Die Actien lauten auf Namen. Reservefonds: Vom Reinertrag über 5 % ist die Hälfte bis zu einem Belaufe von 150,000 Thlr. zurückzulegen. Tantiemen: 8 % des Nettoertrags fallen dem vollziehenden Director und den Mitgliedern des Verwaltungsraths zu, vorausgesetzt, dass die Actionäre mindestens 4 % Dividende resp. Zins erhalten.

Geschäftsbericht pro 1860: Der Gesamtumsatz betrug in Einnahme und Ausgabe 429,290,646 Thlr. Wechsel wurden discountirt: 10,515 Stück mit 12,594,080 Thlr., im Lombardverkehr dargeliehen: 4,655,380 Thlr., Wechsel zum Incasso übernommen: 266,043,700 Thlr.; Giroverkehr: 393,322,895 Thlr. — Der Ertrag war: aus dem Discontogeschäft 50,196, aus dem Geschäft mit ausländischen Wechseln 7,072, Lombardgeschäft 18,526, Diversen 3,148 Thlr. Noten waren im Durchschnitt nur 481,726 Thlr. im Umlaufe. Die Bank hat, als in Berlin domicilirt, ein weit grösseres Feld der Wirksamkeit, als die übrigen preuss. Privatbanken, und ist gut geleitet.

3) Braunschweigische Bank. Concession vom 11. Mai 1853 auf 99 Jahre. Geschäftskreis: Disconto-, Contocorrent-, Lombard-, Depositen-, Darlehens etc. -Verkehr. Effecten sollen nur mit Genehmigung der Regierung

und nur zur Placirung müssigliegender Gelder erworben werden. Notenemission: in Apoints von 10, 25 oder mehr Thlr., höchstens bis auf Höhe des eingezahlten Actiencapital, $\frac{1}{4}$ mit Metall, $\frac{3}{4}$ mit leicht realisirbaren Valuten bedeckt. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath von 18 von der Generalversammlung aus den stimmberechtigten Actionären gewählten Mitgliedern, wovon 10 in Braunschweig wohnen müssen. Direction von 2 besoldeten und 4 unbesoldeten Mitgliedern, in Braunschweig wohnhaft und vom Verwaltungsrath gewählt. Generalversammlung im Februar oder März. Stimmrecht: 5–10 Actien geben 1 Stimme, 11–20 = 2, 21–35 = 3, 36–50 = 4, 51–75 = 5, 76–100 = 6, 101–125 = 7, 126–150 = 8, 151–200 = 9, 201 oder mehr = 10 Stimmen. Die Actien sind au porteur gestellt. Reservefonds: Vom Reinertrag über 4 % ist $\frac{1}{10}$ bis auf Höhe von 10 % des Actiencapital zurückzulegen. Tantiemen: Ein fernerer $\frac{1}{10}$ des Mehrertrags über 4 % fällt den Directoren zu.

Geschäftsbericht für 1860: Der Bruttoertrag war 196,673 Thlr., einschliesslich eines aus dem Zurückkaufe eigener Actien erzielten Gewinnes von 20,765 Thlr. Die Regiespesen betragen 21,044 Thlr. Auf den Conto für zweifelhafte Forderungen wurden 10,000, für den Reservefonds 19,424 Thlr. abgeschrieben und den Actionären 4 % Dividende zugetheilt. Die Bilanz schloss mit 6,522,303 Thlr. Die grössten Activposten waren: Contocorrentforderungen mit 1,700,543 Thlr. und Effecten mit 1,640,747 Thlr. (3,850 Stück österr. Staatsbahn- und 3,100 Stück österr. Credit-Actien zum Kostenpreise, also viel zu hoch in Rechnung gestellt). Vom ganzen Actiencapital à 4,050,000 Thlr. waren 505,000 Thlr., von den creirten Noten im Betrage von 2,912,233 Thlr. aber 2,150,500 Thlr. im Besitze der Anstalt selbst. Der Reservefonds schloss mit einem Bestand von nur 20,193 Thlr.

Die Bank, vor einigen Jahren noch in gutem Rufe, hat sich gleich andern norddeutschen Instituten an der moldauschen Bank betheiligt und sowohl an dieser als an der eigenen Agentur in Bremen schwere Verluste erlitten. Um die in Jassy und in Effecten festgelegten Summen wieder theilweise ihrer Bestimmung zuzuführen, hat sie eine Anleihe von 400,000 Thlr. in 800 Obligationen à 500 Thlr. zu $4\frac{1}{2}$ % aufgelegt, mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten.

4) Bremer Bank. Concession vom 30. Janr. 1856 auf unbestimmte Zeit. Wirkungskreis: Geld-, Wechsel-, Giro-, Incasso-, An- und Darleihe- und Depositen-Geschäfte. Organe: Verwaltungsrath, Bankausschuss und Direction. Der erstere besteht aus 9, von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern, ebenso der Ausschuss. Der letztere ist eine begutachtende, der erstere eine verfügende Behörde. Die Direction wird vom Verwaltungsrath bestellt. Generalversammlung in den ersten 4 Monaten des Kalenderjahres. Stimmrecht: 2–5 Actien gewähren 1 Stimme, 6–10 = 2, 11–20 = 3, 21–30 = 4, 31–45 = 5, 46–60 = 6, 61–85 = 7, 86–110 = 8, 111–160 = 9, 161 und mehr = 10 Stimmen. Die Actien lauten auf Namen oder Inhaber. Für Abwesende kann kein Actionär mehr als 10 und im Ganzen nicht mehr als 15 eigene und fremde Stimmen führen. Reservefonds: vom Reinertrag erhalten zunächst die Actionäre 4 % Zinsen, dann der Reservefonds 10 % des Ueberschusses und weitere 10 % desselben werden dem Verwaltungsrathe als Tantieme zugetheilt, der Rest dient zur Vertheilung als Superdividende. Wenn 5 Jahre nach einander keine Dividende vertheilt werden kann, kann die Auflösung der Bank mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden, sonst nur mit $\frac{3}{4}$ Majorität. Sollte sich das Capital um $\frac{1}{4}$ vermindern, so hat der Verwaltungsrath die Generalversammlung wegen Fortsetzung des Geschäfts zu befragen; bei einem Verlust der Hälfte des Vermögens muss aber ein Generalversammlungsbeschluss wegen der Auflösung herbeigeführt werden. Notenemission: der Betrag der auszugebenden

Noten darf das Actiencapital nebst Reservefonds nicht überschreiten und muss zu $\frac{1}{3}$ mit Baarschaft bedeckt sein. Verhältniss zum Staate: die Bank hat alle in ihren Geschäftskreis fallende Angelegenheiten des Staats unentgeltlich zu besorgen, diesem laufende Rechnung zu eröffnen und von ihm sowohl Gelder anzunehmen, als auch ihm bis zu 200,000 Thlr. Vorschüsse zu machen.

Geschäftsbericht 1860: Der Gesamtumsatz betrug $150\frac{1}{2}$ Mill. Discountirt wurden: Wechsel auf Bremen 15,832,889 Thlr., auf fremde Plätze 8,944,646 Thlr. Lombardverkehr im Durchschnitt 1,431,000 Thlr. Einlagen und Rückzahlungen auf Contobücher 6,707,939 Thlr. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 1,596,000 Thlr. Der Gewinn- und Verlust-Conto schloss mit einem Reinertrag nach Absatz der Abschreibungen von 210,094 Thlr. Die Reserven betrugen 32,202 Thlr. Die Bilanz endlich zeigt 9,457,664 Thlr. Activen, worunter Wechsel 5,494,160, Lombard 1,335,533, Effecten 680,751, Debitoren 425,676, Cassa 1,502,742 Thlr. Unter den Passiven bilden neben dem Actiencapital à 4 Mill. die Depositen mit 3,190,821 und die Banknoten mit 2 Mill. Thlr. die Hauptposten.

Man sieht, dass dieses Institut seiner Bestimmung weit mehr entspricht, als die meisten neueren Schöpfungen dieser Art.

5) Cölner, 6) Danziger, 14) Königsberger, 18) Magdeburger Privat-Actien-Bank und 22) Posensche Provinzialbank. Diese 1855, 1856 und 1857 concessionirten preussischen Bankinstitute sind dem Muster des Berliner Cassenvereins (oben Nr. 2) nachgebildet und in ihren Befugnissen, ihrer Verfassung und Einrichtung jenem ähnlich. In ihrem Wirkungskreise auf die betreffenden Provinzen und resp. Städte beschränkt, vermögen sie neben der sehr begünstigten Preussischen Bank nicht recht aufzukommen, obgleich ihnen 1858 das Recht der Annahme verzinslicher Depositen bis auf Höhe ihres Actiencapital und der Errichtung von Agenturen ertheilt worden ist. Das ihnen gewährte Notenprivilegium hat für sie zumal aus dem Grunde geringere Bedeutung, weil ihre Noten von den Staatcassen nicht angenommen werden und ausserhalb der eigenen Provinz keinen Umlaufkreis haben. Uebrigens beruhen alle preussischen Privatbanken auf soliden Principien und sind dem Schwindel um so weniger ausgesetzt, als sie ihr beschränktes Capital zu ihren nächsten Zwecken bedürfen. Den Geschäftsberichten für 1860 entnehmen wir Folgendes:

Cölner Bank. Der Gesamtumsatz betrug 18,756,000 Thlr. Wechsel wurden angekauft 7,146,128 Thlr., Darlehen ertheilt 121,980 Thlr., Depositen übernommen 191,290 Thlr. Die Roheinnahme aus dem Wechsel- und Lombardgeschäft betrug 72,449 Thlr. Nettoertrag blieb incl. eines Saldo's vom Vorjahr 46,421 Thlr., wovon die Actionäre 35,000 Thlr. ($3\frac{1}{2}\%$) erhielten, während der Rest dem Reservefonds zugeschrieben wurde, welcher mit 49,971 Thlr. abschloss. Noten waren am 31. Dec. 1860 im Umlauf 516,500 Thlr. Der Bestand an Wechseln war 1,370,400 Thlr., Lombard 148,600, Cassa 205,200 Thlr., wovon 174,500 Thlr. baar. Verluste waren nicht zu beklagen, das Geschäft litt aber, wie überall, an der Ungunst der Zeitverhältnisse.

Danziger Bank. Gesamtumsatz 66,444,609 Thlr. in Einnahme und Ausgabe. Notenumlauf im Durchschnitt 957,425 Thlr. Das Giro- und das Depositengeschäft hatten einen namhaften Aufschwung genommen, wie auch die bedeutende Ausdehnung des Danziger Handels der Anstalt die Möglichkeit bot, günstige Resultate trotz des niedrigen Discountostandes zu erzielen. Nach allen Abschreibungen blieb ein Reingewinn von 66,880 Thlr., wovon dem Reservefonds der statutenmässige Beitrag von 10% einverleibt und solcher auf 40,718 Thlr. gebracht, auch den Actionären 26 Thlr. per Actie zugeschrieben wurden.

Königsberger Bank. Ganzer Umsatz: 30,820,000 Thlr. Lombardgeschäft des Jahres: 6,087,000 Thlr. mit 26,673 Thlr. Zinseinnahmen. Wechsel wurden discountirt 6,606,000 Thlr. mit 40,876 Thlr. Gewinn. Der Verkehr mit verzinslichen Depositen hatte sich am Jahreschlusse auf 276,000 Thlr. gehoben. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 771,000 Thlr. Dennoch blieb der Reingewinn gegen das Vorjahr um circa 7,000 Thlr. zurück und konnten daher nur $3\frac{13}{15}\%$ Dividende vertheilt werden.

Magdeburger Bank. Sie litt unter der andauernden Geschäftsstille und dem niedrigen Disconto. Ihr Notenumlauf betrug daher im Durchschnitt nur 581,000 Thlr. Ihre Haupteinnahmen waren: 54,957 Thlr. aus dem Disconto-, 9,998 Thlr. aus dem Lombardverkehr und 2,077 Thlr. Gewinn von Effecten. Regiespesen, Abschreibungen und Tantiemen betrugen 11,862 Thlr., dem Reservefonds wurden 9,139 Thlr. einverleibt, wodurch derselbe auf 34,828 Thlr. gebracht ward. Als Dividende entfielen $3\frac{2}{3}\%$.

Posener Provinzialbank. Gesamtumsatz: 20,723,890 Thlr. Umsatz im Wechselportefeuille: 7,274,969 Thlr. Durchschnittlicher Notenumlauf: 919,700 Thlr. Effectenbestand: 49,562 Thlr. Reserven: 32,770 Thlr. Einnahmen: 81,830 Thlr. aus dem Wechsel- und Lombardverkehr, 5,788 Thlr. aus Effecten. Das Geschäft hatte sich gegen früher namhaft gehoben.

7) Bank für Süddeutschland in Darmstadt. Ein grossartig angelegtes, aber offenbar in seiner Ausdehnung verfehltes Unternehmen. Concession vom 5. Novbr. 1855 auf 25 Jahre, Eröffnung der Anstalt am 1. Febr. 1856. Nach Ablauf von 25 Jahren kann die Generalversammlung eine Verlängerung auf weitere 25 Jahre beschliessen. Wirkungskreis: Wechsel-, Incasso-, Contocorrent-, Depositen-, Commissions-Lombardgeschäft, Einkauf und Verkauf von in deutschen Bundesstaaten emittirten Staats-, Comunal- und ständischen Schuldverschreibungen au porteur, sowie Eisenbahnobligationen und garantirten Eisenbahnactien bis zu einem Maximum von $\frac{1}{4}$ des Grundcapitals. Notenenmission: die Bank kann Noten von 10—500 fl. bis zum doppelten Betrag des eingezahlten Actien Capitals ausgeben. Von den Noten à 10 fl. soll innerhalb einer Summe von 5 Mill. Gulden nie mehr als $\frac{1}{5}$ der jeweiligen Gesamtnotenenmission ausgegeben sein. Noten über 10 fl. können auf Gulden süddeutscher oder österreich. Währung, in Thaler oder Franken lauten. Gesellschaftsorgane: Bankverwaltung aus 18 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern, welche aus sich einen engeren Ausschuss von 5 Mitgliedern zur speciellen Ueberwachung des Geschäfts und Ausführung der Beschlüsse wählen. Direction aus 2 oder mehreren, von der Verwaltung ernannten Directoren. Revisioncommission, bestehend aus 3 Deligirten der Verwaltung und 3 von der Generalversammlung gewählten Revisoren. Generalversammlung im März. Stimmrecht: Nur die Besitzer von Namenactien können an der Generalversammlung Theil nehmen und Stimmrecht ausüben. Je 20 Actien, welche am Tage der Versammlung und seit 4 Wochen ununterbrochen auf den Namen des Betreffenden eingetragen waren, geben eine Stimme. Mehr als 20 eigene und 20 fremde Stimmen kann Niemand vertreten. Reservefonds: Vom Reinertrag über 4% sind bis zur Höhe von 10% des Actien Capitals jährlich 10% zurückzulegen. Ein gleicher Betrag fällt der Bankverwaltung als Tantième zu.

Geschäftsbericht pro 1860: Die Bank hat von der ihr ertheilten Ermächtigung, einen Betrag von 5 Mill. fl. eigener Actien zurückzukaufen, Gebrauch gemacht, wobei sie sich einen Gewinn von 316,273 fl. gutschrieb, von dem zunächst der Banknotenausfertigungsconto saldirt, der Rest aber als Extra-Gewinnreserve für die Jahre 1860 bis 1864 vorbehalten wurde. Nur mit Hülfe dieser Manipulation konnte die Dividende auf $7\frac{1}{3}\%$ gesteigert werden. Der Geschäftsumsatz war im Uebrigen verhältnissmässig gering. An verzinslichen Schuldscheinen wurden 108,700 fl. ausgegeben, das Wechselportefeuille betrug durchschnittlich nur 260,000 fl., der Effectenbesitz ward auf 1,102,615 fl. vermehrt und verursachte einen Nettoverlust von 34,168 fl.; wogegen sich die Lombards von 2,917,533 fl. in 1859 auf 1,677,474 fl. in 1860 vermindert haben. Der Gewinn- und Verlustconto schliesst mit einem Gewinnsaldo von 136,563 fl. Die Nettobilanz zeigt 334,952 fl. Wechselbestände, 186,589 fl. Cassa, 1,679,650 fl. Lombardbestände, 1,064,497 fl. Effecten und 51,978 fl. Grundstücke und Mobilien, zusammen 4,817,663 fl. Der Reservefonds betrug 14,563 fl. Banknotenumlauf 507,875 fl.

8) Dessauer Landesbank. Concession vom 2. Janr. resp. 20. Septbr. 1847. Geschäftsumfang: der gewöhnliche der Zettelbanken, möglichst

ausgedehnt. Notenprivilegium: die Bank kann Noten von 1000 bis zu 1 Thlr. herab in Umlauf setzen, die Summe derselben darf aber weder das Actiencapital, noch die vorhandenen, jeder Zeit realisirbaren Fonds übersteigen; auch muss $\frac{1}{4}$ baar bedeckt sein. Verwaltung: Verwaltungsrath aus 18 stimmberechtigten Actionären, Ausschuss aus demselben von 3 Mitgliedern, Direction aus 4—6 vom Verwaltungsrath ernannten Directoren. Generalversammlung im Februar oder März. Stimmberechtigung: Je fünf Actien, welche sämmtlich au porteur lauten, verleihen 1 Stimme bis zum Maximum von 10 Stimmen. Als Vertreter für andere Actionäre kann Niemand mehr als 10 Stimmen führen. Reservefonds: die Statuten bestimmen nur, dass derselbe bis zum 10. Theil des Grundcapitals, aber nicht höher, gesteigert werden könne.

Lage des Instituts. Dasselbe, noch vor einigen Jahren mit Vertrauen und namhaftem Wirkungskreise ausgestattet, ist heute ruinirt. Es hat einem Berliner Speculanten (F. Schulte) 1,154,966 Thlr., der Moldauer Bank 816,940 Thlr. und der Neustädter Hütte 620,676 Thlr. zugewendet, welch' enorme Posten grösstentheils ganz verloren, theils im Augenblicke nicht realisirbar sind. Um die dringendsten Verbindlichkeiten erfüllen zu können, hat es 1859 ein Anlehen von einer Million à 5 % zu 90 aufnehmen müssen, welches bis 1. Juli 1863 wieder zu tilgen ist. Nach dem letzten Geschäftsberichte sollen einschliesslich der für gut gerechneten Forderung in Jassy ein Plus der Activen über die Passiven vorhanden sein von 773,144 Thlr. Diese Summe repräsentirt das ganze Actiencapital, welches unter den Passiven nicht aufgeführt ist. Es erscheint daher ein zugestandenes Deficit von 2,230,655 Thlr. und die im Umlauf befindlichen 30,038 Stück Actien wären noch circa 25% werth. Geht die Wirthschaft aber noch einige Zeit in bisheriger Weise fort, so werden sie bald genug völlig werthlos sein.

9) Frankfurter Bank. Concession vom 11. April 1854, auf 25 Jahre. Wirkungskreis: Discontirungs-, Giro-, Belehnungs-, Incasso- und Depositen-geschäft. Zur zeitweiligen Anlage müssiger Gelder können auch solche Effecten erworben werden, welche die Bank belehnen darf; mit anderen Geschäftszweigen darf sie sich aber weder mittelbar noch unmittelbar befassen. Notenprivilegium: die auszugebenden Noten dürfen nicht auf weniger als 5 fl. lauten und ihre Summe darf das Doppelte des einbezahlten Grundcapitals nicht übersteigen, so lange nicht mehr als 10 Mill. eingezahlt sind. Sind grössere Einzahlungen gemacht, so kann ausserdem eine dem Mehrbetrag gleichkommende Summe von Bankscheinen emittirt werden. Der Gesamtbelauf derselben in Stücken unter 10 fl. ist auf $\frac{1}{40}$ der ganzen Emission beschränkt. $\frac{1}{3}$ muss in baarem Gelde oder Silberbarren, $\frac{2}{3}$ müssen durch Gold, Wechsel oder Werthpapiere bedeckt sein. Bankbehörden: Ausschuss von 20, Verwaltungsrath von 7 Actionären, 6 Censoren und Direction. Der Ausschuss wird von der Generalversammlung aus den in Frankfurt bürgerlich angesessenen Actionären gewählt. Dieser wählt aus seiner Mitte den Verwaltungsrath und aus den in Frankfurt ansässigen, dem Handelsstande angehörigen Actionären die Censoren. Den letzteren liegt die Controle und die Begutachtung bei dem Discontirungsgeschäfte ob. Auch die Bankdirection ernennt der Ausschuss. Die Directoren brauchen nicht Frankfurter Bürger zu sein. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht: Je 4 Actien geben eine Stimme und das Recht, an der Generalversammlung Theil zu nehmen. Kein Actionär kann mehr als 10 eigene und eben so viele fremde Stimmen führen. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. (Alle Actien lauten auf Namen). Reservefonds: Vom Reingewinne wird der 4. Theil bis auf Höhe von 20 % des Actiencapitals behufs Deckung von Verlusten zurückgelegt. Verhältniss zum Staate: Die Bank ist verpflichtet, in Frankfurt für Rechnung des Staats Encassirungen und Auszahlungen unentgeltlich zu

übernehmen; auch hat sich der Staat vorbehalten, von der Anstalt gegen Hinterlegung $3\frac{1}{2}\%$ proc. städtischer Schuldverschreibungen im Nominalwerthe auf die Dauer des Bankprivilegiums ein unverzinsliches Darlehen bis zum Belaufe von 1 Mill. Gulden zu entnehmen, welches Darlehen realisirt ist.

Geschäftsbericht pro 1860. Gegenüber den Dessauer Bankzuständen macht das durchaus vorsichtige und solide Gebahren der Frankfurter Bank einen höchst wohlthuenden Eindruck. Die gesammte Bewegung der Bankkassen betrug 1860 die grosse Summe von 769 Mill. incl. des Giroverkehrs. Durchschnitt des Discontoverkehrs 1,481,000 fl., des Darlehensbestandes 2,947,900 fl., der Notencirculation 15,768,900 fl., des auswärtigen Wechselverkehrs 6,410,000 fl., des Contocorrentverkehrs 4,403,000 fl. etc. Der Bruttogewinn berechnete sich auf 502,589 fl., der Nettogewinn nach Absatz aller Abschreibungen auf 405,855 fl. Der Reservefonds war bis zu einer Summe von 364,123 fl. gediehen. Die Bilanz schloss mit 33,466,063 fl., worunter die Hauptposten: 10,390,594 fl. Cassa, 1,677,825 fl. Silberbarren, 1,630,911 fl. Discont- und 5,237,678 fl. Contocorrent-Wechsel, 3,796,120 fl. Lombards, 6,948,415 fl. auswärtige Wechsel, 2,711,559 fl. Effecten (incl. des Darlehens an die Stadt), gegen 10 Mill. Actiencapital, 18,600,000 fl. Noten, 4,062,700 fl. Giro Guthaben etc.

10) Geraer Bank. Concession vom 17. Juli 1854 auf 99 Jahre. Geschäftskreis: der aller Zettelbanken, ausserdem unbeschränkter Ankauf von Werthpapieren aller Art mit Genehmigung des Regierungs-Commissärs. Nebendem ist die Anstalt auch Landrentenbank und verbunden, das fürstlich Reussische Staatspapiergeld bis zur Summe von $\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. mit ihren Noten einzulösen. Notenprivilegium: die Bank kann Zettel von 1 Thlr. an ausgeben, welche innerhalb der Summe des eingezahlten Actiencapitals zu $\frac{1}{3}$ mit Baarem, zu $\frac{2}{3}$ mit Wechseln bedeckt sein müssen. Betragen die emittirten Noten mehr als das eingezahlte Actiencapital, so muss das Plus zur Hälfte in Baarem repräsentirt sein. Die etwa für das einzulösende Staatspapiergeld auszugebenden Noten bedürfen keiner besondern Deckung. Verwaltungsorganismus: wie bei andern Banken (ein beschliessender und controlirender Verwaltungsrath aus 11, und eine vollziehende Direction aus 3 Mitgliedern). Generalversammlung im März oder April. Stimmberechtigung: 5—10 Actien geben 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—35 = 3, 36—50 = 4, 51—75 = 5, 76—100 = 6, 101—125 = 7, 126—150 = 8, 151—200 = 9, 201 oder mehr = 10 Stimmen. Alle Actien lauten auf Inhaber. Bei einem Auflösungsbeschluss gewährt jede Actie 1 Stimme. Verpflichtungen gegen den Staat: die Bank eröffnet der Regierung einen Credit von 150,000 Thlr. à 4% und nimmt von ihr Gelder zu 4% in Verzinsung; ebenso hat sie der Sparcasse zu Gera einen Credit von 25,000 Thlr. à 4% zu gewähren und von dieser Gelder zu 4% in Verzinsung zu nehmen. Zum Reservefonds ist $\frac{1}{10}$ des Reingewinns über 4% zu legen. Als Tantième des Verwaltungsraths dient eine gleiche Summe.

Geschäftsbericht für 1860: Da auch diesem Institute die nöthige Operationsbasis fehlt, hat es schon 1859 eigene Actien im Betrage von 340,800 Thlr. aufgekauft und ist 1860 damit fortgefahren, indem weitere 298,000 Thlr. zu 211,478 Thlr. erworben wurden. Auch hier hat der hiebei erzielte Gewinn der Dividende aufhelfen müssen. Die Notencirculation ist im Durchschnitt auf 792,000 Thlr. zurückgegangen. Der Gesamtumsatz war 41,533,100 Thlr., wovon 13,010,757 Thlr. im Wechsel-, 2,896,660 Thlr. im Lombard-, 24,094,049 Thlr. im Contocorrentverkehr. Ertrag: brutto 178,848 Thlr., netto 158,878 Thlr., und nach Abzug aller Abschreibungen 100,000 Thlr. Reservefondsbestand nicht ganz 14,000 Thlr.

11) Privatbank zu Gotha. Concessionirt am 24. Juni 1856 auf 90 Jahre, widerruflich, wenn die Hälfte oder mehr vom Actiencapitale nach Ausweis der Bilanz verloren wäre. Geschäftsumfang: der gewöhnliche der Zettelbanken; hervorzuheben ist aber, dass die Anstalt zum Ankaufe von Schulddocumenten und Actien, für welche von deutschen Staaten, Landesthei-

len oder Städten die Zinszahlung übernommen oder garantirt ist, bis zur Hälfte des eingezahlten Actien Capitals und des Reservefonds ermächtigt ist. Notenumission: die auszugebenden Noten dürfen den Betrag der im Besitz der Anstalt befindlichen Wechsel (mit Ausschluss der beliehenen) nicht übersteigen, nicht unter 10 Thlr. pr. Stück betragen und müssen zu $\frac{1}{3}$ mit Metall bedeckt sein. Geht die Gesamtsumme derselben über das eingezahlte Actien Capital hinaus, so muss das Mehr zur Hälfte durch besondere Baarschaft repräsentirt sein. Verwaltungsorgane: ein beschliessender und controlirender Verwaltungsrath aus 9 Mitgliedern, wovon die Generalversammlung 7 aus der Zahl der stimmberechtigten Actionäre, die Regierung 2 nach Anhörung jener 7 ernannt. Vollziehende und geschäftsleitende Direction von 3 Mitgliedern, vom Verwaltungsrath ernannt. Generalversammlung im 2. Quartal. Stimmrecht: 5—20 Actien = 1 Stimme, 20—50 = 2, dann je 50 Actien eine weitere Stimme bis zu 10 Stimmen. In Stellvertretung kann jeder Stimmberechtigte bis zu 10 Stimmen führen. Reservefonds: 10 % des Nettogewinns über 4 % werden behufs Deckung von Verlusten und nöthigenfalls auch behufs Ergänzung der Dividende auf 4 % reservirt bis auf Höhe von 10 % des Actien Capitals. Tantiemen: der Verwaltungsrath erhält statt einer Besoldung 5 % des Reinertrags über 4 %; ebenso kann den Directoren neben ihrer Besoldung die gleiche Tantieme zugeschieden werden. Verhältniss zum Staate: die Bank ist verpflichtet, der Regierung provisionsfrei laufende Rechnung zu eröffnen und ihr einen Vorschuss bis zu 200,000 Thlr. zu 4 % zu gewähren, auch von ihr Gelder zu 4 % in Verzinsung zu nehmen.

Geschäftsbericht für 1860. Auch diese Anstalt hat kein genügendes Operationsterrain und daher das Actien Capital durch Rückkäufe unter pari auf 1,400,000 Thlr. ermässigt. Der Notenumlauf betrug durchschnittlich 1,016,000 Thlr. In den übrigen Branchen war der Umsatz folgender: Depositeneinlagen 355,950, Discontogeschäft 9,087,801, Lombardverkehr 429,480 Thlr. Der ganze Geschäftsnutzen betrug einschliesslich des Gewinns an eigenen zurückerworbenen Actien (mit 91,000 Thlr.) 196,472 Thlr. Davon Regiespesen, Passivzinsen und Verluste 24,819, Abschreibungen 2450, Reserve für Ausfälle an zweifelhaften Forderungen 101,203 Thlr., worüber noch 68,000 Thlr. zur Vertheilung als Dividende verblieben. Die Specialreserve für zweifelhafte Forderungen betrug 117,362, der sonstige Reservefonds aber nur 1865 Thlr. Die Bilanz schloss mit 3,340,790 Thlr. und enthielt namentlich: 420,573 Thlr. Baarschaft, 1,718,845 Thlr. Wechselbestände, 25,310 Thlr. Effecten, 308,150 Thlr. Lombards und 802,274 Thlr. Contocorrentforderungen gegen 1,400,000 Thlr. Actien, 1,129,260 Thlr. Noten, 349,316 Thlr. Contocorrentschulden und 267,470 Thlr. Depositen.

12) Hannoversche Bank. Concession vom 22. Juli 1856 auf 50 Jahre. Gilt von 50 zu 50 Jahren als verlängert, wenn nicht ein Auflösungsbeschluss der Gesellschaft erfolgt oder die Regierung 5 Jahre vor Ablauf der Concession erklärt, dass letztere nicht mehr prolongirt werde. Geschäftskreis: Assignations-, Disconto-, Wechsel-, Lombard-, Commissions-, Contocorrent-, Depositen-Geschäfte. Notenprivilegium: die Summe der auszugebenden Noten darf das eingezahlte Actien Capital einschliesslich des Reservefonds zu keiner Zeit übersteigen. Deckung $\frac{1}{3}$ baar, $\frac{2}{3}$ in innerhalb 3 Monaten leicht realisirbaren Valuten. Verwaltungsorgane: ein Verwaltungsrath aus 16 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern, wovon 10 in Hannover wohnhaft, ein engerer Ausschuss desselben und eine Direction, bestehend aus 1 Director und 2—3 Assistenten. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht: Je 4 Actien geben 1 Stimme, doch kann ein Actionär nicht mehr als 20 Stimmen führen. Die Actien lauten au porteur. Reservefonds und Tantiemen: 10 % des Reinertrags über 4 % kommen dem ersteren zu; alsdann erhalten die Actionäre ein fünftes Procent und vom Rest die Mitglieder des Verwaltungsraths 10 %. Auflösung: Wenn $\frac{1}{4}$ des

Gesellschaftsvermögens verloren geht, ist die Generalversammlung wegen der Fortsetzung des Geschäfts zu befragen; geht die Hälfte verloren, so muss die Auflösung erfolgen, wenn nicht die sofort zu berufende Generalversammlung anders beschliesst und die Regierung diesen Beschluss genehmigt.

Geschäftsergebnisse 1860. Sie waren mit Berücksichtigung der dem Bankgeschäfte ungünstigen Zeitverhältnisse befriedigende. Der Gesamtumsatz hat 92,810,087 Thlr. betragen. Im Discontogeschäft fanden 5,600,000 Thlr., in Rimessenwechseln 3,861,000 Thlr., in Wechseln verschiedener Valuten 1,185,000, im Lombardgeschäft 1,350,765 Thlr., im Contocorrentgeschäft 9,372,000 Thlr. Verwendung, resp. Umsatz. Der Bruttogewinn entzifferte sich unter Zurechnung des Uebertrags aus dem Vorjahre auf 305,951, der Reingewinn nach Abzug der auf die Actien bezahlten 4% auf 70,177 Thlr. Die Notencirculation betrug durchschnittlich 595,250 Thlr. Mit Ausnahme ihrer Betheiligung an der Moldauischen Bank hat sich die Anstalt bisher in den Grenzen eines soliden Geschäfts bewegt.

13) Landgräfl. hessische concessionirte Landesbank zu Homburg. Landesherrlich genehmigt und eröffnet 1856. Dauer: 50 Jahre. Wirkungskreis: der übliche aller Zettelbanken, ausserdem hat die Anstalt den Betrieb der landgräfl. Leih- und Pfandanstalt übernommen. Notenprivilegium: die Summe der auszugebenden Noten darf den Betrag des eingezahlten Actien Capitals nicht übersteigen, muss zu $\frac{1}{4}$ baar, zu $\frac{3}{4}$ in discountirten Wechseln, oder in sonstigen leicht realisirbaren Valuten bedeckt sein, auch dürfen kleinere Apoints als 5 fl. nicht ausgegeben werden. Organe: Verwaltungsrath aus 5 von der Generalversammlung gewählten Actionären, und Direction aus 3 vom Verwaltungsrath bestellten Directoren. Generalversammlung im Mai. Stimmberechtigung: 1—5 Actien gewähren 1 Stimme, 6—10 = 2, 11—15 = 3, 16—25 = 4, 26—35 = 5, 36—50 = 6, 51 und mehr = 7 Stimmen. Reservefonds und Tantiémen: Vom Nettoertrag über die den Actionären zunächst zukommenden 4% Zinsen erhält der Verwaltungsrath 9% und der Director 9% (letzterer wenigstens 2500 fl.) vom weiteren Ueberschuss der Reservefonds so lange die Hälfte, bis er auf $\frac{1}{10}$ des Actien Capitals angewachsen ist.

Geschäftsbericht pro 1860. Totalumschlag 23,785,705 fl. Geschäftsgewinn 74,226 fl. Bestand des Reservefonds 49,050 fl. Die Bilanz schliesst mit 1,360,202 fl. Hauptactivposten sind: Effecten 229,081, Lombards 115,290, Contocorrentguthaben 449,460 fl. Die Anstalt hat durch theilweise Emission der Prioritätsanleihe der Homburger Bahn ein gutes Geschäft gemacht und dadurch frühere Verluste und ebenso einen Verlust an verkauften Effecten ausgeglichen. Ihre Lage ist so eine bessere geworden. Uebrigens hat auch sie nicht einmal für ihr kleines Capital volle Verwendung gehabt und daher 250,000 fl. eigene Actien zurückgekauft.

15) Leipziger Bank. Concession vom 12. März 1839 auf 10 Jahre, seither wiederholt verlängert, letztmals am 12. Mai 1858 bis 12. März 1879. Wirkungskreis: der eines regelmässigen soliden Bankgeschäfts mit dem Recht, eigene Actien bis zum Belaufe von 1000 Stücken, sowie deutsche Staatspapiere, Eisenbahnprioritäten und Pfandbriefe bis zum Betrage von $\frac{1}{5}$ des Actien Capitals behufs einstweiliger Anlage grösserer Cassenbestände anzukaufen. Die Generalversammlung kann übrigens die Ermächtigung zum Ankauf dieser Effecten jeder Zeit zurücknehmen oder beschränken. Notenprivilegium: Stücke unter 20 Thlr. dürfen nicht ausgegeben werden, auch ist die gesammte Notenemission auf das $\frac{1}{3}$ fache des jeweils in edlen Metallen vorhandenen Cassenbestandes beschränkt. Verwaltungsorganisation: die Generalversammlung wählt den Bankausschuss von 20 Mitgliedern, welche weder unter sich, noch mit einem Mitgliede des Directoriums näher verwandt, oder in Geschäftsgesellschaft sein dürfen. Der Ausschuss ernennt aus den Actionären 6 Directoren, diese einen vollziehenden Director. Wenn Creditverhältnisse eines Directors in Erwägung kommen, sind vom Ausschuss 5 Cen-

soren aufzustellen, welche bestimmen, wie viel von jedem Director in Discont genommen werden kann. Generalversammlung: spätestens 3 Monate nach Ablauf des mit dem letzten Februar schliessenden Rechnungsjahres. Stimmrecht: 1—4 Actien, welche sämmtlich au porteur lauten, geben 1 Stimme, 5—10 = 2, 11—20 = 3, 21—35 = 4, 36—50 = 5, 51—75 = 6, 76—100 = 7, 101—150 = 8, 151—200 = 9, 201 oder mehr = 10 Stimmen. Reservefonds: derselbe ist auf $\frac{1}{10}$ des Actien Capitals normirt und längst ergänzt. Wird er angegriffen, so fällt in so lange jede Dividende über 3 % and jede Tantième der Directoren (welche sonst von der Generalversammlung festgestellt wird) weg, bis die Reserve wieder complet ist. Auflösung: Wenn das Bankcapital um $\frac{1}{4}$ vermindert ist, kann die Regierung Liquidation verfügen; sonst kann ein Auflösungsbeschluss nur mit $\frac{3}{4}$ Majorität gefasst werden.

Geschäftsbericht pro 1860. Die Anstalt veröffentlicht keine Monatsausweise und lässt auch von ihrem Jahresabschluss nur spärliche Berichte in die Öffentlichkeit gelangen. In der Hauptsache waren die Geschäftsergebnisse folgende: Das Lombardgeschäft (mit 2,154,218 Thlr.) brachte 46,565, das Wechselgeschäft (mit 8,788,481 Thlr. Platz- und 7,439,512 Thlr. auswärtigen Wechsels) 77,987, das Contocorrentgeschäft 38,945 Thlr. Der Reingewinn betrug 75,778 Thlr., wovon 6 Thlr. Superdividende pr. Actie vertheilt wurden. Ob ein Beschluss der Generalversammlung, auch Noten unter 20 Thlr. zu creiren, die Genehmigung der Regierung erlangen wird, bleibt zweifelhaft. Das Institut ist übrigens eines der solidesten Deutschlands.

16) Lübecker Privatbank. Concession vom 6. Decbr. 1856, vorerst bis zum Jahre 1865. Wirkungskreis: Disconto-, Lombard-, Darlehens-, Contocorrent-Geschäfte, An- und Verkauf von Staatspapieren, sowie von Obligationen und Actien, welche von gesetzlich anerkannten Corporationen ausgegeben sind, jedoch nur vorübergehend und nur bis zum 4. Theil des Grundcapitals. Anleihen unter 500 Mark darf die Bank nicht annehmen; für grössere Einlagen stellt sie gleichberechtigte Obligationen au porteur oder auf Namen aus. Notenprivilegium: Emission von Noten nicht unter 10 Thlr. preuss. Cour. bis zum zweifachen Betrag des eingezahlten Actien Capitals, $\frac{1}{4}$ baar bedeckt. Geschäftsverwaltung: die ganze Leitung des Instituts ist einer, von der Generalversammlung aus den Actionären gewählten Direction von 4 Mitgliedern anvertraut. Unter derselben stehen die Beamten der Bank. Die Controle liegt den durch die Generalversammlung bestellten 2 Revisoren ob. Generalversammlung spätestens im März. Stimmrecht: 1—5 Actien, welche auf Namen oder Inhaber lauten, gewähren 1 Stimme, 6—10 = 2, 11—15 = 3, 16 oder mehr = 4 Stimmen. Kein Actionär kann mehr als 4 (eigene und fremde) Stimmen abgeben. Reservefonds und Tantièmen: Vom Reinertrag erhalten zunächst die Actionäre 3 % Zinsen, dann der Reservefonds 25 %, dann die Stadt Lübeck 10 %, endlich jedes Mitglied der Direction 1 % und die ersten Bankbeamten 2 % des Ueberschusses. Der Reservefonds soll bis zum 5. Theil des Actien Capitals ansteigen.

Geschäftsbericht pro 1860. Der Gesamtumsatz betrug 12,192,838 Mrk. Crt. gegen 11,929,151 im Vorjahre. Der durchschnittliche Notenumlauf war 892,000 Thlr. gegen 740,600 in 1859. Platzwechsel- und Lombardverkehr ergaben geringe Resultate. Der Umsatz in fremden Wechsels war 3,179,789 Mrk. mit einem Ertrag von 22,000 Mrk. Effectenbestand Ende des Jahres: 242,718 Mrk. (viel für ein Grundcapital von nur 1 Mill.) meist Bremer und schwedische Obligationen. Bestand des Reservefonds 29,662 M. Gesamt-Erträgniss 140,747 M. und nach Abzug von 3 % Zinsen des Actien Capitals, der Geschäftskosten und Passivzinsen, sowie einer Reserve von 9,317 M. für Verluste und der statutenmässigen Abschreibungen: 41,566 Mrk.

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

zur Vertheilung an den Reservefonds, den Staat, die Directoren und Beamten und an die Actionäre als Superdividende.

17) Internationale Bank in Luxemburg. Concession vom 8. März 1857 auf 99 Jahre. Geschäftskreis: der gewöhnliche der Zettelbanken, ausserdem hat aber die Bank eine Hypothekarabtheilung für das Grossherzogthum Luxemburg, mit dem Recht der Ausgabe von Pfandbriefen. Diesem Zweig soll übrigens nicht mehr als $\frac{1}{20}$ des Grundcapitals nebst den für die emittirten Pfandbriefe eingehenden Beträgen, jedenfalls nicht mehr als 1 Mill. Frs. zugewendet werden. Auch ist bestimmt, dass zum Ankauf von Effecten nicht über $\frac{1}{4}$ des Capitals verwendet werden dürfe. Notenprivilegium: die Noten können auf Franken, Gulden oder Thaler lauten und ohne Genehmigung der Regierung das Doppelte des eingezahlten Capitals erreichen. Franken-Noten sind in Apoints von 25—1000 Frs., holländische, österreichische oder süddeutsche Gulden-Noten von 5—500 fl. und Thaler-Noten von 10 bis 500 Thlr. zulässig. (Ueber eine Baardeckung der Noten enthalten die Statuten nichts). Verwaltungsorgane: eine Bankverwaltung aus 9 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern übt die obere Leitung und Ueberwachung des Geschäfts. Diese ernennt die Direction, bestehend aus einem Präsidenten und einem oder mehreren Directoren. Der Direction liegt die Ausführung der Beschlüsse und die specielle Leitung der Geschäfte ob. Generalversammlung im April. Stimmrecht: Je 20 Actien geben eine Stimme; mehr als 20 eigene und 20 Vertretungsstimmen kann kein Actionär in sich vereinigen. Die Actien lauten au porteur, können aber auf Namen eingetragen werden und umgekehrt. Reservefonds und Tantiemen: Vom Reingewinn wird zunächst 4 % des Actien Capitals abgerechnet, dann erhält vom Ueberschusse der Reservefonds 10 %, die Bankverwalter 10 und die Direction 5 %. Der Reservefonds soll bis zum 10. Theil des Actien Capitals anwachsen und ist zur Deckung von Verlusten, ausserdem aber auch zur Verbesserung der Dividende bis zu 4 % bestimmt. Auflösung: Wenn die Hälfte des Capitals verloren ist, muss die Bank liquidiren, die Genehmigung der Regierung vorausgesetzt. Sonst kann ein Auflösungsbeschluss nur mit $\frac{2}{3}$ Majorität gefasst werden.

Geschäftsbericht für 1860. Bei der Gründung des Instituts haben die Concessionäre die Vermehrung des Actien Capitals bis auf 100 Mill. Frs. in Aussicht genommen und das ganze Unternehmen auf grossartige Verhältnisse angelegt. Namentlich hatte man auf eine riesige Notenemission speculirt. Jetzt ist der Riese zum Zwerge zusammengeschrumpft. Obgleich das Actien Capital auf 10 Mill. Fr. ermässigt wurde, hat man auch für diese reducirte Summe kein Operationsfeld gefunden und daher 20,000 Actien im Nominalwerthe von 3 Mill. Fr. mit einem angeblichen Gewinne von 956,195 Fr. zurückgekauft. Von diesem Gewinne wurden die Mobilien-, Actien- und Notenanfertigungsconto's mit 127,858 Frs. saldirt, der Rest von 828,337 Fr. dient aber dazu, die Dividende auf die 5 Jahre 1860—64 um je 165,667 Fr. aufzubessern. So zehrt nun die Bank, wie andere ähnliche Schöpfungen, von dem an ihren eigenen Actionären gemachten Gewinne. Die Notencirculation betrug Ende 1860 nicht mehr als 84,250 Fr. Im Uebrigen war der Geschäftsumsatz folgender: im Wechselgeschäft 7,333,000, im Lombardverkehr 1,330,000, im Contocorrentverkehr 20,193,000 Fr. Debet- und 17,213,000 Fr. Creditposten, im Hypothekengeschäft 504,400 Fr. Der Geschäftsgewinn entzifferte sich einschliesslich des oben genannten Cours Gewinnes an eigenen Actien brutto auf 500,025 Fr., netto auf 420,145 Fr. Der eigentliche Reservefonds figurirt in der Bilanz mit nur 22,014 Fr.

19) Mitteldeutsche Creditbank in Meiningen. Concession vom 29. Febr. 1856 auf 100 Jahre (bis 1. Janr. 1956). Geschäftskreis: Wechsel-, Disconto-, Lombard-, Commissions-, Contocorrent-, Depositen-, Effecten-, Anlehens-Geschäfte und Unterstützung und Gründung industrieller Unternehmungen. Notenemission: die Anstalt kann bis zum dritten Theil des ein-

gezahlten Actien Capitals Noten von 10 Thlr. an ausgeben, welche zu $\frac{1}{3}$ mit Metall und zu $\frac{2}{3}$ mit discountirten Wechsln oder andern leicht realisirbaren Valuten gedeckt sein müssen. Sie hat auch das Recht, später mit Genehmigung der Regierung eine selbstständige Notenbank zu errichten, muss aber in diesem Falle ihre Noten einziehen. Organe: Verwaltungsrath aus 12 Mitgliedern, wovon die Regierung 2 ernannt und die Generalversammlung 10 wählt. Direction aus 2—3 Directoren, und Revisionscommission aus 3 Revisoren, vom Verwaltungsrath, letztere mit Bestätigung der Regierung, ernannt. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht: je 10 Actien geben 1 Stimme. Maximum: 10 eigene und 10 fremde Stimmen. Reserven und Tantiemen: Vom Reingewinn wird zunächst auf die Actien 4 % Zinsen abgerechnet, dann erhält der Reservefonds 10 % des Rests. Am weiteren Ueberschusse participiren: die Gründer (während der ersten 20 Jahre) mit 10 %, und der Verwaltungsrath und die Direction zusammen mit 10 %. Verhältniss zum Staate: die Bank ist verpflichtet, die in das Bankgeschäft einschlagenden Angelegenheiten der Regierung unentgeltlich zu besorgen, letzterer laufende Rechnung zu eröffnen, von ihr Geld mit Einschluss der Cassenscheine bis zum Belaufe von 500,000 Thlr. à 4 % anzunehmen und ihr ohne Sicherstellung einen Credit bis zu 250,000 Thlr. à 4 % zu gewähren. Wenn die Anstalt die Hälfte ihres Capitals eingebüsst hat, tritt Auflösung ein. Die Actien lauten au porteur, können aber auf Namen inscribirt werden.

Geschäftsbericht pro 1860. Auch dieses Institut hat für das anfänglich emittirte Actien capital von 8 Mill. keinen Wirkungskreis gefunden und daher die Hälfte eingezogen. Aber auch hier hat man mit dem an den eigenen Actionären gemachten Gewinn Verluste gedeckt und die Dividenden verbessert. Jetzt scheint die Anstalt in verkleinertem Maassstabe wieder auf normale Verhältnisse basirt zu sein; doch liegen noch 444,620 Thlr. in wenig rentirenden Industrieunternehmungen (Fabrik moussirender Weine in Hochheim, Ludwigshütte und Cigarrenfabrik in Wasungen) fest. Der Notenumlauf ist auf ein Minimum gesunken (32,660 Thlr.). Die übrigen Geschäftsbranchen ergaben 1860: 24,418 Thlr. Gewinn auf dem Wechsel-, 47,895 Thlr. auf dem Lombard-, 43,884 Thlr. auf dem Effecten-, 34,930 Thlr. auf dem Provisions-, 43,156 Thlr. auf dem Zinsen-, 40,325 Thlr. auf den Commanditen-, 17,749 Thlr. auf dem industriellen Unternehmungs-Conto, und 5266 Thlr. Diversi, zusammen 257,626 Thlr. Bruttoertrag. Abzüglich der Regiespesen und Abschreibungen blieben 218,139 Thlr. Nettogewinn. Die Bilanz schloss mit 5,079,781 Thlr., der Reservefonds mit 112,430 Thlr. Vom Gesamtumsatz à 174,290,903 Thlr. kamen fast $\frac{2}{3}$ auf die Agentur in Frankfurt a. M.

20) Oesterreichische Nationalbank. Die Entstehungsgeschichte dieses vielberufenen und ältesten Bankinstitutes Deutschlands, sowie seine Beziehungen zum österr. Staate in älterer und neuerer Zeit haben wir oben S. 47, 53, 57 und 58 dargestellt; auch ist von demselben in seiner Eigenschaft als Pfandbriefinstitut oben S. 505—506 die Rede gewesen. Das revidirte Bankstatut datirt vom 1. Juli 1841. Die Concession läuft mit dem 31. Dec. 1866 ab. Uebrigens finden im gegenwärtigen Augenblicke Verhandlungen zu dem Zwecke statt, um entweder die ganze Stellung der Bank schon vor Ablauf ihres Privilegiums zu verändern und sie selbstständig zu machen, oder aber ihre Auflösung mit Ende 1866 vorzubereiten. Man erwartet täglich die betreffenden Vorlagen im Reichsrathe und bei der engen Verknüpfung der Anstalt mit der österr. Finanzverwaltung kann es nicht zweifelhaft sein, dass eine Reform der letzteren zugleich auch eine Umgestaltung der Bank herbeiführen wird. In so lange diese jedoch nicht erfolgt ist, haben wir die wesentlichsten Bestimmungen des jetzt gültigen Statuts anzuführen. Geschäftskreis: Escompte-, Giro-, Depositen-, Lombard-, Contocorrent-, Hypothekengeschäft. Das Lombardgeschäft ist aber, sofern es sich dabei um Beleihung

von Werthpapieren handelt, auf inländische dergleichen beschränkt. Notenprivilegium: die Bank hat das ausschliessliche Recht der Notenausgabe für die ganze Monarchie. Ihre Noten sind bei allen Staatssassen an Zahlung zu nehmen und geniessen seit 1848 (mit geringer Unterbrechung) auch den Privaten gegenüber Zwangscours. Die Emission ist unbeschränkt. Repräsentation der Gesellschaft: diese geschieht durch einen Ausschuss von 100 Actionären, welche österr. Unterthanen sind und 6 Monate vor und zur Zeit ihrer Einberufung die grösste Anzahl Actien nach dem Actienbuche besitzen. Der Ausschuss ist für ein volles Jahr unveränderlich und versammelt sich ordentlicher Weise im Januar. Jedes Mitglied hat eine Stimme, welche persönlich abzugeben ist. Die Bankverwaltung steht der Direction zu. Diese ist aus dem Bankgouverneur und dessen Stellvertreter, beide vom Staatsoberhaupte ernannt, und aus 12 Directoren, welche auf Vorschlag des Ausschusses ebenfalls vom Staatsoberhaupte ernannt werden, zusammengesetzt. Verhältniss zum Staate: die Bank wird von einem beständigen Hofcommissär beaufsichtigt und berathen. Ueber Geschäfte, welche sie für die Staatsverwaltung übernimmt, ist jedesmal ein besonderes Uebereinkommen abzuschliessen. Handelt es sich um Erweiterung des Bankfonds, um Festsetzung des Baarschatzes gegenüber dem Notenumlauf, um ausserordentliche Maassregeln zur Verstärkung des Münzvorraths, um die Veränderung des Münzfusses, um Feststellung der Superdividende, um die Verwendung des Reservefonds, ausserordentliche Berufung des Ausschusses, Errichtung von Filialien und um die Auflösung der Gesellschaft vor Ablauf des Privilegiums; so ist die Zustimmung der Finanzverwaltung einzuholen.

Finanzielle Lage des Instituts und Geschäftsbericht pro 1860. Alle Welt weiss, dass die Bank dadurch, dass sie dem Staate zu grosse Vorschüsse geleistet, insolvent geworden ist und ihre Noten nicht mehr in Silber einlösen kann. Ende Decbr. 1860 betrug die Schuld des Staats an das Institut noch 257,054,160 fl., bestehend aus folgenden Posten: 45,193,806 fl. fundirte alte Schuld für Einlösung des Wiener-Währung-Papiergelds, 92,860,352 fl. durch Staatsgüter bedeckte Schuld, 99 Mill. fl. Banknoten- und 20 Mill. fl. Silbervorschuss von 1859, ersterer durch 99,150,000 fl. Lotterieleihensloose von 1860, letzterer durch 3 Mill. Pfd. Sterl. Obligationen des englischen Anlehens von 1859 sicher gestellt. Ausserdem hat die Bank von dem aufgelösten Tilgungsfonds 42,275,154 fl. Effecten zum Coursverthe von 34 Mill. fl. an Zahlungsstatt übernommen. Alle diese Forderungen sind im Augenblicke nicht flüssig zu machen. Wären sie es, so könnte von einer Insolvenz der Bank nicht die Rede sein, denn dieselbe besass am Schlusse des Jahres 1860 einen Cassenvorrath von 178,435,705 fl., wovon 89,167,926 fl. in Metall, eine Silberforderung von 54 Mill. an die südl. Staatsbahngesellschaft, ein Wechselportefeuille von 58,165,743 fl., Lombardforderungen von 54,234,080 fl., Hypothekarforderungen von 55,726,071 fl. und einen Reservefonds von 10,972,243 fl. etc. Dagegen standen aber: 109,384,590 fl. Actiencapital, 41,834,535 fl. Pfandbriefe und 474,861,562 fl. Banknoten etc. — Die Geschäftsergebnisse waren: Roheinnahme 13,015,615 fl. (2,335,742 fl. aus dem Escompte-, 3,125,361 fl. aus dem Lombard-, 2,150,000 fl. aus dem Staatsvorschuss-Geschäfte, 3,139,545 fl. Bankvermögens-, 543,517 fl. Reservefonds-Zinsen, 55,300 fl. vom Anweisungs- und 1,666,150 fl. vom Hypothekargeschäfte); davon Regiekosten 1,380,761 fl., Einkommenssteuer 633,080 fl., Ueberträge auf 1861: 1,310,701 fl.; verblieb Reingewinn 9,691,073 fl., wovon 8,400,000 fl. als Dividende (56 fl. per Actie) vertheilt und der Rest dem Reservefonds einverleibt wurden.

21) Ritterschaftliche Privatbank in Pommern. Diese älteste Privatbank Preussens wurde 1825 concessionirt und 1833 reorganisirt. 1849 erhielt sie ein neues Statut und erneuerte Concession bis 1860. In letzterem Jahre ist das Privilegium verlängert worden. Geschäftskreis: von der Notenausgabe abgesehen, so ziemlich mit den Befugnissen der Preussischen Bank übereinstimmend (s. unten). Notenprivilegium: dasselbe ist auf 1 Mill. Thlr. und auf Stücke à 10, 20, 50 und 100 Thlr. beschränkt. $\frac{1}{3}$ der ausgegebenen

Noten muss baar, $\frac{2}{3}$ müssen in discountirten Wechseln bedeckt, auch müssen diese Deckungsmittel in einer besonderen Casse vereinigt werden. Verwaltungsorgane: ein Curatorium aus 7, von der Generalversammlung aus der Zahl der stimmberechtigten Actionäre gewählten Mitgliedern und eine Direction aus 2 Directoren und 1 Syndicus. Generalversammlung je am 25. April. Stimmrecht: 4—10 Actien gewähren 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—40 = 3, 41—80 = 4 Stimmen. Kein Actionär kann mehr als 80 Actien erwerben und mehr als 4 eigene und fremde Stimmen führen. Alle Actien lauten auf Namen. Reservefonds: $\frac{1}{3}$ des Reingewinns soll zur Reserve geschlagen werden, welche auch den Zweck hat, die Dividende wenigstens auf 4 % aufzubessern. Beträgt die Dividende über 5 %, so kommt vom Plus noch ausserdem die Hälfte in den Reservefonds, bis derselbe auf 250,000 Thlr. angewachsen ist. Wird er angegriffen, so ist ihm bis zu seiner Wiederergänzung alles Erträgniss über 4 % einzuverleiben. Amortisationsfonds: Wegen der früher emittirten und vom Staate übernommenen Noten hat die Bank ein Depot in preussischen Staatsschuldscheinen im Belaufe von 500,000 Thlr. bei der Regierung hinterlegt, aus dessen Zinsertrag jährlich 1 % nebst Zinsen zur Amortisation jener 500,000 Thlr. Cassenanweisungen, welche der Staat gegen das Depot emittirt hat, verwendet wird. Soweit die Amortisation gediehen ist, kann die Bank das Depot zurückfordern, jedoch so, dass immer soviel in Staatsverwaltung bleibt, um die Amortisationsquote von 5000 Thlr. aus den Zinsen entnehmen zu können.

Geschäftsergebnisse pro 1860 und retro. Die Bank hat durch die 1857er Handelskrise stark gelitten. Um die Verluste zu decken, ist der namhafte Reservefonds seit 1857 völlig aufgezehrt und ausserdem dem eben genannten Amortisationsfonds 1858 eine Summe von 59,000 Thlr., 1859 von 65,000 Thlr., 1860 von 30,000 Thlr. entnommen worden. Mehr als 4 % Dividende sind daher auf lange Zeit nicht zu erwarten, wenn der Reservefonds wieder statutenmässig ergänzt werden soll. Die Geschäftsergebnisse pro 1860 waren folgende: Bruttogewinn 151,188 Thlr. (davon 93,112 vom Wechsel-, 18,900 vom Lombard-, 18,690 vom Contocorrent-, 8,446 vom Effectengeschäft); ab: 31,820 Thlr. Regiespesen und 27,727 Thlr. Depositenzinsen, bleiben 91,641 Thlr. Nettogewinn. Hievon wurden für unsichere Forderungen ausser den, dem Amortisationsfonds entnommenen 30,000 Thlr. abgeschrieben: 15,668 Thlr. und 75,973 Thlr. als Dividende vertheilt.

23) Preussische Bank. Bis zum Jahre 1846 Staatsanstalt, erhielt sie damals durch Emission von 10 Mill. Privatbankantheilen à 1000 Thlr. den Character einer Actiengesellschaft mit Staatsbetheiligung und mit vorwiegendem Staatseinflusse. (Ordre vom 11. April und vom 18. Juli 1846, Bankordnung vom 5. Octbr. 1846). Im Jahre 1856 ward ihre Stellung durch ein neues Abkommen zu ihrem Vortheile wesentlich verändert, auch das Privatecapital von 10 auf 15 Mill. erhöht und die Beschränkung der Notenemission aufgehoben. (Vergl. Vertrag vom 28. Janr. und Gesetz vom 7. Mai 1856). Jetzt ist der Staat mit 1,876,500 Thlr., die Privaten mit 15,000,000 Thlr. am Einschusscapital betheiligt. Ersterer hat sich das Recht vorbehalten, das Einschusscapital der Privaten zurückzuzahlen und die Bankordnung einseitig abzuändern. Auf die Ausübung dieses Rechts ist indessen bis zum 31. Decbr. 1871 Verzicht geleistet. Bis dahin ist also der jetzige Bestand des Instituts gesichert. Geschäftskreis: Discountirung von höchstens 3 Monate langen Wechseln, Ankauf solcher, Gewährung zinsbarer Darlehen an Inländer auf Wechsel und inländische Staats-, Communal-, ständische und Eisenbahn-papiere und im Inlande lagernde geeignete Waaren, Einkauf und Verkauf der oben genannten Effecten für eigene und für Rechnung öffentlicher Behörden und Anstalten, Ertheilung von Wechsel- und Geldanweisungen, Acceptirung und Einzug solcher in Commission, Depositen-, Contocorrent-, Giro-Geschäfte, An-

und Verkauf edler Metalle und Münzen, endlich Einzug der Ueberschüsse an Staatseinkünften aus den Provinzen. Notenprivilegium: die Emission ist nur insoferne beschränkt, als die Noten nicht unter 10 Thlr. pr. Stück betragen und als von dieser Sorte nicht über 10 Mill. Thlr. ausgegeben werden dürfen. $\frac{1}{3}$ der Gesamtemission muss baar, der Rest mit bankmässigen Wechseln bedeckt sein. Die Noten müssen bei allen Staatssassen an Zahlung genommen werden. Gegenüber den Privaten haben sie keinen Zwangscours, vielmehr ist die Bank verpflichtet, sie in Berlin jeder Zeit gegen klingende Münze umzuwechseln. Verwaltungsorganisation: Oberaufsichtsbehörde der Bank ist das Curatorium, bestehend aus dem Präsidenten des Staatsraths, dem Justiz-, dem Finanzminister, Präsidenten des Handelsamts und einem von der Regierung ernannten fünften Mitgliede. Die specielle Geschäftsleitung ist einem besondern Chef (nun dem Handelsminister) und unter diesem dem von der Regierung ernannten, aus 1 Präsidenten und 5 Directoren zusammengesetzten Hauptdirectorium anvertraut. Die Bankantheilseigner sind der Verwaltung gegenüber durch einen Centralausschuss der Actionäre und durch die Versammlung der Meistbetheiligten vertreten. Die letztere bildet sich aus denjenigen 200 Antheilseignern, welche zur Zeit der Berufung nach den Stammbüchern der Bank die grösste Anzahl von Bankantheilen besitzen. Sie tritt jährlich wenigstens Ein mal im Janr. oder Febr. zusammen und wählt den Centralausschuss aus den am Sitze der Hauptbank wohnhaften Actionären, welche wenigstens 5 Bankantheile (Actien) besitzen. Der Ausschuss umfasst 15 Mitglieder und wählt wiederum aus sich 3 Deputirte und 3 Stellvertreter, welche die fortlaufende Controle der Verwaltung üben. In allen wichtigen Fragen muss der Centralausschuss gehört werden. Bei den Provinzialbank-Comptoirn besteht eine ähnliche Vertretung, wie bei der Hauptbankverwaltung. Stimmrecht haben nur die oben genannten 200 Meistbetheiligten und zwar jeder derselben 1 Stimme. Die übrigen Antheilseigner können aber ihrer Versammlung stillschweigend anwohnen. Alle Bankantheile lauten auf Namen, sind aber mittelst besonderer Cessionsscheine sowohl auf ausgefüllte Namen als in blanco übertragbar. Verhältniss zum Staate: Wie aus Vorstehendem ersichtlich ist, liegt der Schwerpunkt der ganzen Bankverwaltung in den Händen des Staats. Derselbe hat sich aber ausserdem bedeutende materielle Vortheile gesichert. Zunächst ist nämlich die Bank für das ihr eingeräumte Privilegium der unbeschränkten Notenausgabe gehalten, zur Tilgung und Verzinsung des zur Einlösung von 15 Mill. Cassenanweisungen 1856 aufgenommenen Staatsanlehens von 16,598,000 Thlr. einen Beitrag von jährlichen 621,910 Thlr. zu leisten (vergl. oben S. 155). Sodann fällt dem Staate die Hälfte des noch verbleibenden Reingewinns der Bank, nachdem die Actionäre $4\frac{1}{2}\%$ ihres Einschusscapitals, der Staat selbst $3\frac{1}{2}\%$ seiner Einlage und der Reservefonds $\frac{1}{3}$ des Mehrertrags erhalten haben, zu. Die andere Hälfte dient zur Vertheilung als Superdividende. Auch die Hälfte des Reservefonds erhält der Staat im Falle der Auflösung des Instituts oder der Rückzahlung der Bankantheile. Die Bank geniesst hingegen den grossen Vortheil, dass die mässig liegenden öffentlichen Gelder der Kirchen, Schulen, milden Stiftungen etc. (zu $2\frac{1}{2}\%$) und die gerichtlichen Depositoren (zu 2%) bei ihr deponirt werden müssen, wodurch ihr Betriebsfonds wesentlich verstärkt wird, und dass der Staat Garantie für diese Depositen übernommen hat. (S. oben, Seite 129).

Geschäftsbericht pro 1860. Durchschnittsanlage im Wechsel- und Lombardverkehr circa 54 Mill., durchschnittlicher Notenumlauf 81,4 Mill., Gesamtumsatz 1,375,743,000 Thlr., Betriebsfonds am Schlusse des Jahres 41,633,000 Thlr., worunter nicht weniger als 21,858,000 Thlr. Depositencapitalien. Der Bruttogewinn betrug

2,549,881 Thlr. Davon gingen Depositenzinsen, Regiekosten und Provisionen 969,969 Thlr., worüber ein Nettoertrag von 1,579,912 Thlr. verblieb. Hievon erhielt der Staat im Ganzen nach den oben dargelegten Vertheilungsprinzipien 792,064 Thlr., der Reservefonds 41,791 Thlr., den Rest die Actionäre mit 52 Thlr. pr. Actie. Das Institut ist in vorsichtigen und soliden Händen und hat eine so privilegierte Stellung, dass ihm ein Erträgniss fast unter allen Umständen gesichert ist. Ob ihm seine enge Verbindung mit dem Staate in Zeiten der Finanznoth nicht gefährlich werden wird, muss die Zukunft lehren. Die Erfahrung in andern Ländern ist nicht geeignet, alle Bedenken in dieser Richtung zu beseitigen.

24) Rostocker Bank. Concession vom 27. Febr. 1850 auf 10 Jahre, 1860 verlängert bis zum Jahre 1885. Geschäftsbranchen: Depositen-, Disconto- und Wechsel-, Lombard-, Contocorrentgeschäfte, Hypothekendarlehen, soweit es sich mit der Natur einer Zettelbank verträgt, Ankauf von Staatspapieren und Pfandbriefen deutscher Staaten, Hypothekenscheinen, sowie Prioritätsactien gut rentirender Eisenbahnen, jedoch nur behufs Anlage müssiger Cassenbestände und höchstens bis zum 5. Theil des Actien Capitals. Die Generalversammlung kann die Ermächtigung zum Ankauf von Effecten jeder Zeit beschränken oder zurücknehmen. Notenprivilegium: der Betrag der Noten darf 1 Mill. Thlr. nicht übersteigen und muss in folgendem Verhältnisse zu dieser Summe stehen: $\frac{2}{10}$ in Noten à 10 Thlr., $\frac{2}{10}$ in solchen à 20, $\frac{2}{10}$ in Stücken à 50 und $\frac{2}{10}$ in Stücken à 100 und 200 Thlr. Realisationsmittel müssen parat gehalten werden: $\frac{1}{3}$ in Metall, $\frac{1}{3}$ in bankmässigen Wechseln, $\frac{1}{3}$ in coursmässigen Effecten von Staaten oder Communen etc. Die Noten werden bei den Staatscassen angenommen. Geschäftsorgane: Ausschuss aus 20, von der Generalversammlung gewählten Actionären, Verwaltungsrath aus 6, in Rostock wohnenden Actionären, vom Ausschuss gewählt. Censoren wie bei der Leipziger Bank. Generalversammlung spätestens im 4. Monate nach dem Rechnungsschluss. (Das Rechnungsjahr läuft vom 1. März an). Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—35 = 3, 36—50 = 4, 51—75 = 5, 76—100 = 6, 101—125 = 7, 126—150 = 8, 151—200 = 9, 201 und mehr = 10 Stimmen. Mehr als 10 eigene und Vertretungsstimmen kann Niemand führen, auch darf Niemand mehr als 250 Actien besitzen. Alle Actien lauten auf Namen. Reservefonds: demselben soll nach Abzug aller Verwaltungskosten, der zweifelhaften Posten und der 4 % Zinsen des Actien Capitals der 4. Theil des Ertrags zufallen.

Geschäftsbericht pro 1860—61. Der Gesamtumsatz betrug 26,519,140 Thlr., der Bruttogewinn 140,285 Thlr., der Nettoertrag nach Abrechnung von 4 % Zinsen des Actien Capitals 29,002 Thlr., der Reservefonds 110,777 Thlr. Die Bilanz schloss in Activis und Passivis mit 3,422,082 Thlr. Obiger Gesamtumsatz wurde mit dem Actien- und Banknotencapital von je 1 Mill. unter Zuziehung der Darlehensgeschäfte mit 1,596,151, und der Depositen mit 558,667, in Summa mit 4,184,819 Thlr. gemacht. Bis 1865 soll das Actien Capital auf 2 Mill. Thlr. vermehrt werden.

25) Thüringische Bank in Sondershausen. Concessionirt und eröffnet 1856. Geschäftskreis: der gewöhnliche der Zettelbanken, ausserdem Depositenannahme von den Behörden zu $3\frac{1}{2}$ % und Hypothekendarlehen an inländische Grundbesitzer bis auf Höhe von 750,000 Thlr. Effecten dürfen bis zur Hälfte des eingezahlten Grundcapitals gekauft werden. Notenprivilegium: die Noten sollen nicht unter 20 Thlr. lauten und die Grösse des eingezahlten Actien Capitals nicht übersteigen. $\frac{1}{4}$ muss baar, $\frac{3}{4}$ mit Wechseln oder leicht realisirbaren Effecten bedeckt sein. Gesellschaftsorgane: Verwaltungsrath aus 12 Actionären, wobei die Gründer. Direction aus zwei besoldeten Directoren. Revisionsausschuss von der Generalversammlung ernannt. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht: Nur diejenigen Actionäre, welche am Tage der Versammlung und seit 4 Wochen

vorher ununterbrochen als Besitzer von wenigstens 5 Actien in den Bankbüchern liefen, haben das Recht an der Generalversammlung Theil zu nehmen und abzustimmen. 5—10 Namenactien geben 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—30 = 3, 31—40 = 4, 41—50 = 5, von da an je 25 = 1 weitere Stimme bis zu 24 Stimmen. Mehr als 24 eigene und fremde Stimmen kann Niemand vertreten. Reservefonds und Tantiemen: Vom Reinertrag über 4 % kommt $\frac{1}{10}$ an den Reservefonds und $\frac{1}{10}$ an die Verwaltung. Der erstere soll bis zu 10 % des Capitals anwachsen. Auflösung kann die Regierung verlangen, wenn das Capital auf $\frac{3}{4}$ vermindert ist; sonst mit $\frac{3}{4}$ Majorität, wobei jedoch jede Actie 1 Stimme hat. Verhältniss zum Staate: die Bank ist verpflichtet, der Regierung à 4 % Vorschüsse bis zu 80,000 Thlr. ohne Deckung zu machen und von ihr eine gleiche Summe in Verzinsung zu nehmen.

Lage des Instituts und Geschäftsbericht pro 1860. Das Unternehmen war von Anfang an ein verfehltes und verdankt sein Entstehen der Agiotage. Da es in der Heimath keinen Wirkungskreis hatte, errichtete man Agenturen in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg und Hamburg. Diese prosperirten aber eben so wenig, als die Hauptanstalt, brachten vielmehr zum Theil grosse Verluste. Die Verwaltung musste wegen Stututenverletzung entfernt werden. Ihr Gebahren reiht sich dem Dessauer Geschäftsbetrieb würdig an. Die neue Direction hat nun 1860 das Mögliche geleistet, indem sie aus dem Rest der noch flüssigen Mittel einen Reinertrag von 64,703 Thlr. erzielte. Die früheren Verluste sind durch den mittelst Rückkaufs von 5000 eigenen Actien gemachten Gewinn zum Theil gedeckt; ebenso ist der Effectenbestand, wenn gleich mit Verlusten, reducirt. Die ausstehenden Hypotheken betrugen Ende 1860 noch 708,046 Thlr.

26) Weimarische Bank. Concession vom 17. Septbr. 1853 auf 99 Jahre, vom 1. Janr. 1854 an gerechnet. Geschäftskreis: Ausser dem üblichen anderer Zettelbanken die Geschäfte einer Rentenbank für das Grossherzogthum Weimar und das Fürstenthum Reuss ä. L. Effecten dürfen bis zur Hälfte des Capitals gekauft werden; bei noch grösseren Ankäufen ist Zustimmung des Verwaltungsraths und Regierungsgenehmigung erforderlich. Notenemission: beschränkt auf den Betrag des eingezahlten Actien Capitals und auf Apoints von 10 Thlr. aufwärts. Deckung: $\frac{1}{3}$ baar, $\frac{2}{3}$ durch Wechsel oder leicht realisirbare Effecten. Verwaltung: Verwaltungsrath aus 9 Actionären, Direction aus wenigstens 2 Directoren, Revisioncommission von der Generalversammlung aufgestellt. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht: Nur diejenigen Actionäre, welche während der Generalversammlung und 3 Wochen vorher mindestens 10 Namenactien nach den Bankbüchern ununterbrochen im Besitze hatten, haben Zutritt und Stimmrecht. Von 10—20 Actien geben je 10, von 21—100 je 20, von 101—1000 je 50 Namenactien 1 Stimme. Mehr als 24 eigene und fremde Stimmen kann Niemand führen. Bei einem Auflösungsbeschluss, welcher nur mit $\frac{2}{3}$ Majorität (der Namenactien) gefasst werden kann, hat jede Namaenactie 1 Stimme. Diess alles gilt von den Partialactien. Jede ganze Actie à 200 Thlr. ist nämlich in 2 Partialactien à 100 Thlr. Lit. A. und B. getheilt. Reservefonds und Tantiemen: der erstere erhält $\frac{1}{10}$ des Nettogewinns über 4 %; die Verwaltung $\frac{1}{20}$, die Direction ebenfalls $\frac{1}{20}$. Diese Tantiemen sind sogar dann zu zahlen, wenn der Reservefonds, welcher bis zu 10 % des Capitals anwachsen soll, zur Deckung eines Verlustes nicht ausreichen sollte und wenn daher bis zur Wiederergänzung des Capitals nur die Hälfte des Reinertrags an die Actionäre vertheilt werden darf. Verhältniss zum Staat: die Bank muss der Regierung bis zu 150,000 Thlr. Vorschüsse zu 4 % machen und von dieser annehmen. Letztere kann, wenn das Capital auf $\frac{3}{4}$ vermindert ist, Auflösung anordnen.

Geschäftsbericht pro 1860. Gesamtverkehr 93,660,787 Thlr., wovon in Discontowechseln 25,1, in fremden Wechselvaluten 5,1, im Lombardverkehr 1,4, in laufenden Rechnungen 59,6, in Effecten 0,8, in Depositen 1,8 Mill. und bei der Rentenbank 44,424 Thlr. Bruttogewinn: 275,496 Thlr. einschliesslich eines Gewinns an zurückgekauften eigenen Actien von 33,364 Thlr., aber abzüglich der erlittenen Verluste an Effecten mit 17,405 Thlr. und der auf zweifelhafte Contocorrentforderungen reservirten 15,000 Thlr. Regiespesen, Passivzinsen, Abschreibungen und Verluste an österr. Discontowechseln: 72,973 Thlr. Nettogewinn: 202,522 Thlr. Dieser reichte zu 4% Zinsen an die Actionäre; der Reservefonds, welcher mit 59,488 Thlr. schloss, erhielt nichts, ebenso war keine Tantième zu vertheilen. Die Bilanz schloss in Activis und Passivis mit 8,517,978 Thlr. einschliesslich der 800,000 Thlr. eigenen Actien. Der Effectenbestand war bis auf 279,939 Thlr. reducirt. Der Wechselconto schloss mit 2,635,940, der Cassaconto mit 184,969, der Noteneinlösungsfonds mit 725,000 Thlr. Silber, der Lombardconto mit 698,420, der Contocorrentconto mit 2,843,359, der Rentenbankeonto mit 183,283 Thlr. Bestand. Die Betriebsmittel bestanden im Actien-capital à 4,200,000, Notenumlauf à 2,175,000, und in Depositen à 1,064,870 Thlr.

27) Discontogesellschaft in Berlin. Commanditgesellschaft, gegründet 1851 durch David Hansemann; neues Statut vom 9. Janr. 1856. Dauer: 50 Jahre vom 1. Janr. 1856 an. Geschäftskreis: alle im Geld-, Wechsel- und Fondsverkehr vorkommende, wie überhaupt alle Banquiers-Geschäfte; auch Betheiligung an Bergwerks- und sonstigen industriellen Unternehmungen oder Erwerbung solcher. Gesellschaftsmitglieder: Es gibt dreierlei Betheiligte, nämlich 1) die „Geschäftsinhaber,“ welche die Firma führen und für die Verpflichtungen derselben solidarisch verantwortlich sind; 2) die „Commanditäre,“ welche mit ihren Einlagen (Commanditantheilen) das für alle Verpflichtungen der Gesellschaft garantirende Capital zusammenschliessen, und 3) die „Mitbetheiligten,“ welche mit der Gesellschaft in Geschäftsverbindung stehen und durch „Geschäftsantheile“ ein besonderes Garantiecapital für ihre Gesamtverpflichtungen gegen die Gesellschaft nach dem Princip der Gegenseitigkeit einlegen. Commanditäre und Mitbetheiligte sind stille Gesellschafter. Die ersteren haften nur mit ihren Actien. Die „Mitbetheiligten“ erhalten bis zum Belaufe ihrer Geschäftsantheile Credit. Das mit ihnen geführte Geschäft heisst „das Specialgeschäft.“ Sie zahlen auf ihre Geschäftsantheile nur 10 % ein; (ausserdem $\frac{1}{4}$ % Eintrittsgeld); für das Weitere haften sie entweder persönlich oder ausserdem mit Wechselpflicht, Bürgerschaft oder Hypothek etc., je nach den Bedingungen der Aufnahme. Sie können nach Belieben austreten. Verluste aus dem Specialgeschäfte haben sie nach Verhältniss zu vergüten; jedoch kann der Mitbetheiligte seinen Geschäftsantheil in dem Falle, wenn eine Nachzahlung zu den eingezahlten 10 % von ihm verlangt wird, nebst dieser letztern voll einzahlen und sich dann gegen weitere Nachzahlungen schützen. Die Geschäftsantheile sollen nicht unter 200 und nicht über 60,000 Thlr. betragen. Gesellschaftsorgane: 1) Direction, bestehend aus den Geschäftsinhabern; 2) Verwaltungsrath aus 15 Mitgliedern, wovon 7 von den Mitbetheiligten, 8 von den Commanditären in der Generalversammlung gewählt werden und 8 in Berlin wohnhaft sein müssen. Die in Berlin wohnenden Verwaltungsräthe müssen Mitbetheiligte mit wenigstens 4000 Thlr. Geschäftsantheilen sein; ausserdem muss jedes Mitglied 2000 Thlr. Commanditantheile deponiren. 3) Specialcomité, bestehend aus den in Berlin domicilirenden Verwaltungsräthen. 4) Aufnahme-commissionen aus den Mitbetheiligten von je 15 Mitgliedern. Der Verwaltungsrath vertritt die Gesellschaft den Geschäftsinhabern gegenüber. Die Aufnahme von Mitbetheiligten kann nur in Uebereinstimmung zwischen der Direction, dem Verwaltungsrath und der Aufnahme-commission geschehen. Gewinnvertheilung, Reservefonds, Tantiemen: Vom jährlichen Reingewinn werden zunächst 4 % der Commanditantheile als „gewöhnliche Divi-

dende“ vergütet. Den „Mitbetheiligten“ sind 4 % ihrer Einlagen gewährleistet, welche zum Voraus aus dem Specialgeschäft bezahlt werden, so dass nur der Ueberschuss beim allgemeinen Geschäft in Einnahme kommt, nachdem zudem $\frac{1}{3}$ der im Specialgeschäft erworbenen Provisionen zur Bildung einer „Specialreserve“ in Abzug gekommen ist. Von dem alsdann verbleibenden Gewinn erhalten ferner: 25 % die Geschäftsinhaber, 5 % der Verwaltungsrath, 10 bis 20 % die „allgemeine Reserve“, bis diese $\frac{1}{3}$ des Commandit Capitals erreicht hat; vom Rest wird den Commanditären als Dividenden-Voraus 1 % ihrer Einzahlungen vergütet und was dann noch erübrigt unter die Commanditäre und Mitbetheiligte nach Verhältniss ihrer Einlagen vertheilt. Generalversammlung spätestens im Juni. Stimmrecht: Zur Theilnahme und Stimmabgabe bei der Generalversammlung sind die Commanditäre mit 1000 Thlr. Actien, welche spätestens 8 Tage vor der Berufung auf ihren Namen eingetragen sind, und die Mitbetheiligten mit einem Geschäftsantheil von wenigstens 4000 Thlr. (hinsichtlich der früher — d. h. vor dem 9. Janr. 1856 Aufgenommenen genügen 1000 Thlr.) berechtigt. Jeder Mitbetheiligte hat nur eine Stimme; die Commanditäre dagegen haben für 1000—5800 Thlr. 1 Stimme, für 6000—10,000 Thlr. 2, und für jede weiteren 5000 Thlr. eine weitere Stimme, bis zum Maximum von 20 Stimmen. Für andere Actionäre können sie 20 weitere Stimmen führen.

Geschäftsbericht pro 1860. Das Gesellschaftscapital betrug am 31. Decbr.: Commanditantheile 10,011,000, Baar einlagender 1803 Mitbetheiligten 1,168,700, Specialreserve 78,578, allgemeine Reserve 804,587, zus. 12,062,865 Thlr. Gesamtbetrag der Geschäftsantheile: 11,687,000 Thlr. Discontirte Wechsel im Specialgeschäft: 22,873,205 Thlr., Umschlag im Contocorrent-Verkehr etc. desselben (Conto L.) 53,128,876 Thlr. Wechselverkehr im allgemeinen Geschäft: 32,934,770 Thlr., Umschlag in laufenden Rechnungen 96,233,230 Thlr., in Cassa: 118,517,080 Thlr. Bruttogewinn: 776,884 Thlr., Nettoertrag nach Abzug der Regiekosten, Abschreibungen (auch 17,924 Thlr. für Ausfälle) und 4 % Zinsen der Einlagen der Mitbetheiligten: 622,261 Thlr. Davon erhielten die Geschäftsinhaber 55,455, der Verw.-Rath 11,091, die Commanditäre ($5\frac{1}{2}$ %) 550,605, die Mitbetheiligten als Superdividende (im Ganzen $4\frac{1}{2}$ %) 5110 Thlr. — Die Bilanz schliesst mit 20,631,787 Thlr. Hauptposten derselben sind: Wechselbestände 4,307,579, Effecten 2,193,538, Debitoren in laufender Rechnung 10,572,765, Bergwerke 2,563,533 Thlr.

28) Berliner Handelsgesellschaft. Commanditgesellschaft. Statut vom 2. Juli 1856. Dauer: 50 Jahre. Gründer und Geschäftseigenthümer: die Commerzienräthe Carl und Conrad und J. F. Ludwig Gelpke. Zweck: Betrieb von Bank-, Handels- und industriellen Geschäften im weitesten Sinne. Das Grundcapital war ursprünglich zu 30 Mill. in Aussicht genommen, wovon die Hälfte in 75,000 Antheilsscheinen à 200 Thlr. emittirt wurde. Schon 1857 wurde es aber auf den 4. Theil ermässigt. Gesellschaftsorgane: die Firma-Eigenthümer leiten das Geschäft und vertreten die Gesellschaft nach Aussen. Ihnen gegenüber wird letztere durch einen aus 13 Mitgliedern bestehenden, von der Generalversammlung gewählten Verwaltungsrath vertreten. Generalversammlung im I. Semester. Stimmrecht: Nur Besitzer von mindestens 20 Antheilsscheinen können an der Generalversammlung Theil nehmen. Diese 20 Antheilsscheine berechtigen zu einer Stimme, 50 zu 2, 100 zu 3 und je 50 weiter zu einer Stimme mehr, bis zum Maximum von 50 Stimmen. Dividende, Tantiëmen, Reservefonds: Am Reingewinn participiren 1) die Firmaeigenthümer mit der ihnen garantirten Tantiëme von 10,000 Thlr.; 2) der Verwaltungsrath mit 5 %; 3) der Reservefonds mit 5 %; 4) die Inhaber der Antheilsscheine mit dem Rest. Den letzteren soll, nöthigenfalls aus dem Reservefonds, 5 % ihrer Einlagen zukommen.

Geschäftsbericht pro 1860. Trotz der eben berührten Ermässigung des ursprünglichen Actien Capitals hat die Gesellschaft nicht nur von Anfang an 800,000 Thlr. ihrer eigenen Antheilsscheine in Händen behalten, sondern 1859 und 1860 weitere 690,000 Thlr. zurückgekauft, ein Beweis, dass sie kein erspriessliches Feld ihrer Thätigkeit gefunden hat. Doch hat sie den dabei gemachten Gewinn nicht vertheilt, sondern die Actien im Kostenpreise in die Bilanz eingestellt. Das Bankgeschäft Breest & Gelpko erwarb sie. Dasselbe läuft mit einer Dotation von 1 Mill. Thlr. in Rechnung. Der Gesamtumsatz dieses und des Gesellschafts-Geschäfts war 1860: 101,150,845 Thlr. Der Geschäftsgewinn beider betrug brutto 242,778 Thlr., wovon 63,983 auf das Portefeuille, 57,069 auf laufende Rechnungen, 7,902 auf Lombard-, 45,011 auf Effectengeschäfte und 67,046 auf Provisionen fallen. Die Regiespesen, Tantiemen der Geschäftsinhaber (10,000 Thlr.), Verluste und Abschreibungen resultirten 101,874 Thlr., nach deren Abzug ein Nettogewinn von 140,904 Thlr. verblieb. Hievon erhielten der Verwaltungsrath und Reservefonds je (5 %) 7,045 Thlr. und die Commanditäre 126,814 Thlr. ($5\frac{1}{4}\%$). Der Reservefonds, 1859 angegriffen, kam wieder auf einen Bestand von 306,768 Thlr.

29) Coburg-Gothaische Credit-Gesellschaft in Coburg. Concession vom 19. Mai 1856 auf 90 Jahre. Geschäftskreis: alle Banquiers-, Commissions-, Speditions-, Versicherungs-, Hypotheken-Geschäfte, Ausgabe von Pfandbriefen und sonstigen Obligationen au porteur, industrielle Unternehmungen etc. Verwaltungsorgane: Verwaltungsrath von 12 Mitgliedern, in den ersten 6 Jahren von den Gründern, später von der Generalversammlung gewählt. Direction vom Verwaltungsrath ernannt. Revisioncommission aus 3 Mitgliedern, von der Generalversammlung bestellt. Generalversammlung im März. Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—50 = 3, 51—100 = 4, 101—250 = 5, 251 und mehr = 6 Stimmen. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Vom Reingewinn sollen die Actionäre vorweg 4 % ordentliche Dividende erhalten; am Ueberrest participiren: der Verwaltungsrath mit 10, der Director mit 9, die Regierung (zur Verwendung auf gemeinnützige Zwecke) mit 1, die Actionäre mit 80 % ausschliesslich der Bruchtheile unter $\frac{1}{4}\%$, welche dem Reservefonds zufallen. Erhalten die Actionäre 5 % oder mehr, so fällt vom Mehrbetrage $\frac{1}{10}$ dem Reservefonds zu, bis er $\frac{1}{10}$ des Capitals erreicht hat. Verhältniss zum Staate: die Gesellschaft ist verpflichtet, die Geldgeschäfte der Regierung unentgeltlich zu besorgen, dieser bis zu 200,000 Thlr. laufende Rechnung zu eröffnen und Darlehen zu gewähren.

Finanzlage der Gesellschaft und Geschäftsbericht pro 1860. Das Unternehmen ist eines derjenigen, welche als Riesen in die Welt traten und nach Jahr und Tag zu Zwergen zusammenschrumpften. Von dem ursprünglich auf 10—15 Mill. angenommenen Actien Capital kamen nur 1,300,000 Thlr. zur Emission. Hievon sind ausserdem 300,000 Thlr. zurückgekauft und amortisirt worden. Auch die seiner Zeit in Wien, Leipzig, Berlin etc. errichteten Agenturen sind aufgelöst. Sie haben den grössten Theil des Capitals absorbirt, resp. so festgelegt, dass es nun auf lange nicht mehr flüssig gemacht werden kann. Grosse Verluste sind bereits abgeschrieben und eben solche sind noch zu befürchten. Der Geschäftsbericht für 1860 beschäftigt sich deshalb weniger mit dem Betrieb, als mit der Darstellung der trostlosen Lage des Geschäfts. Er weist zwar ein Erträgniss von 44,949 Thlr. (brutto) nach, dieses reichte aber nicht aus, um die muthmasslichen Verluste zu decken, vielmehr musste hierzu auch noch der Reservefonds und der Pensionsfonds der Angestellten (!) absorbirt werden.

30) Bank für Handel und Industrie in Darmstadt. Concession vom 2. April 1853 auf 99 Jahre. Geschäftskreis: der eines Credit-Mobilier im weitesten Sinne. Verwaltungsorganisation: 1) die oberste Leitung und Ueberwachung der Anstalt ist einer Bankverwaltung aus 18 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern anvertraut. 2) diese wählt einen engeren Ausschuss von 5 Mitgliedern aus sich selbst zur speciellen Ueberwachung der

Geschäfte und Ausführung der Beschlüsse. 3) Sie ernennt die Direction, bestehend aus 3 oder mehreren Directoren, welchen die eigentliche Geschäftsführung obliegt. Generalversammlung im Mai. Stimmrecht: An der Generalversammlung können nur Besitzer von 20 Actien, welche seit vier Wochen ununterbrochen auf ihren Namen in den Bankregistern eingetragen waren, Theil nehmen. Je 20 solcher Actien gewähren 1 Stimme, jedoch kann Niemand mehr als 20 eigene und 20 fremde Stimmen abgeben. Dividende, Tantiemen, Reservefonds: den Actionären wird ein fixer Zins von 4 % gewährt. Was das Geschäft mehr erträgt, ist Gewinn. Von diesem werden 25 % dem Reservefonds zugetheilt, bis derselbe $\frac{1}{10}$ des eingezahlten Actien-capitals erreicht; den Directoren sind (zum Theil anstatt der Besoldung) 23,500 fl. Tantiemen garantirt und auch die Bankverwaltung soll 10 % des Gewinns erhalten. Der Rest kommt zur Vertheilung als Superdividende. Wird der Reservefonds zur Deckung von — den Gewinn übersteigenden Verlusten in Anspruch genommen, so fällt in so lange jede Superdividende weg, bis derselbe wieder auf den vorigen Stand gebracht ist.

Finanzlage. Geschäftsbericht pro 1860. Das Unternehmen, eine Nachahmung des Pariser Credit-Mobilier, hat seinen Gründern grossen Nutzen, den Actionären aber bis jetzt wenig Vortheil gebracht. In den Actien wurde seiner Zeit viel geschwindelt; man trieb sie bis auf 150—160 %. Heute ist alle Illusion verschwunden. Im Jahre 1857 beschloss die Gesellschaft, das Actienkapital von 25 auf 50 Mill. fl. zu erhöhen, wobei 5 Mill. den bisherigen Actionären kraft besonderer „Berechtigungsscheine“ zugesichert wurden. Auch mit diesen werthlosen Scheinen wurde Schwindel getrieben. Da kurz darauf die wirklichen Actien der Bank unter pari gingen, hörte derselbe natürlich auf und die neue Aktienemission gerieth in's Stocken. 1858 wurde dann beschlossen, dass diejenigen Besitzer von Berechtigungsscheinen, welche bis 1. Juli 1858 auf jedes Stück $12\frac{1}{2}$ fl. einzahlten, vom 1. Juli 1861 an während zweier Jahre Actien der Gesellschaft gegen Erlegung des Nominalwerths (abzüglich jener $12\frac{1}{2}$ fl.) beziehen können, dass aber alle anderen Berechtigungsscheine und auch diejenigen, auf welche bis 30. Juni 1863 die Restzahlung nicht geleistet worden, ungiltig seien. Um dagegen volle Actien ausfolgen zu können, sollten 5 Mill. der früheren Emissionen bis zu pari zurückgekauft werden. Letzteres geschah, aber von dem Bezugsrechte wurde wenig Gebrauch gemacht. Die Gesellschaft liess sich alsdann überhaupt ermächtigen, von ihren eigenen Actien bis zu 15 Mill. (also $\frac{3}{5}$) zurückzukaufen. Bis 1860 fand wirklich die Rückerwerbung von 40,000 Stck. (10. Mill.) statt und 1861 sollen weitere 2 Mill. erworben werden, wenn sie zu 70 % oder weniger zu haben. Diese Rückkäufe gaben die Mittel an die Hand, die grossen Verluste zu decken und das ganze Geschäft wieder zu consolidiren. Die Nettobilanz auf 1. Januar 1861 schliesst in Activis und Passivis (incl. 10 Mill. eigener Actien) mit 29,242,859 fl. Von den ersteren sind hervorzuheben: Effecten 5,876,763, Wechsel 1,116,531, Cassa 202,716, Guthaben bei Banquiers 928,109, Reports 220,250 (zus. disponible Fonds 2,167,607) Lombards 820,552, bedeckte Credite 170,411, Blanco-Credite 1,279,210, Anleihen 1,944,979, Hypotheken 581,097, zweifelhafte und streitige Forderungen 878,050, Zweiganstalten und Commanditen 4,604,600 fl.; von den letzteren Contocorrentcreditor 619,384, Depositen 1,292,170, Reserve 418,381, del Credere-Conto 892,916 fl. Der Bruttoertrag war einschliesslich 1,404,844 fl. Gewinn an eigenen Actien 2,586,120 fl. Vom Vorjahr war ein Verlust von 804,898 fl. zu decken; auf Effecten wurden abgeschrieben 502,119 fl., den Actionären bezahlt 721,748 fl. (4 %) und der über Abzug der Regiespesen etc. verbleibende Saldo mit 418,042 fl. dem im Vorjahre absorbirten Reservefonds einverleibt.

31) Creditanstalt für Industrie und Handel in Dessau. Concessionirt 1856 auf unbestimmte Zeit. Zweck: „Industrie und Handel im weitesten Sinn, den Ackerbau mit eingeschlossen, zu fördern.“ Organe: Verwaltungsrath aus 12, Direction aus einem oder mehreren Mitgliedern, Revisionscommission. Generalversammlung spätestens im April. Stimmrecht: Je 5 Actien geben 1 Stimme; mehr als 10 eigene und 10 fremde Stimmen kann

Niemand vertreten. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Vom Reingewinn sind zunächst 4 % Zinsen aus den Actien abzusetzen; alsdann sollen vom Rest 5—20 % an Reserve, bis diese $\frac{1}{2}$ des Capitals erreicht hat, gelegt, 10 % dem Verwaltungsrath und 10 % der Direction und den Beamten, der Rest den Actionären zugeschrieben werden.

Geschäftslage. Die Anstalt ist durch völlige Missachtung ihrer Stellung und durch Betheiligung an gänzlich misslungenen Unternehmungen (Moldauer Bank etc.) wo möglich in noch schlimmere Lage versetzt, als die Dessauer Landesbank. Fast alle ihre Fonds sind festgelegt und hoffnungslos verwendet. Nach dem eigenen Geständniss der Direction waren die Actien Ende 1860 kaum mehr $31\frac{1}{2}$ % werth; inzwischen hat aber auch die New-Yorker Commandite fallirt und es muss die Anstalt ihrer Auflösung entgegen gehen. Wir können uns daher die vergebliche Mühe einer Wiederholung des Geschäftsberichts wohl erlassen.

32) Hamburger Vereinsbank. Gegründet 1856. Regelmässiges Bankgeschäft. Geschäftskreis: Discontiren und Negociren von Wechseln, Ein- und Verkauf von edlen Metallen, Lombard- und Giroverkehr. Verwaltung: diese ist einer Direction aus 12 Mitgliedern übertragen. Für die ersten 6 Jahre bilden die 8 Gründer mit 4 von ihnen beizuziehenden Personen die Direction; später wird diese von der Generalversammlung gewählt. Letztere bestellt auch 2 Revisoren zur Prüfung der Bilanz, der Bestände und Dechargeirung der abgehenden Directoren. Generalversammlung vor Ende März. Stimmrecht: Je 10 Actien geben 1 Stimme, jedoch kann Niemand mehr als 10 eigene und fremde Stimmen abgeben. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Von dem sich aus der Bilanz ergebenden Avanz werden zunächst 4 % Actienzinsen bezahlt; vom Ueberrest sollen der Reservefonds, die Direction und der Geschäftsführer mit den Beamten je 10 %, die weiteren 70 % aber die Actionäre empfangen. Der Reservefonds soll bis zu 1 Mill. Mark Banco anwachsen.

Geschäftsbericht pro 1860. Der Totalumsatz betrug 1,652,511,159 Mrk. Bco. einschliesslich des Giroverkehrs. Der Umschlag in Disconto- und Hamburger-Wechseln war 134,898,014, in fremden Valuten 6,966,177 Mrk. Auf Effecten wurden Vorschüsse gegeben: 6,218,582 Mrk. Depositenconto 2,728,121, Accepte gegen Sicherheit 1,982,180 Mrk. Die Zahl der Interessenten stieg auf 1563. Als Netto-Avanz verblieben zur Vertheilung auf die Actien 190,607 M.-Bco. (etwas über $4\frac{1}{2}$ %). Verluste waren nicht zu beklagen.

33) Allgemeine deutsche Creditanstalt in Leipzig. Concession vom 2. Mai 1856 ohne Zeitbegrenzung. Bestimmung: „Ackerbau, Handel und Gewerbe zu fördern,“ also die umfassendste Aufgabe einer Creditanstalt. Verwaltung: Ein aus 12 Mitgliedern bestehender, von der Generalversammlung gewählter Verwaltungsrath leitet und vertritt die Anstalt. Dieser bestellt die Direction, zusammengesetzt aus dem vollziehenden Director, dessen Stellvertreter und einem rechtskundigen Bevollmächtigten. Generalversammlung während der Ostermesse. Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—50 = 3, 51—100 = 4, 101—250 = 5, 251—500 = 6, 501—1000 = 7, über 1000 = 8 Stimmen. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Von dem nach Abrechnung aller Kosten und Verluste verbleibenden Reingewinne erhalten zunächst die Actionäre 4 % des Nominalbetrags ihrer Actien. Dann empfängt der Reservefonds 5 % des Ueberschusses so lange, bis er 10 % des eingezahlten Actien Capitals erreicht hat. Derselbe bildet übrigens einen Theil des verbenden Capitals. Vom weiteren Ueberschusse haben anzusprechen: der Verwaltungsrath 10 %, die Directoren und Beamten 10 %, die Actionäre 80 %.

Geschäftslage und Geschäftsbericht pro 1860. Die Anstalt gehört zu den grössten deutschen Creditanstalten, welche ihr Vorbild in Paris gesucht haben. Sie

hat aber gleich den andern kein genügendes Feld ihrer Thätigkeit gefunden, grosse Verluste erlitten und zu deren Dekung das beliebte Mittel des Rückkaufs eigener Actien (30,000 Stk.) in Anwendung gebracht. Mit dem Rest ihres Betriebsfonds steckt sie tief genug in industriellen Unternehmungen, welche theils ertrags- und hoffnungslos sind, theils geringe Rente abwerfen. Namentlich ist sie stark bei der (hier nachfolgenden) Lübecker Commerzbank, zu deren Gründer sie gehört, theilhaftig. Doch hat sie sich neuerdings mehr dem eigentlichen Bankgeschäfte zugewendet und ihre Verhältnisse so viel möglich consolidirt. Die Bilanz auf 31. März 1861, deren Hauptposten wir anführen, wird eine Beurtheilung gestatten:

Activa: 8,723,965 Thlr.		Passiva: 8,723,965 Thlr.	
Baare Casse	417,394 Thlr.	Actiencapital	7,000,000 Thlr.
Wechsel	2,252,758 "	Giroverkehr	64,124 "
Pfänder	341,794 "	Accepte	168,889 "
Effecten	560,460 "	Depositeneinlagen	797,169 "
Anleihen	232,047 "	Emittirte Obligationen	336,700 "
Unternehmungen	2,571,351 "	Reservefonds (nur)	6,146 "
Darlehen	339,239 "	Verlustreserve	104,625 "
Laufende Rechnungen	1,777,215 "	Reingewinn pro 18 ^{60/61}	221,745 "
		u. s. w.	

Die Hauptquelle des Ertrags war der Wechselverkehr mit 104,847 Thlr., und der Contocorrentverkehr mit 83,575 Thlr.; alle andern Branchen lieferten sehr geringe Resultate.

34) Lübecker Commerz-Bank. Im Jahre 1856 unter der Firma „Credit- und Versicherungsbank in Lübeck“ gegründet, hat sie gleich in den ersten Jahren ihres Bestehens hinsichtlich des Versicherungsgeschäfts schlimme Erfahrungen gemacht. Noch grösseres Missgeschick erlitt sie bei ihrer Theilnahme an industriellen Unternehmungen (Dortmunder Hütte). 1859 wurde daher beschlossen, das Versicherungsgeschäft aufzugeben, auf industrielle Unternehmungen zu verzichten, eine neue Firma anzunehmen und das Actiencapital von 3 Mill. Thlr. auf die Hälfte zu ermässigen. Letzteres sollte mittelst allmählicher Verloosung und pari-Ablösung von 7500 Actien geschehen, welcher Tilgungsmodus jedoch nur bezüglich 2500 Actien in Anwendung kam. Die letzte Generalversammlung beschloss, auf die restirenden 12,500 Actien je 30% baar zurückzubezahlen, weitere 20% davon abzuschreiben und alsdann neue Actien mit der Hälfte des Nominalwerths der alten, also à 100 Thlr. pr. Stck. auszugeben. Die Actionäre haben sich hiemit vorläufig selbst einen Verlust von 20% auferlegt. Das der Gesellschaft ertheilte Notenprivilegium hat sie sich vorbehalten, jedoch davon bis jetzt keinen Gebrauch gemacht. Da in Lübeck bereits eine Zettelbank besteht, wird die Commerzbank schwerlich in die Lage kommen, dieses Privilegium mit Vortheil verwerthen zu können. Der Zweck des Instituts ist nun der eines Bankgeschäfts im engeren Sinne. Seine Organisation und Verwaltungseinrichtungen sind denen der Leipziger Creditanstalt ähnlich, welche letztere Mitgründerin und Hauptbetheiligte ist. Es soll übrigens ein neues Statut entworfen werden. 1860 ward beschlossen, dass 1—10 Actien in der Generalversammlung 1 Stimme verleihen und dass je 10 weitere Actien je 1 Stimme geben sollen. Zum Reservefonds kommt $\frac{1}{3}$ des Reinertrags über 4%, nachdem zuvor 10% für wohlthätige Zwecke und die Tantiemen des Verwaltungsraths (6 Mitglieder) in Abzug gebracht worden.

Aus dem Geschäftsbericht pro 1860 führen wir nur an, dass zwar ein Reingewinn von circa 143,000 Mrk. Cr. erzielt, dessenungeachtet aber keine Dividende vertheilt wurde, weil die voraussichtlichen Verluste an der insolventen Dortmunder Hütte zu decken sind, wozu bis jetzt eine Reserve von rund 877,000 Mrk. angesammelt ist. Wenn die Verbindung mit diesem Etablissement endlich gelöst sein wird, wird das Institut wieder auf normale Verhältnisse zurückkehren.

35) Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft in Wien. Eröffnet am 23. Sept. 1853. Dauer: vorläufig 25 Jahre. Die Verhältnisse dieser Anstalt sind denjenigen der Berliner Discontogesellschaft (oben Nr. 27) durchaus ähnlich. Die Mitbetheiligten heissen hier „Creditinhaber.“ Nur in Niederösterreich Wohnende können Creditinhaber sein. Sie bilden unter sich und gegenüber der Actiengesellschaft eine besondere Gesellschaft nach dem Principe der Gegenseitigkeit und garantiren durch einen aus ihren Einlagen gebildeten Sicherheitsfonds der ersteren alle Verbindlichkeiten der Creditinhaber. Die einzelne Creditbetheiligung soll, besondere Fälle ausgenommen, nicht unter 300 fl. und nicht über 2 % des eingezahlten Actienkapitals betragen. Die Einlagen zum Sicherheitsfonds bestehen in 5 % des gewährten Credits. Sie werden mit 4 % verzinst. Ist der Sicherheitsfonds in Folge von Verlusten angegriffen worden, so muss er sofort wieder ergänzt werden, und zwar nach Maassgabe der Creditbetheiligung. Solche Zuschüsse werden jedoch den Betheiligten nebst Zinsen wieder zurückerstattet, sobald der besondere Reservefonds der Creditinhaber dazu hinreicht. Der Austritt als Creditinhaber steht Jedem zu jeder Zeit frei, er bleibt aber bis zum nächsten Bilanzabschlusse haftbar. Geschäftskreis der Anstalt: Erster Zweck derselben ist, den oben genannten Creditinhabern die von ihnen in Anspruch genommenen Gelder zur Verfügung zu stellen und zwar mittelst des Wechselgeschäfts. Soweit die Gesellschaftsfonds hiefür nicht erfordert werden, können Wechsel, welche alle zur Escompte bei der Nationalbank erforderlichen Eigenschaften haben, escomptirt und Effecten der schwebenden Staatsschuld, die entweder auf Verlangen oder nach 3 Monaten zahlbar sind, gekauft werden. Eine dritte, grösseren Geschäftsumsatz bezweckende Geschäftsbranche besteht im Reescomptiren von Wechseln und in der Uebernahme von Geldern in laufender Rechnung auf längere Termine. Die dem Escomptegeschäft gewidmete Summe soll den 5fachen Betrag des Actienfonds nicht überschreiten. Gesellschaftsorganisation: Die Actiengesellschaft wird durch einen Verwaltungsrath von 12 Mitgliedern, welche von der Generalversammlung aus den Wiener Actionären gewählt werden, vertreten. Die Geschäfte im Einzelnen besorgen die Beamten, an deren Spitze ein Director. Die Creditinhaber sind dagegen durch einen weiteren Ausschuss, zu welchem alle gehören, welche wenigstens mit 2500 fl. theilhaftig sind, und durch ein Comité von 18—36 Theilnehmer, aus und vom weiteren Ausschuss ernannt, repräsentirt. Ein gemischtes Organ ist das Censurcollegium, welches über die Annahme der Escomptewechsel entscheidet und aus Mitgliedern des Verw.-Raths und des Comité zusammengesetzt ist. Sowohl für die Actiengesellschaft, als auch für die Creditinhaber besteht eine Rechnungsrevisionscommission und für letztere ausserdem ein Liquidationsausschuss. Generalversammlung jährlich einmal, vom Verw.-Rath berufen. Stimmrecht: Jeder Actionär, welcher 5 Actien besitzt, die 6 Monate vor dem Zusammentritt der Generalversammlung im Actienbuch eingetragen waren und 8 Tage vorher deponirt werden, ist berechtigt, an der Versammlung Theil zu nehmen. Jeder stimmberechtigte Actionär hat nur eine Stimme. Die Creditinhaber sind bei der Generalversammlung nicht vertreten; in den Versammlungen ihres Ausschusses hat aber jedes Mitglied des letztern ebenfalls 1 Stimme. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: 80 % des reinen Geschäftsgewinns über 4 % Zinsen der Actien werden als Dividende vertheilt; die weiteren 20 % kommen zu $\frac{1}{4}$ in den Reservefonds der Actiengesellschaft und zu $\frac{3}{4}$ in den besondern Reservefonds der Creditinhaber. Die Honorirung des Verwaltungsraths und des Comité's wird von der Generalversammlung ausgesetzt.

Geschäftsbericht pro 1860. Die Anstalt zählte Ende 1860 1979 Creditinhaber

mit einer Bethheiligung von 42,707,000 fl. Das Escomptegeschäft erstreckte sich auf eine Summe von 67,239,784 fl. für die Creditinhaber und 29,231,290 fl. für Dritte. Ein Verlust war nicht zu beklagen, obgleich die Anstalt bei 185 Fallimenten theilhaftig war. Das Geschäft ergab einen Bruttogewinn von 1,927,688 fl. und nach Abzug aller Kosten, Passivzinsen, Steuern etc. einen Reinertrag von 654,293 fl. Davon erhielten die Actionäre 560,000 fl. (8%), 40,979 fl. der Reservefonds für die Creditinhaber, 18,714 fl. der allgemeine Reservefonds und 29,390 fl. der Verw.-Rath und das Comité. Die Hauptactivposten der Bilanz waren: 1,735,210 fl. Casse, 28,772,502 fl. Wechsel, 76,909 fl. Effecten, 265,288 fl. Lombards etc., im Ganzen 31,700,388 fl. Das Institut ist völlig unabhängig von der Regierung und hat eine durchaus gesunde Grundlage.

36) Norddeutsche Bank in Hamburg. Gegründet 1856 auf 99 Jahre. Geschäftskreis: Giro-, Contocorrent-, Disconto-, Depositen-, Darlehens-, Lombardgeschäfte, An- und Verkauf von Effecten bis zum 4. Theil des Capitals. Auch Noten kann die Bank nach den Statuten bis zum Belaufe des eingezahlten Actien Capitals, zur Hälfte mit Metall bedeckt, ausgeben, wovon sie jedoch keinen Gebrauch gemacht hat. Verwaltungsorgane: Verwaltungsrath aus 10 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern. Directorium vom Verwaltungsrath ernannt, bestehend aus dem activen und stellvertretenden Director. Revisioncommission aus 2 Revisoren, von der Generalversammlung bestellt. Generalversammlung während der ersten 5 Monate. Stimmrecht: 5—10 Actien geben 1 Stimme, 11—20 = 2, 21—35 = 3, 36—50 = 4, 51—75 = 5, 76—100 = 6, 101—150 = 7, 151—250 = 8, 251—400 = 9, über 400 = 10 Stimmen. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Vom ganzen Reingewinn kommen 5% zum Reservefonds bis derselbe 10% des Capitals erreicht hat; dann erhalten die Actionäre 4% des Actien Capitals; vom Ueberschuss werden 10% dem Verwaltungsrath und den Bankbeamten zugeschrieben und der Rest wiederum an die Actionäre vertheilt.

Geschäftsbericht pro 1860. Umsatz: im Discontogeschäft 87,979,060, im auswärtigen Wechselgeschäft 25,805,205, im Effectengeschäft 8,512,651, im Vorschussgeschäft gegen Unterpfand 18,789,599, ohne Unterpfand 1,201,000 Mrk. Bco. etc. Gewinn: an Zinsen 471,071, an fremden Valuten 144,126, an Effecten 229,747, an Cassa 17,746, an Provision 78,434, im Ganzen 913,565 Mrk. Bco. Passivzinsen, Regiespesen und Abschreibungen 101,195, Reingewinn 842,370 Mrk. Bco. Die Bilanz zeigt im Soll und Haben 24,828,482 Mrk.; im Haben an Hauptposten: Platzwechsel 13,291,623, auswärtige Wechsel 3,296,126, Darlehen gegen Pfand 3,656,336, ohne Pfand 963,572 Mrk.; im Soll: Actien Capital 20,000,000, Giroconti 2,507,512, Depositen 1,412,882 Mrk. Obgleich hienach die Anstalt Verwendung für ihre Betriebsfonds gefunden hatte, wurde doch beschlossen, 10,000 eigene Actien zurückzukaufen, wenn solche zu 90% oder weniger zu erwerben wären, und den Gewinn dem Reservefonds zu verbuchen.

37) Oesterreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien. Concession vom 31. Octbr. 1855 auf 90 Jahre. Grösste deutsche Creditanstalt. Geschäftskreis: alle Bankgeschäfte im weitesten Sinne, Erwerb und Errichtung industrieller Etablissements, Ausstellung verzinslicher Schuldverschreibungen. Geschäfte in Effecten des Auslandes dürfen nicht gemacht werden (weder durch Kauf, noch durch Belehnung). Verwaltungsorganismus: die obere Leitung der Anstalt ist einem Verwaltungsrath aus 21 von der Generalversammlung gewählten, von der Regierung bestätigten Mitgliedern anvertraut, wovon $\frac{2}{3}$ in Wien wohnen müssen. Die specielle Geschäftsführung liegt der Direction ob, bestehend aus einem Hauptdirector und 2 Directoren. Auch diese müssen von der Regierung bestätigt sein. Zur Prüfung der Rechnungen ernennt die Generalversammlung einen Revisionsausschuss. Generalversammlung im März oder April. Stimmrecht: Actionäre, welche wenigstens 20 Actien besitzen, nehmen an der Generalversammlung Theil und haben 1 Stimme abzugeben. 50 Actien geben 2, 100 = 3, 200 = 4 und je 200 weitere Actien 1 Stimme mehr, bis zu 10 Stimmen. Kein Actionär

kann mehr als 10 eigene und fremde Stimmen vertreten. Die Actien müssen 4 Wochen vor der Versammlung deponirt werden. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Der Gewinn besteht aus den Reinerträgen nach Abzug aller Unkosten. Davon werden vor Allem 5% auf das eingezahlte Actiencapital vertheilt, auch diese nöthigenfalls aus der Reserve ergänzt. Vom Ueberschusse erhält der Reservefonds 5—20%. Der Rest wird zu 10% dem Verwaltungsrathe, zu 10% den Directoren und Beamten und zu 80% den Actionären zugeschieden.

Geschäftsbericht pro 1860. Umsätze: im Commissionsgeschäft 320,883,500, im Wechselgeschäft 129,805,000, Vorschussgeschäft auf Effecten 20,224,900, auf Waaren 30,048,700, im Girogeschäft (in Wien) 108,848,300 fl. Cassenbewegung 418,230,200 fl. Geschäftserträge: Zinsen aus Effecten 1,703,518, Lombards 750,889, Wechsel 668,819, Contocorrent 1,102,045, Provisionen 945,745 fl. Ganze Einnahme 4,675,047 fl. Davon Verwaltungskosten, Steuern etc. 644,925, Abschreibungen am Inventar 14,307, Pensionsfondsbeiträge 10,500, Minderwerth der Effecten 998,326, Verluste und Verlustreserve 261,093 fl. Verbleibt Reingewinn 2,545,894 fl. Da derselbe zur 5% Verzinsung des Actienkapitals à 60 Mill. nicht ausreichte, mussten 454,105 fl. dem Reservefonds entnommen werden, welcher hiedurch auf 368,407 fl. sank. Aus der Bilanz führen wir an:

Activa: 100,872,410 fl.		Passiva: 100,872,410 fl.	
Effecten	42,002,685 fl.	Actiencapital	60,000,000 fl.
Portefeuille	15,339,365 "	Accepte im Umlauf	10,821,638 "
Cassenbestände	3,109,933 "	Reservefonds	822,513 "
Vorschüsse auf Effecten	8,450,931 "	Creditoren	26,616,776 "
" " Waaren	3,174,338 "	u. s. w.	
Debitoren	26,649,736 "		

Man sieht, dass mehr als $\frac{2}{3}$ des eigenen Capitals in Effecten, und zwar in österr. Staats- und Industriepapieren (von ersteren 11,220,718 fl.) belegt sind.

38) Schaaffhausen'scher Bankverein in Cöln. Derselbe bildete sich 1848 in Folge Falliments des Bankhauses A. Schaaffhausen aus den Gläubigern und Theilhabern desselben. Die Statuten erhielten unterm 28. August 1848 nicht nur die Genehmigung der Regierung, sondern der Staat übernahm sogar Garantie für die Actien Lit. A. auf 10 Jahre. Nachdem diese letzteren amortisirt und auch die den Theilhabern des Hauses überlassenen Actien Lit. C., welchen 10 Jahre lang nur 2% Dividende zukamen, in die Rechte der Actien Lit. B. eingetreten, auch gegen solche umgetauscht sind; haben wir es jetzt mit einer gewöhnlichen Actiengesellschaft zu thun. Befugnisse: Banquiersgeschäfte aller Art zu betreiben. Organe: Administrationsrath aus 15 Mitgliedern, von den Actionären gewählt. Direction von 3 Directoren. Generalversammlung im September. Stimmrecht: 1—4 Actien geben 1 Stimme, 5—10 = 2, 11—20 = 3, 21—35 = 4, 36—50 = 5, 51—75 = 6, 76—100 = 7, 101—150 = 8, 151—200 = 9, über 200 = 10 Stimmen. Mehr wie 10 eigene und 10 Stimmen in Vertretung Anderer kann Niemand führen. Dividende, Reservefonds, Tantiemen: Den Actien sind 4% feste Zinsen zugesichert. Was darüber verdient wird, ist nach Abzug aller Kosten der Reingewinn. Von diesem erhalten die Directoren, wenn er über 50,000 Thlr. beträgt, 15%, sonst 30%, mindestens aber 2000 Thlr., dann der Verwaltungsrath 6%. Der Rest wird nach Ermessen der Generalversammlung zwischen den Actionären und dem Reservefonds vertheilt.

Geschäftsbericht pro 1860. Obgleich das Institut früher eine ganze Reihe von industriellen Unternehmungen in's Leben gerufen hat, ist es doch dabei nur noch gering betheilig; auch hat es nur geringe Beträge seines Betriebsfonds in Effecten angelegt, jene daher grösstentheils leicht realisirbar erhalten. Diesem Umstande verdankt es seine höhere Rentabilität. Der Gesamtumsatz betrug 1860: 66 Mill. Thlr., der reine Gewinn nach Abzug aller Kosten und Tantiemen und nach Berichtigung der

4% Actienzinsen, 155,034 Thlr. Die Bilanz schliesst im Soll und Haben mit 15,071,166 Thlr. Hauptposten unter den Activen: 3,240,415 Thlr. Wechsel und Cassa, 2,834,356 Thlr. Guthaben bei Banquiers, 5,616,559 Thlr. Debitoren in laufender Rechnung, 780,376 Thlr. Effecten, 1,617,905 Thlr. Vorschüsse an fremde Unternehmungen; unter den Passiven: 5,187,000 Thlr. Actiencapital, 694,719 Thlr. Creditoren in laufender Rechnung, 5,137,596 Thlr. Depositen, 1,543,347 Thlr. Accepte, 339,145 Thlr. Reserve, 1,232,859 Thlr. del Credere-Conto (Verlustreserve).

39) Schlesischer Bankverein. Commanditgesellschaft, errichtet 1856 auf 50 Jahre. Zweck: Bank-, Handels- und industrielle Geschäfte aller Art zu betreiben. Organisation: Die Eigenthümer der Firma führen und leiten das gesammte Geschäft. Ihnen gegenüber wird die Gesellschaft durch einen von den Actionären gewählten Verwaltungsrath von 13 Mitgliedern und durch die Versammlung aller Betheiligten vertreten. Generalversammlung im ersten Semester. Stimmrecht: Wer 1000 Thlr. Antheilsscheine besitzt, kann an der Versammlung aller Betheiligten Theil nehmen und hat 1 Stimme; 3000 Thlr. berechtigen zu 2, 8000 Thlr. zu 3 und je 5000 Thlr. mehr zu einer weiteren bis zu 10 Stimmen. Die Antheilsscheine lauten auf Namen. Gewinnvertheilung: Vom Reingewinn empfangen die Eigenthümer der Firma 5%, die Mitglieder des Verwaltungsraths 5%, der Reservefonds 5%, die Actionäre 85%. Der Reservefonds soll 10% des Capitals nicht überschreiten.

Geschäftsbericht pro 1860. Es brachte ein: das Contocorrentgeschäft 65,769, das Wechselgeschäft 32,269, das Lombardgeschäft 7,476, das Hypothekengeschäft nach Abzug eines Zinsverlustes 23,843, das Effectengeschäft 30,942 Thlr. Die Geschäftsunkosten betrugen 32,271 Thlr. Den Actionären konnten 5% Dividende zugetheilt werden. Der Reservefonds hatte 71,162 Thlr. Bestand. Der Verein hat sich glücklicher Weise von grossen industriellen Unternehmungen und Börsenspeculationen fern gehalten, aber auch von dem nur halb emittirten Actienbetrag einen Theil zurückgekauft.

Vorstehende Detaildarstellung der Verhältnisse deutscher Bank- und Creditinstitute wird bestätigen, was wir im Eingang dieses Paragraphen im Allgemeinen darüber bemerkt haben. Unberücksichtigt darf dabei allerdings nicht bleiben, dass die letzten drei Jahre für Bankgeschäfte besonders ungünstig gewesen sind. Würden sich die Wolken am politischen Himmel verziehen, würde dadurch das zerstörte Vertrauen in die dermaligen Zustände wiederkehren, und der gelähmte Unternehmungsgeist neu erwachen; so müssten sich bei allen lebensfähigen Instituten die erlittenen Verluste zum Theil wieder ausgleichen; denn sie haben durch Abschreibungen und Abschätzungen ihre in Effecten und Unternehmungen angelegten Fonds meist auf so mässige Summen zurückgeführt, dass jede Besserung deren vortheilhafte Verwerthung ermöglichen müsste.

§. 190.

C. Versicherungsgesellschaften.

Die Versicherungsanstalten haben nicht nur den Gewinn der Actionäre, sondern auch das öconomische Wohl der Versicherten zum Zwecke. Sie sind daher unstreitig die gemeinnützigsten Actiengesellschaften und vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus im höchsten Grade empfehlungs- und beförderungswürdig. Ueberall hat sich auch ihre Wirksamkeit als eine sehr wohlthätige erwiesen und ihre neuerliche Verbreitung ist sonach mit ungetheilter Freude zu begrüssen. Indess ist nicht zu bestreiten, dass in manchen Zweigen des

Versicherungswesens die hinlänglichen Erfahrungen und Grundlagen noch zu sammeln sind. Und selbst dann bleiben so grosse Zufälligkeiten zu überwinden, dass auf eine gleichmässige Rente des Capitals kaum zu rechnen ist. Nur die älteren Anstalten, welche bereits grosse Reserven angesammelt und weite Verbreitung gefunden haben, sind starken Schwankungen nicht mehr unterworfen. Dagegen haben die Seeversicherungsgesellschaften schlimme Erfahrungen gemacht und der Zweig der Transportversicherung überhaupt verliert in demselben Maasse an Aussicht, als die Dampfkraft sich alles grossen Güterverkehrs zu Wasser und zu Lande bemächtigt.

Das Actiencapital bildet bei den Versicherungsinstituten, welche eines grossen Betriebsfonds nicht bedürfen, zum grössten Theile nur die Reserve für ausserordentliche Ereignisse und Fälle. Es wird desshalb auch nur zum kleinsten Theile baar eingezahlt, während für den Rest Seitens der Actionäre Solawechsel ausgestellt werden. Ebendarum lauten die Actien dieser Art in der Regel auf den Namen und sie sind meist in festen Händen. So hohe Renten die einbezahlten kleinen Beträge zeitweise abwerfen, so dürfte doch nach dem Ange deuteten die Betheiligung bei Versicherungsgesellschaften für den gewöhnlichen Capitalisten wegen der Gefahr wechsellässiger Nachzahlungen und wegen den Schwankungen der Rente sich wenig empfehlen. Sowohl aus diesem als auch aus dem Grunde, weil es überhaupt nicht in unserem Plane liegt, die kleineren Actienunternehmungen mit mehr örtlicher Bedeutung ausführlicher zu behandeln, haben wir uns im Nachfolgenden auf eine Statistik der deutschen Versicherungsgesellschaften beschränkt. Die beigefügte Angabe der bezahlten Dividenden aus den letzten Jahren wird übrigens zur Beurtheilung der Prosperität einzelner Institute einige Anhaltspunkte an die Hand geben. Doch darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Dividende keineswegs immer das Resultat des wirklichen Rechnungsergebnisses ist. Fast alle Gesellschaften haben (im Widerspruche mit dem preussischen Gesetze über die Actiengesellschaften und mit dem Handelsgesetzbuche) ihren Actionären feste Zinsen zugesichert und zahlen dieselben auch, wenn der Betrieb keinen Gewinn ergibt. Sogar aus dem Capital sind solche Zinsen zuweilen vergütet worden und manche Anstalten haben einen Theil des ersteren bereits eingebüsst.

Bei der Classification der Gesellschaften haben wir die Geschäftsbranche, die sie vorzugsweise betreiben, als maassgebendes Moment gelten lassen. Indessen ist dieselbe nicht so zu verstehen, als ob sich die unter einer Hauptabtheilung aufgeführten Institute nur und ausschliesslich mit der in derselben genannten Branche beschäftigten.

Noch wollen wir die Bemerkung nicht unterlassen, dass die öffentlichen Berichte der Versicherungsgesellschaften meist zu spärlich und unvollständig sind, um einen genauen Einblick in ihre Verhältnisse zu gestatten. Manche scheinen mehr den Zweck zu verfolgen, eben diesen Einblick unmöglich zu machen. Wenn daher in der folgenden Uebersicht, bei deren Aufstellung wir das Hübner'sche Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik und den Frankfurter „Actionär“ zu Grunde gelegt haben, zuweilen irrthümliche Angaben enthalten sein sollten, so möge diess jenem Umstande zugeschrieben werden.

Auch die in den folgenden Paragraphen (191, 192 und 193) gegebenen statistischen Notizen über die Schiffahrts-, Bergbau- und Hütten- und sonstigen industriellen Gesellschaften sind mit Zuhülfenahme der eben genannten Fachblätter aufgestellt, was wir zur Vermeidung von Wiederholungen schon hier bemerken.

Deutsche Versicherungs-Gesellschaften auf Actien.

Name und Geschäftskreis der Gesellschaft.	Sitz derselben.	Jahr der Gründung.	Actien-Capital.			Dividenden sammt Zinsen.			
			Betrag pr. Stück.	Ganzes Capital.	Baren ein- gezahl.	1857.	1858.	1859.	1860.
I. Lebensversicherungs-Anstalten.									
1. Anker	Wien	1859	2,000 fl.	2,000,000 fl.	30	—	—	11	25
2. Berliner	Berlin	1836	1,000 Thl.	1,000,000 Thl.	20	17	11 ¹ / ₄	12 ¹ / ₂	12 ¹⁴ / ₁₆
3. Concordia	Cöln	1853	1,000 "	6,088,000 "	20	6	6	6	6
4. Deutsche	Lübeck	1828	3,000 Mk.	1,275,000 Mk.	10	—	25	für 4 Jahre.	
5. Frankfurter	Frankf. a.M.	1844	500 fl.	3,000,000 fl.	10	6	6	6	14
6. Germania	Stettin	1857	500 Thl.	3,000,000 Thl.	20	—	6	0	2
7. Janus	Hamburg	1847	5,000 Mk.	1,000,000 Mk.	10	4	4 ¹ / ₅	5	5
8. Magdeburger	Magdeburg	1856	500 Thl.	2,000,000 Thl.	20	7	5	0	3
9. Mecklenburger	Schwerin	1853	100 "	100,000 "	10	—	37 ¹ / ₂	28	—
10. Teutonia	Leipzig	1852	1,000 "	600,000 "	15	5	3	1,000	3 ¹ / ₅
II. Feuerversicherungs-Anstalten.									
11. Aachen-Münchener	Aachen	1823	1,000 Thl.	3,000,000 Thl.	20	40	40	40	40
12. Berliner	Berlin	1812	1,000 "	2,000,000 "	20	28	9	9	14
13. Colonia	Cöln	1839	1,000 "	3,000,000 "	20	30	30	39	40
14. Deutscher Phönix	Frankf. a.M.	1843	1,000 fl.	5,500,000 fl.	20	11	8	15	16
15. Dresdener	Dresden	1857	1,000 Thl.	1,000,000 Thl.	20	2	10	15	4
16. Elberfelder	Elberfeld	1824	1,000 "	2,000,000 "	20	5	5	5	5
17. Hamburg-Bremer	Hamburg	1854	1,000 Mk.	2,000,000 Mk.	20	4	7	4	4
18. Leipziger	Leipzig	1813	1,000 Thl.	1,000,000 Thl.	20	6 ¹ / ₂	15	17 ¹ / ₂	—
19. Magdeburger	Magdeburg	1844	1,000 "	2,000,000 "	20	0	5	12	27 ¹ / ₂
20. Nuova Sozietà	Triest	1847	1,000 fl.	4,000,000 fl.	30	14	12 ⁶ / ₇	8	0
21. Oldenburger	Oldenburg	1857	500 Thl.	1,000,000 Thl.	10	—	5	4 ¹ / ₄	10
22. Oesterr. Phönix	Wien	1860	1,000 fl.	3,000,000 fl.	30	—	—	—	—
23. Schlesische	Breslau	1848	1,000 Thl.	3,000,000 Thl.	20	7 ¹ / ₂	5	7	—
III. Creditversicherungs-Anstalten.									
24. Bremer Creditvers.	Bremen	1857	2,500 Thl.	500,000 Thl.	20	—	—	—	—
25. Sächs. Hypoth.-Vers.	Dresden	1859	500 Thl.	500,000 "	20	—	—	—	4
26. Vindobonia, Hyp.-V.	Wien	1859	2,000 fl.	10,000,000 fl.	30	—	—	—	6
IV. Transportversicherungs-Anstalten.									
27. Agrippina	Cöln	1848	500 Thl.	1,000,000 Thl.	20	24	15	15	20
28. Allg. Eisenbahnvers.	Berlin	1856	1,000 "	523,000 "	20	8 ¹ / ₂	10	8 ¹ / ₂	—
29. Berliner Land- und Wasservers.	Berlin	1845	500 "	250,000 "	20	54	16 ¹ / ₄	15	30
30. Düsseldorfer allgem.	Düsseldorf	1844	500 "	500,000 "	10	0	12	10	—
31. Fortuna	Berlin	1856	300 "	300,000 "	16 ² / ₃	66 ² / ₃	182 ⁵ / ₈	12	—
32. Mainzer Rheinschiff.	Mainz	1854	875 fl.	875,000 fl.	10	16	8	8	10
33. Neuesächs. Flussvrs.	Leipzig	1845	500 Thl.	118,500 Thl.	25	16	14	9	—
34. Niederrh. Güterass.	Wesel	1839	500 "	1,000,000 "	10	36	40	36	—
35. Pommerania	Stettin	1854	400 "	500,000 "	25	33	15	10	—
36. Preuss. Seeasssec.	Stettin	1821	750 "	450,000 "	24	4	4	4	—
37. Stettiner Stromvers.	Stettin	1841	200 "	150,000 "	25	14	0	16	—
38. Union	Stettin	1857	500 "	1,200,000 "	25	52	8	6 ³ / ₄	—
39. Württ. Transportv.	Heilbronn	1852	500 fl.	500,000 fl.	20	18	20	12	17

Name und Geschäftskreis der Gesellschaft.	Sitz derselben.	Jahr der Gründung.	Actien-Capital.			Dividenden sammt Zinsen.				
			Betrag pr. Stück.	Ganzes Capital.	Stückzahl.	1857.	1858.	1859.	1860.	
V. Hagelversicherungs-Anstalten.						%	%	%	%	%
40. Bayerische . . .	München	1856	100 fl.	1,000,000 fl.	10	4	5	5	4	
41. Berliner . . .	Berlin	1832	1,000 Thl.	1,000,000 Thl.	20	0	1 ³ / ₄	8 ² / ₃	49	
42. Cölnische . . .	Cöln	1853	500 "	2,500,000 "	20	7 ¹ / ₂	7 ¹ / ₂	6	15	
43. Magdeburger . .	Magdeburg	1854	500 "	1,500,500 "	20	0	3	3	5	
44. Union . . .	Weimar	1855	400 "	3,000,000 "	20	5	5	7 ¹ / ₂	10	
VI. Rückversicherungsgesellschaften.						%	%	%	%	%
45. Aachener . . .	Aachen	1853	400 Thl.	1,200,000 Thl.	20	2 ⁵ / ₁₀	25	25	25	
46. Cölnner . . .	Cöln	1853	500 "	3,000,000 "	20	4	4	4	4	
47. Frankfurter . .	Frankf. a.M.	1857	500 fl.	6,000,000 fl.	10	—	3	3	3	
VII. Allgem. Versicherungsanstalten (mit allen oder mehreren Vers.-Branchen).						%	%	%	%	%
48. Assicuraz. Generali	Triest	1834	1,000 fl.	2,000,000 fl.	30	18	4	12,56	—	
49. Azienda Assicuratr.	Triest	1822	1,000 "	4,000,000 "	30	16 ³ / ₄	7 ¹ / ₈	0	10 ⁵ / ₆	
50. Erste öst. Vers.-Ges.	Wien	1824	1,500 "	3,000,000 "	20	21 ² / ₃	5	5	5	
51. Providentia . . .	Frankfurt	1857	1,000 "	10,000,000 "	10	8	4	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂	
52. Riunione Adriatica	Triest	1836	1,000 "	4,000,000 "	30	35	10	0	11 ² / ₃	
53. Stettiner Nationalv.	Stettin	1845	400 Thl.	3,000,000 Thl.	25	0	2	3	7 ¹ / ₂	
54. Thuringia . . .	Erfurt	1856	1,000 "	2,500,000 "	20	4	4 ¹ / ₂	5	6	

§. 191.

D. Schiffahrtsgesellschaften.

Auch von diesen Actienunternehmungen können wir nur die Hauptmomente vor Augen führen, welche wir der Kürze und Uebersichtlichkeit wegen in tabellarische Form gebracht haben, wie wir es bezüglich aller nachfolgenden Gesellschaften halten werden. Die grosse Mehrzahl derselben hat bloss örtliche Bedeutung und es ist dem Capitalisten anzurathen, sich dabei nicht zu betheiligen, wenn er nicht Gelegenheit hat, die Verhältnisse und leitenden Persönlichkeiten selbst unmittelbar kennen zu lernen. Auf die Coursnotizen, wie sie da und dort in Börsenblättern zu treffen sind, möge er sich in keinem Falle verlassen, denn sie sind meist reine Phantasiecourse.

Wie die nachfolgende Uebersicht der in den letzten Jahren von Schiffahrtsgesellschaften bezahlten Dividenden darthut, haben diese Unternehmungen im Allgemeinen wenig prosperirt. Die Zeitverhältnisse sind für sie im Ganzen ungünstig gewesen. Manche sind bereits zu Grunde gegangen; andere werden dem gleichen Schicksal schwerlich entgehen. Eine Darstellung der Verhältnisse jeder einzelnen Unternehmung würde uns zu weit führen; doch wollen wir gegenüber den drei grossen deutschen Schiffahrtsunternehmungen, an welchen weitere Kreise interessirt sind, eine Ausnahme machen und einige Notizen über ihre Lage beifügen.

Firma der Gesellschaft.	Domici.	Jahr der Gründung.	Actiencapital.		Ursprüngl. Prioritäts-Capital incl. Staats-Vorschüsse.	Dividende sammt Zins.			
			pr. Stock.	Im Ganzen emittirt und voll eingezahlt.		1856.	1857.	1858.	1859.
1. Bayer-pfälzische Dampfschleppsch.-Ges.	Ludwigshafn.	1846	1,000 fl.	228,000 fl.	—	8 1/2	14 3/10	5	6
2. Bremer Rhederei-Gesellschaft	Bremen	1857	200 Thl.G.	1,000,000 Thl.G.	—	—	—	—	0
3. Cölnische Dampfschiff.-Gesellschaft	Cöln	1848	200 Thl.	616,800 Thl.	—	—	10	10	8
4. " Dampfschleppschiff.-Gesellsch.	Cöln	1850	200 "	412,000 "	150,000 Thl.	5	3	5	21/2
5. Danziger Rhederei-Gesellschaft	Danzig	1856	300 "	300,000 "	—	—	0	0	0
6. Düsseldorfer Dampfschiff.-Gesellschaft	Düsseldorf	1852	200 "	350,000 "	—	—	6	7 1/2	6
7. " Dampfschleppschiff.-Ges.	Düsseldorf	1857	300 "	252,000 "	—	—	5	3	5
8. Elbe-Hamber Dampfschiff.-Gesellschaft	Hamburg	1853	—	275,000 "	—	—	10	6	—
9. Erste Rhederei-Gesellschaft	Hamburg	1856	—	500,000 "	—	—	—	—	—
10. Hamburg-Magdeburger Dampfschiff.-Ges.	Magdeburg	1840	100 "	360,350 "	290,000 Thl.	5	3 1/2	4 1/2	4 1/2
11. Hamburg-amer. Dampfschleppschiff.-Ges.	Hamburg	1856	1,000 Mk.	1,000,000 Mk.	1,000,000 Mk.	—	8	0	0
12. Harburg-englische dto.	Harburg	1854	350 Thl.	350,000 Thl.	—	—	0	0	0
13. Mainzer Dampfschleppschiff.-Gesellsch.	Mainz	1841	1,000 fl.	200,000 fl.	—	—	5	4	6 1/2
14. Mannheimer dto.	Mannheim	1850	500 "	200,000 "	—	—	5	6	6
15. Mühlheimer dto.	Mühlheim	1853	100 Thl.	300,000 Thl.	75,000 Thl.	8 1/2	8	5	8
16. Neue Dampfer-Compagnie	Stettin	1856	250 "	300,000 "	—	—	2 2/3	2 2/3	0
17. Norddeutsche Flussschiff.-Ges.	Hamburg	1856	200 "	1,050,000 "	—	—	—	—	0
18. Norddeutscher Lloyd	Bremen	1856	100 Thl.G.	4,000,000 "	—	—	—	—	0
19. Oesterr. Donaudampfschiff.-Gesellschaft	Wien	1830	500 fl.	24,000,000 fl.	366,000 Thl.	—	—	—	0
20. " Lloyd	Triest	1836	500 "	12,000,000 "	14,000,000 fl.	Je 7 1/2 v. Stat.garr.	4	5	4
21. Oldenburg-ostindische Rhederei-Ges.	Bracke	1836	500 Thl.G.	250,000 Thl.	—	—	8	5	0
22. Oldenburg Rhederei-Gesellschaft	Oldenburg	1856	500 "	500,000 "	—	—	0	5	0
23. Ostfriesisch-westphälische dto.	Leer	1856	250 "	530,000 "	—	—	—	4	0
24. Prager Schiffahrts-Gesellschaft	Prag	1822	200 fl.	400,000 fl.	—	—	—	2 1/2	—
25. Rhein- und Mainsschiff.-Gesellschaft	Frankfurt	1844	250 "	1,000,000 "	—	—	—	—	—
26. Rostocker Seedampfschiff.-Gesellschaft	Rostok	1856	250 Thl.	130,000 Thl.	—	—	0	—	0
27. Ruhrorter Dampfschleppschiff.-Gesellsch.	Ruhrort	1852	100 "	400,000 "	—	—	—	—	0
28. Sächsische Dampfschiff.-Gesellschaft	Dresden	1851	diversi	218,750 "	—	—	8 1/2	10	8
29. Stettiner Dampfschiff.-Verein	Stettin	1855	250 Thl.	120,000 "	2,500 Thl.	10 2/3	9	7	5 1/2
30. " Visurgis, Ges. für Rhederei u. Schiffbau	Oldenburg	1856	500 Thl.G.	275,000 "	—	—	—	0	0

1) Auf dieses Actiencapital sind bis jetzt unseres Wissens nur 38 % eingezahlt.

1) Norddeutscher Lloyd. Die Gesellschaft hat in den Jahren 1858 und 1859 835,611 Thlr. verloren. Von dem projectirten Actiencapital à 4 Millionen sind nur 2,864,300 Thlr. emittirt worden. Um nun jenen Verlust zu decken, wurden 10,665 Stück eigener Actien (1,066,500 Thlr.) zu 28 und 30 % zurückgekauft, was einen Gewinn von 741,350 Thlr. ergab, so dass nur noch ein Verlust von 94,261 Thlr. verblieb. Auch dieser wurde durch den 103,783 Thlr. betragenden Reingewinn des Jahres 1860 ausgeglichen. Das Eigenthum der Gesellschaft repräsentirt nun wieder vollständig den Werth der noch im Umlaufe befindlichen 17,978 Stück Actien mit 1,797,800 Thlr. und der contrahirten 6 % Prioritätsanleihe, von welcher Ende 1860 366,000 Thlr. begeben waren. Die im Besitze der Gesellschaft befindlichen Actien sollen unter pari nicht wieder ausgegeben werden. Die Bilanz des Jahres 1860 schloss im Soll und Haben mit 2,249,771 Thlr., darunter für 18 Flussdampfschiffe, 24 eiserne Schleppkähne und 8 Schraubendampfer 1,629,991 Thlr. Ein weiteres Seedampfschiff war im Bau begriffen. Das junge Unternehmen dürfte nun seine schlimmste Zeit hinter sich haben.

2) Oesterr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft — das grossartigste Schifffahrtsunternehmen Deutschlands. Ueber das Verhältniss desselben zum österr. Staate siehe oben S. 84. Inzwischen hat dasselbe durch ein neues Uebereinkommen einige Aenderungen erlitten, nämlich dahin gehend, dass der Staat für die nächsten 6 Betriebsjahre nur ein Ertrags-Maximum von 1,475,000 fl. garantirt; dass ferner die Zinsen der schwebenden Schuld, welche aus der Superdividende allmählig auf einen Betrag von 1½ Mill. fl. zu ermässigen ist, vom Geschäftsertrag nicht mehr abgerechnet werden dürfen und dass die Gesellschaft verpflichtet ist, während der nächsten 12 Jahre je 1000 Actien zurückzuerwerben (durch Ankauf, wenn sie unter pari zu haben, oder andernfalls durch Verloosung) und so das Actiencapital von 24 auf 18 Mill. zu reduciren. Alljährlich soll alsdann die Garantieberechnung um den entsprechenden Betrag ermässigt werden. — Das Betriebsergebniss pro 1860 war folgendes: Einnahmen aus allen Geschäftszweigen 10,282,873 fl.; Betriebsausgaben 7,169,240 fl.; Ertragsüberschuss 3,113,633 fl. Davon gingen aber 1,782,551 fl. Abschreibungen und 1,492,071 fl. Zinsen und Tilgungsquoten des Actien- und Prioritäts-capitals. Es ergab sich sonach ein Ausfall von 160,989 fl. und der Staat zahlte zu dessen Deckung und zur Completirung des garantirten Mehrertrags 1,350,000 fl. Aus der Bilanz heben wir hervor: Werth der Schiffe 18,840,592, der Mohacz-Fünfkirchener Eisenbahn 6,753,092 fl. Ausserdem besitzt die Gesellschaft Kohlenwerke bei Fünfkirchen von namhafter Ausdehnung. Unter den Passiven figuriren: das Actiencapital mit 24 Mill., der Rest der verschiedenen Anleihen mit 8,176,875 fl., der schwebenden Schuld mit 3,831,765 fl. etc. Das Unternehmen hat seit 1857 an erdrückender Concurrenz gelitten. Mit seiner reichlichen Ausstattung wird es aber bei verdoppelter Regsamkeit seine frühere Blüthe wieder erreichen können.

3) Oesterr. Lloyd. Auch dieser grossen Actienunternehmung und ihres Verhältnisses zur österr. Regierung ist oben S. 84 bereits Erwähnung geschehen. Sie hat seit Jahren theils wegen der ungeheuren Concurrenz, welche ihr von den subventionirten französischen und russischen Gesellschaften gemacht wurde, theils wegen des italienischen Krieges und seiner Folgen schwere Zeiten gehabt und daher Verluste erlitten, welche zusammen Ende 1860 zu 2,395,729 fl. berechnet sind. Darunter sind allerdings hauptsächlich die von 1857—59 unterlassenen Abschreibungen am Werthe der Schiffe etc. inbegriffen, aber das ganze Deficit im genannten Betrage soll zur Ausgleichung kommen. Um diess zu ermöglichen, ist neuerlich festgesetzt worden, dass bis 1864 in keinem Falle mehr als die einfachen Zinsen à 4 % an die Actionäre vertheilt, der etwaige Ueberschuss aber auf die innere Kräftigung des Unternehmens verwendet werden solle. Zugleich wurde beschlossen, eine Reorganisation der ganzen Verwaltung und des Betriebs vorzunehmen. — Die Schuld an die Regierung à 3 Mill. fl. soll durch Hingabe der noch nicht emittirten 3 Mill. Actien ausgeglichen werden, wodurch sich das Actiencapital auf 12 Mill. fl. C. M. erhöht, die Prioritätsschuld aber auf den gleichen Betrag ermässigt wird (abgesehen von den bereits stattgehabten Tilgungen). Auch soll die Regierung 6 Monate lang das Recht haben, für 1½ Mill. Schiffe von der Gesellschaft nach dem Inventarwerthe zu übernehmen. — Das Betriebsergebniss des Jahres 1860 war: Einnahmen 6,833,512 fl., Ausgaben 5,517,954 fl., Betriebsüberschuss 1,315,558 fl. Nach Abzug der Zinsen aus den Anleihen und der

Abschreibungen an Geräthschaften verblieben noch 1,093,876 fl., wovon 486,224 fl. auf die Schiffe abgeschrieben und 378,000 fl. an die Actionäre vertheilt wurden (4 %). Die im Jahre 1859 unterlassene Auszahlung der gleichen Dividende auf die 6 Mill. Actien, welchen keine Zinsen garantirt sind (für die Actien I. Section à 3 Mill. sind 4 % von der Gesellschaft garantirt) wurde nachgeholt. Bilanz auf 1. Jan. 1861: Activa: 62 Dampfer mit 12,200 Pferdekräften und 36,260 Tonnen Gehalt 12,307,905; Schleppschiffe und Flussbarken 439,607; Arsenal 5,504,819; Werkstätte 1,197,332; Gebäude 220,585; Fahrnisse 260,927; Kohlenvorrath 817,743, Cassa und Wechsel 1,146,729 fl. etc.; im Ganzen 23,396,601 fl. Passiva: Rest an den 3 Prioritätsanlehen 5,355,000, an dem Lottericanlehen (der Creditanstalt) 5,878,229, Schuld an die Regierung 3,000,000 fl., Actiencapital 9,450,000, Diversi 2,109,100, zus. 25,792,330 fl. Es fehlen also die oben erwähnten 2,395,729 fl.

§. 192.

E. Bergbau- und Hüttenwerksgesellschaften.

Hinsichtlich dieser beziehen wir uns auf das, was wir oben S. 510—511 im Allgemeinen über derartige Unternehmungen bemerkt haben. Die nachfolgende tabellarische Uebersicht wird geeignet sein, Belege dafür im Einzelnen zu liefern. Hier haben wir nur beizufügen, dass wir alle grösseren Unternehmungen, welche noch bestehen, aufgenommen, die kleineren dagegen, sowie diejenigen, die bereits liquidirt, sich aufgelöst haben oder zwar projectirt, aber noch nicht in's Leben getreten sind, übergangen haben. Will man übrigens die Verhältnisse der einzelnen Gesellschaften nach den Dividenden beurtheilen, welche sie in den letzten Jahren vertheilt haben, so darf nicht übersehen werden, dass eben diese Zeit für den Bergwerks- und Hüttenbetrieb eine durchaus ungünstige gewesen ist. Diess gilt wenigstens von den beiden letzten Jahren unbedingt. Auch jetzt dauert die Stockung noch fort und der Läuterungsprocess, dem die Actienunternehmungen auf Ausbeutung unterirdischer Schätze unterliegen, ist noch nicht beendet. Manche von den nachgeannten Gesellschaften werden ohne Zweifel von demselben noch ausgeworfen werden, der verbleibende Rest dagegen mag alsdann umsomehr gesunden und erstarken.

Die Prosperität der deutschen Montan-Industrie hängt übrigens mit der Eisenzoll- und Kohlenfracht-Frage enge zusammen. Es gilt, eine mächtige fremde Concurrenz zu verdrängen und den Markt nicht nur zu behaupten, sondern mehr und mehr zu erweitern. Bei der Schwerfälligkeit der Producte sind aber zur Erreichung dieses Zieles billige Frachten unbedingt erforderlich. Die in dieser Richtung hervorgerufene Bewegung wird sicherlich ihre Zwecke erreichen, und da der Verbrauch von Metallen und Kohlen bei der Wiederkehr normaler Verhältnisse sich nothwendiger Weise steigern muss, können die gesunden Unternehmungen einer bessern Zukunft mit Zuversicht entgegengehen.

Domicil.	Firma.	Jahr der Gründung.	Action-Capital.		Privats-Ca- pital.	Dividende in %.			
			pr. Stück.	Im Ganzen pro- jectirt.		1855.	1856.	1857.	1858.
Aachen	Gesellsch. für Steinkohlen im Warmrevier	1836	200	1,500,000 Thl.	—	10	15	12	10
dto.	Metallurgische Gesellschaft	1838	150	1,200,000 „	—	—	—	0	0
dto.	Gesellsch. für Bergbau und Zinkfabr.	1845	100	2,000,000 „	4,000,000 Thl.	—	1 1/4	0	0
Angleur	Vieille Montagne, Zinkfabr.	1837	100	2,400,000 „	2,433,333 „	20	25	31 1/4	25
Bedin	Gühlitz-Vahnower	1856	200	400,000 „	—	—	—	—	—
dto.	Mittelrhein. Kupferbergwerks-Gesellsch.	1856	200	300,000 „	—	—	—	—	—
dto.	Priegnitzer Braunkohlen-Gesellsch.	—	200	400,000 „	—	—	—	—	—
dto.	Zwickau-Berliner Kohlenbau-Ver.	1858	100	750,000 „	—	—	0	0	0
Benthen	„Vulkan“ (Eisenprod.)	1857	100	500,000 „	—	—	—	—	—
Bochum	„Colonie“ (Kohlenb.)	1857	200	300,000 „	—	—	—	—	—
dto.	„Hannibal“ (Kohlenb.)	1857	200	1,400,000 „	—	—	—	—	—
dto.	Verein für Bergbau und Stahlfabr.	1854	100	1,000,000 „	400,000 „	6	0	0	0
Bonn	„Vollmond“ (Kohlenb.)	1856	200	1,000,000 „	248,500 „	—	0	0	0
Braunschweig	Bergw.- und Hüttenverein	1853	100	1,000,000 „	120,000 „	—	5	5	0
Bromberg	Waldeck'sche Kupfergesellschaft	1856	200	700,000 „	—	—	—	—	—
Breslau	Weichselthaler Bergw.-Gesellsch.	1856	250	400,000 „	—	—	—	—	—
dto.	Schles. Gesellsch. für Bergbau und Zinkfabr.	1854	100	5,000,000 „	1,447,500 „	2 1/4	2 1/2	5	4 1/2
Burgsteinfurt	„Minerva“ (Eisen, Stahl)	1856	200	4,000,000 „	1,000,000 „	—	8 1/2	6	2
Chemnitz	Bentheim-Lingener Berg- und Hütten-Ges.	1856	200	500,000 „	—	—	—	—	—
dto.	Steinkohlen-Gesellsch.	1857	100	1,000,000 „	—	—	—	—	—
Cöln	„Gottes Segen zu Lingau“	1857	100	220,000 „	200,000 „	—	—	—	—
dto.	Cölnher Kohlenbergw.-Verein	1853	200	2,000,000 „	—	10	5	0	0
dto.	Sieg-Rhein. Bergwerks- und Hütten-Verein	1856	200	1,000,000 „	—	—	7 1/2	6	0
dto.	„Saturu“ (Zink, Blei etc.)	1856	100	1,000,000 „	—	—	—	5	4
dto.	Sieg-Rhein-Verein (Sadec u. Comp.)	1856	100	260,000 „	—	—	0	0	0
dto.	Cöln-Müsenener Bergw.-Verein	1855	200	3,000,000 „	300,000 „	—	5	0	3

1) Eine neue Emission von 22,400 Stück Zehntelactien ist beschlossen.

2) Das ursprünglich projectirte Capital war 600,000 Thlr.

3) „ „ „ „ 1,000,000 „ „ gezeichnet wurden nur 464,000 Thlr.

4) Das Capital wird von anderer Seite nur zu 400,000 Thlr. angegeben.

5) Von den 10,000 Stück Actien sind nur 8,675 Stück gezeichnet worden.

6) „ „ 6,400

7) „ „ 15,000 „ „ „ „ 7,500 „ „ ausgegeben „

Domicil.	Firma.	Jahr der Gründung.	Actien-Capital.		Dividende in %.			
			pr. Stück.	Im Ganzen projectirt.	pro Stück.	1855.	1856.	1857.
Cöln	Phönix ^{a)} (Kohlen, Eisen, Stahl)	1853	100	6,000,000 Thl.	100	8	0	0
do.	Rheinische Bergwerks- und Hütten-Ges.	—	100	1,000,000	?	—	—	0
Dalhausen	Kohlenbergwerks-Verein	1857	200	750,000	100	—	—	0
Dillingen	Dillinger Hüttenwerke	1856	5,000	1,200,000	100	—	11	?
Dortmund	Borussia ^{a)} (Kohlen)	1856	200	650,000	100	—	0	0
do.	Aplerbeker Actienverein	1856	200	800,000	100	—	—	5
do.	Blücher ^{a)} , Hütten-Gesellsch.	1856	200	1,000,000	100	—	—	0
do.	Benth ^{a)} , Hütten-Gesellsch.	—	21 1/3	600,000	100	—	—	—
do.	Louise ^{a)} , Bergb.-Gesellsch.	1856	100	1,000,000	100	—	—	—
do.	Bergbau- und Hütten-Gesellsch.	1857	200	500,000	100	—	5	2 1/2
do.	Lenne-Ruhr ^{a)} , dto.	1856	100	600,000	100	—	—	0
do.	Leopold ^{a)} , dto.	1857	100	128,000	100	—	—	—
do.	Venus ^{a)} , Kohlenbau-Gesellsch.	1856	100	1,400,000	100	—	—	—
do.	Zollern ^{a)} , dto.	1856	100	1,100,000	100	—	—	—
do.	Harpen ^{a)} , Bergbau-Gesellsch.	1856	200	1,100,000	100	—	—	—
do.	Vereinigte Westphalia ^{a)}	1856	500	1,000,000	100	—	4	0
do.	Massener Bergbau-Gesellsch.	1855	200	1,200,000	100	—	—	0
do.	Helios ^{a)} , Mineralöl-Gesellsch.	1857	200	400,000	100	—	—	—
do.	Mark ^{a)} , Bergbau-Gesellsch.	1856	250	300,000	100	—	—	0
do.	Neuschottland ^{a)} , Berg- und Hütten-Ges.	1856	200	2,000,000	100	—	—	0
do.	Werne ^{a)} , dto.	1856	100	400,000	100	—	—	0
do.	Paulinenhütte	1856	200	800,000	100	—	—	0
do.	Tremonia ^{a)} , (Kohlenb.)	1855	200	800,000	100	—	—	0
do.	Potsdam ^{a)} , (dto.)	1857	100	250,000	100	—	—	0
Dresden	Hainicher Steinkohlen-Ver.	1856	100	240,000	100	—	—	7 1/4
do.	Montania ^{a)} , Kohlenbau-Ges.	1858	100	1,000,000	30	—	—	—
do.	Potschauer Actien-Ver. (Kohlen)	1856	200	300,000	100	—	—	6
do.	Dresden-Possener Kohlenbau-Ver.	1857	100	350,000	100	—	—	5
Duisburg	Deutsch-Holländ. Bergw.-Ver.	1856	400	1,000,000	100	—	—	—
do.	Medio-Rhein ^{a)} , Bergbau-Gesellsch.	1856	100	500,000	100	—	—	0
do.	Neu-Duisburg ^{a)} , dto.	1855	200	500,000	2)	—	—	0
do.	Rheinische Bergb. und Hüttengesellsch.	1856	500	1,500,000	100	—	—	0
do.	Vulkan ^{a)} , dto.	1855	200	533,333	100	—	—	0
Düsseldorf	Belgishe Rheinische Kohlen-Gesellsch.	1856	266 2/3	1,000,000	100	—	—	0
do.	Hannoversche Bergw.-Gesellsch.	1856	200	2,000,000	100	—	—	0

do.	Puddings- und Walzwerk	1856	500	800,000	100	—	—	0
Eisenach	Sächs.-Thür. Kupferberg-Gesellsch.	1856	500	2,000,000	?	—	—	—
Eschweiler	Concordia ^{a)} , Berg- u. Hütten-Gesellsch.	1855	200	1,000,000	100	—	—	7 3/2
do.	Berg- und Hütten-Gesellsch. Eschweiler	1848	100	850,000	100	—	—	0
Essen	Arenberger Actien-Gesellsch.	1856	500	1,000,000	?	—	—	0
do.	Carolina ^{a)} , Kohlen- und Bergb.-Ges.	1856	500	450,000	100	—	—	0
do.	Neu-Essen, Bergb.-Gesellsch.	1856	500	500,000	100	—	—	0
do.	Pluto ^{a)} , Kohlenberg-Gesellsch.	1856	500	800,000	100	—	—	0
do.	Wilhelmine Victoria ^{a)} , Kohlenb.-Ges.	1856	500	1,000,000	?	—	—	0
Freiberg	Niederwirtschnitz-Kirchberger Steink.-Act.-Ver.	1855	100	550,000	100	—	—	13/4
Friedenberg	Ruhr ^{a)} , Ges. für Eisenindustrie u. Mühlen	—	300	600,000	?	—	—	—
Gleiwitz	Ida-Hoffnungshütte	1857	200	600,000	?	—	—	—
Grüna	Steinkohlenbau-Verein	1857	100	600,000	100	—	—	—
Gratz	Gratz-Cislacher Bergb.-Gesellsch. ¹⁾	1856	200	3,200,000 fl.	100	—	—	5
Greiz	Greizer Bergbau-Verein	1858	100	500,000 Thl.	?	—	—	—
Halle	Sächs.-Thüring. Braunkohlen-Ges.	1857	200	2,000,000	100	—	—	4
Hamburg	Elbhütten-Affair- und Handels-Ges.	1856	200	3,000,000 Mk.	100	—	—	0
Hannover	Aggerthaler Kupferb.-Ges.	1856	1,000	1,250,000 Thl.	?	—	—	—
Herdecke	Actna ^{a)} , Bergb. und Hütten-Ges.	1856	100	3,000,000	100	—	—	—
Hörde	Bergwerks- und Hütten-Ges.	1852	200	2,500,000	100	—	—	3
do.	Vorwärts und Neubörde ¹¹⁾	1856	200	1,000,000	?	—	—	—
Hockerode	Thüringische Dachschiefer-Ges.	—	100	200,000	75	—	—	—
Hof	Oberfränkische Eisenhüttenges.	1857	500	700,000 fl.	100	—	—	—
Iserlohn	Märkisch-Westphäl. Bergw.-Ver.	1854	200	1,000,000 Thl. ¹²⁾	100	—	—	6 1/2
Karlsruhe	Berghauptener Kohlengruben-Ges.	1854	200	280,000	100	—	—	—
Kladno	Bergw. und Hütten-Ver.	—	500	10,000,000 fl.	100	—	—	—
Köthen	Tyroter Bergb.-Actien-Ges.	1856	100	600,000 Thl.	100	—	—	—

¹⁾ Die Gesellschaft wurde 1860 neu organisirt und hat nun ihren Sitz in Laar. Das Capital besteht jetzt in 2,700,000 Thlr. Lit. A, und 600,000 Thlr. Lit. B, wovon die ersteren vorweg aus dem Gewinne 6% und 3% des Ueberschusses erhalten sollen.

²⁾ Von den Actien wurden nur 1,060,000 Thlr. gezeichnet.

³⁾ Von den 10,000 Stück projectirten Actien wurden 3,000 Stück für Kaufgelder emittirt und 3,000 Stück gezeichnet. Das ganze Actiencapital ist also nicht ausgegeben.

⁴⁾ Es sind nur 875,000 Thlr. Actien ausgegeben.

⁵⁾ " " " 750,000 " "

⁶⁾ " " " 765,000 " "

⁷⁾ Ist zugleich Eisenbahn-Gesellschaft. Das Actiencapital bezieht sich auf beiderlei Gesch.-Zweige.

⁸⁾ Vom Actiencapital scheinen nur 100,000 Thlr. ausgegeben zu sein.

⁹⁾ Von den 10,000 Actien wurden 1314 für Kaufgeld hingegeben und nur 2435 Stück gezeichnet.

¹⁰⁾ Von den Actien ist nur 1,000,000 Thlr. ausgegeben.

¹¹⁾ Scheint sich aufgelöst zu haben.

¹²⁾ Es ist nur 1/2 Mill. Actiencapital emittirt.

Domicil.	Firma.	Jahr der Gründung.	Actien - Capital.		Prioritäts-Ca- pital.	Dividende in %.					
			pr. Stück.	Im Ganzen pro- jectirt.		Kinge- zahl.	1852.	1853.	1854.	1855.	1856.
Kronstadt	Berg- und Hütten-Ver.	—	200	5,000,000 fl.	—	%	?	—	—	—	0
Liechtenstein	Bergbau-Gesellsch.	1856	100	750,000 Thl.	—	1)	100	—	—	—	0
do.	Rhenania ⁴ , Lugaer Bergb.-Ges.	1857	100	750,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Leipzig	Erlbach-Leipz. Steinkohlen.-Ver.	1856	100	400,000 "	—	"	?	—	—	—	0
do.	Lugaer-Niederwürschn. "	1845	100	200,000 "	60,000 Thl.	"	100	14	25	28	—
do.	Sächs. Steinkohlen-Comp.	1857	100	1,000,000 "	—	"	71	—	—	—	28
do.	Erzgebirg. Schieferbau-Ver.	1856	100	150,000 "	—	"	100	—	—	—	0
do.	Mittelbacher Kohlenbau-Ver.	1859	50	500,000 "	—	"	?	—	—	—	0
Lüneburg	Lüneburger Eisenwerk	1857	200	500,000 "	—	"	80	—	—	—	0
Lössnitz	Sächs. Schieferbau-Gesellsch.	1857	100	400,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Magdeburg	Bergbau-Gesellsch.	1857	500	500,000 "	300,000 "	"	100	—	—	—	0
Mannheim	Badische Zink-Gesellsch.	1855	500	3,000,000 fr.	—	"	100	6 1/2	—	—	0
Minden	Porta Westphalica ⁴ , Berg- u. Hütten-Ges.	1857	500	1,000,000 Thl.	—	"	100	—	—	—	0
Mühlheim	Friedrich Wilhelms-Hütte	1852	500	768,000 "	70,000 "	"	100	6	5	—	0
do.	Glückauf ⁴ , Bergbau-Gesellsch.	1856	625	1,000,000 "	—	"	100	—	—	—	0
do.	Vereinigte Bergbau-Gesellsch.	—	200	384,000 "	—	"	100	—	—	—	?
Münster	Vereinigte Bergbau-Gesellsch.	1856	200	1,000,000 "	—	"	100	5	0	—	0
Neu Oge	Bergw.- und Hüttengesellsch.	1857	200	1,000,000 "	500,000 "	"	100	5	—	—	0
Neustadt	Hütten-Gesellsch.	1856	100	1,000,000 "	300,000 fl.	"	100	0	0	—	0
Nürnberg	Hüttensteinacher Eisenwerk-Gesellsch.	1854	500	334,000 fl.	—	"	100	6	7	7	0
do.	Sohlenhofer Kalkschieferbrüche	—	500	1,500,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Oberhausen	Styrum ⁴ , Ges. für Eisenindustrie	1856	1,000	500,000 Thl.	—	"	100	—	—	—	2 1/2
do.	Concordia ⁴ , Bergbau-Gesellsch.	1853	500	1,100,000 "	—	"	100	12	8	8	—
do.	Gesellsch. für Eisenindustrie	1856	1,000	500,000 "	—	"	100	6	0	0	0
Oelsnitz.	Oelsnitzer Bergbau-Gesellsch.	1856	100	250,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Oldenburg	Oldenb. Eisenhütten-Gesellsch.	1856	500	350,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Ornontowitz	Ornontow. Act.-Gesellsch. für Kohlen etc.	1856	200	1,300,000 "	500,000 Thl.	"	?	—	—	—	0
Osanbrück	Georg Marien Bergw.- u. Hütten-Gesellsch.	1856	250	2,500,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Regensburg	Maximilianshütte	—	150	1,200,000 fl.	—	"	100	—	—	—	0
Ruhrort	Ruhrorter Bergw.-Actien-Verein	1857	200	800,000 "	—	"	?	—	—	—	0
do.	Niederländische Bergb.-Gesellsch.	—	200	4,000,000 "	100,000,000 "	"	100	—	—	—	0
Stollberg	Bergbau-Gesellsch.	1856	100	650,000 "	—	"	?	—	—	—	0
do.	Kupferbergwerk	1856	100	750,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Suhl	Hennebergia ⁴ , Bergb.- und Hütten-Ges.	1856	200	750,000 "	—	"	100	—	—	—	0
Suhl	Neuebergia ⁴ , Hütten-Gesellsch.	1857	100	600,000 "	—	"	100	5	0	0	0
Tarnowitz.	Tarnowitz	1857	100	600,000 "	—	"	100	—	—	—	0

Varel	Vareler Actien-Ges. für Eisenindustrie	1856/	100	500,000	"	100	—	—	—	20 ¹⁴	?	?
Witten	„Neu-Iserlohn“, Bergb. Gesellsch.	—	200	600,000	"	100	—	—	—	—	0	0
Wien	Wolfsegg-Traunthaler Gesellsch.	1856	250	1,800,000 fl.	"	100	—	—	—	—	—	37 ¹⁰
do.	Tergover Berg- und Hütten-Gesellsch.	—	1,000	1,000,000	"	100	—	—	—	—	0	0
Weissenfels	Werschen-Weissenf. Braunkohlen-Gesellsch.	1856	100	500,000 Thl.	"	100	100,000	"	—	7	6	7
Wattenscheid	„Holland“ Bergbau-Gesellsch.	1856	500	500,000	"	100	—	—	—	—	0	0
Zwickau	„Erzeberg“, Kohlenbau-Ver.	1852	100	240,000	"	100	344,000	"	15	18	24	25
do.	„Westphalia“ in Lugau	1856	50	250,000	"	100	220,000	"	—	50	0	0
do.	„Sächs. Berg- und Hütten-Gesellsch.	1858	200	1,500,000	"	50	—	—	—	—	—	—
do.	„Vereinsglück“, Kohlenbau-Ver.	1840	46	115,000	"	100	50,000	"	—	28	30	35
do.	Oberhohndorf-Forster	1855	70	175,000	"	100	—	—	—	—	0	0
do.	Oberhohndorf-Schader	1857	90	388,350	"	85	—	—	—	—	—	—
do.	Zwickau-Lugauer	1857	50	200,000	"	94	—	—	—	—	—	—
do.	Zwickau-Oberhohndorfer	1857	110	220,000	"	78	—	—	—	—	—	—
do.	Lugau-Erlbacher	1855	55	1,650,000	"	100	—	—	—	—	—	0
do.	Zwickau-Brückenberger	1855	60	300,000	"	?	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Es sind nur 500,000 Thlr. Aktien angebracht. Um aus den Geldverlegenheiten zu kommen, soll der Rest als Prioritäts capital emittirt werden.

capital emittirt werden.
 2. Die aussergeordneten Actien betragen nur 640,000 Thlr.

2) Die ausgegebenen Actien betragen nur 840,000 Thaler.
3) Von den projectirten 2 $\frac{1}{2}$ Mill. Actien sind nur 1 $\frac{1}{2}$ Mill. emittirt.

F. Sonstige industrielle Actien-Gesellschaften.

Firma und Geschäftsbranche.	Domicil.	Jahr der Gründung	Actien-Capital.		Prioritäts-Capital.	Dividende in %.		
			pr. Stück.	Im Ganzen projectirt.		1856.	1857.	1858, 1859.
Bäder und Spielbanken.								
Ges. der verein. Pachtungen der Mineralquellen zu	Homburg	1847	100	1,000,000 fl.	—	24 ³ / ₄	14	50 ² / ₅
Ges. d. verein. Pachtungen d. Curhauses u. d. Bank zu	Naheim	1852	100	1,000,000 „	412,475 fl.	6 ¹ / ₄	?	?
Ges. des Curhauses zu Wiesbaden und Ems	Wiesbaden	1857	100	2,500,000 „	—	23	25	27
Wasch- und Badeanstalt zu	Berlin	1855	—	200,000 Thl.	—	5	5	4 ¹ / ₂
Diana-Bad in	Wien	1840	2,500	500,000 fl.	—	—	—	—
Sophien-Bad in	Wien	1846	840	450,000 „	—	—	—	—
Dampfwäscheanstalt in	Wien	1855	2,400	600,000 „	—	—	—	—
Baumwoll-Spinnereien und Webereien.								
Augsburger mechanische Spinnerei und Weberei	Augsburg	1837	1,000	1,200,000 fl.	—	16	16	?
Feinspinnerei	„	1856	500	1,250,000 „	—	—	5	5
Spinnerei am Stadtbach	„	1850	1,000	2,000,000 „	—	—	—	5
Bayreuther Spinnerei und Weberei	Bayreuth	1855	500	1,038,000 „	—	6	6	8
Bamberger	Bamberg	1858	500	2,250,000 „	750,000 fl.	—	—	0
Blaichacher mech. Spinnerei und Weberei	Kempten	1852	1,000	504,000 „	196,000 „	8	5 ¹ / ₂	7
Chemnitzer Spinnerei	Chemnitz	1857	100	1,000,000 Thl.	300,000 Thl.	—	—	0
Cölnische Spinnerei und Weberei	Cöln	1853	200	3,000,000 „	350,000 „	2 ¹ / ₂	3	2 ¹ / ₂
Ettlinger mech. Spinnerei und Weberei	Ettlingen	1853	500	1,836,000 fl.	1,321,000 fl.	10	7	5
Glabacher	Glabach	1854	200	1,250,000 Thl.	—	—	10	10
Druckerei und Appretur	„	1856	200	200,000 „	—	—	—	8
Günzburger mech. Weberei	Günzburg	1857	1,000	350,000 fl.	—	—	—	0
Hannoversche Spinnerei und Weberei	Hannover	1855	200	240,000 Thl.	300,000 Thl.	9	8 ¹ / ₂	6
Weberei	Linden	1857	200	1,200,000 „	300,000 „	—	—	5
Hannstetter	Augsburg	1850	1,000	500,000 fl.	—	—	—	5
Hofer mech. Spinnerei	Hof	1853	1,000	700,000 „	—	—	—	10
Kaiserslauterner Spinnerei	Kaiserslautern	1856	1,000	520,000 „	200,000 fl.	8 ² / ₅	5	10
Kaufbeurer Spinnerei und Weberei	Kaufbeuren	1852	1,000	900,000 „	—	—	4 ¹ / ₂	?
Kemptener	Kempten	1855	1,000	1,050,000 „	500,000 fl.	—	5 ¹ / ₂	7
Landsberger	Landsberg	1855	1,000	1,250,000 „	—	—	—	8
Bierbrauereien und Brodfabriken.								
Lugauer Feingarn-Spinnerei	Lugau	1857	100	500,000 Thl.	—	—	8 ¹ / ₂	2 ⁹ / ₁₀
Louisenthaler Druckerei, Spinnerei und Weberei	Mühlheim	1856	100	1,200,000 „	—	—	—	—
Münster'sche Baumwollen-Industrie-Ges.	Münster	—	200	500,000 „	—	—	—	—
Oberbayrische Baumwollen-Spinnerei	München	1859	1,000	2,000,000 fl.	150,000 fl.	—	—	—
Oberurseler mech. Spinnerei und Weberei	Oberursel	1853	500	540,000 „	—	—	—	—
Offenburger	Offenburg	1857	700	840,000 „	—	—	—	—
Oldenburger	„	1856	100	500,000 Thl.	—	—	6 ² / ₃	7 ³ / ₄
Saganer	Yarel	—	500	1,600,000 „	—	—	—	—
Württembergische	Berlin	1856	500	1,200,000 fl.	300,000 fl.	—	—	—
Cattunmanufactur	Esslingen	1855	250	2,000,000 „	250,000 „	6	8	5
Bierbrauereien und Brodfabriken.								
Berliner Actien-Brauerei	Berlin	1857	100	200,000 Thl.	—	—	—	—
Brodfabrik	„	1856	200	300,000 „	—	—	—	—
Brey'sche Actien-Brauerei	Mainz	—	100	600,000 fl.	—	—	—	—
Chemnitz	Chemnitz	1857	200	300,000 fl.	250,000 Thl.	—	—	—
Coburger Bierbrauerei-Ges.	Coburg	1857	200	300,000 Thl.	100,000 Thl.	—	—	—
Dresdener Brauerei zum Felsenkeller	Dresden	1856	100	300,000 Thl.	150,000 „	—	—	—
Feldschlösschen	„	1857	100	250,000 „	—	—	12	17
Waldschlösschen	„	1836	100	400,000 „	—	—	24	21
Erzgebirg'sche Brauerei und Bäckerei	Zwickau	1856	70	210,000 „	—	—	—	24 ¹ / ₂
Geraer Bierbrauerei	Gera	—	100	200,000 „	—	—	—	—
Gorkauer Societäts-Brauerei	Gorkau	—	100	300,000 „	—	—	5	—
Leipziger Vereinsbrauerei	Leipzig	1856	100	150,000 „	25,000 Thl.	—	—	—
Medingen (zu) Actien-Brauerei	Dresden	1857	100	200,000 „	—	—	—	—
Chemische Fabriken.								
Anhaltische Ges. für chem. Producte	Rosslau	1857	200	250,000 Thl.	60,000 Thl.	—	—	—
Bayerische Ges. für landwirthsch. chem. Producte	München	1857	500	1,000,000 fl.	—	—	5	?
Frankfurter landwirthsch. chem. Fabrik	Frankfurt	1857	500	300,000 „	—	—	0	5
Mineralöl- und Paraffin-Fabrik in	Magdeburg	1856	200	200,000 Thl.	100,000 Thl.	—	—	?
Neusalzwerker Verein	Neusalzwerk	1854	—	280,000 „	140,000 „	—	5	6
Pommersdorfer chem. Producten-Fabrik	Stettin	1856	500	300,000 „	—	—	—	—
Wiener Actienverein für chem. Fabrikate	Wien	1856	500	1,500,000 fl.	—	—	—	—
Flachs- und Hanf-Spinnereien und Webereien.								
Annaberger Ges. für Flachindustrie	Annaberg	1858	100	350,000 Thl.	80,000 Thl.	—	—	—
Emmendinger Hanf-Spinnerei und Weberei	Emmendingen	1857	500	500,000 fl.	—	—	—	—
Lambacher Flachsspinnerei	Lambach	1852	500	500,000 „	—	—	—	—
Mechanische Leinenmanufaktur in	Otterberg	1856	350	2,300,000 „	—	—	—	—

Firma und Geschäftsbranche.	Domicil.	Jahr der Gründung.	Actien-Capital.		Prioritäts-Capital.	Dividende in %.			
			pr. Stück.	Im Ganzen projectirt.		1856.	1857.	1858.	1859.
Ravensberger Flachsspinnerei	Bielefeld	1855	200	1,000,000 Thl.	100	—	0	6 1/2	4
„Vorwärts“, Ges. für Spinnerei und Weberei	„	1855	200	1,000,000 „	100	—	7 1/3	8	0
Gas-Gesellschaften (ausser den bloss localen).									
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft	Dessau	1855	100	2,500,000 Thl.	100	—	6	6	6
Magdeburger allgem. dto.	Magdeburg	1856	100	1,500,000 „	100	—	—	10 1/4	3
Oesterreichische dto.	Triest	1855	250	750,000 fl.	100	—	—	7 1/5	6
Maschinen-Fabriken.									
Augsburger	Augsburg	1858	1,000	600,000 fl.	100	—	—	8	5 1/2
Berliner Ges. für Eisenbahnbedarf	Berlin	1856	200	2,000,000 Thl.	100	—	—	7	4 1/2
Carlsruher Maschinenbau-Fabrik	Carlsruhe	1852	500	1,000,000 fl.	100	—	4	6	3
Cöln Maschinenbau-Ges.	Cöln	1856	200	1,000,000 Thl.	100	—	7	7	5
Darmstädter Maschinenbau Fabrik	Darmstadt	1857	250	250,000 fl.	100	—	14	4	4
Esslinger dto.	Esslingen	1846	2,500	750,000 „	100	—	5	18	11
Heilbronner dto.	Heilbronn	1857	—	500,000 „	100	—	—	—	—
Landwirthschaftliche Maschinen-Fabrik	Regenwalde	1858	—	200,000 Thl.	100	—	—	9	?
Vareler Ges. für Eisenindustrie etc.	Varel	1852	100	500,000 „	100	—	20	9	8
„Vulcan“, Maschinenbau-Ges.	Stettin	1856	200	1,000,000 „	100	—	5 1/2	2	0
Mühlen.									
Cölnische Dampfmlhlen-Ges.	Cöln	1857	100	250,000 Thl.	100	—	—	—	0
Oesterr. dto.	Wien	1854	500	2,000,000 fl.	100	—	—	0	0
Stettiner dto.	Stettin	1857	500	600,000 Thl.	100	—	—	0	?
„Walzmühle-Ges.	„	1852	—	210,000 „	100	—	33	25	20
Wiener Dampfmlhle	Wien	1841	250	500,000 fl.	100	—	—	—	—
Wittener dto.	Witten	1856	400	300,000 Thl.	100	—	—	10 1/7	9
Papier-Fabriken.									
Aschaffenburg	Aschaffenburg	1858	350	700,000 fl.	100	—	—	—	0
Berliner Patent-Papier-Fabrik	Berlin	1855	—	395,000 Thl.	100	—	—	12	13
„Papier- und Schoddy Fabrik	„	1851	—	500,000 „	100	—	—	0	?
Dresdener Papier-Fabrik	Dresden	1858	100	325,000 „	100	—	—	—	—
Leipziger „Papier-Fabrik	Leipzig	1858	100	300,000 „	100	—	—	—	—

Wollen-Spinnereten und Webereien.

Augsburger Kammgarnspinnerei	Augsburg	1854	5,000	700,000 q.	100	—	—	5	5
Badische Wollenmanufaktur	Mannheim	1856	250	800,000 „	100	—	—	0	0
Bietigheimer Kammgarn-Spinnerei	Bietigheim	1856	1,000	1,000,000 „	100	—	—	0	0
Dessauer Wollgarn-Spinnerei	Dessau	1857	100	1,000,000 Thl.	100	—	—	0	0
Leipziger Kammgarn-Spinnerei	Leipzig	1837	100	500,000 „	100	—	6	0	4
Marklissaer Wollgarn-Spinnerei und Weberei	Marklissa	1857	200	400,000 „	100	—	—	—	0
Wormser Wollgarn-Spinnerei	Worms	1856	1,000	1,000,000 fl.	100	—	—	—	0

Zucker-Fabriken.

Badische Ges. für Zuckerfabrikation	Carlsruhe	1850	500	1,370,000 fl.	100	—	—	8 1/5	1
Böblinger Zuckerfabrik (im Concurs)	Böblingen	1856	500	900,000 „	100	—	—	0	0
Braunschweiger dto.	Braunschweig	1857	500	500,000 Thl.	100	—	—	—	—
Cöthener dto.	Cöthen	1854	1,000	200,000 „	100	—	—	5	5
Galizische Ges. für Zuckerfabrikation	Glumacz	1853	500	4,000,000 fl.	100	—	—	—	0
Hallische neuo Zuckerraffinerie	Halle	1853	5,000	500,000 Thl.	?	—	—	—	—
Heilbronner Zuckerfabrik	Heilbronn	1853	5,000	500,000 fl.	100	—	5	12 1/2	6
Neuwerker dto.	Hannover	1856	100	250,000 Thl.	100	—	—	—	5
Pommer'sche Provinz.-Siederei	Stettin	1854	2,000	820,000 „	100	—	—	5	6
Stettiner neue Siederei	„	1855	250	150,000 „	100	—	—	10	0
Württemberg. Ges. für Zuckerfabrikation	Stuttgart	1854	500	1,000,000 fl.	100	—	—	—	0

Verschiedenes.

Aachener Spiegel-Manufactur	Aachen	1853	375	2,000,000 Thl.	100	—	—	—	—
Badische Ges. für Tabaks-Production	Carlsruhe	1856	500	1,000,000 fl.	100	—	—	0	0
Berliner gemeinnützige Baugesellsch.	Berlin	1849	—	1,000,000 Thl.	100	—	—	—	—
Frankfurter Ges. für comprimierte Gemüse	Frankfurt	1857	250	250,000 fl.	?	—	—	5 1/4	4
Hochheimer Ges. für moussirende Weine	Hochheim	—	250	1,000,000 „	?	—	—	—	?
Nieder-Lössnitzer Fabrik moussirender Weine	Dresden	1856	100	100,000 Thl.	100	—	—	14	8
Oesterr. Immobilien-Ges.	Wien	1851	500	8,000,000 fl.	?	—	—	—	—
Pesth-Ofener Kettenbrücken-Ges.	„	1848	500	3,000,000 „	100	—	—	—	—
Prager dto.	Prag	1848	200	400,000 „	100	—	—	—	—
Sächsische Champagner-Fabrik	Dresden	1858	100	100,000 Thl.	100	—	—	—	—
„Glashütte	„	1858	100	500,000 „	100	—	—	—	—
Stettiner Portland-Cement-Fabrik	Stettin	1853	500	170,000 „	100	—	—	—	—
Stuttgarter Corset-Fabrik	Stuttgart	1857	250	400,000 fl.	100	—	—	8 1/5	6

Moser, Capitalanlage in Werthpapieren.

§. 194.

Statutarische Bestimmungen über die Verjährung, Mortification, Vindication, In- und Aussercourssetzung der auf Inhaber gestellten Gesellschaftspapiere.

Anknüpfend an den Schlusssatz des §. 183 (oben S. 519) haben wir hier den Inhalt der Gesellschaftsstatuten in Absicht auf die rechtliche Behandlung der von Actien-Vereinen ausgegebenen Inhaberpapiere noch näher in's Auge zu fassen. Es ist uns dabei nicht möglich, aus der grossen Zahl von Satzungen die betreffenden Bestimmungen einzeln anzuführen, vielmehr können wir nur, so viel thunlich, allgemeine Regeln aufstellen. Als solche lassen sich aus der Mehrzahl der Statuten folgende Grundsätze abstrahiren:

I. Verjährung betreffend. Da die Actien der Natur der Sache nach nicht zur Heimzahlung bestimmt sind, auch weniger eine bestimmte Forderungssumme, als vielmehr einen quotativen Antheil an dem Vermögen der Gesellschaft nach seinem jeweiligen Bestande repräsentiren, so verjähren sie während der Dauer der Gesellschaft in der Regel nicht. Wie lange sie aber nach der Auflösung der letzteren oder nach Ablauf der staatlichen Concession, oder in denjenigen Fällen, wo sie nach und nach amortisirt werden (vergl. oben S. 536), nach stattgehabter Verloosung und öffentlicher Kündigung noch gültig sein sollen, ist in Zweifel gelassen. Fällt das Gesellschaftsvermögen, wie z. B. bei manchen Eisenbahn-Compagnien, nach Ablauf der Concession ganz an Dritte (den Staat), so werden die Actien selbstverständlich werthlos und es bedarf hier keiner Verjährung. Im andern Falle tritt Liquidation ein. Die Actien-Inhaber müssen nach derselben zusammen berufen werden und es ist jedem Actionär in solchem Falle ein Stimmrecht eingeräumt, wenn er auch sonst ein solches nicht hatte. Die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens wird alsdann vorgenommen und öffentlich bekannt gemacht. (Vergl. die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs Art. 242 ff., oben S. 516—517.) Welche Frist aber zur Empfangnahme des einer Actie zukommenden Antheils anberaumt, ob damit das Präjudiz des Verlustes alles Anspruches verknüpft, und wie lange dieser Anspruch geltend gemacht werden könne, — darüber haben wir statutarische Bestimmungen überall nicht gefunden.

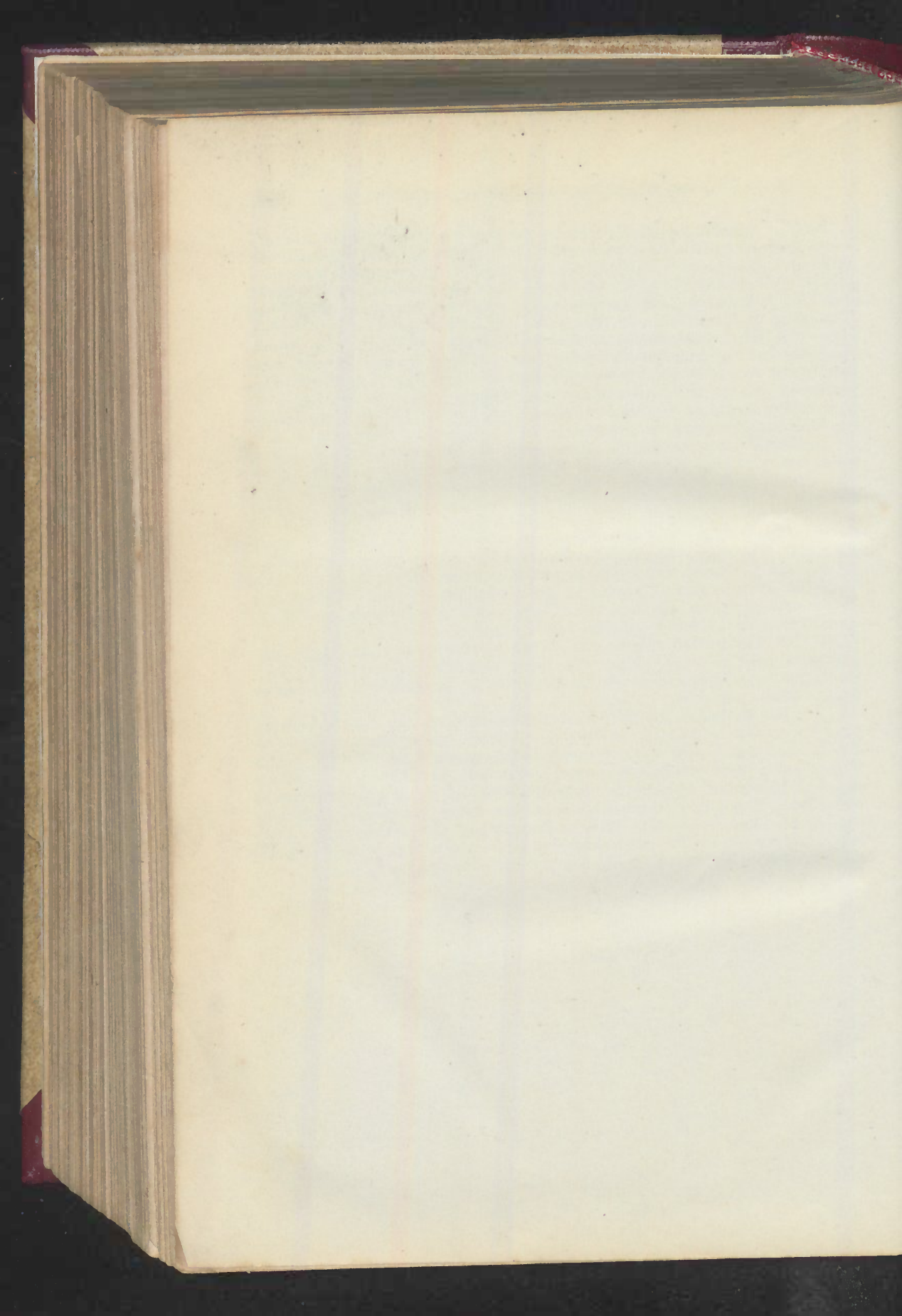
Dagegen enthalten die meisten Statute positive Vorschriften hinsichtlich der Verjährung von Actien-, Dividenden- und Zinscoupons, durchgängig dahin lautend, dass aus diesen Urkunden nach Umlauf einer bestimmten Frist keinerlei Anspruch mehr geltend gemacht werden könne. Die dabei festgesetzten Verjährungsfristen sind meist den für die Staatspapiere des betreffenden Landes gesetzlich anberaumten angepasst, doch sind Ausnahmen in der Richtung, dass für Actien-Dividenden und Zinsen längere Fristen gelten, nicht selten. Die Regel bildet ein Zeitraum von 4 Jahren, gerechnet vom Verfalltage des Zinscoupons, oder vom Tage der öffentlichen Aufforderung zur Einlösung des Dividendenscheins an, innerhalb dessen der Zins oder resp. die Dividende bei Verlust des Forderungsrechts erhoben werden muss. Verjährungsfristen von 5 Jahren kommen indessen vielfach vor, so z. B. bei einzelnen Gesellschaften in Preussen, Hessen, Bayern, Oesterreich, den freien Städten etc. Selten sind dreijährige Fristen, wie sie beispielsweise im Königreich Sachsen und in Mecklenburg, oder mehr als fünfjährige, wie sie Seitens der Mitteldutschen Creditbank (8 Jahre) festgesetzt wurden. Einzelne Gesellschaften gewähren aus Billigkeitsrücksichten auch noch Zahlung auf verjäherte Zins- und Dividendenscheine, wenn ein erheblicher Verhinderungsgrund nachgewiesen wird.

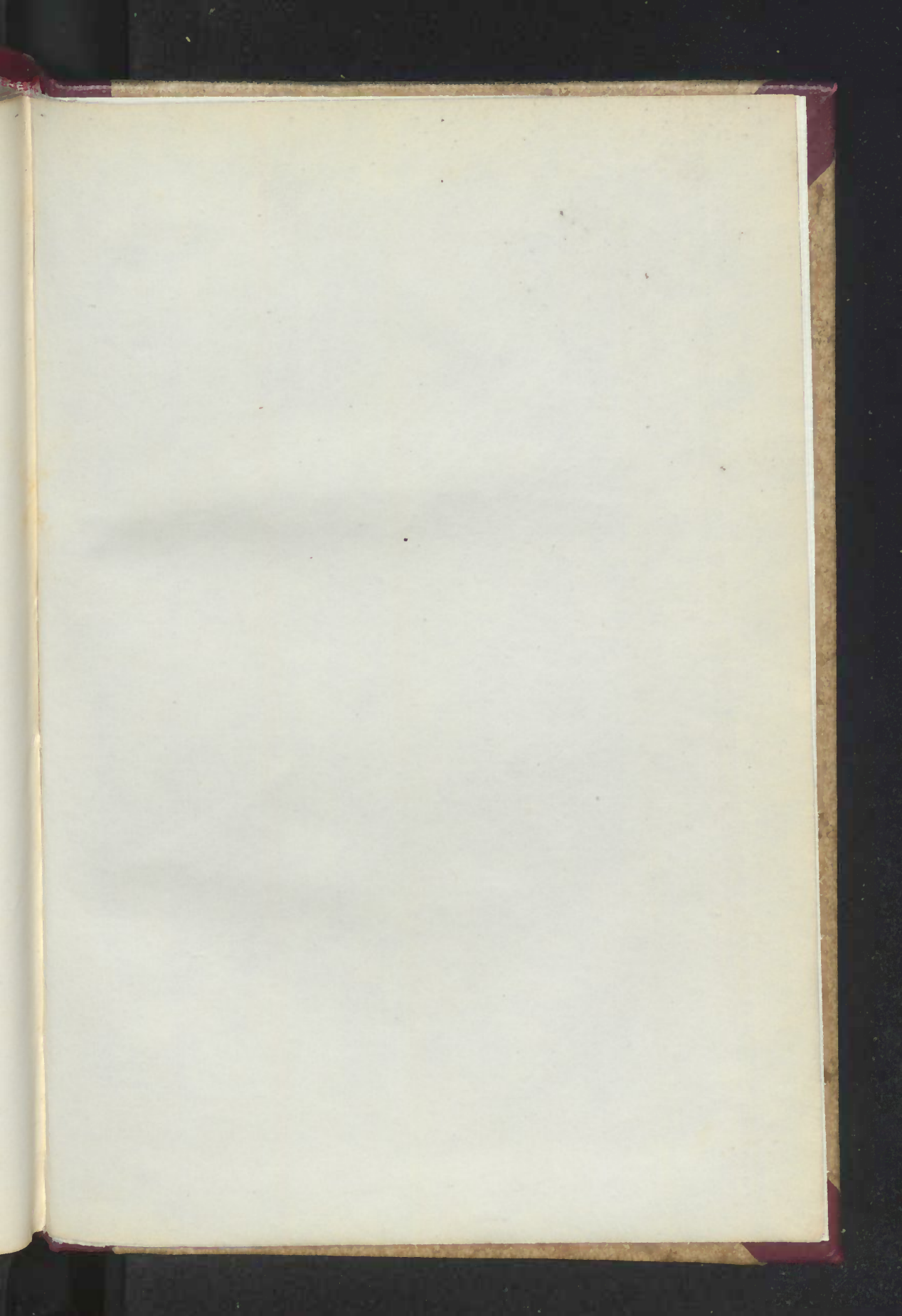
Auch in Absicht auf die Verjährung der von den Gesellschaften ausgegebenen Anlehens-Obligationen mit ihren Coupons ist durch die ertheilten Privilegien, Genehmigungsdekrete, Anlehensverträge, oder Prospective fast immer positive Bestimmung getroffen. Als Regel kann diesfalls aufgestellt werden, dass die Obligationen nach Umfluss von 10 Jahren, von ihrer öffentlichen Kündigung an gerechnet, die dazu gehörigen Zinscoupons aber in derselben Frist, wie die betreffenden Actiendividendenscheine, verjähren. Die Kündigung der ersteren kann jedoch rechtsgültig nur durch mehrmalige Bekanntmachung in den Blättern, welche auch sonst die Organe der Gesellschaft sind, geschehen und es muss nach Ablauf der 10jährigen Frist in der Regel ein wiederholter Aufruf an die Inhaber erlassen, auch eine Frist von einem weiteren Jahre zur Produktion und Einlösung der Verschreibung anberaumt werden.

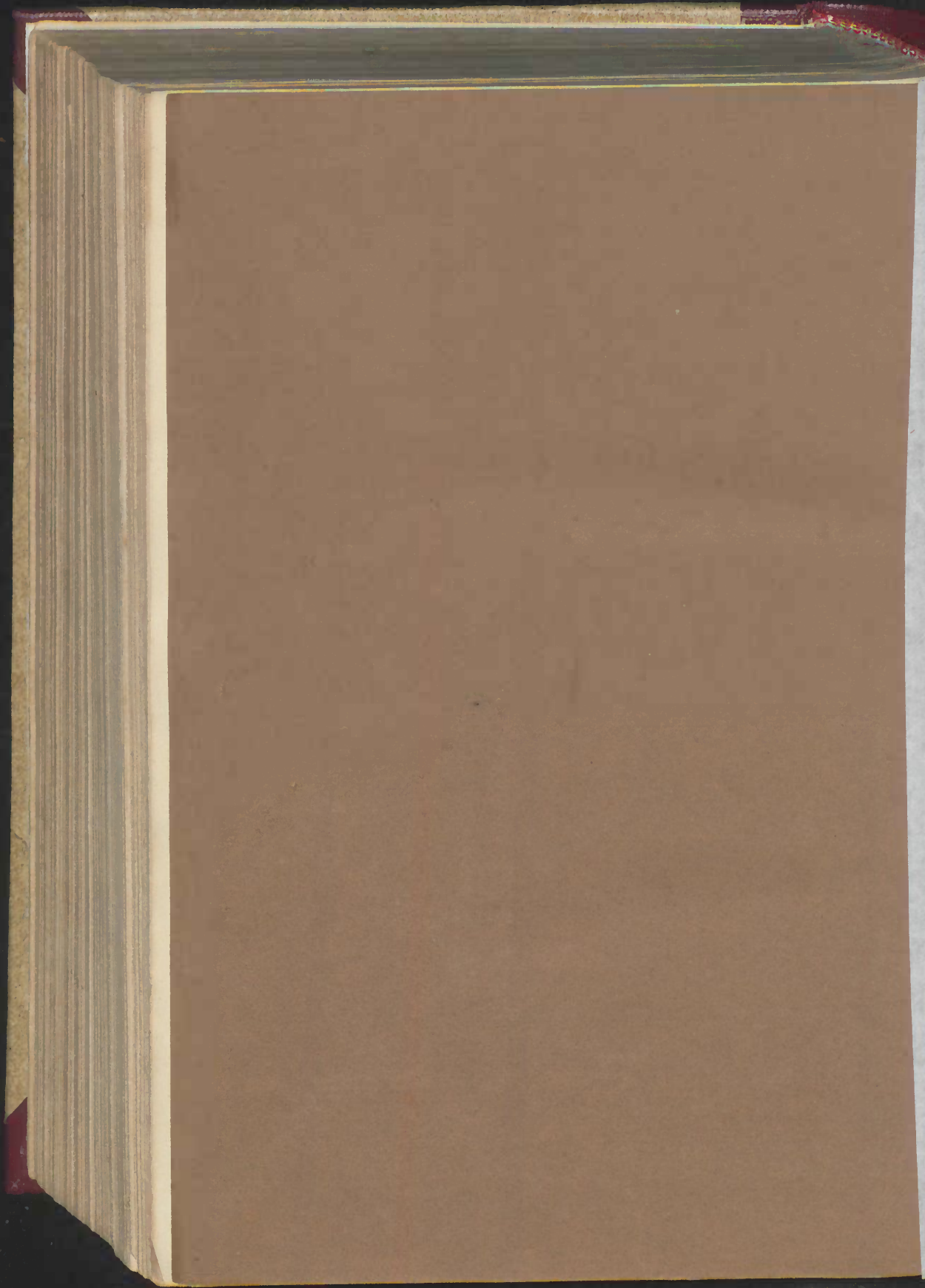
II. Mortification betreffend. Diese ist in den Statuten überall zugelassen, wenn Actien, Obligationen, Zinsen- oder Dividenden-Coupons, auch Talons verloren gegangen, vernichtet worden oder abhanden gekommen sind. Hinsichtlich der Zinsen-Coupons machen jedoch einzelne Gesellschaften eine Ausnahme, sofern sie die Mortification ausschliessen. Ueber das Verfahren ist theils vorgeschrieben, dass die Organe der Gesellschaft selbst das öffentliche Aufgebot zu erlassen, das Präjudiz der Kraftloswerdung anzudrohen und die Fristen zur Vorlegung der Urkunden anzuberaumen haben; zum grösseren Theile ist aber die ganze Proeedur an die zuständigen Gerichte verwiesen und diesen anheimgegeben, die Grundsätze in Anwendung zu bringen, welche für die Staatspapiere gesetzlich gelten.

III. Die Vindication anbelangend, haben wir besondere statutarische Dispositionen nicht gefunden. Es greifen daher diessfalls die in dem einzelnen Staate für Inhaberpapiere überhaupt bestehenden gesetzlichen Vorschriften Platz. Was endlich

IV. Die Festmachung und Wiederincourssetzung der Gesellschaftspapiere au porteur angeht, so können die Actien in der Regel gegen eine Gebühr auf den Namen eingetragen, beziehungsweise Inhaber-Actien gegen Namen-Actien umgetauscht werden und umgekehrt. Auch bei den Obligationen einzelner, namentlich süddeutscher, Gesellschaften ist dieses Einschreibsystem herrschend. Dagegen gelten bezüglich anderer Associationspapiere, insbesondere in den Ländern, wo unpersönliche Festmachung der Inhaberpapiere überhaupt zulässig ist, die für eine solche gegebenen gesetzlichen Normen. (Vergl. die betreffenden Gesetze oben bei den einzelnen Staaten.)











206\$01465570